UDO WENNEMUTH

Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1949

UNIVERSITÄTSVERLAG C. WINTER HEIDELBERG

Supplemente zu den Sitzungsberichten
der Heidelberger Akademie der Wissenschaften
Philosophisch-historische Klasse

Band 8 • Jahrgang 1994

UDO WENNEMUTH

Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1949

HEIDELBERG 1994

UNIVERSITÄTSVERLAG C. WINTER

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Wennemuth, Udo:

Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden: die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1949 / Udo Wennemuth. - Heidelberg: Winter, 1994

(Supplemente zu den Sitzungsberichten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse; Bd. 8)

Zug!.: Heidelberg, Univ., Diss., 1991/92

ISBN 3-8253-0138-9

NE: Heidelberger Akademie der Wissenschaften; Heidelberger Akademie der Wissenschaften / Philosophisch-Historische Klasse: Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse / Supplemente

Bibliographischer Hinweis

Neben den *Sitzungsberichten* und den *Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften: Philosophisch-historische Klasse* werden ab 1983 *Supplemente zu den Sitzungsberichten* dieser Klasse herausgegeben. Sie sind Sammelpublikationen und solchen Gesamtdarstellungen vorbehalten, die auch einen größeren Leserkreis interessieren. Die *Supplemente* werden in unregelmäßiger Folge erscheinen und durchlaufend numeriert sein. Im Buchhandel sind sie nur in gebundener Form erhältlich.

ISBN 3-8253-138-9
ISSN 0933-5323

Alle Rechte vorbehalten. © 1994. Universitätsverlag C. Winter Heidelberg GmbH
Photomechanische Wiedergabe und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen nur mit ausdrücklicher Genehmigung durch den Verlag
lmprime en Allemagne. Printed in Germany
Photosatz: Klaus Brecht, *Satz. Bild. Grafik.* 69120 Heidelberg
Druck: Strauss Offsetdruck GmbH, 69509 Mörlenbach

Für Heike

Vorwort

Meine Beschäftigung mit der Geschichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften reicht zurück bis in das Jahr 1984. Sie verdankt sich der Anregung des damaligen Präsidenten der Akademie, Prof. Dr. Hermann Mosler, dem das 75jährige Jubiläum der Akademie Anlaß war, Fragen an die Geschichte dieser Wissenschaftsinstitution zu stellen. Das Interesse an der Thematik hielt auch in den folgenden Jahren an, doch erst der Auftrag, das Archiv der Akademie grundlegend zu ordnen und den gesamten Bestand zu beschreiben, eröffnete die Möglichkeit, tiefer in die Geschichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften einzudringen und die vorliegende Arbeit in Angriff zu nehmen. Mein besonderer Dank gilt daher den Präsidenten der Akademie, Prof. Dr. Hermann Mosler und Prof. Dr. Gotthard Schettler, die in der Einsicht der Verantwortung einer so bedeutsamen Wissenschaftsinstitution für die Bewahrung der Zeugnisse ihrer eigenen Vergangenheit die Arbeiten zum Aufbau des Archives ermöglichten und anschließend in denkbar großzügigster Weise die Auswertung der Archivalien für meine Arbeit gestatteten. In diesen Dank einbeziehen möchte ich auch Prof. Dr. Albrecht Dihle, unter dessen Ägide die Arbeit fertiggestellt werden konnte. Den Mitarbeitern in der Verwaltung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, insbesondere Frau Catharina Leist und Herrn Gerhard Leist, Prof. Dr. Martin Raether und Herrn Gunther Jost danke ich für die allseits entgegenkommende Unterstützung meiner Recherchen.

Diese Abhandlung wurde im Wintersemester 1991/92 von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Für den Druck wurde der Text überarbeitet und um einige seither aufgefundene Belege ergänzt, im Ganzen aber nicht unerheblich gekürzt. Mein Lehrer Prof. Dr. Eike Wolgast hat die Entstehung der Untersuchung mit Interesse und Geduld und seinem stets wertvollen kritischen Rat und Ansporn begleitet. Ihm schulde ich besonderen Dank. Seine methodische Strenge, Gewissenhaftigkeit der Quellenbehandlung und Unbestechlichkeit des Urteils waren mir Riebt-

schnur und Vorbild meiner Bemühungen. Prof. Dr. Volker Sellin, der das Korreferat erstellte, bin ich ebenfalls für seine wertvolle Kritik dankbar, die der Druckfassung sehr zugute kam.

Unerläßliche Hilfe gewährten manche Damen und Herren der benutzten Archive und Bibliotheken, insbesondere dem seinerzeitigen Leiter des Universitätsarchivs Heidelberg Dr. Hermann Weisert. Einen besonderen Dank für wertvolle Hinweise schulde ich ferner Prof. Dr. Hermann Jakobs, Dr. Karl-Heinz Fix und Frau Christiane Nasse.

Ohne die Geduld und die Unterstützung meiner Frau in Gespräch und technischer Erstellung der Arbeit wäre die Verwirklichung und Fertigstellung dieser Studie so nicht möglich gewesen. Ihr sei daher diese Arbeit in erster Linie zugeeignet.

Noch einmal gilt es der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und ihrem Präsidenten Prof. Dr. Albrecht Dihle und speziell der Philosophisch-Historischen Klasse und ihrem Sekretar Prof. Dr. Gottfried Seebaß Dank zu sagen für die Aufnahme dieser Schrift in die Reihe ihrer Supplemente zu den Sitzungsberichten.

Heidelberg, im Oktober 1993 Udo Wennemuth

Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . VII

Einleitung . 1

1. Zur Fragestellung . 1
2. Zur Quellenlage und Methodik 4
3. Anmerkungen zum Forschungsstand 8

I. Grundlagen und Voraussetzungen der Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 11

1. Die Akademien im Humboldtschen Bildungssystem. . 11
2. Akademiepläne in Heidelberg im 19. Jahrhundert . . . 26
   2.1. Die Tradition der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften in Mannheim. 26
   2.2. Die Akademiepläne des Jahres 1821 30
   2.3. Der Plan einer Akademiegründung 1886/87 und 1893 37
3. Tendenzen der Wissenschaftsförderung und Wissenschaftsorganisation im Wilhelminischen Deutschland . . 45
   3.1. Die Organisation der Großforschung im Wilhelminischen Deutschland. 46
   3.2. Die Stellung der Akademien der Wissenschaften im Wissenschaftsgefüge der Wilhelminischen Epoche *55*
   3.3. Existenzbedingungen neuer Gelehrter Gesellschaften . 60
      3.3.1. Die Gründung der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg 61
      3.3.2. Der Plan der Gründung einer Rheinischen Akademie der Wissenschaften in Bonn. . . 63

II. Die Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 67

1. Selbstorganisation von Wissenschaft. 67
   1.1. Der Eranos-Kreis 69

1.2. Die Beteiligung Heidelberger Gelehrter an der Akademiegründung 72
2. Heinrich Lanz als Stifter der Akademie. 80
3. Die Verhandlungen um die Akademiegründung und die Haltung des Ministeriums zum Akademieplan . 89
4. Die Konstituierung der Akademie. 103
5. Der „Geist" der neuen Akademie. 128
5.1. Die Eröffnungssitzung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 128
5.2. Die Statuten der Akademie. 135

III. Organisation und Aufbau der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 139

1. Die Aufgaben der Akademie im Selbstverständnis ihrer Mitglieder und des Ministeriums 139
2. Der organisatorische Aufbau der Akademie. 146
2.1. Die Gliederung in Klassen 146
2.2. Die Kritik Max Webers an Aufbau und Organisation der Akademie. 149
2.3. Alternativen zur Gliederung der Akademie . 162
2.4. Die Verwaltung der Akademie . 165
3. Die Mitglieder der Akademie 168
3.1. Die ordentlichen Mitglieder. 168
3.1.1. Begründung und Kritik der ersten Mitgliederauswahl 168
3.1.2. Die Wahlpolitik bis 1932. . 180
3.2. Die außerordentlichen Mitglieder. 194
3.3. Die auswärtigen Mitglieder 207
3.4. Ehrenmitglieder 214
4. Die öffentliche und rechtliche Stellung der Akademie 216
4.1. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften als „staatlich anerkannte Landesstiftung". 216
4.2. Die Akademie und der badische Staat. 219
4.3. Die Akademie als autonome Institution neben der Universität. 225
5. Die materiellen Grundlagen der Akademie. 233
5.1. Grundkapital und Haushalt der Akademie bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 233
5.2. Zustiftungen zur Heidelberger Akademie der Wissenschaften. 237

5.2.1. Die Merx-Curtius-Stiftung (1910) . 238
5.2.2. Die Fritz-Toebelmann-Stiftung (1915) 241
5.2.3. Die Windelband-Rickert-Stiftung . . . 244
5.2.4. Sonstige Stiftungen an die Akademie. 247
5.3. Der Erwerb geeigneter Räumlichkeiten . . . 250
5.4. Der Verlust des Vermögens und Versuche einer Wiederaufwertung des Grundkapitals 258
5.5. Die Anfänge staatlicher Förderung. 263

IV. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften als Wissenschaftsorganisation 1909-1932. . 271

1. Die Bedeutung der Publikationstätigkeit 272
1.1. Die Sitzungsberichte. 273
1.2. Schriftentausch. 280
2. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften als Förderer wissenschaftlicher Forschung und als Innovator wissenschaftlicher Entwicklungen 286
3. Die Akademie als Wissenschaftsorganisator 296
4. Das Verhältnis der Akademie zur Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft und zur Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft zwischen Kooperation und Konkurrenz..... 310
4.1. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften und die Wissenschaftliche Gesellschaft in Freiburg. 310
4.2. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften und die Wissenschaftliche Gesellschaft in Straßburg 317
5. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften im Kartell der deutschen wissenschaftlichen Akademien..... 323

V. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich 343

1. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften zu Beginn der nationalsozialistischen Zeit. 343
1.1. Der „Fall" Lenard in der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 345
1.2. Die geistige und politische Haltung der ordentlichen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zu Beginn der NS-Herrschaft..... 348

2. Der Wandel des Mitgliederbestandes 352
2.1. Die Auswirkungen der NS-Gesetze des Jahres 1933 auf den Mitgliederbestand der Heidelberger Akademie der Wissenschaften: Eugen Täubler und Wilhelm Salomon-Calvi 353
2.2. Das Wahlverhalten der Akademie 1933-1935 . . . 360
2.2.1. Voraussetzungen und Bedingungen für Neuwahlen seit 1933 360
2.2.2. Der „Fall" Fehrle. 364
2.2.3. Die Wahlen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse im Jahr 1935 373
2.3. Das Wahlverhalten der Akademie bis zur Verabschiedung der neuen Statuten (1936-1939). 381
3. Die „Umgestaltung" der Mitgliederstruktur der Akademie 1935-1940. 402
3.1. Die Behandlung der „Nichtarierfrage" bis zum Sommer 1937. 402
3.1.1. Die Instrumentalisierung der „Nichtarierfrage" im Machtkampf innerhalb der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. . . 402
3.1.2. Die „Nichtarierfrage" in der interakademischen Auseinandersetzung 413
3.2. Die Diskussion um die Einführung des Reichsbürgerprinzips in die Akademieverfassung. 421
3.3. Die „Nichtarierfrage" in der Statutendiskussion. . 431
4. Statutenreform und öffentlicher Status der Akademie. 447
4.1. Die Mitglieder-"Reform" als Ausgangspunkt der Statutenreform..... 447
4.2. Die Einführung des Führerprinzips 456
4.3. Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Akademiestatuten 460
4.4. Rechtsstellung und Status der Heidelberger Akademie der Wissenschaften..... 469
4.5. Akademie und Universität im Dritten Reich 475
4.6. Die Stellung der wissenschaftlichen Akademien im nationalsozialistischen Staat..... 481
4.6.1. Die NS-Dozentenakademien als „Alternative" zu den traditionellen Wissenschaftsakademien..... 481
4.6.2. Reichsverband der deutschen Akademien und Reichsakademie 486

5. Die Erweiterung der Mitgliederbasis - Ansätze zu einer südwestdeutschen Landesakademie 499
5.1. Die Wahlpolitik der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse nach 1940. 499
5.2. Die Wahlpolitik der Philosophisch-historischen Klasse nach 1940. 515

VI. Die Wiedereröffnung und das Problem des Neuaufbaus der Akademie nach 1945 543

VII. Zusammenfassung: Zur Charakterisierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. 568

VIII. Abkürzungen. 573

IX. Quellen und Darstellungen 577

1. Quellenverzeichnis 577
1.1. Archivalische Quellen . . . 577
1.2. Gedruckte Quellen, Verzeichnisse und Kataloge 578
2. Darstellungen 580

Anhang:

Liste 1: Die ordentlichen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1951 625
Liste 2: Die außerordentlichen und korrespondierenden Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1951 628

Personenregister 632

Einleitung

1. Zur Fragestellung.

Wissenschaft findet nicht in einem politikfernen Raum, dem so oft zitierten „Elfenbeinturm", statt. Rahmenbedingungen, die von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen geschaffen werden, wirken auch auf die Wissenschaft ein. Wissenschaft ist eingebunden in ein Geflecht staatlicher und personaler Beziehungen und Interdependenzen und, so sehr sie diese auch zu beeinflussen vermag, sehr oft abhängig von ihnen. So stehen auch Wissenschaft und Politik oft in einem Wechsel- und Spannungsverhältnis zueinander.

Auch die Geschichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist eingebunden in den Wandel der politischen Verhältnisse unseres Jahrhunderts. Die Gründungsgeschichte erweist sich als ein sich befruchtendes Zusammenspiel von Staat (Politik) und Gelehrtengesellschaft (Wissenschaft), zu dem als dritte Kraft hier auch noch die Wirtschaft hinzutritt. Die Weimarer Zeit ist geprägt durch das Bemühen um innere und äußere Konsolidierung und den Verlust der so streng behüteten materiellen Unabhängigkeit. Die Zeit des Dritten Reiches führt schließlich in eine Auseinandersetzung, die das Problem der Kapitulation oder Selbstbehauptung der Wissenschaft vor den Forderungen der Politik zum Inhalt hat. Bedingungen wie politische Zwänge der Nachkriegszeit bieten die Chance einer Selbstreinigung der Wissenschaft wie des Aufbaus demokratischer Strukturen auch in einem elitär-"aristokratischen"

* Die Anmerkungen nennen die zitierte Literatur i.d.R. mit einem Kurztitel; die genauen bibliographischen Daten sind im Literaturverzeichnis nachzuschlagen. Die Bezeichnung der Publikationsorgane der Akademien (Jahrbücher, Nachrichten etc.) zur Rechenschaftsablage wechselte auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften häufig. Sie sind in den Anmerkungen als Kurztitel zitiert mit der Nennung der herausgebenden Körperschaft und dem jeweiligen Berichtsjahr (nicht Erscheinungsjahr!). Bei den Jahresheften bzw. (seit 1963/64) Jahrbüchern der Heidelberger Akademie der Wissenschaften steht nur Jh. bzw. Jb. mit Angabe des Berichtszeitraumes.

Umfeld. Die Entwicklung neuer Formen der Wissenschaftsorganisation und -förderung ist jeweils eingebunden in die Bedingungen des politischen Systems. Das Wechselspiel von Politik und **Wis**senschaft läßt sich anschaulich auch am Beispiel der Heidelberger Akademie der Wissenschaft dokumentieren, und dies nicht nur im regionalen, sondern über das „Kartell der Akademien" auch im nationalen und internationalen Rahmen.

An keiner Stelle wurde eindringlicher die Idee der „reinen" Wissenschaft postuliert als in den Akademien. Nicht anwendungsorientierte Wissenschaft sollte in den Akademien ihren Platz finden, sondern eine „zweckfreie" Wissenschaft, die Forschung um ihrer selbst willen ohne Rücksichten auf praktische Verwertbarkeit betreiben wollte. Allein der aus dem inneren Impuls der einzelnen Forscherpersönlichkeit entspringende Anstoß zu wissenschaftlicher Arbeit sollte ihren Ausdruck in der Akademie finden. Es ging in erster Linie um „Grundlagenforschung", die primär der Erweiterung des Wissens und der Erkenntnis des forschenden Gelehrten und sekundär der Aus- und Weiterbildung, d.h. der Erziehung des Menschengeschlechtes dienen konnte. Daß es sich bei diesem Konstrukt um eine Illusion handelte, die auch bei der Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften noch beschworen wurde, ist offensichtlich. Sie beruht weitgehend auf einem Mißverständnis, das die Widersprüche zwischen den Positionen der beiden „Theoretiker" des Akademiegedankens in Deutschland Gottfried W. Leibniz und Wilhelm von Humboldt, die sich hier an öffentlicher Wohlfahrt, dort an einer hohen Idee des Menschentums orientierten, nicht erkennen wollte. So wurde in den Akademien ein Wissenschaftsideal gepflegt, das den Angriffen der politischen Wirklichkeit einigermaßen hilflos preisgegeben war, ehe der Zwang der Verhältnisse einen Handlungsnotstand offenbarte. Freilich hat sich ein Mißverhältnis zwischen der Notwendigkeit der Existenz in einer staatlichen Umwelt und dem Ideal einer Wissenschaft, wie sie „eigentlich" sein sollte, bis heute vielerorts erhalten. Daß die Verabsolutierung der reinen Wissenschaft fatale Folgen haben kann, gehört zum allgemeinen Bewußtseinsstand unserer Zeit. Eine wissenschaftstheoretische Diskussion über Voraussetzung, Bedingungen und Grenzen der Wissenschaft kann an dieser Stelle freilich nicht intendiert sein.[1]

[1] Mittelstraß, J., Rationale Rekonstruktion der Wissenschaftsgeschichte. Oeser,

Die vorliegende Studie will und kann auch keine „Geschichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften" sein. Gerade der Bereich der wissenschaftlichen Forschungen und ihrer Ergebnisse, der die Existenzberechtigung der Institution ausmacht, mußte vielfach ausgeblendet werden. Eine Darstellung der Disziplinengeschichte und Forschungsgeschichte im Rahmen der Akademie bedürfte der akademieinternen wissenschaftsgeschichtlichen Diskussion auf breitester Basis. Die Festschrift der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu ihrer 200-Jahrfeier bietet ein gelungenes Beispiel dieses Herangehens an die eigene Wirkungsgeschichte.[2]

Doch ist auch der institutionelle Aspekt der Akademiegeschichte von einiger Bedeutung. Ohne den institutionellen Rahmen sind auch die Leistungen der Akademien nicht möglich. Den Hintergrund, vor dem sich Wissenschaft abspielt, und das Fundament, auf dem sie aufbauen kann, darzustellen und zu erläutern, ist eines der Ziele der Arbeit. Und hier will sie auch „Geschichtsschreibung" sein, etwa in der Darstellung von Prozessen, die zu wissenschaftspolitischen Entscheidungen führten, und in der Erhellung der Motive und Handlungsmuster ihrer Aktionen. Die Verbindung von Institutionengeschichte und Wissenschaftsgeschichte in ihrer Ausrichtung auflde ale und Realitäten der politischen und sozialen Geschichte mag neue Blickwinkel auf die Korporation Akademie selbst wie auf die ihr zugehörende Communitas der Gelehrten eröffnen; neben die Institutionen- und Wissenschaftsgeschichte treten so auch Aspekte der Mentalitätsgeschichte des Gelehrtenstandes.

Die Untersuchung zur Geschichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zwischen ihrer Gründung 1909 und dem Ab-

E., Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte als Basisprogramm. Vgl. dazu allg. Burrichter, C. (Hg.), Wissenschaftsforschung. Darin bes.: Mittelstraß, J., Zur Philosophie der Wissenschaftstheorie. Carrier, **M.,** Wissenschaftsgeschichte, rationale Rekonstruktion und die Begründung von Methodologien. Trischler, H., Wissenschaft und Forschung aus der Perspektive des Historikers. Zum Problem der Grenzen der Wissenschaft vgl. Rescher, N., Die Grenzen der Wissenschaft. Radnitzky, G./ Andersson, G. (Hgg.), Voraussetzungen und Grenzen der Wissenschaft. Zu neueren Tendenzen der Forschungspolitik vgl. Pöggeler, 0./ Breuer, **H.,** Fragen der Forschungspolitik.

[2] Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

schluß ihres Wiederaufbaus nach 1945 ist ein Versuch, die Wechselwirkung und Abhängigkeit von Wissenschaft und Politik an einem Beispiel konkret zu veranschaulichen und Mechanismen dieser Wechselwirkung offenzulegen. Der Blick von außen auf die Institution und Korporation muß dabei ergänzt werden durch Zugänge, die den internen Komplex einer Akademie zu erschließen vermögen. Es sind dies überwiegend Selbstzeugnisse von Mitgliedern der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und anderer Akademien, die zu Wort kommen und kritisch hinterfragt werden müssen. Ein Ziel mußte es sein, die Politik der Akademien der Wissenschaften selbst zu untersuchen, denn daß neben Forschung auch politische Interessen vertreten wurden, liegt in der Absicht der Akademien der Wissenschaften, auch Forschungspolitik und Wissenschaftspolitik zu betreiben.

Deutlich wird dies in den Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene innerhalb des Kartells. Daneben spielt sich im Innern der einzelnen Akademien aber auch ein Prozeß der Standortbestimmung als Abbild der politischen Umstände wie der Grundhaltung der Gelehrten ab, der seinen Ausdruck vornehmlich in der Wahlpolitik der Akademie findet. Eine detaillierte Interpretation der Wahlen besonders in der Gründungsphase und der Zeit des Dritten Reiches vermag daher einen tieferen Einblick in die Haltung der Akademie zu den Fragen und Stimmungen der Zeit zu vermitteln.

2. Zur Quellenlage und zur Methodik.

Die Arbeit fußt vorrangig auf der Auswertung der Akten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Die Materialien des Akademiearchivs wurden hierbei überhaupt erstmalig benutzt. Ein „Archiv" der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (HAW)[3] gab es bis in die jüngste Zeit nicht, wenn man darunter einen geordneten, nach einer bestimmten Registratur abgelegten und verzeichneten Aktenbestand versteht. Die Geschichte des Archivs der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist in mannigfacher Hinsicht ein Abbild der Zwiespältigkeiten der Geschichte

[3] Vgl. Wennemuth, U., Das Archiv der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

der gelehrten Körperschaft, der Verwaltung wenig galt und der Niederschlag der Bürokratie als uninteressant und daher auch nicht erhaltenswert erschien.[4]

Der bevorzugt ausgewertete Aktenbestand stammt weniger aus der Verwaltung, die es für die ersten fünf Jahrzehnte des Bestehens der Akademie auch kaum gab, als aus dem Geschäftsverkehr der Akademie. Der wissenschaftliche Niederschlag der Tätigkeit der Akademie war für Fragestellung wie Auswertungsinteressen nur von sekundärer Bedeutung. Von Belang sind vor allem Sitzungsprotokolle, soweit sie sich mit geschäftlichen Sachverhalten beschäftigen; dazu gehören Fragen der inneren und äußeren Organisation der Akademie, ihrer Struktur und ihrer wissenschaftspolitischen und -organisatorischen Bestrebungen. Es ist dabei offensichtlich, daß Umbruchs- und Krisenzeiten zu einer größeren Produktion und einem umfassenderen Austausch geschäftlichen Materials neigen als Zeiten der Ruhe und Ausgeglichenheit, die die wissenschaftliche Arbeit stärker befördern. Fragen der personellen Zusammensetzung schlagen die Brücke vom geschäftlichen zum wissenschaftlichen Bereich der Akademie. Das Selbstverständnis der Akademie als Institution wie das ihrer Glieder ist Ergebnis sowohl der wissenschaftlichen Potenz der Anstalt als auch der daraus hervorgehenden oder auf sie hinleitenden wissenschaftspolitischen Folgerungen und Voraussetzungen. Der gleiche Gelehrte empfindet im Rahmen unterschiedlicher Institutionen und in der Auseinandersetzung mit verschiedenartigen Problemen wissenschaftlicher wie administrativer Art seine Rolle und seine Tätigkeiten durchaus unterschiedlich.

Die Sitzungsprotokolle werden ergänzt durch die interne Korrespondenz der Mitglieder untereinander wie zwischen Angehörigen des Vorstandes und durch die äußere Korrespondenz mit Behörden und staatlichen wie nichtstaatlichen Organisationen. Die Basis der Arbeit beruht so auf der Durchsicht und Auswertung beinahe des gesamten für den Untersuchungszeitraum angefallenen Aktenbestandes. So reichlich das offizielle und private Schriftgut auch erhalten ist, so gilt dies doch für die verschiedenen Abschnitte in sehr unterschiedlichem Maße. Das Fehlen einer

[4] Diese Auffassung ist dem Verfasser als Reaktion eines verdienten und engagierten Akademiemitgliedes offenkundig geworden, als er sich mit der Geschichte der Akademie zu befassen begann.

eigenen Registratur und von Räumlichkeiten zur Aufbewahrung der Akten und des Archivgutes bewirkte nicht unerhebliche Verluste. Zum anderen variiert der Informationsgehalt der Sitzungsprotokolle, die insbesondere für die Mitte der 30er Jahre nur sehr spärlich vorhanden sind, außerordentlich stark. So ist man für Untersuchungen zur Geschichte der Akademie auch auf „externe" Archivalien angewiesen. Diese befinden sich für die Gründungsgeschichte und zu allen den Verkehr mit der aufsichtführenden Kultusbehörde betreffenden Angelegenheiten, vornehmlich also rechtlicher und haushaltstechnischer Fragen, im Generallandesarchiv in Karlsruhe (GLA). Die Bestände des Universitätsarchivs vermögen die Akademiegeschichte hier und da vor ihrem universitären Hintergrund zu beleuchten und zu vertiefen, eine grundsätzliche Klärung von die Akademie betreffenden Fragen ist von hier aus jedoch nicht möglich. Mehr zufälliger Art sind Nachrichten über die Akademie, die sich in (Gelehrten-) Nachlässen befinden; gleichwohl handelt es sich hier oft um wertvolle Detailinformationen. Hier kann auch in Zukunft noch mancher überraschende Fund gelingen. Befragungen konnten wegen des hohen Alters der noch wenigen lebenden Zeitzeugen (für die Zeit der Dritten Reiches und der Nachkriegszeit) kaum durchgeführt werden, zumal aussagekräftige Informationen nur von mit den jeweiligen internen Gegebenheiten vertrauten Persönlichkeiten zu erwarten gewesen wären.[5]

Von nicht unerheblicher Bedeutung als Quellen der Akademiegeschichte sind die gedruckten Jahrbücher, Nachrichten und Almanache der Akademien. Obgleich hier ein Filter besonders über die Berichterstattung der geschäftlichen Angelegenheiten gelegt ist, sind diese Rechenschaftsberichte eine primäre Quelle zur Selbstdarstellung der Akademien, bieten über diese begrenzten Absichten hinaus jedoch auch eine Fülle vielschichtigen Materials. Für die vergleichende Betrachtung von Vorgängen der Aka-

[5] Unter den geschilderten Bedingungen kam als Interviewpartner nur Karl Engisch (o.M. 1937; † 11.9.1990) in Frage. Seine Erinnerung zeichnete das Bild einer unpolitischen, allein auf das Wissenschaftliche ausgerichteten Institution (Gespräch am 24.10.1989). Von Campenhausen (o.M. 1947) verstarb am 6.1.1989, Gadamer (o.M. 1950) wurde erst Mitglied der Akademie, als die Weichen auch für den Wiederaufbau der Akademie gestellt waren. Hommel und Krause († 31.7.1991) waren nur kurzzeitig (aktive) o.M. der Akademie, ohne je als Funktionsträger hervorgetreten zu sein.

demiengeschichte bilden sie die Grundlagen. Ergänzt werden die gedruckten Quellen durch Statuten und Mitgliederverzeichnisse,[6] während Publikationsverzeichnisse[7] für die vorliegende Untersuchung von geringerem Interesse sind.

Die Darstellung[8] beruht im wesentlichen auf der Analyse von Akten und Korrespondenzen. Autobiographisches Material diente angesichts der Problematik dieser Gattung als historische Quelle[9] eher der Illustration denn als Ausgangspunkt historischer Darstellung. Um das weitgehend unbekannte Quellenmaterial zugänglich zu machen, wurden gelegentlich auch ausführliche Quellenzitate in den Text aufgenommen. Ein besonderes Augenmerk galt der Analyse der Wahlpolitik der Akademie, die in besonderer Weise Aufschluß geben kann über Verhaltensweisen und Denkmuster der Akademiemitglieder, mithin u.U. einen Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der Gelehrten zu leisten vermag. Durch eingehende Analysen kann selbst das spröde Material der Mitgliederreihen erstaunliche Auskünfte und Einsichten vermitteln. Für die Untersuchung der wirtschaftlichen Grundlagen der Akademie wurden Angaben zum Haushalt etc. aus den Akten statistisch erfaßt und ausgewertet.

[6] Vgl. Deutsche Akademie der Wissenschaften. Biographischer Index. Amburger, E., Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie. Arnim, M., Mitglieder-Verzeichnisse der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Dokumentation zur Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Bd. 3. Wennemuth, U., Mitgliederverzeichnis. Aktuelle Mitgliederlisten befinden sich jeweils in den Nachrichtenorganen der Akademien.

[7] An dieser Stelle sei nur auf Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register verwiesen.

[8] Zu den methodischen und geschichtstheoretischen Voraussetzungen vgl. aus der Fülle der Literatur: Historische Methode. Rüsen, J., Historische Vernunft.

[9] Zur Autobiographie als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Interpretation vgl. Berges, W., Biographie und Autobiographie heute. Kuczynski, J., Probleme der Autobiographie. Vgl. dazu auch meine Auseinandersetzung mit den Erinnerungen Koenigsbergers unten Kap. 1.2.3. und II.1.2. Zur grundsätzlichen Problematik vgl. Neumann, B., Identität und Rollenzwang. Lehmann, J., Bekennen - Erzählen - Berichten. Winter, H., Der Aussagewert von Selbstbiographien.

3. Anmerkungen zum Forschungsstand.

Die Akademien der Wissenschaften[10] sind seit einer Reihe von Jahren wieder Gegenstand intensiver historischer Forschung, so daß unlängst eine erste Gesamtdarstellung in deutscher Sprache gewagt werden konnte,[11] die allerdings für die neuere Zeit allzu einseitig auf die Akademien der „sozialistischen" Länder ausgerichtet ist. Beim Überblick über die Forschungslage muß freilich die Einschränkung gemacht werden, daß sich das Interesse der Historiker bislang fast ausschließlich auf das 18. Jahrhundert als der klassischen Epoche der Akademien konzentrierte.[12] Für das 20. Jahrhundert waren die Akademien der Wissenschaften dagegen allenfalls unter dem eher verwaltungstechnischen Blickwinkel ihrer institutionellen Erscheinungsformen[13] und der Rechtsgestalt außeruniversitärer Forschungsinstitutionen von Interesse.[14]

Anlaß für die Beschäftigung mit der Geschichte einer einzelnen Wissenschaftsakademie waren in aller Regel Jubiläen. Als Ergebnisse wurden voluminöse Gesamtdarstellungen mit Festschriftcharakter vorgelegt. Herausragend sind hier vor allem die Arbeiten von A. Harnack,[15] R. Meister[16] und die Münchner Festschrift Geist

[10] Zur Begriffsgeschichte von „Akademie" vgl. Heigel, K.Th.v., Über den Bedeutungswandel der Worte Akademie und Akademisch. Erkelenz, P., Der Akademiegedanke im Wandel der Zeiten. Knabe, P.-E., Die Wortgeschichte von „Akademie".

[11] Grau, C., Berühmte Wissenschaftsakademien.

[12] Vgl. Hammermayer, L., Akademiebewegung und Wissenschaftsorganisation. Der Akademiegedanke im 17. und 18. Jahrhundert. Schalk, F., Die Akademien und die Entstehung neuer Wissenschaften. Voss, J., Die Akademien als Organisationsträger. Hammermayer, L., Academies and Learned Societies. Vgl. auch Kraus, A., Vernunft und Geschichte. Kanthak, G., Der Akademiegedanke zwischen utopischem Entwurf und barocker Projektmacherei.

[13] Vgl. Schuster, J., Die wissenschaftliche Akademie als Geschichte und Problem. Wettstein, R., Die deutschen Akademien der Wissenschaften. Harnack, A.v., Die Akademien der Wissenschaften. Oberhummer, W., Die Akademien der Wissenschaften. Meister, R., Die Zukunft der wissenschaftlichen Produktion und die Stellung der Akademie der Wissenschaften. Hammermayer, L./Stoermer, M./Letzelter, F., Akademien.

[14] Vgl. etwa Gerber, H. Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen. Bd. 1, bes. 178-184. Vgl. auch Meusel, E.-J., Grundprobleme des Rechts der außeruniversitären 'staatlichen' Forschung.

[15] Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie.

[16] Meister, **R.,** Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien.

und Gestalt.[17] Ein spezielles Interesse historischer Forschung galt darüber hinaus insbesondere der Gründungs- und Vorgeschichte der Akademien, und auch hier wieder besonders der aus der Zeit der Aufklärung.[18] Untersuchungen zur Geschichte der Wissenschaftsakademien im 20. Jahrhundert sind eine seltene Ausnahme. Zu nennen sind hier vor allem die Arbeiten der Forschungsstelle der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin (Ost) zur Geschichte der Akademie. Sie brachte neben Veröffentlichungen zur Disziplinengeschichte[19] besonders das dreibändige Werk über „Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus" heraus, das die Zeit von etwa 1890 bis 1945 unter den Aspekten der personellen Struktur und der wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie, aber auch der institutionellen Veränderungen abhandelt.[20] Die „Deutsche Akademie der Wissenschaften" kann zudem als einzige eine neuere Gesamtdarstellung ihrer Geschichte vorweisen.[21] Demgegenüber sind Perioden der Zeitgeschichte der übrigen Akademien nur gelegentlich und peripher behandelt, zumeist geprägt von den Bedingtheiten persönlicher Erinnerung.[22] Das Scheitern einer Akademiegründung im Rheinland kurz vor dem Ersten Weltkrieg ist in einer neuen Veröffentlichung dokumentiert.[23]

Vollends unbefriedigend stellt sich die historische Erforschung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften dar. Einen Rückblick über die ersten fünfzig Jahre ihres Bestehens, der nur auf spärliches Quellenmaterial zurückgreifen konnte, gab H. Born-

[17] Geist und Gestalt (wie Anm. 2). Vgl. auch Heigel, K.Th.v., Die Münchener Akademie. Wenig ergiebig unter historischer Fragestellung: Festschrift der Akademie der Wissenschaften in Göttingen und Festschrift der Sächsischen Akademie der Wissenschaften.

[18] Vgl. dazu insbes. Hammermayer, L., Geschichte der Bayerischen Akademie. Vgl. auch Kap. I, Anm. 20, 64 bis 66.

[19] Vgl. Physiker über Physiker. Die Altertumswissenschaften an der Berliner Akademie.

[20] Für die Zeit nach 1945 vgl. Landrock, R., Die Deutsche Akademie der Wissenschaften.

[21] Hartkopf, **W.,** Die Akademie der Wissenschaften der **DDR.** Durch diese Darstellung überholt: Dunken, G., Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

[22] Vgl. Meißner, **W.,** Die schwierige Lage der Akademie.

[23] Lepper, **H.,** Einheit der Wissenschaften.

kamm anläßlich der 50-Jahrfeier der Akademie.[24] Wesentlich intimere Kenntnis verrät die knappe Zusammenfassung der Akademiegeschichte durch H. Mosler in seiner Ansprache auf der Jahresfeier der Akademie am 26. Mai 1984.[25] Über die Geschichte, Struktur und Aufgaben der Akademie informieren im übrigen zwei Broschüren,[26] deren Aufgabe in der Selbstdarstellung der Akademie liegt, und eine knappe Übersicht des Verfassers,[27] die institutionelle Gegebenheiten in einen historischen Rahmen einzufügen versucht. In wissenschaftlichen Abhandlungen ist wiederum nur die Vor- und Gründungsgeschichte der Akademie erfaßt.[28] Im Rahmen der Darstellung auf privater und wirtschaftlicher Basis fundierter Wissenschaftsstiftungen findet die Akademie kurze Erwähnung bei Lothar Burchardt2[9] und Dirk P. Herrmann.[30] Beide Untersuchungen stützen sich ausschließlich auf die Ergebnisse der Arbeit von Riese.

[24] Vgl. Jh. 1958/59, 51-58.

[25] Jb. 1984, 56-59.

[26] Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften und ihre Arbeitsvorhaben. Vgl. auch Dirlmeier, F., Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

[27] Vgl. demnächst Wennemuth, U., Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

[28] Vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 242-251. Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden.

[29] Burchardt, L., Die Förderung schulischer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung, 26.

[30] Herrmann, D.P., Wirtschaft, Staat und Wissenschaft, 362.

I. Grundlagen und Voraussetzungen der Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

1. Die Akademien im Humboldtschen Bildungssystem.

Mit der Berufung Wilhelm von Humboldts[1] zum Geheimen Staatsrat und Direktor der Sektion für Kultus und Unterricht im Preußischen Ministerium des Innern am 10. Februar 1809 trat die umfassende Reform des Bildungswesens in Preußen in eine neue Phase ein, die auch die Bereiche der Wissenschaften und Künste umfaßte und in ihren Wirkungen nicht auf Preußen beschränkt blieb.[2] Äußeres Zeichen dieser Entwicklung war die Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810.[3] Die Reformprogramme, die sich in einer Reihe von Denkschriften, Gutachten und Anträgen etc. niederschlugen,[4] bezogen die (Berliner) Akademie ein und gewannen so Bedeutung auch für die anderen deutschen Wissenschaftsakademien. Obgleich Humboldts Bildungsphilosophie entscheidend von der Metaphysik Leibniz' geprägt war,5 unterschieden sich seine auf die Akademien bezogenen Schlußfolgerungen nicht unerheblich von Leibnizens Akademievorstellungen.

Leibniz hatte zwischen 1669 und 1716 eine Fülle immer neuer Akademiepläne hervorgebracht,6 die jedoch nur bei den Akade-

[1] Zu Wilhelm von Humboldt vgl. Borsche, T., Wilhelm von Humboldt. Vierhaus, R., Wilhelm von Humboldt. Schlerath, B. (Hg.), Wilhelm von Humboldt.

[2] Vgl. Menze, C., Grundzüge der Bildungsphilosophie Wilhelm von Humboldts. Ders., Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts. Vgl. auch McClelland, Ch.E., State, society, and univesity, 101-149.

[3] Zur Gründungsgeschichte der Berliner Universität vgl. Lenz, M., Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Bd. 1, 71-304. Muhlack, U., Die Universitäten im Zeichen von Neuhumanismus und Idealismus.

[4] Vgl. Humboldt, **W.v.,** Schriften zur Politik und zum Bildungswesen.

[5] Vgl. Menze, C., Grundzüge der Bildungsphilosophie Wilhelm von Humboldts, 6.

[6] Vgl. Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 1, 1-64. Totok, **W.,** Leibniz als Wissenschaftsorganisator. Poser, **H.,** Gottfried Wilhelm Leibniz.

miegründungen in St. Petersburg[7] und in Berlin[8] unmittelbar von Erfolg gekrönt waren. Wenn Leibniz an eine „Societät"[9] der **Wis**senschaften auch Erwartungen erzieherischen sowie welt- und menschenverbessernden Charakters stellte,[10] so darf damit doch keine bloße Übertragung seiner Philosophie auf ein humanistisches Bildungsideal unterstellt werden.[11] Leibniz ging es in erster Linie um eine Förderung von Wirtschaft, Handel, Gewerbe, Bergbau und Ökonomie[12] ganz im Sinne einer absolutistisch-merkantilistischen Staatsräson. So war auch die Förderung der Naturforschung auf das Wohl des Staates und die bessere Erkenntnis der göttlichen Schöpfung auszurichten. ,,Bloße Curiosität oder **Wis**sensbegierde und unfruchtbare Experimenta" rechtfertigten den planerischen Aufwand einer staatlich zu fördernden wissenschaftlichen Societät keineswegs. Vielmehr galt es, ,,... das **W**erck samt der Wissenschaft auf den Nuzen [zu] richten ..., davon der hohe Urheber Ehre und das gemeine Wesen ein Mehrers zu erwarten Ursach habe". Es „wäre demnach der Zweck theoriam cum praxi zu vereinigen, und nicht allein die Künste und die Wissenschaften, sondern auch Land und Leute, Feldbau, Manufacturen und Commercien, und, mit einem Wort, die Nahrungsmittel zu verbeßern, überdieß auch solche Entdeckungen zu thun, dadurch die überschwengliche Ehre Gottes mehr ausgebreitet, und dessen Wunder

[7] Vgl. Winter, E., L. Blumentrost d.J. und die Anfänge der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Grau, C., Berühmte Wissenschaftsakademien, 120-133. Zum geistigen Umfeld vgl. Sokolow, **W.W.,** Leibniz und die russische wissenschaftliche philosophische Kultur.

[8] Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie. Vgl. auch Vierhaus, **R.,** Wissenschaft und Politik im Zeitalter des Absolutismus.

[9] Die Verwendung des Begriffes „Societät" anstelle von Akademie bei Leibniz hat seinen Grund in dem negativen Beigeschmack des Akademiebegriffes als einer bloßen Lehranstalt in Deutschland (vgl. Leibniz an Jablonski, 26. März 1700; Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 2, 72).

[10] Vgl. Totok, W., Leibniz als Wissenschaftsorganisator, 303-307.

[11] Zum Problem vgl. Menze, C., Leibniz und die neuhumanistische Theorie der Bildung des Menschen.

[12] Vgl. Leibnizens ersten Entwurf einer Societät von 1669: ,,Grundriß eines Bedenckens von Aufrichtung einer Societät in Teutschland zur Aufnahme der Künste und Wissenschaften" mit dem Ziel der „Aufmunterung der lngenia der Teutschen" zur Förderung nicht nur der Wissenschaften, sondern auch von Wirtschaft, Handel, Gewerbe, Bergbau und Ökonomie. Vgl. Leibniz, **G.W.,** Schöpferische Vernunft, 73-95, hier 85-94. Vgl. auch Kraus, A., Vernunft und Geschichte, 206, Anm. 4.

besser als bißher erkannt, mithin die christliche Religion, auch gute Policey, Ordnung und Sitten ... gepflanzet oder mehr ausgebreitet würden".[13] Nützlichkeitsdenken und Praxisbezug bestimmten Leibnizens Akademievorstellungen.[14] Erkenntnisstreben hatte darin nur eine untergeordnete Qualität und war ohnehin nur in Bezug auf einen praktischen Nutzen denkbar. Seine „Gedanken [waren] auf nüzliche Wissenschaften und das gemeine Beste gerichtet".[15] Leibniz sah die neu zu begründende Societät bzw. Akademie in bewußtem Gegensatz zur im Lehrbetrieb erstarrten Universität,[16] aber auch zu anderen bereits bestehenden Akademien durch die „Universalität ihrer Zielsetzung": „Das objectum dieser Unsrer Societät der wissenschaften soll ganz unbeschrenket seyn, also verschiedener anderswo fundirter Societäten oder soge-

[13] Denkschrift Leibnizens vom 24./26. März 1700, in: Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 2, 76-78, Zitat 76.

[14] Anders und die grundsätzliche Verschiedenheit des Leibnizschen und Humboldtschen Ansatzes verkennend Gerber, H., Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen, Bd. 2, 343f. (zu Anm. 8).

[15] Wie Anm. 13, 77. Leibniz erwartete fruchtbare Auswirkungen also nicht nur auf Wissenschaften und Künste, sondern im Sinne einer merkantilistischen Wirtschaftsauffassung auch eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse und in der Folge auch der Sitten und Moral der Menschen. Der Nützlichkeitsgedanke wirkte sich selbst auf die Finanzierungsvorschläge der „Societät" aus: Der durch die wissenschaftliche Gesellschaft hervorgebrachte Nutzen sollte durch Beiträge der Nutznießer wiederum der materiellen Ausstattung der Societät zustatten kommen (ebd., 78).

[16] Zur Trennung von Status und Funktion der Akademien und Universitäten vgl. auch Albrecht von Haller, der zwischen der Universität „zum Belehren" und der Akademie „zum Erfinden" unterschied, obgleich in Göttingen eine vergleichsweise enge - und für die weitere Entwicklung der deutschen Akademien vorbildliche - Zusammenarbeit von Gelehrter Gesellschaft und Universität stattfand. Vgl. dazu Hammermayer, L., Akademiebewegung und Wissenschaftsorganisation, 6. Zur Beziehung Hallers zu Leibniz vgl. Toellner, R., Haller und Leibniz. Wie wenig die Existenz einer Universität für eine Akademiegründung für Leibniz von Belang war, zeigen auch seine Akademiepläne. Er „plante Akademien stets dort, wo sich reichsstädtische oder fürstliche Zentren oder Zentralbehörden befanden" (Hammermayer, Akademiebewegung und Wissenschaftsorganisation, 6), nicht aber dort, wo bereits Universitäten bestanden. Das weist auf eine grundsätzliche Ausrichtung der Akademien auf das Herrschaftszentrum hin (vgl. auch Müller, K., Zur Entstehung und Wirkung der Wissenschaftlichen Akademien, 127f.). Dieses Prinzip galt wie für Berlin, Dresden oder Frankfurt am Main auch für die Gründung der kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften in Mannheim 1763 (vgl. dazu Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 275f.).

nannter Academien objecta zusammenfassen und sich alle andern nachrichtungen, künste und übungen in sich begreifen, dazu durch das natürliche liecht menschliches nachsinnen und unermüdeten fleiß zu gelangen; also nicht allein auf physica und mathematica gerichtet seyn, sondern auch dahin trachten daß was bey menschlichen studien, künste, lebensarth oder profession und facultat zu wissen auszuzeichen zu erfinden dienlich, zusammenbracht".[17]

War bei Leibniz die Absonderung der Akademie von der Universität ein wichtiges Kriterium seiner „Wissenschaftspolitik" gewesen, wie sie ähnlich auch Schleiermacher mit seiner Unterscheidung von Universität als Lehranstalt und Akademie als Forschungsanstalt vertrat,[18] so wurden durch die Gründung der Berliner Universität 1810 und die Reorganisation der Preußischen Akademie (1812)[19] zwei bisher miteinander konkurrierende Systeme in enge Fühlungnahme und schließlich fruchtbare Zusammenarbeit gebracht. Dieses neue „Modell", das in den Göttinger Verhältnissen bereits vorgebildet war,[20] dürfte Humboldt während seiner Studienzeit in Göttingen kennengelernt haben. Wie es für nahezu alle Universitäten und Akademien in Deutschland zukunftsweisend werden sollte, führte Wilhelm von Hum-

[17] Leibniz, **G.W.,** Plan d'une academie en Saxe, 220. Die Ausführungen Leibnizens stehen in Zusammenhang mit dem Gründungsprojekt einer Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Dresden. (Die Wiedergabe der Denkschrift bei Foucher de Careil erscheint an dieser Stelle verderbt. „mächrichtungen" ergibt keinen Sinn und ist bei Totok, W., Leibniz als Wissenschaftsorganisator, 304 als „nachrichtungen" wiedergegeben. Dieser Lesart schließe ich mich hier an). Vgl. auch Bodemann, E., Leibnizens Plan einer Sozietät der Wissenschaften in Sachsen, 190f.

[18] Vgl. Schleiermacher, F., Gelegentliche Gedanken über Universitäten, 233-245. Die Akademie ist hier also eine „der Universität in ihrem wissenschaftlichen Range übergeordnete Einrichtung" (Menze, C., Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts, 328). Zu Schleiermacher als Wissenschaftsorganisator vgl. Vierhaus, R., Friedrich Daniel Schleiermacher, bes. 82ff.

[19] Vgl. die neuen Statuten der Akademie vom 24. Jan. 1812 (Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 2, 367-374). Als Aufgabe der Akademie formuliert§ 1: „Der Zweck der Akademie ist auf keine Weise Vortrag des bereits bekannten und als Wissenschaft geltenden, sondern Prüfung des Vorhandenen und weitere Forschung im Gebiet der Wissenschaft" (ebd., 367).

[20] Zum Göttinger Modell vgl. Joachim, J., Die Anfänge der Königlichen Sozietät der Wissenschaften zu Göttingen. Toellner, R., Entstehung und Programm der Göttinger Gelehrten Gesellschaft. Zur Verbindung von Universität und Akademie vgl. jetzt insbes. Vierhaus, R., Akademie und Universität.

boldt in seiner unvollendet gebliebenen, aus dem Geiste des klassischen Idealismus hervorgegangenen Denkschrift von 1810 „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin" aus.[21] Humboldt formulierte hier seine Idee der wissenschaftlichen Bildung, umschrieb die Rolle des Staates, der Universität und auch der Akademie in diesem Bildungskonzept.

Die „höheren wissenschaftlichen Anstalten" waren für Humboldt der Kristallisationspunkt, ,,in dem alles, was unmittelbar für die moralische Kultur der Nation geschieht, zusammenkommt".[22] Wenn in diesem Zusammenhang die Bedeutung eines „vollendeten Schulunterricht[s]" für das Erreichen des Zieles der „Bildung des Menschen" durchaus gewürdigt wurde, so galt der „Hauptgesichtspunkt" doch der Wissenschaft, und zwar der „reinen Idee" derselben.[23] Forschung und Lehre sollten sich freilich in den höheren wissenschaftlichen Anstalten auch befruchten und dadurch auf das öffentliche Leben einwirken. Aufgabe des Staates war es, diesen Anstalten den nötigen Freiraum zu gewähren und zu bewahren: ,,Er muß sich eben immer bewußt bleiben, daß er nicht eigentlich dies [i.e. die lebendige und rege wissenschaftliche Tätigkeit, das innere Streben zur Wissenschaft, der Verf.] bewirkt noch bewirken kann, ja, daß er vielmehr immer hinderlich ist, sobald er sich hinein mischt ..."[24] Der Staat sollte so einerseits für die materielle Ausstattung seiner höheren wissenschaftlichen Anstalten sorgen, ihnen andererseits aber alle geistige Freiheit und äußere Muße gewähren und sie eigenständig wirken lassen, denn Wissenschaft sei „als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes zu betrachten, und unablässig ... als solche zu suchen".[25] Letztlich sollte der Staat aber auch durch die Auswahl geeigneter Männer die geistige Potenz der Anstalten sicherstellen. Dagegen sollte, abgesehen von wenigen einfachen Richtlinien, ihre Organisation der Anstalt selbst anheimgestellt bleiben. Als eigentliche Aufgabe der höheren wissenschaftlichen Anstalten

[21] Zitiert nach: Die Idee der Deutschen Universität, 375-386.
[22] Ebd., 377.
[23] Vgl. ebd., 377 und 382; als vorzügliche „Vorübung des Kopfes zur reinen Wissenschaft" empfahl Humboldt die Mathematik.
[24] Ebd., 378.
[25] Ebd., 379f. (Zitat 379).
[26] Ebd., 380.

nannte Humboldt, „Wissenschaft als solche zu suchen".[26] Es wird deutlich, daß die Freiheit der Selbstorganisation auf Universität und Akademie zu beziehen ist.[27]

Das Humboldtsche Bildungskonzept sollte also durch praktizierte Wissenschaft an allen höheren wissenschaftlichen Anstalten verwirklicht werden. Durch Humboldts Universitätsreform war die Universität auch in ihrer Philosophischen Fakultät „berufspraktischen" Zwecken der Gymnasiallehrerausbildung nutzbar gemacht,28 daneben freilich gerade auch als Forschungsanstalt erheblich aufgewertet worden. So stellte sich bereits bei Humboldt die Frage, ob eine Akademie eigentlich noch zeitgemäß sei,[29] eine Frage, die in der Diskussion um Wesen und Selbstverständnis der Akademien bis in die Gegenwart aktuell geblieben ist. Humboldt sah die besondere Eigenart und Eigenwertigkeit der Universität in der Verbindung von Lehre und Forschung; sie sei charakterisiert durch einen lebhaften Gedankenaustausch zwischen Lehrenden und Lernenden; der Student wurde hierbei als eine selbständig bewegende und anregende Kraft verstanden. Diese Eigenschaft verschaffte der Universität nun sogar einen Vorrang in der Forschung, da sie hier „rascher und lebendiger" voranschreite. Wenn es also nur um die „Erweiterung der Wissenschaften" ginge, könnte man auf die Akademien verzichten.[30] Humboldt, seit 1808/10 selbst Mitglied der Preußischen Akademie,[31] hatte in den alten Akademien in Deutschland wenig Befriedigendes gefunden.[32] Dennoch erkannte er aus einer rein historischen Sichtweise heraus die Leistungen der Akademien in der Vergangenheit durchaus an. Auf der Grundlage der königlichen Kabinettsordre vom 22. September 1809, die das Verhältnis von Akademie und Universität

[27] Ebd., 381f. Die Universität wird dabei deutlich von der Schule abgegrenzt.

[28] Vgl. Lübbe, H., Humboldts Bildungsziele im Wandel der Zeit, 242f. Vgl. auch Conze, W., Konstitutionelle Monarchie, 188.

[29] "Sehr wichtig dagegen ist die Frage: ob es wirklich noch der Mühe wert ist, neben der Universität eine Akademie zu errichten oder zu erhalten?" (Die Idee der Deutschen Universität, 382).

[30] Vgl. ebd., 383.

[31] W.v. Humboldt war 1808 zum ao.M. und 1810 zum o.M. der Akademie berufen worden. Vgl. Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 1, 577ff., 650. Vgl. auch Deutsche Akademie der Wissenschaften. Biographischer Index, 54.

[32] Vgl. Harnack, A., Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften, 228.

festlegte, aber ohne besonderen Bezug auf die Reformvorschläge der Akademie, entwickelte Humboldt sein Konzept der Verbindung von Universität und Akademie auch gegen andersgerichtete Tendenzen in der Akademie selbst.[33] „Erst jetzt war die Akademie sicher, dass es ihr nie an ausgezeichneten Kräften fehlen werde... Erst jetzt erhielt sie fort und fort Gelehrte, die ihre Wissenschaft auch als Lehre erprobt hatten".[34] Aus dem Nebeneinander und Miteinander von reformierter Universität und Akademie ergab sich gewissermaßen von selbst die Notwendigkeit der Differenzierung ihrer Aufgaben und Tätigkeit, sofern man beide Institutionen auf Dauer erhalten wollte:[35] „Die Universität nämlich steht immer in enger Beziehung auf das praktische Leben und die Bedürfnisse des Staates, ... die Akademie aber hat es rein nur mit der Wissenschaft an sich zu tun".[36] Damit war die Trennung vom Leibnizschen Akademieideal vollzogen, denn bei Humboldt war die Akademie von jeglicher Verpflichtung für das Tagesgeschäft entbunden. Ihre Tätigkeit hatte eben nicht das Ziel, praktisch verwertbare Ergebnisse zu erzielen, sondern „ihr Zweck sollte allein in dem liegen, was Wissenschaft eigentlich ist, dem ungebundenen Streben nach Erkenntnis und Wahrheit".[37] Aus der Humboldtschen Bildungs- und Wissenschaftsphilosophie entwickelte sich „die Idee einer Akademie als die höchste und letzte Freistätte der Wissenschaft und die vom Staat am meisten unabhängige Korporation".[38] Hier

[33] Zur Kabinettsordre vgl. Hamack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 2, 357f. Es ist indessen ungewiß, inwieweit die Kabinettsordre auf Humboldts eigene Erfahrungen zurückgreift. Zur Reorganisation der Berliner Akademie, an der Alexander v. Humboldt - sowohl als Ideengeber als auch in der Ausführung (vgl. A.v. Humboldts Entwurf zur Reorganisation der Akademie vom November 1807, seinen „Aufsatz über die in der Akademie der Wissenschaften vorzunehmenden Veränderungen" vom 2. Nov. 1807 und die auf A.v. Humboldts Entwurf zurückgehenden, freilich nicht bestätigten Statuten vom Juli 1809, ebd., Bd. 2, 334-337, 338-340, bzw. 342-357) - entscheidend beteiligt war, vgl. ebd., Bd. 1, 571-586. Hartkopf, W., Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 32ff.

[34] Wie Anm. 32, 229.

[35] Vgl. Die Idee der Deutschen Universität, 383f.

[36] Ebd., 384.

[37] Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 278.

[38] Die Idee der Deutschen Universität, 384. Für „Freistätte" stand ursprünglich „Zufluchtsort"; da sich die Wissenschaft aber nicht auf dem Rückzug, sondern nach dem Verständnis des Idealismus im Aufbruch befand, war die Korrektur nur folgerichtig.

verband sich mit der Institution der Akademie das Prinzip der akademischen Freiheit in der Einsamkeit des Gelehrten in idealer Weise.[39] Denn während sich die Universität noch den Interessen des Staates unterordnen mußte, galt für die Akademie das Prinzip der akademischen Freiheit uneingeschränkt, da dem Staat „ihr rein wissenschaftlicher Zweck ... weniger nahe" liege.[40] Im Vertrauen auf die Selbstregulierungskräfte der wissenschaftlichen Institution und die ausgleichende Wirkung des Austausches und Wettbewerbes des „wissenschaftlichen Gesamtinstituts" des Staates glaubte Humboldt auf staatliche Beschränkungen in Bezug auf die Akademien verzichten zu können. Während die Universitätslehrer vom Staat ernannt wurden, sollte die Akademie die volle Freiheit in der Wahl ihrer Mitglieder genießen. Freilich waren Bestimmungen, die die Ordinarien als potentielle Akademiemitglieder prädestinierten, ebenso ein Regulativ wie das - im übrigen nicht als Einschränkung empfundene - Bestätigungsrecht des Königs hinsichtlich der Wahlen.[41] Wesentlich war, wie auch A. Harnack in seiner Jubiläumsrede betonte, die zwischen Universität und Akademie gestiftete enge Beziehung. Die von Humboldt erhoffte fruchtbare Wechselwirkung und gegenseitige Ergänzung zwischen Universität und Akademie wurde zum Kennzeichen der neuen Epoche der Akademien. Wenn Harnack der Universität auch neidlos „in mancher Beziehung" den Vorrang unter den wissenschaftlichen Institutionen Berlins eingeräumt hatte,[42] so war damit doch weder bei ihm noch bei Humboldt an eine Hierarchie der wissenschaftlichen Einrichtungen gedacht. „Akademie, Universität und Hilfsinstitute[43]

[39] Ebd., 377. Zum Problem der akademischen Freiheit vgl. allgemein Classen, P., Zur Geschichte der „akademischen Freiheit", hier bes. 529-532. Vgl. ferner Schelsky, H., Einsamkeit und Freiheit, 63-101. Siemann, W., Chancen und Schranken von Wissenschaftsfreiheit im deutschen Konstitutionalismus. Borsche, T., Wilhelm von Humboldt, 64f.

[40] Die Idee der Deutschen Universität, 385.

[41] Vgl. Ebd., 381f., 384ff. Freilich forderte Humboldt auch Akademiemitglieder, die nicht der Universität angehörten; diese sollten aber ebenfalls das selbstverständliche Recht erhalten, wie die Ordinarien an der Universität Vorlesungen zu halten (vgl.§ 28 der Statuten von 1812, Harnack, A.v., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 2, 371). Dieses Recht galt in gleicher Weise auch in Göttingen.

[42] Harnack, A., Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften, 229.

[43] Solche außeruniversitären Forschungseinrichtungen gewannen erst seit Ende

sind also drei gleich unabhängige und integrante Teile der Gesamtanstalt ... Akademie und Universität sind beide gleich selbständig..".[44]

Die Denkschrift ist Fragment geblieben. Ein geplantes Kapitel „Von der Akademie" wurde nicht mehr geschrieben. Zusammenhängende Äußerungen Humboldts über Wesen, Organisation und Aufgaben der Akademien liegen daher nicht vor. Anläßlich seiner Antrittsrede vor der Berliner Akademie der Wissenschaften hatte er allgemeiner davon gesprochen, daß „die Wissenschaft ... oft dann ihren wohlthätigsten Segen auf das Leben" ausgieße, „wenn sie dasselbe gewissermaßen zu vergessen scheint";[45] er spielte hier also auf die „Einsamkeit und Freiheit" des Forschers an,[46] ungestört von den „einschränkenden Bedingungen der Gegenwart ... sich ... allein dem Nachdenken und der Forschung hingeben" zu können. Als er zur Frage der stärkeren Trennung der Klassen Stellung zu beziehen hatte, formulierte er immerhin als „ein Hauptzweck der Akademien, durch ein äusseres Mittel das Band zu erhalten, welches sich innerlich durch alle, noch so verschiedene **Wis**senschaften und Discipline hindurchschlingt".[47] Das Postulat der Einheit der Wissenschaften sollte zu einem Wesensmerkmal des Selbstverständnisses der deutschen Akademien werden. Für Humboldt war echte wissenschaftliche Bildung nur aus „einer regsamen und thätigen Wechselwirkung der Gebiete der Forschungen" heraus denkbar. Die in diesem Sinne tätige Akademie mußte durch ein höheres Prinzip „wissenschaftlichen Strebens belebt" sein.[48]

Einheit, Autonomie und Zweckfreiheit der Wissenschaften wurden zu Kernbegriffen der Humboldtschen Bildungs- und **Wis**senschaftsphilosophie. Das Ethos der Wissenschaftlichkeit und des Individualismus, der Universalität und Totalität von Bildung, gleichsam verinnerlichte Grundstimmung des Gelehrtenstandes,

des 19. Jahrhunderts an Bedeutung. Hierin erweist sich aber auch die Weitsicht der Humboldtschen Wissenschaftskonzeption.

44 Die Idee der Deutschen Universität, 386.

45 Rede **W.v.** Humboldts bei seiner Aufnahme in die Akademie am 19. Jan. 1809 (vgl. Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 2, 341).

46 Vgl. oben Anm. 39, bes. Schelsky, H., Einsamkeit und Freiheit, 72ff., 84.

47 W.v. Humboldt an Staatsminister Frhr. von Altenstein, 14. Apr. 1831 (Zur Akademie der Wissenschaften); in: Humboldt, W.v., Schriften zur Politik und zum Bildungswesen, 575.

48 Ebd., 575, 579.

fand über die Universität Eingang in das akademisch gebildete Bürgertum und wurde zu einer der geistigen Grundlagen des 19. Jahrhunderts.[49] Im gesellschaftlichen Bereich führte dies im Widerspruch zum Gedanken der Universalität zu einer Historisierung aller Kulturwissenschaften[50] unter Ausschluß der angewandten Wissenschaften.[51] Da die Versuche, Zweckfreiheit, Autonomie und Freiheit der Wissenschaften an der Universität zu etablieren, immer auch mit den Ansprüchen des Staates an die Universität als Ausbildungsinstitution für Beamte etc. kollidieren mußten,[52] blieben die Akademien die einzigen Institutionen, die dem Ideal der neuhumanistischen Wissenschaftsphilosophie weitestgehend entsprechen konnten. Dabei standen die Akademien - wie die Rede von der Gesamtanstalt belegt - nicht außerhalb aller politischen Bedingungen; ihnen wurden bestimmte Funktionen im wissenschaftlichen Bildungssystem Humboldts zugedacht. Wenn auch der Humboldtsche Einfluß auf die Reform der Akademien, die im übrigen wie die des gesamten Bildungswesens bereits in vollem Gange war, im einzelnen schwer abzuschätzen ist, so wirkte das Humboldtsche Wissenschaftsideal allein schon durch das Berliner Beispiel[53] auch auf die Entwicklung der anderen Akademien im 19. Jahrhundert ein.

In der Frage nach Wesen und Aufgabe der Akademien wurden dabei die lückenhaften Aussagen Humboldts verschiedentlich ausgeführt und erweitert. Die neuen Ideen fanden nicht nur ihren Niederschlag in den Statuten der reformierten Akademien, sondern

[49] Vgl. dazu die vorzügliche Zusammenfassung bei Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1800-1866, 56-62, 47lf. Vgl. dazu auch Lundgreen, **P.,** Zur Konstituierung des „Bildungsbürgertums" und Kocka, J., (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, bes. die Beiträge von **M.R.** Lepsius und D. Rüschemeyer.

[50] Vgl. Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1800-1866, 498-533. Muhlack, U., Bildung zwischen Neuhumanismus und Historismus. Schulin, E., Historismus und Teleologie. Hübinger, G., Geschichte als leitende Orientierungswissenschaft im 19. Jahrhundert.

[51] Vgl. dazu Eilwein, Th., Die deutsche Universität, 120ff.

[52] Vgl. dazu Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1800-1866, 474, 478f. Vgl. auch Lübbe, **H.,** Humboldts Bildungsziele im Wandel der Zeit, 24lff.

[53] Die neuen Statuten der Berliner Akademie, die von einem Komitee unter maßgeblicher Beteiligung Niebuhrs ausgearbeitet wurden (vgl. Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 1, 597-608), standen deutlich unter dem Einfluß der Humboldtschen Denkschrift.

hatten bald innerhalb der Akademien allgemeine Anerkennung gefunden. Am 8. November 1849 las Jacob Grimm in einer Gesamtsitzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften „Über Schule, Universität, Academie".[54] Auch er sah die Akademie als Teil des wissenschaftlichen „Gesamtinstituts" des Staates, jedoch eindeutig an der Spitze einer „stufenartige[n] trilogie", deren Teile durch Lehrzwang, Lehrfreiheit und Lernfreiheit charakterisiert wurden. Dabei erschien „die academie oder der academische betrieb der wissenschaft als gipfel aller wissenschaftlichen einrichtungen".[55] Wissenschaft, wie sie in der Akademie ihre Heimstatt haben sollte, stand im Gegensatz zu „bloßer Gelehrsamkeit", war eine „elementarische kraft", ,,findend und schöpferisch", die „in ungemessene weite zu wirken" bestimmt und in „ihrer unermessenheit ... nothwendig unpractisch" ausgerichtet sei, „nicht auf irgend ein bestimmtes ziel einzuengen".[56] Mit dieser Sicht der Wissenschaft als etwas Grenzenlos-V niverselles, ,,auf das Ganze der Welt und des Lebens" Gerichtetes, als ein im „Suchen und Finden neuer Wahrheit und Erkenntnis"[57] immer wieder neu Entstehendes und prinzipiell Unabgeschlossenes und schließlich als Selbstzweck, d.h. als jeden praktischen Nutzen primär ausschließende „reine" Wissenschaft stand J. Grimm ganz in der Humboldtschen Wissenschaftstradition. Zu den Wesensmerkmalen der Akademie gehörten für J. Grimm ebenso wie für Humboldt die Autonomie der Institution, die Freiheit des wissenschaftlichen Forschens, die „klösterliche" Zurückgezogenheit, also die Einsamkeit des Forschenden und die enge Verbindung zur Universität. Die Pflege der sogenannten reinen Wissenschaft um ihrer selbst willen bedeutete immer Ausschluß „der drei ersten facultäten" aus der Akademie. ,,Akademische" Fächer waren nur „die wissenschaften vierter facultät", also die physikalisch-mathematischen und philosophisch-historischen Disziplinen. Der Ausschluß der theologischen, juristischen und medizinischen Disziplinen richtete sich jedoch nicht gegen die Vertreter dieser Fächer, sondern gegen die bloße Fachwissenschaft oder Fakultätswissen-

[54] Grimm, J., Reden in der Akademie, 212-249; vgl. auch ebd. 334ff. J. Grimm beabsichtigte, mit seiner Rede auch Reformen in der Akademie anzuregen.
[55] Ebd., 213, 2l7(Zitat).
[56] Vgl. ebd., 215f.
[57] Vgl. Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1800-1866, 58f.

schaft, wie Grimm sie nannte, die ihm „unacademisch" erschien. Ein Mitglied der theologischen oder juristischen Fakultät konnte wohl als Kirchen- oder Rechtshistoriker, Philologe oder Philosoph, ein Vertreter der medizinischen Fakultät wohl als Naturwissenschaftler Mitglied der Akademie werden, nicht aber als Theologe, Rechtsgelehrter oder Arzt, da sie als solche „keine neuen wissenschaftlichen gesetze entfalten, nur die geltenden anwenden".[58] Nur der wirkliche Forscher, nicht aber der Lehrer oder anwendungsorientierte Praktiker, galt als würdiges Akademiemitglied. Diese Beschränkung auf bestimmte Disziplinen, die in ähnlicher Weise im Grunde auch für die Universität galt, hatte ihre Ursache in den der Akademie zugedachten Aufgaben und Zwecken, ,,die höhe der wissenschaft zu halten, und in tonangebenden, schöpferischen vorträgen und mittheilungen alle auftauchenden spitzen der forschung neu und frisch hervor zu heben und weiter zu verbreiten". Schöpferische, fortschreitende Forschung und deren Vermittlung in „streng wissenschaftliche[r] form" an Gleichgesinnte war die wesentliche Forderung an den einzelnen Gelehrten. Die Wirkung der Akademie nach außen bestand dann vor allem in der raschen Publikation ihrer Abhandlungen und Mitteilungen.[59] Die hohe Wertschätzung der wissenschaftlichen Vorträge, die **J.** Grimm auch in Berlin gepflegt sehen möchte, war offensichtlich durch das Göttinger Vorbild bestimmt.

Daß diese Ideen und Vorstellungen über das, was eine Akademie zu sein habe, nicht auf Berlin beschränkt blieben, zeigte auch die Festrede von Rudolph Wagner zum hundertjährigen Stiftungsfest der Göttinger Societät der Wissenschaften am 29. November 1851,[60] die in mancher Hinsicht eine Fortführung der Rede **J.** Grimms zu sein scheint, auch wenn nur der Aspekt der Beschränkung der Akademiedisziplinen näher ausgeführt wird. Die Akademie sollte ein Ort sein, an dem „die Wissenschaft frei, ohne alle Rücksicht auf praktische Zwecke gepflegt werden kann", damit durch „wechselseitige Anregung ..., durch Beobachtungen, durch Experimente, durch Nachdenken" die Wissenschaften erweitert und vervollkommnet würden. ,,Man wollte vor Allem den theoretischen Forschungen ein stilles Asyl bereiten und dieselben

[58] Grimm, J., Reden in der Akademie, 241f.
[59] Ebd., 242ff.
[60] Wagner, R., Zur Erinnerung an Albrecht von Haller.

schützen vor den Einflüssen der Tagesmeinungen und der unruhigen Verfolgung praktischer Interessen, welche sich zunächst an die Fachwissenschaft knüpfen".[61] Legt man dieses Programm eng aus, dann kann Autonomie der Forschung nach einer Formulierung J. Ritters tatsächlich zur „Abschirmung gegen Praxis und Ideologie"[62] führen, die die Kritikfähigkeit des Forschers gegenüber den ihn umgebenden gesellschaftlichen Bedingtheiten einschränkt.

Daß in der Praxis bei den Akademiegründungen des 19. Jahrhunderts in Leipzig (1846)[63] und Wien (1847)[64] der Name Humboldts als „geistiger" Ahne nicht genannt wurde, darf nicht verwundern. In Sachsen wie in Wien war bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts Leibniz mit Akademiegründungsplänen hervorgetreten.[65] Wenn Leibniz' 200. Geburtstag als Anlaß zur Gründung einer Sächsischen Akademie der Wissenschaften genommen wurde,[66] so war dies doch nur eine rein äußerliche Anknüpfung. Der „Geist" der neuen Gesellschaft war ebenso geprägt durch das neue - besonders auf Humboldt zurückgehende - Wissenschaftsideal wie auf das - auch für Humboldt wegweisende - Göttinger Beispiel einer effizienten Symbiose von Universität und Gelehrtengesellschaft.[67] Das Selbstverständnis der Gesellschaft entsprach

[61] Ebd., XV.

[62] Eilwein, Th., Die deutsche Universität, 127.

[63] Die Sächsische Akademie der Wissenschaften wurde 1846 gegründet, führte ihre Wurzeln aber auf eine 1774 gegründete Gelehrte Gesellschaft zurück. Vgl. dazu die Ansprache des Präsidenten Kurt Schwabe beim Festakt am 12. Nov. 1971, in: Festschrift zur Feier des 125jährigen Bestehens der Sächsischen Akademie, 7tf. Zur Gründung der Sächsischen Akademie und ihrer„Tradition" vgl. auch Lea, E./Wiemers, G., Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften.

[64] Vgl. Meister, R., Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien. Eine knappe Übersicht zur langen Vorgeschichte der Akademiepläne in Wien vgl. ebd. 12-23. Über die Akademiegründungspläne und deren Scheitern im Rahmen der „idealistischen" Wissenschaftsbewegung vgl. Winter, E., Frühliberalismus in der Donaumonarchie, 40f., 47f.

[65] Zu den Wiener Akademieplänen vgl. Hamann, G., **G.W.** Leibnizens Plan einer Wiener Akademie. Zu Leibnizens sächsischen Akademieplänen vgl. Leibniz, **G.W.,** Plan d'une academie en Saxe. Bodemann, E., Leibnizens Plan einer Societät der Wissenschaften in Sachsen.

[66] Lea, E./Wiemers, G., Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften, 193, 195.

[67] Die Wirkung des Göttinger Vorbilds auf die Gründung der Sächsischen Gesellschaft wird bei Lea/Wiemers eindrucksvoll herausgearbeitet (vgl. ebd. 190f., 197. Einer der Gründer der Gesellschaft, Moritz Wilhelm Drobisch, hatte die

daher auch ganz den in den Reden Grimms und Wagners vorgetragenen Gedanken: Entscheidend ist die Verbindung von Universität und Akademie, die alleinige Vertretung der theoretischen Wissenschaften (ganz im Gegensatz zu Leibniz) in der Akademie sowie die Diskussion und Publikation von Forschungsergebnissen zur „Verbreitung und ... Erweiterung des Wissens".

Die Rezeption der Humboldtschen Akademievorstellungen setzte in vollem Umfang freilich erst um 1900 ein nach der Teilveröffentlichung der Denkschrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten zu Berlin" in Bruno Gebhardts Humboldtbiographie von 1896[68] und dem Wiederabdruck von Harnack in seiner Geschichte der Preußischen Akademie im Jahre 1900.[69] Die Aufnahme des Humboldtschen Akademieideals und ihre Weiterentwicklung zu einem neuen Selbstverständnis der Akademien aus diesem idealistischen Geiste bezeugen augenfällig die Jubiläums- und Festreden in Berlin und München um die Jahrhundertwende.[70] Daß den Akademien zu dieser Zeit bereits weitergehende Aufgaben zugewachsen waren und daß sie sich aufgrund dieser neuen Anforderungen gewandelt hatten, wurde nicht als Widerspruch aufgefaßt.[71] Die neue Humboldtrezeption in den deutschen Akademien bewirkte zwangsläufig, daß die Heidelberger Akademie sich bei ihrer Gründung, die nach dem Vorbild der anderen deutschen Akademien erfolgte, ebenfalls auf Humboldt als ihren geistigen Vater berief.[72] Wurden im ganzen die Organisationsformen und Wesensmerkmale der Akademien auch nicht hinterfragt, so hatte die allgemeine Wissenschaftsentwicklung doch manche neue Herausforderung gebracht. Zwar war das Verhältnis zu den Universitäten geklärt; in Auseinandersetzung und Konkurrenz zu den seit dem letzten Viertel des

Göttinger „Institution" bei der 100-Jahrfeier der Universität Göttingen kennen und schätzen gelernt). Dagegen ist nicht genügend klargestellt, daß der Bezug auf Leibniz allein illustrativen Charakter hat.

68 Vgl. Gebhardt, B., Wilhelm von Humboldt als Staatsmann, Bd. 1, 118-124, 160-164.

69 Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 2, 361-367.

70 Vgl. Harnack, A., Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften, 218-235, hier 228f. Zittel, **K.A.v.,** Ziele und Aufgaben, 8.

71 Vgl. dazu Kap. 1.3.2.

72 Vgl. die Festrede Koenigsbergers am 3. Juli 1909, Jh. 1909/10, bes. XIIf.

19. Jahrhunderts neu entstehenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen stellte sich aber auch die Frage nach Sinn und Aufgaben der Akademien neu. Windelband selbst zählte zu den Kritikern allzu leichtfertig auf Humboldt zurückgreifender oberflächlicher Versuche einer „Erneuerung des Idealismus".[73] Gegen die Proklamation der „reinen", zweckfreien Wissenschaft hatte etwa Georg von Below polemisiert, indem er auf die Abhängigkeit historischer Auffassungen von politischen Idealen hingewiesen hatte.[74] Auch Friedrich Meinecke hatte aus seinen Erfahrungen um die Auseinandersetzungen im „Fall Spahn" seine Zweifel am Dogma der voraussetzungslosen Wissenschaft geäußert.[75] Sich ihrer Voraussetzungen bewußt gewordene Wissenschaft mußte sich freilich auch der ihr damit zugewachsenen Verantwortung - zumal in den Naturwissenschaften[76] - bewußt werden. Max Weber forderte vorn Gelehrten „intellektuelle Rechtschaffenheit", nämlich einzusehen, daß wissenschaftliche Erkenntnis und sozia-

[73] Vgl. die Vorlesung Windelbands über „Das ästhetisch-philosophische Bildungssystem", in: Windelband, **W.,** Die Philosophie im deutschen Geistesleben des **XIX.** Jahrhunderts, 3, 7, 20, 23f. Vgl. auch Windelband, **W.,** Die Erneuerung des Hegelianismus.

[74] Vgl. Below, G.v., [Selbstdarstellung], 34. Vgl. dazu auch Below, G.v., Die parteiamtliche neue Geschichtsauffassung. Die Kritik von Belows stand in Zusammenhang mit seiner Polemik gegen die historische Auffassung Schmollers. Zu v. Belows Streit mit Schmoller vgl. - freilich die Position Schmollers vertretend - Bruch, R.v., Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, 307, 368, Anm. 23.

[75] Vgl. Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 141: „War ferner freie Wissenschaft denn identisch mit voraussetzungsloser Wissenschaft, von der Mommsen gesprochen hatte? Man hat es oft vergessen, daß Mommsen selbst ... den Begriff so weit abgeschwächt hat, daß er die Voraussetzungslosigkeit nur als das »ideale Ziel« erklärte, »dem jeder gewissenhafte Mann zustrebt, das aber keiner erreicht, noch erreichen kann«. Mir war schon damals bei dem Schlagworte nicht ganz wohl, und ich bin dann früh weitergegangen und sehe in den Voraussetzungen, unter denen wir forschen, nicht nur eine Hemmung, mit der wir ernst zu ringen haben, sondern auch eine seelische Kraftquelle, die wir nicht entbehren können." Zum Problem der Voraussetzungen der Wissenschaft vgl. auch Voraussetzungen und Grenzen der Wissenschaft. Zum „Fall Spahn" vgl. Weber, Chr., Der „Fall Spahn", hier insbes. 164-177. Vgl. auch Huber, E.R., Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, 958-963, insbes. 962f. Brocke, B.v., Hochschul- und Wissenschaftspolitik, 100-105.

[76] Vgl. dazu etwa Staudinger, H., Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft. Maier-Leibnitz, H., Die Verantwortungen des Naturwissenschaftlers.

les Handeln „ganz und gar heterogene Probleme" seien.[77] In der Forderung wertfreier Wissenschaft, in die persönliche Erfahrungen aus dem Weltkrieg eingingen, näherte sich Weber aber wiederum einer idealistischen Auffassung von „reiner" Wissenschaft.[77a]

2. Akademiepläne in Heidelberg im 19. Jahrhundert.

2.1. Die Tradition der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften in Mannheim.

War das 18. Jahrhundert das der Blütezeit der Akademien, so stand im 19. Jahrhundert die rasante Entwicklung der Universität zu einem „Großbetrieb" der Wissenschaft im Blickpunkt. Die Akademien scheinen dagegen in der Wissenschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts eine untergeordnete Rolle zu spielen oder liegen außerhalb des Interesses historischer Forschung.[78] Doch auch die Akademien hatten sich zu bedeutenden Forschungsstätten besonders in den Geisteswissenschaften entwickelt. Durch Humboldt war ihnen ihr Platz im Wissenschaftssystem zugewiesen worden, den sie annahmen und fortentwickelten. Das 19. Jahrhundert wurde so auch zu einer Zeit der Reformen der alten Akademien - München 1807 und besonders 1827[79] und Berlin 1812 und 1838[80] -,

[77] Vgl. Weber, **M.,** Vom inneren Beruf zur Wissenschaft, 326. Vgl. auch Weber, **M.,** Die „Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. Vgl. dazu auch Mommsen, W.J., Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, 21-30.

[77.] Vgl. Spinner, H.F., Das 'System Althofr und Max Webers Kritik, 506f., 515. Ebd. *555* und 560 zu Webers strikter Trennung von Theorie und Praxis.

[78] **M.** Stürmer beschrieb die Akademien für das letzte Drittel des Jahrhunderts als Institutionen mit deutlich reduzierter „wissenschaftliche(r) Aktionsfähigkeit", als überlebte „Denkmäler einer fast schon vergangenen Universalität" (vgl. Stürmer, **M.,** Das ruhelose Reich, 128). Th. Nipperdey erwähnt in seiner Deutschen Geschichte 1800-1866 die Akademien der Wissenschaften nicht einmal.

[79] Vgl. Heigel, K.Th.v., Die Münchner Akademie von 1759 bis 1909, in: Almanach 1909, XVIIIff., XXVIIff. Ebd. auch die Konstitutionsurkunde vom l. Mai 1807, 19-37, und die Verordnung vom 21. März 1827 über die Akademie, 38-45. Vgl. auch Bachmann, W., Die Attribute der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 1-19. Die Reform von 1827 setzte auch die Bayerische Akademie in Beziehung zur Universität. Die Folge davon war u.a., daß sie die bisher ihr zugeordneten staatlichen Sammlungen und Institute überwiegend an die Uni-

denen sich in Leipzig[81] und Wien[82] zwei bedeutsame Neugründungen anschlossen.

Der alte kurpfälzische Raum hatte seit 1763 mit der Gründung der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften[83] teil an der Akademiebewegung des 18. Jahrhunderts. Dieser Akademie war jedoch keine Dauer beschieden. Mit der Übersiedlung des Kurfürsten Carl Theodor nach München begann für die als höfische Institution behandelte Akademie[84] eine Zeit des Siechtums und allmählichen Absterbens. Dieser Prozeß fand seinen Abschluß mit der Wegführung der reichen Mannheimer Sammlungen nach München 1802 und mit der Übertragung des Vermögens der Theodoro-Palatina mit Beschluß vom 3. Februar 1803 an die Bayerische Akademie der Wissenschaften, ,,die damit definitiv die Rechtsnachfolge und »Fortsetzung« der Mannheimer Akademie antrat",[85] und der Inkorporation der wenigen verbliebenen Mitglieder in die Bayerische Akademie.[86] Als das Land Baden die rechtsrheinischen

versität abtreten mußte (vgl. Almanach 1909, 45-53; Bachmann, W., Die Attribute der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 43-46).

80 Vgl. oben Anm. 34. Vgl. ferner Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 1, 601-608, 780-783 und Bd. 2, 367-374, 434-456. Vgl. auch Hartkopf, W., Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 31-35.

81 Vgl. oben Anm. 63.

82 Vgl. oben Anm. 64.

83 Grundlegend zur Geschichte der Theodoro-Palatina noch immer: Kistner, A., Die Pflege der Naturwissenschaften in Mannheim, bes. 5-29. Vgl. ferner Walter, F., Geschichte Mannheims, Bd. 1, 597-624. Fuchs, P., Palatinatus Illustratus. Voss, J., Universität, Geschichtswissenschaft und Diplomatie, bes. 204-222. Zimmermann, H.-J., Die Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften zu Mannheim.

84 Vgl. Acta Academiae Theodoro-Palatinae, 4. Vgl. dazu etwa auch Voss, J., Carl Theodor als Förderer der Wissenschaften. Hammermayer, L., Geschichte der Bayerischen Akademie, Bd. 2, 154: ,,Doch anders als die ... Bayerische Akademie war die Mannheimer dem Landesherrn und dem Hof engstens verbunden und unterstellt, freilich auch großzügiger dotiert." Die Mannheimer Akademie war nach dem Vorbild der „Churbayerischen Akademie" organisiert (vgl. ebd., 153).

85 Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 277.

86 Vgl. Fuchs, P., Palatinatus Illustratus, 388. Das Ende der Mannheimer Akademie war bereits mit dem Scheitern der „Verschmelzungs-Pläne" mit der Münchner Akademie besiegelt (vgl. dazu Hammermayer, L., Geschichte der Bayerischen Akademie, Bd. 2, 158ff., 362ff.). Ihren institutionellen Abschluß fand die Angelegenheit durch die Neuordnung der Bayerischen Akademie: Vgl. die „Konstitutions-Urkunde der k(öniglichen) Akademie der Wissenschaf-

Teile der Kurpfalz übernahm, bestand die Akademie schon nicht mehr. Es gab weder eine wissenschaftliche Institution noch eine damit verbundene Verpflichtung für die Zukunft zu beerben und zu übernehmen.[87] Eine Tradition, die die Vorzüge dieser Akademie bewahren konnte, also insbesondere deren Modernität in der Organisation der wissenschaftlichen Forschung als Gemeinschaftsunternehmungen der Akademiemitglieder, und die die Wurzel einer neuen Institution hätte werden können, konnte so nicht entstehen. Die Erinnerung an diese höfische Institution lebte aber nicht nur in Mannheim, sondern auch in Heidelberg weiter. Diese Erinnerung freilich konnte zu einer Antriebskraft aller künftigen Bemühungen um eine Akademie im alten kurpfälzischen Raum werden, in dem Sinne, daß sie den Akademieplänen in H&#xfffd;idelberg eine gewisse Selbstverständlichkeit verleihen konnte. Denn da bereits einmal eine Akademie in diesem Raum bestanden hatte, bedurften die Absichten einer Akademiegründung weder 1886 noch 1909 einer besonderen Begründung. Allein in dieser Hinsicht war eine Akademietradition im nordbadischen Raum lebendig geblieben. Eine auf die Institution, ihr Wesen und ihre Inhalte zu beziehende Kontinuität von der Mannheimer zur Heidelberger Akademie[88] kann hieraus jedoch nicht abgeleitet werden.

ten vom 1. Mai 1807", in: Almanach 1909, bes. 3lf. (Art. **XXIV:„...** auch sind die abwesenden ordentlichen· Mitglieder der vormals in Mannheim bestandenen Akademie der Wissenschaften bei der hiesigen als auswärtige Mitglieder anzusehen...") und 36 (Art. **XXXIV:** Regelungen über den „Einschluss des Fonds der vormaligen Akademie der Wissenschaften zu Mannheim, welche Wir der hiesigen, worin diese fortgesetzt wird, zugewiesen haben ..."). Die Hinterlassenschaft der Theodoro-Palatina wurde in München im sog. „Mannheimer akademischen Reservefonds" geführt, der bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges ca. 263000 Mark betrug (vgl. dazu auch Trautz, F., Die Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften, 45).

87 Die Bemerkung, daß der badische Staat kein Interesse mehr an der Erhaltung der Akademie hatte (vgl. Lamey, B., Vor zweihundert Jahren, 228), trifft das Wesentliche daher nicht: Es gab schlechterdings nichts mehr, was der badische Staat hätte erhalten können.

88 Eine wie auch immer geartete Kontinuität wird gern in Festansprachen herausgestellt, die die Linie der 1909 gegründeten Heidelberger Akademie bis zum Jahre 1763 zurück verlängert. Etwas anderes ist es, sich auf eine geistige Tradition zu berufen, die durch die Kurpfälzische Akademie in Mannheim begründet wurde. Problematisch wird dies aber auch dort, wo man gar nicht in der Lage ist, diese (spezifische) Tradition wesensmäßig oder inhaltlich zu bestimmen. „Traditionsbewußtsein" verkommt so leicht zu einem Schlagwort. Koe-

Der Heidelberger Akademie der Wissenschaften stand bei ihrer Gründung die Akademie der Aufklärung „als Modell gar nicht mehr zur Verfügung... Gravierende Unterschiede zeigen sich nicht nur im Wechsel des Ortes, sondern auch in wichtigen strukturellen Fragen, der Autonomie der Akademie, ihrer Stellung zu Staat und Universität, ihrer materiellen Fundierung und ihrer Zielsetzung".[89] Da keinerlei Beziehung zwischen der Mannheimer Akademie und der Heidelberger Universität bestanden hatte - erstere hatte sich auch deutlich von der Universität distanziert -, konnte es auch nicht zu einer Identifizierung der Heidelberger Gelehrten mit der Akademie kommen, die man im Grunde nicht kannte. Die Empfehlung des Mediziners Franz Anton Mai als Rektor der Universität 1798, die Mannheimer Akademie der Universität zu inkorporieren, zielte nicht auf eine Rettung oder Weiterführung der Akademie unter neuen Bedingungen, sondern allein auf eine Verbesserung des medizinischen Unterrichts durch Übernahme der physikalischen Sammlungen der Akademie.[90] Das Dahindämmern und schließliche Versiegen der Akademie dürfte in Kreisen der Universität vielleicht sogar mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen worden sein.

Die Erinnerung an die Mannheimer Akademie mußte sich bei den nachfolgenden Gelehrtengenerationen mit bestimmten Erfahrungen verbinden, die nur das Beispiel der fortdauernden, reformierten Akademien[91] geben konnte. Es entsprach den Heidelber-

nigsberger stellte in seiner Eröffnungsansprache am 3. Juli 1909 nur eine rein äußerliche Beziehung her, die sich an der „zufälligen" Tatsache entzündete, daß ein Mannheimer Bürger gerade die Gründung der neuen Akademie ermöglicht hatte (vgl. Jh. 1909/10, **XI).** Zur Problematik vgl. Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 274.

89 Ebd., 279f.

90 Vgl. Schipperges, H., Ursprung und Schicksal der Medizinischen Fakultät, 68.

91 Wenn **W.** Hartkopf(Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 34) feststellt, daß sich „die organisatorischen Formen der Akademie, insbesondere die Formen ihrer wissenschaftlichen Arbeit ... durch die Reorganisation nicht wesentlich verändert" haben, so gilt dies nur bedingt. Besonders die Form der wissenschaftlichen Arbeit war in stetem Wandel begriffen; so wurde etwa die Form des wissenschaftlichen Gemeinschaftsunternehmens im 19. Jahrhundert erst wieder neu und effizient entwickelt, die Tätigkeit der Gelehrten an der Universität verlagerte viele Arbeiten in die Universitätsinstitute u.a.m. Entscheidend war aber der neue „Akademiegeist", der durch die Humboldtschen Reformen initiiert wurde.

ger Verhältnissen, daß man sich dabei eher an Göttingen als an Berlin oder München zu orientieren gewöhnte.

2.2. Die Akademiepläne des Jahres 1821.

Am 12. April 1821 richteten die Heidelberger Gelehrten Chelius, Conradi, Geiger, Grnelin, Leonhard, Muncke, Naegele und Tiedernann[92] ein Gesuch an das Großherzogliche Staatsministerium, ihre „Gesellschaft für Natur-Wissenschaft und Medicin",[92a] die bereits seit zwei Jahren in „Privatversammlungen durch gegenseitige Mittheilung das Studium dieser Wissenschaften zu fördern" bestrebt war, ,,als ein öffentliches Institut ... anzuerkennen und zur Ausgabe von Diplomen so wie zur Führung eines eigenen Siegels" zu errnächtigen.[93] Die Eingabe der Heidelberger Professoren wurde vorn Kurator der Universität, Freiherrn von Zyllnhardt, ausdrücklich als „für die Wissenschaft, für das Vaterland und insbesondere für unsere hohe Schule" fruchtbares Unterfangen unterstützt. Die öffentliche Anerkennung als gelehrte Vereinigung, die durch die Übernahme des Protektorates durch den Großherzog als „erhabene[n] Beschützer und Beförderer alles Guten und Nützlichen"[94] zusätzliche Reputation erhalten sollte, war notwendig geworden, wollten die Gelehrten unter dem Eindruck der Maßnahmen und Beschlüsse der Bundesversammlung über die Universitäten im Jahre 1819 nicht in den Geruch staatsfeindlicher Betätigung geraten.[95]

[92] Zur Biographie der Gelehrten vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 38, 39f., 80f., 85f., 161, 187, 188, 269f.

[92a] Zu den naturwissenschaftlichen Vereinen im 19. Jahrhundert vgl. Siefert, H., Das naturwissenschaftliche und medizinische Vereinswesen. Strube, W., Naturwissenschaftliche Gesellschaften. Zur Bedeutung des Vereinswesens im 19. Jahrhundert allg. vgl. Nipperdey, Th., Verein als soziale Struktur. Dann, 0. (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft.

[93] GLA 235/30160. Vgl. hierzu und zum folgenden Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 285ff. Verschiedene Dokumente sind (mit einigen Lese- und Datierungsfehlern) abgedruckt bei Schuberg, A., Der Naturhistorisch-Medizinische Verein, 501-504. Vgl. auch Häberle, D., Die Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde, 417-476.

[94] Vgl. Frhr. v. Zyllnhardt an Staatsministerium, 14. Apr. 1821 (GLA 235/30160; vgl. auch GLA 205/1229).

[95] Vgl. etwa die Anfrage des K.K. Österr. Gesandten beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 16. Aug. 1826, ,,ob und in wie fern die Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde zu Heidelberg als ein unter öffent-

Andererseits setzten die acht Gelehrten mit ihrem Versuch, die öffentliche Anerkennung ihres Vereins zu finden, weitergehende Bestrebungen frei. Die erste offizielle Reaktion hatte das Verdienstvolle dieser Initiative auch zur Genüge herausgestrichen. So wurde an von Zyllnhardt in den folgenden Wochen „von mehrem Seiten der Wunsch" herangetragen, „die höchste Erlaubnis zur Errichtung einer gelehrten Gesellschaft oder Akademie der **Wis**senschaften zu erhalten".[96] Die Anregung zu einer Gründung einer Akademie der Wissenschaften kam teils aus Kreisen der naturhistorisch-medizinischen Gesellschaft selbst, teils aus weiteren Kreisen der Universität. Es fallen die Namen[97] des Dogmatikers Carl Daub[98], des Klassischen Philologen Friedrich Creuzer,[99] seit 1808 Mitglied der Münchner Akademie, und des Physikers Georg Wilhelm Muncke.[100] Insbesondere Muncke, bereits Gründungsmitglied der Gesellschaft für Naturwissenschaft und Medizin, spielte bei der Verfolgung der Akademiepläne eine große Rolle, wobei ihm seine guten Beziehungen zur Göttinger Akademie zustatten kamen.

Es war klar, daß die neue Initiative nicht in Konkurrenz trat zum Plan einer naturwissenschaftlich-medizinischen Gesellschaft,[101] sondern eine Ergänzung der ursprünglichen Pläne darstellte. In der Konzeption der Akademiefürsprecher sollte die naturhistorisch-medizinische Gesellschaft als eigene Sektion, d.h. als eine der (beiden) üblichen Klassen in die Akademie einbezogen werden. Das Beispiel, das von den Heidelberger Gelehrten für ihre eigenen Akademiepläne immer wieder zitiert wurde, war die Göttinger Societät der Wissenschaften. Das „Beispiel von Göttingen ... hat [vorzüglich] bewiesen, wie nützlich sie den Wissenschaften und

licher Aufsicht stehender - mithin unbedenklicher gelehrter Verein zu betrachten sey" (GLA 235/30160).

96 Vgl. Frhr. v. Zyllnhardt an Tiedemann, 29. Mai 1821, No. 262 (GLA 205/1229).

97 Vgl. Frhr. v. Zyllnhardt an Staatsministerium, 29. Apr. 1821 (GLA 235/30160).

98 Zu C. Daub vgl. NDB 3, 1957, 522 (H.H. Schrey). Zu seiner Rolle in der Theologischen Fakultät vgl. Bornkamm, H., Die Theologische Fakultät Heidelberg, 145f. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 44.

99 Zu Creuzer vgl. NDB 3, 1957, 414-415 (0. Dammann). Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 40f. Hölscher, T., Georg Friedrich Creuzer.

100 Zu Muncke vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 187. Catalogus professorum academiae Marburgensis, Bd. 1, 374-375.

101 Gegenteilig die Interpretation Häberles in: Häberle, D., Die Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde, 424, Anm. 1.

der Universität" sein könne, ,,und wir haben das Glück, Männer in allen Fächern zu besitzen, welche den Ruhm des hiesigen [Vereins] zu gründen vermögen".[102] Damit waren zwei Möglichkeiten einer Förderung der Wissenschaften in Heidelberg aufgezeigt, die parallel weiterverfolgt wurden. Das Staatsministerium nahm mit „Wohlgefallen" und „wahrem Vergnügen" von den Heidelberger Initiativen Kenntnis und stellte beiden die staatliche Anerkennung in Aussicht.[103] Das Akademieprojekt wurde jedoch von staatlicher Seite unter Vorbehalt weiterer Prüfung favorisiert.[104] Eine Reihe von Fragen blieb aber noch klärungsbedürftig, in erster Linie die der finanziellen Ausstattung der beiden Gesellschaften. Ein „Anspruch auf Geldunterstützung an den Staat" müßte in jedem Fall ausgeschlossen sein.[105] Die besseren Voraussetzungen bot da der ursprüngliche Plan einer naturwissenschaftlich-medizinischen Gesellschaft, die die Ausgaben auf die „dringendsten und nothwendigsten" Fälle zu beschränken und „aus eigenen Mitteln zu bestreiten" versprach.[106] Dagegen mußten die Befürworter einer Akademie, ein Anliegen der gesamten Universität, wie die Abfassung der entscheidenden Stellungnahme durch den Engeren Senat der Universität zeigte, einräumen, daß „ein jedes Institut der Art stets mit einigem Kostenaufwande verbunden sey - wenn auch nur für Correspondenz, Druckkosten usw. - wo wir, da die erschöpfte akademische Kasse keine Last der Art übernehmen kann, um unsern unterthänigsten Vorschlag darnach abmessen zu können, uns zuvor unterrichtet wünschen, von dem Maximo, das Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzoge allergnädigst gefällig wäre, für den in Frage liegenden Zweck der Universität Heidelberg jährlich huldreichst zu verwilligen".[107] Der Vorbehalt war also ein doppelter:

[102] Wie Anm. 97.

[103] Vgl. Staatsministerium an Frhr. v. Zyllnhardt, 17. Mai 1821, No. 1238 (betr. Naturhistorisch-medizinische Gesellschaft) bzw. No. 1239 (betr. Akademiegründung), GLA 235/30160.

[104] Wie Anm. 96.

[105] Wie Anm. 97.

[106] Tiedemann an Frhr. v. Zyllnhardt, 7. (4.?) Juni 1821 (GLA 205/1229). Vgl. auch Frhr. v. Zyllnhardt an Staatsministerium, 10. Juni 1821 (GLA 235/30160 und GLA 205/1229): Die Existenz des Vereins als selbständige Institution oder als Klasse wird ganz vom Erfolg der Verhandlungen über die Akademiegründung abhängig gemacht.

[107] Vgl. die Stellungnahme des Engeren Senats der Universität Heidelberg (unterzeichnet von Thibaut) vom 17. Aug. 1821, No. 102 (GLA 235/30160).

Obgleich Staat wie Universität im Grunde die Errichtung einer Akademie wünschten, sahen sich beide Institutionen nicht in der Lage, die finanziellen Lasten für eine Akademie zu tragen. Damit war die Entscheidung bereits gefallen. „Die Ausführung stieß sich indessen, wie allerdings zu erwarten war, an dem Punkt der, auch bei der möglichsten Einschränkung, unvermeidlichen Kosten, indem ... die jetzigen Verhältnisse weder aus der Staats- noch aus der Universitätskasse eine Unterstützung erlauben, und diese Kosten für die Privatmittel der Mitglieder doch zu beträchtlich zu seyn scheinen ..., daß unter diesen Umständen, insofern keine andre Unterstützung als aus Universitätsmitteln zu hoffen ist, nichts übrig bleiben wird, als diesen Plan zwar nicht bei Seite zu legen, aber die Ausführung auf bessere Zeiten zu verschieben".[108] Es ist hierbei zu bemerken, daß Baden nicht nur ideell, sondern auch im materiellen Sinne zu den den Wissenschaften am meisten gewogenen Staaten in Deutschland zählte.[109] Die staatlichen Mittel reichten tatsächlich nicht für eine weitere, staatlich zu unterhaltende, wissenschaftliche Institution, und auf privates Mäzenatentum wagte man in der vorindustriellen badischen Gesellschaft offensichtlich nicht zu setzen.

Auch wenn der Akademieplan nicht verwirklicht werden konnte, zeigen sich doch einige interessante Aspekte. Zunächst wurde deutlich, daß bei den Gelehrten, der Universität als Institution und auch beim badischen Staat durchaus ein Bedürfnis nach einer Wissenschaftsorganisation zur Förderung der Wissenschaften vorhanden war und daß man dies am ehesten von einer Akademie der Wissenschaften erwartete. Dabei wurde die Verbindung von Akademie und Universität bei gleichzeitiger Wahrung der Autonomie der Akademie als selbstverständlich vorausgesetzt. Dies lag freilich weniger an einer Rezeption der Humboldtschen Grundsätze für eine Akademie als an der Ausrichtung der Heidelberger Pläne am Göttinger Vorbild. Man sah in Heidelberg einen deutlichen Unterschied zwischen einer Akademie - gedacht ist hier nun tatsächlich an den „Humboldtschen" Typus -, für die die großen Einrichtungen in Berlin und München standen und die per definitionem außerhalb der Heidelberger Möglichkeiten standen,

[108] Frhr. v. Zyllnhardt an Staatsministerium, 24. Aug. 1821, No. 281 (ebd.).
[109] Vgl. Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland, 58 (bezogen allerdings erst auf die Zeit nach 1850).

und einer auf kleinere Verhältnisse zugeschnittenen Societät. Der Engere Senat der Universität mochte daher weniger „von einer eigentlichen Akademie, als vielmehr von einer Societät der **Wis**senschaften, etwa nach dem Vorbilde der zu Göttingen bestehenden", für die eigenen Pläne ausgehen, die den „hiesigen localen Verhältnissen" angepaßt sein müßten.[110] Diese Betrachtungsweise, die von einem grundsätzlichen inhaltlichen Unterschied verschiedener Begriffe ausging, ist freilich unhistorisch. In ihrer äußeren Organisation und in ihrem Ansehen stand die Göttinger Societät, die die von Leibniz auch für die Berliner Akademie bevorzugte Bezeichnung bewahrt hatte, auf einer Stufe mit der Berliner Akademie. Viele Merkmale des Humboldtschen Akademieverständnisses weisen zudem auch ihrerseits auf das Göttinger Vorbild hin, besonders natürlich die für Göttingen typische Verbindung von Universität und Gelehrter Gesellschaft.[111] Der Stellungnahme der Universität waren zur Orientierung die wichtigsten statutarischen Bestimmungen der Göttinger Societät beigefügt.[112]

In seiner Orientierung an Göttingen wie in der Argumentation über die Bezeichnung der Akademie mit dem angeblich bescheideneren Titel einer „Societät" zeigt dieser Heidelberger Akademiegründungsplan erstaunliche Parallelen und Übereinstimmungen mit den Leipziger Akademieplänen von 1845/46.[113] Die Entstehungsvoraussetzungen der Sächsischen Akademie waren aber aufgrund der administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen in Sachsen ungleich günstiger. Auffallen muß eine zweite Parallele, die das Datum der Heidelberger Akademiepläne betrifft. Als 1821 Heidelberger Naturwissenschaftler und Mediziner über neue Formen der Wissenschaftsorganisation und -förderung auf lokaler Ebene nachdachten, wurde mit der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte[114] erstmals eine „den gesamten deutschsprachi-

[110] Vgl. die Stellungnahme des Engeren Senats der Universität Heidelberg, 17. Aug. 1821, unterzeichnet von A. Thibaut (GLA 235/30160).

[111] Zum Göttinger Modell vgl. oben Anm. 20.

[112] Zu den statutarischen Bestimmungen vgl. Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 286.

[113] Vgl. Lea, E./Wiemers, G., Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften, 186, Anm. 7 (zum Begriff Societät), 190 (zum Göttinger Vorbild).

[114] Vgl. Sudhoff, K., 100 Jahre deutsche Naturforscherversammlungen. Degen, H., Gründungsgeschichte der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte. Ackerknecht, E.H., Die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte 1822-1958. Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland, 252-258.

gen Raum (außer der ... Schweiz) umfassende Gesellschaft auf naturwissenschaftlichem und medizinischem Gebiet gegründet".[115] Hierin drückt sich freilich eher ein Gegensatz als ein gleichgerichtetes wissenschaftliches Interesse aus, war doch die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte als „Gegenorganisation" zum Typus der „ortsgebundenen", „unflexiblen" - und daher **wis**senschaftlich „rückständigen" - Gelehrten Gesellschaft gedacht.[116]

Nachdem eine Akademiegründung in Heidelberg nicht weiterverfolgt werden konnte, blieb nur die Möglichkeit, zu dem ursprünglichen Plan einer „Gesellschaft für Naturwissenschaft und Medizin" zurückzukehren. Im Gegensatz zu den Akademien bestand die Absicht, auf eine Fixierung der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder zu verzichten, den Verein also für eine Vielzahl unterschiedlicher Mitglieder offenzuhalten. Da man sich verpflichten mußte, auf finanzielle Hilfsleistungen durch den Staat zu verzichten, alle auftretenden Kosten also „aus eigenen Mitteln" zu bestreiten, war auch das Spektrum der Betätigungsmöglichkeiten des Vereins auf wissenschaftliche Sitzungen beschränkt.[117] Allerdings wurden andere Formen „akademischer" Wirksamkeit, insbesondere das Stellen von Preisaufgaben, zusehends auch von anderer Seite in Frage gestellt und die wissenschaftliche Sitzung auch als „wesentliche aufgabe und zweck der academie" bezeichnet.11s

Tatsächlich zeigte der „wißenschaftliche Verein für Naturwißenschaft und Heilkunde", der am 15. November 1821 als „eine öffentliche gelehrte Gesellschaft" anerkannt und mit der großherzoglichen „protection" versehen wurde,[119] einige Merkmale, die im Sinne einer Weiterentwicklung zu einer Akademie hätten genutzt werden können. Die Diskussion um die Akademiegründung hatte den Heidelberger Gelehrten, die sich jetzt zu einem Teil in diesem wissenschaftlichen Verein wiederfanden, gezeigt,

115 Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland, 253.

116 Ebd., 253f.

117 Vgl. Tiedemann an Frhr. v. Zyllnhardt, 7. (4.?) Juni 1821 (GLA 205/1229).

118 Vgl. das vernichtende Urteil Jacob Grimms über die herkömmliche Art der Stellung von Preisaufgaben und demgegenüber die Betonung der wissenschaftlichen Vorträge (Grimm, J., Reden in der Akademie, 242, 247).

119 Vgl. Ghzl. Staatsministerium an Frhr. v. Zyllnhardt, 15. Nov. 1821, No. 2973 und Staats- und Regierungsblatt vom 20. Nov. 1821, No. **XIX,** 138 (GLA 235/30160).

daß Heidelberg einer ambitionierten wissenschaftlichen Gesellschaft durchaus für würdig befunden worden war. Waren es allein äußere Gründe, die den weitergehenden Plan verhindert hatten, so konnten diese die Entwicklung eines gesteigerten Selbstbewußtseins nicht unterbinden. Von den strukturellen Merkmalen ist daher besonders der „engere Ausschuß" der Gesellschaft hervorzuheben, der den Kern des Vereins ausmachte und unter Leitung eines Direktors die Kontrolle über die geschäftliche und wissenschaftliche Tätigkeit sowie über die Zuwahlen ausübte.[120] Diese Einrichtung, die sich später auch in anderen wissenschaftlichen Vereinigungen als Versuch eines Kompromisses zwischen einer offenen Mitgliederstruktur und einem höheren wissenschaftlichen Anspruch verstand, beinhaltete gleichsam die Möglichkeit einer Elitebildung innerhalb der Gesellschaft, indem gewissermaßen zwischen vollberechtigten und „assoziierten" Mitgliedern unterschieden wurde. Elitebildung war aber eine wesentliche Voraussetzung auf dem Weg zu einer Akademie. Auch in der Selbsteinschätzung der Gesellschaft zeigte sich „Akademiebewußtsein". Deutlich wurde dies in der ersten öffentlichen Sitzung am 9. Februar 1822 in der Aula academica, in der unter nurmehr formelhafter Benennung der alten „aufklärerischen" Aufgaben einer Akademie der Nutzen der Gesellschaft - also scheinbar ganz im Leibnizschen Sinne! - zur „Beförderung der Schiffahrt, des Handels, des Ackerbaus, der Künste und Gewerbe", für die Erhöhung und Verbesserung von Gesundheit, Wohlstand und Bildung betont wurde. Als wesentliche Aufgabe formulierte die Gesellschaft für sich selbst die Vermittlung eigener und fremder Forschungsresultate an die Mitglieder der Gesellschaft in Form regelmäßiger Vorlesungen. Daß man für die Zukunftshoffnungen das Beispiel der Royal Society in London bemühte, um den Weg von den bescheidenen Anfängen zu den künftigen „großen Resultaten" zu weisen, spricht für sich.[121] Der so hoffnungsfroh gestartete Verein ging jedoch 1847 aus noch ungeklärten Gründen ein.[122] Einige Mitglieder der

[120] Zur Organisation der Gesellschaft vgl. die der Eingabe vom 12. Apr. 1821 beigegebenen Statuten (ebd.), abgedruckt bei Schuberg, A., Der Naturhistorisch-Medizinische Verein, 502f.

[121] Die Rede hielt der Direktor der Gesellschaft Tiedemann. Vgl. dazu Häberle, D., Die Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde, 426f.

[122] Vgl. ebd., 420ff. Doerr, W., Zur Geschichte des naturhistorisch-medizinischen

Gesellschaft gehörten später dem 1856 gegründeten „Naturhistorisch-medizinischen Verein" an, der sich jedoch als eine „selbständige Neugründung" betrachtete. Wenn man auch betonte, die „Erbschaft der eingeschlafenen Naturhistorisch-medizinischen Gesellschaft angetreten" zu haben,[123] so war der neue Verein doch nur einer der vielerorts im 19. Jahrhundert im Lande entstehenden wissenschaftlichen Vereine,[124] der freilich das ganze Spektrum der Naturwissenschaften und der Medizin noch unter einem Dach einzufangen suchte.

2.3. Der Plan einer Akademiegründung 1886/87 und 1893.

Sehr viel günstiger schienen die Voraussetzungen zu sein, als 1886 erneut Akademiepläne in Heidelberg diskutiert wurden, denn diesmal ging die Initiative von Großherzog Friedrich 1. aus, der als besonderer Freund der Wissenschaften und Künste bekannt war.[125] Aus Anlaß des Universitätsjubiläums[126] beabsichtigte der Großherzog „der Universität eine Jubiläumsgabe zur Gründung einer Badischen Akademie der Wissenschaften, die ihren Sitz abwechselnd in Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe haben sollte, überreichen zu lassen".[127] Koenigsberger[128] wurde ersucht, den

Vereines, 68. Doerr bringt das Ende der Gesellschaft in Zusammenhang mit der 48er Revolution.

123 Häberle, D., Die Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde, 418. Zur Geschichte des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins im 19. Jhdt. vgl. auch Schmitt, W., Struktur und Funktion des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins.

124 Vgl. Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland, 199ff., bes. 212f.

125 Zu Friedrich I. vgl. Jellinek, G., Großherzog Friedrich I. von Baden. Oncken, **H.,** Großherzog Friedrich I. von Baden. Zu Friedrichs I. Rolle in der Reichspolitik vgl. Röhl, J.C.G., Kaiser Wilhelm II. Zur badischen Wissenschaftspolitik vgl. Riese, **R.,** Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, bes. 285f. Zur Charakterisierung von Großherzog Friedrich 1. als einen „auf die Erhaltung von Kunst und Wissenschaft in seinem Badischen Lande stets bedachten Fürsten" vgl. den Jahresbericht Koenigsbergers am 24. Apr. 1914, Jh. 1914, XIII.

126 Zum Universitätsjubiläum vgl. Fischer, **K.,** Festrede zur fünfhundertjährigen Jubelfeier. Ruperto Carola. Illustrirte [!] Fest-Chronik. Conze, **W.,** Die Selbstdarstellung von Universitäten in Zentenarfeiern.

127 Koenigsberger, L., Mein Leben, 209. Zum folgenden vgl. ebd., 209f. Ergänzend dazu vgl. auch Koenigsbergers Bemerkungen in Jh. 1909/10, **IX, XXVI** und Jh. 1914, XIII. Koenigsbergers Erinnerungen sind in vieler Hinsicht, besonders in

Großherzog über Aufbau und Struktur der Göttinger und Münchner Akademie zu instruieren, die ihm als Vorbild vorschwebten. Wesentlicher Bestandteil des großherzoglichen Akademieplanes war aber die Einbeziehung des ganzen Landes in die Wissenschaftsförderung durch eine Badische Akademie. Der Charakter einer echten Landesakademie ließ sich aber nicht durch die bloße Namensgebung erreichen. Auf Bedenken, besonders seitens der Heidelberger Hochschullehrer, mußte die Absicht des Landesherrn stoßen, den Sitz der Landesakademie abwechselnd an den drei Hochschulstädten des Landes einzurichten. Ziel dieser Maßnahme sollte es sein, den Landescharakter der Akademie und die gleichmäßige Beteiligung aller Hochschulen des Landes an ihr über jeden Zweifel zu erheben und festzuschreiben. Damit wäre ein völlig neuer Akademietyp geschaffen worden, und dies nicht nur im Sinne einer „wandernden" Akademie, sondern auch in der gleichwertigen Einbeziehung einer Technischen Hochschule in den Kreis der mit einer Akademie verbundenen Institutionen. Ob damit freilich auch alle in der Technischen Hochschule vertretenen Disziplinen akademiefähig und damit den „zweckfreien" Universitätsfächern gleichgestellt werden sollten, ist aber zu bezweifeln. Immerhin ist die theoretische Gleichstellung von Technischer Hochschule und Universität bemerkenswert![129] Dem Großherzog ging es aber hierbei allein um die Gleichbehandlung seiner Landeshochschulen, nicht um eine „Reform" der Akademien, wie die Orientierung des Organisationsschemas an den Akademien in Göttingen und München deutlich machte. So war es nicht schwer, ihn von der Unpraktikabilität eines wechselnden Akademiesitzes zu überzeugen, wollte man eine Identifikation der Gelehrten des Landes mit diesem Institut und eine Kontinuität in ihrer Arbeit herbeiführen und gewährleisten. Den Vorzug als Sitz der neuen Institution sollte Heidelberg erhalten, da die Gründung der Akademie an das Universitätsjubiläum gekoppelt war. Überlegungen

Hinblick auf die wesentlichen Details, sehr lückenhaft und auch nicht frei von Fehlern.

[128] Zu Koenigsberger vgl. auch NDB 12, 1980, 355-356 (1. Knobloch). Vgl. den Nachruf von A. Pringsheim in: BayAW, Jb. 1921, 45-49.

[129] Zum Problem, das sich insbesondere am Kampf für das Promotionsrecht für die TH ablesen läßt, vgl. Manegold, K.-H., Universität, Technische Hochschule und Industrie, 249-305. Zur Entwicklung des Technischen Hochschulwesens vgl. Schnabel, F., Die Anfänge des Technischen Hochschulwesens.

zur Organisation der Akademie folgten den traditionellen Mustern: Die Akademie sollte in zwei Klassen gegliedert und von zwei Klassensekretären, die erstmalig vom Großherzog ernannt und später nach einer Wahl bestätigt werden sollten, geleitet werden. Aus diesem lockeren Organisationsschema lassen sich die Umrisse der geplanten Akademie nur schwer erkennen. Der Verzicht auf das Amt des Präsidenten war eine bei allen deutschen Wissenschaftsakademien übliche Gepflogenheit. Als fürstlicher Gründung gebührte die nominell höchste Stelle innerhalb der Akademie dem Landesherrn, der für sie die Statuten erließ, sie beaufsichtigte, ihr aber auch seinen Schutz und seine Fürsorge gewährte.[130] Daß „zur Vermeidung von Reibungen unter den Mitgliedern" auf die Präsidentenstelle verzichtet werden sollte,[131] ist dagegen unglaubhaft und stellt eher eine Rückprojektion späterer Schwierigkeiten bereits in die Vorüberlegungen des Großherzogs dar. Das Scheitern des Akademieplanes wurde von Koenigsberger lapidar mit ,,Schwierigkeiten, deren Beseitigung leicht die Freude der Jubiläumsstimmung hätte beeinträchtigen können", begründet. Daß Koenigsberger nicht ausführlicher auf diese Ereignisse einging, lag wohl weniger an der Diskretion, die er sich etwa bei seiner Darstellung der Akademiegründung von 1909 auferlegte, sondern vielmehr daran, daß er an den Akademieplänen des Jubiläumsjahres nur peripher beteiligt war. Er war zwar vom Großherzog über seine Pläne ins Vertrauen gezogen worden, eine genauere Kenntnis der Sachlage und Vorgänge, die zum Scheitern führten, war ihm aber nicht gegeben.[132] Die zahlreichen „ernstlichen" Erörterungen des Großherzogs mit Heidelberger Professoren über den Akademieplan „während der Jubiläumstage" im August 1886 führten freilich zu keinem Ergebnis.

Zum „Vorkämpfer" in Sachen Akademie wurde der Physiologe Willy Kühne.[133] In einer Unterredung mit dem Großherzog zu

[130] Vgl. dazu etwa die Statuten der Bayerischen Akademie von 1827 (bes. Präambel und § 1), Almanach 1909, 39f.

[131] Koenigsberger, L., Mein Leben, 210.

[132] So wurde Windelband - und mit ihm Koenigsberger - erst durch einen Bericht aus den Akten des Kultusministeriums über Einzelheiten und Hintergründe informiert; vgl. Böhm an Windelband, 27. März 1909 (HAW 011).

[133] Zu **W.** Kühne vgl. Leber, Th., Willy Kühne. NDB 13, 1982, 202-203 (H. Walter). Neurath, H./Zwilling, R., Willy Kühne.

Anfang des Jahres 1887,[134] bei der es um die Frage der Erhöhung der Attraktivität der Universität ging, schlug Kühne Maßnahmen zur Bündelung des wissenschaftlichen Potentials der Heidelberger Gelehrten und zur Nutzbarmachung desselben für die Universität vor, insbesondere die Einrichtung eines eigenen Publikationsorgans und einer Stätte, in der die Gelehrten „das Ergebnis ihrer Studien und Forschungen in regelmäßigen Versammlungen" zur Diskussion stellen könnten. Kühne dachte dabei bezeichnender Weise an die Wissenschaftliche Gesellschaft in Göttingen, in der er „eine Anstalt zu erkennen" glaubte, „deren Organisation einer in Heidelberg zu gründenden derartigen Einrichtung zum Vorbild dienen könnte". Bemerkenswert erscheint die neben den üblichen akademietypischen Attributen der Gelehrten Gesellschaft (Veranstaltung regelmäßiger Sitzungen mit fächerübergreifenden wissenschaftlichen Vorträgen; Stellen von Preisaufgaben und Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift) angeschlossene Forderung, jungen Gelehrten und Studierenden zur Förderung ihres wissenschaftlichen Strebens den persönlichen Verkehr mit den Akademiemitgliedern zu ermöglichen. Dieser Hinweis begründete sich freilich aus dem äußeren Anlaß der Vorschläge Kühnes, nämlich der Frage der Frequentierung der Heidelberger Universität durch die Studenten in der Absicht, einen gleichmäßigen, „dauernd zahlreiche[n] Besuch von Studierenden" zu garantieren. Kühne wies vorsorglich auch auf die Münchner Akademie als nachahmenswürdige Anstalt hin. Wenn er dabei auch gleich einräumte, daß die Münchner Akademie, „gestützt auf eine reiche Ausstattung, größeren Aufgaben zu dienen bestimmt sei", so war damit doch unmißverständlich ausgedrückt, daß auch eine Heidelberger Akademie nicht ohne finanziellen Aufwand von Seiten des Staates zu unterhalten sei. Immerhin ersuchte das Großherzogliche Cabinett das Kultusministerium um Prüfung der Angelegenheit.

Erst neun Monate später, am 27. Oktober 1887, bat Nokk[135]

[134] Zum folgenden vgl. den Bericht über das Gespräch des Großherzogs mit Willy Kühne über die Situation der Universität Heidelberg, Geh. Cabinett des Großherzogs (Frhr. von Ungern-Sternberg) an Nokk, 26. Jan. 1887, No. 214 (GLA 60/1946 und 235/3354, fol. 14).

[135] Zu Nokk vgl. Bad. Biogr. 6, 1935, 495-498 (M. Krebs). Weech, F.v., Staatsminister Wilhelm Nokk.

Kuno Fischer[136] um ein Gutachten über die Verhältnisse der Universität, in dem er auch zur Gestaltung und zu Maßnahmen zur „Förderung wissenschaftlicher Forschung u[nd] academischen Studiums an unserer Hochschule zu Heidelberg" sein Urteil erbat. Die Vorschläge Kühnes wurden dabei explizit zur Stellungnahme vorgelegt.[137] Die Antwort Kuno Fischers vom 6. November 1887 fiel jedoch in allen Punkten negativ aus. Das Problem der Hochschulfrequenzen bezog Fischer ursächlich im wesentlichen auf drei Punkte neben der wissenschaftlichen Qualität der Hochschule und ihrer Lehrkräfte: die Attraktivität der Stadt, die Berufsziele der Studenten und den Geltungsbereich der jeweiligen Universitätsexamina. Den Aufwand für eine neue allgemein-wissenschaftliche Zeitschrift hielt Fischer unter dem Eindruck der fortschreitenden Spezialisierung der Wissenschaften - und dementsprechend der Verlagerung der wissenschaftlichen Diskussion in streng spezialisierte „Fachjournale" - nicht mehr für gerechtfertigt. Entscheidend war aber Fischers Zweifel an der „Eintracht der akademischen Kräfte", die für das Gelingen eines Akademieunternehmens vorauszusetzen sei. „Um nun die Wirksamkeit und das Ansehen der Universität durch die Gründung einer wissenschaftlichen Zeitschrift und Gesellschaft zu steigern ...: Dazu ist, da es sich doch um ein gedeihliches Zusammenwirken handelt, vonseiten der Universität vor allem das bereitwilligste Entgegenkommen, das Bedürfniß zur Vereinigung der wissenschaftlichen Interessen und Arbeiten und ein guter akademischer Gemeingeist notwendig". Dem zweifelhaften Erfolg einer Akademiegründung setzte er mit W. von Humboldts Worten eine verblüffende Alternative entgegen: „Für die Universität ist es genug, wenn jede Wissenschaft vom besten Professor vorgetragen wird".[138]

[136] Zu Kuno Fischer vgl. NDB 5, 1961, 199 (E. Selow). Wiehl, R., Die Heidelberger Philosophie, 426-430.

[137] Vgl. BMKU an K. Fischer, 27. Okt. 1887 (GLA 235/3354, fol. 5r-6v).

[138] Vgl. K. Fischer an Nokk, 6. Nov. 1887 (GLA 235/3354, fol. 7-8). Das Verständnis dieses Schreibens ist in der Forschung nicht ganz einheitlich. Meine frühere Annahme über die Infragestellung der Möglichkeiten interdisziplinärer Kooperation durch Fischer ist freilich einzuschränken (vgl. Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 289; vgl. auch Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 244f.). Fischer stellte den Sinn interdisziplinärer Zusammenarbeit nicht wohl in Zweifel, zeigte sich aber als Skeptiker in Bezug auf die damals gegebene Heidelberger Situation.

Die Uneinigkeit der Professorenschaft der Universität wurde denn auch allgemein für das Scheitern der Akademiepläne verantwortlich gemacht.[139] Es ist aber auch unübersehbar, daß Offenheit und Begeisterung des Großherzogs für die Akademiepläne von den staatlichen Behörden nicht geteilt wurden. Die Angelegenheit wurde hinausgezögert, und das Gutachten Fischers war der willkommene Anlaß, die Akademiepläne beiseite zu legen. Für die Ministerien waren finanzielle Bedenken entscheidend,[140] da eine Akademie oder Gelehrte Gesellschaft zusätzlich den Staatshaushalt belasten mußte.

1893 griff der Heidelberger Chemiker Victor Meyer[141] die Akademiepläne noch einmal auf. Er glaubte ein allgemeines Bedauern über die versäumten Chancen für die Universität unter seinen Kollegen feststellen zu können. Zu den Fehlern der Vergangenheit zählte er die Ablehnung der Sternwarte und der Akademie in Heidelberg: ,,Die Verhältnisse haben sich seit her geändert, in der academischen Körperschaft herrscht statt Zwist jetzt erfreuliche Eintracht, und es ist zu hotfen, dass das versäumte nachgeholt werden könne".[142] Dieser neuerliche Vorstoß zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Heidelberg ging dabei von einem Gelehrten aus, der als ehemals ordentliches Mitglied der Göttinger Societät der Wissenschaften mit der Bedeutung, der Tätigkeit und der inneren Struktur einer Akademie bestens vertraut war. ,,Die Gründung einer Academie in Baden unter dem erleuchtesten der deutschen Fürsten würde der Wissenschaft eine ungeheuere För-

[139] Vgl. die Festrede Koenigsbergers am 3. Juli 1909 (Jh. 1909/10, IX: ,,Aber Zeit, Umstände und Personen waren der Ausführung seines weittragenden Gedankens nicht günstig..."). Vgl. auch die Anspielung bei V. Meyer an Nokk, 10. Aug. 1893 (GLA 52/XIII, NI. Nokk).

[140] Vgl. Böhm an Windelband, 27. März 1909 (HAW Oll).

[141] Zu V. Meyer vgl. die Gedächtnisrede von Th. Curtius, Victor Meyer. Bad. Biogr. 5, 1906, 872-874. Meyer, R., Victor Meyer. V. Meyer war 1889 als Nachfolger Bunsens nach Heidelberg berufen worden (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 179f.). Vgl. auch Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 140f., der Meyer als „Wissenschaftsmanager moderner Art" charakterisiert.

[142] Vgl. V. Meyer an Nokk, 10.Aug.1893 (GLA 52/XIII, NI. Nokk). Daß das Scheitern der Verlegung der Sternwarte nach Heidelberg nicht auf persönliche Differenzen unter den Gelehrten zurückzuführen ist, wie Meyer nahelegte, konnte Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 252f. plausibel machen.

derung gewähren. Privatmittel von allen Seiten würden sich derselben zuwenden, Stiftungen, Vermächtnisse aller Art würden dieselbe fördern. Ich glaube daher, dass der Gedanke nicht für alle Zeiten begraben[,] sondern jetzt wieder aufgegriffen werden sollte". Ein wesentliches Hindernis des staatlichen Engagements für eine Akademiegründung schien in seinem Konzept aus dem Wege geräumt, nämlich die Frage der Finanzierung der Gesellschaft. Meyer ging mit Bestimmtheit davon aus, daß diese Mittel durch private Beiträge abgedeckt werden könnten. Die Gewißheit dieser Prognose begründete sich aus Meyers eigenen Erfahrungen als Chemiker aus dem Zusammenwirken mit der Industrie, das in ähnlicher Weise auch für die anderen Naturwissenschaften galt.[143] Daß die Industrie inzwischen ihre eigenen, vielfach leistungsfähigeren Forschungsinstitute gegründet hatte, mochte die Kooperation von Wissenschaft und Industrie freilich beeinträchtigen; und was endlich die Geisteswissenschaften, deren Ergebnisse nicht industriell verwertbar waren, die aber ein gleichberechtigtes Element der Akademie darstellten, von einer Zusammenarbeit mit der Industrie erwarten mochten, bleibt unklar. Die Übernahme von Verpflichtungen für eine allgemeine Forschungsförderung durch die Industrie konnte so allein „im Zeichen nationaler Verantwortung" der Industrie auch für den allgemeinen Fortschritt der **Wis**senschaften, der mit der Größe des nationalpolitischen Aufschwungs in Beziehung gesetzt wurde, gefordert werden. Dieser Aspekt spielte seit den 1880er Jahre eine zunehmend bedeutende Rolle und hatte erstmals mit der Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (1887) Erfolge gezeigt.[144] Nutznießer dieser Entwicklung blieben freilich bis zum Ersten Weltkrieg in erster Linie die Naturwissenschaften. Die Hoffnung auf Stiftungen und Vermächtnisse aller Art ließ sich dagegen mit Hinweisen auf die Preußische Akademie begründen.[145] Die Berliner Akademie wurde

[143] Vgl. hierzu und zum folgenden Borscheid, P., Naturwissenschaft, Staat und Industrie, 169 (zu Meyer) und 195-207 (zum allgemeinen). Vgl. auch Manegold, **K.H.,** Universität, Technische Hochschule und Industrie, 120-128.

[144] Zur Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt vgl. auch Anm. 157.

[145] Vgl. Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 1, 1006, 1019f.; Bd. 2, 559-563, 619-625, 646-656. Hartkopf, **W.,** Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 58ff. 1913 stand der Preußischen Akademie ein Stiftungskapital von insgesamt 4022240 Mark zur Verfügung (vgl. Klinkmann, **H.** (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 24).

von Meyer neben der Göttinger auch als Vorbild herangezogen. Ganz im Sinne dieser Akademietraditionen sollte auch eine Heidelberger Akademie zwar in Verbindung mit der Universität stehen, andererseits aber auch „in einer gewissen Unabhängigkeit von der Universität zu erhalten" sein. Wie ernst er es mit dieser Unabhängigkeit nahm, wie sehr er aber auch immer noch entgegen seiner Beschwörung 'der neuen Eintracht an der Universität von Befürchtungen unleidlicher Rivalitäten innerhalb des Lehrkörpers ausging, zeigt sein Wunsch, den Senat von den Verhandlungen über die Akademiegründung auszuschließen und die Beratungen einem unabhängigen Ausschuß aus Vertretern der Universität anzuvertrauen. Damit war ein Verfahren angezeigt, das 1909 bei den Verhandlungen über die Gründung der Akademie, ohne sich freilich auf Victor Meyer zu berufen, auch tatsächlich angewendet wurde. Die Akademiepläne Meyers wurden vom Kultusministerium nicht aufgegriffen.

Bei dem Scheitern der Akademiepläne war die Heidelberger Jubiläumsstiftung, die am 3. August 1886 mit einem Stiftungskapital von 21400 Mark an die Universität übergeben wurde und am 24. Februar 1887 die staatliche Genehmigung erhielt, nur ein unvollkommener Ersatz.[146] Inwieweit die Einrichtung dieser Stiftung das Kultusministerium dazu bewogen hatte, die Weiterverfolgung der Akademiepläne zunächst nur halbherzig zu betreiben und dann fallenzulassen, ist hier nicht zu entscheiden. Zusammenhänge sind m.E. aber keineswegs auszuschließen.

Bedacht werden sollten durch diese Stiftung akademische Lehrer der Ruperto Carola, ,,welche sich durch wissenschaftliche Tüchtigkeit und bedeutendes Lehramt oder durch eine von diesen beiden Eigenschaften auszeichnen", um „in Förderung ihrer wissenschaftlichen Bestrebungen dienlich zu sein". Entscheidend für die Verleihung des Preises, der abwechselnd auf Vorschlag der Fakultäten erfolgen sollte, war allein die wissenschaftliche Leistung des Kandidaten. Waren die Verleihungen anfangs als Ehrungen für die bereits erbrachte wissenschaftliche Leistung gedacht, so wurden damit doch bald auch bewußt die Fortsetzung und Förderung wissenschaftlicher Arbeiten unterstützt (einzelne Projekte, Studienreisen, Materialbeschaffung, Vorbereitung und Drucklegung wissenschaftlicher Arbeiten, Anstellung einer Hilfskraft für ein be-

[146] Vgl. GLA 235/3951.

stimmtes Projekt u.a.). Dabei wurde das Preisgeld oft nach Maßgabe des Bedarfs an verschiedene Gelehrte aufgeteilt. Durch diese Regelung wurde eine Praxis geschaffen, die später von der Akademie aufgegriffen werden sollte. Höhe und Art der Unterstützungen fanden hier eine Entsprechung. Der Preis wurde letztmalig 1915/16 verliehen.

Stellt sich am Schluß dieses Überblicks über die Akademiegründungsversuche in Heidelberg die Frage nach der Kontinuität der Traditionen und Ideen, so muß sie skeptisch beantwortet werden. Ein direkter Bezug der Akademiegründung von 1909 ergibt sich allein zu den Gründungsplänen von 1886/87. Doch auch hier zeigte sich, daß eine genaue Kenntnis der Vorgänge und Probleme kaum gegeben war. Immerhin konnte über die Person Koenigsbergers ein Bogen zurückgeschlagen werden zu den „Idealen" Großherzog Friedrichs I. Die rein äußerliche Anknüpfung an diese Akademiepläne war auch 1909 für die Reputation der Akademie und die Fixierung ihrer öffentlichen Stellung nicht unbedeutsam, erleichterte sie doch die Identifikation des Staates mit der neuen Institution. Die für das Selbstverständnis und die Organisation der Akademie entscheidenden Traditionen und Impulse gingen freilich von den bestehenden deutschen Akademien aus, allen voran von den Göttinger Verhältnissen, die eine den eigenen Vorstellungen entsprechende Größenordnung darstellten. Aber auch das Bild und Beispiel der Münchner und Berliner Akademie war bei den Gründungsplänen wie bei der Verwirklichung der Akademiegründung allgegenwärtig. Die Mannheimer Akademie war dagegen nur noch Name, dessen man sich oft genug nicht einmal mehr erinnerte.

3. Tendenzen der Wissenschaftsförderung und Wissenschaftsorganisation im Wilhelminischen Deutschland.

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, eine Darstellung der Wissenschaftspolitik des Reiches oder der einzelnen Länder zu geben.[147] Es sollen hier vielmehr nur einige Tendenzen der Wis-

[147] Vgl. dazu allg. Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland. Brocke, B.v., Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Burchardt, L., Wissenschaftspolitik und Reformdiskussion. Ders., Deutsche Wissenschaftspolitik an der Jahrhundert-

senschaftspolitik angedeutet werden, die mittelbar auch für die Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften bedeutsam wurden.

3.1. Die Organisation der Großforschung im Wilhelminischen Deutschland.

Die Gründung einer Akademie der Wissenschaften mußte sich nach dem Selbstverständnis der Gelehrten [148] an den klassischen Akademieidealen ausrichten. Die neuen Qualitäten der Bildung, die sich etwa seit Mitte des 19. Jahrhunderts durchzusetzen begannen und mit Begriffen wie Nutzanwendung, Praxisbezug oder Wirtschaftlichkeit bezeichnet werden können, standen trotz ihrer unübersehbaren Gültigkeit in der ökonomischen Wirklichkeit nicht für den noch immer an den Universitäten - und im Staatsapparat - vorherrschenden neuhumanistischen Geist. Die Forschung ohne Praxisbezug, die „reine" Wissenschaft galt als Ideal in Gelehrtenkreisen.[149] Die sich immer mehr verfestigenden Ideale des „Bildungsbürgertums"[150] bestimmten das Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaft, während die innovatorischen Impulse der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung

wende. Ders., Kultur- und Bildungswesen. Brocke, B.v. (Hg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter.

148 Vgl. dazu insbes. Ringer, F.K., Die Gelehrten. Bruch, R.v., Historiker und Nationalökonomen. Burchardt, L., Naturwissenschaftliche Universitätslehrer.

149 Vgl. dazu etwa die Gegenüberstel\ung der Ideale von Bildungs- und Besitzbürgertum bei Conze, W., Konstitutionelle Monarchie, 189: Die Vertretervon ,,Kultur, Bildung und Wissenschaft ... standen der neuen technisch-industriellen Welt und damit deren Funktionselite, Ingenieuren einerseits, Unternehmern andererseits, zurückhaltend, meist sogar mit gesellschaftlicher Mißachtung gegenüber." Ringer, F.K., Profil der deutschen Hochschullehrerschaft, 103: Die »Mandarine« ,,vererbten die Ideologie der Bildung und der »reinen« Wissenschaft." Vgl. auch: Ringer, F.K., Education and Society und die Kritik von Lundgreen, P., Bildung und Besitz. Dem Ideal der „reinen" Wissenschaft stand freilich bereits seit etwa 1880 die Faszination der Anwendungsmöglichkeiten der Wissenschaft gegenüber, die neben dem wissenschaftlichen auch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichen sollte (vgl. dazu Hermann, A., Naturwissenschaft und Technik).

150 Vgl. Conze, W./Kocka, J. (Hgg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil I. Lundgreen, P., Zur Konstituierung des „Bildungsbürgertums". Vgl. auch Hübinger, G., Politische Werte und Gesellschaftsbilder des Bildungsbürgertums. Glaser, H., Bildungsbürgertum und Nationalismus. Zum Begriff Bildungsbürgertum vgl. Engelhardt, U., ,,Bildungsbürgertum".

vom Fortschritt der Technik und der Naturwissenschaften ausgingen.[151] Daneben leitete die nationalpolitische Begründung des kulturellen und technischen Fortschritts eine neue Phase der staatlichen außeruniversitären Forschungsförderung ein. Wissenschaftspolitik[152] sollte auch hier die Voraussetzungen schaffen, sich im „Wettkampf der Nationen" zu behaupten.[153] „Großforschung"[154] wurde zum Zauberwort der Epoche, die in eigenen Instituten, unbehindert von Ausbildungsverpflichtungen, wissenschaftlichen Fortschritt und, damit verbunden, Wirtschaftswachstum und politisches Prestige garantieren sollte.

Die Universitäten waren nicht in der Lage, auf die neuen Herausforderungen angemessen zu reagieren.[155] Der Aufbau Technischer Hochschulen und spezieller naturwissenschaftlich-technischer Vereinigungen und Institutionen [156] konnte diesen Mangel jedoch nur unvollkommen auffangen. Die herkömmlichen Universitätsinstitute waren sowohl durch die Kostenexplosion für naturwissenschaftliche und medizinische Forschung als auch durch ihre „Personalstruktur" weitgehend überfordert, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Die Notwendigkeit einer Erweiterung der Grundlagen der Wissenschaft gerade auch auf organisatorischer Ebene war unübersehbar. Diese Einsicht führte bereits 1887

[151] Vgl. Manegold, **K.-H.,** Universität, Technische Hochschule und Industrie. Borscheid, P., Naturwissenschaft, Staat und Industrie. Burchardt, L., Wissenschaft und Wirtschaftswachstum. Lundgreen, P. (Hg.), Zum Verhältnis von Wissenschaft und Technik. Nipperdey, Th., Organisation der Wissenschaften im Wilhelminischen Berlin.

[152] Der Begriff „Wissenschaftspolitik" wurde erstmals von A. (von) Harnack 1900 in seiner Geschichte der Preußischen Akademie (Bd. 1, 4f., 95) verwendet; vgl. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 20. Ders., Friedrich Althoff, 18. Diese Hinweise sind Ritter in seiner Überblicksdarstellung der Großforschung in Deutschland (wie Anm. 154) entgangen (vgl. dort 136 Anm. 31).

[153] Vgl. Stürmer, M., Das ruhelose Reich, 127.

[154] Zur Problematik der Großforschung vgl. jetzt Ritter, G.A., Großforschung und Staat in Deutschland.

[155] Vgl. dazu etwa Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 23. Manegold, K.-H., Universität, Technische Hochschule und Industrie, 103-110, 116-120. Allg. zur Situation der Universitäten im Kaiserreich vgl. McClelland, Ch.E., State, society, and university, 239-321.

[156] Vgl. Manegold, **K.-H.,** Universität, Technische Hochschule und Industrie, 144-156. Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland, 198-248. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 85-108.

zur Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt,[157] ferner des Robert Koch-Instituts 1891[158] und einer Reihe weiterer Institute.[159] Von besonderer Bedeutung in Hinblick auf die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft waren schließlich die Göttinger Vereinigung für angewandte Physik und Mathematik[160] und der Verein Chemische Reichsanstalt (1908).[161] Eine effiziente Lösung versprach aber erst eine Form der Forschungsorganisation, wie sie schließlich 1911 in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verwirklicht wurde,[162] in der Forschungsmittel und Forschungskapazitäten bewußt konzentriert werden sollten.[163] Im Preußischen Kultusministerium regte vor allem Ministerialdirektor Friedrich Althoff den qualitativen und quantitativen Ausbau der wissenschaftlichen Institute an.[164]

Bereits 1905 hatte Adolf (von) Harnack,[165] einer der Träger und

[157] Vgl. Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland, 109-127. Die Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt ging auf die Initiative eines „elitäre(n) Kreis(es) führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik" zurück (ebd., 125). Vgl. auch Cahan, D.L., Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt.

[158] Vgl. Henneberg, G., 75 Jahre Robert Koch-Institut.

[159] Vgl. etwa die Zusammenstellung in: Forschungsinstitute. Vgl. auch oben Anm. 156.

[160] Vgl. Manegold, **K.-H.,** Universität, Technische Hochschule und Industrie, 157ff., 212ff.

[161] Vgl. Johnson, J.A., Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten Kaiser-Wilhelm-Institut.

[162] Vgl. Burchardt, L., Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Wichtige Dokumente sind enthalten in: 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Wendel, G., Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914.

[163] Zu den Bemühungen um Konzentration der Fördermittel vgl. Rasch, M., Thesen zur Preußischen Wissenschaftspolitik, 244-248. Ders., Kommunalismus, Regionalisierung und Konzentrierung, 115-122.

[164] Zu Althoff vgl. Sachse, A., Friedrich Althoff und sein Werk. Brocke, B.v., Hochschul- und Wissenschaftspolitik, bes. 24-47. Ders., Von der Wissenschaftsverwaltung zur Wissenschaftspolitik. Ders., Friedrich Althoff. Vgl. auch Wissenschaft in Berlin, bes. 297, 35lf. Zur Tätigkeit im preußischen Kultusministerium vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 16ff., 33ff., 93ff., bes. 98-107. Zur Beurteilung der Althoffschen Wissenschaftspolitik vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Wissenschaftsordnung und der Kritik Max Webers am „System Althoff" vgl. Spinner, H.F., Das 'System Althofr und Max Webers Kritik.

[165] Zu Harnack vgl. Vierhaus, R., Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator. Neufeld, K.H., Adolf von Harnack. Burchardt, L., Adolf von Harnack.

Förderer der neuen wissenschaftlichen Entwicklungen, programmatische Gedanken „Vom Großbetrieb der Wissenschaft"[166] formuliert. In seinen Äußerungen zeigte sich eine Form des wissenschaftstheoretischen und -politischen Denkens, die Leitlinie für die Wissenschaftsentwicklung bis zum Ersten Weltkrieg wurde. Harnack lebte ganz in dem Bewußtsein, ,,daß das deutsche Reich eine Großmacht [auch] der Wissenschaft sei und bleiben müsse".[167] Dem entsprach andererseits die Besorgnis, in der Wissenschaft von Amerika oder England überflügelt zu werden.[168] Die Beschwörung der Konkurrenz und einer bedrohlichen Vorherrschaft des Auslandes gehörte zur wiederkehrenden Argumentation, die ihre **Wir**kung auf Politiker und interessierte Öffentlichkeit nicht verfehlte. Auf der anderen Seite darf die Vorbildwirkung amerikanischen und britischen Mäzenatentums und der dadurch ermöglichten wissenschaftlichen Organisationsformen nicht unterschätzt werden.[169] Unter derartigen Eindrücken entwickelte Harnack seine Gedanken zur Verbesserung der wissenschaftlichen Infrastruktur und zur Schaffung spezieller Institute für die Großforschung. Dabei gründete sich sein Denken wie das der Zeit auf ein Bewußtsein der wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und auch geistigen Stärke Deutschlands, des Fortschreitens und der Erneuerung „aus dem Geiste der Klassik, des deutschen Idealismus und Neuhumanismus"_[110]

Modellcharakter gewannen Vorstellungen, auf privater Basis nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen zu schaffen. Industrie und Privatvermögen sollten zur Unterstützung der Forschung und

[166] Harnack, A., Vom Großbetrieb der Wissenschaft.

[167] Vierhaus, R., Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator, 100.

[168] Vgl. etwa Harnack, A., Denkschrift vom 21. November 1909. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 118, 121, 128.

[169] Vgl. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 126-130. Vorbildwirkung hatten insbesondere die Carnegie- und die Rockefeller-Stiftung. Zum amerikanischen Stiftungswesen vgl. Seifart, W., Einiges über Stiftungen in den USA. Zum Eindruck ausländischer Spezialinstitute auf V. Czerny vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 257. Zu den Verhältnissen in Großbritannien vgl. Alter, P., Wissenschaft, Staat, Mäzene und Ders., Industrielles Mäzenatentum in England.

[170] Vierhaus, R., Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator, 100. Zum ,,Geist des Idealismus" an den Universitäten nach der Jahrhundertwende vgl. auch Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 192. Ringer, F.K., Die Gelehrten, 78-107.

Wissenschaft mobilisiert werden. Da der Staat die wachsenden Kosten für Wissenschaft und Forschung allein nicht mehr in vollem Maße aufzubringen vermochte, unterstützte er kommunale und private Initiativen zur Wissenschaftsförderung; freilich waren dieser Form der Forschungsförderung in der unvermeidlichen Kollision mit den staatlichen Hoheitsrechten in der Wissenschaftspolitik Grenzen gesetzt. Günstig wirkte sich aus, daß Mäzenatentum für Wissenschaft und Künste zu einer Prestigefrage für Kommunen[171] und Besitzbürgertum wurde. Die Freigebigkeit Privater wurde vom Staat gern mit Titeln und Orden honoriert; im Wettbewerb um gesellschaftliches Ansehen war die Nobilitierung des Reichtums ein nicht zu unterschätzender Anreiz für die Bereitschaft, private Mittel für öffentliche Zwecke zur Verfügung zu stellen.[172] Da auch der Kaiser den Wissenschaften und Künsten seine Gunst bezeugte, genossen die Wissenschaften im Wettstreit um Fördermittel einen bedeutsamen Vorteil. Eine Vielzahl namhafter Stiftungen [173] besonders seit den 1890er Jahren schuf dabei die Voraussetzungen für die Gründung von Hochschulen, Instituten und Fördergesellschaften für die Wissenschaft. Herausragende Beispiele dieser Verbindung kommunaler und verbandlicher Wissenschaftsförderung mit privatem Mäzenatentum und staatlicher Aufsicht waren Gründungen wie die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main (1914),[174] die „Hamburgische Wissenschaftliche Stiftung"

[171] Vgl. Rasch, M., Thesen zur Preußischen Wissenschaftspolitik, 241.

[172] Zur Geisteshaltung der Wilhelminischen (akademischen) Gesellschaft vgl. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 126-130. Vgl. auch Winkler, H.A., Liberalismus und Antiliberalismus, 36-51. Wehler, H.-U., Das Deutsche Kaiserreich, bes. 128ff. Jarausch, **K.H.,** Students, Society and Politics. Vondung, K. (Hg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum.

[173] Vgl. Richter, S., Wirtschaft und Forschung. Herrmann, D.P., Wirtschaft, Staat und Wissenschaft. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 109-114. Zu den sozialen Voraussetzungen des Stiftungswesens vgl. ebd., l15f. Allgemein zur privaten Förderung der Wissenschaft vgl. Feldman, G.D., The Private Support of Science in Germany. Zur spezifisch technischen Forschungsförderung vgl. Lundgreen, P., Forschungsförderung durch technisch-wissenschaftliche Vereine. Vgl. auch Wendel, G., Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914, 46-56. Für die Wirtschaft spielte freilich die eigene - industrielle - Forschungsarbeit eine zunehmende Rolle; vgl. dazu Erker, P., Verwissenschaftlichung der Industrie.

[174] Vgl. Kluke, P., Stiftungsuniversität Frankfurt. Bruch, R.v., Kommunalisierung. Vgl. auch Hammerstein, N., Die Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bd. 1, 17-31. Zum Stiftungswesen in Frankfurt allg. vgl. Fahrenholz, A., Zur

(1907), aus der sich die Hamburger Universität entwickelte,[175] und eine Reihe von Handelshochschulen - Leipzig (1898), Köln und Frankfurt (1901), Berlin (1906), Mannheim (1908), München (1910)- sowie Akademien für praktische Medizin in Frankfurt, Köln (beide 1904) und Düsseldorf (1907).[176] Besonders in den letztgenannten Fällen stand neben dem Mäzenatentum auch der praktische Nutzen für Handel und Gesundheitswesen im Kalkül der Stifter. Dabei deckten sich nicht immer die Absichten der Stifter mit den Wünschen des Staates, eine gewisse Kontrolle auch über die inhaltliche Gestalt der Institute auszuüben. So kritisierte Max Weber in einem Gutachten aus dem Jahre 1911„die Auslieferung reicher Stiftungsmittel und von Instituten, statt sie wenigstens teilweise freier Forschung zuzuführen, an die Beherrschung durch das preußische Unterrichtsministerium".[177] Das Beispiel des Frankfurter Mäzens Wilhelm Merton,[178] der seit 1901 mehrere Millionen Mark zur Förderung des Handels und der Wissenschaft aufgewendet hatte, beeindruckte auch Heidelberger Gelehrte wie Eberhard Gothein,[179] die hierin ein Vorbild für ähnliche Aktivitäten auch im nordbadischen Raum sahen.

Das berühmteste, wenn auch - wie gezeigt wurde - keineswegs einzigartige Beispiel der Fördergesellschaft in der Verbindung privater, kommunaler und staatlicher Initiativen und Zielvorstellungen stellte freilich die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dar.[180] Nach vorbereitenden Planungen durch Althoff und Schmidt-

Geschichte und Bedeutung des Stiftungswesens in der Stadt Frankfurt am Main.

175 Vgl. Bolland, J., Gründung der »Hamburgischen Universität«. Ahrens, G., Hanseatische Kaufmannschaft und Wissenschaftsförderung.

176 Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 113. Rasch, M., Thesen zur Preußischen Wissenschaftspolitik, 249, Anm. 4. Huber, E.R., Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, 937f., 947f. Zu Köln vgl. Heimbüchel, B., Die neue Universität, 143-182 (zur Handelshochschule), 183-199 (zur Medizinischen Akademie). Zu Frankfurt und Mannheim vgl. Kirchgässner, B., Gründung der Handelshochschulen Frankfurt und Mannheim.

177 Kluke, P., Stiftungsuniversität Frankfurt, 80.

178 Zu Merton vgl. ebd., 32-35. Hammerstein, N., Die Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bd. 1, 18ff. Eigene Vorstellungen verband auch **W.** Merton mit der Gründung einer Universität.

179 Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 4. Apr. 1909, UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 13.

180 Zur KWG vgl. außer der unter Anm. 162 genannten Literatur auch Haevecker, H., 40 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Glum, F., Kaiser-Wilhelm-Gesell-

Ott[181] wurde Harnack um eine Stellungnahme über die ins Auge gefaßte Gründung neuer Institute gebeten.[182] Die materielle Absicherung der Institute sollte durch „eine Kooperation des Staates und privater kapitalkräftiger und für die Wissenschaft interessierter Bürger"[183] erfolgen. Keine punktuelle, sondern umfassende Forschungsförderung wurde angestrebt. Die neuen Institute sollten durch ein Konsortium, einen Interessenverband getragen werden unter Einschluß „der hervorragendsten Führer der Wirtschaft ... zu dauernder Fürsorge für die deutsche Forschung",[184] staatlicher Stellen, aber auch von Privaten und Verbänden.[185]

schaft. Benecke, 0., Vorgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 115-130. Zur Geschichte der verschiedenen Institute vgl. die Jbb. der Max-Planck-Gesellschaft.

181 Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, I16f. Schmidt-Ott hatte am 24. März 1909 eine erste Denkschrift angefertigt, die ältere Pläne Althoffs wieder aufgriff und publik machte; vgl. Schmidt-Ott, F., Althoffs Pläne für Dahlem. Vgl. auch Engel, M., Dahlem als Wissenschaftszentrum, 556f. Zum Anteil und zu den Zielen des preußischen Kultusministeriums an den Planungen siehe Rasch, **M.,** Thesen zur Preußischen Wissenschaftspolitik. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 120-140.

182 Vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, ll 7f. Harnack, A., Denkschrift vom 21. November 1909.

183 Vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 118. Das Mißtrauen Schmidt-Otts gegen eine rein private Stiftung gründete auf seiner Furcht einer „etwaige(n) Verschlechterung der Verhältnisse", die eine staatliche Stützung notwendig erscheinen ließ und der Notwendigkeit, ,,die Würde und Selbständigkeit der Institute und ihrer Leiter gegen private Einflüsse zu schützen" (Ebd., 119).

184 Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 121. Schmidt-Ott dachte dabei an Wilhelm von Siemens, Krupp von Bohlen und Haibach, Graf Henckel Fürst von Donnersmarck u.a. Der Wirtschaft wurde insgesamt die größte Bedeutung zur Förderung der Wissenschaften zugemessen, wie es der Zeit „höchsten wirtschaftlichen Aufschwunges" angemessen sei (vgl. ebd., 127).

185 Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 128. Vgl. die Liste der für die **KWG** gespendeten Summen (bis 1. Aug. 1914) bei Burchardt, L., Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland, 155-158. Zur Finanzlage vgl. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 140ff., 155ff. Die Gefahr von Interessenkonflikten wird nicht behandelt. Es steht hinter diesem Organisationsplan die Vorstellung vom gemeinsamen Interesse aller Beteiligten am Wohle und Fortschritt des Staates. Die „geistige Einwirkung der Staatsregierung" wurde auch von Harnack hervorgehoben (Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 122). Dies entsprach dem Selbstbewußtsein der Behörde, selbst das tiefste Verständnis für die Sache zu haben und das Ganze zum allgemeinen Wohle befördern zu können (vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 19f.). Auch Harnack schätzte die Gefahr der Abhängigkeit von privaten Geld-

Die allgemeinen Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung in der Wilhelminischen Zeit lassen sich auch in Baden, und hier besonders im nordbadischen Raum, verfolgen. Wegweisend wurden angesichts der Sparpolitik des badischen Finanzministers Honsell[86] auch hier Initiativen, private Geldgeber für die Förderung der Wissenschaften zu interessieren. Auf dieser oder ähnlicher Basis entstanden auch in Heidelberg neue Institute in mehr oder minder starker Bindung an die Universität.

Noch im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wurde auf Initiative Victor Meyers, Max Wolfs und Leo Koenigsbergers eine Landessternwarte auf dem Königsstuhl ins Leben gerufen. Die staatlichen Mittel wurden dabei erst zur Verfügung gestellt, nachdem ca. 30% des notwendigen Budgets durch Privatspenden gesichert waren. Die Sternwarte wurde schließlich 1898 als „selbständiges Staatsinstitut, das an und für sich keine Beziehung zur Universität Heidelberg besitzt", eingeweiht, wobei allerdings hinreichende Verbindungen zum Lehrbetrieb der Universität hergestellt werden sollten. In Organisation und Etat handelte es sich hier also um ein unabhängiges Landesinstitut.[187]

Das Engagement Vincenz Czernys führte, ebenfalls mit Hilfe privater Geldgeber, zur Gründung eines Instituts für experimentelle Krebsforschung (1904-1906).[188] Nach dem Vorbild der Krebsforschungsinstitute in Moskau und Buffalo sollte ein modernes Forschungsinstitut entstehen in der Verbindung von Krankenabteilung mit medizinisch-chemischen Laboratorien zur Diagnose, Therapie und Experimentalforschung. Durch eine Anzahl von Schenkungen und Stiftungen aus Wirtschafts- und Gelehrtenkreisen konnte bis 1905 ein Kapital von 760000 Mark eingeworben werden. Hatten Spenden eines „Konsortiums" von Geldgebern die Gründung des Instituts ermöglicht, so erschwerte die Bindung des Instituts an die Universität infolge der daraus entspringenden

gebern und Interessen größer ein als die Gefahr der bürokratischen Kontrolle (vgl. Vierhaus, R., Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator, 105).

[186] Vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 109.

[187] Ebd., 251-257, 267ff., Zitat 256.

[188] Ebd., 257-265. Vgl. auch Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 105-108. Czerny, V. (Hg.), Das Heidelberger Institut für experimentelle Krebsforschung. Ders., Aus meinem Leben, bes. 232f. Wagner, G., Krebsforschung in Heidelberg, 229f.

Kompetenzstreitigkeiten seine weitere Entwicklung. Kennzeichnend für das Institut waren die Mischfinanzierung aus Staats- und Stiftungsmitteln sowie die Organisation mit großherzoglichem Protektor und Verwaltungsrat der Stifter. Damit nahm das Krebsforschungsinstitut wichtige Strukturelemente der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vorweg.

1909 folgte ein Radiologisches Institut,[189] das unter Leitung von Philipp Lenard später mit dem Physikalischen Institut verbunden wurde. In Verbindung mit der medizinischen Klinik und dem Krebsforschungsinstitut sollte das Institut in der Strahlenforschung tätig werden. Durch die Organisation des Forschungsinstituts als Hochschulinstitut und die Bereitstellung des Kapitals durch nur einen Stifter, den Wiesbadener Chefredakteur und Herausgeber der „Deutschen Revue" Richard Fleischer,[189.] konnten die Probleme des Krebsforschungsinstituts vermieden werden.

Durch diese Gründungen wurde den Heidelberger Gelehrten eine Reihe von Möglichkeiten der Organisation und Finanzierung (außeruniversitärer) wissenschaftlicher Institute vor Augen geführt. Auch das Beispiel des kommerziellen oder industriellen Mäzens war selbst für den badischen Raum kein einmaliger Fall. Freilich lag die von Lanz für eine Akademie der Wissenschaften gestiftete Summe um ein Vielfaches über den sonst in der Regel für wissenschaftliche Zwecke getätigten Stiftungen. Für die Akademiegründung gewannen so insbesondere die Kontakte Heidelberger Gelehrter zur Mannheimer Industrie an Bedeutung, die sich aus ihrer Lehrtätigkeit an der kurz zuvor gegründeten Mannheimer Handelshochschule ergaben.[190] Eine der treibenden Kräfte bei den Vorbereitungen ihrer Gründung, der am 3. April 1908 die landesherrliche Genehmigung erteilt wurde,[191] war der Heidelberger

[189] Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 266f.

[189.] Zu Lenards Haltung zu dem jüdischen Mäzen Fleischer vgl. Burchardt, L., Die Förderung schulischer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung, 21.

[190] Zur Handelshochschule Mannheim vgl. Brecht, F.-J., Wirtschaftshochschule Mannheim. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 308-321. Kirchgässner, B., Von der Handelshochschule zur Universität Mannheim. Vgl. auch Kirchgässner, B., Gründung der Handelshochschulen Frankfurt und Mannheim.

[191] Zum Wintersemester 1907/08 begannen die Vorlesungen. Wegen des Todes Friedrichs I. hatte man die für den 13. Oktober 1907 geplante Eröffnung aber

Nationalökonom Eberhard Gothein, der zwischen 1904 und 1907 mit verschiedenen Denkschriften und Gutachten über eine Handelshochschule in Mannheim hervortrat.[192] Als Finanzierungssystem kam nur eine Kombination aus kommunaler und verbandlicher Trägerschaft (Handelskammer) in Frage. Die Universität Heidelberg stellte die Dozenten,[193] während der Staat nur als „Förderer außerhalb der Gemeinschaftsorganisation" auftrat, „um jede finanzielle Verpflichtung auszuschließen".[194] Gothein schien durch sein Eintreten für die Mannheimer Hochschule prädestiniert, seine Kontakte zu den Mannheimer Wirtschaftskreisen auch für die Heidelberger Universität nutzbar zu machen.

3.2. Die Stellung der Akademien der Wissenschaften im Wissenschaftsgefüge der Wilhelminischen Epoche.

Es ist freilich zu fragen, welche Rolle die Akademien in dem sich wandelnden Wissenschaftsgefüge noch zu spielen vermochten. Während sich in der Hochschullandschaft des 19. Jahrhunderts die Humboldtschen Ideale der reinen Wissenschaft mit der Leibnizsehen Forderung nach Praxisbezug und Nutzanwendung verbanden, waren die Akademien die Hüter der Humboldtschen Wissenschaftstradition geworden. Nicht gesellschaftlichem Fortschritt, sondern allein dem Erkenntnisfortschritt galt das Bemühen ihrer Forschungen. Nachdem die Akademien durch ihre Verbindung mit der Universität Sammlungen und Forschungsinstitute an diese hatten abtreten müssen, wurden sie auch Stätten der Diskussion und Synthese anderweitig ausgeführter Forschungen.

Für die naturwissenschaftliche Großforschung kamen unter den gegebenen Bedingungen die Akademien selbst nicht mehr in Betracht. Die Effektivität von „Großforschung" war den Akade-

verschieben müssen. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 317.

192 Vgl. ebd., 315ff. Siehe auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 132-141, 176f. Vgl. auch Kirchgässner, B., Von der Handelshochschule zur Universität Mannheim, 14ff.

193 Als Dozenten beteiligten sich aus den Reihen der Heidelberger Hochschullehrer außer Gothein zeitweise auch M. Weber, Rathgen, Hettner, Jaffe, Perels (vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 315f.) und Radbruch (vgl. Radbruch, G., Der innere Weg, 68).

194 Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 317.

mien dagegen wohl vertraut, waren mit ihren Namen doch historisch-philologische Großprojekte verbunden wie die Monumenta Germaniae Historica oder das Corpus Inscriptionum Latinarum und andere mehr. So verstanden sich gerade die Akademien als Träger der „Grosswissenschaft, die nicht von Einern geleistet, aber von Einern geleitet wird".[195] „Es gibt Aufgaben, deren Bewältigung ein Menschenleben weit übersteigt; es gibt ferner Aufgaben, die so viele Vorbereitungen verlangen, daß der einzelne bis zur Aufgabe selbst gar nicht vorzudringen vermag; es gibt endlich solche, die durch ihre Kompliziertheit eine Arbeitsteilung fordern ... Da sind Aufgaben, die von einem kleinen Stabe von Gelehrten unter der Leitung einer Akademie gelöst werden" müßten.[196] Harnack selbst trug Entscheidendes dazu bei, um die Berliner Akademie zu einer solchen „Institution für den Großbetrieb der Wissenschaft" zu organisieren.[197] Für die Bewältigung wissenschaftlicher Großprojekte, wie er sie in seiner Kirchenväteredition vorgeführt hatte, forderte Harnack in einer Denkschrift an die Akademie von 1898 „Dauerstellen mit reinen Forschungsaufgaben". Diese Stellen sollten mit qualifizierten Wissenschaftlern besetzt werden, die unbelastet von Lehrverpflichtungen oder Karriereplänen sich für längere Zeit ausschließlich bestimmten Forschungsprojekten widmen

[195] Vgl. Th. Mommsen in seiner Antwort auf die Antrittsrede A. Harnacks, SB PreuA**W,** Jg. 1890, 2. Halbbd., 792. Nach dem Zeugnis Harnacks begann erst mit Mommsen der Weg der Akademie zum „Großbetrieb der Wissenschaft" (vgl. Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 1, 659; zu Mommsen als Wissenschaftsorganisator vgl. Demandt, A., Mommsen in Berlin). Daß umgekehrt mit der Berufung Harnacks zum Akademiemitglied offensichtlich wissenschaftsorganisatorische Absichten verbunden waren, belegte bereits die Begrüßung durch Mommsen. Die Rolle der Akademien bei der Entwicklung der „Großforschung" wird m.E. in der Forschung gemeinhin unterschätzt. So sind auch G.A. Ritter die Akademien in seiner Darstellung der Großforschung in Deutschland nur eine Randbemerkung wert (vgl. Ritter, G.A., Großforschung und Staat in Deutschland, 26).

[196] Harnack, A., Vom Großbetrieb der Wissenschaft, 193, 195.

[197] Vgl. Harnack, A., Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften, 234. Vgl. auch Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 132. Über die Vorbildlichkeit der wissenschaftlichen Großorganisation der Preußischen Akademie vgl. ebd., 35f. Zur wissenschaftsorganisatorischen Tätigkeit Harnacks im Rahmen der Akademie vgl. bes. Burchardt, L., Adolf von Harnack, 220ff. Daß sich um 1900 gerade die Berliner Akademie zu einem „Großbetrieb wissenschaftlicher Thätigkeit entwickelt" hatte, wurde allgemein neidlos anerkannt (vgl. Zittel, K.A.v., Ziele und Aufgaben, 9f.).

konnten. Aus diesen Überlegungen entstand ein Jahr später eine Denkschrift der Gesamtakademie, die eine Umgestaltung ihrer akademischen Kommissionen in „geschlossene Institute ... mit eigenem Etat und pensionsfähigen Beamten, die ausschließlich der Bewältigung bestimmter wissenschaftlicher Aufgaben dienen" sollten, vorsah.[198] Harnack ging es dabei jedoch weniger um unabhängige Forschungsinstitute, wie er sie später bei den Planungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertrat, sondern um die Erschließung eines neuen Forschungspotentials durch die Befreiung der Wissenschaftler von allen nicht forschungsrelevanten Verpflichtungen, um eine Konzentration aller wissenschaftlichen Kräfte auf ein Forschungsthema zu ermöglichen.[199] Zum 200jährigen Jubiläum wurden der Akademie schließlich acht solcher Akademieprofessuren, d.h. Forschungsprofessuren, bewilligt, die vornehmlich für geisteswissenschaftliche Projekte der Akademie eingesetzt werden sollten.[200] Die Forschungskapazität der Berliner Akademie wurde durch diese Einrichtung erheblich erweitert.

Während durch die Gründung von Kommissionen, die den Forschungsbetrieb organisierten und begleiteten, die langfristige geisteswissenschaftliche Forschung in den Akademien ihren Platz gefunden hatte, war aus Mangel an Instituten und Mitteln eine gleichartige naturwissenschaftliche Großforschung an den Akademien nicht möglich. Es ist daher bezeichnend, daß Anstöße zu einer Neuorganisation der naturwissenschaftlichen Forschung gerade auch aus den Reihen der Berliner Akademie kamen. Auf Anraten Althoffs richteten die sieben Mitglieder der Akademie - H. Diels, A. Harnack, A. Auwers, W. von Waldeyer, 0. Hertwig, E. Fischer und W. Nernst - freilich nicht ausschließlich in ihrer Funktion als Akademiemitglieder - am 8. März 1906 eine lmmediateingabe an den Kaiser, in der zur Erhaltung der führenden Stellung der deutschen Wissenschaft neue Spezialinstitute insbesondere für biologische, physikalische und chemische Forschung sowie für Hirnforschung gefordert wurden, die auf dem Grund der Domäne Dahlem errichtet werden sollten.[201] Die Akademiemit-

[198] Vgl. Harnack, A., Geschichte der Preußischen Akademie, Bd. 1, 1042.

[199] Vgl. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 72.

[200] Zum Problem der Akademieprofessuren für Naturwissenschaftler vgl. ebd., 87f. Der berühmteste Inhaber einer solchen „Akademieprofessur" war seit 1913 Albert Einstein.

[201] Vgl. ebd., 130ff. Wissenschaft in Berlin, 351fT. Wendel, G., Die Kaiser-Wil-

glieder dachten dabei, diese neuen Institute zumindest teilweise der Akademie anzugliedern. Der Plan Althoffs zur Errichtung einer Akademieprofessur mit eigenem Institut für Philipp Lenard zerschlug sich indes.[202] 1907 schlug Emil Fischer dem preußischen Kultusministerium die Errichtung mehrerer kleiner Forschungsinstitute im Rahmen der Akademie vor.[203] Wilhelm von Waldeyer, der sich selbst von der Leistungsfähigkeit der großen Forschungsinstitute in den USA hatte überzeugen können, war der Meinung, die Mittel zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wären besser für der Akademie der Wissenschaften unterstellte und von ihr verwaltete Unternehmungen und Institute verwendet worden. Die Leiter der Institute sollten von der Akademie ernannt werden, ihr gleichzeitig aber auch als Mitglieder angehören.[204] Als prominente Beispiele für Institute, die einer Akademie angegliedert waren, konnte dabei auf das Nobelinstitut für physikalische Chemie in Stockholm (1905) oder das Institut für Radiumforschung der Wiener Akademie der Wissenschaften (1909/10) verwiesen werden.[205]

In ähnlicher Weise wie die Berliner Akademie die naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute der eigenen Institution anzugliedern bestrebt war, versuchte die Sächsische Akademie die geisteswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die Lamprecht 1910/11 ausdrücklich als komplementäre Einrichtungen zu den naturwissenschaftlichen Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ins Leben gerufen hatte, unter ihre Hoheit zu stellen durch Verwaltung der in Aussicht stehenden Geldmittel. Die Akademie erhob dabei einen Anspruch auf das Forschungsmonopol in Sachsen, „Forschungen anzuregen, zu unterstützen und dem Königreich

heim-Gesellschaft 1911-1914, 72tf. Zu Dahlem vgl. Engel, M., Dahlem als Wissenschaftszentrum.

202 Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 132f. Lenard legte dabei einen detaillierten Entwurf eines Großinstituts für physikalische Forschung vor. Burchardt, L., Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland, 22.

203 Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 135f. Vgl. auch Wissenschaft in Berlin, 353.

204 Vgl. Wendel, G., Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914, 321.

205 Vgl. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 25. Meister, R., Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, 337f. Höflechner, W., Zur nichtstaatlichen Wissenschaftsförderung in Österreich, 215tf.

Sachsen im Kreis der Akademien eine ebenbürtige Vertretung zu sichern".[206]

Durch die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als eigenständige und auch von der Akademie unabhängige Institution wurden der Akademie beträchtliche Forschungskapazitäten entzogen. Wenn man in der Gründung der neuen Institute auch die späte Verwirklichung der alten Humboldtschen Forderung nach der Errichtung autonomer Forschungsinstitute als dritte gleichberechtigte Säule der Wissenschaften neben Universitäten und Akademien erblicken konnte,[207] so war doch auch unübersehbar, daß die Existenz neuer moderner und effizienter Großforschungsstätten die Struktur und Berechtigung der Akademien erneut in Frage stellen konnte. Die Akademien waren gefordert, ihre eigenen Aufgaben neu zu beschreiben. So stellte Harnack in einem Brief an Diels im Jahre 1912 die Forderung, daß die Aka-

[206] Lea, E./Wiemers, G., Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften, 199f. Zu den Lamprechtschen Forschungsinstituten vgl. Goetz, W., Das Leipziger Forschungsinstitut für Kultur- und Universalgeschichte. Zusammenfassend vgl. Brocke, B.v., Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 112. Maltzahn, Chr. Frhr.v., Außeruniversitäre Organisationsformen in der deutschen Geschichtswissenschaft, 196.

[207] Harnack selbst berief sich hier auf Humboldts Dreiteilung der „höheren wissenschaftlichen Anstalten" in Universitäten, Akademien und - eine angebliche Absicht Humboldts nachholend - Hilfsinstitute (vgl. 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 80ff.; zu den Hintergründen der Harnackschen Argumentation vgl. Vierhaus, R., Wilhelm von Humboldt, 72). Schmidt-Ott (Erlebtes und Erstrebtes, 120) unterstrich, daß die Kaiser-Wilhelm-Institute der Akademie die ihr „fehlenden Institute ... ersetzen" sollten. Hier wird gegen den Aspekt der Konkurrenz beider Institutionen auf ihre gegenseitige Ergänzung abgehoben. Die „Verwandtschaft" von Akademie und Kaiser-Wilhelm-Instituten mochte schließlich auch durch die Person Harnacks, des ersten Präsidenten der **KWG,** sinnfällig dargelegt werden. Zum Verhältnis der Berliner Akademie zur **KWG** vgl. Wendel, G., Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914, 125-134. Dem Humboldtschen Ideal entsprach auch die Forderung, ,,daß Wissenschaft, wenn sie produktiv sein soll, möglichst freier Bewegung, und das heißt auch unterschiedlicher Organisationsformen, flexibler Finanzierung und breiter Entfaltungsmöglichkeiten ... bedürfe" (Vierhaus, R., Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator, 107, zit. nach einer Rede Harnacks: Die Institute und Unternehmungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, gehalten am 19. Okt. 1917, 14). Vgl. auch Vierhaus, R., Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator, 105f., 108 (Ausgleich zwischen organisatorischem Sachzwang, planender Phantasie und freiem Entfaltungsraum für die Wissenschaft).

demie sich erweitern müsse, wenn sie angesichts des Wandels der Wissenschaften und des Wandels ihrer Organisation in lebendiger Fühlung mit den Fortschritten der Wissenschaften bleiben und ihre Führerrolle behaupten wolle. Erweiterung der Akademie hieß dabei vor allem, auch die angewandten Wissenschaften zu „kommandieren".[208]

Eine bedeutsame Stärkung ihrer Stellung erschlossen sich die Akademien durch die aus der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit entsprungenen Bereitschaft zu überregionaler und internationaler Zusammenarbeit. Der Idee der Arbeitsgemeinschaft der Forschung zur Bewältigung der großen wissenschaftlicher Aufgaben wurde durch die Bildung des Kartells der deutschen Akademien 1893, dem Berlin aber erst 1906 beitrat, und den Zusammenschluß zur Internationalen Union der Akademien (1899) der Boden bereitet. Die Akademien wurden so zu Wegbereitern einer internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit; durch die Ausweitung des wissenschaftlichen Großbetriebes auf eine internationale Ebene sollte es nicht nur möglich werden, Arbeiten zu bewältigen, die die Kraft einer einzigen Nation überstiegen, sondern auch wissenschaftliche Methoden und Strömungen des Auslandes rascher und besser zu erfassen und kennenzulernen. Die Akademie als geistiger Führer in Wissenschaft und Forschung schien so eine realistische Perspektive zu haben.[209]

3.3. Existenzbedingungen neuer Gelehrter Gesellschaften.

Die Defizite der Akademien an eigenen großen und kostenintensiven Forschungsinstituten mochten manchem Verfechter, der die Akademien als die eigentlichen Stätten wissenschaftlicher Großforschung sah, als großer Makel erscheinen. Ist es auch fraglich, ob die Akademien dem Verwaltungs- und Organisationsaufwand, den die Betreuung der Großinstitute erforderte, ohne grundlegende Veränderungen ihrer traditionellen Struktur als Gelehrtengesellschaft überhaupt gewachsen wären, so waren sie andererseits doch die einzigen Körperschaften, die die entsprechenden geisteswissenschaftlichen Großprojekte durchführen konnten. Daneben traten die Merkmale der Gelehrtengesellschaft nach einer Übergangs-

[208] Vgl. Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil I, 219f.

[209] Vgl. Zittel, K.A.v., Ziele und Aufgaben, 12-17. Vgl. auch unten 329.

phase wieder verstärkt in den Vordergrund. Im Zeichen der stetig fortschreitenden Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaften galt es, die Einheit der Wissenschaften zu bewahren und fruchtbar zu machen für eine Synthese in tieferer wissenschaftlicher Erkenntnis. Besonders dieser Aspekt wurde zum Ansatzpunkt der Gründung neuer wissenschaftlicher Gesellschaften in der Spätwilhelminischen Zeit. Daß auch hier die Gründung einer Akademie der Wissenschaften in Heidelberg nicht als Sonderfall bezeichnet werden kann, der diese Aktion als überholte epigonale Form der Wissenschaftsorganisation disqualifizieren könnte, mag an zwei Beispielen gezeigt werden, die zugleich freilich geeignet erscheinen, die Besonderheiten der Heidelberger Gründung deutlicher hervortreten zu lassen.

3.3.1. Die Gründung der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg.

Am 27. Juli 1906 traten 48 Gelehrte der Straßburger Universität zur Konstituierung einer Wissenschaftlichen Gesellschaft zusammen.[210] Ziel der Gesellschaft war es, die Universität in ihren wissenschaftlichen Bestrebungen zu unterstützen und wissenschaftliche Untersuchungen aller Art zu fördern. Mitglieder der Gesellschaft waren fast alle Ordinarien der Universität. An der Beratung der Statuten und Grundlagen der Gesellschaft waren Vertreter aller Fakultäten der Universität beteiligt. In bewußter Abgrenzung zu den Strukturen herkömmlicher Gelehrter Gesellschaften sollte die Gesellschaft die Prinzipien der Universalität und der Einheit der Wissenschaften verwirklichen, soweit sie an der Universität Straßburg vertreten waren. Die Beschränkung auf philologisch-historische und naturwissenschaftliche Fächer sollte also aufgegeben werden, die Teilung der Gesellschaft in zwei Klassen wurde abgelehnt. Eine fragwürdige Konsequenz war daher auch der Verzicht auf regelmäßige Sitzungen mit Vorträgen. Die Mittel zur Finanzierung der Aufgaben des Vereins - vornehmlich Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen und Unternehmungen und Herausgabe eigener wissenschaftlicher Arbeiten - wurden durch einen losen Kreis von Stiftern, die zum Teil aus den Reihen des

[210] Zur StrWG vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft. Zur Gründungsgeschichte der Gesellschaft vgl. insbes. den ersten Jahresbericht von A. Michaelis in: Schriften StrWG, Heft 4, 3-7.

Vereins selbst kamen, bereitgestellt. Doch nur das Legat aus der Erbschaft Trübners in Höhe von 250000 Mark vermochte der Gesellschaft regelmäßige jährliche (Zins-)Einnahmen in Höhe von 4000-6000 Mark zu garantieren; der wissenschaftlichen Wirksamkeit der Gesellschaft waren somit enge Grenzen gesetzt.[211] Mit der allzu engen Ausrichtung der Gesellschaft an den Interessen der Universität, die Zweifel an ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit zuließen, und dem Verzicht auf einen strengen Numerus clausus und die wissenschaftliche Sitzung als Ort wissenschaftlicher Erkenntnisbildung fehlten der Gesellschaft entscheidende Merkmale der traditionellen Wissenschaftsakademien. Die Gesellschaft war als wissenschaftlicher Verein ohne öffentliche oder staatliche Attribute konstituiert. Dennoch verstand sich die Gesellschaft als „eine Art Akademie für Elsaß-Lothringen".[212] Im Winter 1913/14 verhandelte die Gesellschaft die Frage der „Umbildung der Wissenschaftlichen Gesellschaft in eine Akademie der Wissenschaften", wobei das Beispiel der 1909 gegründeten Heidelberger Akademie vor Augen stand.[213] Ziel des Vorstoßes war es, „durch Erlangung der Bezeichnung »Kaiserliche Gesellschaft der Wissenschaften« als anerkannte Korporation des öffentlichen Rechts aus der Reihe einfacher Vereine herausgehoben zu werden".[214] Der Vergleich der Struktur der Straßburger Gesellschaft mit der Heidelberger Akademie mußte für die Wissenschaftliche Gesellschaft in

[211] Zur Finanzierung und Wirksamkeit der Gesellschaft vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 15f., 18. Brocke (Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, 114) charakterisiert u.a. die StrWG als „Gesellschaft zur Spendensammlung für wissenschaftliche Zwecke auflokaler ... Ebene." Dies scheint mir eine Fehldeutung zu sein, denn der Zweck der Gesellschaft bestand nicht in der „Spendensammlung" oder in der Kumulation von Finanzmitteln, sondern in höchst idealistischer Weise in der Förderung der wissenschaftlichen Arbeit an der Universität, wobei nationalpolitische Aspekte eine Rolle spielten. Die für eine bescheidene Arbeit notwendigen Mittel garantierten dabei zunächst die Mitglieder der Gesellschaft, d.h. die Professoren der Universität. Die „Spendeneinwerbung" war eine Folge, nicht jedoch Zweck und Ursache der Existenz des Vereins.

[212] Vgl. Bresslau, **H.,** [Selbstdarstellung), 47.

[213] Vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 19. Zu den Kontakten der StrWG zur HeidA**W** vgl. unten Kap. IV.4.2.

[214] Vgl. die Anfrage des Kaiserlichen Statthalters in Elsaß-Lothringen beim Ghzl. Badischen Ministerium des Ghzl. Hauses vom 3. Febr. 1914 und die Stellungnahme des BMKU für das Ministerium des Ghzl. Hauses vom 10. Febr. 1914 (GLA 235/3354, fol. 195f.).

Straßburg ungünstig ausfallen. Ob eine staatliche Anerkennung als öffentlich-rechtliche Körperschaft an Bedingungen geknüpft war, ist nicht bekannt. Eine Umstrukturierung der Gesellschaft, die freilich nicht unbedingt im Interesse der Mitglieder liegen mußte, wäre aber wohl unumgänglich gewesen, zumal sie - unabhängig von den bereits erwähnten akademiefremden Eigenschaften - in ihrer Zusammensetzung und besonders ihrer Tätigkeit nicht ausgewogen war. Den Mangel an Stiftungsmitteln für die Naturwissenschaften hatte die Gesellschaft nicht beheben können. Eine für eine herausgehobene wissenschaftliche Gesellschaft notwendige Sicherstellung einer geregelten Tätigkeit war so nicht gegeben.

3.3.2. Der Plan der Gründung einer Rheinischen Akademie der Wissenschaften in Bonn.

War der Radius der Straßburger Aktivitäten an die Universität gebunden, so verbanden sich bei dem Versuch der Gründung einer Akademie der Wissenschaften im Rheinland Initiativen und Interessen verschiedener Provenienz. Aus der Verbindung rheinischer Industrieller und Gelehrter der Universität Bonn entwickelte sich im Frühjahr 1908 der Plan zur Gründung einer Rheinischen Akademie der Wissenschaften in Bonn.[215] Der Bonner Entwurf für Aufbau und Organisation der Akademie von April 1908 orientierte sich ganz am traditionellen Akademiemodell mit seiner Unterteilung der Wissenschaften in zwei Klassen, eine natur- und eine kulturwissenschaftliche Klasse, und einer daraus abgeleiteten Mitgliederstruktur. Die Fundierung der Akademie sollte durch ein Konsortium rheinischer Industrieller, also durch private Schenkungen etc., erfolgen. Ein Staatszuschuß zu ihren Mitteln wurde vorausgesetzt. Dabei wurde in der Ausstattung und der Rechtsstellung eine Gleichstellung mit der Göttinger und der Berliner Akademie erwartet. Den konstituierenden Ausschuß der Akademie, verantwortlich für die Organisation und die erste Auswahl der Mitglieder, sollten die (Delegierten der) Donatoren und Mitglieder der Universität Bonn bilden. Den Stiftern sollte dauernd ein Mitspracherecht bei der Verwendung der Stiftungsmittel zugestanden werden. Die relativ starke Betonung des Stifterelementes hatte natürlich auch

[215] Vgl. hierzu und zum folgenden Lepper, H., Einheit der Wissenschaften. Vgl. dazu auch die Rezension von **M.** Rasch in Rhein. Vjbll. 52, 1988, 351-354. Vgl. auch Stump, **W.,** Unbekannte Pläne einer Rheinischen Akademiegründung.

Auswirkungen auf die Aufgabenstellung der Akademie: „Eingeschlossen soll ... sein auch die Förderung und Organisation aller wissenschaftlichen Aufgaben, die aus dem lebendigen Strom des gegenwärtigen geistigen Lebens in allen Gebieten der Praxis, der Technik im weitesten Sinne des Worts und des Handels entspringen. Sie soll durch ihre Leistungen ... dazu verhelfen, ... den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis durch gemeinsame geistige Arbeit zu mildern".[216] Unter dem Einfluß der „Stifter" veränderte sich jedoch das Akademiemodell. Diesem Modell lag sehr viel stärker das alte Leibnizsche Verständnis einer Akademie zu Grunde, das die Auswirkungen der Wissenschaften auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt in Rechnung stellte. „Die geplante Gesellschaft soll im Unterschied von den jetzt bestehenden deutschen Akademien eine Gesellschaft der theoretischen *und technischen* Wissenschaften werden". Weder die an den Universitäten noch an den Technischen Hochschulen vertretenen Disziplinen sollten prinzipiell ausgeschlossen bleiben.[217]

Sehr viel weitergehend war der Organisationsvorschlag einer Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften mit Sitz in Düsseldorf vom 11. Juni 1908 aus dem Kreis um den Düsseldorfer Industriellen Dr. Schroedter. Die Mitgliedschaft in der Akademie sollte jetzt nicht mehr bloß auf Gelehrte beschränkt bleiben, Hauptziel der Akademie sollte die Förderung der „allgemeinen, technischen und Handelswissenschaften" sein. Originell war insbesondere die Gliederung der Akademie in fünf Klassen, „eine philosophische unter besonderer Berücksichtigung der exakten Wissenschaften [!], ... eine juristische unter besonderer Berücksichtigung der handels- und verwaltungsrechtlichen Wissenschaften, ... eine medicinische und Naturforscherklasse, ... eine Klasse für den Bergbau und Hüttenwesen" und eine nicht näher bestimmte „Klasse für die gemischten Industrien".[218]

[216] Lepper, H., Einheit der Wissenschaften, 87ff. (Zitat 87). Die ursprüngliche Absicht, eine Akademie „lediglich ... nach dem Muster der bestehenden" zu errichten, gestand auch der Rektor der Universität Bonn, B. Erdmann, in einem Schreiben vom 15. Juni 1908 an E. Schroedter ein (vgl. ebd., 105).

[217] Vgl. die Niederschrift von B. Erdmann über die Senatssitzung der Universität Bonn am 29. Mai 1908 vom 1. Juni 1908 (ebd., 92).

[218] Ebd., 98-104 (Zitate 98-100). Zu den an den Gründungsplänen beteiligten Personen vgl. ebd., 12ff.

Die Interessen der Wirtschaft hatten hier einen Organisationsplan entworfen, der wohl eine Akademie für Wirtschaft und Handel, nicht aber eine Akademie der Wissenschaften hervorbringen konnte. Die theoretischen Wissenschaften und insbesondere die Kulturwissenschaften spielten nur noch eine marginale Rolle. Die Interessenkollision der unterschiedlichsten Beteiligten war vorgezeichnet. Verstärkt werden mußten die Konflikte durch ein genau festgelegtes Vorschlagsrecht für jedes der 40 ordentlichen Mitglieder (acht in jeder Klasse), verteilt auf die Hochschulen und die (wirtschaftlichen) Interessenverbände der rheinisch-westfälischen Provinzen.[219] Das Scheitern der öffentlich diskutierten Akademiepläne war damit vorgezeichnet. Die beabsichtigte „Modernität" der Akademie provozierte Widersprüche, Gegensätze und Interessenkonflikte. Diese begannen bei der Frage des Sitzes der Akademie, setzten sich in der Konkurrenz der Universität (Bonn) mit der Technischen Hochschule (Aachen) sowie der Landesteile (die Bonner Gelehrten hatten die Universität Münster in ihre Überlegungen nicht einbezogen) fort. Weit wichtiger war aber, daß die Interessen der Wissenschaften und die der Wirtschaft offensichtlich nicht zur Deckung zu bringen waren. Das komplizierte Organisationsmodell, das eine aktive Teilhabe von Männern aus der Wirtschaft an der Arbeit der Akademie und einen „Aufsichtsrat" der Förderer vorsah, ließ Hoffnungen auf eine effiziente und vor allem freie und unabhängige Forschung der Akademie unwahrscheinlich erscheinen. Da im Rheinland selbst nur schwer Einigkeit über den Akademieplan zu erzielen war, war es dem preußischen Kultusministerium ein Leichtes, die Akademiegründung, die dort offensichtlich als Konkurrenzunternehmen zur im Entstehen begriffenen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gesehen wurde,[220] zu blockieren.

Freilich war die Kritik aus Berlin an der Organisationsform der Akademie, die bei einer außergewöhnlich hohen Zahl ordentlicher Mitglieder auch Industrielle wegen ihrer Spenden als gleichberechtigte Mitglieder berücksichtigte, nicht unberechtigt. Die Ablehnung der Akademiepläne durch das Ministerium traf sich mit einer

[219] Die Aufschlüsselung des Schroedterschen Akademieentwurfs bei **M.** Rasch (Rhein. Vjbll. 52, 1988, 353) in der Bezugsetzung jeder Klasse zu einer der „Hochschulen" der Provinzen Rheinland und Westfalen ist irrig.

[220] Vgl. Lepper, **H.,** Einheit der Wissenschaften, 49-56. Rasch, **M.,** Thesen zur Preußischen Wissenschaftspolitik, 245.

inneruniversitären Bonner Opposition, die sich nicht bereitfand, die neuartigen Akademiepläne zu akzeptieren. Offiziell wurde dagegen die Ablehnung der Akademiepläne damit begründet, „dass, wie nach den Vorgängen in Heidelberg, durch die Gründung einer Akademie der Wissenschaften mit lebenslänglichen Mitgliedern eine Spaltung in den akademischen Lehrkörper hineingetragen werde, dass man damit Professoren erster und zweiter Klasse schaffen und den heutigen Frieden unter den Professoren auf das empfindlichste stören werde".[221] Mochte diese Aussage auch dazu dienen, die eigenen Unzulänglichkeiten erträglicher erscheinen zu lassen, so wirft das Scheitern der Bonner Akademiepläne dennoch ein erhellendes Licht auf die „Heidelberger Vorgänge". Diese nämlich gewinnen vor der Häufung der Interessenkonflikte bei den Bonner Verhandlungen tatsächlich eine tiefere Logik: Die Nichtbeteiligung der Universität an den Vorbereitungen der Akademiegründung, die besondere Stellung zu den Hochschulen des Landes, die „erstmalige" Befriedigung der Wünsche des Stifters und des Ministeriums dienten der Absicherung einer ungestörten Begründung und Entwicklung der Akademie. Die Autonomie und Aktionsfähigkeit einer Akademie schien und scheint eben nur unter bestimmten äußeren Umständen gewährleistet oder aber untergraben zu sein.

[221] Zirkular des Universitätskurators Ebbinghaus an die Mitglieder des Akademie-Ausschusses vom 14. Febr. 1910 (vgl. Lepper, H., Einheit der Wissenschaften, 58, 220f.). Einen gewissen Ersatz der gescheiterten Akademiepläne stellte die überwiegend von Industriellen finanzierte „Rheinische Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung" von 1911 zur Forschungsförderung an den Hochschulen in Bonn, Köln und Aachen dar (vgl. Richter, S., Wirtschaft und Forschung, 33f. Lepper, H., Die Einheit der Wissenschaften, 61-69. Herrmann, D.P., Wirtschaft, Staat, Wissenschaft, 362). Ganz auf den lokalen Rahmen der Bonner Universität beschränkte sich die von Carl Duisberg 1917 initiierte „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn" (vgl. Richter, S., Wirtschaft und Forschung, 3lf.).

II. Die Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

Die Gründungsgeschichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften läßt sich aus den Quellen nicht bis ins einzelne aufklären. Besonders die Umstände, die den Prozeß der Akademiegründung in Gang brachten, bleiben widersprüchlich. Kennzeichnend ist ein nicht immer durchschaubares Verhandlungsgeflecht zwischen Universität, oder genauer gesagt einzelnen Gelehrten der Universität, der Wirtschaft in Gestalt des Industriellen Karl Lanz und des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts[1] in Karlsruhe, aus dem sich in der relativ kurzen Zeit von zwei Monaten im Frühjahr 1909 die Umrisse der neuen Akademie ergaben. Es wird also zunächst nach den Intentionen der Gelehrten zu fragen sein, die den Gründungsvorgang in Gang setzten, sodann nach den Motiven des Stifters, durch die die Idee der Gelehrtengesellschaft erst verwirklicht werden konnte, und schließlich auch nach den Absichten des Ministeriums, die die Gründung befördern halfen.

1. Selbstorganisation von Wissenschaft.

Das kulturpolitische Umfeld, in das die Akademiegründung eingebettet war, bestimmte natürlich auch das Denken der Heidelberger Gelehrten. Es lassen sich dabei verschiedene Tendenzen erkennen. Das Bedürfnis nach interdisziplinärem Wissenschafts-

[1] Aus dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts wurde im Nov. 1911 die Kultusabteilung herausgelöst, die fortan ein eigenes Ministerium (Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts; das Ministerium wird im folgenden unabhängig von seiner genauen Bezeichnung immer mit BMKU abgekürzt) bildete. Der für die Hochschulangelegenheiten (und damit auch die Akademiegründung) zuständige Ministerialreferent war Franz Böhm, der 1911 selbst Kultusminister wurde (vgl. dazu Ott, H., Die Regelung der Verwaltung in Baden 1867-1918, bes. 761f. Zur Verwaltungsorganisation des badischen Staates vor 1918 vgl. Leiser, W., Das Großherzogtum Baden 1818-1918; vgl. ebd. auch die Ministerlisten, 219-229).

austausch, nach dem „gelehrten" Gespräch in zwangloser Umgebung, der Integration der eigenen Forschungsinteressen in ein größeres Ganzes sowie nach Formen einer von Kultur und Gelehrsamkeit geprägten bürgerlichen Geselligkeit ließ in Heidelberg nach der Jahrhundertwende eine Fülle von wissenschaftlichen Kreisen und Kränzchen unterschiedlicher Zusammensetzung und Zielrichtung entstehen.[2] Dabei handelte es sich nicht um einheitliche geistige Erscheinungen, sondern um entgegengesetzte, konkurrierende und sich auch gegenseitig mißverstehende Formen der akademischen „Geistigkeit". Neben der traditionellen „Geheimratsgeselligkeit" bestand die „geistige Gesellschaft" der liberalen Kreise. Während das hier gepflegte „ewige Gespräch"[3] tiefe Erkenntnisse zu kulturwissenschaftlichen Fragestellungen erbringen konnte, standen die gleichen Gelehrten den Erfordernissen der Naturwissenschaften teilweise mit großem Unverständnis gegenüber.[4] So bestanden die verschiedenen „Kreise" nebeneinander mit sehr unterschiedlicher Intensität der Berührung untereinander. Nur wenige Gelehrte gehörten verschiedenen dieser Zirkel gleichzeitig und mit gleicher Geltung an. Die berühmtesten dieser Kreise waren zweifellos die um Max Weber,5 Henry Thode,[6] Stefan George[7] sowie der Eranos-Kreis. Zwischen den „ortho-

[2] Vgl. dazu auch Tompert, H., Lebensformen und Denkweisen der akademischen Welt Heidelbergs im Wilhelminischen Zeitalter, 41-46. Das Umfeld ist sehr anschaulich beschrieben bei Benz, R., Lebens-Mächte und Bildungs-**W**elten, bes. 87-129. Daß diese Formen akademischer Gemeinschaft keine Heidelberger Besonderheit waren - dies waren sie freilich in ihrer spezifischen Ausprägung - belegen zahlreiche Zeugnisse aus anderen Hochschulstädten. Zu Straßburg und Freiburg vgl. Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 156ff. (Graeca in Straßburg), 186-190 (historisches Kränzchen und philologisches Kränzchen in Freiburg).

[3] Vgl. dazu Radbruch, G., Der innere Weg, 63ff., 75.

[4] Vgl. Driesch, H., Lebenserinnerungen, 130, 149.

[5] Zum Kreis um Max Weber vgl. Weber, **M.,** Max Weber (1950), 26lf., 406ff, 495f., 510ff Vgl. auch Radbruch, G., Der innere Weg, 63ff. Zum „Nachleben" des Weber-Kreises vgl. Glockner, **H.,** Heidelberger Bilderbuch, 100-114.

[6] Zu Thode vgl. Schüler, W., Der Bayreuther Kreis, 107-112. Zur Kunstauffassung Thodes vgl. Thode, H., Die Kunstentwicklung und das Genie. Zu Thode und dem Kreis um Thode vgl. auch Benz, **R.,** Lebens-Mächte und Bildungs-Welten, 95ff, 106f., 122f., 232 und Lohmeyer, **K.,** Erinnerungen, 203ff

[7] Vgl. Salin, E., Um Stefan George, 11-59. Sühne!, R., Friedrich Gundolfund der George-Kreis. Vgl. auch Zimmermann, H.-J. (Hg.), Die Wirkung Stefan Georges.

doxen" Geisteswissenschaften und den Naturwissenschaften vermittelnde Gruppen fanden sich unter dem Namen „Janus" in einem Kreis um G. Klebs und A. Weber[8] oder im Zirkel um Ludolf Krehl.

1.1. Der Eranos-Kreis.

In Heidelberg genoß der „Eranos"-Kreis[9] ein besonderes Ansehen. Der Kreis war 1904 auf die Initiative von A. Deißmann und A. Dietrich gegründet worden.[10] Im Gegensatz zu anderen „privaten" Zirkeln hatte der Kreis einen festen Mitgliederstamm, der sich zudem festen Regeln und einer bestimmten Aufgabenstellung unterwarf, nämlich der Erforschung der Religionen in ihrer Verflochtenheit mit allen Gebieten „des geistigen Lebens, politische[r] Geschichte, Recht, Wirtschaft, Kunst, Philosophie"Y Als feste Mitglieder gehörten dem Kreis in der Mehrheit Nichttheologen an: W. Windelband, Fr. von Duhn, A. von Domaszewski, G. Jellinek, M. Weber, A. Dietrich, E. Marcks, K. Rathgen, schließlich A. Deißmann und E. Troeltsch,[12] zehn illustre Persönlichkeiten der Geisteswissenschaften,[13] wobei die starke Beteiligung der Nationalökonomen eine besondere Gewichtung darstellte und Rückschlüsse auf die geistige Prägung des Kreises zuläßt. Es handelte

[8] Vgl. Weber, M., Max Weber (1950), 455f.

[9] Vgl. die Zusammenfassung eines Vortrages von Lepsius, **M.R.,** Der ERANOS-Kreis Heidelberger Gelehrter. Die angekündigte vollständige Fassung des Vortrages zusammen mit einer Edition der Protokollbücher ist bisher leider noch nicht erschienen.

[10] Vgl. dazu Deißmann, A., [Selbstdarstellung), 64f. Biographische Angaben zu den nachfolgend genannten Gelehrten siehe bei Drüll, D., Gelehrtenlexikon.

[11] Deißmann, A., [Selbstdarstellung), 64. Vgl. Lepsius, **M.R.,** Der ERANOS-Kreis Heidelberger Gelehrter, 46.

[12] Deißmann, **A.,** [Selbstdarstellung], 64. Lepsius, **M.R.,** Der ERANOS-Kreis Heidelberger Gelehrter, 47. Die Nennungen E. Rohdes (t 1898) und C. Neumanns (zwischen 1903 und 1911 nicht in Heidelberg) als Eranos-Mitglieder bei Tompert, **H.,** Lebensformen und Denkweisen der akademischen Welt Heidelbergs im Wilhelminischen Zeitalter, 44 entbehren jeder Grundlage; Tompert folgt dabei der Darstellung von **M.** Weber **(Max** Weber (1950), 392).

[13] „ ... aber man darf wohl sagen, daß sich mühelos die führenden Köpfe der philosophischen Kreise jener Jahre auf diesem Gebiete zusammenfanden" (Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 148). H.v. Schubert war entgegen der Ausführung Gotheins nicht Gründungsmitglied des „Eranos". Zum Eranos-Kreis vgl. ebd. auch 145f., 148-151.

sich hier um einen Kreis, den außer der hohen fachlichen Qualität auch persönliche Bindungen zusammenführten.[14] Später wurden in den Kreis, zum Teil als Ersatz für ausgeschiedene Mitglieder, E. Gothein, **H.** von Schubert, **K.** von Lilienthal und schließlich 1909 F. Boll, L. Krehl als einziger „Naturwissenschaftler" und **R.** Vossler als einziger Nichtordinarius kooptiert. Beabsichtigt war, während des Semesters monatlich eine Zusammenkunft abzuhalten, [15] jeweils der Reihe nach im Hause des Vortragenden. Die Sitzungen zogen sich in der Regel bis spät in die Nacht hin, den Vorträgen schlossen sich Aussprachen von „sprudelnder Ergiebigkeit" an.[16] Deißmann zieht für sich ein überaus positives Resümee seiner „Eranos"-Erfahrungen:[17] Die Sitzungen hatten eine „ungemein anregende Wirkung", man pflegte eine überaus „hochstehende und ... ergiebige Form akademischen Austausches und freundschaftlich-geselliger Geistigkeit". Manche „unzünftige Stellungnahme" der Nichttheologen wird als wichtige Anregung für den Fachmann aufgenommen, indem er gezwungen ist, die festen Bahnen des traditionell fachbezogenen Denkschemas zu verlassen. Die „Uraussprache" über Problemkreise erweist sich dadurch oft als „Ausgangspunkt wichtigster Forschungen". Besonders hervorgehoben wird also die Bedeutung des interfakultativen Gespräches. Darin zeigt sich eine denkbar große Nähe zur Idee der Akademiebewegung.

Eine letzte dieser Eranos-Sitzungen fand am 26. Juni 1909, wenige Tage nach der Konstituierung der Akademie im Hause F. Bolls statt. An den Vortrag Bolls über das „Weltbild der Alten", der die Sündenlehre, die Lehre vom Einfluß der Gestirne und von den Temperamenten und Lebensaltern zum Inhalt hatte, schloß sich eine „reichhaltige" Debatte an, an der sich Bezold, von Schubert, von Domaszewski, Jellinek, von Lilienthal, Gothein, Troeltsch und Windelband beteiligten. „Kurz[,] es war eine Debatte, wie sie sein

[14] Deißmann, A., [Selbstdarstellung], 64. Lepsius, **M.R.,** Der ERANOS-Kreis Heidelberger Gelehrter, 47f.

[15] Durch das Protokollbuch sind 29 Sitzungen belegt; eine weitere durch einen Brief Marianne Webers. Regelmäßige Sitzungen fanden jedoch nur von Jan. 1904 bis Juli 1906 statt; nach dem Weggang Deißmanns ging die Aktivität stark zurück. Vgl. ebd. 47.

[16] Deißmann, A., [Selbstdarstellung], 64.

[17] Ebd.

soll."[18] Viele Faktoren weisen auf eine direkte Beziehung des „Eranos"-Kreises zur Heidelberger Akademie hin. Die Mehrzahl der Mitglieder dieses Gelehrtenkreises wurde 1909 in die neugegründete Akademie gewählt, vier als ordentliche Mitglieder und sechs als außerordentliche Mitglieder. Als wäre der „Eranos"-Kreis in seiner bisherigen Ausprägung durch die Akademiegründung hinfällig geworden, wurde er 1909 ohne förmlichen Beschluß aufgelöst.[19] Die Philosophisch-historische Klasse der Akademie stellte gewissermaßen eine erweiterte Fortführung des „Eranos"-Kreises unter veränderten Vorzeichen dar. Es verwundert daher nicht, daß die religionsgeschichtlichen Fragestellungen auch in der Frühzeit der Akademie einen großen Raum einnahmen. Eine andere Linie fand ihre Fortsetzung im Kreise Max Webers, geprägt von den religionssoziologischen Interessen Webers und Troeltschs. Diese Facette sollte in der ebenfalls 1909 gegründeten Gesellschaft für Soziologie eine neue Wirkung entfalten.[20]

Die naturwissenschaftlichen Fächer blieben bei der Ausprägung des sogenannten „Heidelberger Geistes" weitgehend unbeachtet. Obgleich sie auf eine große Tradition der Heidelberger Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert zurückblicken konnten,[21] wurden ihre Vertreter „etwas mitleidig von oben herab betrachtet."[22] Die neue Akademie kann so auch als eine Chance verstanden werden, die einander fremd gewordenen Natur- und Geisteswissenschaften nach ihrer fachlichen Trennung wieder auf etwas Gemeinsames zurückzuführen und durch Verständnis und Anregung über die jeweiligen Fachgrenzen hinaus fruchtbar zu wirken.

Die in Heidelberg bestehenden wissenschaftlichen Vereine[23] zeigten sich von der Akademiegründung unberührt. Zu institutionellen Kontakten kam es nicht; Mitglieder der Akademie (besonders der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse) pflegten

[18] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 und bes. 27. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bff. 56 und 57).

[19] Lepsius, **M.R.,** Der ERANOS-Kreis Heidelberger Gelehrter, 47.

[20] Vgl. Gothein, **M.L.,** Eberhard Gothein, 213.

[21] Vgl. Classen, P./Wolgast, E., Kleine Geschichte der Universität Heidelberg, 55-57. Wolgast, E., Universität Heidelberg, 103f.

[22] Driesch, **H.,** Lebenserinnerungen, 149.

[23] Vgl. Müller, J., Die Wissenschaftlichen Vereine und Gesellschaften, Bd. 2, 837-842.

jedoch auch persönliche Beziehungen zum Naturhistorisch-Medizinischen Verein oder arbeiteten sogar im Vorstand mit.[24]

1.2. Die Beteiligung Heidelberger Gelehrter an der Akademiegründung.

Ein zweiter wichtiger Anstoß war die „Akademieerfahrung", die einige Heidelberger Gelehrte als Mitglieder anderer Akademien mitbrachten.[25] Der Gründungsakt einer Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg 1906[26] mochte immerhin stimulierend auf die eigene Bereitschaft wirken, ebenfalls eine wissenschaftliche Gesellschaft zu gründen. Bestrebungen waren allerorten erkennbar, wissenschaftlichen Kreisen eine feste organisatorische Form zu geben. Eine Besonderheit in Heidelberg war allenfalls, daß man eben nicht auf der Ebene der üblichen wissenschaftlichen Vereine miteinander kommunizieren wollte, sondern Ziele und Ansprüche sehr viel höher steckte. Daß man angesichts der Exklusivität der Akademien der Wissenschaften überhaupt an eine solche Gründung dachte, dürfte z.T. auch noch aus den Erinnerungen an die

[24] So war P. Ernst während seiner Zeit als Sekretär der Math.-nat. Klasse auch Vorsitzender des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins. Vgl. Häberle, D., Der Naturhistorisch-Medizinische Verein von 1907-1931, bes. 222ff; vgl. auch Ernst, P., Festrede zur Feier der Gründung des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins vor 75 Jahren. Trautwein, W., Der Naturhistorisch-Medizinische Verein.

[25] Unter den ersten o.M. der HeidAW gehörte eine Vielzahl bereits anderen Akademien i.d.R. als **k.M.** an. Der BayAW gehörten an: C. Bezold (1908), F. Bol! (1907), **W.** Braune (1904), 0. Bütschli (1900), Th. Curtius (1907), **M.** Fürbringer (1903), L. Koenigsberger (1880), G. Quincke (1873), H. Rosenbusch (1902), **R.** Schroeder (1892) und W. Windelband (1904) (vgl. Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie). **K.M.** der PreuAW waren: E.1. Bekker (1897), 0. Bütschli (1897), **M.** Fürbringer (1900), L. Koenigsberger (1893), Ph. Lenard (1909), **H.** Rosenbusch (1887), **R.** Schroeder (1900) und **W.** Windelband (1903) (vgl. Deutsche Akademie der Wissenschaften. Biographischer Index). **K.M.** der SächsAW waren **W.** Braune (1892) und L. Krehl (1901) (vgl. Berichte über die Verhandlungen der SächsA**W,** Math.-nat. Klasse, 1942, **V-XV).**

[26] Auch der Straßburger Gründung gehörten Heidelberger Gelehrte als **k.M.** an: 0. Gradenwitz (1908) und W. Windelband (vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 15, 17; siehe auch Verzeichnis der Mitglieder der **Wis**senschaftlichen Gesellschaft zu Straßburg, in: Schriften StrWG, **H.** 6, 1910, Dritter Jahresbericht, 7).

alten Akademiepläne von 1886 herrühren. Für diese Linie stand besonders Koenigsberger, in dieser Frage „Vertrauter" Großherzog Friedrichs 1., der somit auch für alle künftigen Absichten dieser Art eine Autorität darstellte. Tatsächlich soll Koenigsberger in dieser Zeit Gedanken, die auf eine Wiederaufnahme der alten Akademieidee deuten, geäußert haben: ,,Bei Gelegenheit einer Gesellschaft bei Windelband am 28.2.1909" habe er darauf hingewiesen, daß die dereinst gescheiterte Akademiegründung ‚jetzt zu ermöglichen [sei], da der alte Stifter der Firma Heinrich Lanz gestorben und die Verwendung einer grossen Summe für wohltätige und andere Zwecke bestimmt hatte".[27] Daß Koenigsberger tatsächlich bereits konkret an eine Inanspruchnahme dieses Stiftungskapitals dachte, ist aber eher unwahrscheinlich. Durch Kombination unterschiedlicher Kenntnisse und Erfahrungen verschiedener Personen dürften sich erst allmählich bestimmte Pläne entwickelt haben. Es ist ebenfalls unwahrscheinlich, daß schon bei dieser Gelegenheit Endemann die Initiative ergriff. Hier gebührt der zeitgenössischen Darstellung Gotheins der Vorzug, daß der Gedanke der Stiftung einer wissenschaftlichen Einrichtung aus privaten Mitteln - nicht unbedingt als „Akademie" oder durch eine Person allein - erst über die Vermittlung Gotheins bei Endemann zündete. Koenigsberger jedenfalls darf in erster Linie als derjenige genannt werden, der die Frage einer „Akademie"-Gründung wieder ins Gespräch brachte. Die Erfahrung mit dem verstärkt sich entwickelnden Mäzenatentum für wissenschaftliche Zwecke[28] wies den Gelehrten einen Weg, wirksame Unterstützung bei der Verfolgung ihrer wissenschaftsorganisatorischen Ziele zu finden.

Auch bei Industriellen der Region war die Bereitschaft zu einem Mäzenatentum vorhanden, das sich für Zwecke einer Hochschule[29] oder anderer wissenschaftlicher Institutionen nutzbar machen ließ. Das war Gelehrten, allen voran Eberhard Gothein[30] durch sein

[27] Vgl. die spätere Mitteilung von Max Wolf(wohl Anfang der 20er Jahre), die er „nach den Berichten der noch lebenden Zunächstbeteiligten" (vielleicht bezieht sich dies auf eine Aussage Koenigsbergers selbst) abgab **(HAW** 011). Die Angaben sind in der Darstellung der Interdependenzen wenig verläßlich.

[28] Zum Mäzenatentum des Besitzbürgertums vgl. oben 49-54.

[29] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 4. Apr. 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 13), wo er eine Begegnung mit Merton schildert, und Gothein an M.L. Gothein, 2. Apr. 1909 (ebd., Bf. 12) über die Probleme der Mannheimer Hochschule.

[30] Zu Gothein vgl. Gothein, M.L., Eberhard Gothein. Hampe, K., Eberhard

Engagement für die Handelshochschule Mannheim, durchaus bekannt. Gothein ergriff daher zunächst auch, von Koenigsberger auf das „Problem" aufmerksam gemacht, die Initiative. Daß ausgerechnet Gothein auf die Akademiegedanken Koenigsbergers einging, ist kein Zufall. Er stand nach wie vor in enger Verbindung zu seinen ehemaligen Bonner Kollegen und war daher über die dortigen Akademiepläne bestens informiert. Das wirkte sich auch auf die Formulierung seiner eigenen Vorstellungen einer Akademie aus. Die Kenntnis der Bonner Entwicklungen brachte es mit sich, daß gerade Gothein zu denen zählte, die einiges Verständnis für die Vorgehensweise Windelbands und Koenigsbergers bei der Akademiegründung aufbrachten.[31] Gothein ging es weniger um die Errichtung einer neuen wissenschaftlichen Institution als um eine Stiftung, die der Universität direkt angegliedert sein sollte. Ihm schwebte ein „Konsortium" reicher Mannheimer Industrieller vor, von denen ‚jeder die Stiftung einer Sektion übernehmen sollte." Was unter diesen Sektionen zu verstehen sei, wurde nicht ausgeführt. Am ehesten dürfte wohl daran gedacht gewesen sein, für jeden Fachbereich eine eigene, in etwa gleich ausgestattete Stiftung zur Verfügung zu haben. Daß es ihm hierbei allein um die Unterstützung des Forschungspotentials der Universität ging, wurde in einem Schreiben Gotheins an Lanz deutlich, worin er Klage führte, „wie übel eine Universität daran sei, die zu großen wissenschaftlichen Zwecken über gar keine Mittel verfüge."[32]

Wie in den Denkschriften zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, so wurde auch hier die Lage der Forschung an den deutschen Universitäten beklagt. Da staatliche Mittel nicht ausreichten, konnte eine Verbesserung der Forschungsmöglichkeiten

Gothein. Brinkmann, C., Eberhard Gothein. Salin, E., Eberhard Gothein. Zorn, W., Eberhard Gothein. Alter, P., Eberhard Gothein. Bad. Biogr. N.F. 2, 1987, 102-105 (A. Cser).

[31] Vgl. dazu Gothein an M.L. Gothein, 7. Sept. 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 97). Ihm wurde berichtet, „daß mit Erdmanns Weggang die ganze »rheinische Akademie« ins Wasser fallen werde. Die grosse Mehrzahl aller Professoren wünsche das sehnlichst; denn die Herren, die sich selber das Mandat der Gründung gegeben, hätten alles gründlichst verfahren ... Mit solchen Akademien ist es doch wie in der Fabel vom Mann, dem Sohn und dem Esel. Wie es auch gemacht wird, ist es falsch."

[32] Gothein an M.L. Gothein, 18. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 45), gekürzt und an einigen Stellen „bearbeitet" abgedruckt bei Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 235.

an den Universitäten nur durch private Initiativen, eben durch Stiftungen reicher Wirtschaftsmagnaten erfolgen. Auch der Gedanke, ein Konsortium zu bilden, entsprach in der Struktur dem Aufruf Harnacks (wie auch dem Bonner Modell), die nötige Finanzmasse durch möglichst viele private Spenden zusammenzutragen. Die Frage der Organisation, der Rechte und Pflichten des „Konsortiums" wurde nicht berührt. Dem Plan Gotheins lag die durchaus zeitgemäße Vorstellung zugrunde, daß die Sorge um die Qualität der Wissenschaft ein „öffentliches" Anliegen sei. Für Gothein war Karl Lanz, Inhaber der Heinrich Lanz Maschinenfabrik in Mannheim, nur einer der möglichen Gesprächspartner, wenn auch einer an hervorragender Stelle, dessen Vorbild für die Mitwirkung anderer Industrieller nur nützlich sein konnte. Gotheins „Plan ging nur dahin, ihn um 100000 Mark anzugehen", in gleicher Weise dann auch andere reiche Leute damit zu befassen. Doch es blieb bei Sondierungen. Gothein befürchtete, daß sein Plan in Mannheim nur Eifersucht erwecken würde, ob unter den Mannheimer Bürgern auf die Heidelberger „Eindringlinge" in Anbetracht der eigenen Sorgen um die Handelshochschule oder unter den Stiftern um die Grundlegung der repräsentativsten Sektion, sei dahingestellt.

Gothein, nicht uneitel in der Darstellung seiner Gedanken und Überlegungen, ,,entwickelte" seinen Plan - rein theoretisch - im Sprechzimmer im Kreise seiner Kollegen weiter. Eine tiefere Absicht außer der der Selbstdarstellung lag dem Vortrag Gotheins kaum zugrunde, hatte er die Realisierung seines Planes doch schon längst aufgegeben. Im Kreise der Kollegen fiel seine Idee jedoch auf fruchtbaren Boden: Der Jurist Friedrich Endemann[33] war sofort ,,Feuer und Flamme", so daß er diese Angelegenheit zu seiner eigenen Sache machte.[34]

Das erste Gespräch Endemanns mit Lanz fand im März des Jahres 1909 statt.[35] Endemann brachte nicht nur das Versprechen Lanz' mit, 1000000 Mark für die Stiftung einer Akademie der Wissenschaften aufzuwenden, sondern er gewann auch das Vertrauen des Industriellen, so daß er in den folgenden Verhandlungen um die Realisierung der Akademiegründung allmählich in die Sach-

[33] Zu Endemann vgl. NDB 4, 1959, 491 (H. Nolte). Vgl. ferner Ulmer, E., Gedächtnisrede auf Friedrich Endemann.

[34] Wie Anm. 32.

[35] Das Datum ist nicht überliefert. Die Korrespondenz mit F. Böhm über die Akademiegründung beginnt am 27. März 1909.

walterschaft der Lanzschen Interessen hineinwuchs, ohne jedoch die der Universität zu übersehen. Die Verhandlungen zwischen Endemann als Vertreter des Stifters, Koenigsberger und Windelband[36] als Vertreter der Universität und Franz Böhm[37] als Vertreter des Ministeriums fanden in völliger Geheimhaltung statt, so daß der „Plan" erst an die Öffentlichkeit drang, als die Institution bereits begründet und genehmigt war. Bemerkenswert ist auch die erstaunlich kurze Zeit, in der die Gründungsvorbereitungen und vertraglichen Vereinbarungen trotz aller Schwierigkeiten abgeschlossen werden konnten.[38] Koenigsberger hatte nicht nur die Akademiepläne angeregt, sondern auch entscheidend darauf gedrungen, das Vorbild der bestehenden Akademien den eigenen Gründungsplänen zugrunde zu legen. Ihm vor allem - und **Win**delband schloß sich hier an - ging es darum, ,,eine Akademie zu begründen, die sofort die Parität mit den bestehenden ältern ... erlangen und von ihnen als ebenbürtig 'rezipirt"' würde, wie Oncken später kritisch bemerkte.[38a]

Die Beteiligung Koenigsbergers und Windelbands an den Verhandlungen verdeutlicht die Richtung, die die Verwirklichung der ,,Akademiepläne" einschlug, und den Rahmen ihrer organisatorischen Grundlagen. Während Gothein eine Förderung einzelner Fachgruppen im Rahmen der Universität vertreten hatte, deutete die Teilhabe eines Philosophen und eines Mathematikers an den Vorplanungen der Organisation und Gestaltung der Akademie eine andere Tendenz an, die sich am Modell der alten Akademien orientierte. Beide, als Häupter der geisteswissenschaftlichen und

[36] Zu Windelband vgl. Rickert, H., Wilhelm Windelband. Ollig, H.L., Der Neukantianismus, 53-58. Wiehl, R., Die Heidelberger Tradition der Philosophie.

[37] Zu F. Böhm, geb. 1861 in Mannheim, † 1915 in Karlsruhe, Hochschulreferent in der Abteilung für Kultus und Unterricht im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, 1910 Ministerialdirektor, von 1911-1915 Minister des Kultus und Unterrichts, vgl. Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe 1915, 311. Strobel, E., Franz Alexander Böhm.

[38] Vgl. die Bemerkung Koenigsbergers in Jh. 1909/10, XI (bzw. Eröffnungsfeier, 12): ,,Nachdem kaum vier Wochen verflossen, seitdem es sich erhoffen ließ, den Gedanken der Gründung einer Akademie in Heidelberg aus den idealen Wünschen einiger Kollegen unserer Hochschule in die Wirklichkeit umzusetzen ..."

[38a] Oncken an M. Lenz, 19. Nov. 1922 (StBPK, NL M. Lenz). Ich danke Herrn Dr. Karl-Heinz Fix für den Hinweis und der StBPK für die Überlassung einer Kopie.

naturwissenschaftlichen Disziplinen gleichsam Vertreter der „reinen" und zweckfreien Wissenschaften per se, standen je für einen der Bereiche der klassischen Einteilung der Akademiedisziplinen.

Die Auswahl Windelbands und Koenigsbergers war aber auch in anderer Hinsicht vorgegeben. Koenigsberger war nicht nur durch seine Verbindung zu den Gründungsplänen Großherzog Friedrichs I. prädestiniert, in die Planung der Akademiegründung einbezogen zu werden, sondern auch in seiner Eigenschaft als Senior der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät und aufgrund seines überragenden Ansehens in der wissenschaftlichen Welt.[39] In anderer Hinsicht war Windelbands Beteiligung an der Akademiegründung selbstverständlich. Er war im akademischen Jahr 1908/09 Prorektor der Heidelberger Universität. Dadurch schien die für die neue wissenschaftliche Institution beabsichtigte enge Bindung an die Universität ihren Ausdruck zu finden. Gleichzeitig wurden die Akademiepläne der einzelnen Gelehrten durch die Autorität des Amtes gleichsam sanktioniert. Bei dem Ausschluß des Engeren Senates aus den Verhandlungen wurde dennoch die Universität offiziell durch ihr geistiges und administratives Haupt vertreten. Wie auch aus Gotheins Vorstellungen sichtbar wurde, sollte vor allem zur Unterstützung der Universität eine Einrichtung geschaffen werden, um die fehlenden Mittel für die notwendige Forschung an der Universität zur Verfügung zu stellen, die der badische Staat angesichts seiner Fürsorgepflicht für drei Hochschulen bei begrenztem Finanzvolumen nicht gewähren konnte.[40] Daß Gothein und andere Gelehrte tatsächlich an eine der Universität angegliederte und unterstehende und allein ihren Zwecken dienstbar zu machende Institution dachten, ist offen-

[39] Koenigsberger war seit langem Mitglied der Akademien in München und Berlin (vgl. oben Anm. 25). Die hohe Anerkennung Koenigsbergers in der wissenschaftlichen Welt findet etwa ihren Ausdruck in der Adresse der PreuAW an Koenigsberger zu seinem 50jährigen Doktorjubiläum (vgl. SB PreuAW, Jg. 1910, 1. Halbbd., 530f.). Die ansonsten einhellige Würdigung Koenigsbergers wird allein getrübt durch das negative Urteil L. Heffters, das auf einer persönlichen Abneigung gegen Koenigsberger beruhte (vgl. Heffter, L., Beglückte Rückschau auf neun Jahrzehnte, 122f.).

[40] Zum badischen Hochschuletat vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 289-293, ferner die Tabellen 38 und 39, 372f. Vgl. auch Buchenberger, A., Finanzpolitik und Staatshaushalt im Großherzogtum Baden in den Jahren 1850-1900, bes. 246f., 250ff. und Pfetsch, F., Wissenschaftspolitik in Deutschland, 58f., 79f.

sichtlich. Das Beispiel der Förderung der Handelshochschule aus privaten Mitteln stützte diese auf die Hochschule ausgerichtete Sicht und forderte die Beteiligung eines offiziellen Vertreters der Universität an den Verhandlungen. Dieser sollte also die Interessen der Universität geltend machen bei der Einrichtung der Stiftung und der vorzuschlagenden Verteilung der Mittel.

Der gedankliche Weg von einer Forschungsstiftung für die Universität zu einer eigenständigen Akademie ist aber nicht so weit wie es scheinen mag, wenn man bedenkt, wie sehr hochschulpolitisches Denken von den Vorgaben des Humboldtschen Hochschulideals geprägt war. Mit Humboldt sah man bereits seit den Reformen der Akademien zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den Akademien die Forschungsstätten als gegebene Ergänzung der Lehranstalten, eben der Hochschulen. Dementsprechend sollte eine Akademie nach Humboldt stets in enger Verbindung zu einer Hochschule stehen, wie dies bei den Akademien in Berlin, München, Wien, Göttingen und Leipzig ja auch der Fall war: Viele Akademiemitglieder waren gleichzeitig Lehrer an der Hochschule, während andererseits „Akademieprofessoren", also in den Forschungsprojekten der Akademie tätige Gelehrte, das Recht zu Vorlesungen an den Universitäten automatisch erhalten sollten.[41] Der Universität durch beste Forschung eine neue Grundlage zu geben,[42] galt als Hauptaufgabe der Akademie. Die grundsätzliche Rede Koenigsbergers, der als der Hauptverantwortliche bei der Modifikation etwa vorhandener „ursprünglicher" Pläne in einen Akademieplan gelten muß, bei der Eröffnungsfeier der Akademie[43] baut ganz auf dem Humboldtschen Gedanken auf.

Daß im Laufe des 19. Jahrhunderts sich die Universitäten gerade auch in ihren naturwissenschaftlichen Fächern zu bedeutenden Forschungsstätten mit neuartigen Bedürfnissen gewandelt hatten, blieb bei dieser Betrachtungsweise natürlich unberücksichtigt. So ist tatsächlich zu fragen, ob gerade eine Akademie die gegebene Institution zur Förderung der Bedürfnisse der Universität sein konnte. An diesem Punkte spielten aber nun auch die gegensätzlichen Wünsche der Gelehrten nach der Einheit der Wissen-

[41] Vgl. oben 16ff.

[42] Vgl. die Ansprache Windelbands bei der Eröffnungsfeier, Jh. 1909/10, **XXII(=** Eröffnungsfeier, 33f.).

[43] Vgl. dazu unten 131ff.

schaft in Ergänzung zur Förderung des Fortschrittes der einzelnen Wissenschaften eine große Rolle. Die Idee der Einheit und Ganzheit der Wissenschaften war aber nach allgemeinem Bewußtsein am besten in der Institution der Gelehrten Gesellschaft, d.h. der Akademie, verkörpert. Die Gründung der Akademie darf so auch als Versuch gelten, diese beiden einander widerstrebenden Bedürfnisse unter einem Dach zusammenzufassen und zu binden.

Als Nebenaspekt mochte bei der Verfolgung der Akademiepläne noch die Tatsache eine Rolle spielen, daß Verleger immer mehr dazu übergingen, für wissenschaftliche Bücher Subventionen zu verlangen.[44] Das bedeutete letztlich, daß es für viele, gerade jüngere Gelehrte besonders der Geisteswissenschaften ohne finanzielle Unterstützung durch eine Institution immer schwerer wurde, ihre wissenschaftlichen Werke zum Druck zu befördern. Neue Publikationsmöglichkeiten zu erschließen, rückte somit in das Blickfeld des Interesses unter Gelehrten, und wer wäre dazu besser geeignet gewesen, als eine Akademie, die zu eigenen Publikationsreihen verpflichtet war und außerdem Druckzuschüsse geben konnte.

Von Seiten der Heidelberger Gelehrten stellte sich die Gründung der Akademie vor allem als Zusammenspiel der Ordinarien Koenigsberger, Windelband und Endemann dar. Dabei ist davon auszugehen, daß Endemann sehr bald Windelband und Koenigsberger aus den obengenannten Gründen über seine Verhandlungen mit Lanz ins Vertrauen zog und sie um ihre Mitwirkung bat. Seine Verhandlungen mit Lanz konnte er dann nur noch mit Rücksprache der beiden „Mandatsträger" der Akademie führen.Weitere Personen aus dem Lehrkörper der Universität waren unmittelbar am Zustandekommen der Akademiegründung offensichtlich nicht beteiligt. Hierin folgten die Funktionsträger den Vorschlägen, die bereits 1893 Viktor Meyer für die Verhandlungen um eine Akademiegründung aufgestellt hatte, die vorbereitenden Geschäfte nicht dem Senat der Universität, sondern einem unabhängigen Ausschuß von Gelehrten zu übertragen.[45] Interessenkollisionen

[44] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 18. Apr. 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 26). Vgl. dazu auch die Vorstellungen Gotheins und Windelbands, die als eine Aufgabe der Akademie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, z.B. auf dem Publikationssektor, formulierten.

[45] Vgl. V. Meyer an Nokk, 10. Aug. 1893 (GLA 52/XIII, NI. Nokk).

und Zwistigkeiten zwischen den Gelehrten sollten die Verhandlungen um die Akademiegründung nicht belasten.

2. Heinrich Lanz als Stifter der Akademie.

Was ließ gerade Lanz als potentiellen Geldgeber für die Heidelberger Akademiepläne erscheinen?

Als Heinrich Lanz, ein durch „Kulturbewußtsein und Menschentum" ausgezeichneter Unternehmer, am 1. Februar 1905 starb,[46] hinterließ er ein Vermächtnis, das seine Erben verpflichtete, „im Laufe des nächsten Jahrzehntes [den] Betrag von Vier Millionen Mark für Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten der Beamten und Arbeiterschaft der Firma Heinrich Lanz, sowie für öffentliche Wohltätigkeit und Wohlfahrtszwecke" zu verwenden.[47] An die Möglichkeit, auch Wissenschaft und Künste zu fördern, war bei diesem Vermächtnis zunächst nicht gedacht; auch zu seinen Lebzeiten hatte H. Lanz Stiftungen wissenschaftlicher Art nicht eingerichtet.[47a]

Heinrich Lanz war eine „Herrennatur" und ein Patriarch, der mit väterlichen Gefühlen für die ihm anvertrauten Arbeiter und „Beamten" sorgte.[48] Er hatte seit den 1890er Jahren zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten der Angehörigen seines Werkes gegründet und materiell ausgestattet, von der Arbeitslosen-

[46] Vgl. Schnellbach, P., Heinrich Lanz, Zitat 7 (auch in: Bad. Biogr. VI, 1927, 200-207). Zum geschäftlichen und unternehmerischen Aufstieg H. Lanz' vgl. Fischer, **W.,** Herkunft und Anfänge eines Unternehmers. Zur Geschichte der Lanz-Werke vgl. das Firmenarchiv John Deere 5/1 C (Firmengeschichte); vgl. ferner Neubaur, P., Heinrich Lanz. Hofer, **M.,** Der Landmaschinenbau. Heinrich Lanz AG Mannheim. Moliere, E., Heinrich Lanz. Fischer, **W.,** Ein Jahrhundert der Landtechnik. Zweckbronner, G., Mechanisierung der Landarbeit. Vgl. auch die Jubiläumsbroschüre Geschichte der John Deere Werke Mannheim (V. Hack). In den größeren Zusammenhang der Industrialisierung in Baden werden die Anfänge der Lanz-Werke gerückt in: Fischer, **W.,** Ansätze zur Industrialisierung in Baden 1770-1870, bes. 228.

[47] Firmenarchiv John Deere, Mappe „Stiftungen" 5/2 J; abgedr. bei Neubaur, P., Heinrich Lanz, 397.

[47a] Der Verweis auf die Wissenschaft als Adressat von Zuwendungen in: Geschichte der John Deere Werke Mannheim, 16 ist eine Interpretation ex eventu.

[48] Neubaur, P., Heinrich Lanz, 326f.

und Krankenunterstützung bis zum „Heinrich-Lanz"-Krankenhaus. Er mag in dieser Hinsicht seinen Zeitgenossen tatsächlich ein Vorbild als fürsorgender Firmenvater gewesen sein.[49] Auch eine Reihe von Stiftungen für Ingenieure, Erfinder und die Landwirtschaft verdankten Lanz ihr Bestehen.[50] Da das Vermächtnis des Großindustriellen alsbald von den Erben offiziell bekannt gegeben wurde,[51] war hier also auch potentiellen Bittstellern ein Weg gewiesen worden. ,,Im badischen Landtag wurden die Lanz als moderne Mäzenaten gefeiert und den Industriellen des Landes als Vorbild empfohlen. Nur von Amerika war man solche Stiftungen gewöhnt."[52]

Im übrigen war die Stiftung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften nicht die einzige Millionenstiftung, die aus diesem Fonds bestritten wurde. Zunächst wurde ganz im Sinne des Vermächtnisses die Beamten- und Meister-Stiftung aus dem Jahre 1890 von 100000 auf 600000 Mark und 1908 schließlich auf 1000000 Mark erhöht, ,,zum Andenken an den 70. Geburtstag von Heinrich Lanz",[53] und im Jahre 1910 erfolgte schließlich auch eine **Millio**nenstiftung für die Handelshochschule Mannheim, offensichtlich um die Stiftung der Heidelberger Akademie zu kompensieren.[54] Für die vom ursprünglichen Vermächtnis abweichende Handlungsanweisung fand man eine Begründung in der Technikbegeisterung des verstorbenen Heinrich Lanz; er war „stets durchdrungen davon, daß die deutsche Technik ihre hohe Stellung in der Welt nicht am wenigsten der Tatsache verdankt, daß sie stets mit der Wissenschaft Hand in Hand ging."[55] Und aus Dankbarkeit gegen die Wissenschaft, aber auch in Erwartung künftiger „Dienstleistungen" dieser Wissenschaft,[56] beschwor man die Verbindung

[49] Vgl. ebd., 331-396.

[50] Vgl. ebd., 485ff. Das Lanzsche Stiftungswesen ist bisher in der wissenschaftlichen Literatur noch nicht bearbeitet worden und wird in seinem Ausmaß und seinen Auswirkungen in der Forschung noch nicht gebührend beachtet.

[51] Siehe oben Anm. 47.

[52] Fischer, W., Ein Jahrhundert der Landtechnik. Die Geschichte des Hauses Heinrich Lanz 1859-1959, 105.

[53] Neubaur, P., Heinrich Lanz, 397f.

[54] Vgl. Firmenarchiv John Deere, Mappe „Stiftungen" 5/2 J; vgl. auch Zur Erinnerung an das SO-jährige Jubiläum von Heinrich Lanz, 2lff., bes. 23.

[55] Wie Anm. 54.

[56] Die „Dienstleistungen" waren bes. hinsichtlich der Stiftung für die Mannhei-

von naturwissenschaftlicher Forschung „mit der Anwendung ihrer Forschungsresultate im praktischen Leben."[57] Die Industrie wollte also von den Ergebnissen der Wissenschaft profitieren: „Die Ueberzeugung von der innigen Wechselwirkungzwischen Wissenschaft und Technik, welche unserem Zeitalter den Charakter gibt, ist es gewesen, die ihn [H. Lanz] befähigte, ... die höchstausgebildeten Errungenschaften der Technik in seinem Betriebe zu verwenden."[58] Doch der Dank des Verstorbenen an die Wissenschaft darf durchaus als sekundäres Motiv bezeichnet werden, denn ein Bezug zur Wissenschaft läßt sich aus dem Vermächtnis Heinrich Lanz' eben nicht ableiten. Entscheidend waren andere Motive, die sich allenfalls darauf berufen durften, im - unausgesprochenen - Sinne des Verstorbenen dessen „geistiges Erbe" zu verwalten.[59]

Das Verhältnis der Witwe Julia und des Sohnes Karl Lanz[60] zu dem Verstorbenen war durch eine fast übermäßig zu nennende Verehrung bestimmt. H. Lanz wurde zum Mythos. Sein Einfluß auf seine Familie und seinen Nachfolger war so prägend, daß der „Geist" Heinrich Lanz' scheinbar gegenwärtig in allen Handlungen derselben weiterwirkte. Julia Lanz und Karl Lanz richteten ihr ganzes Handeln nach den Maßstäben von Heinrich Lanz aus: Alle Gedanken kreisten um ihn; sein Vorbild lenkte Handeln und Denken der Lebenden. Die Identifikation mit dem Verstorbenen ging soweit, daß man von einer Selbstverleugnung der Nachfolger sprechen kann. So wurde per betrieblicher Verfügung bekanntgegeben, daß die gesetzlichen Vertreter der Firma, Julia und Karl Lanz nicht

mer Handelshochschule angesprochen, der man die „Aufgabe der wissenschaftlichen Emporbildung des deutschen Kaufmanns" zuwies.

[57] Vgl. die Ansprache von Karl Lanz während der Eröffnungsfeier der Akademie am 3. Juli 1909 in: Jh. 1909/10, **XIX.** Es sei hier hingewiesen auf das in weiten Kreisen der Wirtschaft und Politik verbreitete Bewußtsein der Zusammenhänge von ökonomischer Leistungsfähigkeit und einem hohen Stand der Forschung bes. in den naturwissenschaftlichen Fächern in Hinblick auf die industrielle Verwertbarkeit der Ergebnisse (vgl. dazu auch unten die Reden anläßlich der Eröffnungsfeierlichkeiten der Akademie).

[58] Neubaur, **P.,** Heinrich Lanz, 432.

[59] Vgl. ebd., 431. Die Formulierung „Im Sinne des Verstorbenen" ist sinngemäß eine immer wiederkehrende Klausel der Stiftungen (vgl. Firmenarchiv John Deere, Mappe „Stiftungen" 5/2 J; siehe auch: Zur Erinnerung an das SO-jährige Jubiläum von Heinrich Lanz, 23).

[60] Die wichtigsten biographischen Daten zu Julia und Karl Lanz sind jetzt zusammengestellt in: Die Friedhöfe in Mannheim, 60f.

mit ihrem eigenen, sondern mit dem Namen „Heinrich Lanz" alle Papiere des Geschäfts-und öffentlichen Bereiches unterzeichnen würden.[61] Die Verehrung Heinrich Lanz' erreichte ihren Höhepunkt 1910, als das 50jährige Firmenjubiläum der Lanz-Werke gefeiert wurde. Es wurde eine Gedächtnisfeier für H. Lanz abgehalten, ein Denkmal errichtet und eine Heinrich-Lanz-Medaille gestiftet, deren erste Trägerin (auf ihren eigenen Wunsch) die Großherzogin Hilda wurde.[62] Um die Gestalt Heinrich Lanz' wurde ein regelrechter Kult betrieben: Es galt sein Gedächtnis zu bewahren[63] und seinen Nachruhm zu befördern.

Unter diesen Vorzeichen stand das Anliegen der Heidelberger Professoren unter einem günstigen Stern. Das Jubiläum, das im März 1910 mit allem Pomp offiziell begangen wurde, zeitigte auch die Bereitschaft zu größeren, weiterreichenden Initiativen, die die Firmengrenzen übersprangen. Zudem kam die Stiftung einer Institution wie der Akademie dem Repräsentationsbedürfnis der Familie Lanz entgegen; sie bot die Gelegenheit, den Heros Lanz als einen herausragenden Mäzen darzustellen. Waren die bisherigen Stiftungen auf den lokalen Bereich (Mannheims und der Firma) beschränkt geblieben, so bot die Akademiegründung die Möglichkeit, das Mäzenatentum Lanz' über diese Grenzen hinaus bekannt zu machen. Deshalb mußte es auch eine Akademie sein, eine Wissenschaftliche Gesellschaft genügte diesem Repräsentationsbedürfnis nicht,[64] da sie den Namen ja nur bis Heidelberg getragen hätte. Den Nachruhm Heinrich Lanz' auf eine weitere, im eigentlichen Sinne „fachfremde" Basis zu stellen, zeichnete sich als eine wesentliche Motivation ab, die materielle Grundlage für die Aka-

[61] Vgl. das Zirkular vom 1. März 1909 bei Neubaur, **P.,** Heinrich Lanz, 431.

[62] Zur Gedächtnisfeier im März 1910, zu der auch Koenigsberger und Windelband geladen waren und kurze Ansprachen mit durchaus panegyrischem Charakter hielten, siehe: Zur Erinnerung an das SO-jährige Jubiläum von Heinrich Lanz. Das Lanz-Denkmal wurde am 9. März 1910 enthüllt (vgl. die Ansprache Koenigsbergers, ebd., 75f.). Zur Stiftung der Heinrich-Lanz-Medaille am 9. März 1908 (zum 70. Geburtstag von **H.** Lanz) vgl. Neubaur, **P.,** Heinrich Lanz, 403.

[63] Die Stiftung an der Handelshochschule trug den Namen „Heinrich-Lanz-Gedächtnisfonds" (vgl. Firmenarchiv John Deere, Mappe „Stiftungen" 5/2 J). Vgl auch Die Handelshochschule in Mannheim. Heinrich-Lanz-Gedächtnisfond [!].

[64] Siehe dazu unten 98f.

demie zu legen. Auch hier ging es um die Glorifizierung des Verstorbenen, die lebenden Stifter traten dahinter völlig zurück.[65]

So bildeten das Vermächtnis Heinrich Lanz', das bevorstehende Firmenjubiläum, das Repräsentationsbedürfnis der Familie in der Verehrung des Firmengründers und in der Sorge um seinen Nachruhm die günstigen Voraussetzungen, auf denen Endemann bei seinem Besuch bei Karl Lanz aufbauen konnte, um ihn davon zu überzeugen, daß es eine Verpflichtung für die Familie Lanz sein müsse, nicht nur Preise für „Ballon, Regatten und Automobile auszusetzen",[66] sondern gerade auch für die Förderung der Wissenschaften. Erst jetzt scheint **K.** Lanz auch die Wichtigkeit der Verbindung von wissenschaftlicher Theorie und technischer Auswertung dieser theoretischen Erkenntnisse als weiteres „Vermächtnis" seines Vaters ins Bewußtsein gerückt worden zu sein.

Der Bericht Gotheins ist bei seiner Neigung zum Bonmot in seiner Schilderung des Auftritts Endemanns bei Lanz wohl kaum wörtlich zu nehmen.[67] Der Besuch Endemanns bei Lanz war in jedem Fall wesentlich besser vorbereitet, als dies nach Gothein zu schließen wäre: Es war eben nicht nur „Unverfrorenheit", sondern auch Organisationstalent und Verhandlungsgeschick, was Endemann zum Erfolg führte. Endemann verschaffte sich offensichtlich

[65] Karl Lanz verlangte ausdrücklich die Bezeichnung „Stiftung Heinrich Lanz" und nicht bloß „Stiftung Lanz". „Zum Gedächtnis an das verewigte Oberhaupt der Familie" wurde die Person Heinrich Lanz' in „persönliche Beziehung" zur Stiftung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gebracht. Daher bestand die Familie auf der „vollen Namensbezeichnung »Stiftung Heinrich Lanz« - wie urkundlich festgelegt". Auf den Briefbogen der Akademie hatte sich die abgekürzte Bezeichnung „Stiftung Lanz" befunden, „die, wenn sie auch nichts Gegenteiliges besagt, so doch auch diese Beziehung nicht vollkommen deutlich erkennen lässt" (Karl Lanz an HeidA**W,** z.Hd. Koenigsbergers, 30. Nov. 1909; HAW 011).

[66] So ist verkürzt die „Argumentationslinie" Endemanns bei Gothein wiedergegeben (Gothein an M.L. Gothein, 18. Juni 1909, UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 45 und Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 235). Zum Engagement der Firma Lanz in der Luftschiffahrt vgl. Geschichte der John Deere Werke Mannheim, 18 und bes. Haaland, D., Der Luftschiffbau Schütte-Lanz.

[67] "Und richtig, mit seiner uns immer etwas komisch wirkenden Unverfrorenheit rückt er Lanz auf die Bude, hält ihm eine grosse Pauke ... und bringt, wie es scheint, beim ersten Anlauf die Million heim" (Gothein an M.L. Gothein, 18. Juni 1909, wie Anm. 66; bei M.L. Gothein gekürzt). Ähnlich burschikos beschreibt auch Otto Gradenwitz die Gründungsgeschichte der Akademie (vgl. Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 57).

Referenzen, die den Besuch bei Lanz in ein günstiges Licht rückten. Als Vermittler wurde später die Person des Prinzen Viktor Salvator von Isenburg genannt, der seinerzeit als eine Art „Subdirector bei der Benzschen Automobilfabrik in Mannheim" wirkte.[68]

Am 14. Juli 1909 bedankten sich Koenigsberger und Windelband bei dem Prinzen für dessen tiefes „Verständnis für die Bedeutsamkeit der Aufgabe", daß er „mit so warmem Interesse für die Förderung des wissenschaftlichen Lebens und mit so kundiger Einsicht in die Verhältnisse mitgewirkt" habe, die Verhandlungen um die Begründung der Akademie zu ihrem „glücklichen Abschluss" zu bringen.[69] Aufschlußreicher sind die Ausführungen Koenigsbergers, die er im Zusammenhang mit dem Antrag Gotheins auf Wahl des Prinzen zum Ehrenmitglied „wegen seiner Verdienste um das Zustandekommen unserer Akademie" gut acht Jahre später gab, wonach „der Prinz das Interesse der Familie Lanz, die eine grössere Stiftung beabsichtigte, auf die Gründung einer Heidelberger Akademie der Wissenschaften lenkte und zu diesem Zweck die Bekanntschaft unseres Ehrenmitgliedes Herrn Endemann mit der Familie Lanz vermittelte, sowie auch bei diesen Verhandlungen die Interessen der Akademie vielfach förderte."[70] Bei den Wahlverhandlungen legte Endemann schließlich selbst noch genauer dar, worin „die grossen Verdienste des Prinzen bestünden", nämlich daß er „die Bekanntschaft Endemanns mit der Familie Lanz vermittelt habe und sich gleichzeitig sehr bemüht habe, die Familie Lanz für die Stiftung zu interessieren." Schließlich habe er, „als hinsichtlich der Beschaffung des Stiftungsbetrages von 1 Million Mark finanzielle Schwierigkeiten entstanden seien,

[68] Vgl. Bütschli an **BMKU,** 3. Dez. 1917 (GLA 235/3354). Person und Verdienste von Isenburgs wurden auf Anfrage Böhms von Endemann noch einmal besonders hervorgekehrt: „Prinz Victor Salvatore Isenburg gehört dem Hause Büdingen an. Er ist in fester Anstellung in der Direktion der Firma Benz in Mannheim. Seine Frau ist die Tochter eines bürgerlichen Arztes, die vom Großherzog von Hessen bei der Verehelichung in den Adelsstand erhoben wurde; ich glaube vor einem Jahre. Nachdem ich den Prinzen für meine Idee gewonnen hatte, ist er begeistert dafür eingetreten und hat für die Erringung des Resultates die wichtigste Hülfe geleistet. Ich bitte, ihm ganz besonderen Dank für seine selbstlose und unentbehrliche Hülfe aussprechen zu wollen" (Endemann an Böhm, 28. Apr. 1909; GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).

[69] HAW Oll.

[70] Vgl. Gothein an die Sekretäre der HeidAW, 28. Okt. 1917 und die Mitteilung Bütschlis an die o.M. der Akademie vom 31. Okt. 1917 (HAW 143/2).

die Rheinische Creditbank bewogen, die Bürgschaft für diesen Betrag zu übernehmen."[71]

Bemerkenswert ist nicht nur die offensichtlich bedeutsame Rolle des Prinzen bei der Schaffung der Voraussetzungen der Akademiegründung,[72] sondern noch mehr, daß diese Verdienste in der Akademie gänzlich unbekannt blieben.[73] Das zeugt auch von einer beabsichtigten und, wie sich zeigte, gelungenen Geheimhaltung der Umstände der Verhandlungen. Trotz der erteilten Aufklärung blieben Person und Rolle des Prinzen auch im Rückblick undurchsichtig. Dem Ministerium und einigen Akademiemitgliedern schien daher bei der Wahl des Prinzen zum Ehrenmitglied unwohl gewesen zu sein. Aus Sorge, die Akademie könnte sich blamieren, erkundigte sich Th. Curtius bei seinem Freund Carl Duisberg nach der Person des Prinzen, der von Curtius als „vormaliger (Renommier)Chauffeur bei Lanz" tituliert wurde. Die Ergebnisse der Nachfrage sind wenig schmeichelhaft. Der Prinz erscheint als wenig vertrauenerweckende, hochstaplerische Existenz, als verdorbener Zweig einer angesehenen Familie. Lanz selbst soll froh gewesen sein, ,,als die den Prinzen endlich los waren."[74] Was den Prinzen von Isenburg zu Einfluß bei Lanz hatte kommen lassen, ist ungewiß. Es ist aber durchaus vorstellbar, daß Lanz sich von der „Hoheit" des Namens und der Herkunft des Prinzen beeindrucken ließ.

[71] Vgl. Bütschli an BMKU, 3. Dez. 1917, Eing.Nr. A 12733 (GLA 235/3354; vgl. auch den Entwurf in HAW 143/2).

[72] Vgl. dazu etwa auch Endemann an Min.ref. Böhm, 28.Apr.1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fasz. 20). Vgl. dazu 94f.

[73] Vgl. den Hinweis Bütschlis, daß auch die o.M. der Akademie „bis vor kurzem" in Unkenntnis über irgendwelche Verdienste des Prinzen bei der Akademiegründung waren (Bütschli an BMKU, 3. Dez. 1917; GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fasz. 20). Nur Koenigsberger, Windelband, Gothein und natürlich Endemann waren offenbar in irgendeiner Weise über das Mitwirken des Prinzen informiert. Ähnlich in Unkenntnis befand sich die Akademie wenige Jahre später - nach dem Ausscheiden der Gründergeneration - auch über die Verdienste des EM Endemann (vgl. Bartholomae an Kossel, 22. Juni 1924; **HAW** 1121/1 und **HAW** 1214/1).

[74] Vgl. Curtius an Duisberg, 6.Nov.1917 und Duisberg an Curtius, 8.Nov.1917 (Becke-Goehring, **M.,** Freunde in der Zeit des Aufbruchs der Chemie, 132ff.). Der Prinz von lsenburg wurde in der Gesamtsitzung am 17.Nov.1917 bei drei Gegenstimmen zum EM gewählt **(HAW** 143/2). Unrühmlich in Erscheinung trat von Isenburg, als er 1932 unter den Verdacht der Devisenschieberei geriet (vgl. Salomon-Calvi an P. Ernst, 14. Juli 1932; **HAW** 1121/1).

Endemann war anfangs also keineswegs auf die Person des Maschinenfabrikbesitzers Lanz fixiert, obgleich man, wie das Beispiel Gotheins zeigte, natürlich bei der Förderung kultureller oder sozialer Einrichtungen an ihn dachte. Die Rolle des Prinzen dürfte vor allem auch darin bestanden haben, Endemann ausdrücklich auf Lanz zu verweisen und ihn mit den nötigen Informationen auszustatten, die ihn dann in die Lage versetzten, seine offenbar beeindruckende „Standpauke" vor Lanz zu halten.

Die Höhe der versprochenen Stiftungssumme ist beachtlich, besonders wenn man bedenkt, daß sie ja nur einen Teil des gesamten Volumens der Lanzschen Stiftungen ausmachte. Heinrich Lanz zählte hier zu den bedeutendsten Stiftern seiner Zeit.[75] Von den Spenden für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft7[6] lagen nur zwei höher als die Stiftungssumme für die Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Trotz des verbreiteten Mäzenatentums für Wissenschaft und Künste waren Millionenspenden doch eine seltene Ausnahme.

Bedeutsam war, daß Endemann nicht den Plan eines Stifterkonsortiums verfolgen mußte - das war durch die Millionenspende überflüssig geworden. Denn zahlreiche Beispiele zeigten, so bei Czernys Krebsforschungsinstitut oder bei den Plänen einer Rheinischen Akademie der Wissenschaften, welche Probleme bei einem Stifterkonsortium auftreten konnten, wenn die Interessen vieler Geber berücksichtigt werden mußten oder Entscheidungen der Akademie gar durch einen „Aufsichtsrat" industrieller Mäzene kontrolliert und revidiert werden konnten. Nachdem Lanz seine Interessen, die sich auf die Gründung einer möglichst angesehenen und wirkungsträchtigen Institution richteten, durch die Abfassung der Stiftungsurkunde und der Grundzüge der Statuten, bei der ihm Endemann und über diesen auch Koenigsberger und Windelband behilflich waren, verwirklicht sah, ließ er der Akademie in allen Dingen freie Hand. In der Tat erscheint es zweifelhaft, ob Lanz überhaupt wußte, worauf er sich mit seiner Stiftung einer Akademie letztlich einließ. Karl Lanz hegte gegenüber der Akade-

[75] Vgl. die Auflistung bei B. vom Brocke, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, l IOff., die freilich nur Stiftungen etc. für wissenschaftliche Zwecke aufzählt. Vgl. auch die Bemerkungen oben Anm. 50.

[76] Vgl. Burchardt, L., Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland, 155-158.

mie eine Erwartungshaltung, die diese weder erfüllen konnte noch wollte.[77] Jedenfalls sah Gothein sich genötigt, nach der Eröffnungsfeier Karl Lanz erst einmal über die Zwecke der Gesellschaft aufzuklären.[78] Diese Fehleinschätzung der Akademiezwecke tat seiner Hochachtung für die Akademie aber keinen Abbruch, sofern sie dem „Hauptzwecke" der Gedächtnisstiftung für H. Lanz diente. An den Aktivitäten der Akademie beteiligte sich Lanz nicht. Nach der Eröffnungssitzung hat er nie wieder eine Festsitzung der Akademie besucht. Andererseits lud er die Akademie einmal zu einer - wenig beachteten - Betriebsbesichtigung nach Mannheim ein.[79] Wiederum durch Vermittlung von F. Endemann, der in der Vorkriegszeit zum wirksamsten Interessenvertreter der materiellen Belange der Akademie avancierte, ersetzte die Stifterfamilie im Sommer 1914 der Akademie schließlich auch die Schenkungssteuer von 50000 Mark.[80] Nun erst war nach offizieller Lesart „die in der Stiftungsurkunde vorgesehene Summe von einer Million vollständig in den Besitz der Akademie gelangt."[81]

Der offizielle Dank für die Akademiegründung kam - abgesehen von der Namensbezeichnung „Stiftung Heinrich Lanz" - dem Ehrbedürfnis auch der Ausführenden des Stiftungsauftrages entgegen. Wegen seiner Stiftung der Akademie erhielt K. Lanz am 30. Juni 1909 die Ehrendoktorwürde der Naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Universität,[82] ein Hinweis darauf, daß sich zumindest ein Teil der Universität mit der Akademiegründung identifizierte. Die Akademie verlieh ihm als erstem in ihrer konstituierenden Sitzung am 25. Juni 1909 die Ehrenmitgliedschaft,[83] die 1919 auch an seine Mutter Julia Lanz vergeben wurde.[84] Auch der badische Staat hielt sich mit Ehrungen aus

[77] Vgl. dazu die Rede **K.** Lanz' bei der Eröffnungssitzung der Akademie, Jh. 1909/10, **XVII-XIX;** vgl. dazu auch unten Kap. 11.5.1.

[78] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 3. Juli 1909 (Heid. Hs. 3484, Bf. 62).

[79] Vgl. K. Lanz an Windelband, 8. Mai 1914 (HAW 143/1).

[80] Heinrich Lanz Maschinenfabrik an HeidAW, 1. Juli 1914 (HAW Oll).

[81] HeidAW an BMKU, 6. Juli 1914 (ebd.). Ein von J. Lanz der Akademie geschenktes Bild von **H.** Lanz wurde mit Genehmigung des Ministeriums im Sitzungszimmer aufgehängt (vgl. **HAW** 0811/1; vgl. auch **HAW** 221/6 zu Sitz. Math.-nat. Klasse vom 1. Juli 1916).

[82] Vgl. Neubaur, P., Heinrich Lanz, 439ff.

[83] **HAW** 143/1; Jh. 1909/10, **VIII.**

[84] Die Wahl erfolgte in der Sitz. am 29. Juli 1919 (vgl. Jh. 1919, VI).

Anlaß der Akademiestiftung nicht zurück. Karl Lanz erhielt 1909 den „Kommandeur II. Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen" und 1917 den Titel „Geheimer Kommerzienrat".[85]

Als die Akademie in den 20er Jahren nach dem weitgehenden Verlust des Stiftungsvermögens die Bezeichnung „Stiftung Heinrich Lanz" aus ihrem Namen strich,[86] kam es zu Verstimmungen in Mannheim, die bis in die 50er Jahre anhielten.[87]

3. Die Verhandlungen um die Akademiegründung und die Haltung des Ministeriums zum Akademieplan.

Der Ablauf der Verhandlungen war trotz der schnellen Verwirklichung der Akademiegründung nicht ohne Schwierigkeiten, da die unterschiedlichen Wünsche und Vorgaben in eine für alle Seiten akzeptable Form gebracht werden mußten.

Vom 27. März 1909 datiert die erste direkte Nachricht über die Einleitung und den Fortgang von Verhandlungen um eine Akademiegründung. Der Prorektor der Universität, Windelband, teilte dem Ministerialreferenten Böhm „streng vertraulich mit, Herr Geheimer Hofrat Professor Dr. Endemann stehe mit einem reichen Herrn in Verbindung, der zur Errichtung einer Akademie der Wissenschaften ein großes Kapital stiften wolle. Die Angelegenheit sei dem Abschlusse nahe."[88] Zu diesem Zeitpunkt war also bereits klar, daß die Errichtung einer Akademie Ziel der Stiftung sein sollte. Zu diesem Zwecke informierte sich Windelband auch

[85] Vgl. Ghzl. Ordens-Kanzlei an BMKU, 5. Juli 1909, Nr. 1614 (GLA 235/3354, fol. 70) und BMKU an Ministerium des Innern, 12.Nov.1917 (GLA 235/3354, fol. 275v).

[86] In den Statuten vom 1. Mai 1926 heißt es nur noch (§ 1): „erwachsen aus der Stiftung Heinrich Lanz" (vgl. dazu unten 218).

[87] Als Kronzeuge hierfür wird der angesehene Mannheimer Jurist Florian Waldeck zitiert. Eine Reaktion der Stifterfamilie auf diese Entscheidung der Akademie ist in den Akten nicht belegt. Es scheint jedoch in den 20er Jahren zu einer deutlichen Abkühlung des Verhältnisses zur Familie Lanz gekommen zu sein, besonders natürlich nach dem Tode von Karl Lanz. Aus Anlaß der SO-Jahrfeier der Akademie wurden die Kontakte zu den Nachkommen bewußt wieder aufgenommen und intensiviert (vgl. die Korrespondenz **H.** Bornkamms in **HAW** 141171).

[88] Bericht Böhms „Die Errichtung einer Heidelberger Akademie der Wissenschaften betr[effend]" vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. l0r).

gründlich über den Gründungsplan des Jahres 1886, über deren Ausrichtung „nach dem Vorbilde der wissenschaftlichen Sozietät in Göttingen" und die Gründe des Scheiterns aufgrund des ablehnenden Gutachtens von K. Fischer und des Mangels an Geld.

Das Ministerium reagierte auf die Anfrage Windelbands zustimmend; Böhm äußerte die Hoffnung, daß der „schöne" Plan einer Akademiegründung auf sicherer finanzieller Grundlage „und getragen von dem erfreulicherweise zur Zeit vorhandenen akademischen Gemeingeiste, recht bald zur schönen Wirklichkeit wird."[89]

Auf Bitten Windelbands fand am 2. April bei ihm eine Besprechung statt, an der auch Böhm und Endemann teilnahmen. Hier machte Endemann nun genauere Mitteilungen, jedoch ohne den Namen des Stifters nennen zu wollen. Um die ganze Angelegenheit wurde also nicht nur strengste Geheimhaltung bewahrt, sondern auch ein „mystisches Dunkel"[90] gebreitet, was auch dem **Mini**sterium eine genaue Einsicht in die Sachlage verwehrte. Zweck der Besprechung war, eine „Stellungnahme der Gr[oßherzoglichen] Regierung zu der Frage der Akademiegründung zu erfahren"; mitgeteilt wurde jedoch lediglich, daß für die Gründung der Akademie eine Million Mark gestiftet werden sollten und daß der Stifter „nur den Wunsch hege, daß die Akademie als Zusatzbezeichnung den Namen seines Vaters in der Form N-Stiftung führe".[91] Offenbar jedoch machte der Stifter die Einlösung seiner Zusage von einer positiven Stellungnahme der Landesregierung abhängig; denn um den Sinn der Stiftung - die öffentliche Anerkennung des Mäzenatentums als Grundlage des Nachruhms des Stifters, die einer

[89] Böhm an Windelband, 27. März 1909 (**HAW** 011). Auch Koenigsberger weist in seinen Lebenserinnerungen auf die günstige Stimmung innerhalb der Professorenschaft als Grundlage einer Akademiegründung hin. Vgl. Koenigsberger, Leo, Mein Leben, 210. Im ganzen bedenkt Koenigsberger die Vorgeschichte der Akademie in seinen Lebenserinnerungen nur mit wenigen Sätzen. Seine Zurückhaltung begründet sich zu einem guten Teil aus seiner Vorgabe, daß „Begebenheiten, welche mit noch bestehenden Verhältnissen in Zusammenhang stehen, sowie Briefe und Mitteilungen noch lebender Personen ... selbstverständlich gänzlich ausgeschaltet werden" mußten (ebd., 3). Demgemäß werden Akteure und auch Probleme der Verhandlungen bei ihm nicht genannt. Die ganze Gründungsgeschichte wird nur von der leicht zu erhaltenden Zustimmung des Landesherrn abhängig gemacht (ebd., 210).

[90] Vgl. Böhm an Windelband, 2. Mai 1909 (HAW 011).

[91] Bericht Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. IOv-llr).

rein privaten Gelehrtenvereinigung niemals im selben Umfang zuteil werden konnte - zu erreichen, wurde eine staatliche Anerkennung der Stiftung zur Voraussetzung erhoben. Die Anonymität erlaubte Lanz, zunächst die grundsätzliche Haltung der Regierung abzuwarten, um daran seine eigene Entscheidung ausrichten zu können: ob er nämlich die ins Auge gefaßte Stiftung vornehmen oder letztlich doch unterlassen sollte.

Der Wunsch nach staatlicher Anerkennung eröffnete andererseits auch dem Ministerium die Möglichkeit, eigene Vorstellungen in das Akademieprojekt einzubringen. Bezugnehmend auf die Gründungspläne des Jubiläumsjahres 1886 glaubte Böhm beim Landesherrn und dem Unterrichtsministerium eine grundsätzlich positive Einstellung zur Wiederaufnahme der Akademiepläne voraussetzen zu dürfen. Aufgrund dieser Akzeptanz und der gleichzeitigen Schlüsselstellung, die dem Ministerium bei den Verhandlungen eingeräumt werden sollte, verstand sich Böhm als Vertreter des Ministeriums gleichzeitig auch als eine Art Korrektiv gegenüber zu hohen Ansprüchen, die aus der Universität heraus vorgetragen werden mochten. So zeigten sich denn auch bereits bei dieser ersten Begegnung bedeutsame eigenständige und von den Plänen der Gelehrten abweichende Vorstellungen über die Verwirklichung des Akademieplanes.[92] Böhm erschien der Akademieplan als zu hochgegriffen. Unter einer Akademie stellte er sich Institutionen wie die Berliner oder Münchner Akademie der Wissenschaften vor, mit denen die Heidelberger allein schon aus Gründen der Dotation nicht konkurrieren konnte. In Karlsruhe dachte man eher an eine „Gelehrte Gesellschaft" nach Göttinger Vorbild oder eine „Gesellschaft der Wissenschaften", wie es sie ähnlich auch an anderen Universitätsstädten, etwa Straßburg, gab. Im weiteren Sinne wünschte man sich in Karlsruhe eine „Oberrheinische Gesellschaft der Wissenschaft". Hier wirkten auch die Gedanken Friedrichs I. über eine gesamtbadische Akademie nach. Auch wenn sich bei einem Sitz der Institution in Heidelberg eine Beteiligung der anderen beiden badischen Hochschulen nicht verwirklichen ließe, so sollte doch in irgendeiner Weise eine „Verbindung mit diesen Schwesteranstalten" angestrebt werden. Der

[92] Zum folgenden vgl. den Bericht Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 11v-12v; vgl. auch Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 246f.).

gesamtbadische Charakter der neuen Einrichtung sollte jedenfalls ersichtlich werden. Tatsächlich suchte man bei der Gestaltung der Akademie diesem Gedanken Rechnung zu tragen. Das Ministerium in Karlsruhe hatte zudem Zweifel, ob die Heidelberger Universität allein eine ausreichende personelle Grundlage für die Akademie bieten könne. Überhaupt spielte die Sorge, der neuen Institution könne von vornherein der Vorwurf der Mittelmäßigkeit anhaften, eine große Rolle in den Bedenken Böhms als Vertreter des Ministeriums. Er mahnte nicht nur, von dem Akademieanspruch abzustehen, sondern auch ein möglichst hohes Niveau durch eine extrem eingeschränkte Mitgliederzahl anzustreben. Die neue Institution sollte nach dem Wunsch der Regierung ein Ort sein, an dem nur die Elite der Wissenschaft zusammengeführt würde.[93] In der Frage der Benennung der Akademie, die als Ausdruck ihrer Ausrichtung und ihrer Struktur verstanden wurde, zeigen sich Parallelen zu den früheren Heidelberger Akademieplänen ebenso wie zu den Argumenten bei der Gründung der Leipziger Akademie. In dem Vorschlag, die Akademie als Sozietät oder

[93] Vgl. demgegenüber die Zusammensetzung der StrWG. Bei der Frage, ob man den Status einer Akademie anstreben solle, spielte gerade das Argument, es fehle an der „akademischen Grandezza" und an einem Numerus clausus, eine nicht unerhebliche Rolle. Vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 19. Die StrWG zählte bereits bei ihrer Gründung 48 o.M. (Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 2), ein Jahr später bereits 84 o.M. (vgl. Mitgliederverzeichnis nach dem Stand vom 6. Juli 1907 in Schriften StrWG 1, Xlff.). Die Bedenken Böhms wurden im übrigen von einem Großteil der Heidelberger Gelehrten, sobald sie mit der Akademiegründung konfrontiert wurden, geteilt. Oncken hätte ebenfalls einen bescheideneren Ansatz einer wissenschaftlichen Gesellschaft, wie sie in Straßburg bestand und dann auch in Freiburg verwirklicht wurde, für angemessen befunden. Heidelberg sah er auch im Rückblick dem Akademieanspruch, wie ihn Berlin, München und Wien verkörperten, nicht gewachsen: Es fehlte an einer einer Akademie genügenden ausreichenden Zahl „wissenschaftlicher Notabilitäten". Die Feststellung, daß nach Berliner Maßstab eine gewisse Anzahl der Heidelberger o.M. nicht akademiefähig sei, stützt Böhms Sorge in Hinblick auf das wissenschaftliche Niveau der Akademie. Die Konsequenz Böhms (radikale Beschränkung der Zahl der o.M.) wurde von Oncken freilich abgelehnt, der als reale Alternative die von Böhm ebenfalls bevorzugte, aus „praktischen" Gründen aber letztlich nicht verwirklichte südwestdeutsche Landesakademie ansah: „Ich habe vor zwölf Jahren wohl das Gefühl gehabt, daß Heidelberg, Freiburg und Straßburg zusammen wohl eine Akademie von Rang hätten besetzen können, wir allein aber nicht" (vgl. Oncken an **M.** Lenz, 19. Nov. 1922; **StBPK, NI. M.** Lenz).

Gesellschaft der Wissenschaften zu bezeichnen, drückte sich jedoch auch eine gewisse Bescheidenheit aus, wenn man voraussetzt, daß Böhm die grundsätzliche Übereinstimmung des Charakters einer „Societät" und „Akademie" bekannt war.[94]

Aufgrund der geringen finanziellen Mittel war eine Honorierung der ordentlichen Mitglieder ausgeschlossen. Die Akademie konnte aus eigenen Mitteln ihre Mitglieder also nicht freistellen für eine Arbeit, die sich ausschließlich auf ihre Forschungsprojekte konzentrierte. Somit war weitgehend der festbestallte Lehrstuhlinhaber der Kandidat für eine ordentliche Mitgliedschaft in der Akademie; die Akademie war von vornherein auf eine enge personelle Verflechtung mit der Universität angewiesen. Die Wünsche des Ministeriums auf rigide Begrenzung der Mitgliederzahl dürfte in diesem Ausmaß wohl kaum dem ursprünglichen Willen der Vertreter der Gelehrten entsprochen haben. Doch man war, wie die Satzungsbestimmungen zeigen, bereit, auf die Vorgaben des Ministeriums einzugehen, zumal als Kennzeichen der Akademie - im Gegensatz etwa zum wissenschaftlichen „Verein" - auch ein strenger Numerus clausus galt. Nicht eingehen konnte man dagegen auf die Vorstellung einer gemeinschaftlichen oberrheinischen Akademie. Diese Wunschvorstellung Großherzog Friedrichs I. hatte schon seinerzeit nicht der Kritik des Heidelberger Gelehrten W. Kühne standhalten können[95] und schien Windelband und Endemann auch jetzt unpraktikabel. Das Problem, die Heidelberger Akademie aus einer gewissen lokalen Enge herauszuführen, konnte wirksam tatsächlich erst 50 Jahre später gelöst werden. So wurden bei dieser „Konferenz" Grundpositionen abgesteckt, an denen sich die weiteren Verhandlungen orientieren konnten und mußten.

Während die nächsten Wochen in der Vorbereitung der Stiftungsurkunde und dem Austausch von Mitteilungen über eine mögliche Organisation der Akademie relativ ruhig verliefen, kulminierte das Geschehen Ende April und Anfang Mai. In einem Schreiben vom 21. April 1909 an Endemann hatte Böhm Hinweise

[94] Zum Begriff der Sozietät vgl. oben 12, Anm. 9 und 33f. Zur Diskussion um die Bezeichnung der Leipziger Akademie vgl. Lea, E./Wiemers, G., Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften, 186.

[95] Vgl. dazu oben 39f.

auf die Organisation der anderen Akademien gegeben. Bedeutsam war vor allem sein Vorschlag, ,,als Stiftungs- und Festtag der Akademie den 24. April, den Tag des Regierungsantritts des hochseeligen Großherzogs" zu wählen.[96] Dadurch, daß die neue Akademiegründung mit der Person Großherzog Friedrichs I. verknüpft wurde, kam zum Ausdruck, daß die jetzige Gründung auch der endlichen Erfüllung eines langgehegten Wunsches des verstorbenen Großherzogs gleichkomme, der sich - so wurde unterstellt - mit dem der Universität Heidelberg deckte.[97] Damit einher ging selbstverständlich die volle Identifizierung des großherzoglichen Hauses wie der Landesregierung mit der - nach dieser Interpretation - längst überfälligen Akademiegründung.

Der Wunsch des Ministeriums entsprach mit der dahinter zum Ausdruck kommenden Haltung ganz dem Willen des Stifters wie der Gelehrten. Am 24. April wurde die Urkunde, ,,durch welche eine Million Mark zur Begründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gestiftet wird",[98] unterschrieben und ausgefertigt. Als Stiftungstag wurde selbstverständlich der 24. April gewählt, die Mitteilung Böhms wurde dabei als überaus „wertvoller" Hinweis betrachtet, die Stiftung den staatlichen Stellen nahezubringen. Bezeichnenderweise ging die erste Nachricht über den Abschluß des Stiftungsvertrages an das Ministerium, als handelte es sich hier um ein Rechtsgeschäft zwischen Stifter und Empfänger, und der Empfänger war die großherzogliche Regierung, der die notarielle Ausfertigung der Urkunde zugestellt wurde. Die Mitwirkung Windelbands und Koenigsbergers hierbei war allenfalls informeller Natur und unmittelbar erst bei der inhaltlichen Gestaltung, d.h. der Festlegung der Statuten vorgesehen.[99] Die Urkunde wurde auf Wunsch Endemanns am 29. April dem Staatsminister von Dusch und Ministerialreferent Böhm von Endemann persönlich übergeben. Anwesend war hierbei auch der Prinz von Isenburg, ,,der bei den Verhandlungen den größten Einfluß und die wertvollste Hülfe geleistet hat." Auf Anregung von Isenburgs sollte „auch die Frage

[96] GLA 235/3354, fol. 13r.

[97] Vgl. Präsidialvortrag des Staatsministers von Dusch vor Großherzog Friedrich II. am 29. Juni 1909, B 8328 (GLA 235/3354, fol. 63v).

[98] Endemann an Böhm, 25. Apr. 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).

[99] Endemann an Böhm, 28. Apr. 1909 (ebd.).

der Auszeichnung an den Stifter vor dem Herrn Minister" zuvörderst besprochen werden.[100]

Die eigenmächtige und geheim gehaltene Verhandlungstätigkeit Endemanns im Zusammenwirken mit dem Prinzen von Isenburg barg indessen erhebliche Risiken. So wurde das Staatsministerium bei der Besprechung am 29. April nicht nur mit der Stiftungsurkunde, die Endemann auch auf ausdrücklichen Wunsch Böhms vorher vorzulegen nicht bereit war, sondern auch mit einigen unliebsamen inhaltlichen Klauseln in derselben überrascht. Ärgerlich kommentierte Böhm das „mystische Dunkel", das von Endemann um die Sache gebreitet worden sei, ohne dem Ministerium vorher Einblick in die Bedingungen zu gewähren.[101] Das verhinderte nicht nur eine gewissenhafte Vorbereitung, sondern auch eine detaillierte Stellungnahme des Ministeriums, da in einer so großen Sache wie der Stiftung einer Akademie „in einer kurzen Unterredung, in der die verschiedensten Dinge durch einander zur Sprache kommen",[102] keine Entschlußfassung möglich war, zumal unerwartete Schwierigkeiten auftraten. Als die Stiftungsurkunde dem Ministerium vorlag, „zeigte sich, daß der Stifter, Herr Karl Lanz in Mannheim, nur 100000 **M** bar einzahlen wolle und sich für die Zahlung der weiteren 900000 **M** eine Zahlungsfrist von 10 Jahren vorbehalte, dafür aber die vierprozentige Verzinsung des einbehaltenen Stiftungskapitals verspreche."[103]

Dieser Wunsch Lanz' war im Hinblick auf die enormen Zahlungsverpflichtungen, die er auch durch die anderen Stiftungen eingegangen war, wohl verständlich, widersprach aber der grundsätzlichen Haltung der Landesregierung, „daß der größere Teil der Stiftung jedenfalls schon einbezahlt sein müsse, bevor die Gründung der Akademie möglich sei."[104] An dieser Forderung beschloß das Staatsministerium unbedingt festzuhalten. Das Ministerium war skeptisch und mißtrauisch gegen jeden auf die Zukunft ausgestellten Wechsel, „weil auch beim reichsten Manne nicht übersehen werden kann, ob er oder seine Erben in einem Zeitraum von

[100] Vgl. Endemann an Böhm, 25. Apr. 1909 (ebd.) und Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. Br).

[101] Vgl. dazu Böhm an Windelband, 2. Mai 1909 (HAW Oll).

[102] Böhm an Windelband, 2. Mai 1909 (ebd.).

[103] Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 13r-13v).

[104] Vgl. dazu Böhm an Windelband, 2. Mai 1909 (HAW 011).

zehn Jahren noch leistungsfähig genug sind, um ein so großes Stiftungsversprechen zu vollziehen. Nach dem Wortlaut der Stiftungsurkunde müssen eben die restlichen 900000 **M** innerhalb 10 Jahre bezahlt werden, es würde also ihre Einzahlung am 23. April 1919 nach dem Versprechen des Herrn Stifters genügen. Bis dahin wäre die Akademie nicht sicher fundiert."[105] Nach Ansicht des Ministeriums bestand bei einer lOjährigen Zahlungsfrist und den einzukalkulierenden Änderungen der Verhältnisse eben nicht mehr „eine genügende Sicherheit für die Zahlung" des Betrages. Der Staat könne jedoch „nicht das Risiko auf sich nehmen, die Errichtung einer Akademie zu genehmigen, für deren Betrieb nicht einwandfreie Sicherheit bestehe."[106] Die Weitsicht des Ministeriums hat in diesem Fall die Akademie wohl davor bewahrt, erneut nur eine unerfüllte Idee zu bleiben. Angesichts der nicht vorauszusehenden Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918 hätte eine bis 1919 gestreckte Zahlungsfrist möglicherweise die Entstehung der Akademie tatsächlich verhindert. Mit Schreiben vom 30. April teilte Böhm Endemann die Haltung des Ministeriums unmißverständlich mit, daß man die Stiftung dem Großherzog nicht zur Genehmigung vorlegen werde, wenn nicht „die bare Einzahlung eines größeren Stiftungskapitals" garantiert sei.[107]

Wiederum drohte die Akademiegründung an finanziellen Problemen zu scheitern. Doch der Wunsch der Landesregierung, die in Aussicht gestellten Gelder für die Wissenschaft des Landes sicherzustellen, war so groß, daß man für den Fall, daß Lanz ‚jetzt [tatsächlich] nicht mehr als 100000 **M** leisten will" oder könne, man die „Allerhöchste Genehmigung" für eine „Stiftung zur Gründung einer Heidelberger Akademie" erwirken wolle. Die Gründung der Akademie selbst könne dann vollzogen werden, ‚‚wenn das tatsächlich einbezahlte Stiftungskapital eine sichere Grundlage für den Fortbestand der Akademie gewährleistet."[108] Aber auch Lanz war offensichtlich angesichts des drohenden Scheiterns eines Lieblingsprojektes zur Heroisierung des Vorfahren, von Endemann bedrängt, zum Einlenken und zu einem Kompromiß bereit. Endemann hatte noch einmal intensive Verhandlungen mit Lanz

[105] Böhm an Windelband, 2. Mai 1909 (ebd.).
[106] Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 14r).
[107] Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (ebd.).
[108] Böhm an Windelband, 2. Mai 1909 (HAW 011).

geführt, die ihn schließlich überschwenglich verkünden ließen, daß er in Kürze mitzuteilen hoffe, ,,daß die Million Mark für die Stiftung baar eingezahlt ist."[109] Daß Endemann hier einer Illusion aufsaß, zeigte sich nur allzubald: ,,Die Finanzierung der geplanten Heidelberger Stiftung macht viel größere Schwierigkeiten, als ich anfangs ahnen konnte."uo Lanz war nicht in der Lage, die ganze Summe bar einzuzahlen. Erst als nach weiteren zähen Verhandlungen nicht der von Endemann erhoffte Durchbruch möglich erschien, zeigte sich auch ihm der Ernst der Lage, der das von ihm so sehr beförderte Projekt an den Rand des Scheiterns drängte. Immerhin war er nach all diesen Verhandlungen in der Lage, dem Ministerium einen Kompromißvorschlag zu unterbreiten, der den Möglichkeiten der Stifter entsprach und Endemann selbst durchaus akzeptabel erschien. ,,Unter Anerkennung der Forderung, daß das Stiftungskapital von einer Million durchaus gesichert sein muß, dürfte wohl auf einer Baarauszahlung, die zur Zeit untunlich erscheint, dann verzichtet werden können, wenn auf unzweifelhafte Weise die Einzahlung des Restes garantiert wird. Der Vorschlag geht dahin: der Stifter zahlt bar

sofort	200000 **M**	+ 32000 +Zinsendes Kapitals=	8000
am 24. April 1910	200000 **M**	+ 24000 +Zinsendes Kapitals=	16000
am 24. April 1911	200000 **M**	+ 16000 +Zinsendes Kapitals=	24000
am 24. April 1912	200000 **M**	+ 8000 +Zinsendes Kapitals=	32000
am 24. April 1913	200000 **M**	Zinsen des Kapitals=	40000

Auf diese Weise wird die Restzahlung blos auf vier Jahre verteilt, innerhalb derer sicherlich keinerlei Befürchtung gegen die Zahlungsfähigkeit der Firma Lanz bestehen oder entstehen kann. Damit aber alle Bedenken behoben werden, übernimmt die Rheinische Kreditbank für die gesamten Zahlungen die Bürgschaft als Selbstschuldner. Ich bitte, diesen Vorschlag in wohlwollende Erwägung zu ziehen, indem ich versichere, daß ein anderer Weg kaum erreichbar erscheint. Gewiß wäre die sofortige Baareinzahlung erwünschter; aber da jetzt die Frage einfach dahin lautet, ob diese im Sinne des Hochseeligen Herrn Großherzogs liegende Stiftung zu stande kommen oder ob sie endgültig nach allen Mühen verloren gehen soll, so dürfte es vielleicht möglich sein, die bisher

[109] Endemann an Böhm, 2. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).
[110] Endemann an Böhm, 14. Mai 1909 (ebd.).

erhobenen Bedenken zurückzustellen. Der etwa noch bleibende Ausweg, die Akademie in Form eines Vereines mit juristischer Persönlichkeit (E.V.), der keiner Genehmigung bedürfe und zugleich doch das Hohe Protektorat finden könnte, zu gründen, scheint mir wenig wünschenswert zu sein; es besteht die Gefahr, daß andere Projekte sich dazwischendrängen. Ich bitte daher, mir geneigtest möglichst bald Bescheid erteilen zu wollen, ob die Stiftung in der beabsichtigten Weise Genehmigung finden wird, so daß die Bürgschaftsübernahme und die notarielle Festlegung des Stiftungsgeschäftes, zu der Herr Lanz jetzt bereit ist, erfolgen kann."[111]

Der entscheidende Passus des Abkommens war die Bereitschaft der Rheinischen Kreditbank, für den Gesamtbetrag die Bürgschaft als Selbstschuldner zu übernehmen. Diese Formel, die durch Einsatz und Vermittlung des Prinzen von Isenburg zustande kam,[112] ließ auch dem Ministerium den Kompromiß annehmbar erscheinen, war doch dadurch die vom Ministerium als Grundbedingung geforderte sichere materielle Ausstattung gewährleistet. Die Interessen aller Beteiligten liefen schließlich in die gleiche Richtung, nämlich die Stiftung zur Förderung der Wissenschaften möglich zu machen. Wie richtig die Einschätzung Endemanns in der Wahl des Zeitpunktes für die Verhandlungen mit Lanz war, läßt sich nicht nur aus den Zahlungsschwierigkeiten des Mäzens herauslesen. Auch wenn man davon ausgeht, daß die Stiftung an die Handelshochschule in Mannheim 1910 als eine Folge der Akademiegründung gesehen werden kann, so machte die Fixierung der Lanzsehen „Wohltätigkeit" auf Mannheim ein Hinlenken des Lanzsehen Interesses auf Heidelberger Anliegen in der Folgezeit nicht leichter. Ein Zurückstellen der Akademiepläne hätte die Gefahr mit sich gebracht, daß das Stiftungspotential Lanz' in andere Kanäle gelenkt worden wäre. So erscheint das Frühjahr des Jahres 1909 auch im Nachhinein als einzigartige Gelegenheit, die Akademiegründung auf der Basis einer privaten Stiftung zu vollziehen. Daß es durchaus eine „repräsentative" wissenschaftliche Einrich-

[111] Endemann an Böhm, 14. Mai 1909 (ebd.). Vgl. auch Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 15r). Die Erklärung über die Zahlung des Stiftungskapitals mit der Bürgschaftserklärung datiert auf den 24. Mai 1909. Vgl. ebd., fol. 20rv.

[112] Vgl. die Auskunft Endemanns während der Verhandlungen um die Wahl von lsenburgs zum EM (Bütschli an BMKU, 3. Dez. 1917; HAW 143/2).

tung sein mußte, sowohl nach dem Willen der Gelehrten als auch nach dem des Stifters, wird auch an dieser Stelle deutlich. Es ging darum, die höchstmögliche Reputation in wissenschaftlicher wie öffentlicher und rechtlicher Hinsicht für das Unternehmen zu erlangen.

Am 15. Mai erklärte der Staatsminister Alexander Frhr. von Dusch das Einverständnis des Ministeriums mit der vorgeschlagenen Zahlungsmodalität.[113] Damit war der Weg zum Abschluß der Gründungsverhandlungen, die nur noch organisatorische und formale Aspekte betrafen, freigegeben. Am 22. Mai endlich kam „das Stiftungsgeschäft der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ... durch notarielle Beurkundung zu stande".[114] Die Stiftungsurkunde[115] enthält neben dem Stiftungsgeschäft „zum ehrenden Gedächtnis des am 1. Februar 1905 verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Heinrich Lanz" eine Reihe von Bestimmungen, die für die Konstituierung und Formierung der Akademie bindend waren. Die Akademie sollte der Universität „angegliedert" sein und als rechtsfähige Stiftung dem Protektorat des Großherzogs Friedrich II. von Baden unterstehen. „Der Zweck der Stiftung ist Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten und Zusammentritt mit den vereinigten Akademien Europas. Die innere Ausgestaltung soll nach dem Vorbild der Akademien Berlin und München und der Gelehrten-Gesellschaften Göttingen und Leipzig erfolgen." Demgemäß sollten zwei Klassen als Gliederungen der Akademie eingeführt werden, denen jeweils ein Sekretär[116] vorstehen sollte; „ein Präsident wird nicht ernannt." Als Stiftungstag wurde der 24. April „in Erinnerung an den Regierungsantritt des Hochseligen Großherzogs Friedrich I. von Baden" festgesetzt. Die Abfassung der Statu-

[113] Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 15v). Vgl. dazu auch HeidAW an den Ghzl. Verwaltungshof, 25. Juli 1909 (GLA 235/30158), wo Einzelheiten des Verfahrens der Anlage und Zahlungsmodalitäten geklärt werden.

[114] Endemann an Böhm, 23. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).

[115] Vgl. Jh. 1909/10, Illf.; HAW 011; GLA 235/3354, fol. 18r-19v. Die Stiftungsurkunde ist ausgestellt vom Großherzoglichen Notariat Mannheim II beim Amtsgericht Mannheim, unterzeichnet von Karl Lanz und dem Notar Wörner.

[116] Gelegentlich taucht in Korrespondenzen bereits die in Berlin gebräuchliche Bezeichnung „Sekretar" auf, wie sie seit 1946 auch in Heidelberg üblich wurde (vgl. die handschr. Ausfertigung der Stiftungsurkunde, GLA 235/3354, fol. 19v und Endemann an Böhm, 23. Mai 1909; GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20. Vgl. auch Neubaur, P., Heinrich Lanz, 433ff.) .

ten wie die Wahl der Sekretäre und Akademiemitglieder sollte künftig durch die Akademie erfolgen, jedoch sollten „leitende Grundsätze" der Verfassung der Akademie durch den Großherzog erlassen werden, ebenso wie auch die erste Auswahl und Ernennung der Mitglieder durch ihn erfolgen sollte. Die begrenzten Mittel der Stiftung ließen keine Honorierung der Mitglieder zu. Die Urkunde schloß mit Bestimmungen über die Anlage des Stiftungskapitals und die Verwendung der Mittel. Der Stiftungsurkunde wurden die von Windelband, Koenigsberger und Endemann ausgearbeiteten Grundzüge der Verfassung der Akademie beigeschlossen. Gleichzeitig mit der Übersendung der notariellen Stiftungsurkunde an das Ministerium am 23. Mai stellte Endemann „kraft beigefügter Vollmacht"[117] den Antrag an das Staatsministerium auf Erteilung der Genehmigung für die „rechtsgeschäftlich begründete Stiftung einer »Heidelberger Akademie der Wissenschaften; Stiftung Heinrich Lanz«" und ihre Erhebung zu einer rechtsfähigen Stiftung.[118]

Aus der Urkunde ausgeklammert waren alle Bestimmungen über die Einzahlung des Stiftungsvermögens. Die Verpflichtung Karl Lanz' „zur Zahlung der ganzen Stiftungssumme in den verabredeten Terminen" und die Bürgschaftserklärung der Rheinischen Kreditbank wurden in einer zweiten, ebenfalls notariell beglaubigten „Verschreibung" festgehalten, da nach Ansicht Endemanns diese Verpflichtung nicht zur Stiftung selbst gehöre und das Bild der Stiftungsurkunde stören würde. Beeinträchtigungen für die „Sicherheit der Zahlungserfüllung" sah Endemann durch die Trennung der beiden Urkunden nicht zu befürchten.[119]

Eine Panne des Notars in der Formulierung der „Verpflichtungsurkunde" führte zu erneuten Verwicklungen, die den endgültigen Abschluß des Stiftungsvorganges noch einmal hinauszö-

[117] Vollmacht Karl Lanz' für F. Endemann vom 25. Mai 1909: „Hiermit beauftrage und bevollmächtige ich Herrn Geheimen Hofrat Professor Dr. Endemann, Heidelberg[,] die erforderlichen Schritte beim Ministerium zu tun, um die juristische Persönlichkeit für die von der Familie Heinrich Lanz begründete Stiftung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zu erlangen" (GLA 235/3354, fol. 17r).

[118] Endemann an Böhm, 23. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20) und Endemann an das Ghzl. Bad. Staatsministerium, 23. Mai 1909 (GLA 235/3354, fol. 16r).

[119] Wie Anm. 118.

gerte. Doch handelte es sich hier nicht mehr um grundsätzliche Probleme, sondern nur noch um formale Abklärungen. So mußten Lanz und Endemann darauf bestehen, daß die selbstschuldnerische Bürgschaft, wie in den Verhandlungen bestimmt, von der Rheinischen Kreditbank selbst und nicht von einer Filiale übernommen wurde. So war der Text der Schuldverschreibung rasch zu korrigieren, durch Terminschwierigkeiten verzögerte sich jedoch die Unterzeichnung der Urkunde durch die Direktoren der Rheinischen Kreditbank, die auf Endemanns Drängen ebenfalls notariell beglaubigt werden mußte. Rechtliche Bedenken des Ministeriums gegen die Trennung des eigentlichen Stiftungsgeschäftes von der Klärung der Zahlungsmodalitäten wußte Endemann, der „Sicherheit der Zahlungserfüllung . . . in keiner Weise beeinträchtigt" sah,[120] mit Schreiben vom 26. Mai 1909[121] auszuräumen. Er schlug daher vor, in der ministeriellen Genehmigung den Zusammenhang beider Urkunden ausdrücklich hervorzuheben, daß also die Verpflichtung zur Zahlung des Stiftungskapitals gekoppelt werde mit der Regelung der Zahlungsmodalitäten. Auch der ministerielle Einwand hatte nur noch formellen Charakter, ohne den Abschluß des Stiftungsgeschäftes, die „Ausfertigung des Schlußaktes der Stiftung", zu behindern.

Mit Unterzeichnung der Stiftungsurkunde am 22. Mai 1909 übergab Lanz auch einen Scheck über 232000 M (200000 **M** Stiftungskapital plus 32000 **M** Zinsen) als erste Ratenzahlung an Endemann. Endemann erscheint in diesem letzten Akt in mehreren Funktionen. Er ist der Vertraute des Stifters **K.** Lanz geworden, in dessen Auftrag er die Genehmigung der Stiftung betreibt; gleichzeitig ist er für Lanz und wohl auch für das Ministerium der eigentliche Repräsentant der neuen Stiftung und zugleich deren Sachwalter. Da zu diesem Zeitpunkt die leitende Funktion Koenigsbergers und Windelbands für die Geschäfte der Akademie bereits feststand, wären natürlich sie als Adressaten der Scheckübergabe in erster Linie in Frage gekommen. Daß jedoch das ganze Stiftungsgeschäft auf Endemann zugeschnitten war, zeugt einerseits von dem Vertrauen, das ihm von allen drei Seiten für seinen selbstlosen Einsatz letztlich entgegengebracht wurde, andererseits aber auch von dem Interimszustand, in dem sich die Akademie befand,

[120] Endemann an Böhm, 23. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).
[121] Endemann an Böhm, 26. Mai 1909 (ebd.).

denn nach Auffassung der Beteiligten war die Akademie erst mit der staatlichen Genehmigung begründet. So schien es Lanz ratsam, denjenigen Vertreter, der den Geschäftsgang der Akademiegründung vorangetrieben hatte, auch zum vorläufigen Verwahrer des Akademieeigentums zu bestimmen und ihn mit der Wahrnehmung der Interessen der Akademie zu beauftragen, zumal bei dem ganzen Stiftungsgeschehen kein anderer Vertreter der Akademie anwesend war! Eine gewisse Unsicherheit, was er mit dem nun empfangenen Scheck eigentlich anfangen sollte, konnte jedoch auch Endemann nicht verbergen. Die Anfrage beim Ministerium sollte den nötigen Rückhalt schaffen: „Ich bitte um Anweisung, ob es besser ist, damit zu warten, bis die Stiftung genehmigt ist."[122] Anweisungen über die Anlage des Geldes waren bereits in der Stiftungsurkunde festgelegt worden in der Form, daß das Stiftungskapital „in mündelsicheren Papieren oder Werten anzulegen" sei.[123] Es ist wahrscheinlich, daß diese Anweisung des Stifters der Beratung durch das Kreditinstitut, die Rheinische Kreditbank, entsprang, der an entsprechenden Sicherheiten natürlich ebenfalls gelegen sein mußte und die der neuen Institution auch ihre Dienste anempfehlen wollte.

Mit der Auszahlung der ersten Rate des Stiftungskapitals und der Einreichung des Schecks bei einer Bank trat die Akademiegründung in ein Stadium, in dem die Geheimhaltung, die bisher absolut bewahrt worden war, nur noch schwer zu hüten sein würde. Endemann drängte daher, den letzten Schritt der Genehmigung der Akademie und der öffentlichen Bekanntgabe der Akademiegründung nicht weiter hinauszuzögern.

In seinem Ministerialvortrag vom 28. Mai 1909[124] konnte F. Böhm dem Großherzog mitteilen, daß das Ministerium keinerlei Bedenken gegen die Genehmigung der Zahlungsmodalitäten habe und empfahl somit die Genehmigung der Stiftung, nicht ohne auf den alten Akademieplan, einen „Lieblingsgedanken" Großherzog Friedrichs 1., und die zu erwartenden positiven Auswirkungen auf „das wissenschaftliche Leben der ältesten deutschen Hochschule" hingewiesen zu haben. Die der Akademie zur Verfügung stehenden Mittel würden zur Erfüllung ihrer Aufgaben gewiß ausreichen. Mit

[122] Endemann an Böhm, 23. Mai 1909 (ebd.).
[123] Stiftungsurkunde (wie Anm. 115).
[124] GLA 235/3354, Nr. B 6877, fol. 27r-30r.

der Staatsrninisterial-Entschließung No. 479 vorn 3. Juni 1909 wurde der Stiftung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften die staatliche Genehmigung erteilt.[125]

Benachrichtigt wurden von dieser Genehmigung der Stifter Karl Lanz,[126] Endernann und die Repräsentanten der Akadernie.[127] Veröffentlicht wurde die großherzogliche Genehmigung mit Datum vorn 2. Juli 1909 im Staatsanzeiger vorn 20. Juli 1909.[128]

4. Die Konstituierung der Akademie.

War die Stiftung mit der staatlichen Genehmigung vorn 3. Juni 1909 endgültig begründet, so hatten noch zahlreiche Verhandlungen über den inneren Aufbau und die Konstituierung der Akademie zu folgen, ehe Mitte des Monats Juni die Gründung der Akademie öffentlich bekannt gegeben werden konnte.

Parallel zum Geschäftsakt der Akademiegründung, der von Endernann betrieben wurde, fanden seit Anfang Mai 1909 Beratungen zwischen Koenigsberger, Windelband und Endernann über die Gestalt und die Verfassung der Akademie statt. Es ist also festzuhalten, daß die Gründungsverhandlungen und die Frage der Organisation und des Aufbaus der Akademie getrennt und auf verschiedenen Ebenen verliefen. Während Endernann als Jurist die alleinige Autorität genoß in der Verhandlungsführung des eigent-

[125] Staatsministerial-Entschließung No. 479, Karlsruhe 4. Juni 1909: „Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerial-Entschließung d.d. Karlsruhe, den 3ten Juni d.J. No. 479 auf den untertänigsten Vortrag des Ministers der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 28. Mai 1909 No. B 6877 gnädigst geruht, der Stiftung des Herrn Karl Lanz in Mannheim behufs Errichtung einer Heidelberger Akademie der Wissenschaften - Stiftung Heinrich Lanz mit einem Stiftungsvermögen von einer Million Mark nach Maßgabe der Stiftungsurkunde vom 22. Mai 1909 die staatliche Genehmigung zu erteilen." gez. v. Dusch (GLA 235/3354, Nr. B 6877, fol. 33r).

[126] Die Benachrichtigung des Ministeriums an Lanz vom 7. Juni 1909 (No. B 7399) ist abgedruckt bei Neubaur, P., Heinrich Lanz, 435f. Der Benachrichtigung schließt sich der Dank des Ministeriums „für die hochherzige, für die Universität Heidelberg wie für das ganze Land gleich bedeutungsvolle Stiftung" an.

[127] BMKU an HeidA**W,** 7. Juni 1909, No. B 7399 (GLA 235/30158).

[128] Staatsanzeiger, Dienstag 20. Juli 1909, Nr. **XXVI,** 252f. (GLA 235/3354, fol. 72v-73r). Die Verzögerung erklärt sich aus dem Erlaß, nach dem die Veröffentlichung erst nach „Erlassung der Statuten" im Staatsanzeiger erfolgen sollte.

liehen Rechtsgeschäftes, traten in der Frage der Gestaltung der Akademie Koenigsberger und Windelband in den Vordergrund. Sie wurden, je mehr die Rechts- und Verfahrensprobleme des Gründungsgeschäftes überwunden wurden, zu den eigentlichen Repräsentanten der Akademie; sie vertraten Geist und Idee der Akademie, aber auch die real entstehende Akademie. Dabei war, abgesehen von den oben bezeichneten Gründen für die Beteiligung der beiden Gelehrten an der Gründung der Akademie, bereits zeitig klar, daß Koenigsberger und Windelband auch als Vertreter und Wortführer der beiden Klassen anzusehen waren. Denn daß wirklich eine Akademiegründung nach den „klassischen" Vorbildern mit ihrer Gliederung in zwei unterschiedliche Klassen möglich sein müßte, stand für sie außer Zweifel. So war denn auch bereits in der Stiftungsurkunde, deren Formulierung der Übereinkunft Endemanns und Lanz' mit dem Ministerium unter Beiziehung Windelbands und Koenigsbergers entsprang, festgelegt, daß Windelband und Koenigsberger die Vertreter der Philosophisch-historischen bzw. der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse sein sollten. Wenn in offiziellen Verlautbarungen die Beauftragung Windelbands, Koenigsbergers und Endemanns mit der Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Einrichtung der Akademie auf den Willen des Stifters zurückgeführt wurde,[129] so entsprach das in erster Linie der gebotenen Rücksichtnahme auf die allgemeinen Empfindlichkeiten, vor allem aber der Begründung und Legitimation ihres Handelns. In ihrer Funktion als „Beauftragte" des Stifters und Vertreter der Akademie waren sie schließlich autorisiert, die Grundlagen für die Gestaltung und Konstituierung der Akademie zu legen. Die Maßnahmen zur Einrichtung der Akademie beinhalteten die Festlegung der Grundzüge der Statuten und die Auswahl der ersten Mitglieder. Sie waren abgeschlossen mit dem Zusammentritt der Akademie zu ihrer ersten, der konstituierenden Sitzung. Die Ausgestaltung der Statuten, die auf den mit der Stiftungsurkunde fest-

[129] Vgl. Böhm an Ghzl. Geh. Kabinett, 31. Mai 1909, B 6983 (GLA 235/3354, fol. 31v): „Die von dem Stifter mit der Beratung der Akademiesatzungen und dem Vorschlage der ersten Akademiemitglieder betrauten Professoren Geheimrat Dr. Windelband, Geheimrat Dr. Koenigsberger und Geheimen Hofrat Dr. Endemann ..." Auf den angeblichen Stifterwillen berief man sich später vor allem bei der Kritik an der Organisation und der Mitgliederauswahl.

gelegten Grundzügen und Bedingungen aufbauen mußte, gehörte dann bereits zu den ersten regulären Geschäften der jungen Akademie.

Es entsprach den Zielen der Initiatoren der Akademiegründung, daß außer den Vorgaben der Stiftungsurkunde, die die auf ihren Vorschlägen beruhenden Wünsche des Stifters wiedergaben, ,,alle weiteren Festsetzungen über die Statuten ... dem hohen Protektor unter Zuziehung von Windelband, Koenigsberger" und Endemann überlassen bleiben sollten, wobei dem Ministerium jedoch eine beratende Funktion eingeräumt wurde.[130] Die Rechte des Protektors an der Ausgestaltung der Statuten waren formell ausschlaggebend. In der Praxis war der Großherzog[131] jedoch nicht eigengestalterisch tätig, sondern er empfing die Vorschläge der professoralen „Dreierkommission", die zuvor im Austausch mit dem Ministerium, das natürlich zu allen Vorschlägen der Gelehrten an den Großherzog seine Stellungnahme und Empfehlung abzugeben hatte, entwickelt worden waren. Aus dem Vorschlag der Gelehrten wie dem Vortrag des Ministeriums gewann der Großherzog seine eigenen Vorstellungen, die er jedoch nie direkt als maßgebliche Meinung in die Verhandlungen einbrachte. Eingeschaltet wurde der Großherzog in die Verhandlungen zudem erst, als die Planungen konkretisiert und abgeschlossen waren. Allein seine Reaktion - Zustimmung oder Distanzierung zu den Vorschlägen der Gelehrten - war Zeichen seiner Beteiligung am Gründungsakt. Angesprochen fühlte sich der Großherzog im einzelnen nur von den Passagen, die das Protektorat des Großherzogs direkt betrafen. Die Aushandlung eines zustimmungsfähigen Konzeptes und der Verfassung der Akademie war wiederum an das Kultusministerium delegiert. So fand auch hier letztlich die Abwicklung des inhaltlichen und rechtlichen Status der Akademie in den Verhandlungen mit Ministerialreferent Böhm statt.

Bereits am 2. Mai konnte Endemann Böhm erste Vorschläge zur Organisation der Akademie unterbreiten; diese betrafen zunächst ausschließlich den zentralen Punkt der Mitgliedschaft und deren verschiedene Kategorien. Wichtig erscheint der Hinweis, ,,im Sinne des hochseeligen Großherzogs" Friedrich I. zu handeln,

[130] Endernann an Böhm, 28. Apr. 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20). Vgl. auch Jh. 1909/10, **IV.**

[131] Zu Ghz. Friedrich II. vgl. Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 24-27 (G. Kaller).

wenn man über eine besondere Gruppe der außerordentlichen Mitglieder „dem ganzen badischen Lande Vorteil" aus der Stiftung bieten wollte.[132] Diese Bezugnahme auf „die früher gehegte Absicht des verstorbenen Großherzogs" Friedrich 1., die sich praktisch auch in der Organisation der Akademie auswirken sollte, schien hilfreich, „um die Zustimmung des nunmehr regierenden Landesherren zu gewinnen."[133]

Wie die Gründungsverhandlungen, so sollte auch die Konstituierung der Akademie in größter Geheimhaltung erfolgen. Die von Böhm beklagte Mystifizierung[134] der Gründungsgeschichte, fand hier ihre Fortsetzung und Bestätigung. Die größte Sorge Endemanns war, daß die ganze Angelegenheit, über die „von unserer Seite ... die strengste Diskretion gewahrt" wurde, durch die unvermeidliche Hinzuziehung des Notars und der Banken „an die Öffentlichkeit und dabei auch an Höchster Stelle vorzeitig zu Gehör gelangt."[135] Endemann wurde geleitet von dem Gedanken, daß die mannigfachen und schwierigen Verhandlungen, als die sich die Gründungsgeschäfte entpuppt hatte, am besten in ruhiger Abgeschiedenheit unter Ausschaltung vielfältiger Einzelinteressen zu bewältigen seien. Die Sorge um Diskretion entsprang dem Bewußtsein, daß bei vorzeitiger Bekanntgabe eine öffentliche Diskussion des Akademieprojektes unumgänglich gewesen wäre. Hierin äußerte sich die Furcht vor Uneinigkeit und Streit im Kreise der Gelehrten, die die Akademiegründung erneut und ernstlich gefährden könnten. Die ablehnende Haltung der Gelehrten 1886 mochte als mahnendes Beispiel gedient haben, und die Feststellung Koenigsbergers, „als wir die Akademie begründeten, waren wir nicht ohne Sorge, ob gerade unsere berühmtesten Kollegen ... unsere Schöpfung gutheißen und dieser ihr Interesse zuwenden würden",[136] zeugt von der Unsicherheit in der Einschätzung der Reaktion der Öffentlichkeit und besonders der Professoren auf die Akademiegründung. Diese Einschätzung teilten nicht nur die in der Akademiegründung engagierten Gelehrten. Die Vorfälle nach Bekanntwerden der Akademiegründung sind eine nachträgliche

[132] Endemann an Böhm, 2. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).
[133] Koenigsberger, L., Mein Leben, 210.
[134] Vgl. Böhm an Windelband, 2. Mai 1909 (HAW 011).
[135] Endemann an Böhm, 2. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).
[136] Koenigsberger anläßlich seines S0jährigen Doktorjubiläums am 22. Mai 1910, Jh. 1909/10, LX.

Bestätigung dieser Befürchtungen und rechtfertigen damit auch die von den Beteiligten geforderte Diskretion, die im Vorfeld eine breite Beteiligung oder gar einen Meinungsaustausch ausschloß. Merkwürdig anmuten muß allerdings auch die Ausweitung der Geheimhaltung vor „Höchster Stelle", da damit der Großherzog selbst gemeint war. Zweifelte Endemann an der Loyalität des Großherzogs gegenüber ihren Akademieplänen? Tatsächlich wurde der Großherzog erst am 28. Mai 1909 durch den Ministerialvortrag Böhms unterrichtet.[137] Zweck des Vortrages war nur, dem Großherzog die Genehmigung der Stiftung zu empfehlen und ihn - zur Verstärkung - an die Akademiepläne seines Vaters für Heidelberg zu erinnern, ,,die ein Lieblingsgedanke Seiner Königlichen Hoheit des hochseeligen Großherzogs Friedrich I. gewesen" seien. Die Vorteile der Stiftung für die Universität Heidelberg wurden besonders betont und die Versicherung gegeben, daß die Akademie die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel aufzubringen in der Lage sei.

Die Zustimmung des Staatsministeriums zum Stiftungsgeschäft bot die Voraussetzung einer Audienz der Professoren Windelband, Koenigsberger und Endemann bei dem Großherzog, um ihm dort die Akademie als solche vorzustellen, ihn um das Protektorat über die Stiftung und um sein Einverständnis zu der ihm zugedachten Rolle bei der Gründung zu bitten.[138] Endemann drängte bereits Ende Mai auf eine Audienz,[139] an die sich dann nach Möglichkeit ,,die Festsetzung der Stiftungsverfassung und die Mitgliederauswahl anschließen sollte."[140] Der von Windelband, Koenigsberger und Endemann beratene und angefertigte vorläufige Satzungsentwurf wurde dem Ministerium am 27. Mai zur Prüfung vorgelegt.[141] Auf Einwände des Ministeriums hin wurde der Entwurf von den Gelehrten „aufs neue durchberaten" und am 29. Mai 1909 dem Ministerium zur erneuten Prüfung übersandt. Die Frage der

[137] Ministerialvortrag vom 28. Mai 1909, Nr. B 6877 (GLA 235/3354 fol. 27ff.).

[138] Vgl. Böhm an Ghzl. Geh. Kabinett, 31. Mai 1909 (Nr. B 6983). Als Zweck der Audienz wird der Wunsch angeführt, dem Großherzog „das Ergebnis ihrer Beratungen und ihre Vorschläge eingehend vortragen und seine Königliche Hoheit um die Übernahme des Protektorats über die Akademie bitten zu können" (GLA 235/3354, fol. 32v33r und GLA 60/1947).

[139] Endemann an Böhm, 23. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).

[140] Endemann an Böhm, 26. Mai 1909 (ebd.).

[141] Vgl. ebd.

Audienz begann indes Endemann zu einer drängenden Angelegenheit zu werden. Mit Ungeduld wartete er mit seinen Kollegen auf den Abschluß des Gründungsprozesses: „Wir sind jeden Augenblick bereit ... Je früher die Angelegenheit zum Abschluß gebracht wird, desto erfreulicher wäre es."[142]

Doch erst am 15. Juni - inzwischen war der Stiftung als solcher die staatliche Genehmigung erteilt worden - wurden die drei Gelehrten zu der für die Konstituierung der Akademie wichtigen Audienz vorgelassen. Bei dieser Gelegenheit unterbreiteten sie nicht dem Großherzog, sondern Ministerialreferent Böhm ihre „Vorschläge 1. betreffend die Grundzüge der Verfassung der Akademie, 2. betreffend die Ernennung der Sekretäre, ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder der Akademie, mit der Bitte ..., dieselben Höchsten Orts in Umlage zu bringen."[143]

In seinem Bericht vor dem Großherzoglichen Staatsministerium stellte Böhm fest, daß die Grundzüge der Verfassung der Akademie sich eng an die Bestimmungen der Stiftungsurkunde anschlössen. Gleichzeitig gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß sie geeignet seien, „den später von der Akademie zu beratenden Satzungen als sichere Grundlage zu dienen."[144] Geringfügige Korrekturen schlug er nur in Bezug auf die Regelungen zum Übertritt von einem Mitgliedschaftsstatus in einen anderen vor, um eine Überschreitung der vorgesehenen Höchstzahlen zu vermeiden. In dieser ergänzten Form schlug er dem Staatsministerium die Genehmigung der Grundzüge der Verfassung vor.[145]

Ein zweiter Punkt betraf die Ernennung der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder der Akademie. Auch hier hatten die drei Gelehrten eine fertige Vorschlagsliste mitgebracht,[146] die

[142] Endemann an Böhm, 29. Mai 1909 (ebd.).

[143] Ministerialvortrag vom 16. Juni 1909, Nr. B 7854, (GLA 235/3354 fol. 36r-36v).

[144] Ebd., fol. 40v.

[145] Die Grundzüge der Verfassung wurden mit der Stiftungsurkunde zusammengeschlossen, was ihnen eine hohe Verbindlichkeit verlieh. Die Grundzüge sind abgedruckt in: Jh. 1909/10, Vf. Vgl. auch **HAW** 011. Die von Koenigsbergerverfaßte „Urfassung" der Grundzüge mit den Korrekturen Böhms ist enthalten in GLA 235/3354, fol. 44r-44v. Die Änderungsvorschläge Böhms wurden sämtlich in die gedruckte Fassung übernommen.

[146] In der Stiftungsurkunde wurde festgelegt, daß die Ernennung der Mitglieder durch den Großherzog nach Anhörung von Windelband für die Phil.-hist. Klasse, Koenigsberger für die Math.-nat. Klasse und Endemann „als persönlicher Vertrauter der Familie Lanz" erfolgen sollte (vgl. Jh. 1909/10, IV).

jeweils neun ordentliche Mitglieder[147] für die beiden Klassen benannte.

Für die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse waren dies:

Otto Bütschli	(Zoologie)
Theodor Curtius	(Chemie)
Georg Klebs	(Botanik)
Leo Koenigsberger	(Mathematik)
Albrecht Kossel	(Physiologie)
Philipp Lenard	(Physik)
Franz Nissl	(Psychiatrie)
Max Wolf	(Astronomie)
Ernst A. Wülfing	(Mineralogie).

Für die Philosophisch-historische Klasse waren dies:

Carl Bezold	(Orientalistik)
Wilhelm Braune	(Altgermanistik)
Friedrich von Duhn	(Archäologie)
Eberhard Gothein	(Nationalökonomie und Kulturgeschichte)
Otto Gradenwitz	(Römisches Recht)
Fritz Schöll	(Klassische Philologie)
Richard Schröder	(Germanische Rechtsgeschichte)
Ernst Troeltsch	(Systematik und Kirchengeschichte)
Wilhelm Windelband	(Philosophie).

Alle Genannten waren Ordinarien an der Universität Heidelberg. Die zehnte Stelle wurde für beide Klassen zur Disposition offengehalten.

Gleichzeitig wurde auch eine Anzahl von Gelehrten aus Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe als außerordentliche Mitglieder der Akademie vorgeschlagen.[148]

Für die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse waren dies:

aus Heidelberg	Moritz Cantor	(Geschichte der Mathematik)
	Vincenz Czerny	(Chirurgie)
	Max Fürbringer	(Anatomie)
	Theodor Leber	(Augenheilkunde)
	Georg Quincke	(Physik)
	Harry Rosenbusch	(Mineralogie und Geologie)

[147] Die biographischen Daten vgl. bei Drüll, D., Gelehrtenlexikon.
[148] Vgl. ebd. und Wennemuth, U., Mitgliederverzeichnis.

aus Freiburg	Franz Himstedt	(Physik)
	Johannes von Kries	(Physiologie)
	Jakob Lüroth	(Mathematik)
	August Weismann	(Zoologie)
aus Karlsruhe	Karl Engler	(Chemie).

Für die Philosophisch-historische Klasse waren dies:

aus Heidelberg	Ernst Immanuel Bekker	(Römisches Recht)
	Franz Boll	(Klassische Philologie)
	Alfred v. Domaszewski	(Alte Geschichte)
	Karl Hampe	(Mittelalterliche Geschichte)
	Adalbert Merx	(Altes Testament)
	Fritz Neumann	(Romanische Philologie)
	Hans von Schubert	(Kirchengeschichte)
	Max Weber	(Nationalökonomie)
	Jakob Wille	(Direktor der Universitäts-bibliothek)
aus Freiburg	Alfred Dove	(Geschichte)
	Otto Lenel	(Römisches Recht)
	Heinrich Rickert	(Philosophie)
	Eduard Schwartz	(Klassische Philologie)
aus Karlsruhe	Ernst von Sallwürk	(Pädagogik).

Bei dieser Liste wirken die beiden Karlsruher Vertreter, deren Teilnahme wohl notwendig erschien, um den erstrebten Landescharakter der Akademie kenntlich zu machen, doch ein wenig als „Stellvertreter". Böhm empfahl jedoch die Vorschläge der Dreier-Kommission „zur gnädigsten Genehmigung": „Was die Vorschläge der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder der Akademie anlangt, so sind diese Vorschläge das Ergebnis sorgfältiger, alle Verhältnisse gründlich abwägender Beratungen der Kommission. Daß alle in Vorschlag gebrachte Gelehrte würdig sind, einer Akademie als Mitglied anzugehören, unterliegt nach unserer ehrerbietigsten Ansicht keinem Zweifel. Die gewiß nicht ausbleibende Unzufriedenheit einiger nicht vorgeschlagener Professoren und sonstiger im Lande ansässiger Gelehrten über ihre Übergehung muß man in Kaufnehmen, zumal sich durch die Festsetzung einer höheren Zahl für die außerordentlichen Mitglieder

und die spätere Zuwahl solcher Mitglieder Abhilfe schaffen läßt. Aus demselben Grunde möchten wir den Vorschlag von nur neun ordentlichen Mitgliedern für jede Klasse nicht beanstanden. Als Sekretäre der Akademie bringen wir den ältesten ordentlichen Professor der naturwissenschaftlich-mathematischen und der philosophischen Fakultät, Geheimrat Professor Dr. Leo Königsberger und Geheimrat Dr. Windelband, die beide als Gelehrte einen Weltruf besitzen und der jungen Akademie nach außen hin Ansehen verschaffen werden, untertänigst in Vorschlag."[149]

Die Beurteilung der Vorschläge durch Böhm hat einiges Gewicht, schließlich kannte er als Hochschulreferent nicht nur die badischen Hochschulprofessoren sehr gut, sondern wußte auch die Situation und zu erwartende Reaktionen zuverlässig einzuschätzen. Seine positive Beurteilung der Kommissionsvorschläge gerade auch für die Mitgliederauswahl verlieh den Akademieanfängen einige Autorität. Auf Eigeninitiative Böhms, gleichwohl in Absprache mit der Dreier-Kommission,[150] ging der Vorschlag Böhms zurück, Koenigsberger und Windelband zu Sekretären der beiden Klassen zu ernennen. Daß es hierzu keine Alternative gab, der Ernennung beider Gelehrten geradezu ein gewisser Automatismus anhaftete, läßt sich bereits der Stiftungsurkunde entnehmen, die beide als Vertreter ihrer Klassen auffuhrt. Neu ist die Begründung Böhms, die sich nicht auf diese Aussage der Stiftungsurkunde beruft, sondern auf eine ganz andere, die festlegt, daß die Akademie der Universität Heidelberg „angegliedert" werden solle. Diese enge Verbindung der Akademie mit der Universität betonte Böhm, indem der die Leitung der Klassen an die Fakultäten knüpfte, denen gemeinhin die „reinen" Wissenschaften angehörten. Es war dies eine Konstruktion Böhms, die nicht unbedingt den Intentionen der Akademievertreter entsprechen mußte. Für Böhm jedoch stand die Bindung der Akademie an die genannten beiden Fakultäten, denen sie nützen und auf die sie sich wiederum stützen sollte, außer Frage. Es entsprach diesem Denken, die angesehensten und ältesten Vertreter dieser beiden Fakultäten auch mit der Leitung der ihnen „zugehörigen" Klassen zu betrauen.

[149] Ministerialvortrag Böhms vom 16. Juni 1909, No. B 7854 (GLA 235/3354, fol. 41v-42v).

[150] Die Sekretäre sind bereits in der Vorschlagsliste in der Handschrift Koenigsbergers genannt (GLA 235/3354, fol. 45r).

In anderer Weise bedeutsam - und notwendig - war der Verzicht Endemanns auf einen Sitz in der Akademie, nicht nur weil er ein Fach vertrat, das nicht zu den klassischen Akademiedisziplinen gehörte. Wissenschaftlicher Ruf und Persönlichkeit Endemanns, wie sie etwa bei Gothein geschildert werden, hätten wahrscheinlich nicht unerhebliche Widerstände gegen die Akademie hervorgerufen. Nicht persönliches Verdienst sollte entscheidend sein, sondern „nur die wissenschaftliche Bedeutung".[151] Neben der Erläuterung der Grundzüge der Statuten und der Mitgliederfragen wurden bei der Besprechung der Dreier-Kommission mit Böhm auch Möglichkeiten der Ehrung für Karl Lanz erläutert.[152]

Ermutigt durch die positiven Resultate ihrer Audienz beim Großherzog, der die Übernahme des Protektorates zusagte, und ihrer Besprechung mit Ministerialreferent Böhm, entschlossen sich die drei Gelehrten, nun mit der Bekanntgabe der (vollzogenen) Akademiegründung an die Öffentlichkeit zu treten, obgleich die Ernennung der Mitglieder noch ausstand. In einem Brief an Karl Lanz teilte Windelband ihm als erstem die erreichten Ergebnisse und das weitere Vorgehen der Akademie mit.[153] Windelband unterschied hier deutlich zwischen der Stiftung, d.h. dem „Geschäftsvorgang" der Verhandlungen über die materiellen und rechtlichen Grundlagen der Akademie und der darauf aufbauenden Institution, die als Werk der Gelehrten erscheint. Ideal der „reinen" Wissenschaft und von praktischen Motiven geleitetes profanes (Stiftungs-)Geschäft werden so auf Distanz gerückt. Gleichwohl wird die Dankbarkeit für den industriellen Stifter im Bewußtsein des Gewinnes für die Universität deutlich herausgestellt.

[151] „Daß wir praktisch sind, kannst Du daraus sehen, daß kein Zweifel herrschte: Endemann wird zwar - wie selbstverständlich zum Ehrenmitglied[,] aber ohne Sitz und Stimme wie Lanz auch ernannt- denn über die Mitgliedschaft darf nur die wissenschaftliche Bedeutung entscheiden" (Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909; UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56).

[152] „Vertraulich teilte die Delegation mit, daß sie sich in vorsichtiger Weise erkundigt habe, welche Auszeichnung Herrn Karl Lanz Freude bereiten würde. Herr Lanz habe für sich keine Wünsche, dagegen werde ihn die Auszeichnung der Hauptstützen seiner Firma: Direktor Rabler (Titel), Direktor Fischer (Orden) sehr freuen" (Ministerialvortrag Böhm vom 16. Juni 1909, No. B 7854; GLA 235/3354, fol. 36v). So zeigt sich Karl Lanz denn auch hier als selbstloser Mäzen!

[153] Windelband an **K.** Lanz, 15. Juni 1909 **(HAW** Oll). Vgl. auch Neubaur, **P.,** Heinrich Lanz, 436f.

Die Öffentlichkeit wurde durch gleichlautende Pressemitteilungen in den Tageszeitungen des nordbadischen Raumes informiert.[154] Mit Pathos wird des edlen Stifters gedacht, die Einmaligkeit dieser Stiftung gerühmt und der große Vorteil für die älteste deutsche Universität hervorgehoben. Der hinter dieser Stiftung wie der Idee der Akademie stehende Wissenschaftsgeist wird beschworen und Sinn und Zweck der Akademie benannt. Die Gründung der Akademie wird so gerechtfertigt, nicht ohne auf die Vorläuferpläne Großherzog Friedrichs I. und die beabsichtigte Anlehnung an die Vorbilder der Akademien in Göttingen und Leipzig hinzuweisen. „In diesen Tagen hat nach Erledigung der Formalitäten der Großherzog der Lanzschen Stiftung die staatliche Genehmigung erteilt, das Protektorat darüber angenommen und wird mit der Ernennung der ersten Mitglieder die Akademie ins Leben rufen."

Die Bekanntgabe der Akademiegründung löste unter den Heidelberger Professoren großes Erstaunen aus. „Die plötzliche Erfüllung der Akademiewünsche war auch für mich eine große Überraschung", bekannte Eberhard Gothein[155] als einer, dem man wegen seiner nicht unwichtigen Rolle im Vorfeld der Verhandlungen mit Lanz am ehesten einige Kenntnis zugetraut hätte. Die Geheimhaltung, um die Endemann immer so besorgt gewesen war, hatte gut funktioniert.

Da die Namen der Mitglieder noch nicht veröffentlicht waren, hielten sich die Universitätsangehörigen mit Stellungnahmen zurück; vereinzelte Reaktionen kamen zunächst nur von Außenstehenden, wie dem Heidelberger Oberbürgermeister Karl Wilckens, der in einem Schreiben an Prorektor Windelband - wiederum - der Universität gratulierte für eine ihr angegliederte Akademie der Wissenschaften, „wodurch aller Voraussicht nach das geistige Leben Heidelbergs eine neue wertvolle Bereicherung erfahren wird",[156] oder einem verwaltungserfahrenen Volontär-Assistenten

[154] Vgl. etwa Karlsruher Zeitung, No. 161, Mittwoch 16. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 35r).

[155] Gothein an M.L. Gothein, 18. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 45); auch in: Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 235.

[156] Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg Dr. Wilckens an Prorektor Windelband, 17. Juni 1909 (UAH A-054/1). Zu Wilckens vgl. Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 292-294 (R. Ben!).

am Geologisch-Paläontologischen Institut, der der Akademie seine Dienste als Sekretär antrug.[157]

Indes dauerte es noch einige Zeit, bis die Ernennung der Mitglieder durch den Großherzog erfolgte. Der Großherzog monierte, daß die von ihm geforderte - so auch von Böhm in seinem Ministerialvortrag vom 16. Juni befürwortete[158] - Ernennung der außerordentlichen Mitglieder nicht durch die Grundzüge der Verfassung gedeckt sei, ,,wonach die außerordentlichen Mitglieder in vollständig freier Weise von den ordentlichen Mitgliedern gewählt werden sollen." Dem Großherzog war in Bezug auf diese Mitgliederkategorie durch die Grundzüge bzw. die Statuten die „Rolle" des Empfängers einer bloßen Mitteilung über die Wahlen zugedacht. Es ist bezeichnend für die Zurückhaltung des Großherzogs, daß er auch in der Ausnahmesituation der Ersternennung keine Sonderrechte über die Stiftung in Anspruch nahm. Er hatte die ihm zugestandene Rolle des Protektors mit den damit verbundenen Rechten, die sich freilich eher auf seine Stellung als Repräsentant des Staates bezogen, angenommen; darüber hinausgehende Befugnisse wies er streng zurück, wie er auch nie versuchte, in die Belange der Akademie einzugreifen. Der Großherzog verhielt sich strikt „konstitutionell". Inwieweit in seiner Absage an die Akademie auch ein wenig Verärgerung mitschwang, da „ihm nach den Grundzügen künftighin keine Mitwirkung bei der Berufung dieser Mitglieder" zustand,[159] sei dahingestellt. Es ist jedoch denkbar, daß er auch bei der Wahl „seiner" badischen Gelehrten gewisse Rechte gern wahrgenommen hätte, deren Vorenthaltung ihm jetzt auch als Zurücksetzung seiner Person als Protektor erscheinen konnte. Der Widerspruch zwischen dem Wunsch der Kommission, auch die außerordentlichen Mitglieder ernennen zu lassen, und den Festlegungen in den Grundzügen der Statuten, die nur für die ordentlichen Mitglieder eine Ernennung durch den Großherzog vorsahen, war auch Böhm und der Dreier-Kommission nicht entgangen. Die Gelehrten hatten aber geglaubt, sich über diese Einschränkung hinwegsetzen zu sollen, und dringend gebeten, alle Mitglieder durch „Allerhöchste Staatsministerialentschließung" zu ernennen, ,,weil durch diese Art der Ernennung die Empfindlich-

[157] Häberle an Min.ref. Böhm, 18. Juni 1909 **(HAW** Oll).
[158] Vgl. GLA 235/3354, fol. 42v-43v.
[159] Böhm an Windelband, 21. Juni 1909 (HAW 011).

keit und Verstimmung mancher außerordentlichen Mitglieder, die mit ihrer Ernennung als ordentliche Mitglieder gerechnet hätten, vermieden oder wenigstens gemildert werde." Die kluge Kalkulation der Gelehrten, die Akademie selbst aus dem Schußfeld der Kritik der Unzufriedenen zu nehmen, scheiterte an der „logisch richtigen und konsequenten Behandlung" dieser Angelegenheit durch den Großherzog.[160]

Die Bedenken des Großherzogs verzögerten die Akademieangelegenheiten erneut. An Windelband teilte Böhm mit, „Seine Königliche Hoheit möchte durch die Ernennung der außerordentlichen Mitglieder den Rechten nicht vorgreifen, die der Akademie zustünden und, welche auszuüben, sie sofort nach ihrer Constituierung in der Lage sei. Es bleibt also nichts übrig, als daß die ordentlichen Mitglieder der Akademie alsbald nach ihrer Ernennung zu einer Sitzung zusammentreten, die außerordentlichen Mitglieder wählen und ihre Wahl dem hohen Protektor anzeigen."[161]

Nachdem der Akademie die weitere Vorgehensweise vorgezeigt war, konnte mit der Staatsministerial-Entschließung No. 516/17 vom 24. Juni 1909, nachdem am 3. Juni die Stiftung genehmigt worden war, auch dem Antrag gemäß dem Ministerialvortrag vom 19. Juni 1909 „die Errichtung einer Heidelberger Akademie betreffend" stattgegeben werden.[162] Diese Entschließung beinhaltete neben der Übernahme des Protektorates durch den Großherzog die Genehmigung der Grundzüge der Verfassung sowie die Ernennung der ordentlichen Mitglieder und der Sekretäre der Akademie. Gleichzeitig erging die Mitteilung der großherzoglichen Genehmigung an den Engeren Senat der Universität Heidelberg, nebst Informationen über Stiftungsurkunde und Grundzüge der Verfassung, an Karl Lanz[163] und die Sekretäre Koenigsberger und Windelband.[164] Mit gleichem Datum ging auch das Ernennungsschrei-

[160] Ministerialvortrag Böhms vom 19. Juni 1909, No. B. 7966 (GLA 235/3354, fol. 46r-48v).

[161] Böhm an Windelband, 21. Juni 1909 (HAW 011).

[162] BMKU an Engeren Senat der Universität Heidelberg, 24. Juni 1909, No. B 8151 (GLA 235/3354, fol. 52r und UAH A-054/1).

[163] BMKU an Karl Lanz, 24. Juni 1909, No. B 8151 (GLA 235/3354, fol. 52v).

[164] BMKU an Koenigsberger bzw. Windelband, 24. Juni 1909, No. B 8151 (GLA 235/3354, fol. 53r und HAW 011).

ben an die von der Dreier-Kommission vorgeschlagenen ordentlichen Mitglieder der Akademie: „Ew. [Euer] Hochwohlgeboren beehre ich mich ergebenst davon in Kenntnis zu setzen, daß S[eine] K[önigliche] Hoheit der Großherzog unterm 24. Juni d[ieses] J[ahre]s gnädigst geruht haben, Sie zum ordentlichen Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften - Stiftung Heinrich Lanz - in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse [bzw. philosophisch-historischen Klasse] zu ernennen."[165] Die Ernennung der ordentlichen Mitglieder wurde also als ein staatlicher Akt vorgenommen, in der Weise, wie auch andere staatliche Ehrungen - Orden oder Titel - verliehen wurden. Die dahinter stehende Absicht der Akademiegründer, nämlich die Auswahl der ordentlichen Mitglieder in der Öffentlichkeit, besonders unter den nicht berücksichtigten Gelehrten, akzeptabel und legitimiert erscheinen zu lassen, wurde bereits erwähnt. Die später in der Akademie kursierende Ansicht, die erstmalige Ernennung der Akademiemitglieder durch die Regierung sei notwendig gewesen, um damit den Einfluß der Staatsmacht auf die Akademieangelegenheiten ein für allemal abgedeckt zu haben,[166] greift zu kurz; aus der Haltung des Ministeriums und des Großherzogs in der ganzen Vorbereitungsphase geht deutlich hervor, daß über den konstitutionellen Rahmen hinausreichende Wünsche in Bezug auf die Akademie nicht bestanden. Es war vielmehr um des inneren Friedens innerhalb der Professorenschaft nötig, diese Fiktion eines staatlichen Willensaktes aufrecht zu erhalten.

Mit der Ernennung der ordentlichen Mitglieder am 24. Juni 1909 war die Akademie konstituiert. Die Mitglieder, jeweils neun in jeder Klasse,[167] waren, wie oben gezeigt, von Windelband, Koe-

[165] „Präsidialschreiben" des BMKU an die o.M. der HeidAW, 24. Juni 1909, No. B 8151 (GLA 235/3354, fol. 52v bzw. fol. 53r; vgl. auch HAW 011 und Jh. 1909/10, VII).

[166] Vgl. die Deutung Gotheins: Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56; Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 235f.).

[167] Die Mitteilung Gotheins an seine Frau vom 25. Juni 1909 über die konstituierende Sitzung der Akademie (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56), wonach von den 20 o.M. nur 16 ernannt worden seien, ist falsch. Bei der Nennung der o.M. fehlen Carl Bezold in der Phil.-hist. Klasse und Max Wolf in der Math.-nat. Klasse. Beide waren sehr wohl ernannt (vgl. Ministerialvortrag Böhms vom 16. Juni 1909, GLA 235/3354, fol. 38r/38v; vgl. auch Jh. 1909/10, VII) und wie Gothein in der konstituierenden Sitzung (vgl. HAW 143/1) anwesend. WorаufGotheins Irrtum beruht, läßt sich nicht klären.

nigsberger und Endemann ausgewählt worden. Daß andere Gelehrte (entscheidend) an der Auswahl beteiligt wurden, ist sehr unwahrscheinlich. Immerhin scheint jedoch E.I. Bekker, der selbst als Emeritus nicht mehr für eine ordentliche Mitgliedschaft in Frage kam, ins Vertrauen gezogen worden zu sein.[168] Die positive Beurteilung dieser Auswahl durch Böhm wurde in der Öffentlichkeit nicht von allen Seiten geteilt. So wurde ein Bericht in der Frankfurter Zeitung,[169] der sich auf „akademische Kreise" in Heidelberg berief, als „hämisches Artikelehen" mißdeutet, „daß man die jeweils Ältesten der derzeit amtierenden Professoren genau nach den Fächern zu ordentlichen Mitgliedern gemacht habe."[170] Diese Meldung, die eine Pressemitteilung Windelbands wiedergab,[171] bewirkte ein offensichtlich gewolltes Mißverständnis seitens einiger Heidelberger Professoren, das eben die Meinung verärgerter und wenig wohlwollender „Beobachter" wiederspiegelt. Die Auswahlgrundsätze sollen an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden.[172] Es ist hier nur festzuhalten, daß neben der wissenschaftsgeschichtlichen Stellung des Faches auch das Ansehen der Gelehrten selbst von Bedeutung war. Bevorzugt wurden natürlich die Ordinarien als die eigentlichen Vertreter der Fächer, während Emeriti oder Extraordinarien allenfalls für eine „untergeordnete" Mitgliederkategorie in Frage kamen. Die Ausnahmesituation einer Akademiegründung mit ihrer erstmaligen Berufung von Gelehrten hätte es auch gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn tatsächlich zuerst die ältesten Fakultätsangehörigen mit einer Akademiemitgliedschaft „beehrt" worden wären. Wenn auch eine gewisse Hierarchie nach der Anciennität zu beachten war, so wurden doch keineswegs ausschließlich die ältesten Vertreter der Fächer, wie die Kritik glaubhaft zu machen versuchte, ausgewählt. Zwar wurden

[168] Vgl. Anm. 173. Zu Bekker, nach K. Fischers Tod „graue Eminenz" der Universität, vgl. Gradenwitz, 0., Ernst Immanuel Bekker. Vgl. auch NDB 2, 1955, 25 (D. Lang-Hinrichsen). Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 37-38 (W. Leiser). Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 16f.

[169] Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt, 53. Jg., Nr. 179 vom 30. Juni 1909 (ich danke dem Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, für die Besorgung einer Kopie).

[170] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 1. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 60; vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 237).

[171] Die Zeitungsnachricht gibt Windelbands Pressemitteilung unverändert und ohne Zusätze wieder (vgl. unten Anm. 208).

[172] Vgl. dazu Kap. III.3.1.1.

mit Koenigsberger und Windelband die ältesten und auch angesehensten Vertreter ihrer Fakultäten gewählt, daneben traten jedoch auch junge Gelehrte, die eben erst nach Heidelberg berufen worden waren und über keine „Hausmacht" verfügten, wie Otto Gradenwitz[173] oder Philipp Lenard.[174] Das Prinzip, nur aktive Professoren als ordentliche Mitglieder zuzulassen, schränkte die Gefahr der Überalterung von vornherein ein. Das Durchschnittsalter der Akademiemitglieder lag bei 54,7 Jahren.[175] Das bot für die

[173] Gradenwitz war zum 1. Apr. 1909 als Ordinarius nach Heidelberg berufen worden (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 90). Zur Berufung Gradenwitz' vgl. auch Endemann an Böhm, 22. Mai 1908 (GLA 52/XIV, NI. Böhm): „Gradenwitz ist der bedeutendste und berühmteste [Gelehrte der Berufungsliste]; daß er nicht im Range vor den anderen vorgeschlagen worden ist, liegt an seiner Abstammung, die immerhin gegenüber der gegenwärtigen Zusammensetzung der Fakultät ernste Bedenken erregt." Während im nationalkonservativen Lager, zu dem auch Endemann zu zählen ist, Vorbehalte gegen die Berufung eines jüdischen Gelehrten erkennbar sind, war die jüdische Abstammung bei Gradenwitz ebensowenig ein Hinderungsgrund für seine Wahl zum o.M. wie bei F. Schöll und L. Koenigsberger. Zu Gradenwitz vgl. NDB 6, 1964, 702-703 **(M.** Kaser). Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 142-144 (W. Leiser). Herrmann, J., Otto Gradenwitz. Vgl. auch Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung]. Bei der Berufung Gradenwitz' in die Akademie spielte offensichtlich der Einfluß E.I. Bekkers auf Leo Koenigsberger eine gewisse Rolle (vgl. **M.** Weber an Windelband, 24. Sept. 1909, HAW 013).

[174] Lenard lehrte seit 1907 Physik in Heidelberg (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 160). Zu Lenard vgl. unten Kap. V.1.1.

[175] Bei Gründung der Akademie waren:

Bezold	50 Jahre
Braune	59 Jahre
Bütschli	61 Jahre
Curtius	52 Jahre
v. Duhn	58 Jahre
Gothein	*55* Jahre
Gradenwitz	49 Jahre
Klebs	51 Jahre
Koenigsberger	71 Jahre
Kossel	*55* Jahre
Lenard	47 Jahre
Niss!	48 Jahre
Schöll	59 Jahre
Schroeder	71 Jahre
Troeltsch	44 Jahre
Windelband	61 Jahre
Wolf	46 Jahre
Wülfing	48 Jahre

Arbeitsfähigkeit der Akademie günstige Perspektiven. Persönliche Beziehungen und Freundschaften blieben bei der Auswahl der Mitglieder von untergeordneter Bedeutung;[176] auch das zeugt von den festen von anderen Akademien übernommenen Prinzipien, die das Dreier-Kollegium seiner ersten Auswahl zugrunde legte. Primär war also das Ansehen des Faches, seine prinzipielle oder bevorzugte Akademiefähigkeit, die gepaart sein mußte mit dem hohen wissenschaftlichen Ansehen des Fachvertreters. Eine gewisse Beachtung einer „gewachsenen" Hierarchie unter den Professoren war bei der ersten Auswahl selbstverständlich. Die Bestimmung, keine „Emolumente" an die Mitglieder zu zahlen,[177] setzte außerdem die wirtschaftliche Unabhängigkeit der in Frage stehenden Kandidaten voraus.

Die meisten der ernannten Gelehrten waren bereits Mitglieder anderer Akademien, zum Teil auch ausländischer, oder sollten es bald werden.[178] Die hervorragenden Persönlichkeiten in der

[176] So war Windelband mit Georg Jellinek, der sich von seiner Nichtberücksichtigung als o.M. am härtesten getroffen fühlte (vgl. Gothein an M.L. Gothein, l. Juli 1909; UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 60), eng befreundet (vgl. Stepun, F., Vergangenes und Unvergängliches, 130f.). Aus dem Eranos-Kreis wurden als o.M. außer Jellinek auch v. Domaszewski, M. Weber, Boll, v. Lilienthal und v. Schubert nicht berücksichtigt (vgl. oben 71).

[177] So die Bestimmung der Stiftungsurkunde.

[178] Koenigsberger: k.M. GöAW 1874, k.M. BayAW 1880, k.M. PreuAW 1893.
Bütschli: k.M. GöAW 1889, k.M. PreuAW 1897, k.M. BayAW 1900, k.M. ÖstAW 1904.
Schroeder: k.M. BayAW 1892, Mitglied der Akademie der Wissenschaften Amsterdam 1895, k.M. PreuAW 1900.
Windelband: k.M. GöAW 1901, k.M. PreuAW 1903, k.M. BayAW 1904.
Kossel: Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Paris, Stockholm 1902, Turin 1903, Kopenhagen 1909, k.M. GöAW 1918.
Braune: k.M. BayAW 1904, k.M. GöAW 1919, k.M. PreuAW 1922.
Curtius: k.M. BayAW 1907, k.M. PreuAW 1919, k.M. GöAW 1919.
Bezold: k.M. BayAW 1908.
v. Duhn: Mitglied der Reale Accademia dei Lincei Rom 1908.
Lenard: k.M. PreuAW 1909, k.M. ÖstAW 1917.
Toeltsch: k.M. PreuAW 1912 (o.M. 1923), k.M. BayAW 1914.
Gothein: k.M. BayAW 1916.
Klebs: k.M. BayAW 1916.
Wolf: k.M. BayAW 1922, k.M. PreuAW 1925.
Wülfing: k.M. der Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle 1925.
Gradenwitz: k.M. BayAW 1933.
Vgl.: Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie. Deutsche

Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse waren neben Koenigsberger zweifellos Otto Bütschli,[179] Albrecht Kossel,[180] Max Wolf[181] und Philipp Lenard, der 1905 den Nobelpreis für Physik erhalten hatte. Etwas im Schatten dieser internationalen Berühmtheiten standen der Mineraloge Ernst A. Wülfing[182] und der Psychiater Franz Nissl,[183] der ein weniger akademietypisches Fach vertrat, das man zwar auch von einer theoretisch-philosophischen, vor allem aber auch von einer klinischen Seite betrachten konnte.[184] Die Geisteswissenschaften wurden von der Persönlichkeit Windelbands dominiert. Neben ihm ragten besonders Wilhelm Braune,[185] Richard Schroeder[186] und Ernst Troeltsch[187] hervor.[188] Ein „Außen-

Akademie der Wissenschaften. Biographischer Index. Drüll, D., Gelehrtenlexikon. Vgl. auch oben Anm. 25.

179 Zu Bütschli vgl. NDB 3, 1957, 6 (H. Ziegenspeck). Willer, W., Otto Bütschli. Vgl. auch Bütschli, 0., Das Lebenswerk Otto Bütschlis.

180 Zu Kossel vgl. NDB 12, 1980, 615-616 (H. Walter). Chronik der Ärzte Heidelbergs, 133, 238f. Schaefer, **H.,** Zu Albrecht Kossels 100. Gebµrtstag.

181 Zu Wolf vgl. Freiesleben, H.Ch., Max Wolf. Schaifers, **K.,** Max Wolf.

182 Zu Wülfing vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 305.

183 Zu Niss! vgl. die liebevolle Würdigung bei Jaspers, **K.,** Heidelberger Erinnerungen, 4. Jaspers, **K.,** Philosophische Autobiographie, 17ff. Sein großes fachliches Ansehen bezeugt u.a. sein Ruf nach München 1918 (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 193).

184 Die hier nicht genannten o.M. waren Th. Curtius und G. Klebs. Zu Curtius vgl. NDB 3, 1957, 445-446 (B.P. Auft). Becke-Goehring, M./Fluck, E./Grünewald, H./Rumpf, K./Wilke, G., Betrachtungen zur Chemie in Heidelberg, 349f. (Becke-Goehring/Fluck). Becke-Goehring, M., Freunde in der Zeit des Aufbruchs der Chemie, bes. 11-20. Zu Klebs vgl. NDB 11, 1977, 720-721 (M. Bopp). Bopp, M., Georg Klebs.

185 Zu Braune vgl. NDB 2, 1955, 558-559 (E. Schwarz). Fromm, H., Wilhelm Braune.

186 Zu Schroeder vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 245f.

187 Troeltsch galt neben Max Weber als eine der beherrschenden Figuren des Heidelberger Geisteslebens. Vgl. Tödt, H.E., Max Weber und Ernst Troeltsch in Heidelberg. Köhler, W., Ernst Troeltsch. Neumann, C., Zum Tode von Ernst Troeltsch. Drescher, H.-G., Ernst Troeltsch. Vgl. auch Troeltsch, E., Meine Bücher. Ähnlich wie bei Niss! behinderte wohl die ursprünglich von ihm vertretene akademieferne Disziplin der Theologie eine frühere Akzeptanz auch in anderen wissenschaftlichen Akademien.

188 Die hier nicht genannten o.M. waren Bezold, v. Duhn, Gothein und Gradenwitz. Zu Gothein vgl. oben Anm. 30. Zu Gradenwitz vgl. Anm. 173. Zu Bezold vgl. NDB 2, 1955, 212-213 (M. San Nicolo). Boll, F., Carl Bezold. Zu v. Duhn vgl. NDB 4, 1959, 180 (O.-W. v. Vacano). Hölscher, T., Friedrich Carl von Duhn.

seiter" in dieser Klasse war zweifellos Fritz Schöll,[189] der nicht die Reputation seiner Kollegen besaß. Einen Hinweis gibt die Aussage Gotheins, wonach Schöll gewissermaßen nur zweite Wahl gewesen sei, indem ihm die ursprünglich Alfred von Domaszewski[190] zugedachte Stelle zufiel, „da Doma[szewski] sich mit Händen und Füßen gewehrt hat."[191] Die Informationen Gotheins, die wahrscheinlich auf Mitteilungen Domaszewskis selbst beruhten, sind wohl nicht zu bezweifeln. Sie zeigen einerseits, daß die die Ernennung der Mitglieder vorbereitenden Gelehrten mit den in Aussicht genommenen Kandidaten zuvor lockere Kontakte aufgenommen hatten. Die Möglichkeit, daß einer der ernannten Professoren die Mitgliedschaft in der Akademie zurückweisen würde, mußte man ausschließen, wenn man den Beginn der Tätigkeit der Akademie nicht von vornherein mit negativen Vorzeichen belasten wollte. Auf der anderen Seite dürfen solche nur sehr losen informellen Kontakte nicht überschätzt werden, galt es doch, die Diskretion um die Akademiegründung zu wahren. Diese Kontakte müssen vor dem 15. Juni 1909 bereits zu den gewünschten Ergebnissen geführt haben, denn an diesem Tage wurde dem Hochschulreferenten Böhm die Liste der ordentlichen Mitglieder übergeben. Die auf dieser Liste genannten Gelehrten wußten also, daß die Akademiegründung bevorstand und hatten ihre Teilnahme an der Tätigkeit der Akademie zugesagt. Überraschen mußte sie daher nur die rasche Verwirklichung des Akademieplanes. Nicht informiert waren diese Gelehrten dagegen von den organisatorischen Vorbereitungen der Akademiegründung, die ihnen erst nach ihrer offiziellen Ernennung eröffnet wurden. Der auf seine Ernennung vorbereitete Gothein konnte nach der Veröffentlichung der Akademiegründung daher auch nur hoffen, daß es bei der Organisation

[189] Zu Schöll vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 242.

[190] Zu Domaszewski vgl. Schmitthenner, **W.,** Alfred von Domaszewski. Alföldy, G., Die Alte Geschichte in Heidelberg, 221-222. Vgl. auch den Nachruf von **W.** Kubischek.

[191] Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56). Das Urteil Gotheins teilte auch H. Oncken, der neben Schölls auch v. Duhns Ernennung zum o.M. als „absurd" empfand, wo doch Gelehrte von weit größerem wissenschaftlichen Ruf nur ao.M. wurden (vgl. Oncken an M. Lenz, 19. Nov. 1922; StBPK, NI. M. Lenz).

der Akademie „ordentlich" zugehe, und auf die diplomatischen Fähigkeiten Windelbands vertrauen.[192]

Noch ein anderes ist am „Fall" Schöll bemerkenswert. Man kann sich natürlich fragen, warum Schöll, wenn schon ein Vertreter der alten Sprachen gewählt werden sollte, dem zwar jüngeren, aber bedeutenderen und genialeren Franz Boll,[193] der mit seinem religionswissenschaftlichen Ansatz eine typisch Heidelberger Variante der Altertumswissenschaften vertrat, vorgezogen wurde. Da Boll auch unter seinen Kollegen hoch in Ansehen stand,[194] galten hier offensichtlich Vorrechte des älteren Kollegen. Kollegiales Verhalten, die Beachtung einer festen Rangordnung und eines verbindlichen Ehrenkodex waren in derartigen Fällen wichtige Voraussetzungen eines „störungsfreien" Beginns der Akademie. Es ist müßig, darüber zu rechten, ob nicht dieser oder jener Heidelberger Gelehrte mit größerem Recht als die Ernannten eine ordentliche Mitgliedschaft in einer derart ambitionierten wissenschaftlichen Institution wie einer Akademie der Wissenschaften beanspruchen durfte. Die herausragende Gestalt Max Weber[195] stand im wesentlichen außerhalb der Universität. Ihn einem Ordinarius vorzuziehen, erschien angesichts der Rücksichten, die zu beachten waren, nicht angeraten. Der Bruder Alfred Weber[196] erschien wohl der „Geheimratsgesellschaft" als Persönlichkeit

[192] Gothein an M.L. Gothein, 18. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3483, Bf. 45). Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 235.

[193] Franz Bo11 war 1908 als Nachfolger von A. Dietrich nach Heidelberg berufen worden. 1909 wurde er nur zum ao.M. gewählt, jedoch bei nächster Gelegenheit zum o.M. berufen (1916). Sein hohes wissenschaftliches Ansehen bezeugen seine - abgelehnten - Rufe nach Berlin und Wien (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 24f.) und seine Mitgliedschaften in mehreren wissenschaftlichen Akademien: München 1907, Göttingen 1917 und Bologna 1922; vgl. dazu **HAW** 115/PA Boll sowie die unter Anm. 178 genannte Literatur. Zu Boll vgl. **NDB** 2, 1955, 432 **(V.** Pöschl). Curtius, L., Franz Bol!.

[194] Vgl. etwa den Bericht Gotheins über Bolls „Eranos"-Vortrag, Gothein an M.L. Gothein, 27. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484 Bf. 57). Vgl. auch die Bemerkungen von Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 57.

[195] Zu **M.** Weber vgl. Weber, **M.,** Max Weber; Bad. Biogr. 1, 1982, 266-269 **(M.** Riesebrodt). Max Weber. Gedächtnisschrift. Max Weber. Ein Symposion. Fügen, H.N., Max Weber. Peukert, D.J.K., Max Webers Diagnose der Modeme. Mommsen, W.J., Max Weber und die deutsche Politik.

[196] Zu A. Weber vgl. Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 263-266 (H. Reimann). Demm, E., Alfred Weber und sein Bruder Max.

wenig akademiewürdig.[197] Erstaunen muß es dagegen eher, daß in einer historischen Klasse auch die beiden „zünftigen" Historiker Karl Rampe und Hermann Oncken zunächst keine Berücksichtigung fanden. Bei Oncken[198] mag man anführen, daß der Wunschkandidat in der Nachfolge Erich Marcks' der Freiburger Historiker Friedrich Meinecke gewesen war, Onckens Berufung also nur eine „Notlösung" war.[199] Bei Hampe[200] kann man allenfalls das Faktum seiner relativen Jugend anführen, die es notwendig erscheinen lassen konnte, gleichrangigen, aber älteren Kollegen den Vorzug zu geben.[200]. Im ganzen wirkte sich so die Beschränkung der ordentlichen Mitglieder auf zehn Gelehrte je Klasse in der Philosophisch-historischen Klasse hemmend aus. Während in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse alle „Fälle" eindeutig zu entscheiden waren, gab es bei der Auswahl der Gelehrten für die Philosophisch-historische Klasse doch einen Entscheidungsnotstand. Bei der relativ großen Zahl hervorragender Gelehrter war es ein zwangsläufiges Dilemma, daß es eine Reihe Gelehrter gab, die ebenfalls und ebenso würdig waren, dieser „Ehrung" teilhaftig zu

[197] Vgl. die Urteile Gotheins über seinen Kollegen **A.** Weber, dessen Impulsivität und Direktheit er ablehnt. Gothein an M.L. Gothein, 8. Juli 1909; dgl., 29. Sept. 1909 und 1. Okt. 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bfe. 97, 123 und 125).

[198] Zu Oncken vgl. Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 207-209 **(K.** Schwabe). Hirsch, F., Erinnerungen an Hermann Oncken. Ders., Hermann Oncken. Schwabe, **K.,** Hermann Oncken. Goetz, **W.,** Historiker in meiner Zeit, 377-379. Zuletzt: Wolgast, E., Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert, 128-136.

[199] Zur Berufung Onckens vgl. Gothein an Böhm, 14. Mai 1907 (GLA 52/XIV, NI. Böhm): „Unser Wunsch geht ja ganz und gar aufMeinecke, obwohl wir uns die Schwierigkeiten nicht verhehlen, die eine Versetzung von Freiburg nach Heidelberg hat. Nur glauben wir eben, daß die Direktion gerade dieser Heidelberger Stelle so bedeutend ist, daß wir auch auf den Bedeutendsten eine Art Voranspruch haben." Vgl. auch Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 207. Conze, W./Mußgnug D., Das Historische Seminar, 139. Wolgast, E., Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert, 128.

[200] Zu Hampe vgl. NDB 7, 1966, 599 (F. Baethgen). Tellenbach, G., Karl Hampe. Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 115-118 (H. Jakobs). Goetz, W., Historiker in meiner Zeit, 392-393. Jakobs, H., Mediävistik bis zum Ende der Weimarer Republik, 52-58. Vgl. auch Hampe, K., Selbstdarstellung.

[200]. Daß bei der „Auswahl" des Vertreters der Historiker, als der Gothein gelten muß, ähnliche Überlegungen eine Rolle spielten wie im „Fall" Sehöl!, zeigt eine Äußerung Onckens. Auch hier wurde das primäre Fachprinzip durch das Anciennitätsprinzip ergänzt, das zur Differenzierung innerhalb einer Disziplin bei mehreren „berechtigten" Fachvertretern angewandt wurde (vgl. Oncken an **M.** Lenz, 19. Nov. 1922; StBPK, NI. M. Lenz).

werden wie die Gewählten. Der angestrebte Ausgleich über die außerordentliche Mitgliedschaft[201] konnte da nur unvollkommen sein.

Die Fiktion, daß die Mitglieder durch einen eigenständigen Entschluß des Großherzogs ernannt worden seien, wurde innerhalb der Akademie, d.h. von den eigentlichen Entscheidungsträgern Koenigsberger und Windelband, vor den übrigen Mitgliedern strengstens gewahrt.[202] Die Art der Ernennung der Mitglieder durch den Großherzog wurde allgemein gutgeheißen und als notwendig erachtet, niemandem stand es an, sie zu hinterfragen. **„Wie** sollte denn sonst eine solche Vereinigung, die eben doch nicht die Universität als solche sein soll, zu Stande kommen?"[203] Am Tage der Ernennung der ordentlichen Mitglieder - "Nachdem wir darüber verständigt worden sind, dass Sie von S[eine]r K[öni]gl[ichen] Hoheit dem Grossherzog zum ordentlichen Mitglied der Akademie ernannt worden sind" - luden die beiden Sekretäre der Akademie die Mitglieder bereits auf den nächsten Tag, Freitag, den 25. Juni 1909, „$6^1/_2$ [Uhr] im Senatszimmer der Universität", zur konstituierenden Sitzung der Akademie: „Die Kürze der Frist verlangt ... die grösste Beschleunigung des Zusammentritts der Akademie." Denn bereits auf den 3. Juli 1909 war auf Wunsch des Großherzogs die feierliche Eröffnungssitzung der Akademie, „zu welcher der hohe Protector seine Anwesenheit zugesagt hat," anberaumt. Die wichtigste zuvor zu erledigende Angelegenheit betraf die Wahl der außerordentlichen Mitglieder der Akademie, „deren Namen mit denen der ordentlichen zusammen veröffentlicht werden sollen."[204] Die Tagesordnung enthielt außerdem als Verhandlungsgegenstände „Konstitution der Akademie", Wahl von Ehrenmitgliedern und eines Mitglieds zum Verwaltungsrat und „Vorbereitung der Statuten".

Trotz der kurzbemessenen Einladungsfrist traten am nächsten Tag sechzehn der achtzehn ordentlichen Mitglieder zur konstituierenden Sitzung zusammen. Doch wäre angesichts dieser Tatsache

[201] Vgl. Ministerialvortrag Böhms vom 16. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 42r).

[202] Dementsprechend richtete Bezold sein Dankschreiben für die Ernennung auch an das Ministerium (vgl. ebd., fol. 62).

[203] Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56). Vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 236.

[204] Einladungsschreiben vom 24. Juni 1909, unterzeichnet von Koenigsberger und Windelband (HAW 143/1).

die Vermutung sehr gewagt, die Mitglieder seien auf diese Sitzung vorbereitet gewesen. Gewißheiten wurden eben erst durch das Ernennungsschreiben des Großherzogs und das Einladungsschreiben der Sekretäre geschaffen. Indem sie der Einladung folgten, gaben die Gelehrten zu erkennen, daß ihnen auch angesichts der überstürzten Anberaumung des Termins an der Mitgliedschaft gelegen war. Die Kenntnis der Lebensgewohnheiten der Kollegen ließ zudem im Rahmen des Möglichen die Wahl des günstigsten Termines zu. Der Tagesordnungspunkt „Konstitution" beinhaltete nur einen kurzen Bericht Koenigsbergers über die Vorgeschichte der Gründung.[205] Es handelte sich hierbei eher um eine emphatische Lobrede auf den Stifter und den Großherzog unter Hervorhebung der Verdienste Endemanns, als um eine detaillierte Darstellung des Verhandlungsganges. Letzteres verbot sich auch unter dem Aspekt, Empfindlichkeiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Spätere auf die Gründungszeit der Akademie rekurrierende Verhandlungen innerhalb der Akademie zeigten dann auch immer wieder, wie wenig die Akademiemitglieder tatsächlich über die Gründungsgeschichte wußten.[206] Im übrigen war man der Meinung, ,,daß Windelband und Königsberger alles vorzüglich vorbereitet haben."[207] Die Wahlen eines dritten Mitgliedes zum Verwaltungsrat (W. Braune) und der Ehrenmitglieder Karl Lanz und Friedrich Endemann waren Formsache bzw. eine Selbstverständlichkeit.

Schwieriger gestalteten sich natürlich die Zuwahlen der außerordentlichen Mitglieder, denn auch hier stand einer großen Anzahl würdiger Gelehrter eine sehr begrenzte Zahl an Stellen zur Verfügung. In der Kategorie der außerordentlichen Mitglieder sollte sich der besondere badische Charakter der Akademie zeigen. Berücksichtigt werden mußten daher Gelehrte aller drei badischen Hochschulen bei größerer Breite der Disziplinen. So konnten und mußten hier auch Fachvertreter bedacht werden, die aus prinzipiellen Gründen unter die ordentlichen Mitglieder nicht aufgenommen worden waren. Dabei dachte Windelband zunächst an die

[205] Vgl. Prot. Sitz. vom 25. Juni 1909 (ebd.).

[206] Vgl. die Verhandlungen um die Ehrungen für den Prinzen von Isenburg (Bütschli an die Mitglieder der Akademie, 31. Okt. 1917; **HAW** 143/2) oder Endemann (Bartholomae an Kossel, 22. Juni 1924; **HAW** 1121/1).

[207] Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56). Vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 235.

berühmten Heidelberger Emeriti, während aus Freiburg und Karlsruhe bedeutende aktive Vertreter ihrer Wissenschaften gewählt werden sollten.[208] Die Liste der am 15. Juni 1909 dem Großherzog zur Ernennung eingereichten außerordentlichen Mitglieder wurde zwar nicht revidiert, aber in der Sitzung doch erheblich erweitert.[209] So wurden in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zusätzlich die beiden Heidelberger Emeriti Julius Arnold und Wilhelm Erb, beides Pathologen, und - als Besonderheit, die sein hohes allgemeines Ansehen bezeugt - der Heidelberger Kliniker LudolfKrehl, außerdem der Chemiker August Horstmann und der Karlsruher Physiker Otto Lehmann gewählt. Die Philosophisch-historische Klasse ergänzte die alte Vorschlagsliste durch die Heidelberger Professoren Adolf Hausrath (Emeritus der Kirchengeschichte), Georg Jellinek (Staatsrecht) und Henry Thode (Kunstgeschichte), die beiden Freiburger Historiker Friedrich Meinecke und Georg von Below und den Karlsruher Archivdirektor Karl Obser.[210] Ein weitergehender Antrag, auch die genannten Emeriti zu Ehrenmitgliedern zu wählen, wohl um dadurch dringend benötigte Plätze für aktive Professoren freizubekommen, mußte „nach Aufklärung durch den Vorsitzenden" über die grundsätzlichen Unterschiede der verschiedenen Mitgliederkategorien zurückgezogen werden. Die Entscheidung, wer zu wählen sei, wurde den ordentlichen Mitgliedern in der Philosophisch-historischen Klasse nicht leicht gemacht. Eine Reihe von schmerzlichen Entscheidungen zugunsten oder zuungunsten dieses oder jenes Gelehrten waren zu fällen. Bei offensichtlicher Beachtung eines gewissen Proporzes zwischen Heidelberg und Freiburg und möglichst ausgewogener Berücksichtigung der verschiedenen Diszipli-

[208] Vgl. die undatierte Pressemitteilung Windelbands, die offensichtlich aufgrund einer Anfrage des General-Anzeigers der Stadt Frankfurt vom 28. Juni 1909 erstellt wurde (vgl. HAW Oll). Veröffentlicht wurde der Beitrag im Wortlaut auch in anderen Zeitungen, so in der Karlsruher Zeitung No. 176 vom 1. Juli 1909 (vgl. GLA 235/3354, fol. 65). Obgleich der Bericht von Windelband verfaßt wurde, enthält er doch einige bemerkenswerte Unschärfen, etwa in der Beurteilung des Status der ao.M. und der Motive der Wahl der o.M. Zum Status der ao.M. vgl. unten Kap. III.3.2.

[209] Vgl. die alte Liste im Ministerialvortrag Böhms vom 16. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 39r-40r und fol. 45v) mit der neuen Aufstellung im Prot. Sitz. vom 25. Juni 1909 (HAW 143/1 und Jh. 1909/10, VIII; vgl. auch die Mitteilung Koenigsbergers an BMKU, 26. Juni 1909, GLA 235/3354, fol. 55r-55v).

[210] Die wichtigsten Daten vgl. bei Wennemuth, U., Mitgliederverzeichnis.

nen sah man sich etwa gezwungen, die Berufung der beiden Freiburger Historiker Friedrich Meinecke und Georg von Below mit dem Verzicht auf Hermann Oncken[211] und Johannes Hoops zu „erkaufen".[212] Dies führte z.T. zu absurden Verteilungen, indem man dann zwar eine Anzahl Freiburger Historiker unter Einschluß des Emeritus A. Dove zu Mitgliedern hatte, die Heidelberger aber „zerteilte" und dadurch Mißgunst beförderte, wie Max Weber später kritisch bemerkte.[213] Entgegen den ursprünglichen Absichtserklärungen dominierten aber auch unter den außerordentlichen Mitgliedern die Heidelberger Gelehrten. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse zählte zehn Heidelberger bei vier Freiburgern und zwei Karlsruhern zu ihren außerordentlichen Mitgliedern, die Philosophisch-historische Klasse zwölf Heidelberger bei sechs Freiburgern und zwei Karlsruhern. Es ist wohl eine leichte Aufwertung des Karlsruher „Kontingentes" zu verzeichnen, die die peinliche demonstrative Besetzung jeweils nur einer Stelle durch Karlsruher Gelehrte in der ersten Mitgliedervorlage etwas ausglich, im ganzen wurde aber die Heidelberger Dominanz noch ausgeweitet. Daß dies dem badischen Gedanken der Akademiegründung nur hinderlich sein mußte, ist verständlich. Obgleich Gothein feststellen zu können glaubte, daß „die Verhandlungen in einer ebenso sachgemässen und allen Ehrgeiz ausschließenden, wie fruchtbaren Weise"[214] abgelaufen seien, so ist doch allzu offensichtlich, daß bei der Besetzung der Stellen der außerordentlichen Mitglieder auch Heidelberger Hausmachtinteressen verfochten wurden, wobei u.a. die bei der ordentlichen Mitgliedschaft vernachlässigten Disziplinen oder Gelehrten zu berücksichtigen waren. So wurden auch Heidelberger Berühmtheiten wie Max Weber, Henry Thode oder Ludolf Krehl, die keine akademieüblichen Disziplinen vertraten oder Außenseiter des akademischen Betriebes waren, zugewählt. In der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse wurden insbesondere die Mediziner für ihre „Zurücksetzung" bei der Ernennung der ordentlichen Mitglieder

[211] Bei Oncken wirkte diese Zurücksetzung, auch wenn sie bei nächster Gelegenheit revidiert wurde, lange nach in einer grundsätzlichen kritischen Haltung an Prinzipien und Umständen, die der Akademiegründung zugrunde lagen. Vgl. Oncken an Max Lenz, 19. Nov. 1922 (StBPK, NI. M. Lenz).

[212] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56).

[213] Vgl. dazu unten Kap. III.3.2.

[214] Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56).

durch Sitze als außerordentliche Mitglieder entschädigt. Auf die Reaktionen besonders der auswärtigen außerordentlichen Mitglieder auf ihre Wahl wird noch einzugehen sein.

Die Liste der neu gewählten außerordentlichen Mitglieder wurde am 26. Juni dem Ministerium in Karlsruhe vorgelegt.[215] Gleichzeitig erging die Mitteilung über den Termin der Eröffnungssitzung.[216] Die Namen der Mitglieder wurden in der Eröffnungssitzung bekannt gegeben und im Staatsanzeiger veröffentlicht.211

Zur Konstituierung der Akademie gehörte auch eine erste Auseinandersetzung um die Zielsetzung und die Verfassung der Akademie. Es wurde unter Vorsitz von Koenigsberger eine Kommission gebildet, der außerdem Windelband, Klebs, Kossel, Gothein, Gradenwitz und Schöll angehören sollten, um auf der Grundlage der Grundzüge der Statuten die endgültigen Statuten zu beraten.[218]

5. Der „Geist" der neuen Akademie.

5.1. Die Eröffnungssitzung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Am 3. Juli 1909 fand die feierliche Eröffnungssitzung der Akademie in der Aula der Universität statt.[219] Einzelheiten über das Festprogramm waren den Mitgliedern bereits in der konstituierenden Sitzung am 25. Juni 1909 mitgeteilt worden.[220] Sie hatten im wesentlichen zur Kenntnis zu nehmen, was bereits vorher geregelt und mit dem Ministerium abgestimmt war. Eine Einflußnahme des Plenums auf die Gestaltung der Feier war allein schon wegen der

[215] Koenigsberger an BMKU, 26. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 55rv).

[216] Koenigsberger an Staatsminister von Dusch, 26. Juni 1909 (ebd., fol. 58).

[217] Vgl. Erlaß des BMKU vom 2. Juli 1909, No. B 8665 und Staatsanzeiger 1909 No. **XXVII,** 271f. (ebd., fol. 69).

[218] Vgl. Prot. Sitz. vom 25. Juni 1909 **(HA W** 143/1).

[219] Vgl. Jh. 1909/10, **IX-XXIX.** Die Ansprachen wurden auch als Sonderdruck herausgegeben: Die Eröffnungsfeier der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Stiftung Heinrich Lanz) vom 3. Juli 1909. Heidelberg 1909.

[220] Vgl. Prot. Sitz. vom 25. Juni 1909 (HAW 143/1). Zum Programm der Eröffnungsfeier vgl. **HAW** 012 und GLA 235/30158. Der Engere Senat, dem freilich eine ganze Anzahl Akademiemitglieder angehörten, wurde erst in seiner Sitzung am 28. Juni über den Festablauf informiert (vgl. UAH A-160/177).

Kürze der Zeit bis zur Eröffnungssitzung ausgeschlossen. Der Termin der Sitzung war auf Wunsch des Großherzogs auf den 3. Juli festgelegt worden, und der Hohe Protektor hatte seine Teilnahme an der Eröffnungsfeier zugesagt.[221]

Dem Selbstverständnis einer Akademie entsprach die große Liste der Ehrengäste aus fürstlichen Häusern sowie aus Ministerien und als Repräsentanten der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.[222] Stattlich war auch die Zahl der zur Feier erschienenen Gäste.[223] Dies darf als Zeichen des großen Ansehens gewertet werden, dessen sich die Institution Akademie im Lande erfreute, wie auch der großen Erwartungen, die sich auf diese neue Akademie richteten. Die Eröffnungsfeier war ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges, das Universität und Stadt feierlich begingen. Die Universität hatte auf Antrag ihres Prorektors die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und Dozenten und Studentenschaft zur Feier eingeladen.[224] Die Akademie „occupierte" an diesem Tage

[221] Vgl. Einladung zur konstituierenden Sitzung vom 24. Juni 1909 **(HAW** 143/1). Die formelle Zusage des Großherzogs erfolgte mit Schreiben des „Geheimen Kabinet" des Großherzogs vom 29. Juni 1909 (vgl. **HAW** 012).

[222] Die Liste der eingeladenen Ehrengäste vgl. in **HAW** 012. Die verhinderte Großherzogin-Mutter Luise entsandte ein Glückwunschschreiben, das ihrer Verbindungen zur Universität Heidelberg und der Gründungspläne des verstorbenen Großherzogs Friedrich I. gedachte: „Die ergreifenden und unvergeßlichen Stunden, die ich so manches Mal an seiner Seite in der Aula Ihrer Universität miterlebte, werden der schönen Feier, welcher Sie entgegengehen, eine lebensvolle erinnerungsreiche Weihe geben" **(HAW** 012).

[223] Vgl. **HAW** 012. Vgl. auch den Bericht über die Eröffnungssitzung im Heidelberger Tageblatt vom 5. Juli 1909 (ebd.) und den Bericht im General-Anzeiger Mannheim vom 3. Juli 1909 (GLA 60/1947).

[224] Vgl. die Mitteilung Windelbands an den Engeren Senat, 25. Juni 1909 (No. 5042), daß der Großherzog den Wunsch geäußert habe, daß die Eröffnungssitzung der Akademie in der Aula der Universität stattfinde und den Antrag, 1. „Die Aula in ihren früheren Zustand versetzen, also für die Feier die Bänke entfernen und sie entsprechend herrichten und ausschmücken zu lassen, 2. die Akademie bei der Eröffnungssitzung namens der Universität zu begrüßen." Der Engere Senat, dem Kossel, Endemann, Ernst, Sehöl!, v. Schubert und Lenard, also überwiegend Mitglieder der neuen Akademie angehörten, stimmte dem Antrag zu (UAH A-054/1). Alle Vorlesungen wurden aus Anlaß der Eröffnungssitzung der HeidA **W** für den 3. Juli abgesagt (vgl. Bekanntmachung des Akademischen Direktoriums vom 26. Juni 1909; **HAW** 012). Vgl. auch die Einladungsschreiben an die „Mitglieder der akademischen Korporation" vom 26. Juni 1909 und an den Ausschuß der Studentenschaft vom 26. Juni 1909 **(HAW** 012).

die Gelehrten so sehr, daß kaum andere Beschäftigung möglich war.[225] Die Stadt war festlich geschmückt und die Bürgerschaft nahm regen Anteil an dem „erlauchten" Schauspiele.[226] Die Reaktion der Stadt auf die Akademiegründung hatte die Bedeutung, die man diesem Ereignis zumaß, bereits angedeutet.[227]

Zugleich war es aber auch ein Staatsereignis, denn neben der großherzoglichen Familie - neben dem großherzoglichen Paar war auch Prinz Max[imilian] von Baden anwesend - erschienen auch die bedeutendsten Vertreter der badischen Ministerriege: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts A. von Dusch, Innenminister Frhr. von Bodman,[228] Finanzminister Honsell,[229] der Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. Marschall von Bieberstein und natürlich auch der Hochschulreferent Franz Böhm. Die Teilnahme höchster staatlicher Gäste bezeugt das große Interesse des badischen Staates an dieser Akademiegründung. Die Übernahme des Protektorats durch den Großherzog und die Unterwerfung der Grundzüge der Verfassung und der Gründungsverhandlungen der Akademie unter die Aufsicht oder Zustimmung des Ministeriums machten sich bezahlt in der Identifizierung der Staatsspitze mit der neuen Institution. Die Häupter der Stadt Heidelberg und der badischen Hochschulen Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe sowie die Stifterfamilie Lanz vervollständigten den Kreis der Ehrengäste.

Für den Vorabend der Eröffnungsfeier hatte der Großherzog die ordentlichen Mitglieder in das Großherzogliche Palais am Karlsplatz geladen. Hierin drückte sich die Verbundenheit aus, die er der Akademie entgegenbrachte und förderte gleichzeitig auch das Renommee der neuen Institution, noch bevor sie eröffnet war. Die wichtige Funktion des Staates bei der Gründung der Akademie wurde hierdurch besonders nach außen hin dokumentiert und

[225] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 4. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 63).

[226] Vgl. die Stimmungsberichte in den Zeitungen, so des Heidelberger Tageblattes vom 3. Juli 1909 (HAW 012) und im Abendblatt der Frankfurter Zeitung vom 5. Juli 1909 (Eröffnungsfeier, 3-6).

[227] Vgl. OB Dr. Wilckens an Prorektor Windelband, 17. Juni 1909 (UAH A-054/1) und ders. an Karl Lanz, 17. Juni 1909 (Neubaur, P., Heinrich Lanz, 438).

[228] Zu Bodman vgl. NDB 2, 1955, 360 (P. Strack). Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 68-70 (G. Kaller).

[229] Zu Honsell vgl. Bad. Biogr. 6, 1927, 76-83 (R. Fuchs). Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe 1910, 199f.

unterstrichen. Für die Akademiemitglieder waren die mit der Eröffnung verbundenen Belastungen jedoch nicht nur erfreulich. Gothein beklagte sich über die Öde des Hoflebens, die den Empfang dominierte, und kritisierte die Großherzogin,[230] die er im Grunde nicht für „gesellschaftsfähig" hielt. ,,Dagegen unterhielt ich mich mit Lanz, dem ich thatsächlich die Zweck[e] der Akademie klar machen mußte"![231] Dieser Auftakt ließ einige Zweifel aufkommen über den Sinn einer Inszenierung, die die Akademie als vom öffentlichen Interesse getragene Institution erscheinen ließ. Die Eröffnungsfeier zerstreute jedoch diese Bedenken, besonders angesichts einer Rede Koenigsbergers, die ganz dem Ideal der Akademie gewidmet war.

In der Eröffnungssitzung waren die ordentlichen Mitglieder fast vollständig erschienen, daneben auch viele der außerordentlichen Mitglieder, auch aus Karlsruhe und Freiburg, wie die berühmten Gelehrten Johannes von Kries und Eduard Schwartz.[232] Ein Vertreter einer der anderen deutschen Akademien war zur Eröffnungssitzung nicht anwesend; auch die Straßburger Wissenschaftliche Gesellschaft war offiziell nicht vertreten. Deutlicher als in den Bestimmungen der Satzung kommt der Geist der Akademiegründung in den Ansprachen Koenigsbergers und Windelbands zum Ausdruck.

Koenigsberger[33] beschwörte die Idee der Akademie ganz im Sinne Wilhelm von Humboldts als der „höchsten und letzten Freistätte der Wissenschaft".[234] Die Verbindung der Akademie mit der Universität2[35] betonten bei genauer Differenzierung ihrer Aufgaben sowohl Koenigsberger als auch Windelband. Für Windelband war es unzweifelhaft, ,,daß die beste Lehre schließlich immer auf der besten Forschung beruht."[236] Die Akademie solle es durch ihren Rückhalt und durch Förderung der Universität ermöglichen, ihre Forschungsaufgaben, die besonders auch der Erziehung der Lehrer dienten, zu erfüllen. Dementsprechend vermochte er als

[230] Zur Großherzogin Hilda vgl. Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 12-15 (H. Ferdinand).
[231] Gothein an M.L. Gothein, 3. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 62).
[232] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 3. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 62); zur Anwesenheit der ao.M. vgl. unten 204.
[233] Vgl. Eröffnungsfeier, 7ff. bzw. Jh. 1909/10, !Xff.
[234] Ebd., 13 bzw. **XII.**
[235] Ebd., 33f. bzw. **XXIf.**
[236] Ebd., 34 bzw. **XXII.**

Aufgaben der Akademie drei Schwerpunkte zu formulieren: Eröffnung von Studiengelegenheiten, Beschaffung von Forschungsmitteln und Erleichterung wissenschaftlicher Veröffentlichungen besonders für jüngere Wissenschaftler.[237]

Gegenüber dieser durchaus zweckgerichteten Aufgabenzuteilung wurde aber immer auch die zweckfreie Basis der Akademie, die allein ungebundene Wissenschaft um der reinen Erkenntnis willen suche, betont. Die Idee der Akademie sei geprägt von dem „Streben nach Wahrheit und Fortschritt, gleichviel auf welchem Gebiete menschlicher Tätigkeit".[238] Wenn Koenigsberger dabei an die Worte des Kaisers anläßlich des Berliner Akademiejubiläums erinnerte, das „Ziel allen Wissens" müsse sein, „die Menschheit tiefer in die Erkenntnis der göttlichen Wahrheit einzuführen, ... den Urgrund alles Seins und Werdens zu erforschen ...", wird deutlich, wie sehr die Gründung der Akademie von dem Geiste des deutschen Idealismus eines Wilhelm von Humboldt und dem Pathos des Kaiserreiches getragen wurde. Durchdrungen von einer ungetrübt positiven Lebensanschauung, die im Glauben an einen stetigen Fortschritt und des Positiven dieses Fortschrittes gründete,[239] sah man auch die Zukunft der Akademie in einem glänzen-

[237] Ebd., 34 bzw. **XXII.**

[238] Koenigsberger, ebd., 20 bzw. **XV.** Diese Forderung erinnert an den Wahlspruch der kurpfälzischen Akademie „Veritas suprema !ex esto" (ebd., 10 bzw. **XI).** Koenigsberger selbst wandelte diesen Spruch später in einem für ihn gültigen Sinn um: „Voluntas veritatis suprema !ex esto"; vgl. Jh. 1909/10, **XLVII** (anläßlich der Enthüllung des Denkmals von Heinrich Lanz in Mannheim am 9. März 1910).

[239] Zur Fortschrittsgläubigkeit und Wissenschafts- und Technikeuphorie der **Wil**helminischen Zeit vgl. etwa auch die Rede Werner (von) Siemens' über „Das naturwissenschaftliche Zeitalter" aus dem Jahre 1886 (Tageblatt der 59. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, bes. 95f.), die auch bei Koenigsberger gegenwärtig war. Vgl. die Kennzeichnung der fortschrittsgläubigen und zugleich in sich ruhenden Epoche durch P. Günther, Jh. 1943/55, 131 (er beschreibt W. Ostwald als „optimistisch-gläubige[n) Prophet[en] eines naturwissenschaftlichen und technischen Zeitalters, das er kennzeichnete als das Paradies, das in der Zukunft der Menschheit läge und nicht in deren Vergangenheit") und Ch. Gerthsen (ebd., 131) über die Haltung Koenigsbergers und Lenards, die von der Überzeugung durchdrungen gewesen sei, „daß grundsätzlich schon der Sieg errungen sei. Anschaulichkeit des Naturbildes und strenge Determiniertheit des Naturgeschehens schienen notwendige Voraussetzungen für die erfolgreiche Klärung der Naturgesetze, und der Glaube war unerschüt-

den Licht. Wissenschaft und Forschung wurden dabei in enge Verbindung zu ihren Anwendungsmöglichkeiten in der Industrie gerückt: Man spürte den „Geist der Versöhnung zwischen spekulativem Denken und empirischer Forschung",[240] die als gleichberechtigt[241] und einander ergänzend[242] bewertet und gerechtfertigt wurden. Die Akademie versprach, auch mit Blick auf den Stifter Lanz, den modernen Anschauungen angewandter Forschung gerecht zu werden, ,,ohne sich jedoch mehr als nötig von den idealen Auffassungen" der reinen und zweckfreien Wissenschaften zu entfernen.[243] Der allgemeine Wissenschaftsoptimismus fand seinen deutlichsten Ausdruck in der Ansprache Karl Lanz', der von der Wissenschaft im Verbund mit der Industrie eine Lösung der sozialen und gesellschaftlichen Probleme seiner Gegenwart und der Zukunft erwartete.[244]

Vor diesen hohen Erwartungen schwand dann auch der Gegensatz zwischen der Forderung, eine Stätte der reinen Wissenschaft zu sein, die keinem Zwecke außer dem Streben nach Erkenntnis zu dienen habe, und der Forderung nach materieller Anwendbarkeit im praktischen Leben.[245] Die kritischen Einwände Windelbands gegen diese Sicht, der bereits eine Gefährdung des Menschen durch die wachsende industrielle und technische Entwicklung befürchtete,[246] wurden damals freilich kaum wahrgenommen. Eine

tert, daß die schon im 18. und 19. Jahrhundert erarbeiteten Prinzipien der Mechanik und Elektrodynamik auch im Mikrokosmos des Atoms ihre beherrschende Stellung behaupten würden." Vgl. allgemein dazu auch Hermann, A., ,,Auf eine höhere Stufe des Daseins erheben", 312-323.

240 Koenigsberger, ebd., 20 bzw. XV. Vgl. ebd., 18 bzw. **XIV** das Beispiel der Verknüpfung der Mathematik mit Physik und Philosophie.

241 Ebd., 19 bzw. **XV.**

242 Ebd., 18 bzw. **XIV.**

243 Ebd., 17 bzw. **XIV.**

244 Vgl. Eröffnungsfeier, ebd. 23tf. bzw. **XVIItf.** Diese Erwartung liegt offensichtlich auch in der geistigen Tradition der Lanz-Familie begründet. Von der Forschung „im Dienst der Menschheit und ihrer Kultur" spricht auch Windelband. Eröffnungsfeier, 35 bzw. Jh. 1909/10, **XXIII.**

245 Siehe dazu bes. die Ausführung Lanz'. Ebd., 27f. bzw. **XIX.**

246 Er warnte vor der allzu rasanten „Entwicklung der technischen Außenkultur", die „den Sinn der Menschen ins Materielle zu ziehen und darin festzuhalten droht" (ebd., 32 bzw. **XXI).** Ähnlich auch Koenigsberger, wenn er die Philosophie als Förderer von Moral und Sitten den Entwicklungen der Gegenwart für die Gesellschaft gegenüberstellt; ebd., 37 bzw. XXIIIf.

idealistische Lebensphilosophie,[247] die aus einer „sittlich guten Tat" oder allein aus dem Willen oder der Idee einer solchen etwas „fortdauernd Gutes und Schönes"[248] erwartete, befestigte das Fortschrittsbewußtsein immer wieder. Der „edle" Stifter erschien als treffendste Verkörperung dieses Zeitgeistes. [249] Die positive philosophische und sinndeutende Rede Koenigsbergers machte denn auch den größten Eindruck auf die Zeitgenossen.[250] Daß man hier vom Humboldtschen Ideal abrückte und sich der Leibnizschen Auffassung näherte, machten sich Redner und Zuhörer nicht bewußt: Bei allem Bekenntnis zur „humanistischen" Akademietradition traten eben auch modernere Züge zu Tage. Das Widerstreiten beider Prinzipien in der Idee und Wirklichkeit ging dabei nicht ohne Konflikte aus.

Neben der ideellen Seite galt jedoch auch den wissenschaftlichen Aufgaben der Akademie die Aufmerksamkeit der Redner. Sie sollte die wissenschaftliche Forschung vorantreiben und darin nachfolgenden Forschergenerationen Maßstab und Anregung zugleich sein.[251] Nach innen sollte sie den Mitgliedern vornehmlich eine „Fühlung"[252] zwischen den verschiedenen Arbeits- und Wissensgebieten ermöglichen. Das Problem der zunehmenden Differenzierung der Wissenschaften, die es dem Forscher erschwerte, wenn nicht unmöglich machte, seinem „Arbeitsfeld ferner liegende" Forschungsergebnisse überhaupt noch zur Kenntnis zu nehmen,[253] war bereits als das große Dilemma von Wissen-

[247] Vgl. den Vortrag Windelbands „Die Erneuerung des Hegelianismus" in der Festsitzung am 24.Apr.1910 (SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1910, Abh. 10. Heidelberg 1910).

[248] Jh. 1909/10, LIX. Vgl. Eröffnungsfeier, 7 bzw. Jh. 1909/10, **IX:** die Erinnerung an die den Großherzog „beglückende Idee einer sittlich schönen und reiche Früchte verheißenden Tat". Vgl. auch Jh. 1909/10, LV.

[249] Eröffnungsfeier, 8 bzw. Jh. 1909/10, X. Vgl. ebd., 30 bzw. **XX** die Betonung des Beispieles „idealer Gesinnung" und hoher „Opferwilligkeit". Vgl. ebd., 38 bzw. **XXIV** das Lob des „edlen" Stifters; auch in anderen Ansprachen wird die Tat der Familie Lanz in ähnlicher Weise hervorgehoben. Vgl. auch das Lobgedicht eines Mannheimer Bürgers auf K. Lanz **(HAW** Oll).

[250] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 3. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 62).

[251] Koenigsberger in: Eröffnungsfeier, 15 bzw. Jh. 1909/10, **XIII;** vgl. dazu auch Windelband, ebd., 34 bzw. **XXII.**

[252] Koenigsberger, ebd., 16 bzw. **XIII.**

[253] Ebd., 15 bzw. **XIII.**

schaft und Forschung erkannt worden.[254] Hier wurde der Akademie die Aufgabe gestellt, durch Vorträge einen Eindruck des wissenschaftlichen Fortschrittes in den verschiedenen Forschungsbereichen zu vermitteln und so „das Gemeinsame der gewonnenen Resultate zum Bewußtsein" zu bringen.[255] Für Koenigsberger lag hierin etwas ganz Entscheidendes, werde dem Forscher dadurch doch erst die Möglichkeit eröffnet, ,,den ruhenden Pol zu finden in der Flucht der wissenschaftlichen Ergebnisse".[256] Daran knüpfte sich ihm die Verwirklichung der „idealen Auffassung"[257] von **Wis**senschaft und Akademie an, nämlich der Vorstoß zu den ,,Wurzeln allen Denkens und Fühlens", der fortwährende Drang, ,,Anfang und Ende der Dinge zu suchen und zu ahnen".[258] Die Sorge, die aus den Ungewißheiten einer Akademiegründungentsprang, wich bald der Überzeugung, etwas Dauerhaftes geschaffen zu haben, das sich in Aufgaben und Zielen bewähren würde. ,,Unsere Zuversicht aber, daß es uns mehr und mehr gelingen werde, die uns anvertraute Bestimmung zu erfüllen, beruht nicht nur auf der Gesinnung, mit der wir uns an dem Werke der Akademie vereinigt wissen, sondern auch auf dem Vertrauen ... [an die] ... verständnisvolle Unterstützung aller Derjenigen ..., die mit uns den Glauben an die Kulturbestimmung der Wissenschaft teilen."[259] Durch ihre traditionelle Struktur mit der Einrichtung der beiden Klassen und der Beschränkung auf wenige Akademiefächer verzichtete die Akademie freilich auf eine tatsächlich umfassende und zusammenfassende Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnis.

5.2. Die Statuten der Akademie.

Nach der Konstituierung und Eröffnung der Akademie war die wichtigste Aufgabe die Ausarbeitung der Statuten, die den Rahmen für die äußeren und inneren Verhältnisse der Akademie abgaben. Bereits in der konstituierenden Sitzung war damit eine Sie-

[254] Vgl. dazu die Zweifel Curtius' an der Lösbarkeit des Dilemmas (Curtius, L., Deutsche und antike Welt, 324).

[255] Koenigsberger in: Eröffnungsfeier, 16 bzw. Jh. 1909/10, **XIII.**

[256] Ebd., 16 bzw. **XIII.**

[257] Ebd., 17 bzw. **XIV.**

[258] Ebd.

[259] Vgl. den Geschäftsbericht Windelbands, Jh. 1909/10, **XXXIIf.**

bener-Kommission betraut worden.[260] Vorgaben für die Statuten waren in der Stiftungsurkunde und den Grundzügen der Verfassung, die im „Auftrag" des Stifters durch Windelband, Koenigsberger und Endemann ausgearbeitet worden waren, festgelegt.[261] Die Statutendiskussion innerhalb der Akademie war in relativ kurzer Zeit abgeschlossen, da man sich in der inneren Ausgestaltung der Akademie den Vorbildern der anderen in Deutschland bestehenden wissenschaftlichen Akademien ebenso verpflichtet fühlte[262] wie dem Humboldtschen Akademieideal. Eine bewußte Modernisierung als bewährt befundener Grundsätze des Aufbaus und der Organisation der Akademien war daher auch keineswegs beabsichtigt, was der Heidelberger Neugründung die Kritik Max Webers einbrachte.[263] Bedenken des Ministeriums, wie sie im Verlauf der Gründungsverhandlungen geäußert worden waren, gingen in die Konzeption der Statuten ein.

Die größten Probleme für die Statutenkommission ergaben sich aus dem Bemühen, einen gemeinsamen Termin für ihre Beratungen zu finden.[264] In ihrer Sitzung am 12. Juli faßte sie Beschlüsse über den Sitzungstag der Akademie, diverse Mitgliederangelegenheiten und die Registratur, übertrug jedoch die Vorbereitung eines Statutenentwurfs einer „Subkommission", bestehend aus dem geschäftsführenden Sekretär Koenigsberger sowie Kossel und Gradenwitz als Juristen.[265] Um die Statutenangelegenheit noch vor Semesterende abschließen zu können, drängte insbesondere **Win**delband auf eine Beschleunigung des Verfahrens. Die Statutenkommission trat daher zur Beratung des Entwurfs der Subkommission am 22. Juli erneut zusammen.[266] Daraufhin konnten die ordentlichen Mitglieder der Akademie auf Sonntag, den 25. Juli zu einer Gesamtsitzung geladen werden, in der außer über die Sta-

[260] Vgl. oben 128.

[261] Vgl. Böhm an Ghzl. Geh. Kabinett, 31. Mai 1909, No. B 6983 (GLA 235/3354 fol. 31v). Vgl. auch oben 103ff.

[262] Stiftungsurkunde vom 22. Mai 1909 (HAW 011; Jh. 1909/10, III).

[263] Zur Auseinandersetzung Max Webers mit der Akademie siehe bes. unten Kap. III.2.2.

[264] Vgl. die Reaktionen auf Koenigsbergers Einladung vom 5. Juli 1909 **(HAW** 143/1).

[265] Prot. der Kommissionssitzung vom 12. Juli 1909 (ebd.).

[266] Einladungsschreiben Koenigsbergers vom 20. Juli 1909 mit den Kommentaren der Kommissionsmitglieder; der Termin wurde mehrfach geändert, ehe man ihn auf den 22. Juli festlegte (ebd.).

tuten auch über Verlagsvereinbarungen und die Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten verhandelt werden sollte.[267] In der Einsicht in die Notwendigkeit, die Statutenangelegenheit noch vor Eintritt der Semesterpause zu erledigen, stimmten schließlich alle Mitglieder diesem ungewöhnlichen Sitzungstermin zu.[268]

Der Statutenentwurf wurde mit geringfügigen Änderungen, hauptsächlich Umstellungen oder Konkretisierungen, in der Sitzung am 25. Juli 1909 vom Plenum gebilligt.[269] Nicht unerhebliche Abweichungen ergaben sich aber zu den Grundzügen, so die Streichung des Status des korrespondierenden Mitglieds und die Begrenzung der Amtszeit der Sekretäre.

Am 27. Juli wurden die von der Akademie verabschiedeten Statuten dem Großherzog zugesandt, der sie sogleich an das Kultusministerium weiterleiten ließ.[270] Das Ministerium erbat daraufhin Aufklärung über einige „Widersprüche" zwischen den Grundzügen und den Statuten, insbesondere eine Stellungnahme wegen des Wegfalls des Status des korrespondierenden Mitgliedes und bezüglich der Anzeigepflicht für auswärtige und Ehrenmitglieder.[271] Nach Einfügung eines entsprechenden Passus in die Akademiestatuten über die Anzeigepflicht auch bei der Wahl der auswärtigen und Ehrenmitglieder und Aufklärung über die Beweggründe der Akademie, die korrespondierende Mitgliedschaft durch eine auswärtige zu ersetzen, empfahl Böhm in seinem Ministerialvortrag für den Großherzog vom 5. November 1909 die Bestätigung der Statuten. Ausdrücklich befürwortete er die Beschränkung der ursprünglich auf Lebenszeit vorgesehenen Amtszeit der Sekretäre auf sechs Jahre, ,,weil eine Wahl auf Lebenszeit leicht zu unerträg-

[267] Einladung zur Gesamtsitzung am 25. Juli vom 22. Juli 1909 (ebd.).

[268] Richard Schroeder protestierte zunächst energisch gegen die Festsetzung des Sitzungstermins auf den Sonntagvormittag und erklärte, daß „etwaige Beschlüsse einer Sonntagssitzung" für ihn unverbindlich bleiben müßten. Er plädierte für Verlegung der Sitzung auf Oktober (Telegramm an Koenigsberger, 23. Juli 1909; ebd.). Schließlich machte Schroeder selbst den Kompromißvorschlag, die Sitzung vor den Semesterabschlußgottesdienst zu legen (Schroeder an Koenigsberger, 23. Juli 1909; ebd.).

[269] Vgl. Prot. Sitz. vom 25. Juli 1909 (ebd.). Abdruck der Statuten in Jh. 1909/10, **LXV-LXVIII,** auch als Sonderdruck.

[270] GLA 235/3354, fol. 74; das Anschreiben der Akademie an den Ghz. auch in HAW 011.

[271] Vgl. BMKU an HeidAW, 9. Aug. 1909, No. B 10241 und Koenigsberger an BMKU, 16.Aug.1909 (GLA 235/3354, fol. 82r-83v und 86; vgl. auch HAW 011).

liehen Zuständen führen könnte." Die Rechte der außerordentlichen Mitglieder wurden begrüßt, der (zu geringe) Numerus clausus der außerordentlichen und auswärtigen Mitglieder kritisiert, aber nicht grundsätzlich beanstandet.[272] Durch „Allerhöchsten Staatsministerialbeschluß No. 979" am 12. November 1909 wurden die Statuten genehmigt.[273]

Mit der Wahl ihrer Mitglieder war die Akademie als Körperschaft konstituiert, mit der Genehmigung ihrer Statuten schließlich auch als Rechtspersönlichkeit. „Mit dem Beginn des Winterhalbjahres trat nun die Akademie in regelmäßigen Gesamt- und Klassensitzungen in ihren weiteren organisatorischen Ausbau ein. Es wurden wegen der Publikationen der Sitzungsberichte und Abhandlungen ... Verhandlungen geführt und ein Verlagskontrakt abgeschlossen, wegen des Schriftenaustausches mit Akademien und Universitäten Bestimmungen getroffen, eine Geschäftsordnung der Gesamtakademie sowie der beiden Klassen ausgearbeitet, und so alles vorbereitet, um der eigentlichen Aufgabe unserer Körperschaft gerecht zu werden."[274]

Koenigsberger drückte die Hoffnung aus, daß „die innere Berechtigung der Existenz unserer Akademie der Wissenschaften immer klarer und überzeugender hervortreten" möge „und ein stetiges Wachsen und Gedeihen dieser Körperschaft neben den anderen gelehrten Gesellschaften Deutschlands zum Wohle und Ruhme der Hochschulen unseres engeren Vaterlandes nach Kräften" befördert werden könne.[275]

[272] GLA 235/3354, fol. 93-96v.

[273] GLA 235/3354, fol. 107. Vgl. auch die Mitteilung der Bestätigung der Statuten an die Akademie, **BMKU** an HeidAW, 17. Nov. 1909, No. A 14428 **(HAW** 011).

[274] Geschäftsbericht des geschäftsführenden Sekretärs der Akademie Leo Koenigsberger über das Jahr 1909/10 in der Festsitzung der Akademie am 25. Apr. 1910, Jh 1909/10, LI.

[275] Ebd., LV.

III. Organisation und Aufbau der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

1. Die Aufgaben der Akademie im Selbstverständnis ihrer Mitglieder und des Ministeriums.

Über Aufgaben und Ziele der Akademie gab es nicht nur in Nuancen unterschiedliche Auffassungen. Verfassung und Struktur der Akademie waren durch die Vorgaben des Stifters und des Ministeriums keineswegs so festgelegt,[1] daß inner- wie außerhalb der Akademie geführte Diskussionen über die beste Organisation der Akademie aussichtslos gewesen wären. Die Diskussion fand einen vorläufigen Abschluß durch die Festsetzung der endgültigen Statuten, die den Zweck der Akademie bewußt sehr weit faßten: ,,Die Akademie der Wissenschaften ist eine Vereinigung von Gelehrten zu dem Zwecke, die Wissenschaft zu pflegen, sie durch Forschung zu erweitern, wissenschaftliche Unternehmungen anzuregen und zu unterstützen".[2]

Dagegen hatte es im Stiftungsbrief geheißen: ,,Der Zweck der Stiftung ist die Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten und Zusammentritt mit den vereinigten Akademien Europas."[3] Der Hinweis auf die übernationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung, der hier so stark betont wurde, trat in den Äußerungen der Mitglieder nicht hervor. Sie konzentrierten sich vielmehr auf die besondere Situation und die Bedürfnisse ihrer Hochschule, allenfalls noch des Landes.

Das Ministerium beurteilte die Aufgabenzuteilung an die Akademie allein nach pragmatischen Gesichtspunkten. Hier kam erstmals die Frage nicht nur nach dem Wollen, sondern auch nach den gegebenen Möglichkeiten in das Blickfeld. Böhm glaubte die Auf-

[1] So etwa Riese, **R.,** Die Hochschule auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 249.
[2] § 1 der Statuten von 1909, vgl. Jh. 1909/10, **LVX.**
[3] Jh. 1909/10, 3; Neubaur, P., Heinrich Lanz, 434.

gaben der Akademie auf zwei Gesichtspunkte einschränken zu können: „Unterhaltung einer guten wissenschaftlichen Zeitschrift", was 22 Jahre zuvor von K. Fischer noch als völlig überflüssig abgelehnt worden war,[4] und „Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen".[5] Bei Böhm verbanden sich mit dem Hinweis auf die bescheidenen Möglichkeiten der Akademie auch die bereits beschriebenen Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Akademie überhaupt. So waren seine Erwartungen sehr zurückhaltend formuliert, während Lanz die Akademie am Konzert der großen Institutionen Europas beteiligt sehen wollte.

Noch vor der Eröffnungssitzung äußerte sich E. Gothein **Win**delband gegenüber über den Hauptzweck der Akademie:[6] „Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen in dem Sinne, daß wir junge Leute an ihnen beschäftigen in der Zeit zwischen Examen und Anstellung - der produktivsten Zeit, in der der Drang wissenschaftlicher Betätigung am stärksten ist und die Möglichkeit am schwächsten." Gothein verstand unter Forschungsförderung in erster Linie Nachwuchsförderung. Über die Möglichkeiten, wie das praktisch und organisatorisch zu bewältigen sei, ist wenig gesagt. Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen wird hier u.a. auf die Gewährung eines Forschungsstipendiums oder einer Anstellung des jungen Wissenschaftlers durch die Akademie bezogen. Die Akademie sollte förderungswürdige junge Wissenschaftler aktiv in die Forschung einführen, sie dabei sowohl wissenschaftlich als auch sozial über eine materielle Unterstützung betreuen.

Die Gedanken Gotheins wurden (ihrer Absprache gemäß) von Windelband in seiner Ansprache zur Eröffnungsfeier aufgegriffen und weitergeführt. Windelband formulierte drei Schwerpunkte für die Tätigkeit der Akademie: Eröffnung von Studiengelegenheiten für junge Lehrkräfte, Beschaffung von Forschungsmitteln und Erleichterung wissenschaftlicher Veröffentlichungen besonders für jüngere Wissenschaftler.[7] Windelband sah die Akademie in viel

[4] Vgl. oben 41.

[5] GLA 235/3354, fol. 30r; vgl. ebd. fol. 63r (Präsidialvortrag vom 29. Juni 1909, B. 8328).

[6] Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hss. 3484, Bf. 56). Vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 236.

[7] Eröffnungsfeier, 34 bzw. Jh. 1909/10, **XXII.** Zur Behebung von Publikationsschwierigkeiten jüngerer Wissenschaftler als Nebenaspekt der Akademiegründung vgl. oben 79.

größerer Nähe zur Universität, gewissermaßen als ihre Ergänzung, wo ihre eigenen Mittel nicht mehr ausreichten. Die Akademie wurde gesehen als „Schule" für junge Lehrende, die durch die Akademiemitglieder am Beispiel in die Forschung eingeführt werden sollten. Weil die Universität selbst dem jungen Wissenschaftler nicht genügend Entfaltungsmöglichkeiten bot, sollte die Akademie aus dem Nachwuchswissenschaftler den potenten Forscher machen, der dann die Lehre und Forschung an der Universität befruchten sollte. Neben der eigenen Lehrerfahrung sollte die Akademie den jungen Wissenschaftlern auch die technischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit bieten und schaffen: Mittel für Geräte, Forschungsreisen etc. und die Möglichkeit, die Ergebnisse ihrer Forschungen der Öffentlichkeit mitzuteilen. Im ganzen blieb die eigentliche Funktion der Akademiemitglieder merkwürdig undeutlich. Ob Windelband bei seiner Forderung nach Erleichterung wissenschaftlicher Veröffentlichungen ähnlich wie Böhm an eine Zeitschrift dachte, dürfte wohl eher eine Definitionsfrage sein: Als wissenschaftliche Zeitschrift sind durchaus auch die regelmäßigen Folgen der Sitzungsberichte, für die es in den anderen Akademien maßgebende Beispiele gab, zu verstehen. Wesentlich ist, daß Windelband ähnlich wie Gothein die Förderung des jungen Wissenschaftlers als eine Hauptaufgabe der Akademie ansah.

Mehr auf die eigene Forschergeneration bezog dagegen Koenigsberger die Aufgaben der Akademie.[8] Durch wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch sollte die Forschung als ganze vorangetrieben und erweitert werden, ganz im Sinne der Akademietradition, wie sie etwa in der Preußischen Akademie verwirklicht war.[9] Durch ihre Tätigkeit sollte die Akademie nach außen wirken und so die gesamte Forschung anregen und befruchten. Koenigsberger formulierte als wesentliche Aufgabe der Akademie, die bis heute ihre unveränderte Gültigkeit behalten hat, die „Fühlungnahme" zwischen den verschiedenen Arbeits- und Wissensgebieten zu ermöglichen, als Chance also, die Kluft zwischen den Fächern, die infolge

[8] Eröffnungsfeier, 15ff. bzw. Jh. 1909/10, **XIIIff.**

[9] Vgl.§ 1 der Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften von 1881: „Unsere Akademie der Wissenschaften ist eine Gesellschaft von Gelehrten, welche zur Förderung und Erweiterung der allgemeinen Wissenschaft, ohne einen bestimmten Lehrzweck, eingesetzt ist" (Statuten der Preußischen Akademie 1881, 5).

der enormen Wissensvermehrung und fortschreitenden Differenzierung der Fächer eingetreten war, zu überbrücken. Der alte Traum von der Einheit der Wissenschaft, von der universitas litterarum, wurde bei diesem Ansatz besonders gepflegt. Daß Koenigsberger dabei keineswegs allein stand, zeigen die zahlreichen Äußerungen der Zeit. Die Trauer um den Verlust dieser Einheit spricht etwa aus dem vergeblichen Kampf Doves gegen die Trennung der Naturwissenschaftlichen von der Philosophischen Fakultät.[10]

Den Verlust der Einheit der Wissenschaften begann die Forschergeneration bald nach 1900 schmerzhaft zu fühlen, war sie doch selbst innerhalb bestimmter Fächergruppen in den wachsenden Fakultäten [11] nicht mehr ohne weiteres zu bewahren.Sie neu zu finden und aufleben zu lassen, wurde zur Funktion der Sitzungen in Gestalt von Vorträgen, Gesprächen und akademischer Geselligkeit.[12] Die von J. Grimm beschworene Bedeutung der wissenschaftlichen Vorträge in den Akademien war zum Gemeingut der Akademietradition geworden. Koenigsberger forderte aber auch die öffentliche Wirksamkeit der Akademie. Besonders die naturwissenschaftliche Forschung sollte durch ihre Anwendung in das Leben und die Gesellschaft hinein wirken.[13]

Für H. von Schubert wiederum war die Mitgliedschaft in der Akademie besonders wichtig in Hinblick auf „die Arbeitsgemeinschaft bei der Lösung [der] ... höchsten wissenschaftlichen Aufgaben."[14] Hier verband sich der Wunsch nach Organisation großer wissenschaftlicher Unternehmungen mit der Hoffnung auf lebendige Gegenwart echten wissenschaftlichen Geistes, der die tiefsten Einsichten der Wissenschaft ermöglichte in der Verbindung von Spezialforschung im einzelnen und „gelehrter" Weisheit im all-

[10] „Sie zerstören die Einheit der Wissenschaft ... Sie werden dem Geiste Goethe's und Humboldt's abtrünnig" (Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 179ff.).

[11] Vgl. die Klage von L. Curtius über den Verlust der geistigen Einheit der modernen Universität (Curtius, L., Deutsche und antike Welt, 324f). Für Curtius' kritischen Geist stellten auch die Akademien - er nennt hier München und Heidelberg - nur „eine bloße Addition einzelner Fachwissenschaften dar, die keinen neuen »geistigen Körpern ergab[en]" (324).

[12] Vgl. Eröffnungsfeier, 16 bzw. Jh. 1909/10, XIIIf.

[13] Ebd., 12 bzw. bes. Xlf. Vgl. auch Windelbands Kennzeichnung der Forschung „im Dienst des weiteren Vaterlandes, der Menschheit und ihrer Kultur." Ebd., 35 bzw. **XXIII.** Zum ganzen vgl. die Bemerkungen oben 132f.

[14] Vgl. v. Schubert an Windelband, 19. Mai 1915 (HAW 115/PA v. Schubert).

gemeinen. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft in der wissenschaftlichen Forschung wurde auch von Gradenwitz nachdrücklich vertreten. Er versuchte seinen Kollegen klarzumachen, ,,daß unsere Aufgabe neben dem Stolze auf die Akademie und auf die eigene Zugehörigkeit zu derselben wesentlich darin bestehe, Untersuchungen zu fördern." Diese Organisation und Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen sollte nach seiner Auffassung am wirksamsten durch eine Zusammenfassung des wissenschaftlichen und finanziellen Potentials aller ‚jungen und kleinen wissenschaftlichen Gesellschaften der Südwestecke" erfolgen. Nicht nur die Arbeitsgemeinschaft der einzelnen Forscher, sondern auch Konzentration aller wissenschaftlichen Kräfte über die einzelne wissenschaftliche Institution hinaus boten ihm die Gewähr, ähnlich wirkungsvoll arbeiten zu können wie die alten großen Akademien.[15] Gradenwitz' Vorstellungen einer oberrheinischen Arbeitsgemeinschaft wurden im ersten Jahrzehnt des Bestehens der Akademie graduell auch verwirklicht. [16] Als ausdrückliche Aufgabe wurde die wissenschaftliche Großforschung von den Mitgliedern der Akademie jedoch nur sehr zurückhaltend formuliert: Das lag in gewisser Hinsicht an der Selbsteinschätzung der Akademie, sich erst durch solide Arbeit und nicht durch risikoreiche Unternehmungen ihren Platz im Reigen der gelehrten Gesellschaften erwerben zu müssen. Auch sprachen auf den ersten Blick die bescheidenen Mittel gegen eine zu ausgedehnte Forschungen anregende und ausführende Tätigkeit. Dagegen wurde, besonders in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, besonderer Wert auf die Herausgabe der Sitzungsberichte gelegt,[17] eine Aufgabenstellung, die Gradenwitz wiederum für völlig überflüssig hielt, da man in Fachzeitschriften die eigenen Forschungsergebnisse weit besser publizieren könne.[18] Wegen der zu geringen Mittel ist auch eine andere klassische Aufgabe der Forschungsförderung durch die Akademien, das Stellen von Preisaufgaben, nicht erwogen worden.[19]

[15] Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 57. Dieser Ansatz Gradenwitz' wurde später nachdrücklich auch von 0ncken vertreten (vgl. dazu oben 92, Anm. 93).

[16] Vgl. 299 und Kap. IV.4.

[17] Vgl. Kap. IV.1.1.

[18] Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 57.

[19] Vgl. auch das vernichtende Urteil J. Grimms über die Preisaufgaben der Aka-

Im ganzen zeigte sich ein vielfältiges Geflecht von Vorstellungen über die Aufgaben der Akademie. Die Tradition der Akademiebewegung stellte ebenso ihre Forderungen wie die Bedingungen der Zeit. Großforschung und Erfahrungsaustausch über Ergebnisse und Tendenzen der Individualforschung standen nebeneinander. Die anwendungsorientierte Wissenschaft wurde ebenso zitiert wie die „reine", auf keinen Zweck gerichtete Wissenschaft. Leibnizens Wissenschaftspragmatismus und Humboldts Wissenschaftsidealismus schlossen sich hier nicht aus. Die Vielfalt der Meinungen und Möglichkeiten, die der Neuanfang provozierte, bestimmten die ersten Schritte der Akademie. So legte man sich auch in den Satzungen nicht endgültig fest. Dadurch war die Freiheit gegeben, die Problematik ihrer Wissenschaftsorganisation und -förderung immer wieder neu einzufangen und zu formulieren. Das schloß nicht aus, daß sich durchgehende Tendenzen und Linien entwickelten, die jedoch zu verschiedenen Zeiten eine verschiedene Gewichtung erfuhren. Wesentlich erscheint die Feststellung, daß die Formierung und Gestaltung der Akademie trotz einer Reihe von Vorgaben grundsätzlich offen war. Man war unterschiedlichen Meinungen ausgesetzt, hatte deshalb aber auch die Chance, aus der Vielfalt der Anregungen die einer Heidelberger Akademie gemäße Form zu finden. Dabei mischten sich durch die Akademietradition und die Akademievorbilder vorgegebene Strukturen und Inhalte mit den spezifischen aktuellen Voraussetzungen und Bedürfnissen, die im Sommer 1909 in Heidelberg zusammentrafen. Daß die Offenheit der Entwicklung auch nach der Verabschiedung der Satzung noch als gegeben gesehen wurde, beweist etwa Max Webers Versuch, auf Zielsetzung und Wesen der Akademie einzuwirken.[20] Erst durch das Zusammenwirken der

demien (Grimm, J., Reden in der Akademie, 245ff.). Erst zwischen 1958 und 1966 ermöglichte die Stiftung eines Preises durch den Stifterverband, der abwechselnd von der Göttinger und der Heidelberger Akademie zu vergeben war, die viermalige Stellung und Prämierung von Preisaufgaben, ohne daß die Ergebnisse hätten befriedigen können (vgl. HAW 1820). Wesentlich größere Wirkung vermochte die Akademie durch die Vergabe des Reuchlin-Preises der Stadt Pforzheim zu erzielen. Seit 1984 (Wissenschaftlicher Preis der Akademie) bzw. 1986 (Karl-Freudenberg-Preis) verfügt die Akademie über zwei eigene Wissenschaftspreise.

[20] Auch Gothein sah im Sommer 1909 noch die Möglichkeit gegeben, die Statuten so zu gestalten, „daß die Unzufriedenheit möglichst gestillt wird" (Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 236).

Mitglieder entwickelte die Akademie ihren besonderen Charakter. Freilich bestand eine entscheidende Einschränkung: Bei aller Vielfalt der Einzelmeinungen kristallisierten sich zwei unterschiedliche Ansichten heraus, die gleichzeitig den wesentlichen Standpunkt und die spezifischen Bedürfnisse der beiden Klassen wiedergaben. Während für Naturwissenschaftler die rasche Publikation ihrer Forschungsergebnisse von existentieller Bedeutung war und blieb - daher die Betonung der Sitzungsberichte-, ging es den Geisteswissenschaftlern vor allem um eine effektive Förderung und Unterstützung größerer gemeinschaftlicher Forschungsvorhaben.

Windelband sprach die optimistische Feststellung aus, daß dort, wo der große Wille vorhanden, auch das Erreichen des Zieles gewiß sei.[21] Es ist aber doch immer wieder zu fragen, ob die Akademie das zu leisten vermochte, was sie sich selbst und anderen versprach. Harnack hatte das „vornehmlichste Argument für die Akademie" genannt, den „Zusammenhang der Wissenschaft aufrecht" zu erhalten.[22] Gleichzeitig stellte er die Forderung, die Akademien müßten sich erweitern, wenn sie in lebendiger Fühlung mit der neuen Stellung der Wissenschaften bleiben und ihre Führerrolle behaupten wollten.[23] Das hieß, daß man sich neuen, traditionell „unakademischen" Wissenschaften zu öffnen habe, ganz in dem Sinne, wie Max Weber es forderte. Diesem Zwang nach Öffnung und Erweiterung stand in mancher Hinsicht das alte - für Deutschland typische - Akademieideal von der Einheit der theoretischen Wissenschaften entgegen.

So mag man fragen, ob sich eine Einheit der Wissenschaft überhaupt noch auf personeller Ebene herstellen ließ.[24] Vermögen wenige Gesamtsitzungen zwischen den unterschiedlichen Klassen eine Verbindung zu erhalten oder überhaupt erst herzustellen, geschweige denn eine Einheit zu bilden? Daß die beiden Klassen in

[21] Vgl. Jh. 1910/11, **XXXlltT.**

[22] Zitat nach Bornkamm, **H.** in Jh. 1958/59, 53.

[23] Vgl. oben 60 (Anm. 208).

[24] Vgl. Curtius, L., Deutsche und antike Welt, 324. Curtius bezweifelte nicht den Sinn des Strebens nach Einheit der Wissenschaft und ihre Zuordnung zu den Aufgaben der Akademie. Er übte in diesem Zusammenhang auch nicht Akademiekritik (so deutet Riese, **R.,** Die Hochschule auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 250 dies als grundsätzliche Kritik an den Akademien in Heidelberg und München), sondern bedauerte eher, daß das Ideal so schwer zu verwirklichen war.

der Realität sich in mancher Hinsicht unterschiedlich entwickelten und sich zeitweise sogar fremd gegenüberstanden, ist offensichtlich. Friedrich Meinecke faßte einmal das Dilemma der Einheit der Wissenschaft in den Worten zusammen: ,,Es müßte eigentlich immer Trennung und Gemeinschaft zugleich zwischen Geistes- und Naturwissenschaften bestehen. Wie das organisatorisch zu machen sei, mögen von Fall zu Fall besondere Umstände entscheiden. Am besten gelingt es vielleicht in den Akademien, die mehr noch als die Fakultäten dazu berufen sind, den gemeinsamen wissenschaftlichen Eros zu pflegen. So habe ich es dann in Berlin erfahren."[25]

Für den Philosophen Hans Driesch[26] jedenfalls war die Akademie ein ideales Forum zur Verwirklichung seiner universalen wissenschaftlichen Interessen. ,,Der Philosoph steht durch das Wesen seiner Tätigkeit mit allen Sonderwissenschaften in Beziehung, freilich nur mit dem Allgemeinen in allen Sonderwissenschaften. Der Nutzen, welchen ein Philosoph durch die ehrenvolle Zugehörigkeit zu einer Akademie haben kann, wird um so grösser sein, in je grösserem Masse ihm die Fühlungnahme mit dem Allgemeinen aller Wissenschaften ermöglicht ist."[27] Dazu sollte ihm die Akademie verhelfen.

2. Der organisatorische Aufbau der Akademie.

2.1. Die Gliederung in Klassen.

Der organisatorische Aufbau der Akademie entsprach traditionellen Mustern. Die Stiftungsurkunde hatte festgelegt, daß die Akademie in ihrer inneren Ausgestaltung dem Vorbild der übrigen deutschen Akademien folgen sollte. Dementsprechend sollte sich die Akademie in zwei gleichberechtigte Klassen gliedern.[28]

[25] Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 180.

[26] Zu Driesch vgl. Driesch, H., Mein System und sein Werdegang. Ders., Lebenserinnerungen. NDB 4, 1959, 125-126 (A. Wenzl). Mocek, R., Wilhelm Roux, Hans Driesch. Müller, W.A., Von der Seele zur Information, bes. 304-314.

[27] Vgl. Driesch an Sekretär der Phil.-hist. Klasse (Bezold), 17. Febr. 1918 (HAW 115/PA Driesch).

[28] Vgl. HAW Oll und Jh. 1909/10, Illf.

In § 2 ihrer Statuten definierte sich die Akademie als Korporation der Gesamtheit ihrer ordentlichen Mitglieder. ,,Als solche beschließt sie unter Leitung des vorsitzenden Sekretärs über alle Angelegenheiten der Gesamtakademie. Für einen Teil ihrer Geschäfte gliedert sie sich in zwei gleichberechtigte Klassen: die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse und die philosophisch-historische Klasse."[29] Diese Formulierungen waren fast wörtlich den Statuten der Preußischen Akademie der Wissenschaften entnommen, der Akademie mit der größten Ausstrahlung.[30] Die die Naturwissenschaften umfassende Klasse war in den Berliner Statuten als physikalisch-mathematische Klasse bezeichnet worden, ohne daß sich dadurch ein inhaltlicher Unterschied ergab. Die Heidelberger Statuten hatten sich für die Bezeichnung ihrer Klassen an den Namen der akademierelevanten Fakultäten der Universität orientiert. Die anderen Fakultäten wurden zwar nicht ausgeschlossen, dennoch gab die Namensgebung - durch die Betonung der Philosophie und Mathematik, ebenfalls nach Berliner Vorbild, zusätzlich unterstrichen[31] - das Selbstverständnis der traditionellen Akademie wieder, eben die reinen und zweckfreien historischen, philologischen und theoretischen naturwissenschaftlichen Fächer zu vertreten. Die historisch-philologisch ausgerichteten Disziplinen der theologischen und juristischen Fakultäten wurden gleichsam in die Philosophisch-historische Klasse inkorporiert, die naturwissenschaftlich ausgerichteten der medizinischen Fakultät in die Naturwissenschaftlich-mathematische Klasse. Daß in der Praxis diese Prinzipien gegebenenfalls relativiert werden konnten, wenn hervorragende Gelehrte an sich angewandter Wissenschaften wegen ihres unbestreitbaren wissenschaftlichen Ansehens gewählt wurden, stand nicht im grundsätzlichen Widerspruch zum Selbstverständnis der Akademie.

Das Organisationsschema der Göttinger und der Leipziger Akademien entsprach ebenfalls dem geschilderten Muster. Die Aufgaben der beiden Klassen waren nur bei beiden Akademien nach den Statuten in stärkerem Maße eingeschränkt auf historische und philologische Forschungen in der geisteswissenschaftlichen

[29] Jh. 1909/10, LXV.
[30] Vgl. Statuten der Preußischen Akademie 1881, 5 (§§ 2 und 4).
[31] Vgl. dazu auch die Ausführungen oben 76f.

Klasse.[32] Ein Beharren auf den traditionellen Aufgaben der Akademien und eine Beschränkung auf die alten „akademietypischen" Forschungsaufgaben, wie sie die Statuten zeigten, spiegelte sich denn auch in der Bezeichnung dieser Klasse als philologisch-historische Klasse. Insofern drückt sich in der Namengebung für die Klassen der neuen Heidelberger Akademie eine gewisse Modernität gegenüber diesen beiden Vorläufern aus, ohne daß dies freilich in der Praxis Auswirkungen auf die Wahl der Forschungsthemen und -methoden zeitigen mußte. Andererseits schloß Traditionspflege in der Beibehaltung überkommener Namen die Modernisierung des akademischen Lebens innerhalb der Akademien keineswegs aus. Dagegen war mit der Bezeichnung „mathematisch-naturwissenschaftlich" oder „mathematisch-physikalisch" keine grundsätzlich verschiedene Haltung gemeint; es waren nur unterschiedliche Bezeichnungen für gleiche Inhalte.

Abweichend von der Unterteilung der Akademie in zwei gleichberechtigte Klassen, gliederte sich die Bayerische Akademie der Wissenschaften von 1827 bis 1923 in drei Klassen, eine Philosophisch-philologische, eine Historische und eine Mathematisch-physikalische Klasse. Das Bewußtsein von der grundsätzlichen Zusammengehörigkeit der beiden geisteswissenschaftlichen Klassen offenbarte die Statutenänderung von 1923, die ebenfalls die - jederzeit widerrutbare - Zweigliederung der Akademie vorsah. So bestand die Bayerische Akademie der Wissenschaften bis 1941 zwar weiter in den drei überkommenen Klassen, die aber in zwei Abteilungen zusammengefaßt waren, der Philosophisch-historischen und der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung (seit 1946 Klasse).[33]

[32] Vgl. Satzungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen 1893, 4 (§ 2). Vgl. auch Akademie der Wissenschaften in Göttingen Jahrbuch 1983, 182. Vgl. auch § 2 der Statuten der Wiener Akademie von 1847, die der hist.-philol. Klasse die Geschichte, Sprache und Altertumswissenschaften zuordnen **(Meister, R.,** Geschichte der Akademie der Wissenschaften in **Wien,** 220). In den neuen Statuten von 1922 ist dann die Klasse als philosophisch-historische bezeichnet(§ 3) mit einem erheblich erweiterten Fächerspektrum (ebd., 237f.). Vgl.§ *5* der Satzung der Sächsischen Akademie 1919, die allerdings auch ausdrücklich philosophische Untersuchungen (§ 3) zu ihrem Aufgabenbereich zählt.

[33] Vgl. Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie, IX. Satzungen der Bayerischen Akademie 1923, 2 (§ 2).

2.2. Die Kritik Max Webers an Aufbau und Organisation der Akademie.

Die Gliederung wie die Zusammensetzung der Heidelberger Akademie, die sich als Gründung des 20. Jahrhunderts doch den Akademietraditionen des 19. Jahrhunderts verpflichtet fühlte, blieb unter den Heidelberger Professoren nicht ohne Kritik und Widerspruch. ,,Art der Zusammensetzung und Struktur der Akademie ... hat ... ein Mass von persönlicher Erbitterung hervorgerufen und daneben eine Summe von Eitelkeiten, gekränkten ebenso wie geschmeichelten, in Bewegung gesetzt, wie dies seit langer Zeit an der Universität nicht der Fall war."[34] Die Akademie „entzweit[e] einstweilen die Gemüter[,] statt sie zu beruhigen. Jellinek, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machen kann, wüthet, daß er nicht ordentliches Mitglied ist, die andern in abgestufter Weise - alles in höchster Mißstimmung."[35] Die Pläne, wie Gothein sie „bei den ersten Schritten bei Lanz im Sprechzimmer entwickelt hätte, seien ganz anders, moderner und vernünftiger gewesen", hieß es.[36] Gothein selbst versprach daraufhin, die - unbestimmten - Vorzüge seines Akademieideals in die Gestaltung der Statuten einzubringen. Doch auch die Statuten hatten sich an die Vorgaben zu halten, die dem traditionellen Akademietyp entliehen waren. In der Folgezeit machte sich insbesondere Max Weber, nicht aus persönlicher

[34] M. Weber an Koenigsberger, 30. Juli 1909 (HAW 013). Zu den wegen ihrer Nichtberücksichtigung „peinlich berührten" Gelehrten zählte namentlich auch Max Webers Bruder Alfred Weber (vgl. M. Weber an Windelband, 27.(?) Okt. 1909, HAW 013). Auf die Webersche Kritik scheint auch die Argumentation Onckens zurückzugehen, in der er Max Lenz auf die Problematik einer Akademiegründung nach traditionellem Muster mit z.T. ,,antiquitierten" Formen hinwies und ihn in Bezug auf eine Akademie in Hamburg ermunterte, ,,einen selbständigen und neuen Typus", der auf die „modernen Lebensbedingungen" Rücksicht nahm, zu wagen (Oncken an **M.** Lenz, 19. Nov. 1922; StBPK, Nl. **M.** Lenz).

[35] Gothein an M.L. Gothein, 1. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 60; vgl. auch mit leicht verändertem Wortlaut und Verschlüsselung des Namens Gothein, **M.L.,** Eberhard Gothein, 236). Daß die Unzufriedenheit der in der Akademie nicht berücksichtigten Gelehrten keine Heidelberger Eigenart war, zeigen die Verstimmungen innerhalb der Leipziger Universität anläßlich der dortigen Akademiegründung besonders unter Theologen, Juristen und Medizinern (vgl. Lea, E./Wiemers, G., Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften, 192).

[36] Gothein an M.L. Gothein, 1. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 60). Vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 236.

Verletztheit, sondern als im Grunde „Nichtinteressent", zum Sprecher der Unzufriedenen.[37] Dabei lag ihm zunächst im Interesse der nach seiner Ansicht berechtigten Kritik[38] an einer offenen Auseinandersetzung. Er sah in seiner Zugehörigkeit zur Heidelberger Akademie keinen Sinn, da er „nach den Prinzipien, welche der Zusammensetzung der Akademie zugrunde gelegt wurden, als sicher annehmen [müsse], dass dieselbe ganz ebenso, wie dies bei den älteren gleichartigen Instituten, deren veraltetes Muster bestimmend mitwirkte, der Fall war, sich dauernd ausser Stande zeigen wird, gerade diejenigen Probleme, für deren organisatorische Inangriffnahme ich mich eventuell lebhaft interessieren würde, sachgemäss zu bearbeiten."[39] Was sich in dieser Kritik ausdrückte, war ein Zwiespalt zwischen Tradition und Modeme oder das Dilemma eines Wissenschaftsverständnisses, das unter dem Aspekt der Akademiewürdigkeit philologische und historische Disziplinen bevorzugte, während empirische und anwendungsorientierte Fächer ausgeschlossen blieben. Der Standpunkt der Sozialwissenschaften fand sich im Kanon der Akademiedisziplinen des Jahres 1909 nicht wieder.[40]

War die Gliederung und Zusammensetzung der Akademie aus der Wissenschaftstradition heraus, deren Bestandteil die Akademien waren, sachlich begründbar, so konnte dies für die Vertreter sozialwissenschaftlicher Fächer keineswegs akzeptabel erscheinen. Es ging auch um die Vertretung der Interessen bestimmter Fächer und Fachgruppen. Deutlich erkennbar wurde auch das Mißtrauen Webers gegen die Naturwissenschaften, von denen er kein Verständnis für die Probleme und Interessen seines Faches erwartete. Diese Vorbehalte wurden besonders genährt durch die Annahme, daß in der Akademie ja auch die Naturwissenschaften über die

[37] Vgl. die Briefe **M.** Webers an Windelband vom 20. und 24. Sept. 1909 **(HAW** 013).

[38] Wie Anm. 34.

[39] M. Weber an Koenigsberger, 30. Juli 1909 (HAW 013). Die Kritik Max Webers an der Akademie wird stark verkürzt und schief, z.T. aber auch auf anderem Material (Entwürfe zu den Schreiben) beruhend, wiedergegeben bei Weber, M., Max Weber (1926), 430f. (diese Passage ist in der 2. Aufl. von 1950 nicht mehr enthalten!). Tönnies, F., Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute, 429ff.

[40] Zur Soziologie im Kaiserreich vgl. Bruch, R.v., Modeme Wissenschaftsgeschichte. Käsler, D., Die frühe deutsche Soziologie 1904-1934. Ders., Der Streit um die Bestimmung der Soziologie.

Belange der Geistes- und somit auch der Sozialwissenschaften mitzuentscheiden hätten. Da Weber unterstellte, daß die Naturwissenschaften eine einheitliche Sektion bildeten und daher auch gleiche Interessen vertraten, die „historische" Klasse jedoch in sich äußerst heterogen sei, befürchtete er einen unerwünschten Einfluß der Naturwissenschaften auf eigene Interessen. So versprach er sich bei der bestehenden Struktur der Akademie „nichts für unsre Disziplin". Er glaubte daher, ernsthaft vor einer Stiftung wie der Heidelberger Akademie warnen zu müssen und kam zu dem Schluß, daß für die Sozialwissenschaften, sollte ihnen geholfen werden, etwas ganz anderes und eigenes geschaffen werden müßte. Koenigsberger lud Max Weber daraufhin zu einem Gespräch ein, in dem er ihn von der „Grundlosigkeit aller seiner Annahmen und Voraussetzungen zu überzeugen" suchte. Koenigsberger dürfte auch hier auf seine eigene Überzeugung verwiesen haben, daß zum Wesen der Akademie eben die „Gleichberechtigung verschiedener Systeme" gehöre,[41] d.h. die Vielfalt verschiedener Weltanschauungen und damit auch ein differenziertes Wissenschaftsverständnis. Er hatte doch in seiner Eröffnungsrede betont, daß sich die neue Heidelberger Akademie auch den „modernen Anschauungen" öffnen würde, „ohne sich jedoch mehr als nötig von den idealen Auffassungen" der Wissenschaft in den Akademien zu entfernen, und sodann verkündet, daß die Akademie zwischen „spekulativem Denken" und „empirischer Forschung" zu vermitteln habe, daß „dieses Streben nach Wahrheit und Fortschritt, gleichviel auf welchem Gebiete menschlicher Tätigkeit, ... auch für unsere Akademie der Leitstern sein" solle.[42] Darin hätte man zumindest den Willen eines Ausgleiches zwischen den Interessen der verschiedenen Wissenschaften erblicken können. Max Weber „kam aber immer wieder darauf zurück, dass eine moderne Akademie noch eine 3te Klasse für Nationalökonomie und Staats-

[41] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 3. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 62). Vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 237. Koenigsberger hatte in seiner Rede ausgeführt, „die verschiedenen Bestrebungen, in denen der menschliche Geist sich kundgibt, als gleichberechtigt anzusehen, das ist ja gerade die Errungenschaft des letzten Jahrhunderts" (Eröffnungsfeier, 19 bzw. Jh. 1909/10, **XV).**

[42] Vgl. Eröffnungsfeier, 17, 20 bzw. Jh. 1909/10, **XIV, XV.** Vgl. auch oben 133.

recht haben müsse."[43] Hierin drückte sich eine ganz andere Wertvorstellung moderner, die Gegenwart mitgestaltender Wissenschaften aus, denen hier wiederum eine überproportionale Repräsentation eingeräumt werden sollte, was mithin ein anderes Extrem der von Max Weber kritisierten Aufteilung der Wissenschaften hervorgebracht hätte und den Gedanken der Einheit der Wissenschaften vollkommen vernachlässigte. War die Kritik und Sorge Max Webers um eine gerechte Vertretung der Interessen seines Faches verständlich, so war doch auch die Grenze zu einem Fächeregoismus gefährlich unscharf geworden.

Weber war durch das Gespräch mit Koenigsberger dazu bewogen worden, zunächst von persönlichen Konsequenzen abzusehen, hielt jedoch an seinen grundsätzlichen Bedenken fest, daß „die unvermeidlich vorgegebene Struktur der Akademie" - und damit im Grunde auch seine Mitgliedschaft in ihr - "dauernd jene mir sachlich am Herzen liegenden Interessen verletzt." Weber sah dabei durchaus „in der Sache liegend[e]" Notwendigkeiten für den vom Stifter gewünschten Akademietyp[44] ein, betonte demgegenüber aber die subjektiven Bedürfnisse der staats- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Den Vorwurf der Schädigung seiner Fachinteressen begründete er durch den Alleinvertretungsanspruch der Akademie für alle Wissenschaften, obgleich sie doch „neben den Naturwissenschaften augenscheinlich nur philosophische, philologische und, vor allem, historische Interessen pflegen" werde; diese Kritik hielt Weber aufrecht, obgleich im Grunde die Fachhistoriker, die außerdem ihre Interessen bereits in der badischen „historischen Kommission" vertreten sähen, nicht unter den ordentlichen Mitgliedern vertreten waren.[45] Durch eine Beteiligung der Staats- und Gesellschaftswissenschaften an der Akademie wurde nach Webers Ansicht der falsche Eindruck erweckt, die Interessen dieser Wissenschaften seien in der Akademie hinrei-

[43] Koenigsberger an Windelband, 1. Aug. 1909 **(HAW** 013).

[44] **M.** Weber an Koenigsberger, 7. Aug. 1909 **(HAW** 013). Weber geht wie alle anderen Mitglieder von tatsächlichen Vorgaben des Ministeriums und des Stifters aus. Daß gerade dem Stifter bestimmte Akademievorstellungen „eingegeben" wurden, durfte natürlich im Kreise der Universität nicht bekannt werden. Weber unterstreicht auch ausdrücklich, daß ihm jeglicher persönliche Vorwurf an die Sekretäre fernliege.

[45] Freilich unterstellte auch Max Weber, daß die Berufung Gotheins dem Historiker galt.

chend vertreten, wodurch ihnen andere Förderungsmöglichkeiten vorenthalten blieben. ,,Denn auch alsdann blieben sie gegenüber dem ungeheuren Uebergewicht von Philologen und Historikern aller Art ohne jeden Einfluss[,] und es würde ihren Anforderungen auch die akademische »Tradition« der älteren Institute im Wege stehen. Gerade jener irreführende Anschein eines universellen Charakters der Akademie bedeutet nun aber eine direkte schwere Schädigung für die faktisch von ihr nicht gepflegten, weil nicht historischen, Disziplinen. Es liegt auf der Hand, dass bei einer offenen und ausdrücklichen Beschränkung der Akademie auf die effektiv gepflegten Fächer wenigstens die Chance vorhanden wäre, dass künftig einmal eine ähnliche Stiftung für die Zwecke der systematischen Staats- und Gesellschaftswissenschaften erfolgen könnte, - wofür nunmehr infolge der (scheinbaren!) Mitvertretung jener Disziplinen in der Akademie, offensichtlich nicht der geringste Anreiz besteht." Das Problem saß für M. Weber aber noch tiefer. Er äußerte grundsätzliche „Bedenken gegen die Zusammenkoppelung der systematischen Disziplinen mit den ... historischen und philologischen ..., weil die Bedürfnisse verschieden sind." Die methodischen Unterschiede zwischen den Disziplinen verlangten auch verschiedene Publikationsformen und unterschiedliche Systeme der Forschungsförderung. Aus dieser Darlegung begründete sich Max Webers Forderung - "angesichts des ungeheuren zahlenmässigen Überwiegens der Historiker und Philologen" - nach einer eigenen, die Interessen der Staats- und Gesellschaftswissenschaften[46] garantierenden Abteilung oder Unterabteilung, etwa in der Form der Aufgliederung der geisteswissenschaftlichen Abteilung der Bayerischen Akademie in zwei Klassen.

Der von Weber propagierten staats- und gesellschaftswissenschaftlichen Klasse, deren Schaffung er immerhin noch für möglich hielt, sollten neben den Fachvertretern aus der Universität auch Praktiker angehören. Die Dringlichkeit der Schaffung einer „wirklich universelle[n] Akademie" zeigte sich Weber auch in der Fülle der im traditionellen Akademiebetrieb brachliegenden Auf-

[46] Zu diesen zählte er, dem „offiziellen Universitätsschema" folgend, die allgemeine und vergleichende Rechts-, Staats- und Verwaltungslehre, die theoretische Politik, die „Lehren von der praktischen Funktion des Staats- und Verwaltungsrechts" und die ökonomischen und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen.

gaben, wie „der Erforschung der grundlegenden Tatsachen des politischen und gesellschaftlichen Lebens unserer Nation" oder der großen „systematische[n] Verarbeitungen des ... statistischen Rohmaterials", die mit den bestehenden sozialwissenschaftlichen und-politischen Einrichtungen oder auf privater Initiative nicht zu bewältigen waren. Weber kritisierte, daß „alle »Akademien« des älteren Typus ... in ihrer nichtnaturwissenschaftlichen Sektion ihr Gesicht fast ausschließlich nach rückwärts" wendeten, ohne den Wert historischer oder philologischer Arbeiten dadurch in Zweifel ziehen zu wollen. Für Max Weber bestand die eigentliche Aufgabe einer modernen Akademie in der Organisation sozialwissenschaftlicher Großforschung, nämlich große Kollektivarbeiten durchzuführen oder „durch erhebliche Mittel" solche Unternehmungen zu unterstützen, die sehr zeitaufwendig und kostspielig seien, so „daß die einzelnen Gelehrten sie nicht aus eigener Tasche bezahlen können." Unterstützungswürdig waren Weber vor allem aktuelle, „drängende Untersuchungen, die Licht verbreiten über die Gegenwart ...", weniger aber die traditionell durchgeführten philologischen und historischen Forschungen.[47] Ihn befremdete, daß „auch eine Akademie, die ihre eigene Existenz *lediglich jenen lebendigen Mächten der Gegenwart verdankt,* deren Existenzbedingungen und Kulturbedeutung zu untersuchen zu den wichtigsten Aufgaben der systematischen staats- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen gehört," diese Disziplinen derart überging und vernachlässigte. „Diese Folge eines alles überwuchernden Historismus erscheint mir der Sache nach als ein derartiger Widersinn, dass ich es für Pflicht halte, sie als solchen auch offen zu bezeichnen, mag dieser Protest auch, worüber ich mir bei der

[47] Zur sozialwissenschaftlichen „Großforschung" vgl. Weber, **M., Max** Weber (1926), 431. Tönnies, F., Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute, 430. Zu **M.** Webers Großprojekt zur Soziologie des Zeitungswesens vgl. unten 290ff. Neben der Großforschung stellte nach Webers Auffassung - in Analogie zu Gothein und Windelband (vgl. oben 140f.) - die „systematische Stipendierung" besonders begabter junger Forscher, also die gezielte Nachwuchsförderung eine besondere Aufgabe der Akademie dar. Gefördert werden sollten Forschungsreisen mit systematischer Fragestellung. Dabei sollten die fachlich kompetenten Mitglieder der Akademie die Arbeit kontrollieren und betreuen. In der gleichen Weise dürften auch Gothein und Windelband die Erziehungsaufgaben der Akademie für junge Wissenschaftler verstanden haben.

Zusammensetzung der Akademie nicht die allergeringsten Illusionen mache - zu vollständiger Wirkungslosigkeit verurteilt bleiben."

Dieses negative, alle Hoffnungen „auf eine künftige »Fortentwicklung« der Akademie" ausschließende Urteil stand in deutlichen Gegensatz zu seinem Versuch, die Notwendigkeit einer sozialwissenschaftlichen Klasse plausibel zu machen. Auch in einem späteren Schreiben an Windelband stellte er nochmals, um sich vor Mißdeutungen zu verwahren, seine Haltung zur Akademie klar. Er bezweifelte keineswegs den Sinn einer Akademiegründung für Heidelberg, wohl aber die Form und die Struktur, in der dies geschah. Er sah vor allem auch falsche und verderbliche Einwirkungen auf die Gestaltung der Akademie seitens Unbefugter als gegeben an. „Für unsre Wissen[schaft] konnte nichts Schlimmres passieren als diese Gründung, gleichviel, ob einmal in einem Einzelfall ein Geldbetrag auch für uns abfällt."[48]

Neben der Struktur der Akademie war auch ihre personelle Zusammensetzung ein Hauptpunkt der Akademiekritik Max Webers. Für ihn war die Frage der Kollegialität von wesentlicher Bedeutung. Um den Frieden in der Gemeinschaft der Gelehrten innerhalb der Universität zu wahren, müßten bestimmte Aspekte des persönlichen Beziehungsgeflechtes der Gelehrten untereinander gewahrt bleiben. Gerade dies sah er aber durch die Auswahlprinzipien der ordentlichen Mitglieder verletzt. In diesem Zusammenhang gewann für ihn die Nichtberücksichtigung des Ordinarius für neuere Geschichte, Hermann Oncken, symptomatischen Charakter.[49] Als besonderes Problem konstatierte M. Weber „mehrere mit einander kollidierende Ausleseprinzipien":[50] ein rein sachliches Fachvertretungsprinzip, das Vertreter einzelner besonders akademienaher Fächer erfaßte, ein Anciennitätsprinzip, das die jeweils ältesten Fachvertreter berücksichtigte, und das „Notabilitäts"-Prinzip, das die Berufung besonders angesehener Gelehrter als Persönlichkeit unabhängig von dem jeweils von ihnen vertretenen Fach vorsah. Als Hauptproblem wurde auch hier die „ziffern-

[48] **M.** Weber an Windelband, 20. Sept. 1909 **(HAW** 013). Webers Angriff richtet sich besonders auf den Rechtswissenschaftler Ernst Immanuel Bekker (vgl. dazu oben 117 und 118, Anm. 173).

[49] **M.** Weber an Koenigsberger, 30. Juli 1909 **(HAW** 013).

[50] Vgl. **M.** Weber an Koenigsberger, 7. Aug. 1909 (ebd.).

mäßige" Gleichbehandlung beider Klassen kritisiert, wodurch eine ,,willkürliche Durchbrechung der Gleichstellung der verschiedenen Disziplinen" verursacht würde. Das traf aber unmittelbar das Selbstbewußtsein der Gelehrten. Die „Gleichstellung" der Disziplinen bedeutete praktisch eine Bevorzugung der Naturwissenschaften. Das war vor dem Hintergrund der Bemühungen der Kulturwissenschaften, den aus der allgemeinen Entwicklung der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert - und einem darauf gründenden unreflektierten Fortschrittsglauben - abgeleiteten Anspruch ihres wissenschaftlichen Vorranges zurückzuweisen und ein eigenes Selbstverständnis zu definieren, eine heikle Angelegenheit.[51] Dem Anciennitätsprinzip hätte M. Weber den Vorzug gegeben, wenn diese „ordentlichen" Mitglieder als ein „inneres Gremium" lediglich vorberatende und ausführende Kompetenzen gehabt hätten, wobei Emeriti „höchstens beratende Stimme" erhalten dürften. ,,Alsdann würde, bei der Konkurrenz der verschiedenen Fachinteressen und den unvermeidlichen Kompromissen zwischen ihnen, auch die anerkannte »Notabilität« eines Gelehrten bei der Beschlussfassung des Plenums naturgemäss genügend ins Gewicht fallen. Fach-, Notabilitäts- und Anciennitätsprinzipien ließen sich auf diesem Wege in sachlich zweckmässiger Weise vereinigen." Weber kam es darauf an, das natürliche Gewicht eines Gelehrten zur Geltung zu bringen, in dem Bewußtsein, daß die geistige Elite auch als Minderheit den entscheidenden Einfluß in der Körperschaft auszuüben vermochte. Einer kleinen, abgeschlossenen und „im Prinzip allein »regierenden« Körperschaft von, jeweils, teils nach sachlichen, teils nach persönlichen Gesichtspunkten ausgelesenen Gelehrten" stand er ablehnend gegenüber,

[51] Windelband hatte in seiner berühmten Rede „Geschichte und Naturwissenschaften" von 1894 seinerseits den Vorrang der „Ereigniswissenschaften" postuliert, denn gerade „in der Einmaligkeit und Unvergleichlichkeit des Gegenstandes wurzeln alle unsere Interessen und Wertgefühle" (vgl. Windelband, **W.,** Geschichte und Naturwissenschaft, 155). Zur Differenzierung der Aufgaben der Kulturwissenschaften trug insbesondere auch **M.** Weber bei, dem es vornehmlich um die Erklärung der Kräfte, der „universellen Entwicklungstendenzen ..., die über die äußere Ordnung des Lebensschicksals der Massen in Zukunft Gewalt haben werden," ging (vgl. **MWG** I/15, 595f.). Zur Kulturkritik **M.** Webers vgl. jetzt Peukert, D.J.K., Die „letzten Menschen". Zur Auseinandersetzung der Natur- und Geisteswissenschaften vgl. auch Kamlah, **W.,** Die Formierung der „Geisteswissenschaften". Demandt, A., Natur- und Geisteswissenschaft im 19. Jahrhundert.

da dadurch die Fachinteressen einzelner Disziplinen „dem Zufall und der Willkür ausgeliefert" wären. Das Mißtrauen gegen die Übermacht der Historiker und Philologen und das Unverständnis fachfremder Gelehrten für die spezifischen Interessen der systematischen staats- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen prägte auch dieses Denkmodell. Daß Weber für jede künftige Wahl ein Aufbrechen der persönlichen Verstimmungen des Gründungsjahres beschwor, setzte freilich eine auf lange Sicht unveränderte Mitgliederstrukur der Akademie voraus.

Bei dieser Argumentation hatte **M.** Weber auch grundsätzlich kein Verständnis für den starren Numerus clausus der Akademien. Er befürwortete eine stärker an der Zusammensetzung der Fakultäten ausgerichtete Besetzung der Akademie, etwa in dem Sinne, daß alle „an der Universität gepflegten Fächer" jeweils durch ihre Seminarvorstände auch in der Akademie vertreten wären.[52] Damit ist freilich noch nicht gesagt, welche Stellung - außer der Beteiligung an der Mittelvergabe - die Vielzahl der Gelehrten in einer Akademie einnehmen sollte. Denn daß Max Weber die höchste Qualität wissenschaftlicher Forschung gewährleistet sehen wollte und dabei im Interesse der Wissenschaften auch „brutalste Auslese"[52a] nicht nur für berechtigt, sondern auch für notwendig hielt, zeigt das Ambivalente der **W**eberschen Kritik, die eben nicht nur durch „absolute" Gebote der Wissenschaft, sondern auch durch lokalpolitische und materielle Interessen bestimmt war.

Die Grundfrage mußte sein, ob die Akademie unter diesen von **M.** Weber geäußerten Wünschen und Bedingungen, die eine Nähe zu Gotheins ursprünglichem Akademiekonzept ausweisen, über-

[52] Vgl. Weber, M., Max Weber (1926), 430: „In eine Akademie gehören die Seminar- und Institutsvorstände der betreffenden Wissenschaften alle und zu gleichen Rechten hinein, nicht nur ein Bonzenkonzern." Diese drastische Formulierung und umfassende Forderung ist in den abgesandten Briefen nicht enthalten. Max Weber begründete seinen Standpunkt vielmehr mit dem allein schon aus Gründen der Selbstachtung gegebenen Interesse der Seminarvorstände an einer Zugehörigkeit zur Akademie (vgl. **M.** Weber an Koenigsberger, 30. Juli 1909, **HAW** 013). Im Hinblick auf die Kollegialität - um Rivalitäten und Verärgerung zu vermeiden - in den Fakultäten hatte auch Oncken gefordert, jeden Ordinarius als stimmberechtigtes Mitglied aufzunehmen, wie er es in der StrWG oder FWG verwirklicht sah (vgl. Oncken an M. Lenz, 19. Nov. 1922; StBPK, NI. M. Lenz).

[52a] So ein Diskussionsbeitrag Webers auf dem Deutschen Hochschullehrertag 1909 (vgl. Spinner, H.F., Das 'System Althof!' und Max Webers Kritik, 561).

haupt als Akademie hätte konstituiert werden können. Berücksichtigt man, daß eines der entscheidenden Merkmale der Akademien ihr auf einem strengen Numerus clausus beruhender Elitegedanke war, so zeigt sich die Undurchführbarkeit eines solchen Vorschlags. Die gleichberechtigte Aufnahme aller Seminarvorstände in das Plenum der Akademie hätte auch die Selbständigkeit der Institution ausgeschlossen. Die Gesellschaft wäre als Objekt der Universitätspolitik zu einem Anhängsel der (Philosophischen) Fakultät gemacht worden. Man hätte befürchten müssen, sie als Spielball der Fachegoismen gänzlich wirkungslos zu sehen. Eine Akademie wäre hier kaum entstanden, sondern nur eine gewöhnliche wissenschaftliche Gesellschaft ohne besondere wissenschaftliche Entscheidungskompetenz. Eine über Heidelberg hinausgreifende Institution verlangte freilich Maßnahmen, die ihr wissenschaftliches Ansehen sicherstellen konnten. Das war neben der Ausrichtung an traditionellen Vorbildern auch die Demonstration eines rigorosen Numerus clausus.

Max Weber stand in derartiger Distanz zu dieser traditionellen Akademie, daß sein Verbleiben in ihr - er suchte später immerhin für seine sozialwissenschaftlichen Forschungen ihre Unterstützung[53] - einer erstaunlichen Konzession gleichkam. Für diesen Umstand dürfte insbesondere die gemessene Stellungnahme Windelbands zu Max Webers Vorwürfen in Rechnung zu stellen sein.[54]

Vorweg fühlte Windelband sich in der Richtigkeit seiner Vorgehensweise bestärkt. „Als ich in die verantwortliche Lage kam, für die zukünftige Gestaltung der Akademie Vorschläge zu machen, habe ich es wohl lebhaft bedauert, dass es mir nicht erlaubt war,

[53] Vgl. den Unterstützungsantrag für das Projekt „Soziologie des Zeitungswesens" **(HAW** 351/1; vgl. dazu auch unten 290ff.). In seinem Brief an Windelband vom 24. Sept. 1909 hatte er noch erklärt, „für meine Arbeiten kommt ja eine Unterstützung der Akademie nie in Frage, soviel ich voraussehen kann" **(HAW** 013). Weber hatte auch bereits in seinem Brief vom 7.Aug.1909 beklagt, daß ‚jene Akademien, ... nach deren Muster das Heidelberger Institut eingerichtet wird, ... ihre Beihülfe unter Berufung auf ihren traditionellen Charakter" grundsätzlich versagten. Zumindest in einem Falle jedoch war **M.** Webers Unterstellung irrig, wie F. Tönnies klarstellte (Tönnies, F., Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute, 430, Anm. 1).

[54] Windelband an **M.** Weber, 16. Okt. 1909 **(HAW** Oll und **HAW** 013). Für sein - abwartendes - Verbleiben in der Akademie spielten sicher auch die Vorhaltungen Koenigsbergers und Windelbands, die junge Akademie würde durch seinen Austritt ernsthaft geschädigt werden, eine Rolle.

dabei als Ratgeber alle die Herren Kollegen heranzuziehen, die nachher ihre Kritik daran üben würden. Aber wenn ich jetzt hinterher erlebe, wie weit diese Meinungen auseinandergehen, und wenn ich mir dabei sagen darf, dass darin kaum etwas vorgebracht wird, was ich nicht schon in meiner Weise selbst in Betracht gezogen hätte, so wird jenes Bedauern wesentlich vermindert ... Dabei war auch mir bekannt, dass es Ansichten gibt, welche die Akademien in ihrer bisherigen Gestalt für veraltete und überlebte Institute halten ... Jenen Ansichten stehen doch tatsächlich auch die entgegengesetzten gegenüber, welche die Verbindung der Akademie mit einer Universität als ein erstrebenswertes Gut für die letztere betrachten." Nach Windelbands Ansicht wäre es unverantwortlich gewesen, die Stiftung der Akademie für Heidelberg abzulehnen, nur weil sie einem traditionellen Muster zu folgen bestimmt war und „weil vorauszusehen war, dass nicht alle gleichmässig damit zufrieden sein würden." Die Aussicht auf Förderung der Wissenschaften wertete er höher als einen trügerischen Frieden in den Reihen der Gelehrten. Windelband wies Weber, ohne es so zu sagen, einen fachbezogenen Egoismus nach; die Vorwürfe gegen die Übermacht und das Unverständnis der Philologen und Historiker für seine fachspezifischen Interessen, was schließlich auf eine Schädigung derselben hinausliefe, könnten genauso auch von anderen Disziplinen, die aufgrund des Numerus clausus nicht oder nur in geringer Zahl vertreten seien, geltend gemacht werden, der Philosophie oder der Religionswissenschaft etwa. Windelband nennt in dieser Verteidigungsschrift bemerkenswerterweise Gothein als Vertreter der Nationalökonomie, der von anderen und auch von sich selbst in seiner Akademiefunktion als Historiker angesehen wurde.

Windelband stellte durchaus noch Möglichkeiten der organisatorischen Differenzierung der Akademie in Aussicht, sobald sie sich erst einmal eine Geschäftsordnung gegeben und geklärt habe, „in welcher Weise sie ihre Tätigkeit gliedern [und] in besonderen Kommissionen organisieren wird." Dies war ein sehr wichtiger Aspekt, denn er gab der Klasse für ihre Forschungstätigkeit einen Unterbau, der vielfältige Interessen einzuschließen in der Lage war. Für Windelband war daher das „Misstrauen in die wissenschaftliche Unbefangenheit unserer Klasse, wenn ihr, ehe sie überhaupt hat in Tätigkeit treten können, vorgehalten wird, sie werde eine der Wissenschaftsgruppen, die in ihr vertreten sind, nicht in

angemessener Weise zu fördern geneigt sein", ungerechtfertigt. „Für die Philosophisch-historische Klasse muss ich also als ihr Vertreter das Vertrauen in Anspruch nehmen, dass sie bemüht sein wird, die grosse Mannigfaltigkeit wissenschaftlicher Interessen, die in ihr vereinigt sind, in gerechter Weise abzuwägen." Zugleich stellte er klar, daß mit der erstmaligen Auswahl der Mitglieder keine „Anerkennung der dauernden Ansprüche bestimmter Fächer" auf die ordentliche Mitgliedschaft und damit auch auf die Verfügungsgewalt über die Mittel festgeschrieben werde. Die Betonung eines persönlichen Charakters der ordentlichen **Mit**gliedschaft „als Ehrung konkreter, besonders hochzuschätzender Persönlichkeiten" schien auch M. Weber als Maßnahme anläßlich der ersten Ernennung der Mitglieder durchaus im Interesse aller Beteiligten zu liegen.

Windelband nahm dann dezidiert zu Max Webers Forderung nach einer eigenen sozialwissenschaftlichen Klasse Stellung. Bemerkenswert ist das Eingeständnis, daß er selbst die „Möglichkeit einer dritten, soziologischen Klasse", der dann etwa auch Philosophie, Religionswissenschaften und Geographie hätten zugeordnet werden können, ernsthaft erwogen habe. „Viele Vorteile sah ich dabei voraus. Das Lob der Modernität wäre uns sicher gewesen, ein Secretarius hätte sich ja wohl gefunden, und in der andern Klasse wäre so viel erwünschter Platz geworden." Eine Reihe von Schwierigkeiten personeller wie materieller Art ließen jedoch die Unmöglichkeit erkennen, die dritte Klasse in einer den anderen Klassen analogen Weise zu konstituieren, denn eine dritte Klasse war auch bei großzügiger Fächerzuteilung nicht voll und vor allem nicht adäquat zu besetzen, „wenn man nicht zu schreienden Ungerechtigkeiten greifen wollte." Zum anderen stünden der Akademie nur begrenzte Mittel zur Verfügung, so daß bei dem Anspruch, eine Akademie der Wissenschaften sein zu wollen, eine Selbstbescheidung jeder einzelnen Disziplin nötig sei, „eben nur ihren Anteil ... zu beanspruchen." Die von Max Weber formulierten Aufgaben umfassender demographischer Forschung „scheinen mir etwa die Mittel unserer ganzen Akademie für sich allein in Anspruch zu nehmen." Eine Gliederung der Akademie in drei Klassen schien Windelband für jede dieser Klassen eine unerwünschte Schmälerung ihrer Mittel und ihres „Stimmgewichtes" zu bringen. Als Fazit blieb, „dass auch die soziologischen Fächer neben dem Anteil, den sie, wie alle übrigen, an der Arbeit der Aka-

demie in Anspruch zu nehmen haben, für weiterreichende Bedürfnisse auf besondere Zuwendungen rechnen müssen, wie es bei allen übrigen Disziplinen der Fall ist." Dies war eine Aufforderung zur Einwerbung weiterer Drittmittel durch Nachstiftungen an die Akademie für spezielle wissenschaftliche Zwecke. Windelband konnte dabei auf bereits erfolgte Zustiftungen für die Philosophisch-historische Klasse verweisen.[55] Für ihn war es daher unverständlich, daß gerade die Wirtschaftswissenschaften nicht in der Lage sein sollten, auch für ihre speziellen Interessen Sonderstiftungen zu erhalten. Dies alles müßte aber unter dem einigenden Dach der Akademie geschehen. ,,Derartige Nachstiftungen können ... nicht sicherer verhindert werden, als wenn in einer weithin sichtbaren Weise die Meinung verbreitet wird, diese Akademie werde, wie alle übrigen, unfähig sein, den soziologischen Interessen die ihnen gebührende Pflege angedeihen zu lassen." Dadurch erst würden nicht nur die Interessen der Akademie schwer geschädigt, sondern tatsächlich die der ganzen Universität und gerade auch die der Sozialwissenschaften.

Die Argumentation Windelbands auf dieser Ebene war eine schlüssige Antwort auf Max Webers Sorge um die Benachteiligung der Sozialwissenschaften. Dabei ist es sekundär, ob Windelband tatsächlich an die Einrichtung einer „soziologischen" Klasse gedacht hatte, oder ob es sich hier nur um eine taktische Argumentation handelte. An seiner Überzeugung der Zugehörigkeit auch der Sozialwissenschaften zur Akademie und der Sorge um die Vertretung ihrer Interessen darf indessen nicht gezweifelt werden.[56] Hatte Max Weber seine Austrittsabsicht - übrigens die einzige Andeutung seiner persönlich konsequenten Entscheidung[57] - auch

[55] Es handelte sich hier um die Merx-Curtius-Stiftung für religionswissenschaftliche und orientalische Forschungen (vgl. HAW 4310; vgl. auch unten Kap. III.5.2.1., 238-241).

[56] Vgl. dazu etwa den parallelen Fall des Eintretens Windelbands für die Aufnahme der Pädagogik und Psychologie in den Fächerkanon der Phil. Fak. (Riese, **R.,** Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 104).

[57] Vgl. dazu **M.** Webers Andeutung, er wolle nicht der „sehr berechtigten Geringschätzung, welche Sie den stets lediglich räsonnierenden, (aber nie die Konsequenz ziehenden) Leuten widmen, auch meinerseits verfallen" **(M.** Weber an Koenigsberger, 7. Aug. 1909; **HAW** 013). Vielleicht hatte auch Georg Jellinek eine Ablehnung seiner Mitgliedschaft erwogen; vgl. dazu M. Weber an Windel-

nicht an die große Glocke gehängt, so war sie doch auch nicht geheimzuhalten. Sein Verhalten blieb von übelwollenden Deutungen, er spekuliere mit seinen Forderungen nach einer sozialwissenschaftlichen Klasse auf eine eigene ordentliche Mitgliedschaft, nicht verschont;[58] gerade dies hatte er für seine Person unter allen Umständen vermeiden wollen.[59] Lehnte er für sich auch für die Zukunft eine ordentliche Mitgliedschaft in der Akademie grundsätzlich ab, so beanspruchte er doch als Mitglied der Akademie die Anerkennung seines von der mehrheitlichen Auffassung abweichenden Votums, das er jedoch allein „als Vertreter von Interessen des eigenen und der mir naheliegenden Fächer ..., nicht aber als Sprachrohr fremder persönlicher Verstimmungen" abgab.[60]

2.3. Alternativen zur Gliederung der Akademie.

Die Zweigliederung der Akademie stand in Widerspruch zu der alten Forderung, die verlorengegangene Einheit der Wissenschaft wenigstens im Rahmen einer akademischen Institution zu wahren, die sich diese Aufgabe auch auf ihre Fahnen geschrieben hatte. In der Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft war diese Forderung durch die Ablehnung einer Gliederung in Klassen[61] radikal verwirklicht worden. Die Gliederung in zwei Klassen stand aber auch in Widerspruch zu den Anforderungen der modernen **Wis**senschaftsentwicklung, die auch für neue empirische, medizinische oder technische Wissenschaften einen Platz, womöglich durch eigene Klassen, erfordert hätte, wie sich dies etwa bei den Bonner Akademieplänen äußerte. Während die zweite Forderung die Gefahr der Zersplitterung in sich birgt, wird die erste dem gleichzeitigen Bestreben nach wissenschaftlicher Tiefe kaum gerecht. So erscheint die Zweiteilung als sinnvoller und praktikabler Kompromiß, die die Einheit der Wissenschaften wenigstens durch ihren Austausch in den Plenarsitzungen zu wahren suchte, gleichzeitig in den Klassensitzungen aber auch die Gewähr für eine

band, 27. (?) Okt. 1909, er habe Jellinek sein Expose seinerzeit gegeben, ,,da er sich in ähnlicher Lage befand wie ich" (ebd.).

58 M. Weber an Windelband, 27.(?) Okt. 1909 (ebd.).

59 Vgl. seine persönlichen Äußerungen in den Briefen an Koenigsberger vom 30. Juli und 7. Aug. 1909 (ebd.).

60 Vgl. dazu auch M. Weber an Koenigsberger, 27. Okt. 1909, d.h. seine offizielle Abschlußerklärung zur Angelegenheit der Akademie (ebd.).

61 Vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 52.

auch im Detail ergiebige Fachdiskussion bot. Daß größte wissenschaftliche Erkenntnis letztlich nur aus der Begegnung möglichst vieler wissenschaftlicher Disziplinen möglich sei, blieb jedoch ein Grundpfeiler des Selbstverständnisses der Akademie.[62]

Es ist daher auch müßig, danach zu fragen, ob es für die Organisation der Heidelberger Akademie Alternativen gab. Die Mitglieder der Akademie wollten jedenfalls keine andere Form und konnten sich wohl auch keine andere vorstellen. Die Kenntnis der Organisation der anderen Akademien, das Wissen um deren Praktikabilität und das Funktionieren der Arbeit wie des Zusammenlebens ließen keinen Wunsch nach Änderung aufkommen. Nicht die äußere Organisation schien reformbedürftig, sondern das Wissenschaftsverständnis, das zwischen akademiefähigen und nicht für eine Akademie in Frage stehenden Wissenschaften unterschied. Die Klasseneinteilung in eine geisteswissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche Richtung wurde grundsätzlich nicht in Zweifel gezogen.

Neben der Gliederung in Klassen bestimmte die Struktur der Leitung Gestalt und Charakter der Akademie. Im Gegensatz zur Bayerischen Akademie, aber im Einklang mit den anderen deutschen Akademien verzichtete die Heidelberger Akademie auf einen Präsidenten als Leiter der Gesamtakademie. An seiner Stelle wechselten die beiden Klassensekretäre in der Geschäftsführung und im Vorsitz der Akademie ab. Die Preußische Akademie der Wissenschaften hatte vier beständige Sekretare, die auf Lebenszeit ernannt worden waren und im Vorsitz abwechselten, ansonsten aber nach Anciennität gestaffelte Vorrechte besaßen.[63] Hatten die Grundzüge der Statuten nach Berliner Vorbild auch für Heidelberg eine lebenslängliche Amtszeit der Sekretäre vorgesehen, so wurde in der verabschiedeten Fassung der Statuten die Wahlperiode nach Göttinger Vorbild auf sechs Jahre begrenzt. Die Sächsische Akademie wählte ihre Sekretäre nur auf die, heute allgemein übliche, Amtsdauer von zwei Jahren.

Läßt sich die Entscheidung der Heidelberger Akademie für die Leitung der Akademie durch zwei auf sechs Jahre gewählte, ein-

[62] Vgl. dazu etwa auch die Grundsatzdiskussionen in den S0er Jahren **(HAW** 020).

[63] Vgl. die oben Anm. 30-33 genannten Statuten. Zur BayAW vgl.§§ 4-5, zur PreuA**W** vgl.§ 24, zur SächsA**W** vgl.§§ 17-19, zur GöA**W** vgl.§ 16. Zur HeidAW vgl. §§ 12-13, Jh. 1909/10, LXVIf.

ander in der Geschäftsführung abwechselnde Sekretäre auch aus dem Vorbild anderer deutscher Akademien erklären, so spielten doch auch noch andere gewichtige Gründe eine Rolle. Die dem Großherzog zugedachte Würde des Protektors ließ offensichtlich einen Präsidenten der Akademie nicht zu, denn der höchste Rang innerhalb der Akademie gebührte formal eben der Königlichen Hoheit. Eine Parallele hierzu fand sich auch an der Universität in Heidelberg, die den Rang des Rektors ebenfalls dem Großherzog vorbehielt, während die Amtsgeschäfte durch einen Prorektor geführt wurden.[64] Entsprechende Rücksichten hatten auch die anderen Akademien zu beachten. Erst der Wegfall der königlichen und fürstlichen Protektion nach 1918 eröffnete den Akademien die Freiheit, das Amt eines Präsidenten zu besetzen.

Für Heidelberg spielten auch besondere Erinnerungen in die Ablehnung einer Präsidentenkür hinein. Schon bei den Akademieplänen des Jahres 1886 sollte auf einen Präsidenten verzichtet werden.[65] Die Stellung des Präsidenten schien mit besonderen Vorrechten verbunden, die einer wissenschaftlichen Korporation gleichberechtigter Mitglieder widersprach. Die zeitlich befristete Sekretärsstelle entsprach offensichtlich eher dem Bedürfnis nach einer kollegialen Leitung der Akademie. Die Frage nach der Einrichtung und Besetzung einer Präsidentenstelle betraf auch das Selbstverständnis der Akademie. Die Heidelberger Akademie übte sich trotz ihres ideellen und wissenschaftlichen Anspruches auf regionaler Ebene in Bescheidenheit. Man wußte, daß die Heidelberger Akademie im Vergleich zur Preußischen oder Bayerischen Akademie nur über bescheidene Möglichkeiten verfügte. Ein Wettbewerb mit diesen beiden Akademien stand zumindest in den Anfangsjahren der Heidelberger Akademie außerhalb der Vorstellungen der Akademiemitglieder. Das Bewußtsein, nur über geringe Mittel und einen kleinen Verwaltungsapparat zu verfügen, ließ auch weitergehende Absichten, die Leitung der Akademie durch einen Präsidenten aufzuwerten, als widersinnig und übertrieben

[64] Vgl. Wolgast, E., Universität Heidelberg, 89. Weisert, H., Die Rektoren und die Dekane, 317.

[65] Koenigsberger, L., Mein Leben, 210. Die Zeugenschaft Koenigsbergers ist immerhin problematisch, da in Details und Motivation bestimmter Vorgaben Verwechslungen und Vermischungen der beiden Akademiekonzeptionen von 1886 und 1909 nicht auszuschließen sind (vgl. dazu auch die Bemerkungen oben 39).

erscheinen. Nur unwillig fügte sich die Akademie noch 1939 den Bestimmungen des Reichserziehungsministeriums, das Präsidentenamt im Zuge der Durchsetzung des Führerprinzipes in den Akademien einzuführen,[66] und bei der Neufassung der Statuten 1947 gab es ernsthafte Erwägungen, wieder darauf zu verzichten.[67]

2.4. Die Verwaltung der Akademie.

Wie schwer sich die Akademie in den ersten Jahren ihres Bestehens mit den institutionellen Voraussetzungen ihrer Existenz tat, zeigte sich auch in der Organisation ihrer Verwaltung. Die Statuten der Akademie bestimmten als Vorstand der Akademie neben den beiden Sekretären, die sich jährlich in der Geschäftsführung der Akademie abwechselten, ein drittes ordentliches Mitglied als Verwaltungsrat.[68] Die Aufgaben des Verwaltungsrates lagen vor allem in der Aufsicht über das Vermögen sowie den Haushalt der Akademie. Nicht geregelt war in den Statuten der Fall, daß einer der Sekretäre an seiner Amtsführung verhindert war. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse sah für diesen Fall keine besondere Regelung vor. Akademischen Gepflogenheiten folgend, sollte die Stellvertretung des Sekretärs nach dem Anciennitätsprinzip jeweils durch das älteste ordentliche Mitglied erfolgen.[69] Dagegen forderte die Philosophisch-historische Klasse die Bestimmung eines „ständigen Vertreter[s] für den Klassensecretär", zu dem man natürlich auch das älteste Mitglied der Klasse wählen konnte.[70] Im Sinne einer Festigung der institutionellen Ordnung durch geregelte Strukturen und Abläufe setzte sich die regulative Haltung der Philosophisch-historischen Klasse durch. Der Vertreter des Klassensekretärs war indessen nicht befugt, geschäftsführende Funktionen für die Gesamtakademie zu übernehmen.[71]

Das Verhältnis der beiden Klassen zueinander und die Verständigung über allgemeine Probleme wurde durch die Kommunika-

[66] Siehe unten 462ff.
[67] Siehe unten Kap. VI.
[68] Vgl. § 19 der Statuten (Jh. 1909/10, **LXVIII).** Als Verwaltungsräte fungierten Wilhelm Braune (1909-1923) und Heinrich Liebmann (ab 1923). Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 25. Juni 1909 **(HAW** 143/1) und Prot. Ges.sitz. vom 9. Juni 1923 (HAW 143/3; vgl. auch Jh. 1923/24, VI).
[69] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 15. Jan. 1910 (HAW 221/1).
[70] Vgl. Windelband an Koenigsberger, 30. Jan. 1910 (HAW 011).
[71] Vgl. § 1 der Geschäftsordnung (Jh. 1909/10, LXIX).

tion der beiden Klassensekretäre geprägt. Initiativ in Angelegenheiten, die die Gesamtakademie berührten, wurde daher in der Regel die Klasse des jeweils geschäftsführenden Sekretärs, wobei Windelband öfters als „Korrektiv" in Entscheidungen oder Prozesse der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse eingriff, etwa in der Auseinandersetzung um die Wahl auswärtiger Mitglieder, in der die Philosophisch-historische Klasse eine restriktive Haltung einnahm.[72] Die unterschiedliche Bewertung struktureller und organisatorischer Maßnahmen weitete sich zu einem Konflikt aus, als im Hinblick auf die Neuwahlen der Klassensekretäre 1915 kein Konsens erzielt wurde. Während Windelband sich zu einer zweiten Amtszeit bereitfand, lehnten Koenigsberger und sein Stellvertreter Fürbringer die ihnen angetragenen Wiederwahlen „aus persönlichen und sachlichen Gründen" ab. Für die Dauer des Krieges hielt die Klasse jedoch eine Neuwahl beider Funktionsträger für unangebracht, zumal Sekretär wie Stellvertreter bereit waren, bis zur definitiven Wahl der Nachfolger die Klassengeschäfte weiterzuführen.[73] Das lief auf ein Provisorium auf unbestimmte Zeit hinaus, wobei die Frage nach den rechtlichen Grundlagen ihrer Amtsführung besonders auch in ihren Kontakten zur Schwesterklasse und nach außen ungeklärt blieb. Die Selbstbeschränkung in ihren geschäftlichen Aktivitäten schien dabei der erzwungenen Beschränkung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit zu entsprechen. Während das Ministerium dem vorgeschlagenen Verfahren der Klasse zustimmte,[74] reagierte Windelband empört und legte einen offiziellen Protest gegen das Procedere ein: ,,Es ist mir nicht verständlich, in welchem Zusammenhange der Aufschub der Wahl und die Schaffung eines Provisoriums mit den jetzigen kriegerischen Verhältnissen stehen sollen...". Nach seiner Ansicht war die Gesamtakademie von dieser Entscheidung betroffen, da der Sekretär der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse am 24. April die Geschäftsführung der Akademie zu übernehmen hätte und es durchaus ungewiß sei, ob jemand zur Führung der

[72] Vgl. dazu unten 211. Zur „Korrektivfunktion" Windelbands vgl. etwa das Zirkular vom 27. Jan. 1912 mit der eine Sachlage offenbar mißverstehenden Antragstellung Koenigsbergers und dem korrigierenden EingrifTWindelbands **(HAW** 143/1).

[73] Vgl. Fürbringer an Minister Böhm, 13. Febr. 1915 (GLA 235/3354, fol. 212). Vgl. auch Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 13. Febr. 1915 **(HAW** 221/5).

[74] BMKU an Fürbringer, 19. Febr. 1915, No. A 1522 (GLA 235/3354, fol. 213).

Geschäfte der Akademie befugt sei, der nicht definitiv gewählt und bestätigt sei. Auch im Hinblick auf die Übernahme des Vorsitzes des Kartells durch die Heidelberger Akademie zum Jahreswechsel 1915/16 sei es „doch gerade wünschenswert ..., vollkommen klare und sichere Verhältnisse der Geschäftsführung zu schaffen."[75] Das Ministerium forderte daraufhin die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse sowie die Gesamtakademie auf, zu prüfen, ob das vorgeschlagene Provisorium, d.h. die Leitung der Gesamtakademie „durch einen lediglich provisorisch bestellten Sekretär", mit den Statuten der Akademie vereinbar sei und ob dies gegebenenfalls auch den Interessen der Akademie entspräche, oder ob **Win**delband berechtigt und willens sei, die Geschäfte der Akademie bis zu einer Neuwahl weiterzuführen.[76] Um die bezeichneten Schwierigkeiten zu vermeiden, beschlossen Koenigsberger und Fürbringer, ,,die provisorische Führung der Geschäfte niederzulegen" und eine Klassensitzung noch im März „zur definitiven Neuwahl ihres Sekretärs und Stellvertreters des Sekretärs" anzusetzen.[77]

Der Verzicht Koenigsbergers auf die Leitung der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und der Tod Windelbands am 22. Oktober 1915 brachten so im Kriegsjahr 1915 einen bedeutsamen Einschnitt in der Geschichte der Akademie. Denn mit dem Abtreten der „Gründerväter" wurde mit Otto Bütschli und Carl Bezold nicht nur eine neue Leitung der Akademie bestellt. Es schien, als sei die Akademie plötzlich befreit von den Zwängen

[75] Windelband an Böhm 24. Febr. 1915 (ebd., fol. 214-215; vgl. auch **HAW** 1210; das Konzept des Schreibens vgl. in **HAW** 022/1 und **HAW** 1211).

[76] BMKU an Fürbringer, 26. Febr. 1915, No. A 1794 (GLA 235/3354, fol. 216).

[77] Fürbringer an Böhm, 28. Febr. 1915 (ebd., fol. 220). Da Koenigsberger bei seiner Ablehnung einer Wiederwahl blieb, mußte die Neuwahl des Sekretärs dann doch auf Apr. 1915 verschoben werden (vgl. Windelband an Böhm, 11. März 1915; ebd., fol. 221). Die Wahl des neuen Klassensekretärs erfolgte in der Sitzung der Math.-nat. Klasse am 23. Apr. 1915, d.h. am letzten nach der Satzung zulässigen Termin. An der Sitzung nahmen nur drei o.M. teil; die außerordentlich schmale Basis für die Wahl Bütschlis und seines Stellvertreters Kossel darf freilich nicht als Mißtrauensvotum gewertet werden, vielmehr lagen die Verhältnisse für alle Mitglieder zu eindeutig, als daß man der Wahl große Bedeutung beigemessen hätte (vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 23. Apr. 1915, **HAW** 221/5; vgl. auch Koenigsberger an Windelband, 23. Apr. 1915, **HAW** 1210). Die ministerielle Bestätigung für alle Gewählten, auch für **Win**delband und seinen Stellvertreter Bezold, erfolgte mit Erlaß No. A 4201 vom 8. Mai 1915 (HAW 1210).

ihrer Gründung. Sie konnte unbelasteter agieren. Die Unsicherheiten und Widersprüche, die sich mit dem Selbstverständnis ihrer inneren und äußeren Gestalt und Organisation verbanden und die im Streit um die Nachfolge Koenigsbergers noch einmal eskaliert waren, konnten mit dem Verlust bzw. Rückzug der beiden Protagonisten, die diese Konflikte gleichsam personalisiert hatten, leichter einer Klärung zugeführt werden. Die Änderung des Numerus clausus der ordentlichen Mitglieder im Jahre 1916 ist gleichsam ein rasches Ergebnis der Änderungen an der Spitze der Akademie, die mit der daraus resultierenden Umorientierung der Mitglieder auch einen Bewußtseinswandel in der Frage erleichterten, welchen Erwartungen die Akademie künftig gerecht werden sollte. Der Umfang dieses Wandels läßt sich freilich nur schwer bestimmen, da der Krieg ohnehin eine Ausnahmesituation geschaffen hatte und nach dem Krieg sich die Verhältnisse vollends verändert hatten.

3. Die Mitglieder der Akademie.

3.1. Die ordentlichen Mitglieder.

3.1.1. Begründung und Kritik der ersten Mitgliederauswahl.

Die Statuten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften unterschieden ordentliche, außerordentliche, auswärtige Mitglieder und Ehrenmitglieder.[78] Die Zahl der ordentlichen Mitglieder[79] betrug in jeder Klasse zehn. Besonders für die vielen hervorragend besetzten geisteswissenschaftlichen Disziplinen ergaben sich aus dem strengen Numerus clausus erhebliche Probleme. Mit der Festsetzung einer sehr niedrigen Höchstzahl der ordentlichen Mitglieder hatten sich die Vorstellungen des Ministeriums durchgesetzt, das „hinsichtlich der Zahl der ordentlichen Mitglieder eine gewisse Zurückhaltung empfohlen" hatte, „um das neue Institut von dem Vorwurfe der Mittelmäßigkeit zu schützen."[80] Da das Ansehen einer Akademie auf dem wissenschaftlichen Ansehen ihrer Mitglieder beruhte, war die Beachtung hoher Maßstäbe geboten. Darin

[78] Vgl. § 3 der Statuten der Akademie (Jh. 1909/10, **LXV).**
[79] Über die o.M. handeln die§§ 4-7, ebd. LXVf.
[80] Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 12v).

drückten sich wohl auch Zweifel aus, ob die Heidelberger Universität überhaupt in der Lage sei, eine ausreichende Zahl hervorragender Gelehrter aus ihren eigenen Reihen zu Mitgliedern der Akademie zu benennen. Es war wichtig, im Blick über die eigenen Grenzen die Gewißheit zu haben, vor auswärtiger Begutachtung und Kritik bestehen zu können. Das Risiko, durch eine zu hohe Zahl von Stellen Professoren von nur lokaler Bedeutung zu inkorporieren, sollte so möglichst ausgeschlossen werden. Dabei mußten gewisse Härten, daß gegebenenfalls nicht alle würdigen Gelehrten Berücksichtigungfinden konnten, eingegangen werden. Nur wenn die Zahl zur Wahl anstehender Gelehrter die Anzahl der zur Verfügung stehenden Stellen überstieg, war eine wirkliche Wahlmöglichkeit unter den Besten gewährleistet. Die Notwendigkeit, einen Numerus clausus festsetzen zu müssen, stand dabei außer Zweifel, gehörte doch die Begrenzung der Mitgliederzahl als Mittel der Elitebildung zum Selbstverständnis der Akademien, was ihnen ihre herausgehobene wissenschaftliche Stellung garantierte. Gelehrte Gesellschaften wie die Straßburger Gelehrte Gesellschaft oder noch 1949 die Braunschweigische Gelehrte Gesellschaft hatten schon deswegen keine Chance, als Akademien der Wissenschaften anerkannt zu werden, weil sie in ihren Statuten keinen oder einen zu niedrigen Numerus clausus festgesetzt hatten.[81]

Ein Zusammenhang der Anzahl von zehn Mitgliederstellen in jeder Klasse mit den älteren Akademieplänen von 1886/87 ist nicht nachweisbar. Daß seinerzeit auch die Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften in Mannheim nur zehn ordentliche Mitglieder je Klasse zählte, ist eine zufällige Übereinstimmung, zu der sich kein

[81] Der StrWG gehörten bei ihrer Gründung 1906 48 o.M. an (Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 2), die Mitgliederliste vom 6. Juli 1907 wies bereits 84 o.M. aus (Festschrift der Wissenschaftlichen Gesellschaft Frankfurt am Main, XI-XIII). Zur Braunschweigischen Wiss. Ges. vgl. HAW 653. Das Gesagte trifft auch auf die 1947 gegründete Joachim-Jungius-Gesellschaft in Hamburg zu, die bereits mehrere Male vergeblich den Anlauf nahm, als Wissenschaftsakademie anerkannt zu werden. Noch die jüngsten Statuten der Gesellschaft enthalten keinerlei Angaben über die Höchstzahl der o.M. und **k.M.;** zu den Statuten vgl. Joachim-Jungius-Gesellschaft. Jahresbericht 1991, 293ff., zur Mitgliedschaft ebd. auch II. Zur Geschichte der Gesellschaft vgl. Moltmann, G., Gründung und bisherige Entwicklung der Joachim-Jungius-Gesellschaft. Eine Besonderheit ist die Möglichkeit der Korporativen Mitgliedschaft anderer wissenschaftlicher Vereinigungen. Vgl. dazu auch oben 157, bes. Anm 52.

Bezug herstellen läßt.[82] Erstmalig präzise genannt ist die Zahl in den von Endemann, Koenigsberger und Windelband für die Akademie ausgearbeiteten Organisationsgrundlagen vom 1. Mai 1909.[83] Die Wahl eines Numerus clausus von nur zehn ordentlichen Mitgliedern je Klasse bedarf freilich einer über die Berücksichtigung der Bedenken des Ministeriums hinausgehenden Erklärung. Vielleicht ist diese in der Mentalität des alten geheimrätlichen Professorentyps zu suchen, für den Windelband, besonders aber Koenigsberger stand. Während die Philosophische Fakultät auf die Erfordernisse eines erweiterten Wissenschaftsbetriebes durch ihre Bereitschaft zur Anerkennung immer neuer Spezialfächer einging, verharrte die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät auf einer starren traditionalistischen Haltung. Unter dem Vorwand, eine weitere Zersplitterung der Forschung verhindern zu wollen, hatten die Ordinarien der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät sich erfolgreich gegen die Ausweitung der ordentlichen Lehrstühle (besonders von Parallellehrstühlen) sowie gegen eine Aufwertung der Extraordinarien und eine kollegiale Institutsleitung gewehrt. „Konkurrenzneid oder die Vorstellung von der Unteilbarkeit eines Lehrstuhles", Sorge um ein „ausgewogenes Stimmen- und Interessenverhältnis" in der Fakultät[84] erzeugten bei der stagnierenden Ordinarienzahl auch nur einen begrenzten Bedarf an Plätzen in einer neu zu gründenden Akademie der Wissenschaften. Geht man davon aus, daß grundsätzlich nur Ordinarien als ordentliche Mitglieder der Akademie im Gespräch standen, so lag der Bedarf der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät bei sieben Plätzen,[84a] um die eigenen Interessen zu

[82] Vgl. dazu Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 280.

[83] Vgl. Endemann an Böhm, 2. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fasz. 20). Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 14v). Die Darstellung Koenigsbergers (Mein Leben, 194), nach der der Ghz. selbst ihn und Windelband aufgefordert habe, „ihm je zehn der bedeutendsten Mitglieder für jede Klasse vorzuschlagen", ist irreführend.

[84] Vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 112, 132ff, 152f. (Zitate 112, 152). Als Beispiel für die restriktive Behandlung der Ordinarienfrage vgl. den Fall W. Salomons (ebd., 136f.).

[84a] Vgl. Minerva 1909/10, 473. Classen, P./Wolgast, E., Kleine Geschichte der Universität Heidelberg, 71. Erst 1913 wurde auch die Geologie aus der Mineralogie herausgelöst und erhielt einen eigenen Lehrstuhl, den Wilhelm Salomon-Calvi vertrat; Salomon-Calvi war bereits seit 1901 Extraordinarius in Heide!-

befriedigen. Bei einer Festlegung des Numerus clausus auf zehn Plätze standen so immer noch drei Plätze für Vertreter der theoretisch medizinischen Fächer zur Verfügung. Die Festlegung des strengen Numerus clausus war somit besonders auch von den Bedingungen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät im Sinne einer Besitzstandswahrung, die die Exklusivität des Ordinariats auf die ordentliche Mitgliedschaft in der Akademie übertrug, geprägt. Die Umstände legen nahe, daß die Festsetzung der Zahl hauptsächlich dem Votum Leo Koenigsbergers zuzuschreiben ist. Dies wird durch eine spätere Stellungnahme Hermann Onckens zum Numerus clausus der Akademie bestätigt.[85] Koenigsberger habe die für beide Klassen verbindliche Zahl von je 10 ordentlichen Mitgliedern, die vollkommen den Bedürfnissen „seiner" Klasse entsprach, durchgesetzt, „vor allem, um zu verhindern, daß in den Gesamtsitzungen der Akademie ... seine Klasse von den 'Geisteswissenschaften' majorisiert werden möchte." Hier spielte also das gleiche Mißtrauen eine bestimmende Rolle, das Max Weber mit umgekehrten Vorzeichen gegenüber den Naturwissenschaften hegte.

Der Vergleich mit den anderen deutschen Akademien zeigt, wie sehr die Heidelberger Akademie in der Zahl ihrer ordentlichen Mitglieder beschränkt war. Die bedeutendste, die Preußische Akademie, hatte seit 1906 32 Stellen für ordentliche Mitglieder in jeder der beiden Klassen.[85a] Die Bayerische Akademie konnte über 24 Stellen für ordentliche Mitglieder in jeder ihrer Abteilungen verfügen,[86] und die Göttinger Gelehrte Gesellschaft, mit der sich die Heidelberger Akademie als gleichwertig empfand, kannte 15, seit 1914 sogar 21 Stellen für ordentliche Mitglieder in jeder Klasse.[87] Die im Vergleich zu Berlin und München sehr bescheidene Anzahl ihrer ordentlichen Mitglieder fand ihre Entsprechung auch im

berg (vgl. Weisert, H., Geschichte der Universität Heidelberg, 106; Classen, P./ Wolgast, E., Kleine Geschichte der Universität Heidelberg, 72). Vgl. auch unten Anm. 153. Vgl. auch Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, Tab. 30, 366.

85 Vgl. Oncken an M. Lenz, 19. Nov. 1922 (StBPK, NI. M. Lenz).

85a Vgl. § 7 der Statuten der Preußischen Akademie 1881, 6.

86 Vgl. Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie, XIVf. Die 24 o.M. der Philosophisch-historischen Abteilung verteilten sich zu gleichen Anteilen auf ihre beiden Klassen.

87 Satzungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen 1893, *5* (§ 7).

Selbstverständnis der Akademie; mit diesen Akademien zu konkurrieren, erschien geradezu undenkbar.[88]

Nur die ordentliche Mitgliedschaft, die an einen Wohnsitz in Heidelberg geknüpft war, verlieh Sitz und Stimme in der Akademie. Die hervorragende Stellung der ordentlichen Mitglieder, in Wien der wirklichen Mitglieder,[89] war allen Akademien gemein. Sie hatten die Pflicht zur aktiven Teilnahme an den Arbeiten der Akademie;[90] eine Wahl zum ordentlichen Mitglied beinhaltete also nicht nur eine bedeutende wissenschaftliche Ehrung, sondern auch die Verpflichtung zur Beteiligung an den wissenschaftlichen Unternehmungen und Publikationen, aber auch an der geschäftlichen Tätigkeit der Akademie. Letzteres war zugleich das ausschließliche Recht der ordentlichen Mitglieder. Sie allein bestimmten in allen die Akademie betreffenden Angelegenheiten, wie Organisations- und Statutenfragen oder der Kooptation neuer Mitglieder. Aber auch die Festsetzung der wissenschaftlichen Forschungsthemen und die Verfügung über die Mittel der Akademie stand den ordentlichen Mitgliedern zu. Andere Mitglieder besaßen in der Regel allenfalls in einigen Punkten ein Antragsrecht, nicht aber ein Stimmrecht. Allein das Angewiesensein auf die Bestätigung durch den Landesherrn schränkte das Selbstbestimmungs- und -verwaltungsrecht der Akademie in einigen äußeren Fragen theoretisch ein. Die Akademie war im Grunde also eine Korporation ihrer ordentlichen Mitglieder, die sich zur Reputation mit dem dekorativen Geflecht ihrer nicht-ordentlichen Mitglieder umgab.

Die Verpflichtung zur aktiven Teilnahme an den Sitzungen und den Arbeiten der Akademie schränkte in einer Zeit geringer individueller Mobilität den geographischen Bereich, aus dem sich die aktiven, die ordentlichen Mitglieder rekrutieren konnten, erheblich ein. Daraus ergab sich fast zwangsläufig die Bestimmung, daß diese Mitglieder am Sitz der Akademie selbst zu wohnen hatten (so in Göttingen und Heidelberg), oder doch in unmittelbarer Umgebung (München und Berlin). Die Situation umschreibt deutlich§ 6 der Berliner Statuten: ,,Ordentliche Mitglieder können nur solche sein, die entweder in Berlin selbst oder an einem Orte wohnen,

[88] Vgl. dazu oben die Ausführungen in Kap. III.l.

[89] Vgl.§ 7 der Statuten der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften von 1847 (Meister, R. Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, 221).

[90] Vgl. Statuten der GöAW (§ 5), der BayAW (§ 9).

dessen Lage und Verbindung mit der Hauptstadt die Erfüllung der akademischen Pflichten gestattet."[91] Wichtig ist die Feststellung, daß die „Erfüllung der akademischen Pflichten" im Vordergrund stand und daß die Ortsfrage sich allein an der Beantwortung dieser Verpflichtung orientierte. Es entsprach der Einschätzung der jeweiligen Akademie, wo die Grenzen zu ziehen seien. Nur die Sächsische Akademie in Leipzig verzichtete auf das lokale Prinzip für die Benennung der ordentlichen Mitglieder und formulierte stattdessen ein regionales bzw. territoriales Prinzip, das die Sächsische Akademie zur einzigen echten Landesakademie machte: „Ordentliche Mitglieder müssen ihren Wohnsitz in einem der Sächsischen Staaten Albertinischer oder Ernestinischer Linie ... haben."[92] Eine mittlere Position nahm die Wiener Akademie ein, die bestimmte, daß mindestens die Hälfte der wirklichen Mitglieder ihren Wohnsitz in Wien haben mußte, um die Geschäfts- und Beschlußfähigkeit der Akademie zu garantieren.[93] Die Heidelberger Akademie hatte also trotz der Ankündigung, der Akademie einen badischen Charakter zu geben, eine möglichst restriktive Form der topographischen Zuordnung ihrer ordentlichen Mitglieder gewählt und erhielt so im Grunde einen genuin Heidelberger Charakter.[94]

Die Frage der Rekrutierung der ordentlichen Mitglieder orientierte sich außer an statutarisch festgelegten geographischen Prinzipien in besonderer Weise auch an akademieinternen Gepflogenheiten. Dabei standen sachliche und personale Entscheidungen miteinander in Verbindung oder in Konkurrenz. Die sachliche Entscheidung betraf die Frage, welche Disziplinen grundsätzlich in einer Akademie der Wissenschaften vertreten sein sollten. Die „Wahl nach der Fachzugehörigkeit" war eine wichtige Vorgabe, die aus der Akademietradition in die Stiftungsurkunde der Akademie übernommen wurde.[95] Bei der geringen Zahl der Stellen für die ordentlichen Mitglieder war eine breite Vertretung verschiedener Disziplinen nicht möglich. Es konnte nur darum gehen zu entscheiden, welche Fächer berücksichtigt werden mußten, um allen

[91] Vgl.§ 6 der Statuten der PreuAW.
[92] Vgl. § 7 der Statuten der SächsAW (1919).
[93] Wie Anm. 89.
[94] Auf das Verhältnis der Akademie zu ihren außerordentlichen badischen Mitgliedern wird im nächsten Abschnitt noch genauer einzugehen sein.
[95] Vgl. Jh. 1909/10, IV.

Erwartungen an eine Akademie der Wissenschaften zu genügen. War dem Anspruch der Akademien tatsächlich Genüge getan, wenn man sich auf die im engeren Sinne historischen und philologischen bzw. mathematischen und nicht angewandten naturwissenschaftlichen Fächer beschränkte, oder war das andere Extrem der angemessenen Vertretung aller oder doch möglichst vieler Wissenschaften oder Wissenschaftsgruppen zugrunde zu legen? Die Bezeichnung Akademie der Wissenschaften legte eine Interpretation nahe, die eine universelle Vertretung der Wissenschaften in der Akademie erwartete. Dem standen wiederum die Gepflogenheiten der einem „humanistischen" Ideal verpflichteten Akademien gegenüber, „ohne alle Lehrzwecke und ohne praktische Ziele" allein die rein theoretischen Wissenschaften „teils mathematisch-naturwissenschaftlicher, teils philosophisch-historischer Richtung" zu pflegen.[96] Es stellt sich allerdings die Frage, wie eng diese von Windelband selbst verwendete Formulierung zu fassen ist. Entschieden wurde die Ansicht vertreten, daß im Grundsatz jede im Rahmen der Akademie betriebene Forschung auf eine unmittelbare Ausrichtung auf ihre „Verwertbarkeit für praktische Zwecke" zu verzichten hatte. Die prinzipielle Konzentration auf „rein theoretische Studien" schloß die „spezifisch theologischen, juristischen oder medizinischen Wissenszweige", die der Berufsausbildung der Pfarrer, Juristen und Ärzte dienten, aus.[97] Über die tatsächlich akademiefähigen Disziplinen ist damit unmittelbar jedoch noch nichts gesagt. Es bestand freilich ein Widerspruch zwischen den von Koenigsberger in seiner Eröffnungsansprache angedeuteten Möglichkeiten einer weitgehenden Differenzierung der fachlichen Zusammensetzung der Akademie und den offensichtlichen Gegebenheiten besonders der Philosophisch-historischen Klasse. Der Wille, die stetig wachsende Differenzierung der einzelnen Wissenschaften zu überwinden, setzte eine Vielfalt der wissenschaftlichen Disziplinen in der Akademie voraus; die „verschiedensten Wissensgebiete" sollten vertreten sein und miteinander in

[96] Vgl. die Pressemitteilung in der Karlsruher Zeitung No. 161 vom 16. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 35r).

[97] Die Statuten der BayAW formulierten ausdrücklich: „Ausgeschlossen sind von dem Wirkungskreise der Akademie die besonderen positiven Wissenschaften, nämlich Theologie, Jurisprudenz, Kameralistik und Medicin" (Almanach 1909, 39). Vgl. dazu auch Grimm, J., Reden in der Akademie, 24lf. und die entsprechenden Bemerkungen oben 21f.

Austausch treten.[98] Koenigsberger bezog hier neben den historischen ausdrücklich auch die „empirischen" Wissenschaften, neben den klassischen Naturwissenschaften auch die neueren technischen Wissenschaften mit ein. Die Akademie sollte in der gleichberechtigten Verbindung „humanistischer" und „realistischer" Bestrebungen auch einem moderneren Wissenschaftsverständnis, das die Anschauungen der Zeit wiedergab, gerecht werden, ohne sich jedoch mehr als nötig von den „idealen" Grundlagen zu entfernen.[99]

Diese von Koenigsberger vorgetragene Vision der Wissenschaften als Summe größter Vielfalt der Einzelwissenschaften war ernst zu nehmen im Selbstverständnis der Akademie. So wird es auch verständlich, wenn Windelband entgegen dem äußeren Eindruck die Besetzung der Philosophisch-historischen Klasse als ausgewogen und vielfältig verteidigen konnte. Für ihn konnte Troeltsch der Religionswissenschaftler, Gothein der Nationalökonom sein, und er selbst fühlte sich auch den Sozialwissenschaften nahestehend.[100]

Die Kritiker der Mitgliederzusammensetzung der Akademie sahen dies z.T. ganz anders. Das Konfliktpotential lag in der niedrigen Zahl der für beide Klassen gleich hoch festgesetzten Zahl der ordentlichen Mitglieder. Daraus ergab sich in der Gründungszeit ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den für die Klassen zur Wahl in Frage kommenden Gelehrten, das eben auch als eklatante Ungerechtigkeit empfunden wurde. Die sieben Ordinarien der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität wurden sämtlich in die Akademie berufen. Für die (theoretische und naturwissenschaftliche) Medizin verblieben die übrigen drei Sitze.[101] Die Auswahl in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse blieb so im ganzen auch unwidersprochen. Daß auch alle in die Philosophisch-historisch Klasse Berufenen „würdig" waren, der Akademie anzugehören, wurde bereits dargelegt. Bei der großen Zahl der Lehrstuhlinhaber in der Philosophischen, Theologischen und Juristischen Fakultät[102] mußte die gleiche Zahl

[98] Vgl. die Ansprache Koenigsbergers bei der Eröffnungsfeier der Akademie in: Jh. 1909/10, XIII.

[99] Ebd. XIVf.

[100] Windelband an **M.** Weber, 16. Okt. 1909 **(HAW** 013); vgl. auch die Ausführungen oben 159ff.

[101] Vgl. oben 170f.

[102] Insgesamt gab es 1909 47 Ordinarien und 11 etatmäßige außerordentliche Pro-

von Stellen für ordentliche Mitglieder der Philosophisch-historischen Klasse von den Kritikern als grobe Benachteiligung verstanden werden. Besonders bei der Größe und Bedeutung der Philosophischen Fakultät war eine Reihe von Härtefällen nicht zu vermeiden. Bei der Konkurrenz der Fächer um die wenigen Stellen war es denn auch fast zwangsläufig, daß zumindest inoffiziell eine Rangordnung der Fächer aufgestellt wurde, die vorrangig in der Akademie vertreten sein sollten. Gerade diese „Klassifizierung" der Disziplinen wurde als besonders ärgerlich, ja z.T. „unerträglich" empfunden, war damit doch indirekt auch eine Bewertung der betroffenen Kollegen verbunden. Die wissenschaftliche Qualifikation des einzelnen Gelehrten erschien bei dem Primat einer fächerbezogenen Auswahl nur von untergeordneter Bedeutung.[102]. So drängte sich den Beobachtern, gestützt durch die Namengebung der geisteswissenschaftlichen Klasse, der Eindruck auf, einer einseitig historisch-philologisch ausgerichteten Gesellschaft gegenüberzustehen.

Bemerkenswert mag immerhin die Nennung der Philosophie sogar in der Bezeichnung der Klasse sein. Die systematische Philosophie galt mancherorts, so zum Beispiel in Göttingen nicht als akademiefähig, weil man ihr den Charakter einer Wissenschaft bestritt. In Göttingen verstand man unter Philosophie „Metaphysik", die in ihrem spekulativen Charakter den theologischen Fächern nahegerückt wurde.[103] Die Bewertung der Philosophie hing sehr stark von den Erfahrungen der Akademien mit der Philosophie als Lehrfach an der Universität ab. Hier gab es eine eindeutige Heidelberger Tradition.[104] Schon Kuno Fischer, unter den Hei-

fessoren (vgl. Minerva 1909/10, 472ff. vgl. auch Weisert, H., Geschichte der Universität Heidelberg, 151). Bei sieben Lehrstühlen in der Math.-nat. Fak. und elf in der Med. Fak. kam auf die übrigen Fakultäten fast die doppelte Anzahl an Lehrstühlen mit dem Großteil in der Phil. Fak. Zur Zahl der etatmäßigen ordentlichen und außerordentlichen Professuren in den Fakultäten der Universität Heidelberg vgl. auch Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, Tab. 14, 354 und Tab. 17 und 18, 356f.

[102]. Wie Anm. 85.

[103] Zur Stellung und Beurteilung der Philosophie in Göttingen vgl. Wagner, R., Zur Erinnerung an Albrecht von Haller, XV!f.

[104] Vgl. Rickert, H., Die Heidelberger Tradition in der deutschen Philosophie, bes. 8: „Das Wesen der Heidelberger Tradition beruht hiernach darauf, daß ihre Vertreter bei der philosophischen Arbeit niemals die Fühlung mit der Vergangenheit verlieren, und daß auch die Systematiker unter ihnen die Geschichte

delberger Professoren um die Jahrhundertwende die angesehenste und populärste Persönlichkeit, „wollte ... nur Historiker sein und verzichtete auf subjektive Deutung und Aufstellung eigener Systeme".[105] Die bewußte Behandlung der Philosophie als Wissenschaft, unter Beachtung einer strengen Methodologie[106] und in Verbindung mit Philologie und Geschichte eben als Philosophiegeschichte, als Deutung des abendländischen Denkens, war ein Kennzeichen der neukantianischen Richtung der Heidelberger Philosophie unter Windelband und seinen Nachfolgern.[107] Nicht so sehr die Person Windelbands allein war bestimmend für die Bedeutung, die man der Philosophie bei ihrer Berücksichtigung als Akademiedisziplin zugestand; wichtig war auch die Geltung der Philosophie als historische Disziplin und gleichsam als Haupt der **Wis**senschaften. Das Ansehen der Philosophie und der Philosophen in Heidelberg mußte diesem Fach eine besondere Stellung angedeihen lassen.

Deutlich ist in jedem Fall das Hervortreten der historischen und philologischen Disziplinen als Akademiefächer. Die im humanistischen Bildungsideal gründende Verehrung der klassischen Antike bevorzugte auch in den Akademien die Vertreter der Altertumswissenschaften, bei denen Historie und Philologie gleichsam eine Einheit geworden waren.[108] Wenn Windelband die Meinung vertrat, daß in der Akademie die Rechtswissenschaften, die National-

der Philosophie benutzen, um ihrem Denken wissenschaftliche Festigkeit und zugleich philosophische Universalität zu verleihen." Vgl. auch Wiehl, R., Die Heidelberger Tradition der Philosophie.

105 Benz, **R.,** Lebens-Mächte und Bildungs-Welten, 105. Zur Würdigung Kuno Fischers vgl. insbes. auch die Gedenkrede von Windelband, **W.,** Kuno Fischer.

106 Vgl. dazu auch Stepun, F., Vergangenes und Unvergängliches, 122f.

107 Vgl. dazu Windelbands Straßburger Rektoratsrede von 1894: Windelband, **W.,** Geschichte und Naturwissenschaft, 142-152. Zu Windelbands Philosophieverständnis vgl. die Einführung von Ollig, H.-L., Der Neukantianismus, 53-58 und Rickert, H., Wilhelm Windelband. Zum Wissenschaftsverständnis der südwestdeutschen Neukantianer vgl. auch Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 165f. und Rickert, H., Geschichtsphilosophie. Ders., Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung. Ders., Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft. Vgl. darin auch das Nachwort von F. Vollhardt.

108 Vgl. dazu etwa Die Altertumswissenschaften an der Berliner Akademie, bes. 23-44. Im „Bildungskanon" der Zeit gebührte der klassischen Antike der erste Platz, verbunden mit einem Mißtrauen der klassischen Fächer gegen die „Emporkömmlinge".

ökonomie oder Philosophie auch als systematische Wissenschaften ihren Platz haben konnten,[109] so stand er gegen die allgemeine Überzeugung, die Juristen, Theologen oder Wirtschaftswissenschaftler nicht primär als Vertreter dieser ihrer spezifischen Fächer, sondern aufgrund ihrer „Eigenschaften" als Historiker oder Philologen unter die Akademiemitglieder einreihte. Verstanden doch auch Akademiemitglieder selbst ihre Mitgliedschaft in der Klasse als Würdigung ihrer wissenschaftlichen Arbeit als Historiker. So legte Gothein beispielsweise großen Wert darauf, als Historiker und nicht als Nationalökonom Mitglied der Akademie geworden zu sein.[110] Und auch andere Gelehrte, die nicht explizit Vertreter historischer oder philologischer Disziplinen waren, wie eben Gothein und Windelband selbst, aber auch Ernst Troeltsch hatten sich einen Namen als Kultur- und Philosophiehistoriker gemacht.[111] Die historisch-philologische Ausrichtung galt insbesondere auch für die Vertreter der Juristischen Fakultät Schroeder und Gradenwitz.

[109] Vgl. Windelband an **M.** Weber, 16. Okt. 1909 **(HAW** 013).

[110] Vgl. Gothein an Windelband, 6. Mai 1913, anläßlich der Ankündigung seines Vortragsthemas über „Reservearmee des Kapitals": „Insofern wäre das also, wenn man überhaupt die Volkswirtschaftslehre als »akademiefähig« ansieht - denn ich selber bin doch wohl nur als Historiker und nicht als Nationalökonom Mitglied-, ein gutes Thema" (HAW 115/PA Gothein und HAW 143/1). Vgl. auch Gothein an M.L. Gothein, 12. Sept. 1909: „... denn ich möchte doch meinen nationalökonomischen Kollegen, die mich im Grunde alle für einen reinen Historiker halten, ... zeigen, daß ich auch im Sattel der Systematik gerecht bin" (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 103). Vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 214. Gothein galt als einer der führenden Kulturhistoriker seiner Zeit (vgl. seine Rolle in der Kontroverse mit D. Schäfer um kulturhistorische oder politische Geschichtsschreibung; siehe dazu Junker, D., Theorie der Geschichtswissenschaft, 167-169). Er war Vorsitzender der Badischen Historischen Kommission. Es muß freilich betont werden, daß Gothein mit seiner historischen Ausrichtung keine Ausnahmeerscheinung unter den Sozialwissenschaftlern war. Wie er hatten sich eben auch **M.** Weber und E. Troeltsch, G. Schmoller und W. Dilthey ihre Meriten als „Historiker" verdient. Vgl. jüngst Bruch, **R.**v., Gustav Schmoller und Lessing, H.-U., Dilthey als Historiker. Vgl. dazu allg. Bruch, **R.v.,** Zur Historisierung der Staatswissenschaften.

[111] So wurde auch Troeltsch von Max Weher in einer ersten Reaktion unter die (Kirchen-)Historiker subsumiert. Vgl. den Nachsatz in seinem Schreiben an Koenigsberger vom 30. Juli 1909 (HAW 013). Zu Troeltsch und Weber vgl. Graf, F.W., Fachmenschenfreundschaft. Tödt, H.E., Max Weber und Ernst Troeltsch in Heidelberg. Zu Troeltsch als Historiker vgl. Troeltsch, E., Meine Bücher. Schmidt, G., Ernst Troeltsch. Herring, H., Max Weber und Ernst Troeltsch als Geschichtsdenker. Graf, F.W., Ernst Troeltsch.

Windelband mochte bei seiner Zuordnung auch die spezifische Ausprägung des Heidelberger Geisteslebens in Betracht gezogen haben, als Ausdruck einer „eigentümliche[n] Verbindung von Philosophie, Geschichte und Gesellschaftswissenschaften, die zwar nirgends als Programm formuliert, in jedem einzelnen auch individuell verschieden gemischt war, die aber als ein geistiges Fluidum in der Luft lag und auch in die juristische und theologische, ja selbst in die medizinische Fakultät weiterwirkte."[112] Eine historische Ausrichtung war allen „Kulturwissenschaften" in Heidelberg eigen.[113] Vielleicht war gerade dies, obgleich er an dieser Entwicklung teilhatte und sie mitprägte, Grund für die Sorge Max Webers, die auf diesen Heidelberger Geist ausgerichtete Heidelberger Akademie könne modernen sozialwissenschaftlichen Fragestellungen nicht gerecht werden.

Der „natürlichen" Dominanz altertumswissenschaftlicher Fächer in der Akademie stand eine „Akademieferne" anderer Disziplinen gegenüber. Hiervon betroffen waren vor allem junge, noch nicht etablierte Wissenschaften, wie die neueren Philologien, die Staats- und Sozialwissenschaften, auch Disziplinen, die einer Klasse schwer zuzuordnen waren, wie die Geographie, und natürlich die „spekulativen" und anwendungsorientierten theologischen und juristischen Disziplinen. In der naturwissenschaftlichen Klasse betraf dies vor allem die praktische, die klinische Medizin.

Für ordentliche Mitglieder in der Philosophisch-historischen Klasse bestand die Problematik des allzu strengen Numerus clausus fort.[114] Eine Erweiterung der Zahl der Stellen, die offensichtlich

[112] Curtius, L., Deutsche und antike Welt, 360.

[113] Dies traf letztlich auch auf M. Weber zu, der ebenfalls von vielen als „Historiker" gesehen wurde. Zu Weber als „Historiker" vgl. Mommsen, W.J., Max Weber. Hübinger, G., Max Weber und die historischen Kulturwissenschaften. Kocka, J. (Hg.), Max Weber, der Historiker. Lütge, F., Max Weber als Wirtschafts- und Gesellschaftshistoriker. Tenbruck, F.H., Max Weber und Eduard Meyer. Zur Rezeption **M.** Webers in der Geschichtswissenschaft vgl. Mommsen, W.J., Max Weber und die moderne Geschichtswissenschaft. Zu **M.** Webers „historischer" Soziologie vgl. Zingerle, A., Max Webers historische Soziologie. Hennis, **W.,** Eine »Wissenschaft vom Menschen«. Whimster, S., Die begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten der Historischen Soziologie. Allg. vgl. Bruch, R.v., Zur Historisierung der Staatswissenschaften.

[114] Zu der Kritik an der Gleichbehandlung von natur- und geisteswissenschaftlichen Fächern will die Aussage W.v. Humboldts nicht passen, der feststellte, „es liesse sich sogar leicht beweisen, dass die physikalisch-mathematische

als nötig empfunden wurde, blieb bei der Statutendiskussion zunächst auf die außerordentlichen Mitglieder beschränkt. Den nichtgewählten Professoren blieb so nur die Hoffnung, dereinst auf einen durch Tod eines Mitgliedes freigewordenen Platz nachrücken zu können.

Die „modernen" Tendenzen in der Wissenschaft befanden sich am Ende der Wilhelminischen Zeit noch oft genug im Widerstreit mit der scheinbar übermächtigen Tradition des Wissenschaftsbetriebs. Wie die Wahlpolitik der Akademie zeigen wird, setzte die fachliche Differenzierung der Wissenschaften auch einen Prozeß der Emanzipierung und Neubewertung einzelner Disziplinen in Gang, der seit den 20er Jahren die starren Bestimmungen, an denen sich die Auswahl der Gelehrten orientierte, zunehmend auflockerte und bisherige „Randfächer" auch „akademiefähig" machte.

3.1.2. Die Wahlpolitik bis 1932.

Ein erster Fall regulärer Neuwahl stand für beide Klassen bereits im Sommer 1909 an. Da vom Großherzog jeweils nur neun ordentliche Mitglieder ernannt worden waren, galt es nun, die letzten freien Plätze zu besetzen, denn besonders in der Philosophisch-historischen Klasse schien bei einem allgemeinen Mangel an Stellen ein weiteres Offenhalten der zehnten Stelle nicht verantwortbar. Diese Stelle gab der Akademie nach Ansicht des Hochschulreferenten Böhm die Möglichkeit, die erwartete Unzufriedenheit aufzufangen.[115] Freilich ist es fraglich, ob es tatsächlich die Absicht der Akademie sein konnte, Kritik, wenn sie nur vehement vorgetragen wurde, durch die Aufnahme des Hauptkritikers die Spitze zu nehmen.

Die zehnte Stelle in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse war zunächst für einen weiteren Mathematiker freigehalten worden. Erst nachdem klar war, daß die Berufung eines zweiten Mathematikers nach Heidelberg aussichtslos war, gab Koenigsberger die Stelle frei und schlug zu ihrer Besetzung den hochangesehenen Anatomen Max Fürbringer,[116] bisher außerordentliches

Klasse meistentheils zahlreicher an Mitgliedern sein wird und sein muss" (Humboldt, W.v., Schriften zur Politik und zum Bildungswesen, 580).

[115] Ministerialvortrag Böhms vom 16. Juni 1909, No. B 7854 (GLA 235/3354, fol. 42r-v).

[116] M. Fürbringer genoß das größte Ansehen unter den aktiven Professoren der

Mitglied der Akademie, vor. Die Wahl erfolgte einstimmig.[117] Geht man davon aus, daß jedes in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät mit einem Lehrstuhl ausgestattete Fach mit seinem Seminarvorstand in der Akademie vertreten sein sollte, so zeigte das ursprüngliche Vorhaben das Bemühen, der von Koenigsberger vertretenen Disziplin eine Sonderstellung innerhalb der Akademie einzuräumen. Es war die durch hohes Alter und besonderes Ansehen begründete Ausnahmestellung Koenigsbergers, die ihn auch außerhalb der gewöhnlich für die Akademie geltenden Grundsätze stehen ließ. Die Wahl Fürbringers war nun fast zwangsläufig, bestimmt durch Anciennität,[118] Notabilität und die von ihm vertretene „theoretische" medizinische Disziplin.[119]

Die Wahl Fürbringers war der Philosophisch-historischen Klasse Anlaß, auch ihrerseits die letzte freie Stelle zu besetzen. Windelband schlug hierfür den für das Wintersemester nach Heidelberg berufenen Sprachwissenschaftler Christian Bartholomae[120] vor. Bartholomae wurde also zum ordentlichen Mitglied gewählt, bevor er überhaupt in Heidelberg war.[121] Rücksichten auf Vor-

Medizinischen Fakultät. Er war Mitglied der Akademien in Berlin (1900) und München (1903). Zu Fürbringer vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 76f.; NDB 5, 1961, 690 (M. Stürzbecher).

117 Vgl. Koenigsberger an die o.M. der Math.-nat. Klasse, 4. Juli 1909. Die Wahl erfolgte per Zirkular. Da noch keine Satzung vorlag, beantragte er pro forma auch die Zustimmung der Phil.-hist. Klasse. Vgl. Koenigsberger an die o.M. der Phil.-hist. Klasse, 5. Juli 1909 (HAW 013). Fürbringers Wahl zum o.M. war Koenigsberger auch durch L. Krehl besonders empfohlen worden, der in Fürbringer den „erste[n] deutsche[n] Anatom" erblickte (vgl. Dankschreiben Krehls für seine Wahl zum ao.M. vom 28. Juni 1909; ebd.).

118 Im internen Verkehr der Akademie spielte das Anciennitätsprinzip keine wesentliche Rolle, nachdem der Versuch der Math.-nat. Klasse, dieses Prinzip als solches zu automatisieren, etwa in der Benennung des Stellvertreters des Sekretärs, gescheitert war. Es wurde demgegenüber die absolute Gleichstellung aller o.M. betont, wenn der Vortragende, dem die Ehre des ersten regulären Vortrages vor der Gesamtakademie zukommen sollte, durch Los ermittelt wurde (vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 15. Jan. 1910; **HAW** 221/1).

119 Fürbringer gab in seinem Dankschreiben an Koenigsberger seiner Genugtuung Ausdruck, „daß damit dem von mir vertretenen Wissenschaftszweig sein Recht geworden ist" (Fürbringer an Koenigsberger, 10. Juli 1909; ebd.).

120 Zu Bartholomae vgl. Scherer, A., Christian Bartholomae. Zum 100. Geburtstage. NDB 1, 1953, 609 (F.J. Meier); zu den Daten vgl. auch Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 11.

121 Vgl. dazu Windelband an die o.M. der Phil.-hist. Klasse, 5. Juli 1909 und die ebd. abgegebenen Stellungnahmen der Mitglieder der Klasse (HAW 013).

rechte und Konventionen kamen bei dieser Wahl nicht zum Tragen. Sie mußte im Gegenteil empörend wirken auf „langgediente" Gelehrte der Universität, die nach dem Anciennitätsprinzip Ansprüche hätten erheben können. Ausschlaggebend war hier neben dem wissenschaftlichen Ansehen des Gewählten besonders wiederum die „Qualifikation" der Disziplin für die Akademie. Die Wahl bewegte sich also ganz im Rahmen des durch ein traditionelles Akademieverständnis vorgegebenen Fächerkanons. Die Forschungsthemen Bartholomaes, Indogermanistik, Altiranistik und Sanskrit, verstärkten die auf die alten Sprachen und Kulturen ausgerichtete Konzentration der Klasse. Verständlich wird die Wahl und das Vorgehen der Akademie dennoch nur, wenn man dem Hinweis Koenigsbergers folgend,[122] annimmt, diese Stelle sei ursprünglich für den Sprachwissenschaftler Hermann Osthoff, der am 7. Mai 1909 in Heidelberg verstarb,[123] bestimmt gewesen und nun an seinen Nachfolger auf dem Lehrstuhl, Christian Bartholomae, weitergegeben worden.[124] Die mit derartigen Prämissen ausgestattete Wahl dürfte die Kritik M. Webers an der allzu einseitig ausgerichteten Philologen- und Historiker-Akademie entscheidend beflügelt haben.

Damit waren auf Jahre hinaus die Plätze der ordentlichen Mitglieder vergeben. Nach dem Weggang Ernst Troeltschs nach Berlin (1915) wurde Hans von Schubert[125] als Nachfolger in die Akademie berufen, nach dem Tode Windelbands wurde dessen Nachfolger auf dem Lehrstuhl, Heinrich Rickert,[126] auch der Nachfolger in der

[122] Koenigsberger, L., Mein Leben, 194.

[123] Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 199. Zu Osthoffvgl. Bad. Biogr. 6, 1927, 56-64.

[124] Die Bestätigung der beiden neugewählten Mitglieder verzögerte sich bis in den Dezember (vgl. „Allerhöchste Staatsministerialentschließung" Nr. 1054 am 1. Dez. 1909; vgl. BMKU an HeidAW, 10. Dez. 1909, No. B 15445 (HAW 013)), da das Verfahren selbst und der Verfahrensweg sich noch nicht eingespielt hatten. Die Akademie hatte wohl dem Protektor Mitteilung von der Wahl gemacht, wie dies von den Statuten auch vorgesehen war, nicht jedoch dem Ministerium; die Genehmigung unterblieb daher. Vgl. HeidAW an Ghz. Friedrich II., 27. Juli 1909, Böhm (BMKU) an Koenigsberger, 24.Nov.1909 und HeidAW an BMKU, 25. Nov. 1909 (GLA 235/3354, fol. ll4ff., 120; GLA 60/1947; HAW 013. Vgl. auch die Mitteilung Koenigsbergers an die o.M. der HeidAW vom 23. bzw. 25. Nov. 1909, HAW 143/1).

[125] Zu v. Schubert vgl. Jh. 1930/31, XXVIII-XXXI; vgl. auch RGG 5 (3. Aufl. 1961), Sp. 1549-1550 (E. Dinkler).

[126] Zu Rickert vgl. Tenbruck, F.H., Heinrich Rickert in seiner Zeit. Ollig, H.-L.,

Akademie.[127] Es ist mehr als berechtigt, diese Wahlen unter dem Aspekt der „Nachfolge" zu charakterisieren. Dem Kirchenhistoriker E. Troeltsch - und auf dieser Linie wurde offenbar die Fachzugehörigkeit Troeltschs dann doch gesehen - folgte der Kirchenhistoriker von Schubert, dem Philosophen folgte der Philosoph.[128] Darüber hinaus drückte sich hierin eine Kontinuität der als kanonisch geltenden Disziplinen aus. Bereits zu Beginn ihrer Geschichte neigte die Akademie entgegen dem von Windelband gegebenen Versprechen der Offenheit zu einer Verengung ihrer fachlichen wissenschaftlichen Kompetenz. Die gewissenhafte Beachtung und Festschreibung der Akademiezugehörigkeit eines Faches förderte das Bewußtsein einer Rangstufe und Wertigkeit der Wissenschaften. Es gab Fächer, die akademiewürdig waren und denen demzufolge ein besonderer Rang in der Hierarchie und im Ansehen der Wissenschaften zukam; daneben standen Fächer, die aus der Akademie ausgeschlossen blieben, „Emporkömmlinge" und „Bastarde" unter den Wissenschaften von minderem Ethos und Recht. Zumindest im engeren Kreis der ordentlichen Mitglieder der geisteswissenschaftlichen Klasse zeigte die Akademie wenig Neigung zur Öffnung und zur Vielfalt in tatsächlicher Interdisziplinarität. Ihr historischer und philologischer Charakter - und philologisch auch nur, wenn die historische Komponente darin enthalten war - trat deutlich hervor, die traditionelle Struktur schien sich zu verfestigen. Die Kritik Max Webers erwies im Nachhinein ihre Berechtigung.

Die angedeutete Entwicklung und Verfestigung als philologische und historische Klasse erfuhr ihren Höhepunkt und ihre Krise mitten im Ersten Weltkrieg.

Initiiert noch durch Windelband, jedoch verstärkt von der Festschreibung bestimmter in der Akademie vertretener Fächer in einem quasi-erblichen Verhältnis, brachte sich das alte Problem

Der Neukantianismus, 59-66. Wiehl, **R.,** Die Heidelberger Tradition der Philosophie. Roller, **K.,** Zwischen Tradition und Modeme, bes. 232-236. Vgl. auch die Erinnerungen von Glockner, **H.,** Heidelberger Bilderbuch, 9-20, 74-89. Drexler, **H.,** Begegnungen mit der Wertethik, 133-166.

127 Zur Chronologie der Wahlen siehe die Liste 1 im Anhang. Vgl. auch **HAW** 311/1.

128 Im Rundschreiben heißt es lapidar: „Wahl des Herrn Rickert für die erledigte Stelle der Philosophie" (Bütschli an die o.M. der Math.-nat. Klasse, 15. Mai 1916; **HAW** 221/6).

des allzu strengen Numerus clausus in der Philosophisch-historischen Klasse wieder in Erinnerung. Etwa gleichzeitig mit der Wahl Rickerts wurde der Philosophisch-historischen Klasse das Fatale dieser Situation bewußt. Dem ließ sich grundsätzlich nur durch eine Erweiterung der Stellen für ordentliche Mitglieder in dieser Klasse begegnen. Am 14. Mai 1916 richtete Bezold einen Antrag an den geschäftsführenden Sekretär Bütschli um „Erhöhung der Höchstzahl der ordentlichen Mitglieder unserer Akademie."[129] Begründet wurde der Antrag der Philosophisch-historischen Klasse zum einen mit Blick auf die Mitgliederzahlen der anderen Akademien, zum anderen durch ein zusätzliches Bedürfnis an Vertretern bestimmter Disziplinen, insbesondere der Klassischen Philologie, die in Heidelberg nur einfach[!] vertreten sei im Gegensatz zu jeweils mehreren Vertretern in den anderen Akademien, und der Geschichte, die überhaupt nicht durch einen Fachvertreter repräsentiert sei. So wichtig gerade das zweite Argument für die interne Motivation war, so bedeutsam war im Blick auf das Ganze der Vergleich mit anderen Akademien, die alle im Laufe ihrer Geschichte den Numerus clausus ihrer ordentlichen Mitglieder erhöht hatten. „Wenn die Heidelberger Akademie innerhalb des Kartells eine den übrigen Körperschaften dieser Vereinigung entsprechende Stellung einnehmen will, so glaube ich, dass die Zahl ihrer ordentlichen Mitglieder - zumal nach dem Vorgange Göttingens[130] - zum mindesten 15 für jede Klasse betragen sollte." Es galt also nicht nur, einem Mangel der Philosophisch-historischen Klasse Rechnung zu tragen, der für sich nicht notwendigerweise auch schon eine Erweiterung der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse erfordert hätte, sondern ein Grundbedürfnis der jungen Akademie zu befriedigen, das geeignet schien, ihr Gewicht zu erhöhen und ihr Selbstbewußtsein zu festigen. Eine im Zusammenhang mit diesem Antrag erstellte Liste enthält die in den deutschen Akademien vertretenen „akademiefähigen" Einzelwissenschaften, die im wesentlichen den Kanon der Heidelberger Akademie wiedergibt, erweitert durch verschiedene historische „Hilfswissenschaften" und andere altertumswissenschaftliche und philo-

[129] HAW 030/1 und HAW 110/1.

[130] Die Göttinger Akademie hatte mit Erlaß vom 4. Juli 1914 die Zahl ihrer Mitglieder von 15 auf 21 je Klasse erhöht (Satzungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen 1893, 4 (§ 2)).

logische Disziplinen (darunter auch die Romanische und Englische Philologie). Die Geographie war mit Ausnahme der Heidelberger in allen Akademien, allerdings in unterschiedlichen Klassen, vertreten. Gothein wurde in dieser Aufstellung der Kategorie „Staatswissenschaften und Nationalökonomie" zugerechnet, was den Hinweis auf das Fehlen der Historiker erklärt. In den Schreiben der Akademie an das Ministerium und Karl Lanz wurde der Bedarf an weiteren ordentlichen Mitgliedern mit der „Lösung mehrerer unserer eigenen Akademie bevorstehenden Aufgaben, zumal solcher historischen oder philologischen Inhalts" begründet.[131]

In einer Vorberatung der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse sprachen sich fünf Mitglieder für die Annahme des Antrages der Philosophisch-historischen Klasse aus, nur ein Mitglied war gegen die Erhöhung der Mitgliederzahl.[132] Daraufhin konnte die nötige Satzungsänderung in der Gesamtsitzung der Akademie am 3. Juni 1916 in dem Sinn durchgeführt werden, daß die Höchstzahl der ordentlichen Mitglieder für jede Klasse 15 betragen sollte.[133] Das Kultusministerium unterstützte den Antrag

[131] Vgl. HeidAW an BMKU, 6. Juni 1916, in ähnlicher Form auch HeidAW an K. Lanz, 30. Juni 1916 **(HAW** 030/1 und **HAW** 110/1). Ein weiteres in diesen beiden Schreiben vorgebrachtes Argument, daß die Akademie im Vergleich zu den anderen Akademien wegen ihrer geringen Mitgliederzahl auch bei den Abstimmungen der gemeinsamen Kartellunternehmungen benachteiligt sein würde, ist allerdings unzutreffend, da die Akademien als geschlossene Korporation im Kartell vertreten waren und abstimmten; ein persönliches oder nach Mitgliederzahl gestuftes Stimmrecht gab es nicht.

[132] Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 20. Mai 1916 **(HAW** 221/6).

[133] Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 3. Juni 1916 **(HAW** 143/2); vgl. auch HeidAW an BMKU, 6. Juni 1916 (HAW 030/1 und HAW I10/1). Die Genehmigung der Satzungsänderung erfolgte mit Staatsministerial-Entschließung Nr. 467 vom 20. Juni 1916 (vgl. BMKU an HeidAW, 27. Juni 1916, Nr. A 5518; ebd.). Gegner der Erhöhung des Numerus clausus waren Lenard, Gradenwitz und auch Koenigsberger, der sich in der Abstimmung aber enthielt; Kossel wollte nur der Erhöhung um zwei Stellen zustimmen. Franz Böhm, Verfechter einer kleinen Zahl der o.M., war 1915 verstorben! Hochschulreferent war inzwischen Viktor Schwoerer, 1924 Ehrenmitglied der Akademie (zu Schwoerer vgl. Schwoerer, J., Zum 100. Geburtstag des Badischen Hochschulreferenten Victor Schwoerer). In der oben genannten Sitzung hatten sich die beiden Klassen auch dahingehend verständigt, ,,die tatsächliche Erhöhung der Mitgliederzahl in einer Klasse nur nach vorheriger Fühlungnahme mit der anderen Klasse vorzunehmen." Das führte zu kuriosen Verfahren. Als die Phil.-hist. Klasse daran dachte, die beiden noch freien Stellen zu besetzen, verpflichtete sie sich,

der Akademie, ,,weil die niedere Zahl der ordentlichen Mitglieder die Akademie nötigte, eine Reihe der hervorragendsten Professoren der Universität nur als außerordentliche Mitglieder aufzunehmen, eine Beschränkung, die den Interessen der Akademie zuwiderlief und leicht zu Verstimmungen innerhalb des Lehrkörpers führen konnte."[134] Die Zahl der ordentlichen Mitglieder wurde noch einmal 1930 auf 20 je Klasse[135] und schließlich mit Verabschiedung der neuen Statuten 1939 und der Ausweitung ihres Einzugsgebietes auf ganz Südwestdeutschland auf 25 erhöht.[136] Zu einer indirekten Erhöhung der Mitgliederzahl entschloß man sich immerhin bereits in den 20er Jahren, indem man einen bei den anderen Akademien längst üblichen Passus auch in die eigenen Statuten übernahm, daß die über 70-jährigen Mitglieder in der Höchstzahl von 15 ordentlichen Mitgliedern je Klasse nicht mit einzurechnen seien. Außerdem bestand die Möglichkeit, sich bereits mit Überschreitung des 65. Lebensjahres inaktivieren zu lassen.[137] Auf diese Weise gaben ältere Gelehrte, die an den Arbei-

,,solange die entsprechenden Stellen in der Mathem[athisch]-naturw[issenschaftlichen] Klasse noch unbesetzt bleiben, bei allen Abstimmungen in den Sitzungen der Gesamtakademie die Stimmen dieser 14. & 15. Stelle ruhen" zu lassen (Bezold an Bütschli, 25. Juni 1918, HAW 030/1 und HAW 110/1).

134 BMKU an Ghz. Friedrich II., 14. Juni 1916, Nr. A.5133 (GLA 235/3354, fol. 250v). Die Mitteilung der Akademie an das BMKU war am 6. Juni erfolgt (ebd., fol. 249).

135 Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 13. Mai 1930 **(HAW** 143/3; vgl. auch Jh. 1929/30, **XVI).** Die Diskussion um eine Heraufsetzung der Mitgliederzahl ging diesmal wesentlich von der Math.-nat. Klasse aus: ,,In der Besprechung über die Geschäftsordnung regt Herr Salomon-Calvi an, eine Heraufsetzung des numerus clausus bei der philosophisch-historischen Klasse [!] herbeizuführen. Bei gemeinsamen Abstimmungen soll jede Klasse eine Stimme haben ... Herr Liebmann hält eine analoge Erhöhung auch bei der nat.-math. [!] Klasse für erwägenswert." Ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 5. Juli 1929 **(HA W** 222/5).

136 Vgl. die Satzung der HeidA**W** vom 5. Sept. 1939 (§ 4).

137 Vgl.§§ 3 und 4 der Statuten von 1926: Satzungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, lf. Die Frage der Inaktivierung war in der HeidAW seit 1919 intensiv diskutiert worden, wobei unterschiedliche Ansichten über den Status des inaktiven Mitgliedes bestanden. Gradenwitz, Fehr und Bartholomae sahen eine automatische Inaktivierung mit dem 70. Lebensjahr vor, die praktisch einer Überführung in den Status der ao.M. gleichkam (Antrag von Nov. 1919, vgl. HAW 030/1 und HAW 110/1). Boll, Oncken und v. Schubert unterschieden dagegen nur inaktive und aktive o.M., wobei die inaktiven ihre Rechte behielten, ihre Stellen aber jüngeren aktiven Mitgliedern übertragen werden

ten der Akademie nicht mehr aktiv teilnehmen konnten, unter Wahrung ihrer Rechte Plätze für jüngere, aktive Gelehrte frei. Dadurch konnte sich die Akademie regelmäßig verjüngen und ihren Stamm an Mitgliedern wahren, die tatsächlich den Verpflichtungen ihrer Mitgliedschaft gewachsen waren.

Die Erhöhung der Zahl der ordentlichen Mitglieder brachte aber keine Veränderung der Wahlpolitik besonders der Philosophisch-historischen Klasse. Diese besetzte noch 1916 drei der fünf freien Stellen mit zwei Historikern und einem weiteren Altphilologen:[138] Karl Hampe, Hermann Oncken und Franz Boll. Die Würdigkeit der Berufenen stand wiederum außer jedem Zweifel. Ihr bisheriges Fehlen in der Akademie war bisher z.T. sogar ausdrücklich bemängelt worden, so etwa von Max Weber in Hinblick auf die Historiker. Dennoch war für andere Heidelberger Professoren das Maß nun endgültig voll. Die geisteswissenschaftliche Abteilung der Akademie zeigte mit ihren Wahlen nur allzu deutlich, wo ihre - ausschließlichen - Interessen lagen, nämlich in der historischen und philologischen Forschung. Die Notwendigkeit der Zuwahl gerade dieser Forscher war zudem auch ausdrücklich betont worden mit den Arbeitsschwerpunkten und -vorhaben der

konnten. Die Inaktivierung wurde hier als weniger schwerwiegender Schritt verstanden als im ersten Antrag (vgl. Antrag vom 9. Jan. 1920, ebd.). Der letztere Antrag, der sich an§ 6 der Statuten der BayAW orientierte, wurde von der Phil.-hist. Klasse favorisiert (vgl. Bezold an Bütschli, 25. Jan. 1920; ebd.), jedoch nach Veto der Math.-nat. Klasse zurückgezogen (vgl. Kossel an Bezold, 9. Mai 1920 und Bezold an Kossel, 16. Mai 1920; HAW 110/1, vgl. auch HAW 030/1). Dagegen diente ein weiterer Vorschlag, eine ordentliche Mitgliedschaft bei gewohnheitsmäßigem Fernbleiben von Sitzungen zu entziehen und die Stelle anderweitig - allerdings durch einen entsprechenden Fachvertreter - zu besetzen, offensichtlich als Druckmittel zur Förderung der Disziplin in der Akademie (vgl. Antrag Bartholomae, v. Duhn und Gradenwitz von März 1920; **HAW** 110/1). Durch eine Eingabe Braunes, in der er „um Inaktivierung in irgendeiner Form bat, da ihm sein Befinden die Ausübung der Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes nicht mehr regelmäßig gestattet", wurde das Problem erneut akut (vgl. Prot. Ges.sitz. vom 21. Dez. 1922; HAW 143/3). Mit der Satzungsänderung vom 3. Febr. 1923 hatte die Akademie das „emeritierte" Mitglied eingeführt, das im Grunde aber dem inaktiven entsprach. Das emeritierte Mitglied war von seinen Verpflichtungen entbunden, mußte aber auch auf sein Stimmrecht verzichten; seine Stelle konnte durch ein anderes o.M. besetzt werden (vgl. Mitteilung der HeidA**W** vom 19. Febr. 1923; HAW 030/1 und HAW 110/1).

[138] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 25. Nov. 1916 (HAW 321/3); vgl. auch Bezold an Bütschli, 26. Nov. 1916 (HAW 311/1).

Akademie. Andere Gelehrte mußten sich so nicht nur benachteiligt und die Interessen ihrer Fächer geschädigt sehen, sondern sich unmißverständlich aus der Akademie ausgeschlossen fühlen. Konsequenzen zogen daraufhin vier bisherige außerordentliche Mitglieder, der Geograph Alfred Hettner,[139] der Anglist Johannes Hoops,[140] der Kunsthistoriker Carl Neumann[141] und der Romanist Fritz Neumann[142] in einem gemeinsamen Schritt. Am 29. Januar 1917 richteten sie ein Schreiben an den Sekretär der Philosophisch-historischen Klasse, in dem sie ihrer Enttäuschung und Verbitterung Ausdruck verliehen. Hatten sie gehofft, bei einer Erweiterung der Philosophisch-historischen Klasse die nach ihrer Ansicht willkürliche Auswahl, die zwischen „wichtigeren und weniger wichtigen Fächern, zwischen Fächern erster und zweiter Ordnung" zu unterscheiden schien, ,,durch Zulassung der bisher in der Akademie noch nicht vertretenen Fächer der philosophischen Facultät" korrigiert zu sehen, so mußten sie sich im Gegenteil von einer Verschärfung jener „Widersinnigkeit" überzeugen. Statt des Ausgleichs der Interessen werde ein „dritter Vertreter" der Klassischen Philologie und Altertumswissenschaften und ein „zweiter und dritter Historiker" gewählt. Durch die „einseitige und sehr beschränkte" Ausrichtung der Klasse fühlten sich die vier Gelehrten auf unkollegiale Weise zurückgesetzt. ,,Da die Unterzeichneten sich somit fachlich und persönlich betroffen fühlen, weil sie, ohne Sitz und Stimme in der Akademie und folglich von dem Mitbestimmungsrecht über das Vermögen der Akademie ausgeschlossen, auch weiterhin keine Möglichkeit haben[,] die Interessen ihrer Fächer in der Akademie zu vertreten, so haben sie keine Veranlassung[,] der Akademie weiterhin anzugehören und erklären deshalb ihren Austritt aus derselben."[143]

Diese Austrittserklärung enthielt in konzentrierter Form noch einmal alles an Kritik, was auch Max Weber 1909 vorgebracht

[139] Zu Hettner vgl. NDB 9, 1972, 31-32 (E. Plewe). Alfred Hettner (*6.8.1859). Gedenkschrift zu seinem 100. Geburtstag. Plewe, E., Alfred Hettner.

[140] Zu Hoops vgl. NDB 9, 1972, 606-607 (H. Beck). Depken, F., In memoriam Johannes Hoops. Flasdieck, **H.M.,** Johannes Hoops (1865-1949). Hoops wurde dennoch später (1932) zum o.M. der Akademie gewählt.

[141] Zu Carl Neumann vgl. Neumann, C., Ueber den Zusammenhang von Wissenschaft und Leben. Evers, H.G., Carl Neumann zum Gedenken. Fink-Maderna, A., Carl Neumann.

[142] Zu Fritz Neumann vgl. Meier, H., Fritz Neumann. Zum 100. Geburtstage.

[143] HAW 311/1.

hatte. Das Gefühl der Verletzung eigener Fachinteressen und persönlicher Eitelkeiten bestimmte das Handeln der vier Gelehrten, aber auch eine falsche Einschätzung der Ziele, Aufgaben und Möglichkeiten der Akademie. Daß die Ergänzungswahlen eine unsachliche und willkürliche Entscheidung darstellten,[144] läßt sich schwerlich aufrecht erhalten. Das Kalkül war vielmehr auf eine bewußte Konzentration der Kräfte und Projekte ausgerichtet. Nur eineinhalb Jahre zuvor hatte C. Neumann übrigens selbst - auch hierin zeigt sich die Verbindung zur Weberschen Argumentation - das Fehlen der „amtlichen Vertreter der mittl[eren] und neueren Geschichte an der Universität" in einer Philosophisch-historischen Klasse der Akademie auf das Heftigste kritisiert, wußte sich aber in dieser Angelegenheit in Übereinstimmung mit Mitgliedern der Akademie selbst.[145] Da muß die Reaktion auf die schließlich erfolgte Wahl der beiden „amtlichen" Historiker dann doch überraschen. Der Vorwurf, die Idee der Einheit der Wissenschaften durch eine derartige Wahlpolitik zu verraten, blieb freilich zurecht bestehen. Ganz im Unterschied zu Weber sahen die vier Kritiker die Verhältnisse in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse offenbar als Ideal an, als einer Abteilung, in der alle Ordinarien einer Fakultät repräsentiert waren. Nach dieser Idee müßte freilich eine Philosophisch-historische Klasse, die ähnlichen Ansprüchen genügte, nochmals erheblich ausgeweitet werden. Ein entscheidendes Kriterium, um als wissenschaftliche Körperschaft hohen Ansehens Anerkennung zu finden, nämlich der strenge Numerus clausus, wäre damit freilich aufgegeben worden. Das mochte kaum das Ziel der Erklärung der vier Gelehrten sein.[146]

Wo berechtigte Kritik endet und wo spezifischer Fächeregoismus einsetzt, läßt sich freilich nicht immer klar unterscheiden. Die Akademie teilte die Angelegenheit dem Ministerium mit und nahm am 5. Februar 1917 dazu auch dezidiert Stellung. Sie berief sich darin auf das Vorbild der anderen deutschen wissenschaftlichen Akademien und die Bestimmungen der Stiftungsurkunde. Sie stellte klar, daß ein Sonderanspruch einer Fakultät gegenüber der Akademie nicht bestehen könne, zumal auch die Interessen

[144] Die Ähnlichkeit der Formulierungen im Austrittsschreiben und bei Weber, **M.,** Max Weber, 430, läßt auf einen Erfahrungs- und Stimmungsaustausch schließen.

[145] Vgl. C. Neumann an Bezold, 13. Juni 1915 **(HAW** 4320).

[146] Zum Problem vgl. oben 168ff.

juristischer und theologischer Fachvertreter zu berücksichtigen wären. Angesichts des Numerus clausus könne von einem Anspruch aller „von Ordinarien der Philosophischen Fakultät vertretenen Fächer[n]" auf ordentliche Mitgliedschaft in der Akademie nicht ernsthaft die Rede sein. Die Gegebenheiten bei den Vorbildakademien hätten die Akademie zudem verpflichtet, ihr historisches und altphilologisches Arbeitspotential auszuweiten.[147] Die Akademie berief sich dabei auf ihre eigenen Aufgaben, die durch die Zustiftungen - die Merx-Curtius-Stiftung und die Fritz-Toebelmann-Stiftung - eine bedeutsame Schwerpunktbildung gerade im historisch-philologischen Sinne erfahren hatten. Und auch die Unternehmungen im Kartell erforderten von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften vor allem historische und philologische Kompetenzen und Kapazitäten.[148] Das humanistische Ideal bestimmte durch seine realen Verpflichtungen dementsprechend die Wahlhandlungen der Akademie. Die Festlegung des Fächerkanons war im wesentlichen auch eine Folge der wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie.

Probleme dieser Art kannte die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse nicht. Ihre Ergänzung war „logisch" und im ganzen unwidersprochen, auch wenn die Frage der Verteilung der Sitze „zwischen mathem[atisch]-naturw[issenschaftlichen]Mitgliedern und medizinischen Mitgliedern" latent immer wieder gestellt wurde.[149] Sie erreichte mit ihren Neuwahlen auch tatsächlich eine Erweiterung des in ihr vertretenen Spektrums der Wissenschaften.[150] Mit Ludolf Krehl[151] wurde gar ein Vertreter der praktischen

147 Vgl. HeidA**W** an BMKU, 5. Febr. 1915 (GLA 235/3354, fol. 264f.).

148 Die Vertreter der HeidA**W** bei den Kartelltagen waren regelmäßig die (Alt-) Philologen und Historiker, Bezold, Boll, Bartholomae, v. Schubert, während andere Vertreter nur ausnahmsweise delegiert wurden.

149 Vgl. den Einwand Fürbringers in der Sitz. Math.-nat. Klasse am 4. Nov. 1916, mit dem er sicherstellen wollte, daß durch die im Verhältnis 2:1 zugunsten der Naturwissenschaften erfolgten Neuwahlen keine Festlegung für künftige Wahlen getroffen werde (HAW 221/6).

150 Zur Wahl vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. vom 18. Nov. 1916 (ebd.) und Prot. Ges.-sitz. vom 2. Dez. 1916 (HAW 143/2). Vgl. auch HeidAW an BMKU, 4. Dez. 1916 (HAW 211/1).

151 Zu (von) Krehl vgl. zuletzt NDB 12, 1980, 733-734 (H. Wycklicky). Schettler, G., Ludolf Krehl (1861-1936). Hansen, K., Ludolf von Krehl. Schipperges, H., Medizin in Bewegung, 20-26. L. Krehl hatte das Besondere seiner Berufung als

Medizin hinzugezogen. Die Wahl des Mathematikers Paul Stäkkel[152] brachte auch den Nachfolger des inzwischen emeritierten Koenigsberger in die Akademie. Nach der Verselbständigung des Faches Geologie an der Universität[153] war auch die Wahl des zum Ordinarius aufgestiegenen Wilhelm Salomon (-Calvi)[154] eine Selbstverständlichkeit. Wieder waren alle Ordinarien der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät als ordentliche Mitglieder in der Akademie vertreten. Das Ordinariat war die wesentliche Voraussetzung zur Aufnahme in die Akademie. Die kollegiale Soli-

Kliniker in eine Akademie bereits bei seiner Wahl zum ao.M. betont, gleichzeitig aber auch den Konflikt hervorgehoben, in dem er zwischen seinen Pflichten als Kliniker und seinem Streben als Forscher stand. Der Wille freilich zur wissenschaftlichen Arbeit war ausgeprägt (vgl. die Dankschreiben Krehls vom 14. Juli 1912 und 3. Jan. 1917; HAW 115/PA Krehl).

[152] Koenigsberger hatte in seinem Wahlantrag ausgeführt: „Daß dann für die Mathematik - abweichend von anderen Wissenschaftsgebieten - zwei Vertreter in der Klasse ihren Sitz haben würden, möge damit motiviert werden, daß ich selbst durch menschliche Gebrechen meines hohen Alters an einer intensiven Theilnahme an den Arbeiten der Klasse immer mehr gehindert werde" (Koenigsberger an Bütschli, 5. Nov. 1916, **HAW** 221/6 und 211/1). Zu Stäckel vgl. Biogr. Jb. 2 (1917-1920), 734. Perron, 0., Paul Stäckel **t.**

[153] Das Geologisch-Paläontologische Institut war 1908 als eigenständiges Institut etabliert worden, dem W. Salomon zunächst noch als etatmäßiger außerordentlicher Professor (seit 1901) vorstand. Salomon wurde 1913 zum ordentlichen Professor ernannt (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 230f.; irrtümlich auf 1908 datiert ist das Ordinariat Salomons bei Wolgast, E., Universität Heidelberg, 120). Zur Errichtung des Lehrstuhls für Geologie und Paläontologie vgl. insbes. Riese, **R.,** Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 135-137. Zur Institutsentwicklung vgl. Salomon, **W.,** Das Geologisch-Paläontologische Institut, bes. 141. Im Antrag von Wülfing heißt es ausdrücklich, daß man nach der Aufwertung durch ein Ordinariat nun auch „das Fach der Geologie und Paläontologie ... unter den ordentlichen Mitgliedern vertreten zu sehen" wünsche (Wülfing an Bütschli, 9. Nov. 1916 mit Rückbezug auf die Begründung seines Antrages vom 3. Juni 1914. Dort wurde der Aspekt, den Ordinarius der Universität auch in der Akademie als Mitglied (damals allerdings noch als ao.M.) zu sehen - um Geologie und Paläontologie auch durch einen Heidelberger Gelehrten vertreten zu haben - besonders hervorgehoben; vgl. **HAW** 221/6 und 221/1).

[154] Zu Salomon (-Calvi) vgl. Pfannenstiel, **M.,** Gedenkrede auf Wilhelm Salomon-Calvi. Vgl. auch den Nachruf in Jh. 1943/55, 8f.; Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 234-235 (K. Sauer). Zum Ausscheiden Salomon-Calvis aus der Akademie in der NS-Zeit vgl. unten 359f.

darität überwand in solchen Fällen sogar die persönlichen Abneigungen.[155]

Für die Wahlpolitik der Akademie in der Zeit der Weimarer Republik[156] lassen sich in beiden Klassen zwei gegenläufige Tendenzen erkennen. Zum einen verfestigte sich der Fächerkanon der Akademie weiter. In der Regel wurde der Nachfolger im Lehramt an der Universität unverzüglich auch der Nachfolger als ordentliches Mitglied der Akademie. Begünstigt wurde diese Tendenz durch die Einführung des Status des emeritierten ordentlichen Mitgliedes. Für bestimmte Fächer waren demnach also Stellen für ihre Vertreter in der Akademie fest reserviert. So lassen sich regelrechte „Ahnenreihen" ausmachen, die auf einer festen „Erbfolge" beruhten. Neu besetzt wurden die Stellen jeweils nach Erreichen der Altersgrenze des bisherigen Stelleninhabers. So ging die Stelle des Mathematikers von Koenigsberger auf Stäckel und weiter auf Perron und Liebmann; die Stelle des Anatomen wurde von Fürbringer auf Braus und von diesem weiter auf Kallius „vererbt"; die des Rechtsgeschichtlers von Schroeder auf Fehr und weiter auf Mitteis, die des Archäologen von von Duhn auf L. Curtius und von Salis. Solche Reihen lassen sich für fast alle der 1909 aufgenommenen Disziplinen bis in die 30er Jahre erstellen. Nur wenige Fachvertreter fanden in der Akademie keinen direkten Nachfolger, so der Psychiater Nissl, der Orientalist Bezold, der Sprachwissenschaftler Bartholomae und Troeltsch in seiner Eigenschaft als Religionswissenschaftler und -philosoph.

Neben den Aspekt der Besitzstandswahrung,[157] der durchaus gewichtig war, wollte man der eigenen Disziplin die Verfügungsgewalt über Mittel der Akademie und somit die Voraussetzungen dauerhafter Förderungsmöglichkeiten erhalten, trat nun aber zunehmend auch eine stärkere Ausdifferenzierung der in der Akademie vertretenen Fächer. Dies lief parallel zur allgemeinen Wis-

[155] Vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 137.

[156] Vgl. dazu die Liste der o.M. im Anhang. Die biographischen Daten vgl. auch bei Drüll, D., Gelehrtenlexikon.

[157] Das Motiv der Besitzstandswahrung läßt sich bis in die Wahlen zu ao.M. verfolgen. So wurde nach der Wahl Stäckels zum o.M. sogleich Perron für die Wahl als ao.M. in Vorschlag gebracht, damit die freigewordene Stelle wieder durch einen Mathematiker besetzt werden konnte (vgl. den Antrag Stäckels und Koenigsbergers vom 6. März 1917, HAW 221/7; vgl. auch HAW 211/1).

senschaftsentwicklung, die besonders in den Naturwissenschaften eine weitere Untergliederung mit der Ausbildung neuer eigenständiger Disziplinen und Lehrstühle förderte. Daneben läßt sich aber auch eine Auflockerung der starren Grenzen der als akademiefähig geltenden Fächer ausmachen. So kam eine Reihe bisher nicht berücksichtigter Disziplinen mit namhaften Vertretern in die Akademie, in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse die Pathologie, Pharmakologie, Hygiene und Physikalische Chemie, in der Philosophisch-historischen Klasse eine Reihe weiterer altertumswissenschaftlicher (Alte Geschichte, Ägyptologie, Papyrologie), philologischer (Anglistik) und historischer (Hilfswissenschaften) Disziplinen. Bemerkenswert, aber auch in den Kanon philologisch-historischer Wissenschaften einzuordnen, war die Berufung des Theologen Martin Dibelius und des Literaturhistorikers (und Dichters) Friedrich Gundolf.

Eine nur kurzfristige Sondererscheinung stellte die Überführung aller Heidelberger außerordentlichen Mitglieder in die Reihe der ordentlichen Mitglieder dar.[158] Unterstützt durch diese Maßnahme gelang es einigen Disziplinen, durch „Doppelbesetzung" ihre Stellung in der Akademie auszubauen, so der Mathematik und 1931, mit der erstmaligen Aufnahme nicht hauptamtlich an der Universität lehrender Forscher aus dem eben gegründeten Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizinische Forschung, auch Chemie, Physik und Physiologie in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und der Klassischen Philologie, der Philosophie und der Deutschen Rechtsgeschichte in der Philosophisch-historischen Klasse. Der Theologischen und Juristischen Fakultät wurde jeweils eine zusätzliche Stelle zugestanden, womit ein Drittel der ordentlichen aktiven Mitglieder von diesen beiden Fakultäten gestellt werden konnte. Eine Sondererscheinung stellte dagegen der „Fall" Alfred Weber dar. A. Weber war bei der Gründung der Akademie nicht unter die Mitglieder berufen worden.[159] Erst nach dem Tode seines Bruders wurde er mit erheblicher Verzögerung (1922) unter die außerordentlichen Mitglieder gewählt, ehe er 1926 als Nachfolger E. Gotheins dessen Stelle als Nationalökonom einnehmen

[158] Vgl. unten 203.

[159] Daß A. Weber und auch M. Weber die Nichtberücksichtigung A. Webers sehr schmerzlich empfanden, wurde bereits oben erwähnt (Anm. 34; vgl. auch 123, Anm. 197).

konnte. Daß diese späte Berücksichtigung den Stolz A. Webers verletzte, ist wohl verständlich. Nach anfänglich reger Teilnahme an den Arbeiten (d.h. zu diesem Zeitpunkt ausschließlich den Sitzungen) der Akademie, zog er sich doch bald von jeder Betätigung in der Akademie zurück. Sein Austritt aus der Akademie ging in aller Stille vonstatten.[160]

Trotz der „Krise" in der Philosophisch-historischen Klasse durch die Austritte des Jahres 1917 waren die Wahlen von 1916 sehr bedeutsam. Waren für die Kooptation der Gelehrten in dieser Klasse auch traditionalistisch-humanistische Gesichtspunkte maßgebend, so bedeutete die Vergrößerung des Mitgliederpotentials insgesamt eine Erweiterung des Horizontes und letztlich auch eine Öffnung der Akademie. Die neuen Mitglieder relativierten den Einfluß der alten „Garde". Sie waren nicht belastet durch Vorgaben des Anfanges und konnten daher auch alte Gewohnheiten, die hier und dort sich wie Fesseln um die Aktionsfähigkeit der Akademie legten, ohne Hemmung abstreifen. Der geschlossene personelle Kreis der Anfangsjahre wurde 1916 endgültig aufgebrochen, der Charakter der Akademie begann sich zu wandeln. Daß eine Bereitschaft zum Wandel in vielen Bereichen deutlich wurde, wird an anderer Stelle zu zeigen sein; die Statutenänderungen des Jahres 1916 stehen auch hier an einem Anfang. Wenn der Akademie einige Gelehrte auch nur wenige Jahre aktiv angehörten, so hatte sie doch vor 1933 alle Stellen ihrer ordentlichen Mitglieder mit hervorragenden Gelehrten besetzt.

3.2. Die außerordentlichen Mitglieder.

Neben den ordentlichen Mitgliedern hatten die Statuten von 1909 als zweite Kategorie die außerordentlichen Mitglieder aufgeführt. Eigenart dieser Gruppe war, daß ihre Mitglieder ihren Wohnsitz in Baden haben mußten; als besonderes Recht wurde ihnen die „Stellung schriftlicher Anträge" und die „Einsendung von Arbeiten, die

[160] Ein Austrittsschreiben oder eine Reaktion der Akademie auf den Austritt **A.** Webers ist in den Akten der Akademie nicht überliefert. Eine Teilnahme **A.** Webers an Sitzungen der Akademie ist für das Wintersemester 1926/27 belegt (vgl. die Teilnahmelisten der Protokolle Sitz. Phil.-hist. Klasse, **HAW** 321/4). **A.** Weber ist letztmalig im Mitgliederverzeichnis mit Stand Mai 1927 aufgeführt (vgl. Jh. 1926/27, **XXV).**

ohne Begutachtung von seiten der anderen Mitglieder in die Sitzungsberichte der Akademie aufgenommen werden", zugestanden. Eine Bestätigung durch den Protektor war nicht vorgesehen.[161] Die Einsetzung dieser Mitgliederkategorie war bereits in den der Stiftungsurkunde angeschlossenen Verfassungsgrundzügen festgelegt worden.[162] Doch ging die endgültige Fassung der Statuten in der Definition des Charakters dieser Kategorie weit über die Grundzüge hinaus, indem sie die pauschale Feststellung, daß die außerordentlichen Mitglieder ohne Sitz und Stimme in der Akademie seien, modifizierte und wenigstens das Recht zur Stellung schriftlicher Anträge vorsah. Die Möglichkeit, eine Entscheidung der ordentlichen Mitglieder unmittelbar zu beeinflussen, bestand freilich nicht.

Der Hochschulreferent F. Böhm hatte in seinem Ministerialvortrag die Entscheidung der Akademie „mit besonderer Genugtuung" aufgenommen und zumindest in der Nutzung der Publikationsorgane der Akademie gleiche Rechte aller badischen Mitglieder konstatiert.[163] Tatsächlich bemühte sich auch die Akademie, besonders über den Publikationsbereich, das Interesse der außerordentlichen Mitglieder an der Akademie zu heben, indem sie ihnen explizit auch die Verantwortlichkeit für die von ihnen eingereichten Arbeiten und Anträge zusprach, was bedeutsam wurde, sobald sie auch fremde Arbeiten vorlegten und befürworteten.[164]

Die Kategorie der außerordentlichen Mitglieder hatte ihren Ursprung in dem Wunsch des Ministeriums, die Hochschulen in Freiburg und Karlsruhe in irgendeiner Weise teilhaben zu lassen an der Akademie und dieser dadurch auch eine „breitere persön-

[161] Vgl. die§§ 8 und 9 der Statuten, Jh. 1909/10, LXVI.

[162] Vgl. Jh. 1909/10, VI.

[163] Ministerialvortrag Nr. B 13400 vom 5. Nov. 1909 (GLA 235/3354, fol. 95v). Ursprünglich war den ao.M. nur das Recht zugedacht worden, „an den Festsitzungen teilzunehmen und ihre Abhandlungen ebenso wie die ordentlichen Mitglieder in den Berichten der Akademie veröffentlichen zu können" (Endemann an Böhm, 2. Mai 1909; GLA 52/XIV, NI. Böhm).

[164] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 13.Nov.1909 (HAW 221/1). Diese Übereinkunft wurde in der Sitz. Math.-nat. Klasse am 4. März 1916 noch einmal ausdrücklich in ihrem ganzen Ausmaß klargestellt (vgl. HAW 221/6). Bei der Bewilligung von Unterstützungen hatte die Math.-nat. Klasse anfangs allerdings noch Hemmungen, den Empfehlungen ihrer ao.M. ohne Prüfung zu folgen, so als traute man ihnen den rechten Einblick in die Gegebenheiten der Akademie nicht zu.

liehe Grundlage zu schaffen".[165] In der ersten Zusammenkunft, in der Windelband, Endemann und Koenigsberger über die Organisation berieten, hatten sie beschlossen, die Zahl der außerordentlichen Mitglieder ebenfalls auf zehn in jeder Klasse festzulegen. Als Kandidaten sollten vorzugsweise hervorragende Gelehrte der Hochschulen in Freiburg und Karlsruhe ausgewählt werden.[166] Die außerordentliche Mitgliedschaft sollte also die badische Klammer der Akademie sein.[167] Freilich hatten die Organisatoren selbst Probleme in der Beurteilung dieser Maßnahme, wenn es in einer Presseerklärung heißt: „In dieser Kategorie der ausserordentlichen Mitglieder, für die vielleicht ein bezeichnenderer Name wünschenswert gewesen wäre, kommt eine eigenartige Bestimmung der allgemeinen Direktiven zum Ausdruck ... Der badische Charakter, den die Akademie zugleich an sich tragen soll, tritt in der sonst bei keiner anderen Akademie vorkommenden Kategorie der »ausserordentlichen Mitglieder« zutage, die »in Baden ihren Wohnsitz« und dabei eine wesentlich andere Stellung und Berechtigung haben sollen, als die korrespondierenden Mitglieder und Ehrenmitglieder. Sie werden ein engeres Verhältnis und eine selbständigere Mitwirkung zu den Veröffentlichungen, zu den Sitzungen etc. der Akademie erhalten. Demgemäss finden wir unter diesen «ausserordentlichen« Mitgliedern nicht nur die grossen Namen der älteren, emeritierten Lehrer der Heidelberger Universität, sondern auch bedeutende Vertreter der Wissenschaft aus Freiburg und Karlsruhe."[168] Von einer Beschränkung der außerordentlichen Mitgliedschaft auf die außerhalb Heidelbergs wohnenden badischen Gelehrten war bei der ersten Auswahl dieser Mitglieder nicht mehr die Rede. Die Vermittlung des Eindrucks eines badi-

[165] Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juli 1909 (GLA 235/3354, fol. 12r).

[166] Endemann an Böhm, 2. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm). Vgl. auch Ministerialvortrag Böhms vom 25. Juli 1909 (GLA 235/3354, fol. 14v).

[167] Wie die Phrase von der „Angliederung" der Akademie an die Universität, so wurde auch die Betonung des badischen Charakters anfangs sehr ernst genommen, bes. von Außenstehenden. So sind Schreiben (auch von auswärtigen ao.M.) gelegentlich an eine „Großherzoglich Badische Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg" gerichtet (vgl. Internationales Comite zur Herausgabe jährlicher physikalisch-chemischer Tabellen an HeidAW, 22. Jan. 1910, HAW 251/2; vgl. J. Koenigsberger an HeidAW, 14. Nov. 1909, HAW 251/1).

[168] Pressemitteilung Windelbands, Ende Juni 1909 (HAW 011). Vgl. auch Karlsruher Zeitung No. 176 vom 1. Juli 1909 (GLA 235/3354, fol. 65).

sehen Charakters der Akademie war eben nur eine Seite. Bei der viel zu niedrigen Zahl der ordentlichen Mitglieder kam der zweiten Kategorie auch die Funktion eines Auffangbeckens für die Unzufriedenen zu, die als ordentliche Mitglieder keine Berücksichtigung hatten finden können.[169] Im ganzen blieb die Stellung der außerordentlichen Mitglieder unbestimmt, und es hing viel davon ab, wie die Betroffenen selbst das „Angebot" der Akademie aufnehmen würden.

Die Bezeichnung „außerordentliches Mitglied" assoziierte den Bezug zum ordentlichen Mitglied und war ausdrücklich unterschieden vom Status des korrespondierenden Mitgliedes, nahm also eine Mittelposition zwischen ordentlichen Mitgliedern und korrespondierenden Mitgliedern ein. Der Status des außerordentlichen Mitgliedes gehörte wohl zu den grundsätzlich möglichen Varianten, eine Akademiemitgliedschaft zu bezeichnen und zu differenzieren. In älterer Zeit hatte auch die Preußische Akademie der Wissenschaften außerordentliche Mitglieder gekannt.[170] Die Statuten der Bayerischen Akademie unterschieden 1779 außerordentliche Mitglieder als besondere Form der in den Wissenschaften ausgezeichneten Mitglieder;[171] in der Wahlordnung von 1809 waren als außerordentliche Mitglieder Gelehrte genannt, die zwar in München residierten, aber „wegen ihrer amtlichen Pflichten nicht in der Lage waren, an den Sitzungen und Verhandlungen der Akademie teilzunehmen, ihr aber ... wegen ihrer Gelehrsamkeit oder Geschicklichkeit sehr wesentliche Dienste leisten konnten."[172] Auch die bis 1923 gültigen Statuten von 1827 sahen noch die bescheidene Zahl von höchstens sechs außerordentlichen Mitgliedern vor, die ohne besondere Pflichten an den Sitzungen und Publikationen der Akademie teilhaben konnten.[173]

[169] Vgl. Ministerialvortrag Böhms vom 16. Juni 1909, No. B 7854 (GLA 235/3354, fol. 42r).

[170] Vgl. Deutsche Akademie der Wissenschaften. Biographischer Index, **XII.**

[171] Hammermayer, L., Geschichte der Bayerischen Akademie, Bd. 2, 377f.

[172] Stoermer, **M.,** Die Mitgliedschaft im Wandel der Zeiten, **XII.**

[173] Vgl.§ **VIII** der Statuten von 1827: ,,Zu Ehren- oder ausserordentlichen Mitgliedern werden solche ... Individuen gewählt, welche nach ihren Verhältnissen die Bedingungen zu ordentlichen Mitgliedern nicht erfüllen, aber sonst an Rang oder andere äussere Verhältnisse, verbunden mit wissenschaftlichen Kenntnissen und Liebe zu den Wissenschaften, zur Beförderung der Zwecke der Anstalt beytragen können" (Almanach 1909, 41). Die Praxis unterschied zwischen EM und ao.M., zumal o.M., welche ihren Wohnsitz in München aufgaben, in die

Eine außerordentliche Mitgliedschaft konnte also eine Bindung an die Akademie bedeuten, ohne dem Mitglied die mit einer ordentlichen Mitgliedschaft verbundenen Pflichten aufzubürden. Im Jahre 1909 war der Status des außerordentlichen Mitgliedes weitgehend außer Gebrauch gekommen. Bei der Sächsischen Akademie hatte sich noch eine merkwürdige Form der außerordentlichen Mitgliedschaft erhalten, die nur an in Leipzig wohnende Gelehrte vergeben werden konnte und erlosch, sobald der Betreffende Leipzig verließ.[174] Es handelte sich hier also um den einmaligen Fall einer zeitlich befristeten Mitgliedschaft.

Um der besonderen Absicht einer Heidelberger und zugleich badischen Akademie zu genügen, konnte man sich allerdings dieser alten Form bedienen. Die Freiburger und Karlsruher Gelehrten sollten enger an die Akademie gebunden werden, als dies normalerweise bei auswärtigen oder korrespondierenden Mitgliedern erwartet werden konnte. Zugleich konnte man ihnen unmöglich die Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes zumuten, die ausschließlich am Sitz der Akademie in Heidelberg erfüllt werden konnten. Ein zusätzliches Argument dürfte die Münchner Tradition, ordentliche Mitglieder nach ihrem Wegzug aus München unter die außerordentlichen einzureihen, gegeben haben. Die Gleichheit in wissenschaftlichem Rang und Ansehen mit den ordentlichen Mitgliedern wurde grundsätzlich durch die außerordentliche Mitgliedschaft betont. Eine Alternative wäre höchstens der Status eines auswärtigen ordentlichen Mitgliedes gewesen, der zeitweilig in unterschiedlicher Funktion auch in anderen Akademien bestanden hatte.[175]

Die Statutendiskussionen über die Definition des Status des außerordentlichen Mitgliedes zeigten, daß es der Akademie durchaus ernst zu sein schien um den Ausbau des badischen Charakters der Akademie, der sich in ihren außerordentlichen Mitgliedschaften ausprägen sollte. Der Statutenentwurf hatte in § 8 eine Beteiligung der außerordentlichen Mitglieder an den Wahlen der außerordentlichen Mitglieder gefordert. Gegen ein derartiges Wahlrecht

Reihe der ao.M. übertraten (§ IV, ebd. 39). In der Geschäftsordnung von 1829 wurden die ao.M. als eigene Kategorie aufgeführt. 1909 hatte die Bay**AW** noch insgesamt 12 ao.M. in drei Klassen (vgl. ebd. 128f., 136f., 139).

[174] Vgl. § 8 der Satzung der Sächsischen Akademie 1919, 2.

[175] Vgl. unten 207f.

hatte sich dann allerdings ein Gutachten der „Subkommission" der Statutenkommission ausgesprochen. Allenfalls sollte ein Vermittlungsvorschlag Bütschlis erwogen werden, nach dem die Wahlvorschläge zwar nur durch die ordentlichen Mitglieder abgegeben werden konnten, daß an der Wahl - die freilich nur noch auf Zustimmung oder Ablehnung hinauslief - neben den ordentlichen Mitgliedern aber auch die außerordentlichen Mitglieder beteiligt werden sollten.[176] Für eine weitergehende Befugniszuweisung an die außerordentlichen Mitglieder und damit eine Aufwertung ihres Status fand sich in der Akademie jedoch keine Mehrheit.

Offensichtlich wird dagegen, daß die Einbeziehung Heidelberger Gelehrter unter die außerordentlichen Mitglieder der ursprünglichen Intention dieser Kategorie widersprach. [177] Ihre Funktion als Notanker für die zahlreichen berechtigten Ansprüche auf einen Akademieplatz war offensichtlich. Dadurch mußte die außerordentliche Mitgliedschaft sowohl für Heidelberger als auch für Freiburger und Karlsruher Gelehrte entwertet werden, da ihr der Geruch der Ersatzmitgliedschaft anhaftete. Aus dieser erweiterten Funktionszuweisung ergab sich, daß in den Statuten die Höchstzahl der außerordentlichen Mitglieder mit 25 für jede Klasse[178] vergleichsweise hoch ausfiel.[179] Bei der ersten Massenernennung in der konstituierenden Sitzung am 25. Juni 1909 wurden in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse 16 und in der Philosophisch-historischen Klasse 20 Gelehrte ernannt.[180] Legt man die mit der Schaffung dieser Kategorie intendierten Absichten zugrunde, nämlich über die außerordentlichen Mitglieder die Hochschulen in Karlsruhe und Freiburg an die Akademie zu binden und ihr einen spezifisch badischen Charakter zu verleihen, so muß doch die Auswahl der Gelehrten verwundern, denn nur

[176] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 24. Juli 1909 **(HAW** 221/1).

[177] Freilich waren auch die ao.M. der BayA**W** fast ausschließlich in München wohnhaft (vgl. oben Anm. 173).

[178] Vgl. § 9 der Statuten, Jh. 1909/10, LXVI.

[179] Vgl. auch den Ministerialvortrag Böhms vom 5.Nov.1909, No. B 13400: „Diese Zahlen sind nach unserer ehrerbietigsten Ansicht etwas hoch; ein hinreichender Grund, sie zu beanstanden, dürfte aber nicht gegeben sein" (GLA 235/ 3354, fol. 96r).

[180] Vgl. oben 109f., 125f. Vgl. ebd. auch die Diskussion um Ernennung bzw. Wahl der ao.M. Zu den folgenden Ernennungen der ao.M. und den abermaligen Massenernennungen im Winter 1909 vgl. die Liste 2 im Anhang, 628.

jeweils zwei Gelehrte aus Karlsruhe und vier bzw. sechs aus Freiburg wurden hinzugezogen. Das wirkte eher als „Alibi" denn als konsequente Verwirklichung der selbst formulierten Ziele in Hinblick auf eine badische „Forschungsgemeinschaft" der Gelehrten. Die - zweckentfremdende - Motivation, diese Kategorie angesichts der strengen zahlenmäßigen und sachlichen Begrenzungen der ordentlichen Mitgliedschaft als Auffangbecken besonders für „interessierte" Heidelberger Gelehrte zu verwenden, tritt deutlich hervor. Hier konnten, besonders in der Philosophisch-historischen Klasse, auch die Disziplinen berücksichtigt werden, die bei der Frage der Akademiefähigkeit für den engeren Kreis der Akademie nicht akzeptiert wurden. Man unterschied also durchaus im engeren Sinne akademiefähige und nur im weiteren Sinne akademiefähige Disziplinen, die sich dann mit einer außerordentlichen Mitgliedschaft begnügen mußten. Mochte eine Fächervielfalt unter den außerordentlichen Mitgliedern den Anspruch der Akademie auf universelle Vertretung der Wissenschaften zur Geltung bringen,[181] so mußte gerade die Betonung einer unterschiedlichen Wertigkeit der Fächer für die Zwecke der Akademie auf energischen Widerspruch stoßen, besonders unter den Heidelberger Kollegen. Neben Fächern „zweiter Ordnung"[182] konnten hier besonders auch die Emeriti und angesehenen Nicht-Ordinarien ihren Platz finden. Dennoch war auch für die außerordentlichen Mitglieder der Numerus clausus so hoch, daß nicht alle vorgeschlagenen Gelehrten gewählt werden konnten.[183] Bereits Ende 1910 war die

[181] Die Wahlvorschläge für C. Neumann und H. Ranke unter die ao.M. begründete Windelband damit, daß dadurch zwei bisher in der Akademie nicht vertretene Fächer Berücksichtigung fänden (Antrag Windelbands vom 10. Mai 1913, HAW 311/ 1; im Falle H. Rankes spielte freilich auch die Dankbarkeit für seine Grabungstätigkeit für die Akademie eine Rolle). Der Neutestamentler J. Weiß formulierte seinen Dank an die Akademie ebenfalls in Hinblick auf den Fächerkanon als Anerkennung seines Faches als „ein unentbehrliches Glied im Organismus der historisch-philosophischen Wissenschaft" (J. Weiß an HeidAW, 13. Febr. 1911, HAW 115/PA Weiß und HAW 311/1).

[182] So die Formulierung in der Austrittserklärung A. Hettners, J. Hoops', C. und F. Neumanns vom 29. Jan. 1917 (HAW 311/1). Vgl. oben 188.

[183] In der Math.-nat Klasse wurden in den Anfangsjahren die Professoren J. Brühl (Heidelberg) und Th. Rehbock (Karlsruhe), in der Phil.-hist. Klasse die Professoren F. Fleiner (Heidelberg; von Troeltsch vorgeschlagen), A. Holder und J. Durm, der Erbauer der Heidelberger Universitätsbibliothek (beide Karlsruhe) nicht gewählt (vgl. HAW 211/1 und 311/1).

Höchstzahl von 25 außerordentlichen Mitgliedern in der Philosophisch-historischen Klasse erreicht, wodurch es nun auch in dieser Kategorie zu einem „Berufungsstau" kam.[184]

Die die Konstituierung der Akademie betreibende Kommission hatte mannigfache Schwierigkeiten bei der Auswahl und Ernennung der außerordentlichen Mitglieder vorausgesehen und hatte, obgleich dies in den Bestimmungen der vorläufigen Grundzüge der Statuten nicht vorgesehen war, die Ernennung auch der außerordentlichen Mitglieder in Analogie zu der der ordentlichen Mitglieder durch den Großherzog vorgeschlagen, um Empfindlichkeiten und Verstimmungen unter den außerordentlichen Mitgliedern zu mildern und zu vermeiden.[185] Durch die Weigerung des Großherzogs, einen satzungsmäßig nicht vorgesehenen Akt vorzunehmen, fiel die Entscheidung und damit auch der Zorn der Betroffenen voll auf die Akademie zurück.

Die Heidelberger Professoren waren sich der Zweitrangigkeit ihrer außerordentlichen Mitgliedschaft durchaus bewußt.[186] Man nahm diese Zurücksetzung aber einstweilen in Kauf in der Hoffnung, bei nächster Gelegenheit doch in den ersten Rang aufzurücken. Eine substantielle Auseinandersetzung mit dem Status des außerordentlichen Mitgliedes erfolgte wiederum durch Max Weber. Als Ansatz diente dabei nicht der badische Aspekt dieser Mitgliederkategorie, sondern der letztlich entscheidende der Einbindung einer größeren Zahl Heidelberger Gelehrter. Max Webers

[184] Vgl. den Hinweis Windelbands vom 12. Dez. 1910 zum Antrag Gotheins auf Zuwahl H. Finkes vom 11. Dez. 1910 (**HAW** 311/1). Auch die Wahlen des Geographen A. Hettner und des Neutestamentlers J. Weiß (beide durch Gothein und Schroeder vorgeschlagen) scheiterten im Sommer 1910 im ersten Durchgang wohl in Hinblick auf die zu wenigen verfügbaren Plätze, die bereits anderen zugedacht waren (vgl. ebd.). Bis zum Jahresende 1909 waren in der Math.-nat. Klasse infolge zweier Massenernennungen 23 der 25 Plätze besetzt, in der Phil.-hist. Klasse 20, wobei die verstorbenen Mitglieder Merx und Hausrath alsbald durch Oncken und Hoops „ersetzt" worden waren (vgl. die Mitgliederliste in Jh. 1909/10, LXXVf.).

[185] Ministerialvortrag Böhms an Ghz./Ghzl. Staatsministerium vom 19. Juni 1909 (B 7966), GLA 235/3354, fol. 47r-47v.

[186] Eine Ausnahme bildeten die beiden Emeriti E.l. Bekker und H. Rosenbusch, die sich über die Akademiegründung freuten als der Erfüllung eines alten Wunsches (vgl. ihre Dankschreiben an die Akademie vom Juni 1909 bzw. 27. Juni 1909, HAW 013). Beide hatten freilich auch keine über eine formelle Mitgliedschaft in der Akademie hinausgehenden Ambitionen, so daß sie die Wahl auch als hohe Ehrung empfinden konnten.

Kritik betraf so ein Grundproblem der Organisation der Akademie, das Verhältnis der außerordentlichen zu den ordentlichen Mitgliedern der Akademie. Für Weber bedeutete die unterschiedliche Zuordnung der Fächer und ihrer Vertreter zu verschiedenen Mitgliederkategorien eine willkürliche „Durchbrechung der Gleichstellung der verschiedenen Disziplinen". Als Lösung war für ihn nur eine Angleichung des Status des außerordentlichen Mitgliedes an den des ordentlichen denkbar. Nach dieser Auffassung müßten alle Mitglieder gleichberechtigt das Plenum der Akademie bilden, das als beschlußfassende Instanz allen Mitgliedern auch Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gestaltung und der Mittelvergabe gewähren würde. Den ordentlichen Mitgliedern, deren Zusammensetzung dann „vom Interesse der Einzeldisziplin" aus zweitrangig wäre, dürften als einem inneren Gremium ... ,,lediglich vorberatende und ausführende" Befugnisse zustehen. Die ordentliche Mitgliedschaft wäre so im Grunde zu einer bloßen Instanz der Wissenschaftsverwaltung degradiert, während das Plenum als Versammlungsort der Seminarvorstände der Universität sowie einiger besonders angesehener Gelehrter die Interessenvertretung aller Einzelwissenschaften zu übernehmen berufen sei. Der Zuschnitt auf die aktiven Fachvertreter kam auch in der Einschränkung der Befugnisse der Emeriti, die „höchstens beratende Stimme erhalten" sollten, deutlich zum Ausdruck.[187] Eine derartige Relativierung der ordentlichen Mitgliedschaft kam aber aus dem Selbstwertgefühl der zur ordentlichen Mitgliedschaft Berufenen, aber auch in Hinblick auf eine spätere Kooperation mit den anderen deutschen Akademien nicht in Frage. Es blieb dabei, daß sich die Akademie in erster Linie als Korporation ihrer ordentlichen Mitglieder begriff.

Es gab wohl außerordentliche Mitglieder, die die Möglichkeiten ihrer Mitgliedschaft nach Kräften auszunutzen versuchten. Es sei hier an das wissenschaftliche Engagement vor allem Hans von Schuberts und Karl Hampes erinnert, die mit ihren Unternehmungen den „historischen" Charakter der Akademie entscheidend mitprägten[188] und als unentbehrliche Gelehrte tatsächlich bei nächster Gelegenheit als ordentliche Mitglieder zugewählt wurden. Aber auch Max Weber und Carl Neumann suchten das wissenschaftliche Potential für ihre eigenen Fächer und wissenschaftlichen

[187] Vgl. **M.** Weber an Koenigsberger, 7. Aug. 1909 (ebd.).
[188] Vgl. dazu die Kapitel IV.2. und IV.3.

Interessen zu aktivieren. Dennoch setzte sich unter den Heidelberger Gelehrten diese positive Auffassung nicht durch: Es zeigte sich, daß das Gefühl der Zweitrangigkeit der außerordentlichen Mitgliedschaft bestehen blieb, ja daß man sie gar als Makel des eigenen Faches und der eigenen Person empfand. Zudem sah man bei der Verweigerung weitergehender Rechte für die außerordentlichen Mitglieder keinen Sinn in einem Verbleib in der Akademie.[189] Der Austritt von vier außerordentlichen Mitgliedern im Jahre 1917 markierte nur den Höhepunkt dieser negativen Beurteilung dieser Kategorie durch die Heidelberger Professoren. So war es nur eine natürliche Folge dieser allgemeinen Bewußtseinsbildung, daß die Akademie bald darauf verzichtete, Heidelberger Gelehrte zu außerordentlichen Mitgliedern der Akademie zu wählen.[190] Der Makel einer als zweitrangig empfundenen Akademiemitgliedschaft wurde ebenfalls im Laufe der 20er Jahre getilgt, indem nach und nach alle Heidelberger außerordentlichen Mitglieder zu ordentlichen Mitgliedern berufen wurden.[191]

Die Freiburger und Karlsruher Gelehrten sahen ihre Mitgliedschaft in der Akademie natürlich mit anderen Augen. Für sie war nach den offiziellen Verlautbarungen diese Mitgliederkategorie in erster Linie geschaffen worden. Während die Karlsruher Gelehrten ihre Berufung in die Akademie ohne Einschränkung begrüßten,[192] sah man in Freiburg die Akademiegründung als solche nicht ohne Sorge. Die Freiburger waren darüber „verstimmt, daß »eine Auswahl von ihnen nun heidelbergisch abgestempelt werde«".[193] Darin drückte sich die Furcht vor einer Spaltung der Freiburger

[189] Max Weber hatte in der außerordentlichen Mitgliedschaft nur Unannehmlichkeiten erblickt, auf die er leicht verzichten zu können glaubte, zumal ihm als Nichtmitglied die gleichen Möglichkeiten, einen Unterstützungsantrag zu stellen, gewährt seien. Vgl. **M.** Weber an Koenigsberger, 30. Juli 1909 **(HAW** 013).

[190] Zuletzt wurden 1924 Heidelberger Gelehrte zu ao.M. der Akademie gewählt. Vgl. die Mitgliederliste 2 im Anhang.

[191] Dieser Prozeß war 1927 mit der Wahl J. Willes abgeschlossen.

[192] Vgl. die Zuschriften von E.v. Sallwürk an die Akademie vom 19. Juli 1909 und 1. Dez. 1910, mit denen er für die Wahl dankte und die Möglichkeiten einer Mitarbeit absteckte (HAW 021/1 und HAW 311/1 bzw. HAW 143/1). Neben v. Sallwürk war es insbesondere Himstedt, der regelmäßig auf die Einladungen zu Akademiesitzungen reagierte. An der Eröffnungsfeier nahmen Engler, Lehmann, Obser sowie Krazer als Vertreter der Hochschule teil (HAW 013).

[193] Gothein an M.L. Gothein, 1. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 60). Zur Problematik vgl. auch unten 311.

Professorenschaft aus, vor allem aber auch eine gewisse Distanz zu dem Heidelberger Unternehmen. An der Eröffnungsfeier nahm immerhin ein Teil der berufenen Freiburger Gelehrten, an ihrer Spitze Eduard Schwartz, teil.[194] Von einer Identifikation mit der Akademie waren die Freiburger jedoch weit entfernt, auch wenn warmherzige Glückwunschschreiben aus Freiburg eintrafen.[195] Alle diese Schreiben machten aber deutlich, daß die Freiburger in der Akademie keine badische, sondern in erster Linie eine Heidelberger Institution sahen. Man versprach, die Entwicklung der Akademie mit Interesse zu verfolgen; doch es war nicht ihre wissenschaftliche Gesellschaft, der sie einen eigenen größeren Einsatz zu widmen gedachten. Friedrich Meinecke[196] erwähnt in seinen Erinnerungen die Akademie noch nicht einmal, obgleich er grundsätzlich von Sinn und Wert einer Akademie überzeugt war.[197] Die Wahl in die Preußische Akademie der Wissenschaften war für Meinecke auch ein Grund für die Annahme der Professur in Berlin. Die Idee der Einheit der Wissenschaften bedeutete auch ihm sehr viel, doch fühlte er sich andererseits nicht als „richtiger Akademiker", so daß er sich zeitweilig in der Akademie fremd fühlte und ihren Sit-

[194] Vgl. **HAW** 012. Siehe auch Gothein an M.L. Gothein, 3. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 62).

[195] Vgl. dazu insbes. das Schreiben v. Belows an die Akademie vom 28. Juni 1909: „Wie Heidelberg durch seinen alten Ruhm einen Anspruch auf eine Akademie hat, so wird diese neue Vereinigung der Forschung den alten Ruhm von neuem mehren. Alle Freunde der Wissenschaft werden die Begründung dieser Stätte der Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten und der Verständigung über große wissenschaftliche Aufgaben aufs lebhafteste begrüßen, und mit besonderem Anteil wird die badische Schwesteruniversität die Fortschritte der Arbeiten der Heidelberger Akademie verfolgen" **(HAW** 013). Vgl. auch die Schreiben A. Doves und F. Meineckes vom 28. Juni 1909, unten Anm. 202 und 197. Zu v. Below vgl.jetzt insbes. Oexle, O.G., Ein politischer Historiker: Georg von Below.

[196] Zu Meinecke vgl. Goetz, **W.,** Historiker in meiner Zeit, 329-350. Schulin, E., Friedrich Meinecke (1971). Ders., Friedrich Meinecke (1988). Baumann, U., Friedrich Meinecke. Klueting, H., Vernunftrepublikanismus. Zur Rezeption Meineckes vgl. Schulin, E., Friedrich Meineckes Stellung in der deutschen Geschichtswissenschaft.

[197] Vgl. etwa das Glückwunsch- und Dankschreiben Meineckes an die Akademie vom 28. Juni 1909: „... Wer irgend Bürgerrecht in der oberrheinischen Kulturprovinz gewonnen hat, kann nur mit Freude die Begründung einer neuen Stätte wissenschaftlicher Arbeit auf dem alten gesegneten Boden unseres Landes begrüßen" (HAW 013).

zungen fernblieb.[198] Für ihn und sein überfachliches Gespräch waren andere Formen der Zusammenkunft ebenso bedeutsam.[199] Das galt natürlich auch in Hinblick auf die Heidelberger Akademie, wobei die örtliche Trennung noch verstärkend hinzukam. Meinecke pflegte wohl Kontakte zu Heidelberger Kollegen und hatte einen Ruf an die Heidelberger Universität als Nachfolger E. Marcks' als durchaus verlockend empfunden.[200] Dennoch gibt es kein Zeugnis einer Teilhabe an den Arbeiten und am Wirken der Akademie.[201] Aber auch Gelehrte wie Alfred Dove, die sich der ,,großen humanistischen Bildungstradition" Heidelbergs verbunden fühlten,[202] äußerten sich nicht öffentlich über die Heidelberger Neugründung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen - F. Himstedt, W. Deecke, H. Finke oder die Altphilologen E. Schwartz und R. Reitzenstein - kam es selten zu intensiven Kontakten der Freiburger Mitglieder mit der Heidelberger Akademie. Die Zurückhaltung der auswärtigen außerordentlichen Mitglieder war nur zu verständlich in der Unsicherheit, wie diese Gründung zu bewerten sei. Und wenn sie nur den auch anderswo bestehenden wissenschaftlichen Gesellschaften von im wesentlichen rein lokaler Bedeutung glich, lohnte sich dann für einen Auswärtigen das Enga-

198 Vgl. Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 251.

199 Meinecke beschreibt eindringlich den Gewinn, den er aus den Akademiesitzungen zog (ebd. 252), aber auch ihr Schwanken zwischen „dem wissenschaftlichen Eros" und der „Intoleranz streitender Gelehrtencliquen" (ebd. 256). Seinen wichtigsten Gesprächspartner fand er außerhalb der Akademie in Ernst Troeltsch (vgl. ebd. 233ff., 255f.; zu den Beziehungen zwischen Meinecke und Troeltsch vgl. auch Bögeholz, H., Berliner Zeitgenossenschaft). Als Alternativen zur Akademie ergaben sich mehr oder minder lockere Zusammenschlüsse, wie Mittwochs-Gesellschaft, Graeca und Mittwoch-Abend (ebd. 238ff.; zur Mittwochs-Gesellschaft vgl. Besier, G. (Hg.), Die Mittwochs-Gesellschaft im Kaiserreich (zu Meineckes Mitgliedschaft ebd., 40ff.).

200 Meinecke, F., Autobiographische Schriften, 206f.

201 Auch von der ansonsten immer wieder genutzten Möglichkeit, in den Sitzungsberichten zu veröffentlichen, hat Meinecke nie Gebrauch gemacht.

202 Vgl. Dammann, 0., Alfred Dove und Heidelberg, 163. Vgl. dazu bes. auch das Schreiben Doves an die Akademie vom 28. Juni 1909, in dem er an Erinnerungen an seine Heidelberger Studienzeit anknüpfte. ,,Was mir damals als Ideal vorschwebte, die höchste Einheit aller produktiven Geistestätigkeit, davon wird Heidelberg nun in seiner neuen Akademie ein sichtbares Abbild sein eigen nennen; zu seinen altberühmten Vorzügen gewinnt es einen letzten, geistig vornehmsten! Wir alle rings in Baden begrüßen die neue Anstalt mit Zuversicht!" (HAW 013). Zu Dove vgl. Willemsen, C.A., Alfred Dove.

gement, wo man Ähnliches doch an der eigenen Hochschule haben konnte? Nicht nur die Ziele und Aufgaben der Akademie, ihr Selbstverständnis und ihre Stellung im Rahmen der etablierten wissenschaftlichen Vereinigungen war unklar, sondern auch die Richtung und Beständigkeit ihrer weiteren Entwicklung. Weiche Fragen und Motive auch immer diese Mitglieder bestimmten: Letztendlich handelte es sich hier i.d.R. um bloße nominelle Mitgliedschaften ohne innere Verbundenheit. Die Gelegenheit, an einer Sitzung teilzunehmen, um die Akademie besser kennenzulernen, nahm keines der auswärtigen außerordentlichen Mitglieder wahr. Im allgemeinen sah man in Heidelberg wohl eher den Konkurrenten in der Entwicklung einer eigenen Wissenschaftslandschaft.

Die Gründung der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft darf so auch als Antwort der Freiburger Hochschule auf die Akademiegründung gewertet werden. Auf der anderen Seite war es aber gerade die Verbindung Freiburger Gelehrter mit der Akademie, die an die Planung und Durchführung gemeinsamer, die Möglichkeiten der einzelnen Gesellschaft übersteigender Großprojekte denken ließ; gemeint sind die 1913/14 durchgeführten Grabungen in Ägypten unter Leitung des Heidelberger Professors Hermann Ranke. Von einer dauerhaften Annäherung beider Gesellschaften konnte indes nicht die Rede sein, zumal das Grabungsprojekt ein Opfer des Krieges wurde und Gleichwertiges nicht an seine Stelle trat.[203] Förderte die Akademie zunächst auch gewissenhaft wissenschaftliche Untersuchungen in Freiburg, so wandelte sie sich, vom Desinteresse der Freiburger gefördert, immer deutlicher zu einer reinen „Heidelberger Akademie der Wissenschaften".

Spätestens seit Beginn der 20er Jahre, die ja auch eine „Aussonderung" Heidelberger Gelehrter aus dieser Kategorie brachten, gewann die außerordentliche Mitgliedschaft den Charakter einer korrespondierenden Mitgliedschaft, wenn die Mitglieder nominell auch nach wie vor nur aus Baden stammen durften. Diese Regelung wurden 1920 auch auf einige Straßburger Gelehrte angewandt, die nach ihrer Vertreibung aus dem Elsaß eine Zuflucht in Heidelberg oder Baden gefunden hatten, unter ihnen der Historiker Harry Bresslau und der Nestor der Orientalisten Theodor Nöldeke.[204]

[203] Siehe dazu die Bemerkungen über die FWG unten Kap. IV.4.1.

[204] Zur Beziehung zur StrWG und zur Aufnahme Straßburger Gelehrter in Heide!-

So kehrten in den 20er Jahren die Verhältnisse ein, die bei den Vorüberlegungen der Akademiegründung für die außerordentliche Mitgliedschaft als typisch badische Mitgliederkategorie bestimmend gewesen waren, wenn auch mit ganz anderer Zielsetzung. Die Akademie jedenfalls konnte bei ihren Bemühungen um Unterstützung durch den badischen Staat gerade den Status der außerordentlichen Mitgliedschaft als Kennzeichnung der gesamtbadischen Bedeutung der Akademie hervorheben.[205] In der „Denkschrift" freilich wurde zur Demonstration des badischen Charakters der Akademie die Stellung dieser Mitglieder auch außerordentlich aufgewertet, indem die Abgrenzung zu den ordentlichen Mitgliedern verschwiegen, die gleichen Rechte, etwa in der Veröffentlichung von Abhandlungen, wovon sie auch Gebrauch machten, aber betont wurden.

3.3. Die auswärtigen Mitglieder

Auswärtige Mitglieder gab es um 1909 noch in allen Akademien, wenn auch sehr unterschiedlichen Charakters. Sie standen jedoch in der Regel in einer besonderen Beziehung zur Akademie. Die Preußische Akademie sprach ihren auswärtigen Mitgliedern alle grundlegenden Rechte der ordentlichen Mitglieder zu, so daß sie bei zeitweiliger Anwesenheit in Berlin gewissermaßen wie ein ordentliches Mitglied behandelt wurden. Erfüllten sie die mit der ordentlichen Mitgliedschaft verknüpften Bedingungen, d.h. nahmen sie ihren Wohnsitz in Berlin, so wurden sie automatisch unter die ordentlichen Mitglieder aufgenommen.[206] Es handelte sich bei den auswärtigen Mitgliedern im Grunde um verhinderte ordentliche Mitglieder. Der Unterschied wurde aufgehoben, sobald die Verhinderung hinfällig wurde.

Die Verbindung des auswärtigen mit dem ordentlichen Mitglied, das sogenannte auswärtige ordentliche Mitglied war in den Münchner Statuten von 1827 nicht mehr vorgesehen.[207] Die den-

berg siehe unten Kap. IV.4.2. Zu Nöldeke vgl. den Nachruf in Jh. 1930/31, **XXIII-XXV.**

[205] Vgl. den Bericht über die Verhandlungen mit dem **BMKU** und **BMF** am 7. Jan. 1925 vom 16. Jan. 1925 **(HAW** 030/1).

[206] Vgl. § 20 der Statuten der Preußischen Akademie 1881, l lf.

[207] Vgl. § 4 der Statuten von 1827 (Almanach 1909, 39).

noch weiterbestehende Kategorie der auswärtigen Mitglieder, die oftmals ehemals in München ansässige Akademiemitglieder aufnahm, unterschied sich nicht grundsätzlich von der Kategorie des korrespondierenden Mitgliedes.[208] In Göttingen waren die auswärtigen Mitglieder zum einen ehemalige ordentliche Mitglieder, die aus Göttingen verzogen waren, wobei sie aber die wesentlichen Rechte der ordentlichen Mitglieder behielten. Daneben konnten wie in Berlin auswärtige Mitglieder mit den Rechten eines ordentlichen Mitgliedes gewählt werden.[209] Demgegenüber war der Status des auswärtigen Mitgliedes der Heidelberger Akademie sehr viel bescheidener ausgestattet. Er umfaßte alle Mitglieder, die nicht unter die Kategorien der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder, mit Ausnahme der Ehrenmitglieder, fielen. Sahen die Statuten[210] auch Wahlen zu auswärtigen Mitgliedern vor, so bildeten in der Praxis diese Kategorie bis 1938 [!] doch nur ehemalige ordentliche und außerordentliche Mitglieder, nachdem sie Baden verlassen hatten. Unter diesem Aspekt blieb die Heidelberger Akademie für drei Jahrzehnte eine ausgesprochen provinzielle, rein badische Akademie. Die Praxis entsprach jedoch nicht der ursprünglichen Intention. Bemerkenswert ist die sehr hohe Zahl von 50 Stellen, die für auswärtige Mitglieder in jeder Klasse vorhergesehen war. Wenig effizient erscheint die Bestimmung, die den auswärtigen Mitgliedern zwar das Recht einräumt, die - seltenen - Vorträge der Gesamtsitzungen, zu denen sie von weither extra anreisen müßten, zu hören, über eine Teilhabe an den Publikationsmöglichkeiten und Forschungen der Akademie, durch die auswärtige Mitglieder am ehesten für die Akademie zu interessieren wären, sich aber ausschweigt. Die mangelhaften Angaben in den Statuten über die Funktion der auswärtigen Mitgliedschaft bezeugen eine gewisse Unsicherheit über die hinter der Einrich-

[208] Die GO von 1829 führte abweichend von den Statuten die Kategorie der ausw.M. im Zusammenhang mit den k.M. auf, ohne die Funktion näher zu erläutern. Vgl. Almanach 1909, 55. Im Mitgliederverzeichnis von 1909 sind k.M. und ausw.M. zu einer Großgruppe zusammengefaßt; vgl. ebd. 140fT.

[209] Vgl.§ 12 der Statuten der Göttinger Akademie (Satzungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen 1893, 7). Die später eingeführte Bezeichnung des auswärtigen ordentlichen Mitgliedes trug dieser Praxis Rechnung; erstmals in: Nachrichten von der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Jahresbericht 1938/39, 91, 92.

[210] Vgl. §§ 10 und 16-17 der Statuten, Jh. 1909/10, LXVIf.

tung dieser Kategorie stehenden Absichten und deren Verständnis. Tatsächlich dürfte darin ein Versuch gesehen werden, Elemente der traditionellen auswärtigen Mitgliedschaft mit denen des korrespondierenden Mitgliedes zu verbinden.

In den ersten Konzepten zur Organisation war eine auswärtige Mitgliedschaft nicht vorgesehen gewesen. Auch die Grundzüge der Verfassung sprachen nur von korrespondierenden Mitgliedern.[2][11] Der Auffassungswandel setzte im Verlauf der Statutendiskussion ein.[212] Auf Anfrage des Ministeriums führte die Akademie an, daß sie es „für zweckmäßig [hielt], die Bezeichnung »correspondierende Mitglieder« durch »auswärtige Mitglieder« zu ersetzen, weil wir, abweichend von anderen Akademien, in Baden selbst zwei Kategorien von Mitgliedern ... haben, und durch die Bezeichnung »auswärtige« ausdrücklich solche charakterisieren wollten, welche ihren Wohnsitz nicht in Baden haben."[213] Das betraf zunächst nur die Begründung der zweiten Kategorie der badischen Gelehrten, die man ausdrücklich von nichtbadischen Gelehrten unterschieden wissen wollte. Korrespondierenden Charakter hatte aber bereits die außerordentliche Mitgliedschaft der badischen Gelehrten, deren Beziehung zur Akademie ausdrücklich in ihrer Beteiligung an den Publikationen der Akademie gesehen wurde. Für die auswärtigen Mitglieder schien sich daher diese Mitwirkungsmöglichkeit an den Arbeiten der Akademie auszuschließen. Die Akademie sah aber auch einen Unterschied zwischen auswärtigen und korrespondierenden Mitgliedern, war aber selbst überfordert, für die nichtbadischen Gelehrten diese Unterscheidung zu treffen. ,,Um den beständigen und oft recht schwierigen Abwägungen und der Werthschätzung der wissenschaftlichen Leistungen solcher Gelehrter überhoben zu sein, die jedenfalls durch ihre wissenschaftliche Bedeutung berechtigt sind, unserer Akademie anzugehören", plädierte man für nur eine Kategorie auswärtiger Mit-

[211] Vgl. Jh. 1909/10, **V.**

[212] Vgl. Prot. Kommissionssitz. vom 12. Juli 1909 **(HAW** 143/1).

[213] Vgl. hierzu und zum folgenden die Stellungnahmen der Akademie auf die Anfrage des Ministeriums vom 9. Aug. 1909 und 16. Aug. 1909 an das Ghzl. Ministerium bzw. vom 24. Okt. 1909 an das **BMKU** (GLA 235/3354, fol. 86 bzw. 90r). Das Ministerium schloß sich den Erwägungen der Akademie an, daß die Bezeichnung „auswärtiges" Mitglied die Situation und Absicht besser treffe (vgl. Ministerialvortrag Böhms vom 5. Nov. 1909, Nr. B 13400; ebd. fol. 94v-95r).

lieder und wählte dafür die Bezeichnung der nach dem Vorbild der anderen Akademien offensichtlich angeseheneren Form der Mitgliedschaft. Dort waren die auswärtigen Mitglieder oft Gelehrte, die man sich als ordentliche Mitglieder der eigenen Korporation vorstellen und wünschen konnte; dagegen stellte die korrespondierende Mitgliedschaft eine Ehrung minderer Qualität für Gelehrte von etwas „weniger hervorragender Bedeutung" dar. Die Akademie setzte damit hohe Ansprüche. Vielleicht war dies ein Grund, der sie immer wieder zögern ließ, von der Möglichkeit der Wahl auswärtiger Mitglieder Gebrauch zu machen.

In ihrer ersten Klassensitzung beschloß die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, nicht vor Ablauf eines Akademiejahres, also frühestens im Sommer 1910 Wahlen zu auswärtigen Mitgliedern vorzunehmen.[214] Anfang 1910 zog man eine Massenernennung auswärtiger Mitglieder, „wenn möglich von beiden Klassen zugleich," für die Festsitzung des Jahres 1911 in Erwägung;[215] eine Ernennung wurde dann aber doch um ein Jahr2[16] und schließlich mit Beschluß vom 9. Dezember 1911 abermals „auf mindestens ein Jahr" verschoben[217] In ihrer Klassensitzung am 9. November 1912 beschloß die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, noch im gleichen Semester „etwa 30 auswärtige Mitglieder" zu wählen, wobei jedes ordentliche Mitglied der Klasse zwei oder drei Gelehrte vorschlagen sollte.[218] Die Klasse hatte sich damit also von dem Vorsatz eines gemeinsamen Vorgehens bei der Ernennung auswärtiger Mitglieder gelöst. Einer derartigen Massenernennung haftete zwar etwas Unseriöses an, wollte man aber die Gleichrangigkeit mit anderen Akademien auch in diesem Bereich herstellen, mußte man eine forcierte Ernennungspraxis für den Anfang wohl in Kauf nehmen. In Vorschlag gebracht wurden:

durch Ph. Lenard die Physiker	W. Wien (Würzburg),
	M. Planck (Berlin),
	H. Rubens (Berlin),

[214] Beschlußprot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 30. Okt. 1909 (HAW 110/1 und HAW 221/1).
[215] Prot. Ges.sitz. vom 5. Febr. 1910 (HAW 143/1; vgl. auch HAW 110/1).
[216] Prot. Ges.sitz. vom 3. Nov. 1910 (HAW 143/1 und HAW 110/1).
[217] Prot. Ges.sitz. vom 9. Dez. 1911 (ebd.).
[218] Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 9. Nov. 1912 (HAW 221/3; vgl. auch HAW 211/1 und HAW 110/1).

durch M. Wolf die Astronomen	A. v. Auwers (Berlin),
	H. Bruns (Leipzig),
	H. v. Seeliger (München),
durch A. Kossel und F. Niss! die Mediziner	P. Ehrlich (Frankfurt),
	E. Hering (Leipzig),
	F. Marchand (Leipzig),
	Fr. v. Müller (München),
	C. v. Hess (München),
durch F. Nissl der Psychiater	E. Kraepelin (München),
durch Th. Curtius die Chemiker	**A.** v. Baeyer (München),
	E. Fischer (Berlin; auch von **A.** Kossel vorgeschlagen).[219]

Keine Vorschläge gingen von 0. Bütschli, **M.** Fürbringer, G. Klebs, L. Koenigsberger und E.A. Wülfing ein. Die vorgeschlagenen „Kandidaten" gehörten ohne Ausnahme zu den bedeutendsten Vertretern ihrer Disziplinen und hätten der Akademie als ihre ersten 14 auswärtigen Mitglieder gut zu Gesicht gestanden und ihr Renommee erhöht. Die Wahlen waren für Januar oder Februar 1913 vorgesehen.[220] Dazu kam es jedoch nicht. Die Philosophisch-historische Klasse hatte in ihrer Sitzung am 14. Dezember 1912 beschlossen, ,,bis auf weiteres keine auswärtigen Mitglieder zu ernennen".[221] Dieser Bericht war eindeutig gegen das Vorgehen der Schwesterklasse gerichtet. ,,Die Meinung dagegen war so entschieden, dass sie selbst das Bedauern über ein verschiedenes Vorgehen beider Klassen überwog, das bisher durch die Aussprache in den gemeinsamen Sitzungen vermieden worden war."[222] Trotz des Befremdens der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse über die Reaktion der anderen Klasse[223] beugte sie sich dem Druck der Philosophisch-historischen Klasse und beschloß, die Wahlen auswärtiger Mitglieder „auf unbestimmte Zeit" zu vertagen.[224]

[219] Die Vorschläge gingen zwischen dem 8. Dez. 1912 und 2. Jan. 1913 ein. Vgl. HAW 211/1.

[220] Koenigsberger an Windelband, 20. Dez. 1912 (HAW 110/1).

[221] Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 14. Dez. 1912 (HAW 321/2; vgl. auch HAW 110/1).

[222] Vgl. Windelband an Koenigsberger, 20. Dez. 1912 **(HAW** 110/1 und **HAW** 311/1).

[223] Koenigsberger an Windelband, 20. Dez. 1912 (ebd.).

[224] Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 11. Jan. 1913 **(HAW** 221/4 und 110/1).

Damit war diese Angelegenheit für die nächsten Jahre kein Verhandlungsthema mehr.

Noch einmal wurde die Frage der Zuwahl auswärtiger Mitglieder, wiederum in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, durch Otto Bütschli zu Beginn des Jahres 1918 aufgegriffen. Bemerkenswert war die ganz neue Begründung, um die Wahl auswärtiger Mitglieder zu motivieren. Bütschli ging davon aus, daß ihre Ernennung nach einem bestimmten „Prinzip" erfolgen sollte, „d.h. daß man sich zunächst darüber einigen müßte, welche Art der um die Wissenschaft besonders verdienten Gelehrten man mit dieser Auszeichnung bedenken wollte; denn darüber bestand ziemliche Einigkeit, daß man nicht, wie bei größeren Akademien üblich, allein die Größe der wissenschaftlichen Leistungen als entscheidend betrachten könne und demgemäß im allgemeinen die auch schon von den anderen Akademien ausgezeichneten Gelehrten zu auswärtigen Mitgliedern unserer Akademie erwählen sollte." Bütschli glaubte das richtige Prinzip in den Elementen gefunden zu haben, die den badischen Charakter der Akademie betonten. Er forderte daher, nur solche „besonders verdiente Gelehrte" zu auswärtigen Mitgliedern zu ernennen, „die geborene Badener sind u[nd] ihren Wirkungskreis außerhalb Badens gefunden haben. Hätten diese Gelehrten ihren Wohnsitz in Baden, so wären [sie] höchstwahrscheinlich schon außerordentliche Mitglieder unserer Akademie."[225] Die Berechtigung seiner Anregung sah er in der Analogie zu dem bestehenden Tatbestand, daß sämtliche auswärtige Mitglieder zuvor ja auch an badischen Hochschulen „gewirkt" hätten. Der internationale wissenschaftliche Ruf des Gelehrten spielte bei diesem Prinzip nur eine untergeordnete Bedeutung: Die wirklich bedeutenden Gelehrten konnte man also getrost den anderen Akademien überlassen. Der Vorschlag Bütschlis, so sehr er auch beabsichtigen mochte, einen Kompromiß in der verfahrenen Frage der Wahl auswärtiger Mitglieder anzubieten, war letztlich doch nur geeignet, den badisch-provinziellen Charakter der

[225] Vgl. den Antrag Bütschlis zur Sitz. Math.-nat. Klasse vom 19. Jan. 1918 **(HAW** 221/8). Vorgeschlagen waren von Bütschli die Zoologen Hugo Eisig (ehemaliger Prof. an der zoologischen Station in Neapel) und Fritz Blochmann (Ordinarius in Tübingen; vgl. **NDB 2,** 1955, 309; als „Ersatz" für die gescheiterte Wahl zum ausw.M. wurde Blochmann 1918 zum EM des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins gewählt (vgl. Häberle, D., Der Naturhistorisch-Medizinische Verein 1907-1913, 225).

Akademie auch in diesem Bereich zu verfestigen. Der Antrag wurde nach eingehender Diskussion in der Klasse zurückgezogen.[226] Ein letztes Mal wurde „die Frage der Ernennung auswärtiger Mitglieder im Sommer 1923 ergebnislos verhandelt.[227]

Es muß schon befremden, wenn eine satzungsmäßig gebotene Mitgliederkategorie nicht nur nicht ausgeschöpft, sondern gar nicht aktiviert wurde. Die Heidelberger Akademie hat nie auswärtige Mitglieder gewählt. Die Gewohnheit wurde schließlich als Reglement empfunden.[228] Es ist offensichtlich, daß die Akademie eine „Verwechslung" mit korrespondierenden Mitgliedern vermeiden wollte, denn faktisch hätte jede Wahl eines auswärtigen Gelehrten zum Mitglied der Akademie den Charakter einer korrespondierenden Mitgliedschaft gewonnen. Das sehr eng gefaßte Vorbild der Berliner und wohl besonders der Göttinger Akademie dürfte die Haltung der Heidelberger Akademie bestimmt haben, in der auswärtigen Mitgliedschaft eine engere Bindung dieser Mitglieder an die Akademie zum Ausdruck zu bringen. Das blieb freilich Illusion. Vonseiten der Akademie bemühte man sich wohl, der Beziehung einen festen Anker zu geben, indem die Sitzungsberichte beider Klassen generell an alle ehemaligen ordentlichen Mitglieder, die als auswärtige geführt wurden, weiter geliefert wurden.[229] Dagegen behandelte man die Möglichkeiten dieser Mitglieder, sich an den Arbeiten der Akademie zu beteiligen, sehr restriktiv. Die Regel, daß von auswärtigen Mitgliedern eingereichte Arbeiten von den ordentlichen Mitgliedern der Akademie vorgelegt werden mußten,[230] konnte auch als Zurücksetzung, als Zwei-

[226] Vgl. Prot. Sitz, Math.-nat. Klasse vm 19 Jan. 1918 **(HAW** 221/8).

[227] Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 16. Juni 1923: ,,Frage der Ernennung auswärtiger **Mit**glieder soll in Fluss gebracht werden, zunächst in den einzelnen Sektionen" **(HAW** 143/3); vgl. auch Einladung zur Sitz. Phil.-hist. Klasse am 7. Juli 1923 vom 25. Juni 1923 **(HA W** 321/4) und Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 14. Juli 1923 **(HA W** 222/3). Die Phil.-hist. Klasse, die diesmal die Frage aufgegriffen hatte, stellte sie jedoch auch weiterhin zurück. ,,Dahin geht auch die Ansicht der math[emathisch]-naturw[issenschaftlichen] Klasse" **(HA W** 222/3).

[228] Vgl. die Mitteilung der Akademie auf eine Anfrage des amerikanischen Chemikers B. Skiar vom 27. Febr. 1932 (HAW 110/1).

[229] Vgl. Randbemerkung zum Beschluß der Math.-nat. Klasse auf die Anfrage E. Troeltschs (Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 15. Mai 1915, HAW 221/5 und 110/1).

[230] Vgl. Beschlüsse der Math.-nat. Klasse in der Sitz. am 30. Okt. 1909 (HAW 221/1 und 110/1).

fel an ihrer wissenschaftlichen Qualifikation empfunden werden. Eine Beteiligung der auswärtigen Mitglieder an den Arbeiten der Akademie, blieb eine seltene Ausnahme. Nach ihrem Wegzug aus Baden blieb es bei einer nur noch nominellen, also nicht einmal mehr korrespondierenden Mitgliedschaft. Die Einrichtung der Kategorie des auswärtigen Mitgliedes hatte sich für die Heidelberger Akademie nicht bewährt; auf sie bei der Satzungs-"Revision" 1939 zu verzichten, hat die Akademie keine Überwindung gekostet.

3.4. Ehrenmitglieder.

Zu Ehrenmitgliedern konnten seitens der Akademie „hervorragende Gelehrte oder solche Personen ernannt werden, die sich um die Akademie besondere Verdienste erworben haben... Die Zahl der Ehrenmitglieder ist nicht beschränkt"[231] Die Ehrenmitglieder waren jeweils der Gesamtakademie und nicht einer der Klassen zugeordnet.[232] Von zwei Fällen abgesehen, in denen eine Ernennung hochangesehener Gelehrter zu Ehrenmitgliedern erwogen wurde,[233] war das Motiv der Ernennung zum Ehrenmitglied das spezifische Verdienst, das sich der Betroffene um die Akademie erworben hatte. Die Ehrenmitglieder kamen aus dem Bereich der Wirtschaft und Administration und nicht aus den Fürstenhäusern, wie dies vor 1918 in anderen Akademien häufig geübte Praxis war.[234] Verdienste „um Staat und Volk"[235] spielten

[231] Vgl. § 18 der Statuten Jh. 1909/10, LXVII.

[232] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 14. Juli 1923: „Ehrenmitglieder sind bisher von der Gesamtakademie ernannt worden, nicht von den Klassen für sich. Auch dieser Brauch soll beibehalten werden" **(HAW** 222/3).

[233] Es handelt sich hier um den Orientalisten Th. Nöldeke (1922) und den Romanisten E.R. Curtius (1949). In beiden Fällen sah man gerade wegen des wissenschaftlichen „Verdienstes" von einer Ernennung zum Ehrenmitglied ab, da dieses sich besser durch andere Formen der Mitgliedschaft ausdrücken ließ. Vgl. dazu **HAW** 1120.

[234] Vgl. die Liste der EM der Wiener Akademie bei Meister, R., Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, 258. Die Wiener Akademie kannte freilich auch den Klassen zugeordnete EM, wobei die Unterscheidung zum k.M. wohl nur in einer Abstufung des internationalen Ruhmes der Geehrten bestand (vgl. ebd. 262f. und 273ff.). EM waren nicht selten bereits zuvor k.M. gewesen. Die Liste der Leipziger EM vgl. in: Berichte und Verhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft. Phil.-hist. Klasse, Bd. 32 (1910), IV. Für die Bayerische Akademie vgl. Almanach 1909, 126. Für die Berliner Akademie

bei der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft keine Rolle, wohl aber allgemeinere um die Wissenschaft.

Von den sieben vor 1933 erfolgten Ernennungen zu Ehrenmitgliedern standen vier in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gründung und Stiftung der Akademie, nämlich die des Stifters Karl Lanz (1909) und seiner Mutter Julia Lanz (1919),[236] und die der zwei wichtigen Verhandlungsträger Friedrich Endemann (1909) und Viktor Salvator Prinz von Isenburg (1917).[237] Die Ehrung für Anna Toebelmann (1919) erfolgte für eine bedeutsame Zustiftung zur Akademie, die Fritz-Toebelmann-Stiftung von 1915.[238] Die Wahl zweier Frauen zu Ehrenmitgliedern war wohl ungewöhnlich, aber nicht singulär.[239]

In der Zeit der Weimarer Republik verlieh die Akademie nur zwei Ehrenmitgliedschaften an den Leiter der Hochschulabteilung im Ministerium für Kultus und Unterricht des Landes Baden Victor Schwoerer (1924), der sich als unermüdlicher Förderer der Belange der Akademie erwies,[240] und an Friedrich Schmidt-Ott (1930), den „Begründer" und Präsidenten der Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft.[241]

lag die Situation aufgrund der Formulierung der einer Ehrenmitgliedschaft zugrundeliegenden Bedingungen - örtliche Gelehrte und durch wissenschaftliches Interesse zur Förderung der Bestrebungen der Akademie geeignete Personen -, die diese nicht zu einem bloßen Ehrenrecht stilisierte, etwas anders. Vgl.§ 21 der Statuten von 1881, 12. Zur Mitgliederliste vgl. etwa SB PreuAW, Jg. 1910, l. Halbbd., III.

235 So etwa in§ 6 der Statuten der Wiener Akademie der Wissenschaften von 1922; vgl. Meister, R., Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, 238.

236 Vgl. dazu oben 88.

237 Vgl. dazu oben 85, 125..

238 Vgl. unten Kap. 111.5.2.2.

239 EM der PreuAW war u.a. Frau Elise Wentzel (1900); vgl. SB PreuA**W,** Jg. 1910, l. Halbbd., III. Dagegen waren und sind andere Mitgliederkategorien Frauen sehr viel schwerer zu öffnen. Die HeidA**W** zählt bislang (Stand 1992) nur zwei Frauen zu ihren o.M. **(M.** Becke, 1977 und Ch. Nüsslein-Volhard, 1989) sowie vier Frauen zu ihren k.M. (M. Goeppert-Mayer, 1950, E. Simon, 1978, A. Wlosok, 1985 und **M.D.** Haust, 1989). Vgl. Wennemuth, U., Mitgliederverzeichnis.

240 Zu Schwoerer vgl. **HAW** 1121/l. Zur Person vgl. die in Anm. 133 genannte Literatur.

241 Schmidt-Ott wurde bis Ende der 30er Jahre EM aller deutschen Akademien: Berlin 1914, Göttingen 1919, Heidelberg 1930, Leipzig 1930, Halle (Leopoldina) 1933 und zuletzt Wien 1939. Zu Schmidt-Ott vgl. **HAW** 1121/1. Zur Person vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes. Treue, **W.,** Friedrich Schmidt-Ott.

4. Die öffentliche und rechtliche Stellung der Akademie.

Die öffentliche und rechtliche Stellung der Akademie bestimmte sich aus ihrem Charakter als privater Stiftung, ferner aus ihrem Verhältnis zu ihrem fürstlichen Protektor und dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Schließlich mußte der Status der Akademie auch in Bezug auf die Heidelberger Universität definiert werden.

4.1. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften als „staatlich anerkannte Landesstiftung".

Es war die Absicht des Industriellen Karl Lanz gewesen, mit der Summe von einer Million Mark eine „rechtsfähige Stiftung" unter dem Namen „Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Stiftung Heinrich Lanz" zu begründen.[242] Die Statuten vermochten dagegen keine weitere Aufklärung über den Status der Akademie zu geben.

Bei den zeitgenössischen Kommentatoren der Akademiegründung fällt die Betonung des privatrechtlichen Charakters der Stiftung auf. So gewann die Stiftung über den lokalen Rahmen hinaus grundsätzliche Bedeutung unter dem Aspekt bürgerlichen Mäzenatentums für Wissenschaft und Kunst. „Man hat wohl oft die Verwunderung darüber aussprechen hören, daß auch nachdem Deutschland angefangen hat, wohllebend zu werden und größere Vermögen anzusammeln, so selten das amerikanische Beispiel erheblicher Stiftungen für Zwecke des geistigen Lebens bei uns Nachahmung finde." Dieses Vorbild hatte nun in der Lanzschen Stiftung einen Nachfolger gefunden, das frühere Stiftungen für die Universität in seinen Dimensionen weit übertraf. Das Neue und Außerordentliche der Stiftung drang daher auch in das allgemeine Bewußtsein. „Es ist nicht nur das erste Mal, daß in Europa eine Akademie der Wissenschaften aus privaten Mitteln begründet wird, es ist auch das erste Mal, daß bei uns in Deutschland aus kapitalistischen Kreisen eine so hohe Summe für rein wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt wird."[243] Die Signalwirkung

[242] Vgl. die Stiftungsurkunde der Akademie **(HAW** 011 und Jh. 1909/10, III).

[243] Pressemitteilung der Akademie (als Verfasser ist das „Dreierkollegium" zu nennen, wobei Windelband federführend tätig war) in der Karlsruher Zeitung No. 161 vom 16. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 35r). Diese Mitteilung ist im

dieser Stiftung für andere Stiftungen „aus kapitalistischen Kreisen" darf freilich nicht überschätzt werden, gehörte doch entgegen dieser Pressenotiz Mäzenatentum für Wissenschaft und Kunst zu den Grundpfeilern der Wissenschaftspolitik der Wilhelminischen Epoche.[244] Dennoch wurde zu Recht das Einmalige der Lanzschen Stiftung hervorgehoben. Und in der Euphorie der Eröffnungsfeierlichkeiten konnten allegorische Verknüpfungen des industriellen Mäzens mit den Musen entstehen. „Reichtum befruchtet die Wissenschaft. Gold wandelt sich in Geist, und die aufgestapelte Energie industrieller Arbeit wird erhalten und fortgepflanzt in der Kraft des interesselosen Strebens." Als bemerkenswertes Faktum ergab sich daraus die „erhebende" und „ruhmwürdige" Tat des „Mäcens aus bürgerlichen kommerziellen Kreisen", der „ein Institut mit rein wissenschaftlichen Zwecken [begründete] und ... es der nachbarlichen Hochschule als autonome Stiftung" angliederte.[245]

Der Willensakt des Mäzens vermochte allerdings die Stiftung nur rein „rechtsgeschäftlich" zu begründen. Um als „rechtsfähige Stiftung" zu gelten, bedurfte die „Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Stiftung Heinrich Lanz" der staatlichen Genehmigung „gemäß des Stiftungsgesetzes vom 5. Mai 1870 § 1 und der landesherrlichen Verordnung vom 17. Juni 1901 § 3."[246] Die staatliche Genehmigung und damit die Anerkennung als rechtsfähige Institution erfolgte mit Allerhöchster Staats-inisterial-Entschließung vom 3. Juli 1909.[247] Als „staatlich anerkannte weltliche Landesstiftung" besaß die Akademie juristische Persönlichkeit.[248] Die

Wortlaut auch in anderen badischen Zeitungen erschienen (vgl. dazu oben 113). Etwas zurückhaltender äußerte sich Ministerialrat Böhm in seinem Vortrag vom 29. Juni 1909, in dem er aber auch unterstrich, daß „in Deutschland die Fälle noch selten [seien], daß Männer, die in Industrie und Handel Vermögen erworben haben, für Zwecke der reinen Wissenschaft große Summen opfern. Umso höher dürfte das Verdienst des Stifters zu schätzen sein." (GLA 235/3354, fol. 63v).

244 Vgl. oben 49ff.

245 Aus dem Feuilleton im Abendblatt der Frankfurter Zeitung vom 5. Juli 1909 (Eröffnungsfeier, 5f.).

246 Endemann an Ghzl. badisches Staatsministerium, 23. Mai 1909 (GLA 235/3354, fol. 16r).

247 Staatsministerial-Entschließung No. 479, Karlsruhe, 4. Juni 1909, veröffentlicht im Staatsanzeiger vom 20. Juli 1909 Nr. **XXVI,** 252f. mit Datum 2. Juli 1909 (GLA 235/3354, fol. 33r).

248 Vgl. Erlaß (Beurkundung) des BMKU vom 28. Febr. 1921, Nr. **A** 3819 (ebd., fol. 319).

im Stiftungsgesetz und der landesherrlichen Verordnung vom 17. Juni 1901 über den Vollzug des Stiftungsgesetzes enthaltenen Bestimmungen waren demgemäß auch unmittelbar auf die Akademie anzuwenden. Das hieß nach § 2 Abs. 1 dieser Verordnung, daß die Akademie wie alle „mit den Hochschulen in Verbindung stehenden Stiftungen ... der Aufsicht des Unterrichtsministeriums" unterstand.[249] Demzufolge waren „alle Vorlagen in Angelegenheiten der Akademie an das Ministerium als die zuständige Behörde zu richten."[250] Die Anlässe für den Verkehr mit dem Ministerium bestimmten dagegen weitgehend die Sutatuten der Alademie.

Die Zerstörung der durch die Stiftungen gelegten materiellen Basis veranlaßte die Akademie 1926, die Bezeichnung „Stiftung Heinrich Lanz" aus dem Namenstitel der Akademie zu streichen. Man begnügte sich stattdessen mit den Hinweis darauf, daß die Akademie aus der Stiftung Heinrich Lanz erwachsen sei.[251] Darin lag zweifellos eine Degradierung der ursprünglichen Stiftungsabsieht und eine Minderung der Verdienste des Stifters um die Akademiegründung.

Über den Rechtscharakter der Akademie als einer Stiftung des öffentlichen Rechtes bestand nach der staatlichen Anerkennung kein Zweifel. Der privatrechtliche Aspekt galt demnach nur für das Stiftungsgeschäft, also den Stiftungsakt selbst, ,,aber nicht für das weitere Schicksal der Stiftung", denn das badische Stiftungsgesetz ließ keine private Stiftungsverwaltung zu. Als öffentlich-rechtliche Institution unterstand somit auch die Akademie bei Stiftungsstreitigkeiten grundsätzlich der Verwaltungsgerichtsbarkeit.[252] Die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes, die die Akademien in Berlin, München und Göttingen längst besaßen, wurden der Akademie jedoch erst durch Beschluß des Ministerrats vom 10. Mai 1966 verliehen.[253]

[249] BMKU an HeidAW, 15. Okt. 1909, No. B 13058 (ebd., fol. 88v).

[250] BMKU an HeidAW, 14. Aug. 1909, No. B 10385 (ebd., fol. 84v).

[251] Vgl.§ 1 der Statuten vom 1. Mai 1926, Satzungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 1.

[252] Vgl. dazu die „Gutachtliche Äußerung über die Rechtsnatur der Vereinigten Studienstiftungsverwaltung der Universität Heidelberg" von **W.** Jellinek vom 28. Nov. 1949 (Abschrift unter **HAW** 030/3).

[253] Vgl. etwa Jb. 1973, 23.

4.2. Die Akademie und der badische Staat.

Um den Status der Stiftung zu erhöhen, wurde die staatliche Anerkennung zu einer Ausgangsbestimmung der Stiftung erhoben.[254] Die staatliche Anerkennung sollte der Stiftung die öffentliche Reputation verschaffen, die sie allein aufgrund ihrer privatrechtlichen Entstehungsbedingungen nicht beanspruchen konnte. Es wurde oben gezeigt, daß eine Stiftung oder Institution minderer Qualität nicht den Erwartungen des Stifters entsprach. Eine Gründung der Akademie unter dem bescheideneren Anspruch „eines Vereins mit juristischer Persönlichkeit", der keiner staatlichen Genehmigung bedurft hätte, gleichwohl dennoch „das Hohe Protektorat" hätte finden können, kam so nicht in Frage.[255] Das Renommee der Stiftung war abhängig von ihrem Verhältnis zum Staat und ihrer Stellung im Staat. Auch um der Akademie eine überörtliche Bedeutung zu verleihen, war es nötig, zumindest das Interesse des Landesherrn Großherzog Friedrichs II. und der Regierung, vertreten durch das Kultusministerium, auf die neue Institution zu lenken.

Eine wie auch immer geartete Einbeziehung des Großherzogs in die Akademie geboten auch die Erinnerungen an die Bemühungen um eine Akademiegründung in Heidelberg durch Großherzog Friedrich 1., der 1909 als Maßstab und Vorbild gepriesen wurde. Ungeachtet der völlig andersgearteten Entstehungsverhältnisse gehörte das Protektorat des Landesherrn zum festen Bestandteil der Attribute auch der „königlichen" Akademien. Es war so weniger Dankbarkeit als politisches Kalkül und eine in der Sache liegende Selbstverständlichkeit, die für die Heidelberger Akademie den Kontakt zum Landesherrn wünschenswert erscheinen ließ. Eine Ehrenbezeugung war das Anerbieten des Protektorates an den Großherzog gleichwohl, und der Großherzog zeigte durch dessen Annahme, daß er die von seinem Vater gepflanzte Tradition fortzusetzen gewillt war. Man durfte im Großherzog mit Fug und Recht einen Förderer erwarten.[256]

[254] Vgl. hierzu und zum folgenden 90f.

[255] Vgl. Endemann an Böhm, 14. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20). Im Jahr 1912 übernahm Ghz. Friedrich II. sowohl das Protektorat über die FWG als auch über den Kunstverein Freiburg (vgl. Badische Presse (Karlsruhe), 28. Jg., Nr. 511, Freitag, 1. Nov. 1912).

[256] Vgl. die Ansprache Koenigsbergers bei der Eröffnungsfeier am 3. Juli 1909:

Der Großherzog war, wie oben bereits dargestellt, an den Beratungen über Gründung und Organisation der Akademie nicht beteiligt. War es einerseits beabsichtigt, den Großherzog durch das Ersuchen um Übernahme des Protektorates um seine „allergnädigste" Beachtung und Gunst zu bitten, d.h. gleichzeitig mit ihm auch die Institution selbst zu ehren und zu erhöhen, so spielten für die an die Universität angelehnte Akademie auch die universitären Verhältnisse selbst eine Rolle. Eine ideelle Gleichstellung mit der Universität erforderte geradezu, daß das nominell höchste „Amt" innerhalb der Institution dem Landesherrn zukam, dort als Rektor, hier als Protektor. Auch deshalb mußte die Akademie bereit sein, ihrerseits auf das Präsidentenamt zu verzichten, das als eine **Min**derung der dem Großherzog zugedachten Position hätte verstanden werden können. Das Protektorat war der Akademie daher mehr als eine bloße Ehrenbezeugung, es sollte wirksamer Bestandteil der Akademie sein. Es war der Wunsch der Akademie, daß eine ,,dauernde feste Verbindung der Akademie mit ihrem hohen Protektor erhalten wird."[257] Der Protektor sollte daher aktiv in den Prozeß der Konstituierung der Akademie eingeschaltet werden. Dabei hatte er allerdings nur Funktionen auszufüllen, die den Bedürfnissen der Akademie in der Gründungskonstellation entsprachen, so insbesondere die erstmalige Ernennung der Mitglieder.[258] Der Großherzog ließ niemals den Verdacht aufkommen, in die Belange der Akademie eingreifen zu wollen, wie auch die Staatsbürokratie alles vermied, sich von den Wünschen und Eingaben der neuen Institution vereinnahmen zu lassen. Eine gewisse Distanz zeigte sich auch darin, daß der Großherzog auf jede Teilhabe an der Tätigkeit der Akademie verzichtete, wenn man von seiner Anwesenheit zur Eröffnung der Akademie absieht. Damit war seine repräsentative Funktion auch bereits erledigt. Es wurde deutlich, daß der Großherzog das Protektorat vornehmlich als Ehrung aufnahm, die

,,Und heute, nachdem eine Generation dahingegangen, stehen wir vor Ewr[er] Königlichen Hoheit, dem Sohne jenes edlen und gerechten Herrschers, und nehmen dankerfüllt das Geschenk entgegen, das Ew[re] Königliche Hoheit uns durch die Versicherung darreichen, der Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften Beachtung und Gunst zu schenken und Höchstselbst das Protektorat über diese Vereinigung von Gelehrten übernehmen zu wollen" (Eröffnungsfeier, 8 bzw. Jh. 1909/10, IXf.).

257 Endemann an Böhm, 2. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).

258 Zu den Hintergründen der Ernennungspraxis vgl. oben 108ff., 114f.

Rechte und Pflichten delegierte er an das Kultusministerium. Eingaben der Akademie an den Großherzog, die um Bestätigung der Wahlen Fürbringers und Bartholomaes nachsuchten, wurden nicht beantwortet;[259] Erläuterungen zu den Statuten wurden nicht weitergeleitet,[260] weil keine Vorlage und Empfehlung durch das Kultusministerium erfolgte. Mit Erlaß B 10385 vom 14. August 1909 teilte das Kultusministerium der Akademie mit, daß „alle Vorlagen in Angelegenheiten der Akademie an das Ministerium als die zuständige Behörde zu richten" seien.[261] Die Akademie hatte also keinen direkten Zugang zu ihrem Protektor mehr. Das Kultusministerium wurde nicht nur zwischengeschaltet, sondern zum direkten und entscheidenden Ansprechpartner für die Akademie. Hierin drückte sich auch die Auffassung aus, daß die Akademie als eine der Universität nahestehende Einrichtung der Aufsicht des Unterrichtsministeriums unterstand. Diese Zuordnung zum Verwaltungsbereich des Ministeriums darf freilich bei dem an der Akademiegründung bezeigten großen Interesse und Wohlwollen dieser Behörde nicht als negative Entwicklung fehlgedeutet werden.

Die Akademie fühlte sich ihrem Protektor dennoch stark verbunden. Zum 25jährigen Ehejubiläum übermittelte sie dem großherzoglichen Paar ein aufwendiges Glückwunschschreiben.[262]

[259] Vgl. dazu oben Anm. 124.

[260] So mußte die Anfrage des BMKU an die Akademie vom 9. Aug. 1909 (No. B 10241) zweimal beantwortet werden, da die Stellungnahme der Akademie an das Ghzl. Ministerium vom 16. Aug. 1909 (vgl. GLA 235/3354, fol. 86) nicht an das BMKU weitergeleitet wurde (vgl. HeidA**W** an BMKU, 24. Okt. 1909, ebd. fol. 90-91). Der Ghz. erwartete selbstverständlich, daß die Mitteilungen über das mit der Sache befaßte Ministerium liefen und empfing so vor einer eigenen Entscheidung Vortrag und Empfehlung des BMKU, was jedoch nicht erfolgen konnte, da das Ministerium von der Angelegenheit nichts wußte. Die Akademie war bei dieser Sachlage verunsichert, da sie über die Folgen ihrer Mitteilungen völlig im Unklaren belassen wurde. Vgl. etwa die Mitteilung Koenigsbergers an die o.M. der HeidA**W** vom 25. Nov. 1909: „Ob das Gesuch damals von dem Geh[eimen] Kabinet dem Ministerium überwiesen worden oder überhaupt unberichtigt geblieben ist, bin ich nicht in der Lage zu entscheiden." **(HAW** 143/1).

[261] GLA 235/3354, fol. 84v. Bereits am 9. Aug. hatte das BMKU mit Erlaß B 10241 empfohlen, „künftig alle Vorlagen" an den Ghz. „durch ... Vermittlung" des BMKU „an die höchste Stelle gelangen zu lassen, weil seine Königliche Hoheit in allen die Akademie betreffenden Angelegenheiten unseren Vortrag befiehlt" (ebd., fol. 83v).

[262] Glückwunschschreiben vom 20. Sept. 1910 (HAW 022/1).

Nach der Abdankung des Großherzogs erwog die Akademie, den Großherzog zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen. Aufgrund eines Protestes Philipp Lenards, der den Antrag „für jetzt für politisch ungedeihlich" hielt,[263] gelangte das Vorhaben nicht zur Abstimmung. Der Ehrenvorsitz war indessen nur als Ersatz für das Protektorat gedacht, denn die Akademie wurde aufgefordert, sie möge beschließen, aufgrund der Abdankung des Großherzogs alle Bezüge auf den Protektor aus den Statuten zu streichen, da es ein Protektorat faktisch nicht mehr gebe.[264] Die Entscheidung wurde jedoch zunächst insbesondere durch das Plädoyer H. Onckens, die Entscheidung der badischen Staatsversammlung abzuwarten und angesichts „der Würde der Sache und der Tradition, auf die eine Akademie zu halten hat," nichts zu überstürzen, vertagt. Grundsätzlich entsprach der Antrag aber dem von der Akademie eingeschlagenen Weg, der seinen Ausdruck in den neuen Statuten des Jahres 1926 fand. Sah der Antrag von 1919 aber auch fernerhin eine lockere Bindung an den badischen Staat vor, indem das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts zumindest von der Wahl der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder zu unterrichten sei, so enthielten die Statuten von 1926 keinerlei Bezugspunkt mehr zu staatlichen Behörden. Die Akademie hatte sich zur vollständig autonomen Institution gewandelt, die auch keiner staatlichen Aufsicht mehr unterstand. Dies blieb der Standpunkt der Akademie im Verlauf der Weimarer Zeit. Dadurch wurde sie in erhebliche Gewissenskonflikte gestürzt, die selbst die Existenz der Akademie in Frage stellten.[265]

Trotz der Sympathie des badischen Staates für die Gründung der Akademie übernahm er doch keine Fürsorgepflicht für die Akademie. Im Gegenteil verwies er die Akademie immer auf ihre eigene Verantwortung. Das Lanzsche Beispiel sollte wohl Vorbild sein, jedoch allein für andere Private, die der Stiftung weitere Zuwendungen zukommen lassen sollten.[266] Der Staat hatte die

[263] Lenard an Bütschli, 9. Jan. 1919 (HAW 030/1).

[264] Vgl. Antrag vom 3. Jan. 1919, gestellt von Bütschli, Bezold, Bartholomae, Kossel und Salomon **(HAW** 030/1). Ebd. auch die Anmerkungen der Akademiemitglieder zur Sache.

[265] Siehe dazu Kap. III.5.5.

[266] Vgl. auch die 29. Sitz. des Badischen Landtages. II. Kammer vom 3. Febr. 1910 (Protokollauszüge über Stiftungen und die Akademie in GLA 235/3354, fol. 134).

Akademiegründung durch „Gutachten" und Erteilen eigener Vorschläge zur Verwirklichung der Gründung und Gestaltung der Akademie gefördert. Die Unterstützung des Staates für die Akademie ging jedoch nicht so weit, daß er auf die übliche Schenkungssteuer von 5% verzichtet hätte. Mit Einschaltung des Kultusministeriums war nur die Aufteilung der Steuerschuld, die aber schließlich von Karl Lanz ersetzt wurde, auf mehrere Jahre je nach Eingang des Stiftungsvermögens zu erreichen.[267]

Die Akademie war also eine staatlich anerkannte und - bis 1918 - beaufsichtigte rechtsfähige Einrichtung, aber keine staatliche Institution. Sie hatte öffentlich-rechtlichen Charakter, ohne eine Institution des öffentlichen Rechtes zu sein. Als private Stiftung hatte sie einen von den anderen deutschen Akademien grundsätzlich verschiedenen Rechtsstatus.

Die Berliner Akademie war vom Landesherrn „eingesetzt ... zur Förderung und Erweiterung der allgemeinen Wissenschaften."[268] Ihr Ausgangspunkt war das Interesse des Landesherrn gewesen, durch spezielle Forschungen die allgemeine Landeswohlfahrt zu fördern.[269] Das traf im Grundsatz für alle Akademiegründungen des 18. und 19. Jahrhunderts zu. Die Preußische Akademie der Wissenschaften war als Institution des Staates der Oberaufsicht, aber auch dem Schutz und der Fürsorge des Unterrichts-Ministeriums unterstellt. Demgegenüber war das Aufsichtsrecht des Badischen Kultusministeriums über die Heidelberger Akademie eher als Ausdruck einer Selbstbeschränkung der Akademie und nur als peripheres behördliches Kontrollrecht zu verstehen. Auf staatliche Unterstützung hatte die Akademie dagegen ausdrücklich verzichten müssen, wollte sie die staatliche Genehmigung erhalten.[270] Während so die Heidelberger Akademie nur das Recht einer juristi-

[267] Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 23. Okt. 1909 (HAW 143/1), HeidAW an BMKU, 10. Nov. 1909 (GLA 235/3354, fol. 105r-105v), BMKU an Ghzl. Zoll- und Steuerdirektion, 16. Nov. 1909, No. B. 14311 (ebd., fol. 106r-106v) und Ghzl. Zoll- und Steuerdirektion an BMKU, 19. Nov. 1909, No. D 580 (ebd., fol. 112).

[268] Vgl. Statuten der Preußischen Akademie 1881, 5, die§§ 1 (Zweck und Stellung der Akademie) und 3 (Allgemeine Attribute).

[269] Vgl. dazu Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 274ff. Vgl. ebd. auch zu den organisatorischen und ideologischen Unterschieden der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften als Typus der landesherrlichen Akademie und der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

[270] Vgl. dazu die Ausführungen oben 96 und unten 233f..

sehen Person beanspruchen konnte, galt die Preußische Akademie als „privilegirte Corporation". Damit verbunden war das Recht, ein eigenes Siegel zu führen. Die staatliche Fürsorge garantierte ihr ein festes etatmäßiges „Einkommen", eigenes Vermögen und eine statusmäßige Unterkunft in „eigenen Localen". Rechtsstand und Ausstattung gaben der Berliner Akademie gesicherte Arbeitsmöglichkeiten und förderten auch ein von der Heidelberger Akademie lange Zeit wesentlich verschiedenes Selbstbewußtsein als Institution.

Vergleichbar mit den Berliner Verhältnissen waren die der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Die Akademie war auf dem Wege der königlichen Verordnung neu organisiert und in ihrer „Wirksamkeit" neu bestimmt worden.[271] Die Akademie wurde in ihrer „äußere[n] Thätigkeit und Geschäfts-Verhältnisse[n]" dem Staatsministerium des Innern unterstellt; dieses war befugt, der Akademie gegebenenfalls auch Aufträge zu erteilen. Auch die Statuten der Göttinger Akademie waren per königlicher Verordnung erlassen worden, während die der Heidelberger Akademie nur bestätigt werden mußten. Wenn dieser Unterschied in der Praxis gleichwohl kaum an Einzelpunkten festzumachen ist - dem königlichen Erlaß lagen ja auch (präzise) Wünsche der Korporation zugrunde -, so ist der staatsrechtliche Unterschied doch bedeutsam. Die Einbindung in das System der staatlichen Oberaufsicht und Fürsorge entsprach im wesentlichen der der Berliner Akademie.[272]

Status und innere Verhältnisse dieser drei Akademien wurden durch den politischen Umsturz nach dem Ersten Weltkrieg keinen grundsätzlichen Veränderungen unterworfen. Die staatliche Bindung blieb erhalten, allerdings nicht mehr stellvertretend, sondern direkt auf das jeweilige Unterrichtsministerium bezogen. Die Fürsorgepflicht des Staates wurde besonders in den Statuten der Bayerischen Akademie an hervorragender Stelle festgeschrieben. Der Finanzhaushalt der Akademie wurde auch weiterhin durch das Ministerium garantiert und geprüft. Die Rechte des Staates wurden

[271] Königliche Verordnung vom 21. März 1827 die Akademie der Wissenschaften betr., in: Almanach 1909, 38-45. Zur staatsrechtlichen Stellung vgl. insbes. § **XIV,** ebd., 42f.

[272] Vgl. die Satzungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen 1893, 1, Präambel und § 1.

auf die rein äußere Kontrolle ihrer Geschäftsverhältnisse beschränkt, das Selbstbewußtsein der Akademie demgegenüber durch eine selbsterteilte Beraterbefugnis in öffentlichen Angelegenheiten aufgewertet.[273] Die Statuten wurden grundsätzlich den neuen Verhältnissen angepaßt, nicht aber im einzelnen neu gefaßt. Neben der Heidelberger Akademie befand sich in der Weimarer Zeit nur die Sächsische Akademie der Wissenschaften in einer Position minderen Rechtes, war jedoch als Empfänger von Einkünften aus öffentlichen Kassen in der Kontrolle der Finanzverwaltung ebenso dem Staate unterstellt wie in Angelegenheiten der Statuten der Akademie.[274] Einzig die aus der privaten Stiftung hervorgegangene Heidelberger Akademie befand sich ohne feste Bindung an oder Verpflichtung gegen den Staat.[275] Im Verkehr staatlicher Behörden mit der Akademie wurde wohl infolge dieser undefinierten Beziehung gelegentlich die Vermittlung eines Dritten, der Universität, gesucht.

4.3. Die Akademie als autonome Institution neben der Universität.

Die Gründung der Akademie wurde immer in einer unmittelbaren Beziehung zur Universität gesehen. Diese Sicht gründete einerseits auf den Humboldtschen Vorstellungen einer Dreigliederung der Organisation der Wissenschaft. Der Akademie kam hier ein eigenständiger Ort neben, aber in enger Verbindung mit der Universität zu.[276] Zum anderen ging die Initiative zur Gründung der Akademie von Gelehrten der Universität aus. „Es ist damit ein langjähriger Wunsch der Universität Heidelberg, der mangels Mittel bisher nicht erfüllt werden konnte, verwirklicht worden",[277] stellte der Hochschulreferent im Kultusministerium F. Böhm fest. Er verband seinen Ministerialvortrag vor dem Großherzog mit der überschwenglichen Ankündigung, die Errichtung der Akademie werde „der Universität Heidelberg neuen Glanz verleihen und das

[273] Vgl. die Satzungen der Bayerischen Akademie 1923, § 1 (vgl. auch § 20).
[274] Vgl. die Satzung der Sächsischen Akademie 1919, §§ 43, 46 und 47.
[275] Bis 1918 hatte der Haushalt der Akademie ebenfalls der Kontrolle des Rechnungshofes unterstanden.
[276] Zur Humboldtschen Idee der Verbindung von Universität und Akademie vgl. oben Kap. 1.1.
[277] Ministerialvortrag Böhms vor Ghz. Friedrich II. vom 29. Juni 1909 (GLA 235/3354, fol. 63r).

wissenschaftliche Leben der ältesten deutschen Hochschule neu beleben."[278] Darüber hinaus versprach er sich jedoch von der Akademie auch „eine Förderung der badischen Hochschulen und des wissenschaftlichen Lebens im ganzen Lande."[279] Dies freilich war ein deutlicher Kontrapunkt zu den zu ausschließlich auf die Universität Heidelberg bezogenen Erwartungen an die Akademie in Heidelberg selbst.

Die Verbindungen der Akademie zur Universität wurden wiederum in den Reden der Eröffnungsfeier ausführlich gewürdigt. Insbesondere Windelband als Prorektor der Universität und einer der Sekretäre der Akademie legte ein Programm sich befruchtenden Zusammenwirkens beider Institutionen dar mit dem Hinweis auf „die reichen Segnungen", die die Universität von der Akademie erwarten dürfe. Diese Segnungen bestanden für Windelband in dem Rückhalt und der Förderung der Universität durch die Akademie in ihrer Forschungstätigkeit, die sie selbst angesichts ihrer Lehrverpflichtung nur unter größten Schwierigkeiten wahrnehmen könne. Die Akademie wurde in weitergehenden Visionen als Ausgangspunkt einer gesamtbadischen Forschungsgemeinschaft aller badischen Hochschulen gesehen.[280]

Die Akademiegründung wurde zunächst allenthalben als ein Ereignis der Universität verstanden. So heißt es im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Akademiegründung, „an der ältesten Universität des Deutschen Reiches hat sich in diesen Tagen ein außerordentlich bedeutsames und wertvolles Ereignis begeben ... Der Ruperto-Carola [ist] eine neue wissenschaftliche Arbeitsstätte zur Stärkung und Ausbreitung ihrer Wirksamkeit zugewachsen."[281] Die Glückwünsche der Stadt Heidelberg zur Akademiegründung gingen an die Universität Heidelberg.[282] Die Akademie wurde, und das entsprach zunächst auch durchaus der akademieinternen Interpretation der Akademiegründung, als ein der Universität zugeordnetes „Institut" gesehen. Auch die ursprünglichen Pläne Gotheins hatten eine zu begründende Stif-

[278] Ministerialvortrag Böhms vom 28. Mai 1909, No. B 6877 (ebd., fol. 29v).
[279] Wie Anm. 277, fol. 63v.
[280] Vgl. Jh. 1909/10, **XXIf.,** auch in Eröffnungsfeier, 33f.
[281] Vgl. die Pressemitteilung in der Karlsruher Zeitung No. 161 vom 16. Juni 1909 (wie Anm. 243).
[282] OB Wilckens an Prorektor Windelband, 17. Juni 1909 (UAH A-054/1).

tung als Bestandteil der Universität, die in ihren Fachgruppen die volle Verfügungsgewalt über die Mittel der Stiftung ausüben sollte, konzipiert.[283] Im Bewußtsein der Zeitgenossen war der Universität eine Stiftung zuteil geworden; die Stiftung wäre also an der Universität errichtet und Bestandteil derselben geworden.

Von einer Inkorporation der Akademie in die Universität konnte jedoch tatsächlich keine Rede sein. Man sprach wohl davon, daß die Akademie der Universität angegliedert sein sollte, doch dachte man sich das Verhältnis der Akademie zur Universität „in dem Sinne ..., wie die Gesellschaften der Wissenschaften in Leipzig und Göttingen zu den betreffenden Universitäten stehen."[284] Damit waren zunächst nur die Rechte einer eigenständigen Korporation gemeint, die gesondert von der Universität bestehen konnte.[285] Das hieß auch, daß die Akademie eigenes Vermögen besitzen und darüber verfügen durfte und daß sie „erbfähig" war und Zustiftungen empfangen durfte. In der Orientierung an den Göttinger Verhältnissen griff die Akademie einen Gedanken des Chemikers Victor Meyer auf, der bei der Wiederaufnahme der Akademiepläne 1893 gefordert hatte, die Akademie „in einer gewissen Unabhängigkeit von der Universität zu erhalten."[286] Die Akademie sollte also nicht als Universitätsinstitut gelten, aber in enger Kooperation der Universität verbunden sein.

Allein durch ihre die Akademie im engeren Sinne bildenden ordentlichen Mitglieder, die allesamt ordentliche Professoren an der Universität Heidelberg waren,[287] stand die Akademie in einer nahen personellen Bindung zur Universität. Der immer wieder

[283] Vgl. dazu die Bemerkungen oben 74.

[284] Wie Anm. 281.

[285] Vgl.§ 3 der Statuten der GöA**W** (Satzungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen 1893, 4). Einige der weiteren hier genannten Eigenschaften konnte die HeidA**W** allerdings nicht für sich beanspruchen, wie die Führung eines Siegels, den Besitz eigener Räumlichkeiten oder das Recht auf ein „etatmäßiges Einkommen". Insbesondere waren aus der Akademiemitgliedschaft als o.M. in Heidelberg keine Rechte an der Universität abzuleiten, wie dies in Göttingen (vgl. § 6 der Statuten) oder Berlin (§ 18 der Statuten, Statuten der Preußischen Akademie 1881) der Fall war.

[286] Vgl. V. Meyer an Staatsminister Nokk, 10. Aug. 1893 (GLA 52/XIII, NI. Nokk).

[287] Erstmals wurden 1931 mit den Abteilungsvorständen des neugegründeten Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung Gelehrte, die nicht zugleich Ordinarien der Universität waren, zu o.M. gewählt. Siehe dazu oben 193.

beschworene badische Charakter der Akademie, wiewohl mehr Fiktion denn eine Tatsache, bestimmte das Verhältnis der Akademie insofern entscheidend mit, als sich deswegen eine zu enge oder ausschließliche Bindung an die Heidelberger Hochschule verbot. Das Ministerium hatte mit der Akademiegründung die ausdrückliche Erwartung auch der Förderung der beiden anderen badischen Hochschulen und des wissenschaftlichen Lebens im ganzen Lande verbunden. [288] Diese Inanspruchnahme der Akademie für die Forschungsförderung des ganzen Landes begünstigte unter den Gründungsvoraussetzungen ganz entscheidend die Entwicklung einer gegenüber der Universität und auch im Kalkül des Ministeriums autonomen Stellung der Akademie. Die Autonomie der Akademie wurde, nachdem Befürchtungen aufgetaucht waren, daß die Akademie „nicht als selbständige Stiftung, sondern als Universitätsstiftung" behandelt werden sollte, durch das Kultusministerium ausdrücklich bestätigt. „In der Stiftungsurkunde vom 22. Mai 1909 ist ausdrücklich gesagt, dass die Akademie der Wissenschaften der Universität Heidelberg nur angegliedert, im übrigen aber selbständig sein soll. Zur Errichtung dieser selbständigen Stiftung wurde ... die staatliche Genehmigung erteilt. Hiernach kann die Selbständigkeit der Stiftung nicht wohl in Zweifel gezogen werden."[289] Was unter „Angliederung" zu verstehen sei, führten weder die Stiftungsurkunde noch spätere Bestimmungen aus. Auch die Auskunft des Ministeriums läßt einen breiten Interpretationsspielraum. In der Praxis wurde offensichtlich die die Akademie am wenigsten bindende Auffassung zugrundegelegt, die eine vollständige Autonomie der Akademie von der Universität vorsah. Daß nach Ansicht des Ministeriums dennoch eine enge Verbindung zur Universität bestand, fand seinen Ausdruck auch darin, daß bis 1918 alle offiziellen allgemeinen Erlasse des Ministeriums für die Akademie zugleich auch dem Engeren Senat der Universität zur Kenntnis gebracht wurden.[290]

Obgleich die Akademiegründung von Gelehrten der Universität ausging und der Repräsentant der Universität, Prorektor Windel-

[288] Vgl. den Präsidialvortrag vom 29. Juni 1909, No. B 8328 (GLA 235/3354, fol. 63v).

[289] BMKU an HeidAW, 15. Okt. 1909, No. B 13058 (ebd., fol. 88r).

[290] Vgl. die Schreiben des Ministeriums, die an Akademie und Engeren Senat zugleich ausgefertigt wurden, bzw. die die Notiz enthielten, daß entsprechende Nachricht an den Engeren Senat gehe (UAH A-054/1).

band, im vorbereitenden Kollegium vertreten war und in Windelband und Koenigsberger die ältesten und angesehensten Mitglieder der Philosophischen und Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten den organisatorischen Aufbau der Akademie betrieben, war die Universität als Korporation an der Akademiegründung nicht beteiligt. So wurde der Engere Senat der Universität von der Nachricht der Akademiegründung ebenso überrascht wie die gesamte Öffentlichkeit.[291] Der Engere Senat beschäftigte sich in seiner Sitzung am 28. Juni 1909 ausführlicher mit der Akademiegründung, nachdem „Zweifel darüber geäußert worden, ob zur »Angliederung« der Akademie nicht die Zustimmung des Großen Senates einzuholen wäre" bzw. das gesamte Gründungsgeschäft der Akademie dem Großen Senat zur Beratung vorzulegen sei.

Dem Einwand von Schuberts, daß wenigstens eine „vorherige Anfrage ... beim Engeren Senat wünschenswert gewesen wäre", begegnete Windelband, daß auf Wunsch der Stifter[!] „außer den 3 ins Vertrauen gezogenen Personen Niemand etwas erfahren sollte, bevor die Stiftung vom Großherzog genehmigt sei." Das Problem der „Angliederung" der Akademie an die Universität wurde von Endemann, der die Weichen für den rechtlichen Status der Akademie als öffentlich-rechtliche Institution gestellt hatte, dahingehend erklärt, daß dies „nach dem Willen der Stifter nur in dem Sinne zu verstehen sei, daß dadurch zum Ausdruck kommen sollte, daß die Akademie ihren Sitz in Heidelberg haben und die ordentlichen Mitglieder daselbst wohnen sollten." Trotz dieser oberflächlichen Erklärung erkannten die Mitglieder des Engeren Senats an, daß „die Akademie ... eine Stiftung und ganz selbständige Einrich-

[291] Eine erste inoffizielle Mitteilung über die Gründung einer Akademie der Wissenschaften gab Windelband in der Sitzung des Engeren Senats am 14. Juni 1909, einen Tag vor der Audienz beim Ghz. Die Stiftung wie die Verdienste Endemanns bei ihrem Zustandekommen wurden kurz dargestellt. Windelband bat die Mitglieder des Engeren Senats (außer Windelband auch Kossel, Endemann, P. Ernst, Schöll, Klebs, v. Schubert und Lenard; der Theologe Lemme war nicht anwesend), die Sache „bis nach erfolgter Genehmigung durch den Großherzog ... als streng vertrauliche Mitteilung geheim zu halten" (UAH A-160/177, 564). Die offizielle Mitteilung erfolgte erst am 24./25. Juni 1909; vgl. BMKU an Engeren Senat der Universität Heidelberg, 24. Juni 1909, No. B 8151 und Windelband an Engeren Senat der Universität Heidelberg, 25. Juni 1909, No. 5042 (UAH A-054/1).

tung [sei], die nur in ganz loser Verbindung zur Universität stehe." Der Engere und Große Senat sollten daher nur mit der Angelegenheit befaßt werden, wenn „etwa in die definitiven Statuten Bestimmungen aufgenommen werden sollten, welche die Universität angehen."[292] Der Senat wurde daraufhin mit der Akademiegründung nicht mehr befaßt. Dennoch konnte die Universität ein zwiespältiges Gefühl bei der Akademiegründung nicht verhehlen. Einerseits zeigte sie ihre Dankbarkeit für die Akademiegründung, indem bezeichnender Weise die Naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät - denn schließlich waren alle Ordinarien dieser Fakultät auch ordentliche Mitglieder der Akademie geworden - dem Stifter Karl Lanz die Ehrendoktorwürde verlieh,[293] andererseits mochte die Sorge, von den Bedürfnissen der Akademie vereinnahmt zu werden, auch von seiten manches Universitätsangehörigen den Wunsch aufkommen lassen, eine gewisse Distanz zur Akademie zu wahren.[294] Im Landtag mußte Troeltsch hinsichtlich der Beziehung zwischen Akademie und Universität klarstellen, „daß die Stiftung der Akademie, für die zu danken wir allen Anlaß haben, in keiner Weise eine Entlastung für die Universität bedeutet. Was die Akademie schafft und wirkt, hat für die Universität eine hohe geistige Bedeutung ...; aber die Universitätsaufgaben übernimmt sie nicht."[295]

Nachdem die „atmosphärischen Störungen", die die Akademiegründung unter den Heidelberger Gelehrten hervorgerufen hatte, überwunden waren, setzte eine gedeihliche Kooperation zwischen beiden Institutionen ein, auf die die Akademie im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens auch angewiesen war. Da die Akademie nicht über eigene Räumlichkeiten verfügte, mußte sie regelmäßig die Gastfreundschaft der Universität und ihrer Institute in Anspruch nehmen. Die Festsitzungen finden bis auf den heutigen Tag in der Aula der Universität statt. Ihre Geschäftstätigkeit übte sie in den

[292] Prot. des Engeren Senats vom 28. Juni 1909 (UAH A-160/177, 565-567).

[293] Vgl. Neubaur, P., Heinrich Lanz, 439ff.

[294] So wehrte sich etwa Th. Curtius gegen den Antrag Windelbands, zur Festsitzung der Akademie die Vorlesungen an diesem Tage ausfallen zu lassen, mit dem Hinweis, es sei nicht angängig, „den Stiftungstag der Akademie zu einem »Dies officiell« zu stempeln" (vgl. Stellungnahme zum Antrag Windelbands an den Engeren Senat der Universität Heidelberg vom 25. Apr. 1910, UAH A-054/1).

[295] Prot. des Badischen Landtages. I. Kammer, 6. Sitz. am 26. Febr. 1910 (Auszug in GLA 235/3354, fol. 138).

Räumen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät aus, ihre Sitzungen fanden im Kollegienhaus oder einem der Universitätsinstitute statt.[296] Bedeutsamer war, daß die Dienste der Universität auch in der Registratur und im Rechnungswesen beansprucht wurden. Der Zahlungsverkehr der Akademie lief bis in die 60er Jahre über die Universitätskasse.[297]

Die Gegenleistung, die die Akademie für die Universität zu erbringen gedachte, wurde in den Reden und Stellungnahmen zur Eröffnung der Akademie hervorgehoben. Die Akademie sollte die Forschungsmöglichkeiten an der Universität verbessern helfen, ihr Mittel und Anregungen zur besten Forschung bereitstellen. Das heißt, daß beide Institutionen vielfach in einem „Dienstleistungsverhältnis" zueinander stehen sollten.[298] Die Autonomie beider Institutionen behinderte zwar nicht die gegenseitige Förderung, wohl stand es aber ganz im Ermessen der Akademie, wie, wen und was sie an wissenschaftlichen Arbeiten an der Universität fördern wollte. Dem einzelnen Forscher auch außerhalb Heidelbergs kamen die direkten Zuwendungen an Druckbeihilfen und Reisestipendien zugute und nicht der Universität als solcher. Dennoch zog auch sie vielfach unmittelbaren Nutzen aus der Forschungsförderung durch die Akademie. Mußten größere Apparaturen angeschafft werden, so überließ die Akademie diese in der Regel als Dauerleihgabe dem betreffenden Universitätsinstitut.[299] Die aus dem Schriftentausch eingehenden Reihen aus aller Welt gingen zur Verwahrung und Benutzung in den Besitz der Universitätsbibliothek über, die ihrerseits seit den 20er Jahren den Schriftentausch für die Akademie organisatorisch bewältigte.[300]

[296] Vgl. dazu auch unten 251.

[297] Die Akademie richtete erst 1966 eine eigene Rechnerstelle ein (vgl. **HAW** 1274).

[298] **R.** Riese hat - im Unterschied zu der Beschreibung der Beziehungen beider Institutionen zueinander durch W. Hahn als „Mutter-Tochter-Verhältnis" - zurecht ihre Zusammenarbeit als „Symbiose" bezeichnet (vgl. Riese, **R.,** Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 249, Anm. 153).

[299] Die von der Akademie vergebenen Unterstützungen für wissenschaftliche Arbeiten wurden jeweils im Jahresbericht des geschäftsführenden Sekretärs aufgeführt und in den Jahresheften veröffentlicht. Zur Analyse dieser Unterstützungsmaßnahmen vgl. unten Kap. IV.2.

[300] Bei allen Verhandlungen mit staatlichen Stellen bezüglich der Mittelvergabe wurde dieses Faktum und dessen Wert für die Universitätsbibliothek besonders hervorgehoben. Zum Schriftentausch vgl. Kap. IV.1.2.

Die Entwicklung in der Weimarer Republik brachte bedeutsame Wandlungen im Verhältnis der Akademie zur Universität. Der „Erwerb" eigener Räumlichkeiten machte sie in ihrer Geschäftsführung und ihrer Tätigkeit unabhängig von ihrem langjährigen Gastgeber. Nun war die Akademie auch in einer wichtigen Äußerlichkeit der Universität gleichgestellt. Der Wegfall der staatlichen Oberaufsicht machte die Akademie auch im Innern unabhängiger. Ein gemeinsamer Bezugspunkt in einer vorgesetzten Behörde war verloren gegangen. Wesentlich erscheint im besonderen auch das gewandelte Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Akademie. Der Verlust ihres Vermögens erforderte eine Umorientierung der Akademie. Das alte System der Unterstützungen außengesteuerter wissenschaftlicher Unternehmen mußte schon aus Mangel an Mitteln aufgegeben werden. Davon waren in erster Linie Gelehrte der Universität Heidelberg als ehemalige Hauptempfänger betroffen. Die Folge war, daß Gemeinsamkeiten über die Betreuung oder Förderung wissenschaftlicher Unternehmen, die an der Universität angesiedelt waren, immer seltener wurden.[301] Die Akademie besann sich zudem verstärkt auf die alten, traditionellen „Tugenden" der Akademien, die sich ihre Forschungsinteressen und Forschungsziele selbst suchten und definierten. Unter den schwierigen Verhältnissen der Weimarer Zeit fand die Akademie ihr neues Selbstverständnis, das sie in der Gemeinschaft der anderen Akademien ein gleichwertiger Partner sein ließ; denn die Schwierigkeiten waren in allen Akademien die gleichen, und insbesondere der Kampf um die Anerkennung im Ausland ließ die Gemeinsamkeiten der deutschen Akademien über ihre Verschiedenheit dominieren.[302] Die Anerkennung im Kartell der Akademien lenkte den Blick der Heidelberger Akademie aber auch über die Bedürfnisse der eigenen Universität hinaus. Die Beschränkung auf einen lokalen Rahmen entsprach nicht mehr dem neuen Selbstbewußtsein der Akademie. Sie formulierte einen eigenen forschungspolitischen Weg, der sich Ende der 20er Jahre in der Aufnahme ihres ersten auch international bedeutsamen Forschungsprojektes, der Cusanus-Edition, äußerte. Die Autonomie

[301] In anderen Fällen, wie etwa der Fertigstellung des „Index zum Theodosianus", war die Akademie auf die finanzielle Hilfe der Jur. Fak. angewiesen (vgl. dazu unten 297f.).

[302] Zu den Einzelheiten vgl. Kap. IV.5.

der Akademie wurde durch die geschilderten sehr gegensätzlichen Entwicklungen bedeutsam gefördert; die Beziehung zur Universität entsprach so kaum noch der ursprünglichen Intention einer wohl garantierten Autonomie aber doch gewährleisteten engen Kooperation. Diese unmittelbare Verbindung zur Universität wurde mit dem Schritt zur „Landesakademie" endgültig aufgelöst; die Beziehung beider Körperschaften wurde die zweier gleichberechtigter und befreundeter, ,,zufällig" am gleichen Ort beheimateter Institutionen.

5. Die materiellen Grundlagen der Akademie.

5.1. Grundkapital und Haushalt der Akademie bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.

Die Gründungsversuche einer Akademie der Wissenschaften in Heidelberg waren im 19. Jahrhundert nicht zuletzt an der Frage der finanziellen Ausstattung der Akademie gescheitert.[303] Eine gesicherte und ausreichende finanzielle Ausstattung der Akademie war auch 1909 die wesentliche Voraussetzung der Akademiegründung. Der Staat hegte wohl großes Interesse an der Gründung der Akademie, eine finanzielle Beteiligung schloß er aber aus, und einer nicht sicher fundierten Stiftung würde er die Genehmigung nicht erteilen.[304] Dadurch wurde der privaten Initiative die alleinige Verantwortung für Bestehen und Gedeihen der Institution zugeschoben, während die Vorteile der Institution selbstverständlich auch der Reputation der staatlichen Wissenschaftspolitik dienlich waren.

Materielle Grundlage der Akademie war der Stiftungsbetrag von 1 Million Mark. Die Akademie wurde verpflichtet, das Stiftungskapital „in mündelsicheren Papieren oder Werten anzulegen." In der Verwaltung des Kapitals und der „Verfügung über alle Einkünfte der Stiftung" war die Akademie vollständig unabhängig. Das Ministerium veranlaßte wohl einen Etatvoranschlag;

[303] Vgl. oben Kap. I.2.1. und I.2.3. Wennemuth, U., Akademiebewegung in Nordbaden, 286f. Irrtümlicherweise schrieb F. Böhm auch das Scheitern der Akademiepläne von 1886 vorrangig finanziellen Schwierigkeiten zu; vgl. GLA 235/ 3354, fol. llv.

[304] Vgl. dazu Kap. 11.3., bes. 96.

dieser sollte sich jedoch darauf beschränken, „den persönlichen und sachlichen Aufwand der Geschäftsführung der Akademie anzugeben. Ein Voranschlag über die beabsichtigte Verwendung der für die wissenschaftlichen Aufgaben verbleibenden Stiftungserträgnisse ist weder für das erste noch für die folgenden Jahre notwendig."[305] Den Rahmen bezeichnete der Stiftungszweck der Akademie.[306] Man ging dabei von einem Zinsertrag von 4%, d.h. von 40000 Mark im Jahr aus, der für die Arbeit der Akademie zur Verfügung stand.[307] Damit standen die Einkünfte der Heidelberger Akademie wesentlich hinter den Etats der Berliner Akademie mit 286000 Mark und der Münchner Akademie mit 80000 Mark zurück, übertrafen jedoch deutlich die Mittel der Göttinger und Leipziger Akademien mit nur 28000 bzw. 20000 Mark. Damit schien die Akademie wohl in die Lage gesetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen, die hauptsächlich „in der Unterhaltung einer guten wissenschaftlichen Zeitschrift und in der Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen" gesehen wurden.[308] Eine „Honorierung der ordentlichen Mitglieder", die in Berlin allein 54000 Mark jährlich verschlang,[309] mußte angesichts der beschränkten Mittel unterbleiben. An festen Verwaltungsausgaben setzte die Akademie einen Betrag von etwa 5000 Mark jährlich an. Dieser Betrag beinhaltete eine Aufwandsentschädigung für beide Sekretäre von je 1500 Markjährlich,[310] von

[305] BMKU an HeidAW, 15. Okt. 1909, No. B 13058 (HAW 1300/1).

[306] Vgl. die Stiftungsurkunde vom 22. Mai 1909 und§ 19 der Statuten, Jh. 1909/10, IV bzw. LXVIII.

[307] Vgl. dazu die Zinsrechnung in dem Schreiben Endemanns an Böhm vom 14. Mai 1909 und in der notariellen Erklärung von Karl Lanz und der Rheinischen Kreditbank Mannheim vom 22. bzw. 24. Mai 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20 und HAW 011).

[308] Vgl. den Ministerialvortrag vom 28. Mai 1909, No. B 6877 (GLA 235/3354, fol. 29v-30r).

[309] Vgl. den Bericht Böhms vom 25. Juni 1909 (HAW 235/3354, fol. 12v).

[310] Vgl. § 20 der Statuten (Jh. 1909/10, **LXVIII).** Die Höhe dieser Aufwandsentschädigung war nicht unbeträchtlich; das Jahresgehalt eines o. Prof. in Heidelberg lag um 1910 in der Regel zwischen 6000 und 7000 **M** (ohne Zuschläge), das eines ao. Prof. bei ca. 3000 bis 4000 **M** (vgl. **BMKU** an Universität Heidelberg, **1.** Nov. 1918, No. A 12146, UAH B-III 3b Nr. 158a/PA Endemann. Zur materiellen Lage der Heidelberger Hochschullehrer vgl. jetzt auch Jansen, Chr., Vom Gelehrten zum Beamten). Das entsprach auch dem Reichsdurchschnitt (vgl. Lenz, F., Beiträge zur Universitätsstatistik, 35). Willy Hellpach bezifferte das jährliche Minimum für einen akademischen Beruf ohne Alterssicherung zu Beginn des Jahrhunderts auf 6000 bis 7500 M (vgl. Hellpach, W., Wirken in

750 Mark für die Verwaltung der Rechnung der Akademie durch den Oberrechner der Universität und 250 Mark für Dienstleistungen durch den Oberpedell der Universität.[311] Der Verwaltungsanteil konnte in der Heidelberger Akademie immer äußerst niedrig gehalten werden. Der verbleibende Teil des Zinsertrages sollte zu gleichen Teilen beiden Klassen für ihre wissenschaftliche Tätigkeit zugewiesen werden,[312] womit jeder Klasse Mittel von etwa 17000 Mark zur Forschungsförderung und für Veröffentlichungen zur Verfügung stehen sollten. Die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel lagen aber anfangs erheblich unter diesem Ansatz, da der Zinsfuß die gedachten 4% nicht erreichte;[313] die Schenkungssteuer von jeweils 10000 Mark in den Jahren von 1909 bis 1914 wurde für 1909 ebenfalls aus den Zinseinnahmen bestritten, in den folgenden Jahren jedoch dem Grundkapital entnommen.[314]

Der Etat der Akademie[315] lag für das erste Geschäftsjahr bei 36088,60 Mark. Für die eigentlichen Stiftungszwecke blieben aber

Wirren, Bd. 1, 415). Ein Arbeitnehmer in der Industrie oder im Handel hatte 1910 einen durchschnittlichen Jahresverdienst von unter 1000 M (vgl. Stürmer, M., Das ruhelose Reich, 41).

311 Vgl. HeidAW an BMKU, 24. Okt. 1909 (GLA 235/3354, fol. 90v) und BMKU an HeidAW, 17.Nov.1909, No. B 14428 (ebd., fol. 109r). Der Betrag für die „Bedienung" wurde bereits im zweiten Geschäftsjahr heraufgesetzt, da bei der Fülle der anfallenden Dienste eine Hilfskraft bezahlt werden mußte.

312 Vgl. § 20 der Statuten (Jh. 1909/10, LXVIII).

313 Das Grundkapital war etwa je hälftig zu $3^1/_2$0/ound 40/o angelegt. Zur Anlageart und den Einkünften bis 1918 vgl. GLA 235/30158.

314 Vgl. Beschluß der HeidAW in der Ges.sitz. vom 23. Okt. 1909 (HAW 143/1).

315 Zum Etat der Akademie vgl. HAW 1300/1, HAW 1311/1, HAW 132/1. Zu den Voranschlägen der Jahre 1909/10 bis 1918/19 vgl. auch GLA 235/30158. Die Daten der Etatvoranschläge der HeidAW (in M) sind in folgender Tabelle zusammengefaßt:

Etatjahr	Ausgaben gesamt	Lasten, Verw.kosten	Stiftungsaufgaben Math.-nat./Phil.-hist. Klasse	
1909/10	36088	19088*	8500	8500
1910/11	38920	10020	13700	15200**
1911/12	39900	6200	16000	17700
1912/13	40640	4940	16350	18050
1913/14	39920	4740	16050	17820
1914/15	41020	4740	16750	18550
1915/16	42450	5620	17500	19370
1916/17	53650	5620	18000	30030***
1917/18	55350	5620	18500	31230
1918/19	57070	5620	19100	32350

* Enthalten sind 10000 M Stiftungssteuer. In den Verwaltungsausgaben sind

nur insgesamt 17000 Mark, d.h. 8500 Mark für jede Klasse. Das Verhältnis der Ausgaben gestaltete sich aber zunehmend günstiger für die wissenschaftlichen Zwecke der Akademie. Der Akademieetat stieg bis zum Ausbruch des Krieges auf fast 40000 Mark, und die den Klassen zur Verfügung stehenden Mittel erreichten im Haushaltsjahr 1914/15 mit 16750 Mark annähernd die „Idealsumme", hatte sich im Vergleich zum ersten Jahr also fast verdoppelt. Die Philosophisch-historische Klasse konnte zudem noch Mittel aus der Merx-Curtius-Stiftung und ab 1915 auch aus der Fritz-Toebelmann-Stiftung in ihren Haushalt einsetzen.[316]

Der Voranschlag der Akademie für 1909/10 wurde am 24. November 1909 zur Genehmigung an das Kultusministerium eingereicht.[317] Die Prüfung der Rechnung erfolgte durch den Großherzoglichen Verwaltungshof, der auch die Anlage des Stiftungsvermögens überwachte und gutzuheißen hatte.[318] So stand insbesondere das Finanzgebaren der Akademie als die wichtigste äußere Erscheinung der Akademietätigkeit unter staatlicher Aufsicht und Kontrolle. Letztlich bot dies der Akademie aber auch eine Rückendeckung, mit der sie die Gewissenhaftigkeit ihrer Finanzverwaltung belegen konnte. Die staatlichen Stellen übernahmen auf diese Weise, entgegen der Absicht des Ministeriums, eine Art **Mit**verantwortung für das finanzielle Gedeihen der Stiftung, da sie die Verwaltung der Finanzen ausdrücklich genehmigen und kontrollieren mußten. Bei ihrer Konstituierung hatte die Akademie noch gebeten, von der Aufstellung eines Voranschlages für das Jahr 1909/10 enthoben zu sein, da aufgrund verschiedener, nicht absehbarer und einmaliger Ausgaben eine genaue Übersicht nicht möglich sei.[319] Daß dieser Bitte nicht stattgegeben wurde, zeugt von der

für die späteren Jahre auch Summen für den Ausgleich der Kurswerte der Wertpapiere enthalten.

** Enthalten sind Mittel aus der Merx-Curtius-Stiftung.

*** Enthalten sind zusätzliche Mittel aus der Fritz-Toebelmann-Stiftung.

316 Aus der Merx-Curtius-Stiftung flossen der Klasse seit 1910 jährlich 1500 bis 1800, 1918/19 dann 2250 M zu, aus der Fritz-Toebelmann-Stiftung seit 1916 jährlich über 10000 M.

317 Der Voranschlag der Akademie wurde mit Erlaß des BMKU vom 30.Nov.1909 No. B 14854 zum „Vollzug" genehmigt (GLA 235/30158); HAW 1300/1).

318 HeidAW an Ghzl. Verwaltungshof, 25. Juli 1909 (GLA 235/30158).

319 Ebd.

Gewissenhaftigkeit, mit der der Staat die finanzielle Grundlegung der Stiftung und die Absicherung ihrer Tätigkeit einzumahnen gedachte.

Die Akademie wirtschaftete sehr sparsam. Selbst der für die eigentlichen Stiftungszwecke ausgeschüttete bescheidene Betrag wurde in den meisten Jahren nicht aufgebraucht, so daß die Reste zur Aufstockung des Grundkapitals verwendet werden konnten.[320] Beispielhaft war die Diskussion über die Verwendung der Summe von 50000 Mark, die als Ersatz der Schenkungssteuer der Akademie von der Stifterfamilie zurückerstattet wurde. Dem Wunsch Gotheins, die ganze Summe als Reservefonds zu verwenden, - aus der Erkenntnis, daß für besondere Forschungsprojekte auch größere Summen schnell flüssig gemacht werden müßten, um wirksam helfen zu können, hatte er die Notwendigkeit liquider Mittel angemahnt - wurde nicht entsprochen. Als Kompromiß wurde der Vorschlag verstanden, den größten Teil der Summe dem Grundkapital, das grundsätzlich unantastbar war, zuzuschlagen und nur den kleineren Teil (20000 Mark) mit kurzer Kündigungsfrist auf einem Sparkonto anzulegen. Der Sinn dieses Reservefonds bestand darin, eine gewisse Summe jederzeit verfügbar zu haben. Auf jeden Fall sollten Mittel nur vorübergehend entnommen,[321] d.h. nachträglich im regulären Haushalt der Akademie aufgefangen werden. Die Finanzpolitik der Akademie ging also dahin, in keinem Fall einen einmal erreichten Vermögensstand zu mindern.

5.2. Zustiftungen zur Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Die Stiftung der Heidelberger Akademie durch einen industriellen Mäzen hatte die Hoffnungen und Erwartungen geweckt, seine Tat für die Wissenschaften werde alsbald Nachahmung finden, die besonders der Akademie als einer Art Sammelbecken für private Wissenschaftsförderung zugute kommen würde.[322] Solche Zustiftungen an die Akademie, die der Förderung bestimmter Wissen-

[320] Vgl. **HAW** 132/1; **HAW** 1321/lff.

[321] Vgl. Prot. Sitz. der Gesamtakademie vom 18. Juli 1914 (HAW 143/1). Insbes. Koenigsberger hatte sich gegen jedwede „Absonderung eines Fonds" ausgesprochen, da dies „den seinerzeitigen Abmachungen über die Verwendung der Gesamtsumme zuwiderlaufe."

[322] Zum Mäzenatentum Lanz' und den damit verbundenen Erwartungen an die Zukunft vgl. die Kap. Il.2., 11.5.1. und III.4.1.

schaftsgruppen und Fächer dienen sollten, hatte Windelband in der Diskussion der Kritik Max Webers als wahrscheinlich angekündigt und auch für die Soziologie erwartet.[323] Zustiftungen für einzelne Fächer an die Akademie waren freilich auch notwendige Voraussetzungen, um größere Unternehmungen überhaupt in Angriff nehmen zu können. Die Mitglieder der Akademie waren sich - ebenso wie das Ministerium - bewußt, daß die durch die Hauptstiftung gewährten Mittel nur einen begrenzten Spielraum für bescheidene Aufgaben boten. Die Erwartung weiterer Zuwendungen beruhte dabei nicht nur auf der Hoffnung auf ein neu erwachtes Mäzenatentum unter der Finanzaristokratie, sondern entsprach durchaus den Gegebenheiten bei anderen Akademien. Eine Stiftung an eine Akademie konnte sich der vollen Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erfreuen, dessen durften alle potentielle Geber gewiß sein.[324]

Tatsächlich schienen die Hoffnungen sich auch rasch zu erfüllen. Bereits im Oktober und November 1909 liefen Verhandlungen mit dem Mannheimer Getreidegroßhändler Hirsch über die Stiftung von 350000 Mark für ein Akademiegebäude, die sich indes zerschlugen.[325] Im Gründungsjahr der Akademie noch erfolgte eine erste Zuwendung an die Philosophisch-historische Klasse durch Otto Gradenwitz, die die Inangriffnahme der ersten Akademieunternehmung ermöglichte.[326]

Die bedeutsamen Zustiftungen an die Akademie erweiterten in erster Linie die materielle Basis und damit den Aktionsradius der Philosophisch-historischen Klasse. Es handelt sich hierbei vorzugsweise um die Merx-Curtius-Stiftung (1910) und die Fritz-Toebelmann-Stiftung (1915), denen in den 20er Jahren einige kleinere Stiftungen für beide Klassen folgten. Kennzeichen aller dieser Stiftungen war die Zweckgebundenheit der Erträge; ihre Verwendung wurde in der Stiftungssatzungjeweils genauestens festgelegt.

5.2.1. Die Merx-Curtius-Stiftung (1910).

Die erste eigenständige Zustiftung an die Akademie war die „Merx-Curtius-Stiftung". Am 8. August 1909 war der Alttestamentler

[323] Vgl. Windelband an **M.** Weber, 16. Okt. 1909 **(HAW** 013).
[324] Zu den Stiftungen an der Berliner Akademie vgl. oben 43, Anm. 145.
[325] Vgl. dazu unten 250f.
[326] Vgl. dazu 297 f.

Adalbert Merx,[327] außerordentliches Mitglied der Akademie, verstorben. Seinem Willen gemäß sollte die Akademie die Verwaltung einer Stiftung von 50000 Mark übernehmen, aus deren Zinsertrag „ein tüchtiger, jüngerer, unverheirateter Orientalist" vor einer „genügenden" Anstellung auf mehrere Jahre unterstützt werden konnte.[328] Der Ankündigung der von der Witwe Sophie Merx, geb. Curtius, zu vollziehenden Stiftung war bereits ein Statutenentwurf beigelegt, der in gestraffter Form und mit Zusätzen über die verwaltungstechnischen Fragen der Stiftung von der Akademie angenommen wurde.[329] Zweck der Stiftung war die „Förderung der orientalischen Studien auf den Gebieten, in denen der Stifter selbst literarisch tätig oder heimisch war, also der alttestamentlichen Theologie und dem gesamten Kulturgebiet des vorderen Orients."[330] Ausdrücklich ausgeschlossen blieben rein linguistische Problemstellungen und „lediglich philologische Untersuchungen" der Keilschriftenforschung.[331] Dagegen wurden im Statutenentwurf noch ausgeschlossene assyriologische und ägyptologische Arbeiten letztlich doch zugelassen. Nicht unerheblich eingeschränkt wurde der Wirkungsbereich der Stiftung durch die Bestimmung, daß in erster Linie „Deszendenten" der Stifterin, ,,sodann Angehörige der Universität Heidelberg, und ferner der Universitäten Tübingen und Gießen Anderen zu bevorzugen sind."[332] So wie das Stipendium auf mehrere Jahre gewährt werden konnte, so war die

[327] Zu Merx vgl. Bad. Biogr. 6, Heft !, 1927, 44-56 (0. Herrigel).

[328] Vgl. **M.** Wolf an Koenigsberger, 26. Aug. 1909 **(HA W** 4310).

[329] Der Statutenentwurf stammte von Prof. Dr. J. Ruska, die überarbeitete Fassung von C. Bezold, die von der Klasse angenommen und von der Stifterin gebilligt wurde (vgl. Bezold an Windelband, 28. Nov. 1909, Merx an Windelband, 7. Dez. 1909, Windelband an Koenigsberger, 27. Dez. 1909; **HAW** 4310). Entwurf und endgültige Fassung der Statuten vgl. ebd.; die Statuten sind abgedruckt in Jh. 1909/10, LXXIIf. Bemerkenswert ist, daß die Willenserklärung des Verstorbenen in den Statuten nicht mehr erwähnt ist. Dies spricht dafür, daß es sich dabei nicht um eine testamentarische Verfügung handelte (so bei Windelband an Koenigsberger, 28. Dez. 1909 und auch bei Riese, R., Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 251), sondern um einen vor dem Tode in irgendeiner Form geäußerten Wunsch bzw. um eine Absichtserklärung, wie Wolfs Mitteilung nahelegt, die die Witwe aus eigenem Entschluß verwirklichte. Sie wird in den Statuten als alleinige Stifterin geführt.

[330] Vgl. § 2 des Statutenentwurfs (HAW 4310).

[331] Vgl. § 2 der Statuten (Jh. 1909/10, LXXII).

[332] Vgl. § 4 der Statuten (ebd.).

Akademie andererseits auch nicht verpflichtet, es alljährlich zu vergeben. Maßnahmen zur Erhöhung des Stiftungskapitals entsprangen vor allem auch dem Gedanken, dem Stipendiaten einen angemessenen Lebensunterhalt gewähren zu können. So mußten die Zinsen zur Aufstockung des Kapitals verwendet werden, wenn der Zinsertrag unter ein bestimmtes Maß herabsank.[333] Mit Schreiben vom 30. Dezember 1909 teilte Koenigsberger dem Ministerium mit, daß „in Erfüllung eines Wunsches des ... verstorbenen Geheimrats Professor Dr. Adalbert Merx ... dessen Witwe ... am 2. November 1909, dem Geburtstag ihres heimgegangenen Gatten, der philosophisch-historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ein Kapital von 50000 M" zur Begründung einer „Merx-Curtius-Stiftung" zur Verfügung gestellt habe und daß die Klasse zur Annahme der Stiftung bereit sei. Zur Annahme dieser Stiftung wird die „hohe staatsministerielle Genehmigung" erbeten.[334] Diese Genehmigung wurde mit „Allerhöchster Staatsministerial-Entschließung" Nr. 43 vom 17. Januar 1910 erteilt.[335] Mit der staatlichen Genehmigung erhielt die Stiftung, analog zum Stiftungsgeschäft der Akademie selbst, Rechtsfähigkeit.[336]

Die Stiftungssumme, von der 40000 Mark an Effekten der Akademie übergeben und 10000 Mark in bar eingezahlt wurden, stand mit einem Nominalwert von 48772 Mark und 10 Pfennig - einschließlich bereits angefallener Zinsen - der Akademie am 1. Februar 1910 zur Verfügung. Der Effektivwert stand also um 1227,90 Mark hinter der Stiftungssumme zurück, von der auch noch eine Schenkungssteuer von 2438 Mark abging. Dennoch wurde die erste Vergabe des Stipendiums bereits für Anfang des Jahres 1911 in Aussicht gestellt. Zur Verwaltung der Stiftung wurde ein Kuratorium, bestehend aus dem Klassensekretär Windelband, den

[333] Vgl. §§ 4 und 8 der Statuten (ebd., LXXIIf.).

[334] HeidAW an BMKU, 30. Dez. 1909 (GLA 235/4002; Konzept in HAW 4310).

[335] GLA 235/4002; BMKU (v. Dusch) an HeidAW, 22. Jan. 1910, No. B 672 (HAW 4310 und GLA 235/3354, fol. 131).

[336] Vgl. HeidAW an Filiale der Rheinischen Creditbank in Heidelberg, 27. Apr. 1910 (HAW 4310). Demgegenüber antwortete die Akademie auf Anfrage des Rechnungshofes des Deutschen Reiches vom 5. Juli 1939, ob die Merx-Curtius-Stiftung Rechtspersönlichkeit besitze, am 3. Okt. 1939 verneinend. Ein Gutachten von K. Engisch vom 28. Sept. 1939 definierte die Stiftung als „sog[enannte] unselbständige Stiftung bei der Heidelberger Akademie", besonders weil ein „ordnungsgemäßes Stiftungsgeschäft i[m] S[inne] des § 81 BGB anscheinend überhaupt fehlt."

ordentlichen Mitgliedern Bezold und Troeltsch als „zuständigen" Fachvertretern und M. Wolf als Vertreter der Familie, eingesetzt. Für das erste Jahr wurde das Stipendium auf etwa 1500 Mark veranschlagt; eine Bewerbung ging jedoch nicht ein, so daß die Summe zur Aufstockung des Grundkapitals verwendet werden konnte. Für 1912 war das Stipendium bereits auf 1700 Mark angewachsen und wurde erstmals für das Rechnungsjahr 1912/13 vergeben.[337] Das Stipendium konnte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges nur zwei Mal vergeben werden, beide Male an C. Jäger. Von 1919 bis 1923 erhielt der Theologe 0. Hofmann das Stipendium, dessen Wert durch die Inflation gänzlich aufgezehrt wurde. Von 1929 bis 1936 konnte dann das Stipendium wieder regelmäßig alle zwei bis drei Jahre verliehen werden.[338]

5.2.2. Die Fritz-Toebelmann-Stiftung (1915).

Wesentlich bedeutsamer war die Gedächtnisstiftung von Frau Baurat Anna Toebelmann aus Berlin zu Ehren ihres im Weltkrieg gefallenen Sohnes, des Architekten Fritz Toebelmann. Enge Beziehungen zu Heidelberg hatte Toebelmann durch sein Studium gewonnen. Durch Vermittlung des Archäologen Christian Hülsen war die nachgelassene Schrift Toebelmanns „Der Bogen von Malborghetto" in den Abhandlungen der Akademie 1915 erschienen.[339] Eine wesentliche Anregung zur Errichtung einer Stiftung für bedürftige Wissenschaftler zum Gedächtnis ihres Sohnes und zur Förderung seiner Studiengebiete war von dem Altphilologen Otto Weinreich ausgegangen, der A. Toebelmann bereits auf die Akademie als geeignete Institution für die Verwaltung einer derartigen Stiftung hingewiesen hatte. Auch Hülsen hatte ihr - nicht zuletzt durch die Aufnahme der Schrift Toebelmanns in die Akademieabhandlungen - die Akademie als die richtige Adresse für ihr Vorhaben empfohlen.[340] Als sich Friedrich von Duhn der Ange-

[337] Vgl. hierzu die Korrespondenzen und Protokolle in HAW 4310; vgl. auch GLA 235/4002 (Windelband an Koenigsberger, 18. Febr. 1910 mit der Bitte um Mitteilung an das Ministerium) und GLA 235/30158 (mit dem Voranschlag für 1910/11 vom 1. Mai 1910).

[338] Vgl. HAW 4310. Zur Verleihungspraxis in den frühen 30er Jahren vgl. auch Jh. 1930/31, XII; Jh. 1931/32, XIII und Jh. 1932/33, XI.

[339] Toebelmann, F., Der Bogen von Malborghetto.

[340] Sowohl Hülsen als auch Weinreich wurden bald darauf, 1918 bzw. 1919, ao.M. der HeidAW.

legenheit annehmen konnte, war der Weg zur Begründung der Stiftung und zur Angliederung an die Heidelberger Akademie der Wissenschaften geebnet. Zusammen mit der Abhandlung ihres Sohnes überreichte von Duhn A. Toebelmann auch den Entwurf einer Stiftungsurkunde, die im wesentlichen in die endgültige Stiftungsurkunde einging; die ursprüngliche „Liberalität" und „elastischen Fassung" des Urkundenentwurfs wurde allerdings eingeschränkt. Mit der Vorlage der Abhandlung „Malborghetto" in der Klassensitzung am 5. Juni 1915 konnte von Duhn auch die beabsichtigte Stiftung der Klasse zur Kenntnis bringen.[341] Ziel der Stiftung sollte vornehmlich sein, ,,deutschen Architekten oder Archäologen, die ihr Studium beendet haben oder vor der Beendigung stehen, die wissenschaftliche Fortbildung zu erleichtern." Die Arbeiten solcher Gelehrten sollten „vornehmlich der Erforschung, Bearbeitung und Veröffentlichung von Denkmälern des Altertums dienen ..., namentlich antiker Bauwerke und topographischer Tatsachen." Neben den Veröffentlichungen der Forschungen konnten auch Studienreisen unterstützt werden. In Kreisen der Akademie, die diese Stiftung mit Genugtuung zur Kenntnis nahm, wurde dennoch die allzu enge Formulierung der Ziele und Aufgaben der Stiftung kritisiert. Carl Neumann hatte die Ausweitung des Stiftungszwecks auch auf die neuere Architekturgeschichte gefordert, und Franz Boll hatte bedauert, daß die Förderung junger Philologen in der Stiftungsurkunde nicht mehr enthalten war.[342]

Auf Antrag der Philosophisch-historischen Klasse vom 12. Juni 1915 erklärte das Kultusministerium sein Einverständnis mit dem Satzungsentwurf der für die Klasse mit einem Kapital von 250000 Mark zu errichtenden Fritz-Toebelmann-Stiftung und stellte die staatliche Genehmigung in Aussicht.[343] Danach konnte das eigentliche Stiftungsgeschäft eingeleitet werden. Am 7. August 1915

[341] Vgl. den Bericht F.v. Duhns „Zur Vorgeschichte der Fritz Toebelmann-Stiftung" vom 22. Juni 1915, **HAW** 4320 und GLA 235/4002, BI. 32-40. Vgl. dazu auch Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 5. Juni 1915 **(HAW** 321/3) und Jh. 1915, **XXXIIIf.**

[342] Vgl. C. Neumann an Bezold, 10. Juni 1915 und die Bemerkungen von C. Neumann und Bol! zur Mitteilung Bezolds vom 30. Juni 1915 **(HA W** 4320).

[343] HeidAW an BMKU, 12. Juni 1915 (GLA 235/4002, BI. 26 und HAW 4320); BMKU an HeidAW, 21. Juni 1915, No. A 5144 (HAW 4320 und GLA 235/4002, BI. 28f.).

erfolgte die notarielle Ausfertigung der Stiftungsurkunde. Das Stiftungskapital von 250000 Mark durfte, wie bei anderen Stiftungen, nicht angegriffen und verringert werden. Für den Fall der Auflösung der Akademie sollte die Verwaltung der Stiftung auf die Universität Heidelberg übergehen.[344] Die Übertragung des Stiftungsvermögens sollte erst nach Friedensschluß in mündelsicheren Wertpapieren oder Hypotheken erfolgen. Sollte die Übertragung des Stiftungskapitals erst nach dem 1. Januar 1916 möglich sein, hatte sich die Stifterin bereit erklärt, „von diesem Zeitpunkt an als Stiftungserträgnis den 40/oigen Zins aus dem Stiftungskapital an die Akademie auszufolgen."[345] Einern Ersuchen der Akademie zuvor kommend, beantragte der Notar Benda aus Lübeck im Namen der Stifterin mit Schreiben vom 17. August 1915 die staatliche Genehmigung der Stiftung;[346] diesem Antrag schloß sich die Akademie an und bat zugleich offiziell darum, ihr den badischen Zuschlag zur Schenkungssteuer zu erlassen und die Steuer je nach Einlauf des Stiftungsvermögens aus dem Zinsertrag begleichen zu dürfen.[347] Mit Allerhöchster Staatsministerial-Entschließung No. 648 vom 3. September 1915 wurde der Fritz-Toebelmann-Stiftung die staatliche Genehmigung erteilt. Die Führung der Verwaltung und „die rechnungsmäßige Nachweisung des Stiftungskapitals" wurde der Heidelberger Akademie der Wissenschaften übertragen. Der Verwendungsnachweis war jeweils im Jahresbericht der Akademie vorgeschrieben. Ein badischer Zuschlag zur Schenkungssteuer wurde nicht erhoben.[348]

Mit der staatlichen Genehmigung hatte die Stiftung juristische Persönlichkeit erhalten und war dadurch zu einer Anstalt des öffentlichen Rechtes geworden, „wie dies auch bei der Heidelberger Akademie der Wissenschaften der Fall ist."[349] Es handelte sich bei der Fritz-Toebelmann-Stiftung aufgrund des Stiftungsgeschäftes im Grunde um eine selbständige Stiftung, die mit der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gekoppelt wurde und dieser in ihren Verwaltungsgeschäften unterstellt wurde. Der Vorstand

[344] Die Stiftungsurkunde vgl. in HAW 4320 und GLA 235/4002, BI. 43-47.
[345] Vgl. Bezold an Notar Dr. E. Benda in Lübeck, 22. Juli 1915 (HAW 4320).
[346] Benda an BMKU, 17. Aug. 1915 (GLA 235/4002, BI. 41).
[347] Vgl. HeidAW an BMKU, 24 Aug. 1915 (HAW 4320).
[348] BMKU an HeidAW, 11. Sept. 1915, No. A 7855, GLA 235/3354, fol. 234; GLA 235/30159 und HAW 4321/1. Vgl. auch HAW 4320 und Jh. 1915, XII.
[349] Vgl. Bezold an Benda, 22. Juni 1915 (HAW 4320 und HAW 4321/1).

der Heidelberger Akademie der Wissenschaften war zugleich als Vorstand der Fritz-Toebelmann-Stiftung zu betrachten.

Für Oktober bis Dezember 1915 stand der Akademie die erste Zinsrate von 2500 Mark zur Verfügung, denen in den folgenden Jahren jeweils weitere 10000 Mark folgten.[350] Die Zinsbeträge wurden zu einem guten Teil dem Stiftungskapital zugeschlagen.[351] Da bei Übertragung des gesamten Stiftungskapitals an die Akademie der Kurswert der Kriegsanleihen nur noch bei 96% lag, die Akademie die Annahme des verminderten Stiftungskapitals aber von der staatlichen Genehmigung abhängig machen mußte, wurde zum Jahresende 1918 eine Stiftungssumme mit einem Nennwert von 260400 Mark der Akademie übergeben.[352]

Erstmals wurden bereits im Februar 1916 den Professoren Fiechter und Hülsen 1000 Mark aus der Stiftung bewilligt für die Vorbereitung der „Veröffentlichung einer Arbeit des verstorbenen Architekten Fritz Toebelmann über die »Gebälke in der hellenistisch-römischen Architektur«".[353] Durch die Inflation wurde das Kapital der Toebelmann-Stiftung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen, so daß erst 1937 wieder Unterstützungen aus dieser Stiftung bewilligt werden konnten.

5.2.3. Die Windelband-Rickert-Stiftung.

Die bedeutsamste Zustiftung der 20er Jahre war die Windelband-Rickert-Stiftung zur Förderung der Philosophie des deutschen Idealismus. Bedeutsam war die Stiftung vor allem deswegen, weil

[350] Vgl. HeidAW an Verrechnung der Akademie, 31. Dez. 1915 (HAW 4321/1; vgl. auch HAW 4320)

[351] Vgl. GLA 235/30158 und HAW 4321/1.

[352] Vgl. die Korrespondenz zwischen der Akademie und dem Vertreter der Stifterin, Rechtsanwalt Wagemann in Berlin, 30. Nov. 1918, 9. Dez. 1918, 12. Dez. 1918 und 4. Jan. 1919 (HAW 4321/1).

[353] Vgl. HeidAW an Verrechnung der Akademie, 14. Febr. 1916 **(HAW** 4321/1). Fiechter wurden noch im gleichen Jahr 3000 Mark für die „Herstellung eines Repertoriums der wichtigsten antiken Bauwerke" gewährt. Weiter wurden für die Vorbereitung eines Werkes über das Denkmal von Adamklissi in Rumänien 3000 Mark bewilligt (1918), zur Herstellung des Grabungsberichts über die Ausgrabungen in Ägypten 4000 Mark (1921), für eine Herakles-Monographie 2000 Mark (1921), sowie verschiedene kleinere Beträge und, für lange Zeit letztmalig, ein Autorenhonorar von 3000 Mark an Fiechter bzw. 1000 Mark an Hülsen für das Toebelmannsche Werk über die Gebälke (1921/22).

die Stiftungssumme in fremder Valuta angelegt werden konnte, also ihren Wert behielt. Japanische Philosophen, die in Deutschland vornehmlich bei Rickert studiert hatten, hatten ihn gebeten, „eine Summe anzunehmen, deren Zinsen zur Förderung philosophischer Arbeiten hauptsächlich jüngerer, noch nicht im Amt befindlicher Gelehrter dienen sollten." Die Summe sollte nach dem Willen Rickerts Eigentum der Akademie werden, wenn er sich auch die Verfügung über die Zinsen und die Besetzung des Verwaltungsrates, dem mindestens ein Mitglied der Akademie und ein Vertreter der Juristischen Fakultät angehören mußten, vorbehielt. Die von verschiedener Seite aufgebrachte Summe - 3000 Yen durch Vermittlung des früheren japanischen Kultusministers und Pädagogikprofessors Seitaro Sawayanagi, 100 Pfund Sterling durch Rickerts Schüler Professor Soda und 300 Dollar als Beitrag der juristischen Fakultät, um auch rechtsphilosophische Studien unterstützen zu können - entsprach im Juli 1923 einem Wert von 750 Millionen Papiermark, so daß Rickert an die Verwirklichung der Stiftung denken konnte, zumal er weitere Spenden erwartete, sobald die Stiftung erst errichtet sei.[354] Im Februar 1924 nahm die Akademie die Stiftung und die Satzung derselben an. Mit Erlaß Nr. A 3443 vom 20. Februar 1924 genehmigte auch das Kultusministerium die Annahme der „Windelband-Rickert-Stiftung zur Förderung der Philosophie des deutschen Idealismus".[355]

Nach der Einführung der Rentenmark wurde das in ausländischer Währung übergebene Stiftungskapital in deutsche Rentenmark umgetauscht; es betrug am 1. Juli 1924 9286,40 Mark. Aufgrund günstiger Verlagsbedingungen für die „Heidelberger Ab-

[354] Vgl. Rickert an Bartholomae, 24. Juli 1923 (GLA 235/4002). Als Vermittler des Angebots Sawayanagis waren die japanischen Professoren Kita und Ohagama, die in Heidelberg studiert hatten, an Rickert herangetreten. Genauere Angaben enthalten die Erinnerungen von Reikichi Kita (1885-1961), Tetsugaku Angya (Wanderung für die Philosophie), 320f. (freundliche Mitteilung von Prof. Dr. Kazuhiko Yamaki/Yamanashi vom 31. Juli 1990): Kita studierte vom Frühjahr 1921 bis Herbst 1922 in Heidelberg, vornehmlich bei **H.** Rickert. Bei einem Besuch des Pädagogikprofessors und früheren Kultusministers von Japan Seitaro Sawayanagi in Heidelberg berichtete Kita diesem über die Not der Universität Heidelberg. Sawayanagi vermittelte daraufhin nach seiner Rückkehr nach Tokio eine Spende von 3000,- Yen des Unternehmers Gunshiro Mochizuki als „Windelband-Stiftung". Kita spielte bei dieser Aktion die „Rolle des Boten" an H. Rickert.

[355] Vgl. hierzu und zum folgenden HAW 4330.

handlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte" mußten die Zinsen der Stiftung für die nächsten Jahre zur Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten nicht in Anspruch genommen werden. Das Stiftungskapital wuchs so bis zum 1. Januar 1928 auf 11163,20 Mark an. Seit 1927 wurden schließlich auch jährlich Mittel für wissenschaftliche Arbeiten ausgegeben, die in der Regel die Zinseinnahmen nicht überschritten. Unterstützt wurden so bis 1933 Arbeiten von A. Faust, V. Stegemann, J. Meifort, G. Nebel, R. Klibansky, H. Cassirer, J.G. Greiner und F. Böhm, die zumeist als Dissertationen oder Habilitationsschriften in den Heidelberger Abhandlungen erschienen.[356] Von 1934 bis 1937 und von 1942-1943 (wegen Papierknappheit) wurden keine Unterstützungen gewährt. Der ursprünglich als Nachfolger Rickerts als Vorsitzender des Verwaltungsrates vorgesehene E. Hoffmann schied 1934 aus dem Verwaltungsrat aus; an seiner Stelle rückte A. Faust nach. Nach Rickerts Tod wurde Panzer als Vertreter der Akademie in den Verwaltungsrat berufen, Vorsitzender wurde H. Glockner. Aufgrund einer Anfrage des Rechnungshofes des Deutschen Reiches vom 9. Dezember 1937 stellte die Akademie fest, daß die Zusammenstellung des Verwaltungsrates „erst mit ihrer Bestellung durch die zuständige Aufsichtsbehörde rechtsgültig wird", d.h., daß die Verwaltung der Stiftung einer rechtlichen Grundlage entbehrte. Die Bestätigung des badischen Kultusministeriums erfolgte mit Erlaß No. A 2308 vom 25. Februar 1938.[357]

Die Stiftung machte in der Praxis den Eindruck, als sei sie weitgehend unabhängig von der Akademie, zumal auch Vermögen und Erträgnisse der Stiftung nicht in der Rechnung der Akademie nachzuweisen waren. Die Rechtslage der Stiftung wurde aufgrund der Feststellung des Rechnungshofes des Deutschen Reiches vom *5.* Juli 1939 neu überprüft. Ein Gutachten K. Engischs vom 28. September 1939 bestätigte, daß die Windelband-Rickert-Stiftung eine Zustiftung, d.h. eine unselbständige Stiftung ohne Rechtspersönlichkeit sei. Obgleich der Verwaltungsrat gegenüber der Akademie eine gewisse Selbständigkeit bewies, war doch der Mangel eines klaren Stiftungsgeschäftes auch hier entscheidend für die Feststellung fehlender „selbständiger Rechtspersönlichkeit".

[356] Zu den gewährten Unterstützungen vgl. auch die Jahresberichte in den Jhh. der Akademie von 1925/26 bis 1932/33.

[357] Vgl. HeidAW an Glockner, 20. Jan. 1938 (wie Anm. 355).

Zu einer Neukonstituierung des Verwaltungsrates nach dem Zweiten Weltkrieg kam es nicht. Als infolge der Währungsreform das Stiftungskapital auf eine Summe herabsank, die zur Erfüllung der Stiftungszwecke nicht mehr ausreichte, beschloß die Philosophisch-historische Klasse in ihrer Sitzung am 26. Februar 1949, „die Stiftung aufzuheben und die noch vorhandenen Mittel dem ... Cusanus-Unternehmen zur Verfügung zu stellen."[358]

5.2.4. Sonstige Stiftungen an die Akademie.

Wie die Windelband-Rickert-Stiftung verloren auch die Carl-Bezold-Stiftung (seit 1936)[359] und der der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse 1927 übertragene Dr. L. Nicolai-Fonds[360] nach dem Zweiten Weltkrieg jegliche Bedeutung.

Zu diesen Stiftungen, die analog zur „Hauptstiftung" ihre Fördersumme aus dem Zinsertrag abwarfen, kamen verschiedentlich Einzelspenden für bestimmte Zwecke, die teils der Akademie zu eigenständiger Verwaltung, teils zur Verteilung übergeben wurden. Die erste dieser Einzelspenden in Höhe von 10000 Mark war der Herstellung des Index zum Theodosianus bestimmt.[361] Am 28. Dezember 1909 machte der Naturforscher Prof. Haberer dem Kultusministerium Mitteilung von seiner Absicht, seine zoologischen Sammlungen „als Ganzes der neugegründeten Akademie der Wissenschaften in Heidelberg als Geschenk anzubieten." Die Akademie sollte dann die Bearbeitung dieser Sammlungen „in die Wege leiten."[362] Das Ministerium versuchte die Akademie daraufhin zu bewegen, Haberer nahezulegen, die Sammlung der „Landessammlung oder einer Hochschulsammlung zu überweisen." Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse entschloß sich jedoch in ihrer Sitzung am 3. März 1910, die „beabsichtigte Schenkung einer Sammlung von allen Thierklassen aus dem Gebiete der Quellflüsse des Congo anzunehmen, und da die Akademie augen-

[358] Vgl. HeidAW an Präsidenten der Landesverwaltung Baden, Abt.Kul.Unt., 7. März 1949. Mit Erlaß Nr. A 1498 vom 24. März 1949 erteilte das Ministerium sein Einverständnis zur Aufbebung der Stiftung (HAW 4330).

[359] Vgl. HAW 4340.

[360] Vgl. HAW 421.

[361] Wie Anm. 326.

[362] Zur Schenkung der Sammlung Haberer vgl. GLA 235/3354, fol. 132-135, fol. 14lf. und HAW 4281.

blicklich über Räumlichkeiten zur Aufstellung derselben nicht verfügt, diese als Eigenthum der Akademie den betr[effenden] Instituten der Universität Heidelberg anzuvertrauen."[363] Prof. Haberer kündigte die Übergabe seiner Sammlung an die Akademie für das Frühjahr 1912 an, sobald er aus Afrika zurückgekehrt sein würde. Über den Vollzug der Schenkung liegen keine Nachrichten vor.[3633]

Ebenfalls an die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse ging eine Schenkung „von ungenannter Seite" in Höhe von 15000 Mark „zum Zwecke der Förderung der Hirnforschung ... mit der ausdrücklichen Bedingung, daß diese Summe im Ganzen einem hervorragenden deutschen Gelehrten, der seinen Wohnsitz nicht im Großherzogtum Baden zu haben braucht, zugewiesen werden soll."[364] Die Klasse beschloß, die Summe - nach Abzug der Schenkungssteuer - an den Tübinger Privatdozenten Dr. Brodmann „zur Vollendung und Publikation seiner Arbeiten über die Großhirnrinde zu vergeben."[365]

Eine weitere Stiftung „für rein wissenschaftliche Forschungszwecke" hatte Friedrich Endemann noch einmal 1912 in Aussicht gestellt und dazu „die Meinung und den Willen der hohen Staatsregierung" einholen wollen, bevor weiteres unternommen würde.[366] Von konkreten Plänen ist jedoch nichts in den Akten festgehalten.

Als die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft a.G. in Mannheim im Jahre 1921 den Hochschulen des Landes eine Spende von 250000 Mark zukommen ließ, wurde die Verwendung der für Heidelberg bestimmten Summe von 100000 Mark der Akademie anvertraut.[367] Die Mittel waren für „rein wissenschaftliche Zwecke",

[363] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 3. März 1910 (HAW 221/1) und HeidAW an BMKU, 4. März 1910 (GLA 235/3354, fol. 141).

[363]. Eine Anfrage beim Zoologischen Museum der Universität Heidelberg blieb ohne Ergebnis.

[364] HeidA**W** an BMKU, 1. Aug. 1912 (HAW 4282 und GLA 235/4002, BI. 24). Die staatliche Genehmigung zur Annahme der Schenkung wurde mit Erlaß No. **A** 7805 vom 8. Aug. 1912 erteilt (vgl. dazu auch GLA 235/3354, fol. 177).

[365] Vgl. die Beschlußfassung der Akademie vom 24. Sept. 1912 **(HAW** 4282) und Jh. 1912, **XXXV** (Zitat); die Verleihung ist im Jh. fälschlicherweise der Sitz. Math.-nat. Klasse am 20. Juli 1912 zugeordnet.

[366] Endemann an Böhm, 4. Dez. 1912 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20).

[367] Vgl. Jh. 1921, XXVIIIf. BMKU an Direktion der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft a.G. Mannheim, 10. Febr. 1921, Nr. A 2693 und BMKU an

insbesondere zur Förderung der „historisch-philosophisch-philologischen Fächer" gedacht. Dreiviertel der Spende wurden daher der Philosophisch-historischen Klasse zur Verteilung überwiesen. Unterstützt wurden durch die Spende einerseits laufende Akademieprojekte, andererseits aber auch die Drucklegung von Arbeiten junger Wissenschaftler und Forschungsreisen.

Diese letztgenannte Spende schien der Akademie ein vielversprechender Neubeginn zur Vermehrung ihrer Kapitalien zu sein. Eingegangen sind dagegen in den folgenden Jahren nur kleinere Zuwendungen, die zwar oft geeignet waren, in einem Einzelfall zu helfen, nicht jedoch die Finanzlage der Akademie grundlegend zu verbessern.

In der ersten Phase ihres Bestehens hatte die Akademie zwei bedeutsame Zustiftungen erhalten, die den Etat der Philosophisch-historischen Klasse um etwa 60% erhöhen konnten. Rechnet man verschiedene Schenkungen mit ein, so war die Akademie durchaus ein Kristallisationspunkt für Stiftungen für die Wissenschaft geworden. Die Zuwendungen an die Akademie hielten auch in der ersten Phase der Weimarer Republik an. Freilich ist auch zu konstatieren, daß die Hoffnung, ,,die Lanzsche Stiftung werde ein Signal für weitere Zuwendungen aus Industrie- und Finanzkreisen sein," sich in dieser Form nicht erfüllte.[368] Die Zustiftungen an die Akademie kamen überwiegend aus den Kreisen der Gelehrten selbst und des Bildungsbürgertums. Vielleicht drückte der Hinweis auf die Lanzsche Stiftung im Namen der Akademie - wie in Kreisen der Akademie gemutmaßt wurde - die Bereitschaft anderer Industrieller, ihrerseits die Akademie mit Zustiftungen zu beehren, da diese nie als gleichrangig mit der Initialstiftung empfunden werden konnten. Da die Anstrengungen der Akademie in den 20er Jahren, das zusammengeschmolzene Vermögen durch neue Stiftungen wieder aufzubauen, auch nach der Namensänderung (1926) erfolglos blieben, darf zumindest für die zweite Hälfte der 20er Jahre die schlechte Wirtschaftslage als die eigentliche Ursache dieser Mißerfolge angesehen werden.[369]

HeidAW, 10. Febr. 1921, Nr. A 2693 (Erteilung der staatlichen Genehmigung zur Annahme der Schenkung durch die Akademie); GLA 235/3354, fol. 317.

368 Vgl. Riese, R., Die Hochschule auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 251.

369 Vgl. dazu Anm. 436.

5.3. Der Erwerb geeigneter Räumlichkeiten.

Das Fehlen eines eigenen Domizils verhinderte die Ausbildung einer „Mitte", um die sich die Akademie auch als Institution im Bewußtsein der Zeitgenossen hätte etablieren können. In Hinblick auf die von ihr genutzten Räumlichkeiten blieb die Akademie ein Anhängsel der Universität. Daß dies ihrem Renommee schadete und auff"ällig die Beschränktheit der eigenen Möglichkeiten demonstrierte, wirkte belastend auf die Entfaltung der Akademie.

Eine Lösung des Problems der Heimatlosigkeit der Akademie schien noch im Gründungsjahr selbst in erreichbare Nähe zu rücken. Wieder war es Endemann, der im Zusammenwirken mit dem Prinzen von Isenburg eine Verbindung einfädelte, die die Unterkunft der Akademie bereits hätte damals sichern können.Die Voraussetzungen glichen denen der Verhandlungen um die Akademiegründung. Wieder sollte versucht werden, eine in der Luft liegende Stiftung - diesmal für Irrenhäuser - zu Gunsten der Akademie umzuwidmen. Alles hing an der Frage der Auszeichnung für den potentiellen Stifter. Schließlich hatte der Mannheimer Getreidegroßhändler Louis Hirsch der Akademie die Stiftung einer Summe von 350000 Mark „zum Ankauf oder zum Neubau eines Gebäudes für die Akademie" in Aussicht gestellt, ,,falls er hoffen dürfe, aus Anlaß dieser Stiftung den Kommerzienratstitel zu erhalten."[370] Wenn das Kultusministerium ein Junktim von Stiftung und Titelverleihung zwar grundsätzlich ausschloß, so erkannte es doch indirekt die geforderte Belohnung einer Stiftung an die Akademie an. Man erwartete freilich die Vorleistung des potentiellen Stifters und versprach die wohlwollende Prüfung der Bitte Hirschs. Tatsächlich sprach das Kultusministerium sich gegenüber dem für die Titelvergabe zuständigen Innenministerium befürwortend zur Sache aus und hob hervor, ,,daß die Möglichkeit, die Heidelberger Akademie jetzt schon in einem würdigen eigenen Hause unterzubringen, von der Universität und der Stadt lebhaft begrüßt werden wird."[371] Hätte sich diese Stiftung verwirklichen lassen, hätte sich

[370] Vgl. Endemann an Böhm, 30. Okt. 1909 und 3. Nov. 1909 (GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20). Bereits im Juli 1909 waren Anfragen von Bauunternehmen eingegangen, die ihre Dienste für die Erbauung eines Akademiegebäudes anboten (vgl. Leubewerk an Universität Heidelberg, 2. Juli 1909; HAW 0811/1).

[371] Schreiben des Staatsministers A.v. Dusch an den Minister des Innern Frhrn. von und zu Bodman, 6.Nov.1909, No. B 14026 (GLA 235/3354, fol. 102r-103v).

die Akademie ein stattliches und repräsentatives Domizil zulegen können, das der Entfaltung ihrer Tätigkeit sicherlich förderlich gewesen wäre. Aufgrund eines unglücklichen Zufalls kam das Stiftungsgeschäft nicht zustande, denn das Innenministerium hatte kurz zuvor dem Großkaufmann Hirsch den von diesem ersehnten Titel bereits - ohne „Gegenleistung" - verliehen.[372]

Die Raumfrage stellte sich zunehmend als Belastung der Tätigkeit der Akademie heraus und war mehrfach Verhandlungsgegenstand in den Sitzungen. ,,Es hat sich das Bedürfnis ergeben nach ständigen Arbeits- u[nd] ev[en]t[uel]l auch Sitzungsräumen und nach Feststellung bestimmter Stunden, an denen die Arbeitsräume und die in denselben aufliegenden Schriften etc. besucht, bez[iehungs]w[eise] eingesehen werden können, ev[en]t[uel]l auch die Sitzungen abgehalten werden können."[373] Als Möglichkeit bot sich natürlich die Anmietung geeigneter Räume an, nach denen man auch auszuschauen beschloß. Als Alternative und Ergänzung stand die weitere Nutzung von Räumlichkeiten der Universität zur Debatte. Die Philosophisch-historische Klasse erwirkte schließlich im Sommer 1910 bei der Universität die Erlaubnis, das Sitzungszimmer der Philosophischen Fakultät „bis auf weiteres" auch für ihre Sitzungen benutzen zu dürfen. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät stellte eines ihrer Zimmer im Neuen Kollegiengebäude der Gesamtakademie als Arbeits- und Bibliothekszimmer zur Verfügung.[374] Für die Schriften stand ferner ein Raum in der Universitätsbibliothek, für die Vorträge gegebenenfalls auch ein Hörsaal zur Verfügung. Die Universität gewährte der Akademie Gastrecht. Doch alle diese an die Universität gebundenen Bemühungen um Unterkunft hatten nur provisorischen Charakter.*31s*

[372] Antwortschreiben des Ministers des Innern an **BMKU,** 8.Nov.1909 (GLA 235/3354, fol. 104).

[373] Prot. Vorstandssitz. vom 30. April 1910 **(HAW** 143/1).

[374] Vgl. das Schreiben des Dekans der Phil. Fak. an die Phil.-hist. Klasse der Akademie vom 2. Juni 1910 (HAW 0811/1). Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 4. Juni 1910 (HAW 143/1). Vgl. dazu auch den Jahresbericht Windelbands vom 24. April 1911: Für die Geschäfte der Gesamtakademie hatte die Math.-nat. Fak. ,,eines der ihr in dem Neuen Kollegienhaus zugewiesenen Zimmer vorläufig zur Verfügung gestellt" (Jh. 1911, **XXIX).** Heizung und Beleuchtung gingen außerdem zu Lasten der Fakultät.

[375] Im September 1914 mußte die Akademie ihr Geschäftszimmer im Neuen Kollegiengebäude an die Volkshochschule abtreten (vgl. Engerer Senat der

Aus eigener Kraft konnte die Akademie diese Frage aber nicht lösen. Mit welchen internen Problemen die Akademie dabei zu kämpfen hatte, zeigten die Auseinandersetzungen um die Möglichkeit einer Anmietung des Hauses Buhl.[376] Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse äußerte sich einstimmig dahingehend, daß man „z.Zt. keines eigenen Heimes" bedürfe und daher wegen des Buhl'schen Hauses mit der Universität auch nicht in Verhandlungen einzutreten brauche.[377] In der Philosophisch-historischen Klasse sah man die Sache differenzierter; in unverbindlichen Verhandlungen, die zum Ziel haben müßten, für die geeigneten Räume des Obergeschosses „eine sehr kleine, fast nur nominelle Miete" zu erreichen, sah die Mehrzahl von ihnen keinen Schaden, übersah aber, daß es Eigenschaft der Buhl'schen Stiftung sein mußte, ihrerseits möglichst hohe Erträge zu erzielen.[378] Mit 12 zu 8 Stimmen sprach sich die Akademie gegen Verhandlungen „wegen Ermietung des Buhl'schen Hauses" aus.[379] Auch der Gedanke, aus Mitteln der Akademie ein eigenes Akademiegebäude zu erbauen, löste nur große Verwirrung aus. Insbesondere Koenigsberger bezog vehement Stellung gegen einen solchen Plan; ein „Hausbau sei nicht notwendig und viel zu kostspielig zum Nachteil der eigentlichen Zwecke der Akademie."[380]

Universität Heidelberg an HeidAW, 9. Sept. 1914, No. 7088, **HAW** 0811/1); eine wesentliche Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit der Akademie trat nur deshalb nicht ein, weil sie ihre Aktivitäten im Krieg ohnehin stark reduziert hatte.

376 Vgl. Engerer Senat der Universität Heidelberg an HeidAW, 20. Juli 1915, No. 4871 (ebd.). Im Juli 1909 war die Anmietung von Räumen des der Universität testamentarisch vermachten Hauses Buhl schon einmal erwogen worden (vgl. **R.** Schroeder an Koenigsberger, 17. Juli 1909 (ebd.), ohne daß jedoch Verhandlungen eingeleitet wurden).

377 Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 24. Juli 1915 **(HAW** 221/5 vgl. auch **HAW** 0811/1).

378 Vgl. das Rundschreiben Bütschlis an die Mitglieder der Akademie vom 26. Juli 1915 mit den Kommentaren der Mitglieder (HAW 0811/1).

379 Bütschli an die o.M. der Akademie, 6.Aug.1915; vgl. auch Bütschli an Engeren Senat, 6. Aug. 1915 (ebd.).

380 Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 18. Juli 1914 (HAW 143/1). Am 19. Juni 1914 war Windelband von der Absicht des Kultusministeriums unterrichtet worden, wegen Erwerbes des Hauses Zeeb mit Stadtrat Nollert in Verhandlungen treten zu wollen; offenbar war in Karlsruhe erwartet worden, daß auch die Akademie an diesem Objekt interessiert sein könnte (vgl. **HAW** 0811/1). Diese Erwartung des Ministeriums interpretierte Koenigsberger in der genannten Sitzung offen-

Die Erfüllung aller Wünsche der Akademie nach eigenen Räumen verdankte sich nicht dem Verdienst der Akademie, sondern dem grundlegenden Wandel der politischen Verhältnisse. Mit der Abdankung des Großherzogs fiel auch das Großherzogliche Palais in Heidelberg an den Fiskus.[381] Eine neue Nutzungsmöglichkeit dieses Gebäudes mußte gefunden werden. Bewerber für eine (auch zeitweilige) Nutzung bzw. Mitbenutzung dieses großen Gebäudes gab es viele, so den Kunstverein, die Volkshochschule, die Stadt Heidelberg für die Aufbewahrung ihrer Sammlungen und für behördliche Zwecke, die Neckarbaudirektion[382] und auch die Universität.[383] Die Akademie war nicht unter den „Bittstellern".

Die Universität bat um Überlassung des Großherzoglichen Palais für ihre Sammlungen, besonders die des Archäologischen Institutes, sowie als Ausweichräumlichkeiten für die arg beengten Seminare. Das Bedürfnis der Universität nach Erweiterung ihrer Räumlichkeiten machte sich das Kultusministerium zu eigen und wurde beim Finanzministerium vorstellig, das Palais in den Verfügungsbereich des Kultusministeriums zu überweisen.[384] Das Finanzministerium zögerte eine Entscheidung über die Verwen-

bar als tatsächlich bestehendes Interesse der Phil.-hist. Klasse, weswegen er weitergehende Absichten bei der Frage der Anlage der von Lanz als Ersatz der Stiftungssteuer überwiesenen 50000 M unterstellte, was wiederum Windelband energisch dementieren mußte.

381 Zur Geschichte und kunsthistorischen Einordnung des Großherzoglichen Palais bzw. Akademiegebäudes vgl. Prestel, Chr., Der Karlsplatz in Heidelberg, 66-97 und 192-230. Dies., Die Akademie der Wissenschaften. Der Übergang des Gebäudes in die (Mit-)Nutzung durch die Akademie ist in beiden Darstellungen nicht belegt. Es heißt dort pauschal: ,,Das Gebäude geht in den Besitz des Landesfiskus über [zum Jahr 1920 !] ... Seither ist das Gebäude Sitz der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Unterlagen über die Übergabe fanden sich leider nicht" (Prestel, Chr., Der Karlsplatz in Heidelberg, 229; vgl. auch ebd. 74 und Dies., Akademie der Wissenschaften, 283).

382 Vgl. das Gesuch C. Neumanns vom 19. März 1919; den Antrag des Universitätsausschusses für Volkshochschulkurse vom 17. Apr. 1919; Eingabe des Stadtrates der Stadt Heidelberg an das BMF vom 13. Okt. 1919; Neckarbaudirektion Heilbronn an das Bad. Arbeitsministerium, 20. Jan. 1921 (GLA 235/3848).

383 Vgl. Engerer Senat der Universität Heidelberg an BMKU, 25. Febr. 1919, Nr. 3190 (ebd.).

384 BMKU an BMF, 22. März 1919, No. A 3960/No. 2545 (ebd.). Die Bitte um Überweisung des Palais in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministers wurde mehrfach wiederholt, so mit Schreiben vom 14. Juni 1919, No. A 9487 und 21. Okt. 1919, No. A 16312 (ebd.).

dung des Palais lange Zeit hinaus. Da es „für staatliche Zwecke benötigt" werde,[385] versagte sich das Finanzministerium vorerst auch den Wünschen der Universität und des Kultusministeriums. Nachdem aber die Justizverwaltung das Gebäude nicht mehr benötigte,[386] interpretierte auch das Finanzministerium die staatlichen Zwecke als Universitätszwecke.[387] Der Erlaß vom 31. Mai 1920 Nr. 6318 stellte endlich „das ehemalige Grossh[erzogliche] Palais in Heidelberg ... dem dortigen Ministerium [i.e. dem Kultusministerium] für die Zwecke der Universität zur Verfügung. Das Eigentumsverhältnis des fragl[ichen] Anwesens, das seit der Ueberleitung in die neuen Verhältnisse zum Domänengrundstock gehört, bleibt unverändert." Letztinstanzliche Entscheidungen insbesondere über bauliche Maßnahmen blieben so dem Finanzministerium vorbehalten.[388]

Noch bevor die Übergabe des Palais endgültig geregelt war, trat das Kultusministerium schon in Verhandlungen ein über die detaillierte Nutzung des Gebäudes. Erst als sich Oberregierungsrat Schwoerer mit Vorschlägen Ende November 1919 auch an die Akademie wandte, die ihr ein würdiges Domizil in Aussicht stellten, befaßte sich diese mit Überlegungen zur Klärung ihrer räumlichen Verhältnisse. Schwoerer hatte bei einer Besichtigung des Gebäudes die Eignung besonders des Saales in der Beletage für die Zwecke der Akademie erkannt. Er wünschte nun zu erfahren, ob ein Interesse der Akademie an diesem Raum und ein oder zwei Nebenräumen vorhanden sei, die ihr gegen einen geringen Mietzins vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzministeriums über-

385 BMF an BMKU, 2. Juli 1919, No. 11187; vgl. auch BMF an BMKU, 4. April 1919, No. 5061 (ebd.).

386 Vgl. BMKU an BMF, 21. Okt. 1919, No. A 16312 (ebd.).

387 Mitteilung des BMF an den Stadtrat der Stadt Heidelberg vom 6. Nov. 1919, No. 20543 (ebd.)

388 BMF an BMKU, 31. Mai 1920, No. 6318. Das BMF trug weiterhin auch den Unterhalt des Gebäudes (ebd.). **Mit** Schreiben vom 10. Januar 1923 machte das **BMKU** dem **BMF** den Vorschlag, das ganze Gebäude der Unterrichtsverwaltung zu übertragen, da es vollständig von der Universität genutzt werde. Der Mietzins solle über die Universitätskasse an das **BMKU** gehen, das dann auch für die bauliche Unterhaltung des Gebäudes zuständig wäre (vgl. **BMKU** an BMF, 10. Jan. 1923, No. A 33276; ebd.). Das BMF lehnte jedoch eine Überweisung des Akademiegebäudes von der Domänenverwaltung an die Unterrichtsverwaltung aus grundsätzlichen Erwägungen ab (vgl. BMF an BMKU, 22. Febr. 1923, No. 2826; ebd.).

lassen werden könnten.[389] V. Schwoerer wurde wegen seiner Verdienste um die Akademie 1924 auch zum Ehrenmitglied der Akademie emannt.[390] Zunächst jedoch reagierte die Akademie aber eher reserviert. Eine Anzahl der Mitglieder sah keinerlei Notwendigkeit, die „bestehenden Verhältnisse zu ändern." Man hatte sich an das Provisorium gewöhnt und scheute die mit der Neuerung verbundenen finanziellen Risiken. Letztlich setzte sich aber doch die Einsicht durch, daß man nicht geradewegs eine Ablehnung auf das Anerbieten des Ministeriums formulieren könne, sondern in Verhandlungen mit der Regierung eintreten müsse wegen der Höhe des Mietpreises, der Heizung und Beleuchtung, auch wenn ,,in der Ermietung von Räumen keine Verbesserung der gegenwärtigen Zustände zu sehen sei."[391] In ihrem Antwortschreiben vom 12. Dezember 1919 bezeichnete aber schließlich auch die Akademie die in Aussicht gestellten Räume als für ihre Zwecke geeignet und erwerbenswert, ohne jedoch ihre Vorbehalte zu verschweigen. Die bescheidenen Mittel der Akademie erzwangen größte Sparsamkeit. Zu einer Beteiligung an Renovierungskosten sah sie sich außerstande, und Sorge bereiteten ihr auch die Heizkosten und die Frage des Dienstpersonals.[392] Das Kultusministerium sicherte der Akademie daraufhin zu, falls es das Verfügungsrecht über das Gebäude erhielte, ihr die Räume zu einem „sehr mäßigen" Mietzins zu überlassen, wenn nicht eine völlige Befreiung von den Mietkosten möglich sei. Auch nötige Instandsetzungsarbeiten sollten ohne Belastung der Akademie erfolgen.[393]

Für das Anerbieten an die Akademie hatten auch denkmalpflegerische Gesichtspunkte gesprochen. ,,Es erscheint uns aus kulturellen Gründen geboten, das Gebäude und seine Einrichtung, soweit immer möglich, ohne wesentliche Eingriffe in den Bestand zu erhalten. Das läßt sich durch die vorgeschlagene Überweisung des wertvollen Saals im Obergeschoß ... und der [westlich gelegenen] Nebenräume ... an die Heidelberger Akademie der Wissenschaften erreichen. Die Heidelberger Akademie, die treue Stütze

389 Vgl. Schwoerer an Bezold, 27. Nov. 1919 **(HAW** 0811/2). Vgl. auch die Mitteilung Bezolds an die o.M. vom 8. Dez. 1919 (ebd.).

390 Vgl. dazu oben 215.

391 Vgl. Prot. Ges.sitz. vom II. Dez. 1919 **(HAW** 143/2).

392 HeidAW an Schwoerer, 12. Dez. 1919 (GLA 235/3848).

393 BMKU an HeidAW, 6. Jan. 1920, No. A 19494 (GLA 235/3848 und GLA 235/3354, fol. 302; siehe auch HAW 0811/2).

der Universität, bedarf eines Sitzungszimmers und zweier Zimmer zur Unterbringung ihrer Bibliothek und anderer ihr gehöriger Gegenstände. Die vorgesehenen Räume sind, wenn man ihnen die erforderlichen Einrichtungsgegenstände beläßt, für diesen Zweck vortreffiich geeignet. Die Räume und die Einrichtung werden bei dieser Verwendungsart in schonlichster Weise verwendet werden."[394] Die vorhandenen Einrichtungsgegenstände der Akademie zu überlassen, entsprach auch finanziellen Argumenten, da eine Neubeschaffung von Mobiliar die Mittel des Kultusministeriums überstieg.[395] Die Räume sollten nach Wunsch des Ministeriums zum 1. April 1920 den neuen Nutzern übertragen werden, doch erst am 31. Mai erteilte das Finanzministerium dem Kultusministerium das Verfügungsrecht, und der Auszug der Vornutzer zog sich noch bis Ende Juni hin.[396] Die für die Akademie vorgesehenen Räume befanden sich in einem guten baulichen Zustand, was für andere

[394] BMKU an BMF, 5. Jan. 1920, No. A 28 (GLA 235/3848; GLA 235/3354, fol. 300r). Neben der Akademie sollten nach diesem ersten Entwurf das Musikwissenschaftliche Seminar und die Universitätskasse im ehemals Großherzoglichen Palais untergebracht werden, ferner sollten einige Wohnungen im Gebäude verbleiben. Um die angestrebte Nutzung für die Universität zu sichern, mußte das BMKU auch Ansprüche des städtischen Wohnungsamtes abwehren, Räume im Palais als Notwohnungen zu vermieten (vgl. BMKU an Städtisches Wohnungsamt Heidelberg, 25. Febr. 1920, No. A 2937; GLA 235/3848). Die Räume des Gebäudes mußten zuvor jedoch von ihren bisherigen Nutzern, dem städtischen Arbeitsamt und der Schlichtungskommission, geräumt werden (vgl. BMF an BMKU, 1.Apr.1920, No. 3935; ebd.). Nach langwierigen Verhandlungen bezogen schließlich neben der Akademie das Wissenschaftlich Theologische Seminar und das Orientalische Seminar Räume im Palais. Die Akademie gab ihr Zimmer im Neuen Kollegienhaus an die Theologische Fakultät ab (vgl. Sitz.prot. des Engeren Senats vom 2. Aug. 1920; ebd.).

[395] Vgl. BMKU an BMF, 21. Juli 1920, No. A 12677 und BMKU an BMF, 4. Sept. 1920, No. A 15397 (GLA 235/3848). Im November 1920 wurde die Bezirksbauinspektion damit beauftragt, zunächst die Räume der Akademie „wieder in der ursprünglichen Weise einzurichten" (BMF an Bad. Bezirksbauinspektion Heidelberg, 9. Nov. 1920, No. 13989, ebd.). Zur Einrichtung der Räume vgl. das „Verzeichnis der an die Akademie der Wissenschaften überlassenen Möbel zur Ausstattung der Räume 14-17 aus den Beständen des ehemaligen Grossh[erzoglichen] Palais in Heidelberg", Bezirksbauamt an HeidAW, 8. Juli 1921 und Verzeichnis vom 18. Dez. 1921 über die Gegenstände, die der Akademie aus anderen Räumen des Palais abgegeben wurden (HAW 0850/1).

[396] Vgl. Bad. Bezirksbauinspektion Heidelberg an BMKU, 7. Juli 1920, No. 1597 (GLA 235/3848).

Bereiche des Gebäudes keineswegs galt.[397] Offiziell wurde das Palais seit dem 1. November 1920 von der Universität genutzt, die betroffenen Seminare zogen jedoch erst mit Beginn des Sommersemesters 1921 ein.[398] Die Akademie tagte letztmalig am 26. Februar 1921 im Neuen Kollegienhaus und bezog, nachdem die Räume der Akademie bis zum 1. Februar 1921 fertig eingerichtet waren, im März 1921 ihre Räume im ehemaligen Großherzoglichen Palais.[399]

Dankbarkeit für der Universität geleistete Dienste ließ nun die Akademie auch in den Genuß der Universität zugedachter Förderung kommen. Es war dies Ausdruck einer Fürsorge, zu der der Staat durch Paragraphen nicht verpflichtet war. Diese Fürsorge erklärt sich aus der Einsicht des Ministeriums, daß die Akademie ein wichtiger Bestandteil des wissenschaftlichen Lebens in Heidelberg geworden war und daher auch die staatliche Förderung verdiente. Daß die Initiative zum Erwerb von Räumlichkeiten vom Ministerium ausging, zeigt, daß dem zuständigen Referenten die Probleme der Akademie wohl vertraut waren. Schwoerer schätzte ihre Defizite, die sich auch als Mangel institutioneller Gefestigtheit auswiesen, offensichtlich realistischer ein als die Akademie selbst. Eine nicht zu unterschätzende Aufwertung des Ansehens und des Selbstbewußtseins der Akademie stellte schließlich die Umbenennung des Palais im April 1921 in »Akademiegebäude« dar.[400] Wie-

[397] Vgl. Bad. Bezirksbauinspektion Heidelberg an BMKU, 26.Aug.1920, No. 2274 und Dies. an BMF, 28. Sept. 1920, No. 2727 (GLA 235/3848). Vgl. dazu auch Denkschrift über die Mißstände, vornehmlich baulicher Art, an der Heidelberger Universität und ihren einzelnen Instituten, 8.

[398] Vgl. Bad. Bezirksbauinspektion Heidelberg an BMKU, 13. Dez. 1920 und BMKU an BMF, 1. Febr. 1921, No. A 2231 (GLA 235/3848).

[399] BMKU an BMF, 26. März 1921, No. A 6623 (ebd.). In einer Mitteilung an die Verrechnung vom 23. Apr. 1921 gab die Akademie an, daß sie im April ihre Räume im ehemaligen Großherzoglichen Palais bezogen habe (vgl. **HAW** 0811/2). Der Widerspruch erklärt sich wohl daraus, daß die offizielle Inbesitznahme im März erfolgte, die praktische Nutzung jedoch erst im April mit Beginn des neuen Semesters.

[400] Das BMKU hatte am 26. März 1921 gegenüber dem BMF angeregt, „daß das Gebäude statt der jetzigen schwerfälligen und fremdsprachlichen Bezeichnung künftig als »Akademiegebäude« bezeichnet werde" (HAW 0811/2). Nachdem das BMF seine Zustimmung zu dieser Namensänderung gegeben hatte, wurde das Palais mit Erlaß des BMKU vom 25. April offiziell in „Akademiegebäude" umbenannt; vgl. BMF an BMKU, 20. Apr. 1921, No. 6660 und BMKU an HeidAW, 25. Apr. 1921, No. 8335 (GLA 235/3848; vgl. auch HAW 0811/2).

wohl die Akademie nur als „Anhang" der Universität in den Genuß der neuen Räumlichkeiten kam, wurde sie durch die Umbenennung des Gebäudes doch zum bestimmenden Nutzer, der sich rasch die Befugnisse eines Hausherrn aneignete.[401] Der durch die äußere Aufwertung bewirkte mentale Wandel innerhalb der Akademie war beachtlich. Die räumliche Konsolidierung vor allem, die einherging mit der Verschlechterung ihrer materiellen Verhältnisse, entledigte die Akademie des Charakters des Vorläufigen, Unbehausten und Vorübergehenden. Der „Besitz" des Gebäudes festigte auch die Struktur der Akademie und förderte ihr selbstbewußtes Auftreten nach außen.[402] Unausgesprochen stand hinter der Zuweisung von Räumlichkeiten aus staatlichem Besitz auch eine Stärkung des rechtlichen und öffentlichen Status der Akademie. Nun erst war sie auf dem Wege, eine gleichrangige Institution unter den Schwesterakademien zu werden.

5.4. Der Verlust des Vermögens und Versuche einer Wiederaufwertung des Grundkapitals.

Nach Beendigung des Krieges versetzte die Inflation dem Vermögen der Akademie den Todesstoß.[403] Da sich die Akademie allein aus ihrem Vermögen finanzierte, war damit auch die Existenz der Institution bedroht. Die Kostenexplosion forderte bereits

[401] So konnte die Zuweisung bestimmter Räume zur Nutzung durch Dritte bereits Mitte der 20er Jahre durch die Akademie erfolgen ohne Beteiligung des BMKU oder der Universität. Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 3. Nov. 1928 **(HAW** 143/3): Die Akademie hatte 1926 dem Wissenschaftlich Theologischen Seminar die Benutzung eines der zwei im Erdgeschoß nach Süden gelegenen Räume „... unter Vorbehalt ihres Besitzrechtes überlassen". Vgl. auch HeidAW an Engeren Senat, 14. Dez. 1926 **(HAW** 0811/2). Entgegen der ursprünglichen Verteilung konnte die Akademie also mit der Zeit Besitzrechte über eine Reihe weiterer Räume, wenn nicht über alle Räume im Akademiegebäude geltend machen, die nur jeweils zeitweilig und jederzeit widerruflich Seminaren der Universität überlassen wurden (vgl. auch HeidA**W** an Rektor der Universität, 11. Jan. 1927 mit Bitte um Rückgabe von Schlüsseln zeitweilig der Universität überlassener Räume der Akademie). Gewisse Sonderrechte genoß anfangs allenfalls das Theologische Seminar dank der Rolle v. Schuberts.

[402] Es bedeutet in diesem Zusammenhang wenig, daß die Akademie jeweils im Wintersemester 1924 und 1925, um Heizkosten zu sparen, ihre Sitzungen wieder in Räumen der Universität abhielt (vgl. auch die Darlegung im Gespräch mit dem Kultusminister am 16. Jan. 1925; **HAW** 030/1).

[403] Vgl. dazu allg. Haller, **H.,** Die Rolle der Staatsfinanzen für den Inflationsprozeß.

1919 eine erhebliche Einschränkung der Tätigkeit der Akademie. Insbesondere die hohen Druckkosten zwangen die Akademie, das Recht zur Publikation in den Sitzungsberichten zu reglementieren.[404] Als Damoklesschwert hing zudem die drohende Einführung einer Vermögensabgabe auch für wissenschaftliche Stiftungen in der Luft, die den ohnehin gefährdeten Finanzbestand der Akademie zusätzlich mindern würde.[405] Noch 1921 diskutierte die Akademie Schritte, um einen Steuerabzug zu verhindern.[406]

Die Finanzverhältnisse der Akademie nahmen allmählich bedrückende Formen an. Anfang 1923 war das Finanzvolumen so gering, daß die Akademie auf eine gesonderte Verwaltung ihres Vermögens verzichten konnte.[407] Die Vermögensverluste der Akademie waren auch deshalb so groß, weil sie „stiftungsgemäss verpflichtet war, ihr Vermögen mündelsicher anzulegen und das wesentlich in eingetragenen Schuldbuchforderungen, vornehmlich auch badischen, voll Vertrauen auf den Staat" getan hatte.[408] Um zu retten, was noch zu retten war, gestattete das Kultusministerium der Akademie, das verbliebene Vermögen neu in Reichsschatzanweisungen anzulegen. Für künftige Zustiftungen empfahl das Ministerium, „durch die Stifter die Anlage des zugewendeten Kapitals in wertbeständigen Papieren (Aktien und Anleihen) festlegen zu lassen."[409] Dennoch war das Vermögen bis November 1923 auf eine lächerliche Summe gesunken. Erst aufgrund des Gesetzes über die Auslösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925, wonach alle „Anleihen, die im Reichsschuldbuch oder in einem ehemaligen Länderschuldbuch eingetragen sind, ... von Amts wegen in die neue Ablösungsschuld umgewandelt" wurden, wurde eine geringe Entschädigung gezahlt - freilich zum Kurs von 40:1, d.h. für 500 Mark Schuldbuchforderungen (in Papiermarkanleihe) wurden 12,50 **RM** Anleiheablösungsschuld gewährt.

[404] Vgl. dazu das Rundschreiben Bütschlis vom 6. Aug. 1919 (HAW 161/1).

[405] Vgl. Rundschreiben der Gehe-Stiftung an Universität Heidelberg, 14. Mai 1919 (HAW 030/1).

[406] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 12. Febr. 1921 (HAW 222/2).

[407] Vgl. HeidAW an Universitätskasse, 15. Febr. 1923 und HeidAW an Oberrechnungsrat Bossert, 11. Juni 1923 (HAW 030/1).

[408] Antwortschreiben der Akademie zum Schreiben des BMKU vom 3. Mai 1926 (HAW 030/1 und HAW 13171). Zu den Rettungsversuchen der Akademie vgl. Jh. 1923/24, VI und den Jahresbericht vom 11. Mai 1924, ebd., XVIII.

[409] BMKU an HeidAW, 20. Juni 1923, No. A 15282 (HAW 030/1).

Eine zusätzliche Möglichkeit, ihren Vermögensstand weiter aufzubessern, bestand in dem Recht der Akademie, an einer „Auslosung" teilzunehmen. „Es werden ihnen hierzu zum Nennbetrage ihrer gegen Anleihealtbesitz umgetauschten Anleiheablösungsschuld Auslosungsrechte gewährt, welche im Falle der Auslosung mit dem 5-fachen des Nennbetrages und einem jährlichen 4\0/oigen Zinsenzuschlag eingelöst werden."[410] Für den von der Akademie geltend zu machenden alten Vermögensstand von 827000 Mark Schuldbuchforderung aus der Lanzschen Stiftung ergab sich eine Ablösungsschuld von 20675 **RM.** Hinzu kamen Vermögenswerte aus der Merx-Curtius- und Fritz-Toebelmann-Stiftung in Höhe der Ablösungsschuld von 1587,50 bzw. 100 **RM.**[411] Ein Teil ihres Vermögens, allein ca. 200000 **RM** aus der Lanzschen Stiftung und etwa 250000 **RM** aus der Toebelmann-Stiftung, das nicht in Schuldbuchforderungen angelegt war, war somit ersatzlos verfallen. Der alte Vermögensstand von ca. 1,325 Millionen Mark war nach der Umwandlung auf das bescheidene Vermögen von 22362,50 **RM** zusammengeschmolzen. Unangetastet war der Fonds der Windelband-Rickert-Stiftung geblieben. 1927 kam die Akademie schließlich auch in den Genuß einer Auslosung in Höhe von 5202,50 **RM.**[412]

Weitaus bedeutsamer wurde für die Akademie die sogenannte kulturelle Wohlfahrtsrente, die 1926 im Zusammenhang der Ablösung öffentlicher Anleihen „an inländische Anstalten und andere Einrichtungen, deren wesentliche Zweckbestimmung die Förderung wissenschaftlicher Ausbildung oder Forschung ist," gewährt wurde.[413] Die Akademie konnte die Wohlfahrtsrente für Auslosungsrechte im Betrage von insgesamt 21875 **RM** beantragen.[414] Die kulturelle Wohlfahrtsrente, die bis 1941 gezahlt wurde, war die wichtigste Maßnahme, um wenigstens einen Teil des alten Stif-

[410] Reichsschuldenverwaltung an HeidA**W,** 29. Sept. 1925, No. M I 1206 (ebd.).

[411] Vgl. HeidAW an BMKU, 4. Febr. 1927, Anlagen I und II (ebd.).

[412] Vgl. Liebmann an v. Schubert, 18. Jan. 1927 (ebd.).

[413] BMKU an HeidAW, 1. Febr. 1927, No. A 26451 (ebd.). Die kulturelle Wohlfahrtsrente beruhte auf der 3. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes für die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 4. Dezember 1926 (RGBI. 1926 I. Teil, 497).

[414] Die Anträge der Akademie vgl. in GLA 235/4002.

tungsvermögens der Akademie zu retten.[415] „Für das Weiterbestehen der Akademie und die Durchführung ihrer Bestrebungen, auch in bescheidenerem Umfange, ist, wenn die Zahlung der kulturellen Wohlfahrtsrente im Jahre 1941 aufhören wird, das Vorhandensein eines entsprechenden Grundstockkapitals eine unabweisbare Notwendigkeit. Zu diesem Zwecke sollte die kulturelle Wohlfahrtsrente soweit wie irgend möglich angesammelt und kapitalisiert werden, um so der Akademie wieder die erforderliche finanzielle Grundlage zu schaffen, nachdem das ursprüngliche Stiftungskapital durch die Inflation zum größten Teil in Verlust geraten ist."[416] Diese Grundstockbildung sollte der Akademie helfen, ihre alte selbständige Stellung in finanzieller Beziehung allmählich wiederzuerlangen. Um diese Wohlfahrtsrente tatsächlich vollständig kapitalisieren zu können, wäre auf befristete Zeit ein regelmäßiger Staatszuschuß zu den Ausgaben der Akademie von etwa 8000 Mark notwendig gewesen.[417] Da jedoch infolge der Wirtschaftskrise die Staatszuschüsse seit 1929 erheblich zurückgingen, wurde es unumgänglich, „Mittel aus der kulturellen Wohlfahrtsrente für die laufenden Ausgaben stärker heranzuziehen, auch wenn die Akademie sich in der Erfüllung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben weitmöglichste Zurückhaltung auferlegt."[418]

Dennoch gelang es der Akademie bis 1932 wieder, ein Grundstockvermögen im Nennwert von 292000 **RM** anzusammeln, das freilich nur sehr geringe Zinserträge einbrachte.[419] Ausschließliche Existenzgrundlage konnte das eigene Vermögen jedoch zu keinem Zeitpunkt mehr sein.

Seit Beginn des Jahres 1924 dachte die Akademie über Möglichkeiten nach, ihr Vermögen wieder zu konsolidieren. Zunächst

[415] Vgl. den Jahresbericht in Jh. 1928/29, **XIV.** Vgl. auch Jh. 1930/31, XII; Jh. 1932/33, **X.**

[416] HeidAW an BMKU, 29. Jan. 1932 (GLA 235/30158).

[417] H.v. Schubert an BMKU, 4. Jan. 1931 (ebd.). Die optimistische Rechnung der Akademie ging von der mittelfristigen Ansammlung eines Kapitals von ca. $^1/_2$ Million **RM** aus. Von der Wohlfahrtsrente in Höhe von jährlich 34431 **RM** (von 1926 bis 1941) sollten jährlich 25000 **RM,** von 1931 bis 1941 also 250000 **RM** kapitalisiert werden; hinzu kam das Kapitalvermögen der Akademie in Höhe von (1930/31) 198200 **RM** und Auslosungsrechte über 98375 **RM,** die nach und nach fällig werden sollten (vgl. HeidAW an BMKU, 5. Jan. 1931, ebd.).

[418] Wie in Anm. 416. Vgl. dazu auch Liebmann an Ernst, 24. Jan. 1931 (HAW 222/6).

[419] Vgl. HeidAW an BMKU, 7. Okt. 1932 (GLA 235/30158).

sollte versucht werden, mit Hilfe der Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft und der Gesellschaft der Freunde der Universität den Vermögensstand zu verbessern.[420] Die Notgemeinschaft förderte jedoch keine Vermögensbildung, sondern nur konkrete Forschungsmaßnahmen, von denen auch die Akademie profitierte. Die Notgemeinschaft unterstützte Arbeiten und Vorhaben der Akademie von 1922 bis 1932 mit ansehnlichen Beträgen, die einen wesentlichen Bestandteil des „außerordentlichen" Akademiehaushalts bildeten.

Die Akademie setzte sich aber auch selbst aktiv für die Aufbesserung ihrer Finanzen ein. Sie beschloß, für eine weitgespannte Werbekampagne auch die Freiburger und Karlsruher Mitglieder zu gewinnen.[421] Es ging ihr darum, neue Stiftungen für die Akademie zu initiieren. Es erwies sich aber, daß der Stiftungsgedanke in einer Zeit wirtschaftlicher Spannungen nur schwer zu beleben war. Der Erfolg der Bemühungen der Akademie blieb eher bescheiden. Die geringen Stiftungen oder Spenden waren kaum geeignet, der Akademie eine neue gesicherte Stellung zu verschaffen. So wurde eine Bittstellung an die Firma Batschari-Mercedes abschlägig beschieden, da die Anforderungen an „Fürsorge und Nothilfe" die Möglichkeiten der Firma überstiegen.[422] Es war praktisch unmöglich, aus Wirtschaftskreisen für die Belange der Akademie etwas zusammenzubringen.[423] Auch die 1926 gestrichene, weil gegenstandslos gewordene Bezeichnung „Stiftung Heinrich Lanz" verbesserte die Chancen der Akademie im Wettbewerb um neue Stifter keineswegs. „Die Erwartung grösserer oder auch kleinerer Zuwendungen aus den Kreisen der Industrie [ist] nach allgemeiner Anschauung und genaueren Erkundungen unter den heutigen Verhältnissen für Jahre hinaus völlig hinfällig."[424]

So kam der Gewährung staatlicher Zuschüsse eine entscheidende Bedeutung für die Akademie zu. „Die Weitergewährung von

[420] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 12. Jan. 1924 **(HAW** 222/3).
[421] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 21. Juni 1924 (ebd.).
[422] **R.** Batschari an Liebmann, 18. Okt. 1923 **(HAW** 030/1).
[423] Vgl. Regierungsrat L. Janzer (Direktor der Rheinischen Creditbank) an v. Schubert, 3. Juli 1928. Die erfolglosen Bemühungen suchte Janzer wenigstens durch einen kleinen Eigenbeitrag wettzumachen, indem er der Akademie Aktien der Süddeutschen Zucker-Aktiengesellschaft im Nennwert von 320 **RM** zukommen ließ (ebd.).
[424] Vgl. HeidA**W** an **BMKU,** 25. März 1926 (ebd.).

Landes- und Reichszuschüssen ist ... im Interesse der Förderung der Wissenschaft eine dringende Notwendigkeit."[425]

5.5. Die Anfänge staatlicher Förderung.

Erstmals war bereits 1911 anläßlich der Aufnahme der Akademie in den Verband der deutschen Akademien eine Teil-Etatisierung der Mittel der Akademie erwogen worden. Es ging dabei um einen regelmäßigen, d.h. festen jährlichen staatlichen Zuschuß „zum Zwecke ausgedehnterer wissenschaftlicher Unternehmungen und der Unterstützung jüngerer Gelehrten für wissenschaftliche Arbeiten."[426] Mit Hilfe staatlicher Zuschüsse sollte also Anschluß an die Praxis wissenschaftlicher Großprojekte der anderen Akademien gefunden werden. Das Verfahren konnte aber mißverstanden werden, als wolle man sich staatlicher Fürsorge durch die Hintertür versichern. Die Akademie entschloß sich daher, keine Änderung ihrer Stellung zur Regierung anzustreben[427] und so auch ihre volle Autonomie zu wahren.

Nachdem die finanzielle Lage der Akademie sich Anfang der 20er Jahre derartig verschlechtert hatte, ,,daß die regelmäßige jährliche Einnahme kaum noch zum Druck eines durchschnittlichen Heftes der Sitzungsberichte ausreicht," wurde eine ernsthafte Krise der Akademie offenbar, denn ohne Herausgabe der Sitzungsberichte - an eine Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen war schon gar nicht zu denken - war nicht nur die Fortsetzung des Austauschverkehrs gefährdet, sondern auch die Stellung der Akademie im Kartell. Kossel hatte sich daher persönlich an die Regierung gewandt „wegen der Deckung des bereits entstandenen Defizits und der noch zu erwartenden Kosten". Vorerst verwies die Regierung die Akademie aber an die Adresse der Gesellschaft der Freunde der Universität.[428]

[425] HeidAW an BMKU, 5. Jan. 1931 (GLA 235/30158).

[426] Vgl. Tagesordnung zur Ges.sitz. am 24. Juni 1911 vom 14. Juni 1911 (HAW 143/1).

[427] Prot. Ges.sitz. vom 24. Juni 1911 (ebd.).

[428] Kossel an die Mitglieder der Math.-nat. Klasse, 10. Okt. 1922 (HAW 222/2). Dagegen wurde der Phil.-hist. Klasse für die Drucklegung ihrer Arbeiten ein Zuschuß von 40000 **M** gewährt (BMKU an HeidA **W,** Phil.-hist. Klasse, 9. März 1922, No. A. 3318; HAW 13171). Vgl. dazu auch GLA 235/3354, fol. 332ff., fol. 342ff.

Nach dem Scheitern vielfältiger Bemühungen der Akademie, einen gewissen Vermögensstand wieder aufzubauen, entschloß sich die Akademie im Dezember 1924 eine Deputation nach Karlsruhe zu entsenden, die in Gegenwart auch des Finanzministers ein Gesuch „um Gewährung einer festen jährlichen Beihülfe" vortragen sollte.[429] Die Besprechung im Ministerium fand am 7. Januar 1925 statt.[430] Der Bericht der Sekretäre gab einen umfassenden Überblick über den Zustand der Akademie. „Das Stiftungskapital der Heidelberger Akademie der Wissenschaften betrug Mark 1000000.-. Die Bestimmung der Stiftungsurkunde, dass das Stiftungskapital in mündelsicheren Wertpapieren anzulegen sei, hatte die Folge, dass es gegenwärtig fast ganz entwertet und völlig ertragslos ist. Sollte sich die Hoffnung auf eine 15% Aufwertung der Staatsschulden- und Hypothekenpapiere verwirklichen, so würde ja die Heidelberger Akademie der Wissenschaften wieder in den Besitz eines Vermögens von etwa M 160000.-gelangen und damit in einen Zinsgenuss von etwa Mark 10000.-.[431] Aber bis diese Aufwertung erfolgt, werden Jahre vergehen, und bis dahin ist die Heidelberger Akademie der Wissenschaften ohne eigenes Einkommen und somit ausserstande, sich zu halten und die Aufgaben einer Akademie der Wissenschaften zu erfüllen." Die Akademie schrieb auch der badischen Regierung eine Mitverantwortung am Verlust ihres Vermögens zu.[432] Eine Suspendierung der Akademie aber „würde ... nicht etwa bloss die Heidelberger Gelehrtenwelt schädigen, sondern die des ganzen badischen Landes, so dass es als dessen Ehrenpflicht bezeichnet werden darf, die Heidelberger Akademie so zu stützen, dass ihr Untergang vermieden wird." Von den Aufgaben der Akademie, der „Drucklegung wissenschaftlicher

[429] Kossel an Schwoerer, 10. Dez. 1924 **(HAW** 030/1).

[430] Vgl. Schwoerer an Kossel, 23. Dez. 1924 (ebd.). Über den Inhalt des Gesprächs informiert der der Akademie am 16. Jan. 1925 vorgelegte Bericht der beiden Sekretäre Kossel und Bartholomae (ebd.). Gesprächspartner der Akademie waren Kultusminister Willy Hellpach, Oberregierungsrat Schwoerer und als Vertreter des BMF Ministerialdirektor Sammet. Mitglied der Heidelberger Delegation war neben den beiden Sekretären der Akademie auch der Direktor der Universitätsbibliothek Sillib.

[431] Die Zinsrechnung der Akademie setzte allerdings außerordentlich hohe Zinsen von über 6% voraus, während doch maximal 5%, d.h. 8000 **M** Erlös erwartet werden konnten.

[432] Vgl. das Begleitschreiben der Akademie zum Schreiben an den Minister des Kultus und Unterrichts vom 3. Mai 1926 **(HAW** 030/1).

Abhandlungen", der „Beitragsleistung für die von dem Kartell der Deutschen Akademien ... unterstützten Unternehmungen", ferner der „Unterstützung und Veranstaltung von wissenschaftlichen Unternehmungen und Arbeiten" war die Akademie bereit, die letztere vorerst zurückzustellen; auch die Ausgaben für die innere Verwaltung der Akademie könne sie zwischenzeitlich einsparen. Die beiden anderen Aufgaben seien aber „für den Fortbestand und das Ansehen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften" unverzichtbar. Dafür benötige die Akademie an notwendigen Leistungen für beide Klassen zusammen jährlich „mindestens M 12000.- bis **M** 15000.-, während früher **M** 38000.- zur Verfügung standen." Bisher hatte man die nötigen Mittel durch gelegentliche „Zuwendungen seitens einzelner Privater und insbesondere des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts" auch aufbringen können. Nun war es für die geregelte Durchführung der verbleibenden Aufgaben, insbesondere in Bezug auf die Schwesterakademien, nötig, mit festen Einnahmen „bestimmt" rechnen zu können, „denn nur in solchem Fall ist es möglich, ein Budget aufzustellen, wirklich zu disponieren, während andernfalls immer nur nach dem Rahmen der augenblicklich vorhandenen Mittel verfügt werden kann." Wegen dieser Unsicherheiten mußte die Akademie beispielsweise mehrfach zur Drucklegung eingereichte Arbeiten zurückweisen. Die Akademie forderte daher, daß der ihr „zu gewährende Staatszuschuss einen festen Posten im Staatsvoranschlag erhält." Bis zu einer Etatisierung der Staatszuschüsse für die Akademie benötigte sie „baldige, wenn auch zunächst nur provisorische Unterstützung", da eigene Mittel „völlig erschöpft" waren.

Ihre Forderungen glaubte die Akademie mit Hinweisen auf ihre Leistungen rechtfertigen zu können, die auch wieder dem badischen Staate zugute kamen, wie die Überlassung der aus dem Schriftentausch eingehenden Publikationen als Eigentum an die Universitätsbibliothek, wodurch wiederum deren Etat entlastet wurde.[433] Das Finanzministerium verschloß sich den Argumenten

[433] Diese Hinweise auf die materielle Bedeutung des Schriftentausches tauchen regelmäßig seit 1927/28 auch in den Jahresberichten der Akademie auf(vgl. Jh. 1927/28, **XII).** Bereits im 19. Jhd. hatte auch die SächsA**W** ihre Eingaben „um höhere fin[nanzielle] Unterstützung mit dem Druck der Schriften begründet" (Lea, E./Wiemers, G., Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften, 191).

der Akademie nicht und stellte „die Einstellung eines festen Postens noch in den Etat 1924/25 und weiterhin in den Etat 1925/26 ... in Aussicht." Zur Beseitigung der dringendsten Not übergab Schwoerer der Akademie Aktien der Zellstoff-Fabrik Waldhof, die ihm für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt worden waren.

Deprimierend war dagegen der endgültige Bescheid des Finanzministeriums an die Akademie. Zwar war das Ministerium unter Vorbehalt bereit, „in dem Entwurf des Staatsvoranschlags für die Jahre 1926/27 den Betrag von 12000-15000 Mals Beitrag des Staates zum Aufwand der Akademie vorzusehen. Schon im laufenden Jahre für diesen Zweck Gelder flüssig zu machen, bin ich bei den grossen Anforderungen, die gerade in der letzten Zeit wieder an die Staatskasse herantreten und bei der Unsicherheit der Finanzlage zu meinem Bedauern nicht in der Lage."[434] Damit fielen für die Akademie ordentliche Staatszuschüsse für ein weiteres Jahr weg. Die wirtschaftliche Lage der Akademie wurde derartig bedrohlich, daß ihre Existenz gefährdet schien. Gegen Ende des Winterhalbjahres 1925/26 erinnerte die Akademie das Kultusministerium dringlich an die Unterredung vom 7. Januar 1925. „Die finanzielle Lage hat sich seitdem wesentlich verschlechtert. Die Hoffnung auf eine 15% Aufwertung der Staatsschulden und Hypothekenpapiere und also auf ein Restvermögen von etwa 160000 Mark mit einem Zinsgenuss von etwa 8000 Mark (bei 5%) hat sich nicht verwirklicht. Vielmehr dürfen wir heute nur noch mit einem Restvermögen von etwa 40000 Mark (soviel wie ehedem Zinsen), also einem Zinsgenuss von etwa 2000 Mark rechnen, Summen, die aber keineswegs heute schon zur Verfügung stehende Gelder bedeuten."[435] Trotz des Verzichtes der Sekretäre auf ihre Aufwandsentschädigung und einer äußersten Beschränkung der Akademieveröffentlichungen und trotz des außerordentlichen Zuschusses des Kultusministeriums von 6000 Mark und 1800 Mark aus den Waldhofaktien waren beide Klassen nicht mehr in der Lage, noch offenstehende Rechnungen zu begleichen. Eine „Einstellung einer festen Summe in den Etat ... ist freilich noch nicht erfolgt," und die Akademie erhoffte sich die Unterstützung des Kultusministeriums, damit dies wenigstens ab 1926 und mit einem entsprechend

[434] BMF an HeidAW, 26. Jan. 1925, No. 1122 (HAW 13171 und HAW 030/1).
[435] HeidAW an BMKU, 25. März 1926 (HAW 030/1).

höheren Betrag geschehe. Wie sehr die Akademie auf staatliche Zuschüsse angewiesen war, zeigten auch die erfolglosen Bemühungen um Zuwendungen aus der Industrie.

Zur Bekräftigung ihrer Forderungen fügte die Akademie eine Übersicht über die Verhältnisse der anderen Akademien bei. Auch bei diesen war das Eigenvermögen durch die Inflation fast restlos aufgefressen; sie verfügten aber zum Teil über beträchtliche Staatsmittel. Die am schwächsten dotierte Sächsische Akademie der Wissenschaften erhielt immerhin 30000 Mark Staatszuschuß, die Göttinger Akademie dagegen schon 46800 Mark allein für ihre Publikationen. Die Bayerische Akademie in München wurde mit 113000 Mark für ihre Arbeiten (davon 50-60000 Mark für Publikationen) und die Berliner Akademie gar mit 360000 Mark durch den Staat ausgestattet. ,,Daraus ergibt sich, dass, wenn unsere Akademie[,] die einzige in Südwestdeutschland, neben den anderen in Ehren weiter bestehen soll, sie wenigstens 10000 Mark pro Klasse, also 20000 im Jahr haben sollte. Auch dann würde sie um ein Drittel hinter der am schlechtesten stehenden sächsischen zurückstehen ... Das Eingehen der Akademie würde nicht nur der Universität eine erhebliche Einbusse an Ansehen als wissenschaftlichem Zentrum und der Bibliothek einen grossen materiellen Ausfall bringen, sondern auch eine Preisgabe unseres badischen Einflusses in den gesamtdeutschen und internationalen Beziehungen bedeuten, die von dem Kartell deutscher Akademien getragen und gerade heute von besonderer Bedeutung sind."

Auf diese dringliche Eingabe hin wurde der Akademie „zur Bestreitung ihrer Ausgaben[,] insbesondere für Drucklegung wissenschaftlicher Arbeiten[,] ein Zuschuss von 5000 M. bewilligt." Das glich fast schon einer Ignorierung der Notlage und der Bedeutung der Akademie durch den badischen Staat.[436] Es ist immerhin bemerkenswert, wie wenig das Ansehen der bedeutendsten Gelehrten der Universität für die Belange der Akademie vor den staatlichen Behörden vermochte, die von Anbeginn bewußt jede Garantiezusage für die Akademie vermieden hatten. Die Akademie hatte freilich keine andere Möglichkeit, als den Weg der Bittstellerin zu gehen: ,,Im Bewusstsein, dass sie einen rechtlichen

[436] Zur wirtschaftlichen Lage Badens, der Notlage einer durch die Kriegsfolgen besonders betroffenen Grenzlandschaft, vgl. Schäfer, H., Wirtschaftliche und soziale Probleme des Grenzlandes, bes. 180f.

Anspruch auf staatliche Beihülfe als eine der Universität nicht inkorporierte, auf einer privaten Stiftung beruhende gelehrte Körperschaft ... keineswegs hat, und weiter im vollen Bewusstsein von der schweren finanziellen Krisis[,] in der wie andere Einzelstaaten auch Baden sich befindet und grösste Sparsamkeit für die Staatsleitung zur strengen Pflicht wird, spricht sie dem Ministerium ihren besten Dank aus für den abermals geleisteten Zuschuss. Sie fühlt sich aber ebenso gedrungen, ihr Bedauern über das Mass und die Art der geleisteten Beihülfe zum Ausdruck zu bringen, die eine selbständige Beachtung im Etat vermissen lässt und hinter der genannten Minimalsumme und selbst hinter der im Januar 1925 bestimmt in Aussicht gestellten zurückbleibt - und das unter heute so viel ungünstigeren Druckverhältnissen."[437]

Der Akademie blieb nur die Hoffnung auf die Einsicht des Staates in den Ernst der Lage und den Willen, ihr doch unter allen Umständen ihre Existenzberechtigung zu sichern. „Es ist unter diesen Umständen kein Wort zuviel gesagt, wenn die Akademie sich dauernd der Frage gegenüber sieht, ob sie weiter bestehen und vollends[,] ob sie in Ehren neben den Schwesterakademien bestehen kann... Sie ist entschlossen, solange es irgend angeht[,] auszuharren und sich zu behelfen, aber sie kann nicht bestehen, wenn sie dauernd keine Mittel mehr hat, ihre Zwecke auch nur im bescheidensten Ausmass zu erfüllen. Eine Scheinexistenz zu führen[,] würde unwürdig sein und ist schon gegenüber den anderen Akademien ausgeschlossen." Die weitere Existenz der Akademie hing also von der Bereitschaft des Staates ab, sie regelmäßig und zuverlässig zu unterstützen. Als wesentliches Druckmittel diente der Akademie die Frage der „internationalen Beziehungen der allgemeinen Wissenschaftspflege", die allein durch die kartellierten Akademien betrieben und gewährleistet würde. Sie unterstellte dabei, daß es auch dem badischen Staat äußerst peinlich sein müßte, auf Befragung „die Antwort geben zu müssen, dass [er] ... nicht einmal 20000 M. für eine Körperschaft beisteuern kann, die den wissenschaftlichen Ruf Badens und Heidelbergs allein durch den Tauschverkehr ... durch die ganze Welt ... trägt." Das kam einer Stigmatisierung des badischen Staates als eines wissenschaftsfeindlichen Gebildes gleich.

[437] HeidAW an BMKU, 3. Mai 1926 (HAW 030/1).

Die Haltung der Regierung blieb dennoch indifferent. Man gab zwar vor, die Aufgaben der Stiftung fördern zu wollen, schrieb grundsätzlich aber die Verantwortung für den Erhalt der Akademie nach wie vor privater Initiative zu.[438] Der badische Staat weigerte sich standhaft, Verantwortlichkeit für die Akademie zu übernehmen. Die Akademie war seinerzeit aus privater Initiative erwachsen, dieser gebührte demnach in erster Linie auch die Pflicht ihrer Erhaltung und Unterhaltung.

Erst für 1928 erreichte die Akademie eine Etatisierung ihrer Staatszuschüsse, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau. Für 1928 und 1929 wurden jeweils 5000 **RM** für die Akademie vorgesehen, verbunden mit der Hoffnung, diese später vielleicht erhöhen zu können.[439] Es war dies ein geringer Erfolg der Akademie. Aber allein die Aussicht auf regelmäßige Staatszuschüsse sollte sich beflügelnd auf ihre Tätigkeit auswirken, denn 1927 setzten die Bemühungen der Akademie ein, ihr erstes international anerkanntes Großprojekt auf den Weg zu bringen, die Edition der Schriften des Nikolaus von Cues.[440] Wesentlich war vor allem das nun endlich erfolgte Eingeständnis des Staates, für die Belange der Akademie eine Mitverantwortung zu tragen. An regelmäßigen staatlichen Zuschüssen konnte die Akademie seit 1926 mit Einkünften aus dem Unterländer Studienfonds von jährlich 1000 **RM** rechnen. Die unregelmäßigen und oft an eine bestimmte Leistung gebundenen Staatszuschüsse betrugen 1925 4500 **RM,** nachdem 12-15000 **RM** zugesagt worden waren. In den Jahren von 1926 bis 1929 lagen die Beihilfen des badischen Staates bei 5000 bis 6500 **RM,** während mindestens 8000 **RM** nötig gewesen wären, um ab 1930 wieder unter 4000 **RM** abzusinken. Von 1933 bis 1938 stand der Akademie ein regelmäßiger Staatszuschuß von 2000 **RM,** ab 1939 nur noch von 800 **RM** zur Verfügung, der erst ab 1942 wieder erheblich erhöht wurde.[441] Abhilfe konnten zeitweise wenigstens die Zuschüsse des Reichsministers des Innern leisten, die durch das

[438] Vgl. den Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses vom 10. Mai 1926 im Heidelberger Tageblatt vom 11. Mai 1926, 3.

[439] BMKU an HeidA**W,** 24. Mai 1928 (HAW 030/1).

[440] Vgl. dazu unten 308ff.

[441] Vgl. hierzu HAW 13171 und GLA 235/30158. 1926 vermittelte Schwoerer der Akademie eine Spende von 500 RM. Zu den „Haushaltsposten" kamen seit 1937 gelegentlich geringe Beträge als Sondermittel für die Editionen der Inschriften und der Schriften des Cusanus.

Badische Kultusministerium vermittelt worden waren. Betrug der Zuschuß 1926 bei seiner erstmaligen Bewilligung 6500 **RM,** so stieg er in den folgenden Jahren auf 10000 RM, um dann bis 1932 wieder auf 2000 **RM** zu fallen. Die Etatwünsche der Akademie kamen auch hier bei den Sparmaßnahmen des Ministeriums nur noch in sehr bescheidenem Umfang zum Tragen.[442] Die staatlichen Mittel reichten zur Erfüllung der Aufgaben der Akademie nicht aus. Sie zog hierfür ihre kulturelle Wohlfahrtsrente in starkem Maße heran, die eigentlich für die Bildung eines neuen Kapitalgrundstockes gedacht war,[443] der der Akademie auch ihre volle Unabhängigkeit wieder hätte sichern können. So blieb eine Abhängigkeit gegenüber dem Staate erhalten, ohne sich seiner vollen Fürsorge und seines ganzen Schutzes erfreuen zu können.

[442] Vgl. hierzu **HAW** 13173.

[443] Vgl. Liebmann an **P.** Ernst, 24. Jan. 1931 **(HAW** 222/6, **HAW** 030/1 und **HAW** 1301).

IV. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften als Wissenschaftsorganisation 1909-1932

Die wissenschaftliche Kapazität der Akademien wurde für das beginnende 20. Jahrhundert vielfach skeptisch beurteilt. Zwar erkannte man, wie oben gezeigt wurde, die bedeutsamen Leistungen an, die die Akademien durch Großprojekte für die Geisteswissenschaften erbrachten, auf der anderen Seite war die Überforderung der Akademien angesichts des enormen materiellen Bedarfs der Naturwissenschaften offensichtlich. Freilich waren die Akademien mehr als „hochachtbare Versammlungen" berühmter Wissenschaftler, die nur noch deren an den Universitäten geleisteten Forschungen „registrieren und präsentieren"[1] konnten. So entscheidend im Selbstverständnis der Akademie die Sitzungen als ,,Forum" für die Darstellung, Diskussion und Bewertung von Forschungsergebnissen waren, so wenig läßt sich die Tätigkeit der Akademie nach 1900 auf diese Form wissenschaftlicher Arbeit reduzieren. Die Akademien hatten zum Teil bereits damit begonnen, selbst wieder eigene „Institute" zu errichten.[2] Zum anderen entwickelte sie als typische Form der akademischen Kooperation die Arbeit in Kommissionen besonders für große Gemeinschaftsaufgaben. Zum Zeitpunkt der Gründung der Heidelberger Akademie war die Neuorientierung der Akademien in vollem Gange. Sie hatten sich auf eine Bewältigung ihrer differenzierten Aufgaben eingestellt, indem sie zahlreiche Forschungsprojekte als Kartellunternehmen organisierten, bestimmte Aufgaben an andere Institutionen abtraten und auch das Verhältnis zu den Universitäten neu definierten als eine sich gegenseitig befruchtende Forschungsgemeinschaft. Das Humboldtsche Konzept wissenschaftlicher Arbeitsteilung durch sich ergänzende Institute wurde

[1] Vgl. Stürmer, M., Das ruhelose Reich, 128.

[2] Vgl. für die Wiener Akademie Meister, R., Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien, 337f. Vgl. auch die Auflistung in Almanach 1909, 145ff., 150ff.

aufgegriffen und weiterentwickelt. Die Akademien waren dabei, sich gleichfalls in „Großbetriebe" wissenschaftlicher Tätigkeit zu verwandeln.[3]

1. Die Bedeutung der Publikationstätigkeit.

Wesentlicher Bestandteil der wissenschaftlichen Tätigkeit der Akademien waren ihre Sitzungen. Diese sollten tatsächlich ein Forum zur Darstellung und Diskussion der neuesten Forschungen ihrer Mitglieder sein. Diese sowie die Ergebnisse hervorragender, mit Unterstützung der Akademie durchgeführter Untersuchungen sollten in den Sitzungsberichten der Akademie veröffentlicht werden.[4] Angesichts der durch die bescheidenen Mittel der Akademie eingeschränkten Möglichkeiten zur Unterstützung oder Durchführung großer eigener Forschungsunternehmen herrschte vor allem in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse die Auffassung vor, daß in der Veröffentlichung der Sitzungsberichte die wichtigste Aufgabe der Akademie bestehe. Eine Reihe von Mitgliedern betonte den Primat der „fortlaufenden Druckschriftenherausgabe" vor jedem anderen Unternehmen.[5] Noch in den 20er Jahren sah die Akademie in der Drucklegung wissenschaftlicher Abhandlungen diejenige Aufgabe, die sie unter allen Umständen erfüllen

[3] Vgl. dazu Zittel, K.A.v., Ziele und Aufgaben, 10.

[4] Vgl. dazu die §§ 7 und 9-11 der Geschäftsordnung, Jh. 1909/10, LXXf. Der wesentliche Bestandteil der Sitzungen war die Vorlage der Arbeiten für die **SB,** über die ein Kurzreferat gehalten wurde, oder von Berichten über mit Unterstützung der Akademie durchgeführte Untersuchungen, welche dann mit den Kurzreferaten oder Inhaltsangaben in den Jahresheften abgedruckt wurden. Lagen keine Arbeiten vor, konnte eine Sitzung auch ausfallen und etwa anstehende Entscheidungen konnten schriftlich zur Abstimmung gebracht werden (vgl. die Mitteilungen Koenigsbergers an die o.M. der Math.-nat. Klasse vom 17. Juni 1912, dgl. am 4. Dez. 1914 und 7. Jan. 1915 und Bütschlis Mitteilung vom 11. Juni 1915, **HAW** 221/3 bzw. **HAW** 221/5).

[5] Vgl. das Gutachten Lenards vom 22. Juni 1910 (HAW 251/2): „Ich befürworte den Antrag, falls die Mittel der Akademie ohne Gefährdung der fortlaufenden Druckschriftenausgabe ... dazu reichen." Vgl. Kossel an die o.M. der Math.-nat. Klasse, 10. Okt. 1922: „Ohne Herausgabe von Druckschriften kann ... die Akademie nicht im Kartell und im sonstigen Austauschverkehr bleiben und verfehlt überhaupt ihre Bestimmung" (HAW 222/2). Zu den Folgen einer Einstellung des regelmäßigen Erscheinens von Druckschriften vgl. auch Bezold an BMKU, 16. Febr. 1922 (HAW 13171).

müßte, wenn sie ihre Existenzberechtigung als Akademie beweisen wollte.[6] Die Sitzungsberichte und deren rasches Erscheinen waren insbesondere für die Naturwissenschaften wichtig, um gegebenenfalls auch Prioritätsansprüche geltend machen zu können. Aber auch in den Geisteswissenschaften war die Schaffung geeigneter Publikationsmöglichkeiten für jüngere und kleinere Disziplinen, denen es an Fachorganen noch mangelte oder die auf einen aufwendigen Satz angewiesen waren,6• von großer Bedeutung, während beispielsweise für Historiker, Philosophen oder Philologen bereits ausreichende Publikationsorgane zur Verfügung standen, wie es bereits von Kuno Fischer und dann auch wieder von Gothein betont wurde. Dagegen hatte Gradenwitz die Ansicht vertreten, daß die Herausgabe von Sitzungsberichten von untergeordneter Bedeutung sei im Vergleich zu anderen Aufgaben der Akademie.[7] Es waren aber vor allem Sitzungsberichte, die über den Tauschverkehr das Ansehen der Akademie beförderten und über die ganze Welt verbreiteten.[8] Die Akademie befand sich mit dieser Ansicht auch in einer alten Akademietradition. Jacob Grimm hatte die Publikationstätigkeit der Akademie als „wesentlichen zweck der academie" bezeichnet, ,,von dem ihre wirksamkeit hauptsächlich abhängt."[9] Freilich bezog sich das auf eine Zeit, in der große Gemeinschaftsaufgaben noch nicht zum Repertoire der Akademiearbeiten zählten.

1.1. Die Sitzungsberichte.

Die Sitzungsberichte zeichnen ein Bild der wissenschaftlichen Tätigkeit der Akademie. Sie geben Auskunft über die Themen, mit denen man sich in den Sitzungen beschäftigte, und die Forschun-

[6] Vgl. den Bericht über die Verhandlungen mit dem BMKU vom 16. Jan. 1925, sowie die Eingaben vom 25. März und 3. Mai 1926 **(HAW** 030/1). Vgl. auch den Jahresbericht für 1932, worin den Sitzungsberichten der Vorrang vor allen anderen wissenschaftlichen Unternehmen eingeräumt wird (Jh. 1932/33, **X).**

[6]• Vgl. auch Oncken an **M.** Lenz, 19. Nov. 1922 **(StBPK, NI. M.** Lenz).

[7] Vgl. Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung), 57.

[8] So rühmte sich die Akademie, daß sie „den wissenschaftlichen Ruf Badens und Heidelbergs allein durch den Tauschverkehr mit den andern wissenschaftlichen Gesellschaften aller Länder tatsächlich durch die ganze Welt bis nach Sibirien, Japan und Kalifornien trägt" (vgl. Reskript zum Schreiben vom 3. Mai 1926, HAW 030/1).

[9] Grimm, J., Reden in der Akademie, 244.

gen, die die Akademie für förderungswürdig hielt. Spielte ursprünglich der Gedanke eine Rolle, besonders jungen Wissenschaftlern ein Forum für die Veröffentlichung ihrer Forschungen zu bieten,[10] so stellten schon die Statuten die Dominanz der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder fest, die allein Beiträge für die Sitzungsberichte einreichen durften. Fremdbeiträge mußten durch den Fachvertreter begutachtet werden und wurden ohnehin nur in beschränkter Zahl angenommen, [11] so daß letztlich neben Arbeiten der Mitglieder besonders Untersuchungen aus ihren eigenen Instituten Aufnahme in die Akademiepublikationen fanden, versehen mit einem besonderen Qualitätsstempel.[12] Auch bei den Sitzungsberichten ist eine deutliche Selbstbeschränkung der Akademie festzustellen, indem nicht nur Umfang und Ausstattung genauen Regelungen unterworfen waren,[13] sondern die Veröffentlichungen auch mit badischen Vorzeichen versehen wurden: Vornehmlich Forschungsergebnisse aus Baden sollten den Inhalt der Sitzungsberichte ausmachen, die so weniger als Akademiepublikation im engeren Sinne denn als eine badische Zeitschrift für die Gesamtheit der Wissenschaften bewertet wurden. So teilte Koenigsberger mit, er habe „Arbeiten ... von Angehörigen nichtbadischer Universitäten ... mit der Motivierung wieder zurück-

[10] Vgl. die Forderung Gotheins, besonders junge Forscher zu fördern (Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909; UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56). Im Widerspruch hierzu stand aber die Tatsache, daß gerade die Qungen) Nichtmitglieder Sonderausgaben für Abbildungen selbst zu tragen hatten, wenn sie in den Akademieschriften publizieren wollten (vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 13. **Mai** 1911, **HAW** 221/2).

[11] Vgl.§ 9 der Statuten, sowie§ 9 der GO (Jh. 1909/10, **LXVI** bzw. **LXX).** Bestimmungen und Regelungen gingen insbes. von der Math.-nat. Klasse aus, die vor allem auch ein Interesse an einer raschen Veröffentlichung hatte, um gegebenenfalls auch Prioritätsrechte geltend machen zu können. Die Arbeiten waren daher vielfach bereits gedruckt, bevor sie mit einem obligatorischen Kurzbericht in der Klasse vorgestellt wurden. Eine Vielzahl von Bestimmungen wurde in der Sitz. Math.-nat. Klasse am 30. Okt. 1909 erlassen (vgl. **HAW** 221/ !). Arbeiten von Nichtmitgliedern sollten danach nur aufgenommen werden, sofern der vorgesehene Umfang eines Jahrganges nicht durch die Mitglieder der Akademie aufgebraucht würde.

[12] Vgl. Lenard an Bezold, 21. Apr. 1917, daß eine in den Sitzungsberichten veröffentlichte Arbeit die Gewähr dafür biete, daß sie „allen dafür gewöhnlich gestellten Bedingungen entspricht" **(HA W** 2310/2).

[13] Vgl. den Verlagsvertrag mit der Carl Winter's Universitätsbuchhandlung vom 18. Okt. 1909 **(HAW** 1621/1).

geschickt, dass unsere Sitzungsberichte wesentlich ein Bild von der wissenschaftlichen Tätigkeit der badischen Gelehrten ... geben, und dass eine Ausdehnung ... die uns zur Disposition stehenden Geldmittel derart in Anspruch nehmen würden, dass wir dem wesentlichen Zwecke und Ziele der Akademie, badische Gelehrte nach den verschiedensten Richtungen hin in ihren wissenschaftlichen Arbeiten zu unterstützen, nicht mehr nachkommen könnten."[14] Noch deutlicher formulierte die Philosophisch-historische Klasse 1919, daß nur Mitglieder das Recht auf Veröffentlichung ihrer Arbeiten in den Sitzungsberichten haben. Bei Abhandlungen von Nichtmitgliedern sollten die Arbeiten Heidelberger Gelehrter oder Gelehrter, die einen besonderen Bezug zur Heidelberger „Schule" hatten, bevorzugt werden, andere nur in Ausnahmefällen angenommen werden.[15] Doch fand die Beschränkung des wissenschaftlichen Anspruchs der Akademie auf regionale Zuständigkeit auch Widerspruch aus den Reihen der Akademie. Fürbringer drängte darauf, auch nach außen hin klarzustellen, daß die Akademie nur durch den „derzeitigen Stand unserer Mittel" zu restriktiven Maßnahmen in der Beschränkung auf Arbeiten badischer Gelehrter sich genötigt sah, nicht jedoch aus grundsätzlichen und wissenschaftlichen Erwägungen. „Ich würde es bedauern, wenn sich mißverständlich in Gelehrtenkreisen die Ansicht festsetzte, daß die Heidelberger Akademie von partikularistisch-badischem Gepräge sei."[16]

Freilich trat die Akademie hinter den „partikularistischen" Bestrebungen nicht zurück, und je schwieriger die Aufrechterhaltung des Publikationsorgans durch die Kostenentwicklung für Drucksachen nach dem Ersten Weltkrieg wurde, um so gewichtiger wurde das Eigeninteresse der Akademiemitglieder. Noch Anfang 1931 mußte die Akademie ankündigen, „den Druck auf das äus-

[14] Rundschreiben Koenigsbergers an o.M. der Math.-nat. Klasse vom 16. Nov. 1911 (HAW 221/2 auch HAW 2330/1 und HAW 161/1). Diese Haltung wurde grundsätzlich auch noch 1919 bestätigt (vgl. Bütschli an o.M. der Klasse, 6. Aug. 1919, **HAW** 161/1).

[15] Antrag Bartholomae vom 4. Juli bzw. 11. Okt. 1919 (ebd.). Der Beschluß der Klasse verschärfte den Antrag, indem er Arbeiten von Nichtmitgliedern nur ausnahmsweise zuließ (vgl. die Veröffentlichung des Beschlusses vom 25. Okt. 1919, ebd.).

[16] Randbemerkung Fürbringers zum Rundschreiben Koenigsbergers vom 16. Nov. 1911 **(HAW** 221/2 u.ö.).

serste einzuschränken. Es ist fraglich, ob in der 2. Hälfte dieses Jahres überhaupt noch gedruckt werden könne."[17] Angesichts dieser Aussichten verwundert es nicht, daß die Akademie dazu überging, „den Druck der Sitzungsberichte mit Rücksicht auf die Not der Zeit - auf Arbeiten der Mitglieder zu beschränken" mit Ausnahme der von der Akademie besorgten Reihen.[18]

Während auf dem Höhepunkt der Publikationstätigkeit 1910 bis 1914 und nochmals 1919 in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse in der Regel deutlich über 30 Abhandlungen im Jahrgang in den Sitzungsberichten erschienen, sank die Zahl 1922 auf3 Abhandlungen, um sich in der zweiten Hälfte der 20er Jahre wieder auf zwischen 10 und 20 Abhandlungen einzupendeln, während sie Anfang der 30er Jahre wiederum deutlich zurückging. In der Philosophisch-historischen Klasse waren bis 1920 in der Regel jährlich annähernd 20 Sitzungsberichte erschienen, mit dem Höhepunkt 1919 mit 27 Abhandlungen (als Resultat der Aufarbeitung eines Rückstaus aus dem Kriege). Seit 1921 wurden nie mehr über 10 Abhandlungen pro Jahrgang veröffentlicht, über Jahre hinaus sogar nur 3 bis 4 Abhandlungen (1924-1926, 1928, 1931).

Von einem bedeutsamen Forum zum Austausch neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse konnte man daher zu Recht für das erste Jahrzehnt des Bestehens der Akademie ausgehen, während dies für die Krisenjahre nur sehr bedingt galt, als nur mit Mühe einige wenige Publikationen - gewissermaßen auch zur Befestigung der eigenen Existenzberechtigung - auf den Weg gebracht werden konnten.[19] Die Akzeptanz der Sitzungsberichte als Publikationsorgan war sehr unterschiedlich. Es läßt sich jedoch sehr deutlich feststellen, daß die außerordentlichen Mitglieder in Freiburg und Karlsruhe sowie sonstige badische Gelehrte kaum von der Möglichkeit Gebrauch machten, in den Sitzungsberichten zu veröffentlichen. Ganz überwiegend waren die Sitzungsberichte der Akademie von Anfang an ein Heidelberger Publikationsorgan, wobei ordentliche wie außerordentliche Mitglieder und auch Heidelberger Nichtmitglieder in etwa gleichem Umfange die Sitzungsberichte nutzten.[20]

[17] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 26. Juni 1931 (**HAW** 222/6).
[18] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 19. Febr. 1932 (ebd.).
[19] Vgl. dazu das Register der Sitzungsberichte 1910-1959, wie Anm. 27.
[20] Die Teilanalyse berücksichtigt die SB der Phil.-hist. Klasse der Jahrgänge 1910 bis 1918.

Die Wirkung der einzelnen Arbeiten war sehr unterschiedlich. Die im Austausch abgesetzten Arbeiten betrugen bis zu Beginn der 20er Jahre weniger als ein Zehntel der Auflage, und der Verkauf erfolgte im allgemeinen nur sehr zögerlich, wobei den Bibliotheken die Erwartung auf einen künftigen Austausch Zurückhaltung gebot.[21] Diese Entwicklung traf vor allem Gelehrte wie Ph. Lenard, die der Meinung waren, die besten ihrer Arbeiten der Akademie zur Verfügung gestellt zu haben.[22]

Um den Druck der Sitzungsberichte zu finanzieren, war die Akademie seit 1922 auf Zuschüsse aus zweiter und dritter Hand angewiesen. Während die staatlichen Zuschüsse nur sehr zurückhaltend gewährt wurden,[23] ließ sich die Herausgabe der Akademieschriften vor allem aus Beiträgen der Notgemeinschaft sicherstellen.[24] Während die Kostenentwicklung und auch die Schwierigkeiten der Papierbeschaffung[25] nach 1919 die Herausgabe der Sitzungsberichte erschwerten und gefährdeten, waren während des Weltkrieges keinerlei Beschränkungen zu beobachten, wenn auch

[21] Über den Absatz und die Verbreitung der SB vgl. C. Winter's Universitätsbuchhandlung an Koenigsberger, 16. Febr. 1911 (HAW 161/1). Vgl. auch die Aufforderung der Akademie an den Verlag, für den Vertrieb der Akademieschriften zu werben (vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 13. Mai 1911, HAW 221/2). Eine Übersicht über die verkauften Exemplare der Phil.-hist. Klasse 1910/11 zeigt die außerordentliche Spannweite zwischen 14 und 198 verkaufter Exemplare je Abhandlung **(HAW** 3381). Eine Bestandsaufnahme der Schriften der Phil.-hist. Klasse vom 26. Okt. 1926 weist zwischen O und 60 Restexemplaren je Abhandlung von 1910 bis 1923 auf.

[22] Vgl. Lenard an Kossel, 21. Dez. 1921 **(HAW** 1621/2). Für Lenard verschärfte sich die Publikationsfrage, freilich eher im rückwärtsgewandten Sinne ihrer dauernden Verfügbarkeit, zu einer „existentiellen" Frage, von deren Lösung er sogar sein Verbleiben in der Akademie abhängig machte.

[23] Vgl. BMKU an HeidAW, 4. Juli 1922, Nr. A 15007 (ebd.). Vgl. hierzu auch HAW 13171 und Kap. III.5.4. und III 5.5. über die Finanzlage der Akademie.

[24] Zu den Leistungen der Notgemeinschaft vgl. **HAW** 13178. In ihrem Antrag vom 5. Dez. 1922 schilderte die Math.-nat. Klasse noch einmal ihr Dilemma: „Unsere Klasse ist durch die Geldentwertung des grössten Teils ihrer finanziellen Hilfsmittel beraubt und von der Gefahr bedroht, ihre Tätigkeit einstellen zu müssen. Dies würde nicht nur das Aufhören eines Mittelpunktes mathematischer und naturwissenschaftlicher Bestrebungen bedeuten, sondern auch den Verlust wertvoller, aus dem Tauschverkehr hervorgehender, in jetziger Zeit kaum ersetzbarer Bücherschätze, die jetzt der Universität Heidelberg und der Allgemeinheit zu Gebote stehen" (GLA 235/3354, fol. 355).

[25] Vgl. Reichswirtschaftsamt an HeidAW, 11. Febr. 1919, I A H Nr. 2710 (HAW 1691/2). Vgl. dazu insbes. unten 330f.

das stellvertretende Oberkommando der **XIV.** Armeegruppe eine fachwissenschaftliche Zensur gefordert hatte, um wissenschaftliche Neuerungen, die militärisch verwendbar schienen, geheimzuhalten.[26] Eine Diskussion über diese „Anregung" fand in der Akademie nicht statt, so wie sich auch keine Auswirkungen auf die Publikationsgrundsätze der Akademie erkennen ließen.

Unter den Sitzungsberichten sind zwei größere Gruppen zu unterscheiden. Zum einem behandeln sie Themen und Schwerpunkte, die sich mit den Forschungsinteressen der Akademiemitglieder deckten.[27] Bemerkenswert sind zum anderen ganze Publikationsreihen, die sich überwiegend aus von der Akademie unterstützten und angeregten Forschungsunternehmungen ergaben. Zu ersterem zählen etwa die religionsgeschichtlichen Arbeiten, die eine Tradition des Eranos-Kreises fortsetzten, bewirkt besonders durch die Zusammenarbeit von C. Bezold, F. Boll, A. von Domaszewski und anderen, ferner die Arbeiten von Chr. Bartholomae zur Iranistik, im Ganzen also überwiegend philologische, historische und religions- und rechtswissenschaftliche Arbeiten aus den Bereichen der Altertumswissenschaften und Indogermanistik. Unter den Sitzungsberichten der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse fallen in der Physik die Arbeiten Ph. Lenards und seines Schülerkreises „über die elektrische Natur der Molekularkräfte, über die Eigenschaften bewegter Elektronen und über Radioaktivität" ins Auge, während weitere Schwerpunkte in der Mathematik den „Prinzipien der Mechanik", der „Theorie der Differentialgleichungen, der Theorie der krummen Flächen" und der Zahlentheorie, in der Astronomie der Sternenphotographie galten. In den 20er Jahren dominierten dann besonders mineralogische, geologische und paläontologische Arbeiten aus dem Umfeld Erdmannsdoerffers und Salomon-Calvis.

Zur zweiten Gruppe zählen insbesondere die Veröffentlichungen zum Capuaner Briefbuch (Hampe, Baethgen), die Arbeiten

[26] **XIV.** Armeekorps. Stellvertretendes Oberkommando an Schriftleitung der HeidAW, 8. Febr. 1917, Abt. V Nr. 1300 (HAW 12159). Immerhin wurde eine Veröffentlichung von Mitteilungen Pater Kögels (OSB) zur Palimpsest-Photographie auf die Nachkriegszeit verschoben (vgl. unten Anm. 86).

[27] Die folgende kurze Analyse beruht auf: Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register. Vgl. auch den Bericht Bezolds über die Tätigkeit der Akademie im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens in: Jh. 1920, **XIII-XXIV,** hier bes. **XXI-XXIII.**

über den Jesuitenorden und zur Kirchengeschichte Spaniens, die Veröffentlichungen aus den badischen Papyrussammlungen und Papyrusstudien (Gradenwitz), 0. Cartellieris Studien über die Herzöge von Burgund, G. Ritters Studien zur Vorgeschichte der Universität Heidelberg und schließlich noch die Cusanus-Studien (Hoffmann/Klibansky) seit Ende der 20er Jahre in der Philosophisch-historischen Klasse sowie in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse die Arbeiten auf dem Gebiet der Eiweißforschung (Kossel/Cohnheim), über die chemischen Bestandteile grüner Pflanzen (Th. Curtius/Franzen), über Sinnesphysiologie der Tiere (Bütschli u.a.) und Entwicklungsphysiologie der Pflanzen (Klebs) sowie über Kristallmessungen (Wülfing) und zur Paläobotanik der Mauer-Funde. Von besonderem Interesse sind außerdem die frühen Arbeiten der späteren Nobelpreisträger **0.** Meyerhof (Energiewechsel von Bakterien, 1912), A. Windaus (über Colchicin, 1910-1919) und 0. Warburg (über Oxydationsprozesse, 1914).

Oftmals konnten durch die Zusammenarbeit einzelner Gelehrter gerade die Grenzgebiete verschiedener Wissenschaften bearbeitet werden, gefördert durch den interdisziplinären Charakter der Akademiesitzungen. Als Beispiel der Nutzbarmachung einer Entdeckung für verschiedene Wissenschaften darf auch die Unterstützung der Entwicklung der Palimpsest-Photographie durch die Akademie gelten.

Während sich in den Anfangsjahren trotz der erwähnten Selbstbeschränkung gerade die Offenheit der Akademie für eine geographisch weitgehend unbegrenzte Aufnahme von Arbeiten in die Sitzungsberichte als fruchtbar erwies, bedeutete die aus finanziellen Gründen erzwungene Einengung auf die Publikation badischer Forschungsergebnisse auch eine Einschränkung der Wirkungsmöglichkeit der Akademie. Als wissenschaftliches Diskussionsforum wurden die Akademieabhandlungen in ihrer Breite beschnitten, je mehr man Arbeiten (ausschließlich) der Mitglieder aufnahm. Daß andererseits selbst Freiburger Gelehrte (so E. Schwartz, **R.** Reitzenstein, J. Koenigsberger, F. Himstedt, A. Osann, **W.** Deecke oder A. Loewy) die Sitzungsberichte der Akademie den Publikationsorganen der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft vorzogen, zeugte von deren Vertrauen auf die überregionale Bedeutung der Akademiepublikationen.

1.2. Schriftentausch.

Nach einer eher zögerlichen Behandlung im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens gewann der Schriftentausch für die Akademie zunehmend an Bedeutung. Wenn man den Stellungnahmen der Akademie aus den 20er Jahren folgt, so war gerade der Schriftentausch ein Abbild der wissenschaftlichen Bedeutung der Akademie, stand sie doch über den Tauschverkehr in Kontakt mit bedeutenden wissenschaftlichen Institutionen auf der ganzen Welt. Diesen Tauschverkehr auch in Zeiten größter materieller Not aufrechtzuerhalten, betrachtete die Akademie als eine ihrer wesentlichen Aufgaben.[28]

Zunächst jedoch kam der Schriftentausch der Akademie nur sehr zögerlich in Gang. Von Anfang an erhielten nur badische Institutionen die Schriften der Akademie, die Hochschulbibliotheken und die Großherzogliche Hof- und Landesbibliothek in Karlsruhe.[29] Das hatte seinen Grund auch in der Notwendigkeit, vorab festzustellen, zu welchen wissenschaftlichen Akademien, Gesellschaften und anderen Institutionen die Universitätsbibliothek bereits im Tauschverkehr stand.[30] Andererseits zeigten die bald nach der Gründung der Akademie eingehenden Tauschwünsche anderer wissenschaftlicher Institute, z.T. bevor noch die ersten Publikationen der Akademie vorlagen, einen beträchtlichen Vertrauensvorschuß, den man allein auf den Namen der neuen Akademie zu geben bereit war. Die Heidelberger Akademie der **Wis**senschaften hat im übrigen nur gegenüber den deutschen Akademien von sich aus Tauschwünsche geäußert, ansonsten sich immer nur zustimmend oder ablehnend zu den eingehenden Tauschgesuchen geäußert. Dies darf einerseits wohl als „vornehme" Zurückhaltung der Akademie gedeutet werden; andererseits drückte sich

[28] Vgl. die Nachschrift zum Schreiben vom 3. Mai 1926 **(HAW** 030/1).

[29] Es handelte sich hier freilich nicht um einen Schriftentausch, sondern um einen einseitigen Akt der Akademie auf Wunsch des BMKU und als Erfüllung einer badischen Ehrenpflicht. Vgl. BMKU an HeidAW, 18. Jan. 1910, No. B 418; Koenigsberger an BMKU, 6. Febr. 1910 und Koenigsberger an Kanzleirat Holl, 6. Febr. 1910; als Empfänger der Akademiepublikationen erscheinen ferner das BMKU und das Kabinett der Großherzogin Luise (HAW 168/2).

[30] Aufstellung der UB Heidelberg, undatiert (wohl Okt. 1909), ebd. Für die UB bot sich durch den Tauschverkehr eine „erwünschte Gelegenheit", sich „Akademie-Schriften zu verschaffen, die wir um teures Geld kaufen müssen" (Wille an Windelband, 2. Juni 1910, ebd.). Eine Liste der eingegangenen Tauschwünsche von 1910 und fortgeführt bis 1919 siehe in HAW 168/3.

in mancher Stellungnahme der Akademie auch ein übersteigertes Selbstwertgefühl aus, das nur die würdigsten Tauschpartner akzeptierte. Zusätzlich genährt wurde die Zurückhaltung der Akademie durch die Besorgnis, angesichts der geringen Mittel den Tauschverkehr beschränken zu müssen.[31] Es lag also im wesentlichen an ihrer aus einer abwartenden Haltung entspringenden restriktiven Tauschpolitik, wenn die Akademie im ersten Jahrfünft ihres Bestehens nur einen geringen Teil ihrer Tauschexemplare auch abgab.[32]

Den Tauschverkehr eröffnete die Bayerische Akademie der Wissenschaften, auch hier der Vorreiter, der der jungen Akademie den Zugang zu dem erlauchten Kreis der alten Akademien eröffnete.[33] In ihrer Gesamtsitzung am 4. Juni 1910 beschloß die Akademie, ihren Schriftentausch zunächst nur auf die anderen deutschen Akademien, also neben der Bayerischen auch auf die Preußische und Wiener Akademie der Wissenschaften sowie die Gelehrten Gesellschaften in Göttingen und Leipzig auszudehnen.[34] Damit setzte die Heidelberger Akademie deutliche Zeichen, die ihren Anspruch auf Zugehörigkeit zu diesem Kreise und, in der Behandlung anderer Tauschbegehren, auf Exklusivität untermauerten. Alle anderen Anträge auf Schriftentausch wurden von der Heidelberger Akademie abgelehnt mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß sie „vorläufig nur mit den fünf deutschen Akademien der Wissenschaften in Schriftenaustausch zu treten" sich entschlossen habe und hierin, wenn auch „lediglich aus äußeren

[31] Die in einer Chronik der Registratur enthaltene Feststellung, daß ein Schriftentausch mit Bibliotheken wegen Raummangels nicht stattfinden sollte (vgl. **HAW** 021), beruhte offensichtlich auf einem Mißverständnis. Im fraglichen Sitzungsprotokoll (Ges.sitz. vom 5. Febr. 1910, vgl. **HAW** 143/1) ist eine entsprechende Aussage nicht gemacht. Dies wäre auch unverständlich gewesen, stand doch für die Akademie frühzeitig fest, daß der Tauschverkehr der UB zugute kommen sollte.

[32] Der Akademie standen nach dem Verlagsvertrag 150 Exemplare zur Verfügung (vgl. **HAW** 1621/1); davon waren aber auch die Mitglieder der Akademie zu beliefern. Für den Tauschverkehr blieben da nur noch etwa 80 Exemplare übrig. Die nicht abgegebenen Exemplare wurden zurückgehalten, um die Entwicklung der Tauschmöglichkeiten abzuwarten.

[33] Die Anfrage der BayAW datiert vom 27. Jan. 1910, die von der HeidAW sofort angenommen wird (vgl. Koenigsberger an Kanzleirat Holl, 6. Febr. 1910, **HAW** 168/2).

[34] Vgl. Prot. Sitz. vom 4. Juni 1910 (HAW 143/1); vgl. auch das Anschreiben der HeidAW an die anderen Akademien vom 15. Okt. 1910 (HAW 168/2).

Gründen", keine Ausnahme machen könne.[35] Die im Verkehr nach außen intendierte Rangfolge tritt überdeutlich hervor.

Ihren nächsten Schritt in der Verbreitung ihrer Schriften unternahm die Akademie erst im Sommer 1911. Neben der Aufnahme des Schriftentausches mit den Gelehrten Gesellschaften in Straßburg und Breslau beschloß die Akademie, den Bibliotheken der „Reichsdeutschen Universitäten und Technischen Hochschulen" die ersten fünf Jahrgänge ihrer Schriften geschenkweise zu überlassen.[36] Von der Aufnahme eines Tauschverkehr konnte also nur in eingeschränktem Maße die Rede sein. Ein grundsätzlicher Wandel hin zu einer Öffnung und Ausweitung des Tauschverkehrs war auch weiterhin nicht zu erkennen. Besonders die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse lehnte es ab, bereits zu diesem Zeitpunkt generelle Regelungen über den Austausch zu treffen. Um alle wichtigen in diesem Zusammenhang anstehenden Fragen zu klären, wurde eine Kommission eingesetzt, die für die Akademie entsprechende Empfehlungen ausarbeiten sollte,[37] wobei dann auch die Kritik Lenards berücksichtigt werden konnte, der gerade

[35] Erstmals versandt am 16. Okt. 1910 (vgl. HAW 168/2). Einige Jahre später wird die Ablehnung damit begründet, daß man „vorläufig nur mit einer durch die Verhältnisse gebotenen beschränkten Anzahl von Akademien und wissenschaftlichen Institutionen in Schriftentausch" treten könne. Vgl. dazu z.B. **HeidAW** an Specola Vaticana, 17. Febr. 1914 **(HAW** 2331/1). Die Akademie hatte 1912 gegenüber Uppsala auch finanzielle Gründe geltend gemacht, die eine Beschränkung „auf die wissenschaftlichen Anstalten des deutschen Reichs" erforderten (HeidA**W** an UB Uppsala, 17. Febr. 1912; **HAW** 168/3).

[36] Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 24. Juni 1911 und das Zirkular vom 3. Juli 1911 **(HA W** 143/1). Bedacht wurden die Bibliotheken von 18 Universitäten und 11 Technischen Hochschulen. Göttingen, Leipzig und München verzichteten auf die Zustellung der Schriften, die sie bereits durch die am Ort ansässigen Akademien übermittelt bekamen; Danzig verzichtete aus Platzgründen auf die Schriften der Phil.-hist. Klasse. Der Austausch mit der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Breslau kam offenbar nicht zustande, da sie in allen Tauschlisten fehlt. Auffällig ist auch das Fehlen der Gesellschaft der Naturforscher in Halle unter den Tauschpartnern der Math.-nat. Klasse. Der somit singuläre Fall der StrWG rückt diese in die Nähe der übrigen Akademien (vgl. die Tauschliste vom 9. Dez. 1911, die Straßburg in die Gruppe der deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften inkorporiert; **HAW** 168/2).

[37] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 1. Juli 1911 **(HA W** 221/2 und **HAW** 2331/!). Vgl. dagegen das Ergebnis der Beratung der für den Tauschverkehr der Phil.-hist. Klasse zuständigen Kommission vom 2. Dez. 1911, „dass kein Anlass zum Verlassen der bisherigen Prinzipien" bestehe **(HAW** 168/2).

auf die Wichtigkeit des Tauschverkehrs mit einigen ausländischen Universitätsbibliotheken aufmerksam gemacht hatte.[38]

Einen echten Tauschverkehr nahm die Akademie erst mit dem Entschluß der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse vom 17. Februar 1912 auf, mit 17 (mit einer Ausnahme) ausländischen wissenschaftlichen Institutionen in Schriftentausch einzutreten, freilich zunächst auch auf die ersten fünf Jahrgänge beschränkt.[39] Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde der Tauschverkehr der Klasse nur noch geringfügig erweitert.[40] Aber auch dies war nur möglich, weil die Klasse aufgrund der wissenschaftlichen Interessen einzelner Mitglieder gezwungen war, ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zu auswärtigen Tauschgesuchen zu lockern. Das Selbstverständliche - das „Ansuchen um Schriften-Austausch, welche ... wertvolle und wünschenswerte Schriften einbrächten", anzunehmen[41] - wurde erst durch einen umständlichen Beschluß herbeigeführt, der dann bereits ein halbes Jahr später wieder kassiert wurde: Im Januar 1914 beschloß die Klasse, den Schriftentausch nicht weiter auszudehnen,[42] nachdem man noch zuvor die

[38] Vgl. den Antrag Lenards vom 25. Juni 1911 und seinen modifizierten Antrag in der Sitz. Math.-nat. Klasse am 1. Juli 1911 **(HAW** 221/2).

[39] Vgl. die Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 16. Dez. 1911 und 17. Febr. 1912 **(HAW** 221/2 bzw. **HAW** 221/3 und **HAW** 2331/1). Der Schriftentausch sollte mit wissenschaftlichen Institutionen in Amsterdam (Akademie der Wissenschaften), Berkeley (University ofCalifornia), Boston (Public Library), Brüssel (Königliche Bibliothek), Chicago (Universität), Christiania (Oslo; Königliche Bibliothek), Frankfurt (Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft), Kopenhagen (Dänische Gesellschaft der Wissenschaften), London (British Museum und Royal Institution), New York (Columbia University), Paris (Academie des Sciences), St. Petersburg (Kaiserliche öffentliche Bibliothek), Rom (Accademia dei Lincei), Stockholm (Königliche Bibliothek), Washington (Congress Library) und Zürich (Naturforschende Gesellschaft) erfolgen. Die Liste war durch Kossel und Lenard zusammengestellt worden.

[40] Es waren dies das Physikalische Laboratorium in Leiden, das Astrophysikalische Observatorium in Potsdam, die Kaiser-Wilhelm-Institute für physikalische Chemie und organische Chemie und die Ungarische Akademie der Wissenschaften in Budapest, sowie 1917 das Preußische Aeronautische Observatorium in Lindenberg. Vgl. **HAW** 2331/1.

[41] Vgl. den Antrag Lenards vom 22. Juni 1913 **(HAW** 2331/1). Vgl. dazu auch Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 12. Juli 1913. Bei Stimmengleichheit gab die Stimme des Sekretärs den Ausschlag **(HAW** 221/4).

[42] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 10. Jan. 1914. Den Antrag hatte Koenigsberger gestellt (HAW 221/5).

Tauschlisten der Münchner und Göttinger Akademie angefordert und eine Neubehandlung der Tauschfrage in Aussicht gestellt hatte.[43] Die Philosophisch-historische Klasse hatte bei Ausbruch des Krieges einen Schriftentausch noch gar nicht begonnen. So hatte sie ein Ansuchen der Universitätsbibliothek um Ausweitung des Tauschverkehrs auf auswärtige Gelehrte Gesellschaften bei Anerkennung der zu erwartenden Vorteile „aus prinzipiellen Gründen" abgelehnt.[44]

Als der Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Ausweitung des Schriftentausches auf internationaler Ebene ohnehin behinderte, befand sich die Heidelberger Akademie der Wissenschaften in dieser Frage immer noch in ihrer Orientierungsphase, bedingt auch durch eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit wissenschaftlichen Organisationen von überregionaler und internationaler Bedeutung. Die Jahre des Krieges gaben keinen Anlaß, den bescheidenen Zustand ihres Tauschverkehrs zu verändern. In ihrer Sitzung am 15. Mai 1915 beschloß die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, den Schriftentausch mit „5 im feindlichen Ausland befindlichen Gesellschaften", d.h. mit Institutionen in London, Petersburg, Paris und Brüssel, vorerst einzustellen.[45] Letztlich kam der Austausch auch mit dem neutralen und befreundeten Ausland gänzlich zum Erliegen.[46]

[43] Vgl. HeidAW an BayAW und GöAW, 17. Juli 1913 bzw. HeidAW an Reale Accademia delle Scienze Torino, 12. Dez. 1913 (HAW 168/3).

[44] Vgl. Wille an HeidAW, 27. Mai 1913 und die Randnotiz Windelbands vom 27. Juli 1913 als Beschluß der Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 26. Juli 1913 (ebd.).

[45] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 15. Mai 1915; das Protokoll nennt statt Brüssel irrtümlich Stockholm, das aber in anderer Zusammenstellung eindeutig weiterhin als Empfänger der Zusendungen der Akademie bezeichnet ist **(HAW** 221/5 und **HAW** 2331/1). Veranlaßt wurde die Entscheidung der Klasse durch eine Anfrage des Verlages C. Winter vom 23. März 1915, der zu dieser Zeit noch für den Versand der Akademieschriften zuständig war. Nach Auflösung des Verlagsvertrages mit Winter übernahm die UB 1923 den Tauschverkehr der Akademie (vgl. **BMKU** an Direktion der UB Heidelberg, 9. Jan. 1923, Nr. A 33197 und 21. Febr. 1923, Nr. **A** 4796; GLA 235/30159). Als „Ersatz" wurden 1917/18 das Deutsche Museum in München und das Heidelberger Gymnasium mit den Schriften der Klasse beehrt (vgl. HAW 2331/1). Die Phil.-hist. Klasse erweiterte ihren „Tauschverkehr" durch Überlassung ihrer Schriften an die Stadtbibliothek Frankfurt (1915), vgl. HAW 3331/1.

[46] Vgl. den Antrag Lenards vom 18. Mai 1917, Austauschsendungen ins Ausland einzustellen, ,,die bereits seit einem Jahr oder länger nicht erwiedert [!] wurden". In der Folge solle man abwarten, ,,bis von dort her eine Anfrage, ein

Nach Beendigung des Krieges verfolgte die Akademie eine grundsätzlich veränderte Austauschpolitik. Ab 1919 wurde der Schriftentausch selbst zu den ehemals feindlichen Ländern wieder aufgenommen - mit Ausnahme von Paris und Straßburg, wo die Verhältnisse ungeklärt schienen[47] -, sobald „die Gegenseite damit" begann.[48] Trotz der immer knapper werdenden Mittel entwickelte sich seit 1919 ein intensiver Austausch mit in- und ausländischen wissenschaftlichen Institutionen. 1922 standen beide Klassen zusammen mit 57 Akademien, Universitäten und Forschungsinstituten in Austausch, der bis 1933 ständig ausgeweitet wurde, als über 150 Tauschpartner auf der ganzen Welt bedient wurden.[49] Seit Mitte der 20er Jahre war die Akademie berechtigt, von einem bedeutsamen und weltweiten Austausch ihrer Schriften zu sprechen, wie sie dies auch dem badischen Kultusministerium gegenüber geltend zu machen versuchte.[50] Die Sitzungsberichte der Akademie wurden zum Signum ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit nach außen.[51]

Erst nach dem Ersten Weltkrieg gelang der Akademie eine stärkere Integration in den überregionalen Wissenschaftsbetrieb. Das zeigt auch die Entwicklung des Schriftentausches. Bedingt wurde dieser Wandel innerhalb der Akademie durch einen Generationswechsel, der sich auch in anderen Bereichen bemerkbar machte. Dieser ermöglichte der Akademie eine Lösung von den sich selbst angelegten Fesseln der Frühzeit und die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses, das den Platz der Akademie eben im Ver-

Wunsch oder die Zusicherung weiterhin regelmässig erfolgender Sendungen kommt" **(HA W** 2331/2).

47 Vgl. die Mitteilung des Verlages C. Winter vom 8. Apr. 1922. Nach einer Randnotiz von Bartholomae (Bartholomae an Kossel, 9. Febr. 1923) waren Paris und Brüssel aus der Tauschliste gestrichen (HAW 168/4).

48 Vgl. Bütschli an Bossert, 27. Nov. 1919 auf eine Anfrage der Accademia dei Lincei, Rom **(HA W** 2331/2). Vgl. dazu auch Bezold an Kossel, 12. Febr. 1922 **(HA W** 168/4), wonach die Phil.-hist. Klasse den Standpunkt des Kartells billigte, bezüglich der Wiederaufnahme des Schriftverkehrs mit den wissenschaftlichen Körperschaften der Entente ein „Verlangen der Gegenseite" abzuwarten.

49 Vgl. Aufstellung vom 8.Apr.1922 (vgl. **HAW** 1622). Ab 1925 wurde die Liste der Tauschpartner regelmäßig im Jahresheft der Akademie veröffentlicht, erstmalig in Jh. 1924/25, XXIIIff.

50 Vgl. Anm. 28. Vgl. auch den Jahresbericht der Akademie in Jh. 1926/27, XVII.

51 Vgl. Jh. 1931/32, XII.

bund einer weltweiten wissenschaftlichen Gemeinschaft und nicht an deren Rande sah. Ein gewisses Eigenbrötlertum, das zwischen Selbstüberhebung und Selbsteinschränkung schwankte, zerbrach mit der alten Ordnung. So zeitigte auch der politische und gesellschaftliche Wandel unmittelbare Folgen für das Erscheinungsbild der Akademie.

2. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften als Förderer wissenschaftlicher Forschung und als Innovator wissenschaftlicher Entwicklungen.

Neben der Publikationstätigkeit wurde in der Anregung und Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten eine Hauptaufgabe der Akademie gesehen. Zur Erfüllung der weitergehenden Forderung Gotheins, jungen Wissenschaftlern in der fruchtbarsten Phase wissenschaftlicher Betätigung eine Anstellung zu gewähren,[52] sah sich die Akademie freilich kaum in der Lage. Dennoch bot sich ein breites Feld von Unterstützungsmaßnahmen, die neben Zuschüssen zur Drucklegung wissenschaftlicher Arbeiten auch die Anschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Präparate und Bücher, die Förderung von Studienreisen und Expeditionen, aber auch Stipendien oder Zuschüsse zu Unterhaltsleistungen für wissenschaftliche Mitarbeiter umfassen konnten.[53] Sachmittel kamen dabei bei Eigentumsvorbehalt der Akademie in der Regel dauerhaft einzelnen Universitätsinstituten zugute.[54] Die Akademie hatte ein Erstveröffentlichungsrecht an den Ergebnissen der durch sie unterstützten Unternehmungen, wovon sie jedoch bei größeren Untersuchungen aus Kostengründen selten Gebrauch machte.[55] Da die

[52] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 25. Juni 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 56); auch in: Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 236.

[53] Vgl. etwa die von Windelband in seiner Rede während der Eröffnungsfeier formulierten Erwartungen. Er nannte „Eröffnung von Studiengelegenheiten, ... Beschaffung von Forschungsmitteln, ... Erleichterung wissenschaftlicher Veröffentlichungen" besonders auch für jüngere Forscher (Jh. 1909/10, **XXII).** Für eine Analyse der Unterstützungsmaßnahmen vgl. die Aufstellungen in den Jahresberichten der Akademie von 1910 bis 1919.

[54] Vgl. den Zusatz zu dem in der Sitz. Math.-nat. Klasse vom 15. Jan. 1910 beschlossenen Formular **(HAW** 221/1 und **HAW** 3501).

[55] Vgl. das Formular vom 15.Jan.1910 (ebd.). Vgl. auch den Beschluß der Math.-

ordentlichen Mitglieder - seltener auch die außerordentlichen - die Unterstützungsanträge zu begutachten,[56] vor allem aber die Mittel zu bewilligen hatten, lag es ganz in ihren Händen, Forschungsunternehmungen zu fördern oder auch zu ignorieren.

Viele der von der Akademie unterstützten Untersuchungen liefen über eine Reihe von Jahren. Dabei lehnte es die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse jedoch ab, auch bei regelmäßig wiederkehrendem Bedarf eine jährliche Unterstützung im voraus zu gewähren und sich dadurch auf mehrere Jahre zu binden; für jede Neubewilligung verlangte sie ein neues Gesuch,[57] wodurch eine kontinuierliche längerfristige Planung der Forscher erschwert wurde. Die Philosophisch-historische Klasse ging dagegen auch den Weg, größere Projekte längerfristig (das hieß bis zu fünf Jahren) mit festen Beträgen zu unterstützen. Aus diesen Forschungsprojekten entwickelten sich gelegentlich Forschungsunternehmungen der Akademie, die von ihren Mitgliedern angeregt wurden und ohne die Unterstützung der Akademie nicht hätte durchgeführt werden können. Die Grenze zwischen einer bloßen „passiven" bewilligenden Haltung der Akademie und dem Bewußtsein, ein eigenes Projekt zu fördern, war dabei in den Anfangsjahren vielfach fließend.

Zu den bedeutsamen von der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse unterstützten Unternehmungen zählte die Erwerbung der bei Mauer geborgenen paläontologischen Funde, die dem Geologischen Institut als Leihgaben überlassen wurden.[58] Die Unterstützung wurde von 1909 bis 1944 gewährt und ermöglichte gegen starke Konkurrenz die kontinuierliche Vervollständigung der Heidelberger Sammlungen.[59] Regelmäßige Unterstützungen erhielten Th. Curtius und H. Franzen für ihre Untersuchungen

nat. Klasse in der Sitzung vom 17. Febr. 1912 **(HAW** 221/3). Die Akademie begnügte sich in diesen Fällen mit einem Kurzreferat in einer Klassensitzung, das dann auch im Jahresheft erschien (vgl. etwa Windaus an HeidAW, 16. Jan. 1911; 0. Warburg an HeidAW, 28. Dez. 1913 oder Deninger an HeidAW, 17. Sept. 1912; **HAW** 251/2 bis 251/4; vgl. auch Jh. 1911/12, III).

56 Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 14. Febr. 1914 **(HAW** 221/5).

57 Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 15.Jan.1910 **(HAW** 221/1). Vgl. auch das Gutachten Th. Curtius' vom 29. Jan. 1913 **(HA W** 251/3).

58 Vgl. **HAW** 24101/1 und **HAW** 24101/2.

59 Vgl. Salomon an Bütschli, 28. Jan. 1916 **(HA W** 24101/1).

über die chemischen Bestandteile der Pflanzen und A. Windaus für seine Forschungen über Colchicin. In einen größeren wissenschaftsorganisatorischen Zusammenhang begab sich die Klasse mit der Unterstützung auch von anderen Akademien geförderter botanischer oder geologischer Expeditionen nach Kamerun (1910-1912, organisiert von der Deutschen Kolonialgesellschaft), den Molukken (1912, von W. Deecke als Förderung junger badischer Gelehrter angeregt) und nach Teneriffa (1914-1917, gefördert und angeregt besonders durch die Sächsische Akademie der Wissenschaften), während man eine Beteiligung an der Finanzierung eines Mikrozoologen für Kamerun durch das Reichs-Kolonialamt ebenso ablehnte wie eine Beteiligung an der Gründung eines internationalen Vulkan-Institutes in Neapel.[60] Zwei Fälle von Unterstützungsmaßnahmen verdienen Beachtung, weil sie mit dem Krieg und seinen Folgen in unmittelbaren Zusammenhang gebracht wurden. Die Förderung der Herstellung von Essigsäure aus Acetaldehyd durch den Karlsruher Professor Askenasy wurde von der Akademie als für die Kriegsindustrie von größter Bedeutung beurteilt;[61] der Psychiater Nissl wünschte die als Folge des Krieges registrierte Vielzahl der nervösen Störungen zu beobachten und vor allem zu archivieren, um Material für spätere wissenschaftliche Auswertungen zur Verfügung zu haben.[62] In anderen Fällen mußte die Akademie einspringen, um die mangelhafte Ausstattung der Universitätsinstitute auszugleichen, etwa, um vielversprechende junge Forscher am jeweiligen Institut zu halten.[63] Ab 1918 unterstützte die Klasse als Kartellunternehmen auch die Veröffentlichung des Poggendorffschen biographisch-bibliographischen Handwörterbuches, das von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde,[64] später auch (unregel-

[60] Vgl. Prof. Ziemann an das „Kuratorium der Akademie der Wissenschaften", 21. Jan. 1911 und I. Friedländer an HeidAW, 14. Juli 1911 **(HAW** 251/2 und **HAW** 841/1).

[61] Vgl. Prof. P. Askenasy an HeidA**W,** 28. Nov. 1916 und das Gutachten Th. Curtius' vom 5. Dez. 1916 **(HAW** 251/5).

[62] Vgl. Niss! an Bütschli, 4. März 1916 (ebd.).

[63] Vgl. das Begleitschreiben F. Himstedts vom 14. Juli 1914 zu dem Unterstützungsantrag für Prof. Riesenfeld in Freiburg, dessen Abwerbung durch das Berliner Physikalische Institut drohte **(HA W** 251/4).

[64] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 6. Okt. 1917 **(HAW** 22117).

mäßig) die Enzyklopädie der Mathematischen Wissenschaften und das Biographische Jahrbuch.[65]

Die Philosophisch-historische Klasse förderte über eine Reihe von Jahren insbesondere Archiv- und Bibliotheksreisen für die Untersuchungen zur Geschichte der Herzöge von Burgund (0. Cartellieri) und für die Ausgabe der Capuaner-Briefsammlung (K. Hampe); letztere Unternehmung wurde durch die Remuneration des Bearbeiters F. Baethgen seit 1913 zu einem echten Akademieprojekt.[66]

Über mehrere Jahre hin zog sich auch die regelmäßige Unterstützung für die „Internationale philosophische Bibliographie" des Heidelberger Privatdozenten A. Ruge.[67] Erstmals wurde für eine wissenschaftliche Unternehmung auch eine begleitende Kommission gebildet. Im Jahre 1914 richtete Ruge einen Unterstützungsantrag auch an das Kartell der Akademien.[68] Weitere philosophische Projekte, wie die Herausgabe ungedruckter Hegelmanuskripte[69] und die Neuausgabe der sämtlichen Werke Spinozas (C. Gebhardt), zu der die Heidelberger Akademie in besonderem Maße berufen schien, waren dagegen noch nicht ausgereift. Die Akademie war an einer Beteiligung an der Spinoza-Ausgabe grundsätzlich sehr interessiert, wünschte aber die Klärung ihrer Stellung in diesem Projekt. Die Akademie übernahm schließlich für die Spinoza-Ausgabe eine Garantie über die Deckung der Unkosten

[65] Zur Beteiligung der Akademie an Kartellunternehmungen vgl. auch unten 326f.

[66] Vgl. dazu **HAW** 34102.

[67] Vgl. **HAW** 3541 (vgl. insbes. Windelband an Troeltsch und Wille, 30. Nov. 1909). Ruge war bekannt als leidenschaftlicher Gegner des akademischen Frauenstudiums und durch seinen Streit mit **M.** Weber (vgl. dazu etwa Weber, **M., Max** Weber (1950), 473ff.). Zum Vorgehen gegen den rechtsradikalen Ruge 1919/20 ("Fall Ruge") vgl. Huber, E.R., Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 6, 990f. Zu Ruge vgl. auch Peters, Ch./Weckbecker, A., Auf dem Weg zur Macht, 36-59.

[68] Der Antrag wurde über die SächsA**W** eingereicht, die neben der HeidA**W** die Philosophische Bibliographie ebenfalls unterstützte. Das Kartell erhob prinzipielle Bedenken gegen eine etwaige Erklärung des Projektes zur Kartellunternehmung, versprach jedoch empfehlende Mitteilungen an die Einzelakademien (vgl. Protokolle der Kartellversammlung 1914, 14f.).

[69] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 18. Nov. 1911 (HAW 321/1).

bis zu einem gewissen Betrag. Die Akademie wurde von Gebhardt als eine Art Mentor der Ausgabe betrachtet.[70]

Daß auch in der Unterstützung von Forschungsprojekten eine innovative Kraft stecken konnte, zeigte sich vor allem an drei Unternehmungen, auch wenn sie nicht alle zum Erfolg oder zur Ausführung gelangten. Das erste dieser Projekte war mit dem Namen Max Webers verbunden. In einem Schreiben vom 9. Mai 1910 beantragte M. Weber die Unterstützung durch die Akademie für die von der Soziologischen Gesellschaft, zu deren maßgebenden Mitgliedern neben M. Weber auch andere Akademiemitglieder wie E. Gothein, G. Jellinek, E. Troeltsch und H. Oncken gehörten, beabsichtigte „Erhebung über die »Soziologie« des Zeitungswesens",[71] für deren Durchführung die Gesellschaft auf Fremdkapitalien angewiesen war. „Es ersteht die Frage, ob die Akademie das Zustandekommen dieser Arbeit nicht ermöglichen könnte und sollte. Es erscheint fraglich, ob die Akademie selbst allein (oder auch in Gemeinschaft mit einem andern Institut ...) als Unternehmerin und Leiterin derselben geeignet wäre. Denn dann müßte eine Form gefunden werden, in welcher sie sich die notwendigen Mitarbeiter und die Dienste der Gelehrten, der Journalisten, Zeitungsverleger und Politiker, welche berathend und mitarbeitend heranzuziehen sind, angliedern könnte. Dies würde vielleicht Schwierigkeiten machen[,] und die erforderliche enge Berührung mit parteipolitischen Persönlichkeiten z.B. wäre jedenfalls z.Z. ein Novum im Leben der Akademie. Dagegen erscheint, ... - wenn die Akademie die vorgeschlagene Erhebung für unterstützenswert erachtet, - der Weg der Unterstützung der Unternehmung einer schon vorhandenen Collektiv-Arbeitsürganisation, wie es die »D[eu]t[sche] Ges[ellschaft] fiür] Soziologie« ist, vielleicht gang-

[70] Vgl. Gebhardt an HeidA**W,** 30. Okt. 1913 und Windelband an Gebhardt, 9. Nov. 1913; Gebhardt an v. Schubert, 9. Dez. 1926 **(HAW** 341421). Am 31. März 1938 wandte sich der Verlag Winter an die Akademie, „in deren Auftrag die ersten vier Bände erschienen sind", um Unterstützung für den abschließenden 5. Band. Die Akademie sah sich zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr in der Lage, diesen Band zu unterstützen und bat darum, ‚jede Bezugnahme auf die Heidelberger Akademie der Wissenschaften" zu unterlassen (Achelis an Winter, 8. Apr. 1938; ebd.).

[71] Zu M. Webers Plan einer „Soziologie des Zeitungswesens" vgl. Groth, 0., Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft, 296-300. Vgl. auch Reimann, H., Publizistik und Soziologie, 328f.

bar." Die Leistungen der Akademie würden dann gebührend zur Geltung gebracht und ein Kontrollrecht der Akademie durch einen Delegierten im Leitungsgremium gesichert sein.[72] Die Akademie stellte daraufhin einen Betrag von 10000 Mark, verteilt auf fünf Jahre in Aussicht, der durch Zustiftungen von Mitgliedern oder Förderern der Akademie auf 13-14000 Mark erhöht werden könnte. Damit wäre sie der Hauptgeldgeber der Unternehmung und könnte so „fast alle lohnenden Probleme der zu verteilenden Arbeiten an sich ziehen: 1. die internationale Vergleichung des Pressewesens, 2. die ebenfalls international zu behandelnde katholische, sozialistische und sozialrevolutionäre Presse, 3. alle eigentlichen »Culturprobleme«", während man die heiklen und schwierigen Arbeiten anderen Instituten und privaten Stiftern überlassen könnte.[73] Gedacht war an einen Fonds, der nur bei Bedarf angegriffen werden sollte, wobei der Akademie die notwendigen Garantien hinsichtlich der Konstituierung des Arbeitsausschusses und einer geeigneten Abgrenzung der Arbeitsgebiete zugesichert wurden.[74] Dieses Projekt wurde für die Akademie gleichsam zum Testfall für ihre - von M. Weber in seiner Kritik bezweifelte - Bereitschaft zur Unterstützung moderner sozialwissenschaftlicher Forschung.[75] Obgleich die Akademie den Antrag M. Webers positiv beschied,[76]

[72] M. Weber an HeidAW (Phil.-hist. Klasse), 9. Mai 1910 (HAW 351/1).

[73] **M.** Weber an Windelband, 10. Mai 1910 (ebd.).

[74] Vgl. **M.** Weber an Windelband, 9. Juli 1910 (ebd.).

[75] Vgl. den Forderungskatalog in **M.** Webers Schreiben an Koenigsberger vom 7. Aug. 1909 **(HAW** 013): daß „1.) für grosse Kollektivarbeiten die Erhebung, und in den ökonomischen Disziplinen speziell auch: die rechnerische Ausarbeitung des selbst erhobenen oder in den Massenpublikationen der offiziellen Statistik brachliegenden Tatsachenmaterials kontinuierlich durch erhebliche Mittel unterstützt werden" müßte und daß „2.) eine systematische Stipendierung besonders begabter, schon hinter dem Abschluß ihres Studiums stehender, jüngerer Leute für Reisen, speziell: Auslandsreisen mit systematisch gewählten Fragestellungen auch unter der gemeinsamen Kontrolle der aktiven Vertreter jener Disziplinen in die Wege geleitet werden" müßten. Die Mitwirkung der Akademien wird besonders in der ersten Aufgabe als unerläßlich angesehen, da die „systematische Verarbeitung des heute nur nach dem Makulaturgewicht abzuschätzenden statistischen Rohmaterials" nur mit für Privatleute unerschwinglich hohen Kosten verbunden sei. Gleichzeitig drückte Weber hier auch seine Zweifel an der Hilfsbereitschaft der traditionellen Akademien aus. Vgl. dazu auch Tönnies, F., Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute, 430.

[76] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 16. Juli 1910 **(HAW** 321/1). In der Einladung zur Sitz. am 18. Dez. 1910 vom 11. Dez. 1910 wird mitgeteilt, daß ein

sind die bereitgehaltenen Mittel nicht in Anspruch genommen worden.[77] Persönliche Gründe **M.** Webers verhinderten die Ausführung des Projektes. Im Herbst 1910 war Weber in eine Beleidigungsklage gegen einen Journalisten und dessen Zeitung verwikkelt; dadurch waren Max Webers Beziehungen zur Presse diskreditiert, das unerläßliche gegenseitige Vertrauen für die Erhebungen zum Zeitungswesen gestört. ,,Max Weber stellte seine Mitarbeit an der Untersuchung ein, das Projekt schlief ein."[78]

Das zweite Projekt, von dem Kirchenhistoriker Hans von Schubert angeregt, befaßte sich mit der Erschließung spanischer Archive und Bibliotheken, die eben erst zu bedeutenden Fundstätten für die historische Forschung avancierten. H. von Schubert regte an, die Akademie solle „dieses fruchtbare und relativ wenig bekannte Gebiet ... in irgend einer Form zu dem ihrigen" machen. „Die Akademie würde, in einer systematischen Erschliessung der Schätze, die in den spanischen Archiven und Bibliotheken verborgen liegen, eine wie ich glaube selten schöne und grosse Aufgabe gewinnen, eine Aufgabe, deren Bearbeitung den verschiedensten in unserer Akademie vertretenen Fächern zugute kommen würde, [die] sich schon desshalb [!] besonders für eine solche gelehrte Anstalt eignet und ihr mit einem Schlage eine hervorragende Stellung unter den älteren Schwestern und in der gelehrten Welt überhaupt sichern würde."[79] H. von Schubert schwebte ein Großprojekt vor, das, obgleich im einzelnen noch nicht konkretisiert, die Akademie in der internationalen Gemeinschaft der Akademien hoffiihig machen sollte. Er dachte dabei vor allem an Quelleneditionen und Untersuchungen zur deutschen Reichsgeschichte. Für die Ausführung seines Planes bevorzugte er daher als „Ideal ...

„definitiver Antrag" zum Unternehmen Soziologie der Presse erst später gestellt werde (ebd.).

[77] Die Ausführungen von Marianne Weber legen demgegenüber nahe, daß diese Unterstützung tatsächlich nicht nur bewilligt, sondern auch gewährt wurde (vgl. Weber, **M.,** Max Weber (1926), 431).

[78] Vgl. Käsler, D., Einführung in das Studium Max Webers, 214f. (Zitat 215). Es handelt sich hier um die Auseinandersetzung **M.** Webers mit dem in Heidelberg lehrenden Historiker und Zeitungswissenschaftler, dem Privatdozenten Adolf Koch. Vgl. dazu Weber, **M.,** Max Weber (1926), 434-445. Vgl. auch Obst, B., Ein Heidelberger Professorenstreit und Riese, R. Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb, 375ff. Zu **A.** Koch vgl. Drill!, D., Gelehrtenlexikon, 142f.

[79] H.v. Schubert an Windelband, 5. Dez. 1910 (HAW 3542).

die Gründung eines historischen Instituts in Barcelona nach Analogie des römischen, das unter unserer Ägide stehen würde", an dem sich aber auch andere Gesellschaften beteiligen sollten. Diese Form der historischen Arbeit in Spanien wurde aber von dem Freiburger Historiker Heinrich Finke,[80] der als bester Kenner der spanischen Archive ausgewiesen war, sehr skeptisch beurteilt. Er sah eine Hauptschwierigkeit in dem leicht verletzlichen Taktgefühl der Spanier.[81] Aber auch prinzipielle sachliche Bedenken sprachen nach Finke gegen ein solches Institut, da nur wenig Material zur „vaterländischen Geschichte" zu bearbeiten wäre, das Institut also seine eigentliche Aufgabe verfehlen müßte.[82] In der Erkenntnis, daß ein solches Unterfangen auch die Möglichkeiten der Akademie überforderte, sah sich die Kommission, die die Klasse für die spanischen Archive eingesetzt hatte, auf den Alternativvorschlag von Schuberts verwiesen, einzelne Gelehrte „zunächst zur Durchforschung des Bestands" zu entsenden; auch eine Beschränkung auf die Publikation der Korrespondenz Karls V. wurde erwogen. „Die Begründung eines Instituts" schwebte der Akademie allenfalls als „fernes allerletztes Ziel vor, dem man sich nur durch eine Reihe erfolgreicher Einzelunternehmungen allmählich nähern könnte."[83] Diese Einzelunternehmungen wurden überwiegend durch die Akademie, insbesondere auch durch Finke, angeregt. Aufgrund der Kommissionssitzung wurden für spanische Forschungsreisen 6000 Mark auf zwei Jahre für verschiedene Gelehrte auf den Gebieten der Kirchengeschichte, der klassischen Philologie und Arabistik beantragt.[84] Die Unterstützung von Forschungsreisen nach Spanien und die Publikation der Ergebnisse in den Sitzungsberichten setzte die Akademie bis 1923 fort. Schwerpunkte der Forschungen betrafen die von Finke angeregte Erschließung von (besonders aragonesischen) Urkunden und die Förderung der Acta Aragonensia und der Acta Concilii Constantiensis, für die Finke reichlich spanisches Material verwendete.[85]

[80] Finke war seit 1910 ao.M. der Akademie. Zu Finke vgl. Finke, H., [Selbstdarstellung]. NDB 5, 1961, 162 (J. Spörl). Goetz, W., Historiker in meiner Zeit, 246-255.

[81] Vgl. Finke an Windelband, 4. Jan. 1911 (HAW 3542).

[82] Vgl. Finke an Windelband, 22. Juni 1911 (ebd.).

[83] Windelband an Finke, 17. Juli 1911 (ebd.)

[84] Vgl. hierzu die Korrespondenzen in HAW 3542.

[85] Vgl. Finke an v. Schubert, 13. Juli 1913 und v. Schubert an HeidAW, 18. Juli

Als letztes dieser Unternehmen, das sich maßgeblicher Unterstützung seitens der Akademie erfreute, sei die Entwicklung der Palimpsest-Photographie durch den Benediktinerpater **R.** Kögel in Beuron erwähnt.[86]

Wie die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse unterstützte die Philosophisch-historische Klasse auch wissenschaftliche Expeditionen, wie die des Gießener Gelehrten Junker zu Sprachaufzeichnungen nach Zentralasien.[87] Besondere Bedeutung maß die Klasse der Unterstützung der großen Kartellunternehmen bei.[88] Nach ihrer Aufnahme in das Kartell suchte die Akademie beim badischen Staat einen höheren Beitrag für das Thesaurus-Unternehmen durchzusetzen, freilich ohne Erfolg.[89] An weiteren ,,größeren vom Kartellverband deutscher wissenschaftlicher Körperschaften geförderten Unternehmungen" beteiligte sich die Akademie an der Herausgabe der mittelalterlichen Bibliothekskataloge (1918-1922) und dem Arabischen Wörterbuch (1918-1920)[90] und mit der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zusammen auch am Biographischen Jahrbuch und der Kepler-Ausgabe.

Während die Akademie sich auf diese Weise bemühte, ihren Platz in der Vereinigung der großen wissenschaftlichen Gesellschaften zu finden, verweigerte sie sich auf einem anderen Gebiete, das unter der Obhut der Akademien geeignet erschien, um neue Entwicklungen in der Forschung anzuregen, im eigentlichen Sinne also innovativ zu wirken. Die Akademie sah sich nicht in der Lage, aus ihren Mitteln Preisausschreiben, die zu den klassischen

1913; desgleichen Finke an Windelband, 11. Sept. 1913 und Windelband an Finke, 9. Nov. 1913 (HAW 351/3).

86 Vgl. die (Berichts-) Vorlagen Gradenwitz' vom 19. Mai 1917 über „Die Photoreflexokopie. Ein allgemeines Hilfsmittel der wissenschaftlichen Forschung" und 11. Mai 1918 über „Die unsichtbare Färbung" (HAW 321/3). Der Beitrag von 1917 wurde wegen des Krieges noch nicht veröffentlicht. 1919 wurden die Palimpsest-Reisen Kögels, die durch den Krieg unterbrochen worden waren, mit Unterstützung der Akademie fortgesetzt (vgl. HAW 351/4; Jh. 1917, IV; Jh. 1919, IV; vgl. auch Jh. 1921, XXVIII; aufgrund der finanziellen Probleme der Akademie war inzwischen die Jur. Fak. der Universität eingesprungen). Vgl. dazu auch Köge!, **R.,** Die Palimpsestphotographie.

87 Vgl. den Bericht über die Expedition in das Yagnab-Gebiet, Junker an Bartholomae, 15. Juli 1913 **(HAW** 351/3). Vgl. auch Jh. 1914, **XVIIf.**

88 Vgl. zum Ganzen unten 326f., bes. Anm. 208.

89 Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 20. Mai 1911 (HAW 321/1).

90 Vgl. Jh. 1918, IV und Jh. 1920, XLIV.

Objekten der Wissenschaftspflege durch die Akademien gehörten, zu finanzieren.[91] Freilich vermochten die an der Akademie errichteten Spezialstiftungen einen Teil der Funktionen solcher Preisaufgaben zu übernehmen.

Die eigentliche Wirkung der Unterstützungsmaßnahmen der Akademie zeigte sich für die badischen Hochschulen, insbesondere natürlich die Heidelberger Universität. Aber auch außerhalb Badens wirkende Gelehrte und angesiedelte Unternehmungen mit einem viel weiterreichenden Radius wurden unterstützt. In den ersten 10 Jahren ihres Bestehens wendeten beide Klasse annähernd je 100000 M. für Unterstützungsmaßnahmen auf. Davon fiel zwischen einem Viertel und einem Drittel an Mitglieder der Akademie, etwa ein Drittel an Heidelberger Nichtmitglieder und der Rest an badische und außerbadische Forscher.[92] Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse beachtete bei der Verteilung der Mittel weitgehend den Grundsatz, die „verfügbaren Geldmittel ... vorläufig nur für Gelehrte an badischen Hochschulen" zu ver-

[91] Vgl. Czerny an die Math.-nat. Klasse der Akademie, 4. Sept. 1912 und die Ablehnung der Akademie **(HAW** 1801). Vgl. demgegenüber die vernichtende Kritik J. Grimms für die Mitte des 19. Jahrhunderts (vgl. 143, Anm. 19).

[92] Vgl. die Zusammenstellung im Bericht über die Tätigkeit der Akademie im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens durch Bezold (Jh. 1920, **XIX).** Das Gros der Mittel entfiel in der Math.-nat. Klasse (95742 **M)** auf Apparaturen, in der Phil.-hist. Klasse (95100 **M)** auf wissenschaftliche Reisen. Die Einzelbelege siehe in den Jahresberichten der Akademie, die die Grundlage der folgenden Tabelle bilden.

Tab.: Anzahl der Unterstützungen in den Geschäftsjahren 1909–1919, Math.-nat. Klasse (rechte Spalte) und Phil.-hist. Klasse (linke Spalte).

	1909/10		10/11		11/12		12/13		13/14		14/15		16		17		18		19	
M.HD	3	1 1	3	6	2	4	3	10	1	5	1	3	4	(1)	2	2	2	–	7	
S.HD	3	2	8		9		12		9		11				4		4	-	8	3
FR	4	(1)	4	-	2	1	3				1					1	-			
KA	-	-	2	-	1	1	1	-	1	-	3	–	1	1	–			-	(1)	-
S.Bad.					-	1	1	-	1	-			1	(1)	-				1	
K.unt.											-	1	1	-		-	3	1	1	-
A.bad.	–	–	–	2		4	-	3		2	2	2	1	4		4	-	2	-	5

Mittel wurden gewährt an o.M. bzw. ao.M. aus Heidelberg (M.HD), sonstige Wissenschaftler aus Heidelberg (S.HD), Gelehrte aus Freiburg (FR), Karlsruhe (KA) und dem übrigen Baden (S.Bad.), ferner für Unternehmen anderer Akademien (K.unt.) und für außerbadische Gelehrte (A.bad.).

wenden.[93] Im allgemeinen fällt auf, daß nach der Gründung der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft (1911) die Anzahl der Bewilligungen nach Freiburg drastisch zurückging, da kaum noch Anträge von dort gestellt wurden.[94] Das kam in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse vor allem Heidelberger Gelehrten zugute bzw. von Heidelberger Gelehrten angeregten und protegierten Unternehmungen.

Die veränderten materiellen Verhältnisse der Akademie nach dem Ersten Weltkrieg bewirkten auch eine Änderung ihrer Haltung zur Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen. Als die Mittel knapp wurden, wurden als erstes die Unterstützungen gestrichen. Dies geschah unter dem Aspekt, daß die wichtigste wissenschaftliche Leistung in der Aufrechterhaltung des Publikationsbetriebes zu liegen habe. Erst 1927 wurden nach mehrjähriger Pause erstmals wieder Unterstützungen für Forschungsreisen und Studienmittel ausgegeben.[95] Die nun wieder vermehrt einsetzenden Fördermaßnahmen wurden freilich Ende der 20er Jahre überlagert durch das Bedürfnis, neue, eigenständige Akademieunternehmungen ins Leben zu rufen, die in den 30er Jahren die für wissenschaftliche Unternehmungen zur Verfügung stehenden Mittel fast ausschließlich für sich beanspruchen sollten.

3. Die Akademie als Wissenschaftsorganisator.

Die Organisation von Wissenschaft, d.h. die Planung und Durchführung von größeren wissenschaftlichen Unternehmungen, gehörte immer schon zu den Aufgaben der Akademien. Die großen Unternehmungen waren oftmals die Aushängeschilder der Akademien, die ihnen Ruhm und Ehre eingebracht hatten. Der Vorschlag Hans von Schuberts, ein historisches Institut in Spanien zu begründen, lief genau in die Richtung, der Akademie durch ihr Engagement in diesem Tätigkeitsbereich wissenschaftliches

[93] Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 30. Okt. 1909 **(HAW** 221/1).

[94] Vgl. dazu unten 313f.

[95] Vgl. Jh. 1927/28, XII. In den folgenden Jahren wurden in den Jahresheften immer wieder auch umfangreichere Unterstützungsmaßnahmen aufgeführt, vgl. Jh. 1928/29, **IV, XV;** Jh. 1929/30, **X, XVIII;** Jh. 1930/31, **V, XIII;** Jh. 1932/33, **V, VII.**

Renommee zu verschaffen. Ein eigenes Institut zu unterhalten, war freilich für die Akademie zu diesem Zeitpunkt eine zu große Herausforderung. Nichtsdestoweniger hatte sich die Akademie den Anforderungen, sich auch größeren und längerfristigen Unternehmen zu widmen, in ihrer Philosophisch-historischen Klasse nicht versagt. Dies entsprach besonders der Forderung 0. Gradenwitz' nach Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen. Auch wenn die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse keine großen Projekte unter ihre Obhut nahm, gehörte im Selbstverständnis der Akademie doch auch die Anregung, Betreuung und Durchführung ausgedehnter wissenschaftlicher Arbeitsvorhaben gewissermaßen zu den konstitutiven Elementen einer vollwertigen wissenschaftlichen Akademie. Die Aufnahme der Heidelberger Akademie in das Kartell wirkte auf die junge Akademie als zusätzlicher Ansporn zur Erfüllung dieser selbstgesteckten Aufgaben.[96]

Als erste eigene Unternehmung in diesem Sinne kann daher bereits der Heidelberger Index zum Codex Theodosianus bezeichnet werden. In einer Abhandlung der Akademie, die er am 6. November 1909 vorgelegt hatte, hatte Otto Gradenwitz seinen Plan zur Herstellung eines „Index zum Theodosianus" vorgestellt und begründet.[97] Gradenwitz hatte durch eine Stiftung von 10000 M., die die Klasse angenommen hatte, auch selbst für die finanzielle Grundlegung des Unternehmens gesorgt.[98] Die Arbeiten, die auf etwa fünf Jahre terminiert waren, gingen mit Arbeitsstellen in Königsberg und Heidelberg gut voran. Bis zum Beginn des Krieges erschienen die ersten Teile im Druck, eine Fortsetzung war aber seit Sommer 1915 nicht mehr möglich.[99] Nach zehnjähriger Arbeit lag immerhin das erste Heft im Druck vor, andere waren gesetzt. Doch nun reichten die Mittel der Akademie nicht mehr aus, das

[96] Vgl. die Tagesordnung zur Ges.sitz. am 24. Juni 1911 vom 14. Juni 1911 **(HA W** 143/1).

[97] Gradenwitz, 0., Plan für einen Index zum Theodosianus.

[98] Vgl. Windelband an Koenigsberger, 27. Dez. 1909 **(HAW** 4310). Das Vorhaben einer Stiftung von Gradenwitz an die Akademie war der Akademie schon zu Beginn des Wintersemesters bekannt gemacht worden (vgl. Koenigsberger an Kanzleirat Holl, 8. Okt. 1909; ebd.). Das BMKU nahm die Stiftung mit Genugtuung zur Kenntnis (vgl. BMKU an HeidAW, 22.Jan.1910, No. B 672; vgl. GLA 235/4002, BI. 20 und HAW 4310). Vgl. auch Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 58. Zum Fortgang der Arbeiten vgl. Jh. 1910/11, XXXIf.; Jh. 1912, Xllf.; Jh. 1913, XVIII; Jh. 1914, XVI; Jh. 1915, X; Jh. 1917, V; Jh. 1920, XIX.

[99] Vgl. Gradenwitz an Windelband (?), 13. März 1915 (HAW 34101/1).

Unternehmen erfolgreich abzuschließen. Dies war letztlich nur durch Subventionsleistungen durch die Notgemeinschaft und die Juristische Fakultät der Universität Heidelberg möglich.[100] 1925 konnte das Projekt beendet werden.

Bereits 1909 begannen auch die Arbeiten zur Edition des Capuaner Briefbuches.[101] An diesem durch Karl Hampe angeregten und vorangetriebenen Unternehmen war die Akademie zunächst freilich nur als materiell unterstützende Institution für Forschungsreisen und Photoabzüge etc. beteiligt. Seit 1913 übernahm die Akademie aber auch für dieses Projekt größere Verantwortung, indem sie die feste Remuneration einer Arbeitskraft (F. Baethgen) für dieses Unternehmen übernahm. Der entsprechende Antrag Karl Hampes von Anfang Juli 1913, der dem Unternehmen die „volle Arbeitskraft" F. Baethgens sichern sollte, wurde von H. von Schubert, E. Gothein, H. Oncken und E. Troeltsch „aufs wärmste" unterstützt. Insbesondere Troeltsch beurteilte dieses Projekt als eines der „wirklich dem Sinn der Akademie entsprechenden."[102] Auch hier verhinderte der Krieg mit der Einschränkung von Archiv- und Bibliotheksreisen und der Einberufung des Bearbeiters ein zügiges Voranschreiten der Arbeiten, die auch nach dem Kriege nicht wie erhofft fortgeführt werden konnten.

[100] Vgl. das Gesuch der HeidAW vom 8. Juli 1922 (GLA 235/3354, fol. 345) und Jh. 1924/25, XV.

[101] Zum folgenden vgl. HAW 34102. Vgl. auch Hampe, **K.,** Selbstdarstellung, 31. Zur Capuaner Sammlung vgl. ebd. auch 23. Die Edition des Capuaner Briefbuchs wird seit einer Reihe von Jahren von H.M. Schaller betrieben (vgl. Schaller, H.M., Zur Entstehung der sogenannten Briefsammlung des Petrus de Vinea - zur Rolle Hampes vgl. ebd., 144f. - und die Jahresberichte des Präsidenten der MGH in DA, zuletzt DA 46, 1990, XV). Als Vorarbeiten erschienen die Beiträge von Hampe, K., Mitteilungen aus der Capuaner Briefsammlung (insgesamt vier Mitteilungen, z.T. unter Mitwirkung von F. Baethgen, SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1910, Abh. 13 (1/11); Jg. 1911, Abh. 5 und Jg. 1912, Abh. 14), ferner drei damit im Zusammenhang stehende Arbeiten zum Konklave von 1241 (SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1913, Abh. 1), zur Verknüpfung der Weissagung vom Endkaiser mit Friedrich II. und Konrad IV. (SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1917, Abh. 6) und zur sizilianischen Verschwörung von 1246 (SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1923, Abh. 8). Zum Fortgang des Unternehmens vgl. auch Jh. 1914, XVII; Jh. 1915, X und Jh. 1920, XIX, XLV.

[102] Vgl. die undatierte Postkarte Troeltschs an Hampe (UBH, Heid. Hs. 4067, Nl. K. Hampe; für den Hinweis danke ich Dr. K.-H. Fix, für die Erlaubnis der Benutzung Herrn Prof. Dr. H. Jakobs).

Aber auch die extreme Schwierigkeit der Aufgabe bewirkte, daß das Unternehmen über, wenn auch bedeutsame, Vorarbeiten, deren letzte 1923 in den Sitzungsberichten der Akademie erschien, nicht hinauskam.

Einige weitere Unternehmungen der Frühzeit litten dagegen unter mangelnder organisatorischer Koordination. Aus Kreisen der Badischen Historischen Kommission heraus war angeregt worden, durch die Akademie die Mittel für die Herstellung eines Verzeichnisses der Weistümer und Dorfrechte Badens zur Verfügung zu stellen.[103] Es sollte sich dabei also um eine Vorarbeit zu einer späteren Edition der badischen Weistümer und Dorfrechte handeln. Getragen wurde der Antrag von acht Mitgliedern der Akademie (insbesondere Schroeder und von Below), wodurch sich die Gewähr für eine gediegene Durchführung des Unternehmens zu ergeben schien. Die Mittel der Akademie sollten für die Bezahlung der Bearbeiter sowie für Reise- und Versandkosten verwendet werden. Das auf drei Jahre geplante Unternehmen nahm im Sommer 1911 seine Tätigkeit auf. Schon im Sommer 1913 mußte aufgrund eingetretener Schwierigkeiten der ursprüngliche Plan reduziert werden; Editionsvorhaben rückten in den Vordergrund, die die Akademie nicht mehr berührten; nicht verbrauchte Mittel wurden 1917 der Badischen Historischen Kommission, deren Vorsitzender E. Gothein war, überwiesen.[104] Nicht über ihr Anfangsstadium hinaus gelangte die Unternehmung zur Edition des Briefwechsels des Kardinals Consalvi, der wichtige Hinweise zur Wiederherstellung der katholischen Kirchenverfassung in der Oberrheinischen Kirchenprovinz am Anfang des 19. Jahrhunderts liefern sollte.[105] Die Unternehmung wurde von einer - freilich wenig harmonierenden[106] - Kommission, bestehend aus Gothein, Gradenwitz,

[103] Vgl. zum folgenden **HAW** 34103.

[104] 1922 wurden allerdings noch einmal 8000 **M** zur Unterstützung der weiteren Herausgabe der Badischen Weistümer durch die Notgemeinschaft auf Antrag der Akademie bewilligt (vgl. BMKU an Notgemeinschaft, 2. Aug. 1922, Nr. A 17083, GLA 235/3354, fol. 351),jedoch ohne daß die Akademie noch in näherer verantwortlicher Beziehung zu diesem Unternehmen stand.

[105] Vgl. **HAW** 34101/2. Vgl. auch Jh. 1913, **XVIII;** Jh. 1920, **XIX.** Zur Antragstellung durch Gothein, Schroeder und Gradenwitz vgl. Prot. Sitz. vom 18. Okt. 1910 **(HAW** 321/1).

[106] Die ersten Initiativen waren von Troeltsch im Febr. 1910 ausgegangen. Das Unternehmen geriet dann freilich immer stärker unter den Einfluß des gut

Schroeder und Troeltsch, betreut. Daß das Unternehmen nicht wie gewünscht in Gang kam, lag trotz der von der Akademie bewilligten beachtlichen Summen wohl daran, daß die Hauptlast der Durchführung auf dem Nichtmitglied F. Fleiner ruhte, der zum Winter 1915 Heidelberg verließ.[107]

Es war besonders auf die Hyperaktivität der Rechtshistoriker Gradenwitz und Schroeder zurückzuführen, daß die Akademie schon früh an die Bearbeitung größerer Unternehmungen herangeführt wurde, die auf eine Dauer von bis zu fünf Jahren projektiert waren und die durch Mittel der Akademie ermöglicht werden sollten. Auf Anregung des Ehrenmitgliedes F. Endemann beantragten Schroeder und Gradenwitz, „die Klasse wolle eine Commission zur Prüfung der Frage ernennen, ob es sich für die Klasse empfehle, die Herstellung eines Wörterbuchs des deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs in Angriff zu nehmen und die hierzu erforderlichen Mittel zu bewilligen."[108] Hierdurch sollte ein wirksames Hilfsmittel zur rechtlichen Sprachforschung bereitgestellt werden, auf dem auch eine „geläuterte Begriffserkenntnis", d.h. eine geistige Durchforschung und gefestigte Erkenntnis des gesamten Bürgerlichen Rechts aufbauen konnte. Nach Vorarbeiten durch Gradenwitz wurden ab Oktober 1912 auf fünf Jahre je 2000 Mark bewilligt; in das Leitergremium wurde der Germanist Braune aufgenommen. Bis zum Frühjahr 1913 konnte eine Anzahl von Probeartikeln erstellt und mit der Bearbeitung der Wörter, für die Professor Affolter gewonnen worden war,[109] begonnen werden. Eine Fertigstellung des Wörterbuches konnte nicht vermeldet werden.

Gradenwitz war auch entscheidend beteiligt an der Übernahme zweier großer Papyrus-Unternehmungen durch die Akademie. Das

kooperierenden Paares Gradenwitz und Schroeder, so daß Troeltsch sich schließlich ausgebootet fühlte (vgl. dazu Troeltsch an Windelband, 29. Mai 1910, HAW 115/PA Troeltsch, nachdem er aus Protest eine Klassensitzung verlassen hatte). Mit welcher Rücksichtslosigkeit Schroeder die Wahrnehmung eigener Interessen verfolgen konnte, zeigt u.a. sein Schreiben an Windelband vom 25. Mai 1910 **(HAW** 34101/2), in welchem er im Wettbewerb um die Mittel der Akademie gegen das Presseprojekt Max Webers intrigierte.

107 Zu Fleiner vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 70.

108 Antrag an die Phil.-hist. Klasse vom 14. Mai 1912 **(HA W** 34101/1). Ebd. auch zum folgenden. Vgl. auch Jh. 1913, XVIIf.; Jh. 1914, XVI.

109 Vgl. den Bericht der Karlsruher Zeitung Nr. 203 vom 24. Juli 1913 (GLA 235/3354, fol. 194). Zu den Hintergründen und zum Scheitern vgl. auch Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 86f.

Wörterbuch griechischer Papyrusurkunden war ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft.[110] In der Folge dieses Unternehmens standen die „Veröffentlichungen aus den Badischen Papyrussammlungen", die in Kooperation mit der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft und mit Unterstützung der Notgemeinschaft von 1923 bis 1938 in sechs Heften erschienen und denen verschiedentlich Mitteilungen aus der Heidelberger Papyrussammlung vorausgegangen waren.[111]

Ein Unternehmen besonderer Art stellte die für 1913 geplante Inangriffnahme eines Babylonisch-assyrischen Wörterbuches dar, das in internationaler Zusammenarbeit entstehen sollte. Angeregt und geleitet durch C. Bezold, stellte die Akademie für dieses Vorhaben insgesamt 15000 Mark zur Verfügung. Innerhalb von fünf Jahren, sollte das Unternehmen abgeschlossen werden.[112] Zur Erleichterung der Arbeit konnte modernste „Technologie" eingesetzt werden. Für die Akademie bedeutsam war die günstige Aufnahme des Projektes gerade in den USA. Erste Ergebnisse der Arbeit wurden der Öffentlichkeit durch Bezolds Abhandlung „Historische Keilschrifttexte. Zettelproben des Babylonisch-assyrischen Wörterbuchs der Heidelberger Akademie der Wissenschaften" von 1915 vorgestellt.[113] Nach dem Tode Bezolds wurde das

[110] Vgl. unten 319f.

[111] Vgl. dazu HAW 34101/1. Am 12. Juli 1923 wies das BMKU die Summe von 2.500.000 Mals Druckzuschuß für Heft 3 der „Mitteilungen" an die HeidA**W** an (vgl. **HAW** 13171). Vgl. ferner Seider, **R.,** Die Universitäts-Papyrussammlung, 191ff. Zu den zahlreichen Editionen und Analysen von Papyri in den Sitzungsberichten der Akademie seit 1911 vgl. Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register, 29ff. Das Papyrus-Unternehmen ist eines der wenigen, das - freilich mit Unterbrechungen - bis in die Gegenwart fortgeführt wird: Es wurde nach einer 16jährigen Unterbrechung 1954 von H. Schaefer mit den Veröffentlichungen aus der Heidelberger Papyrus-Sammlung (Neue Folge) wieder aufgegriffen. Bis 1971 erschienen regelmäßig Arbeitsberichte aus der Universitäts-Papyrussammlung in den Jahresheften der Akademie. Nach abermaliger langer Pause wurde aus Anlaß des Universitätsjubiläums 1986 die Publikation der Heidelberger Papyri wieder aufgenommen und 1988 als Arbeitsvorhaben institutionalisiert (vgl. Jb. 1989, 185f.).

[112] Vgl. den Beschluß der Klasse in der Sitz. am 30. Nov. 1912. Hierzu und zum folgenden siehe **HAW** 34101/2. Vgl. auch die Berichte in den Jahresheften der Akademie: Jh. 1914, **XVIII;** Jh. 1915, XI; Jh. 1916, V; Jh. 1917, V; Jh. 1918, V; Jh. 1919, VI und Jh. 1920, XIX, XLVf.

[113] SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1915, Abh. 7. Vgl. auch Bezold, C., Baby-

Werk durch den Privatdozenten Götze bis 1925 fertiggestellt, der Druck war schließlich im Jahr darauf abgeschlossen.[114]

Eine bedeutsame Entscheidung traf die Philosophisch-historische Klasse in ihrer Sitzung am 30. November 1912,[115] als sie zu den bereits betreuten vier weitere Unternehmungen aus der Taufe hob, die ganz oder teilweise unter ihrer Obhut standen, neben dem Wörterbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch das Babylonisch-assyrische Wörterbuch und das Wörterbuch zu den griechischen Papyri sowie die Grabungen in Ägypten, also alles ausgesprochen „akademietypische" Unternehmungen. Zu diesen Unternehmungen muß auch ein Katalog, die Aufnahme und Beschreibung der illustrierten astrologischen und mythologischen Handschriften des lateinischen Mittelalters, gezählt werden.[116] Der Katalog war 1915 mit seinem ersten und 1926 in seinem zweiten Band erschienen.11[7] Die Beteiligung der Akademie an diesem Unternehmen schien anfangs nicht über die Bereitstellung der Mittel, d.h. die Unterstützung einer fremden Arbeit hinauszugehen. In F. Boll hatte das Projekt jedoch einen bedeutsamen Förderer gefunden, wodurch die Akademie in besonderem Maße für die Weiterführung dieses Unternehmens verpflichtet wurde.[118] Die Zusammenarbeit mit der Bibliothek Warburg in Hamburg,[119] an der der Bearbeiter F. Saxl

Ionisch-assyrisch aläku ‚gehen'. Zettelproben des Babylonisch-assyrischen Wörterbuchs der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. **SB** HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1920, Abh. 16.

114 Vgl. Jh. 1924/25, XV. Bezold, C., Babylonisch-assyrisches Glossar.

115 Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 30. Nov. 1912 **(HAW** 321/2).

116 Vgl. hierzu **HAW** 3551. Vgl. auch die Nachweise der Unterstützungen der Akademie für dieses Unternehmen in den Jahresberichten (vgl. Jh. 1913, **XVII;** Jh. 1915, **IX).**

117 Sax!, F., Verzeichnis astrologischer und mythologischer illustrierter Handschriften des lateinischen Mittelalters in römischen Bibliotheken. SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1915, Abh. 6 und 7. Sax!, F., Verzeichnis astrologischer und mythologischer illustrierter Handschriften des lateinischen Mittelalters. II. Die Handschriften der National-Bibliothek in Wien. SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1925/26, Abh. 2.

118 Ausführliche Berichte enthalten die Jahrbücher der Akademie seit 1927128. Das Unternehmen wurde als Erbe der Tätigkeit F. Bolls von der Akademie angenommen. Vgl. insbes. Jh. 1927/28, XII und Jh. 1928/29, XVI.

119 Zur Bibliothek Warburg vgl. Sax!, F., Die Geschichte der Bibliothek Warburg. Vgl. auch Sax!, F., Die Kulturwissenschaftliche Bibliothek Warburg in Hamburg. Die Forschungen Saxls waren offenbar durch A. Warburg angeregt worden (vgl. Gombrich, E.H., Aby Warburg, 422), der auch die Zusammenarbeit

tätig war, sicherte der Akademie bedeutende materielle Beihilfen, ohne die die Arbeit nicht hätte fortgeführt werden können. 1933 war der abschließende dritte Band im Manuskript fertig- und die Mittel für den Druck bereitgestellt. Erscheinen konnte dieser Band in Deutschland jedoch nicht mehr.[120]

Bedeutsam war die Entscheidung der Klasse vom 30. November 1912 vor allem deswegen, weil sie großen Mut bewies und Zuversicht in die eigene Leistungsfähigkeit. Die Editions-, Wörterbuch- und Katalogprojekte der Akademie waren durchaus vergleichbar mit Arbeiten, wie sie an anderen Akademien betrieben wurden. Wie wichtig der Klasse gerade ihre eigenen Unternehmen waren, zeigt sich auch darin, daß sie bereit war, einen erheblichen Teil ihrer Mittel längerfristig fest zu verplanen bzw. für festgelegte Aufgaben bereitzuhalten. Die Projekte waren in der Regel auf längstens fünf Jahre ausgerichtet, eine Planung, die in keinem Falle eingehalten werden konnte. Die Festlegung eines beträchtlichen Teils der Mittel der Klasse für eine Reihe von Jahren führte zu einem Liquiditätsmangel, der auch negative Aspekte zeitigte, da für andere Anforderungen kaum noch Mittel vorhanden waren.[121]

F. Saxls mit der Akademie vermittelte. Aby Warburg war seinerseits durch F. Bolls Untersuchungen zur Geschichte der Astrologie der Weg gewiesen worden (vgl. ebd., 305). Die Heidelberger Akademie war daher die erste Adresse bei der Behandlung eines großen astrologischen Forschungsgegenstandes. Aby Warburg hatte 1919 eine seiner Arbeiten in den Sitzungsberichten der Akademie veröffentlicht; vgl. Warburg, A., Heidnisch-antike Weissagung in Wort und Bild zu Luthers Zeiten. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1919, Abh. 26 (auch in: Warburg, A.M., Ausgewählte Schriften und Würdigungen, 199-304). In den Notzeiten der Inflation half eine Dollarspende von 3 x 100 $ Paul M. Warburgs (International Acceptance Bank lnc., New York), Bruder von F.M. Warburg (M.M. Warburg & Co. in Hamburg), die für Notfälle herangezogen werden konnte (vgl. Fa. M.M. Warburg an HeidAW (Phil.-hist. Klasse), 9. Sept. 1922 und 14. Okt. 1922; HAW 131791).

[120] Vgl. dazu Jh. 1932/33, **XI-XV;** Jh. 1933/34, X, worin der Hoffnung auf ein baldiges Erscheinen des Bandes Ausdruck verliehen wurde. Der Band ist schließlich 1935 in England erschienen. Hier kreuzte sich die Geschichte eines Akademieunternehmens unübersehbar mit den Geschicken der Warburg-Bibliothek. Zur „Emigration" der Warburg-Bibliothek vgl. auch Wuttke, D., Die Emigration der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg.

[121] Vgl. Windelband an Finke, 27. Juli 1913. Windelband verweist Finke mit seinem Unterstützungsantrag an die FWG, ,,welche in erster Linie berufen wäre ..., ein solch bedeutsames und hervorragendes Werk, das innerhalb ihres Wirkungskreises erwachsen ist, ... zu fördern." Die Akademie unterstützte

Das ging zu Lasten der „freien" Unterstützungsmaßnahmen, die im Etat der Klasse einen deutlich geringeren Stellenwert einnahmen als in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Der Mut der Klasse, ihr Forschungen anregendes Engagement, wurde nicht belohnt. Krieg und Inflation brachten ihre Unternehmungen zum Stillstand; sie mußten teils abgebrochen werden oder konnten nur stark verzögert und nur mit fremder Hilfe oder teilweise gar nur unter fremder Obhut beendigt werden. Ein erster Abschnitt der Tätigkeit der Akademie in der Organisation von wissenschaftlichen Großunternehmungen endete so in den frühen zwanziger Jahren wenig ermutigend.

Während die Philosophisch-historische Klasse bereits seit 1909 einen Weg einschlug, der auch die Anregung, Organisation und Durchführung von größeren Forschungsunternehmen vorsah, legte die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse eine völlig andere Haltung an den Tag. Sie hatte sich schon im Januar 1910 geweigert, Unterstützungen von vornherein über mehrere Jahre zu bewilligen, um sich nicht in der Verfügbarkeit ihrer Mittel zu binden.[122] So mußten die Gelehrten, die langfristige Projekte verfolgten, den bürokratischen Weg der alljährlichen Neubeantragung der Mittel mit der Hoffnung auf ihre Wiederbewilligung gehen. Die Rahmenbedingungen für Unterstützungsmaßnahmen wie für die Planung der Forschungsaufgaben durch den einzelnen Forscher wurden dadurch ungünstig beeinflußt. Das Nichtfestlegen auf eine längere Förderungsdauer widersprach im Grunde den selbstgestellten Aufgaben der Akademie. Wäre der Beschluß als bloß temporäre Maßnahme gedacht gewesen, so ließe sich dies aus den Unabwägbarkeiten des Anfanges, in dem man sich des finanziellen Spielraumes der Klasse noch nicht bewußt war, und gewisser damit verbundener Planungsunsicherheiten auf einige Jahre durchaus verständlich machen. Doch es handelte sich hier um eine grundsätzliche Entscheidung, die nur eine kurzfristige Planung der Mittelvergabe zuließ. Zur Erklärung dieser Haltung muß daher auch eine ausgeprägte Sorge einiger Mitglieder der Klasse angenommen werden, sich die volle Verfügungsgewalt über die Mittel nicht ent-

schließlich doch die „bedeutsame" Arbeit Finkes (vgl. **HAW** 351/3). Auf die äußerst knappe Finanzdecke der Klasse hatte auch Troeltsch in seinem Schreiben an Hampe (vgl. oben Anm. 102) hingewiesen.

122 Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 15. Jan. 1910 (HAW 221/1).

ziehen zu lassen; auch der Vorbehalt eigener Bedürfnisse bestimmte die Verwaltung der Mittel. Kennzeichnend war der durch Lenard ausgedrückte Grundtenor der Klasse auf Anfrage der Göttinger Akademie wegen einer Beteiligung der Klasse am Poggendorff'schen biographischen Handwörterbuch; man glaube nicht, ,,dass unsere Akademie an so weitschichtigen Dingen sich beteiligen kann."[123] Hierin äußerte sich nicht nur eine Verkennung der tatsächlich von der Akademie erwarteten Beiträge zur Förderung und Anregung der Forschung, sondern im Grunde die gleiche Einschränkung ihres eigenen Wirkungskreises, wie sie sich gleichzeitig in der Frage der Annahme von Abhandlungen für die Sitzungsberichte ausdrückte. Die von badischen Gelehrten beanspruchten - und ihnen in „liberalster Weise" von der Akademie gewährten - Mittel ließen in der Vorstellung der Klasse nur eine sehr bescheidene Beteiligung an Kartellunternehmungen zu. Sie sah sich „angewiesen, die wissenschaftliche Einzelarbeit der badischen Gelehrten zu unterstützen".[124] Die Gefahr badischer Enge und Provinzialität hing als Drohung gerade über den wissenschaftsorganisatorischen Maßnahmen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse.

Daß die Klasse keine eigenen großen Unternehmen einging, lag freilich auch an den viel größeren Dimensionen des Bedarfs, den die naturwissenschaftlichen Fächer zu dieser Zeit für wirksame Forschung bereits anmeldeten. Die Verlagerung der naturwissenschaftlichen Forschung in die Kaiser-Wilhelm-Institute findet auch an diesem Beispiel ihre Begründung. Die Klasse nahm mit der Haltung, ,,keine großen Unternehmungen auf lange Zeit hinaus unterstützen zu können",[125] also langfristig größere Teile ihrer Mittel zu binden, auch eine durchaus eingeschränkte Wirkungsmöglichkeit in Kauf. Sie profitierte allein von den Forschungen in den Universitätsinstituten, die vor ihrem Forum vorgetragen, diskutiert und gegebenenfalls durch die Sitzungsberichte verbreitet wurden. Noch 1927 mußte die Akademie die Anfrage, ,,ob sie auch naturwissenschaftlich grössere Aufgaben" pflege, also nicht nur ,,Bewilligungen an Einzelne für einzelne persönliche Arbeiten, sondern Arbeiten zusammenfassender Art", etwas verschämt ant-

[123] Vgl. Zirkular der Math.-nat. Klasse vom 1. Dez. 1911 (ebd.).
[124] Vgl. Jh. 1912, XIIIf.
[125] Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 8. Febr. 1913 **(HAW** 221/4).

worten, daß sie zu größeren Unternehmungen auf naturwissenschaftlichem Gebiet aufgrund ihrer finanziellen Lage „in der letzten Zeit ... nicht befähigt" gewesen sei.[126] Doch bereits ein Jahr später befaßte sich die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse mit der Frage, „welche wissenschaftlichen Unternehmungen von Seiten der Klasse in die Wege geleitet werden können."[127] Inzwischen hatte sich auch in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine Akademie „erst dann ihren eigentlichen Zweck" erfülle, „wenn sie selbst größere Unternehmungen in die Wege zu leiten und zu tragen vermag."[128] Auf Anregung von Wilhelm Salomon-Calvi startete die Klasse 1929 ihr erstes eigenes Unternehmen, den Oberrheinischen Fossilienkatalog, der 1936 unter Salomons Nachfolger abgeschlossen werden konnte.[129]

Formell beteiligt war die Klasse aber auch an zwei anderen Unternehmungen durch Kommissionsmitglieder und finanzielle Unterstützung, wenn die Initiativen auch von der Schwesterklasse ausgingen, in deren Händen die Durchführung ruhte. Es handelte sich hier gewissermaßen um die ersten Unternehmungen der Gesamtakademie. Während das Cusanus-Unternehmen 1927 aus demselben Geist eines gestärkten Selbstbewußtseins und der Notwendigkeit eigenen wissenschaftsorganisatorischen Engagements entsprang, der auch den Fossilienkatalog ermöglichte, gehörte die Unternehmung „Geschichte der Universität Heidelberg" noch der ersten Generation der größeren wissenschaftlichen Unternehmungen an und schien in den 20er Jahren auch deren Schicksal zu teilen.

Die Vorgeschichte der Unternehmung „Geschichte der Universität Heidelberg" geht bis in das Jahr 1914 zurück, als Carl Neumann als Dekan der Philosophischen Fakultät eine Initiative der

[126] Vgl. die Anfrage von Thiersch (Göttingen) an HeidA**W** vom 23. Febr. 1927 und Kossels Antwort vom 1. März 1927 (HAW 8120/1).

[127] Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 4. Febr. 1928 (HAW 222/5).

[128] Jh. 1929/30, **XIX.**

[129] Vgl. den Bericht Salomon-Calvis für die Sitz. Math.-nat. Klasse am 9.Nov.1929 (HAW 24102 und HAW 222/5). Vgl. auch die Berichte in den Jahresheften der Akademie Jh. 1928/29, XVIIf.; Jh. 1929/30, XIXf.; Jh. 1930/31, XVIIIf.; Jh. 1931/32, V, IX, XIII; Jh. 1932/33, XI; Jh. 1933/34, IX; Jh. 1934/35, XV (worin die Leistung Salomon-Calvis noch einmal ausdrücklich erwähnt ist) und der kurze Abschlußbericht in Jh. 1935/36, XV.

Fakultät zur Fortsetzung der Universitätsgeschichte A. Thorbeckes aufgriff.[130] Bereits im Frühjahr 1915 richtete C. Neumann an die Akademie die Bitte um Bewilligung von Geldern für die Universitätsgeschichte.[131] Grundlage des Akademieunternehmens wurde eine Denkschrift von Hermann Oncken vom 19. April 1916.[132] Gefordert wurde ein jüngerer, festangestellter Bearbeiter für die Universitätsgeschichte, der diese Aufgabe „für eine Reihe von Jahren als Kern seiner Lebensarbeit betrachten würde und in absehbarer Zeit eine Vollendung in einheitlichem Geiste zu erreichen sich vorsetzt." Das Engagement der Akademie wurde nicht nur mit finanziellen Notwendigkeiten begründet, sondern auch als „Ehrenpflicht" der Akademie gegen die Universität, „in der ihr ganzer gelehrter und geistiger Stammbaum ruht", bezeichnet. Die Akademie hatte vor allem die Remuneration des für diese Aufgabe bestimmten Gelehrten, für die Gerhard Ritter gewonnen werden konnte, und die Kosten für die Drucklegung zu übernehmen. Die Festlegung der Grundzüge sowie die Leitung des Unternehmens sollte durch eine gemischte Kommission aus Mitgliedern beider Klassen, zu der Gothein, Hampe, C. Neumann, Oncken, Schroeder, von Schubert und **Wille,** Bütschli, Curtius und Kossel hinzugezogen wurden, erfolgen. Die Kommission trat zu ihrer ersten Sitzung am 27. Mai 1916 zusammen, in der besonders Absprachen für die Zusammenarbeit des Bearbeiters mit den Mitgliedern der Kommission für bestimmte Teilbereiche getroffen wurden; wichtigster Gedanke blieb jedoch, gegen etwaige Bedenken der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, nur einem Bearbeiter die Aufgabe anzuvertrauen, um die Einheitlichkeit des Gesamtwerks zu gewährleisten. Beginnen konnten die Arbeiten erst nach der Rückkehr Ritters aus dem Felde im Frühjahr 1919. Das Projekt wurde auf eine Dauer von 10 Jahren mit einem Jahresgehalt von

[130] Zu den Anfängen des Unternehmens vgl. die Darstellung bei Ritter, G., Die Heidelberger Universität, Vlf. Vgl. dazu auch Bezold an Bütschli, 14. Mai 1916 und das Gutachten Willes vom 27. Jan. 1914 (HAW 34110/1).

[131] Vgl. C. Neumann an Windelband, 6. Febr. 1915 (HAW 143/2). Die Klasse erklärte sich in ihrer Sitzung vom 13. Febr. 1915 grundsätzlich zu der materiellen Unterstützung des Unternehmens bereit (vgl. HAW 321/3). Vgl. auch Bezold an Bütschli, 14. Mai 1916 (HAW 34110/1).

[132] Hierzu und zum folgenden siehe HAW 34110/1. Zu den Anfängen des Akademieunternehmens vgl. auch Jh. 1916, V. Zur Geschichte des Akademieunternehmens vgl. auch Ritter, G., Antrittsrede, in: Jh. 1943/55, 13f.

3500 Mark angesetzt. Die Ausführung des anspruchsvollen Unternehmens,[133] zu dem aus Ritters Feder in den 20er Jahren drei Vorstudien erschienen,[134] erwies sich freilich schwieriger als vorauszusehen. Durch den weiteren beruflichen Werdegang des Autors in den Hintergrund gedrängt, erschien der erste und einzige Band der Universitätsgeschichte erst 1936.[135]

Mit dem Cusanus-Unternehmen startete die Akademie zu einem Projekt von internationaler Bedeutung. Es steht am Anfang

[133] Vgl. dazu die Jahresberichte Jh. 1919, Vf., Jh. 1920, XLIVf.

[134] Ritter, G., Studien zur Spätscholastik. I. Marsilius von Inghen und die okkamistische Schule in Deutschland. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1921, Abh. 4. Ders., Studien zur Spätscholastik. II. Via antiqua und via moderna auf den deutschen Universitäten des XV. Jahrhunderts. SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1922, Abh. 7. Ders., Studien zur Spätscholastik. III. Neue Quellenstücke zur Theologie des Johannes von Wesel. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1926/277, Abh. 5. In Zusammenhang mit seiner Arbeit an der Universitätsgeschichte entstanden auch Ritter, G., Aus dem geistigen Leben der Heidelberger Universität im Ausgang des Mittelalters und Ders., Die geschichtliche Bedeutung des Humanismus.

[135] Vgl. Ritter, G., Die Heidelberger Universität, **VIII.** Vgl. auch **HAW** 34110/2. Ein drastisches Bild des Stockens des Unternehmens bieten auch die Berichte in den Jahrbüchern der Akademie, vgl. etwa Jh. 1927128, **XII** oder Jh. 1931/32, **XVI.** Zur Haltung der Akademie vgl. etwa Panzer an Ritter, 18. Mai 1932: „Darf ich Sie bitten mir freundlichst mitzuteilen, wie es steht? Wir verfolgen Ihre reiche wissenschaftliche Produktion mit Bewunderung, doch ... mit einigem Bangen auch für die Gestaltung eines Werkes, an dem wir so innig interessiert sind. Ich weiss aus eigener Erfahrung nur zu gut, wie sehr ein neuer Wirkungskreis, neues wissenschaftliches Erleben ... immer wieder zu neuen Ufern locken, vor denen alte Ziele leicht versinken. Aber sollte die einst übernommene Aufgabe Ihnen nicht doch dauernd ein Reiz sein in dem Bewusstsein, dass keiner sie so lösen könnte wie Sie? Lassen Sie mich ein tröstliches Wort darüber vernehmen!" Dem Bemühen Ritters, der seit 1926 auch als Akademiemitglied ein Interesse am Fortgang der Arbeit haben konnte, das Unternehmen über den ersten Band hinaus fortzusetzen, war kein Erfolg beschieden; 1944 endete dieser Abschnitt der Geschichte dieses Akademieunternehmens, nachdem bereits seit 1939 Archivarbeiten nicht mehr möglich waren (vgl. HAW 34110/3; vgl. auch Ritter, G., Antrittsrede, in: Jh. 1943/55, 14). 1958 wurden die Vorarbeiten zu Band 2 der Universitätsgeschichte durch E. Hassinger und später G.A. Benrath wieder aufgenommen, ohne freilich über weitere Detailstudien hinauszukommen. Die Erkenntnis, daß der eingeschlagene Weg nicht weitergegangen werden konnte ohne intensive Grundlagenforschung, führte Mitte der 70er Jahre zu einer Umorientierung hin zu Quelleneditionen zur Geschichte der Universität Heidelberg (vgl. dazu das Vorwort von J. Miethke in: Die Rektorbücher der Universität Heidelberg, 5fT.).

einer neuen Generation von Großunternehmen. Rein formell zeigten die neuen Unternehmungen seit 1927 keinen grundsätzlichen Unterschied zu den frühen Unternehmungen der Akademie. Neu war dagegen ein andersartiges Selbstbewußtsein der Akademie, das hinausdrängte aus der badischen Provinzialität in den nationalen und internationalen Rahmen. „Große Forschungsgebiete selbständig in Angriff zu nehmen, vor allem solche, auf die sich das Gesamtinteresse unserer, die verschiedensten Fächer umfassenden Gesellschaft richtet, bei denen also die letzte Einheit aller wissenschaftlichen Forschung und der universitas literarum besonders zutage tritt",[136] war als wesentliche Aufgabe der Akademie erkannt worden. Damit hatte sich eine Eigenschaft des Akademiecharakters durchgesetzt, die von Schubert bereits in der Gründungsphase formuliert hatte. Jetzt konnte man widerspruchslos sagen, „die Akademie erfüllt aber erst dann ihren eigentlichen Zweck, wenn sie selbst größere Unternehmungen in die Wege zu leiten und zu tragen vermag",[137] denn die Akademie galt im Unterschied zum einzelnen Forschungsinstitut als eine „Forschungsgemeinschaft aller Wissenschaften."[138] Bezeichnend für diesen Einstellungswandel ist auch die Präsentation der neuen Akademieunternehmungen. Während die frühen Unternehmungen sich selbstgenügsam im Heidelberger und badischen Umfeld bewegten, ging man an die neuen Unternehmungen mit dem Bewußtsein der Gleichrangigkeit mit anderen Kartellunternehmungen.[139]

Getragen von dem Bewußtsein, daß die Akademie zur Durchführung großer Editionsvorhaben verpflichtet sei, um den von ihr erwarteten Beitrag zur Grundlagenforschung zu leisten, wurde die Cusanus-Ausgabe für lange Zeit eines der Paradeunternehmen der Akademie, das die Zeit seiner größten Intensität und Wirksamkeit in den 30er Jahren erfuhr.[140]

[136] Jahresbericht H.v. Schuberts in der Festsitzung am 10. Juni 1928 (Jh. 1927/28, **XII).**

[137] Vgl. den Jahresbericht H.v. Schuberts in der Festsitzung am 25. Mai 1930 (Jh. 1929/30, **XII).**

[138] Vgl. ebd., **XXI.**

[139] Vgl. dazu unten 341.

[140] Zum Cusanus-Unternehmen siehe auch unten 435f., 441ff. Einen Überblick über die Grundlagen der Ausgabe gibt Gadamer, H.-G., Das Cusanus-Unternehmen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Waren viele der wissenschaftlichen Unternehmen in den ersten beiden Jahrzehnten der Akademie in mannigfacher Weise den Stürmen der Zeitumstände ausgesetzt, die ihren erfolgreichen Fortgang erheblich behinderten oder sogar unterbanden, so vermochte sie durch diese Unternehmungen in anderer Hinsicht alte selbstgestellte Forderungen einzulösen. Mit F. Baethgen, F. Saxl, C. Brinkmann, G. Ritter und zuletzt - bis 1933 - R. Klibansky u.a. gab sie jungen, vielversprechenden Gelehrten Gelegenheit, wissenschaftliche Erfahrungen zu sammeln und sich erste Sporen als Forscher zu verdienen. Wie die Akademie von den Fähigkeiten dieser jungen Gelehrten profitierte, so mochte andererseits die Tätigkeit in einem Akademieprojekt als Sprungbrett für eine wissenschaftliche Karriere dienen.

4. Das Verhältnis der Akademie zur Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft und zur Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft zwischen Kooperation und Konkurrenz.

Die Fähigkeit einer wissenschaftlichen Gesellschaft zur Organisation von Wissenschaft zeigt sich nicht nur in der Durchführung eigener großer Unternehmungen, sondern auch in der Bereitschaft zur Kooperation im Interesse der Bewältigung größerer wissenschaftlicher Aufgaben. Der Zwang zur Auseinandersetzung mit den beiden in der Nachbarschaft angesiedelten wissenschaftlichen Gesellschaften in Straßburg und Freiburg konnte so zum Probefall werden für Belastbarkeit und Potential der Akademie im Rahmen des Kartells.

4.1. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften und die Wissenschaftliche Gesellschaft in Freiburg.

Nicht ohne Spannungen war das Verhältnis zwischen beiden Gesellschaften. Die natürliche Konkurrenz der beiden Hochschulen des Landes übertrug sich auch auf die beiden wissenschaftlichen Vereinigungen, die ja beide auch eng mit den Universitäten verbunden waren.

Die Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften konnte den Freiburger Gelehrten nicht gleichgültig sein, besonders wegen ihres Anspruchs, als eine badische Akademie zu gelten

und damit auch wissenschaftliche Interessen der Freiburger Gelehrten zu vertreten. Eine Förderung aller „badischen Hochschulen und des wissenschaftlichen Lebens im ganzen Lande" durch die Akademie wurde vom Ministerium mit Bestimmtheit erwartet,[141] und auch die Akademie sah sich bereits als Begründer einer neuen Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden badischen Hochschulen in Freiburg und Heidelberg. Unter ihrer Führung sollte die Verbindung der Hochschulen und der Zusammenschluß der Gelehrten des Landes gefördert werden.[142] Die durchaus positiv gemeinten Vorstellungen konnten jedoch auch mißverstanden werden als Alleinvertretungsanspruch der Akademie. Aber bereits die Andeutung der badischen Akademie in Heidelberg auf geistige und wissenschaftliche Führerschaft im Lande, verbunden mit der Einteilung der Freiburger Gelehrten in wenige Auserwählte und viele Ausgeschlossene bei einem ausgesprochenen Ungleichgewicht in der Vertretung Heidelberger und Freiburger Gelehrter, führte in Freiburg zu Spannungen unter den Professoren. Mochten sich die Gewählten vielleicht noch geehrt gefühlt haben, so befürchteten wohl manche, nun „heidelbergisch" zu werden, d.h. von den Ansprüchen der Heidelberger Kollegen vereinnahmt, dabei aber in ein zweites Glied zurückgedrängt zu werden.[143] Die Gründung der Heidelberger Akademie betraf so direkt das Selbstverständnis der Freiburger Hochschule als Wissenschaftsstandort. Die Gründung der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft im Jahre 1911 darf so geradezu als Reaktion auf die Akademiegründung in Heidelberg verstanden werden, als ein Akt des Gleichziehens auch auf dem außeruniversitären wissenschaftlichen Sektor.

Der organisatorische Aufbau und das Wesen beider Gesellschaften waren dennoch sehr verschieden. Die bedeutsamsten Merkmale der Freiburger Gesellschaft[144] waren zum einen ihre

[141] Vgl. Präsidialvortrag Böhms vom 29. Juni 1909, No. B 8328 (GLA 235/3354, fol. 63).

[142] Vgl. entsprechende Äußerungen Windelbands während der Eröffnungssitzung der Akademie, Jh. 1909/10, XXII; ähnlich auch Koenigsberger, ebd. XVI, XXf.

[143] Vgl. Gothein an M.L. Gothein, 1. Juli 1909 (UBH, Heid. Hs. 3484, Bf. 60). Vgl. auch Gothein, M.L., Eberhard Gothein, 237.

[144] Vgl. die Statuten der Gesellschaft, besonders die§§ 1 und 2. Die Verleihung der Körperschaftsrechte, die Bestätigung der Satzungen und die Übernahme des Protektorates durch den Großherzog erfolgte durch Allerhöchste Staatsministerialentschließung No. 827/28 vom 20. Okt. 1911. Im Okt. 1912 zählte die

relative Offenheit für eine Vielzahl von Interessierten, potenten Geldgebern und allen Professoren der Universität, zum andern die Beschränkung ihrer Aktivitäten auf die Freiburger Universität. Die Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft war ein wissenschaftlicher Verein, der Befugnisse auf Mitgliederversammlung und Kuratorium verteilte. Zusammensetzung und organisatorischer Aufbau hatten keinerlei Ähnlichkeit mit den Organisationsmustern der Akademien, wie auch die rein lokale Ausrichtung der einer Vielzahl anderer wissenschaftlicher Vereine entsprach, wie etwa dem Naturhistorisch-medizinischen oder Philosophisch-historischen Verein in Heidelberg. Eine Parallele ergab sich aber aus der Bereitschaft des Großherzogs, auch über die Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft das Protektorat zu übernehmen. So schien wenigstens an höchster Stelle im Lande eine Gleichstellung beider Gesellschaften vorausgesetzt. Die rechtliche Stellung der Freiburger Gesellschaft, auch wenn ihr die Rechte einer Körperschaft verliehen und ihre Statuten staatlich genehmigt wurden, war aber dennoch der der Heidelberger Akademie nicht völlig gleichwertig.

Selbstverständnis und Ehrgeiz der Gesellschaft gingen aber dahin, an der Freiburger Universität „allmählich eine die Wissenschaften fördernde Vereinigung entstehen zu sehen, wie die Schwesteruniversität Heidelberg, von der wir uns auch in diesem Punkte nicht wollen übertreffen lassen, sie in ihrer Akademie bereits besitzt."[145] Konkurrenz und Wettbewerb schien also die Ideologie der Freiburger Gesellschaft zu bestimmen. Andererseits war die Akademie auch das Vorbild, an dem man sich maß und orientierte, sei es im wissenschaftlichen, sei es im organisatorischen Bereich.[146] Als Ursprung der Gesellschaft zeigte sich jedoch eine lokale Tendenz, die sich in der Bestimmung niederschlug, daß

Gesellschaft 190 Mitglieder (Jahresbericht vom 26. Okt. 1912, 6. Die Unterlagen befinden sich unter HAW 622/1). Die Gründung der Gesellschaft steht in zeitlichem Zusammenhang mit der Einweihung des neuen Universitätsgebäudes in Freiburg am 28. Okt. 1911. Vgl. das Glückwunschtelegramm Koenigsbergers vom 27. Okt. 1911 (Jh. 1910/11, LIII) und das Antwortschreiben des Freiburger Prorektors Fabricius vom 4. Nov. 1911 (ebd., LIV).

145 Vgl. den Jahresbericht des Kuratoriumsvorsitzenden Bürklin vom 26. Okt. 1912 in: Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft. Bericht 1912, 6. (HAW 622/1).

146 Vgl. die Bitte 0. Lenels vom 11. Febr. 1912 um Übersendung der GO als Vorlage für eine Freiburger Geschäftsordnung (HAW 622/2).

die Gesellschaft sich auf die Unterstützung Freiburger Gelehrter zu beschränken habe.[147] Das bedeutete eine Konzentration der Kräfte auf eine gezielte und ausschließliche Förderung der Freiburger Universität, freilich auch eine Verengung des Blickwinkels, die ein echtes Konkurrieren im wissenschaftlichen Bereich ausschloß.

Den Freiburgern schien ihre Gesellschaft, sobald sie gegen Ende des Jahres 1912 arbeitsfähig war,[148] zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und als Ersatz der Heidelberger Konkurrentin zu genügen. Das zeigte sich u.a. an der deutlich veränderten Anzahl der bei der Heidelberger Akademie beantragten Unterstützungen nach der Gründung der Gesellschaft. Gingen 1909/10 40% und 1910/11 noch fast 25% der Unterstützungen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse nach Freiburg, waren es in den folgenden beiden Jahren nur noch je zwei. Abgesehen von zwei ,,Nachzüglern" 1914 und 1917 gingen infolge der gewandelten Verhältnisse seit Ende 1912 keine Unterstützungsanträge mehr aus Freiburg bei der Klasse ein.[149] Das brachte auch eine Entlastung des Heidelberger Akademieetats, was freilich nur zum Teil an der absorbierenden und den Bedürfnissen der Freiburger Forscher genügenden Kraft der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft lag. Hatte die Klasse noch im Frühjahr ihre Verantwortung für alle badischen Gelehrten betont,[150] so zeigte sie sich doch bereits deutlich verärgert über die Vergabepraxis der Freiburger. Die Nach-

[147] Vgl. die Diskussion in der Sitz. Math.-nat. Klasse am 17. Febr. 1912, ,,ob diese Gesellschaft sich auf die Unterstützung Freiburger Gelehrter beschränken wird" (HAW 221/3), und die Antwort Himstedts auf die Anfrage Koenigsbergers vom 27. Febr. 1912 (HAW 622/1). Den Kuratoriumsmitgliedern der FWG war diese Bestimmung, die „aus dem Sammelaufrufe [für die Gesellschaft] in die Satzungen übergegangen ist" (Bürklin an Koenigsberger, 12. Juni 1912; ebd.), sichtlich peinlich. Sie versprachen, diesen Paragraphen so liberal wie möglich auszulegen und bei Gelegenheit einer Satzungsrevision, ,,diese Beschränkung ... zu beseitigen."

[148] Vgl. Pinke an Windelband, 27. Jan. 1912, der angesichts der ,,noch gar nicht organisierten Akademie-Gesellschaft[!]", die noch keine Beihilfe zu leisten im Stande sei, ,,da erst Zinsen eines Jahres da sein sollen", sein Unterstützungsgesuch an die Akademie richtet **(HAW** 351/2 und **HAW** 622/2).

[149] Vgl. die Daten in **HAW** 251/1, **HAW** 251/2, **HAW** 251/3 und die Tab. oben Anm. 92. Die Akademie erfüllte dabei durchaus auch „Feuerwehrfunktionen", vgl. etwa das Begleitschreiben Himstedts zu dem Antrag Riesenfelds vom 14. Juli 1911 **(HAW** 251/2).

[150] Vgl. das Gutachten Kossels vom 4. Febr. 1912 **(HAW** 251/3).

riebt, daß „diese Gesellschaft sich auf die Unterstützung Freiburger Gelehrten beschränken wird", wurde der Klasse auf Anfrage bei der Freiburger Gesellschaft bestätigt.[151] Mit deutlicher Spitze gegen die Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft betonte Koenigsberger in der Festsitzung am 24. April 1912 die Generosität der Akademie, die in „liberalster Weise" Mittel für badische Gelehrte gewährte, die nicht minder als die Heidelberger auch Freiburger und Karlsruher Forscher begünstigt habe, um mit dem Wunsch zu schließen, „eine liberale und von Eifersucht freie Reziprozität in der Unterstützung der badischen Gelehrtenwelt vonseiten der verschiedenen wissenschaftlichen Korporationen Badens" zum Wohle besonders auch der jungen Forscher zu erleichtern.[152] Die Klasse verschloß sich daraufhin ihrerseits Freiburger Unterstützungswünschen. Ein letztes Mal wurden im Sommer 1912 Unterstützungen nach Freiburg bewilligt, weil die Mittel der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft erschöpft waren und das Freiburger Mitglied Himstedt sich persönlich für das Anliegen eingesetzt hatte. Indem man das Jahr 1912 als Übergangsjahr definierte, wurde der Ausnahmecharakter der Bewilligung deutlich.[153] So war das Tuch zwischen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und der Freiburger Hochschule durch die Existenz der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft auf diesem Gebiete zerschnitten, das durch die fortdauernde Publikationstätigkeit Freiburger Gelehrter in den Sitzungsberichten nur teilweise gekittet und überbrückt werden konnte. Die Idee einer oberrheinischen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft hatte auf naturwissenschaftlichem Gebiet durch die Konkurrenz beider Gesellschaften deutlich Schaden gelitten.

Weniger konträr war das Verhältnis der Philosophisch-historischen Klasse zur Freiburger Wissenschaftlich Gesellschaft ausgebildet. Die ohnehin sehr seltenen Unterstützungsanträge aus Freiburg wurden nach Maßgabe der durch die Akademieunternehmungen stark beanspruchten Mittel vor und nach Gründung der Gesellschaft nicht anders behandelt. Wesentlich andersartige

[151] Vgl. oben Anm. 147.

[152] Jh. 1912, XIIIf. (Zitat **XIV).**

[153] "Das Hindernis, dass die Freiburger Gesellschaft jetzt besteht und ausschliesslich für Freiburg arbeiten soll, möchte ich für dieses Jahr, als Übergangsjahr, nur teilweise gelten lassen." Vgl. das Gutachten Lenards vom 3. Juli 1912 (HAW 251/3).

Voraussetzungen waren zudem durch die intensive Mitbeteiligung Freiburger Historiker an Akademieunternehmungen gegeben, so G. von Belows an der Katalogisierung der Badischen Weistümer[154] und H. Finkes an den Spanien-Projekten der Akademie. So ergaben sich im historischen Bereich fast von selbst Möglichkeiten auch einer Zusammenarbeit beider Gesellschaften.

Bereits 1912 hatte die Akademie dem Heidelberger Ägyptologen H. Ranke Mittel für wissenschaftliche Arbeiten in Ägypten bewilligt. Auf Initiative des Freiburger Altphilologen und Religionswissenschaftlers Reitzenstein erklärte sich die Klasse im Januar 1913 bereit, sich an einer selbständigen Grabung in Ägypten mit der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft zu beteiligen.[155] Die Akademie legte dabei großen Wert darauf, daß das Unternehmen einen spezifisch badischen Charakter bewahre, an dem also eine dritte Institution nicht beteiligt werden sollte. Die Planung wurde einer gemischten Kommission übertragen, in die die Akademie Bezold, Boll und von Duhn entsandte. Zu klären waren die Terminierung der Ausgrabung, Personalfragen (die Akademie dachte dabei in erster Linie an Ranke) und die Modalitäten der späteren Verteilung etwaiger „Erträgnisse". Die Kosten wurden auf über 20000 Mark veranschlagt.[156] Die durch Ranke im März durchgeführten Orientierungsgrabungen in Qarara brachten gute Ergebnisse, so daß im Januar und Februar 1914 die Hauptgrabung stattfinden konnte, an der als papyrologischer Fachmann auch F. Bilabel beteiligt war. Neben koptischen Mumien bildeten vor allem Gegenstände des täglichen Bedarfs und Papyri den Hauptbestandteil der Funde, die zwischen beiden Gesellschaften verteilt wurden.[157] Die erst 1921 eingeleitete Drucklegung des Grabungs-

[154] Vgl. oben 299; auch Jh. 1912, **XXXVIII.**

[155] Zu dem ägyptischen Unternehmen der Akademie vgl. **HAW** 34101/2. Vgl. auch die Berichte in Jh. 1913, XVIIIf.; Jh. 1914, XVIIIf. und Jh. 1915, Xf.

[156] Die Phil.-hist. Klasse bewilligte für die Vorgrabung 3000 Mund für die Hauptgrabung die fälligen 10000 **M,** zahlbar in drei Raten (vgl. Sitz. Phil.-hist. Klasse am 8. Nov. 1913, HAW 321/2).

[157] Die Akademie überwies ihren Anteil an den Funden an das Ägyptologische Institut der Universität. Vgl. dazu auch Feucht, E., Vom Nil zum Neckar, 1. Die zur Unterbringung der Funde nötigen Vitrinen etc. wurden mit Genehmigung des BMKU angeschafft. Vgl. BMKU an Universitätskasse Heidelberg, 22. Febr. 1915, No. A 1722 (GLA 235/3354, fol. 211).

berichtes[158] verzögerte sich wegen Geldmangels und konnte erst 1925 mit Hilfe der Notgemeinschaft abgeschlossen werden.[159]

Ein zweites gemeinsames Unternehmen schloß sich in den 20er Jahren mit den Veröffentlichungen aus den badischen Papyrussammlungen an.[160] Dabei wurde ein bereits seit 1906 durchgeführtes Projekt von Veröffentlichungen aus der Heidelberger Papyrussammlung, von denen auch die Sitzungsberichte der Akademie manches Zeugnis bieten, nach Vorarbeiten von F. Bilabel (1919)[161] 1921 zu einem Gemeinschaftsprojekt erweitert, das insbesondere die Bestände der Freiburger und Heidelberger Sammlungen erschließen sollte. Eine gemischte Kommission, in die die Akademie Bezold, Boll, Gradenwitz, Preisigke und Spiegelberg entsandte und der aus Freiburg J. Partsch angehörte, betreute das Unternehmen. Bis 1924 konnten mit Unterstützung der Notgemeinschaft und Druckzuschüssen des Kultusministeriums[162] vier Hefte erscheinen, denen - unabhängig hiervon - in den 30er Jahren noch einmal zwei Hefte folgten.[163]

[158] Vgl. HeidAW an Verrechnung, 22. Febr. 1921 (HAW 34101/2). Vgl. auch Jh. 1921, VI, XXVI; Jh. 1922/23, XIV; Jh. 1923/24, VIII, XVIII und Jh. 1924/25, **XIV.** Die Drucklegung des Grabungsberichts erfolgte unter dem Titel „Koptische Friedhöfe bei Karera und der Amontempel Scheschonks I bei el Hibe. Bericht über die Badischen Grabungen in Ägypten in den Wintern 1913 und 1914. Im Auftrage der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Freiburg i. Br. unter Mitwirkung von Hans Abel und Karl Breith hrsg. von H. Ranke. Berlin/Leipzig 1926".

[159] Vgl. Ranke an HeidAW, 8. Mai 1925 (vgl. HAW 34101/2).

[160] Vgl. oben 301, Anm. 111. Vgl. auch Jh. 1921, XXVII; Jh. 1922/23, XVI; Jh. 1924/25, XV und Jh. 1925/26, XVII.

[161] Vgl. Jh. 1919, V.

[162] Vgl. HAW 34101/1. Das BMKU zeigte an diesem Papyrus-Unternehmen, auch weil sich darin eine gewünschte Arbeitsgemeinschaft auszudrücken schien, ein besonderes Interesse. Die Anträge der Akademie an die Notgemeinschaft wurden vom Ministerium ausdrücklich unterstützt. Vgl. BMKU an Notgemeinschaft, 11. Aug. 1921, Nr. A 14644 und Gradenwitz an Schwoerer, 12. Jan. 1922 (GLA 235/3354, fol. 322 bzw. fol. 327; vgl. auch fol. 328).

[163] Vgl. dazu die Publikationsliste bei Seider, R., Die Universitäts-Papyrussammlung, 191-194, 196f. Ergänzt wurden die Veröffentlichungen aus den badischen Papyrussammlungen durch Mitteilungen aus der Heidelberger Papyrussammlung (SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1919, Abh. 23) und drei Abhandlungen der Mitteilungen aus der Freiburger Papyrussammlung (SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1914, Abh. 2; SB HeidA **W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1916, Abh. 10 und Abhandlungen HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, 7. Abh. 1927).

Der Philosophisch-historischen Klasse gelang es also, eine temporäre Arbeitsgemeinschaft mit der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft einzugehen,[164] eine Zusammenarbeit, die sie angesichts ihrer badischen Verpflichtungen mit Genugtuung erfüllen konnte.[165] Der Zusammenbruch der materiellen Basis, der die Freiburger Gesellschaft noch härter treffen mußte als die Akademie, aber auch die Entwicklung eines akademietypischen Selbstbewußtseins bei der Akademie, indem sie sich in ihren Tätigkeiten und Leistungen an den anderen Akademien zu orientieren gewöhnte, führten in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zur Auflösung der ein gutes Jahrzehnt währenden „Arbeitsgemeinschaft".[166]

4.2. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaft und die **Wis**senschaftliche Gesellschaft in Straßburg.[167]

Das Verhältnis der Akademie zur Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg stand von Anfang an auf einer anderen Ebene als das eben beschriebene zur Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft. Allerdings gingen auch hier intensive Kontakte nur von der Philosophisch-historischen Klasse aus, während sich die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse wiederum zurückhielt, was aber wesentlich an der extremen philologisch-altertumswissenschaftlichen Ausrichtung der Gesellschaft gelegen haben dürfte.[168] Im geisteswissenschaftlichen Bereich gelang aber so etwas wie die Einrichtung einer oberrheinischen Kulturprovinz,[169] besonders nachdem die Freiburger Gesellschaft eingeschlossen war.[170]

[164] Vgl. etwa die Vision von E. Fabricius in seinem Schreiben an die Akademie vom 4. Nov. 1911 (Jh. 1910/11, LIV).

[165] Vgl. den Jahresbericht vom 24. Apr. 1913 (Jh. 1913, XVIIIf.).

[166] 1921 wurde auf Anregung Himstedts sogar die Gründung eines Verbandes der Badischen Forschungsgesellschaften, also vornehmlich der HeidAW und FWG, erwogen, um die erhofften Gelder der als „Nothilfe für die Badischen Hochschulen" definierten Bewilligungen des badischen Landtages „sachverständig" verteilen zu können (vgl. **HAW** 6201).

[167] Zur StrWG vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft. Zur Gründung und zum Charakter der StrWG siehe oben Kap. 1.3.3.1.

[168] Von den bis 1918 erschienen 32 Heften der Schriften der StrWG waren nur fünf naturwissenschaftlichen Inhalts, und auch diese z.T. unter historischer Perspektive, dagegen 16 Hefte spezifisch altertumswissenschaftlichen Inhalts.

[169] Vgl. Ficker an Windelband, 29. Juni 1911: ,,Wir teilen Alle die Meinung, dass wir Alle uns in dem südwestdeutschen wissenschaftlichen Gebäude möglichst

Die Kontakte der Akademie beruhten hauptsächlich auf zwei ordentlichen Mitglieder, die selbst einst eng mit Straßburg verbunden waren. Windelband wurde in Straßburg noch immer als einer der ihren betrachtet,[171] und Gradenwitz war 1908 selbst ordentliches Mitglied der Gesellschaft geworden.[172] Daß der Heidelberger Akademie die Straßburger Gesellschaft über anderen wissenschaftlichen Gesellschaften stand, zeigte ihre Behandlung im Schriftentausch. Nach den deutschen Akademien wurde an nächster Stelle die Wissenschaftliche Gesellschaft in Straßburg zum Austausch ihrer Publikationen mit der Heidelberger Akademie eingeladen. In den Aufstellungen der Akademie über den Schriftentausch wurde die Straßburger Gesellschaft zusammen mit den Akademien als Einheit behandelt.[173]

Insbesondere durch Gradenwitz, der nach wie vor aktiv und intensiv im Rahmen der Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft tätig war,[174] boten sich Anknüpfungspunkte für gemeinsame Unternehmungen beider Gesellschaften besonders auf dem Gebiet der Papyrolgie, auf dem auch ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Straßburger lag. Wie Bresslau sah auch Gradenwitz nur in einer Kooperation der kleinen südwestdeutschen Gelehrten Gesell-

eng zusammenschliessen sollen, und darum wird unsere Gesellschaft gern und freudig in Ihre Hand einschlagen" **(HAW** 6210).

170 Vgl. den 6. Jahresbericht der StrWG durch **H.** Bresslau am 6. Juli 1912: „Lassen Sie mich heute die Hoffnung aussprechen, daß wie die drei oberrheinischen Universitäten seit langen Jahren erfreuliche freundnachbarliche Beziehungen zu einander unterhalten haben, so auch die wissenschaftlichen Gesellschaften, die sich an diese drei Hochschulen anlehnen, in dem gleichen freundlichen Verhältnis miteinander und nebeneinander wirken, und, bei aller Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Institute, doch vielleicht einmal in Zukunft zur Lösung besonders großer und schwieriger Aufgaben, die über die Kräfte und Mittel eines einzelnen von ihnen hinausgehen, sich in gemeinsamer Tätigkeit zusammenfinden mögen" (Schriften StrWG, 17. **H.,** 1912, 4).

171 Vgl. Ficker an Windelband, 29. Juni 1911 **(HAW** 6210). Windelband war seit 1909 ausw.M. der Gesellschaft (vgl. Verzeichnis der Mitglieder mit Stand vom 1. Jan. 1910 im Anhang des 3. Jahresberichtes der StrWG in: Schriften StrWG, 6. H., 1910).

172 Vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 15.

173 Vgl. oben 282, Anm. 36.

174 Vgl. etwa die Abhandlung Gradenwitz, O./Preisigke, F./Spiegelberg, W., Ein Erbstreit aus dem ptolemäischen Ägypten. Griechische und demotische Papyri der Wissenschaftlichen Gesellschaft zu Straßburg i. Els, in: Schriften StrWG, 13. H., 1912.

schaften die Gewähr einer gediegenen wissenschaftlichen Arbeit, die dem Vergleich mit den großen Akademien standhielt. Er tat daher sein Möglichstes, um eine Zusammenarbeit zwischen Straßburg und Heidelberg herzustellen.[175] Gewissermaßen als Vorspiel einer künftigen Zusammenarbeit darf die Erstellung eines Index verborum zu den Novellae ad codicem Theodosianum gelten, der als Ergänzung zu dem Index zum Theodosianus der Heidelberger Akademie gedacht war und ebenfalls von Gradenwitz betreut wurde.[176]

Auf Anregung von Gradenwitz beschloß die Philosophisch-historische Klasse der Akademie in ihrer Sitzung am 30. November 1912, von 1914 an auf fünf Jahre jährlich 1000 Mark „zur Schaffung eines Wörterbuchs zu den Urkunden der griechischen Papyri" aufzuwenden, unter der Voraussetzung, daß die beiden fehlenden Drittel von der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg und aus privaten Mitteln aufgebracht würden.[177] Das Wörterbuch war als Folgeunternehmung eines Straßburger Projektes, des Sammelbuches griechischer Urkunden aus Ägypten, gedacht, mit dessen Abschluß für das Jahr 1913 gerechnet wurde.[178] Der Fortsetzungscharakter kam auch in der Beauftragung des Straßburger Papyrusspezialisten Preisigke,[179] der bereits das „Sammelbuch" bearbeitet

[175] Vgl. Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 57.

[176] Vgl. den Jahresbericht vom 6. Juli 1912 (Bresslau) und den Bericht über den Index zu den Novellae ad Theodosianum pertinentes in: Schriften StrWG, 17. **H.,** 1912, 7 bzw. 20. Vgl. auch den Jahresbericht der HeidA**W** in Jh. 1912, **XIII** und Jh. 1913, **XVIII.**

[177] **HAW** 321/2. Zum Unternehmen „Wörterbuch der griechischen Papyri" siehe **HAW** 34101/1. Vgl. auch Jh. 1913, **XVIII;** Jh.1914, XVI u.s.w. mit kurzen Berichten bis Jh. 1920, XLV, worin der Abschluß des Werkes verkündet wurde.

[178] Vgl. den Bericht über das Sammelbuch griechischer Urkunden aus Ägypten (Preisigke) in: Schriften StrWG, 17. **H.,** 1912, 18f. Das Sammelbuch wurde nach Preisigkes Tod zunächst von Bilabel in Heidelberg fortgesetzt (vgl. Seider, **R.,** Die Universitäts-Papyrussammlung, 178, Anm. 48).

[179] Der Geheime Postrat F. Preisigke, Direktor des Kaiserlichen Telegraphenamtes in Straßburg, war als hervorragender Papyrologe ausgewiesen. Er übersiedelte 1915 nach Heidelberg (Ziegelhausen), erhielt an der Universität 1916 einen Lehrauftrag für Papyruskunde und wurde schließlich 1918 erster Direktor eines Papyrusinstituts der Universität, das freilich nach seinem Tode 1924 wieder aufgelöst wurde (vgl. dazu Seider, R., Die Universitäts-Papyrussammlung, 177 und bes. Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 75). Preisigke wurde 1915 ao.M. und 1922 o.M. der Akademie (vgl. Anhang und Wennemuth, U., Mitgliederverzeichnis, 36).

hatte, mit der Erstellung des Wörterbuches zum Ausdruck. Nach der Zustimmung aus Straßburg[180] konnten beide Gesellschaften der Zusammenarbeit „mit lebhafter Freude" entgegensehen.[181] Als das Unternehmen 1914 begonnen wurde, glaubte man nach fünf Jahren zum Abschluß gelangen zu können, wie der Arbeitsplan Preisigkes auswies. Mit relativ geringer Verzögerung konnte Preisigke das Wörterbuch griechischer Papyrusurkunden im Mai 1920 vollenden. Zu diesem Zeitpunkt war das Unternehmen - nach der Emigration der Straßburger Gesellschaft nach Heidelberg und nachdem seit Preisigkes Übersiedlung auch die Arbeiten in Heidelberg konzentriert waren - zu einer reinen Heidelberger Angelegenheit geworden. Die Drucklegung des Wörterbuches, die die Akademie schließlich aus Kostengründen aus den Händen geben mußte,[182] beanspruchte nochmals mehr als ein Jahrzehnt. Im Herbst 1931 war das Unternehmen endgültig abgeschlossen.

Auch über die Zusammenarbeit bei dem Preisigkeschen Wörterbuch hinaus hielt die Verbundenheit beider Gesellschaften an. Als der Zusammenbruch nahte, beschloß die Straßburger Gesellschaft im November 1918, ihren Sitz nach Heidelberg zu verlegen, nachdem durch Verhandlungen mit der Heidelberger Akademie der Wissenschaften sichergestellt war, daß die Gesellschaft dort „auf freundliche Aufnahme rechnen konnte."[183] Der Entschluß für Heidelberg ergab sich schon aus der Nähe zur alten Heimat wie aus

[180] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 1. März 1913 **(HAW** 321/2; siehe auch **HAW** 34101/1). Das letzte Drittel der Kosten wurde von privater Seite beigesteuert (vgl. Preisigke an HeidAW, 9. Apr. 1913, **HAW** 34101/1), d.h. von Gradenwitz selbst (vgl. Gradenwitz, 0., [Selbstdarstellung], 57). Zur Darstellung aus Straßburger Sicht vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 19).

[181] Vgl. Windelband an StrWG, 5. März 1913 und StrWG an HeidAW, 8. März 1913 **(HAW** 34101/1).

[182] Vgl. die Mitteilung Gradenwitz' in der Gesamtsitzung vom 9. März 1926, daß das Papyrus-Wörterbuch von nun an nicht mehr von der Akademie, sondern von der Juristischen Fak. unterstützt werde **(HAW** 143/3). Seit 1922 konnte das Unternehmen nur noch mit Fremdmitteln unterhalten werden. Die Notgemeinschaft bewilligte für das Rechnungsjahr 1921/22 für das Unternehmen 15000 **M** und war auch zu zukünftiger Unterstützung grundsätzlich bereit, „wenn auch der badische Staat eine Forschungsbeihilfe in mindestens gleicher Höhe wie die Notgemeinschaft zu leisten sich bereit erklärt" (Notgemeinschaft an Preisigke, 9. Jan. 1922, GLA 235/3354, fol. 330).

[183] Zur Liquidation der StrWG in Straßburg und zum „Exil" in Heidelberg vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 20-31, Zitat 22.

der Arbeitsgemeinschaft, aber auch daraus, daß mehrere Heidelberger Akademiemitglieder auch Mitglied der Straßburger Gesellschaft waren, so neben 0. Gradenwitz und F. Preisigke L. Jost sowie die in Hinblick auf das Exil neugewählten C. Bezold, W. Braune, A. Kossel und H. von Schubert, später auch G. Beer, E. Levy und **H.** Liebmann. Daß die Akademie der Straßburger Gesellschaft freundlich entgegenkam und ihr auch Schutz und Hilfe zu gewähren bereit war, zeigte sich vor allem in der Aufnahme einer Reihe nach Heidelberg oder anderen badischen Orten exilierter Straßburger Gelehrter unter ihre außerordentlichen Mitglieder,[184] so die Naturwissenschaftler H. Bücking, A. Götte und L. van Werveke und die Geisteswissenschaftler W. Spiegelberg, durch manche Forschungsarbeit bereits mit Heidelberger Gelehrten verbunden, und die drei alten Berühmtheiten der Straßburger Universität H. Bresslau, G. F. Knapp und Th. Nöldeke; letzterer stand später sogar als Ehrenmitglied der Akademie zur Diskussion. Die von der Akademie geäußerte Hoffnung auf weitere gedeihliche Zusammenarbeit mit der in Heidelberg erstmals wieder am 28. September 1920 zu einer Mitgliederversammlung zusammengekommenen Gesellschaft[185] erwies sich freilich als Illusion. Zwar war Heidelberg das geistige und organisatorische Zentrum der Gesellschaft, an eine wirksame Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Arbeiten war bei der Zerstreuung ihre Mitglieder aber nicht zu denken, allenfalls an eine finanzielle Unterstützung anderer Arbeiten.[186]

Dennoch ließen sich die Anfänge in Heidelberg recht günstig an. Der Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft gelang gewissermaßen auf Anhieb, worum sich die Akademie in den 20er Jahren immer vergeblich bemüht hatte: Sie erhielt im Frühjahr 1921 die namhafte Geldsumme von 300000 Mark als Stiftung der Adler & Oppenheimer Aktiengesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Zwecke der Gesellschaft.[187] Erstmals erfuhr die Gesellschaft eine staatliche Förderung, wie das Ministerium sie

184 Vgl. Anhang, Liste 2.

185 Vgl. Jh. 1920, XLVI.

186 "Erhebliche Beträge" wendete die StrWG noch bis 1931 für den von HeidAW und StrWG gemeinsam „begonnenen" Oberrheinischen Fossilienkatalog auf. Vgl. P. Ernst an Notgemeinschaft, 1. Juli 1931 (HAW 24102). Die Beteiligung der StrWG an dem Unternehmen war über materielle Zuschüsse hinaus freilich nur nomineller Natur.

187 Vgl. Bresslau an BMKU, 23. Juli 1921 (GLA 235/5018).

auch der Akademie angedeihen ließ. Das Ministerium erteilte die Genehmigung zur Annahme der Schenkung und setzte sich zugleich mit bemerkenswerter Argumentation beim Reichsfinanzministerium um Erlaß der Schenkungssteuer ein: Die Zwecke der Gesellschaft - Pflege aller Wissenschaften durch Förderung wissenschaftlicher Unternehmen jeglicher Art und Herausgabe von Schriften - entsprächen ganz den Zielen staatlicher Wissenschaftspflege. Sie „sind infolge der Notlage der deutschen Wissenschaft zu einer besonders drängenden Aufgabe des Staates geworden, der der letzten jedoch vermöge der allgemeinen Finanzlage bei weitem nicht in dem Masse, wie es seiner Pflicht entspräche, nachkommen kann. Jede private Hilfe, die die unzulänglichen staatlichen Hilfsmassnahmen unterstützt, darf deshalb als unmittelbar den Staatszwecken geleistet gelten. Da sich die Ziele der Straßburger wissenschaftlichen Gesellschaft in der erwähnten Hilfsleistung erschöpfen, müssen Zuwendungen, die ihr zur Erfüllung ihrer statutarischen Zwecke zufliessen, als einer Anstalt gemacht anerkannt werden, die ausschliesslich Zwecke des Reichs oder eines Landes verfolgt."[188] Doch erst der Hinweis darauf, daß die Gesellschaft, ,,die seit dem Verluste des Reichslandes ihren Sitz in Heidelberg hat", die Aufgabe verfolge, ,,die kulturellen Zusammenhänge zwischen den Reichslanden und dem Deutschen Reich aufrechtzuerhalten und zu fördern" und daß sie damit unmittelbar „dringenden Interessen des Reiches" diene, überzeugte auch die Reichsbehörden.[189]

Letztlich aber bedeutete das Nebeneinanderbestehen mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften, zu denen ja auch der Naturhistorisch-medizinische Verein zu zählen war, eine Überforderung der Kapazitäten des kleinen Heidelberg und auch des badischen Staates, der die Ansprüche der vielen Wissenschaftsorganisationen nur unvollkommen erfüllen konnte. Auch personelle Verbindungen, die sich insbesondere auch im Engagement Liebmanns und Josts sowohl für die Akademie wie für die Straßburger Gesellschaft ausdrückten, konnten die Schwierigkeiten einer sinnvollen Kooperation beider Gesellschaften an einem Ort nicht lösen. So war der Entschluß im Jahre 1929, den Sitz der Gesellschaft nach Frankfurt

[188] BMKU an RFM, 4. Aug. 1921, Nr. A 14582 (ebd.).
[189] BMKU an RFM, 22. Febr. 1922, Nr. A 2982 und RFM an BMKU, 17. Mai 1922, Nr. II V. 1387 (ebd.).

zu verlegen[190] und ihr dort eine neues Betätigungsfeld zu eröffnen, nur konsequent.[191] „Um ... wissenschaftlich leben zu können, bedarf es für eine Körperschaft wie die Gesellschaft der Anlehnung an einen kraftvollen geistigen Organismus, d.h. an eine Universität! Da ein solcher Anschluß an die Heidelberger Universität nicht erfolgt ist, auch eine an sich denkbare Verbindung mit der hiesigen Akademie der Wissenschaften bei dieser niemals in Betracht gezogen ist, so hat die Gesellschaft, die am Leben bleiben und nicht an Altersschwäche langsam eingehen will, die dringende Einladung von Rektor und Senat der Universität Frankfurt, nach Frankfurt zu übersiedeln, angenommen."[192] Die Danksagung der Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft an die Akademie und die finanzielle Unterstützung der Gesellschaft durch die Akademie noch 1931[193] verbieten es, von einer von Vorbehalten getragenen Trennung zu sprechen. Freilich lassen sich nach 1931 keine Kontakte zwischen beiden Institutionen mehr nachweisen. Die spätere Wahl E. Madelungs zum ordentlichen Mitglied der Akademie erfolgte völlig unabhängig von alten Erinnerungen an die Wissenschaftliche Gesellschaft.

5. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften im Kartell der deutschen wissenschaftlichen Akademien.

Als Zweck und Aufgabe der Akademie war bei ihrer Stiftung u.a. der „Zusammentritt mit den vereinigten Akademien Europas[194]

[190] StrWG (Jost) an HeidA**W,** 16. Juli 1929: „Die Strassburger wissenschaftliche Gesellschaft beehrt sich mitzuteilen, dass sie im Okt. dieses Jahres an die Universität Frankfurt übersiedeln wird. Es ist ihr ein Bedürfnis, der Heidelberger Akademie ihren wärmsten Dank für erwiesene Gastfreundschaft auszusprechen" **(HAW** 6210).

[191] Zur Verlegung der StrWG nach Frankfurt 1929/31 vgl. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 31-35. Entscheidenden Anteil an dieser Verlegung hatte G. Wolfram, Leiter des Elsaß-Lothringen-Instituts in Frankfurt, der 1938 (allerdings unabhängig von diesen Ereignissen) das erste k.M. der Akademie wurde.

[192] Zeitungsnotiz im Mannheimer Tageblatt No. 189 vom 15. Juli 1929 (GLA 235/ 5018).

[193] Vgl. Jh. 1929/30, VIII bzw. Jh. 1931/32, **XII.**

[194] Vgl. die Stiftungsurkunde vom 22. Mai 1909, Jh. 1909/10, III.

genannt worden. Die Akademie war also zu internationaler wissenschaftlichen Kooperation verpflichtet. Vorauszugehen hatte dem selbstverständlich ein Zusammengehen mit den deutschen Wissenschaftsakademien, die sich 1893 zum „Verband wissenschaftlicher Körperschaften" zusammengeschlossen hatten.[195] Auf dem Nährboden dieses Verbandes war 1899 auch der internationale Zusammenschluß der Akademien in Wiesbaden erfolgt.[196]

Kontakte zu den anderen Akademien wurden zunächst auf persönlicher Ebene hergestellt, wobei Mitgliedschaften in einer der Akademien oder fachliche Beziehungen vielfältige Ansatzpunkte einer Kontaktaufnahme boten. Die Reaktion auf die Gründung der Heidelberger Akademie war, soweit sich das erschließen läßt, durchaus positiv.[197] Ohnehin rechnete das Kartell in diesen Jahren mit einer gewissen Anzahl an Neugründungen von wissenschaftlichen Gesellschaften mit Akademierang, was die Behandlung der Heidelberger Neugründung als singulären Fall verbot.[198]

[195] Vgl. His, **W.,** Zur Vorgeschichte des deutschen Kartells und der internationalen Association der Akademien. Ebd. 24f. der Entwurf der Statuten des Verbandes und 26-29 das „Protokoll der behufs Kartellbildung anberaumten Versammlung in Leipzig am 29. Januar 1893".

[196] Vgl. etwa das Prot. der Göttinger Sitz. vom 1. Juni 1898, ebd. 29f. Vgl. insbes. den „Generalplan zur Gründung dieser internationalen Association der Akademien" und das „Protokoll über die Conferenz in Wiesbaden behufs der Gründung einer internationalen Association der Akademien 9. und 10. October 1899." Zur Internationalen Assoziation der Akademien vgl. Alter, P., Internationale Wissenschaft und nationale Politik. Schroeder-Godehus, B., Division of Labour and the Common Good.

[197] Vgl. etwa Diels an Windelband, o.D. (Anfang 1910) mit Glück- und Segenswünschen an die neue Institution. Diels nutzte die erste offizielle Kontaktaufnahme gleich zu einer Einladung an die Heidelberger Akademie zur Beteiligung „an dem Standardwerk der älteren, der Grundlage der humanitas, dem Thesaurus Latinus in irgend einer Form", das hieß Förderung vor allem in finanzieller Hinsicht, aber auch „geistig" durch die Entsendung eines Vertreters in die Thesaurus-Kommission; vgl. auch Ders. an Windelband, 19. Mai 1910, in der der Hoffnung auf baldige Überwindung der „notwendigen Anfangsstadien" Ausdruck verliehen wird (HAW 611/1). Vgl. auch die Mitteilung Windelbands an die o.M. der Akademie, 23. Apr. 1911, wonach nach privaten Mitteilungen nach München und Wien auch Göttingen und Leipzig die Aufnahme Heidelbergs in den Verband beschlossen hätten und daß eine nur noch formelle Entscheidung auf dem nächsten Verbandstag getroffen würde (HAW 143/1).

[198] Vgl. Diels an Windelband, 28. März 1911. Bei der Behandlung des Aufnahmeantrags der Akademie in das Kartell „schien es geraten[,] ... die principiellen

Ermutigt durch die Anfrage der Bayerischen Akademie[199] war die erste offizielle Handlung der Heidelberger Akademie gegenüber den kartellierten Akademien ihr exklusives Angebot vom Sommer 1910, in einen Schriftenaustausch einzutreten. Daß diese Kontaktaufnahme mit dem Ziel des Eintrittes in das Akademienkartell erfolgen sollte, fand im Kreise der Akademie eine große Mehrheit.[200] Wiederum durch Vermittlung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften stellte die Heidelberger Akademie am 20. Januar 1911 ihren Aufnahmeantrag in das Kartell, der- wie das Schreiben des Berliner Akademiesekretars H. Diels bezeugte - günstig aufgenommen wurde. In der Kartellsitzung am 3. Juni 1911 wurde die Heidelberger Akademie als sechste Mitgliedkorporation einstimmig in den Verband deutscher wissenschaftlicher Körperschaften aufgenommen.[201] Die Aufnahme der Heidelberger Akademie blieb bis in die 50er Jahre die letzte Erweiterung des Kartells,[202] was 1911 freilich noch nicht abzusehen war. Die grund-

Fragen mit Rücksicht auf die anderen in der Entstehung begriffenen Akademien festzustellen" **(HAW** 611/1). Vgl. ähnlich auch Windelband in seiner Mitteilung vom 23. Apr. 1911, daß „von Berlin aus eine generelle Regelung der Bedingungen für den Eintritt weiterer gelehrter Körperschaften in den Verband angeregt" sei **(HAW** 143/1).

199 Vgl. dazu oben 281.

200 Vgl. dazu das Prot. Ges.sitz. vom 4. Juni 1910. Die den Eintritt in das Kartell betreffenden Passagen wurden für die Veröffentlichung aus dem Protokoll ausgestrichen. Es handelte sich hierbei gewissermaßen um eine streng vertrauliche Besprechung **(HAW** 143/1).

201 Vgl. Jh. 1910/11, XL. Der Entschluß zum Eintritt in das Kartell und die Wahl Münchens als Vermittler war in der Gesamtsitzung am 3. Dez. 1910 gefaßt worden **(HAW** 143/1). Die Statuten des Verbandes wissenschaftlicher Körperschaften bezeichneten als Aufgaben des Kartells hauptsächlich Koordination und Kooperation bei großen wissenschaftlichen Unternehmungen (vgl. GLA 235/30158).

202 Die Mitgliedskorporationen waren die Akademien und Wissenschaftlichen Gesellschaften in Göttingen, Leipzig, München, Wien (alle 1893), Berlin (1906) und Heidelberg (1911). Die Zusammensetzung des Kartells blieb konstant bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg, von einer kurzen und folgenlosen Mitgliedschaft einer Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag (1939-1945; vgl. dazu **HAW** 6178) abgesehen. Zum Scheitern der Straßburger Akademiepläne vor dem 1. Weltkrieg siehe oben Kap. 1.3.3.1. Ein Aufnahmeantrag der Württembergischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Tübingen wurde in der Kartellsitzung am 11./12. Apr. 1921 abgelehnt (vgl. HAW 611/3 und HAW 653). Dagegen blieb die Wiener Akademie dem Kartell immer assoziiert - ein Erfordernis der aufeinander abgestimmten Forschungs-

sätzliche Offenheit zur Aufnahme neuer Mitglieder steht in auffallendem Gegensatz zu der durch die politischen Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg bewirkten Abschließung des Kartells, worin sich ein Bestreben nach Wahrung des tradierten „guten alten" Zustandes spiegelt.

Die Aufnahme in das Kartell bedeutete eine Aufwertung der Akademie, die sich auch in ihrem Selbstverständnis niederschlug, etwa wenn Überlegungen angestellt wurden, ob man nun „ausgedehnte" wissenschaftliche Unternehmungen starten und zu diesem Zwecke auch feste staatliche Zuschüsse, d.h. die Aufnahme der Akademie in den Landeshaushalt, beantragen sollte.[203] Vertreter der Akademie wurden in nationale Wissenschaftskommissionen, die traditionell durch Abgeordnete der Akademien besetzt wurden, entsandt: Theodor Curtius wurde zum Vorstandsmitglied des Deutschen Museums in München ernannt und Philipp Lenard in die Kommission der deutschen Akademien für luftelektrische Forschung delegiert.[204] Die Erwartungen, die demgegenüber an die Heidelberger Akademie herangetragen wurden, waren vergleichsweise bescheiden. Sie sollte sich vor allem materiell an der Durchführung verschiedener Kartellunternehmungen beteiligen;[205] da sie sich dazu angesichts ihrer knappen Mittel nur zögerlich entschließen konnte, wurde eine deutlichere Aufforderung zur Unterstützung der Kartellunternehmen von Seiten des Kartells an die Heidelberger Akademie fällig.[206] Die Akademie beschloß in den folgenden Jahren die Unterstützung einiger neuer Kartellunter-

unternehmungen -, wenn auch besondere Reichsinteressen ein gesondertes Vorgehen der Reichsakademien oft erforderlich machten.

203 Vgl. die Einladung zur Sitzung am 24. Juni 191I vom 14. Juni 191I (HAW 143/1).

204 Vgl. Jh. 1912, **XXVI.**

205 Eine Förderung wissenschaftlicher Unternehmungen durch das Kartell konnte nach den Statuten sowohl durch „gemeinsame Arbeit als auch durch gemeinsame Beschaffung der nötigen materiellen Mittel" erfolgen. Dies konnte unter Beteiligung sämtlicher oder auch nur einzelner Akademien an den Vorhaben geschehen. „Auch eine[r] bloße[n] moralische[n] Unterstützung" durch eine „empfehlende Begutachtung" durch eine Akademie wurde großer praktischer Wert beigemessen. Vgl. Prot. Kartellsitz. vom 28. Mai 1914 in Wien. In: Protokolle der Kartellversammlung 1914, 8.

206 In einer Kommissionssitzung des gleichen Kartelltages wurde „von mehreren Seiten darauf hingewiesen, daß die Akademie zu Heidelberg sich bisher noch an keiner Unternehmung des Kartells beteiligen konnte", wie sehr wohlwollend formuliert wurde (ebd., 16).

nehmen, so die Neuherausgabe der Keplerschen Schriften, die 1914 in die Wege geleitet wurde, die Herausgabe der mittelalterlichen Bibliothekskataloge, seit 1906 als Kartellunternehmen in Bearbeitung,[207] die Herausgabe von Poggendorff's biographischem Handwörterbuch, des Arabischen Wörterbuchs, der Enzyklopädie der Mathematischen Wissenschaften und des Biographischen Jahrbuchs;[208] ferner unterstützte die Akademie Unternehmungen anderer kartellierter Akademien, so die Teneriffa-Expedition der Sächsischen Akademie (1914 ff.)[209] Dagegen konnte sich die Akademie trotz des Werbens der Bayerischen Akademie oder auch H. Diels' nicht entschließen, den Thesaurus linguae Latinae direkt zu unterstützen. Zwar setzte sie sich nach ihrer Aufnahme in das Kartell bei der badischen Regierung für eine Erhöhung des badischen Beitrages für den Thesaurus ein;[210] nach der Ablehnung dieser Anregung durch das Ministerium[211] sah sie sich jedoch nicht in der Lage, ,,zu den doch ausschliesslich von Regierungen aufgebrachten Mitteln beizusteuern."[212] Durch diese Ablehnung war der Akademie eine günstige Einführung in das Kartell versagt. Noch 1929 mußte von Schubert fordern, den Beitrag zum Thesaurus, einem ,,der gesamten gebildeten Welt zugutekommenden Unternehmen", im Interesse des Ansehens der Akademie zu erhöhen.[213] Für eigene Unternehmungen die Unterstützung des Kartells zu suchen, wagte die Akademie offensichtlich nicht, besonders nachdem die Folgen der Inflation ihr auch die weitere Unterstützung anderer Kartellunternehmen untersagten.[214] Erst mit dem Cusanus-Unternehmen ging die Akademie auch im Rahmen des Kartells einen offensiveren Weg wissenschaftlicher Selbstdarstellung.

Aber auch sonst blieb die Akademie bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in Kartellangelegenheiten inaktiv. Anträge oder Ver-

[207] Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 18. Juli 1914 (HAW 143/1). Siehe auch Jh. 1914, **XXXII, XXXIV;** Jh. 1915, XII. Zu den beiden Unternehmungen vgl. auch HAW 61471 bzw. HAW 61461.

[208] Vgl. HAW 61441, HAW 61442, HAW 61451, HAW 61452. Vgl. auch 288f., 294.

[209] Vgl. den Antrag Dembers vom 27. Mai 1914 (HAW 251/4), vgl. dazu SächsAW an Math.-nat. Klasse der HeidAW, 29. Mai 1917 (HAW 251/5); siehe auch 288.

[210] Windelband an BMKU, 19. Juni 1911 (GLA 235/3354).

[211] Vgl. BMKU an HeidAW, 3. Juli 1911, No. 6830 (ebd., fol. 160).

[212] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 15. Juli 1911 (HAW 321/1).

[213] Vgl. Jh. 1929/30, **XIX.**

[214] Vgl. Jh. 1926/27, XVIf.

handlungsgegenstände wurden von ihr nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Die Zurückhaltung der Akademie war zu einem gewissen Teil auch das natürliche Verhalten des Neulings, der in viele schwebende Unternehmungen und Gegenstände aus Mangel an Kenntnissen nicht einzugreifen wagte.[215] Die Integration der Heidelberger Akademie wäre sicherlich durch die Veranstaltung eines gelungenen Kartelltages gefördert worden. Doch als die Heidelberger Akademie 1916 die Vorortgeschäfte führte,[216] bestand wenig Neigung unter den Akademien, zu einer Kartellsitzung in Heidelberg zusammenzukommen. Ein Antrag der Göttinger Akademie, eine Denkschrift durch die kartellierten Akademien vorzubereiten, um auf die Notwendigkeit einer „besonders ausgiebigen Förderung wissenschaftlicher Arbeit" nach Friedensschluß hinzuweisen, wurde von Berlin und Leipzig als unzeitgemäß zurückgewiesen und daher zurückgezogen, und auch über die Kartellunternehmen zu berichten, die unter den Folgen des Krieges zu leiden hatten, sah man keinen Anlaß. So blieb auch ein Münchener Antrag unberücksichtigt, bereits jetzt „in Erörterungen über die Stellung ein-[zu]trete[n], die die Deutschen Akademien nach dem Friedensschluß gegenüber fremden Akademien und dem internationalen wissenschaftlichen Verkehr einzunehmen hätten."[217] Beide An-

[215] Als typisch mag die Diskussion eines Schreibens der BayAW in Kartellangelegenheiten gelten, wo der Akademie nur die Erkenntnis blieb, ,,dem von den anderen Akademien eingenommenen Standpunkte beitreten" zu müssen, der ihr im Grunde doch nur zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden war (Äußerung Windelbands zu dem Antrag Koenigsbergers vom 27. Jan. 1912, HAW 143/1).

[216] Vgl. Jh. 1916, V. Die Einreihung Heidelbergs in die Folge der die Vorortsgeschäfte führenden Akademien war auf der Kartellsitzung im Mai 1914 erfolgt.

[217] Vgl. die Korrespondenz von März bis Juni 1916. Für die Münchener Akademie bestand ein wichtiges Motiv für die Durchführung des Kartelltages in Heidelberg darin, ,,der Heidelberger Akademie der Wissenschaften als der jüngsten ihrer Schwestern nicht die Gelegenheit zu nehmen, die Vertreter der anderen Akademien bei sich zu empfangen, wenn sich zum erstenmale für die Heidelberger Akademie die Gelegenheit dazu ergibt" (BayA**W** an HeidAW, 5. Juni 1916; **HAW** 611/1). Nachdem die Kartellsitzung ausfiel, fiel in die Amtsperiode der Heidelberger Akademie nur ein Gesuch Prof. Obsts, die Gründung eines „Klimatologischen Zentralbüros für das Osmanische Reich" durch das Kartell zu unterstützen. Aber auch hier wurde eine Vertagung eines Beschlusses bis nach Friedensschluß bevorzugt und die weitere Initiative der Wiener Akademie überlassen (vgl. HAW 841/1).

träge spielten seit 1918 eine große Rolle in den wissenschaftspolitischen Aktivitäten des Kartells.

Trotz der minderen Rolle, die die Akademie in diesen Jahren im Kartell einnahm, erwies sich die Wichtigkeit einer Mitgliedschaft im Kartell insbesondere durch den Alleinvertretungsanspruch der Akademien in der Organisation der deutschen Wissenschaft nach innen sowie in ihrer Repräsentation nach außen. Wollte ein Gelehrter Förderung und Unterstützung durch die Akademien oder das Kartell erlangen, mußte er sich streng nach den von den Akademien dominierten Regeln verhalten. So wurde ein sinnvoller und wichtiger Antrag des Heidelberger Geologen Wilhelm Salomon an das Kartell, einen Geologen an die meteorologische Station nach Spitzbergen zu entsenden, in der Kartellsitzung am 28. Mai 1914 allein aus dem Grunde abgewiesen, weil Salomon es versäumt hatte, die (für ihn zuständige) Heidelberger Akademie vorzuschalten. Das Kartell stellte fest, ,,daß als Grundlage einer Kartellverhandlung in der Regel nur ein Antrag einer der kartellierten Akademien dienen könnte."[218] Das bedeutete nicht nur eine Vorauswahl, sondern auch eine Kanalisierung wissenschaftlicher Initiative, wodurch der Geltungsanspruch der einzelnen Akademien für ihren Bereich gefestigt wurde. Außerhalb dieses Kartells jedoch schienen die Möglichkeiten zur Planung und Durchsetzung großer wissenschaftlicher Forschung nur rudimentär gegeben.

Als die Heidelberger Akademie 1923 zum zweiten Mal den Kartellvorsitz übernahm, drohte ihre wirtschaftliche und wissenschaftliche Lage einem Punkt zuzusteuern, der ihre Stellung im Kartell vollends diskreditierte. Sollte die vorsitzende Akademie nicht in der Lage sein, ihre Publikationstätigkeit aufrechtzuerhalten, mußten ernsthafte Störungen im Verhältnis zu den anderen Akademien erwartet werden.[219]

Unter diesen Voraussetzungen konnte keine Rede sein von einer Verbesserung der Stellung der Heidelberger Akademie der

[218] Vgl. dazu die Kartellsitz. vom 28. Mai 1914, wie oben Anm. 205, 8. Die Aktivitäten Salomons überforderten anfangs auch in anderen Fällen die Flexibilität der HeidA **W,** so in der langfristigen Unterstützung der Mauer-Funde (vgl. oben 287) und in der Vorlage der entsprechenden Forschungsergebnisse (vgl. die Schreiben Salomons an die Akademie vom 29.Nov.1911 und 5. Dez. 1911, die eine gewisse Verärgerung über den Bürokratismus der Akademie nicht verhehlen; **HAW** 24101/1).

[219] Vgl. Bezold an BMKU, 16. Feb. 1922 (HAW 13171).

Wissenschaften innerhalb des Kartells, auch wenn die anderen Akademien die gleichen Probleme hatten. Während jedoch von der Bayerischen Akademie und der Preußischen Akademie bereits im Kriege Initiativen ausgingen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft einerseits wie auch zu ihrer notwendigen Reintegration in den internationalen Wissenschaftsbetrieb andererseits, schloß sich die Heidelberger Akademie allenfalls befürwortend den vorgelegten Eingaben und Denkschriften an. Das galt sowohl für das Schreiben der geisteswissenschaftlichen Klasse der Bayerischen Akademie an Reichskanzler von Hertling vom 22. Januar 1918 als auch für die Eingabe der Preußischen Akademie an den preußischen Kultusminister zur Weiterleitung an den Reichskanzler vom 7. Februar 1918.[220] Es ging in diesen und weiteren Vorstößen u.a. darum, in den Friedensschlüssen[221] die Wiederherstellung eines freien, gleichberechtigten wissenschaftlichen Verkehrs unter Wahrung des Zugangs zu Archiven und Bibliotheken im ehemals feindlichen Ausland für deutsche Wissenschaftler notfalls auch durch besondere vertragliche Regelungen zu sichern.[222] Die zweite Sorge galt einer ausreichenden Papierzuweisung von guter Qualität, um auch die besonders wertvollen „monumentalen Werke der deutschen Wissenschaft, deren Forterscheinen im Interesse der wissenschaftlichen Weltstellung unbedingt notwendig ist", drucken zu können.

Eine eigenständige Erweiterung des Antrages durch die Heidelberger Akademie bestand darin, daß man die Begünstigungen der Papierzuweisung nicht nur für Akademiepublikationen, sondern auch für die durch Akademiegutachten für „sehr wichtig und dringlich erachte[te]n" wissenschaftlichen Werke gelten lassen wollte. Diese Erweiterung lief - obgleich im positiven Sinne auch als Teilhabe anderer Publikationen an den auszuhandelnden Vorrechten auszulegen - praktisch auf Kontrolle der wissenschaftlichen Publizistik durch die Akademien hinaus, indem nur mit Akademie-Gütesiegel versehene Arbeiten mit einer Veröffentlichung unter angemessenen Bedingungen rechnen konnten. Anlaß war freilich

[220] Vgl. hierzu **HAW** 611/2.

[221] Zu den deutschen Erwartungen bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen vgl. u.a. Schulze, **H.,** Weimar. Deutschland 1917-1933, 190ff.

[222] Vgl.auch das Telegramm der Kartellversammlung an Reichskanzlerv. Hertling vom 8. Juni 1918 (vgl. Prot. Kartellsitz. vom 8. Juni 1918; HAW 611/2).

die Sorge, das Erscheinen der Publikationen der Akademiemitglieder, auch soweit sie nicht von der Akademie selbst veröffentlicht werden konnten, sicherzustellen.[223] Was die Akademien hier erreichen konnten, waren allenfalls Ausnahmeregelungen, von Fall zu Fall die benötigten Mittel für einzelne Werke zu beantragen, um die unmittelbaren Bedürfnisse der Akademiemitglieder zu befriedigen.[224]

Die Kostenentwicklung auf dem Drucksektor, die für die Heidelberger Akademie bis zum Frühjahr 1919 bereits eine Erhöhung der Druckkosten um 162% gegenüber der Vorkriegszeit erbrachte, war eines der Hauptprobleme nicht nur der Akademien. Schädigung des Ansehens und der Leistungsfähigkeit der deutschen **Wis**senschaft und Beeinträchtigung der Schaffenskraft der Gelehrten wurden als allgemeine Folgen befürchtet. Die Sorge der Akademien um ihre Publikationskapazitäten, die durch die Preissteigerungen im Druckwesen und Buchhandel sowie Papierknappheit kontinuierlich gespeist wurde,[225] offenbarte freilich nur die Spitze eines Eisberges der „Not der deutschen Wissenschaft."

[223] Im Schreiben des **BMKU** an das **BMA** vom 13. März 1918, Nr. A 2553 wurde eigens darauf verwiesen, daß der Druck zweier größerer Werke von Mitgliedern der HeidAW infolge Druckpapiermangels eingestellt werden mußte (GLA 235/3354, fol. 284). Es handelte sich hierbei um Bütschlis „Vorlesungen über Vergleichende Anatomie, 3. und 4. Lfg., Berlin 1924" und v. Schuberts „Geschichte der christlichen Kirche im Frühmittelalter, Tübingen 1921".

[224] Vgl. Reichskanzler (Reichswirtschaftsamt) an den Königlich Preußischen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, 4. Mai 1918, I A Gr.H. No. 1486 (Abschrift für BMKU), HAW 611/2. Vgl. auch GLA 235/3354, fol. 285f.

[225] Vgl. etwa den Bericht Bezolds über die Kartelltagung am 11. und 12. Apr. vom 20. Apr. 1921 (HAW 611/3); vgl. auch Bezold an BMKU, 16. Feb. 1922 (HAW 13171) und Kossel an die o.M. der Math.-nat. Klasse, 10. Okt. 1922: Die regelmäßigen jährlichen Einnahmen der Klasse reichten kaum noch zum Druck eines Heftes der Sitzungsberichte **(HAW** 222/2 und **HAW** 611/3). Selbst die „reiche" Berliner Akademie sah sich genötigt, die Frage der Einstellung ihrer Publikationstätigkeit zu stellen; vgl. die Mitteilung Diels' in der Besprechung im **RIM** am 22. Juni 1920, 10: „Die Druckkosten für die Berliner Akademieschriften seien um 770% gestiegen, sodaß im nächsten Jahre die Drucklegung irgendwelcher Mitteilungen nicht mehr möglich sei." Eine Akademie „könne bereits heute keine gedruckten Veröffentlichungen mehr herausgeben". Mit dieser fälschlicherweise verbreiteten Nachricht war auf die schwierige Lage der HeidAW angespielt worden (vgl. HAW 671/1).

Obgleich die „Not der deutschen Wissenschaft"[226] allgemein war, gingen die entscheidenden Initiativen zu einer Neuordnung der Organisation und Förderung der deutschen Wissenschaft in der Weimarer Republik vom Kartell der Akademien - und hier vor allem von der Berliner Akademie - aus.

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften erbat beim badischen Kultusministerium die Unterstützung für die Berliner Vorschläge[227] und trat bei den wissenschaftspolitischen Ereignissen, die zur Gründung der Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft führten,[228] gar nicht selbst in Erscheinung. Bei den Verhandlungen mit den Reichsbehörden,[229] bei denen es den Akademien um den Erhalt ihrer Publikationen und wissenschaftlichen Unternehmungen ging, ohne die sie ihre Tätigkeit suspendieren müßten,[230] ließ man sich von der Berliner Akademie vertreten.[231]

An erster Stelle der Gründungsmitglieder der Notgemeinschaft standen die Akademien der Wissenschaften in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München. Mit dieser Gründung hatten die Akademien ein wichtiges wissenschaftspolitisches Ziel erreicht.

[226] Denkschrift über die „Not der deutschen Wissenschaft", Beilage 11 zu Kap. 1, Titel 36 des Haushalts des Reichsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1920. Abgedruckt in: Zierold, K., Forschungsförderung in drei Epochen, 561-573 (Zitat 564). Vgl. dazu auch Schmidt-Ott, F., Die Kulturaufgaben und das Reich.

[227] Vgl. dazu auch BMKU an BMA, 21. Juni 1919 Nr. A 9513 (GLA 235/3354, fol. 297).

[228] Zur Gründung der Notgemeinschaft vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 174-184. Zierold, K., Forschungsförderung in drei Epochen, 3-20. Nipperdey, Th./Schmugge, L., 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland, 14-17. Zur Arbeit und zur Organisation der Notgemeinschaft vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 180-184. Nipperdey, Th./Schmugge, L., 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland, 17ff. Bes. Zierold, **K.,** Forschungsförderung in drei Epochen, 40-170. Die Statuten der Notgemeinschaft sind abgedruckt ebd., 108-113. Vgl. auch Schmidt-Ott, F., Notgemeinschaft der Deutschen **Wis**senschaft. Treue, **W.,** Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft.

[229] Vgl. Protokoll der Besprechung im **RIM** vom 22. Juni 1920 über die Notlage der deutschen Wissenschaft **(HAW** 671/1).

[230] Entsprechende Äußerungen liegen von der HeidA **W,** aber auch von Diels (wie Anm. 225) vor.

[231] Vgl. PreuAW (Planck) an HeidAW, 21. Apr. 1920 (HAW 671/1). Die HeidAW hatte als ihren Vertreter Carl Bezold bestimmt, der jedoch an keiner der Verhandlungen teilnahm. Als Vertreter des Landes Baden nahm V. Schwoerer an den Verhandlungen im RIM am 22. Juni 1920 teil.

Sie hatten eine nationale Interessenvertretung für die Einwerbung und Verteilung der Forschungsmittel gefunden, die auch ihre eigenen Etats sinnvoll und notwendig ergänzten.[232] Dennoch waren die kartellierten Akademien nicht der dominierende Teil dieser neuen Interessenvertretung der gesamten Wissenschaft.[233] Politik und Leistung der Notgemeinschaft wurden ganz wesentlich von Schmidt-Ott bestimmt, und auch der Grundgedanke, nicht Institutionen, sondern unmittelbar die „Forschung des Forschers" zu unterstützen,[234] schränkte den Zugang der Akademien zu den Mitteln der Notgemeinschaft ein.

Daß die Akademien indes ihren - unauffälligen - Einfluß auf die Notgemeinschaft zu bewahren wünschten, zeigte sich nach der Umwandlung der Notgemeinschaft in die Dauereinrichtung einer Forschungsgemeinschaft im November 1929. Danach sollte dafür Sorge getragen werden, daß immer „einer der Sekretäre der 5 kartellierten Akademien des Reiches dem Präsidium angehöre, zum mindesten aber im Hauptausschuß sitze" und daß die von den Akademien eingereichten Anträge nicht wissenschaftlich überprüft würden, sondern allein auf ihre Finanzierbarkeit.[235] In der ersten

[232] Vgl. das anläßlich des Kartelltages in Heidelberg am 13. Apr. 1929 verfaßte Dankschreiben der Akademien an die Notgemeinschaft. ,,Sehr bedeutungsvolle wissenschaftliche Unternehmungen der Akademien, insbesondere auch solche, die die Zusammenarbeit eines grösseren Kreises von Gelehrten erfordern, [wären] zum Stillstand oder gar zum Erliegen gekommen ..., wenn für sie nicht die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in entscheidenden Augenblicken eingetreten wäre" (vgl. **HAW** 611/3 und **HAW** 671/1). Zur Finanzierung der Notgemeinschaft vgl. Zierold, **K.,** Forschungsförderung in drei Epochen, 29-39. Nipperdey, Th./Schmugge, L., 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland, 22ff., 116f.

[233] Ein größerer Einfluß auf die Arbeit der Notgemeinschaft war den Akademien nur bei der erstmaligen Berufung der 20 Fachausschüsse, von denen die Hälfte durch die Akademien zu benennen waren, gewährt worden (vgl. Notgemeinschaft an HeidAW, 29.Nov.1920, Nr. 452/20, **HAW** 671/1). 1927 wurden die Akademien durch die Berliner Akademie aufgefordert, noch einmal für die Notgemeinschaft beim **RIM** bzw. Reichskanzler vorstellig zu werden, als Kürzungen des Etats der Notgemeinschaft drohten (vgl. Konen an Pütter, 20. Juni 1927; Telegramm HeidAW an Reichskanzler Marx, 21. Juni 1927; Telegramm PreuA**W** an HeidA**W,** 23. Juni 1927 und Reichsminister der Finanzen (Köhler) an HeidAW, 24. Juni 1927; HAW 671/1).

[234] Vgl. Schmidt-Ott, F., Erlebtes und Erstrebtes, 182.

[235] Vgl. Mitteilung v. Schuberts an HeidAW und die kartellierten Akademien, 26. Nov. 1929 und die Antwortschreiben der GöAW vom 11. Dez. 1929 und der PreuAW vom 17. Dez. 1929 (HAW 671/1).

Forderung lag jedoch ein unzulässiger Eingriff in die Wahlfreiheit und -prinzipien der Notgemeinschaft, die immer nur persönlich, nicht aber Vertreter von Korporationen wählte. Im zweiten Fall ging es um die Bewahrung einer gängigen Praxis. Es war dies daher nicht ein Versuch, die Entscheidungskompetenz der Notgemeinschaft zu beeinträchtigen - wohl aber den Entscheidungsprozeß -, sondern der Wunsch, die besonderen wissenschaftlichen Zuständigkeiten der Akademien zu bewahren. Da die Akademien einst die die Forschungsförderung und -organisation maßgeblich bestimmenden Institutionen gewesen waren, so mußte das Gefühl der materiellen Abhängigkeit von einer übergeordneten Verteilerinstitution umso schmerzlicher empfunden werden.

In dieser kartellinternen Auseinandersetzung am Ende der 20er Jahre zeigten sich aber auch über die Notgemeinschaft hinausweisende Aspekte, die an frühere Ereignisse nahtlos anknüpften: Es ging auch um die das Kartell prägende und belastende Dominanz der Preußischen Akademie. Die Sächsische Akademie bewegte sich in den 20er Jahre bereits oft im Windschatten der Berliner Akademie, der man nicht entgegenzutreten wagte. Das eigentliche Gegengewicht zu Berlin war München, woran sich die unerfahrenste der Akademien, die Heidelberger, in einer süddeutschen „Achse" häufig anlehnte. Nur die Göttinger Akademie vertrat in dieser Zeit neben den großen Akademien eine eigene Richtung. Aber auch in ihren Beziehungen zur Notgemeinschaft lagen Welten zwischen der Heidelberger und der Berliner Akademie. Schien für die Heidelberger die Notgemeinschaft zunächst eine fremde Behörde zu sein,[236] der man sich anfangs wie einem Reichsministerium nur über Vermittlung der vorgesetzten Kultusbehörde näherte,[237] so war für die Berliner die Notgemeinschaft ein - zwar selbständiger - Ableger eigener Initiative, ein freundlicher Nachbar, mit dem man engen Verkehr pflegte. Weltläufigkeit im Umgang mit Organisation und Politik der Wissenschaft hier und

[236] Hierbei mußte sich negativ auswirken, daß sich die Heidelberger Akademie bei allen Akten der Gründungsgeschichte der Notgemeinschaft durch die Berliner Akademie vertreten ließ. Ihre Passivität schlug sich schließlich auch darin nieder, daß kein Heidelberger Vertreter in Präsidium oder Hauptausschuß entsandt werden konnte. Erst 1929 wurde mit G. Radbruch ein Heidelberger Gelehrter in diesen Ausschuß berufen.

[237] Vgl. etwa BMKU an Notgemeinschaft, 11.Aug.1921, Nr. A 14644 und HeidAW an BMKU, 8. Juli 1922 (GLA 235/3354, fol. 322 bzw. 344).

Provinzialität dort kennzeichneten die Dimensionen der inneren Verfassung der Akademien, auch wenn sich die Heidelberger Akademie im Laufe der 20er Jahre besonders durch die diplomatischen Fähigkeiten und weitreichenden Beziehungen A. Kossels und H. von Schuberts aus dieser Verengung allmählich lösen konnte.

Das „außenpolitische" Ziel des Kartells in den 20er Jahren bestand darin, die Ächtung und Isolation der deutschen Wissenschaft, eine Folge der Propagandaschlachten der Wissenschaft im Weltkrieg,[238] aufzuheben und wieder Anschluß an die neugegründeten internationalen Wissenschaftsorganisationen zu finden.[239] Dem Boykott der deutschen Wissenschaften entsprach der Durchhaltewille und „Gegenboykott" seitens der deutschen Gelehrten.[240] Sie waren jedenfalls „gewillt, die im Rahmen der Assoziation begon-

[238] Vgl. dazu Schwabe, K., Wissenschaft und Kriegsmoral. Brocke, B.v., 'Wissenschaft und Militarismus'. Zur Gesamtproblematik bes. Schröder-Gudehus, B., Deutsche Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit 1914-1928. Vgl. dazu auch das Protokoll der Kartellversammlung 1915, HAW 611/1. Die Ausstoßung der deutschen Gelehrten nach dem Aufruf der deutschen Professoren „An die Kulturwelt" aus der Academie des Inscriptions et Belles-Lettres und der Academie des Sciences und die Austrittserklärung französischer und amerikanischer Gelehrter aus deutschen Akademien war aufgrund der Betroffenheit der Preußischen Akademie zum Verhandlungsgegenstand der Tagung erhoben worden, um über eine gemeinsame Antwort auf die „Schmähungen" gegen die deutsche Wissenschaft und die „beleidigende[n) Angriffe und Maßregeln gegen einzelne deutsche Gelehrte" zu beraten. Die Mehrzahl der Akademien und ihrer Mitglieder sprach sich dahin aus, mit etwaigen Reaktionen auf diese Angriffe bis nach dem Kriege zu warten, wenn auch eine weitere Zusammenarbeit mit den französischen Akademien „auf absehbare Zeit ... unmöglich" sei. Die Mitglieder der PreuAW betrachteten „ihr Verhältnis zur französischen Akademie als gelöst". Zur Haltung deutscher Gelehrter zu ihren englischen Auszeichnungen vgl. Brocke, B.v., Wissenschaft und Militarismus, 715.

[239] Die Rolle der Akademien bei der Wiederanknüpfung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen ist bisher noch ungenügend untersucht. Die große „sozialistische" Darstellung der Berliner Akademie richtet ihr Augenmerk fast ausschließlich auf die - eher nebensächlichen - deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Problematik der internationalen Wissenschaftsbeziehungen kommt so nicht zur Geltung (vgl. Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil II, 131-139, 215-227, 307-312).

[240] Vgl. **BMKU** an Engeren Senat der Universitäten Heidelberg und Freiburg und HeidA **W,** 2. Jan. 1919, Nr. A 14606 (GLA 235/3354, fol. 295). Zur Ächtung der deutschen Wissenschaft und zum deutschen „Gegen-Boykott" vgl. Schroeder-Gudehus, B., Internationale Wissenschaftsbeziehungen, 859-864.

nenen wissenschaftlichen Unternehmungen an ihrem Teil mit aller Kraft weiterzuführen[,] und werden dabei auch die Mitarbeit und Unterstützung auswärtiger Forscher und gelehrter Körperschaften willkommen heißen."[241]

Von ihrer Struktur und ihren alten Wissenschaftsbeziehungen besonders durch die Repräsentation in der Assoziation der Akademien waren die Akademien wohl die berufenen Institutionen, um die abgerissenen internationalen Beziehungen der Wissenschaft wieder zu knüpfen. Die Akademien übten sich hierin jedoch in Zurückhaltung, besonders um die ihren Stolz verletzenden Unterstellungen zu vermeiden, sie würden ihrerseits um die Wiederaufnahme der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen nachsuchen, die gerade von Frankreich blockiert wurde.[242] Richtlinien für das Verhalten wissenschaftlicher Institutionen wie einzelner Gelehrter wurden als wünschenswert erachtet, alle Versuche des Auslandes, mit deutschen Stellen wissenschaftliche Kontakte wieder aufzunehmen, sollten in einer Zentralkartei registriert werden. Als wichtigste Voraussetzung zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehung erschien den Akademien der deutlich erkennbare Wille „des Auslandes", daß dies auf Gegenseitigkeit, d.h. auch bei völliger Gleichstellung der wissenschaftlichen Körperschaften, zu geschehen habe.[243] Die von ausländischen - besonders amerikanischen und britischen - Institutionen angebotene Wiederaufnahme des Schriftentausches brachte schon vor dem Friedensschluß eine faktische Auflösung des Boykotts und der Isolierung der deutschen

[241] Vgl. Protokolle der Kartellversammlung 1919, 5, 8f. zu den konkurrierenden Zeitschriftenprojekten. Eine Folge des Boykotts der deutschen gelehrten Produktion war die Gründung eines neuen, besonders von Planck geforderten Referatenorgans, die Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung, die die nationale und internationale naturwissenschaftlich-technische Literatur erfassen und erschließen sollte, ein dringendes Erfordernis angesichts des Mangels an ausländischer Fachliteratur und der Probleme, in Deutschland neue Arbeiten zu publizieren und zu verbreiten. Bis Mitte der 20er Jahre hatte die Reichszentrale mit ihrem Korrespondenzblatt „Forschungen und Fortschritte" auch ein wirksames Instrument der Kulturpropaganda im Auslande geschaffen (vgl. den Bericht der „Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung" vom 19. Dez. 1925; vgl. auch die Berichte der Reichszentrale für den Zeitraum von 1919-1929 bzw. l. Jan. 1920 bis 31. Dez. 1939; **HAW** 6161/1).

[242] Vgl. Protokolle der Kartellversammlung 1919, 2f., 18.

[243] Vgl. ebd., 8, 17f.

Wissenschaft; Abordnungen zu Kongressen und Jubiläumsfeierlichkeiten[244] folgten.

Die Heidelberger Akademie verfolgte auf dieser Ebene eine deutlich offensivere Wissenschaftspolitik als etwa die Berliner Akademie. Während sie die Einladungen zu Vorträgen und Kongressen im Ausland lebhaft begrüßte,[245] kam es seitens der Preußischen Akademie im Vorgriff auf Kartellentscheidungen immer wieder zu Ablehnungen von Einladungen aus dem Ausland. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften wünschte daher eine unmißverständliche Klärung, damit eine Einzelakademie nicht ohne Verständigung mit den anderen Akademien unliebsame Verbindlichkeiten für alle schaffe. Die Heidelberger Akademie vertrat aufgrund ihrer im Ausland gemachten Erfahrungen die Überzeugung, daß es geboten sei, zu normalen „Vorkriegs-Gewohnheiten" zurückzukehren.[246] Sie befürwortete eine offene Haltung in den internationalen Beziehungen. Sie war „für alle internationalen Bestrebungen, die rein wissenschaftlichen Zielen dienen ..." und sprach sich für eine „Wiederbelebung der alten nicht politischen wissenschaftlichen internationalen Beziehungen und Vereinigungen" aus.[247] Man stand zwar auch in Heidelberg den als wissenschaftliche Kampforganisationen eingestuften sogenannten „Brüsseler Vereinigungen", d.h. der Union Academique und dem Conseil de Recherches, ablehnend gegenüber, war andererseits aber

[244] Vgl. dazu die Mitteilung Bezolds von Mai 1922 über die erstmalige Beteiligung einer deutschen Delegation an Feierlichkeiten einer ausländischen Universität (Padua) am 8. Mai 1922. Während die Heidelberger Akademie und Universität sich entschlossen hatten, „die Feier in Padua zu beschicken", hatten alle anderen Akademien und Universitäten dies abgelehnt. Die Vertretung trat daher nicht für ihre Einzelkorporationen auf, sondern als von der Reichsregierung entsandte Delegation der gesamten deutschen Wissenschaft (siehe **HAW** 611/3). In ähnlicher Weise erfolgte auch die Beschickung der 700-Jahrfeier der Universität Neapel.

[245] Vgl. etwa Prot. Ges.sitz. vom 9. März 1926 bezüglich der Einladung v. Schuberts nach Kopenhagen (HAW 143/3).

[246] Vgl. etwa Prot. Ges.sitz. vom 28. Febr. 1925 (ebd.). Noch 1928 beschickte die HeidA**W** den Internationalen Mathematischen Kongress in Bologna „trotz des unterdessen eingelaufenen ablehnenden Bescheides der Berliner Akademie" (Ges.sitz., 28. Juli 1928, ebd.).

[247] Vgl. die Stellungnahme der HeidA **W** zu einer Denkschrift der BayAW über die Möglichkeiten der Aufnahme internationaler wissenschaftlicher Beziehungen (Prot. Ges.sitz. vom 2. Juni 1926, **HAW** 143/3).

der Meinung, ,,dass wirklich internationale Fachkongresse von den Akademien beschickt werden sollen."[248] Die Heidelberger Akademie pflegte in den 20er Jahren einen regen persönlichen Verkehr auch mit dem ehemaligen feindlichen Ausland, ohne einer internationalen Organisation anzugehören. Dabei wurde teilweise der alte Vorkriegscharakter der wissenschaftlichen Beziehungen wo nicht wiederhergestellt, so doch angebahnt. Die liberale Position der Heidelberger Akademie setzte sich jedoch gegenüber der Berliner Akademie, die als Vorbedingung die Rehabilitation ihrer Mitglieder durch ausländische Wissenschaftsorganisationen erwartete, nicht durch. Die restriktive Haltung des Kartells in der Regelung der wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland zeigte sich insbesondere in der Frage der Aufnahme der deutschen Akademien in die 1918/19 neugeschaffenen internationalen Wissenschaftsorganisationen des Conseil de Recherches und der Union Academique Internationale.[249] Es blieb die einmütige Auffassung des Kartells, unter Einschluß der Wiener Akademie,[250] daß eine Beeinträchtigung der laufenden wissenschaftlichen Unternehmungen der deutschen Akademien durch einen Beitritt in die

[248] Prot. Ges.sitz. vom 2. Juni 1926 (ebd.).

[249] Zur Auflösung der Assoziation der Akademien vgl. Protokolle der Kartellversammlung, 1919, 7. Vgl. dazu auch Schröder-Gudehus, B., Deutsche Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit 1914-1928, 90-101. Für ein Fortbestehen der Assoziation hatten sich nur Schweden und Finnland ausgesprochen. Die Schwedische Akademie hatte sich im Okt. 1919 nicht an der Gründung der UAI beteiligt, weil diese mit einem Ausschluß der Zentralmächte verbunden war. ,,Sie erklärte indessen ..., dass sie sich mit Freuden ihr [der UAI] anschliessen werde, sobald die Verhältnisse wieder so seien, dass sämtliche Akademien an der ... Union teilnehmen könnten" (Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Schweden vom 16. Okt. 1919, A.J. Nr. 2891 Nr. 575, in Abschrift in HAW 811/1). Die Schwedische Akademie sollte daher gebeten werden, ,,eine Umfrage bei den der Association angehörigen Gesellschaften zu veranstalten, um Klarheit zu erhalten, welche von ihnen in diesem Verband zu verbleiben gedenken" (vgl. den Bericht Bezolds über die Kartelltagung in Wien am 11. und 12. Apr. vom 20. Apr. 1921, **HAW** 611/3).

[250] Die Wiener Akademie war seit 1923 zum Wiedereintritt in die UAI aufgefordert worden (vgl. Ges.sitz. vom 16. Juni 1923, Ges.sitz. vom 18. März 1925, **HAW** 143/3). Die Verbundenheit der deutschen Akademien mit der Wiener Akademie blieb hiervon jedoch unberührt (vgl. Jh. 1926/27, **XVIII).** Zu den Verhandlungen um den Beitritt zur UAI vgl. die Korrespondenzen und Protokolle in **HAW** 8120/1.

Union ausgeschlossen werden mußte.[251] Der Beitritt der deutschen Akademien zur Union Academique Internationale wurde also von einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht.[252]

Das Kartell kritisierte insbesondere die Aufspaltung der als notwendig empfundenen Gesamtvertretung der Wissenschaften einerseits, aber auch die Bevormundung einzelner Wissenschaftszweige andererseits.[253] Mit ihren Standpunkten wurden die deut-

[251] Vgl. Prot. Kartellsitz. in Würzburg vom 21. Mai 1927 (HAW 611/3).

[252] Vgl. Jh. 1927128, Xf. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der UAI wurde gegenüber den befreundeten Akademien in Norwegen und den USA hervorgehoben. Als Haupthindernis eines Beitritts zur UAI, wie er von den Niederlanden, von Norwegen und von den USA für die Sitz. am 9. Mai 1927 beantragt werden sollte, erwies sich indessen das ungelöste Verhältnis der Akademien zum Conseil (vgl. etwa PreuA**W** an Präses der Norske Videnskaps Akademi, Prof. Koht, 28. März 1927; **HAW** 8210/1). Die Ansicht des Göttinger Sekretärs Thiersch (Thiersch an HeidA **W,** 29. März 1927: „Dass der Conseil, so wie er ist, für uns nicht in Frage kommen kann, ist in Wirklichkeit genügend geklärt. Die Organisation der Union dagegen ist vernünftig und gesund und im Grunde genommen nur die alte Assoziation der Akademien, wenn auch nur mit 1 Klasse. Dass nicht unbedingt und unter allen Umständen ein Anschluss unsererseits für beide Klassen zugleich erfolgen müsse, ist bei der Würzburger Beratung schon ausgesprochen worden. Würden wir jetzt die Einladung in die Union annehmen, so brächten wir jedenfalls zum Ausdruck, dass auch für uns die internationale Wissenschaft ein wertvolles Gut ist und dass wir die Wiederanknüpfung an die Vorkriegszeit auch in der neuen, der alten Assoziation gleichsinnigen Einrichtung begrüssen. Gleichzeitig aber brächten wir durch unsere Zurückhaltung dem Conseil gegenüber zum Ausdruck, dass unsere Bedingungen zwar keine Demütigung des Gegners sein, wohl aber gehört und erwogen werden sollen - und zwar vorher. Das kräftige Wort der Münchener Akademie: »Erst reinemachen, dann das Quartier beziehen!« bleibt gegenüber dem Conseil die Parole. Bei der Union ist unserer Einsicht nach nichts mehr reinzumachen. Die Niederlage eines Rückzuges sollten wir denen, die wirklich unsere Freunde sind, wenn irgend möglich ersparen.") erwies sich indessen als zu optimistisch (vgl. Thiersch an PreuAW, 2. Apr. 1927, ebd.).

[253] Vgl. die Denkschrift der GöAW über die verschiedenen Unionen, die sich mit grundsätzlicher Kritik am CIR verband, vom 5. März 1927 (ebd.). Vgl. auch den Beschluß des Deutschen Geographentages von Pfingsten 1927: „Internationale Geographenkongresse sind seit ihrer Unterstellung unter die Union geographique und den Conseil de recherches nicht mehr selbständig und wissenschaftlich frei. Der Deutsche Geographentag kann deshalb den deutschen Geographen die Teilnahme an internationalen Geographenkongressen ... nicht empfehlen, ehe jene Unterstellung unter die Union geographique und den Conseil des recherches nicht aufgehört hat" (ebd.). Vgl. insbes. auch die ausführliche Stellungnahme von Kohlschütter (Direktor des Geodätischen Instituts) an den Chef der Geodätischen Abt. der USA (Bowie) vom 23. Febr. 1930

sehen Akademien zu einem Hort der Bewahrung der alten einst aus Deutschland in die internationalen Wissenschaftsorganisationen eingeflossenen Ideen von der Einheit der Wissenschaft. Es erschien ihnen letztlich „untunlich, den jetzt bestehenden ausländischen wissenschaftlichen Organisationen überhaupt beizutreten. Es soll etwas grundlegend Neues geschaffen werden, auf der Basis der spezifisch deutschen Auffassung der Untrennbarkeit von Natur- u[nd] Geisteswissenschaften".[254]

Die Wiederanknüpfung wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland verband sich mit politischen Interessen des Reiches. Da aber die Akademien beanspruchten, die allein zuständige Instanz für die Pflege dieser internationalen Beziehungen auf der Ebene der Wissenschaftsorganisation zu sein und dies auch im allgemeinen, wenn z.T. auch widerwillig, anerkannt wurde, kam den Akademien eine nicht unerhebliche wissenschaftspolitische Schlüsselstellung im Reiche zu.[255] Hatten sie durch die Gründung der Notgemeinschaft Aufgaben abgegeben und so in der Binnenorganisation der Wissenschaft durchaus an Einfluß verloren, schien die Bedeutung der Akademien in der Herstellung internationaler **Wis**senschaftsbeziehungen zu wachsen, solange hier noch keine normalen Verhältnisse eingekehrt waren. Der Anspruch der Akademien, der manche Einzelinitiative hemmen konnte, zeigte so auch Rückwirkung auf ihre öffentliche Stellung im Reich.

(HAW 8210) und Kohlschütter, E., Über den Stand der Bestrebungen zur Wiederanknüpfung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen (betr. nur den CIR). Vgl. auch die Kritikpunkte des Kartells zu den neuen Statuten des Conseil (P. Ernst an o.M. der Math.-nat. Klasse, 27. Okt. 1930; HAW 222/6).

[254] Vgl. Prot. Ges.sitz. vom 1. Mai 1926 (HAW 143/3). Zur Haltung der KWG vgl. Schroeder-Gudehus, B., Internationale Wissenschaftsbeziehungen.

[255] Die Haltung der Akademien wie eines Großteils der Professoren stand in scharfem Gegensatz zur Außenpolitik des Reiches (vgl. dazu Schröder-Gudehus, B., Deutsche Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit 1914-1928, 213-236. Dies., Internationale Wissenschaftsbeziehungen, 864-868). Das Auswärtige Amt hatte die Denkschrift über den Conseil kassiert, ,,weil die Weiterleitung dieser Denkschrift nach ihrer Ansicht einen Abbruch der Verhandlungen bedeuten würde. Sie [die Reichsregierung] ihrerseits halte jedoch nach wie vor den Eintritt Deutschlands in den Conseil für wünschenswert ..." (Bay**A W** an das Kartell der Akademien, 5. Dez. 1927; **HAW** 8210/1). Die Akademien setzten bei der erfolgreichen Verhandlung dieses Problems vor allem auf ein „Ausschalten" der großen Politik und auf Verhandlungen „lediglich zwischen den Mitgliedern gelehrter Körperschaften", d.h. auf einen inoffiziellen Austausch (vgl. Prot. Kartellsitz. vom 22. Dez. 1927, HAW 611/3).

Indessen waren bis zum Ende der Weimarer Republik die Hoffnungen auf eine baldige Verständigung immer wieder enttäuscht worden und die offiziellen wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland unverändert geblieben.[256] Aber trotz der Nichtzugehörigkeit zu den internationalen Organisationen waren über die Fachkongresse doch allmählich die wissenschaftlichen Kontakte und Verbindungen wiedererstanden, so daß die internationalen **Wis**senschaftsorganisationen durchaus entbehrlich erscheinen konnten. Es war daher für den Verband deutscher Akademien möglich, im Jahre 1929 in Heidelberg erstmals seit beinahe eineinhalb Jahrzehnten wieder einen „normalen" Kartelltag abzuhalten, der „fast ausschliesslich den grossen Unternehmungen" des Kartells gewidmet war.[257] Erstmals auch trat die Heidelberger Akademie, deren Stellung im „Kranz der Schwesterakademien" noch bis gegen Ende der 20er Jahre nicht als normal bezeichnet werden konnte,[258] aus ihrem Schattendasein heraus, indem sie auf dem wissenschaftlichen Sektor den großen Kartellunternehmungen etwas Gleichwertiges entgegenstellen konnte: „In einer erweiterten Sitzung trug ... Ernst Hoffmann ... über Nicolaus von Cues vor, dessen Werke herauszugeben eine spezielle Unternehmung der Heidelberger Akademie ist."

[256] Vgl. dazu etwa Jh. 1928/29, XIII; Jh. 1931/32, **XVII.** Die deutschen Akademien traten der UAI schließlich erst im Herbst 1935 bei (vgl. Prot. Kartellsitz. vom 22. Okt. 1935; **HAW** 611/4). Die neue internationale Zusammenarbeit auf institutioneller Ebene währte nur wenige Jahre. Nachdem Stroux im Frühjahr 1939 zum Vizepräsidenten der Union gewählt worden war, sahen Vertreter der Berliner Akademie im November 1940 die Zeit für gekommen, „die Leitung der Union zu übernehmen und das Generalsekretariat aus Brüssel nach einem ungefährdeten Ort Deutschlands zu überführen". Gleichzeitig wurde der Führungsanspruch der „deutschen Geisteswissenschaften" angemeldet (vgl. Vahlen an HeidAW, 23. Nov. 1940, Nr. 1306/40; HAW 611/5). Noch im Nov. 1940 wurde das Büro der Union in Brüssel auch zum Entsetzen vieler deutscher Gelehrten durch die Gestapo geschlossen (vgl. Achelis an Panzer, 3. Dez. 1940; HAW 1214/2). Panzer befürchtete zurecht mannigfache Schwierigkeiten. „Die Neuaufrichtung der Union scheint mir noch von recht schwierigen Fragen umwittert. Es wird nicht leicht sein zu vermeiden, daß daraus etwas Ähnliches entsteht, nur mit umgekehrten Vorzeichen, was unsere Feinde nach dem Weltkriege gegen uns aufzurichten versuchten" (Panzer an Achelis, 4. Dez. 1940, ebd.).

[257] Vgl. das Kurzprot. der Kartellsitz. in Heidelberg am 13. Apr. 1929 **(HAW** 611/3).

[258] Vgl. Jh. 1926/27, **XVIf.**

Die Genugtuung darüber, ,,daß die deutsche Wissenschaft durch ihre Unbill sich nicht von ihrer Höhe hat werfen lassen",[259] mußte in der Folge der Weltwirtschaftskrise, die die „Tätigkeit der höchsten wissenschaftlichen Institute lahmzulegen" drohte, bald schon wieder neuer Sorge weichen, ,,daß nicht zugrunde gehe, worauf das Ansehen des deutschen Namens in der Welt noch in der Zeit unseres schlimmsten politischen Tiefstandes sich unverzichtbar gründete."[260]

[259] Jh. 1927128, **X.**
[260] Jh. 1931/32, **XVII** (Panzer).

V. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich

1. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften zu Beginn der nationalsozialistischen Zeit.

In der Festsitzung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften am 21. Mai 1933 sprach der geschäftsführende Sekretär der Akademie Paul Ernst[1] davon, nicht jedes Zeitalter dürfe „den Anspruch erheben, unter den Kulturgütern die Wissenschaft und Kunst in vorderster Reihe zu pflegen... Nicht alle Fürsten und Staatslenker konnten und wollten Mäzenaten sein, nicht alle suchten und fanden darin ihren höchsten Ruhm und Ehrgeiz. Zu Zeiten beanspruchten der Staat oder die Religion als Ausdruck des politischen und metaphysischen Bedürfnisses höchste Geltung, verbrauchten alle Spannkräfte und ließen den Künsten und Wissenschaften wenig Raum. In solcher Zeit finden wir die Richtschnur für das Leben der Akademie in einem Wort des Epikur: ... »verbirg dich, dieweil du lebst«."[2] Ernsts Worte spiegeln die Skepsis wider, die angesichts der politischen Lage bereits Ende Mai 1933 angebracht war. Zugleich huldigte er der Ideologie des „unpolitischen" Professors, die einer fatalen Selbsttäuschung entsprang.[3]

Auch die Akademie dachte - selbstverständlich - daran, dem „Ganzen", d.h. Volk, Staat, Führer, zu dienen. Ein Aufgeben ihres idealistischen Selbstverständnisses stand dagegen außerhalb der Vorstellungen der Akademiemitglieder, denn „alles wissenschaftliche Forschen ... [bleibt] im letzten Sinne auf die persönliche Leistung des Einzelnen gestellt[,] und die bedarf der Einsamkeit und Stille, daß sie gedeihe."[4] Mit diesem Festhalten an einem traditio-

[1] Zu P. Ernst vgl. Chronik der Ärzte Heidelbergs, 126, 220f. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 64f.

[2] Vgl. Jh. 1932/33, IXf.

[3] Vgl. dazu allg. Stern, F., Die politischen Folgen des unpolitischen Deutschen.

[4] Jh. 1933/34, VII (Geschäftsbericht Panzers in der Festsitzung am 3. Juni 1934). Panzer stellte dabei aber auch die „lebendige Wissenschaft ... in den Dienst des nationalen Lebens" (ebd., VIII).

nellen Wissenschaftsverständnis - hierzu zählt etwa die Ablehnung der Instrumentalisierung von Forschung bei einem Festhalten an einer „wissenschaftlichen Objektivität" und einer „Eigenwertigkeit" und Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung von nationalen und weltanschaulichen Ansprüchen - war, wiewohl es kein einheitliches wissenschaftspolitisches Konzept des nationalsozialistischen Staates gab,[5] der Konflikt mit Parteiorganisationen und -bonzen oder behördlichen Instanzen, die beide oft genug nur an die „Zerschlagung" überkommener Wissenschaftsstrukturen und -organisationen dachten,[6] vorprogrammiert.[7]

So war der Blick in die Zukunft nicht ohne Sorge, genährt durch die Mitteilung über die Berliner Akademie, diese habe „in gewissen Zeiten ganz den Staatszwecken gedient, so dass kein Gelehrter mehr Mitglied war, und das regte doch zum Nachdenken an. Es wird ja auch immer wieder versichert, dass wir erst am Anfang der Bewegung stehen ..."[8] Hier sprach die Furcht, es könne ein neues „Ideal" einer wissenschaftlichen Akademie angestrebt werden. Durch eine derartige „Umformung" oder „Erneuerung" zu unselbständigen Staatsinstituten für rein praktische und politische Zwecke würden die Akademien ihren ursprünglichen Aufgaben und Strukturen entfremdet; die Drohung einer Dienstbarmachung der Akademien für Staat und Partei bestimmte so bereits zu Beginn des Jahres 1934 die Zukunftsaussichten der Akademie.

5 Zur Wissenschaftsideologie der Nationalsozialisten vgl. Rosenberg, A., Weltanschauung und Wissenschaft. Bäumler, **A.,** Männerbund und Wissenschaft, bes. 94-112 und 139-148. Krieck, E., Wissenschaft, Weltanschauung, Hochschulreform. Das nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft. Vahlen, Th., Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Zur Wissenschaftspolitik des Dritten Reiches vgl. Seier, **H.,** Der Rektor als Führer. Maier, **H.,** Nationalsozialistische Hochschulpolitik. Kotowski, G., Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik. Adam, U.D., Hochschule und Nationalsozialismus, 205-214. Kleinberger, A.F., Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik? Seier, H., Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat. Lundgreen, P., Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich. Möller, H., Wissensdienst für die Volksgemeinschaft. Titze, H., Hochschulen, 228-238. Mit Einschränkungen: Müller, G., Ernst Krieck.

6 So plädierte Philipp Lenard etwa für eine „Zerschlagung" der **KWG,** in der er eine „rein jüdische Angelegenheit" sah (vgl. Kleinert, A., Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 36).

7 Vgl. hierzu etwa die Angriffe **W.** Franks aufH. Oncken (vgl. Heiber, **H.,** Walter Frank und sein Reichsinstitut, 187-230).

8 Liebmann an Ernst, 21. Jan. 1934 **(HAW** 031/1).

1.1. Der „Fall" Lenard in der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Die Mitgliederliste vom 21. Mai 1933[9] wies unter den ordentlichen Mitgliedern nur einen Gelehrten auf, der völlig in der nationalsozialistischen Ideologie befangen war: Philipp Lenard.[10] Als „fanatischer Nationalsozialist"[11] gehörte er mit seinen Heidelberger Kollegen Eugen Fehrle[12] und Friedrich Endemann, dem Ehrenmitglied der Akademie,[13] zu den 301 Professoren, die den berüchtigten Wahlaufruf der deutschen Hochschullehrer für die **NSDAP** vom 3. März 1933 mitunterzeichnet hatten.[14] Verbunden ist der

[9] **Jh.** 1932/33, **XXXII-XXXVII.**

[10] Zu Lenard und seiner Beziehung zum Nationalsozialismus vgl. Stark, J., Philipp Lenard als deutscher Naturforscher. Beyerchen, **A.D.,** Wissenschaftler unter Hitler, 115-145, 172-194. Kleinert, A., Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Schlicker, **W.,** Physiker im faschistischen Deutschland, 11lff. Neumann, R./Putlitz, G. Frhr. zu, Philipp Lenard, bes. 398-400. Breger, **H.,** Streifzug durch die Geschichte der Mathematik und Physik, 41-46.

[11] Vezina, B., Gleichschaltung, 23 (Anm. 24). An gleicher Stelle wird Fehrle als ,,einer der engagiertesten Nationalsozialisten an der Universität Heidelberg" charakterisiert (Anm. 25). Zur Unterstützung der NS-Bewegung vor 1933 durch Heidelberger Gelehrte vgl. ebd. und Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 365 und Ders., Universität Heidelberg, 127f. (neben Lenard waren dies E. Fehrle und F. Endemann). Vgl. auch Mußgnug, D., Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, 464fT. Zur NS-Bewegung in Heidelberg vor 1933 vgl. Peters, Ch./Weckbecker, A., Auf dem Weg zur Macht. Wagner, U., Die NS-Bewegung in Heidelberg bis 1933. Hoffmann, H., Im Gleichschritt in die Diktatur?

[12] Zu Fehrle vgl. unten Anm. 115.

[13] Zu Endemann vgl. oben 75, Anm. 33. In einem Nachruf in der Festsitzung am 28. Mai 1938 wird Endemann durch Achelis als „Kämpfer für deutsche politische Einheit und Größe" gerühmt, dessen „nie rastendes Wirken der nationalen Wiedererhebung" galt (vgl. Jh. 1936/40, 24f.). Vgl. auch den Nachruf in ,,Der Heidelberger Student", Sommersemester 1937, Nr. 4, 5 (UAH B-III 3b Nr. 158a/PA Endemann), in dem Endemanns „aufrechte deutsche Männlichkeit, Gerechtigkeit und Güte" als vorbildlich dargestellt wird; die Heidelberger Studentenschaft gedenke eines Mannes, ,,dem sie im Kampf um die nationalsozialistische Hochschule soviel verdankt." Endemanns Einsatz für die nationalsozialistische deutsche „Wiedergeburt" fand bei den „Führern der Heidelberger Studentenschaft" fruchtbaren Widerhall.

[14] Den Aufruf der Hochschullehrer vgl. in: Völkischer Beobachter vom 4. März 1933 ("Die deutsche Geisteswelt für Liste 1"). Zur Unterschriftenliste vgl. Faust, A., Professoren für die **NSDAP,** hier 32-41. Zu den Hochschullehrern im Nationalsozialismus vgl. neuerdings Seier, **H.,** Hochschullehrerschaft im Drit-

Name Lenards in der NS-Zeit mit seiner umfangreichen und anfangs auch einflußreichen Gutachtertätigkeit in hochschulpolitischen Fragen und mit der Perversion seiner Wissenschaft zu einer „Deutschen Physik".[15] Abgesehen von einigen „Getreuen" war Lenard in Physikerkreisen spätestens seit seinen Ausfällen gegen Einstein und die Relativitätstheorie auf der Nauheimer Tagung im September 1920 weitgehend isoliert.[16] Die Isolation und das Außenseitertum schienen freilich in der Persönlichkeitsstruktur Lenards angelegt zu sein, der lebenslang unter angeblicher Zurücksetzung durch ‚jüdische Kreise" litt,[17] ein pathologischer Fall, ein „halb närrische[r], halb zänkische[r] Querkopr',[18] den gekränkte Eitelkeit zu einem „maßlosen Nationalismus und fanatischem Antisemitismus"[19] trieb.

Die Kollegen in Universität und Fakultät sowie in der Akademie mieden spätestens seit den Vorfällen vom Juni 1922 jeden engeren Verkehr mit Lenard, als er sich weigerte, nach der Ermordung Walther Rathenaus die Staatstrauer und Beflaggung auch in seinem Institut einzuhalten.[20] In d&#xfffd;r Akademie zeigte er wenig Neigung

ten Reich. Für Heidelberg vgl. jetzt Jansen, Chr., Professoren und Politik. Vgl. ferner die beiden (nicht nur) auf Hamburg bezogenen Studien von Hering, **R.,** Der „unpolitische" Professor? und Giles, G.J., Professor und Partei.

[15] Zu Lenard und seiner „Deutschen Physik" vgl. das Vorwort in Lenard, Ph., Deutsche Physik, Bd. 1. 3., verm. Aufl. München/Berlin 1942, **IX-XV.** Vgl. ebd. auch das übersteigerte Vorwort zur 3. Aufl., **XV-XVIII.** Als zeitgenössische Darstellung der Lenardschen Physik vgl. Tomaschek, **R.,** Lenards Äthervorstellung. An neueren Arbeiten zur deutschen oder arischen Physik vgl. Scherzer, 0., Physik im totalitären Staat, bes. 53f. Erdmann, K.D., Wissenschaft im Dritten Reich, 11. Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 172-194. Hermann, A., Die Jahrhundertwissenschaft, 134 fT. Richter, S., Die „Deutsche Physik". Hermann, A., Naturwissenschaft und Technik, 16lf. Vgl. auch Peters, Ch./Weckbecker, A., Auf dem Weg zur Macht, 62.

[16] Vgl. dazu Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 124-133. Schlicker, W., Physiker im faschistischen Deutschland, 11lfT. Neumann, R./Putlitz, G.zu, Philipp Lenard, 396.

[17] Bezeichnend die Jubiläumsrede von Wesch, L., Lenards Werk. Vgl. dazu auch Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 117, 121 (nach dem Zeugnis des Schülers C. Ramsauer).

[18] Hellpach, **W.,** Wirken in Wirren, Bd. 2, 169.

[19] Peters, Ch./Weckbecker, A., Auf dem Weg zur Macht, 61.

[20] Zur Isolation Lenards in der Fakultät vgl. Freudenberg, **K.,** Lebenserinnerungen, 159. Mußgnug, D., Anhang zu Freudenbergs Lebenserinnerungen, 172. Lenards Isolation wird vornehm umschrieben in einem Artikel zu seinem 70.

zur Kooperation. Bereits 1921 hatte er seinen Austritt angedroht, als er argwöhnte, die Akademie unterstütze seine wissenschaftlichen Interessen nicht genügend.[21] Seit langem hatte er sich nicht mehr an den Arbeiten der Klasse beteiligt,[22] und zu den Sitzungen erschien er ebenfalls schon lange nicht mehr. Seine letzte Teilnahme an einer Sitzung der Gesamtakademie ist für das Jahr 1916 [!] bezeugt. Während er an den Klassensitzungen bis Ende 1921 sehr regelmäßig teilnahm, erschien er 1922 und 1923 (aus guten Gründen!) zu keiner Sitzung; 1924 ist er nur zweimal und 1925 noch ein letztes Mal in den Protokollen als Sitzungsteilnehmer genannt. Daß er 1927 als Kandidat für das Amt des Klassensekretärs in der Nachfolge A. Kossels aufgeführt wird,[23] darf als rein formeller Akt bewertet werden, um dem akademische Prinzip der Anciennität Genüge zu tun; diskutiert wurde der Vorschlag nicht, denn man wußte ohnehin, daß er ein Amt in der Akademie nicht annehmen würde. Auf Wunsch Lenards sah die Akademie im Jahre 1932 von jeder offiziellen Ehrung zu seinem 70. Geburtstag, wie sie für ihn als Akademiemitglied üblich gewesen wäre, ab.[24]

Geburtstag von Prof. Ernst Gehrcke in: Forschungen und Fortschritte 8, 1932, 215: „Als einer der erfolgreichsten unter den ... deutschen Physikern kann er sich dem nicht entziehen, daß seine Zeitgenossen, von denen er sich im allgemeinen schon seit Jahren sehr zurückgezogen hat, seiner gedenken ...". Zum „Fall" Lenard vgl. UAH B-III, 7b, Nr. 245/PA Lenard; vgl. auch Wolgast, E., Heidelberger Universität, 132f. und bes. Albrecht, **R.,** Der „Fall" Lenard-Mierendorff. Siehe auch Ders., Der militante Sozialdemokrat, 54-62 und Peters, Ch./Weckbecker, A., Auf dem Weg zur Macht, 63-72.

21 Vgl. Lenard an Kossel, 21. Dez. 1921 **(HAW** 222/2; vgl. auch **HAW** 115/PA Lenard).

22 Zuletzt hatte er 1929 in den SB die Abhandlung „Über Energie und Gravitation" veröffentlicht (SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1929, Abh. 8). Zuvor war 1918 die letzte Arbeit Lenards in den SB der Akademie erschienen. Vgl. Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register. Zu den Sitzungen vgl. die Akten der Akademie **(HAW** 143/2ff. und 222/2ff.).

23 Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 23. Juli 1927 **(HAW** 222/5).

24 Vgl. Lenard an P. Ernst, 29. Apr. 1932: „Ich glaube zu wissen, dass die Akademie gewisser Geburtstage ihrer Mitglieder zu gedenken pflegt, ausserdem aber auch dass sie von Zeitschriften ersucht ist, denselben geeignete Mitteilungen zu solchen Tagen zu machen. Hierzu möchte ich die Bitte aussprechen, was mich angeht von allen Diesem gänzlich absehen zu wollen. Die Zeitschriften sind, soweit sie Physik betreffen, sehr vom Übel, meist zur Verherrlichung des Herrn Einstein bestimmt; es wäre wüst, wenn meiner da Erwäh-

Das gespannte Verhältnis zwischen Lenard und der Akademie änderte sich auch 1933 nicht. Im Gegenteil scheint Lenard enttäuscht gewesen zu sein, daß die Akademie sich nicht den neuen politischen Verhältnissen öffnete. Als Affront - und diesmal im Rahmen der Akademie - mußte Lenard am 13. Mai 1933 die Wahl des Physikers Walther Bothe[25] zum ordentlichen Mitglied auffassen. Bothe war 1932 als Nachfolger Lenards gegen dessen heftigen Widerstand auf den Lehrstuhl für Physik an der Heidelberger Universität berufen worden.[26] Nach dieser Demütigung war der Austritt Lenards aus der Akademie, die sich ihm auch aufgrund ihrer Zurückhaltung gegenüber dem neuen Staat als „nicht reformierbare" Institution diskreditieren mußte, im Frühsommer 1934 nur folgerichtig.[27] Das ebenfalls der nationalsozialistischen Ideologie anhängende Ehrenmitglied Friedrich Endemann stand seit seiner Emeritierung 1924 in keiner näheren Beziehung mehr zur Akademie.

1.2. Die geistige und politische Haltung der ordentlichen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zu Beginn der NS-Herrschaft.

War Lenard die rechtsextreme Ausnahme unter den Akademiemitgliedern, so gehörte den Klassen eine Reihe von Gelehrten an, deren republikanische und integere Haltung und Gesinnung außer

nung geschehen würde. Möchte die Akademie helfen, das zu verhindern" **(HAW** 115/PA Lenard).

[25] Die biographischen Daten siehe bei Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 26f. Zu Person und Werk vgl. Maier-Leibnitz, **H.,** Walther Bothe. Fleischmann, **R.,** Walter [!] Bothe. Zur Wahl Bothes in die Akademie vgl. Jh. 1932/33, **IX.**

[26] Vgl. dazu Mußgnug, D., Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, 465; vgl. auch Mußgnug, D., Anhang zu Freudenbergs Lebenserinnerungen, 174ff. Lenards Widerstand darf nicht politisch gedeutet werden (auch Bothe stand - wie die meisten seiner Kollegen - loyal zu den neuen Machthabern, was sich u.a. in der Bereitschaft zur Mitarbeit in als kriegswichtig eingestuften Forschungsprojekten zur Nutzung der Kernspaltung ausdrückt; vgl. dazu Walker, M., Die Uranmaschine), sondern beruht auf dem Gegensatz von „Deutscher Physik" und moderner Physik, und dies, obgleich Bothe als bester Experimentalphysiker dieser Zeit galt (vgl. Walker, **M.,** ebd., 78)

[27] Der Austritt Lenards ist in der Einladung zur Sitzung der Phil.-hist. Klasse am 6. Juni 1934 mitgeteilt worden (vgl. **HAW** 322/1 und **HAW** 110/2); das Austrittsschreiben selbst befindet sich nicht in den Akten der Akademie.

Zweifel stand. Von den Akademiemitgliedern des Jahres 1933 hatten 1924 fünf einen Wahlaufruf für die DDP unterzeichnet (Dibelius, Hampe, Herbst, Hoffmann, Jost).[28] Zu den Professoren, die 1931 in einer öffentlichen Erklärung im Fall Dehn gegen die würdelose Entschließung der Theologischen Fakultät Stellung bezogen hatten, gehörten neben Dibelius auch die Akademiemitglieder - immer bezogen auf das Jahr 1933 - Hampe, Hoffmann, Meyerhof, Ranke, Regenbogen, Täubler und von Weizsäcker.[29] In einem Schreiben an W. Goetz vom 6. März 1933 zählte G. Radbruch zu den mit den Zielen des früheren Weimarer Kreises verfassungstreuer Hochschullehrer3° „zweifellos Sympathisierenden" wiederum Dibelius, Hampe, Hoffmann, Meyerhof, aber auch Levy, von Salis und Salomon-Calvi.[31] Hampes Haltung dokumentiert sich auch in seinem Gesuch um seine vorzeitige Emeritierung vom 21. Dezember 1933, weil er sich den Anforderungen, ,,deren Erfüllung der heutige Staat von seinen Lehrern erwarten dürfe," nicht gewachsen fühlte.[32] In der Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät am 22. April 1933 forderte K. Meister eine „Stellungnahme ... gegen den Arier-Nichtarier-Gegensatz."[33] Wegen ihrer Interventionen für Mitarbeiter waren u.a. Freudenberg, Herbst, Jost und Krehl in Erscheinung getreten.[34] Als Mitglied des Wei-

[28] Heidelberger Tageblatt, 5. Dez. 1924, zit. nach Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 360. Allg. zur politischen Haltung der Heidelberger Professoren vgl. Jansen, Chr., Professoren und Politik, insbes. die zusammenfassenden Bemerkungen 298ff. Als Vertreter eines „liberal-demokratischen Pragmatismus" erscheinen hier u.a. Dibelius und Hoffmann (304); vgl. ebd. auch die Tabellen, 394-406.

[29] Vgl. Dehn, G., Kirche und Völkerversöhnung, 44. Zum Fall Dehn vgl. Bizer, E., Der „Fall Dehn". Huber, E.R., Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 6, 998-1002. Wolgast, E., Universität Heidelberg, 134f. Fix, **K.-H.,** Martin Dibelius, 502ff.

[30] Vgl. Döring, H., Der Weimarer Kreis, 90-96, 134-141, 148-182.

[31] Zit. nach Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 365.

[32] Vezina, B., Gleichschaltung, 132, Anm. 537. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 100.

[33] Vgl. Prot. Sitz. Phil. Fak. vom 22.Apr.1933 (UAH H-IV-102/157, BI. 32). In der gleichen Sitzung forderte Meister auch eine Intervention wegen der Entlassung des Soziologen und Publizisten H.v. Eckardt.

[34] Zur Intervention Josts für Gerta von Ubisch vgl. Jost an Rektor der Universität (Andreas), 13. Apr. 1933 und Jost an BMKU, 13. Apr. 1933 (UAH B-3026/4); zu Freudenbergs Intervention für Rudolf Lemberg vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 44f.; vgl. auch Freudenberg, K., Lebenserinne-

marer Kreises oder ihm zumindest nahestehend wurde auch Walther Köhler geführt, als zwischen annexionistischer und republikanischer Haltung „fluktuierend" ist E. Kallius genannt.[35] In dieser Aufstellung sind neun (von 20) ordentliche Mitglieder der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und neun (von 17) der Philosophisch-historischen Klasse aufgeführt. Zwei der ordentlichen Mitglieder der Akademie sind in einer Liste der Kategorie ,,Annexionisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten" erfaßt: Philipp Lenard und Otto Regenbogen.[36] Wie schwierig die Einschätzung der politischen Haltung der Gelehrten oftmals ist, zeigt gerade das Beispiel Regenbogens,[37] der, in der geistigen Nachfolge Wilamowitz' stehend, in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gleichsam eine „Läuterung" erlebte.[38] Von den hervorragenden Vertretern des „Weimarer Geistes", zu denen die Heidelberger Juristen Anschütz, von Dohna, Jellinek, Radbruch, Thoma und der Soziologe Alfred Weber zählten, gehörte keiner (mehr) der Akademie an. Die Akademiemitglieder traten in der öffentlichen politischen Diskussion mit wenigen Ausnahmen nicht in Erscheinung. Zu denen, die ins Bewußtsein der Öffentlichkeit drangen, gehörte insbesondere der Neutestamentler Martin Dibelius[39], der in Reden und Vorträgen wiederholt Stellung gegen extremistische und antidemokratische Strömungen in der Weimarer Republik bezogen hatte.[40] Eher konservative Verhaltens-

rungen, 160f. und Cramer, F., Leben und Werk von Karl Freudenberg, 67. Zu Krehls Intervention zugunsten Meyerhofs vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 77f. Zu Herbsts Eintreten für jüdische Freunde vgl. Müller, W.A., Von der Seele zur Information, 307.

[35] Zu Köhler vgl. Döring, H., Der Weimarer Kreis, 258. Zu Kallius vgl. ebd., 271. Zu Köhler vgl. ferner den Nachruf in Jh. 1943/55, IOf. Roth, E., In memoriam Walther Köhler. NDB 12, 1980, 312 (F. Büsser). TRE 19, 1990, 287-289 (J.F.G. Goeters)

[36] Vgl. Döring, H., Der Weimarer Kreis, 265, 267.

[37] Zu Regenbogen vgl. Pöschl, V., In memoriam Otto Regenbogen. Gundert, H., Otto Regenbogen t. Ders., Otto Regenbogen. Die biographischen Daten bei Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 216f.

[38] Vgl. dazu unten 440f.

[39] Zu Dibelius vgl. Dibelius, M., Zeit und Arbeit. Außerdem den Nachruf auf Dibelius in Jh. 1943/55, 53-56. Vgl. auch NDB 3, 1957, 632 (W.G. Kümmel). TRE 8, 1981, 726-729 (W.G. Kümmel). Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 47.

[40] Zur politischen Haltung Dibelius' vgl. Fix, K.-H., Universitätstheologie und Politik.

muster zeigen sich etwa bei Otto H. Erdmannsdörffer,[41] Richard Kuhn, Friedrich Panzer oder Hermann Güntert.

Die die geschäftliche und wissenschaftliche Tätigkeit der Akademie dominierenden Persönlichkeiten[42] waren zu dieser Zeit neben den Sekretären Paul Ernst und Friedrich Panzer[43] vor allem der Geologe Wilhelm Salomon-Calvi[44], der Mathematiker Heinrich Liebmann,[45] der Chemiker Karl Freudenberg,[46] der Mineraloge Otto H. Erdmannsdörffer,[47] sodann Ernst Hoffmann,[48] Ernst Levy[49] und Martin Dibelius. Wie wenig die Akademie noch 1934 von nationalsozialistischem Gedankengut angegriffen war, zeigt nicht nur die ungestört fortdauernde Wirkung und Tätigkeit ihrer jüdischen und christlichen Mitglieder. Noch 1933 erschien in den

[41] Daß eine konservative Grundeinstellung nicht Billigung der hochschulpolitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten bedeutete, zeigte sich auch bei Erdmannsdörffer. Vgl. Erdmannsdörffer an Andreas, 28. Apr. 1933 (UAH B-3026/4).

[42] Die folgende Beurteilung berücksichtigt die Teilhabe an Verwaltungs-und Leitungsaufgaben, an wissenschaftsorganisatorischen Maßnahmen sowie an den wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie.

[43] Panzer war seit 1931 Sekretär der Phil.-hist. Klasse. Zu Panzer vgl. Drill!, D., Gelehrtenlexikon 1652-1802, 185 (Nachtrag). Kienast, R., Friedrich Panzer zum 80. Geburtstag. Jh. 1955/56, 28-32 (Nachruf von P. Böckmann). Kuhn, H., Friedrich Panzer (4.9.1870-18.3.1956). Nagel, B., In memoriam Friedrich Panzer. Buselmeier, K., Von deutscher Art, 68ff.

[44] Salomon-Calvi ist charakterisiert als ein „hervorragender, allgemein anerkannter Gelehrter von wärmstem nationalen Einsatz, Ehrenbürger der Stadt Heidelberg" (UAH B-3026/4, BI. 76). Zur Person vgl. oben 191, Anm. 154.

[45] Liebmann war seit 1927 stellvertretender Sekretär der Math.-nat. Klasse. Er war als Verwaltungsrat für die Finanzen der Akademie zuständig. Zu Liebmann vgl. NDB 14, 1985, 508 (G. Kirschmer). Drill!, D., Gelehrtenlexikon, 164.

[46] Zu Freudenberg vgl. Freudenberg, K., Lebenserinnerungen. Cramer, F., Leben und Werk von Karl Freudenberg. Becke-Goehring, M./Fluck, E./Grünewald, H./Rumpf, K./Wilke, G., Betrachtungen zur Chemie in Heidelberg (zu Karl Freudenberg von G. Wilke). Vgl. auch Jb. 1984, 101-104 (F. Cramer) und Drill!, D., Gelehrtenlexikon, 72.

[47] Zu Erdmannsdörffer vgl. Bad. Biogr. N.F. 2, 1987, 79-80 **(K.** Sauer). Drill!, D., Gelehrtenlexikon, 63. Vgl. auch den Nachruf in Jh. 1943/55, 203-205 (P. Ramdohr) und die autobiographische Skizze in HAW 115/PA Erdmannsdörffer.

[48] Zu Hoffmann vgl. den Nachruf in Jh. 1943/55, 123-125; vgl. ferner Rossmann, **K.,** Ernst Hoffmann in memoriam. NDB 9, 1972, 414-415 (H. Schmitt) und Drill!, D., Gelehrtenlexikon, l16f.

[49] Zu Levy vgl. Niederländer, H., Ernst Levy †. Kunkel, W., Ernst Levy zum Gedächtnis. NDB 14, 1985, 403-404 (D.V. Simon). Misera, K./Backhaus, R., Ernst Levy und das Vulgarrecht. Drill!, D., Gelehrtenlexikon, 162f.

Sitzungsberichten der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse eine Festschrift für Alfred Loewy[50] und 1934 eine Festschrift für Heinrich Liebmann,[51] in der auch Artur Rosenthal publizierte. So trifft das Bild, das Edmund Husserl in seiner Antwort auf das Glückwunschschreiben der Akademie zu seinem 75. Geburtstag vom 18. April 1934 von der Akademie zeichnete, sicherlich zu diesem Zeitpunkt noch - hier freilich leicht idealisiert - zu, wenn er schreibt: ,,Dem gegenüber tut es wohl zu wissen, dass unsere Akademie ihrer Aufgabe als Hochburg eines rechten philosophischen Geistes so bewußt ist, dass sie durch den modischen Zeitgeist unbeirrt eine Stätte der reinen Wissenschaft, der schöpferischen Arbeit an den überzeitlichen Ideen als Normen der Zeitlichkeit, sein und verbleiben will."[52] Als Husserl 1938 starb, war der Akademie jede Erinnerung an ihr berühmtes Mitglied unangenehm. Im Jahresbericht ist sein Tod kurz erwähnt, ein Nachruf, wie er anderen (auch auswärtigen) Mitgliedern zugedacht wurde, wird Busserl nicht gewidmet.[53]

2. Der Wandel des Mitgliederbestandes.

Die Entwicklung des Mitgliederbestandes und die ihr zugrundeliegende Wahlpolitik gibt wichtige Hinweise auf die Einstellung der Akademie zur nationalsozialistischen Wissenschaftsideologie. Die

[50] SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1933, Abh. 2-9 ("Acht Arbeiten Alfred Loewy in Freiburg i.Br. zum 60. Geburtstag am 20. Juni 1933 gewidmet"). Loewy war ao.M. der Akademie seit 1922.

[51] SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1934, Abh. 8-17 ("Mathematische Abhandlungen Heinrich Liebmann zum 60. Geburtstag am 22. Oktober 1934 gewidmet von Freunden und Schülern").

[52] Der Brief Husserls ist abgedruckt in Jb. 1989, 102; ebd., 101 auch das Glückwunschschreiben der Akademie vom 7. April 1934, dessen Inhalt auf einen Entwurf Ernst Hoffmanns zurückgeht (vgl. **HAW** 115/PA Husserl).

[53] Vgl. Jh. 1936/40, 23. Die Aufforderung an die Akademie im Jahre 1941, einen Nachruf für „Forschung und Fortschritte" zu verfassen, lehnte sie mit dem Hinweis ab, keine geeignete Persönlichkeit für diese Aufgabe in ihren Reihen zu haben; als Verfasser hätte ohnehin nur der mühsam in der Akademie zu haltende E. Hoffmann zur Verfügung gestanden (vgl. Panzer an Achelis, 4. März 1941, **HAW** 115/PA Husserl: „Auslassung und Beschaffung ist beides gleich mißlich").

Wandlung der Mitgliederstruktur ist daher auch ein Abbild der jeweiligen inneren Verfassung der Akademie in der NS-Zeit.

2.1. Die Auswirkungen der NS-Gesetze des Jahres 1933 auf den Mitgliederbestand der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1933/34: Eugen Täubler und Wilhelm Salomon-Calvi.

Am 7. April 1933 wurde das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" erlassen, dem das Land Baden durch seinen „Judenerlaß" zur „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung" vom 5. April bereits vorgegriffen hatte. War die Akademie durch die gesetzlichen Maßnahmen der neuen Machthaber unmittelbar zunächst nicht berührt, so konnte die Behandlung der aus rassischen und politischen Gründen verfolgten Kollegen an der Universität nicht ohne Rückwirkung auf die Akademie bleiben. Betroffen schon von den ersten Maßnahmen der Behörden,[54] auch wenn diese mit Erlaß Nr. A 8500 vom 28. April 1933 zum Teil ausgesetzt wurden, waren mit E. Levy, der „heute als erster Vertreter der romanischen Rechtswissenschaft in Deutschland betrachtet werden kann",[55] A. Rosenthal,[56] **W.** Salomon-Calvi,[57] E. Täubler[58] und

[54] Grundlage der Eingriffe in die Personalstruktur der Universität waren die Erlasse des BMKU vom 6. Apr. 1933, Nr. A 7642 und vom 13. Apr. 1933, Nr. **A** 8230 (UAH B-3026/4). Zu den gesetzlichen und administrativen personellen Gleichschaltungsmaßnahmen an der Universität vgl. grundsätzlich Vezina, B., Gleichschaltung, 26-53. Mußgnug, D., Die Universität zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, 469-472. Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 365ff. Zu den Auswirkungen vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Vgl. auch Weckbecker, A., Gleichschaltung der Universität?

[55] UAH B-3026/4, BI. 74. Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 163. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 61ff., 151f.

[56] Zu Rosenthal vgl. Haupt, 0., Arthur[!] Rosenthal **t.** Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 223.

[57] Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 230f.; Salomon-Calvi wurde bereits 1933 aus der Liste der Ehrenbürger der Stadt Heidelberg gestrichen! Zur Emeritierung Salomon-Calvis vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 73ff.

[58] Zu Täubler vgl. Kraft, R., Eugen Täubler. Stern-Taeubler, S., Eugen Taeubler und die Wissenschaft des Judentums. Zobel, H.J., Vorwort zu: E. Täubler, Biblische Studien. Friedlander, A.H., Umbrae Vitae. Losemann, V., Nationalsozialismus und Antike, 35-37, 198-200. Christ, K., Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, 168-176. Ungern-Sternberg, J.v., Einleitung

0. Meyerhof5[9] immerhin auch fünf ordentliche Mitglieder der Akademie. Bis einschließlich 1935 schieden ferner durch Rücktritt, Zwangsemeritierung oder Amtsenthebung auch Heinrich Liebmann,[60] Ernst Hoffmann[61] und Otto Regenbogen[62] aus dem Dienst. Die Stellung der Akademie als autonome, zwar öffentliche, aber nichtstaatliche Institution bot zunächst noch einigen Freiraum, so daß allgemeine Entwicklungen, wie sie für den Wissenschafts- und Hochschulbereich zu beobachten sind, hier erst mit einer gewissen Phasenverschiebung anzutreffen sind. Die Akademie war keine Lehranstalt, daher für das nationale „Erziehungsprogramm" der Nationalsozialisten zu vernachlässigen. Ihre Mitglieder waren in dieser Eigenschaft nicht beamtet und erhielten keine Bezüge, wodurch sie vor staatlichen Zugriffen bewahrt blieb. Die Akademie bot in dieser Hinsicht noch für einige Zeit gewissermaßen einen, wenn nicht staatsfreien, so doch staatsfernen und von staatlichen Eingriffen freien Raum. Die Solidarität der Gelehrten, die sich hier nicht einem „Loyalitätskonflikt" von staatlichen Weisungen und Traditionen der wissenschaftlichen Communitas ausgesetzt sah, hielt stand bis in die Jahre 1934 bzw. 1935. Das Schicksal der Ver-

zu: E. Täubler, Der römische Staat, **VI-XI.** Alföldy, G., Die Alte Geschichte in Heidelberg, 222-224. Vgl. auch die autobiographische Skizze von Eugen Täubler, Heimat: Land. Stadt. Gemeinde. Eugen Täubler verzichtete aber auf die verletzende „Vergünstigung", die ihm als Teilnehmer am Ersten Weltkrieg, in dem er schwer verwundet worden war, zugestanden wurde. Aus Solidarität zu seinen entlassenen jüdischen Kollegen lehnte er es ab, „das Ausnahmerecht eines Geduldeten rekursmässig zur Geltung zu bringen" und beantragte seine Beurlaubung. Vgl. Täubler an Engeren Senat der Universität, 25. Juli 1933 (UAH B-III, Sb Nr. 552/PA Täubler). Vgl. auch Alföldy, G., Vorwort zu: E. Täubler, Ausgewählte Schriften, 3f. Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 366. Zu Täublers Emeritierungsgesuch vgl. insbes. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 54-57. Vgl. auch Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 266: Täubler wurde mit Mitteilung vom 18. Dez. I933 in den Ruhestand versetzt, formell endete seine Dienstzeit jedoch mit Ende des Semesters zum 1. April 1934.

59 Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 180. Meyerhofblieb Direktor der Physiologischen Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Medizinische Forschung bis 1938.

60 Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 164. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 70.

61 Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 117. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 66-70.

62 Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 217. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 102.

folgten betraf die Akademie dennoch unmittelbar, brachte es doch auch für sie eine Periode herber Verluste und tiefster Demütigung ihrer Integrität. Das Jahr 1935 schließlich wurde zum Schicksalsjahr der Akademie, in dem das Pendel auch in ihrem Bereich weit in den nationalsozialistischen Ungeist ausschlug. Das persönliche Schicksal ihrer aus dem Staatsdienst entlassenen Mitglieder erzwang auch in der Akademie die Auseinandersetzung mit den politischen Gegebenheiten. Politik drang in den Freiraum der „reinen" Wissenschaften ein.

Direkte Auswirkungen auf die Akademie zeigten sich alsbald bei Wilhelm Salomon-Calvi und Eugen Täubler. Mit der gleichen Konsequenz, mit der er dem Staatsdienst den Rücken kehrte, zog Täubler sich auch aus der Akademie zurück. Als Täubler nach seiner Entlassung aus dem Universitätsdienst Heidelberg verließ,[63] trat er formell in die Reihe der auswärtigen Mitglieder der Akademie über.[64] Täubler selbst hatte aber das Kapitel Akademie für sich längst abgeschlossen. Bei seiner Abreise aus Heidelberg hatte er bereits beschlossen, aus der Akademie auszutreten. Das Datum seines Ausscheidens aus der Akademie ist indessen nicht eindeutig. Im Rückblick gab Täubler selbst das Jahr 1933 als Austrittsjahr an, indem er sich auf eine Gleichzeitigkeit seines Ausscheidens aus Universität und Akademie bezog.[65] Ein Austrittsschreiben an die

[63] Täubler setzte sich bereits im Sommer 1933 vehement für eine politische Lösung der „Judenfrage" durch „Evakuation" der Juden ein, die dabei nicht gegen deutsche Interessen gerichtet sein sollte! (Vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 119-122). Der Heidelberger Zeit folgten „Jahre einer rastlosen und aufreibenden Tätigkeit" mit Reisen ins Ausland, um neue Ansiedlungsgebiete für die deutschen Juden zu erschließen (vgl. Stern-Taeubler, S., Eugen Taeubler und die Wissenschaft des Judentums, **XXI).** Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 266 setzt den Beginn von Täublers Tätigkeit an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in der Nachfolge Friedlanders (Umbrae Vitae, 124) fälschlicherweise in das Jahr 1933. Zur Chronologie vgl. Stern-Taeubler, S., (wie oben) und das Curriculum Vitae, in: Taeubler, E., Aufsätze zur Problematik jüdischer Geschichtsschreibung, 60.

[64] Vgl. Jh. 1933/34, **XXVI** mit Stand vom 3.Juni 1934: Täubler wird 1934 als ausw.M. geführt.

[65] Vgl. Täubler an Dibelius, 14. Juli 1947 (HAW 110/4, auch in HAW 115/PA Täubler). Vgl. dazu auch Stern-Taeubler, S., Eugen Taeubler und die Wissenschaft des Judentums, **XX** und XXI und Curriculum Vitae (wie Anm. 63), 60; der Datierung auf 1933 folgt auch weitgehend die bisherige Forschung. Die Darstellung Ungern-Sternbergs, nach der Täubler zum 1. Apr. 1934 wie von

Akademie ist jedoch nach der glaubhaften Angabe Karl Hampes erst 1934 verfaßt worden. Täubler vergaß jedoch, dieses Schreiben an die Akademie abzusenden. So war es dem Freund Karl Hampe vorbehalten, Täublers Entscheidung der Akademie mitzuteilen.[66] Hampes Versuch, Täubler zu bewegen, als auswärtiges Mitglied weiterhin der Akademie anzugehören, scheiterte an Täublers Beharren auf einer „reinlicheren" Lösung, die einen konsequenten Abschluß des Heidelberger Lebensabschnittes beinhaltete, bestimmt von dem Wunsch, „das Gefühl der Duldung zu verlieren".[67] Täubler versicherte dabei, es „habe indessen die Zugehörigkeit zur Akademie für ihn eine besondere Bedeutung gehabt, er werde daher die dankbare Gesinnung für die Aufnahme immer behalten."[68] Es ist hier also zu unterscheiden zwischen dem formellen Ausscheiden Täublers aus der Akademie, das erst mit der Mitteilung Hampes am 10. April 1935 erfolgen konnte, und dem subjektiven Abschluß der Heidelberger „Episode" in Täublers Selbstverständnis, mit dem für ihn auch die Akademiemitgliedschaft endete; das war 1934, als sich Täublers Entschluß erstmals kundtat, also etwa zu der Zeit, als er formell unter die auswärtigen Mitglieder wechselte.[69]

Sein Ausscheiden aus der Akademie sollte stillschweigend, ohne jedes Aufsehen sich vollziehen.[70] Davon, daß es sich hier um

seiner Professur auch von der Mitgliedschaft in der Akademie „entbunden" wurde, geht am Verständnis der Vorgänge vorbei (vgl. dazu unten Anm. 71).

66 Hampe an Panzer, 10. April 1935 **(HAW** 115/PA Täubler).

67 Täubler an Hampe, London 8. Apr. 1935 (UBH, Heid. Hs. 4067, NI. Hampe). Den Hinweis auf diesen Brief verdanke ich Herrn Prof. Dr. H. Jakobs.

68 Wie Anm. 66. Die Mitteilung Hampes über Täublers Dankbarkeit gegen die Akademie weist indessen eine bezeichnende Auslassung auf. Bei Täubler hieß es (Täubler an Hampe, 8. Apr. 1935), „die Zugehörigkeit zur Akademie hat für mich um so mehr eine besondere Bedeutung, als ich der Universität innerlich immer etwas fern blieb. Ich werde deshalb die dankbare Gesinnung für die Aufnahme in die Akademie immer behalten."

69 Die Akademie tradierte das Jahr 1934, in dem Täublers „Mitgliedschaft äusserlich beendet wurde".

70 In gleicher Weise verlief auch sein Ausscheiden aus der Universität nicht demonstrativ, sondern mit großer Zurückhaltung, um „die abweichende Haltung anderer nicht abträglich [zu] beurteilen, sondern diese Empfindung und Gesinnung nur mir selbst zur Norm [zu] machen, dem als Historiker das ausserordentliche Schicksal seiner Blutsgemeinschaft immer als Problem im Sinn lag und die Umgestaltung ihrer Daseinsformen nun Lebensaufgabe werden soll" (Täubler an den Engeren Senat, 25. Juli 1933, UAH B-III Sb Nr. 552/PA

einen demonstrativen Akt, einen wissenschaftspolitischen Protest handeln könnte,[71] kann schlechterdings nicht die Rede sein. Täubler schied aus der Akademie nicht im Groll, sondern in dem Bewußtsein, etwas endgültig Vergangenes, zu dem er nicht mehr gehörte, hinter sich zurückzulassen.[72] Diese Deutung wird gestützt

Täubler). Gegenüber dem Hochschulreferenten Fehrle betonte er in einem Schreiben vom 27. Okt. 1933, nicht „über die Grenze der Zurückhaltung hinausgehen" zu wollen; er sei vielmehr gewillt, „der Universität Heidelberg in meinen Empfindungen die Treue zu bewahren" (zit. nach Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 57).

[71] Eine solche Deutung wurde durch die Darstellung S. Stern-Taeublers nahegelegt (siehe Anm. 72), die nicht unterschied zwischen der Niederlegung seines Lehramtes und dem Austritt aus der Akademie. Das hängt zusammen mit mangelnder Kenntnis der Akademie als Institution. Die falsche Verknüpfung von Universität und Akademie und die daraus abgeleitete Protestaktion auch gegen die Akademie findet sich bis in die jüngste Literatur (vgl. Christ, **K.,** Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, 169; Ungern-Sternberg, J.v., Einleitung zu: E. Täubler, Der römische Staat, **IX).** Die Akademie hatte von einem solchen „Protest" jedenfalls nichts mitbekommen. Im übrigen ist ja auch der „Protest" gegen die Universität nicht so eindeutig, wie es - ohne genaue Quellenkenntnis - gern nahegelegt wird (vgl. Anm. 66).

[72] Zum Selbstverständnis Täublers vgl. etwa Täubler, E., Judentum als tragische Existenz. Vgl. auch Stern-Taeubler, S., Eugen Taeubler und die Wissenschaft des Judentums, XXI. Selma Stern-Taeubler charakterisiert Täublers Verhalten - z.T. recht fragwürdig- als offenen „Protest gegen die seinem Volke angetane Schmach und zur Wahrung seiner wissenschaftlichen, religiösen und politischen Freiheit und Unabhängigkeit." Mit tiefem Verständnis charakterisiert A. Heuß Täublers „Rückwendung zum Judentum" als die eigentliche Wurzel seines Denkens und Tuns (vgl. Heuß, A., Eugen Täubler Postumus, 274, 299). Wie sehr sich Täubler Heidelberg verbunden fühlte, zeigen wohl seine Aufzeichnungen von 1944 und 1947, die als „Heidelberger Gespräch" betitelt sind. Vgl. Täubler, E., Heidelberger Gespräch (25. März 1933). Bei dem Gespräch, das sich am 25. März 1933 im Hause Marianne Webers „ereignete", ging es um die geistige Bewältigung der „neuen" Zeit und die durch die politische Entwicklung eingetretene existentielle Bedrohung beteiligter Personen. So fiktiv die geäußerten Gedanken und die Gesprächsführung auch sein mögen, so sehr wird doch Täublers enger Bezug zu Heidelberg und seinem kleinen Freundeskreis deutlich (vgl. dazu Hahn, J., Einleitung zum Heidelberger Gespräch vom 25. März 1933, ebd., 305-311; Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 167f.). Mit Blick auf diese Aufzeichnungen ist der von A. Heuß (Eugen Täubler Postumus, 301, Anm. 80) vermittelte Eindruck, daß persönliche Beziehungen „von ihm oder den anderen nicht sehr gepflegt wurden", sicher verzerrt. Der Blick von außen mochte allerdings diesen Eindruck durch den verschlossenen und etwas spröde wirkenden Täubler nähren (so in den Aufzeichnungen von Golo Mann vom 6. Dezember 1931, in: Mann, G., Erinnerungen

durch Täublers Reaktion, als die Akademie ihm im Jahre 1947 (wieder) die korrespondierende Mitgliedschaft antrug.[73] Freundlich aber entschieden beharrte er auf seiner „aus prinzipiellen Gründen" einmal getroffenen Entscheidung.[74] Für die Akademie war sein Ausscheiden (schon mit seinem Fortzug aus Heidelberg) ein schmerzlicher Verlust. Täubler hatte sich mit zwei bedeutsamen Veröffentlichungen in den Sitzungsberichten an den Arbeiten der Akademie beteiligt.[75] Daß der Universität und Akademie ein Gelehrter und Wissenschaftsorganisator ersten Ranges verlorenging, wird im Blick auf Täublers Lebenswerk erst so recht deutlich.[76] **Mit** seinem frühen und freiwilligen Austritt aus der Akade-

und Gedanken, 360: Täubler erschien ihm als „ein gescheiter, gequälter, eitel monologisierender, verwirrt assoziierender Mensch"). Den mitreißenden Funken „seines Genies, das sich nicht in der Studierstube erschöpfte, sondern sich ebenso sehr in einer phänomenalen Gabe geistiger Befruchtung ausprägte," im Kreise seiner „Mitarbeiter" beschwor dagegen S. Stern-Taeubler (Eugen Taeubler und die Wissenschaft, **XIX).** Vielleicht dürfen wir den befruchtenden Gelehrten auch im Gedankenaustausch der Sitzungen der Akademie annehmen.

73 HeidAW (Dibelius) an Täubler, 22. Febr. 1947 (HAW 110/4).

74 Täubler an Dibelius, 14. Juli 1947 (HAW 110/4; auch in HAW 115/PA Täubler). Die Akademie bewahrte ihm ein ehrendes Gedenken. Vgl. Eröffnungsansprache des Präsidenten R. Herbig in der Ges.sitz. am 28. Nov. 1953 (HAW 143/8).

75 „Die umbrisch-sabellischen und die römischen Tribus. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1929/30, 4. Abh. Heidelberg 1930" und „Terremare und Rom. **SB** HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1931/32, 2. Abh. Heidelberg 1932". Zur prinzipiellen Bedeutung der Terremare-Schrift für die römische Verfassungsgeschichte Täublers, vgl. Heuß, A., Eugen Täubler Postumus, 289f. Ungern-Sternberg, J.v., Einleitung zu: E. Täubler, Der römische Staat, **XIV.** Christ, **K.,** Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, 171.

76 Zur Beurteilung von Täubler als Wissenschaftler vgl. insbes. Herlitz, G., Three Jewish Historians, hier 83-90. Ungern-Sternberg, J.v., Einleitung zu E. Täubler, Der römische Staat, **XI-XIX.** Alföldy, G., Vorwort zu: E. Täubler, Ausgewählte Schriften, 4. Hoffmann, Ch., Juden und Judentum im Werk deutscher Althistoriker, 201-219. Heuß, A., Eugen Täubler Postumus. Seine Fähigkeiten als Organisator und Initiator von Wissenschaft hatte er nicht nur beim Aufbau des „Gesamtarchivs der Deutschen Juden" seit 1906 (vgl. etwa Täubler, E., Beginn der Arbeit des „Gesamtarchivs der Deutschen Juden". Ders., Die Entwicklung der Arbeit des „Gesamtarchivs" und der Versuch einer methodologischen Gliederung und Systematisierung der jüdischen Geschichtsforschung) und der „Akademie für die Wissenschaft des Judentums" (vgl. Täubler, E., Akademie der Wissenschaften des Judentums. Ders., Das Forschungsinstitut für die Wissenschaft des Judentums) seit 1919 bewiesen, sondern in ebenso umfassender Weise durch seine Tätigkeit nach seinem Ausscheiden aus dem Universi-

mie blieb Täubler das unwürdige Schauspiel erspart, das einer Reihe seiner Kollegen wenige Jahre später zugemutet wurde.

In ähnlicher Weise wie bei Täubler traf die Akademie auch der Verlust Wilhelm Salomon-Calvis. Salomon-Calvi war bis zuletzt eine der tragenden Persönlichkeiten der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewesen. Noch im Januar 1933 hatte Salomon-Calvi die Rede bei der Reichsgründungsfeier gehalten, die auch in der rechten Presse gewürdigt wurde.[77] Salomon-Calvis Tätigkeit in der Akademie war auch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zunächst ungebrochen. Das von ihm angeregte Forschungsprojekt, der „Oberrheinische Fossilienkatalog",[78] wurde von ihm bis zum Erscheinen des 10. Heftes im Sommer 1934 selbst betreut. Der Abschluß des Werkes wurde dann von seinem Nachfolger Wilser und Erdmannsdörffer vorangetrieben. Salomon-Calvi, der als alleiniger Herausgeber fungierte, steuerte noch 1936 von Ankara aus Vorwort und Nachwort zum Gesamtwerk bei.[79] Auch seine sonstige Tätigkeit in der Akademie erfuhr bis zu seiner Emigration in die Türkei[80] keine Einschränkung.[81] Welch herben Verlust die Akademie durch Salomon-Calvis Weggang erlitt, wird deutlich, wenn man sich etwa Salomon-Calvis rege Teilhabe an der Geschäftsführung - ohne Verpflichtung durch ein Amt - vor Augen hält: Er war u.a. die treibende Kraft bei der Neuorgani-

tätsdienst, die ihn in rastlosem Bemühen für die Sache des Judentums tätig werden ließ.

77 Vgl. Mußgnug, D., Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, 467. Siehe auch Wolgast, E., Universität Heidelberg, 144.

78 Zum Fossilienkatalog vgl. oben 306.

79 Vgl. **HAW** 24102; Jh. 1934/35, XV; zur Drucklegung des Kataloges vgl. auch **HAW** 1621/2 und 1621/3, bes. den Bericht vom 20. Febr. 1934.

80 Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 230f. Salomon-Calvi war zum 30. Sept. 1934 auf eigenen Antrag der Amtspflichten an der Universität enthoben worden. Seit dem Wintersemester 1934/35 bis zu seinem Tode am 15. Juli 1941 lehrte er als o. Prof. an der Landwirtschaftlichen Hochschule Ankara. Vgl. auch International Dictionary ofEmigres 2, 1983, 1013. Vgl. allg. Neumark, F., Zuflucht am Bosporus. Einen Überblick über die Emigration der deutschen Intellektuellen gibt Möller, **H.,** Exodus der Kultur. Als Salomon-Calvi 1934 den Ruf erhielt, war ihm vom Vizekanzler der Universität zugeraten worden, ihm zu folgen. Vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 73f., vgl. auch ebd., 143f.

81 Vgl. etwa die Erwähnung im Jahresbericht vom 2. Juni 1935, Jh. 1934/35, **XV.**

sation der Herausgabe der Sitzungsberichte der Akademie.[82] Daneben legte er eine Fülle wissenschaftlicher Beiträge im Rahmen der Akademie vor.[83]

Salomon-Calvi blieb freilich 1934 der Akademie noch als auswärtiges Mitglied erhalten.[84] Er, für den die Akademie ein Bestandteil des „tragende[n] Untergrunde[s]" seiner Tätigkeit und Persönlichkeit war,[85] verabschiedete sich in der Sitzung am 11. Juli 1934 von der Akademie.[86] Salomon-Calvi fiel der Abschied aus Heidelberg freilich sehr schwer: ,,Meine Heidelberger Zeit ist das wesentliche Stück meines Lebens. Davon kann weder das was vorausging, noch das was folgen soll, etwas ändern ... Es schmerzt mich, meine Alma Mater zu verlassen, es schmerzt mich, so vielen lieben Freunden den Abschiedsgruß zu entbieten". Er hoffte, ,,in einigen Jahren" nach Heidelberg zurückzukehren.[87]

2.2 Das Wahlverhalten der Akademie 1933-1935.

2.2.1. Voraussetzungen und Bedingungen für Neuwahlen seit 1933.

Das Wahlverhalten der Akademie ließ 1933 keine Veränderungen im Vergleich zu dem in der Weimarer Republik erkennen. Die Wahl Walther Bothes[88] am 24. Februar 1933 bzw. 13. Mai 1933, die

[82] Vgl. den am 16. Juni 1933 zusammen mit H. Liebmann eingereichten Antrag zur Kündigung des Verlagsvertrages mit de Gruyter und die nachfolgenden Verhandlungen, die sich bis Dez. 1933 hinzogen (HAW 1621/3; vgl. auch 1621/2). Vgl. auch Jh. 1934/35, XLIII.

[83] Außer dem Oberrheinischen Fossilienkatalog und der Betreuung der Fossilienfunde von Mauer (die seine Nachfolger fortsetzten) legte er von 1918-1933 zwanzig eigene und von ihm angeregte Arbeiten für die Sitzungsberichte und Abhandlungen der Akademie vor, darunter in den letzten Jahren neben Beiträgen zum Oberrheinischen Fossilienkatalog so gewichtige Arbeiten wie über Epeirophorese und über die Radiumsolen von Heidelberg. Vgl. dazu Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register, 11-20, 28.

[84] Zu seinem Ausscheiden siehe unten 439.

[85] Vgl. Pfannenstiel, M., Zum Gedächtnis an Wilhelm Salomon-Calvi.

[86] Vgl. HAW 222/7.

[87] UAH Nat.-Math. Fak., Verhandlungen 1933/34 (Nr. 55), Brief vom 11. Juli 1934.

[88] Vgl. Jh. 1932/33, IX; HAW 211/3 und HAW 115/PA Bothe. Die Wahl erfolgte sowohl in der Klasse als auch in der Gesamtakademie einstimmig. Zu W. Bothe vgl. oben Anm. 25.

wahrscheinlich den Austritt Lenards aus der Akademie provozierte,[89] offenbart ein nach wie vor unabhängiges Wahlverhalten der Akademie ohne Versuche einer Anbiederung an die neuen Verhältnisse. Hier wurde sehr bewußt allein nach der wissenschaftlichen Qualifikation[90] gesehen und ausgewählt. Die wissenschaftliche Bedeutung Bothes und der zu erwartende Gewinn für die Akademie wurden in dem Wahlantrag durch K.W. Hausser am 15. Februar 1933 und dem Unterstützungsantrag **W.** Salomon-Calvis hervorgehoben. Hier heißt es - gewissermaßen zusammenfassend-: „Denn es hat sich gezeigt, daß Herr Bothe nicht nur als Forscher eine hervorragende Persönlichkeit ist, sondern auch die Gabe der sachlichen Erörterung wissenschaftlicher Probleme im mündlichen Verkehr mit anderen in hohem Maße besitzt und mit großem Takte ausübt. Wir können daher von seiner Teilnahme an den Sitzungen der Akademie nur den größten Vorteil erwarten."[91] Die Wahl Bothes ereignete sich fernab jeglicher politischer Absichten. Dies zeigt sich um so deutlicher, wenn man das gleichzeitige geflissentliche Bemühen der Berliner Physiker dagegenhält, einer staatlichen Anordnung Folge leistend, den nationalsozialistischen Physiker Johannes Stark,[92] der eben Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt geworden war[93] und im Begriff stand, die Organisation und Kontrolle der Physik in Deutschland in seine Hand zu nehmen, in die Preußische Akademie der Wissenschaften zu wählen.[94] Am Widerstand Max von Laues scheiterte jedoch dieses Unterfangen.[95]

[89] Die befürwortende Stellungnahme L.v. Krehls vom 16. Febr. 1933 hatte merkwürdigerweise auch Lenard unterzeichnet!

[90] Die Bewertung allein der wissenschaftlichen Qualifikation unabhängig von jeder politischen Willensäußerung war schon in der Fakultät bei der Berufung Bothes betont worden. Vgl. dazu Mußgnug, D., Anhang zu Freudenbergs Lebenserinnerungen, 173.

[91] **HAW** 115/PA Bothe.

[92] Zu Stark vgl. Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 146-171. Vgl. auch Lenard, Ph., Johannes Stark zum 70. Geburtstag. Stark und Lenard hatten bereits am 8. Mai 1924 in der Münchner Großdeutschen Zeitung ihr Bekenntnis „Hitlergeist und Wissenschaft" veröffentlicht (abgedruckt bei Peters, Ch./ Weckbecker, A., Auf dem Weg zur Macht, 267-269).

[93] Zur Physikalisch-Technischen Reichsanstalt unter J. Stark vgl. Kern, U., Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1918 bis 1945, 106-112. Rechenberg, H., Die früheren Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichs-und Bundesanstalt, 158.

[94] Vgl. Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus.

Auch bei den Zuwahlen außerordentlicher Mitglieder, allesamt Freiburger Gelehrter, ergibt sich 1933 ein ähnliches Bild. Mit der Wahl Ludwig Aschoffs[96] wird eine Kapazität der pathologischen Anatomie gewonnen. Der Wahlvorschlag dürfte auf Paul Ernst zurückgehen.[97] Die Mathematiker Ernst Zermelo und Gustav Doetsch wurden von Liebmann und Rosenthal in Vorschlag gebracht.[98] Die Qualifikation beider Wissenschaftler stand angesichts der Fürsprecher und der einstimmigen Wahl für die Akademie außer Zweifel. Dies muß gerade mit Blick auf die Person G. Doetschs betont werden, der als Nachfolger L. Heffters 1933 durchaus zu den anerkannten Forschern gezählt werden durfte,[99] bald aber merklich in das nationalsozialistische Fahrwasser abglitt, so daß seine weitere Mitgliedschaft nach 1945 lange fraglich blieb und schließlich nicht erneuert wurde. Auf Vorschlag Salomon-Calvis wurde 1934 der Geologe Wilhelm Schmidle gewählt.[100] Auch in der Philosophisch-historischen Klasse folgte man mit der Wahl des Anglisten Friedrich Brie,[101] des Archäologen Hans Dragendorff[102] und des Germanisten Friedrich Wilhelm[103] im Jahre 1933 den bisherigen Kriterien.[104] Brie, der bald auch zu den Opfern der NS-Verfolgungen gehören sollte, zeichnete in seinem Dankesschreiben

Teil III, 172-175. Zu den Befürwortern der Wahl zählte ursprünglich auch Max Planck!

95 Vgl. dazu auch Laue, M.v., Bemerkungen zu J. Stark.

96 Zu Aschoff vgl. NDB 1, 1953, 413 (E. Heischkel-Artelt). Bad. Biogr. N.F. 2, 1987, 7-9 **(R.** Lissem-Breinlinger). Seidler, E., Die Medizinische Fakultät, 207-210, 270-272, 352.

97 Die Wahl erfolgte am 24. Febr. 1933. Der Wahlvorschlag taucht erst in den privaten Notizen Ernsts vom 26. Jan. 1933 zur Sitzung am 3. Febr. 1933 auf(vgl. **HAW** 211/3 und **HAW** 222/7).

98 Liebmann an Ernst, 20. Jan. 1933; die Wahl erfolgte am 24. Febr. 1933 **(HAW** 211/3). Zu Doetsch vgl. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41, Bd. 1, Sp. 321; zu Zermelo vgl. ebd., 1931, Sp. 3378; vgl. auch Peckhaus, V., Hilbert, Zermelo und die Institutionalisierung der mathematischen Logik.

99 Vgl. Heffter, L., Beglückte Rückschau auf neun Jahrzehnte, 160f.

100 Zur Wahl Schmidles vgl. **HAW** 211/3. Zur Person vgl. Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 236-237 (K. Sauer).

101 Zu Brie vgl. NDB 2, 1955, 610-611 (E.Th. Sehrt). Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 83 (E.Th. Sehrt)

102 Zu Dragendorff vgl. Jh. 1940/41, 28-30. Archäologenbildnisse, 179-180 (G. Grimm).

103 Zu Wilhelm vgl. Jh. 1936/40, 53. Forschungen und Fortschritte 15, 1939, 256.

104 Vgl. Jh. 1932/33, VIII.

das Bild einer Akademie, die „trotz aller Nöte der vergangenen Jahre ihrer grossen Aufgabe treu bleiben konnte." Es schwingt hier viel von der Hoffnung mit, die auch aus Husserls Brief sprach, daß die Akademie auch in den Nöten der Zukunft bestehen könne.[105]

Am auffälligsten am Wahlverhalten der Akademie ist jedoch ihre deutliche Zurückhaltung in der Zuwahl neuer ordentlicher Mitglieder. Im Zusammenhang mit der Wahl Bothes waren auch Vorschläge über die verbleibenden drei freien Plätze der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse geäußert worden.[106] Während die Klasse einen Platz für einen Astronomen als Nachfolger Max Wolfs freihielt, fanden die Vorschläge auf Zuwahl Willy Hellpachs und Hans Sachs' „keinen Anklang" in der Klasse.[107] Bei Hellpach[108] war vor einer Wahl grundsätzlich zu klären, zu welcher Klasse er eigentlich gehören sollte. Ob bei der Ablehnung einer Kandidatur Sachs'[109] dessen Zugehörigkeit zur jüdischen Glaubensgemeinschaft eine Rolle spielte, läßt sich den Akten nicht entnehmen.

Das Zögern der Akademie in der Gestaltung ihrer personellen Verhältnisse darf auch als Zeichen der Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg, über die Beurteilung der Zeitstimmung und der Zukunft der Akademie bewertet werden. In einer Phase der Neuorientierung war kein Platz für die Diskussion neuer Mitgliedschaften.

Für die Akademie brachte das Jahr 1934/35 die entscheidenden Veränderungen ihres Mitgliederbestandes. Nachdem drei ordentliche Mitglieder durch Wegzug von Heidelberg in die Reihe der auswärtigen Mitglieder eingetreten waren und damit für die Gestaltung der Akademiebelange ausschieden - es waren dies außer Salomon-Calvi auch Heinrich Mitteis[110] und Johann Sölch[1„] -,

[105] Brie an HeidAW, 19. Mai 1933 **(HAW** 311/3).

[106] Liebmann an Ernst, 20. Jan. 1933 **(HAW** 211/3) und Ernsts Randbemerkungen und Notizen.

[107] Notizen zum Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 3. Febr. 1933 von Ernst **(HAW** 211/3).

[108] Zu Hellpach vgl. unten Anm. 694.

[109] Zu Sachs siehe Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 229; International Dictionary of Emigres 2, 1983, 1007. Chronik der Ärzte Heidelbergs, 141. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 64f., 153.

[110] Mitteis ging zum Sommersemester 1934 nach München; vgl. Drüll, D., Gelehr-

außerdem einige Gelehrte die Altersgrenze[112] überschritten oder bald erreichten (Heinrich Rickert, Johannes Hoops, Ludolf Krehl, Paul Ernst und Ludwig Jost),[113] konnten Neuwahlen zur Ergänzung des Mitgliederbestandes nicht mehr hinausgeschoben werden. Bei der Auswahl der Gelehrten waren die Klassen an Dozenten der Universität Heidelberg gebunden. Infolge der „Säuberungen" an der Universität war das Potential an angesehenen Gelehrten aber beträchtlich reduziert worden. Einen von der NS-Gesetzgebung betroffenen Gelehrten jetzt noch zu wählen, war schlechterdings unmöglich, wollte man sich nicht in einen unmittelbaren Gegensatz zur Staatsmacht begeben. Durch Anpassung und Neuberufungen wuchs an der Universität der Anteil der mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Gelehrten. War daher die Akademie einerseits bei ihren Zuwahlen auf ein Reservoir teilweise nationalsozialistisch durchsetzter Hochschullehrer verwiesen, so bewirkten doch auch Änderungen im Innern - äußerlich erkennbar am Übergang des Sekretärsamtes von dem integren Paul Ernst auf den offenbar leicht einzuschüchternden Otto H. Erdmannsdörffer[114] - eine latente Bereitwilligkeit zur Öffnung zum Nationalsozialismus. Daß aber auch diese Öffnung stets nur eine partielle blieb, wurde bereits bei den Wahlen dieses Jahres deutlich.

2.2.2. Der „Fall" Fehrle.

Als ein eindeutiger Anpassungsakt erscheint die Wahl des politisch

tenlexikon, 180. Zu Mitteis vgl. Reicke, S., Heinrich Mitteis. Brunner, 0., Heinrich Mitteis. Zu Mitteis' Berufung nach München und seinem Wirken im Jahr 1934/35 vgl. jetzt Böhm, H., Berufung und Lehre in schwieriger Zeit.

111 Sölch ging zum Sommersemester 1935 nach Wien (Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 256); um seine Familie vor den weiteren Folgen der antisemitischen Gesetzgebung zu bewahren, hatte Sölch die Gelegenheit wahrgenommen, nach Österreich zurückzukehren. Sölch blieb auch nach dem „Anschluß" Österreichs an das Reich in seiner Lehrtätigkeit unbehelligt. Vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 94f.; Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 367, Anm. 29. Zu Sölch vgl. den Nachruf von Kinzl, H., Johannes Sölch.

112 Die Altersgrenze, nach der die o.M. in der Höchstzahl der o.M. nicht mehr mitgezählt wurden, lag nach § 4 der Statuten bei 70 Jahren.

113 Vgl. Verzeichnis der Mitglieder, Stand 2. Juni 1935 (Jh. 1934/35, **XXXVIII-XLI).**

114 Der Wunschkandidat als Nachfolger Ernsts war L. Jost gewesen (vgl. Liebmann an Ernst, 21.Jan.1934, **HAW** 031/1).

einflußreichen Volkskundlers Eugen Fehrle[115] zum ordentlichen Mitglied in die Philosophisch-historische Klasse. Schon im Vorfeld hatte Fehrle seine Einstellung und Forderungen deutlich gemacht, als er wegen der nichtarischen Mitglieder in der Akademie anfragte.[116] Dennoch war dies für die ordentlichen Mitglieder kein Hindernis, die Wahlbesprechung wie vorgesehen durchzuführen und Fehrle in der Sitzung vom 4. Juli 1934 zum ordentlichen **Mit**glied zu wählen und in der Gesamtsitzung vom 11. Juli 1934 zu bestätigen.[117] Friedrich Panzer begrüßte den Neugewählten mit folgenden Worten: ,,Ich heiße Sie als eine von uns allen hochgeschätzte, in ihrem verantwortungsbewußten Ernste wohl [b]ewährte Persönlichkeit in unserem Kreise herzlich willkommen; es ist mir zugleich eine große Genugtuung, daß wir mit Ihnen einen ebenso wissenschaftlich hervorragenden als wirklich volksnahen Vertreter der Volkskunde für unsere Arbeiten gewinnen werden ... "[118] Die Antwort Fehrles ließ keinen Zweifel darüber zu, wie er sich sein Wirken in der Akademie vorstellte: ,,Es wird mein Bestreben sein, durch wissenschaftliche Leistungen mich dieser Ehre würdig zu erweisen und die Volkskunde im selben Sinne zu fördern wie bisher, immer mit dem Ziel im Auge, damit einen Beitrag zu leisten zur Gesunderhaltung deutschen Volkstums und dadurch zur Stärkung des von unserem Führer neugegründeten Reiches."[119]

Die Wahl Eugen Fehrles zum ordentlichen Mitglied war der Sündenfall der Akademie, ihre erste Verbeugung vor dem nationalsozialistischen Regime: Indem die Akademie freiwillig und frühzeitig einen der entschiedenen Vertreter „nationalsozialistischer Wissenschaft" wählte, verlor sie nicht nur ihre Integrität, sondern leitete zugleich eine Entwicklung ein, die ihren eigenen Niedergang verursachen sollte. Schließlich wußte jedes Mitglied sehr genau, wen man da zum Kollegen erkor. Fehrle war immerhin

[115] Zu Fehrle vgl. Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 112-114 (P. Assion). Assion, P., Was Mythos unseres Volkes ist.

[116] Anfrage Fehrles vom 25. Mai 1934; erwähnt in der Einladung zur Sitz. vom 6. Juni 1934 **(HAW** 110/2). Pikanterweise überschneidet sich der Wahlantrag für Fehrle mit dem Austritt Lenards aus der Akademie!

[117] Jh. 1934/35. III, **IV. HAW** 143/5; **HAW** 311/3; **HAW** 322/1.

[118] Panzer an Fehrle, 12. Juli 1934 **(HAW** 311/3; **HAW** 115/PA Fehrle).

[119] Fehrle an Panzer, 16. Juli 1934 (ebd.).

„Leiter der Hochschulabteilung des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz." Über seine forsche nationalsozialistische Haltung konnte kein Zweifel bestehen, zählte er doch zu jenen Hochschullehrern, die am 3. März 1933 den Wahlaufruf für Adolf Hitler unterzeichnet hatten.[120] Daß Fehrle seine Wahl mit der Arierfrage verknüpft hatte, wies unzweideutig auf bevorstehende Agitation im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie auch im Rahmen der Akademie hin; Auseinandersetzungen über Struktur, Sinn und Aufgabe der Akademie wurden damit bewußt in Kauf genommen. Um so erstaunlicher erscheint diese Wahl, zumal wenn man bedenkt, daß sie ohne Gegenstimme erfolgte: Die Wähler waren zum größten Teil Gelehrte, die dem nationalsozialistischen Regime mit deutlicher Distanz gegenüberstanden, die bereits zu den Verfolgten des Regimes zählten oder mit bevorstehenden Diskriminierungen unmittelbar zu rechnen hatten.[121] An den Abstimmungen beteiligten sich nur Martin Dibelius, Karl Rampe und Ernst Levy durch ihr Fernbleiben von beiden Wahlsitzungen nicht. Hierin darf man mit gutem Recht eine stille Opposition gegen die Wahl Fehrles erblicken. Die Wahl Fehrles in die Akademie zeigt somit unrühmliche Parallelen zu der fast gleichzeitigen Berufung E. Kriecks auf Rickerts Lehrstuhl für Philosophie mit Zustimmung der Philosophischen Fakultät, ausdrücklich unterstützt von Regenbogen und Hoffmann.[122]

Nur wenige Gelehrte pflegten persönlichen Umgang mit Fehrle, zu ihnen zählten neben F. Panzer E. Wahle und H. Gün-

[120] Wie Anm. 13.

[121] In der Klassensitzung waren dies außer Panzer v. Salis, Hoffmann, Ranke, Güntert, v. Kilnßberg, Köhler, Brinkmann und Meister (entschuldigt fehlten Regenbogen, Dibelius, Hampe, Hoops und Levy; vgl. HAW 322/1), in der Gesamtsitzung waren dies außer den beiden Sekretären Panzer und Ernst Ranke, Salomon-Calvi, Kallius, Sölch, v. Salis, Regenbogen, Hoffmann, Liebmann, Meister, v. Weizsäcker, Rosenthal, Bothe, Brinkmann und v. Kilnßberg. Entschuldigt waren Dibelius, Levy, Hampe und Erdmannsdörffer (vgl. **HAW** 143/4).

[122] Vgl. Prot. Sitz. Phil. Fak. vom 10.Jan.1934. Von Akademiemitgliedern waren beteiligt Güntert (als Dekan), v. Salis, Sölch, Regenbogen, Brinkmann, Ranke und Hoffmann. Ranke brachte neben Jaspers deutlich seine Sorge wegen der Vertretung der Philosophie zum Ausdruck, während Hoffmann sich sehr für Kriecks Berufung einsetzte (UAH H-IV-102/158: [Phil. Fak. Akten]). Zu Krieck vgl. NDB 13, 1982, 36-38 (J. Schriewer). Müller, G., Ernst Krieck.

tert,[123] während E. Hoffmann sich der entschiedensten Abneigung Fehrles sicher sein durfte.[124] Fehrle war in seiner Fakultät ähnlich isoliert wie Lenard. Wegen erheblicher Zweifel an seiner fachlichen Qualifikation als Wissenschaftler und seiner demonstrativ antidemokratischen Haltung habe es gerade „von Seiten seiner Amtsgenossen" Bestrebungen gegeben, ,,ihn ... von der Universität zu entfernen."[125]

Es kann kein Zweifel bestehen, daß jedes Mitglied sich über die Folgen der Wahl im Klaren sein mußte, sofern es die ganze nationalsozialistische Herrschaft skeptisch und mit Zukunftssorge betrachtete. Regenbogen bestätigt im Nachhinein, daß allen Wählern sehr wohl bewußt gewesen war, worauf sie sich einließen, hatte Fehrle doch am 1. Mai 1933 auf den Stufen der Neuen Universität eine Rede gehalten, ,,die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ." Das Bewußtsein der Schuld, durch die Wahl Fehrles dem Nationalsozialismus Einlaß in die Akademie verschafft zu haben, bestimmte Regenbogens Sicht des „Falles" Fehrle.[126] Über die Frage, welche Motive die Gelehrten bewogen haben mochten, den politischen Gegner in die „eigenen Mauern" aufzunehmen, entspann sich noch 1950, als es um die Behandlung der ruhenden Mitgliedschaft Fehrles ging, eine ausgedehnte Diskussion in der Klasse. Entgegen der Versicherung F. Panzers dürften auch in der Klasse kaum Illusionen über die wissenschaftliche

[123] Zu Güntert vgl. Meid, **W.,** Hermann Güntert. Glockner, **H.,** Freunde in Heidelberg.

[124] Vgl. dazu Glockner, H., Freunde in Heidelberg, 163, 168f. Vgl. dazu auch Buselmeier, **K.,** Von deutscher Art, 70tf.

[125] Vgl. Treutlein, **W.,** Eugen Fehrle als Forscher und Kämpfer, 10. Assion, P., Was Mythos unseres Volkes ist, 228f. Assion schließt nicht aus, daß es sich bei dieser Treutlein-Mitteilung um einen Beitrag zu einer „nationalsozialistischen Märtyrerlegende" handeln könnte.

[126] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 16. Dez. 1950 (HA w 323/2). Laut Regenbogen hatte, was alle Fakultätskollegen gewußt haben mußten, Fehrle dem nationalsozialistischen Geist in der Philosophischen Fakultät schon 1933 die Bahn gebrochen, er sei für alles verantwortlich, was in der Hochschulabteilung geschehen sei. Regenbogen tat sich offenbar schwer wegen des eigenen Versagens im Fall Fehrle. Seine Erschütterung trug wohl dazu bei, daß seine Erinnerung mit offensichtlichen Irrtümern durchsetzt ist. Die Akademie blieb bei der Ursachenforschung im Falle Fehrle im Bereich der Hypothesen stehen, da außer Regenbogen keines der 1934 anwesenden Mitglieder mehr Stellung nehmen konnte oder wollte; so wurde der Initiator der Wahl Fehrles, Panzer, in dieser Sache nicht gehört!

Qualifikation E. Fehrles bestanden haben. Daß Fehrle als Vertreter der klassischen Philologie unbedeutend war, war Gelehrten wie Karl Meister und Otto Regenbogen natürlich bekannt.[127] Immerhin mochte man ihm als Volkskundler einige Bedeutung zuerkannt haben.[128] Dabei war von Belang, daß die Volkskunde zu denjungen Fächern zählte, die unter den Bedingungen nationalsozialistischer Ideologie besonders gefördert und zu einer Kernwissenschaft zur Stärkung deutschen „Volkstums" erhoben wurden.[129] Nach Ansicht der Heidelberger Philosophischen Fakultät ruhte das Dritte Reich auf dem deutschen Volkstum. ,,Die wissenschaftliche Pflege dieses Volkstums ist der Volkskunde anvertraut. Deutsche Volkskunde ist deshalb zu einem der wichtigsten grundlegenden Lehrfächer unserer deutschen Hochschule geworden..."[130] Von dieser Argumentation ließen sich viele Gelehrte beeindrucken, auch wenn sie der nationalsozialistischen Ideologie und völkischem Denken fernstanden. Es ist offensichtlich, daß auch im Rahmen der Akademie, der vorherrschenden zeitgenössischen Propaganda folgend, neue Wissenschaften an Profil und Bedeutung gewonnen hatten. Zu den gleichsam klassischen „sinnstiftenden" Fächern[131] wie der Geschichtswissenschaft[132] und der Germanistik[133] traten andere Disziplinen, die bisher im Schatten oder eher

127 Vgl. Anm. 134.

128 Zur heutigen Beurteilung Fehrles vgl. Assion, P., Was Mythos unseres Volkes ist.

129 Zur nationalsozialistischen Volkskunde vgl. Bausinger, H., Volksideologie und Volksforschung. Brednich, **R.W.,** Volkskunde- die völkische Wissenschaft von Blut und Boden. Gerndt, H. (Hg.), Volkskunde und Nationalsozialismus.

130 Phil. Fak. an Rektor der Universität (Groh), 13. Juni 1935 (UAH H-IV-102/158). Die Fakultät hatte bereits 1933 eine Aufwertung der Volkskunde und Vorgeschichte an der Universität gefordert (Phil. Fak. an **BMKU,** 10. Okt. 1933, ebd., Nr. 96).

131 Vgl. dazu auch Scharfe, **M.,** Einschwörung auf den völkisch-germanischen Kulturbegriff.

132 Zur Geschichtswissenschaft unter dem Nationalsozialismus vgl. Werner, K.-F., Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft. Heiber, **H.,** Walter Frank und sein Reichsinstitut. Ders., Liberale und nationale Geschichtsschreibung. Franz, **G.,** Das Geschichtsbild des Nationalsozialismus und die deutsche Geschichtswissenschaft. Schreiner, **K.,** Führertum, Rasse, Reich. Kühn!, **R.,** Reichsdeutsche Geschichtswissenschaft. Rothfels, **H.,** Die Geschichtswissenschaft in den dreißiger Jahren.

133 Zur Germanistik als „völkischer" Wissenschaft vgl. Emmerich, **W.,** Germanistische Volkstumsideologie. Lämmert, E., Germanistik - eine deutsche Wis-

am unteren Ende der akademischen Hierarchie gestanden hatten. Dazu zählten die Volkskunde, die Frühgeschichte,[134] die (Wehr-)

senschaft. Conrady, **K.O.,** Deutsche Literaturwissenschaft und Drittes Reich. Hunger, U., Germanistik zwischen Geistesgeschichte und „völkischer Wissenschaft". Buselmeier, **K.,** Von deutscher Art, 63-78.

[134] An der Universität Heidelberg wurden als Grundlagenwissenschaften allgemeine Vorlesungen für alle Fakultäten über Rasse, Sippe, Volkskunde und Vorgeschichte angeboten (vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 166. Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 394f.). Im Januar 1934 wurde an der Universität Heidelberg ein Ordinariat für Volkskunde, eingerichtet, einer von sechs volkskundlichen Lehrstühlen (Assion, P., Was Mythos unseres Volkes ist, 220) in Deutschland. Der Indogermanist Hermann Güntert, Dekan der Phil. Fak. und o.M. der Akademie, hatte seit Juli 1933 auf die „Beförderung" Fehrles vom Lehrbeauftragten zum Ordinarius für Volkskunde gedrängt. Damit sollte „der dem Lehrgebiet für Volkskunde in Zukunft zukommenden Bedeutung" (BMKU an Phil. Fak., 19.Jan.1934, Nr. A 33642, UAH H-IV-102/158 (Nr. 96c) und UAH B-7594) Rechnung getragen werden, um „zur Vertiefung der Kenntnis über die völkischen Grundlagen der Wissenschaft" (Vezina, B., Gleichschaltung, 168) beizutragen. Die Situation der Lehrtätigkeit Fehrles an der Universität Heidelberg ist einigermaßen kompliziert und widersprüchlich. Ursprünglich war er als klassischer Philologe (Habil. 1913) in Heidelberg tätig. Seit 1926 vertrat er über einen Lehrauftrag die Volkskunde in Heidelberg. Daß er 1934 also. Prof. für Klassische Philologie nach Heidelberg berufen wurde (Drill!, D., Gelehrtenlexikon, 68), ist falsch. Seit Juli 1933 drängte die Phil. Fak. auf eine Umwandlung des Lehrauftrages für Volkskunde in eine planmäßige Professur (Dekanat Güntert), die im Jan. 1934 vom Ministerium bewilligt wurde. Seit 1934 war Fehrle persönlicher Professor und Mitdirektor des Germanistischen Seminars. Den Lehrstuhl nahm Fehrle aber zunächst nicht wahr, sondern behielt seinen Lehrauftrag bei. Auf Drängen der Fakultät im Jahre 1935 (vgl. Güntert an Fehrle, 23. Mai 1935, UAH B-7594) wurde Fehrle am 1. Juli 1935 zum Ordinarius ernannt (die Bestätigung durch das REM erfolgte erst am 6. Mai 1936), woraufFehrle zum 1. Okt. 1935 aus der Hochschulabteilung des BMKU ausschied (vgl. UAH B-7594 [Akten Volkskunde 1919-1951], UAH B-III, Sb Nr. 455/PA Fehrle; vgl. auch Anm. 130. Die Zusammenstellung der Fakten vgl. bei Assion, P., Was Mythos unseres Volkes ist, 229f.). Zur Ideologisierung der Kulturforschung vgl. allg. Kater, M.H., Das „Ahnenerbe" der SS 1935-1945. See, K.v., Kulturkritik und Germanenforschung zwischen den Weltkriegen. Losemann, V., Aspekte der nationalsozialistischen Germanenideologie. An der Universität Heidelberg liefen parallel zur Institutionalisierung der Volkskunde auch gleichgerichtete Bemühungen um die deutsche Vorgeschichte, der gleiche Aufgaben wie der Volkskunde zugedacht wurden. Vgl. Phil. Fak. an BMKU, 10. Okt. 1933: „Deutsche Volkskunde und deutsche Vorgeschichte sind heute für die Bildungsaufgabe der Universität so wichtige Wissenschaften, daß sie zu der ihnen gebührenden Stellung sofort gelangen müssen" (UAH H-IV-102/158, Nr. 96; vgl. auch Phil. Fak. an BMKU, 7. Juli 1933, UAH B-7594). Zur Errichtung des planmäßigen

Psychologie[135] und auch die Geographie, die - wie die „Ostforschung"[136] - etwa für die Raumpolitik der Nationalsozialisten instrumentalisiert werden konnte.[137]

Vertreter dieser Fächer wurden „akademiefähig", und man ging so auch (unterschwellig) auf Forderungen nach Erneuerung der Wissenschaftslandschaft ein durch Berücksichtigung von Disziplinen, die bei den Machthabern hoch im Kurs standen. Auch wenn man die neue wissenschaftspolitische Bedeutung der Volkskunde in Rechnung stellt, kann dies das Versagen der Akademie nicht relativieren, denn die Wahl Fehrles erfolgte ohne jeglichen äußeren Druck ganz aus eigener Entscheidung.

Indes dürfte bei der Wahlentscheidung die wissenschaftliche Qualität des Kandidaten im Falle Fehrles nur eine untergeordnete Bedeutung gehabt haben. Die politische Dimension der Wahl ist dagegen offensichtlich, so daß ein bloß taktisches Vorgehen[138] - um „Schlimmeres" zu verhindern oder um künftig vor Zugriffen des Regimes bewahrt zu sein - ausgeschlossen werden muß. Es galt vielmehr, den Einfluß Fehrles, den er durch seine Stellung in der Parteihierarchie und den Kultusbehörden sowie durch die Vielzahl seiner politischen Ämter[139] ausüben konnte, auch zugunsten der Akademie zu aktivieren. Damit war die Akademie aber gerade im Begriff, sich in die Hand der Nazis auszuliefern.

Der entscheidende Aspekt lag schließlich darin, daß sich derartige theoretisch-politische Überlegungen mit den konkreten wissenschaftsorganisatorischen Interessen Friedrich Panzers deckten: Er benötigte Fehrle als Mitträger des eben von ihm initiierten großen Forschungsprojektes der Sammlung deutscher Inschriften

Extraordinariats vgl. auch Wahle, E., Und es ging mit mir seinen Weg, 97f., 103f. Vgl. auch Vezina, B., Gleichschaltung, 168f. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 282.

135 Vgl. dazu unten Anm. 705.

136 Vgl. Philipp, **W.,** Nationalsozialismus und Ostwissenschaften. Kleßmann, Ch., Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich.

137 Vgl. Rössler, **M.,** Wissenschaft und Lebensraum.

138 So Hans Schaefer in der Besprechung am 16. Dez. 1950. Schaefer vertrat auch die Ansicht, daß die Wahl Fehrles ‚ja auch tatsächlich dazu beigetragen [habe], die Aufnahme von Leuten wie Krieck und Schmitthenner zu verhindern". Ob dies an der Mitgliedschaft Fehrles gelegen hat, dürfte indessen mehr als fraglich sein.

139 Vgl. UAH B-III, Sb Nr. 455/PA Fehrle. Assion, P., Was Mythos unseres Volkes ist, 230, 233.

des Mittelalters.[140] Der Einfluß Panzers als Sekretär der Klasse[141] und das Prestige des Projektes ergaben gegen etwaige Bedenken eine breite Mehrheit für die Wahl Fehrles. Fehrle wurde alsbald Panzers Stellvertreter im lnschriftenunternehmen. Für dieses Unternehmen hat er sich in den folgenden Jahren auch engagiert in den Bemühungen, das Unternehmen auszuweiten (etwa auf das Elsaß) und die Unterstützung der Regierungsstellen zu gewinnen. Als Fürsprecher bei der Partei und als Mitarbeiter in der Organisation des Unternehmens hat er - den Absichten Panzers entgegenkommend - die Inschriftenedition vielfach gefördert.

Es bleibt festzustellen: Fehrle wurde gewählt, obgleich das nationalsozialistische Potential seiner Person hinlänglich bekannt war und obgleich sich bis zum Zeitpunkt seiner Wahl keinerlei Anzeichen eines rassistischen Antisemitismus in der Akademie bemerkbar gemacht hatten. Immer noch waren jüdische Mitglieder Stützen der Akademiearbeit, immer noch konnte man Glückwunschschreiben an jüdische Akademiemitglieder versenden, wie das zu Husserls 75. Geburtstag.[142]

Fehrle nahm erst seit 1936, nach der Aufgabe seiner Stellung als Leiter der Hochschulabteilung, regelmäßig an den Akademiesitzungen teil, zu deren eifrigsten Besuchern er bis ins Frühjahr 1944 zählte.[143] Zweimal hielt Fehrle in der Klasse einen Akademievortrag, die beide nicht in den Sitzungsberichten veröffentlicht wurden.[144] Trotz seiner vergleichsweise politischen Machtfülle hat

[140] Zur Inschriftensammlung vgl. Panzer, F., Die Inschriften des deutschen **Mit**telalters. Vgl. auch das Vorwort zum Gesamtwerk in: Die Deutschen Inschriften. Bd. 1. Cucuel, E., Das deutsche Inschriftenwerk der vereinigten Akademien. Neumüllers-Klauser, R., Die Inschriftensammlung der Heidelberger Akademie. Koch, W., 50 Jahre Deutsches Inschriftenwerk (1934-1984). Fehrle war in derselben Klassensitzung am 4. Juli 1934, in der er zum o.M. gewählt wurde, auch zur Besprechung des Inschriftenplanes zusammen mit Panzer nach Bamberg abgeordnet worden **(HAW** 322/1).

[141] Maßgeblicher Unterstützung erfreute sich Panzer durch seinen Freund E. Hoffmann sowie durch H. Güntert, dem „Freund und Parteigenossen" Fehrles, der als Dekan der Phil. Fak. auch Fehrles Beförderung auf das Heidelberger Ordinariat betrieben hatte (vgl. etwa Güntert an Fehrle, 23. Mai 1935, UAH B-7594; vgl. auch oben Anm. 134).

[142] Siehe oben Anm. 52.

[143] Vgl. die Protokolle der Sitzungen **HAW** 322/2 bis 322/5.

[144] Am 29. Apr. 1936 sprach er in seiner „Antrittsvorlesung" über „Sinn und Aufgaben der Volkskunde". In der Aussprache äußerten sich Panzer, Dibelius und

Fehrle in der Akademie nie eine besondere Rolle gespielt, auch nicht, als er 1936 als Nachfolger Ernst Hoffmanns zum stellvertretenden Sekretär der Philosophisch-historischen Klasse gewählt wurde,[145] ein Amt, in dem er nie nachweislich tätig wurde. Fehrles Stellung in der Akademie blieb - insbesondere nach dem gesundheitsbedingten Fernbleiben Günterts[146] - die eines Außenseiters, weil sie nicht auf wissenschaftlicher Wertschätzung beruhte,[147] sondern einseitig durch die Interessen Panzers bedingt war. So wurde Fehrle, abgesehen von den beiden Akademievorträgen, auch ausschließlich im Interesse des Inschriftenunternehmens in der Klasse tätig, etwa wenn er - im Zusammenwirken mit Panzer - Wahlanträge für den Germanisten Richard Kienast (1941),[148] den Volkskundler Ernst Christmann (1941)[149] oder den Historiker Fritz Ernst (1944)[150] einbrachte, wobei die von Panzer unterstützte Wahl Christmanns offensichtlich aus sachlichen Gründen der wissenschaftlichen Qualifikation scheiterte.[151]

Wenn also die Wahl Fehrles letztlich nicht - wider aller Erwartung - den Nerv der Akademie traf,[152] so stellt sie doch mehr dar als

Wahle (HAW 322/2). Am 13. Dez. 1939 sprach er über „Der deutsche Weihnachtsbaum im Lichte der neueren Literatur", für den nachweislich nur fünf Mitglieder Interesse zeigten. An der Diskussion beteiligten sich Panzer, v. Salis und Hölscher (HAW 322/3).

145 Sitz. Phil.-hist. Klasse am 1. Febr. 1936 (HAW 322/2).

146 Zu Günterts Leiden vgl. Glockner, H., Freunde in Heidelberg, 174. Meid, V., Hermann Güntert, 520. Güntert nahm letztmalig am 7. Juni 1939 an einer Sitzung teil **(HA W** 322/3).

147 E. **W**ahle gab zu Protokoll, er habe die wissenschaftliche Qualifikation Fehrles „bereits im März 1940 zum ersten Mal in Frage gestellt. Seine Arbeiten haben sich nur auf das Gebiet der deutschen Volkskunde erstreckt und das Niveau der Volkskunde, das um 1900 ... erreicht war, beträchtlich unterschritten" **(HAW** 323/2, Sitz. Phil.-hist. Klasse am 16. Dez. 1950).

148 Vgl. Sitz. Phil.-hist. Klasse am 13. Dez. 1939 **(HAW** 322/3); die Wahl erfolgte erst in der Klassensitz. am 22. Febr. 1941 **(HAW** 322/3, vgl. auch HAW 115/PA Kienast).

149 Fehrle an Panzer, 10. Jan. 1941 **(HAW** 3191).

150 Antrag vom 23. Febr. 1944. Mitunterzeichner waren Herbig, Bilfinger und Engisch **(HAW** 115/PA Fritz Ernst, vgl. auch **HAW** 322/6: Die Wahl in der Klasse erfolgte am 19. Febr. 1944).

151 Die Angelegenheit Christmann ging nie über die allgemeine Diskussion hinaus, so noch in der Sitzung vom 3. Febr. 1943 **(HAW** 322/5).

152 Nach Einschätzung **H.** Schaefers hat Fehrle sich „im Rahmen der Akademie einwandfrei verhalten" (Sitz. Phil.-hist. Klasse am 16. Dez. 1950; **HAW** 323/2).

einen schweren „wissenschaftlichen Irrtum" der Akademie.[153] Geht man von dem Anspruch der Akademie aus, nicht nur Gelehrte von „unzweifelbarer wissenschaftlicher Qualifikation" zu wählen, sondern auch der „charakterlichen Eignung des Betreffenden" nachzufragen, [154] stellte die Wahl Fehrles auch eine schwerwiegende moralische Verfehlung der Akademie vor. Die Wahl Fehrles bedeutet auf der anderen Seite aber auch nicht, daß die Akademie sich den Grundsätzen der nationalsozialistischen Ideologie vollends geöffnet hätte. Trotz der Wahl Fehrles hatte die Akademie noch etwas von dem von Husserl beschworenen Geist bewahrt.

2.2.3. Die Wahlen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse im Jahr 1935.

Die Wahlen des Jahres 1935 brachten nun den eigentlichen Bruch in der inneren Entwicklung der Akademie, die ein Abbild ihrer Mitgliederstruktur ist. Hier ist vor allem die Entwicklung in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse ins Auge zu fassen. Nach fast zweijähriger Pause wurden in der Sitzung vom 17. November 1934 der Pharmakologe Fritz Eichholtz (durch E. Kallius), der Chemiker Carl Bosch (durch L. von Krehl) und der Astronom Heinrich Vogt (durch **H.** Liebmann) zur Aufnahme in die Akademie vorgeschlagen und die Wahlen vorbesprochen.[155]

In der Klassensitzung am 1. Februar 1935 wurden alle drei Gelehrten einstimmig gewählt, gleichzeitig wurde die Wahl des Geologen Julius Wilser und des Physiologen Johann Daniel Achelis zu ordentlichen Mitgliedern vorgeschlagen und vorbesprochen.[156] Ein weiterer, im Exemplar der Tagesordnung Paul Ernsts aufgeführter Vorschlag, der Willy Hellpach nennt,[157] kam nicht zur Sprache. Achelis und Wilser wurden in der Klassensitzung vom 16. Februar 1935 zu ordentlichen Mitgliedern gewählt und in der anschließenden Gesamtsitzung von der Akademie bestätigt.

Mit Blick auf die Folgen muß man auch in diesem Fall die Frage stellen, ob die Klasse nicht bewußt die bestehende Struktur und

[153] So Walter Paatz, ebd.
[154] So Otto Regenbogen, ebd.
[155] HAW 222/7 und HAW 211/3.
[156] Ebd.
[157] Ebd. Zu Hellpach vgl. unten 520-524.

innere Ordnung durch die Wahlen aufs Spiel setzte. Allein schon durch die Tatsache, mit einem Schlage ein Drittel der Plätze für ordentliche Mitglieder neu zu besetzen, wurde eine besondere Lage geschaffen. Daß durch den personellen Wechsel Kontinuitäten gestört und Umbrüche vorbereitet werden konnten, liegt auf der Hand.

Bereits bei Überlegungen zum Mitgliederstand kurz nach dem Tode M. Wolfs, die Liebmann und Ernst Anfang 1933 angestellt hatten, war darauf hingewiesen worden, daß ein Platz für den „künftige[n] Astronom[en]" freizuhalten sei.[158] Es ist daher eher erstaunlich, daß noch zwei Jahre vergingen, ehe Wolfs Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Astronomie, sein Schüler Heinrich Vogt,[159] für die Wahl zum ordentlichen Mitglied in Vorschlag gebracht wurde. Vogt hatte als Astronom einen durchaus guten Ruf.[160] Als „Makel" mußte allerdings gelten, daß Vogt - auch ein Schüler Lenards - "schon länger" überzeugter Nationalsozialist war.[161] Daß neben den wissenschaftlichen besonders akademietypische Argumente bei der Wahl eine Rolle spielten, zeigt sich auch darin, daß gerade Heinrich Liebmann für diese Wahl eintrat, der sich der Akademietradition verpflichtet wußte und nichts weniger als nationalsozialistischem Gedankengut eine Heimstatt in der Akademie bereiten wollte.

Die Verknüpfung einer Wahl mit dem eben freigewordenen Platz einer bestimmten „akademietypischen" Disziplin zeigte sich auch bei den Zuwahlen J. Wilsers und J.D. Achelis'. Julius Wil-

[158] Liebmann an Ernst, 20. Jan. 1933 (HAW 211/3).

[159] Zu Vogt siehe Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 277. Vogt war erst seit dem 1. Okt. 1933 o. Prof. für Astronomie in Heidelberg. Vezina, B., Gleichschaltung, 147: Vogt war auf Empfehlung Lenards berufen worden. Zur wissenschaftlichen Bedeutung Vogts siehe den Nachruf in Jb. 1969, 47-49 **(W.** Fricke). Kollnig-Schattschneider, E., Die Entwicklung der Astronomie im Raume Mannheim-Heidelberg, 149.

[160] Vogt hatte noch 1933 Rufe nach München und nach Potsdam als Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums erhalten (Drill!, D., Gelehrtenlexikon, 277).

[161] Vogt war seit 1931 Mitglied der NSDAP. Am 9. Jan. 1936 wurde er von Lenard als Mitglied eines wissenschaftlichen Beratungsgremiums für den „Völkischen Beobachter" empfohlen (Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 196 und 333 Anm. 4). Vgl. auch Vezina, B., Gleichschaltung, 85, Anm. 303. Vogt war mit kurzer Unterbrechung von 1. Apr. 1935 - 30. Apr. 1937 Dekan der Naturwissenschaftlichen Fak.

ser[162] nahm als Geologe den Platz des in die Emigration gezwungenen Salomon-Calvi ein, ohne dessen Niveau auch nur annähernd erreichen zu können. Immerhin bedeutete die Übernahme der wissenschaftlichen Verantwortung für die Fossilienfunde von Mauer eine Fortsetzung der Arbeit seines Vorgängers. Angesichts der hohen Wertschätzung, die Salomon-Calvi in der Akademie genossen hatte, und der Umstände seines Ausscheidens erscheint es verwunderlich, daß sein Nachfolger[163] sogleich Aufnahme in die Akademie fand, unter Hintanstellung auch der damit verbundenen politischen Implikationen, denn Wilser galt als unbedingter Anhänger der neuen Zeit.[164] Der Zweifel an der Eignung Wilsers wurde hier wie auch in anderen Fällen der als notwendig empfundenen Besetzung einer traditionellen Akademiedisziplin untergeordnet. Dieses Maß an „institutionellem" Denken, das die Disziplin über die Person des Fachvertreters stellte, ist eine der wesentlichen Ursachen für den Niedergang der Akademie.[165] Das zeigte sich besonders deutlich in der Wahl des Physiologen J.D. Achelis, der auch in der Akademie die Nachfolge des nach München abgewanderten Ph. Broemser antrat.[166] Mit Achelis berief die Akademie - ähnlich wie im „Fall" Fehrle - nicht nur einen überzeugten Nationalsozialisten,[167] sondern einen politischen Würdenträger des NS-Regimes: Achelis war von März 1933 bis September 1934 Ministerialrat und Personalreferent für die Universitäten im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gewesen. Wie bei Fehrle mußte der Klasse natürlich bekannt und bewußt sein, welche Entscheidung sie mit seiner Wahl traf. Auch hier erlag die Akademie der Versuchung, die

[162] Zu Wilservgl. den kurzen Nachruf in Jh. 1943/55, 64. Vgl. auch Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 300-301 (E. Becksmann/G. Rahm).

[163] Zur Berufung Wilsers auf den Lehrstuhl für Geologie und Paläontologie siehe Vezina, B., Gleichschaltung, 151f.

[164] Wilser hatte im Mai 1933 die Mitgliedschaft in der NSDAP beantragt, war jedoch erst vier Jahre später in die Partei aufgenommen worden (Vezina, B., Gleichschaltung, 151, Anm. 641). Wilser wurde in den Berufungsverhandlungen als Parteigenosse behandelt (vgl. ebd., 152, Anm. 642 und 644).

[165] Ich danke Herrn Prof. Dr. Wolgast für diesen Hinweis.

[166] Zur Berufung von Achelis siehe Vezina, B., Gleichschaltung, 160.

[167] Achelis war Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1933. (vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 160, Anm. 688). Zu den biographischen Daten vgl. Degeners Wer ist's? 10. Ausg. 1935, 4.

Beziehungen dieses Mannes auch für sich nutzbar zu machen, denn mit ihm zog die Akademie eine Person in ihre Reihen, die ihre Kontakte auf höchster Ebene geltend machen konnte. Für diese Absicht spricht, daß Achelis sehr rasch zum Sekretär der Klasse gewählt und damit zu einem Drahtzieher und Motor der weiteren Entwicklung in der Akademie wurde. Während Fehrles Einfluß sich kaum irgendwo nachweisen läßt, ist Achelis' Zugriff auf die Akademie allgegenwärtig: er war seit 1937 der eigentliche (politische) Führer der Akademie.

Obgleich Achelis' wissenschaftliche Qualifikation nicht bezweifelt werden kann,[168] verdankte er doch schon politischen Argumenten seine Berufung auf den Lehrstuhl für Physiologie, ohne daß die Fakultät befragt und beteiligt worden wäre.[169] Wenn für die Akademie die Berufungsmotivation des Dekans auch nicht maßgeblich sein konnte, so dürfte die wissenschaftspolitische Qualifikation Achelis' auch die Akademie beeindruckt haben. Die Sorge um den Fortbestand der Akademie, die seit 1935 einem steigenden Druck seitens nationalsozialistischer Parteiorganisationen ausgesetzt war, mochte für die Wahl eines Repräsentanten des Systems gesprochen haben. Freilich darf man Wissenschaftstraditionen auch bei dieser Wahl nicht unterschätzen. Immerhin gehörte Achelis' physiologischem Forschungsansatz - "er war der erste physiologische Theoretiker einer psychosomatischen Medizin"[170] - die Sympathie eines Ludolf Krehl und Viktor von Weizsäcker.[171]

Mit Achelis trat ein junger Wissenschaftler und politischer Aktivist in die Reihen der Akademie, der - auch wenn er „nicht fähig [war], etwas Häßliches zu tun"[172] - dennoch sofort daran ging, die „ehrwürdige" Anstalt im Sinne der neuen Zeit umzugestalten. Er

[168] Vgl. den Nachruf von Hans Schäfer in Jb. 1963/64, 51-53. Vgl. auch Schaefer, H./Sonntag, H.-G./Schmidt, G., Von der Physiologie zu den ökologischen Fächern, 168.

[169] Die Vorschlagsliste war durch den Dekan C. Schneider in Zusammenarbeit mit Prof. Stein, Prorektor der Universität und Vertrauensmann der Partei bei der Med. Fak., dem Führer der Junglehrerschaft Schlüter und dem Führer der NS-Studentenschaft Scheel erstellt worden (vgl. Vezina, **B.,** Gleichschaltung, 160, Anm. 689).

[170] **H.** Schäfer, Jb. 1963/64, 53.

[171] Zur Tradition der Heidelberger Medizin vgl. jetzt Schipperges, **H.,** Medizin in Bewegung.

[172] **H.** Schäfer, Jb. 1963/64, 53 unter Berufung auf nach London emigrierten Kollegen „der Zeit von 1933".

fand dabei die Unterstützung der mit ihm gewählten Parteigenossen J. Wilser und H. Vogt und des Pharmakologen Fritz Eichholtz.[173] Die Pharmakologie gehörte nicht zu den „klassischen" Disziplinen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Akademie, dennoch gab es mit R. Gottlieb und Hermann Wieland bereits zwei Vorgänger unter den ordentlichen Mitgliedern, so daß man auch hier von der Fortsetzung einer Tradition sprechen kann. Zudem darf die Pharmakologie durch ihre enge Verbindung zur Chemie als eines der theoretisch-medizinischen Fächer gelten, denen nach traditionellem Verständnis ein Platz in der Akademie gebührte.

Mit der Wahl von vier Nationalsozialisten, zu denen sich als Sympathisanten Richard Kuhn und wohl partiell auch Erdmannsdörffer[174] gesellten, hatte die Klasse die Grundlage für eine Fraktionsbildung geschaffen, die sich schon in der Sitzung vom 14. Oktober 1935 andeutete, als Eichholtz als Gegenkandidat für das Amt des stellvertretenden Sekretärs gegen V. von Weizsäcker nominiert wurde.[175] Eine Polarisation, wie sie sich in den folgenden beiden Jahren ausbildete und schließlich zur Eskalation führte, konnte nicht im Interesse der Akademie liegen. Eine bewußte Aufnahme des nationalsozialistischen Elements in die Akademie als Ausdruck und Eingeständnis der Reformbedürftigkeit und notwendigen Umwandlung der Akademie läßt sich nicht belegen. Auch das bereits bei Fehrle bemühte Motiv des „den Feind in die Mauern" zu nehmen, um ihn dadurch zu paralysieren, spielte keine Rolle. Die Mitgliedschaft der vier Genannten in der NSDAP war weder Voraussetzung noch Hinderungsgrund für die Wahlhandlungen und -entscheidungen der Klasse. Daß man die politischen Implikationen der Wahlen verdrängte, wird deutlich, wenn man diesen Wahlen die Zuwahl Carl Boschs gegenüberstellt. Die Wahl Boschs vertrug sich nämlich keineswegs mit einer etwa intendier-

[173] F. Eichholtz war seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP (vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 78, Anm. 271). Zu Eichholtz vgl. den Nachruf von Wilhelm Doerr in Jb. 1968, 56-60.

[174] Für Erdmannsdörffer war typisch eine Haltung, die Konflikten um die und in der Akademie aus dem Weg ging, um den Bestand der Akademie zu sichern (vgl. dazu die autobiographischen Aufzeichnungen Erdmannsdörffers in **HAW** 115/PA Erdmannsdörffer, 27).

[175] Sitz. Math.-nat. Klasse am 14. Okt. 1935 **(HAW** 222/7).

ten rassisch-völkischen Ideologisierung und Umwandlung der Akademie im Sinne des Nationalsozialismus.

Carl Bosch,[176] von L. von Krehl vorgeschlagen, war ein Wissenschaftler von überragendem Ruf. Bosch hatte 1931 zusammen mit seinem Kollegen F. Bergius für ihre „Verdienste um die Entwicklung chemischer Hochdruckmethoden" den Nobelpreis erhalten.[177] Mit Bosch, Vorstandsvorsitzender der IG-Farben,[178] wurde erstmals ein Mann aus der Industrie und zugleich ein Gelehrter, der zwar in Heidelberg wohnte, aber mit keinem dortigen Institut verbunden war, gewählt.[179] Die Wahl stellte somit einen weiteren Schritt zur Ausweitung der Basis dar, von der aus Mitglieder rekrutiert werden konnten: Nicht mehr die Universität Heidelberg allein war maßgebend für die Auswahl, sondern sie mußte mit außeruniversitären Forschungsinstituten (seit 1931)[180] und nun auch mit Forschungsinstituten der Industrie konkurrieren.[181] Damit wurde der nächste Schritt, ganz auf die Bindung an Heidelberg zu verzichten, vorbereitet.

Am deutlichsten widerspricht die Wahl Carl Boschs den anderen gleichzeitigen Wahlen im politisch-ideologischen Bereich. Seine Haltung zum nationalsozialistischen Regime[182] hatte er zweifelsfrei und öffentlich kundgetan durch seine Stellungnahme zur besorgniserregenden Lage der deutschen Chemie und Physik von Januar 1935[183] wie durch seine demonstrative Teilnahme an der

[176] Zu Bosch vgl. NDB 2, 1955, 478-479 (F. Klemm). Jh. 1936/40, 81-84 (Jahresbericht des Sekretärs Achelis zu der Festsitzung am 9. Juni 1940). Holdermann, K., Im Banne der Chemie. Nagel, A.v., Carl Bosch. Biographien bedeutender Chemiker, 311-319. Plumpe, G., Die I.G. Farbenindustrie, 159-161.

[177] Vgl. Les prix Nobel en 1931, 25-32, 73f.

[178] Zur I.G. Farben vgl. Plumpe, G., Die I.G. Farbenindustrie. Zur Stellung der I.G. Farben im NS-Wirtschaftssystem vgl. Hayes, P., lndustry and ideology.

[179] Unter den ao.M. waren vereinzelt schon früher Forscher aus der Industrie vertreten gewesen, so Bosch selbst seit 1924, ferner A. Bernthsen (1924), der freilich auch Honorarprofessor an der Universität Heidelberg war.

[180] Hier ist insbes. auf die Vertreter der Kaiser-Wilhelm-Institute zu verweisen: Hausser, Meyerhof, Kuhn und - bedingt - Bothe.

[181] Es folgten in den nächsten Jahren A. Mittasch (1937), F. Bergius (1941) und C. Krauch (1942), alle Chemiker und Mitarbeiter Boschs in der BASF.

[182] Vgl. dazu Holdermann, K., Im Banne der Chemie, 27lff.

[183] Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 104f. Bosch verurteilte die Übergewichtung politischer Faktoren über die wissenschaftliche Qualifikation bei der Auswahl des wissenschaftlichen Nachwuchses; um der Gefahr des Nie-

Gedächtnisfeier für Fritz Haber am 29. Januar 1935, zu der er auch einen Teil seiner Mitarbeiter bei der I.G. Farben mitgebracht hatte.[184] Daß seine Wahl zum ordentlichen Mitglied zwei Tage später keinem Zweifel unterlag, spricht für die geistige Unabhängigkeit der Akademie bei ihrer Wahlentscheidung. Eine Unterstützung des „symbolischen Protestes"[185] durch die Akademie kann hieraus jedoch nicht abgeleitet werden.

Die Betrachtung der geschilderten Fälle legt eine differenzierte Beurteilung der Wahlintentionen der Akademie nahe. Dennoch lassen sich einige generelle Aussagen machen, die das allgemeine Wahlkonzept der Akademie verdeutlichen: Die Wahlen lassen weder eine Option für noch eine Stellungnahme gegen den Nationalsozialismus erkennen; wenn in - freilich bedeutsamen - Einzelfällen eine politische Motivation die Wahlentscheidung der Akademie wesentlich beeinflußte, so blieben doch grundsätzlich wissenschaftliche Kriterien bestimmend. Hierbei zeigte sich jedoch auch ein starker und letztlich verhängnisvoller Hang, nach dem Ansehen eines Faches in der Akademie, das der Gelehrte vertrat, zu urteilen, selbst wenn hier und da Zweifel an der wissenschaftlichen Qualifikation der Gelehrten angebracht erschienen. Die Akademietradition reservierte bestimmten Disziplinen einen Platz in der Akademie. Dabei wurde vorausgesetzt, daß einem bedeutenden Gelehrten sowohl auf dem Lehrstuhl wie in der Akademie ein ebenso bedeutender Wissenschaftler nachfolgte. So erfolgten die Wahlen von H. Vogt, J. Wilser und J.D. Achelis und wohl auch F. Eichholtz „automatisch": sie beerbten ihre Vorgänger (auf dem Lehrstuhl) auch im Sitz in der Akademie. So ist es gerade dieses scheinbar „unpolitische", sich an traditionellen Mustern orientie-

dergangs der universitären Forschung zu begegnen, setzte er sich nachhaltig für die „Beibehaltung der Grundsätze und der Praxis" der zuvor bestehenden Wissenschaftsförderung an den Universitäten ein. Boschs Ansichten zum Verhältnis Wissenschaft und Staat hatte dieser bereits in einem Vortrag vor der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte im Sept. 1934 öffentlich dargelegt (vgl. Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte, 10, *Nr.51617* Okt. 1934, 21-24).

184 Vgl. dazu und auch zur ideologischen Bedeutung dieses Protestes gegen die nationalsozialistischen Eingriffe in die Wissenschaft Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 100-103. Vgl. dagegen die Verurteilung Boschs als Kapitalisten- und Faschistenfreund in: Biographien bedeutender Chemiker, 313f.

185 Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 100.

rende Wahlverhalten [186] der Akademie, das sie die Gefahr der nationalsozialistischen Unterwanderung in Kauf nehmen ließ oder schlicht unterschätzte. Erstmals griff die Akademie bei ihren Wahlen zu ordentlichen Mitgliedern über den Rahmen der Universität Heidelberg oder mit ihr in Verbindung stehender Forschungsinstitute hinaus, indem mit C. Bosch das Reservoir hervorragender Forscher in der Industrie erschlossen wurde. Dieses Ausgreifen, das in den folgenden Jahren noch größere Ausmaße annahm, durfte durchaus so verstanden werden, daß die Universität Heidelberg als Basis zu klein geworden war: Es gab an der Universität nicht mehr genügend angesehene Forscher, die einer Mitgliedschaft in der Akademie für würdig befunden wurden. Dagegen gab es keine grundlegende Veränderungen hinsichtlich der Altersstruktur. Die Linie, die bei Wahlen seit den 20er Jahren verfolgt wurde, ging ungebrochen bis zum Ende der 30er Jahre weiter.[187] Bei der Beurteilung der Wahlen von 1934/35 insgesamt ist festzustellen, daß sich auf die innere Struktur besonders der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse die Wahlen der Nationalsozialisten, die zwar noch eine Minderheit bildeten, aber im wesentlichen den aktiven Kern der ordentlichen Mitglieder ausmachten, deutlich auswirkten. Dagegen ist die Wahl C. Boschs ohne nachweisbare Folgen geblieben, zumal C. Bosch als Industrieller und seit 1937 als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft[188] ohnehin kaum die Möglichkeit hatte, an der Arbeit der Akademie in größerem Umfange teilzuhaben oder gar auf ihre Geschicke einzuwirken.

[186] Diese betont unpolitische Haltung wird in der Rückerinnerung immer wieder hervorgehoben; so z.B. von K. Engisch (Interview am 24. Okt. 1989).

[187] Von den 30 seit 1916 gewählten o.M. der Math.-nat Klasse waren bei ihrer Wahl vier 40 Jahre oder jünger, 18 bis 50 Jahre und nur zwei über 60 Jahre; einige Gelehrte waren vor ihrer Wahl zum o.M. bereits einige Jahre ao.M. In der Phil.-hist. Klasse lag infolge einer andersartigen Wahlpolitik besonders seit Mitte der 20er Jahre das Durchschnittsalter erheblich höher; für diese Klasse brachten die Wahlen ab 1936 dann tatsächlich eine Verjüngung.

[188] Zur Präsidentschaft Boschs bei der **KWG** vgl. Glum, F., Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, 486-491. Albrecht, H./Hermann, A., Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, 384-392. Bosch war „mit Wirkung vom 1. April 1936 zum Präsidenten" der **KWG** ernannt worden (vgl. Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei Heinrich Lammers an Minister ... Bernhard Rust, 8. Febr. 1936, BAR 43 II/1227, 17; zit. nach Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 202 (und Anm. 22, 335); das Amt trat er im Mai 1937 an.

Verantwortlich für das Eindringen nationalsozialistischen Geistes war vor allem das auf den Traditionen der Institution beharrende Wahlverhalten der Akademiemitglieder, das, obgleich von ihnen als unpolitisch aufgefaßt, eminent politische Auswirkungen hatte. So fand sich auch bei ehedem betont liberalen und politischen Gelehrten keine Stellungnahme gegen die Gefahr nationalsozialistischer Unterwanderung und für die Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Es fehlte in der Heidelberger Akademie der Wissenschaften eine Persönlichkeit wie Max von Laue, der mit seiner couragierten Stellungnahme die beabsichtigte Wahl Johannes Starks in die Berliner Akademie verhinderte.

Nachzutragen bleibt die Wahl des Frühgeschichtlers Ernst Wahle.[189] Nach der ideologischen Aufwertung des Faches[190] lag der Wahl des Vertreters dieser Disziplin eine gewisse Logik zugrunde. Anders als im Fall Fehrle waren mit dieser Wahl jedoch keine politischen Absichten verbunden, und die wissenschaftliche Qualität Wahles stand außer Zweifel.

Außerordentliche Mitglieder wurden zuletzt 1933 gewählt. Erst 1938/39 begann die Akademie im Hinblick auf die neuen Statuten, die Ankündigung des Jahres 1935[191] in die Tat umzusetzen, korrespondierende Mitglieder ohne geographische Beschränkung zu wählen.[192]

2.3. Das Wahlverhalten der Akademie bis zur Verabschiedung der neuen Statuten (1936-1939).

Die Prinzipien, die das Wahlverhalten bis 1939 bestimmten, folgten weitgehend denen der vorausgegangenen Wahlen. Die erstmalige Beteiligung dezidiert nationalsozialistischer Wähler läßt jedoch Unterschiede zwischen der - stärker durchsetzten - Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und der Philosophisch-historischen Klasse erkennen. Es muß freilich gefragt werden, ob sich alle Wahlen dieser Periode unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten rechtfertigen ließen. Hier sind immerhin Zweifel angebracht. In einigen dieser Fälle wurde die persönliche Beziehung

189 Zu Wahle vgl. den Nachruf von Kurt Bittel in Jb. 1982, 46-49. Kossack, G., Ernst Wahle. Gropengießer, E., Nachruf auf Ernst Wahle.
190 Vgl. dazu oben Anm. 134.
191 Vgl. dazu unten 448ff.
192 Vgl. dazu 395ff.

und Freundschaft höher bewertet als das etwaige nationalsozialistische „Potential" der Kandidaten.

Die größten Zweifel in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse begegnen hinsichtlich der Wahl des Physikers August Becker[193] in der Klassensitzung am 15. Dezember 1937. Eine Bestätigung der Gesamtakademie wurde nicht mehr eingeholt. Der neue Stil der Wahlen zeigte sich auch darin, daß bereits vor der Wahl Kontakt mit dem Kandidaten aufgenommen wurde, um seine Bereitschaft zur Mitwirkung in der Akademie zu erkunden.[194] Becker hatte als Schüler und Günstling Lenards 1935 den Lehrstuhl für Physik an der Universität Heidelberg übernommen,[195] die wissenschaftliche und geistige Abhängigkeit Beckers von dem verehrten Ph. Lenard war also evident und bekannt;[196] so war Becker von Lenard auch für politische Funktionen vorgeschlagen worden.[197] Der Platz des Physikers war in der Akademie mit W. Bothe glänzend besetzt. Da die Doppelbesetzung einer Disziplin bisher nur ausnahmsweise vorgekommen war, bestand objektiv keine Notwendigkeit, einen weiteren Physiker in die Akademie zu wählen. Die Wahl A. Beckers steht somit in einem gewissen

[193] Zu Becker vgl. Bandow, F., Aug. Becker zum 60. Geburtstag und den Nachruf von 0. Haxe! in Jh. 1943/55, 149-150. Haxe! hebt Becker als Vertreter der experimentellen Physik hervor.

[194] Vgl. Jh. 1936/40, 13; HAW 211/3.

[195] Dazu vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 151. Becker war Mitglied der NSDAP seit dem 1. Jan. 1934, des NS-Dozentenbundes seit dem 1. Jan. 1937 und der SS seit dem 18. Sept. 1933. (ebd. Anm. 639; vgl. UAH B-3099/PA Becker). Vgl. ferner Mußgnug, D., Anhang zu Freudenbergs Lebenserinnerungen, 176. Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 333, Anm. 4 nennt irrtümlich (hier Beckers eigenen Angaben vom 10. März 1946 folgend) das Jahr 1940 als Beckers Beitrittsjahr zur Partei.

[196] Vgl. dazu etwa den von Becker hrsg. Band Naturforschung im Aufbruch, bes. 5f. Vgl. ferner Becker, A., Das Philipp Lenard-lnstitut und Ders. (Hg.), Philipp Lenard und seine Schule. Vgl. insbes. auch die Petition Beckers vom 10.März 1946, in der er selbst seine Abhängigkeit von Lenard - freilich mit apologetischen Absichten - darstellt (UAH B-3099/PA Becker).

[197] A. Becker wurde, obgleich er nicht als „politisch radikal" (Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 196) galt, von Lenard als wissenschaftlicher Berater für den „Völkischen Beobachter" vorgeschlagen (Lenard an Rosenberg, 9. Jan. 1936. In: Poliakov, L./Wulf, J., Das Dritte Reich und seine Denker, 295). In das erweiterte Gremium sollte auch H. Vogt aufgenommen werden. Lenard charakterisiert seine Kandidaten als überzeugte Nationalsozialisten, die in diesem Sinne auch schon kräftig gewirkt hätten.

Gegensatz zur Mitgliedschaft Bothes; sie wurde initiiert von seinen Parteifreunden.[198] Trotz der Fülle der nationalsozialistischen Verflechtungen stellte Becker eher den harmlosen, geleiteten und leitbaren Typ des Wissenschaftlers dar,[199] von dem keine Eigeninitiative in Hinblick auf die (Aus-)Gestaltung der Akademie zu erwarten war, der sich jedoch andererseits willig dem Vorgehen seiner Freunde anschloß.

Die Gruppe der mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Gelehrten in der Akademie wurde darüberhinaus durch die ebenfalls am 15. Dezember 1937 durchgeführten Wahlen Kurt Goerttlers, Ernst Rodenwaldts und August Seybolds erweitert.

Der Anatom Kurt Goerttler2°[0] war 1935 Erich Kallius auf dem Heidelberger Lehrstuhl nachgefolgt.[201] Sein wissenschaftlicher Ruf steht außer Zweifel, eine Persönlichkeit, die „unerbittlich eine ganz ernste Arbeit"[202] verlangte, geprägt vom Ethos des Wissenschaftlers ohne erkennbare ideologische Einfärbung. Seine Berufung in die Akademie auf den freigewordenen - und der Anatomie vorbehaltenen - Platz seines Amtsvorgängers war daher nicht nur aus wissenschaftstechnischen Gründen folgerichtig und gerechtfertigt.

Durch den Austritt Ludwig Josts[203] war der Platz des Botanikers - auch die Botanik war obligatorisches Fach in der Akademie seit ihrer Gründung - neu zu besetzen. Es gleicht einer Ironie des Schicksals, daß der von L. Jost abgelehnte August Seybold[204] ihn auch in der Akademie beerbte. Wenngleich eine engere Verbin-

[198] Hier darf man vor allem Heinrich Vogt als Anreger vermuten, der über die Person Lenards als Lehrer und Förderer in engster Verbindung mit Becker stand (vgl. dazu Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 196).

[199] Zu den menschlichen Eigenschaften Beckers vgl. etwa 0. Haxe!, der ihn als liebenswert, bescheiden und immer hilfsbereit charakterisierte. „Keine Aufgabe war dem stets hilfsbereiten Mann zu gering ..., der für eine rauhe Welt vielleicht allzu gütig und bescheiden war..." (Jh. 1943/55, 150); deutlich wird hier freilich auch seine Beschränktheit. Die Selbstcharakteristik Beckers geht in die gleiche Richtung: er sei während seines ganzen Lebens zu schwach gewesen, sich vom Einfluß Lenards zu befreien, und der Partei nur unter Druck beigetreten (Gesuch A. Beckers vom 10. März 1946, UAH B-3099/PA Becker).

[200] Zu seiner wissenschaftlichen Würdigung vgl. W. Doerr in Jb. 1984, 112-116.

[201] Vezina, B., Gleichschaltung, 16lf. Goerttler war Mitglied der NSDAP seit dem 1. Mai 1933 (ebd. Anm. 697).

[202] Jb. 1984, 114 (Doerr).

[203] Siehe dazu unten 419f.

[204] Vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 147f.

dung Seybolds zu Parteiorganisationen nicht nachweisbar ist,[205] erscheint seine positive Stellung zum Regime doch unzweideutig: Immerhin stellte er sich für einen Vortrag über „Die Gemeinschaftsarbeit physikalischer und biologischer Forschung - eine Aufgabe der deutschen Wissenschaft!" anläßlich der Einweihungsfeier des Philipp Lenard-lnstituts am 14. Dezember 1935 zur Verfügung.[206] Unter dem Stigma der kritischen Ablehnung Seybolds durch Jost drängt sich aber auch bei diesem neuen Akademiemitglied der Eindruck einer nur minderen wissenschaftlichen Qualifikation auf, Zweifel, die sich auch durch den weiteren wissenschaftlichen Werdegang Seybolds nicht ganz unterdrücken lassen.[207]

Mit Seybold und Goerttler traten wiederum zwei Vertreter der jüngeren Forschergeneration zu den Mitgliedern der Akademie, die für ein Programm der aktiven Forscherarbeit im Rahmen der

[205] Vgl. dazu die Bemerkungen von Vezina, B., Gleichschaltung, 148, Anm. 621: Seybold war nicht Parteimitglied; in den Personalakten ist die Seite mit den Angaben über Mitgliedschaften in NS-Vereinigungen herausgerissen! Bemerkenswert ist immerhin die rasche wissenschaftliche Karriere des jungen Privatdozenten nach 1933, die dem 32jährigen das Ordinariat für Botanik in Heidelberg eintrug. Die Feststellung, Seybold sei „ein ausgesprochener Gegner des nazistischen Systems" gewesen, der aus „seiner politischen Einstellung nie ein Hehl" gemacht habe (Werner Rauh, zit. im Nachruf auf A. Seybold von E. Bünning, Jh. 1966/67, 44), erscheint zumindest für die ersten Jahre der NS-Herrschaft sehr gewagt.

[206] In: Naturforschung im Aufbruch, 55-60. Abgesehen von einleitenden und abschließenden Bemerkungen (etwa die - gesperrt gedruckten - Sätze „Die deutsche Naturforschung steht am Scheideweg: wir können einen westeuropäisch-amerikanischen Wissenschaftsbetrieb erhalten - oder wir vermögen deutsche Forschung zu gestalten" oder „Die ersehnte Gemeinschaftsarbeit kann naturgemäß nur schöpferischen Menschen vorbehalten bleiben - sie muß schöpferische Freundschaft von Führernaturen sein" (ebd., 60) steht dieser wortreiche, aber wenig inhaltsschwere Vortrag nicht unter nationalsozialistischen Vorzeichen. Er ist geprägt von einem „romantischen" Wissenschaftsideal im Geiste des 19. Jahrhunderts und formuliert ein entschiedenes Bekenntnis zur „Einheit der Wissenschaft", die nur durch interdisziplinäre Forschung ("Gemeinschaftsarbeit") zur wahren Erkenntnis (ganzheitlicher Zusammenhänge) kommen könne. Charakteristisch ist dabei eine Fixierung auf die Leistungen „großer" Naturforscher vergangener Zeiten (hierin Lenards Betrachtungsweise in dessen „Große Naturforscher" von 1929 nicht unähnlich).

[207] Zur wissenschaftlichen Würdigung Seybolds vgl. E. Bünning in: Jb. 1966/67, 43-45, der zurückhaltend andeutet, daß die neuen Entwicklungen der Botanik an Seybold vorübergingen.

Akademie gegen das Erscheinungsbild einer reinen Honoratiorenakademie standen. Zugleich war dies Ausdruck des Willens der Akademie, allen Vorwürfen zu begegnen, an den Erfordernissen der Zeit und ihren Ansprüchen an die Akademie vorbeizugehen. **Mit A.** Becker und E. Rodenwaldt wurden dagegen Wissenschaftler gesetzteren Alters zugewählt. Mit Rodenwaldt[208] versicherte sich die Akademie auch der Dienste eines Mannes, der seine Wissenschaft unter die Betrachtungsweise der Rassenideologie zu stellen bereit war.[209] Als Nachfolger von Emil Gotschlich auf den Lehrstuhl für Hygiene und Mikrobiologie berufen,[210] war Rodenwaldt - obgleich kein Parteimitglied - ein anerkannter Repräsentant der „Rassen- und Kriegshygiene", die er auch in Lehrveranstaltungen[211] und Akademievorträgen[212] vertrat. Die Absicht, eine ausgesprochen zeittypische Spielart einer Wissenschaft zu propagieren, läßt sich bei seiner Wahl nicht nachweisen. Vielmehr wird auch hier das gleichsam „genealogische" Denken der Akademie deutlich, das den direkten Nachfolger im Institut auch den Akademieplatz beerben läßt.

Mit vier Gelehrten, die der nationalsozialistischen **W**eltanschauung nahe standen, hatte die „NS-Fraktion" eine Mehrheit unter den Klassenmitgliedern der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gefunden. Daß jedoch vordergründig keineswegs nach Maßgabe ihres Verhältnisses zu Partei und Parteiideologie gewählt wurde, zeigen die beiden weiteren Wahlen der Dezembersitzung 1937.

Alwin Mittasch[213] war langjähriger Mitarbeiter Carl Boschs bei

[208] Zu Rodenwaldt vgl. Rodenwaldt, E., Ein Tropenarzt erzählt sein Leben. Zu seiner Würdigung vgl. den - oberflächlichen - Nachruf von H. Habs in Jh. 1966/67, 41-43, unkritisch Jusatz, H.J., Ernst Rodenwaldt, 23-51.

[209] Becker, S./Becker-von Rose, P./Laufs, B., Einblicke in die Medizin während des Nationalsozialismus, 320-323.

[210] Vezina, B., Gleichschaltung, 161, vgl. dort auch Anm. 691.

[211] Vgl. dazu Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 395, 398. Becker, S./Becker-von Rose, P./Laufs, B., Einblicke in die Medizin während des Nationalsozialismus, 322. Zur „Rassenhygiene" vgl. jetzt allg. Proctor, **R.N.,** Racial Hygiene.

[212] Vgl. Sitz. vom 8. Febr. 1939 über „Neuere Auffassungen über Erkennung und Bekämpfung der Kriegsseuchen" (vgl. dazu SB HeidA**W,** Math.-nat. Klasse, Jg. 1939, Abh. 2).

[213] **HAW** 115/PA Mittasch. Zu Mittasch vgl. Ostwald, **W.,** Alwin Mittasch zum 60. Geburtstag. Nagel, A.v., Alwin Mittasch.

der BASF.[214] Seit seiner Emeritierung Ende 1933 beschäftigte er sich überwiegend mit Betrachtungen zur Geschichte und Philosophie der Chemie. Die Wahl des fast 68jährigen darf vor allem als späte Ehrung des bedeutenden Chemikers (sein Hauptwerk galt der Ammoniaksynthese) gelten, eine neue Impulse gebende Mitarbeit durfte man von ihm nicht mehr erwarten. Seine Wahl stand somit im Gegensatz zu dem (noch nicht fixierten) Prinzip, eine aktive Forschungsakademie zu schaffen. Das gleiche gilt auch für Curt Oehme.[215] Mit ihm wählte die Akademie im Grunde einen Vertreter außerhalb des Bereichs „akademiefähiger", d.h. theoretischer Disziplinen, nämlich der praktisch-anwendungsorientierten Inneren Medizin. Die Wahl Oehmes in einem Bezug zu dem Fächerkanon der Akademie zu sehen, fällt schwer, auch wenn der zeitliche Zusammenhang zum Tode Ludolf von Krehls, der Oehme nach Heidelberg geholt hatte, aber auch die Verwandtschaft zu dem ärztlichen Tätigkeitsfeld Viktor von Weizsäckers auffällig ist. Krehl galt in der Akademie aber eher als Pathologe und V. von Weizsäcker als Neurologe, letzterer konnte zudem als aktives Mitglied auch gar nicht „beerbt" werden. Die Wahl eines Praktikers mußte als große Ausnahme gelten. Daß man sich über die Ignoranz anwendungsorientierter Fächer hinwegsetzte, dürfte zumindest erleichtert worden sein durch ein zeitbedingt gewandeltes Verständnis und andere Bewertungskategorien dieser Disziplinen: Dem nationalsozialistischen Wissenschaftsverständnis waren rein theoretische Wissenschaften eher „verdächtig"; gefordert wurde in allen Bereichen eine Bezugsetzung der Wissenschaft und Forschung auf die Anwendemöglichkeit, auf den Nutzen zum Wohle des Volkes.[216] Der medizinischen Versorgung kam dabei zentrale Bedeutung zu, das Ansehen der praktischen Medizin im Wissenschaftsgefüge wurde gefördert. Von systematischer naturwissenschaftlich ausgerichteter medizinischer Forschung ausgehend, vertrat auch Oehme eine Medizin, die sich „dem Menschen wieder in seiner Ganzheit als ihrem eigentlichen Gegenstand und Mittelpunkt zuwendet", um den Kranken „als Einheit von Leib und

[214] Vgl. dazu Biographien bedeutender Chemiker 312, 315f. Vgl. auch Mittasch, A., Fünfzig Jahre Dienst an der Katalyse, bes. 461f.

[215] Zu Oehme vgl. den Nachruf von **K.H.** Bauer in Jb. 1963/64, 53-55. Vgl. ferner Bahner, F., Curt Oehme †.

[216] Zum nationalsozialistischen Wissenschaftsverständnis vgl. oben Anm. 5.

Seele-Geist ... zu begreifen".[217] Als Vertreter einer psychosomatischen Medizin traf er sich mit seinen Freunden von Krehl, von Weizsäcker und Siebeck.[218] Der bedeutende Arzt ließ sich in seinem Menschenbild und Handeln auch nicht von den „Realitäten" des Zeitgeistes korrumpieren, wie so viele seiner Kollegen. Als integer gebliebene Persönlichkeit konnte er entscheidende Hilfen beim Wiederaufbau seiner Disziplin wie in der Akademie nach 1945 leisten.[219]

Die schließlich 1939 erfolgte Wahl des Pathologen Alexander Schmincke[220] war nach dem Tode L. von Krehls und Paul Ernsts wieder eine „Nachfolger"-Wahl und als solche längst überfällig. Der Wahl[221] des bereits im 62. Lebensjahr stehenden Schmincke haftet tatsächlich manches vom Charakter einer „Stellvertreterwahl" an, wobei es mehr um das Fach an sich als um die Person ging.[222] Schmincke dürfte dies ebenso empfunden haben. Er hat sich in der Akademie auch nie zu Hause gefühlt, er ging lieber zu einer Sportveranstaltung seiner Studenten als zu einer Akademiesitzung.[223] Schmincke hat nie einer Akademiesitzung beigewohnt; er begründete dies mit Verpflichtungen im Institut auch samstag-

[217] Zitat nach **K.H.** Bauer, Curt Oehme in Jb. 1963/64, 54.

[218] Ebd. Siehe dazu auch die Adresse an Curt Oehme zum 70. Geburtstag am 17. Dez. 1953 (Entwurf von R. Siebeck vom 4. Dez. 1953), 3 (HAW 115/PA Oehme). Vgl. auch Jacob, **W.,** Medizinische Anthropologie, 156.

[219] Vgl. **K.H.** Bauer in Jb. 1963/64, 55. Oehme war Präsident der Akademie von 1951-1953.

[220] Zu Schmincke vgl. Randerath, E., Alexander Schmincke, 22-23. Ders., Alexander Schmincke, 142-143 und den Nachruf in Jh. 1943/55, 177-178.

[221] Die Wahl erfolgte mit Wahlzetteln unter dem 25. Mai 1939 (HAW 211/3) einstimmig. Eine Reaktion Schminckes auf die seiner Wahl vorausgegangene Anfrage findet sich in den Akten nicht. Sein knappes Dankschreiben für die Wahl datiert vom 30. Mai 1939.

[222] In einem Schreiben Freudenbergs an Panzer vom 5. Nov. 1946 wird dies als Grund für Schminckes Zurückhaltung gegenüber der Akademie angedeutet: „Andererseits hat Schmincke sich nie um die Akademie gekümmert u[nd] wie ich höre, nie einer Sitzung beigewohnt. Das soll auf einen Verdruß zurückgehen. Dessen Ursache war, daß er erst nach dem Tode von Prof. Ernst gewählt wurde ...".

[223] Vgl. Schmincke an Achelis, 23. Juli 1943 **(HAW** 223/1). Dazu auch die Hinweise auf den begeisterten Sportler bei Randerath, E., Alexander Schmincke, 23; Jh. 1943/55, 178.

nachmittags.[224] Nach ihren Statuten wäre die Akademie eigentlich verpflichtet gewesen, Schmincke in die Reihe der korrespondierenden Mitglieder zu überführen, ein Gedanke, den Schmincke selbst nahelegte. Sie unternahm jedoch im Fall Schmincke nichts dergleichen; in der Kriegszeit war ein Pochen auf die Präsenzpflicht ohnehin aussichtslos, und nach der Wiedereröffnung der Akademie 1946 durfte sich Schmincke zu den entpflichteten Mitgliedern zählen_22s

Neue Wege beschritt die Philosophisch-historische Klasse in ihrem Wahlverhalten 1936-1939. Von den sechs neugewählten Mitgliedern vertrat nur Karl Preisendanz mit der Paläographie und Papyrologie eine Disziplin, die sich dem alten Fächerkanon historisch-(alt)philologischer Wissenschaften einfügte. Alle anderen Fächer waren durch ordentliche Mitglieder in der Akademie erstmalig vertreten. Dabei profitierten die neuere Kunstgeschichte (H. Schrade) und die Romanische Philologie (E. Winkler) von einer Entwicklung, die auch jüngere historisch-philologische Fächer erstmalig berücksichtigte. Die Tendenz auch zu den neuphilologischen Fächern war bereits Ende der 20er Jahre mit der Wahl Fr. Gundolfs eingeleitet und mit der Wahl des Anglisten Hoops fortgeführt worden. Die Wahl eines Romanisten war daher nicht überraschend. Der Vertreter des Faches, Emil Winkler,[226] galt nicht als

[224] Vgl. Schmincke an Achelis, 23. Juli 1943 **(HAW** 223/1): „Es drängt sich hier alles so in der Zeit, bes[onders] Sa[mstag] nachmittags. Das ist auch der Grund, dass ich nicht zu den Akademiesitzungen erscheinen kann. Ich bin in der Regel Sa[mstag]nachm[ittag] noch im Institut um die Sitzungszeit notwendig. Ich habe das immer bedauert, mich auch gefragt, ob unter diesen Umständen eine weitere Mitgliedschaft in der Akademie für mich in Frage kommt ..."

[225] Die Akademie umging das Präsenzproblem, indem sie Schminckes Verhalten seiner Bescheidenheit und Zurückhaltung zuschrieb, offenbar einem dominanten Charakterzug Schminckes: Schmincke habe bei wichtigen wissenschaftlichen Entdeckungen entscheidend mitgewirkt,jedoch den Ruhm - bescheiden im Hintergrund stehend - anderen überlassen: „Schmincke war die Förderung des Wissens und der Erkenntnisse wichtiger, als die Frage, an welchen Namen die Vertiefung unserer Erkenntnisse geknüpft war." Hinter Schminckes Verhalten verbirgt sich jedoch eher verletztes Selbstempfinden, sowohl was Prioritätsrechte bei wissenschaftlichen Entdeckungen als auch was die Zugehörigkeit zur Akademie anbetrifft. Der Enttäuschte zieht sich zurück und bleibt den Gelehrtenzirkeln fern: „Er besuchte selten Kongresse" - und nie eine Akademiesitzung. Vgl. dazu die Charakterisierung Randeraths in Jh. 1943/55, 178, vgl. auch Randerath, E., Alexander Schmincke, 23.

[226] Zu Winkler vgl. Jh. 1941/42, 24-26.

„nazifreundlich";[227] er folgte bereits 1938 einem Ruf nach Berlin und trat damit unter die auswärtigen Mitglieder. Die Akademie verlor in ihm einen bedeutenden Forscher, dessen geistige Struktur den Bedürfnissen der Akademie entgegen kommen mußte: ein unruhiger, ,,mit keiner Antwort zufriedene[r]" Frager, geprägt von „Wahrheitsstreben", ,,Hilfsbereitschaft", ,,liebenswerter Güte" und „warmer Menschlichkeit".[228]

Gleichzeitig mit Winkler waren der Alttestamentler Gustav Hölscher und der Kunsthistoriker Hubert Schrade gewählt worden.[229] Mit Schrade[230] wählte die Klasse zum zweiten Male einen überzeugten Nationalsozialisten und wiederum einen Gelehrten von fragwürdigem wissenschaftlichen Ruf,[231] noch bevor er A. Grisebach auf dem Lehrstuhl für Kunstgeschichte beerbte.[232] Kunstgeschichte betrieb Schrade als Bekenntnis zum Nationalsozialismus, das altdeutsche Kunstwerk wurde zum „Sinnbild" deutschen Wesens stilisiert.[233] Als Aufgabe setzte sich Schrade, die „Bedingt-

[227] Seine Berufung nach Heidelberg wäre beinahe an dem negativen politischen Gutachten gescheitert. Vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 134, bes. Anm. 548 (nach GLA 235/29888). Im Nachruf wird er u.a. ,,wegen seiner aufrechten, unerschrockenen politischen Haltung", die ihn schweren Anfechtungen aussetzte, gerühmt (Jh. 1941/42, 24); ob dieses Lob aus dem Munde Panzers uneingeschränkt positiv aufzufassen ist, muß dahin gestellt bleiben. Eine „konservativ-profaschistische Grundhaltung" wird ihm in Die Berliner Akademie der Wissenschaften, Teil lll, 275 bescheinigt.

[228] Jh. 1941/42, 26.

[229] Sitz. Phil.-hist. Klasse, 27. Mai 1936 (HAW 322/2).

[230] Zu Schrade vgl. Hofmann, K.-L./Präger, Ch.W., ,,Volk, Rasse, Staat und deutscher Geist", 340-344. Vgl. auch den apologetischen Nachruf von Hans Holländer.

[231] Als dem Nationalsozialismus verschriebenen, aber „profilierten Vertreter" seines Faches, der als solcher ,,später zu hohem Ansehen" gelangte, charakterisiert Boockmann die wissenschaftliche Bedeutung Sehrades (vgl. Boockmann, H., Der Historiker Hermann Heimpel, 19). Die Festschrift für H. Schrade zum 60. Geburtstag, in der viele namhafte Gelehrte den Jubilar durch Beiträge ehrten, mag diese Sicht für die 50er und 60er Jahre stützen (vgl. Das Werk des Künstlers. Studien zur Ikonographie und Formgeschichte).

[232] Dazu Vezina, B., Gleichschaltung, 142; Schrade war ein besonderer Günstling des Rektors Groh. Schrade hatte sich 1926 bei C. Neumann über „Das Weltgericht in der deutschen und niederländischen Kunst des ausgehenden Mittelalters" habilitiert (vgl. auch UAH H-IV-102/149, Nr. 14a).

[233] Zu Sehrades nationalsozialistischer Kunstgeschichtsauffassung vgl. Dilly, H., Deutsche Kunsthistoriker 1933-1945, 72-76. Als besonders „zeitgemäß" erscheinen Sehrades Publikationen „Das deutsche Nationaldenkmal" (1934)

heiten der Kunst durch Rasse, Volk und Staat" offenzulegen und eine neue „Anschauung" von Kunst, die tatsächlich nationalsozialistisch und nicht mehr bürgerlich sei, zu begründen.[234] Die „Daseinsnotwendigkeit der Kunst" wurde gerade auch im Hinblick auf die Erziehung des Volkes im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung gesehen. Kunst sei Ausdruck nationalsozialistischen Wollens, wie Schrade es in den Nürnberger Bauten[235] oder im Schlageterdenkmal[236] als Verkörperung von „Wesenhaftigkeit" und „Sinnhaftigkeit"[237] verwirklicht sah. In der von Schrade begründeten und herausgegebenen Zeitschrift „Das Werk des Künstlers", die 1939/40 im 1. Jahrgang erschien, aber bereits mit dem 2. Jahrgang 1941/42 ihr Erscheinen einstellen mußte, publizierten dagegen Kunsthistoriker von Rang und Namen ohne erkennbare ideologische Ausrichtung. Programmatisch trat Schrade hier für eine eher funktionalistische Betrachtungsweise von Kunst ein, nämlich „Lebenssinn" und „Aufgabe" des Kunstwerkes zu entschlüsseln.[238] Mit seiner ikonographischen Forschungsrichtung, die ihren Schwerpunkt in der Kunst des Mittelalters hatte, traf er sich mit den Interessen E. Fehrles und F. Panzers. Diese dürften auch die Wahl Sehrades in die Klasse eingebracht haben.[239] Schrade blieb in der Akademie ohne große Wirkung, schon allein dadurch, daß er bereits 1940 Heidelberg verließ und auch bei seiner Reaktivierung als ordentliches Mitglied 1943 von Straßburg aus wenig Einflußmöglichkeiten besaß.[240] Nach 1945

(das Buch wurde noch 1934 vom Propagandaministerium durch Aufnahme unter die „Bücher des Monats" ausgezeichnet; vgl. Dilly, H., Deutsche Kunsthistoriker 1933-1945, 73) und „Schicksal und Notwendigkeit der Kunst" (1936), die sich beide mit dem Verhältnis von Staat und Kunst auseinander setzen. „Schicksal und Notwendigkeit der Kunst" wurde als Bd. 4 in der von Ernst Krieck herausgegebenen Reihe „Weltanschauung und Wissenschaft" veröffentlicht. Als weitere Schriften wären in diesem Zusammenhang zu nennen: „Das Problem der Thingstätte" und „Über die Fortführung der Bauten auf dem Reichsparteitag-Gelände", beide erschienen in E. Kriecks Zeitschrift Volk im Werden (Jg. 4, 1936).

234 Schrade, H., Schicksal und Notwendigkeit der Kunst, 10.

235 Ebd., 174f.

236 Schrade, H., Das deutsche Nationaldenkmal, 7ff.

237 Ebd., 11.

238 Das Werk des Künstlers, 1. Jg., 1939/40 lf.

239 Ein Wahlvorschlag befindet sich nicht in den Akten der Akademie.

240 Immerhin hielt Schrade am 22. Jan. 1938 (Ges.sitz.) einen Vortrag über „Die

wurde er nicht wieder unter die Mitglieder aufgenommen, ohne daß sich Diskussionen wie im Fall Fehrle ergeben hätten.

In einem ganz anderen Licht steht die Wahl Gustav Hölschers, eines „Alttestamentler kritischen Kalibers, ... entschlossen, auf seinem Gebiet keinen vorschnellen Unfug zu dulden",[241] der eben aus Bonn nach Heidelberg zwangsversetzt worden war.[242] Gustav Hölscher hatte sich bereits im Juli 1933 als entschiedener Anhänger Karl Barths in seinem Kampf für die „Freiheit des Evangeliums" und gegen den Pakt der evangelischen Kirche mit Hitler offenbart.[243] Das Bemühen Martin Dibelius' in seinem Wahlantrag, Gustav Hölscher als „Opfer" einer „Kollektiv-Maßregel" und als im Grunde unpolitischen Menschen darzustellen,[244] ist nur insofern gerechtfertigt, als Hölscher keiner politischen Partei angehörte, ansonsten aber, wie seine Beziehung zu Barth zeigte, durchaus kirchenpolitisch dachte.[245] Mit der Zwangsversetzung Hölschers nach Heidelberg wurde an der theologischen Fakultät eine Situation geschaffen, die aufgrund geregelter Berufungsverhandlungen kaum hätte zustandekommen können.[246] So kam nicht nur ein hochbedeutender Wissenschaftler nach Heidelberg, sondern auch

Natur in der deutschen Kunst um 1800", am 25. Juni 1938 einen Vortrag über „Die mittelalterlichen Kaiserpfalzen" und am 29. Apr. 1944 über „Gott und Mensch in der spätmittelalterlichen Kunst". In den SB hat er nicht veröffentlicht.

241 Karl Barth über Hölscher in einem Brief an E. Thurneysen, zit. nach Busch, E., Karl Barths Lebenslauf, 214. Zu Hölschervgl. Hölscher, G., Gelehrter in politischer Zeit. Vgl. auch NDB 9, 1972, 334 (G.Ch. Macholz) und den Nachruf in Jh. 1955/56, 24-26 (A. Falkenstein).

242 Zu den Bonner Ereignissen vgl. bes. Bizer, E., Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919 bis 1945, bes. 258 (Zwangsversetzung Hölschers). Vgl. ferner Prolingheuer, H., Der Fall Karl Barth. Goeters, J.F.G., Karl Barth in Bonn 1930-1935, hier bes. 145-150.

243 Vgl. Busch, E., Karl Barths Lebenslauf, 241, ferner 144f.: Hölscher als Mitglied eines Kreises um Barth bei der „Erörterung der kirchlich-theologischen Lage" ab Nov. 1933.

244 Dibelius an Panzer, 29. Jan. 1936 **(HAW** 311/3).

245 Vgl. dazu auch Siegele-Wenschkewitz, L., Die Theologische Fakultät im Dritten Reich, 529: „1933 hatte Hölscher gemeinsam mit Karl Barth für die Gruppe Evangelium und Kirche bei den Kirchenwahlen kandidiert, die sich gegen die Deutschen Christen formiert hatte."

246 So würdigte am 21. Juli 1945 auch der Vorbereitungsausschuß der Theo!. Fak. Hölschers „Berufung" als großes Glück (Siegele-Wenschkewitz, L., Die Theologische Fakultät im Dritten Reich, 532).

ein Gelehrter, der das liberale und bekenntnischristliche Element in der Fakultät verstärkte.[247]

In Dibelius, W. Köhler und H. Ranke fand Hölscher seine Fürsprecher in der Akademie.[248] Läßt sich auch die alttestamentliche Theologie als historische Disziplin in den klassischen Fächerkanon der Akademie einfügen, so verlor die Wahl unter dem fachlichen Aspekt ihre Besonderheit - die sie zweifellos im personalen Bereich behielt - noch mehr dadurch, daß bei Hölscher gerade seine Qualifikation als Orientalist und nicht als Theologe in der Begründung besonders angeführt wurde: ,,Ferner möchte ich hervorheben, daß wir schon längst uns nach einem Orientalisten sehnen. Wir hätten nun in dem philologisch und auch landeskundlich sehr beschlagenen Herrn Hölscher einen Mann, der diese Lücke ausfüllt",[249] wobei Hölscher als „Gelehrtenpersönlichkeit" höchsten Ranges zu gelten habe. Daß der Wahlvorschlag Hölscher einige Brisanz enthielt, kam darin zum Ausdruck, daß Dibelius am 29. Januar 1936 noch einmal dazu Stellung nehmen mußte. Er betonte dabei, daß Hölscher inzwischen in die Fakultät vollständig integriert sei; in diesem Zusammenhang ist auch seine Bewertung der Person Hölschers als ,,unpolitisch" zu sehen. Hölscher hat nach seiner Wahl zusammen mit seinen Fachkollegen Köhler und Dibelius eine bedeutsame Rolle in der Ausprägung des „inneren"

[247] Zu den Umständen der „Berufung" Hölschers nach Heidelberg vgl. auch das Schreiben Hölschers an den Rektor der Universität (Bauer), 24. Nov. 1945 (UAH B-3099/PA Hölscher), ferner Vezina, B., Gleichschaltung, 121; Siegele-Wenschkewitz, L., Die Theologische Fakultät im Dritten Reich, 529f. Erstaunlicherweise wurde Hölschers Versetzung nach Heidelberg selbst von dem nationalsozialistischen Dekan Odenwald als „Gewinn" für die Fakultät gedeutet, dessen Verbleib in Heidelberg besonders „im Blick auf Basel ... erwünscht" sei. Die Situation an der Fakultät im Jahre 1936 beschreibt sehr anschaulich Helmut Thielicke, Zu Gast auf einem schönen Stern, 108ff. Deutlich wird hier vor allem die Geistesverwandtschaft der drei „alten »berühmten Männer«" der Fakultät, Dibelius, Köhler und eben Hölscher: sie „standen innerlich auf der Bekenntnisseite, hielten sich aber aus den unmittelbaren Kontroversen heraus". Dies darf als Hinweis darauf gelten, daß Hölscher sein kirchenpolitisches Engagement in Heidelberg nicht in dem in Bonn geübten Maße fortführte.

[248] Dibelius an Hoffmann, 5. Dez. 1935 **(HAW** 311/3). Es ist völlig abwegig, den Dekan der Theo!. Fak. (Odenwald) mit der Berufung Hölschers in die Akademie in Verbindung zu bringen (so Siegele-Wenschkewitz, L., Die Theologische Fakultät im Dritten Reich, 538).

[249] Dibelius an Hoffmann, 5. Dez. 1935 (HAW 311/3).

Lebens der Akademie gespielt,[250] auch indem er Themen vortrug, die so gar nicht dem Geist der Zeit entsprechen wollten.[251]

Die Rechtswissenschaften waren bisher in der Akademie ausschließlich durch ihre historischen Fächer vertreten, die Deutsche Rechtsgeschichte und das Römische Recht. Es zeugt von einer gewandelten Einstellung, wenn nun auch anwendungsorientierte Disziplinen Berücksichtigung fanden. Neben der klinischen Medizin betraf dies hauptsächlich die Rechts- und Staatswissenschaften. Es ist daher bemerkenswert, wenn 1937 gleich zwei Juristen zu ordentlichen Mitgliedern gewählt wurden, die eine „praxisnahe" Rechtswissenschaft vertraten. Diese Tendenz sollte in den folgenden Jahren weiter ausgeweitet werden.

Karl Bilfinger2[252] war zum 1. April 1936 auf den Lehrstuhl für öffentliches Recht (als Nachfolger von Gerhard Anschütz) berufen worden, wobei seine Parteimitgliedschaft2[253] keinerlei Rolle gespielt hatte, ebensowenig bei der fast postwendend erfolgten Wahl in die Akademie. Die Tendenz, junge Gelehrte in die Akademie zu wählen, wurde sowohl bei dem bereits 58jährigen Bilfinger als auch bei Hölscher durchbrochen. Es zählte allein die wissenschaftliche Potenz, der man sich so bald als möglich versicherte. Jugend und wissenschaftliches Ansehen deckten sich dagegen bei Karl Engisch,[254] der zum Sommersemester 1934 als Nachfolger Gustav

[250] Zur Würdigung Hölschers vgl. A. Falkenstein in: Jh. 1955/56, 24-26.

[251] Vorträge am 1. Dez. 1937 über „Quellen und Hintergrund der Mosesagen", am 1. Nov. 1939 über „Das Problem der hebräischen Metrik", am 3. Febr. 1940 über „Die Hohenpriesterliste bei Josephus und die evangelische Chronologie" (vgl. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1940, 1. Abh.), am 13. Dez. 1941 über „Die Anfänge der hebräischen Geschichtsschreibung" (vgl. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1941, 4. Abh.), am 8. Dez. 1943 über „Drei Erdkarten der Hebräer" (vgl. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1941, 1. Abh.), und am 27. Jan. 1945 über „Nikolaus von Cues und der Islam".

[252] Zu Bilfinger vgl. den Nachruf in Jh. 1958/59, 63-66 (0. Gönnenwein). Mosler, H., Carl Bilfinger t.

[253] Bilfinger war seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Zu seiner Berufung vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 126f.

[254] Zu Engisch vgl. Jb. 1991, 104-107 (A. Hollerbach); vgl. ferner Klug, U., In Memoriam Karl Engisch 1899-1990 und Kaufmann, A., In memoriam Karl Engisch. Karl Engisch interpretiert die ihn zum damaligen Zeitpunkt überraschende Wahl mit dem Bestreben der Akademie nach Verjüngung des Mitgliederbestandes (mündliche Auskunft Prof. Engisch vom 24. Okt. 1989); vgl. dazu oben Anm. 187.

Radbruchs den Lehrstuhl für Strafrecht übernommen hatte.[255] Die ungebremste Karriere des jungen Gelehrten[256] belegt dessen gewandten Umgang mit Parteistellen und Staatsbürokratie, wobei er vor betonten Stellungnahmen gegen vom Regime veranlaßte Entschlüsse und Gegebenheiten nicht zurückschreckte.[257] Beide Gelehrte wurden in der Sitzung der Klasse am 18. Dezember 1937 einstimmig gewählt.[258] Da Unterlagen zur Wahl fehlen, läßt sich über die Motive der Wahl zweier Juristen nichts Abschließendes sagen. Es ist aber wahrscheinlich, daß die bevorstehende Umgestaltung der Akademie die Mitwirkung juristisch versierter Mitglieder geboten erscheinen ließ.[259] Tatsächlich mußte mit juristischen Argumenten die öffentliche Stellung der Akademie vor den Regierungsstellen vertreten werden.

Mit Karl Preisendanz[260] wählte die Philosophisch-historische Klasse nach Jakob Wille wieder einen Direktor der Universitätsbibliothek zum ordentlichen Mitglied.[261] Preisendanz' Wahl ist wohl hauptsächlich im Hinblick auf die Mitwirkung des erfahrenen Paläographen an der Inschriftenausgabe und auf seine Unterstützung für die Cusanus-Ausgabe zu sehen.

[255] Zur Berufung Engischs vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 125. Nach dem Bericht der Professoren Jellinek und Radbruch für das Military Government vom 23. Juli 1945 war Engisch von Radbruch selbst zum Nachfolger vorgeschlagen worden. (Vgl. ebd., 125, Anm. 508).

[256] Er war z.B. vom 1. Apr. 1934 [!] - 1. Okt. 1937 Dekan der Jur. Fak.

[257] So sein (vergebliches) Einschreiten gegen den Vorlesungsboykott gegen Jellinek, Levy und Gutzwiller im Sommer 1935 (Vezina, B., Gleichschaltung, 109t); vgl. auch seine demonstrative Verbundenheit mit H. Thielicke nach dessen Absetzung 1940 (Thielicke, H., Zu Gast auf einem schönen Stern, 128). Die kritische Distanz zum Nationalsozialismus nach anfänglichen Sympathien betont A. Hollerbach in seinem Nachruf (Jb. 1991, 105).

[258] Jh. 1936/40, 14; HAW 311/3 (Panzer an Achelis, 6. Dez. 1937; Achelis an Mitglieder HeidAW, 20. Dez. 1937; Panzer an Bilfinger und Engisch, 23. Dez. 1937).

[259] Ein Schreiben Achelis' an Engisch vom 17. März 1938 sagt lapidar „die philosophisch-historische Klasse der Akademie hatte sich von Ihrer Wahl zum ordentlichen Mitglied eine besondere Förderung der wissenschaftlichen Arbeit versprochen" **(HAW** 115/PA Engisch), was indessen nicht sehr instruktiv ist.

[260] Zu Preisendanz vgl. den Nachruf in Jb. 1969, 59-53 (F. Dirlmeier). Werhahn, H.M., Karl Preisendanz t.

[261] Jh. 1936/40, 44 (Sitz. Phil.-hist. Klasse, 17. Mai 1939); es liegen wiederum keine Wahlunterlagen vor. Die Bestätigung der Wahl durch das REM erfolgte trotz Drängens der Akademie erst am 13. Nov. 1939 (vgl. dazu HAW 311/3).

Ein paar Bemerkungen zur Entwicklung des Standes der nichtordentlichen Mitglieder vermögen Konstanten wie Wandlungen des Wahlverhaltens der Akademie zusätzlich zu beleuchten. Festzuhalten ist, daß zwischen 1934 und 1939 keine außerordentlichen Mitglieder mehr gewählt wurden, auswärtige Mitglieder wurden nach wie vor nur aus Baden abgewanderte Gelehrte. Das änderte sich seit 1938/1939 angesichts der neuen Satzungen, die auch die bisher getrennten Gruppen der außerordentlichen und auswärtigen Mitglieder zur Kategorie der korrespondierenden Mitglieder zusammenfaßten. Bei den Wahlen der korrespondierenden Mitglieder ist auffällig, daß nun zum erstenmal echte auswärtige Mitglieder zugewählt wurden,[262] während badische oder südwestdeutsche Gelehrte unter den korrespondierenden von nun an stark zurücktraten.

Die erste dieser „neuen" Wahlen traf der Historiker Georg Wolfram. Bemerkenswerterweise ist diese Wahl im Oktober 1938 denn auch von außen, von wissenschaftlichen Freunden Wolframs angeregt worden, um dem „bahnbrechende[n] Vorkämpfer deutscher Wissenschaft und deutscher Kulturpolitik im Reichslande Elsaß-Lothringen" zu seinem 80. Geburtstag eine wissenschaftliche Ehrung zukommen zu lassen.[263] Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften wurde für zuständig befunden, Wolfram für seine Tätigkeit zu ehren, da sie „naturgemäss heute die grenzpolitischen Fragen in ihre Tätigkeit mit einbeziehen" müsse.[264] Ins-

[262] Zur Frage der ausw.M. vgl. oben Kap. III.3.3.

[263] Wentzcke an Panzer, 11. Okt. 1938 **(HAW** 311/3). Wolfram war Gründer der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde und nach 1918 entscheidend an der Gründung des Elsaß-Lothringen-Instituts in Frankfurt beteiligt gewesen. Zum Elsaß-Lothringen-Institut und zur Tätigkeit Wolframs vgl. Kluke, P., Stiftungsuniversität Frankfurt, 413-422. Herde, P., 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft, 33f. Herde bemerkt, daß hier „eigentliche revanchistische und nazistische Stimmen erst 1940 vernehmbar" wurden (ebd., 34, Anm. 103). Vgl. auch Hammerstein, N., Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bd. 1, 69ff., 400-403, 529f. Der Antragsteller Paul Wentzcke erhielt 1942 einen Lehrauftrag für „Geschichte des Grenz- und Auslandsdeutschtums" an der Universität Heidelberg (vgl. Wolgast, E., Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert, 146). Zu Wentzcke vgl. auch Hammerstein, N., Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bd. 1, 40lff.

[264] Als „Grenzlanduniversität" (vgl. dazu Krieck, E., Heidelberg: Die Grenzlanduniversität im Westen. Kubach, F., Heidelberg, Grenzlanduniversität im Westen des Reiches) sah sich die Universität Heidelberg in der Verantwortung

besondere Panzer griff diesen Antrag auf,[265] wobei sich die Akademie offenkundig die grenzlandpolitische Argumentation zu eigen machte.[266]

Mit der ministeriellen Bestätigung vom 24. Dezember 1938 galt die Wahl zum auswärtigen bzw. korrespondierenden Mitglied als vollzogen.[267] Die Akademie hatte mit Wolfram sicher keinen Historiker ersten Ranges geehrt. Vielmehr machte sie sich hier eine ausgesprochen regionalistische Argumentation zu eigen, die bereits die Diskussionen um auswärtige Mitgliedschaften in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bestimmt hatte: Man trat damit nicht in Wettbewerb mit den anderen Akademien um berühmte Namen, sondern besann sich auf die regionalen Wurzeln und Aufgaben der Akademie, die sich ganz auf den „südwestdeutschen" Raum beziehen ließen, wie es ja auch in den gleichzeitigen Entwürfen zu den neuen Statuten der Akademie zum Ausdruck kam.[268]

Die Wahl Wolframs war somit im Bereich der korrespondierenden Mitgliedschaften ein erster Fortschritt, aber zugleich auch Abschluß der regionalistischen Tendenzen. Während kurze Zeit später ordentliche Mitglieder u.a. auch aus Freiburg und Straßburg gewählt wurden, kam es bei der korrespondierenden Mitgliedschaft sehr schnell zu einer internationalen Ausweitung, die ein neues wissenschaftspolitisches Selbstverständnis der Akademie dokumentierte. Die Philosophisch-historische Klasse wählte im Mai 1939 auf Antrag Eugen Fehrles den Bologneser Germanisten

für ganz Südwestdeutschland. Das 1938 gegründete Institut für Fränkisch-Pfälzische Landes- und Volksforschung hatte außerdem die Aufgabe, die „Grenzlandschaften gegen Lothringen" zu betreuen (Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 158). Zum Fränkisch-Pfälzischen-Institut vgl. auch Schaab, M., Landesgeschichte in Heidelberg, 192ff. und Dahlhaus, J., Geschichte in Heidelberg, 295-303. 1941 veranstalteten Universität und Akademie eine gemeinsame Vortragsreihe über „Deutsches Schicksal im Elsaß" (vgl. dazu auch unten 477).

265 Panzer an Mitglieder der Phil.-hist. Klasse, 11. Nov. 1938 (HAW 311/3).

266 Vgl. dazu das Glückwunschschreiben der Akademie zu Wolframs 80. Geburtstag vom 1. Dez. 1938 **(HA W** 311/3; **HAW** 115/PA Wolfram). Es heißt dort u.a.: „Sie [die Akademie] würdigt vor allem die erfolgreiche Tätigkeit, die Sie im Interesse unserer völkischen Gegenwart und Zukunft durch lange Jahrzehnte auffährlichem Boden und nach Ausgange des Krieges in unermüdeter Bemühung aus mannhaft deutscher Gesinnung vollbracht haben". Die kernige Formulierung darf als Panzers ureigener Beitrag gesehen werden.

267 **HAW** 311/3.

268 Vgl. dazu unten Kap. V.4.1.

Lorenzo Bianchi, der sich „warm und energisch für die Pflegedeutscher Kultur an italienischen Schulen einsetzte".[269]

Am 25. Mai 1939 wählte die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse drei neue korrespondierende Mitglieder.[270] Dabei hatte die Akademie bei Friedrich Bergius[271] zunächst noch offengelassen, ob man ihn als ordentliches oder korrespondierendes Mitglied in den Reihen der Akademie begrüßen würde.[272] In seinem Wahlantrag[273] hatte Fritz Eichholtz herausgestellt, daß die Heidelberger Akademie der Wissenschaften nicht länger zögern dürfe, ,,einem in Heidelberg ortsansässigen Gelehrten, der in den wissenschaftlichen Gesellschaften des In- und Auslandes die höchsten Ehren geniesst, der wie kaum ein zweiter Gelehrter die Augen der weitesten Öffentlichkeit auf sich gezogen hat, einen Sitz in ihrem Kreise anzubieten. Herr Bergius hat den Beweis geführt, dass der wissenschaftliche Gewinn in die praktische Tat umgesetzt wird, und in dieser Hinsicht nimmt er in der Wissenschaft eine einzigartige Stellung ein". Es war ursprünglich beabsichtigt, den berühmten Gelehrten zum ordentlichen Mitglied zu wählen; offenbar sah die Akademie aber auch, daß die mannigfachen Belastungen Bergius an der Erfüllung seiner Pflichten gegen die Akademie behindern würden, so daß nur die Wahl zum korrespondierenden Mitglied möglich war.[274]

269 Fehrle an HeidAW, 19. Apr. 1939 (HAW 311/3). Zur Wahl ebd., Mitteilung Panzers an Achelis vom 20. Mai 1939 und öfter; die Bestätigung durch das REM erfolgte am 13. Nov. 1939. Bianchi dankte für seine Wahl u.a. mit einem Geschenk „Mussolini als Schriftsteller und als Redner" (Stuttgart 1937); vgl. Bianchi an Panzer, 16. Dez. 1939 **(HAW** 311/3; **HAW** 115/PA Bianchi). In einem Gutachten vom 28. Jan. 1947 wird Bianchi als „Faschist wie so viele andere" bezeichnet, der sich schließlich (Sommer 1943) ganz in „ein einfaches Gelehrtenleben" zurückgezogen habe. Herbig an Dibelius, 15. Apr. 1947 (HAW 115/PA Bianchi). Zu Bianchi vgl. Dizionario Biografico degli ltaliani, Vol. 10, 1968, 141-142 (L. Zagari).

270 Die Wahl erfolgte über Wahlzettel. Vgl. auch HeidAW an BMKU, 26. Mai 1939 (HAW 211/3). Im Jahrbuch sind die Wahlen erst in der Festsitzung vom 9. Juni 1940 erwähnt (Jh. 1936/40, 77).

271 Zu Bergius vgl. Jh. 1943/55, 77-79 (K. Freudenberg). NDB 2, 1955, 84 (K. Schoenemann).

272 Achelis an Panzer, 4. Mai 1939 (HAW 211/3).

273 Eichholtz an Achelis, 17. Apr. 1939 (HAW 211/3).

274 Vgl. Achelis an Bergius, 20. Mai 1939, wo eine Kontaktaufnahme bezüglich der Art seiner Mitgliedschaft angedeutet wird (HAW 211/3). Anläßlich der Mit-

Während die Wahl des Anatomen A. Benninghoff[275] bereits am 12. Juli 1939 vom Reichserziehungsministerium bestätigt wurde,[276] wurde die Wahlbestätigung für Bergius und den Utrechter Chemiker Fritz Kögl[277] ausgesetzt. Die Wahl Kögls stand in Zusammenhang mit dem Vorschlag Richard Kuhns vom 7. April 1939, Fritz Kögl für den „Deutschen Nationalpreis 1939" zu nominieren.[278] Durch ein neuerliches wissenschaftliches Gutachten für das Reichserziehungsministerium[279] war für Bergius die Bestätigung schließlich zu erhalten,[280] während sie für Fritz Kögl offensichtlich aus politischen Gründen versagt wurde.[281]

Die Klasse hatte sich durch die Wahl neuer korrespondierender Mitglieder einen Beitrag zur Verlebendigung des akademischen Austausches und Anregungen für die eigene Arbeit versprochen. Ein Ausgreifen auf weitere Bereiche, um die Gelehrten zu gewinnen, die diesen Vorstellungen und Wünschen gerecht werden konnten, und um die wissenschaftlichen Beziehungen auszuweiten und zu intensivieren, lag dabei in der Konsequenz dieser Haltung. Wenn es der Akademie hier um die eigene wissenschaftliche Aufwertung ging, so sah sie sich erstmalig politischen Restriktio-

teilung seiner Wahl zum o.M. an das BMKU vom 5. Mai 1941 wird diese Begründung expressis verbis mitgeteilt: „Dr. Bergius wurde bisher als korrespondierendes Mitglied geführt, weil ihm infolge seiner häufigen Abwesenheit von Heidelberg eine regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen nicht möglich war" (HAW 115/PA Bergius).

275 Wahlvorschlag Goerttlers vom 25. Apr. 1939 (HAW 211/3). Zu Benninghoff vgl. den Nachruf in Jh. 1943/55, 150-152 (E. Randerath). Catalogus professorum academiae Marburgensis, Bd. 2, 195. Benninghoffwar o.M. der NSD.-Dozentenakademie in Kiel (vgl. Wissenschaftliche Akademie des NSD.-Dozentenbundes der Christian-Albrechts-Universität, 182).

276 REM an BMKU, 12. Juli 1939, WN 1638, WP (b) (HAW 211/3).

277 Zu Kögl vgl. Lynen, F., Fritz Kögl. Biographien bedeutender Chemiker, 318. HAW 115/PA Kögl. Kögl war seit 1936 k.M. der GöAW!

278 Interessant ist, daß für Kuhn nicht nur die überragende wissenschaftliche Qualität Kögls maßgeblich war, sondern auch „die Tatsache, daß es sich um einen im Ausland lebenden Deutschen handelt, dessen Auszeichnung die Bedeutung des Nationalpreises über die Grenzen des Reiches hinaus in Erscheinung treten ließe". Das galt natürlich entsprechend für die Akademie.

279 Vgl. REM an die HeidAW, 17.Aug.1939, WN Nr. 1984 (HAW 211/3). Das Gutachten erstellte K. Freudenberg (HeidAW an BMKU, 24. Okt. 1939); vgl. HAW 211/3; HAW 115/PA Bergius.

280 REM an BMKU, 16. Nov. 1939, WN 2583 (b) (HAW 211/3).

281 REM an BMKU, 17. Aug. 1939, WN Nr. 1984 (ebd.).

nen ausgesetzt. Die Verabschiedung der neuen Statuten (1939) erlaubte nun ein massives Eingreifen des Reichserziehungsministers in die inneren Belange der Akademie, wie sie sich in Zuwahlen äußerten, Belange, die die Akademie bisher autonom gestalten konnte. Die Nichtbestätigung Kögls war daher für die Akademie nicht nur eine äußerst peinliche Angelegenheit, sondern auch ein deutlicher Hinweis auf ihre neue - abhängige - Stellung im nationalsozialistischen Staat. Für ihr Wahlverhalten ergaben sich aus der Abhängigkeit von einer unberechenbaren vorgesetzten Dienststelle neue formale Konsequenzen, die künftighin beachtet werden mußten, wollte man auch weiterhin eine aktive Mitgliederpolitik betreiben. Eine Einschränkung ihrer Autonomie war damit in jedem Fall verbunden.

Auch die Vorschläge und Diskussionen verdienen Beachtung, die nicht zur Wahl zum Mitglied der Akademie führten, da diese gewissermaßen negativen Entscheidungen der Akademie unter Umständen Vorüberlegungen und Mechanismen der Wahlentscheidungen bloßlegen können. 1936 wurde die Wahl Martin Heideggers ins Gespräch gebracht.[282] Dabei ist unklar, ob an eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliedschaft gedacht war. Naheliegend wäre allerdings die Wahl zum ordentlichen Mitglied, sofern man einen Zusammenhang mit dem hohen Alter Heinrich Rickerts[283] sehen will, dessen Platz neu zu besetzen war. Ungewöhnlich war die Überlegung, da erstmalig ein auswärtiger Gelehrter für eine ordentliche Mitgliedschaft in Betracht gezogen wurde. Die Gründe, weshalb der Wahlvorschlag nicht weiterverfolgt wurde, sind im Protokoll nicht festgehalten. Vielleicht spielte die ungeklärte Frage der Behandlung der Gelehrten des südwestdeutschen Raumes eine gewichtige Rolle: dann ist allerdings auffallig, daß nach Klärung dieser Frage ab 1940 kein Versuch gemacht wurde, Heidegger zu wählen.[284] Wahrscheinlich spielten auch persönliche Gründe bei der Nichtberücksichtigung Heideggers eine Rolle - es wäre an Bedenken E. Hoffmanns zu denken, der mit Heideggers „Konkurrenten" in Freiburg M. Honecker in enger

[282] Einladung zur Sitz. am 29.Apr.1936 vom 23.Apr.1936 (**HAW** 3191, **HAW** 322/2). Aus der Fülle der neueren Literatur über Heidegger vgl. Gethmann-Siefert, A./Pöggeler, 0. (Hgg.), Heidegger und die praktische Philosophie.

[283] Rickert starb am 25. Juli 1936.

[284] Heidegger wurde erst 1958 zum o.M. gewählt (vgl. Jh. 1957/58, 79).

Verbindung stand,[285] oder an Heideggers Verhalten gegenüber E. Husserl[286] -, während politische Vorbehalte kaum von Belang gewesen sein dürften.[287] Im Zusammenhang mit der Wahl der Juristen Bilfinger und Engisch (1937) wurden auch Eugen Ulmer und Eduard Bötticher als Kandidaten genannt.[288] Während Ulmer später gewählt wurde, wurde Bötticher[89] nicht mehr nominiert; Böttticher fiel offenbar bei der begrenzten Zahl der Stellen für Juristen durch die Maschen der Wahlvorschläge.

In der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse kam in dem fraglichen Zeitraum nur ein Wahlvorschlag nicht zur Abstimmung. Wie Bosch, Mittasch und die später gewählten Bergius und Krauch war auch der von Achelis ins Gespräch gebrachte Professor Grimm[290] mit der BASF in Oppau verbunden. Achelis erbat zu diesem Wahlvorschlag eine Stellungnahme Carl Boschs; [291] eine solche ist in den Akten nicht nachweisbar.[292] Da Grimm aber im gleichen Jahr sich aus politischen Gründen aus der BASF zurückzog und nach Dießen übersiedelte, wurde eine Wahl nicht weiterverfolgt. Es ist aber bezeichnend, in welch starkem Maße die Akademie auf Gelehrte aus der Industrie zurückzugreifen gedachte; der universitäre Rahmen wurde also in bestimmten Bereichen als unzureichend empfunden.

Zusammenfassend läßt sich auch für die Zeit von 1936 bis 1939 ein im wesentlichen an wissenschaftlichen und personalen Gesichts-

[285] Honecker war Mitarbeiter an der Cusanus Edition. Zum Verhältnis Honeckers zu Heidegger vgl. Ott, **H.,** Weltanschauungsprofessuren, 168tT.

[286] Zu Heidegger und Husserl vgl. Ott, **H.,** Edmund Husserl und die Universität Freiburg. Ders., Martin Heidegger, 167-179.

[287] Zum Problem Heidegger und der Nationalsozialismus vgl. Farias, **V.,** Heidegger et Ja nazisme. Ott, H., Martin Heidegger. Martin, B. (Hg.), Martin Heidegger und das „Dritte Reich". Pöggeler, 0., Philosophie und Nationalsozialismus - am Beispiel Heideggers.

[288] Prot. Sitz. vom 1. Dez. 1937 (HAW 322/2).

[289] E. Bötticher war seit dem 1. Okt. 1934 o. Prof. für Bürgerliches- und Handelsrecht; Mitglied der SA seit dem 1.Nov.1933 (Vezina, B., Gleichschaltung, 104, Anm. 403).

[290] Zu Grimm vgl. NDB 7, 1966, 82-83 (K.F. Herzfeld). Grimm wurde 1938 k.M. der GöAW (Nachrichten von der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Jahresbericht 1938/39, 51).

[291] Achelis an Bosch, 15. Okt. 1938 (HAW 211/3).

[292] Eine mündliche Benachrichtigung ist denkbar; wahrscheinlicher ist aber, daß eine Stellungnahme Boschs wegen seiner vielfältigen anderweitigen Verpflichtungen nie einging.

punkten orientiertes Wahlverhalten festhalten. Die politische Haltung der Kandidaten war für die Akademie kein Gegenstand der Erörterung, sofern sie nicht zu den öffentlich diskriminierten Gesellschaftskreisen gehörten. So war es möglich, daß überzeugte Nationalsozialisten neben Mitläufern und entschiedenen Gegnern des Regimes gewählt wurden. Die Folgen waren dennoch unübersehbar. Bis 1937 war die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse in dezidiert nationalsozialistische Hand geraten. Damit ist jedoch noch nichts über die weitere wissenschaftliche Arbeit der Klasse ausgesagt.

Der Einbezug neuer Disziplinen, vor allem auch anwendungsorientierter Fächer, vergrößerte das Spektrum der Arbeitsmöglichkeiten. Dies kam der angestrebten Universitas litterarum[293] zugute. Daneben wurden namentlich Juristen für eine öffentlichkeitswirksame Arbeit und Selbstdarstellung der Akademie benötigt.

Die im Angesicht der neuen Statuten und eines neuen Selbstbewußtseins der Akademie erfolgte Ausweitung der Wahlvorhaben zunächst unter den korrespondierenden Mitgliedern mußte mit einem deutlichen Verlust an Autonomie erkauft werden. Staatliche Eingriffsmöglichkeiten besonders auf den Mitgliederbestand, die im „Kampf' gegen die jüdischen Mitglieder durchaus gewollt waren, schlugen jetzt jedoch auch gegen den erklärten Willen der Akademie durch, indem das Reichserziehungsministerium neu gewählten Gelehrten die Mitgliedschaft in der Akademie versagen konnte. Das schuf einen Bereich der Unsicherheit, dem die Akademie durch neue Strategien begegnen mußte.

[293] Zur Bedeutung der Universitas litterarum in der nationalsozialistischen Wissenschaftspropaganda vgl. Krieck, E., Wissenschaft, Weltanschauung, Hochschulreform, bes. 63-69; vgl. auch Ders., Die Dozentenakademie der Universität Heidelberg, 33.

3. Die „Umgestaltung" der Mitgliederstruktur der Akademie 1935-1940.

3.1. Die Behandlung der „Nichtarierfrage" bis zum Sommer 1937.

3.1.1. Die Instrumentalisierung der „Nichtarierfrage" im Machtkampf innerhalb der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse.

Die Zuwahl einer nationalsozialistischen Fraktion in die Klasse im Jahre 1935 hatte beträchtliche Auswirkungen auf Struktur und Effizienz der Arbeit der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. In der Sitzung am 25. Mai 1935 wurde Erdmannsdörffer als Nachfolger P. Ernsts zum Klassensekretär gewählt.[294] Der Kopf der nationalsozialistischen Gruppe Achelis beteiligte sich dabei scheinbar einträchtig neben den Juden Meyerhof und Rosenthal. Auch die Sitzung vom 17. Juli 1935 wies noch alle Anzeichen eines Zusammenwirkens der Juden und Nationalsozialisten in der Akademie auf.[295] Eine „Umgestaltung" der Akademie aus der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse heraus war indessen in vollem Gange.

In der Sommerpause formulierten die Nationalsozialisten offenbar ihre Linie und Haltung zur Akademie. Dies wirkte sich in einem Boykott der folgenden Sitzungen aus: An der Sitzung vom 14. Oktober 1935 nahmen nur fünf ordentliche Mitglieder teil, die Nationalsozialisten fehlten ohne Ausnahme, überwiegend sogar unentschuldigt. Die Wahl von Weizsäckers zum stellvertretenden Klassensekretär wurde zur Farce, zumal von den Anwesenden einer gegen von Weizsäcker und für Eichholtz stimmte, was auf ein Auseinanderbrechen der „gemäßigten" Gruppe, auf ein erstes Zurückweichen vor dem nationalsozialistischen Druck hinweist. Für die Sitzung vom 30. November 1935 fehlen Angaben. Die Unterlagen über Sitzungen der Jahre 1936/37 sind sehr spärlich.[296] Folgt man dem Jahresheft für die Jahre 1936 bis 1940, so fanden von Sommer 1936 bis zum 1. Dezember 1937 offiziell keine Sitzun-

[294] **HAW** 222/7. Vgl. dazu auch oben Anm. 114.
[295] HAW 222/7. In Erscheinung treten beispielsweise Rosenthal neben Wilser, Freudenberg neben Eichholtz.
[296] Vgl. HAW 222/8.

gen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse statt,[297] während in der Philosophisch-historischen Klasse die Dinge offenbar ihren gewohnten Verlauf nahmen. Die Krise, in die die Akademie, und hier besonders die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse durch den Boykott ihrer nationalsozialistischen Fraktion, geriet, wird darin deutlich, daß im Jahre 1937 keine Festsitzung stattfinden und der Jahresbericht nicht abgeliefert werden konnte.

Die Krise der Akademie steht im Zusammenhang mit der von den Nationalsozialisten angestrebten „Umgestaltung" der Akademie von innen heraus im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Kernpunkt der Auseinandersetzung war die sogenannte Nichtarierfrage. Daß die Akademie mit einem Aufrollen der Fragen, die mit der Mitgliedschaft jüdischer Gelehrter zusammenhingen, rechnen mußte, hatte bereits die „Anfrage" Eugen Fehrles vom Mai 1934 deutlich gemacht.[298] Die Wahl Fehrles zeigt aber auch, daß sich viele Mitglieder der Akademie über die Tragweite der „Nichtarierfrage" nicht im klaren waren oder sie als „Schicksalsfrage" auch für die Akademie ignorierten.

In der Akademie hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Anzeichen einer rassistischen oder völkischen Haltung einzelner oder Teile ihrer Mitglieder kundgetan. Die jüdischen Gelehrten waren angesehene Mitglieder ihrer Klassen, die sich sehr aktiv an der Arbeit der Akademie beteiligten.[299] Von den antisemitischen Erlassen der Landes- und Reichsregierung war die Akademie als autonome, nichtstaatliche Institution nicht unmittelbar betroffen. So konnten Gelehrte, die aufgrund nationalsozialistischer Maßnahmen aus ihren öffentlichen Stellungen an der Universität entfernt wurden, in der Akademie zunächst ungehindert weiterarbeiten. Die „Nichtarierfrage" konnte daher nur aus ihren eigenen Reihen aufgerollt werden. Sie wurde akut, als sich durch die Zuwahl nationalsozialistischer Mitglieder eine rassenideologische Agitationsbasis in der Akademie selbst gebildet hatte. Nachdem sich die nationalsozialistische Gruppe im Sommer 1935 formiert hatte, wandte sie die ihr zur Verfügung stehenden Mittel an, indem sie

[297] Jh. 1936/40, 3-9. Eine für den 31. Okt. 1936 anberaumte Sitzung mit einem Vortrag von J. Wilser „hat nicht stattgefunden" (**HAW** 222/8).

[298] Vgl. oben Anm. 116.

[299] Siehe oben 351f.

durch eine Lähmung der Akademiearbeit die Akademie unter Druck setzte. Wollte man die Institution erhalten, mußte man darauf reagieren.

Ging die Agitation auch von Mitgliedern der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse aus, so strahlte die Auseinandersetzung doch auch in die Philosophisch-historische Klasse aus. Das wird deutlich aus einem „Lagebericht", den Karl Hampe am 22. Dezember 1935 an Hermann Oncken[300] gab: „Danach ist allerdings nicht zu bezweifeln, daß versucht wird, Heidelberg wieder einmal vorausmarschieren zu lassen ... Am 6. Dezember hat der geschäftsführende Sekretär Erdmannsdörffer Herrn Rosental[!] (Math[ematik]) aufgesucht und ihn um Folgendes sondiert: 3 junge Mitglieder (Achelis Mediz[in], Wilser Geol[ogie], Vogt Astron[omie]), alle P[artei]G[enossen], hatten unter Zustimmung von 2 weiteren Nicht-P[artei]G[enossen] die Erklärung abgegeben: sie gedächten in der Ak[ademie] über die neue Art Wissenschaft in nächster Zeit Referate zu halten. Dabei sei ihnen die eventuelle Anwesenheit von Nichtariern wie Rosental [!] selbst, Levy (röm[isches] Recht) Meyerhoff [!] (am Kaiser-Wilh[elm] Instit[ut]) u[nd] Liebmann (Math[ematik]) peinlich und hindere ihr Erscheinen. Erdm[annsdörffer] wolle einmal anregen, ob dem nicht aus dem Wege dadurch gegangen werden könne, daß die beanstandeten Herren freiwillig austreten oder etwa erklären würden, sie würden künftig den Sitzungen fernbleiben." Mit den beiden „Nichtparteigenossen" sind zweifellos Fritz Eichholtz und Richard Kuhn angesprochen.[301]

Erdmannsdörffer scheint bereits ein halbes Jahr nach seiner Wahl die Führung der Klasse entglitten zu sein: Er erscheint als Werkzeug der NS-Fraktion. Hampes Brief macht deutlich, daß dieses erpresserische Vorgehen der Nationalsozialisten auch bei Gelehrten der Philosophisch-historischen Klasse Unterstützung

[300] StA Oldenburg, NI. Oncken, Bestand 271-14, Nr. 194. (Ich danke Herrn Prof. Dr. E. Wolgast, der mir freundlicherweise eine Kopie zur Benutzung zur Verfügung stellte, für den Hinweis). Rampe, der selbst seit etwa zwei Jahren nicht mehr an den Akademiesitzungen teilgenommen hatte, war bei seiner Analyse auf vertrauliche Mitteilungen Dritter angewiesen.

[301] Es ist hier unwesentlich, daß Rampe in der Zuordnung der Parteimitgliedschaften Irrtümer unterlaufen sind. Eichholtz war seit dem 1. Mai 1933 Parteigenosse, Wilser dagegen offiziell erst 1937 (siehe oben Anm. 173 und 164). Über die Beziehungen Kuhns zur NS-Fraktion siehe unten Anm. 364.

fand, natürlich bei Fehrle und auch „der erkrankte ... Sekretär Panzer stünde der Anregung wohl ... nahe". Freilich, „über Panzers Urteil in dieser Sache liegt nichts Bestimmtes vor." Diese versuchte Erpressung stellte die erste Maßnahme der NS-Fraktion dar, das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Die Weigerung Rosenthals und „der anderen Beanstandeten"[302] brachte dieses Vorhaben zwar zunächst zum Scheitern, führte jedoch letztlich zu einer Spaltung der Klasse und durch den Boykott zur Aktionsunfähigkeit und Paralysierung ihrer Kräfte. Der offene Konflikt, der sich zum Machtkampf zwischen einem nationalsozialistischen und gemäßigten Flügel entwickelte, bestimmte für die nächsten eineinhalb Jahre das Erscheinungsbild der Klasse, die auf ihre eigentliche Tätigkeit, nämlich Sitzungen abzuhalten, verzichten mußte. Die Erklärung der angefeindeten Gruppe, ihrerseits „nichts im Sinne der Anregung" zu unternehmen, setzte die Akademie unter Handlungszwang, sollte sie nicht in ihrem Bestand ernstlich gefährdet werden. Es ist ein Zeichen für Erdmannsdörffers schwache Stellung, daß er keine eigene Position vertrat, sondern bei Widerständen sogleich zurückwich.[303] Zwischen den Fronten zu vermitteln, konnte freilich nicht gelingen. Unter dem Druck der Verhältnisse paßte er sich schließlich den „stärkeren" Argumenten an, was auch dazu führte, daß er den Platz des Sekretärs freiwillig den Agitatoren überließ. Daß sich bei dem schwächlichen Widerstand Erdmannsdörffers gegen diesen Anschlag auf die Grundlagen der Akademie die Affare dennoch so lange hinzog, muß verwundern. Im wesentlichen dürfte das im Standpunkt der Philosophisch-historischen Klasse begründet liegen, „daß ohne Benehmen mit den anderen Akademien des Kartells in solcher Angelegenheit nichts beschlossen werden könne".[304]

Eine Entscheidung schien sich jedoch bereits im Laufe des Jahres 1936 anzubahnen. Am Vorabend der Gesamtsitzung vom 22. Februar 1936 erklärten „die Herren Fehrle, Achelis, Vogt und

[302] Rosenthal gibt gegenüber Erdmannsdörffer die Erklärung „von Seiten der Nichtarier" ab. Er betonte dabei den Grundsatz, „die Nichtarier seien in der heutigen Gesetzgebung etc. so sehr nur Objekt, daß sie sich nicht veranlaßt fühlen könnten, als Subjekte hier Entscheidungen zu treffen, die nur von der Akad[emie] als solcher grundsätzlich ausgehen könnten" (wie Anm. 300).

[303] Vgl. ebd.: „Darauf Zurückweichen von Erdm[annsdörffer]. Es sei natürlich nur eine ganz private Anregung gewesen etc. - ".

[304] Ebd.

Wilser ..., daß sie der heutigen Sitzung nicht beiwohnen wollten, weil sie als Angehörige der **NSDAP** sich nicht der Möglichkeit aussetzen könnten, hier mit Juden zusammenzutreffen." Nach Kenntnisnahme des Sachverhaltes habe Eichholtz „sich außerstande [ge]sehe[n], heute hier den angezeigten Vortrag zu halten."[305] Die Protokolle der Sitzungen vom 22. Februar 1936 und der darauffolgenden vom 8. April geben keinen Anhaltspunkt, daß die Akademie sich im Plenum mit diesem Problem befaßte. Die „Frage der nichtarischen Mitglieder" kam aber in einer Besprechung der Sekretäre bei Ministerialrat Asal[306] im badischen Kultusministerium, deren eigentliches Thema die Statutenänderung in seiner Ausrichtung auf das Führerprinzip war, zur Sprache. Dabei einigte man sich, eine Meldung schriftlich einzureichen und an das Reichserziehungsministerium weiterzuleiten.[307] Am 10. April schließlich erstattete Panzer den versprochenen Bericht an das Kultusministerium in Karlsruhe über die Schwierigkeiten, die im „Schoße" der Akademie „dadurch entstanden sind, daß die Parteigenossen unter ihren ordentlichen Mitgliedern erklärt haben, an den Sitzungen der Akademie solange nicht teilnehmen zu können, als sie dort der Mißlichkeit ausgesetzt sind, mit Juden zusammen beraten zu müssen. In der Tat befinden sich in der Math[ematisch]-nat[urwissenschaftlichen] Klasse unter den ordentlichen Mitgliedern zwei Juden (Meyerhof und Rosenthal). Die Phil[osophisch]-hist[orische] Klasse hat keinen Juden mehr unter ihren ordentlichen Mitgliedern".[308] Diese Aussage Panzers ist bemerkenswert, weicht sie doch von den „Anträgen" der NS-Fraktion der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse ab, zum anderen entspricht sie auch nicht den Tatsachen. Mit Ernst Levy gehörte der Philosophisch-historischen Klasse noch ein Angehöriger der jüdischen Glaubensgemeinschaft an. Levy wurde, nachdem er bereits im Sommersemester 1935 seine Lehrtätigkeit einstellen mußte, nach Erlaß des Reichsbürgergesetzes am 7. Oktober 1935 vom Dienst beurlaubt.[309] Erst im Frühjahr 1936 verließ er Heidelberg, war also

[305] **HAW** 143/4 Mitteilung Panzers vom 22. Febr. 1936; Prot. Sitz. vom 22. Febr. 1936. Eichholtz sagte nicht nur seinen Vortrag ab, sondern erschien ebenfalls nicht zur Sitzung.

[306] Zu Asal vgl. Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 8-9 (H. Schwarzmaier).

[307] HAW 143/4. Prot. Sitz. vom 8. Apr. 1936.

[308] HAW 110/2.

[309] Vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 6lff, 151f.

zum fraglichen Zeitpunkt auch noch ordentliches Mitglied der Klasse.[310] Panzer reihte zu diesem Zeitpunkt auch Heinrich Liebmann, der im Sommer 1935 ebenfalls von Vorlesungsboykotts betroffen war, nicht unter die „Betroffenen" ein.[311] Andererseits mußte die Akademie nach dieser Diktion das Ausscheiden von Eugen Täubler (Austritt 1935) und Wilhelm Salomon-Calvi (auswärtiges Mitglied 1934) weniger als Verlust, sondern eher als Befreiung empfinden. Dem Schreiben ist weiter mit aller Deutlichkeit zu entnehmen, daß die Entfernung der verbliebenen Juden Meyerhof und Rosenthal systematisch betrieben werden sollte.

Mit diesem Schreiben Panzers verließ die Akademie den Bereich der internen Auseinandersetzung um die innere Struktur der Akademie, wie sie Karl Hampe geschildert hatte. Die Agitation wurde auf eine höhere, eine offizielle Ebene verlagert, indem die Akademie die „vorgesetzte" staatliche Stelle um Mithilfe bei der Regelung ihrer Schwierigkeiten anrief: ,,Da die Satzung der Akademie und die allgemein ergangenen Verordnungen uns keine Möglichkeit geben, die erwähnten Schwierigkeiten zu beheben, erbitten wir eine Weisung, was zu ihrer Beseitigung geschehen kann." Daß mit dieser Anrufung bestimmte Erwartungen der Akademie im Einklang mit ihrer Mitgliederpolitik verbunden waren, liegt auf der Hand.

Damit begab sich die Akademie ihrer Autonomie und unterstellte sich unaufgefordert der staatlichen Aufsicht, ja sie forderte ministerielle Direktiven und Eingriffe geradezu heraus. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß die Akademie einen Alleingang vermeiden und die bereits bei Hampe erwähnte allgemeine Klärung der Arierfrage in Kooperation mit anderen betroffenen Stellen herbeiführen wollte. Der Reichserziehungsminister griff die Anregung der Akademie bereitwillig auf und behielt sich selbst die Entscheidung „in der Frage des Ausscheidens der Nichtarier unter den ordentlichen und ausserordentlichen Mitgliedern" vor.[312]

[310] Vgl. auch Jh. 1935/36, **XXX.**

[311] In einem Schreiben an L. Bieberbach vom 2. Juli 1940 legte der Schriftleiter der Math.-nat. Klasse **M.** Müller dar, er wisse, ,,daß im Ausland gelegentlich Leute für das Judentum reklamiert wurden, die es nach unserer Terminologie nicht sind. z.B. Liebmann, der nur zu 25 v.H. nichtarisch war ..." (HAW 23132/1; vgl. auch HAW 110/3). Zu Liebmann vgl. oben Anm. 45.

[312] BMKU an HeidAW, 24. Juli 1936, Nr. A. 16215 (vgl. HAW 110/2).

Somit war der Akademie die direkte Initiative in dieser Angelegenheit entzogen, sie mußte die Weisungen des Ministeriums abwarten. Der Vorbehalt des Ministeriums zeigte aber auch, daß dem Ministerium zu diesem Zeitpunkt noch keine fertigen Pläne zur Lösung dieser Frage vorlagen. Das Reichserziehungsministerium strebte eine grundsätzliche Regelung „des Ausscheidens der Nichtarier unter den ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern der Akademien der Wissenschaften im Reiche an". Dazu benötigte das Ministerium genaue Erhebungen über die Mitgliedschaften von „Nichtariern".[313] Das Bestreben, eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, war ganz im Sinne der Maßnahmen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gewesen. Damit wurde jedoch eine Entscheidung auch hinausgezögert. Diese Verzögerung konnte aber nicht im Interesse der Akademie liegen, denn sie trug zur weiteren Behinderung der Arbeit der Akademie bis zur Arbeitsunfähigkeit bei, da die Nationalsozialisten darauf beharrten, nicht an Sitzungen teilnehmen zu können, ,,solange die Regelung besteht, dort mit Mitgliedern, die nicht Reichsbürger sein können, zusammenarbeiten zu müssen". Wie groß die mit der NS-Fraktion sympathisierende Gruppe war, ist unklar, dürfte in der Gesamtakademie jedoch kaum eine (genügend große und stabile) Mehrheit unter den ordentlichen Mitgliedern betragen haben, da sonst ein Verlassen des Bereiches der internen Auseinandersetzung nicht nötig gewesen wäre: innerhalb der Akademie ließ sich eine Entscheidung im nationalsozialistischen Sinne, die eine Satzungsänderung beinhalten mußte, (noch) nicht durchsetzen. Andererseits hatten „die von dem Antrag betroffenen Herren ... ihrerseits erklärt, aus dieser Sachlage keine Folgerungen ziehen zu wollen".[314] Ein Zustand der Resignation über die verfahrene Situation hatte sich eingestellt, der offenbar die Bereitschaft zu drastischen Maßnahmen, die an die Selbstaufgabe grenzten, in der Akademie erhöhte. ,,Es ist daher eine geregelte Arbeit in der Akademie zur Zeit unmöglich, ein Zustand, der unhaltbar ist und den Bestand der Akademie grundsätzlich gefährdet."[315] Die Akademie erwartete von ihren „nichtarischen" Mitgliedern nichts anderes, als „den Akademiesitzungen fernzubleiben oder ihren Austritt zu erklä-

[313] Erlaß des **REM** vom 10. Febr. 1937, **W** Ila 2592/36, Z Ila **(HAW** 110/2).
[314] Erdmannsdörffer an die Mitglieder der Akademie, 29.Jan.1937 **(HAW** 110/2).
[315] Ebd.

ren".[316] Die Sorge um den Bestand der Akademie dürfte bei vielen Mitgliedern nicht ohne Resonanz geblieben sein und die Solidarität zu der betroffenen Minderheit nachhaltig erschüttert haben. Nach Panzers Auflistung betraf dies ja „nur" zwei Mitglieder der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse; daß mit dem Vorgehen gegen einzelne Mitglieder ein Präzedenzfall geschaffen würde, der unabsehbare Folgerungen nach sich ziehen konnte, sahen zu diesem Zeitpunkt nur wenige Mitglieder. Dabei zeigt sich freilich auch, daß die „Erfordernisse" einer Institution höher bewertet wurden als charakterliche Festigkeit.

Unter diesen Umständen gewann die Initiative der nationalsozialistischen Fraktion an Gewicht, das Problem durch eine Satzungsänderung anzugehen. Ein von H. Vogt, J. Wilser, J. D. Achelis, F. Eichholtz und E. Fehrle am 18. November 1936 unterzeichneter Antrag formulierte: 1. ,,Ordentliches Mitglied kann nur sein, wer deutscher Reichsbürger ist und seinen Wohnsitz in Heidelberg hat" und 2. in Ergänzung zu § 8 der Statuten: die „außerordentlichen Mitglieder ... müssen deutsche Reichsbürger sein ...".[317] Damit waren auch die Freiburger und Karlsruher Mitglieder von den Restriktionen bedroht, ohne sich dagegen zur Wehr setzen zu können.

Nicht zufällig war am 16. November 1936 im Blatt des NSDStB ,,Der Heidelberger Student" eine heftige Polemik gegen die Heidelberger Akademie der Wissenschaften erschienen, die als „eine wissenschaftliche Organisation" denunziert wurde, ,,an der die Zeit vorüber ging."[318] Ein Kritikpunkt war der Rückzug der Akademien auf die „reine" Wissenschaft, die Negation des praktischen Nutzens ihrer Forschung, die zu einer „Trennung der Wissenschaft von Volk und Leben" geführt habe. In Bezug auf die Heidelberger Akademie der Wissenschaften beinhaltete diese Kritik einen Angriff auf ihre Autonomie, auf ihre „liberalistische Auffassung von der Ungebundenheit jeglicher Wissenschaft". Die Akademie wurde als Hort des „krassesten Liberalismus" gebrandmarkt, ihre wissenschaftliche Tätigkeit diskreditiert: ,,Es war der krankhaften Entwicklung in allen Fragen der Wissenschaft freie Bahn gege-

316 Entwurf für ein Schreiben an das REM vom 17. Febr. 1937 (HAW 110/2).
317 Zit. in dem Rundschreiben Erdmannsdörffers (wie Anm. 314).
318 Der Heidelberger Student. Wintersemester 1936/37. Nr. 2 vom 16. Nov. 1936 (vgl. auch HAW 1210).

ben." Die Akademie, deren gültige Statuten aus dem Jahre 1926 stammten, wurde mit dem gefährlichen Attribut einer Institution des verhaßten „Weimarer Systems" versehen. Die „liberalistische" Grundhaltung der Akademie wurde (auch) als Folge „eine[r] restlose[n] Verseuchung mit Juden" dargestellt, „Juden über Juden zeichnen als Autoren in den Sitzungsberichten." Damit sollte die ganze bisherige wissenschaftliche Arbeit der Akademie entwertet werden: „Und was wurde geleistet?" - Lediglich unselbständige Nebensächlichkeiten, sonst nichts. Verbunden waren derartige „Feststellung" mit Vorwürfen, nach 1933 nicht sofort mit der „Neuausrichtung" der Akademie begonnen zu haben. „1933, man hätte nach allem, was angeführt wurde, zumindest erwarten können, daß dieser Haufe sich möglichst geräuschlos und möglichst schnell in alle Winde verteilt hätte. Und wir garantieren, daß keine unnötigen Tränen geflossen wären. Aber leider war der Geist bereits so schwach, daß es nicht mehr zur geringsten Gleichschaltung aus den eigenen Reihen heraus reichte."

Angeprangert wurde die Mitgliedschaft jüdischer und „politisch unzuverlässiger" Persönlichkeiten, um sodann der Akademie die Anklage entgegenzuschleudern, was dies für ein unwürdiger Zustand sei, wenn „im Jahre 1936 die nationalsozialistischen Professoren sich noch gezwungen sehen, von den Sitzungen der Akademie der Wissenschaft [!] fernzubleiben. Wem dient denn da noch diese Akademie, wenn die Nationalsozialisten fernbleiben? ... Auch eine Akademie der Wissenschaften dürfte wissen, daß es so etwas nicht geben kann." Damit war eine handfeste Drohung gegen die Akademie verbunden. Die Akademie mußte sich vorsehen. Wie die Zukunft der Akademie nach dieser Polemik auszusehen hatte, wurde unzweideutig - gewissermaßen als Handlungsanweisung - an die Akademie weitergegeben: Zunächst „restlose Säuberung" von „Juden und Judenfreunden", sodann „Umorganisation und gleichzeitiger fester Einbau in die nationalsozialistische Hochschule", um am „Neubau" der Wissenschaft mitwirken zu können.

Der Zusammenhang dieser Polemik gegen die Akademie mit dem Satzungsänderungsantrag der NS-Fraktion in der Akademie ist offensichtlich. Die publizistische Aktion lag zumindest ganz im Interesse der NS-Fraktion, um die Akademie aufzuscheuchen, um ihr die Notwendigkeit der Umgestaltung eindringlich vor Augen zu führen. Also eine gesteuerte Aktion? Vieles spricht tatsächlich für ein abgestimmtes Vorgehen.

Auffällig ist die durchaus kenntnisreiche Analyse der Situation der Akademie, die so ohne interne Informationen nicht möglich gewesen wäre, auffiillig ist der passende Zeitpunkt der Publikation, wodurch erst das Gewicht der Eingabe der NS-Fraktion gewährleistet war. Die öffentliche Polemik gegen die Akademie war gedacht als Anschub zum „Umbau" der Akademie und wurde auch so benutzt.

Erdmannsdörff er entzog die Entscheidung über den Antrag der NS-Fraktion, dessen Erfolgsaussichten in der Akademie sich nicht sicher bestimmen ließen, der Akademie, indem er auf das laufende Verfahren beim Reichserziehungsministerium bezüglich der „Nichtarierfrage" verwies. Der Antrag wurde aber als Mittel zur Beschleunigung und zur Orientierung der ministeriellen Entschlußfassung gebraucht. Die Klassensekretäre machten sich mit ihrer Dienstfertigkeit zu den Werkzeugen des antisemitischen Aktionismus, auch wenn es an Versuchen nicht fehlte, die strikte Formulierung des Satzungsänderungsantrages abzumildern. Das Schreiben an das Reichserziehungsministerium vom 19. Februar 1937[319] sprach nicht explizit davon, daß alle jüdischen Mitglieder aus der Akademie ausscheiden müßten, sondern nur, daß ihre Rechte beschnitten werden müßten. Es hieß, die jüdischen **Mit**glieder könnten der Akademie unmöglich „vollrechtlich" angehören, wenn man eine „größere Anzahl von Mitgliedern" wieder für die Sitzungen gewinnen wolle, was als dringendes Bedürfnis dargestellt wurde. Erdmannsdörffer hatte in einem Entwurf zu seinem Schreiben das Problem der „vollrechtlichen" Mitgliedschaft jüdischer Gelehrter genauer ausgeführt: Es ging ihm vor allem darum, jüdische Mitglieder von der Beschlußfassung in der Akademie auszuschließen. Auf diese Weise hoffte man vielleicht, doch das wissenschaftliche Potential dieser Mitglieder erhalten zu können. Diese deutlich „vermittelnden" Versuche Erdmannsdörffers waren im Schreiben selbst zurückgedrängt, die Drohung des Ausschlusses trat deutlich hervor, denn die Berufung auf das Reichsbürgergesetz schloß die Mitgliedschaft von Juden in der Akademie aus. Bei der Abwägung der Optionen wog die Heranziehung einer „größeren Anzahl von Mitgliedern" aus dem nationalsozialistischen Lager höher als die Mitgliedschaft verdienter jüdischer Gelehrter.

[319] **HAW** Il0/2.

Daß die Haltung der Akademie gespalten war, zeigte auch das Ergebnis der Stellungnahme der Akademie zu Erdmannsdörffers Vorschlägen im Januar 1937. „Hierbei ergab sich, daß nur wenige Mitglieder der Akademie eine solche Regelung völlig ablehnten; eine größere Anzahl war für den Antrag. Von einer Reihe von Mitgliedern wurde ihr ablehnender oder zurückhaltender Standpunkt damit begründet, daß eine derartige Regelung wohl für alle deutschen Akademien zugleich erfolgen müsse. Auch wurden Bedenken erhoben wegen der möglichen ungünstigen Einwirkungen einer solchen Maßnahme auf die guten Beziehungen zwischen den deutschen und ausländischen Körperschaften, auch mit Hinsicht darauf, daß die Stellung von ausländischen Mitgliedern bei den verschiedenen Akademien eine verschiedene ist. Die derzeitige Leitung der Heidelberger Akademie verschließt sich der Bedeutung dieser Bedenken keineswegs, hält aber gleichwo[h]l eine Regelung dieser Frage für dringend erwünscht."[320]

Die Deutung der Stellungnahme der Akademie ist sehr schwierig, da die Voten oder „Abstimmungsergebnisse" nicht vorliegen. Immerhin scheint eine kleine Gruppe von Akademiemitgliedern die beabsichtigten Regelungen „völlig" und ohne Einschränkung abgelehnt und sich sogar „für ein Verbleiben der Nichtarier unter allen Umständen" eingesetzt zu haben.[321] Dieser Widerstand wird von Erdmannsdörff er in seinem endgültigen Schreiben an das Ministerium deutlich relativiert und von der Ebene der sachlichen Auseinandersetzung auf die technischer Regelungen verlagert. Wesentlich erscheint nun das Beharren auf einer für alle Akademien gültigen abgestimmten Regelung der Mitgliederverhältnisse. Damit vermied die Akademie nach außen aber letztlich auch eine entschiedene Stellungnahme für oder gegen ihre jüdischen Mitglieder, sie stellte das Verfahren den politischen Instanzen anheim: man erwartete eine Verfügung, um sich ihr unterordnen zu können. So wurde durch den „Hilferuf' an das Ministerium einerseits der Elan der direkten Auseinandersetzung gestoppt und umgelei-

[320] HeidAW an REM, 19. Febr.1937 (HAW 110/2). Dieser Mitteilung lag eine Umfrage unter den Mitgliedern zugrunde, die Erdmannsdörffer jedoch keinesfalls als „Abstimmung" (und damit als Einflußnahme auf die Entscheidungsbefugnis des **REM)** mißverstanden wissen wollte.

[321] Entwurf Erdmannsdörffers für das Schreiben an das **REM** von Febr. 1937 (ebd.).

tet, andererseits wich man einer eigenverantwortlichen Entscheidung aus. Die Akademie selbst erscheint nicht mehr als handelnde Institution, sondern als geleitete und reagierende Korporation ohne weitergehende Kontroll- und Entscheidungsfunktion. So nahm die Klasse in der Sitzung vom 7. April 1937, zu der nur drei[!] ordentliche Mitglieder erschienen - dies verdeutlicht den Ernst der Lage, in der sich gerade die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse befand - nur einen „Bericht über den Schriftwechsel mit der Regierung betr[effend die] Arierfrage" entgegen.[322] Es zeigte sich, daß die Akademie gar nicht mehr die Initiative ergreifen konnte, selbst wenn sie es noch gewollt hätte, zu sehr waren die Auswirkungen des Boykotts zum Tragen gekommen. Die Notwendigkeit, klare Verhältnisse zu schaffen, wurde gerade angesichts der Lage der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse deutlich. Um den Weg für eine Regelung der Verhältnisse in der Klasse im Sinne der dominierenden nationalsozialistischen Fraktion freizumachen, legte Erdmannsdörffer am 7. April 1937 den Vorsitz der Klasse nieder.

3.1.2. Die „Nichtarierfrage" in der interakademischen Auseinandersetzung.

Inzwischen hatte die Regelung der „Nichtarierfrage", ausgelöst durch den Heidelberger Vorstoß, die vom Reichserziehungsministerium gewünschte Ausweitung zu einem interakademischen Problem erfahren. Auf der Kartellsitzung am 24. April 1937 in Berlin[323] stand infolge der Anfrage des Ministeriums vom 10. Februar 1937, die allen Akademien der Wissenschaften zur Beantwortung vorgelegt worden war, die Nichtarierfrage auf der Tagesordnung. Als problematisch erwies sich hier besonders die Ausweitung der Arierfrage auf die korrespondierenden Mitglieder. In einer gründlichen Beratung[324] kam das Kartell zu einer im wesentlichen anderen Einschätzung als das Reichserziehungsministerium oder auch

[322] Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 7. Apr. 1937 **(HAW** 222/8).

[323] „Protokoll der außerordentlichen Kartellsitzung der Deutschen Akademien in Berlin am 24. Apr. 1937" **(HAW** 611/4). Vgl. dazu auch Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Teil III, 63f. Hartkopf, **W.,** Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 128f.

[324] An der Aussprache beteiligten sich die Herren Bieberbach, Brandi, Brand!, v. Ficker, Frings, Hahn, Schwartz, Vasmer, Weickmann und v. Wettstein.

die Heidelberger Akademie: „Es trat dabei einstimmig die Auffassung zu Tage, daß jedes Vorgehen gegen nichtarische korrespondierende oder auswärtige Mitglieder im Auslande voraussichtlich zum Austritt der meisten ausländischen Mitglieder führen würde. Es ist aber nach Kenntnis der Stimmung in wissenschaftlichen Kreisen fast des gesamten Auslandes außerdem mit Sicherheit ein Massenaustritt der korrespondierenden Mitglieder im Auslande zu befürchten, wenn durch irgendein Verfahren die wenigen noch vorhandenen nichtarischen ordentlichen Mitglieder im Inlande aus den Akademien entfernt würden."

Im Gegensatz zur Agitation der Heidelberger nationalsozialistischen Fraktion betonte das Kartell, „wie gering die Zahl der noch vorhandenen nichtarischen Mitglieder und wie wenig berechtigt das Schlagwort von der Verjudung der wissenschaftlichen Akademien ist".[325] Außerdem würde sich das Problem von selbst lösen, wenn künftig keine jüdischen Gelehrten mehr gewählt würden.[326]

Das Kartell bezog die Anfrage des Reichserziehungsministeriums nicht nur auf die ausländischen Mitglieder der Akademien, sondern ausdrücklich auch auf die noch verbliebenen wenigen „nichtarischen" Mitglieder im Inlande. Ihre relative Bedeutungslosigkeit für das Zusammenleben und die Gestaltung der Akademieaktivitäten wurde betont, um demgegenüber die Gefahren eines Ausschlusses jüdischer Mitglieder um so deutlicher hervortreten zu lassen. Das Kartell argumentierte mit der Solidarität der ausländischen Gelehrten und den nachteiligen Folgen für die deutsche Wissenschaft im Ausland. Die soeben erst erfolgte Rückkehr der deutschen Akademien in den Kreis der internationalen Organisationen gemahnte zur Vorsicht.[327] Der Gedanke an Massenaustritte ausländischer Wissenschaftler aus deutschen Akademien, wie man ihn während des Ersten Weltkrieges erlebt hatte, mußte die düstersten Erinnerungen wecken. Die Gefahr eines neuerlichen Ausscheidens der Akademien aus der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft käme einer Isolierung und Stigmatisierung der deutschen Wissenschaft gleich, kaum daß man den internationalen Anschluß wieder gefunden hatte. Ein Ausschlußverf ahren (beginnend mit diskriminierenden Anfragen bezüglich der

[325] „Entwurf einer Eingabe an den Reichserziehungsminister", 1 **(HAW** 611/4).
[326] Ebd., 2.
[327] Vgl. dazu 341, Anm. 256.

Abstammung) konnte „mit Rücksicht auf die katastrophalen Rückwirkungen überhaupt nicht in Betracht gezogen werden". Antisemitische Maßnahmen gegen Gelehrte des In- und Auslandes wurden so zu einem Problem der „Auslandsbeziehungen": Wenn die „wissenschaftlichen Beziehungen fast zum gesamten Auslande nicht mehr möglich sein" würden, wären damit die nationalen und kulturpolitischen Interessen des Reiches unmittelbar betroffen. Damit sollte die Angelegenheit auch dem unmittelbaren und ausschließlichen Zugriff des Reichserziehungsministeriums entzogen werden, denn mit jeder weiteren damit befaßten konkurrierenden Behörde[328] ergab sich für die Akademien die Chance, Teile ihrer Entscheidungsfreiheit zu bewahren. Indem die Akademien ihre Bedeutung für die wissenschaftlichen Auslandsbeziehungen in einem Maße hervorhoben, daß diese geradezu in ihren Institutionen monopolisiert erschienen,[329] sollte dies natürlich auch der Festigung ihrer wissenschaftlichen Position dienen, die gerade in dieser Zeit heftigen Anfeindungen ausgesetzt war.[330]

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften war durch die Stellungnahme des Kartells in eine schwierige Lage geraten, ging doch gerade von ihr ein Anstoß zur Behandlung der „Nichtarierfrage" aus. Wenn sie die Bedenken, die auf der Kartellsitzung „gegen eine Ausgliederung" ausländischer Mitglieder erhoben wurden, auch würdigte - "eine Nachprüfung der Abstammung von

[328] Zu den konkurrierenden Machtstrukturen im NS-Staat vgl. bereits Fraenkel, E., Der Doppelstaat. Broszat, **M.,** Der Staat Hitlers. Benz, **W.,** Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat, 47-62. Bes. aufschlußreich - gerade mit Blick auf den „kulturellen" Sektor - Bollmus, **R.,** Das Amt Rosenberg und seine Gegner.

[329] „Eine ihrer wichtigsten traditionellen Aufgaben [liege in der] Pflege der wissenschaftlichen Verbindungen des Deutschen Reiches mit dem gesamten Auslande." („Entwurf einer Eingabe an den Reichserziehungsminister", 1). Als Resumee halten die Akademien fest: „Die deutschen wissenschaftlichen Akademien betrachten sich entsprechend ihrer Bestimmung und ihrer Überlieferung als verantwortlich für die Aufrechterhaltung unserer wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland. So wie sie die Pflicht haben zu warnen, so oft sie eine Störung dieser Beziehungen befürchten müssen, so haben sie andererseits auch ein Recht darauf, gehört zu werden, wenn Entscheidungen bevorstehen, durch die den Akademien ihre wichtigste, von keiner anderen Stelle wahrnehmbare Funktion im Leben der Nation unterbunden wird" (ebd., 3; **HAW** 611/4).

[330] Vgl. die Akademienscheite in „Der Heidelberger Student" und Volk im Werden.

ausländischen Mitgliedern der Akademien hält auch sie für unmöglich und unerwünscht"[331] -, so sehr beharrte sie doch auf ihrer „für sie bindenden Form ihre[r] Stellungnahme zu diesem Problem" vom 19. Februar 1937[332] und betonte daher, ,,in der Mehrzahl ihrer Mitglieder sich der Stellungnahme der Kartellsitzung vom 24. April 1937 nicht voll anschließen zu können. Wir bitten, falls nicht eine Einigung auf unseren Standpunkt zu erreichen ist, dieses Schreiben dem Herrn Reichserziehungsminister mit vorzulegen".

Die Ausgangslage der Heidelberger Akademie war tatsächlich eine andere als die der Schwesterakademien, was ihre „ausländischen" Mitglieder betrifft: Die Heidelberger Akademie hatte nur wenige ausländische Mitglieder,[333] und bei den Mitgliedern, die sich infolge ihrer Emigration im Ausland aufhielten, brauchte die Abstammung nicht mehr nachgeprüft zu werden, da sie ohnehin in fast allen Fällen bekannt war.

Die Akademie begründet ihr scharfes Vorgehen damit, daß ordentliche und - dies eine bewußte Verfälschung der Tatsachen - außerordentliche Mitglieder „satzungsgemäß Einfluß auf die Verwaltung der Akademie und Gestaltung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten haben." Das Schreiben fährt fort: ,,Dieser Zustand scheint einer großen Anzahl unserer Akademiemitglieder nicht vereinbar mit den Tatsachen und Grundanschauungen, auf denen das staatliche und geistige Leben der Deutschen Gegenwart beruht; die Akademien werden eine führende Stellung im geistigen Leben des Volkes erst wiedergewinnen können, wenn dieser Widerspruch zwischen dem staatlichen Aufbau und dem der Akademien bereinigt sein wird. Gegenüber dieser für die Akademien lebenswichtigen Tatsache müßen [!] Rücksichten auf das Ausland - deren Bedeutung auch von einer Reihe unserer Mitglieder besonders betont wurde - an zweiter Stelle stehen". Das Verhandlungsergebnis des Kartells, an dessen Sitzung Erdmannsdörffer als Ver-

[331] HAW 611/4: Entwurf eines Antwortschreibens an die PreuAW, Anfang Mai 1937, unterzeichnet von Erdmannsdörffer.

[332] Vgl. Anm. 320.

[333] Neben den Schweizern Arnold von Salis, Hans Fehr und Ludwig Stickelberger waren dies zu diesem Zeitpunkt noch der Österreicher Johannes Sölch und der Ungar Georg von Hevesy. Bei J. Sölch und G.v. Hevesy ergaben sich später für die Akademie doch noch Fragen, als es um ihre „Abstammung" ging; dazu siehe unten 439, Anm. 390.

treter der Akademie teilgenommen und dessen Beschlußfassung er also mitgetragen hatte, wurde von der Heidelberger Akademie zurückgewiesen. Dabei ist ungewiß, wie die Entscheidung der Akademie zustande kam, denn Gesamt- und Geschäftssitzungen, in denen solche Beschlüsse hätten gefaßt werden können, sind weder im Jahrbuch noch in den Akten dokumentiert. Es fehlen jegliche Unterlagen über den Abstimmungsmodus. So weist alles auf eine ,,Meinungsbildung" außerhalb der Regularien und auf eine Praktizierung eines Führerprinzips, das allenfalls schriftliche Zustimmung oder Ablehnung zu den vorgelegten Entschlüssen zuließ, bevor es noch in der Satzung verankert war. Insgesamt wird aber deutlich, daß - inzwischen war Achelis zum Sekretär der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewählt worden - die nationalsozialistische Fraktion die Oberhand gewonnen hatte. Auffällig ist der Widerspruch zwischen der „großen Anzahl" und einer - fiktiven - "Mehrzahl" der Akademiemitglieder. Manch einer mochte aus Resignation sich enthalten oder der wie auch immer gearteten Abstimmung fern geblieben sein, andere mochten sich unter dem Druck der „Realitäten" gebeugt haben, wobei der institutionelle Bestand der eigenen Akademie höher bewertet wurde als die internationale Reputation der deutschen Wissenschaft.[334] Das Ergebnis: die nationalsozialistische „Machtübernahme" in der Akademie ist unverkennbar. Nationalsozialistische Ideologie diktierte den Antwortbrief der Akademie, der sich ganz im Fahrwasser der NS-Propaganda über die Aufgaben der Wissenschaft und der Akademie im besonderen bewegte.

Mit ihrem „Kompromißvorschlag" - "zum mindesten sollte eine Regelung getroffen werden, nach der alle die Verwaltung und die Gestaltung des wissenschaftlichen Lebens der Akademie betreffenden Arbeiten - Verfügung über die Mittel, Wahl der Mitglieder, Vorschläge der Klassensekretäre, Kundgebungen, Stellungnahmen zu Kulturfragen und die gesamte wissenschaftliche Ausrichtung - nur denjenigen Mitgliedern zusteht, die rein deutscher Abstammung sind" -[335] hatte die Heidelberger Akademie der Wissenschaften eine einheitliche Haltung und Stellungnahme des Kar-

[334] Immerhin könnte die Phil.-hist. Klasse die Angelegenheit diskutiert haben und entsprechende Weisungen oder Vollmachten an ihren Vertreter Panzer erteilt haben. Für die Math.-nat. Klasse ist eine „Abstimmung" per Umlauf denkbar.

[335] Wie Anm. 331.

tells unterlaufen und die Position der Akademien beim Reichserziehungsministerium deutlich geschwächt. Die Akademien haben auf ihren Kartellsitzungen das „Nichtarierproblem" nicht mehr behandelt. Eine von den Akademien für alle Akademien gültige Regelung zu finden, war gescheitert. Die grundsätzliche Entscheidung über das Ausscheiden der „Nichtarier" unter den Mitgliedern lag damit beim Ministerium.

Noch während im Kartell über die „Nichtarierfrage" verhandelt wurde, war die Entwicklung in der Heidelberger Akademie weiter fortgeschritten. Die Fäden der Aktionen liefen seit dem Rücktritt Erdmannsdörffers, der nur formell die Klasse noch zu vertreten hatte, bei Achelis zusammen. Daß er seine Kraft zur Eliminierung der jüdischen Mitglieder einsetzen würde, war nach den vorausgegangenen Konflikten klar. Die Ernennung Achelis' zum Klassensekretär[336] brachte die Selbstgleichschaltung der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zu einem förmlichen Abschluß. Die Geschäfte der Klasse und partiell auch der Gesamtakademie wurden von nun an von einer nationalsozialistischen „Führer"-Persönlichkeit geleitet. Die Wahl Achelis' sollte wohl auch endlich die internen Auseinandersetzungen in der Klasse beenden; zum anderen war mit der Wahl eines „Vertrauensmannes" der Partei[337] auch die Hoffnung verbunden, nunmehr vor staatlichen Eingriffen bewahrt zu sein und die Akademie aus der Schußlinie der Kritik zu nehmen. So war auch die Wahl Achelis' ein Tribut an die Zeitverhältnisse, gleichzeitig aber zudem ein Versuch, die Stellung der Akademie im Einklang mit den wissenschaftspolitischen Vorstellungen der Partei zu festigen. Es dürfte auf Achelis' Veranlassung zurückgehen, daß Rosenthal und Meyerhof keine Aufforderung zur Teilnahme an der Wahl des

[336] Die Wahl Achelis' selbst ist weder in den Akten noch im Jh. erwähnt und nur durch die Mitgliederstatistik fixiert (vgl. Jh. 1936/40, 85). Offensichtlich handelte es sich bei der Wahl um einen der zu dieser Zeit obligatorischen „Umläufe". Das Datum (12. Juni 1937) bezieht sich auf die reichsministerielle Bestätigung, die in der Akademie im Vorgriff auf die Satzungsänderung notwendig geworden schien (vgl. Jh. 1936/40, 19). Die Wahl selbst fand am 23. April 1937 statt (vgl. hierzu Nachtrag unten 542).

[337] Vgl. dazu etwa den „parallelen" Fall der Bestellung Telschows zum Geschäftsführer der KWG 1937 als „Vertrauensmann" der Partei, um eine politische Einmischung der Partei in ihre Verhältnisse zu verhindern (Glum, F., Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, 486-491).

neuen Klassensekretärs erhielten. Ohne förmlichen Beschluß der Klassen - sie waren im Sinne der Durchsetzung des Führerprinzips gar nicht mit dieser Frage befaßt worden - wurden ihnen alle die Klassen betreffenden Nachrichten und damit auch ihre Rechte vorenthalten. Auch von der Verlegung der Festsitzung, die in einer Phase der inneren Auseinandersetzung auch kaum angebracht gewesen wäre, wurden sie nicht informiert. Dies war eine hinterhältige und illegale Aktion, die die Rechte von einzelnen Mitgliedern ignorierte und überging; wie wohl deutlich ist, wie sehr Erdmannsdörffer nur mehr Werkzeug der beherrschenden NS-Fraktion war, war gerade auch ihm die volle Verantwortung für dieses rechtsbeugende Verhalten anzulasten. Obgleich die Klasse allem Anschein nach bei dieser Aktion übergangen wurde, erfolgte kein Protest der Klasse. Mit gleichlautenden Schreiben vom 6. Juli 1937 erklärten A. Rosenthal und 0. Meyerhof wegen „offenkundige[r] Verletzung der Akademie-Satzungen" ihren Austritt aus der Akademie.[338] Achelis triumphierte: ,,Für die Reorganisation der Akademie ist damit jedenfalls der erste Schritt getan".[339] Diejenigen, die mit „freundlichem Interesse" das Vorgehen Achelis' verfolgten, beglückwünschten ihn zu seiner Aktion und seinem Erfolg.[340]

Die Benachrichtigung über die Austritte wurde erst nach Ende der Sitzungsperiode verschickt. Eine Stellungnahme der Klasse als solcher war daher nicht möglich. Nur ein Mitglied zeigte sich solidarisch mit Meyerhof und Rosenthal und erklärte seinerseits seinen Austritt aus der Akademie, der Botaniker Ludwig Jost, dem noch eineinhalb Jahre zuvor ein überschwengliches Glückwunschschreiben zum 70. Geburtstag zugeeignet worden war.[341] L. Jost zählte zu den absolut integren Persönlichkeiten der Akademie, die sich nie durch den Nationalsozialismus hatten kompromittieren lassen.[342]

[338] **HAW** 110/2; **HAW** 115/PA Meyerhof, **HAW** 115/PA Rosenthal. Zu Meyerhof vgl. Schweiger, H.-G., Otto Meyerhof.

[339] Achelis an Kuhn, 27. Juli 1937 (HAW 110/2). Achelis bedankte sich auch bei Kuhn für sein „freundlich[es] Interesse", das er am „Schicksal der Heidelberger Akademie" nahm.

[340] Wilser schreibt am 22. Aug. 1937 an Achelis: ,,Nun haben Sie reine Stube, und ich wünsche Ihnen vollen Erfolg für die Aufbauarbeit. Wenn ich dazu etwas beitragen kann, dann bestimmen Sie, bitte." HAW 030/2, auch HAW 110/2.

[341] HAW 115/PA Jost. Glückwunschadresse vom 12. Nov. 1935.

[342] Zu Jost vgl. NDB 10, 1974, 630-631 (K. Mägdefrau). Jost gehörte in den 20er Jahren zu den Sympathisanten des Weimarer Kreises. (Vgl. oben 349).

Mit ihm verlor die Klasse eines ihrer angesehensten und eifrigsten Mitglieder. „Er trat einzig aus dem Grunde aus, daß er die Zusammensetzung der damaligen Akademie nicht mehr billigen konnte", heißt es in einem Nachruf;[343] durch diese Formulierung wird aber noch im Rückblick der Rechtsbruch, gegen den Jost vor allem protestierte, verschleiert. Aus der Philosophisch-historischen Klasse erfolgte überhaupt keine Reaktion. Indem sie die „Lösung" der Krise als interne Angelegenheit der Schwesterklasse betrachtete und nicht ihrerseits - wie dies etwa 1915 in der Frage der Wahl der Klassensekretäre geschah - auf einer Einhaltung der Akademieverfassung beharrte und gegen den Rechtsbruch sich verwahrte, machte sie sich wiederum zum Mithelfer und Mitschuldigen. Das Schweigen der z.T. hintergangenen Akademiemitglieder war somit als Billigung und Bestätigung des Vorgehens der Leitung der Klasse zu verstehen.

Daß Achelis mit der „Bereinigung" der Nichtarierfrage in seiner Klasse nicht zufriedengestellt war, sondern diese auf die ganze Akademie auszudehnen gedachte, zeigte sein Versuch, auch in den Mitgliederbestand der Philosophisch-historischen Klasse einzugreifen. Mit einem persönlichen Schreiben an den Kirchenhistoriker Erich Seeberg begann er Material gegen den Philosophiehistoriker Ernst Hoffmann zu sammeln, „der - obwohl Nichtarier - nach den bisher leider geltenden Bestimmungen noch Mitglied unserer Akademie ist".[344] Seine nach wie vor bestehenden Beziehungen zu R. Klibansky[345] drohten ihm dabei zum Verhängnis zu werden. Achelis war sich jedenfalls sicher, daß Hoffmann ausscheiden

[343] Immerhin erkannte die Akademie das Verhalten Josts im Jahre 1937 nachträglich als richtig und konsequent ausdrücklich an: „In Anerkennung dieses folgerichtigen Handelns betrachtet ihn die erneuerte Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse als einen der ihren." (Jh. 1943/55, 42, vgl. dazu auch unten 564). Die Gedenkworte schrieb **A.** Seybold (vgl. HAW 115/PA Jost). Im Nachruf wird das Ausscheiden Josts aus der Akademie irrtümlich auf 1936 datiert. Am 27. Juli 1937 hatte die Akademie Josts Austritt mit „Besonderem Bedauern" zur Kenntnis genommen und ihm für seine langjährige Mitarbeit gedankt (Achelis an Jost, 27. Juli 1937, **HAW** 110/2).

[344] Achelis an E. Seeberg, 15. Juni 1937 **(HAW** 34120/2). Achelis betonte ausdrücklich, daß er „nicht im Auftrag oder Namen der Heidelberger Akademie" handelte. Bei Seeberg fand Achelis bereitwillige Unterstützung (vgl. dessen Antwortschreiben vom 24. Juni 1937).

[345] Zu Klibansky vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 40-43, 148, 271.

werde, ,,wenn die Regelung der Akademiefrage nach unseren Wünschen läuft",[346] Erwartungen, die sich an den sich vollziehenden „Umbau" der Akademie anschlossen.

Die Aufmerksamkeit Achelis' für Hoffmann erklärte sich vordringlich aus seinem Interesse an einer Neubewertung des Cusanus-Unternehmens. Für ihn war es daher wichtig, daß Hoffmann nicht zu sehr in Erscheinung trat und „Politisches [!] sich nicht einmischt".[347] Der „Fall" Hoffmann zeigt auch, daß die Idee einer endgültigen „Säuberung" der Akademie im nationalsozialistischen Sinne trotz der Erfolge der Nazis nicht verwirklicht wurde. Die Philosophisch-historische Klasse hielt sich in ihren Aktionen weitgehend zurück, das Vorgehen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse fand bei ihr keine unmittelbare Resonanz, weder zustimmend noch in einer Solidaritätskundgebung für Meyerhof, Rosenthal und Jost.

Im Sommer 1937 war nach den Austritten von Meyerhof, Rosenthal und Jost eine Phase der Ruhe eingetreten, die freilich nur vorübergehend sein sollte.

3.2. Die Diskussion um die Einführung des Reichsbürgerprinzips in die Akademieverfassung.

Bereits zu Jahresbeginn 1938 wurde die ganze Angelegenheit erneut aufgerollt. Die Austritte des Sommers 1937 zeigten nicht die erhoffte Auswirkung auf eine Neubesinnung und Neubewertung der Akademiemitgliedschaft. Die Ursachen lagen in einer zögerlichen Haltung des Reichserziehungsministeriums. Die im Februar 1937 angekündigte allgemeine Regelung der „Nichtarierfrage" stand nach wie vor aus. Am 5. Januar 1938 glaubte Achelis mitteilen zu können, ,,dass die Arierfrage [vom Ministerium] in dem von uns vorgeschlagenen Sinne geregelt wird." Er ging davon aus, daß in Heidelberg keines der Mitglieder mehr „von einer derartigen Massnahme betroffen" sei.[348] Diese Feststellung eines gesicherten Zustandes erschien ihm nötig, um die Mitglieder wieder verstärkt zur Mitarbeit in der Akademie heranzuziehen und wieder „normale" Verhältnisse einkehren zu lassen. Die Reorganisation

[346] Achelis an Seeberg, 8. Juli 1937 (HAW 34120/2).
[347] Achelis an Regierungsrat Grüninger (REM), 4. Okt. 1937 (HAW 030/2).
[348] Achelis an Kuhn, 5. Jan. 1938 (ebd.).

der Akademie schien unmittelbar bevorzustehen. Diese optimistische Einschätzung widersprach jedoch dem weiteren Verlauf der Mitgliederangelegenheit. Daß nach Achelis' Auffassung die Normalität doch noch nicht in die Akademie eingekehrt war, zeigt sein Beharren auf der Durchsetzung des Reichsbürgerprinzips in den Akademien. Im Februar 1938 hielt Achelis die Einführung des „Reichsbürger-Prinzip[s] ... für alle diejenigen Mitglieder, die satzungsgemäss an der Vermögensverwaltung beteiligt sind", für dringend erforderlich, so daß eine „Sofortmassnahme" des **Mini**steriums angezeigt schien.[349] Bemerkenswert war in Achelis' Ausführungen, daß er - auf Heidelberger Verhältnisse bezogen - die Maßnahmen nur auf ordentliche Mitglieder angewendet wissen wollte, von den außerordentlichen, korrespondierenden, auswärtigen Mitgliedern ist nicht mehr die Rede; hier hatte sich in der Heidelberger Akademie nach einer Zeit der Besinnung offenbar die Meinung des Kartells durchgesetzt, daß bei diesen Mitgliederkategorien „die Durchführung eines Reichsbürger-Prinzips ... nicht möglich ist",[350] da sich hierunter viele Ausländer befänden. Am 2. April teilte Achelis nach Wien mit, daß im Reichserziehungsministerium die Absicht bestehe, „die ordentliche Mitgliedschaft in den deutschen Akademien auf deutsche Reichsbürger zu beschränken", d.h. Juden aus dieser Kategorie auszuschließen.[351]

Wie sehr Achelis dem Tempo des Entscheidungsprozesses der Ministerialbürokratie vorauseilte, zeigt die Korrespondenz von Ende April bis Anfang Mai mit dem Reichserziehungsministerium. Achelis drängte in seinem Schreiben vom 23. April das Ministerium, die „Regelung der Arierfrage" voranzutreiben, damit die Angelegenheit bis zum Jahresfest der Akademie „geordnet wäre"[352]: „Wir haben nun am 22. Mai die übliche öffentliche Jahressitzung der Heidelberger Akademie. Ich muss dabei vor einer gewissen Öffentlichkeit Bericht erstatten über meine Geschäftsführung im vergangenen Jahr, und das kann ich eigentlich nur, wenn ich bekannt geben kann, dass die entsprechenden Entscheidungen in der Arierfrage gefallen sind. Anderenfalls kann man

[349] Achelis an Min.R Frey (REM), 14. Febr. 1938 (ebd.).
[350] Ebd.
[351] Antwortbrief auf eine Anfrage Wiens bezüglich der nach dem „Anschluß" Österreichs notwendig gewordenen Beratung ihres „künftigen Mitgliederstand[es]" vom 1. Apr. 1938 (HAW 110/2).
[352] Achelis an Min.R. Frey, 23. Apr. 1938 (HAW 030/2).

Nationalsozialisten ja kaum noch zumuten, diese wissenschaftlichen Arbeiten in den Akademien auf sich zu nehmen. Es ist ja eigentlich jetzt durch Jahre mühselig still gehalten worden. Man kann sich nicht wundem, wenn dann im Juni hier in Heidelberg die Angriffe auf die Akademie wieder losgehen. ich habe mich nach Rücksprache mit dem Ministerium auch persönlich wiederholt darauf festgelegt, dass die Angelegenheit in Ordnung käme".[353]

Die Erklärung, keines der Heidelberger Mitglieder sei von weiteren Maßnahmen betroffen, entlarvte sich in der Korrespondenz mit dem Ministerium als rein taktisches Manöver, das allein zur Beruhigung und Beschwichtigung der Mitglieder gedacht war, bevor man mit der endgültigen Durchsetzung des „Arierparagraphen", zu der die Rückendeckung durch das Ministerium erwünscht war, beginnen konnte. Der neuerliche Aktionismus Achelis' hatte auch eine äußere Triebfeder. War es das Ziel der Umgestaltung der Akademie, die Akzeptanz der nationalsozialistischen Parteibürokratie zu erlangen, die Akademie gewissermaßen gar als nationalsozialistische Musterinstitution darzustellen, wozu ein Geschäftsbericht gerade der geeignete Anlaß wäre, so konnte Kritik von nationalsozialistischen Organisationen an der immer noch „rückständigen" Akademie als eines Fremdkörpers in der nationalsozialistischen Wissenschaftslandschaft3[54] unliebsame Folgen haben. Die Absicht, die Akademie als öffentlich-rechtliche Korporation zu institutionalisieren, hätte so ernsthaft gefährdet werden können. Die „Arierfrage" war mit den bisher vollzogenen Maßnahmen nicht „glatt" geregelt. Es fehlte jegliche Rechtsgrundlage für das Vorgehen gegen jüdische Mitglieder. Das schien gerade angesichts der nach Verlauf von zwei Jahren erstmals wieder stattfindenden öffentlichen Festsitzung zu beunruhigen. Hinzu kam, daß Achelis sich mit seinen Aktionen sehr weit vorgewagt hatte, ohne die dafür nötige Legitimation zu besitzen; peinlich mußte die Angelegenheit werden, wenn über die „Bereinigung" des Mitgliederstandes öffentlich Rechenschaft abgelegt werden mußte. Angesichts der für Achelis ungesicherten Rechtslage war seine Nervosität über das Zögern des Reichserziehungsministeriums verständlich, da er von Rechtsnormen ausging, die noch

[353] Achelis an Oberregierungsrat Grüninger, 7. Mai 1938 (ebd.).

[354] Vgl. oben den Abschnitt über die Polemik gegen die Akademie, auf die sich Achelis bezog.

nicht bestanden. Die Technik der vollendeten Tatsachen drohte sich als Bumerang zu entpuppen, solange keine Rückendeckung durch das Ministerium vorlag. Wie weit Achelis sich vorgewagt hatte, zeigten das Schreiben nach Wien und noch mehr die Einladungen an die Parteigrößen vor Ort. Dort hieß es: „Wie Sie wissen, ist die Reorganisation der Akademien in den letzten Jahren immer wieder zurückgestellt worden, da das Reichserziehungsministerium Schwierigkeiten aussenpolitischer Art fürchtete, wenn etwa die Juden durch eine Satzungsänderung entfernt würden. Es ist nun inzwischen gelungen, das Ministerium davon zu überzeugen, dass diese Massnahme ebenso wie die Durchführung des Führerprinzips unumgänglich ist. Beide Verfügungen sind inzwischen getroffen. Auch die Heidelberger Akademie hat damit den Charakter eine[r] öffentlichen Körperschaft bekommen. Eine Änderung im Mitgliederbestand war nicht mehr nötig, da wir bereits auf anderem Weg vorher die Juden zum Austritt veranlasst hatten".[355]

Achelis ging weit über seine Befugnisse hinaus. Im Blick auf die Öffentlichkeit mußte ihm die „Verrechtlichung" der „Änderung des Mitgliederbestandes" dringend erforderlich erscheinen. Er scheute da auch vor bewußt falschen Angaben nicht zurück. Neben seinem Interesse an einer Festigung der eigenen Position stand auch unverkennbar die Absicht, über die öffentliche Anerkennung die Stellung der Akademie im „neuen Staat" zu stärken. Öffentliche Angriffe auf die Akademie, wie sie 1936 noch hilfreich gewesen waren, wären nun ein gefährlicher Rückschlag.

Eine Entscheidung des Reichserziehungsministeriums, datiert vom 19. Mai 1938,[356] traf erst kurz vor der Festsitzung ein. Sie deckte das Vorgehen und die Ankündigungen Achelis' jedoch nur zum Teil. Wesentlich war die Feststellung, daß nach Auffassung des Reichserziehungsministeriums die generelle Einführung des Reichsbürgerprinzips in den Akademien nicht durchführbar sei,

[355] Achelis an Kreisleiter Seiter, 18. Mai 1938 (HAW 030/2). In diesem Zusammenhang steht vielleicht auch die möglicherweise beabsichtigte, vielleicht aber auch nur aus unglücklichen Umständen nicht ergangene Einladung zur Festsitzung an v. Künßberg. Jedenfalls holte Achelis am Tag vor der Sitzung die Einladung unter Hinweis auf eine Zustellungspanne ausdrücklich nach (Achelis an v. Künßberg, 21. Mai 1938; HAW 110/2).

[356] Min.R. Frey (REM) an Achelis, 19. Mai 1938 (HAW 030/2); das Schreiben ist als „Schnellbrief' auf den Weg gebracht worden.

zumal - "aus Rechtsgründen" [!] - nicht „auf Grund einer bloßen Anordnung des Ministeriums". Das Reichsbürgerprinzip ließe sich nur durch eine schwierig zu bewirkende Satzungsänderung herbeiführen. Mit dieser Ablehnung folgte das Ministerium scheinbar den Vorschlägen des Kartells, die Heidelberger Forderung wurde dagegen zurückgewiesen, nicht weil sie zu radikal gewesen wäre, sondern weil sie Verantwortlichkeiten verlagern wollte. Auch um unnötiges Aufsehen zu vermeiden, schlug das Ministerium ein anderes Vorgehen vor. Es „wird ersucht, festzustellen, ob die Satzungen der Heidelberger Akademie bereits gegenwärtig eine Bestimmung des Inhalts enthalten, wonach die Wahl der Miiglieder, und zwar sowohl der ordentlichen wie der außerordentlichen und der auswärtigen Mitglieder, der Bestätigung des aufsichtsführenden Ministeriums bedürfe, wie das bereits bei der Satzung der Preußischen Akademie der Fall ist. Besteht eine solche Satzungsbestimmung, so ist beabsichtigt, für sämtliche noch in den Reihen der Akademie befindlichen nichtarischen Mitglieder, d.h. auch für die Mischlinge, die staatsministerielle Bestätigung zu widerrufen und damit automatisch das Ausscheiden dieser Mitglieder herbeizuführen." Die Akademie solle veranlaßt werden, gegebenenfalls die erforderliche Satzungsbestimmung einzuführen. „Es würde daraufhin eine Bestätigung sämtlicher gegenwärtiger Mitglieder der Akademie erforderlich werden, wobei ebenfalls wieder die Ausscheidung der Juden und Mischlinge herbeigeführt werden soll."

Auffällig war der Wunsch des Ministeriums, über die Bestätigungspflicht in die Struktur der Akademien eingreifen zu können. Dies erschien dem Ministerium als das geeignete Mittel, die Staatsaufsicht tatsächlich über diese Institutionen auszudehnen; damit waren Eingriffe durch Verordnungen möglich, wie sie die Hochschulen längst hatten hinnehmen müssen. Während die Einführung des Reichsbürgerprinzips im Rahmen der Bestimmungen - d.h. unter Beachtung des antisemitischen Prinzips - dennoch eine gewisse Autonomie der Akademie bei der Berufung ihrer Mitglieder gewahrt hätte, ging diese bei der Überordnung einer ministeriellen Bestätigungspflicht verloren. Das Ministerium erhielte einen direkten Zugriff auf die personelle Zusammensetzung der Akademie, insofern es allein in seiner Befugnis läge, eine Wahl wirksam werden zu lassen. Die Wahl durch die Akademie wäre dann nichts anderes als ein Vorschlagsrecht oder besser eine Vor-

schlagspflicht. Eine Gewähr für die Annahme der Wahlen der Akademie durch das Ministerium bestünde nicht: die Akademie begab sich in dieser entscheidenden Frage in vollständige staatliche Abhängigkeit.

Ziel des Ministeriums war es, auch bislang weitgehend unabhängige, aber zentrale wissenschaftliche Einrichtungen durch die Unterstellung unter die eigene Aufsicht zu kontrollieren und so auch institutionell gleichzuschalten. Damit wäre die Akademie auch als Ideengeber und Anreger wissenschaftlicher Forschungen in ihrer Freiheit eingeschränkt worden, so wie sie der Gefahr ausgesetzt wäre, zum bloßen Befehlsempfänger degradiert zu werden.

Es wird deutlich, daß es dem Ministerium nicht so sehr um qie Wahrung einer Rechtsgrundlage ging, sondern darum, Aufsehen zu vermeiden. Dabei waren die Verfahrensvorschläge des Ministeriums sehr viel weitergehend und tiefergreifend als die Anträge der Akademie. Um eine unliebsame Rechtslage außer Kraft zu setzen, waren öffentlich angreifbare Maßnahmen nicht „brauchbar", sondern hintergründiges Walten im Verborgenen, das umso wirksamer die Erfüllung eigener Absichten garantierte.

Dabei lag der Sitte, daß gewählte (ordentliche) Mitglieder der staatlichen Bestätigung bedurften, die Vorstellung zugrunde, daß eben auch Akademien staatliche Institutionen seien. Das traf insofern zu, als der Akademienetat vom Staat zur Verfügung gestellt wurde und als die Mitglieder „beamtete" Stellen innehatten. Diese Voraussetzungen bestanden wohl für die Verhältnisse bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften, die Heidelberger Akademie dagegen war als Empfänger nur gelegentlicher nichtetatmäßiger staatlicher Mittel in einer anderen Lage. Jeder Versuch jedoch, die materielle Basis der Akademie zu sichern, setzte sich der Forderung nach staatlicher Aufsicht und Kontrolle aus. Die Erwartung, ihre öffentliche Stellung verbessern zu können, quasi zu einer „öffentlichen Körperschaft"[357] erhoben zu werden, durfte dem Vorschlag des Ministeriums ein gewisses Entgegenkommen versichern: Nur indem man von der Autonomie etwas preisgab, durfte man eine Stärkung der öffentlichen Stellung erwarten. Bedenken gegen die Eröffnung staatlicher Einflußmöglichkeiten ließen sich leicht mit Hinweis auf die anderen Akademien in Berlin, München oder Wien abwehren. Und schließlich kannte die

[357] Vgl. oben Anm. 355.

Heidelberger Akademie ja selbst von 1909-1918 die Regelung, für ihre ordentlichen Mitglieder die staatliche Bestätigung einholen zu müssen.

Mochte der Vorschlag des Reichserziehungsministeriums so auch einer rechtlichen Vereinheitlichung der Akademien dienen, was durchaus den Wünschen Heidelbergs entsprach, so gingen die zu gewärtigenden Auswirkungen der Bestimmung doch weit über das von der Heidelberger Akademie beabsichtigte Maß hinaus. Hatte die Heidelberger Akademie der Wissenschaften angestrebt, den „erforderlichen Maßnahmen" nur die ordentlichen Mitglieder zu unterwerfen, so dehnte das Reichserziehungsministerium die gewünschten Eingriffe auf alle Mitgliederkategorien aus. In diesem „Schnellbrief' des Ministerialrates Frey drückte sich zum ersten Mal so etwas wie ein Konzept in der wissenschaftspolitischen Behandlung der Akademien aus, und Heidelberg schien aus gegebenem Anlaß ein geeignetes Objekt zu sein, die eigenen Eingriffsmöglichkeiten zu testen und voranzutreiben.

Für den aktuellen Anlaß der Jahresfeier wurde die Akademie verpflichtet, keine jüdischen Mitglieder an der Sitzung teilnehmen zu lassen.[358] Als Begründung und Übergangslösung gab das **Mini**sterium der Akademie nur die Möglichkeit an die Hand, darauf hinzuweisen, ,,daß eine Nachprüfung der weiteren Zugehörigkeit dieser Mitglieder zur Akademie schwebe und bis zur Beendigung dieser Prüfung die Mitgliedschaft der Genannten als ruhend anzusehen sei", ein Verfahren, das die Akademie sinngemäß bereits in den Fällen Meyerhof und Rosenthal ein Jahr zuvor angewendet hatte. Die ministerielle Verfügung erlaubte der Akademie, noch vor der Jahresfeier den Gästen versichern zu können, ,,dass die Frage praktisch geregelt" und die Sitzung „ordnungsgemäß" durchzuführen sei. ,,Im anderen Falle [wären wir] in die Lage gekommen, dass wir die eingeladenen Parteistellen wohl wieder hätten ausladen müssen."[359]

Mit der vom Ministerium vorgeschlagenen Lösung war Achelis nicht ganz zufrieden: ,,Für die innere Stellung der Akademien wäre es vielleicht wirksamer, wenn ein Arierparagraph ausdrücklich aufgenommen würde." Andererseits verstärkte Achelis nochmals die

[358] Verstärkt wurde diese Forderung durch ein nachgeordnetes Schreiben des badischen Kultusministers vom 21. Mai 1938, No. A 7423 (HAW 030/2).
[359] Achelis an Min.R. Frey, 24. Mai 1938 (ebd.).

Bedenken, die sich aus einer rigorosen Anwendung der neuen Bestimmungen auch auf auswärtige bzw. korrespondierende Mitglieder ergäben. Ganz im Sinne des Kartellbeschlusses vom April 1937 formulierte Achelis mit Blick auf diese Mitglieder, alles beim alten zu lassen, um Aufsehen zu vermeiden und deutsche Wissenschaftler vor einem Ausschluß aus ausländischen Akademien zu bewahren. Der Widerruf der Mitgliedschaft sollte daher nicht auf die korrespondierenden, respektive auswärtigen Mitglieder ausgedehnt werden, zumal „diese Mitglieder grundsätzlich nicht auf den Sitzungen erscheinen, und auch sonst keinerlei Einfluss auf die Geschäftsführung der Akademien haben."[360] Dagegen akzeptierte Achelis und mit ihm offenbar die Akademie die Ausweitung der Ausschlußdrohung auf die sogenannten Mischlinge, die nicht unter das Reichsbürgergesetz fielen. Hier sei „nur in einigen wenigen Fällen eine besondere Nachprüfung notwendig." Dennoch: angesichts der Erwartung, mit dem Ausschluß der jüdischen Gelehrten den Mitgliederbestand der Akademie endgültig geregelt zu haben, bedeutete dies eine weitere Beunruhigung der Mitgliederverhältnisse. Und weiter: wer konnte sicher sein, daß nicht bald eine neue „Kategorie" von Mitgliedern „auftauchte", die ebenfalls vom Ausschluß bedroht war?

Mit größter Eile, unmittelbar nach der Festsitzung, ging die Akademie daran, die „bereits erwähnte Bestätigungspflicht der neugewählten Mitglieder in die Satzungen der Akademie" aufzunehmen und zwar in der Totalität der ministeriellen Vorgaben.[361] Der Antrag auf Änderung der Satzung wurde von den Sekretären und ihren Stellvertretern, Panzer, Fehrle, Achelis, von Weizsäcker und ferner Goerttler gestellt. Bis zum 30. Mai sollte das schriftliche Abstimmungsergebnis vorliegen. Eine Sitzung zur Besprechung der Angelegenheit war nicht vorgesehen, wurde im übrigen von den Mitgliedern auch nicht beantragt. Es genügte, daß schon ganz im neuen Führungsstil „in einer Besprechung der Sekretäre" festgestellt wurde, ,,dass gegen die Durchführung dieser Satzungsänderung Bedenken wohl kaum erhoben werden können,

[360] Vgl. auch Achelis an Oberregierungsrat Grüninger, 24. Mai 1938 (ebd.), wo Achelis die die k.M. bzw. ausw.M. betreffende Entscheidung des Ministeriums auf ein Versehen zurückführt. „Wenn man Aufsehen vermeiden will, sollte man diesen rein dekorativen Mitgliederbestand ... nicht widerrufen."

[361] Achelis an die Mitglieder der HeidAW, 24. Mai 1938 (ebd.).

da sie die Rechtsstellung der Akademie erheblich verbessert." Die Betonung lag also auf einer Anerkennung der öffentlich-rechtlichen Stellung der Akademie. Verschwiegen wurde in dem Antrag allerdings, daß die „Bestätigungspflicht" nach den Vorstellungen des Ministeriums auch auf bereits gewählte, d.h. alle Mitglieder ausgedehnt werden sollte, was durch die Formulierung des entsprechenden Paragraphen der Satzung nicht ohne weiteres erkenntlich war.[362] Durch dieses im Grunde unehrliche, aber dem Führerprinzip entsprechende Verhalten wurde die Akademie in die Annahme dieser Satzungsänderung genötigt. Bereits am 2. Juni 1938 wurde der Vollzug der Satzungsänderung an das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts nach Karlsruhe gemeldet.[363]

So schien die Akademie im Sommer 1938 endlich am Ziel ihrer Auseinandersetzungen angekommen zu sein. Man schmückte sich mit dem Etikett einer „gesäuberten" Akademie, der ein neuer Anfang in ihrer wissenschaftlichen Arbeit[364] und in ihrer Stellung

[362] § l la: „Die Wahl der Mitglieder aller Kategorien bedarf der Bestätigung durch das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Die Bestätigung ist widerrufbar." Vgl. HeidAW an BMKU, 2. Juni 1938 (ebd.).

[363] Das Abstimmungsergebnis verzeichnet Einstimmigkeit. Vier Mitglieder nahmen an der Abstimmung nicht teil (durch Nichtabgabe der Stimmzettel). Achelis an die Mitglieder der HeidAW, 2. Juni 1938 (ebd.).

[364] Vgl. Achelis an Kuhn, 5. Juli 1938 (ebd.). Richard Kuhn (vgl. dazu auch **HAW** 115/PA **R.** Kuhn) hatte sich offenbar zu Beginn der Auseinandersetzungen zurückgezogen. Als Grund für seine Abstinenz ist die ungeregelte „Arierfrage" festzumachen. So genügten die Austritte Rosenthals und Meyerhofs nicht, ihn zur Rückkehr zu bewegen (vgl. Achelis an Kuhn, 27. Juli 1937, **HAW** 110/2), und auch ein zweiter Appell Achelis' zu Beginn des Jahres 1938 (Achelis an Kuhn, 5. Jan. 1938, ebd.) hatte nicht den gewünschten Erfolg: Bei dem starken Interesse, das Kuhn der Frage der Reorganisation der Akademie zumaß - "wir waren uns damals [Sommer 1937) wohl auch darüber einig, dass eine derartige Institution wie die Akademie in Heidelberg dringend erforderlich ist. Es kann durchaus von einer solchen wenn auch kleinen Akademie ein starker Impuls für die wissenschaftliche Arbeit an der Universität ausgehen"-, genügte ein In-Aussicht-Stellen der entsprechenden ministeriellen Erlasse nicht. Nach der Satzungsänderung, die die Mitgliedschaft in der Akademie an eine ministerielle Bestätigung band, „die natürlich nur erteilt wird, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind", konnte die Akademie „ihre Arbeit wieder in vollem Umfange" aufnehmen. Auf Achelis' Bitte, sich nun wieder an den Arbeiten der Akademie zu beteiligen (Achelis an Kuhn, 5. Juli 1938, HAW 030/2), sagte Kuhn endlich seine Unterstützung der Akademiearbeit zu (Kuhn an

im Staat vergönnt sein mochte. „In der Heidelberger Akademie sind jetzt durch diese Satzungsänderung eigentlich alle Probleme gelöst, da ja die auswärtigen Mitglieder nicht noch einmal durchgeprüft werden sollten, wie Sie mir sagten. Es besteht übrigens auch kein dringendes Bedürfnis, den Mitgliederbestand im Übrigen neu zu bestätigen, da die Juden sämtlich ausgetreten sind, und nur ein Mischling (25%) sich noch in der Akademie befindet, über den wir ja gleichfalls wiederholt sprachen".[365]

Von einer endgültigen „Bereinigung" und Beruhigung konnte indessen keine Rede sein. Der Mitgliederbestand der Akademie war keineswegs gesichert. Vom Ministerium angestoßen, drehte sich die Spirale immer neuer Gefährdungen unliebsamer Gelehrter weiter, denn nach den „Mischlingen" kamen andere „Kategorien", so die ‚jüdisch Versippten", auf die Abschußliste. Die Einbeziehung des alten Mitgliederbestandes in die ministerielle Bestätigungspraxis konnte als Hebel zur Destabilisierung der Akademie eingesetzt werden. Das schien Achelis zu ahnen. So erschien es der Akademie auch nicht zweckmäßig, den vom Ministerium gewünschten Ausschluß der „Mischlinge" voranzutreiben. „Nach dem Passus in dem Schnellbrief besteht offenbar die Absicht, doch noch eine Revision des Mitgliederbestandes durchzusetzen und das ist in dem einen bei uns in Frage kommenden Fall ja nicht besonders erwünscht".[366] Kaum hatte „die Akademie ihre Arbeit wieder im vollen Umfange aufgenommen",[367] drohten also weitere Eingriffe in die Mitgliederstruktur, die die Arbeitsfähigkeit der Akademie erneut stören konnten. Dies zu verhindern, lag im Interesse der Akademie, während das Reichserziehungsministerium auf solche Fragen keine Rücksicht zu nehmen gedachte. So gewann der „Fall" Ernst Hoffmann, mit dem das zentrale Cusanus-Unternehmen stand oder fiel, gewissermaßen als Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung zwischen Akademieinteresse und ministeriellen Belangen erhebliche wissenschaftspolitische Bedeutung

Achelis, 7. Juli 1938, ebd.): „... habe ich mit Freude ersehen, daß die Satzungen ... bereits in bester Form erneuert sind, so daß ich als Mitglied der Akademie gerne die Sitzungen besuchen und Sie [Achelis] ... in Ihrer Arbeit unterstützen werde".

365 Achelis an Min.R. Frey, 28. Juni 1938 (ebd.). Bei dem „Mischling" handelte es sich um Ernst Hoffmann.

366 Achelis an Panzer, 27. Okt. 1938 (ebd.).

367 Vgl. Achelis an Kuhn, 5. Juli 1938 (ebd.).

für die Akademie. In Bezug auf E. Hoffmann hatte die Akademie bereits interne Maßnahmen getroffen, mit denen man hoffte, Hoffmann zumindest bis 1940 in der Leitung des Cusanus-Unternehmens halten zu können, also eine Frist einzuplanen, in der man nach einem geeigneten Nachfolger für Hoffmann suchen konnte. Hoffmann hatte in seinem Bemühen für den Fortbestand des Cusanus-Unternehmens seinerseits zugesagt, Konsequenzen ziehen zu wollen, falls „für die Akademie oder das Cusanus-Unternehmen aus seiner Person Schwierigkeiten erstünden".[368] Die Leitung des Forschungsprojektes wurde verknüpft mit der Problematik seiner Akademiemitgliedschaft. Der für 1940 geplante „Rücktritt" Hoffmanns bezog sich jedoch ausschließlich auf das Cusanus-Unternehmen.

Wissenschaftliche Gesichtspunkte gewannen hier erstmals seit langer Zeit - und auch im Gegensatz zu den ursprünglichen Intentionen in Bezug auf Hoffmann - die Oberhand über eine ideologische Argumentation. Aus wissenschaftlichen Erwägungen war die Akademie nicht gewillt, ihrerseits weitere Maßnahmen einzuleiten.

3.3. Die „Nichtarierfrage" in der Statutendiskussion.

Alle Planungen und Probleme erfuhren durch die Novemberpogrome des Jahres 1938 eine - von der Akademie ungewollte - Radikalisierung und Forcierung. Die im Frühjahr angelaufenen Bemühungen um eine Statutenänderung boten dem Reichserziehungsministerium in diesem Zusammenhang Möglichkeiten, der Akademie deutliche Wünsche in Hinblick auf die Gestaltung der Akademie mitzuteilen. Bezüglich der „Arierfrage" bedeutete dies die Übernahme des „Reichsbürgerprinzips" in die Satzung der Akademie, wie es die Akademie selbst vorgeschlagen hatte, gekoppelt mit der Notwendigkeit, die Wahl aller Mitglieder bestätigen zu lassen, und der Möglichkeit, diese Bestätigung zu widerrufen.[369] In den Erläuterungen dazu hieß es, daß dadurch die Wahl von „Juden im Sinne des Reichsbürgergesetzes in Zukunft", sei es als ordentliche, korrespondierende oder Ehrenmitglieder nicht mehr mög-

[368] Achelis an Panzer, 20. Juli 1938 **(HAW** 1214/2; auch 110/2).

[369] Dazu Schnellbrief des REM vom 15. Nov. 1938, WN Nr. 2633 (HAW 030/2) unter Nr. 3 und 5.

lieh sei. Eindeutig gab das Ministerium zu verstehen, daß es „auch der Wahl eines ausländischen Mitgliedes die Bestätigung versagen [werde], wenn dieser Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes ist". Da die jüdischen Gelehrten unter den ordentlichen Mitgliedern nach Darlegung der Akademie bereits ausgeschieden waren, wären dadurch keine weiteren Störungen der Mitgliederstruktur zu erwarten gewesen. Aber die Bestimmungen des Reichsbürgergesetzes mußten auch auf die „Reichsangehörigen" unter den korrespondierenden Mitgliedern ausgeweitet werden. Hier standen der Akademie also neuerliche Eingriffe in den Mitgliederbestand bevor. Hinsichtlich der jüdischen ausländischen korrespondierenden Mitglieder wurden zunächst keine Entscheidungen erlassen, hier sollten „nach Anhörung des Auswärtigen Amtes weitere Anweisungen ergehen". In einem von der Akademie ursprünglich nicht intendierten Maße bezog das Reichserziehungsministerium in seine „Säuberungspolitik" aber wiederum weitere „Kategorien" ein: ,,Den heutigen weltanschaulichen Grundsätzen entspricht es auch, daß Mischlinge und jüdisch versippte Mitglieder aus der Akademie ausscheiden. Ihnen gegenüber ist daher ebenso zu verfahren wie gegenüber jüdischen Mitgliedern. Eine Ausnahme für einzelne von ihnen zuzulassen, erscheint mir nicht angebracht".[370] Die Ausweitung der „betroffenen" Kreise wurde hier erstmals in aller Deutlichkeit offenbar. Damit stand der Akademie ein erneutes Revirement bevor, wodurch die gerade gewonnene „Normalisierung" ihrer Tätigkeit erneut erheblichen Störungen ausgesetzt wurde. Von der Verordnung waren beispielsweise Ernst Hoffmann und Eberhard von Künßberg, der für das Deutsche Rechtswörterbuch der Preußischen Akademie der Wissenschaften ebenso unentbehrlich war3[71] wie Hoffmann für die Cusanus-Ausgabe,

310 Ebd.

371 Zu v. Künßbergs Arbeit am Rechtswörterbuch vgl. Schmidt-Wiegand, R., Aus der Werkstatt Eberhard Freiherr von Künßbergs. Zu v. Künßberg vgl. Dies., Eberhard Freiherr von Künßberg. NDB 13, 1982, 226-227 (A. Laufs). Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 163-166 (A. Laufs). E.v. Künßberg war mit einer Jüdin verheiratet; seine Lehrtätigkeit wurde daher 1937 überprüft, ohne daß weitere Maßnahmen erfolgten (Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 105f.). In einem Gutachten durch den Stab des „Stellvertreters des Führers" Heß wurde v. Künßbergs Haltung zu Staat und „Bewegung" positiv beurteilt. Er sei immer „national" eingestellt gewesen, 1919 sei er für den „Anschluß", später gegen den Young-Plan, bei Demonstrationen gegen das

betroffen. Die kurze Frist von einem Monat, die der Akademie zur Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen und für einen neuen Satzungsentwurf eingeräumt wurde, zeigte, daß der Reichserziehungsminister seine Anordnungen umgehend durchgesetzt sehen wollte. Den „Mischlingen und jüdischen versippten Mitgliedern" sollte ein Austritt nahegelegt werden, andernfalls würde das Reichserziehungsministerium von seinem „Recht" Gebrauch machen, diese Mitgliedschaften zu widerrufen.

Die Weisung durch das Reichserziehungsministerium erfuhr ihre entsprechende Verstärkung durch das Begleitschreiben des Badischen Kultusministeriums.[372] So unerwünscht die Anordnung zum Ausschluß der „Mischlinge" und ‚jüdisch versippten" Mitglieder auch war,[373] so regte sich doch auch jetzt kein Widerstand gegen diese Anordnung in der Akademie. Im Gegenteil, die Durchführung der Anordnung wurde geflissentlich und gründlich in Angriff genommen. Die Willfährigkeit gegenüber den ministeriellen Forderungen ist offensichtlich. Ein institutionelles Selbstverständnis und Selbstbehauptungswille war in den internen Auseinandersetzungen der Jahre 1936/37 zerbrochen, und der neue Standort der Akademie war noch nicht bestimmt.

Bereits am 9. Dezember 1938[374] konnte die Akademie nach Karlsruhe mitteilen, ,,die Anordnung des Herrn Ministers, die Juden, Mischlinge und jüdisch Versippten betreffend, ist soweit ausgeführt, als wir bestimmte Kenntnis der Verhältnisse haben. Für die Herren 0. Regenbogen, Heidelberg, F. Pringsheim, Freiburg, F. Brie, Freiburg, J. Sölch, Wien und L. Deubner, Berlin sind uns die fraglichen Verhältnisse zweifelhaft. Bei den Herren E. Fraenkel früher Freiburg, jetzt Oxford und Ernst Levy früher Hei-

,,System" auf Seiten der nationalsozialistischen Studenten gewesen (Heiber, H., Walter Frank und sein Reichsinstitut, 734f.).

372 BMKU an HeidAW, 21. Nov. 1938, No. 17184 **(HAW** 030/2).

373 Wie Anm. 366.

374 HeidAW (Panzer) an BMKU, 9. Dez. 1938 (HAW 030/2). Die Schreiben der Akademie (auch betr. der Vorlage der Satzung) wurden erst am 22. Dez. 1938, No. E. 18735, an das REM weitergeleitet (HAW 110/2). Für die Vorlage des Satzungsentwurfes wurde eine Frist bis zum 15. Jan. 1939 gewährt. Der Satzungsentwurf der Akademie datiert vom 6. Jan. 1939 (vgl. dazu unten 452ff.); er greift im übrigen die „Anordnungen" des Ministeriums bezüglich der Mitglieder nicht vollständig auf, insofern für k.M. oder EM die Bestimmungen des Reichsbürgergesetzes nicht ausdrücklich erwähnt sind (vgl. § 9 und 10; HAW 030/2).

delberg, jetzt Seattle, bestehen Zweifel, ob sie noch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Wir bitten für diese Persönlichkeiten um Weisung von Seiten des Ministeriums. Für die Herren Ernst Hoffmann und von Künßberg erfolgt - im Einvernehmen mit dem Herrn Referenten des Reichs-Erziehungsministeriums - noch besondere Vorlage von unserer Seite."

Für Hoffmann und von Künßberg sollten also Sonderkonditionen vereinbart, eventuell auch ein Aufschub erbeten werden. Ansonsten standen weitere umfassende Überprüfungen ins Haus. Nicht genannt waren in der Liste Panzers die „eindeutigen" Fälle; nicht als Betroffener genannt war hier H. Ranke, der dann freilich in einer internen Liste der Akademie aufgeführt war.[375]

Die Mitglieder, für die die „Ministerial-Verfügung betreffend Mischlinge und jüdisch Versippte mit Sicherheit" zutraf, waren in einer internen Liste aufgeführt, die Heinrich Liebmann, Georg Bredig, Stefan Goldschmidt und die bereits emigrierten Gelehrten Salomon-Calvi, Fraenkel und Levy nennt.[376] Neben den „Problemfällen" Hoffmann und von Künßberg tauchten hier als möglicherweise Betroffene noch drei weitere Personen (Pringsheim, Deubner, Sölch) auf, die dann im Schreiben an das Ministerium noch um zwei weitere zu überprüfende Mitglieder anwuchsen.

Ein Schreiben der Akademie an die in dieser Liste genannten „betroffenen" Mitglieder ist nicht zweifelsfrei erhalten.[377] Jedenfalls muß den inländischen unter ihnen darin die Verfügung des Reichserziehungsministers zur Kenntnis gebracht worden sein, daß sie als „Juden", als „Mischlinge" oder ‚jüdisch Versippte" aus der Akademie auszuscheiden hätten. Die Akademie dürfte diesen

[375] **HAW** 110/2. Zu Ranke vgl. die Nachrufe in Jh. 1943/55, 152-154 (A. Falkenstein) und Schott, S., Hermann Ranke. Ranke war 1937 aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden. Vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 213. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 100-102.

[376] Achelis an Panzer, 6. Dez. 1938 (HAW 110/2).

[377] Ein nichtdatiertes und unadressiertes (Durch-)Schreiben Panzers an (einzelne) Mitglieder könnte indessen das fragliche Stück sein. Es heißt dort: „Durch Erlass des Herrn Reichs-Erziehungsminister[!] **WN** 2633 vom 15. November 1938 sind wir beauftragt, allen reichsangehörigen Mitgliedern der Akademie, die Juden, Mischlinge oder jüdisch versippt sind, den Austritt aus der Akademie nahezulegen. Wir dürfen Ihre Äusserung dazu bis zum Jahresende erbitten." Der handschriftliche Entwurf eines Schreibens vom 18. Sept. 1939, der das Rundschreiben offensichtlich als Vorlage benutzte, erschwert jedoch die eindeutige Zuordnung auf Dez. 1938.

Mitgliedern ferner nahegelegt haben, ,,ihre Mitgliedschaft von sich aus niederzulegen",[378] um weitere Schwierigkeiten zu vermeiden oder einem förmlichen Ausschluß zuvorzukommen. Heinrich Liebmann erklärte daraufhin mit Schreiben vom 21. Dezember 1938 seinen Austritt aus der Akademie,[379] während Georg Bredig es ablehnte, der Akademie die Peinlichkeit eigener Entscheidungen abzunehmen. Er schrieb, ,,wenn Sie es für richtig halten, mich als Juden Deutscher Staatsangehörigkeit aus der Liste ihrer Mitglieder zu streichen, so überlasse ich es Ihnen, das Notwendige zu tun".[380]

Auf die Anfrage der Akademie nach seiner Abstammung antwortete auch Fritz Pringsheim ähnlich wie Bredig mit Stolz und Verbitterung: ,,Ich bin Jude und jüdisch versippt. Eine andere Aeusserung habe ich nicht abzugeben. Ich muss es Ihnen überlassen, zu tun, was Ihnen befohlen ist".[381]

Die endgültige Klärung der Verhältnisse der Mitglieder wie ihrer Zugehörigkeit zur Akademie war damit jedoch noch nicht abgeschlossen. Eine Reihe von Einzelfällen war zu „untersuchen". Den Auftakt bildete ein schriftlicher Bericht über die Mitgliedschaften von Künßbergs und Hoffmanns an das Badische Ministerium für Kultus und Unterricht.[382] Die persönlichen Verhältnisse waren hier indes klar: Von Künßberg war ‚jüdisch versippt", Hoffmann galt als „Mischling 2. Grades". Ihre Fälle gewannen grundsätzlichen Charakter durch ihre Bedeutung für die Arbeit der Akademie, die sich einer raschen „Lösung" widersetzten. E. von Künßberg war vom Reichserziehungsministerium „in seiner Heidelberger Lehrtätigkeit und in seiner Beamtenstellung bei der Preussischen Akademie der Wissenschaften belassen" worden; es erschien der Akademie daher zweifelhaft, ob von Künßberg „der Austritt aus der Heidelberger Akademie nahezulegen sei." Hoffmann wurde seinerzeit auf eigenen Antrag emeritiert und wurde nach wie vor im Heidelberger Vorlesungsverzeichnis geführt. Die

[378] Vgl. den Schnellbrief des REM vom 15. Nov. 1938, wie oben Anm. 369.
[379] HAW 110/2, HAW 115/PA Liebmann.
[380] Bredig an HeidAW, 27. Dez. 1938 (HAW 110/2; HAW 115/PA Bredig). Zu Bredig vgl. Koenig, A., Georg Bredig.
[381] Pringsheim an HeidAW (Panzer), 23. Dez. 1938 (HAW 110/2; HAW 115/PA Pringsheim). Zu Pringsheim vgl. den Nachruf von F. Wieacker, Fritz Pringsheim zum Gedächtnis. Bad. Biogr. N.F. 1, 1982, 221-223 (E. Bund). Hollerbach, A., Juristische Lehre und Forschung in Freiburg, 93f.
[382] HeidAW an BMKU, 9.Jan.1939 (HAW 030/2; HAW 110/2).

Unabkömmlichkeit Hoffmanns für die kulturpolitisch bedeutsame Cusanus-Ausgabe wurde betont, ,,da ein geeigneter Ersatz für die wissenschaftliche Leitung ... z.Zt. nicht zur Verfügung steht"; dem Unternehmen drohte durch ein Ausscheiden Hoffmanns ein „Stillstand" auf längere Zeit, was besonders in Hinblick auf die „Gefahr" einer englischen Konkurrenz-Ausgabe durch Klibansky nicht wünschenswert sein könne. Die Akademie glaubte also, daß bei Berücksichtigung ihres bisherigen vehementen Eintretens für eine ,,Bereinigung des Mitgliederbestandes" hier aus wissenschaftspolitischen Interessen eine Ausnahmeregelung angebracht sei.

Eine unmittelbare Antwort aus Karlsruhe ging auf diese Vorstellungen der Akademie nicht ein. Dagegen verschärfte ein Erlaß des Reichserziehungsministers vom 1. Februar 1939,[383] der Ende des Monats von Karlsruhe an die Akademie mitgeteilt wurde, die Situation, indem die Akademie nun tatsächlich zum Handeln genötigt wurde. Der Erlaß stellte eindeutig fest, ,,daß Mischlinge und jüdisch versippte Mitglieder" aus den gleichen Grundsätzen „aus der Akademie auszuscheiden haben, wie sie bei Entfernung jüdischer und jüdisch versippter Beamter Anwendung gefunden haben, d.h. über die jüdisch - im Sinne des Reichsbürgergesetzes - Versippten hinaus sind die Maßnahmen auch auf diejenigen Mitglieder zu erstrecken, die mit Mischlingen 1. Grades verheiratet sind. Eine weitere Ausdehnung ist dann geboten, wenn sich aus einer zweitgradigen jüdischen Versippung besondere Unzuträglichkeiten ergeben haben. Weiterhin halte ich es für geboten, auch ausländische korrespondierende Mitglieder, die Juden im Sinne des R[eichs]B[ürger]G[esetzes] sind, zum Ausscheiden zu veranlassen. Ich ersuche, hiernach zu verfahren und mir über das Veranlaßte zu berichten."

Durch diese strikte und kompromißlose Haltung des Reichserziehungsministeriums geriet die Akademie unter Druck, denn sie mußte jetzt alle die Maßnahmen einleiten, die sie eigentlich vermeiden wollte. Zudem wurden in Hinblick auf die Überprüfung der Abstammung ihrer ausländischen korrespondierenden Mitglieder Anforderungen an die Akademie gestellt, die sie von sich aus nicht erfüllen zu können glaubte.[384] „Der Absatz über ausländ[ische] jüd[ische] Mitglieder verlangt nun doch einen Schritt, der

[383] HAW 110/2, Erlaß WN 115/39. BMKU an HeidAW, 23. Febr. 1939, Nr. E 2170.
[384] Vgl. Panzer an Achelis, 8. März 1939 (HAW 110/2).

bisher vermieden wurde. Wir müßten danach Levy zum Austritt auffordern, unbekümmert darum, ob er etwa Ausländer geworden ist oder nicht. Auch für Ranke würde das wohl gelten, der nur jüdisch versippt ist." In diesem Brief Panzers äußert sich das Dilemma der Akademie. Hatte sie die Entscheidung auf das Ministerium abwälzen wollen, so war gerade sie nun zum Handeln aufgefordert; sie selbst mußte sich also im Ernstfall auch die internationale Kritik gefallen lassen. Und dabei bezeichnete Panzer „nur" zwei Einzelfälle, die sich durch weitere ergänzen ließen. Die Akademie verfaßte daraufhin ein Schreiben an alle ihre außerordentlichen und auswärtigen Mitglieder, datiert vom 17. März 1939[385]: „Durch Erlasse vom 15. November 1938 und 1. Februar 1939 hatte der Herr Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung angeordnet, daß Juden, Mischlinge und Herren, die mit Jüdinnen oder Mischlingen 1. Grades verheiratet sind, aus den Akademien auszuscheiden haben. Wir bitten unsere Mitglieder durch Ausstreichen des für sie nicht Zutreffenden auf dem beiliegenden Blatte uns mitzuteilen, ob sie von den Erlassen des Herrn Ministers betroffen werden. Die Weiterführung des Namens unter den Mitgliedern der Akademie muß von der Beantwortung dieses Schreibens abhängig gemacht werden." Durch diese bürokratische Behandlung der Angelegenheit vermied die Akademie zudem jedes Zeichen menschlichen Mitgefühls mit Gelehrten, die z.T. über viele Jahre an den Geschicken der Akademie beteiligt waren. Die ordentlichen Mitglieder der Akademie wurden von dem Erlaß des Reichserziehungsministers in Kenntnis gesetzt.[386]

Über das genauere Verfahren und den Umfang der eingeleiteten Maßnahmen bei der Heidelberger Akademie wie bei den anderen Akademien informiert eine Korrespondenz mit der Göttinger Akademie. Von den Göttinger Maßnahmen zur Entfernung der „nichtarischen" Mitglieder berichtet ein Schreiben vom 12. April 1939 an die Heidelberger Akademie der Wissenschaften: „Soweit es sich um jüdische Mischlinge und jüdisch versippte Mitglieder deutscher Staatsangehöriger handelt, bestehen über die gegebenen Vorschriften keine Zweifel. Ebenso wird das Ausscheiden der jüdischen Emigranten als eine Selbstverständlichkeit angesehen. Bei

[385] HAW 110/2. Mitteilung davon an das BMKU zur Weitergabe an das REM ebenfalls am 17. März 1939 (ebd.).

[386] Panzer und Achelis an o.M. der Akademie, 17. März 1939 (ebd.).

Ausländern (korrespondierenden Mitgliedern) wird angenommen, dass sie Arier sind. Es wird nur auf solche Fälle zurückgegriffen, in denen begründete Vermutung vorliegt, dass ein Mitglied Jude ist. Derartige Einzelfälle würden zunächst dem Reichswissenschaftsminister gemeldet werden mit dem Antrag auf Feststellung des genauen Sachverhaltes durch die deutsche Auslandsvertretung. Erst nach eingegangener Bestätigung würde das Ausscheiden veranlasst werden."[387] Und auch die Heidelberger Akademie der **Wis**senschaften zog in ihrem Antwortschreiben vom 25. April 1939 ein erstes Resümee.[388] Demnach hatte die Akademie an alle ihre Mitglieder die entsprechende Anfrage gerichtet oder zur Kenntnis mitgeteilt. „Bei Nicht-Beantwortung nehmen wir an, dass das betreffende Mitglied von den erwähnten Verfügungen betroffen ist, also auszuscheiden beabsichtigt. Bei jüdischen Emigranten haben wir von der Zusendung dieser Anfrage abgesehen und von vornherein angenommen, dass der Herr Minister die Bestätigung versagen wird." Die Verhältnisse bei der Heidelberger Akademie lagen dabei verhältnismäßig einfach, da bei allen im Ausland tätigen Mitgliedern Unterlagen über ihre Lehrtätigkeit in Deutschland vorlagen, so daß die Akademie von sich aus entscheiden konnte, „ob die Ministerialverfügungen anzuwenden sind."

Die Anfrage der Göttinger Akademie zeigte indessen, daß wie bei den Satzungsänderungen auch in der „Arierfrage" alle sechs deutschen Akademien gleichermaßen betroffen waren. Das geforderte einheitliche „Vorgehen" aller deutschen Akademien war spätestens durch die gleichlautenden Erlasse des Reichserziehungsministers an die Akademien vom 1. Februar 1939[389] veranlaßt wor-

[387] GöAW an HeidAW, 12. Apr. 1939, J.-Nr. 75/39 (ebd.).

[388] **HAW** 110/2.

[389] Für Göttingen galt der gleiche Erlass **WN** 155/39. In den Nachrichten von der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Jahresbericht 1938/39, 52 heißt es lapidar: „Außer den Mitgliedern, die uns durch den Tod entrissen wurden und deren wir in Nachrufen gedacht haben, schieden durch freiwilligen Verzicht aus: die bisherigen Ordentlichen Mitglieder: **H.** Thiersch († 4. Juni 1939) und H.v. Wartenberg; die Auswärtigen Mitglieder K. Latte, G. Misch (phil.-hist. Klasse) und **W.** Heubner (math.-phys. Klasse), ferner die Korrespondierenden Mitglieder F. Jacoby, E. Norden, 0. Rubensohn (phil.-hist. Klasse), **A.** Joffe, I. Schur und 0. Veblen (math.-phys. Klasse)." Zuvor waren bereits **V.M.** Goldschmidt und der russische Gelehrte Alexandroff(Austritt) aus der GöA**W** ausgeschieden (vgl. Nachrichten von der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Jahresbericht 1937/38, 6). Aufgrund eines Vergleichs der Mitglie-

den. Besonders im Hinblick auf die schwierige Behandlung der ausländischen Mitglieder hatte die Heidelberger Akademie die geringsten Sorgen, da bis zu diesem Zeitpunkt alle ihre „ausländischen Mitglieder" vorher ordentliche oder außerordentliche Mitglieder gewesen waren. Nur in einem Fall[390] glaubte die Akademie dem Göttinger Vorbild folgen und das Ministerium um „Feststellung des genauen Sachverhalts" bitten zu müssen.[391] Wie weit die Umfrage der Heidelberger Akademie ein Echo auslöste, ist aus den Akten nicht herauszulesen. Nur ein einziges ausgefülltes Formblatt ist erhalten.

Unproblematisch verlief die Aktion aber keineswegs. Hermann Ranke konnten die Fragebogen zunächst nicht zugestellt werden, so daß sein Fall, von dem Achelis annahm, ,,daß die Verfügung des Ministeriums auf ihn zuträfe", per Entschließung der Akademie ,,geregelt" werden sollte.[392] Ranke jedoch teilte aus München mit, daß der Erlaß des Reichserziehungsministers auf ihn nicht zutreffe.[393] Dennoch wurde auch Ranke aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen. Nach Mitteilung der Akademie an das Badische Kultusministerium zählte H. Ranke wie W. Salomon-Calvi, Eduard Fraenkel und Ernst Levy zu den eindeutig betroffenen, im Auslande lebenden ehemaligen Akademiemitgliedern.[394] Ranke stand

derlisten dürfte auch E. Zermelo, dessen Mitgliedschaft in Heidelberg nicht angefochten wurde, den ausgeschlossenen Mitgliedern zuzuordnen sein. Der spätere Göttinger Präsident Kees galt als besonders scharfer Judenverfolger (vgl. Hartkopf, W., Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 125, 142).

390 Hierbei handelte es sich möglicherweise um J. Sölch, der oft fälschlicherweise zu den Vertreibungsopfern gezählt wird (vgl. dazu Wolgast, E., Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 367, Anm. 29). Anlaß zur Sorge der Akademie gab wohl eine Anfrage des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich bei der Universität Heidelberg im März 1939 „wegen des jüdisch versippten Sölch" (Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 95); Sölch blieb jedoch in seiner Lehrtätigkeit in Wien wie in seiner Mitgliedschaft in der Akademie letztlich unangefochten (vgl. dazu oben Anm. 111). Aber auch bezüglich des nach Kopenhagen emigrierten Freiburger Chemikers, des Ungarn Georg von Hevesy stand die Akademie vor Problemen, da noch bis Jan. 1940 „eine unmittelbare Anfrage bei ihm unbeantwortet blieb" (HeidA**W** an BMKU, 18. Jan. 1940, HAW 110/3).

391 Zum Ergebnis der Säuberungen vgl. 445ff.

392 Achelis an Panzer, 28. Juli 1939 (HAW 1214/2).

393 Ranke an Achelis, 29. Juli 1939 (HAW 115/PA Ranke).

394 HeidAW an BMKU, 18. Jan. 1940 (HAW 110/3). Ranke lehrte vom Wintersemester 1938/39 bis Wintersemester 1941/42 als Gastprofessor an der Univer-

aber auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland mit Mitgliedern der Philosophisch-historischen Klasse in Kontakt;[395] Ranke selbst hat seinen Ausschluß aus der Akademie nicht akzeptiert: Er mahnte die Zusendung der Sitzungsberichte ebenso an, wie er 1946 noch vor einer offiziellen Restitution wieder in der Akademie erschien.

In beschämender Weise wurde auch Otto Regenbogen in den Strudel der Überprüfungen und - weit schlimmer - falscher Mutmaßungen einbezogen. Regenbogen war in einem Schreiben an das Kultusministerium vom 9. Dezember 1938 unter Bezugnahme auf den Erlaß des Reichserziehungsministers unter die „zweifelhaften" und daher in ihren persönlichen Verhältnissen zu überprüfenden Personen eingereiht worden.[396] Für das Wintersemester 1939/40 erhielt Regenbogen auf Veranlassung Panzers, der der Meinung war, „daß R[egenbogen] ausgeschieden sei wegen jüdischer Versippung", keine Einladungen zu den Sitzungen. Durch Hoffmanns Vorsprache bei Panzer und die Bestätigung seiner[397] Angaben durch Achelis schien Regenbogen „rehabilitiert". Jedenfalls war nach Achelis' Ansicht Regenbogens Ausscheiden aus der Akademie nur dann zu fordern, „wenn sich besondere Unzuträglichkeiten ergeben".[398] Als Konsequenz der ihm zugemuteten Behandlung durch die Akademie blieb Regenbogen in den folgenden Jahren den Akademiesitzungen fern, 1943 scheint er sogar den Austritt erwogen zu haben.[399] Auch Panzer drohte Regenbogen wegen seiner Passivität den Ausschluß an: „man sollte ihn jetzt vor die Alternative stellen[,] mitzuarbeiten oder auszuscheiden".[400] In

sity of Pennsylvania in Philadelphia, im Mai 1942 kehrte er nach Deutschland zurück (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 213).

395 Vgl. HA W 115/PA Ranke: Achelis an Panzer, 24. Juni 1942 und Ranke an Panzer, 16. März 1943.

396 HA W 030/2.

397 Panzer an Achelis, 8. Nov. 1939 (HAW 115/PA Regenbogen). Weiter heißt es dort: „Hoffmann behauptet, Frau Regenbogen sei nur 1/4 nichtarisch; ich habe immer gehört, daß sie Halbjüdin sei, der Vater Schöll Volljude gewesen sei. Ich meine, daß Regenbogen eben deswegen auch entlassen wurde trotz der ihm günstigen Revision seines Prozesses". Regenbogen hatte sich bereits 1936 aus der aktiven Mitarbeit in der Akademie zurückgezogen.

398 Achelis an Panzer, 17.Nov. 1939 (**HAW** 115/PA Regenbogen und **HAW** 110/2). Achelis spricht im übrigen mit einiger Hochachtung von Regenbogen.

399 Hoffmann an Panzer, 16. März 1943 (ebd.).

400 Panzer an Achelis, 29. Okt. 1943 (ebd.); vorausgegangen war die Mitteilung

der Folge gab es dann Überlegungen, wie Regenbogen - und den anderen Mitgliedern - ohne Gesichtsverlust ein hinlänglicher Grund für seine Anwesenheit verschafft werden könnte.[401]

Äußerst kompliziert waren nach wie vor die Mitgliedschaftsverhältnisse von Künßbergs und Hoffmanns, die seit dem Vorstoß der Akademie am 9. Januar 1939 in der Schwebe standen.

Die Akademie selbst war sich im klaren darüber, daß nach den Verfügungen des Reichserziehungsministers „auch die Herren von Künßberg und Hoffmann aus der Akademie hätten ausscheiden müssen".[402] Die Akademie klammerte sich in diesen Fällen an den nach wie vor gültigen Status von Künßbergs als wissenschaftlicher Beamter der Preußischen Akademie und die Unabkömmlichkeit Hoffmanns für das Gedeihen des Cusanus-Unternehmens. Die Angelegenheit schien ihren Abschluß durch einen Erlaß des Reichserziehungsministers vom 31. Januar 1940 zu finden, der entschied, ,,daß gegen die Belassung des Professors Freiherr von Künßberg als ordentliches Mitglied der Akademie keine Bedenken bestehen. Dagegen vermag ich im Falle des Professors Hoffmann die Notwendigkeit für eine Ausnahmeregelung nicht anzuerkennen und ersuche, sein Ausscheiden aus der Akademie in geeigneter Form zu veranlassen".[403] Diese Verordnung ist bemerkenswert, weil im Falle von Künßbergs das Reichserziehungsministerium gegen die eigenen Grundsätze zur „Säuberung" der Akademien verstieß; aber auch im Falle Ernst Hoffmanns ist die Verordnung nie verwirklicht worden. Der „Fall" Hoffmann gab Anlaß für Korrespondenzen, nicht jedoch für konkrete Entschlüsse.

Die Gründe, die für den einen zu einer positiven, für den anderen zu einer negativen Entscheidung führten, sind nicht bekannt. Vielleicht war es der Preußischen Akademie nur leichter möglich gewesen, dem Ministerium die Dringlichkeit eines Verbleibens von Künßbergs in seiner Stellung nahezulegen. Immerhin wurde ein Präzedenzfall geschaffen, den sich die Akademie auch im Falle E. Hoffmanns zu Nutze machen konnte. Und wo Argumente nicht

Regenbogens vom 13. Juni 1943, vorerst nicht an den Sitzungen der Akademie teilnehmen zu können (Regenbogen an Hoffmann, 13. Juni 1943; **HAW** 115/PA Regenbogen).

401 Vgl. Achelis an Regenbogen, 28. Mai 1944 und Regenbogen an Achelis, 1. Juni 1944 (ebd.); vgl. auch **HAW** 311/4.

402 Achelis an Ranke, 27. Juli 1939 **(HAW** 110/2).

403 REM an BMKU, 31. Jan. 1940, WN Nr. 56 (b) (HAW 030/2).

gehört wurden, half die Verzögerungstaktik - gegebenenfalls mit ausdrücklicher Billigung des Reichserziehungsministeriums. Am 23. Juli 1940 konnte Achelis Panzer die vertrauliche Mitteilung machen, daß „mir nach einigem Hin und Her ein Weg eröffnet [wurde], auf dem es möglich sein wird, den Erlass, der sein [Hoffmanns] Ausscheiden verfügte, zunächst einmal liegen zu lassen".[404] Achelis nahm hier Bezug auf eine persönliche Absprache mit dem Ministerialrat im Reichserziehungsministerium Dr. Frey.[405] Achelis konnte die Unentbehrlichkeit Hoffmanns dem Reichserziehungsministerium endlich einsichtig machen. ,,Auch nach sorgfältiger Prüfung muß man sagen, dass sich kein geeigneter Ersatz in der Heidelberger Akademie oder auch sonst in Deutschland für Hoffmann finden lässt. Spezialistische Erfahrungen, die in über 20 Jahren erworben sind, lassen sich eben nicht einfach übertragen. Mit einem Ausscheiden Hoffmanns würde das grosse Unternehmen zum Stillstand kommen und wohl ein Torso bleiben, was umso bedauerlicher wäre, da es sich bei Nicolaus von Cues um den ersten deutschen Philosophen handelt, der die Scholastik überwunden hat und eigene - man darf sagen wirklich deutsche - Wege beschritten hat." Hilfreich war schließlich auch immer noch die Drohung mit der Konkurrenzausgabe in England und Amerika.[406] Für Hoffmann sprach auch, daß er „nach dem Umbruch" das Unternehmen tadellos und mit all seiner Arbeitskraft geleitet habe. Dem Ministerium konnte ein Stillehalten im Falle Hoffmanns auch damit schmackhaft gemacht werden, daß nur an einen befristeten Verbleib in der Akademie gedacht war, bis das Unternehmen „voraussichtlich mit dem Jahr 1941 einen gewissen Abschluß bekommen" würde. Das Ausscheiden Hoffmanns sollte also mit „stillschweigender Billigung des Ministeriums" nur für einige Zeit ausgesetzt werden. Argumentationshilfe war Achelis auch der Hinweis, ,,Hoffmann [sei] Reichsbürger und ist seit 1933 in keiner Weise politisch hervorgetreten, ein alter Herr, der jetzt ausschließlich seiner wissenschaftlichen Lebensaufgabe lebt".

[404] Achelis an Panzer, 23. Juli 1940 (HAW 1214/2).

[405] Vgl. dazu Achelis an Min.R. Frey, 11. Sept. 1940 (HAW 110/3).

[406] Klibansky wird darin zum gefährlichen Gegner der deutschen Bemühungen um Cusanus aufgebaut. Achelis betonte nochmals am 5. Mai 1941 (Achelis an Panzer; ebd.) die Wichtigkeit gerade dieses Argumentes bei der Entscheidung, Hoffmanns Ausscheiden auszusetzen: ,,Die englischen Bestrebungen nach einem Parallelunternehmen waren bei dieser Entscheidung massgebend".

Achelis zog ein bemerkenswert ehrliches und zugleich diplomatisches Fazit: ,,Die Heidelberger Akademie glaubt sicher zu sein, dass ein derartiger Vorschlag Missdeutungen von irgendeiner Seite nicht ausgesetzt sein kann, da sie ja als einzige, wie Ihnen bekannt ist, die Entfernung der Juden aus der Akademie radikal gefordert hat, während sich an anderen Stellen die Bedenken häuften. Bei Hoffmann ist nur ein Großelternteil zweifelhafter, also nicht einmal sicher jüdischer Abstammung. Der Gewinn für die deutsche Wissenschaft und die Arbeit der Akademien, deren Förderung ja wohl z. Zt. ein besonderes Anliegen des Herrn Reichserziehungsministers ist, scheint mir in diesem Fall in keinem Verhältnis zu stehen zu dem auf jeden Fall befristeten Verbleiben eines umstrittenen Mitgliedes." Pragmatismus stand vor der radikalen Durchsetzung nationalsozialistischer Prinzipien.

Mit Schreiben vom 26. November 1940[407] teilte Frey an Achelis mit, ,,daß von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit zur Zeit abgesehen wird. Ich werde nach Kriegsende auf die Angelegenheit zurückkommen." Der Krieg verhinderte hier im kleinen ebenso eine grundsätzliche Entscheidung und deren Durchführung wie in größeren wissenschaftspolitischen Fragen.

So ging in den nächsten Jahren aus Karlsruhe zwar nochmals eine Anfrage[408] wegen des Ausscheidens E. Hoffmanns ein, geschehen ist jedoch nichts, da die Angelegenheit bereits an höherer Stelle geregelt war.

Das Jahr 1939 brachte also parallel zur Erstellung der neuen Statuten den Abschluß der „Nichtarierfrage" und damit der personellen „Säuberung" im weitesten Sinne. Eine „Überprüfung" aller jüdischer oder ‚jüdisch versippter" ausländischer Wissenschaftler durch die Auslandsvertretungen des Deutschen Rei-

[407] **HAW** 110/3.

[408] BMKU an HeidAW, 23. Jan. 1943, Nr. Uv I A/K 258 mit Bezug auf die Erlasse vom 31. Jan. 1940, WN Nr. 56 (b) und 26. Febr. 1940, Nr. E 1804 (ebd.). Dabei handelte es sich um eine Routineanfrage ohne Folgen, denn auch das Kultusministerium in Karlsruhe hatte gegen die Tätigkeit Hoffmanns in der Cusanus-Kommission keinerlei Bedenken anzumelden (vgl. Achelis an Panzer, 18. März 1943; ebd.). Die Anfrage ist ihrerseits ein Zeichen mangelnder Koordination innerhalb der Behörde: ,,Es war dem Sachbearbeiter Ministerialrat Asall [!] nicht bekannt, dass ich bereits vor längerer Zeit den Fall mit Ministerialdirektor Gärtner besprochen hatte und von diesem die Zustimmung für ein Verbleiben H[offmann]s in der Akademie erhalten hatte ...".

ches[409] erschien für die Heidelberger Akademie nur noch im Falle Georg von Hevesys notwendig; sie war der Entwicklung der anderen Akademien voraus. So konnte die Heidelberger Akademie auf eine Mitteilung der Preußischen Akademie der Wissenschaften bezüglich des Ausscheidens „nichtarischer" ausländischer Mitglieder vom 9. April 1941[410] nur antworten, daß sie bereits „vor zwei Jahren ... eine Bereinigung unserer Mitglieder unter dem berührten Gesichtspunkt vorgenommen" habe.[411]

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften hatte also - wie sie selbst bezeugte - mit aller Radikalität den Ausschluß ihrer jüdischen Mitglieder betrieben und dabei eine Art Vorreiterrolle gespielt; die anderen Akademien verhielten sich in der Frage, wie der Kartellbeschluß bezeugt, zurückhaltend und abwartend. Durch die Motorik der Heidelberger nationalsozialistischen Aktivisten wurde auch das Reichserziehungsministerium in den Prozeß der Ausschaltung der „Nichtarier" einbezogen. Bis zum Sommer 1937 hatte sich dann jedoch in der Akademie die etwas gemäßigtere Haltung durchgesetzt, die die „Arierparagraphen" nur auf ihre ordentlichen Mitglieder angewendet wissen wollte.

Mit den Austritten Meyerhofs und Rosenthals schien für die Akademie die Angelegenheit weitgehend erledigt. Die weitere Agitation der Heidelberger Akademie der Wissenschaften bezog sich nun nur auf einen rechtlich-formalen Abschluß der „Arierfrage" durch Einfügung entsprechender Paragraphen in die Satzungen. Wenngleich die Ausweitung der Säuberungsaktion durch die Erlasse des Reichserziehungsministers 1938/39 auch auf die „Mischlinge" und ‚jüdisch versippten" sowie die korrespondierenden und ausländischen Mitglieder nicht im Interesse der Akademie lag, fügte sie sich doch den Anweisungen des Ministeriums, die sie

[409] REM an BMKU, 25.Aug.1939, **WN** 1753/39, WU, und BMKU an HeidA**W,** 18. Sept. 1939, E 13959 (HAW 611/5).

[410] PreuAW (Vahlen) an HeidAW, 9.Apr.1941, Nr. 524/41 (ebd.). Dort heißt es, es „werden bei der Preussischen Akademie der Wissenschaften diejenigen ausländischen Mitglieder, die einwandfrei als nichtarisch festgestellt sind, ohne besonderes Verfahren aus der Mitgliederliste gestrichen". Zur Situation der PreuAW vgl. Hartkopf, **W.,** Die Akademie der Wissenschaften der **DDR,** 141-143. Zwischen 1938 und 1942 verlor die PreuA **W** demnach 13 ihrer Mitglieder durch Austritt oder Streichung. Bereits 1933 war **A.** Einstein aus der Akademie ausgetreten. Vgl. ebd. 114f. Die Berliner Akademie der Wissenschaften, Teil III, 172-175.

[411] HeidAW an PreuAW, 7. Mai 1941 (HAW 611/5).

spätestens im Laufe des Jahres 1939 ausführte. So konnte die Akademie für 1940 erstmals wieder seit 1936 eine - "bereinigte" - Mitgliederliste vorlegen.[412] Der Kopf der Aktion, auch ihrer allmählichen Mäßigung, war zweifellos Achelis als Ideengeber und Verbindungsmann zu den Ministerien. Panzer erscheint als willfähriger Helfershelfer.

Wenn es der Akademie auch gelang, von Künßberg und Hoffmann zu „retten", so waren die Verluste doch verheerend. Nach dem Mitgliederbestand des Jahres 1933[413] waren von 37 ordentlichen Mitgliedern - abgesehen von Lenard, dessen Austritt die Akademie eher befreite - Ende 1939 acht ausgeschieden (Wilhelm Salomon-Calvi, Ludwig Jost, Heinrich Liebmann, Artur Rosenthal, Otto Meyerhof, Hermann Ranke, Ernst Levy und Eugen Täubler), sieben davon aus rassischen Gründen,[414] fünf hatten Heidelberg verlassen (Heinrich Mitteis, Johannes Sölch, Ernst Gotschlich, Philipp Broemser, Max Trautz) und zwei Mitglieder hatten sich aus der Akademie zurückgezogen (Otto Regenbogen und, aus gesundheitlichen Gründen, Hermann Güntert). Verstorben waren sechs ordentliche Mitglieder (Ludolf von Krehl, Paul Ernst, Ernst Kallius, Karl Wilhelm Hausser, Hermann Rickert, Karl Rampe). Diese Aufstellung macht den Umbruch, der sich in diesen sechs Jahren vollzog, hinreichend deutlich.

Aber auch unter den außerordentlichen und auswärtigen Mitgliedern sind erhebliche Verluste eingetreten: Georg Bredig, Stefan Goldschmidt, Eduard Fraenkel, Fritz Pringsheim, Friedrich Brie schieden aus rassischen Gründen aus der Akademie aus; vor einem Ausschluß bewahrte nur der Tod die Mitglieder Alfred Loewy, Otto Lenel, Edmund Husserl und Otto Gradenwitz. Unklar liegen die Verhältnisse bei dem Rechtshistoriker Hans Fehr.[415] Über Fehr liegen keine Unterlagen vor, sein Name fehlt aber in der Mitgliederliste von 1940.[416] 1947 wurde er offiziell unter die Mitglieder der Akademie restituiert. Dennoch ist ein in den Erlassen

[412] Vgl. Jh. 1936/40, 85-91.

[413] Jh. 1932/33, **XXXII** ff Stand 21. Mai 1933.

[414] D.h. 30% in der Math.-nat. Klasse, den „Sonderfall" Lenard einbezogen, 15% in der Phil.-hist. Klasse.

[415] Zu Fehr vgl. die autobiographische Schrift: Mein wissenschaftliches Lebenswerk. Vgl. ferner Gönnenwein, 0., Hans Fehr zum 80. Geburtstag.

[416] Jh. 1936/40, 90; zwischen 1936 und 1940 wurden in der Akademie keine Mitgliederlisten geführt.

des Reichserziehungsministers begründetes Ausscheiden Fehrs aus der Akademie nicht denkbar. In seiner politisch-ideologischen Einstellung fand er sich im rechtskonservativen Lager wieder. Zusammen mit Fehrle und anderen gab er die Illustrierte Vierteljahresschrift für deutsches Volkstum „Volk und Rasse" heraus.[417] In seinen besonderen Forschungsinteressen der Verbindung von Volkskunde und Rechtsgeschichte[418] traf er sich mit von Künßberg, aber auch mit Fehrle, Panzer und Wahle. Die Kontakte zu Heidelberger Kollegen waren nach seiner Berufung nach Bern nicht abgebrochen. Es liegt nahe, hier einen „technischen" Fehler zu unterstellen, daß Fehr bei der Aufstellung der Liste vergessen wurde. Diese Annahme wird gestützt durch die Art seiner Restitution.[419]

Infolge der Rassengesetze verlor die Akademie somit insgesamt 13 Mitglieder.[420] Die Zahl der „Berühmtheiten" war besonders in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zusammen-

[417] Fehr war Mitherausgeber von „Volk und Rasse" von 1926-1929 (vgl. Pinn, 1., Die „Verwissenschaftlichung" völkischen und rassischen Gedankenguts, 94). Im Jahr 1940 wurde Fehr unter den in enger wissenschaftlicher und freundschaftlicher Verbindung mit Eugen Fehrle stehenden Gelehrten aufgeführt (vgl. Brauch und Sinnbild. Eugen Fehrle zum 60. Geburtstag gewidmet von seinen Schülern und Freunden, 1940, VI). Fehr war zu diesem Zeitpunkt also auf keinen Fall eine persona non grata. Vielleicht ist daher von einer fehlerhaften Führung der Mitgliederliste auszugehen: Bei der Umstellung der Mitgliederkategorien konnte es zu Versehen oder „Ausfällen" kommen, die später nicht korrigiert wurden.

[418] Vgl. Fehr, H., Mein wissenschaftliches Lebenswerk, 11-14.

[419] Eine Erwiderung Fehrs auf die Aufforderung zum Widereintritt ist nicht erhalten. Regenbogen notiert am 6. Dez. 1947, daß von Fehr noch keine „Rückäußerung" erfolgt sei (Randbemerkung zur Sitzung vom 22. Febr. 1947; HAW 323/1). Fehr wurde jedoch in die erste veröffentlichte Mitgliederliste wieder aufgenommen. Vgl. Jh. 1943/55, 216 mit Stand vom 22. Mai 1955. Fehr wurde erstmals wieder in einer Liste vom 8. Aug. 1954 (als Nachtrag) geführt, die wohl für das Jahresheft erstellt wurde **(HAW** 214/1).

[420] Ich zähle hier Jost mit, dessen Austritt in Zusammenhang mit den rassischen Ausschlüssen stand. Im Vergleich dazu verlor die GöA**W** aus diesem Grunde mindestens 10 bzw. 13 ihrer Mitglieder (vgl. oben Anm. 389), die PreuA **W** verlor unter Einschluß des Sonderfalles **A.** Einstein 10 ihrer Mitglieder: **M.** Born, 19. Nov. 1942; A. Einstein, 28. März 1933; J. Franck, 19. Nov. 1942; A. Goldschmidt, 12. Okt. 1938; 0. Hintze, 2. Dez. 1938; F. Jacoby, 2. Dez. 1938; **A.** Joffe, 15. Nov. 1938; E. Norden, 12. Okt. 1938; I. Schur, 12. Okt. 1938; **M.** Sering, 5. Dez. 1938 (vgl. Deutsche Akademie der Wissenschaften. Biographischer Index).

geschmolzen. Neben Walther Bothe war das Aushängeschild der Klasse vor allem Richard Kuhn, Nobelpreisträger des Jahres 1938, Kandidat für den neugestifteten Nationalpreis 1939.[421]

4. Statutenreform und öffentlicher Status der Akademie.

4.1. Die Mitglieder-"Reform" als Ausgangspunkt der Statutenreform.

Die neuen Statuten von 1939 sind Zeichen eines gewandelten Selbstverständnisses der Akademie auch im Bereich der Mitgliederfragen. Bei ihrer Gründung als badische Landesakademie gefeiert, wurde der badische Charakter der Akademie doch immer mehr zurückgedrängt, während der in der Namengebung bezeugte Heidelberger Zuschnitt zusehends deutlicher hervortrat. Alle wesentlichen Fragen wurden allein von den aus der Heidelberger Universität rekrutierten Gelehrten bestimmt, während die spezifisch badische Kategorie der außerordentlichen Mitglieder seit den 20er Jahren zunehmend dekorativen Charakter gewann. Der Verzicht auf die Kür angesehener Gelehrter zu auswärtigen Mitgliedern verstärkte den Zug der Heidelberger Akademie zur „Provinzialität". Diese Selbstbescheidung konnte aber bis zu Beginn der 30er Jahre durch die Vielzahl der an der Heidelberger Hochschule tätigen und aus ihr für die Akademie zu gewinnenden hochangesehenen Gelehrten ausgeglichen werden. Die Entwicklungen der 30er Jahre ließen dann aber deutlich werden, daß die Heidelberger

[421] Der Nobelpreis wurde 1939 für das Jahr 1938 verliehen. Die Annahme des Preises war vom nationalsozialistischen Regime verboten worden, aus Protest gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky im Jahre 1936 (vgl. dazu Volk im Werden 5, 1937, 151). Als Ausgleich stiftete der „Führer und Reichskanzler" am 30. Jan. 1937 den deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft (vgl. Volk im Werden 5, 1937, 209). Die Anregung, R. Kuhn für den Nationalpreis 1939 vorzuschlagen, stammte von Fritz Eichholtz (Schreiben vom 14. Apr. 1939 mit ausführlicher Würdigung des wissenschaftlichen Werkes; HAW 1891). Die HeidAW machte sich den Vorschlag Eichholtz' zu eigen und benannte R. Kuhn für den deutschen Nationalpreis 1939 (Achelis an REM, 24. Apr. 1939, HAW 1891; vgl. dazu auch HAW 115/PA Kuhn, Schreiben vom 24. Apr. 1939); als weitere Kandidaten waren der Akademie Fritz Kögl (Vorschlag von R. Kuhn) und Carl Krauch (Vorschlag von C. Bosch) bezeichnet worden.

Basis nicht mehr genügen würde, um die allein durch ihre Mitglieder bedingte hohe wissenschaftliche Kompetenz der Heidelberger Akademie zu bewahren. Dies wurde umso augenfälliger, als aus ideologischen Beweggründen ein erhebliches wissenschaftliches Potential von der Mitarbeit in der Akademie ausgeschieden und ausgeschlossen wurde. Der Rückgriff auf Gelehrte aus außeruniversitären Forschungsinstituten und der Industrie konnte nur eine Vorstufe zur Ausweitung der Vollmitgliedschaft auf Gelehrte aus einem weiteren Umkreis um Heidelberg sein.

Ein zunehmend selbstbewußteres Auftreten im Kreise der kartellierten Akademien, das die Heidelberger Akademie der Wissenschaften eine den anderen Akademien vergleichbare öffentliche Stellung anstreben ließ, zeigte Auswirkungen auch auf ihre Mitgliederstruktur. Zu der intendierten Gleichstellung mit den anderen wissenschaftlichen Akademien gehörte die Öffnung der Mitgliederbasis über eine zu enge regionale Basis hinaus; dies wurde auch entscheidend für die neue Behandlung der Frage der korrespondierenden Mitgliedschaften. Bezeichnend ist, daß die Anstöße für eine Beschäftigung mit dieser Frage von außen kamen und daß es einige Jahre dauerte, bis sich die Akademie zu einem Entschluß und zur Aufgabe ihrer bisherigen restriktiven Haltung durchringen konnte.

Bereits im August 1933 hatte die deutsche Gesandtschaft in Prag angeregt,[422] die „hiesige Deutsche Universität" durch Ernennung möglichst vieler ihrer Professoren zu korrespondierenden Mitgliedern ausländischer wissenschaftlicher Gesellschaften, d.h. der Reichsakademien, aufzuwerten und dadurch Nachteile ihrer Stellung im Vergleich zu ihren tschechischen Kollegen zu kompensieren. In ihrem Antwortschreiben vom 20. März 1934 wies die Akademie darauf hin, daß es die Kategorie der korrespondierenden Mitglieder bei ihr nicht gebe, daß man aber die Möglichkeit der Schaffung dieser Kategorie (auch im Rahmen des Kartells) erörtern wolle; i.ü. bestehe die Möglichkeit, ausländische Gelehrte zu

[422] Deutsche Gesandtschaft in Prag an das Auswärtige Amt, 23. Aug. 1933 (III 3420/30.1; weitergeleitet an die Unterrichtsverwaltungen der Länder A III 3b). Über das BMKU (Nr. A 4013 vom 16. Febr. 1934), das Rektorat der Universität Heidelberg (Nr. 2561 vom 26. Febr. 1934) und die Med. Fak. (vom 8. März 1934), gelangte das Schreiben auch an die HeidAW (HAW 110/2).

auswärtigen Mitgliedern zu ernennen.[423] Da die Universitätsleitung sich auf die Kategorie der „korrespondierenden Mitglieder", im Grunde nur eine andere Bezeichnung für die bereits bestehende auswärtige Mitgliedschaft, versteifte,[424] erfuhr die Regelung der Angelegenheit, die eine Öffnung der Akademie über ihren bisherigen Mitgliederbestand hinaus bringen sollte, eine erhebliche Verzögerung. Über die Auslegung des§ 16 der Satzungen (auswärtige Mitglieder) beriet die Akademie in der Gesamtsitzung am 17. November 1934,[425] ohne in der Frage, wer in dieser Kategorie besonders zu berücksichtigen sei,[426] einer Beschlußfassung näher zu kommen. In der Sitzung vom 16. Februar 1935[427] entschloß man sich zu einer möglichst umfassenden Definition des Begriffes des „auswärtigen Mitglieds": „»Auswärtig« heißt außerhalb Badens, es braucht nicht nur im Reich zu sein, es kann auch Ausland sein; auch Nichtdeutsche .... Es wird einstimmig beschlossen, »auswärtig« ohne geographische oder nationale Einschränkung zu verstehen." Die Berücksichtigung ausländischer Gelehrter wurde besonders im Hinblick auf den Beitritt der deutschen Akademien zur Union der Akademien als „kulturpolitisch" wichtig angesehen.[428] Das Antwortschreiben der Akademie an den Rektor der Universität Heidelberg sprach dann auch, „wie§ 10 der Satzung vorsieht", ausdrücklich davon, auswärtige Mitglieder nun auch „tatsächlich zu wählen".[429] Konsequenzen, d.h. eine wirkliche Öffnung, zeitigte dieser Beschluß jedoch nicht, es blieb zunächst alles beim alten: der Versuch, auswärtige Mitglieder nun auch zu wählen, wurde durch die Zuspitzung der inneren Auseinandersetzungen der Akademie auf Jahre hinaus verhindert.

Reichsinteressen brachten im Sommer 1937 die Diskussion um die Ehrungen „für solche Ausländer oder Reichsdeutsche ..., die

[423] Vgl. Sekretär der Math.-nat. Klasse (Ernst) an Dekan der Med. Fak. (Broemser), 16. Febr. 1934 (ebd.).

[424] Anfrage des Rektors der Universität (Groh) vom 8. Okt. 1934 **(HAW** 6311).

[425] Prot. Sitz. vom 17. Nov. 1934 **(HAW** 143/5).

[426] Die Akademie begab sich dabei in ein Gestrüpp der Überdifferenzierung in „Auslandsdeutsche" mit oder ohne „Österreicher", „Reichsdeutsche" und „Volksfremde".

[427] Prot. Sitz. vom 16. Febr. 1935 **(HA W** 143/4).

[428] So befaßte sich die Akademie mit Überlegungen der Übersetzung des Begriffs „auswärtiges Mitglied" ins Französische und Englische.

[429] HeidAW an Rektor der Universität (Groh), 27.Apr.1935 (HAW 110/2).

sich stark für die Interessen Deutschlands einsetzen", wieder in Gang.[430] Der Anfrage, ob man „gegebenenfalls aus kulturpolitischen Rücksichten auf entsprechende Anregungen [seitens des Reiches] einzugehen und geeignete Persönlichkeiten durch Ernennung zu Ehrenmitgliedern, korrespondierenden Mitgliedern oder in ähnlicher Weise auszuzeichnen" bereit sei, glaubte die Preußische Akademie der Wissenschaften zustimmen zu können, „sofern die betreffenden Persönlichkeiten den wissenschaftlichen Ansprüchen, die die Akademie von jeher stellt und stellen muß, genügen, und daß die zuständigen Fachleute bereit sind, einen dahin gehenden Antrag zu stellen".[431] Diese Einschränkung ist entscheidend, relativiert sie doch die positive Entscheidung auf die Anregung des Reichserziehungsministeriums in allen wesentlichen Punkten. Das Reichserziehungsministerium konnte zwar auf Persönlichkeiten hinweisen, einen Einfluß aufihre tatsächliche Wahl jedoch nicht geltend machen. Die Regularien der für die Akademie gültigen Wahlbestimmungen blieben gewahrt, den Akademien letztendlich doch die alleinige und freie Entscheidung über Vorschläge und Abstimmung vorbehalten. In ähnlicher Weise erklärte sich die Philosophisch-historische Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften auch nur bereit, „Anregungen entgegenzunehmen".[432]

Einen qualitativen Neuanstoß erhielt die Frage der Öffnung und Ausweitung der Mitgliederbasis dann in der Diskussion um die Neufassung der Statuten,[433] die parallel mit der Diskussion des Reichsbürgerprinzips für ordentliche und außerordentliche **Mit**glieder und der Bestätigungspflicht durch den Reichserziehungsminister geführt wurde.

In einem Gutachten vom 14. Februar 1938 äußerte die Akademie erstmals das Bedürfnis, die „heute sinnlos gewordene territoriale Begrenzung für den Wohnsitz der Mitglieder" aufzuheben;[434] das bezog sich insbesondere auf die Beseitigung der Ortsbindung

[430] Schreiben des REM vom 21. Juni 1937, WU 1482 (ebd.).

[431] Auszug aus dem Protokoll der Gesamtsitzung der PreuAW vom 24. Juni 1937, zugesandt mit Schreiben vom 29. Juni 1937 Nr. 1227.37 (ebd.).

[432] Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 30. Juni 1937 (HAW 322/2).

[433] Vorausgegangen waren marginale Änderungen der GO über das Wahlverhalten bei o.M. (vgl. Einladung zur - abgesetzten - Sitz. vom 31. Okt. 1936, HAW 222/8).

[434] Achelis an Min.R. Frey (REM), 14. Febr. 1938 (HAW 030/2).

für ordentliche Mitglieder an Heidelberg. Beschränkung durch Reichsbürgergesetz[435] und Aufhebung der Residenzpflicht sind in einem Atemzug genannt, bedingten gewissermaßen einander. Für Achelis war die Verknüpfung beider Prinzipien das zentrale Anliegen der Statutenreform. Die Aufhebung der örtlichen (und territorialen) Begrenzung mußte allerdings durch die Vorschrift eingeschränkt werden, „dass die Mitgliedschaft an einen Wohnort gebunden ist, der dem zu Wählenden die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen möglich macht".[436] Die Ortsbindung konnte demnach doch nicht gänzlich aufgegeben werden, das Lokalprinzip allenfalls durch ein Regionalprinzip abgelöst werden. Um eine Regelung der Arierfrage bis zur Jahresfeier vorweisen zu können, wurde die Behandlung der Mitgliederangelegenheiten allgemein forciert. Die Akademie wurde daher mit Schreiben des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 21. Mai 1938[437] aufgefordert, durch Änderung der Satzungen die Bestätigungspflicht aller Mitglieder durch den Reichserziehungsminister festzusetzen und „die Bestimmungen über die territoriale Begrenzung der **Mit**glieder nach dem Wohnsitz fallen zu lassen und diese durch die Vorschrift zu ersetzen, daß die Mitgliedschaft an einem Wohnsitz gebunden ist, der dem zu Wählenden die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen möglich macht". Diese Bestimmungen lagen also ganz im Sinne der Akademie. Unverzüglich nach der Jahresfeier wurde den Mitgliedern ein entsprechender Antrag der Herren Panzer, Achelis, Fehrle, von Weizsäcker und Goerttler (also im wesentlichen des Vorstandes) zur Abstimmung vorgelegt, der die umgehende Satzungsänderung - Bestätigungspflicht der neugewählten [!][438] Mitglieder, Streichung der Beschränkung auf das Land Baden - zum Ziele hatte[439] und eine Angleichung auch im rechtlichen Sinne an die Satzungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften anstrebte. In Bezug auf das Territorialprinzip sollte es jetzt heißen: „Ordentliches Mitglied kann nur sein, wer

[435] Ausgenommen hiervon sollten die Auslandsdeutschen sein, sofern sie die rassischen und politischen Bedingungen des Reichsbürgergesetzes erfüllten.
[436] Zusatz zum Gutachten vom 14. Febr. 1938 (ebd.).
[437] Schreiben vom 21. Mai 1938, No. A 7423 (ebd.).
[438] Vgl. dazu die Bemerkung oben 428f.
[439] Achelis an die Mitglieder der HeidA**W,** 24. Mai 1938 (HAW 030/2). Als Abstimmungsfrist ist der 30. Mai angegeben. Zum Ergebnis der Abstimmung vgl. oben Anm. 363.

seinen Wohnsitz in Heidelberg oder der näheren Umgebung hat, so dass die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen möglich ist".[440] Für die außerordentlichen Mitglieder wurde die Beschränkung auf Baden gestrichen (§ 8). Die Satzungsänderungen wurden vom Reichserziehungsministerium jedoch nicht bestätigt, da dieses inzwischen eine allgemeine Revision und Angleichung der Statuten aller wissenschaftlichen Akademien beschlossen hatte: ,,entsprechend der Grundanschauungen, auf denen das staatliche und geistige Leben der deutschen Gegenwart beruht".[441] In der Stellungnahme des Ministeriums hieß es zur Territorialfrage nur allgemein, ,,die räumlichen Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zu den ordentlichen Mitgliedern sind den heutigen Verhältnissen entsprechend zu erweitern". Ergänzt wurden die Mitgliederangelegenheiten durch Bestimmungen zum Reichsbürgerprinzip und zur Bestätigungspflicht. Der Erlaß sah ferner eine Vereinheitlichung und Einschränkung der Mitgliederkategorien auf ordentliche, korrespondierende und Ehrenmitglieder vor und enthielt eine Aufforderung zur „Verjüngung des ordentlichen Mitgliederbestandes" durch Entpflichtung der über 70jährigen Mitglieder, ,,sodaß die Zuwahl eines jüngeren ordentlichen Mitgliedes ermöglicht wird." An die Heidelberger Akademie der Wissenschaften erging die Aufforderung, einen entsprechenden neuen Satzungsentwurf auszuarbeiten.[442]

Besonders Statusfragen[443] ließen eine rasche Erledigung des Erlasses in der gesetzten Frist von nur drei Wochen nicht zu: Am 6. Januar 1939 jedoch ging der Satzungsentwurfhinaus.[444] § 2 enthielt als Mitgliederkategorien nur noch die drei vom Ministerium vorgeschlagenen, ferner die Bestätigungspflicht der Wahl (einschließlich der Möglichkeit, die Bestätigung zu widerrufen). Die§§ 4 bis 11 und 14 regelten die genauen Bedingungen und Inhalte der Mitgliedschaften, die geschäftsführenden Rechte der ordentlichen Mitglieder, den Numerus clausus, das Prinzip der Reichsbürgerschaft und die territoriale Eingrenzung des Rekrutierungsgebietes,

[440] HeidAW an BMKU, 2. Juni 1938 (HAW 030/2) zu § 5 der Satzungen.
[441] REM an HeidAW, 15. Nov. 1938, WN Nr. 2633 (ebd.).
[442] BMKU an HeidAW, 21. Nov. 1938, No. E 17184 (ebd.).
[443] HeidAW an BMKU, 9. Dez. 1938 (ebd.).
[444] Ebd. Der Entwurf wurde am 9. Jan. 1939 mit der Bitte um Genehmigung an das BMKU weitergereicht (ebd.).

schließlich Rechte, Pflichten und Wahlmodus für die einzelnen Mitgliederkategorien. Im ganzen sieht man dem Entwurf an, daß er unter großem Zeitdruck zusammengestellt wurde. Er ist nicht konsequent gegliedert und dadurch unübersichtlich, ferner durch Details, die Inhalt einer Geschäftsordnung sein müßten, überfrachtet. Es bleibt aber festzuhalten, daß alle wichtigen Elemente, die der Erneuerung des Mitgliederbestandes dienen sollen, im Entwurf enthalten sind, nicht ohne über die „Anregungen" des Erlasses in einigen Fällen hinauszugehen.

Die bedeutsamste Bestimmung scheint die Selbstbeschneidung der Akademie in Bezug auf ihre Wahlrechte zu sein. § 8 formuliert: „Die ordentlichen Mitglieder ergänzen sich durch Zuwahl auf Vorschlag des Präsidenten oder Vizepräsidenten ..." Damit sollte in einem Maße dem „Führerprinzip" in der Akademie Rechnung getragen werden, wie es in den Formulierungen über das Präsidentenamt an keiner Stelle hervortritt. Die wichtigste Aufgabe der Klassen neben der Bestimmung ihrer Arbeitsziele und der dafür einzusetzenden Mittel, nämlich die freie Selbstergänzung ihrer Mitglieder, sollte abgeschafft werden. Da es formal nicht mehr möglich sein sollte, eigene Kandidaten vorzuschlagen, lag auch die Vorentscheidung über die wissenschaftliche Qualität der nun zu wählenden Mitglieder beim „Führer" der Klasse. Das einzelne Mitglied hätte allenfalls die Chance, durch Verweigerung seiner Zustimmung eine Wahl zu verhindern. Die Möglichkeiten des Vorstandes wären bei dieser Prozedur bei weitem überfordert, das Verfahren als solches unpraktikabel, denn die Wahlvorschläge müßten - begründet - aus dem Kreis der jeweiligen Fachvertreter kommen, sollte überhaupt eine Gewähr für die wissenschaftliche Kompetenz der Akademie in allen Disziplinen gegeben sein.

Konfuse und überspitzte Formulierungen sind aus den endgültigen Statuten verschwunden; dies war unter Verwendung der eingereichten Entwürfe das Werk des Ministerialreferenten im Reichserziehungsministerium Frey, der dies natürlich in Hinblick auf die angestrebte Vereinheitlichung der Statuten aller Akademien ausführte.[445] Obgleich die Statuten bereits durch Erlaß vom 5. Septem-

[445] Vgl. dazu REM (Min.R. Frey) an HeidAW, 8. Juli 1939 (ebd.). Durch dieses Schreiben ist die Akademie in die grundsätzliche Kenntnis der beabsichtigten Statuten gelangt. Über den Verlauf der Statutendiskussion siehe oben 425-429.

ber genehmigt wurden,[446] gelangten sie erst im April 1940 in die Hände der Akademie.[447] Dennoch orientierten sich die Wahlhandlungen der Akademie bereits 1939 an den Grundsätzen der neuen Statuten, insbesondere, was ihre Bestätigungspflicht anbetrifft. So wurde mit Wolfram das erste korrespondierende Mitglied der Akademie gewählt und mit Bianchi das erste Mitglied einer ausländischen Institution. Gleichzeitig erfuhr die Akademie bereits bei diesen ersten Wahlen unter den neuen Vorzeichen in den Fällen von F. Kögl und F. Bergius, welche Probleme die Bestätigungspflicht mit sich bringen konnte. Das war ein deutliches Warnsignal für die Akademie, in Zukunft vorsichtiger zu verfahren, d.h. sich bereits vor einer Wahl über die Aussichten einer Bestätigung zu informieren.

Die die Mitglieder betreffenden Bestimmungen der Statuten sind in drei Paragraphen zusammengefaßt. Die ordentlichen Mitglieder sind definiert als „angesehene Gelehrte ..., die Reichsbürger sind und ihren Wohnsitz im südwestdeutschen Raum haben"(§ 4). Der Heidelberger Akademie ist also für die Rekrutierung ihrer Mitglieder ein bestimmtes Reichsgebiet zugesprochen worden. Der „südwestdeutsche Raum" war dabei zunächst nicht weiter umrissen, er fand seine „natürlichen" Grenzen aber dort, wo die ,,regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen der Akademie" aufgrund zu großer Entfernung von Heidelberg nicht mehr möglich war. Daß Heidelberg Kern und Zentrum der Akademie war und bleiben würde, ist dabei vorausgesetzt. Der endgültige Rahmen des Heidelberger „Territoriums" wurde also durch praktische Gegebenheiten, wie die verkehrsmäßige Anbindung der „Region" an ihr ,,Zentrum", bestimmt. Um der erwarteten Ausweitung der Mitgliederbasis auf mehrere Hochschulen Rechnung zu tragen, d.h. um die neuerworbenen wissenschaftlichen Kapazitäten auch wirklich nutzen zu können, wurde der Numerus clausus in jeder Klasse von 15 auf 25 Mitglieder erhöht. Der angestrebten Aktivierung und

[446] Vgl. Satzung der HeidA**W.** (Genehmigt durch die Erlasse des Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, **WN** 1792 (a) vom 5. Sept. 1939 und WN 56 (b) vom 31. Jan. 1940, **HAW** 030/2).

[447] BMKU an HeidAW, 17.Apr.1940, No. E 4610 (ebd.). Vgl. ferner die Bekanntgabe der neuen Satzungen in der Sitzung am 5. Mai 1940 (HAW 143/4). Über die mit dieser Verzögerung verbundenen Probleme besonders auch für die Wahlen vgl. Panzer an Achelis, 31. Okt. 1939 (HAW 110/2).

Intensivierung der Arbeit in der Akademie entsprach eine „Verjüngung" der Mitgliederstruktur; die durch Inaktivierung der ältesten Mitglieder (nach Vollendung des 70. Lebensjahres) freiwerdenden Plätze konnten, wie dies freilich bisher schon möglich war, unverzüglich durch jüngere Gelehrte besetzt werden, ohne daß eine Einschränkung der Rechte des inaktivierten ordentlichen Mitglieds damit verbunden war. Dahinter stand die Überlegung, daß - bei lebenslänglicher Mitgliedschaft - die Arbeitskraft der älteren Mitglieder allmählich nicht mehr der Akademie nutzbar gemacht werden konnte. Innovationen wie Fortführung begonnener Arbeiten bedurften der jüngeren, in voller Arbeitskraft stehenden Gelehrten. Wollte man die lebenslängliche Mitgliedschaft nicht aufheben, war die Verjüngung des Mitgliederbestandes nur durch eine Aufweichung des Numerus clausus über den Passus der Inaktivierung möglich. Dies hatte die Akademie bereits zu Beginn der 20er Jahre erkannt und einen entsprechenden Absatz in den Statuten von 1926 eingeführt. Dort konnte die Inaktivierung aber auch Verlust von Rechten des ordentlichen Mitglieds bedeuten, also die Gleichsetzung mit einem außerordentlichen Mitglied (§ 4). Die Neuformulierung des Jahres 1939 stellte sicher, daß die Inaktivierung keine Zurücksetzung des alten Mitgliedes war, denn „Ersatzmitglied" war der neu hinzugewählte Wissenschaftler.

Festgelegt war in den Statuten die Reichsbürgerschaft als Voraussetzung für ordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder (für letztere konnten Ausnahmebestimmungen getroffen werden, § 4), die Bestätigungspflicht der Wahlen und die Möglichkeit zum Widerruf der Bestätigung „beim Vorliegen besonderer in der Person des Mitgliedes liegender Gründe" (§ 5), schließlich die Rechte und - bei ordentlichen Mitgliedern - Pflichten der Mitglieder, insbesondere ihre Pflicht zur Teilnahme an Sitzungen und Mitwirkung an den Arbeiten der Akademie. Der nähere Wahlmodus war in der Geschäftsordnung (hier besonders § 2) festgelegt.

Allein berechtigt für die Einbringung der Wahlvorschläge waren die ordentlichen Mitglieder. Die Reduktion der Wahlhandlung auf die bloße Abstimmung über eine Eingabe der Sekretäre bzw. Präsidenten, die den Satzungsentwurf der Akademie so nachteilig gekennzeichnet hatte, ist hier fallengelassen. Ein erster Entwurf der Geschäftsordnung, der vom Vorstand unter Mitwirkung der Juristen Bilfinger und Engisch vorgelegt wurde, hatte diesen Passus aus dem Satzungsentwurf wieder aufgegriffen, der dann

aber in den Beratungen der Klasse entsprechend geändert wurde.[448]

4.2. Die Einführung des Führerprinzips.

Anstöße zur Umgestaltung der Akademie kamen nicht nur aus den Reihen der Akademie selbst. Äußere Zwänge zur Umwandlung der „liberalistischen" Akademieverfassung kamen hinzu und förderten vielfach, um nicht vollends die Kontrolle über die Weiterentwicklung der Institution aus den Händen zu verlieren, die Bereitschaft, die „Notwendigkeit" einer Umwandlung einzusehen. Dabei waren nicht alle Akademien gleichermaßen den Zugriffen der Behörden ausgesetzt. Während die kleineren Akademien in Heidelberg und Göttingen erst relativ spät Ziel staatlicher Begehrlichkeiten wurden, die im Falle Heidelbergs durch interne Konflikte erst herbeigeführt wurden, standen die Akademien in München und Berlin bereits seit Beginn des nationalsozialistischen Regimes in Auseinandersetzungen mit staatlichen und parteiamtlichen Instanzen über die Ausübung der Kontrolle über die Akademie. Sowohl der Bayerischen Akademie als auch der Preußischen Akademie wurden ihre nationalsozialistischen „Führer" mehr oder weniger aufgezwungen.[449] Da mit Ausnahme Heidelbergs alle Akademien der unmittelbaren staatlichen Aufsicht unterstanden, waren Eingriffsmöglichkeiten vorgezeichnet. Eine Veränderung des Status der Akademien trat insofern ein, als sich das Reichserziehungsministerium eine direkte Einflußnahme auf die Akademien sicherte; die ehemals zuständigen Landesbehörden wurden dabei zu bloßen Vermittlerinstanzen degradiert. Die Politik des Reichserziehungsministeriums lief auf eine Vereinheitlichung der Akademien und ihre Eingliederung in das nationalsozialistische Wissenschaftssystem hinaus.

Mit Erlaß vom 6. Dezember 1935 ordnete das Reichserziehungsministerium gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium für

[448] Vgl. Panzer an Bilfinger und Engisch, 25. Apr. 1940; HeidAW an BMKU, 15. Mai 1940 mit beigeschlossenem korrigierten Entwurf (Exemplar Panzers) der GO (HAW 030/2).

[449] Zur BayAW vgl. Meißner, W., Die schwierige Lage der Akademie, 35-38. Zur PreuAW vgl. Hartkopf, W., Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 107-150, bes. l 15ff., 123-126. Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Teil III, 48-73.

Unterricht und Kultus an, „die Organisation der Bayer. Akademie der Wissenschaften sofort dahin abzuändern, dass der Präsident sowie die Sekretäre künftig von mir ernannt werden und dass der Akademie für diese Stellen ein Vorschlagsrecht zusteht." Dieses Vorschlagsrecht wurde durch eine „Kann"-Bestimmung noch zusätzlich eingeschränkt.[450] Mit der Unterzeichnung der entsprechenden Verordnung durch den bayerischen Ministerpräsidenten am 19. Januar 1936[451] war die Bayerische Akademie die erste Akademie, die in ihrer Verfassung nach dem Führerprinzip umgestaltet war. Die Versuche der Akademie, sich diesen Eingriffen durch die Wahl des Graezisten E. Schwartz im Februar 1936 zu widersetzen, waren zum Scheitern verurteilt. Das Ministerium ignorierte den „Wahlvorschlag" der Akademie und oktroyierte ihr als Präsidenten den Historiker K. A. von Müller. Müller, der sich immer nur der Zustimmung eines kleinen Teils der Mitglieder sicher sein konnte, leitete die Akademie strikt nach dem Führerprinzip, „indem er allein die Fühlung mit dem Ministerium in die Hand nahm". Der Präsident vertrat dabei oft eine dem Willen der Akademie entgegengesetzte Politik.[452]

Eine Abschrift des Erlasses des Reichserziehungsministers für die Bayerische Akademie wurde zur Kenntnis auch der Heidelberger Akademie „mit dem Ersuchen, auch bei der Heidelberger Akademie der Wissenschaften eine entsprechende Aenderung der Organisation durchzuführen", zugesandt.[453] Gleichlautende „Empfehlungen" gingen auch an die anderen Akademien. Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig verabschiedete am 22. April 1936 einen „1. Nachtrag zur Satzung" von 1928,[454] die nun eine „gemäßigte" Form des Führerprinzips, die den Klassen noch ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht beließ, vorsah. Die Berliner Akademie paßte unter Federführung des Klassensekretars

[450] **REM** an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 6. Dez. 1935, W Ila 1863, Z Ila (Abschrift für das **BMKU; HAW** 031/1).

[451] Meißner, **W.,** Die schwierige Lage der Akademie, 35.

[452] Vgl. ebd., 36. 1945 kam v. Müller „seiner Ausschließung durch seinen Austritt zuvor" (ebd., 41; vgl. auch Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie, **XVII).** Zu v. Müller vgl. Heiber, H., Walter Frank und sein Reichsinstitut, 575-577.

[453] REM an BMKU, 14. Febr. 1936, W Ila 216/36, M, weitergeleitet durch das BMKU an die HeidAW mit Erlaß Nr. A 3681 vom 22. Febr. 1936 (HAW 031/1).

[454] Satzung der SächsAW in der bestätigten Fassung vom 4. Mai 1936.

E. Heymann am 22. Mai 1936 ihre Statuten den ministeriellen Forderungen an. Für die Ernennung der Sekretare durch den Reichserziehungsminister stand den Klassen nur noch ein Vorschlagsrecht zu. ,,Zu Eingriffen in die Leitung der Akademie kam es vorerst jedoch nicht."[455]

Auch die Heidelberger Akademie reagierte in der geforderten Weise auf die Anregung des Reichserziehungsministers. In der Gesamtsitzung am 8. April machte sie sich die „Vorschläge" des Reichserziehungsministers zu eigen. Mit Bericht vom 10. April 1936 teilte die Akademie die Änderungen in Bezug auf die Leitung der Akademie und den Wahlmodus an das badische Unterrichtsministerium mit. In der vom Reichserziehungsminister genehmigten Fassung lautete § 12 der Statuten nun „Die Klassensekretäre werden vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf Vorschlag der Klassen aus den ordentlichen Mitgliedern jeder Klasse ernannt."[456] Die erfolgten und bestätigten Satzungsänderungen wurden den Klassen per Rundschreiben bzw. in der Sitzung mitgeteilt.[457] Widerstand gegen die neue Regelung regte sich nicht. Man nahm sie offenbar als selbstverständliche Anpassung an die Zeitverhältnisse hin. Die Akademie verstand die Satzungsänderung als „unmittelbare Verfügung des Ministers",[458] die sie der eigenen Verantwortlichkeit enthob. Damit war bis zum Sommer 1936 der zentralen Wissenschaftsverwaltung eine entscheidende Eingriffsmöglichkeit in die Führungsgremien aller Akademien gegeben, wobei die Münchner Verhältnisse noch eine Verschärfung der allgemeinen Lage bedeuteten. Eine weitergehende Änderung der Statuten der Heidelberger Akademie, im Sinne des Führerprinzips „anstelle des wechselnden Vorsitzenden ein[en] ständige[n] Präsident[en] zu ernennen", hielt das Reichserziehungsministerium „vorerst nicht für erforderlich".[459] „Vorerst" genügte eine nach außen hin weniger auffällige Anpassung einzelner Elemente der Akademieverfassung, um den wissenschaftspolitischen Wünschen des Ministeriums gerecht zu werden.

[455] Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Teil III, 48.

[456] Vgl. HeidA**W** an BMKU, 10. Apr. 1936 (HAW 030/2) und die ministerielle Bestätigung mit Erlaß des BMKU an HeidAW, 24. Juli 1936, Nr. A 16125 (ebd.).

[457] Vgl. Einladung zur Sitz. Math.-nat. Klasse am 31. Okt. 1936 vom 24. Okt. 1936 (HAW 222/8) und Prot. der Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 7.Nov.1936 (HA**W** 322/2).

[458] Vgl. Achelis an Min.R. Frey, 24. Mai 1938 (HAW 030/2).

[459] Vgl. BMKU an HeidAW, 24. Juli 1936, Nr. A 16215 (ebd.).

Im Hintergrund stand dabei die Absicht des Ministeriums, zu gegebener Zeit eine generelle Lösung für alle Akademien in einem einheitlichen Sinne zu treffen, wie sich dies ja auch an der Behandlung der Nichtarier-Frage zeigte.

Die Änderungswünsche des Ministeriums bezüglich der Statuten trafen die Akademie in einer Phase, als innere Konflikte wegen der „Nichtarier-Frage" eine breitere Diskussion der Statutenänderung verhinderten. Es ist fraglich, ob überhaupt eine offene Aussprache über dieses Problem stattfand, denn es ist schon auffallig, wie glatt die Anpassung an die Wünsche des Reichserziehungsministers erfolgte, während gleichzeitig die „Nichtarier-Frage" sehr kontrovers verhandelt wurde.[460] So zeigten sich im Vorstand der Akademie auch Tendenzen, Entscheidungsprozesse dem Plenum zu entziehen, das freilich angesichts der Krise der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse kaum noch beschlußfähig war. Entscheidungen fielen im Kreise des Vorstandes oder wurden hinausgezögert und an andere Instanzen delegiert. Einen Einblick in die Entscheidungsabläufe vermittelt das Rundschreiben Erdmannsdörffers vom 29. Januar 1937 an die Mitglieder der Akademie.[461] Er stellte dar, daß Satzungsänderungen grundsätzlich in die Befugnis der Gesamtakademie fielen. ,,Da aber in der vorliegenden Frage das Reichserziehungsministerium sich die Entscheidung vorbehalten hat, erscheint es zweckmäßig, den Antrag dort vorzulegen und zugleich die Stellungnahme der Akademie bekannt zu geben." Es ist ein Zeichen der Verunsicherung gerade des Sekretärs der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, daß er die wichtigen Entscheidung nicht in eigener Verantwortung tragen, sondern an die höhere Instanz abtreten wollte. Damit wollte er Konflikte innerhalb der Akademie umgehen, degradierte die **Aka**demie gleichzeitig aber auch zu einer unselbständigen untergeordneten Reichsbehörde. Erdmannsdörff er versuchte auch in anderen Fällen eine Abstimmung in der Akademie unter allen Umständen zu vermeiden, um nicht einer endgültigen Entscheidung des Reichserziehungsministers vorzugreifen oder gar entgegenzuhandeln.[462] Von Panzer wurde eine derartige Haltung mitgetragen. So

[460] Vgl. dazu oben Kap. V.3.1.1.
[461] HAW 030/2.
[462] Vgl. den Entwurf eines Schreibens der HeidA**W** an das REM von Febr. 1937 (ebd.).

hatte sich die Akademie an eine Existenz, die auf Weisungen seitens des Ministeriums beruhte und den ihr angetragenen Wünschen eilfertig Folge leistete, längst gewöhnt. Es ist bezeichnend, daß gerade Achelis dem „Vermittlungsversuch" Erdmannsdörffers skeptisch gegenüberstand und eine Entscheidung der Akademie in eigener Verantwortung befürwortete.[463]

4.3. Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Akademiestatuten.

Die Wahl Achelis' zum Sekretär der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse brachte einen Mann an die Spitze der Akademie, der die Befugnisse seines Amtes voll auszuschöpfen gedachte. Alsbald ging Achelis im Einvernehmen mit dem Reichserziehungsministerium daran, einen Entwurf einer Rahmensatzung auszuarbeiten, der einer „Neugestaltung" der Deutschen Akademien der Wissenschaften zugrunde gelegt werden sollte.[464] Als Unterlagen dienten Achelis dabei die Satzungen und Geschäftsordnungen aller deutschen Akademien.[465] Ein intensiverer Austausch über die Frage der Neubearbeitung der Statuten fand zwischen Achelis und E. Heymann von der Preußischen Akademie statt.[466] Die Empfehlungen, die Achelis schließlich am 14. Februar nach Berlin abschickte, überraschen dann doch angesichts der Ausgangsposition einer umfassenden Umgestaltung der Akademien. Achelis' Gutachten war zudem sehr stark von den spezifischen Heidelberger Bedürfnissen geprägt. Angesichts der internationalen Verflechtung der Akademien und ihrer repräsentativen Funktion im wissenschaftlichen Kontakt mit dem Ausland widerriet Achelis einer zu umfassenden Satzungsänderung der Akademien, die „der Union als Vorwand für einen Ausschluss der deutschen Akademien gelten" könnte. Damit würden die „kulturpolitisch" höchst bedeutsamen internationalen Beziehungen der Akademien gestört. Ein zweites Bedenken betraf die höchst differenzierte Struktur der einzelnen Akademien, die sich aus ihrer Genese ergab. Eine

[463] Vgl. Achelis an Erdmannsdörffer, 4. Febr. 1937 (ebd.).

[464] Vgl. REM (Min.R. Frey) an Achelis, 10. Febr. 1938 (HAW 031/1) und Achelis an REM (Min.R. Frey), 16. Okt. 1937 (HAW 030/2).

[465] Gleichlautende Schreiben Achelis' an die Akademien in Berlin, Göttingen, Leipzig und München vom 16. Okt. 1937 (ebd.).

[466] Vgl. PreuAW an HeidAW, 20. Okt. 1937; Achelis an Heymann, 6. Nov. 1937; Heymann an Achelis, o.D. (ca. 10. Nov. 1937) (ebd.).

Vereinheitlichung ließe sich nach Achelis' Auffassung nur durch ein schwer durchsetzbares Reichsgesetz verwirklichen. ,,Dieser Weg käme einer völligen Neugründung der bestehenden Akademien gleich."

Achelis beschränkte sich daher auf die beiden Forderungen nach der Einfügung des Reichsbürgerprinzips und der Aufhebung der territorialen Beschränkungen in den Statuten, was er zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Akademien als dringendes Bedürfnis erachtete. Dagegen hielt er die Einführung eines Präsidentenamtes für unnötig. Für ihn wäre dies ein rein kosmetischer Akt, der zumal in Heidelberg als „merkwürdige" und dem Charakter der Akademie widersprechende Aufpfropfung empfunden würde, um mit der Feststellung zu schließen, ,,das Führerprinzip wird im übrigen wohl in jeder Akademie angewendet, wo ein Nationalsozialist geschäftsführender Sekretär ist. Im anderen Fall ändert sich auch durch eine entsprechende Satzungsbestimmung nichts." Achelis erstrebte eine Vereinheitlichung der Akademien nur noch in bestimmten, ,,lebensnotwendigen" Bereichen, die sich für ihn auf die Mitgliederfrage reduzierten. Ansonsten wollte der die Eigenarten und die Autonomie der einzelnen Akademien gewahrt wissen. Die Durchsetzung des Führerprinzips war für ihn nicht eine Frage einer entsprechenden Satzungsbestimmung, die übrigens in Heidelberg zu diesem Zeitpunkt noch fehlte, sondern eine Frage des Charakters und Durchsetzungsvermögens des jeweiligen „Führers". Eine Satzungsbestimmung konnte dabei mehr binden und blockieren, und seiner Gefolgschaft war sich Achelis in seiner Klasse gewiß. Durch die Reduzierung des eigenen Interesses an einer Statutenreform auf die „Nichtarier-Frage" als wesentliches Problem gab Achelis die Initiative einer Umgestaltung der Akademien aus der Hand.[467] Im übrigen erhoffte sich die Heidelberger Akademie mit einer Änderung der Statuten entsprechend den Gegebenheiten bei der Preußischen Akademie[468] eine Verbesserung ihrer Rechtsstellung.[469] Bedauern äußerte sich allenfalls über

[467] Vgl. das Kapitel zur „Nichtarier-Frage", dort auch die Bemerkungen zur rasch eingeleiteten Statutenreform über den Passus, der die Bestätigung der Mitglieder der Akademie durch das **REM** vorsah (Kap. V.3.2.).

[468] Zur politischen „Wende" in der PreuAW im Jahre 1938 vgl. Hartkopf, **W.,** Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 13lff.

[469] Vgl. Achelis an Mitglieder der HeidAW, 24. Mai 1938 (HAW 030/2).

die unvollkommene Form der veranlaßten Statutenänderung.[470] Ohne Diskussion, nur über eine schriftliche Abstimmung „regelte" die Akademie ihre Mitgliederangelegenheiten, indem sie die Ortsbindung an Heidelberg relativierte, die Bindung an Baden aufhob und die Gültigkeit der Mitgliedschaft von der Bestätigung des Reichserziehungsministers abhängig rnachte.[471] Damit waren nach Heidelberger Auffassung „eigentlich alle Probleme gelöst."[472]

Inzwischen hatten sich im Reichserziehungsministerium jedoch bestimmte Vorstellungen über die Grundstruktur der Akademien herausgebildet. Diese wurden den Akademien per Erlaß **WN Nr.** 2633 am 15. November 1938 rnitgeteilt:[473] „Ich halte es für notwendig, die Satzungen der Deutschen Akademien der Wissenschaften entsprechend den Grundanschauungen, auf denen das staatliche Leben der deutschen Gegenwart beruht, nach einheitlichen Grundsätzen wie folgt umzugestalten: 1) An der Spitze der Akademie steht der Präsident. Ihm zur Seite stehen ein Vizepräsident als sein ständiger Vertreter und 2 Sekretäre. Der Präsident und der Vizepräsident, ebenso die beiden Sekretäre müssen verschiedenen Klassen angehören. Einer der Sekretäre leitet neben den Geschäften der Klasse, der er angehört, auch die Geschäfte der Gesamtakademie und führt den Namen »Generalsekretär«. 2) Die Zuständigkeiten sind stärker als bisher nach dem Führerprinzip in der Person des Präsidenten zusammenzufassen. 3) Zu den ordentlichen Mitgliedern können nur Reichsbürger gewählt werden. 4) Die räumlichen Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zu den ordentlichen Mitgliedern sind den heutigen Verhältnissen entsprechend zu erweitern. 5) Die Wahl aller Mitglieder der Akademie unterliegt meiner Bestätigung. Die Bestätigung ist widerruflich. Ich ersuche die erforderlichen Satzungsänderungen zu veranlassen." Damit war die Satzungsänderung vorn Mai überholt. Dabei entsprachen die unter 3 bis 5 genannten Forderungen den Wünschen der Akademie bzw. den bereits bestehenden Verhältnissen.[474] Die Einführung des Präsidentenamtes und die Autblähung des „Verwaltungsapparates" dagegen widersprach den Wünschen und Möglichkei-

[470] Vgl. Achelis an Min.R. Frey, 24. Mai 1938 (ebd.).
[471] HeidAW an BMKU, 2. Juni 1938 (ebd.).
[472] Achelis an Min.R. Frey, 28. Juni 1938 (ebd.).
[473] HAW 030/2.
[474] Zu den Mitgliederfragen vgl. die Kap. V.3. und V.5.

ten der Akademie in hohem Maße. Freilich, erst durch die unter 2) aufgestellten Grundsätze wurden die Rahmenbedingungen für eine zweifelsfreie Durchsetzung des Führerprinzips in den Akademien geschaffen. Die Akademien waren somit aufgefordert, einen „entsprechenden neuen Satzungsentwurf auszuarbeiten und vorzulegen."[475]

Bei der Diskussion der geforderten Statutenänderungen stellten sich freilich Bedenken ein. Sie bezogen „sich auf die Tatsache, dass unsere Akademie aus einer Stiftung erwachsen ist ... Insbesondere wünschen unsere Juristen erst noch die Zweifel zu beheben, wie weit überhaupt eine Abänderung des Stiftungsgeschäftes rechtlich möglich sei."[476] Bemerkenswert ist, daß überhaupt rechtliche Bedenken geltend gemacht wurden angesichts der vorausgegangenen Bemühungen, durch Regierungserlasse die Probleme der Akademie zu lösen. Andererseits läßt sich auch eine Verbindung zu den Vorschlägen Achelis' vom Jahresanfang ziehen, in denen er bereits auf die aus den unterschiedlichen Erscheinungsformen der Akademien erwachsenden Schwierigkeiten einer Vereinheitlichung hingewiesen hatte. Es ist auch ein Zeichen eines nach den inneren Kämpfen wiedergefundenen Selbstverständnisses, daß rechtliche Argumente den Weisungen des Ministeriums entgegengestellt wurden. Auffällig ist immerhin, daß die Akademie bei ihren Statutenänderungen der 20er Jahre sich über „unzeitgemäße" Vorgaben der Stiftungsurkunde ohne Zögern hinwegsetzte.

Auch ein weiteres grundsätzliches Bedenken der Akademie wurde mit Berufung auf die Stiftungsurkunde erneut angemeldet: „Ich darf unter anderem darauf aufmerksam machen, dass im Stiftungsbrief der Satz steht »Ein Präsident wird nicht ernannt«, wie denn überhaupt zweifelhaft erscheinen muss, ob unsere Geschäfte einen so groß aufgezogenen Apparat von Präsident, Vizepräsident und 2 Sekretären vertragen." In ihrem Satzungsentwurf am 6. Januar 1939 übernahm die Akademie jedoch alle Vorgaben des

[475] Vgl. BMKU an HeidAW, 21. Nov. 1938, No. E 17184 (HAW 030/2). Vgl. auch die Anfrage der SächsA **W** an HeidAW, 30.Nov.1938 **(HAW** 611/5 und 031/1). Zu den Vorgängen in der PreuA**W,** die offenbar die entsprechenden Anweisungen einen Monat früher erhielt, vgl. Hartkopf, **W.,** Die Akademie der Wissenschaften der DDR, 137-141.

[476] HeidAW (Panzer) an BMKU, 9. Dez. 1938 **(HAW** 030/2).

Reichserziehungsministers ohne Einschränkung.[477] Die Widersprüche zur Stiftungsurkunde glaubte man in Kauf nehmen zu können, „da eine Erfüllung des Stiftungszwecks nur dann gewährleistet ist, wenn die Heidelberger Akademie der Wissenschaften sich in ihrem grundsätzlichen Aufbau nicht von den anderen Akademien unterscheidet." Die juristischen Vorbehalte waren nur halbherzig vorgebracht worden und beeinflußten die Stellungnahme der Akademie nicht. In der Frage des Leitungsgremiums hoffte man auf die Zustimmung des Ministeriums zu dem Kompromiß, daß Präsident und Vizepräsident zugleich auch Klassensekretäre sein könnten. Die Stellung des Präsidenten und des übrigen Leitungskollegiums sollte im übrigen durch die Begrenzung ihrer Amtszeit auf zwei Jahre erheblich eingeschränkt werden. Dagegen blieben die Rechte des Plenums weitgehend unangetastet. Eine erhebliche Einflußmöglichkeit wurde dem Präsidenten aber in der Wahl neuer Mitglieder durch sein Vorschlagsrecht zugestanden. So könnte letztlich nur ein den „Führern" genehmer Kandidat zur Wahl gestellt werden. Als weiteres Hindernis stand danach die notwendige Bestätigung durch den Reichserziehungsminister im Raum. Eine freie Ergänzung des Mitgliederbestandes war freilich durch die längst bestehenden Satzungsbestimmungen schon längst nicht mehr möglich.

Am 8. Juli 1939 übersandte Ministerialrat Frey vom Reichserziehungsministerium an die Akademie den von ihm überarbeiteten Satzungsentwurf zur Zustimmung. Das Dilemma, das sich aus einem Bezug auf die Stiftungsurkunde ergab, löste Frey, indem er sich allein auf die Bestimmung bezog, die die Organisation der Heidelberger Akademie nach dem Vorbild der anderen deutschen Akademien festlegte. Die Satzungen dieser Akademien wurden daher auch dem Entwurf der Heidelberger Satzung zugrunde gelegt, einer Vereinheitlichung der Statuten stand nichts mehr im Wege. Der Entwurf des Reichserziehungsministeriums ging der Akademie zur Stellungnahme zu.[478] Mit Schreiben vom 10. Juli 1939 erteilte die „Akademie", die nicht befragt worden war, aus

[477] Der Satzungsentwurfwurde mit Schreiben vom 9.Jan.1939 an das BMKU mitgeteilt (ebd.).

[478] REM (Frey) an HeidAW (Achelis), 8. Juli 1939 (ebd.) Der Entwurf des REM ist in den Akten der Akademie nicht enthalten, da er mit den Änderungswünschen der Akademie nach Berlin zurückgeschickt wurde.

Machtvollkommenheit der Klassensekretäre Achelis und Panzer ihre Zustimmung zu dem vorgelegten Satzungsentwurf. Allein in Bezug auf die Sitzungen der Akademie wünschte man eine Verschärfung durch Einführung eines Anwesenheitszwanges.[479] Mit Erlaß vom 5. September 1939 WN Nr. 1792 wurden die neuen Statuten vom Reichserziehungsministerium genehmigt, Erlaß und Statuten wurden der Akademie jedoch erst am 9. April 1940 zugestellt. In der Zwischenzeit befand sich die Heidelberger Akademie - wie offenbar auch die anderen Akademien - in einem Schwebezustand. Ohne die neuen Statuten in der Hand zu haben, verfuhr man bei Wahlen und anderen Angelegenheiten zwar nach dem Statutenentwurf, die Unsicherheit jedoch blieb.[480]

Die entscheidenden Veränderungen der genehmigten Satzung[481] gegenüber dem von der Akademie vorgelegten Entwurf betrafen die Aufgabenstellung der Akademie und die Formulierung des Führerprinzips. Den „klassischen" wissenschaftlichen Aufgaben der Akademie wurde eine ideologische Zweckbestimmung vorgeschaltet, „im Bereich der Forschung dem deutschen Volke zu dienen, deutsche Art und Überlieferung in der Wissenschaft zu wahren und die Weltgeltung der deutschen Forschung zu fördern." Diese „Präambel" erhielten alle Akademien als Beigabe des Reichserziehungsministeriums in ihre Satzungen geschrieben. Vom Ministerium wurde in den Satzungsentwurf der Akademie ein Paragraph über die Funktion des Präsidenten neu eingefügt:

[479] Achelis an Min.R. Frey (REM), 10. Juli 1939 (ebd.).

[480] Das Ausbleiben der Satzungen wurde von Panzer am 31. Okt. 1939 erstmals beklagt (Panzer an Achelis); in ähnlicher Weise drängte auch die Wiener Akademie „auf endliche Bestätigung der eingereichten Satzungen." Mit Schreiben vom 18. Dez. 1939 an das BMKU erinnerte die Akademie an die Bestätigung der Satzung, worauf das BMKU der Akademie mitteilte, daß die Statuten bereits am 5. Sept. 1939 bestätigt und mitgeteilt worden seien (vgl. BMKU an HeidAW, 26. Febr. 1940 unter Vermittlung der Antwort des **REM** vom 31. Jan. 1940 WN Nr. 56 (b)). Auf Anfrage vom 5. März 1940 wurde der Akademie eine Abschrift des Erlasses, mit dem die Genehmigung der neuen Statuten mitgeteilt wurde, zugeleitet, die schließlich am 9. Apr. in Panzers Hände gelangte (vgl. Panzer an Achelis, 10. Apr. 1940). Nun mußte die Akademie auch noch die genehmigte Fassung der Statuten, die ihr nicht vorlagen, in Karlsruhe anfordern (Panzer an BMKU, 10. Apr. 1940). Diese wurde der Akademie mit Erlaß No. E 4610 vom 17. Apr. 1940 zugestellt (HAW 030/2). Die neuen Statuten wurden der Akademie in der Gesamtsitzung am 4. Mai mitgeteilt (HAW 143/6).

[481] Die Satzung liegt nur als Sonderdruck vor, auf eine Veröffentlichung im Jahresheft wurde verzichtet.

„Der Präsident hat als Leiter der Akademie in Zusammenwirkung mit dem Vizepräsidenten und den Sekretären für den geeigneten Gang der Akademiearbeiten zu sorgen und über die Beachtung der Satzung zu wachen. Das Plenum und die Klassen dienen der Beratung des Präsidenten. Er trifft die Entscheidungen. Entsprechend entscheidet der Klassensekretär nach Beratung mit der Klasse in deren Angelegenheiten" (§ 7) und: ,,Der Präsident gibt im Bedarfsfall nach erfolgter Beratung allgemeine Anweisungen zur Führung der Geschäfte"(§ 14). Damit war das Führerprinzip auch institutionalisiert, die Akademie übte nur noch beratende Funktionen aus. Freilich folgte die Geschäftsführung der Heidelberger Akademie spätestens seit Achelis' Amtsantritt im Sommer 1937 diesem Prinzip. Dagegen verzichteten die neuen Statuten ebenso wie die Geschäftsordnung auf das im ursprünglichen Satzungsentwurf enthaltene ausschließliche Vorschlagsrecht des Präsidenten und Vizepräsidenten hinsichtlich der Zuwahlen neuer Mitglieder. Hier bewahrten sich die Klassen etwas von ihrer Autonomie der Selbstergänzung, allerdings verzichtete die Akademie auf Wunsch des Reichserziehungsministers auf eine geheime Wahl, ,,die im Hinblick auf die heutigen Anschauungen" überflüssig erschien.[482]

Aufgrund der neuen Statuten wurden in der Sitzung am 30. November 1940, nachdem Panzer und Achelis ihre Ämter zur Verfügung gestellt hatten, beide wiederum als Klassensekretäre vorgeschlagen. Die Akademie machte dabei von der Möglichkeit Gebrauch, ,,daß Präsident und Vizepräsident zugleich Sekretäre ihrer Klassen sein sollen. Sie schlägt als Präsidenten Herrn Panzer, als Vizepräsidenten Herrn Achelis vor."[483] Mit Erlaß WN Nr. 2315/40 vom 13. Januar 1941 erfolgte die Ernennung von Panzer und Achelis gemäß den Vorschlägen der Akademie.[484] Aufgrund der starken Belastung Achelis' im Militärdienst wurde 1943 mit Freudenberg doch ein Klassensekretär ernannt, während Achelis sich mit dem Amt des Vizepräsidenten begnügte. 1944 gab auch Panzer seine Sekretärsfunktion an Karl Engisch ab.[485]

[482] Vgl. den Erlaß WN Nr. 1045 des REM vom 29. Juli 1940 und Erlaß WN Nr. 1805 des REM vom 16. Okt. 1940 (HAW 030/2); ebd. auch die Entwürfe zur GO.

[483] Panzer an REM, 1. Dez. 1940; vgl. auch die Einladung zur Klassensitzung am 30. Nov. 1940 vom 20. Nov. 1940 (ebd.).

[484] Vgl. HAW 1210.

[485] Vgl. HAW 1211. Zu Engisch vgl. auch Achelis an Mitglieder der Akademie, 28. Nov. 1944 (HAW 031/2).

Mit der Statutenrevision des Jahres 1939 hatten alle deutschen Akademien einheitliche Satzungen erhalten,[486] die nur in untergeordneten Punkten ihre historischen Eigenarten bewahren konnten. Die wichtigsten Abschnitte der Statuten behandelten die Frage der „Führung" der Akademie und die der personellen Erneuerung. Wie diese statutarischen Vorgaben im nationalsozialistischen Sinne gedeutet werden konnten, belegte die über zwei Jahre andauernde Diskussion um die Geschäftsordnung der Münchner Akademie. In dieser Diskussion wurden die Erfahrungen der Akademie mit ihren Statuten und ihrer Geschäftsordnung analysiert und mögliche Konsequenzen erwogen. Anstoß erregte vor allem das in der Geschäftsordnung niedergelegte „parlamentarische Verfahren" in allen Angelegenheiten der Akademie. Die Herbeiführung von Wahlen durch „reine Mehrheitsbeschlüsse" widersprach nach Ansicht des Bayerischen Staatsministeriums dem Führerprinzip des Präsidenten und der Abteilungssekretäre. Daher wurde in Absprache zwischen Staatsministerium und Akademiepräsident, aber unter Umgehung des Plenums, eine neuerliche Änderung der Geschäftsordnungsbestimmungen erwogen, die auf eine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten der Akademie und eine Stärkung und konsequente Durchsetzung des Führerprinzips hinauslief, und dem Reichserziehungsminister zur Genehmigung zugeleitet.[487] Die Abteilungen sollten von jeglicher Mitwirkung bei der Ernennung des Präsidenten und der Abteilungssekretäre ausgeschlossen werden. Nur bei der Berufung neuer Mitglieder sollte die Akademie noch den Rahmen festlegen können, aus dem der Präsident nach Anhörung der Sekretäre nach eigenem Gutdünken die zu berufenden Mitglieder dem Ministerium vorschlagen sollte. Die bayerischen Änderungswünsche waren derart umfassend, daß nach Ansicht Freys im Reichserziehungsministerium wohl auch die Berliner Geschäftsordnung anzupassen, d.h. „radikal zu ändern" wäre. Der Einfluß des Ministeriums auf die Personalpolitik der Akademie würde erheblich erweitert; im Grunde trat die Akademie ihre Personalentscheidungen an die

[486] Vgl. etwa die Göttinger Statuten vom 17. Juli 1939 in: Jb. GöA**W** 1939/40, 76-83. Die Statuten der BayA**W** vom 12. Juli 1939 siehe etwa in BA **R** 21/784. Satzung der PreuAW vom 8. Juni 1939 (Sonderdruck).

[487] Bayerisches Staatsministerium für Kultus und Unterricht an REM, 23. Mai 1942, Nr. VII 25041 (BA R 21/784).

Reichsbehörde ab.[488] Den weitgehenden Absichten der Bayerischen Akademie wurde allerdings durch die nüchterne Betrachtung des Regierungsdirektors Franz Kock ein Riegel vorgeschoben. Er sah den „Führergrundsatz" in den gültigen Statuten vollauf gewährleistet. Hierin drückt sich die - auch von Achelis vertretene - Überzeugung aus, daß eine echte nationalsozialistische Führung mit den Möglichkeiten der Statuten vollauf zu „regieren" in der Lage sei und keiner allzu genauen Festlegungen bedürfe. **W**esentliches Element des ministeriellen Votums war die Betonung der Eigenverantwortlichkeit der Akademie für ihre Entscheidungen und ihre „Politik". Gleichzeitig sollte jedoch auch durch genaue Informationen die Entscheidungskompetenz des Ministeriums erhöht werden, daher war die Kenntnis unterschiedlicher Voten sowie der Hintergründe der Entscheidungsfindung von Interesse, die der Präsident durch seine begründete Stellungnahme vermitteln sollte. So wurde auch in der Behandlung der Zuwahlen der Mitglieder die Eigenverantwortlichkeit der Akademie herausgestrichen. Ein umfassendes Kontrollrecht der Wahlen, durch das notfalls auch „Irrtümer" korrigiert werden konnten, genügte, so daß eine Berufung der Mitglieder durch den Reichserziehungsminister abgelehnt wurde. In den Änderungswünschen der Bayerischen Akademie wurde in dieser Sicht der Dinge „unnötig Verantwortung nach oben verschoben... Der Bayer[ische] Vorschlag wandelt die Akademie aus einer selbst verantwortlichen Wissenschaftsgemeinschaft zu einer Art wissenschaftlichen Behörde um, ohne ... daß die Vorzüge der straffen Behördengliederung hier gewährleistet sind. Diese Kompromisslösung scheint mir der Wissenschaft selbst nicht förderlich zu sein und aus politischen Gründen nicht notwendig... Zur Ausschaltung ... noch etwa vorhandener **Miß**bräuche dürfte das Bestätigungsrecht des Ministers ausreichen."[489]

[488] Vgl. Min.R. Frey an Reg.Dir. F. Kock, 20. Dez. 1942, zu **WN** 850/42 (ebd.). Änderungswünsche Freys betrafen nur administrative Fragen und Formulierungen, um Willkürmaßnahmen des Präsidenten (etwa bei Wahlvorschlägen oder Streichungen von Mitgliedern) zu verhindern.

[489] Ministerialbericht von Min.R. Breuer vom 1. Febr. 1943, dem sich Kock am 4. Febr. 1943 in allen Punkten anschloß. Eine Dekretierung durch das Ministerium wird noch einmal ausdrücklich ausgeschlossen. Erst müßte sich die Akademie die vorgeschlagenen Änderungen prinzipiell zu eigen machen, ehe das Ministerium eine Genehmigung oder etwa Änderungswünsche aussprechen könne (ebd.).

Eine neuerliche Statutenrunde blieb den Akademien so erspart. Die gültigen Satzungen genügten dem Ministerium in Berlin; es sah seine Interessen vollauf gesichert. Eine neue Statutendiskussion erschien auch angesichts der weitergehenden Pläne des Reichserziehungsministers für die Nachkriegszeit wenig sinnvoll. Neben der Auseinandersetzung um die Akademiepläne des Reichserziehungsministers beschäftigte die Heidelberger Akademie vor allem, in der Frage ihrer Rechtsstellung, in der sie sich gegenüber den übrigen Akademien benachteiligt sah, eine Verbesserung zu erreichen.

4.4. Rechtsstellung und Status der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Mit der Statutenreform verband die Heidelberger Akademie der Wissenschaften die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Rechtsstellung.[490] Die Akademie hatte bereits am 30. April 1938 den Antrag auf Führung eines Dienstsiegels gestellt, um auch hier eine Gleichstellung mit den anderen Akademien zu erreichen, die dieses quasi-hoheitliche Recht als öffentlich-rechtliche Körperschaften und staatliche Gründungen längst besaßen.[491] Der Antrag der Heidelberger Akademie war jedoch negativ beschieden worden. Das Reichserziehungsministerium bestritt, daß die Heidelberger Akademie „reichswichtige Hoheitsaufgaben" wahrnehme. Demgegenüber wurde die siegelführende Preußische Akademie als „staatliche Verwaltungsbehörde" charakterisiert.[492] Durch die Neuordnung der Statuten und die ebenfalls neu beschlossenen Statuten des Kartells der deutschen Akademien war aber „die Gleichstellung mit den anderen Akademien eine vollständige. Die Heidelberger Akademie hat die gleichen Rechte und gleichen Pflichten wie beispielsweise die Göttinger Gesellschaft, die bereits ein Dienstsiegel führt."[493] Tatsächlich lag in der Stellung zum Staat

[490] Vgl. Achelis an die Mitglieder der Akademie, 24. Mai 1938 (HAW 030/2).

[491] Vgl. HeidAW an BMKU, 30. Apr. 1938. Die Führung eines Dienstsiegels sei notwendig, ,,um den öffentlichen Charakter der Akademie, insbesondere auch im Verkehr mit den Behörden zum Ausdruck zu bringen." Dieser öffentliche Charakter kam u.a. in dem Aufsichtsrecht des Reichserziehungsministers und des Rechnungshofes über die Vermögensverwaltung zum Ausdruck **(HAW** 031/2).

[492] REM an BMKU, 12. Juli 1938, Z Ila 2630/38 W.N. (ebd.).

[493] Achelis an Min.R. Frey, 10. Juli 1939 (HAW 030/2).

der einzige gravierende Unterschied der Heidelberger Statuten zu denen der übrigen Akademien. Während die Heidelberger Statuten zwar die „besondere Fürsorge" des Staates ebenso betonten wie die Aufsicht durch das Reichserziehungsministerium, enthielten die Göttinger oder Münchner Statuten Bestimmungen über die Etatisierung ihres Finanzbedarfs und eben auch das Recht zur Siegelführung.[494] Daß es sich bei der Frage der Siegelführung nicht nur um eine Äußerlichkeit handelte, „dass mit den gleichen Pflichten auch die gleichen Rechte verbunden sein müssen," sondern um eine Frage von erheblicher Bedeutung für die Akademie, begründete Achelis insbesondere mit der Stellung der Akademie gegenüber staatlichen Instanzen. In der Umschiffung bürokratischer Hindernisse mittels eines Dienstsiegels sah Achelis vor allem auch eine bedeutsame Erleichterung der wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie. Eine positive Entscheidung fiel jedoch auch jetzt nicht.

Nachdem die Heidelberger Akademie als Societät der Reichsakademie angegliedert war,[495] die Gleichstellung mit allen anderen Akademien auch nach außen zweifelsfrei war, wurde der Antrag auf Führung eines Dienstsiegels erneut gestellt.[496] In der **Zwi**schenzeit hatte sich angesichts der Kriegslage herausgestellt, daß zu einer Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Arbeit ein Hoheitszeichen besonders im Verkehr mit dem Wehrkommando „dringendes Bedürfnis" der Akademie sei.[497] Das Ministerium forderte vor einer Entscheidung jedoch eine umfassende Darstellung der rechtlichen Stellung der Akademie und ihrer Etatisierung.[498] Das Rechtsgutachten Karl Bilfingers stellte die Oberaufsicht der Staatsbehörden über die Akademie heraus, die „in dem überkommenen Sinn der Staatsaufsicht über eine selbstverwaltungsmäßige Körperschaft gehandhabt" werde und folgerte hieraus, daß die Heidelberger Akademie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sei. In ihrer Haushaltsführung stand die Akademie unter der Kontrolle des Rechnungshofes. „Was die weitere Entwicklung betrifft, so ist

494 Vgl.§ 2 der Heidelberger Statuten sowie die§§ 2 und 3 der Münchner Statuten und die §§ 2 und 3 der Göttinger Statuten.
495 Zur Reichsakademie vgl. unten Kap. V.4.6.2.
496 HeidAW (Achelis) an BMKU, 14. Jan. 1941 (HAW 031/2).
497 Panzer an Achelis, 25. Febr. 1941 (HAW 1214/2).
498 REM an BMKU, 19. März 1941, Z IIa 605/41, WN (HAW 031/2).

durch diese die Staatsaufsicht über die Akademie ... seit 1937 wesentlich verstärkt worden. Die Heidelberger Akademie ist als Societät der Reichsakademie angegliedert, und es ist damit ihre Gleichstellung mit den anderen Akademien vollzogen. Unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf die auch in der tatsächlichen Praxis gegebene Stellung der Akademie, die beständig in wechselseitigem Verkehr mit anderen öffentlichen Stellen, sowie dem Publikum gegenüber als eine öffentliche Stelle aufzutreten hat, ist es unerfindlich, weshalb nicht auch der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ebenso wie den anderen Akademien die Führung eines Dienstsiegels genehmigt wird."[499] Doch noch immer wurde die gewünschte Genehmigung an neue Bedingungen geknüpft. Das Reichserziehungsministerium forderte einen Nachweis, „in welchen praktischen Fällen die Heidelberger Akademie der Wissenschaften voraussichtlich reichswichtige Hoheitsaufgaben wahrzunehmen hat, die die Anwendung des Reichssiegels erfordern."[500]

Die Akademie verwies in ihrer Antwort auf die als reichswichtig anerkannten Forschungsunternehmungen, insbesondere die Arbeiten der Cusanus-Kommission und der Inschriften-Kommission. „Die Durchführung dieser und ähnlicher Arbeiten erfordert neben dem Dienstverkehr mit den zuständigen Reichsministerien auch Ansuchen und Anfragen an die beteiligten Landes- und Bezirksbehörden sowie an Private." Diesen gegenüber wollte die Akademie zur Erreichung ihrer Zwecke nicht „in der Stellung eines privaten Unternehmers, sondern eben einer mit entsprechenden Hoheitsbefugnissen versehene[n] Stelle" auftreten. Als in diesem Zusammenhang besonders wichtige statutarisch festgelegte Aufgabe der Akademie wurde zuletzt auf die Pflege der wissenschaftlichen Auslandsbeziehungen verwiesen, die ebenfalls eine anerkannte Stellung der Akademie erforderlich erscheinen ließ mit gleichen Rechten wie etwa die Universitäten.[501]

Achelis verlieh der Position der Akademie zusätzlichen Nachdruck durch ein Privatschreiben an Ministerialrat Frey, in dem die

[499] Gutachten Bilfingers vom 9. Juni 1941, versandt an das REM über das BMKU am 13. Juni 1941 (ebd.).

[500] REM an HeidAW, 16. Juli 1941, Z Ila Nr. 1864/41 WN (HAW 031/1).

[501] HeidAW an REM, 10. Okt. 1941. Der Entwurf stammte wiederum von Bilfinger (HAW 031/2).

Ungeduld über den schleppenden Gang der Bürokratie deutlich zum Ausdruck kommt. ,,Wir wären Ihnen besonders dankbar, wenn Sie sich dieser Sache, die wohl wesentlich von der Zentralabteilung bearbeitet wird, noch einmal annehmen könnten. Ich kann den Eindruck nicht ganz unterdrücken, dass dem Sachbearbeiter die Stellung und Aufgaben einer Akademie, die Societät der Reichsakademie ist, nicht ganz geläufig sind. Sonst dürfte es doch nicht solche Schwierigkeiten machen[,] der Heidelberger Akademie ein Recht zuzugestehen, was die anderen Akademien seit langer Zeit haben. Es war ja der Sinn wohl auch Ihrer Bemühungen in den letzten Jahren[,] eine grundsätzliche Gleichstellung der alten wissenschaftlichen Akademien zu erreichen. Das ist durch die Satzungsänderung und die Gründung der Reichsakademie doch inzwischen erfolgt. Jetzt müßte man daraus auch den Schluss ziehen, dass mit den neuen Pflichten auch neue Rechte verbunden sind, also auch die Heidelberger Akademie das Reichssiegel führen darf."so2

Ob im vorliegenden Falle die Argumente endlich auf fruchtbaren Boden fielen oder die persönliche Intervention zum Erfolg führte, ist nicht zu klären. Nach einem weiteren Jahr wurde der Heidelberger Akademie der Wissenschaften mit Erlaß Z Illa 2571, **WN** vom 15. Oktober 1942 die Führung des Kleinen Reichssiegels bei der Wahrnehmung ihrer reichswichtigen Hoheitsaufgaben gestattet.[503] Damit hatte die Heidelberger Akademie wie die Preußische Akademie „den Charakter einer staatlichen Dienststelle" erhalten.[504]

Von Bedeutung für die Stellung der Heidelberger Akademie war auch das Problem ihres Haushaltes. Im Gegensatz zu Göttingen, München oder Berlin waren die Haushaltsmittel der Heidelberger Akademie nicht etatisiert. Die Akademie hatte ihre Aufgaben so aus ihrem eigenen Vermögenshaushalt und durch staatliche Zuschüsse zu finanzieren. Diese staatlichen Mittel flossen der Akademie zwar regelmäßig zu, einen Rechtsanspruch hatte die Akademie trotz der Fürsorgepflicht des Staates nur bedingt. Die Höhe der Staatszuschüsse lag im Ermessen des Finanzministeriums.

[502] Achelis an Min.R. Frey, 10. Okt. 1941 (ebd.).
[503] Vgl. ebd.
[504] Vgl. Achelis an E. Abderhalden (Leopoldina), 27. März 1944 (HAW 031/1). Vgl. dazu auch HAW 13171.

Mit den Statutenänderungen glaubte die Akademie natürlich auch auf eine Verbesserung ihrer haushaltsrechtlichen Position rechnen zu können. Zu den eigenen Mitteln der Akademie gewährte der badische Staat einen jährlichen Zuschuß von zuletzt nur 800 Mark.[505] Damit waren die wissenschaftlichen Arbeiten freilich kaum nur notdürftig voranzubringen. Im Sommer 1939 schienen mit der Neufassung der Statuten die Finanzprobleme der Akademie einer Lösung nahe. Im Gespräch mit Oberregierungsrat Grüninger vom Reichserziehungsministerium sagte dieser eine weitere Förderung der Heidelberger Akademie zu. Eine Aufnahme der Akademie in den Staatshaushalt wurde in sichere Aussicht gestellt. Außerdem sprach er „von der Möglichkeit[,] für die Akademie Beamtenstellen zu schaffen," d.h. Akademie-Professuren nach Berliner Vorbild, sofern „einleuchtende" Vorschläge besonders aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich ihre Einrichtung nahelegten.[506]

Doch erst im November 1940, als man bereits begann, für die Nachkriegszeit zu planen, sah auch die Akademie die Zeit gekommen, ihre Forderungen in den Staatshaushalt einzubringen. „Durch die Gründung der Reichsakademie und die damit erfolgte stärkere staatliche Anerkennung der von den Akademien geleisteten Arbeit werden auch der Heidelberger Akademie nach dem Kriege Aufgaben im erhöhten Umfange zufallen." Dabei dachte die Akademie vor allem an den Ausbau des Cusanus-Unternehmens und der Inschriften-Sammlung sowie größere Unternehmungen im medizinhistorischen Bereich. „Mit den eigenen Mitteln der Akademie wird es nicht möglich sein, diese Aufgaben zu sichern. Die Akademie bittet daher im Rahmen der Nachkriegsplanung für die Akademie einen höheren staatlichen Zuschuss in der Höhe von etwa 20.000,- **RM** vorzusehen. Die Staatszuschüsse für die anderen deutschen Akademien liegen z.T. erheblich höher." Mit diesem Staatszuschuß läge die Akademie immer noch erheblich unter ihren Mitteln aus dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens. Gleichzeitig mit den Etatanforderungen legte die Akademie auch ihren Wunsch nach „vollständige[r] Freigabe des Akademiegebäu-

[505] Vgl. HeidAW an BMKU, 12. Okt. 1942 (HAW 031/2).

[506] Vgl. Achelis an Panzer, 28. Juli 1939 und Achelis an C. Brinkmann, 27. Juli 1939 (ebd.).

des für Akademiezwecke" sowohl dem Ministerium wie der Universität vor.[507]

Eine für die Akademie günstigere Entwicklung trat jedoch erst 1942 ein. Erst jetzt war das Kultusministerium „auf besonderen Antrag" bereit, den Staatszuschuß von 800 **RM** auf 5000 **RM** zu erhöhen. „Da die Tätigkeit der Akademie sich in Zukunft auch auf das Elsass erstrecken wird, wird der Chef der Zivilverwaltung im Elsass einen weiteren Betrag von etwa **RM** 10.000.-überweisen." Mit diesen Mitteln, also insgesamt etwa 15000 **RM,** gedachte die Akademie außer ihren Standardunternehmungen, der Cusanus-Ausgabe und der Inschriftensammlung, auch die Paracelsus-Ausgabe und die Medizingeschichte besonders zu fördern. Besonders letzteres Unternehmen wurde in dem Zusammenwirken von Natur- und Geisteswissenschaftlern als vorbildliches Akademieprojekt dargestellt. In ihrer Begründung hob die Akademie auf den ihr zur Betreuung zugewiesenen südwestdeutschen Raum ab und die dagegen stehenden geringen Eigenmittel. „Von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Akademie hängt es ab, ob ihre wissenschaftlichen Arbeiten während des Krieges so nachdrücklich gefördert werden können, wie es an sich der Wunsch der Akademie wäre." Auch die erhöhten Mittel stünden jedoch noch in einem erheblichen Mißverhältnis zu den der Berliner Akademie zur Verfügung stehenden Zuschüssen.[508] Seit dem Rechnungsjahr 1942/43 hatten die Staatszuschüsse endlich die Höhe erreicht, mit denen die Akademie ihre Unternehmungen und sonstigen Pflichten fördern und erfüllen konnte. Eine prinzipielle Änderung der haushaltsrechtlichen Position der Akademie war damit jedoch noch nicht verbunden. Optimal konnten die Zuschüsse zudem nicht mehr eingesetzt werden. Zur Erlangung der Steuerfreiheit als gemeinnützige Körperschaft fügte die Akademie auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums im Dezember 1939 einen entsprechenden Passus in die neuen Statuten ein.[509]

[507] HeidAW an BMKU, 13.Nov.1940 (HAW 031/2) und HeidAW an Rektor der Universität (Schmitthenner), 13. Nov. 1940 (HAW 6311).

[508] Vgl. Achelis an Panzer, 7. Okt. 1942 und HeidAW an BMKU, 12. Okt. 1942 (ebd.). Vgl. auch HAW 13171.

[509] Vgl. HeidAW an BMKU, 18. Dez. 1939 und den Erlaß des REM vom 31. Jan. 1940, WN Nr. 56 (b) (ebd.). In der Leopoldina zu Halle wurden derartige die Vermögensverwaltung betreffende Passus erst im Frühjahr 1944 nach einem

4.5. Akademie und Universität im Dritten Reich.

Das Verhältnis der Akademie zur Universität[510] blieb auch nach der ,,Machtergreifung" der Nationalsozialisten grundsätzlich unverändert. Man wahrte Distanz und pflegte die eigene Autonomie. So wurde auch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", von dem Akademiemitglieder als Universitätsprofessoren betroffen waren, im Rahmen der Akademie ignoriert. Andererseits gab es zunächst auch keine Versuche der Universitätsspitze, Einfluß auf Belange der Akademie zu nehmen. Daß die staatlichen und parteiamtlichen Maßnahmen dahin gingen, allmählich auch die öffentliche Kontrolle auf entfernter stehende Institutionen auszudehnen, konnte jedoch auch auf das Verhältnis von Akademie und Universität nicht ohne Rückwirkungen bleiben.

Bezeichnenderweise gelangten wissenschaftspolitische „Anregungen" aus Reichs-und Landesbehörden nicht direkt an die Akademie. Wie in den Anfangsjahren der Akademie wurde immer wieder die Universität als Vermittler und damit, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, auch gewissermaßen als vorgesetzte und kontrollierende Instanz eingeschaltet. So lief die Anregung, deutsche Wissenschaftler aus Prag zu korrespondierenden Mitgliedern der Akademie zu ernennen über die Universität und die Medizinische Fakultät der Akademie zu. Schließlich mahnte der Rektor der Universität, Groh, als ihm die Reaktion der Akademie zu hinhaltend schien, dringend die Erledigung seiner Anfrage an.[511]

Gegen eine Bevormundung durch die Universität, wie sie im Interesse des Staates war, setzte sich die Akademie zur Wehr. An das Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe richtete Erdmannsdörff er eine Beschwerde, daß die Akademie Wert darauf lege, mit dem Ministerium direkt zu verkehren, ,,dass Schriftstücke für die Akademie dieser unmittelbar zugeleitet werden..." und nicht etwa „durch Vermittlung des Herrn Rektors der Universität Heidelberg." Mit aller Deutlichkeit stellte er fest, daß „die Akade-

Vorstoß des dortigen Finanzamtes akut (vgl. die Korrespondenz zwischen Achelis und Abderhalden von März/April 1944, **HAW** 031/1).

510 Vgl. oben Kap. III.4.3.

511 Rektor der Universität (Groh) an HeidA **W,** 8. Okt. 1934 mit Bezug auf das Schreiben vom 20. März 1934 (HAW 6311). Vgl. dazu oben 448f., bes. Anm. 422ff.

mie in keinem amtlichen Verhältnis zur Universität" stehe.[512] Die Wahrung der eigenen Autonomie wurde mit einer erstaunlichen Schärfe vertreten zu einem Zeitpunkt, als interne Auseinandersetzungen die Handlungsfähigkeit der Akademie zu lähmen schienen. Doch noch 1940 mußte die Akademie dem Reichserziehungsministerium gegenüber klarstellen, daß die Akademie dem Rektor der Universität weder in Angelegenheiten der Verwaltung noch der militärischen Abwehr unterstehe.[513]

Die Angriffe der Zeitschrift des **NSDStB** „Der Heidelberger Student" vom 16. November 1936[514] auf die Akademie fanden die Rückendeckung der Universität, deren (künftiger) Rektor Ernst Krieck die Polemik auf einer höheren Ebene für seine Ziele einer Dozentenakademie fortsetzte.[515] In dieser Lage darf die Berufung eines angesehenen wissenschaftlichen Repräsentanten des **NS**-Systems, Achelis, an führende Stelle in der Akademie unter anderem als Versuch bewertet werden, sich in ihrer Autonomie gegenüber Zugriffen auch der Universität erfolgreich zu behaupten, wenn nur ein ranghoher NS-Wissenschaftsmanager den wissenschaftspolitischen Bestrebungen der Führung der Universität Paroli bieten konnte.[516]

Die neuen Statuten, die eine Gleichstellung der Heidelberger Akademie mit den übrigen deutschen Akademien brachten,[517] vollends die Einrichtung eines Reichsverbandes der Akademien,[518] stärkten die Position der Akademie gegenüber der Universität. Diesem neuen Selbstbewußtsein der Akademie entsprach es, wenn sie im November 1940 in Hinblick auf ihre Nachkriegsplanungen die Universität aufforderte, die ihr im Akademiegebäude zur Verfügung gestellten Räume zur Nutzung an die Akademie zurückzugeben. Nur eine „vollständige Freigabe des Akademiegebäudes für Akademiezwecke" schien den künftigen Bedürfnissen der Aka-

[512] Erdmannsdörffer an BMKU, 25. Sept. 1936 (HAW 031/2).
[513] Achelis an REM, 25. Sept. 1940. Vgl. auch BMKU an HeidAW, 17. Mai 1938, Nr. A 6521 (HAW 031/2) und die Richtigstellung Achelis' an BMKU, 24. Mai 1938 (ebd.).
[514] Vgl. oben 409ff.
[515] Vgl. unten 481f.
[516] Fehrle ist in einer solchen Funktion in der Akademie nie hervorgetreten!
[517] Vgl. oben Kap. V.4.4.
[518] Vgl. unten Kap. V.4.6.2.

demie gerecht werden zu können.[519] Es war gerade diese gefestigte Stellung der Akademie als selbständiger Institution, die in den 40er Jahren zu einigen Konflikten mit der Universitätsspitze führte. Nachdem das Gefühl der Überlegenheit bei der Universität dem einer neuen Konkurrenzsituation gewichen war, reagierte der Rektor Schmitthenner[520] in einigen Fällen ausgesprochen „sensibel" auf Maßnahmen der Akademie auch rein internen Charakters. Um diese Empfindlichkeiten zu schonen, stellte die Akademie bewußt Projekte der Öffentlichkeitsarbeit zurück[521] und ordnete sich etwa bei dem Vortragszyklus über Elsaß-Lothringen in die Planungen der Universität ein. Diese Vortragsreihe wurde als Beitrag der Universität und der Akademie verstanden, die „Wiedereingliederung des Elsaß im Reich ... innerhalb des Kreises ihrer Möglichkeiten und Pflichten" zu unterstützen, ,,indem sie gemeinsam versuchten, die Bedeutung des Vorganges für unser völkisches und staatliches Leben deutlich zu machen."[522] Treibende Kraft dieser Veranstaltung war die Akademie, und vier der sechs Vorträge wurden von Akademiemitgliedern gehalten. Die Akademie folgte mit den Elsaß-Vorträgen einer in den Statuten der Reichsakademie enthaltenen Aufforderung, durch Vorträge in Zusammenarbeit mit den Universitäten eine intensive wissenschaftliche „Außenarbeit" zu leisten. Die Akademien waren hierzu durch ein Rundschreiben des Präsidenten der Preußischen Akademie Vahlen vom 16. November 1940 noch einmal ausdrücklich aufgefordert worden.[523] Dem Engagement der Akademie entsprach es, daß Panzer selbst die Publikation der Vortragsreihe übernahm.

Solchen Ansätzen zur Zusammenarbeit standen freilich im gleichen Zeitraum Konflikte über personelle Maßnahmen der Akademie gegenüber, die in der Auseinandersetzung um die Wahlen des Germanisten **R.** Kienast und des Historikers F. Ernst kulminierten.[524] So nutzte Achelis die Klärung der Beschwerden wegen

[519] Vgl. HeidAW an Rektor der Universität (Schmitthenner), 13.Nov.1940 **(HAW** 6311) und HeidAW an BMKU, 13. Nov. 1940 (HAW 031/2).

[520] Zu Schmitthenner vgl. Bad. Biogr. N.F. 3, 1990, 239-243 (E. Wolgast).

[521] So verzichtete Achelis auf einen eigenen öffentlichen Paracelsus-Vortag; vgl. Achelis an Rektor der Universität (Schmitthenner), 1. Dez. 1942 (HAW 6311).

[522] Panzer, F. (Hg.), Deutsches Schicksal im Elsaß, 3. Vgl. auch Jh. 1940/41, 19.

[523] Vahlen an HeidAW, 16. Nov. 1940, Nr. 1295/40. Vgl. dazu auch die „Vollzugsmeldung" Panzers an Vahlen, 6. Febr. 1941 (HAW 611/5).

[524] Vgl. dazu unten 518f., 539f.

der Wahlvorschläge, die offensichtlich Gegenstand einer Senatssitzung gewesen waren, zu einer grundsätzlichen Erörterung des Verhältnisses von Universität und Akademie.[525]

Achelis wies zunächst den Vorwurf zurück, die Wahlpolitik der Akademie richte sich gegen die Universität; Zusammenhänge zu inneruniversitären Ereignissen, insbesondere dem Rücktritt Kienasts vom Dekanat, existierten nicht. Einen Widerspruch zwischen Universitätsführung und Akademie sah Achelis nicht, auch „wenn wirklich einmal in der Bewertung einer Einzelperson Unterschiede bestünden". Den Meinungsverschiedenheiten zwischen Akademie und Universität setzte Achelis die zahlreichen Berührungspunkte beider Institutionen entgegen. Er hob nochmals die beispielhafte Zusammenarbeit anläßlich der Elsaß-Vorträge hervor und die Zurückhaltung, die sich die Akademie in der Öffentlichkeit auferlegte, um auch nicht den Anschein einer Konkurrenz mit Veranstaltungen der Universität zu erwecken. Dem Dank für die tatkräftige Unterstützung des Inschriftenprojektes, der dem Minister galt, schloß sich der Hinweis auf die Leistungen an, die die Akademie durch ihre Forschungsarbeit auch zum Nutzen und Ruhm der Universität erbringe. Wenn Achelis die enge personelle Verbindung zwischen Universität und Akademie - immerhin waren Prorektor (Bilfinger) und vier Dekane (Ulmer, Achelis, Fehrle, Wegner) ordentliche Mitglieder der Akademie - hervorhob, konnte dies jedoch bei Schmitthenner gerade auch das Gefühl der persönlichen Zurücksetzung aufkommen lassen, das durch die Diskussion um die Wahl F. Ernsts nur verstärkt werden mußte. Kritik am Verhalten der Universitätsführung äußerte Achelis mit dem Angebot der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches mit der Universität, um eine „sachliche Berichterstattung über die Akademie" zu gewährleisten und Mißverständnisse zu verhindern. Es klingt nicht sehr beruhigend, wenn der Rektor die „kameradschaftliche Zusammenarbeit beider Körperschaften" und den gegenseitigen Nutzen bestätigte, im übrigen aber seine Vorbehalte der Akademie gegenüber, die sich auf ungenannte Informanten und amtliche Überprüfungen stützten, aufrechterhielt.[526]

In dieser Auseinandersetzung zeigte sich ein tiefsitzendes Mißtrauen der Universität gegenüber der Akademie, das durch die Per-

[525] Achelis an Rektor der Universität (Schmitthenner), 1. Dez. 1942 (Entwurf, **HAW** 6311).

[526] Rektor der Universität (Schmitthenner) an Achelis, 10. Dez. 1942 (ebd.).

sonalunion von Rektor und Kultusminister, der als solcher auch für die Belange der Akademie zuständig war, eine zusätzliche politisch nicht ungefährliche Dimension erhielt, die der Akademie nicht angenehm sein konnte. So mußte der Akademie durchaus daran gelegen sein, ,,die Verbindung zwischen der Akademie ... und der Universität Heidelberg auch nach aussen hin in geeigneter Form zum Ausdruck" zu bringen,[527] um den Rektor zu besänftigen und die Gunst des Ministers - diese benötigte man dringend, um die finanziellen Mittel für die wissenschaftlichen Unternehmungen bewilligt zu erhalten - zu gewinnen. Dies konnte nur heißen, den Rektor und Minister durch seine Wahl enger an die Akademie zu binden, zumal der Rektor angedeutet hatte, daß ihm viel an „einer engeren Fühlungnahme des Rektors und der leitenden Männer der Akademie" lag.[528] Immerhin ist in der Korrespondenz zwischen Achelis und Panzer am 11. Januar 1943 von der beabsichtigten Wahl zweier neuer Ehrenmitglieder die Rede; dazu seien „orientierende Vorbesprechung[en]" in den Klassen zu führen und „bei den Herren vor[zu]fühlen, ob sie die Wahl annehmen wollen."[529] Namen wurden nicht genannt, doch ist zumindest Schmitthenner als einer der Kandidaten anzunehmen. Daß bei den neuen Ehrenmitgliedern an politisch aktive und einflußreiche Männer gedacht war, entspricht der Lage, die sich durch die „Klärung" des Verhältnisses von Akademie und Universität ergeben hatte. Dennoch vermelden die Akten eineinhalb Jahre lang keinerlei Bewegung in dieser Angelegenheit, bis in der Gesamtsitzung am 1. Juli 1944 schließlich eine Wahlhandlung durchgeführt wurde, die mit Rundschreiben vom 4. Juli 1944 aus „Verfahrensmängeln" wieder annulliert wurde.[530] Aus nachträglichen Anmerkungen geht hervor, daß es sich

[527] Achelis an Rektor der Universität (Schmitthenner), 22. Dez. 1942 (ebd.).

[528] Wie Anm. 526.

[529] Achelis an Panzer, 11. Jan. 1943 (HAW 1120). Vorausgegangen war möglicherweise eine Besprechung Achelis' mit Schmitthenner, die für Anfang Jan. vorgesehen war (vgl. Schreiben vom 22. Dez. 1942, wie Anm. 527).

[530] Achelis an die Mitglieder der Phil.-hist. und Math.-nat. Klasse, 4. Juli 1944 (HAW 2264 und HAW 031/2). Achelis stellte nachträglich fest, daß die Akademie in der Sitzung nicht beschlußfähig war. Vgl. hierzu auch die Auseinandersetzung über die „Interpretation" der Abstimmungsverhältnisse bezüglich der Wahlen von EM in der Gesamtsitz. vom 17. Nov. 1917 **(HAW** 143/2). Nach der damaligen Auffassung der Mehrheitsverhältnisse wäre die Wahl von 1944 gültig gewesen. Achelis' Erklärung gibt dagegen das Minderheitenvotum Otto Bütschlis wieder.

1944 „um die Wahl des Rektors Schmitthenner" handelte.[531] Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Wahl mit der Ankündigung vom Januar 1943 in Verbindung zu setzen ist. Weshalb der zweite Kandidat nicht mehr zur Wahl stand, ist angesichts der Aktenlage nicht zu klären. Daß Schmitthenner zur Wahl eines Ehrenmitgliedes vorgeschlagen wurde, darf nicht verwundern. Eine ordentliche Mitgliedschaft kam für ihn kaum in Frage, da ihm dies zu große Eingriffsmöglichkeiten in die Akademie gestattet hätte, was zweifellos auch die „Parteigenossen" in der Akademie nicht wollten. Die - eher nominelle - Mitgliedschaft als Ehrenmitglied bedeutete zwar „Ehre", beinhaltete aber keinerlei Rechte, die die Strukturen und die Substanz der Akademie betrafen. So schien dies der geeignete Weg, ohne allzu großes Risiko einen Gegner an die Akademie zu binden.

Bezeichnend ist der Zeitpunkt der Wahl Schmitthenners zum Ehrenmitglied im Sommer 1944: Sie ist unmittelbar in Zusammenhang mit der Wahl des Historikers Fritz Ernst zum ordentlichen Mitglied zu sehen. Der Akademie war bewußt, daß die Wahl des engsten Fachkollegen Schmitthenners für diesen eine (neuerliche) Brüskierung darstellen mußte.[532] Um negativen Folgen vorzubeugen, bot sich eine Kompensierung durch eine Wahl zum Ehrenmitglied an.[533] Die Annullierung der Wahl, deren positives Ergebnis man durchaus auch als gültiges Votum hätte anerkennen können,[534] wirft einige Fragen auf, die aufgrund der Aktenlage jedoch allenfalls hypothetisch zu beantworten wären. Ebenso unerklärlich ist es, weshalb die Akademie die Wahl, wenn ihr denn daran gelegen gewesen wäre, nicht wiederholte. Bis zum Eintreffen der Amerikaner fand jedoch keine Gesamtsitzung mehr statt, so daß rein äußerlich keine Möglichkeit bestand, die Wahl noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Ob beabsichtigt oder tatsächlich durch einen Verfahrensfehler begünstigt: Die „Peinlichkeit" einer ungül-

[531] Anmerkung zur Sitzung von Karl Freudenberg vom 1. Dez. 1979 **(HAW** 2264).

[532] Trotz des „Bedarfs" an Historikern hatte die Akademie nie an Schmitthenner gedacht. Man wollte eben keinen „Parteihistoriker". So war - nach der Ablehnung durch Willy Andreas - auch Günther Franz kein Kandidat für die Akademie. Zum „Fall" F. Ernst vgl. auch Achelis an Schmitthenner, 1. Dez. 1942 **(HAW** 6311 und **HAW** 311/4).

[533] So wird verständlich, daß der zweite Kandidat von 1943 in diesem Zusammenhang nicht mehr zur Debatte stand.

[534] Vgl. oben Anm. 530.

tigen Wahl stellte sich letztendlich als glückliches Versäumnis dar, wäre die Akademie doch andernfalls noch einmal schwer kompromittiert gewesen.

4.6. Die Stellung der wissenschaftlichen Akademien im nationalsozialistischen Staat.

4.6.1. Die NS-Dozentenakademien als „Alternative" zu den traditionellen Wissenschaftsakademien.

Die Nationalsozialisten hatten mit den wissenschaftlichen Akademien ihre Schwierigkeiten. Eine in ihren inneren Angelegenheiten und ihren wissenschaftlichen Arbeiten unabhängige Akademie entsprach nicht den ideologischen Prämissen des neuen Staates. Das trotz aller Anpassungsbereitschaft traditionelle Wissenschaftsverständnis der Akademien forderte die Kritik der parteiamtlichen Wissenschaftsideologen heraus, so bereits 1934 mit einem ersten Hinweis auf die bevorstehende politisch-ideologische Umgestaltung der Akademien.[535] Im November 1936 folgte ein Angriff auf die Heidelberger Akademie, der, obgleich zunächst lokal begrenzt, den Auftakt bildete für eine antiakademische Polemik der Jahre 1937/38.[536]

Die offensichtlich auch von Akademiekreisen in Heidelberg zunächst gewollte und gern genutzte Polemik verselbständigte sich und wurde dadurch zu einer ernsten Gefahr. Schon der Artikel im Heidelberger Tageblatt hatte mit einem Nachsatz geendet, der den Ton der Kritik radikalisierte. Dieser Ton wurde nun von Ernst Krieck aufgegriffen und zum Kern seiner Polemik gegen die Akademien allgemein gebraucht. In der Januar-Ausgabe 1937 von Volk im Werden[537] brandmarkte Krieck die Akademien als „versteinerte Denkmäler einer untergegangenen Zeit", als „dürre Bäume", die gerodet werden müßten. Krieck bemängelte, „daß die Akademien noch keinerlei Zeichen vom Bewußtsein gegeben haben, daß auch sie an einer Schwelle der Zeitalter stehen." Die Erneuerung der Akademien „von Grund aur', die Formulierung neuer, zeitgemäßer Aufgaben sei den Akademien nicht gelungen; ihren Zweck im nationalsozialistischen Staate hätten sie dadurch verfehlt. Krieck forderte eine Unterstellung der Akademien unter eine national-

[535] Vgl. Liebmann an Ernst, 21. Jan. 1934 **(HAW** 031/1). Vgl. dazu oben 344.
[536] Vgl. oben 409ff.
[537] Krieck, E., Unter den Linden.

sozialistische „Führung ..., die ihnen Aufgaben aus der Gegenwart zuweist."

Die Veröffentlichung des Angriffs in einer verbreiteten nationalsozialistischen Zeitschrift verlieh diesem ein erhöhtes Gewicht. Daß der Verfasser ein führender Wissenschaftsideologe des Nationalsozialismus und Repräsentant der nationalsozialistischen Hochschulprominenz war, zwang die Akademien, diese Vorwürfe sehr ernst zu nehmen.

War die Polemik auch wenig inhaltsreich, so ließ der Ton doch keinerlei Zweifel daran zu, daß den Akademien ein entschiedener Gegner gegenüberstand,[538] zusätzlich genährt durch den Makel der akademischen Karriere Kriecks. Die Grundlagen der Akademien und ihre Existenz wurden hier in Frage gestellt. Dies macht die Sorge Achelis' verständlich, der eine Klärung der Stellung der Heidelberger Akademie bis zur Jahresfeier 1938 anstrebte.[539] Eine neuerliche Angriffswelle wollte man nicht riskieren, und auch in Berlin hatte man die Polemiken mit großer Sorge registriert.[540]

Indessen scheint Krieck mit seinen Angriffen auch weitergehende Ziele verfolgt zu haben. Er hielt die Akademien in der bestehenden Form nicht für reformierbar, weil eine vollkommene nationalsozialistische Durchdringung dieser Institutionen über kurze Zeit nicht machbar erschien. Seine Alternative war daher, diese Wissenschaftsakademien überflüssig zu machen, d.h. ihnen ihre Aufgaben zu nehmen und sie personell „auszutrocknen". In diesem Sinne dürfen die an ihre Hochschulen gebundenen NS-Dozentenakademien als Konkurrenzgründungen zu den bestehenden Wissenschaftsakademien aber auch zu sonstigen unabhängigen akademischen Vereinigungen verstanden werden.[541]

[538] Vgl. in diesem Zusammenhang auch Kriecks Aufsatz „Lage und Aufgabe im Gebiet »Hochschule und Wissenschaft«", in dem er zum „rücksichtslosen ... Kampf gegen die Reaktion jeder Art" (5), worin er auch die „liberalistischen" Akademien (8) einschloß, aufrief. Daß Kriecks Einfluß erheblich überschätzt wurde, konnte man Anfang 1937 schwerlich exakt bestimmen.

[539] Vgl. dazu oben 422ff.

[540] Die Berliner Akademie wandte sich am 27. Febr. 1937 in einem Schutzansuchen gegen die Angriffe Kriecks an das **REM,** das in Kriecks Vorgehen eine unliebsame Einmischung in eigene Belange sah (vgl. dazu Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Teil III, 6lf.; vgl. auch Hartkopf, **W.,** Die Akademie er Wissenschaften der DDR, 125f.).

[541] Zu Krieck und seinen Dozentenbundsakademien vgl. Müller, G., Ernst Krieck, 389-392. Die Heidelberger Dozentenakademie bestand nur während des

Die ersten „nationalsozialistischen Wissenschaftlichen Akademien des NSD-Dozentenbundes" entstanden 1937 in Heidelberg, Göttingen und Tübingen und 1938 in Kiel. Ausgangspunkt aller dieser Akademiegründungen war eine Spitze gegen die herkömmlichen Akademien, die als nutzlos und überlebt abgetan wurden: „Wir halten ... derartige Einrichtungen heute nicht nur für überflüssig, sondern sogar für gefährlich."[542] Dort wo Leibniz als „Vater" der Akademien bemüht wurde, erschien der „deutsche" Philosoph, getragen von der Fürsorge für die deutsche Wissenschaft, als einsamer Rufer wider den „Ungeist" deutscher Gelehrter, ein Kritiker der hohlen Gelehrteninstitutionen der Akademien, die sich so sehr den Absichten Leibniz' entgegen entwickelt hätten.[543]

Die Dozentenakademien sollten ein Zusammenschluß aktivistischer, „fest verschworener", politisch denkender nationalsozialistischer Wissenschaftler sein mit dem Ziel der Erneuerung der Wissenschaft und der Universität. Die Dozentenakademie sollte zur „wissenschaftlich-politischen" Keimzelle der neuen „deutschen Hochschule" werden.[544] Wissenschaftsideologisch waren die Dozentenakademien geprägt von der Idee der Universitas litterarum und der Ganzheit der verschiedenen Wissenschaften, die in wechselseitigen Austausch miteinander gebracht werden sollten. Konnte man hierin noch Berührungspunkte zu den alten Akademien sehen, so war der Zweck dieser Institutionen doch ein grundsätzlich anderer. Nicht zweckfreie Wissenschaft, sondern Verpflichtung der Wissenschaft auf sinnstiftende Aufgaben, auf die Begründung einer neuen einheitlichen wissenschaftlichen Weltanschauung war Ausgang und Aufgabe der neuen Akademien, also Herstellung einer „weltanschaulich-wissenschaftliche[n] Sinnmitte" als „gemeinsame Grundlage sämtlicher Fachwissenschaften", um so auch auf die

Krieckschen Rektorates „und löste sich nach seinem Rücktritt sofort auf' (ebd., 391).

542 Vgl. die Rede des Reichsdozentenführers Walter Schultze am 5. Febr. 1938 in Tübingen über „Wissenschaft und Volkwerdung", 13f. Vgl. dazu auch Löhr, H., Wesen und Sinn der nationalsozialistischen Wissenschaftlichen Akademie, 17. In gleicher Weise äußerte sich auch E. Krieck.

543 Vgl. Krieck, E., Ein Vermächtnis Leibnizens. Vgl. auch Löhr, H., Wesen und Sinn der nationalsozialistischen wissenschaftlichen Akademien, 12f.

544 Vgl. dazu: Die ersten Dozentenakademien. Vgl. auch Krieck, E., Die Dozentenakademie der Universität Heidelberg.

wissenschaftliche Arbeit der Universität einzuwirken.[545] Über die politische und weltanschauliche Vereinheitlichung der Wissenschaften sollte eine neue Gemeinschaft der Gelehrten entstehen. Diese Ziele sollten durch eine bestimmte Arbeitsweise der Akademie in Arbeitskreisen erreicht werden. Die Arbeitskreise widmeten sich Themen wie „Indogermanische Religion", „Menschliche Erblehre, Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik", „Biologische Gegenwartsfragen".[546] Durch Vermittlung der Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft an die Gesamtheit der Dozentenschaft (und Studentenschaft) der jeweiligen Universität war den Dozentenakademien die Funktion einer „weltanschaulichen Lehrgemeinschaft"[547] zugedacht. Selbstverständlich waren die Dozentenakademien als ideologisches Bollwerk gegen die „revanchistische" Wissenschaftsauffassung vieler Gelehrter streng nach dem Führerprinzip gegliedert mit Präsidenten an der Spitze, die sich durch Parteiaktivitäten ausgezeichnet hatten.

Die Dozentenakademien waren nicht von Dauer. Durch die Kriegsereignisse waren sie in ihrer Wirkung doch erheblich eingeschränkt und ihre Aktivität gebremst.[548] Daß sie nicht zu der befürchteten Gefahr für die traditionellen Wissenschaftsakademien werden konnten, lag zum einen an den Vorbehalten Rosenbergs und Baeumlers,[549] zum anderen auch an der Distanz des Reichserziehungsministeriums gegenüber der selbstherrlichen Kultur- und Wissenschaftspolitik des Dozentenbundes. Das Reichserziehungsministerium hegte mit den Wissenschaftsakademien eigene Absichten. Entscheidend war, daß die Wissenschaftsakademien einen Eckpunkt in der Wissenschaftspolitik des Reichserziehungsministeriums bildeten und daher auch nicht zur Disposition standen. Die weitere Entwicklung der Akademien verlief daher völlig unabhängig von der der Dozentenakademien, war indessen wesentlich von den Zielsetzungen des Reichserziehungsministeriums bestimmt, das den Akademien bestimmte Funktio-

[545] Krieck, E., ebd., 33f.

[546] Vgl. Wissenschaftliche Akademie des NSD.-Dozentenbundes der Christian-Albrechts-Universität, 186ff. Vgl. auch Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD.-Dozentenbundes, Bd. 1, 71ff.

[547] Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD.-Dozentenbundes, Bd. 1, 76. Vgl. auch Schultze, W., Wissenschaft und Volkwerdung, ebd., 14.

[548] Zu neuerlichen Attacken gegen die Akademien im Jahre 1938 vgl. Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Teil III, 64fT.

[549] Vgl. Müller, G., Ernst Krieck, 391f.

nen besonders in den Wissenschaftsbeziehungen zum Ausland zugedachte.

Gestützt wurde die Stellung der traditionellen Akademien der Wissenschaften indirekt auch durch die Gründung der Deutschen Akademie für Luftfahrtforschung im Sommer 1936.[550] Die Gründung dieser Akademie war durch die Protektion Görings möglich geworden, der sich auch zu ihrem Präsidenten küren ließ. Die Akademie sollte Ingenieur- und Naturwissenschaftler „im Dienste der Luftfahrtforschung" zusammenführen, ,,um in Gemeinschaftsarbeit die wissenschaftlichen Grundlagen der Luftfahrttechnik zu erweitern und die praktische Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse" zu fördern. In einer Festsitzung der Akademie für Luftfahrtforschung vom 1. März 1938 würdigte Göring die alten Akademien als „Träger bedeutender kultureller Taten" mit einer großen Vergangenheit, während er ihren Anspruch, die „einzige und geistig führende Vereinigung der bedeutendsten Gelehrten des ganzen Landes ... zu gemeinschaftlicher Arbeit"[551] zu sein, bestritt und in speziellem Maße für seine Akademie für Luftfahrtforschung voraussetzte. Bedeutete die Ausrichtung als reine Fachakademie und auf praxisorientierte Forschung aber keine Konkurrenz zu den naturwissenschaftlichen Klassen der Akademien, so brachte die Bezugnahme der Arbeitsweise der neuen Fachakademie auf die Methoden der „alten" großen Akademien als vielfach bewährten Arbeitsformen für größere Gemeinschaftsaufgaben eine wichtige Bestätigung eben dieser alten Akademien und ihrer Strukturen. Dagegen war die Deutsche Akademie,[552] die sich

[550] Zur Akademie für Luftfahrtforschung vgl. bes. Trischler, **H.,** Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 21lff., 238ff. Vgl. auch Hormann, **J.-M.,** Elite im Dritten Reich. Trotz dieser beiden Arbeiten ist die Rolle der Akademie für Luftfahrtforschung in der Literatur bislang wenig untersucht. R.J. Overy erwähnt, obgleich er sich eingehend mit der Forschungspolitik der Luftwaffe befaßt, die Akademie nicht einmal (vgl. Overy, R.J., Hermann Göring. Machtgier und Eitelkeit, bes. 326f., 336-340). Zur Unterstützung der Wissenschaftspolitik der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in den Jahren 1942/43 siehe Beyerchen, A.D., Wissenschaftler unter Hitler, 25lf. Zur Kooperation der Akademie mit dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Strömungsforschung L. Prandtl vgl. Hermann, A., Naturwissenschaft und Technik, 163. Zur Luftfahrtforschung im Dritten Reich allg. vgl. auch Trischler, H., Die Luftfahrtforschung vor 1945, bes. 30-33.

[551] Rühle, G., Das Dritte Reich. Das sechste Jahr 1938, 296.

[552] Vgl. Harvolk, E., Eichenzweig und Hakenkreuz. Die Rede zur Eröffnung der

der „Erforschung und Pflege des deutschen Kulturguts in der Vergangenheit und Gegenwart" sowie der Erforschung und Pflege der deutschen Sprache im Inland und ihrer Förderung und Verbreitung im Ausland widmete, aufgrund ihrer zeitweiligen ideologisch bedingten Bevorzugung gegenüber den Wissenschaftsakademien ein Problem, konnte später aber bei der Frage der Rechtsstellung und Finanzierung der Akademien als Beispiel einer „bruttoetatisierten" Körperschaft des öffentlichen Rechts - diese Eigenschaft war ihr per Führererlaß am 15. November 1941 zugesprochen worden - ins Feld geführt werden.[553] Eine periphere Zusammenarbeit mit der Deutschen Akademie ergab sich unter Germanisten, Historikern und Volkskundlern; von den Heidelberger Gelehrten waren insbesondere Panzer und Fehrle in die Arbeiten der Deutschen Akademie einbezogen.

4.6.2. Reichsverband der deutschen Akademien und Reichsakademie.

Am 19. Mai 1939 teilte der Präsident der Preußischen Akademie der Wissenschaften Theodor Vahlen[554] den Schwesterakademien einen Erlaß des Reichserziehungsministers vom 12. Mai 1939 mit, der die Berliner Akademie „zum ständigen Vorort und Verwaltungssitz des Verbandes der deutschen Akademien" bestimmte.[555] Der Erlaß bezog sich dabei auf eine ominöse „Sachlage", die dem Ministerium in einem Bericht der Preußischen Akademie am 18. März geschildert worden war. Vorausgegangen war ein Antrag der Preußischen Akademie auf „Neubearbeitung" der Satzungen des Kartells, der vom turnusmäßigen Vorort Leipzig auf die Tagesordnung der geplanten Kartellsitzung am 7. und 8. Juli 1939 gesetzt worden war.[556] Hierbei handelte es sich um den Versuch, eine eigene Vorrangstellung unter den Akademien im ganzen Reich durchzusetzen. Bereits bei ihrem Satzungsentwurfvom Dezember

Deutschen Akademie am 5. Mai 1925 hatte Hermann Oncken gehalten (vgl. Oncken, H., Die Deutsche Akademie in München).

553 Vgl. dazu unten 498f.

554 Zu Vahlen vgl. Huber, E.R., Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4,991 ("Der Fall Vahlen"). Vgl. auch Kleinert, A., Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 37.

555 PreuAW (Vahlen) an HeidAW, 19. Mai 1939, Nr. 788/39 und Erlaß des REM vom 12. Mai 1939, WN 898 (HAW 611/5).

556 SächsAW an die deutschen Akademien der Wissenschaften, 5. Mai 1939 (ebd.).

1938 hatte die Berliner Akademie für sich die „Bezeichnung »Reichsakademie« [als] die am meisten erwünschte Lösung" gefordert.[557] Der Vorstoß der Berliner Akademie im Frühjahr 1939 wurde ausgelöst durch interne Schwierigkeiten, die zusammenhingen mit der Ablösung der bisherigen vier Sekretare, unter ihnen Max Planck, durch eine (kommissarische) nationalsozialistische Führungsriege mit Theodor Vahlen als Präsident, Ernst Heymann als Vizepräsident und L. Bieberbach und H. Grapow als Klassensekretaren,[558] und die damit einhergehenden Versuche, den nationalsozialistischen Umbau der Akademie „selbst unter Bruch der ... Akademieverfassung zu forcieren."[559] Doch handelte es sich hier nicht nur um eine Berliner Angelegenheit, sondern vielmehr um einen Anlaß, die Wissenschaftspolitik des Reichserziehungsministeriums gegenüber den Akademien voranzutreiben. Daß der Berliner Akademie in diesem Prozeß zentrale Funktionen zufallen sollten, steht dabei außer Zweifel. Den betroffenen Akademien war indes klar, daß es sich hierbei um einen Schlag gegen die Akademien als Selbstverwaltungskörper, d.h. gegen ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit handelte. Es ist kein Zufall, daß der Zentralisierungserlaß zeitgleich mit der Statutenreform in den Akademien erfolgte.

In einem Schreiben an Heymann brachte Achelis seine Bedenken gegen die ministerielle Verfügung zum Ausdruck.[560] Er stellte fest, „daß der Minister offenbar nicht mehr direkt mit den anderen Akademien verkehrt und damit also die Berliner Akademie zu einer Verwaltungs-Zwischeninstanz wird, was ja je nach Handhabung bedeuten könnte, dass die anderen Akademien dann gleichsam Berliner Filialen würden, jedenfalls aber in allen ent-

[557] Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Teil III, 69. Zu den Vorgängen um die Gründung von Reichsverband und Reichsakademie und den dahinter stehenden Absichten (Ausbau der Führungsstellung der Berliner Akademie, Zentralisierung der Akademien) vgl. ebd., 100-104.

[558] Ebd. Bei den endgültigen „Wahlen" in der Plenarsitzung am 15. Juni 1939 fiel Vahlen gegen den von Planck nominierten Gegenkandidaten Hans Stille zunächst durch, wurde der Akademie aber dennoch per Erlaß des Erziehungsministers vom 24. Juni 1939 oktroyiert (ebd., 72).

[559] Ebd. 70f. Auch hier gab es nach Vahlens Wahldebakel den Versuch, dem Plenum das Vorschlagsrecht für das Akademiepräsidium zu entziehen. Die Zentralisierungsabsichten auf Berlin hatten so auch die Funktion, die angeschlagene Position Vahlens unter den Mitgliedern zu stärken (ebd., 71).

[560] Achelis an Heymann, 25. Mai 1939 (HAW 031/1).

scheidenden Dingen von der persönlichen Meinung des Berliner Präsidenten weitgehend abhängig wären." Befremden mußte natürlich über die auslösende „Sachlage" bestehen, die keiner der Akademien bekannt war. Dessen ungeachtet bezweifelte Achelis, ,,ob der Entwicklung der Akademien durch diese Maßnahme wirklich gedient ist." Für die Heidelberger Akademie versicherte er, daß angesichts der beschränkten Möglichkeiten nie ein besonderer Ehrgeiz zur Führung der Kartellgeschäfte bestanden habe, verwies jedoch eindringlich auf Empfindlichkeiten, die ein solcher Schritt gerade in Wien auslösen könnte. Wichtig war für ihn, daß alle deutschen Akademien die gleiche Förderung erfahren könnten, aber gerade dies sah er durch die Konzentration auf Berlin gefährdet, zumal die Akademien dann ja auch keinen Einfluß auf die Besetzung der „entsprechenden Stellen" mehr hätten. Durch den bisherigen jährlichen Wechsel des Vorsitzes im Kartell konnten eventuelle persönliche Defizite aber wesentlich besser ausgeglichen werden. Gegenüber dem Vorort Leipzig äußerte Achelis sich befremdet vor allem über die Art des Vorgehens. ,,Jedenfalls ... hätten wir gewünscht, dass eine so einschneidende Veränderung im Aufbau unseres Verbandes nicht ohne eine Verständigung aller beteiligten Akademien herbeigeführt wäre. Die Durchführung des Erlasses erscheint doch auch nur möglich auf dem Wege einer vom Kartell zu beschliessenden Satzungsänderung."[561] Achelis gab damit die Ansicht des Kartells wieder.[562] Den Reichserziehungsminister bat der geschäftsführende Sekretär des Kartells E. Brandenburg, seinen Erlaß vorerst auszusetzen und einen Vorschlag der Akademien „über die Neugestaltung der Satzungen des Verbandes" abzuwarten, der eine „einheitliche und endgültige Regelung der ganzen Angelegenheit" ermöglichen sollte.[563] Brandenburg ließ keinen Zweifel daran, daß bei der Satzungsrevision die Frage des Vorortes ganz im Sinne dieses Erlasses geregelt würde.

Auch die Heidelberger Akademie wandte sich direkt an den Reichserziehungsminister mit der Bitte um Aussetzung des Erlasses bis zum Kartelltag, dessen Aufgabe es sein müsse, ,,in gemeinsamer Überlegung eine zweckmässige Neuordnung der Satzungen

[561] HeidAW an SächsAW, 27. Mai 1939 **(HAW** 611/5).

[562] Vgl. auch Brandenburg an die Akademien in Göttingen, Heidelberg, München und Wien, 25. Mai 1939 (ebd.).

[563] Brandenburg an REM, 25. Mai 1939 (ebd.).

herbeizuführen." In einem Entwurf brachte Achelis auch deutlich zum Ausdruck, daß man in der Beurteilung der die Maßnahme auslösenden „Sachlage" ja wohl auch anderer Ansicht sein könne als die Preußische Akademie.[564] Wenn die Gegensätze zur Berliner Akademie doch mehr spürbar als offen ausgesprochen wurden, so war doch zu erkennen, daß alle Akademien auf ihrer Selbständigkeit und Gleichberechtigung beharrten, die die Grundlage der Neugestaltung der Akademien auf der Basis „landschaftlich und historisch begrenzte[r] Räume", aus denen sie ihre Mitglieder rekrutieren und ihre Aufgaben ableiteten, gewesen waren.[565] Zugunsten der Berliner Akademie gedachten sie nicht ins zweite Glied zurückzutreten; im Gegenteil, der Führungsanspruch der Berliner Akademie scheint das Bewußtsein des eigenen Wertes, eben der Gleichwertigkeit aller kartellierten Akademien, befördert zu haben. Im Sinne eines lebendigen wissenschaftlichen Austausches zwischen den Akademien müßten auch bei einer kontinuierlichen Geschäftsführung der Berliner Akademie die Funktionen des Kartells ungeschmälert erhalten bleiben, so auch die jährlich wechselnden Tagungen an den Sitzen der einzelnen Akademien.

Aufgrund der Eingaben der Akademien setzte der Reichserziehungsminister den Erlaß bis zu einer Entschließung auf der Kartellsitzung in Leipzig aus.[566] Ein Entwurf für die Neufassung der Satzungen des Kartells wurde von der Preußischen Akademie vorgelegt und begründet.[567] „Das Reichserziehungsministerium wünscht eine straffere Organisation des Kartells und eine Zusammenfassung der Verwaltung im Sinne des Führerprinzips. Das soll dadurch erreicht werden, dass Berlin ständiger Vorort wird und hier die Geschäfte zentralisiert werden, während die rein wissenschaftlichen Arbeiten wie bisher bei den einzelnen Akademien bleiben." Der nun so genannte Reichsverband der deutschen Akademien sollte durch den Präsidenten der Berliner Akademie nach außen vertreten werden. Durch ihre Abgrenzung zu den Dozen-

[564] HeidAW an REM, 27. Mai 1939 und Achelis an Panzer, 26. Mai 1939 (ebd.).

[565] GöAW (Drescher-Kaden) an REM, 15. Juni 1939 (ebd.) Die Wiener Akademie hatte eine Stellungnahme abgegeben, die etwa der der Heidelberger Akademie entsprach (ÖstAW an **REM,** 30. Mai 1939, Nr. 262/1939; ebd.).

[566] REM an PreuAW, 22. Juni 1939, WN 1435 (b) (ebd.).

[567] Vgl. Prot. Kartellsitz. in Leipzig am 7. und 8. Juli 1939, 13ff. sowie den Satzungsentwurf für den „Verband der deutschen Akademien" (ebd.).

tenakademien schien die Stellung der wissenschaftlichen Akademien durch die Rückendeckung des Reichserziehungsministers abgesichert. Den Akademien wurde der Charakter der juristischen Person zugebilligt, der Reichsverband sollte als „bürgerlich-rechtliche Gesellschaft auftreten." Der Satzungsentwurf stellt sich als Versuch eines Kompromisses zwischen den Forderungen des Reichserziehungsministers und den Bedenken hauptsächlich der Göttinger Akademie dar. Tatsächlich ist bemerkenswert, daß im Eingangsparagraphen die Gleichwertigkeit der kartellierten Akademien festgeschrieben wurde. Der „Vorrang" der Berliner Akademie war auf die Verwaltungsaufgaben des „Reichsverbandes" beschränkt, mit der wichtigen Vorgabe, den Verband nach außen zu vertreten und den Verkehr mit dem Ministerium in allen Angelegenheiten des Kartells zu führen. Dagegen blieb der turnusmäßige Wechsel der Jahressitzungen unter der Präsidentschaft der gastgebenden Akademie erhalten. Die Beschlüsse des Kartells bedurften allerdings der Vermittlung des Berliner Präsidenten an die Reichsbehörden. Seine Handlungsvollmacht in Verhandlungen mit dem Ministerium sollte aber entscheidend eingeschränkt werden durch die Bindung an die Kartellbeschlüsse; nur „im Einvernehmen" mit den einzelnen Akademien und gegebenenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen aus dem Reichsverband konnten verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Zur Verbesserung der inneren Struktur des Kartells wurde eine genauere Abgrenzung der Bezirke angeregt, aus denen die Akademien ihre Mitglieder wählen sollten; als vorbildlich galt die für das Inschriftenwerk getroffene Einteilung. Der Wunsch, nach der Übereinstimmung der Statuten auch nach Möglichkeit gleiche Akademieetats zu erstreben, konnte allerdings nur als Empfehlung formuliert werden; das Illusorische dieses Wunsches war den Akademien nur zu bewußt. Ferner wurde ein gemeinsames Publikationsorgan des Reichsverbandes ins Auge gefaßt. Als siebente Akademie wurde die Aufnahme der deutschen Akademie der Wissenschaften zu Prag in das Kartell in Aussicht genommen.[568] Der auf dem Vor-

[568] Auf Drängen des Reichserziehungsministers sollte die Prager Gesellschaft der Wissenschaften sogleich nach ihrer Erhebung zur Akademie auch in den Reichsverband aufgenommen werden. Es wurde daher schriftlich die Zustimmung der Akademien zur Aufnahme Prags in den Reichsverband eingeholt (vgl. Vahlen an HeidAW, 6. Dez. 1939, Nr. 1783/39). Die Aufnahme Prags in

schlag des Kartells beruhende Satzungsentwurf des Ministeriums[569] wies als wesentliche Änderung nur die Bestimmung auf, daß der Reichsverband selbst keine eigene Rechtspersönlichkeit besitze. An anderer Stelle wurden Formulierungen präziser gefaßt, so bei der Festschreibung der Entscheidungskompetenz des Reichsverbandes in allen „Kartell"-Angelegenheiten[570] oder bei den Angaben über erforderliche Mehrheitsverhältnisse. Die Satzungen des Reichsverbandes der deutschen Akademien der **Wis**senschaften wurden mit Erlaß vom 21. August 1940, WN 1147/40 genehmigt.[571]

Die Umwandlung des Kartells in einen Reichsverband der deutschen Akademien war jedoch nur der erste Schritt zu einer weitergehenden Vereinheitlichung und Zentralisierung der Befugnisse der Akademien. Mit der Bekanntgabe der Statuten des Reichsverbandes wurden die Vertreter der Akademien zu einer dringenden Sitzung am 2. September 1940 nach Berlin geladen, um die weitergehenden Anregungen des Reichserziehungsministers entgegenzunehmen. Ergebnis der Zusammenkunft war der Vorentwurf einer Satzung für die neue „Reichsakademie der deutschen **Wis**senschaft", die bereits am 19. September abschließend beraten wurde.[572] Den Akademien ging es hauptsächlich darum, ihre alten Aufgaben zu bewahren und in einer ihnen zugeteilten Region allein Akademiefunktionen zu erfüllen bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit.[573] Die Reichsakademie sollte das Eigenleben der Akademien nicht beeinträchtigen, auch war nicht an eine Vereinigung der Plena der Einzelakademien gedacht. Die Reichsakademie sollte vornehm-

den Reichsverband erfolgte mit Erlaß des REM vom 8.Nov.1940, WN Nr. 1939 (ebd.).

569 REM (Frey) an SächsAW, 13. März 1940, **WN** Nr. 1960 (ebd.). Prag ist in diesem Satzungsentwurf bereits als Mitglied des Reichsverbandes aufgeführt.

570 Die kartellierten Akademien verstanden diese Formulierungsänderung nicht durchweg zugunsten des Verbandes, weswegen die SächsA **W** vorschlug, eine verbindliche Interpretation der fraglichen Stelle der Zustimmung zu den Satzungen beizulegen (vgl. SächsA**W** an die kartellierten Akademien, 30. März 1940 und 7. Mai 1940), die freilich nur auf das Recht eines „Minderheitenvotums" gegen die Auffassung des Präsidenten der PreuA**W** hinausliefl (Vgl. dazu das „aufklärende" Schreiben des REM, mitgeteilt durch Schreiben der SächsAW an die kartellierten Akademien, 4. Juni 1940; ebd.).

571 Vahlen an HeidAW, 23. Aug. 1940, Nr. 147/40 (ebd.).

572 Vahlen an HeidAW, 3. Sept. 1940, Nr. 948/40 (ebd.).

573 Vgl. den Bericht Rodenwaldts vom 10. Sept. 1940 (ebd.).

lieh größere Gemeinschaftsaufgaben koordinieren, wobei sich eine gewisse Überschneidung mit dem Reichsverband ergab, der als ,,Kern der Reichsakademie" vorläufig weiterbestehen sollte.

Die Gliederung der geplanten Reichsakademie war äußerst kompliziert und in ihrer korporative und persönliche Mitglieder umfassenden Zusammensetzung und ideologisch überfrachteten Aufgabenstellung ineffektiv.[574] Das Reichserziehungsministerium wollte damit offensichtlich eine „eigene" wissenschaftliche Großorganisation konkurrierenden Unternehmungen anderer nationalsozialistischer Organisationen entgegenstellen.

Der Satzungsentwurf erntete jedoch reiche Kritik der Akademien. Die Göttinger Akademie[575] beanstandete ein Kontrollrecht des Präsidenten der Reichsakademie bei den Wahlen ihrer korrespondierenden und auswärtigen Mitglieder. Sie argwöhnte die Einführung eines „Dienstweges" für die Kommunikation der Akademien mit dem Ministerium. Auch eine zu enge Bindung an die Universität mit einem Quasi-Kontrollrecht des Rektors über die Tätigkeit der Akademie wurde als nicht hinnehmbar abgelehnt. Die größten Bedenken richteten sich gegen die Offenheit der Reichsakademie für eine Vielzahl wissenschaftlicher Gesellschaften, so „dass die alten Sozietäten von den Neugründungen völlig überwuchert werden und als eigentliche Hüter intensivster wissenschaftlicher Forschungsarbeit garnicht mehr in Betracht kommen." Um den Akademien ihre privilegierte Stellung zu bewahren, sollte ihnen das Recht zustehen, über die Neuaufnahme wissenschaftlicher Gesellschaften zu entscheiden. Ein letzter Kritikpunkt der Göttinger Akademie richtete sich gegen die Form der wissenschaftlichen Gliederung der Reichsakademie. Hier bevorzugte sie die traditionelle Zweiteilung der Akademien in eine geisteswissenschaftliche und eine mathematisch-physikalische Klasse. Im ganzen befürchtete sie, die Reichsakademie werde im Organisations-

[574] In§ 1 des Vorentwurfs einer Satzung der Reichsakademie der deutschen Wissenschaft heißt es: ,,Die Reichsakademie soll die Leistungen der deutschen Wissenschaft mit allen Kräften steigern, hervorragende Einzelleistungen hervorheben und die Verbindung der Wissenschaft mit dem Volke sowie das Verständnis des Volkes für Leistungen der Wissenschaft fördern ... Die Reichsakademie hat ferner die Aufgabe, Gemeinschaftsarbeiten auf Gebieten zu veranstalten und zu pflegen, denen im nationalsozialistischen Staate besondere Bedeutung zukommt ..." (ebd.).

[575] GöA**W** an HeidA**W,** 12. Sept. 1940 (ebd.).

chaos ersticken und keine Zeit für ihre „eigentlichen Forschungsaufgaben" mehr haben.

Die Göttinger Einwände fanden die volle Unterstützung der Heidelberger Akademie. Zusätzliche Bedenken richteten sich gegen die Rechtsform und gegen die Vermischung gesetzlicher und statutarischer Kompetenzen in dem Statutenentwurf für die Reichsakademie. Nach Auffassung der Heidelberger Akademie[576] müßte das Ministerium für den rechtlichen Rahmen sorgen, während die Akademien die inhaltliche Gestaltung der Reichsakademie zu übernehmen hätten. Als eigentliche Mitglieder der Reichsakademie verstand man nur die kartellierten Akademien, was bei der Kompetenzverteilung (Satzungsänderungen, Haushalt, Planung wissenschaftlicher Unternehmungen, Aufnahme neuer Gesellschaften etc.) innerhalb der Reichsakademie gebührend zu berücksichtigen sei. Besonders wichtig erschien der Heidelberger Akademie die Feststellung, daß Verfassung und Rechtsstellung der kartellierten Akademien durch die Gründung der Reichsakademie nicht angetastet werden dürften. Anstoß nahm die Akademie weiter an dem Fehlen von Bestimmungen über die Bedingungen zur Aufnahme neuer Gesellschaften sowie der antiquierten Bezeichnung „Sozietäten" für die im Reichsverband zusammengeschlossenen Akademien.

Mitten in der Diskussion der Pläne und Struktur der Reichsakademie erreichte die Akademien ein Erlaß des Reichserziehungsministers, „zwecks Durchführung und Vertiefung der den Akademien übertragenen wissenschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben den Reichsverband der Deutschen Akademien der Wissenschaften zu einer Reichsakademie zu erheben und damit seiner Organisation eine der neuen Aufgabenstellung angepaßte Form zu geben."[577] Der Erlaß sprach von einer inhaltlichen Identität von Reichsverband und Reichsakademie, während die vorgelegten Statutenentwürfe doch grundlegende Unterscheidungen machten. Die Unvereinbarkeit des ministeriellen Erlasses mit den von den Akademien gefaßten Beschlüssen war evident, ohne daß sich eine Lösung des Problems zeigte.[578]

[576] HeidA**W** an Vahlen, 15. Sept. 1940 (ebd.).

[577] REM an HeidAW durch BMKU, 13. Sept. 1940, **WN** Nr. 1618/40 (a) (ebd.).

[578] Vgl. Achelis an Panzer, 8. Okt. 1940 (HAW 1214/2). Vgl. auch die Anfrage Panzers bei der GöAW [!] vom 23. Okt. 1940, die freilich noch weniger informiert war als die HeidAW (HAW 611/5).

Mit Erlaß vom 15. April 1941 (WN Nr 219 (a)) legte der Reichserziehungsminister den Akademien einen neuen Entwurf für die Satzung der Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft zur Stellungnahme vor.[579] In diesem Statutenentwurf [580] war die Aufgabenstellung der Reichsakademie ideologisch etwas entschärft, von einer Art nationalsozialistischen Wissenschaftspflege war nicht mehr die Rede. Die Formulierung über die Glieder der Reichsakademie (§ 2) legte nahe, daß der Reichsverband der Akademien nunmehr aufgelöst sei. Dagegen erhob insbesondere die Heidelberger Akademie Bedenken. Im Interesse der bisher vom Reichsverband betreuten wissenschaftlichen Unternehmungen sollte der Reichsverband zumindest als besondere Kommission innerhalb der Reichsakademie weiterbestehen. Die wissenschaftlichen Abteilungen der Reichsakademie waren nicht, wie es der Wunsch der Akademien gewesen war, auf zwei reduziert, sondern im Gegenteil noch um eine technische Abteilung erweitert worden. Gegen die Aufnahme der Technik erhob die Sächsische Akademie aus dem traditionellen Grundgedanken der Akademien als Stätten theoretischer Forschung und wegen der hohen Beanspruchung der Mittel der Akademie ihre Bedenken. Eine von ihren Mitgliedssozietäten so verschiedene Gliederung wurde für unzweckmäßig erachtet, außerdem schienen insbesondere die Geisteswissenschaften in ihrer Vertretung in der Reichsakademie benachteiligt zu sein. Die Forderung nach Ungebundenheit in der Durchführung ihrer Aufgaben sowie nach dem besonderen Schutz des Reiches und einer staatlich garantierten materiellen Ausstattung orientierte sich an den noch gültigen Akademiestatuten. Die Verwaltung der Akademie drohte mit Präsident, Vizepräsident, Abteilungssekretaren, Generalsekretar, Rechtsbeirat und Verwaltungsdirektor sowie [als weiteren wissenschaftlichen Instanzen] Großem und Kleinen Senat noch unübersichtlicher zu werden, zumal die Funktionen einzelner Organe im Unklaren blieben. Bei der Besetzung der Stellen verlangten die Akademien über eine bloße „Anhörung" hinaus mehr Kontroll- und Mitspracherechte.

[579] Vgl. Vahlen an HeidAW, 22. Apr. 1941, Nr. 80/41 (ebd.).

[580] Vgl. dazu **HAW** 611/5. Ebd. die Stellungnahmen der GöA**W** vom 30. Apr. 1941, der HeidAW vom 14. Mai 1941, der SächsAW vom 13. Mai 1941 und der BayAW vom 12. Mai 1941.

Entscheidend blieb freilich die Frage der Stellung der alten Akademien innerhalb der Reichsakademie und das Schicksal des Reichsverbandes. Den Akademien mußte es darum gehen, daß ihre Aufgaben und Einzugsgebiete genau abgegrenzt und nicht durch Neugründungen eingeschränkt würden. Eine Neuaufnahme in die Reichsakademie sollte daher nur auf Vorschlag der Reichsakademie selbst erfolgen können. Damit sollte einerseits unliebsame Konkurrenz ausgeschaltet, andererseits aber ein hohes wissenschaftliches Niveau der Reichsakademie gewahrt werden.[581] Zur Aufrechterhaltung der Sonderstellung der Akademien kam es vor allem auf eine die Akademien zufriedenstellende Besetzung der entscheidenden Gremien, d.h. des Kleinen und Großen Senats an. Eine Majorisierung der Akademievertreter sollte durch eine Quotenregelung für die Ernennung der Senatoren verhindert werden.[582] Die Akademien verlangten daher eine Vertretung der Akademien mindestens durch ihre Präsidenten und Vizepräsidenten in beiden Senaten. Angestrebt wurde jedoch eine Senatsmehrheit durch Mitglieder der Sozietäten. Nicht einer Sozietät oder wissenschaftlichen Gesellschaft angehörende Personen sollten dem Großen Senat angesichts seiner wissenschaftlichen Funktion nur in sehr begrenztem Maße angehören. Das zielte vor allem gegen eine Politisierung der Reichsakademie.

Für eine Erhaltung des Reichsverbandes in irgendeiner Form plädierten alle Akademien. Vahlen glaubte dieser Forderung durch die Gleichsetzung von Kleinem Senat und Reichsverband entsprechen zu können.[583] Die darin ausgesprochene Auflösung des Reichsverbandes[584] widersprach jedoch den Verhandlungsergebnissen der Akademien vom September 1940 und den Verfügungen

[581] „Die Akademien können nicht selbst beantragen[,] eine für ihre wissenschaftliche Zukunft so gefährliche Vollmacht in die Hand des jeweiligen Reichskultusministers zu legen; sie müssen, wenn die ganze Reichsakademie für sie überhaupt einen Wert haben soll, darauf bestehen, daß der Kreis der sie bildenden Sozietäten nur mit ihrer Zustimmung erweitert werden darf' (SächsA**W** an Präsident der PreuAW, 16. Juni 1941; ebd.).

[582] Vgl. die Stellungnahme der GöA**W.**

[583] Vgl. Vahlen an die Sozietäten der Reichsakademie, 28. Mai 1941, Nr. 687/41 (ebd.).

[584] Vgl. v. Srbik an HeidA**W,** Anfang Juni 1941 und das Antwortschreiben Panzers vom 12. Juni 1941 (ebd.). Der Entwurf für dieses Antwortschreiben enthielt ein Rechtsgutachten, das von Engisch stammte .

des Reichsministers. Ausdrücklich war seinerzeit festgehalten worden, daß der Reichsverband erhalten bleiben sollte, und dies war durch die ministeriellen Verfügungen ausdrücklich bestätigt worden. Der neue Satzungsentwurf beinhaltete demnach eine Kehrtwende des Ministeriums zum Nachteil der Akademien. Diese Nachteile sollten nach dem Wunsch der Akademien durch neue mündliche Beratungen mit Vertretern des Reichserziehungsministeriums möglichst gering gehalten werden. Man warnte vor einer „Verödung der »Provinz«" und überstürzten Entscheidungen bei der Neuorganisation der wissenschaftlichen Arbeit. Im allgemeinen scheint man sich aber mit der Identität des Kleinen Senats mit dem alten Reichsverband abgefunden zu haben und versuchte dementsprechend die Funktion dieses Organs (neu) zu formulieren. Das Bewußtsein der Gleichberechtigung aller Akademien ließ die Akademien ferner auf eigenen Entscheidungsvollmachten beharren. Einen ungebundenen „Führerpräsidenten" wollte man im Kreise nationalsozialistischer Akademiepräsidenten in der Reichsakademie offensichtlich nicht akzeptieren.[585] Das Eigeninteresse der Akademien und die Abwehr gegen die Berliner Fremdbestimmung mobilisierte ein beachtliches Beharrungsvermögen bei bewährten Zuständen.

Der Kampf um die Erhaltung des Reichsverbandes war in den Augen der Akademien eben auch ein Streiten um die Eigenständigkeit der Akademien und gegen Zentralisierungsbestrebungen in der Wissenschaft. Deutlich wurde dies auch in Stellungnahmen zu der Absicht Vahlens, ein eigenes naturwissenschaftliches Publikationsorgan für die im Reichsverband zusammengeschlossenen Akademien nach dem Vorbild der Comptes rendus zu schaffen.[586] Man sah nicht nur keinen Bedarf an einer neuen Zeitschrift, wie z.B. die Heidelberger Akademie, sondern vielmehr die Freiheit der Wissenschaft in den einzelnen Akademien bedroht. „Die geplante Concentration der geistigen Produktion der wissenschaftlichen Gesellschaften in Berlin wäre aber eine Einengung, wie sie drükkender garnicht zu denken ist," weil den einzelnen Gesellschaften

[585] Vgl. GöAW an Reichsakademie, 12. Juni 1941, Nr. 66/41 und HeidAW an Reichsakademie, 23. Juni 1941 (Entwurf Engisch), ebd. Die HeidAW begann ihr Schreiben: „Unser wesentliches Anliegen ist ein Fortbestehen des »Reichsverbandes« in einer der Neuordnung angemessenen Form."

[586] Vgl. Vahlen an HeidAW, 25.Apr.1941, Nr. 565/41; dazu die Stellungnahmen der HeidAW vom 5. Mai 1941 und der GöAW vom 15. Mai 1941 (ebd.).

ihre wissenschaftliche Verantwortung entzogen, sie dem wissenschaftlichen Urteil der Berliner „Centrale" unterworfen und sie so zu „nachgeordneten Stellen herabgedrückt" würden, weil ferner die wissenschaftliche Selbständigkeit der Gesellschaften und der Bestand ihrer traditionsreichen Publikationsorgane gefährdet wären. Allenfalls ein Referatenorgan über die Arbeiten und Publikationen der Akademien hielt man in Göttingen für angebracht, das auch ausreiche, um die Geschlossenheit der deutschen Akademien zu dokumentierten. Der Interessengegensatz zwischen Reichsakademie und Einzelakademien war offensichtlich.

Der Reichserziehungsminister forderte noch eine Aufstellung über die von den Akademien für Kartellunternehmungen aufgewendeten Mittel,[587] damit war dann das Kapitel Reichsakademie - man darf wohl annehmen: für die Dauer des Krieges - ad acta gelegt. Die Akademien bezeichneten sich wohl als Sozietäten der Reichsakademie, eine gültige Satzung der Reichsakademie gab es jedoch nicht, die Akademien waren unter sich geblieben. Auch Versuche, die Struktur der Einzelakademien durch Einrichtung einer eigenen medizinisch-biologischen Klasse zu verändern, scheiterten am Widerstand der Akademien.[588] Noch 1942 beklagte Achelis die immer wieder einmal aufkommenden „Bestrebungen, die die deutschen Akademien auflösen wollen und durch Neugründungen ersetzen. Warum muss man eigentlich zerschlagen, was positive Arbeit leistet. Die Frage ist noch nicht ganz akut, aber man wird doch gut tun, ihr ein Augenmerk zu schenken, damit man grösseres Unheil verhütet."[589] Den Akademien sollten entscheidende Aufgaben bei der Erringung der deutschen Kulturhoheit in Europa nach dem Kriege zukommen, und diejenigen, die dies mit ihrer ständigen „Umorganisation und Zerschlagung" gefährdeten,

[587] Vahlen an HeidAW, 15. Juli 1941, Nr. 163/41 (ebd.).

[588] Vgl. das Hilfsersuchen der SächsAW bei ihren Schwesterakademien (SächsAW an HeidAW, 12. Juli 1941; ebd.). Auch die Heidelberger Akademie sah in einer solchen Teilung eine „ernste Schädigung" der Arbeitsweise der Akademie, die auf der wechselseitigen Ergänzung und Befruchtung der verschiedenen Fachgebiete beruhe. Eine Analyse der Vorträge und Interessen in der Math.-nat. Klasse der HeidAW führte zu dem eindeutigen Ergebnis, daß außer einem organisatorischen Mehraufwand und erheblichen Arbeitshemmnissen nichts durch eine Neugliederung der Akademie bewirkt werden könne (HeidA **W** an SächsAW, 18. Juli 1941; ebd.).

[589] Achelis an den Vizepräsidenten der Paracelsus-Gesellschaft Dingeldey, 11. Sept. 1942 **(HAW** 031/1).

waren die berüchtigten Drückeberger, die damit nur „ihre Unabkömmlichkeit dokumentieren" wollten.[590]

Existentielle Bedeutung erlangten dagegen Versuche des Finanzministeriums, die Akademien in Wien und Prag ihrer Rechtspersönlichkeit zu entkleiden und zu Reichsdienststellen zu degradieren, wobei man haushaltsrechtliche Fragen als Ausgangspunkt benutzte.[591] Eine derartige Maßnahme hätte alle Sozietäten der Reichsakademie betroffen, sie wären abhängige Stellen der Reichsverwaltung geworden und hätten die autonome Gestaltung ihrer Tätigkeit verloren.[592]

Es war jedoch nicht die Solidarität der Wissenschaftsorganisationen,[593] die zu einem Verzicht auf derartig einschneidende Maßnahmen führte, sondern politische Faktoren. In einem Telegramm an Reichserziehungsminister Rust setzte sich der Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien Baldur von Schirach nachdrücklich für eine Beibehaltung der gültigen Rechtsstellung der Wiener Akademie ein.[594] Noch wirkungsvoller war der Protest des Reichsprotektors gegen eine Einschränkung der Rechtsstellung der Prager Akademie.[595] Der Reichsfinanzminister zeigte sich auch sogleich bereit, unter Wahrung der Rechtspersönlichkeit der Akademien zum vordem gepflegten haushaltsrechtlichen Zustand zurückzukehren.[596] In den nachfolgenden Verhandlungen billigte auch das Reichserziehungsministerium die Rechtsstellung der Wiener Akademie als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts - unter Beibehaltung der strittigen Bruttoetatisierung.[597]

Was wie eine Farce erscheint, hatte tatsächlich einen bedrohlichen Hintersinn. Wären in Wien und Prag - aus welchen Gründen auch immer - erst einmal Präzedenzfälle geschaffen worden, so wäre im Sinne der Gleichstellung der Akademien auch bald an

590 Dingeldey an Achelis, 15. Sept. 1942 (ebd.).
591 RFM an REM, 22. Juli 1942, Wis 4515 Wien - 30 I (BA R 21/806).
592 Vgl. PreuAW (Heymann) an REM, 13. Juli 1942, Nr. 664; 665/42 (ebd.).
593 Vgl. etwa GöAW an PreuAW, 9. Juli 1942, J.-Nr, 61/42 (ebd.).
594 Reichsleiter und Reichsstatthalter Baldur von Schirach an Reichsminister Rust, 10. Juli 1942, Nr. 1552 (ebd.).
595 Vgl. den Bericht Kocks an Min.R. Frey vom 15. Juli 1942 (ebd.).
596 Wie Anm. 591.
597 Aktenvermerk zu **WN** 1230/42 vom 6. Okt. 1942. Erst in der Haushaltsberatung am 17. März 1943 wurde doch die Nettoetatisierung für die Wiener Akademie beschlossen (vgl. Breuer an Frey, 19. März 1943, zu WN 1709/42; BAR 21/806).

die Rechtspersönlichkeit der anderen Akademien Hand angelegt worden. Als unselbständige Reichsdienststellen wären sie zudem an die Weisungen des vorgesetzten Reichsministers gebunden gewesen. Eine die Wissenschaften prägende Periode der Geschichte der Akademien wäre damit wohl für immer dahingegangen gewesen.

5. Die Erweiterung der Mitgliederbasis - Ansätze zu einer südwestdeutschen Landesakademie.

Hatten beide Klassen schon vor Erlassen der neuen Statuten die neuen Möglichkeiten bereits bei der Wahl korrespondierender Mitglieder erprobt, so zögerten sie noch geraume Zeit mit der Verwirklichung der angestrebten Ausweitung der Basis unter den ordentlichen Mitgliedern. Hieran trugen die Belastungen des Kriegszustandes auch für das wissenschaftliche Leben der Akademie entscheidende Verantwortung. So erfolgten Wahlen auswärtiger Gelehrter zu ordentlichen Mitgliedern in der Philosophisch-historischen Klasse gar erst 1943.

5.1. Die Wahlpolitik der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse nach 1940.

Zunächst blieb die Akademie auf ihre Heidelberger Basis beschränkt. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse verzichtete 1940 - ein Zeichen der Rechtsunsicherheit und der internen Neuorientierung - ganz auf Zuwahlen. 1941 holte sie die Wahl F. Bergius' zum ordentlichen Mitglied nach.[598] Da Bergius jedoch bald nach Berlin übersiedelte, trat er im folgenden Jahr wieder in die Reihe der korrespondierenden Mitglieder über.[599]

[598] Zu Bergius vgl. oben 397. Die Wahlbegründung spricht ausschließlich davon, daß Bergius nach Wegfall anderweitiger Hinderungsgründe nun regelmäßig an den Sitzungen der Akademie teilnehmen könne und daher eine Überführung von der korrespondierenden zur ordentlichen Mitgliedschaft geboten erscheine (Achelis an BMKU, 5. Mai 1941, HAW 211/4). Über die Wahlsitzung liegen weder in den Akten noch im Jh. irgendwelche Nachrichten vor.

[599] Bergius an Achelis, 27. Okt. 1942; Achelis an Panzer, 30. Okt. 1942; Achelis an Bergius, 30. Okt. 1942 (HAW 211/4). Über die starke Beanspruchung Bergius', der in die „kriegswichtigen" Forschungen in vorderster Stelle einbezogen war, vgl. Bergius an Achelis, 10. Apr. 1942 (HAW 223/1).

Mit der Wahl des Mathematikers Udo w egner[600] versuchte die Akademie die Lücke zu füllen,[601] die das Ausscheiden von Rosenthal und Liebmann hinterlassen hatte. Im Grunde erfüllte er aber umso weniger die fachlichen Voraussetzungen für eine Akademiemitgliedschaft, da selbst seine Befähigung für das mathematische Ordinariat bezweifelt wurde.[602] Die Wahl Wegners ist um so auffälliger, als mit H. Seifert ein weit qualifizierterer Gelehrter hätte gewählt werden können. Die Bevorzugung w egners begründete sich offensichtlich aus dem nationalsozialistischen Potential seiner Person. Dennoch war w egner keiner der besonders hervorgetretenen nationalsozialistischen Mathematiker, gleichwohl Anhänger einer „Deutschen Mathematik".[603] In der Akademie initiierte er die

[600] Zu Wegner vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 155; vgl. auch Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41, Bd. 2, Sp. 1043. Wegner war seit 1. Mai 1937 Mitglied der Partei, der SA seit 9. Juli 1933; hervorgetreten ist er durch seine „kriegswichtigen" luftfahrttechnischen Forschungen („Luftfahrtforschung Heidelberg"); vgl. dazu UAH B-0726/2; Trischler, **H.,** Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 273ff. Nach 1945 wurde Wegner nicht mehr unter die Mitglieder der Akademie aufgenommen. Zur Wahlprozedur vgl. **HAW** 115/PA Wegner (von der Wahl in der Klasse bis zur Mitteilung der endgültig vollzogenen Wahl kraft reichsministerieller Bestätigung vergingen vier Monate).

[601] Vgl. Achelis an Wegner, 5. Mai 1941: „Darf ich Ihnen versichern, dass wir sie besonders gern in unseren Reihen begrüßen würden, wo leider [!] schon seit längerer Zeit ein Fachvertreter der Mathematik fehlt" (HAW 115/PA Wegner).

[602] Über Wegners Berufung auf den Lehrstuhl für Mathematik schrieb Freudenberg am 8.Nov.1947 (UAH, PA Wegner, zit. nach Vezina, B., Gleichschaltung, 155): „Seine Berufung erfolgte ohne Wissen eines Teiles und zwar eines nicht nationalsozialistischen Teiles der Fakultät ... Bei einem normalen Berufungsverfahren, wie es vor dem Nationalsozialismus üblich war, wäre Herr Wegner bestimmt nicht nach Heidelberg berufen worden ... Er betrieb die Habilitation des Mathematikers Dr. Hans Joachim Fischer, eines scharfen Nationalsozialisten, und zwar gegen das Gutachten seines mathematischen Kollegen Seifert. Wegner erklärte, daß eine Verfügung bestände, nach der mangelnde Leistungen durch politische Verdienste ausgeglichen werden könnten ... In der Fakultät baute er seine Machtstellung immer rücksichtsloser nach dem »Führerprinzip« aus. Die Handhabung des Führerprinzips ging so weit, daß er, wie sich später herausstellte, seine Amtsbefugnis mißbrauchte, indem er mit Wesch Promotionen vornahm, die in jeder Weise gegen die Promotionsordnung verstießen und vor der Fakultät geheim gehalten wurden."

[603] Zur „Deutschen Mathematik" vgl. Lindner, **H.,** »Deutsche« und »gegentypische« Mathematik. Mehrtens, **H.,** Angewandte Mathematik und Anwendungen der Mathematik im nationalsozialistischen Deutschland. Ders., Naturwissenschaft und Nationalsozialismus.

Wahlen von G. Doetsch und P. Koebe,[604] eine besondere Rolle hat er - im Gegensatz zur Fakultät - in der Akademie nie spielen können.

Nach seiner Rückkehr aus der Türkei trat auch der Hygieniker Ernst Gotschlich wieder in die Reihe der ordentlichen Mitglieder ein_6os

Die Wahl Richard Siebecks[606] zum ordentlichen Mitglied wurde von C. Oehme angeregt.[607] Neben der unbestreitbaren fachlichen Qualität glaubte Oehme bei Siebeck auch ein „aktives Interesse an der Akademie" voraussetzen zu können, wie es den Forderungen der Akademie an ihre ordentlichen Mitglieder - nach offensichtlich schlechten Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit, etwa am Beispiel Schminckes - entsprechen mußte. Ein sehr wichtiges Argument war für Oehme auch die „Nachfolgefrage": Siebeck hatte als Nachfolger Krehls geradezu einen Anspruch auf einen Akademieplatz, der zudem gestützt wurde durch die Notwendigkeit, die durch die Abwanderung V. von Weizsäckers nach Breslau entstandene Lücke schnellstmöglich wieder zu füllen. Oehmes Vorgehen war einerseits erfüllt vom Bewußtsein einer an das Amt gebundenen Nachfolgeregelung, andererseits von der Sorge, seinen eigenen Fachbereich, die klinischen Fächer, stärker in der Akademie berücksichtigt zu sehen. Oehme übersah dabei, daß es „an sich nach den bisherigen Gepflogenheiten der deutschen Akademien eine Ausnahme [ist], wenn Kliniker zu ordentlichen Mitgliedern gewählt werden".[608] Es entsprach andererseits wohl einem gewandelten Verständnis der Aufgaben einer wissenschaftlichen Akademie, wenn die klinischen Fächer jetzt stärker hervortreten

[604] Siehe unten 506 bzw. 511 (Anm. 649).

[605] Achelis an Gotschlich, 6. Aug. 1941; Achelis an BMKU, 6. Aug. 1941 (Antrag auf Bestätigung). Die Bestätigung des REM datiert vom 19. Sept. 1941 (REM an BMKU, WN 1568 P 3); HAW 211/4.

[606] Siebeck war bereits von 1931 bis 1934 als Nachfolger Ludolfv. Krehls als Direktor der Medizinischen Universitäts-Klinik tätig. Nach seinem Berliner Zwischenspiel war er zum Wintersemester 1941/42 nach Heidelberg als Ordinarius und Klinikdirektor zurückgekehrt (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 254). Zu Siebeck vgl. Jacob, **W.,** Medizinische Anthropologie, 137f., 147-153.

[607] Oehme an Achelis, 26. Nov. 1941. Oehme hebt die Vielseitigkeit der Forschungsinteressen Siebecks hervor, die neben klinischen Arbeiten auch solche „physiologischen" und „psychologisch-medizinischen" Inhalts hervorbrachten **(HAW** 211/4).

[608] Achelis an Oehme, 2. Dez. 1941 (ebd.).

sollten, denn immerhin befand sich mit Oehme selbst bereits ein Kliniker in der Akademie. Die Wahl Siebecks diente aber vor allem der Besitzstandswahrung, war doch seit Oehmes Wahl ein zweiter Platz für die Kliniker „erobert" worden, der jetzt tradiert werden sollte.

Mit Siebeck wurde auch die Tradition der Heidelberger Anthropologischen Medizin[609] von L. von Krehl über V. von Weizsäcker (und auch C. Oehme) in der Akademie fortgesetzt. Die ganzheitliche Krankheitslehre war von Siebeck durch die sogenannte biographische Methode erweitert worden, die Krankheits- und Lebensgeschichte des Kranken, mithin Physiologie und Anthropologie miteinander verbindet.[610] Diese auf einem theologischen Fundament[611] stehende „philosophische" Wendung läßt die medizinische Praxis im Rahmen der Akademiefächer zurücktreten und die Akzeptanz auch bei konservativer Auslegung des „akademischen" Fächerkanons steigen. Das Wahl- und Bestätigungsverfahren für R. Siebeck verlief in allen Instanzen unkompliziert[612] und ohne ideologische Vorzeichen. Die kirchlichen Verbindungen waren für die Behörden ebensowenig ein Hindernis wie später bei G. Ritter.

609 Zum allg. vgl. Jacob, **W.,** Anthropologie als Grundfrage in Geschichte, Philosophie und Medizin. Seidler, E. (Hg.), Medizinische Anthropologie. Zur Heidelberger Tradition der anthropologischen Medizin vgl. Kütemeyer, **M.,** Anthropologische Medizin. Rothe, H.-M., Die Heidelberger Medizin in Bewegung. Jacob, **W.,** Medizinische Anthropologie. Schipperges, **H.,** Homo patiens, 239-266. Zusammenfassend Schipperges, **H.,** Medizin in Bewegung.

610 Vgl. dazu insbes. das Hauptwerk Richard Siebecks, Medizin in Bewegung. Im Vorwort legt Siebeck selbst die geistigen Wurzeln seines Werkes dar.

611 Baier, H./Jacob, **W.,** Richard Siebeck und Karl Barth. Jacob, **W.,** Medizinische Anthropologie, 147ff. Vgl. auch Baier, **H.,** Die Bedeutung der Theologischen Anthropologie in der Medizin Richard Siebecks. Die Verbindung Siebecks mit der Theologie fand neben einem theologischen Studium in der Ehrendoktorwürde der Theo!. Fak. der Universität Heidelberg im Jahre 1952 ihren äußeren Ausdruck.

612 Vgl. Siebeck an Achelis, 29. Dez. 1941 (HAW 211/4). Vgl. Prot. Sitz. Math.-nat. Klasse vom 14. Jan. 1942 (HAW 2264); an der Wahl beteiligten sich Achelis, Freudenberg, Goerttler, Wegner, Eichholtz, Kuhn, Oehme, Wilser, Seybold und Erdmannsdörffer: Achelis an Panzer, 14. Jan. 1942 (HAW 211/4). Die Mitteilung an Siebeck über die Wahl erfolgte erst am 17. Febr. 1942; die Akademie sprach bereits vor der Bestätigung durch das REM (Erlaß WN Nr. 355 WP 2 (b) vom 23. Mai 1942, mitgeteilt durch Erlaß Nr. E 2733 des BMKU vom 30. März 1942 (ebd.)) die Einladung zu den nächsten Sitzungen aus (ebd.).

Das Jahr 1942 ist gekennzeichnet durch eine Fülle von Anträgen für weitere Zuwahlen zur Klasse, die sich mit Diskussionsbeiträgen zu grundsätzlichen Fragen über Ausmaß und Ausweitung der Zuwahlen kreuzten. So schrieb Freudenberg an Achelis[613]: „Jede Akademie wird am besten gedeihen, wenn die Zahl der für die Mitgliedschaft in Betracht kommenden Persönlichkeiten grösser ist als die Zahl der Mitglieder. Der Wahlvorgang ist gesund, wenn für jeden Sitz mehrere Vorschläge vorliegen und die am meisten geeignete Persönlichkeit unter mehreren gewählt werden kann. Nur auf diese Weise ist der Grundsatz der Auswahl, mit dem eine Akademie nun einmal steht und fällt, im Kollegenkreis einer Universität erträglich. Bedenklich ist, von der Anzahl der freien Sitze ausgehend Umschau zu halten, wer hinzugewählt werden könnte. Die Zahl 25 der ordentlichen Mitglieder ist eine Höchstgrenze, die durchaus nicht erreicht werden muß; vielmehr sollte sich die Klasse zunächst klar darüber werden, welche Zahl innerhalb dieser Höchstgrenze den augenblicklichen örtlichen Verhältnissen angemessen ist." Diese Bedenken Freudenbergs richteten sich hauptsächlich gegen die immer noch vorhandene Fixierung der ordentlichen Mitgliedschaft auf Heidelberg. Die Höchstzahl war gerade in Hinblick auf die Ausweitung der Rekrutierungsbasis erhöht worden; diese jetzt wiederum mit Heidelberger Kollegen aufzufüllen, hielt Freudenberg für eine Fehlentwicklung, die der Akademie schädlich sein mußte. Freudenberg plädierte daher für eine Begrenzung der Plätze für Heidelberger Gelehrte. Um den aus der angespannten Kriegszeit resultierenden Verhältnissen gerecht zu werden, durch welche die angestrebte Ausweitung noch nicht zustande kommen konnte, wäre Freudenberg auch mit einer generellen Einschränkung der Zahl der ordentlichen Mitglieder einverstanden gewesen. Schließlich wollte Freudenberg je Wahlsitzung höchstens einen Kandidaten aus den vorliegenden Vorschlägen zur Wahl gestellt sehen. Damit sollten offenbar überhastete Zuwahlen vermieden werden und vor allem die Kontinuität der Akademiearbeit gewahrt bleiben, da ein größerer „Schub" neuer

[613] Brief vom 22. Juli 1942 (HAW 110/3). Freudenbergs Schreiben ist eine Reaktion auf die Ankündigung von drei Wahlvorschlägen für o.M., ferner auch auf die Aufforderung, über die Wahl Freiburger, Straßburger, Frankfurter etc. Dozenten nachzudenken (vgl. Achelis an die Mitglieder der Math.-nat. Klasse, 20. Juli 1942; HAW 223/1).

Mitglieder immer auch - wie jüngst erfahren - die Gefahr der Majorisierung durch junge Aktivisten und deren neue Ideen bringen konnte.

Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse beschloß daraufhin in ihrer Geschäftssitzung am 25. Juli Begrenzung wie Ausweitung der Zuwahlpraxis in dem von Freudenberg angezeigten Sinne[614]: „Bei den Wahlen zu ordentlichen Mitgliedern soll in Zukunft in stärkerem Maße als bisher von der in der Satzung vorgesehenen Möglichkeit, dass angesehene Gelehrte aus dem südwestdeutschen Raum gewählt werden, Gebrauch gemacht werden. Zum südwestdeutschen Raum gehören auch die Hochschulen in Freiburg, Strassburg, Darmstadt und Frankfurt, sowie Ludwigshafen und Mannheim. Es soll angestrebt werden, dass die Zahl der in Heidelberg ansässigen Mitglieder nicht zu gross gegenüber den nicht in Heidelberg ansässigen wird. Ein Verhältnis von 15 Heidelbergern zu 10 Auswärtigen erscheint gesund." Es folgt der bemerkenswerte Schlußsatz: „Durch diesen Beschluss wird der für die Wahl in Frage kommende Personenkreis erheblich erweitert, was für die Akademie eine ganze Reihe von gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten beseitigt." Die auf Heidelberg beschränkte mangelhafte Auswahlmöglichkeit verbunden mit dem „Zwang" nach Aufffülung der freien Plätze hatte die Akademie in ein Dilemma gebracht. Ansprüche von „Bewerbern" waren ebenso eine Gefahr wie die Versuchung der Mitglieder, diese Plätze zum „Ausbau" ihres eigenen Faches in der Akademie zu mißbrauchen, so daß über allem das drohende Bild einer mittelmäßigen Gelehrtenvereinigung schwebte, die ihr Ansehen im Verbund der anderen Akademien einbüßte. Unausgesprochen drückt sich in dieser Sorge auch die Andeutung eines Versagens in der Vergangenheit aus: Nicht alle der zuvor gewählten Mitglieder dürften dem strengen selbstgesetzten Maßstab mehr entsprechen.[615] Erstmals ist auch der südwestdeutsche Raum, auf den sich die Akademie künftig beziehen sollte, genau definiert, wobei ausdrücklich nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Forschungsinstitute der Industrie (Mann-

[614] Achelis an die Mitglieder der Math.-nat. Klasse, 27. Juli 1942 **(HAW** 110/3; **HAW** 223/1).

[615] Die Angst vor der Mittelmäßigkeit wurde bei Freudenberg wohl vor allem durch die Berufungspraxis in der als Basis der Klasse wichtigen Naturwissenschaftlich-mathematischen Fak. genährt (vgl. **V**ezina, **B.,** Gleichschaltung, 155f.).

heim und Ludwigshafen) zur Rekrutierungsbasis hinzugerechnet wurden. Nicht ausdrücklich genannt, weil selbstverständlich zum südwestdeutschen Raum gehörig, ist die Technische Hochschule Karlsruhe.[616]

Es scheint paradox, daß ausgerechnet der Kritiker einer inflationären Zuwahlpraxis, K. Freudenberg, selbst gleich mit einer ganzen Anzahl von Zuwahlvorschlägen aufwartete. Freudenberg hatte bereits im Mai den Chemiker Carl Krauch,[617] der „als Generalbevollmächtigter des Reichsmarschalls für Sonderfragen der chemischen Erzeugung hohe Verdienste um die Förderung der chemischen Wissenschaft, sowie um den Ausbau der chemischen Industrie erworben" habe,[618] zum ordentlichen Mitglied vorgeschlagen. In Carl Krauch sah Freudenberg offenbar einen geeigneten Nachfolger für Carl Bosch auch im Rahmen der Akademie.[619] Daß Krauch in der Wissenschafts- und Industriepolitik der Partei eine gewichtige Rolle spielte, ergänzt durch ein überragendes Organisationsgeschick, war bei diesem Vorschlag nicht ohne Belang. Der Anregung Achelis' folgend, schlug Freudenberg auch einige auswärtige Gelehrte zu ordentlichen Mitgliedern vor, nämlich den Ordinarius für anorganische Chemie an der Technischen Hochschule Darmstadt, Rudolf Brill,[620] den Ordinarius für organische Chemie an der gleichen Hochschule, Clemens Schöpf,[621]

[616] Daß zuvörderst an Karlsruhe gedacht ist, belegt die Formulierung „zum südwestdeutschen Raum gehören auch ...", nämlich außer Heidelberg und Karlsruhe.

[617] Zu Krauch vgl. **NDB** 12, 1980, 679-681 (A. Wankmüller).

[618] Freudenberg an Achelis, 29. Mai 1942 (HAW 211/4). Hervorgehoben wird seine Innovationskraft im Bereich der Chemie und sein hohes wissenschaftliches Ansehen. Der Wahlvorschlag wurde auch von R. Kuhn unterstützt (vgl. Freudenberg an Achelis, 16. Juli 1942, (ebd.)). Zu Krauchs Tätigkeit als Generalbevollmächtigter vgl. Plumpe, G., Die I.G. Farbenindustrie, 722-740.

[619] Über Krauch und dessen Nachfolgeambitionen in den IG Farben berichtet wenig schmeichelhaft Glum, F., Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, 490. Krauch wird dort als „kleiner Nazidiktator" tituliert. Vgl. dazu auch Hayes, P., Industry and ideology, 156. Plumpe, G., Die I.G. Farbenindustrie, 163.

[62°] Freudenberg an Math.-nat. Klasse, 22. Juli 1942 (HAW 211/4; HAW 115/PA Brill). Zu Brill vgl. Jb. 1990, 44.

[621] Freudenberg an Math.-nat. Klasse, 22. Juli 1942 (HAW 211/4; HAW 115/PA Schöpf); zu Schöpf vgl. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41, Bd. 2, Sp. 673.

und den Karlsruher Ordinarius für Thermodynamik und Kältetechnik, Rudolf Plank.[622]

Als erster auswärtiger Gelehrter war freilich das bisherige außerordentliche bzw. korrespondierende Mitglied, der Mathematiker Gustav Doetsch, am 14. Juli 1942 von U. Wegner zum ordentlichen Mitglied vorgeschlagen worden.[623] Doetsch war zur Zeit seiner Wahl - ähnlich wie andere Wissenschafter - von Freiburg nach Berlin abgeordnet. Er hatte dort die „Forschungsführung des R[eichskommissars] d[er] L[uftfahrt] u[nd] Ob[erbefehlshabers] d[er] Luftwaffe" inne.[624] Mit Wegner verbanden ihn gemeinsame Interessen in der Luftfahrtforschung.[625] Auch bei Doetsch stand fest, daß er während des Krieges nicht an den Akademiesitzungen würde teilnehmen können.[626] Freudenberg charakterisierte die Wahl Doetschs später als ein ideologisches Manöver, ,,da er von Wegner vorgeschlagen war und alle Vorschläge Wegners mit organisatorischen und politischen Zwecken verbunden waren."[627] Von nicht genannter Seite wurden ferner der Psychiater Carl Schneider[628] aus Heidelberg, der Physiker Erwin Madelung[629] aus Frankfurt/Main und der Hygieniker Paul Uhlenhuth[630] aus Freiburg in

[622] Freudenberg an Math.-nat. Klasse, 22. Juli 1942 (HAW 211/4; 115/PA Plank). Freudenberg charakterisierte Plank als „eine durchaus wissenschaftliche Persönlichkeit [!] von weit über sein Sonderfach reichender Wirkung." Hervorgehoben werden seine „kriegswirtschaftlichen" Aufgaben und Forschungen. Zu Plank vgl. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41, Bd. 2, Sp. 381.

[623] Wegner an Achelis, 14. Juli 1942 **(HAW** 211/4; HAW 115/PA Doetsch).

[624] Doetsch an Achelis, 17. Okt. 1942 **(HAW** 211/4).

[625] Mit Doetsch u.a. verfolgte Wegner den Plan einer Gründung eines interdisziplinären Instituts für Luftfahrtforschung. Vgl. **W**egner an Staatsminister Schmitthenner, 27. Okt. 1942 (UAH B-0726/2).

[626] Doetsch an Achelis, 7. Dez. 1942 (HA**W** 211/4).

[627] Freudenberg an Panzer, 5. Nov. 1946 (HAW 110/4).

[628] Erste Erwähnung in der Einladung zur Geschäftssitzung der Math.-nat. Klasse vom 20. Juli 1942 **(HAW** 223/1). Wahrscheinlich wurde Schneider von Achelis selbst zur Wahl vorgeschlagen (vgl. auch dessen Schreiben an Schneider vom 3. Aug. 1942, ebd.).

[629] Vgl. Sitzungsprotokoll laut Rundschreiben vom 27. Juli 1942 **(HA W** 110/3, **HAW** 223/1). Vermutlich hat **W.** Bothe den Zuwahlantrag für Madelung gestellt, da er auch den offiziellen Kontakt zu Madelung seitens der Akademie herstellen sollte (Achelis an Bothe, 1. Aug. 1942, HAW 211/4). Zu Madelung vgl. den Nachruf von **M.** Czerny. Hammerstein, N., Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bd. 1, 817-819.

[630] Die erste Nennung auf der Vorschlagsliste des Rundschreibens vom 27. Juli

Vorschlag gebracht. Uhlenhuth war bereits seit 1926 außerordentliches Mitglied der Akademie und bei seiner Wahl zum ordentlichen Mitglied bereits 72 Jahre alt; er zählte also nicht mehr im Numerus clausus der ordentlichen Mitglieder mit. Seine Wahl dürfte man am ehesten als Ehrung eines hochangesehenen Gelehrten bewerten, von dem freilich keine Impulse für die Akademiearbeit mehr zu erwarten waren.

Da Doetsch und Uhlenhuth bereits als korrespondierende Mitglieder bestätigt waren, konnte nach der Vorbesprechung ihre „Zulassung" zur Wahl bereits beschlossen werden,[631] während für die anderen auswärtigen Mitglieder erst Gutachten der „zuständigen Dozentenbundsführer" eingeholt werden mußten,[632] um Wahlpannen zu vermeiden. Gegenüber Schneider und Krauch bestanden selbstverständlich keine politischen Bedenken. Wie sehr der Akademie gerade an der Mitgliedschaft Carl Krauchs gelegen war, macht die großzügige Freistellung Krauchs von den Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes vor irgendeiner Reaktion des Umworbenen selbst deutiich.[633] Es ist offensichtlich, daß Achelis hier gegen Inhalt und Geist der Akademiestatuten verstieß. Diese Verbeugung vor dem einflußreichen Wissenschaftler und Industriellen widersprach den Bestrebungen um eine Aufwertung der Akademiearbeit, die gerade der aktiven Mitglieder bedurfte. Da als „Dekoration" auch die korrespondierende Mitgliedschaft genügt hätte, darf man hinter der Wahl Krauchs auch taktische Absichten vermuten: seinen großen Einfluß in Berlin - besonders

1942 **(HAW** 110/3; **HAW** 223/1). Als Antragsteller kommt in erster Linie Gotschlich in Frage (vgl. Prot. Sitz. vom 25. Juli 1942, HAW 2264). Gotschlich übernahm wie Bothe und Freudenberg die Kontaktaufnahme zu den jeweils wohl von ihnen Vorgeschlagenen. Zu Uhlenhuth vgl. Seidler, E., Die Medizinische Fakultät, 267-268.

631 Protokoll vom 25. Juli 1942 **(HA W** 2264).

632 Achelis an Karl Schmidhuber (Leiter der Dozentenschaft), 27. Juli 1942 **(HAW** 211/4). Fast gleichzeitig erfolgte die obligatorische Anfrage an die Vorgeschlagenen, ob sie ggf. zur Annahme der Wahl mit den damit verbundenen Pflichten bereit wären (Schreiben vom 3. Aug. 1942; ebd.)

633 Achelis an Krauch, 3. Aug. 1942 **(HAW** 211/4, **HAW** 115/PA Krauch); dort heißt es: ,,Wir glauben zu wissen, dass Ihnen bei Ihrer sonstigen ungewöhnlichen Beanspruchung die sonst von den ordentlichen Mitgliedern erwünschte regelmässige Teilnahme an den Sitzungen nicht möglich sein wird, würden aber darin keinen Hinderungsgrund sehen, da wir uns aus der Begegnung in wissenschaftlicher Arbeit mit Ihnen starke Anregung und Förderung versprechen, auch wenn sie notgedrungen seltener sein wird."

bei Göring - mochten sich eben auch Teile der Akademie zunutze machen, etwa bei der Verbesserung ihrer Rechtsstellung. Ebenfalls mit politischen Vorzeichen ist die Wahl des Psychiaters Carl Schneider[634] versehen. Immerhin war er Leiter des rassenpolitischen Amtes der **NSDAP** im Gau Baden. Seine Rolle im Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten,[635] - er wurde durch seine Forschungen zu einem „Promotor der Tötungsaktionen"[636] - dürfte den Akademiemitgliedern hingegen damals nicht bekannt gewesen sein.

Hatte K. Freudenberg noch vorgeschlagen, aus Gründen der Selbstkontrolle und des äußeren Eindruckes nur ein Mitglied pro Wahlsitzung zuzuwählen, so wurde dies nun in das Gegenteil verkehrt. Acht Wahlvorschläge waren in der Sitzung vom 25. Juli 1942 „mit positivem Ergebnis" vorbesprochen worden[637] und standen in der Klassen-Sitzung am 10. Oktober 1942 zur Wahl. Dort wurden alle Vorgeschlagenen „einstimmig" gewählt.[638] Dieses Wahlergebnis kam jedoch unter irregulären Bedingungen zustande und war

[634] Zu Schneider vgl. Janzarik, **W.,** 100 Jahre Heidelberger Psychiatrie, 106f. Ders., Psychiatrische Klinik, 132f. und die Dissertation von Laufs, B., Psychiatrie zur Zeit des Nationalsozialismus. Becker-von Rose, P., Carl Schneider - wissenschaftlicher Schrittmacher der Euthanasieaktion und Universitätspsychiater. Schneider war seit dem 1. Mai 1932 Mitglied der NSDAP, ferner Gauamtsleiter (seit dem 1. Nov. 1936) und Gaudozentenführer (vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 156, Anm. 665).

[635] Zu Schneiders Beteiligung an den Euthanasie-Programmen vgl. auch Lifton, R.J., Ärzte im Dritten Reich, bes. 143-145. Becker, S./Becker-von Rose, P./ Laufs, B., Einblicke in die Medizin während des Nationalsozialismus, bes. 324-331. Zur Euthanasie vgl. allg. Mitscherlich, A./Mielke, F., Medizin ohne Menschlichkeit. Klee, E., »Euthanasie« im NS-Staat. Kater, **M.H.,** Medizin und Mediziner im Dritten Reich, bes. 344-352. Winau, **R.,** Sterilisation, Euthanasie, Selektion. Schneiders rassepolitische Tätigkeit war jedoch nicht nur durch seine Ämter, sondern auch durch seine Schriften bekannt (vgl. etwa Schneider, C., Volk und Rasse).

[636] So die Deutung von B. Laufs.

[637] Vgl. **HAW** 211/4; **HAW** 223/1;

[638] Prot. Sitz. vom 10. Okt. 1942 **(HAW** 2264). „Von 19 Wahlberechtigten haben 5 an der Wahl teilgenommen!" vermerkte mit Ausrufungszeichen Freudenberg am 12. März 1947 zurecht. Die Teilnehmer waren Mittasch, Wegner, Erdmannsdörffer, Goerttler und Achelis. Die fernmündliche Bestätigung der Wahlen durch das REM erfolgte am 25.Nov.1942 (Achelis an Panzer, 25. Nov. 1942; HAW 211/4), die endgültige mit Erlaß WN 1834, WP (b) vom 17. Dez. 1942 (ebd.), mitgeteilt durch das BMKU per Erlaß Nr. UV I A/K 14968 vom 6. Febr. 1943 (ebd.).

so sicher nicht im Sinne der Mehrheit der Klasse;[639] gerade Freudenberg hatte ja die Vielzahl der Vorschläge als Alternativen verstanden, aus denen die Akademie einen oder doch nur wenige auswählen sollte. Es ist jedenfalls schwer verständlich, daß die Wahl von drei bis vier Chemikern in einer Sitzung der Ausgewogenheit innerhalb der Akademie zuträglich sein sollte; während es Freudenberg aber um die Zuwahl eines, des „besten" Chemikers des südwestdeutschen Raumes ging, verschrieb sich die Versammlung dem Gedanken der Ausweitung der Mitgliederbasis. Ihr schien es offensichtlich untunlich, zwischen Darmstadt oder Karlsruhe etc. zu wählen. Das „sowohl als auch" sollte in diesem Falle die langfristigen Absichten, die Heidelberger Akademie zu einer Akademie des südwestdeutschen Raumes zu machen, am besten verwirklichen helfen. In diesem Sinne bestand zwischen den konträren Forderungen nach Begrenzung und Ausweitung tatsächlich eine unlösbare Spannung. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse entschied sich in Hinblick auf die auswärtigen Gelehrten (zunächst) für die Ausweitung. So läßt sich feststellen, daß die Wahl der auswärtigen Gelehrten durchgängig unter internen wissenschaftlichen und auch wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten erfolgte, während bei Schneider und Krauch gerade äußere wissenschaftspolitische Gründe eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben dürften.

Ein Antrag Erdmannsdörffers vom 18. Januar 1943 auf Zuwahl des Mineralogen und Petrographen Friedrich Karl Drescher-Kaden[640] aus Straßburg zum ordentlichen Mitglied[641] kam nicht zur Ausführung, da Drescher-Kaden auf Anfrage[642] sich angesichts seiner Belastungen „durch die Führung zweier Institute und die

[639] Laut GO(§ 1) war die Versammlung gar nicht beschlußfähig. Ob die geringe Wahlbeteiligung als Protest aufgefaßt werden kann, darf hingegen bezweifelt werden. Die Wahlen wurden in der am gleichen Tage stattfindenden Gesamtsitzung bestätigt **(HAW** 2264).

[640] Zu Drescher-Kaden vgl. Seifert, F., Friedrich Karl Drescher-Kaden. Minnigerode, G.v., Friedrich-Karl Drescher-Kaden.

[641] Erdmannsdörffer an Achelis, 18. Jan. 1943 **(HAW** 211/4). Erdmannsdörffer schildert Drescher-Kaden besonders als mustergültigen Forscher im Bereich der kristallinen Gesteine. Erdmannsdörffers Antrag wird von Wilser unterstützt.

[642] Achelis an Drescher-Kaden, 8. Juni 1943 (ebd.). Die Verpflichtungen der o.M. wurden für die Dauer des Krieges relativiert, d.h. in Ermessen und „Möglichkeit" des betreffenden Mitgliedes gestellt.

Mitarbeit an mehreren kriegswichtigen Forschungsaufgaben" konsequenterweise für die korrespondierende Mitgliedschaft entschied: ,,So erscheint mir, gemessen an dem, was die Akademie billigerweise von ihren Mitgliedern an Mitarbeit erwarten muß, die korrespondierende Mitgliedschaft wenigstens im Augenblick am zweckentsprechendsten".[643] Nach dieser Belehrung in Sachen akademischen Pflichtbewußtseins, die Drescher-Kaden als ehemaligem Präsidenten der Göttinger Akademie wohl zustand, behielt man sich immerhin die Möglichkeit der Umwandlung der korrespondierenden in eine ordentliche Mitgliedschaft vor, sofern die Verhältnisse der Nachkriegszeit dies erlauben würden.[644] Die Haltung Drescher-Kadens war vorbildlich angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der in Kriegszeiten ein Fehlen bei den Sitzungen in Kauf genommen wurde und wohl auch werden mußte.[645] Die Arbeitsleistung der Akademie mußte jedoch unter diesen Bedingungen leiden.

Weitere Anregungen für Zuwahlen gab es nicht mehr. Das mag zu einem guten Teil auf die Kriegsverhältnisse zurückzuführen sein. Die Arbeitsmöglichkeiten der Akademie waren eingeschränkt, potentielle Kandidaten anderweitig gebunden; so erschien es einsichtig, die weitere Personalplanung auf die Nachkriegszeit zu verschieben. Mit den Wahlen des Jahres 1942 hatte die Klasse neben der Aufnahme ideologisch belasteter und somit im Nachhinein auch das Wahlverhalten der Klasse belastender Mitglieder einen bedeutsamen Schritt in der Ausweitung des Mitgliederbestandes unternommen. Die Reiseschwierigkeiten verhinderten jedoch eine wirksame und bleibende Bereicherung, wenn auch alle neugewählten ordentlichen Mitglieder guten Willens waren, sich an der

643 Drescher-Kaden an den Präsidenten der HeidA**W,** 18. Juni 1943 (ebd.).

644 Vgl. Achelis an Drescher-Kaden, 28. Juni 1943 (ebd.). Drescher-Kaden wurde in der Sitzung am 26. Juni 1943 zum **k.M.** gewählt (Achelis an Panzer, 28. Juni 1943; ebd. und **HAW** 2264), die Bestätigung erfolgte mit Erlaß WN 1142, WP 2 (b) des **REM** vom 2. Okt. 1943.

645 Vgl. in diesem Zusammenhang etwa die Ermahnungen Achelis' gegenüber **A.** Schmincke. Achelis an Schmincke, 26. Juli 1943: ,,Ich bin als Klassensekretar immer in der schwierigen Lage auf den satzungsgemässen Anwesenheitszwang hinzuweisen. Aber wir wissen gut, dass einige Herren dienstlich so stark in Anspruch genommen sind, dass ihnen die Teilnahme an der Sitzung nur unter Schwierigkeiten möglich ist. Wenn wir Sie im kommenden Semester einige Male in den Sitzungen begrüssen könnten, würden wir uns sehr freuen" (HAW 223/1).

Arbeit der Akademie durch Vorträge[646] zu beteiligen. In der Nachkriegszeit gingen fast alle dieser auswärtigen ordentlichen Mitgliedschaften (wieder) in korrespondierende über.

Die Wahlen zu korrespondierenden Mitgliedern in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse lassen sich kurz abhandeln. Auf Vorschlag von A. Seybold wählte die Akademie den bedeutenden Hallenser Botaniker Wilhelm Troll zum korrespondierenden Mitglied.[647] Der finnische Physiologe Yrjö Reenpää wurde auf Vorschlag von J. D. Achelis ebenfalls noch 1941 zum korrespondierenden Mitglied gewählt.[648] 1942 erfolgte die Wahl des Mathematikers Paul Koebe aus Leipzig,[649] die trotz seiner Mitgliedschaft in anderen deutschen Akademien durchgeführt wurde,[650] 1943 schließlich die des Mineralogen und Petrographen Friedrich Drescher-Kaden.

[646] Es handelt sich hierbei durchweg um die 1942 neu eingeführte „Antrittsvorlesung". Der Vortrag von Schöpf kam angesichts der Kriegsereignisse nicht mehr zustande (vgl. Schöpf an Achelis, 18. Okt. 1943, ebd.). In den Sitzungsberichten hat nur P. Uhlenhuth seinen Vortrag vom 29. Mai 1943 veröffentlicht („Entwicklung und Ergebnisse der Chemotherapie", SB Math.-nat. Klasse, Jg. 1948, Abh. 3.), wobei allerdings die allgemeinen Probleme der Drucklegung zu berücksichtigen sind.

[647] Seybold an Achelis, 17. Juli 1941 **(HAW** 211/4). Seybold hebt den morphologischen Ansatz der botanischen Forschungen bei Troll hervor, der bes. auch für andere Fachbereiche nutzbar zu machen sei. Troll wurde in der Klassensitzung am 26. Nov. 1941 einstimmig zum **k.M.** gewählt **(HA W** 2264); merkwürdigerweise wurde Troll in der nächsten Klassensitzung vom 17. Dez. 1941 laut Protokoll gleich noch einmal einstimmig gewählt (ebd.). Die Wahl wurde mit Erlaß WN 2319/41 **WP** 5 (b) vom 20. Jan. 1942 vom **REM** bestätigt **(HAW** 211/4).

[648] Die Wahl erfolgte in der Sitzung vom 17. Dez. 1941 (HAW 2264) ebenfalls einstimmig. Die Bestätigung durch das REM erfolgte mit Erlaß WN Nr. 156, WU (b) vom 7. Mai 1942 (HAW 211/4).

[649] Den Wahlantrag stellte U. Wegner (Wegner an Achelis 23. Jan. 1942; ebd.) als Ehrung eines Wissenschaftlers von „Weltruf' zu seinem 60. Geburtstag. Wegner hebt Koebes „richtungsweisende Untersuchungen, insbesondere auf dem Gebiet der Funktionentheorie" hervor. P. Koebe wurde in der Klassensitzung am 9. Mai 1942 einstimmig zum k.M. gewählt (HAW 2264). Die Bestätigung erfolgte mit Erlaß des REM WN Nr. 860/42 WP 3 vom 7. Juli 1942 (HAW 211/4); die Mitteilung seiner Wahl erreichte Koebe erst mit Schreiben vom 20. Jan. 1943 (Achelis an Koebe, ebd.)!

[650] Vgl. Achelis an Wegner, 27.Jan.1942 (ebd.). Es „bestand bisher der Usus, dass die Mitglieder anderer deutscher Akademien nicht auch noch zum Mitglied der Heidelberger Akademie gewählt wurden. Es ergibt sich sonst nämlich in abseh-

Besonders aufschlußreich sind wiederum die Fälle, in denen eine beabsichtigte Wahl nicht zustande kam oder nicht bestätigt wurde. Aus eher technischen Gründen versagte das Reichserziehungsministerium die Bestätigung der Wahl des finnischen Geologen und Mineralogen Pentti Eskola zum korrespondierenden Mitglied im Jahr 1942. Eskola war von Erdmannsdörffer als führender Erforscher des kristallinen Grundgebirges und als „guter Freund Deutschlands" zur Aufnahme in die Akademie vorgeschlagen worden.[651] Das Reichserziehungsministerium versagte der Wahl jedoch seine Zustimmung, da Eskola - ebenfalls im Jahr 1942 - bereits von der Preußischen und Wiener Akademie gewählt worden war. ,,Es erscheint daher nicht angebracht, auch noch die Wahl ... zum korrespondierenden Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zu bestätigen".[652] Das war dem Reichserziehungsministerium zuviel an Ehrungen für einen ausländischen Wissenschaftler. Während jedoch die Aufnahme finnischer Gelehrter grundsätzlich positiv behandelt wurde, zeigte das Reichserziehungsministerium gegenüber anderen Gelehrten deutliche Reserven. Die Wahl des in Utrecht tätigen deutschen Chemikers F. Kögl war vom Reichserziehungsministerium 1939 zurückgewiesen worden.[653] Im November 1940 rollte die Akademie „bei den jetzt veränderten Verhältnissen in Holland" den Fall Kögl noch einmal auf. Man wünschte Aufklärung über die Gründe, die zur Ablehnung der Wahl geführt hatten. Gegebenenfalls „würde die Akademie sich erlauben[,] einen Antrag auf nochmalige Nachprüfung der Angelegenheit zu stellen".[654]

Eine Reaktion des Ministeriums auf diesen Antrag ist in den Akten nicht nachzuweisen. Vielleicht kann ein paralleler Fall einigen Aufschluß bringen: Am 30. September 1941 teilte Achelis beim Reichserziehungsministerium mit, daß die Heidelberger Akademie

barer Zeit der merkwürdige Zustand, dass wir alle Mitglieder in fünf bis sechs Akademien sind ...".

651 Erdmannsdörffer an Achelis, 10. März 1942, (ebd.). Der Antrag wurde von J. Wilser unterstützt. Durch ein Versehen verzögerte sich die Wahl bis zum Winter d.J. (Achelis an Erdmannsdörffer, 13. Okt. 1942; ebd.). Sie erfolgte schließlich in der Klassensitzung vom 2. Dez. 1942 (HAW 2264).

652 Erlaß des REM, WN Nr. 68/43, WU (b) vom 6. Febr. 1943 (HAW 211/4). Die Wahl Eskolas wurde schließlich 1948 nachgeholt.

653 Siehe oben 398f.

654 HeidAW (Achelis) an BMKU, 13. Nov. 1940 (HAW 211/4).

erwogen habe, den Groninger Physiologen Buitendijk zum korrespondierenden Mitglied der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zu wählen. ,,Die wissenschaftlichen Leistungen Buitendijks würden das ohne weiteres rechtfertigen." Vorsichtig geworden, fragte die Akademie nun aber zunächst beim Ministerium an, ob mit einer Bestätigung der Wahl Buitendijks durch das Ministerium zu rechnen sei.[655] Etwaige Bedenken der Akademie waren allein auf Fragen seiner Abstammung fixiert. Politische Vorbehalte schienen ihrem Denken dagegen fremd zu sein. Der Erlaß des Reichserziehungsministeriums[656] teilte der Akademie nur mit, daß mit einer Bestätigung nur gerechnet werden könne, ,,wenn die Fragen der arischen Abstammung und der politischen Haltung des Genannten gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland geklärt sind." Die Akademie hatte mit ihrer Anfrage eine Art Unbedenklichkeitserklärung erwartet, wurde unmißverständlich aber nur auch auf die politische Dimension einer solchen Wahl hingewiesen. Es spielte für das Reichserziehungsministerium dabei offensichtlich keine Rolle, daß der Kandidat Buitendijk durch Achelis, einen ehemaligen Referenten am Reichserziehungsministerium, selbst zur Wahl vorgesschlagen worden war, und auch Kögl hatte sich der Unterstützung der parteitreuen Mitglieder der Akademie, darunter selbst des „Vorzeigewissenschaftlers" Richard Kuhn, erfreuen können.

Da der Akademie jedoch an einer Klärung der Frage gelegen war, unternahm sie einen Vorstoß beim Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts, die strittigen Abstammungs- und politischen Fragen bereits vor der Wahl zu klären,[657] nicht ohne auf den Schaden hinzuweisen, den eine Nichtbestätigung einer Wahl anrichten könne. Am 30. Juni 1942 teilte das Reichserziehungs-

655 Achelis an REM, 30. Sept. 1941 (ebd.).

656 REM an BMKU (Abschrift) WN Nr. 1955, WU vom 3.Nov.1941, mit Erlaß Nr. E 14787 durch das BMKU an die Heidelberger Akademie am 19.Nov.1941 mitgeteilt (ebd.). Eine Entscheidung behielt sich das REM nach Vollzug der Wahl vor. Demnach wäre die Akademie gezwungen, das Risiko einer Ablehnung bei einer Wahl einzugehen, was gerade doch vermieden werden sollte.

657 HeidAW an BMKU, 19. Dez. 1941 (ebd.). Am 28. Apr. 1942 erinnerte Achelis noch einmal an seine Anfrage (Achelis an BMKU, 28. Apr. 1942, ebd.). Am 6. Mai 1942 teilt das REM schließlich mit, daß über Reichsminister Seyß-lnquart Erkundigungen über die „arische Abstammung" Buitendijks eingezogen würden (REM an BMKU, 6. Mai 1942, Nr. WN 157, WU, ebd.).

ministerium schließlich mit, daß Buitendijk „für eine Ehrung, die er übrigens wahrscheinlich gar nicht annehmen würde, nicht in Frage kommt." Gründe wurden nicht genannt, immerhin wurde als Gewährsmann der „Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Generalkommissar für Verwaltung und Justiz usw." Seyß-Inquart namhaft gemacht.[658] Politische Gründe für die Ablehnung einer Bestätigung waren offensichtlich. Die Besatzungspolitik in den Niederlanden ließ eine wissenschaftliche Ehrung seitens einer angesehenen wissenschaftlichen Institution des Reiches untunlich erscheinen. Die problematischen politischen Beziehungen zu den Niederlanden dürften auch bereits bei der Ablehnung des deutschen Gelehrten Kögl von Bedeutung gewesen sein.

Trotz der gebotenen Rücksichtnahme auf politische Gründe, blieb die Akademie in ihren Klassen die eigentliche Wahlinstitution: Einflußmöglichkeiten des Reichserziehungsministeriums auf die Wahl neuer Mitglieder waren trotz der „Vereinbarungen" vom Sommer 1937[659] nicht gegeben. Wie wenig sich das Vorschlagsrecht der Regierung auswirkte, zeigt ein exemplarischer Fall in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Wie die Anregungen nach Wahl deutscher Gelehrter der Prager Universität nicht beachtet wurden, so lehnte die Akademie eine Wahl des jugoslawischen Physikers Stjepan Mohorovici6[660] zum korrespondierenden Mitglied strikt ab: Alle Gutachter der Klasse - Bothe, Becker, Vogt, Bergius - kamen einstimmig zu der Ansicht, daß die Arbeiten des Vorgeschlagenen „einen ganz überwiegend spekulativen Charakter" trugen und „keine wissenschaftliche Leistung" darstellten.[661] Die Abfuhr durch die Akademie stellte geradezu eine Düpierung der Absichten des Reichserziehungsministeriums dar. Auch hier entschied die Klasse unabhängig von der Parteizugehörigkeit allein nach sachlichen Gesichtspunkten im Interesse der Akademie. Die Wahlfreiheit der Akademie blieb gewahrt, und es gab auch keine Versuche des Reichserziehungsministeriums (wie etwa

[658] REM an BMKU, 30 Juni 1942, WN 800/42 WS (ebd.).

[659] Vgl. oben 449f.

[660] Vgl. die Anregung des REM an die HeidAW, 14. Dez. 1940 (WU Nr. Mohorovicic 4; HAW 211/4). Die Ehrung sollte „auf Grund seiner wissenschaftlichen Leistungen" erteilt werden.

[661] Bothe an Achelis, 2. Jan. 1941 (ebd.). Vgl. auch - die Beurteilung Bothes aufgreifend - Achelis an REM, 25. Jan. 1941 und 5. Mai 1941 (ebd.).

in Berlin),[662] diese anzutasten. Das Reichserziehungsministerium konnte allein Wahlen verhindern, jedoch nicht initiieren.

5.2. Die Wahlpolitik der Philosophisch-historischen Klasse nach 1940.

Ein Blick auf die Verhältnisse der Philosophisch-historischen Klasse vermag die bei der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse konstatierten Ergebnisse zu befestigen bzw. zu differenzieren. Die Philosophisch-historische Klasse wählte von 1940 bis 1944 dreizehn neue ordentliche Mitglieder, veranlaßte also ebenfalls eine außerordentlich starke Umwandlung des Mitgliederbestandes, so daß, deutlicher noch als in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, seit Mitte der 30er Jahre eine nach außen fast vollständig verwandelte Klasse in Erscheinung trat. Den Weg über Heidelberg hinaus suchte die Philosophisch-historische Klasse erst ein Jahr später als die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse und auch in bescheidenerem Umfange. Auch hier dürften die Zeitverhältnisse Hauptursache dafür gewesen sein, daß nur drei auswärtige Gelehrte, alle 1943, zu ordentlichen Mitgliedern der Klasse gewählt wurden. Charakteristisch ist ferner, daß seit 1940 mit drei Ausnahmen, von denen zwei aufgrund ihres auswärtigen Wohnsitzes erst jetzt überhaupt zur Wahl gestellt werden konnten, wieder sehr junge Gelehrte gewählt wurden, mit denen sich die Hoffnung auf eine aktive Mitarbeit in der Akademie verband.

Den Reigen eröffneten 1940 zwei Altertumswissenschaftler. Der Althistoriker Fritz Schachermeyr[663] war von dem Archäologen A. von Salis zur Aufnahme in die Akademie vorgeschlagen worden: „Wie ich Ihnen neulich schon sagte, lässt sich Schachermeyr auf die Dauer doch nicht übergehen ... Er verdient die Aufnahme doch wohl, auch wenn er gewiss manchem von uns nicht recht »liegt«".[664] Die Anregung wurde wissenschaftlich abgesichert

[662] Vgl. Hartkopf, **W.,** Die Akademie der Wissenschaften der **DDR,** 117. Auch in der Bay**AW** kam es unter Druck der Behörden seit 1940 zu aufgezwungenen Wahlen (vgl. Meißner, **W.,** Die schwierige Lage der Akademie, 37).

[663] Zu Schachermeyr vgl. seine Autobiographie Ein Leben zwischen Wissenschaft und Kunst, darin nur sehr oberflächlich und anekdotenhaft über seine Heidelberger Zeit (155-159). Vgl. ferner Dobesch, G., Fritz Schachermeyr. Alföldy, G., Die Alte Geschichte in Heidelberg, 224f.

[664] A.v. Salis an Panzer, 23. Nov. 1939 (**HAW** 322/3). Der Vorschlag wurde in der Sitzung der Klasse am 13. Dez. 1939 eingebracht (ebd.).

durch zwei Fachgutachten prominenter Althistoriker.[665] Sowohl Walter Otto[666] als auch Matthias Gelzer[667] empfahlen aus wissenschaftlichen Gründen eine Wahl Schachermeyrs. Dennoch lagen Bedenken gegen Schachermeyr vor, die bei Gelzer und vor allem bei von Salis selbst angedeutet wurden. Diese Bedenken dürften sich weniger gegen Schachermeyrs „Urwüchsigkeit" als gegen dessen politische Einstellung gerichtet haben,[668] die im Jahre 1940 Ausdruck gefunden hatte in einem Werk wie „Lebensgesetzlichkeit in der Geschichte. Versuch einer Einführung in das geschichtsbiologische Denken."[669] Das wissenschaftliche Argument überwog schließlich doch bei der Wahlentscheidung der Akademie.

Der Altphilologe Hildebrecht Hommel[670] war von Karl Meister

[665] Die Akademie war nach dem Ausscheiden Täublers ohne Althistoriker unter ihren o.M. Daß nicht die Freiburger Gelehrten Kolbe und Fabricius, beide ao.M. bzw. **k.M.** der Akademie, gefragt wurden, liegt allein an der nach seinen persönlichen Beziehungen getroffenen Wahl der Gutachter durch v. Salis.

[666] Der Brief Ottos vom 18. Nov. 1939 an v. Salis ist in Abschrift dem Schreiben v. Salis' an Panzer vom 23. Nov. 1939 beigegeben (HAW 311/3). Otto kritisierte darin die Publikationswut Schachermeyrs, die ihn bereits zu manchem Fehlurteil hingerissen habe; ,,er scheint mir aber jetzt sehr viel solider und besonnener geworden sein". Übereinstimmend mit Gelzer rühmte er Schachermeyrs breite Kenntnisse, die es ihm auch erlaubten, die archäologischen und altorientalischen Quellen in seine Forschungen einzubeziehen.

[667] Gelzer an v. Salis, 20.Nov.1939 (ebd.). Gelzer urteilt u.a. ,,... mir scheinen seine Darlegungen vernünftig, und wir brauchen dringend solche Leute, welche die Bodenforschung in Geschichte übersetzen können. Er gehört ja wohl nicht zur akademischen 'Nobilität', dafür besitzt er noch die naive Urwüchsigkeit, die sich die Bewältigung der größten Stoffmassen zutraut."

[668] Vgl. dazu bes. Losemann, V., Nationalsozialismus und Antike, 47f.; vgl. auch Dobesch, G., Fritz Schachermeyr, 422, der kurz die Entlassung Schachermeyrs aus dem Staatsdienst 1945 beschreibt und seine Hinwendung zur Kirche „als Abkehr von seinen früheren politischen Irrtümern" interpretiert. Schachermeyr deutete seinen „politischen Irrtum" selbst religiös aus dem Fehlen „einer höheren Lenkung" (!).

[669] Vgl. dazu die Besprechung von Fritz Taeger in: Gnomon 18, 1942, 184f. Für Schachermeyr ging es hier vor allem darum, die Antike von den Erkenntnissen der Rassenkunde her zu interpretieren. Vgl. dazu bes. Losemann, V., Nationalsozialismus und Antike, 98ff Bereits 1933 hatte Schachermeyr unter gleichen Prämissen die Schrift „Die nordische Führerpersönlichkeit im Altertum" veröffentlicht.

[670] Zu Hommel vgl. dessen autobiographische Skizze über eine Teilperiode seines Lebens „Würzburger Bibliothekserinnerungen"; vgl. ebenso auch die Einführung von Mälzer, G., Hildebrecht Hommel zum 85. Geburtstag.

zur Wahl vorgeschlagen worden.[671] Das Bedürfnis nach einem weiteren Altphilologen läßt sich durch das Alter Meisters und die Passivität Regenbogens in der Akademie begründen. Wie Schachermeyr war auch Rommel politisch „sehr rührig".[672] Rommel und Schachermeyr wurden in der Klassensitzung am 3. Februar 1940[673] gewählt.

Wenige Tage nach dieser Wahl schlugen die Juristen Engisch und Bilfinger gemeinsam mit C. Brinkmann die Wahl des Privatrechtlers Eugen Ulmer[674] in die Akademie vor.[675] Die Wahl Ulmers wurde als ein „dringendes Bedürfnis" dargestellt. Sie wurde verhältnismäßig schnell vorangetrieben, wobei andere, schon länger vorgeschlagene Kandidaten zurückgestellt wurden.[676] Ulmer wurde in der Klassensitzung am 25. Mai 1940 einstimmig gewählt.[677]

Die Wahl eines weiteren Rechtswissenschaftlers führte zu einer in der Heidelberger Akademie bis dahin ungekannten Konzentration staatswissenschaftlicher und praktisch ausgerichteter Disziplinen. Gerade auch ein Privatrechtler wie Ulmer war mit aktuellen Fragen des Rechts befaßt. Seine Wahl stützte die Tendenz, die bereits bei den Wahlen Bilfingers und Engischs beobachtet wurde,

671 Vgl. dazu v. Salis an Panzer, 23.Nov.1939 (HAW 311/3), ferner Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 13. Dez. 1939 (ebd.).

672 So Otto an v. Salis, 18. Nov. 1939 (ebd.). Zu Hammels politischer Einstellung und ideologischer Ausrichtung vgl. insbes. auch dessen Schrift **H.** St. Chamberlain und die Griechen. Hommel selbst freilich betrachtete sich keineswegs als Parteigänger; seine Mitgliedschaft in einer SA-Formation erklärte er als Automatismus durch Überführung einer Frontkämpferorganisation des I. Weltkrieges, dessen Mitglied er war, in die SA-Reserve (vgl. Hommel, **H.,** Würzburger Bibliothekserinnerungen, 15), mit der nur harmloser Dienst verbunden gewesen sei (ebd., 15, 22).

673 Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 3. Febr. 1940 **(HAW** 311/3). Bei neun anwesenden Mitglieder erfolgte die Wahl einstimmig. Sie wurde in der Gesamtsitz. am 17. Juli 1940 von der Gesamtakademie bestätigt (Panzer hatte die Bestätigung der Math.-nat. Klasse bereits in der Gesamtsitz.vom 17. Febr. 1940 herbeiführen wollen, vgl. Panzer an Achelis, 5. Febr. 1940; **HAW** 311/4. Vgl. auch Jh. 1940/41, 3). Die Bestätigung durch das REM erfolgte am 14. Sept. 1940 mit Erlaß WN 1433, **WP** (b) **(HAW** 311/4).

674 Zu Ulmer vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 274; ferner Fikentscher, **W.,** Eugen Ulmer.

675 Schreiben an die Phil.-hist. Klasse (z.Hd. Panzer), 7. Febr. 1940 **(HA W** 311/4).

676 Es handelte sich hier um die Vorschläge Kienast und Sprater.

677 Prot. Sitz. vom 25. Mai 1940 (HAW 311/3). Die Bestätigung durch das REM erfolgt ebenfalls am 14. Sept. 1940 mit Erlaß WN 1433, WP (b) (HAW 311/4).

nämlich der wachsenden Bedeutung juristischer Fragestellungen und Anforderungen in der und an die Akademie Rechnung zu tragen. Die Wandlungen der Zeit und die bereits abgeschlossenen oder noch bevorstehenden Strukturveränderungen der Akademien betrafen den Kern und die Existenz der Akademien. Die Kenntnis und Mitwirkung eben nicht der Rechtstheoretiker, sondern der im praktischen Umgang mit dem Recht vertrauten Juristen wurde so zu einem besonderen Bedürfnis und Erfordernis der Akademie. Die Politisierung des Lebens verlangte eine Reaktion der Akademie, die sich auch in der Bereitstellung juristischer Argumentationshilfen äußerte.

Während bei den drei Wahlen des Jahres 1940 Bedenken gegen die politische Haltung der Kandidaten oder die Bewertung der von ihnen vertretenen Disziplinen in den Hintergrund traten, drohte die Wahl des Germanisten Richard Kienast[678] zu einem Politikum zu werden. Die Wahl Kienasts war bereits in der Klassensitzung vom 13. Dezember 1939 durch den Volkskundler und NS-Wissenschaftler Eugen Fehrle vorgeschlagen worden.[679] Die Absicht, Kienasts Kenntnisse dem Inschriftenwerk zunutze zu machen, dürfte hier der bestimmende Faktor des Vorschlages gewesen sein.[680] Die Anregung Fehrles wurde jedoch zunächst in der Klasse nicht weiterverfolgt. Erst in der Sitzung vom 22. Februar 1941 wurde Kienast schließlich - mit einjähriger Verspätung - einstimmig zum ordentlichen Mitglied gewählt.[681] Zum „Fall Kienast" und zum Konflikt mit der Universität kam es, weil R. Kienast vorzeitig

[678] Zu Kienast vgl. Stutz, E., Richard Kienast, 293f. Dies., Richard Kienast zum Gedenken. Kienast war seit dem 1. Apr. 1933 Mitglied der NSDAP; seit 1. Aug. 1938 war er Ordinarius für deutsche Philologie in Heidelberg als Nachfolger Panzers (vgl. dazu Vezina, B., Gleichschaltung, bes. 141). Kienasts Ernennung zum Ordinarius war mit der Begründung verzögert worden, er habe „in der letzten Zeit eine aktive Mitarbeit in der Bewegung ... vermissen lassen".

[679] Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 13. Dez. 1939 (HAW 322/3).

[68°] Kienast sollte nach dem Rücktritt Panzers auch die Leitung des lnschriftenunternehmens übernehmen, was er jedoch ablehnte (vgl. Engisch an Kienast, 12.Nov.1951 und die Antwort Kienasts vom 14.Nov.1951, HAW 34130/2).

[681] Prot. Sitz. vom 22. Febr. 1941, (HAW 322/3). Die Bestätigung der Gesamtakademie erfolgte in der Sitzung am 3. Mai 1941 (HAW 143/4); vgl. auch Panzers Mitteilung an das REM vom 7. Mai 1941 (HAW 311/4 und Jh. 1940/41, 15). Die Bestätigung des REM erfolgte mit Erlaß WN Nr. 967, WP 3 (b) vom 12. Juni 1941 (HAW 311/4).

von seinem Dekanat zurücktrat,[682] nachdem es verschiedentlich zu Auseinandersetzungen mit E. Krieck gekommen war.[683] Der Rücktritt Kienasts vom Dekanat darf in seiner politischen und ideologischen Bedeutung nicht unterschätzt werden. Wiewohl Parteigenosse seit 1933, hatte sich R. Kienast „desillusioniert" von der aktiven Mitarbeit zurückgezogen,[684] seine Vorlesungs-Ankündigungen und Veröffentlichungen zeigten keinerlei Zugeständnisse an die nationalsozialistische Ideologie.[685] Der Rektor der Universität hatte offenbar die Wahl Kienasts, die in einen Zusammenhang mit dem Rücktritt vom Dekanat gerückt wurde, als einen Affront der Akademie gegen die Universität gewertet, zumal offensichtlich noch andere nicht weiter benannte „Beschwerdepunkte" vorlagen. Mit dem Hinweis, daß kein zeitlicher Zusammenhang zwischen der Wahl Kienasts zum ordentlichen Mitglied und dessen Rücktritt vom Dekanat bestehe, Kienast zudem von Fehrle vorgeschlagen worden sei, konnte Achelis die Einwände der Rektors abwehren.[686]

Unproblematisch gestaltete sich die Wahl des Rechtshistorikers Hermann Krause[687] zum ordentlichen Mitglied der Akademie. Nach dem Tode von Künßbergs benötigte die Akademie dringend einen Rechtshistoriker, zumal er auch Leitungsfunktionen beim Deutschen Rechtswörterbuch[688] übernehmen sollte, das als Unter-

[682] Zum Dekanat Kienasts (1.Apr.1941 - 31. März 1942) vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 144f.

[683] Die Auseinandersetzung ging „u.a. um die Vertretung des romanistischen Lehrstuhls durch einen Ausländer, den Schweizer Gerhard Hess" (Buselmeier, K., Von deutscher Art, 73), der schließlich nach dem Krieg doch nach Heidelberg berufen wurde.

[684] Ebd.

[685] Dies wurde für Kienasts Tätigkeit in Forschung und Lehre wie als Dekan von Otto Regenbogen und Gerhard Hess 1946 bzw. 1947 bestätigt und hervorgehoben (vgl. ebd.).

[686] Achelis an Rektor der Universität (Schmitthenner), 1. Dez. 1942 (Entwurf), **HAW** 6311.

[687] Zur Berufung Krauses nach Heidelberg als Nachfolger von H. Mitteis vgl. Vezina, B., Gleichschaltung, 129f. Krause war Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1933; er war Dekan der Jur. Fak. vom 1. Okt. 1937 - 30. Sept. 1939.

[688] Zur Geschichte des Deutschen Rechtswörterbuches vgl. Blesken, H., Das Deutsche Rechtswörterbuch. Dickei, G./Speer, **H.,** Deutsches Rechtswörterbuch, 20-30. Laufs, A., Das Deutsche Rechtswörterbuch - ein Jahrhundertunternehmen. Das Interesse der Akademie, eines ihrer Mitglieder mit der Leitung des Rechtswörterbuches zu beauftragen, wurde im Prot. Sitz. vom 13. Dez. 1941 sehr deutlich ausgedrückt. Die Bereitschaft Krauses, sich für das

nehmen der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Heidelberg angesiedelt war. Die wissenschaftliche Qualifikation Krauses wurde von den Antragstellern[689] sehr günstig beurteilt. Seine Wahl erfolgte in der Klassensitzung vom 11. Februar 1942.[690]

In mancher Hinsicht bedeutsamer als die vorausgegangenen sind die Wahlereignisse seit Ende des Jahres 1942. Dabei bewegte sich die Wahl des Klassischen Archäologen Reinhard Herbig[691] völlig in den gewohnten Bahnen. Mit ihm wurde als Nachfolger des in die Schweiz zurückgekehrten Arnold von Salis[692] wieder der Vertreter eines „klassischen" Akademiefaches gewählt.[693]

Aufmerksamkeit verdient die Wahl des bereits 66jährigen Psychologen Willy Hellpach,[694] und dies sowohl unter fachspezifischen wie politischen Gesichtspunkten. Als aktiver Politiker[695] war

Rechtswörterbuch einzusetzen, wurde von Engisch besonders betont, auch das Interesse der Akademie „an dem Verbleib des Rechtswörterbuches in Heidelberg" (HAW 322/3).

689 Es waren dies Bilfinger, Engisch und Panzer; vgl. dazu das Schreiben an die HeidAW vom 8. Dez. 1941 (HAW 311/4).

690 Prot. Sitz. vom 10.Jan.1942 (HAW 322/4) und Prot. Sitz. vom 11. Febr. 1942 (HAW 143/4). Die Bestätigung durch das REM erfolgte am 23. März 1942 per Erlaß WN Nr. 355, WP 2 (b) (HAW 311/4). Vgl. auch Jh. 1941/42, 8f.

691 Zu Herbig vgl. Kraus, Th., Reinhard Herbig. Vgl. auch Jh. 1961/62, 62. NDB 8, 1969, 584-585 (G. Baader).

692 A.v. Salis war 1940 einem Ruf nach Zürich gefolgt (Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 230).

693 Herbig war durch Meister, Preisendanz und Wahle am 7. Nov. 1942 zur Wahl vorgeschlagen worden **(HAW** 311/4). Die Wahl erfolgte in der Klassensitzung am 14. Nov. 1942 **(HAW** 322/4), die Bestätigung durch die Gesamtakademie ebenfalls einstimmig in der Sitzung vom 2. Dez. 1942 **(HAW** 143/4). Die Bestätigung durch das REM erfolgte mit Erlaß WN Nr. 61/43 WP 3 (b) vom 1. Febr. 1943.

694 Zu Hellpach vgl. den Nachruf von H.-G. Gadamer in Jh. 1955/56, 26-28. Gundlach, H., Willy Hellpach zum Gedächtnis. Ders., Willy Hellpach. Attributionen. Lankenau, K., Willy Hellpach. Vgl. bes. auch Hellpachs autobiographische Aufzeichnungen Wirken in Wirren, die bis in das Jahr 1925 reichen. Führ, Ch./ Zier, H.G. (Hgg.), Hellpach-Memoiren 1925-1945. Vgl. dazu die Besprechung von Wolgast, E., Der demokratische Bürger als Politiker. Die biographischen Angaben vgl. bei Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 107f. Vgl. ferner NDB 8, 1969, 487-488 (W. Witte).

695 Hellpach war badischer Minister des Kultus und Unterrichts vom 7. Nov. 1922-26. Dez. 1925, badischer Staatspräsident 1924-1925, Mitglied des Reichstags 1928-1930 und 1925 Kandidat der DDP im 1. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl als Gegner Hindenburgs (vgl. Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 108). Hellpach war politisch Nonkonformist und auch in der eigenen Partei (DDP) in zuneh-

Hellpach ein Vertreter des verhaßten „Weimarer Systems" und, als Folge seines politischen Engagements, einer der bekannteren Professoren der Heidelberger Universität. Hellpach, wiewohl in seiner Lehrtätigkeit unangetastet,6[96] konnte kein dem Regime angenehmer Kandidat sein.[697] Daß es nicht zum Konflikt mit dem Reichserziehungsministerium über diese Wahl kam, lag vielleicht daran, daß Hellpach bei seiner Wahl bereits emeritiert war. Doch bei der Wahl Hellpachs tat sich die Akademie nicht leicht. Das lag zum einen in den Risiken, die sich aus der Person des Kandidaten ergaben. Die Sorge, keine Bestätigung für die Wahl zu erhalten, mag so als Motiv für die Verzögerung der Wahl einleuchten. Erheblicher als eine etwaige Furcht vor politischen Konsequenzen war aber ein fachspezifisches Problem: Welcher Klasse sollte Hellpach zugeordnet werden? Von der Psychiatrie ausgehend, stand Hellpach in enger Berührung zur Medizin. Wie bei Jaspers oder Driesch war aber auch bei Hellpach der Drang zur Philosophie entscheidend für seine Neigung zur Philosophischen Fakultät. Obgleich also Hellpach seit 1926 der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg als Dozent angehörte, war die Unsicherheit der Akademie über seine „Zuordnung" bezeichnend.[698] Dabei stand die Praxis-

mendem Maße ein Außenseiter. Seine Vorstellungen einer konservativen Demokratie (vgl. zuletzt Hellpach, W., Pax Futura) als Konsequenz des Nationalsozialismus wie des politischen Scheiterns der Weimarer Republik fanden wenig Widerhall.

696 Hellpach wurde noch 1942 zum Direktor des Psychologischen Instituts der Universität Heidelberg ernannt (Drüll, **D.,** Gelehrtenlexikon, 108).

697 In seinem Buch „Politische Prognose für Deutschland", dessen Verbreitung nach 1933 verboten wurde, formulierte Hellpach „eine entschiedene Absage an die Rassenideologie, den Nationalismus und den Antisemitismus" (Lankenau, **K., Willy** Hellpach, 372). Zu Hellpachs Einstellung zum Nationalsozialismus vgl.jetzt Führ, Ch./Zier, H.G. (Hgg.), Hellpach-Memoiren 1925-1945, 185-237, 265-288. Vgl. auch Gundlach, H., Willy Hellpach. Attributionen und Lankenau, K., Willy Hellpach, 373 ff

698 Die Problematik der Zugehörigkeit drückt sich auch in der Würdigung des Universalgelehrten Hellpach durch Gadamer aus: „Er war eine enzyklopädische Natur ... Arzt, Naturforscher und Sozialforscher in einer Person mußte ihn reine wissenschaftliche Erkenntnis immer zugleich in die Praxis des ärztlichen und politischen Lebens hineinführen und ihm in der weitesten Öffentlichkeit ein hohes Ansehen verschaffen" (Jh. 1955/56, 28). Die Vielseitigkeit Hellpachs, die letztlich diese Unsicherheit der Zuordnung ausmachte, ist auch Gegenstand eines Sammelbandes, der anläßlich seines 70. Geburtstages Hellpach als Arzt und Naturwissenschaftler, als Psychologe und als Denker zu würdigen

orientierung und Öffentlichkeitswirkung des Hellpachschen Forschungsansatzes in einem gewissen Gegensatz zu dem - allerdings längst aufgeweichten - Akademieideal der „reinen" Wissenschaft. Bereits im Januar 1933 war in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse die Frage einer Wahl Hellpachs aufgeworfen worden.[699] Eine Nominierung zur Wahl erfolgte jedoch nicht, da auch damals die Zuordnung Hellpachs zu einer Klasse Schwierigkeiten bereitete, letztlich aber wohl doch die Philosophisch-historische Klasse für zuständig befunden wurde. 1941 wurde Hellpach als ordentliches Mitglied ins Gespräch gebracht,[700] ohne daß jedoch die Angelegenheit weiter verfolgt wurde, da Panzer Schwierigkeiten hinsichtlich einer Wahl andeutete;[701] er befürchtete, daß Hellpach doch zu einer „Belastung für die Akademie" werden könnte. Schließlich wurde Hellpach im Januar 1943 erneut in Vorschlag gebracht.[702] Ernst Hoffmann teilte mit, ,,daß Herr H[ellpach] es als

suchte. Vgl. dazu die einführenden Beiträge in Universitas Litterarum von Oehme, C., Willy Hellpach und die praktische Heilkunde. Rudder, B. de, Arzt auf naturwissenschaftlichem Grenzland. Wellek, A., Willy Hellpachs Werk als Psychologe. Witte, W., Willy Hellpach als Denker. Die Aufsatzsammlung selbst ist eindrucksvolles Zeugnis dieser unglaublichen Vielfalt geisteswissenschaftlich verstandener Forschungen, die die Psychologie in Beziehung setzte zu allen Bereichen menschlichen Handelns und Denkens (vgl. dazu auch die sachlich gegliederte Bibliographie der wissenschaftlichen Schriften Hellpachs, ebd., 376-381).

699 Liebmann an Ernst, 20. Jan. 1933 (HAW 211/3). Vgl. den Notizzettel Ernsts für die Sitzung am 3. Febr. 1933 und Notizen auf der Einladung zur Sitzung vom 26. Jan. 1933 (HAW 22217).

700 Hommel an Panzer, 3. Febr. 1941 (HAW 3191; HAW 311/4; HAW 115/PA Hellpach). Hommel ging davon aus, daß Hellpachs „wissenschaftliche Qualitäten über allen Zweifel erhaben" seien. Aber auch er kalkulierte im politischen Bereich begründete „etwa entgegen stehende Bedenken oder Befürchtungen" ein. Hommel bemühte sich daher, Hellpach der neuen Zeit entgegenkommende Eigenschaften zuzusprechen: ,,Herr Hellpach geht so verständnisvoll mit der Zeit und ist ein so guter und anregender Kamerad, daß er auch in politischer Hinsicht nicht als Belastung für die Akademie wird angesehen werden können, wo sachliche Beurteilungsgesichtspunkte walten."

701 Panzer an Hommel, 23. Febr. 1941 **(HAW** 311/4; auch **HAW** 3191)

702 Hoops, Meister und Hoffmann an Panzer, Jan. 1943 **(HAW** 311/4). In der Sitzung vom 3. Febr. 1943 wurde die Kandidatur Hellpachs auch ausdrücklich von Fehrle und Panzer unterstützt **(HAW** 322/5). Hoffmann erwartete von Hellpach „eine Arbeit über das moselfränkische Gesicht des Nikolaus von Cues" (ebd.).

eine Kränkung empfunden habe, daß die Akademie bisher an ihm vorüberging".[703]

Hellpach fühlte sich tatsächlich der Akademie außerordentlich verbunden, was sich u.a. in einer Reihe von Studien kundtat, die er in den Sitzungsberichten der Akademie veröffentlichte.[704] Seine Wahl könnte so auch als eine Art „Wiedergutmachung", der späten Ehrung eines berühmten Gelehrten verstanden werden. Hellpach war der erste - und bis heute der einzige - Psychologe, der Mitglied der Heidelberger Akademie wurde. Die Praxisorientierung der Psychologie und ihre Anwendung in der Politik - beides von Hellpach selbst vertreten - ließen diese Disziplin zu einem Außenseiter des Fächerkanons der Akademien werden, zumal gerade im Nationalsozialismus die angewandte Psychologie eine hohe Wertschätzung und Ausweitung erfuhr.[705] Die von Hellpach besonders betriebene und geförderte „Völkerpsychologie" ging aber auch weit über den praktisch-anwendungsorientierten Ansatz hinaus.[706] So war es

[703] Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 3. Febr. 1943 (ebd.). Die Verstimmung Hellpachs über seine Nichtberücksichtigung ist durchaus „verständlich" angesichts des ausgeprägten Geltungsbedürfnisses Hellpachs (vgl. dazu etwa die Charakterisierung durch Franz Böhm Ende 1945 in: Lankenau, K., Willy Hellpach, 375).

[704] Vgl. Das fränkische Gesicht. SB HeidA**W,** Math.-nat. Klasse, Jg. 1921, Abh. 14. 2. Mitteilung zur Physiognomie der deutschen Volksstämme. SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1925, Abh. 6. Dritte Mitteilung zur Statistik und Dynamik der deutschen Stammesphysiognomie. SB HeidA**W,** Math.-nat. Klasse, Jg. 1931, Abh. 7. In seinem Dankschreiben an die Akademie vom 27. Mai 1943 **(HAW** 115/PA Hellpach) legte er sein Akademieverständnis dar. Für ihn waren die Akademien „eine auch heute und künftig unentbehrliche Form der Gelehrten Körperschaft ..., mit denen allein bestimmte, sehr wesentliche Aufgaben der Wissenschaft bewältigt werden können."

[705] Zur Psychologie im Nationalsozialismus vgl. Graumann, C.F., (Hg.), Psychologie im Nationalsozialismus. Darin bes. Ders., Psychologie und Nationalsozialismus. Eine Einführung. Prinz, W., Ganzheits- und Gestaltpsychologie und Nationalsozialismus (leicht verändert auch in: Lundgreen, P., (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich). Vgl. dazu auch die Bemerkungen von Ott, H., Weltanschauungsprofessuren, 157ff. über die „Heerespsychologie". Zur Heerespsychologie vgl. auch Pieper, J., Noch wußte es niemand, 160-182.

[706] Vgl. dazu Gadamer in seiner Würdigung Hellpachs: „Die Völkerpsychologie ist kein spezialisiertes Forschungsgebiet ... Sie ist vielmehr selbst ein ganzes und verlangt von dem, der sie fördern will eine wahrhaft universelle Weite des Wissens ... Die Völkerpsychologie hat den Ort ihrer geistigen Herkunft in der deutschen idealistischen Philosophie, in der sprachvergleichenden Forschung Wilhelms von Humboldt und der umfassenden geistigen Synthese der Hegelschen Philosophie. Ihr Gegenstand ist der objektive Geist" (Jh. 1955/56, 27).

neben dem Sozialempiriker vor allem die philosophische Gestalt des Gelehrten, die in der Akademie ihren Platz zugewiesen bekam. Daß es der Klasse allein um den Gelehrten ging und nicht um eine politische Demonstration, die die Klasse in sich aufgewühlt hätte, zeigt das eindeutige - einstimmige - Abstimmungsergebnis.[707]

Gleichzeitig mit der Wahl Hellpachs wurde auch die einer Reihe weiterer Gelehrter diskutiert. Im Januar 1943 deutete Panzer in einem Schreiben an das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts an, ,,daß die Akademie beabsichtigt, von der durch die neue Satzung ihr gegebenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, bei der Wahl ordentlicher Mitglieder den gesamten südwestdeutschen Raum zu berücksichtigen".[708] Damit folgte die Philosophisch-historische Klasse nach einem halben Jahr dem Vorgehen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Daß diese Möglichkeit, den gesamten südwestdeutschen Raum als Rekrutierungsfeld für ihre Mitglieder zu nehmen, derart zögerlich angegangen wurde, muß verwundern, war doch der Passus über die Ausweitung der Mitgliederbasis ein Kernpunkt der Satzungsreform gewesen. Seit 1941 überlegte man, wie man sich „praktisch bei den Wahlen der ordentlichen Mitglieder der neuen Möglichkeit gegenüber verhalten wolle".[709] Skrupel hatte die Akademie offenbar hinsichtlich der Verpflichtung der auswärtigen Mitglieder zur regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen. Daß aber nicht bei allen Mitgliedern die Neuerung, das Einzugsgebiet der Akademie auf den ganzen Südwesten auszudehnen, auf Beifall stieß, zeigt die Diskussion, die sich an die Einreichung der Wahlvorschläge ausschloß. So befürchtete J. Hoops, bezeichnenderweise ein Vertreter der „alten" Akademiegeneration, ,,daß durch die Wahl auswärtiger Herren die betr[effenden] hiesigen Fachvertreter sich zurückgesetzt fühlen werden".[710] Es war gerade den langjährigen Akademiemitgliedern nicht angenehm, mit der alten Tradition des „Heidelberger Kreises" zu brechen und das wohl erwogene und gezielt eingeführte

[707] Prot. Sitz. vom 6. März 1943 (HAW 322/5). Auch in der Math.-nat. Klasse wurden keine ernsthaften Bedenken erwartet (vgl. Achelis an Panzer, 3. März 1943; HAW 311/4, auch HAW 211/4). Auch das REM erteilte mit Erlaß WN *507143* WP 2-5 vom 3. Mai 1943 ohne Zögern seine Zustimmung (HAW 311/4).

[708] Panzer an BMKU, 27. Jan. 1943 (ebd.).

[709] Panzer an Achelis, 25. Febr. 1941 (HAW 1211/2).

[710] Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 3. Febr. 1943 (HAW 322/5).

„neue Prinzip" zu akzeptieren.[711] Der Schritt in den gesamten Südwesten wurde als einschneidendes Ereignis empfunden; um Irritationen vorzubeugen, sollte auch die „Öffentlichkeit" in Kenntnis gesetzt werden von dem neuen Prinzip, dem sich die Akademie verbunden und verpflichtet fühlte, „durch geschlossene Nennung zahlreicher Namen [a]uswärtiger [Gelehrter]".[712] In der Klassensitzung am 3. Februar 1943 wurde nun eine Anzahl auswärtiger Gelehrter zur Aufnahme als ordentliche Mitglieder in die Akademie vorgeschlagen:[713] der Kunsthistoriker Hubert Schrade, inzwischen in Straßburg tätig, aus Straßburg ferner der Mediävist Hermann Heimpel, aus Freiburg der Historiker Gerhard Ritter und der Rechtshistoriker Franz Beyerle und aus Frankfurt der Mittellateiner Otto Schumann und der Althistoriker Matthias Gelzer. Hinzu kam am 26. Februar 1943 eine Ankündigung E. Hoffmanns, die Zuwahl des katholischen Freiburger Kirchenhistorikers Ludwig Mohler[714] anzuregen.

Bei Hubert Schrade handelte es sich nach dessen Rückkehr von Hamburg in den südwestdeutschen Raum gewissermaßen nur um eine Reaktivierung, wie sie von der Satzung[715] vorgesehen war. Schrade trat damit nur in alte Rechte und Pflichten wieder ein, die er mit seiner Berufung nach auswärts hatte aufgeben müssen.[716] Es war aus der Sicht der Akademie durchaus sinnvoll, zu Beginn einer Ausweitung der Mitgliederbasis diesen Fall vorrangig zu berücksichtigen. Eine Verweigerung der Bestätigung der Wiedereinsetzung in die ordentliche Mitgliedschaft durch das Reichserziehungsministerium war hier nicht zu befürchten.[717]

[711] Vgl. ebd. die Stellungnahme des Vizepräsidenten Achelis.

[712] Vgl. ebd. die Stellungnahme Dibelius'.

[713] **HAW** 322/5.

[714] Hoffmann an Achelis, 26. Febr. 1943 (HAW 311/4).

[715] Vgl.§ 4 der Statuten. In die Höchstzahl der o.M. wird der „Rückkehrer" nicht eingerechnet.

[716] Vgl. die Einladung Panzers an Schrade zur Rückkehr in den Kreis der o.M. vom 31. März 1943 **(HAW** 311/4); diese Einladung enthielt die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme an den Akademiesitzungen, „soweit die gestörten Verkehrsverhältnisse das eben gestatten", und die Betonung des großen Gewinnes, den sich die Akademie aus Sehrades aktiver Teilhabe am Akademiegeschehen erhoffte. Schrade nahm die Einladung am 2. Apr. 1943 freudig an **(HAW** 115/PA Schrade).

[717] Die Bestätigung erfolgte mit Erlaß WN 705/43, **WP** 5 vom 27. Mai 1943.

Wie Schrade waren auch Gerhard Ritter und Franz Beyerle bereits korrespondierende Mitglieder der Akademie. Gerhard Ritter,[718] der Akademie durch seine Universitätsgeschichte engstens verbunden,[719] war bereits 1926 außerordentliches Mitglied der Akademie geworden. Nach der Satzungsrevision war auch Gerhard Ritter als korrespondierendes Mitglied gewissermaßen regierungsamtlich bestätigt worden.[720] Da Ritter also bereits Mitglied war, konnte die nur noch rein formale Bestätigung als ordentliches Mitglied vorausgesetzt werden. Während jedoch das Reichserziehungsministerium am 3. Mai 1943 alle anderen Wahlen[721] bestätigte, behielt es sich im Falle Gerhard Ritters eine Entscheidung vor.[722] Eine Parallele zum Fall F. Kögl schien sich anzubahnen, nur diesmal auf der gewichtigeren Ebene der die Geschicke der Aka-

[718] Zu Ritter vgl. Schwabe, K./Reichardt, R., (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker. Darin bes. Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter. (Vgl. dazu Schulin, E., Gerhard Ritters Briefe und die erste Biographie über ihn. Müller, **M.,** Gerhard Ritter). Dorpalen, A., Gerhard Ritter. Mach!, **W.H.,** Gerhard Ritter. Von den zahlreichen Nachrufen und Würdigungen seien nur genannt: Bornkamm, H., Gerhard Ritter **t.** Conze, **W.,** Gerhard Ritter. Jäckel, E., Gerhard Ritter. Zmarzlik, H.-G., Lebendige Vergangenheit. Eine Würdigung Gerhard Ritters. Schramm, P.E., Endgestalt einer Epoche. Zum Tode Gerhard Ritters. (Dazu vgl. Fischer, F., Gerhard Ritter. Eine Stellungnahme. Auch Janßen, **K.-H.,** Ein Deutscher aus Leidenschaft). Bedeutsam sind ferner autobiographische Äußerungen Gerhard Ritters, so seine Antrittsrede vor der HeidAW am 17. Juni 1944 (in Jh. 1943/55, 11-17, leicht verändert nach einer Niederschrift vom März 1947 nach BA, Nachlaß Ritter, 450 in: Schwabe, **K./** Reichardt, **R.** (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker, 623-627), sowie Ritter, G., Der deutsche Professor im „Dritten Reich".

[719] Ritter, G., Die Heidelberger Universität. Im Vorwort **(VII-IX)** ist die Entstehungsgeschichte des Bandes dokumentiert. Zum Forschungsunternehmen der Akademie „Geschichte der Universität Heidelberg" vgl. auch **HAW** 34110/1-3 (Korrespondenzen, Verträge, Memoranden etc. aus den Jahren 1916-1944) und die Ausführungen oben 306ff. Zur Universitätsgeschichte vgl. die Ausführungen bei Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter, 15-22.

[720] Vgl. das Mitgliederverzeichnis vom 30. Sept. 1940 in: Jh. 1936/40, 91.

[721] Die Akademie hatte am 16. März 1943 (Panzer an Ritter) Ritter auf die Möglichkeit einer ordentlichen Mitgliedschaft - unter Benennung der Bedingung, regelmäßig an den Sitzungen teilzunehmen - aufmerksam gemacht und den Wunsch der Klasse, Ritter als o.M. zu gewinnen, ausgedrückt. Unter Vorbehalt eines Rücktritts unter die k.M. bei der „praktischen Unmöglichkeit einer regelmäßigen Beteiligung an den Sitzungen" hatte Ritter am 26. März 1943 zugestimmt, worauf am 30. März 1943 um Bestätigung beim REM nachgesucht wurde (HAW 311/4).

[722] REM am BMKU, 3. Mai 1943, Erlaß WN 507/43 WP 2-5 (HAW 311/4).

demie bestimmenden ordentlichen Mitglieder. Daß der Vorbehalt des Reichserziehungsministeriums nicht von ungefähr kam, mußte den Mitgliedern der Philosophisch-historischen Klasse freilich bei ihrer Wahl Ritters bewußt gewesen sein.

Gerhard Ritter zählte zu den berühmtesten Historikern der Zeit.[723] Einer breiteren Öffentlichkeit hatte er sich auch durch seine Heidelberger Universitätsgeschichte und sein „Historisches Profil" Friedrichs 11.,[724] beides 1936 erschienen, empfehlen können, ferner mit „Machtstaat und Utopie" von 1940, worin er sich zugleich mit Fragen der „Dämonie der Macht" in der Gegenwart kritisch auseinandersetzte.[725]

Obgleich sich auch Ritter in seinen Vorträgen und öffentlichen Auftritten besonders seit 1937 gewissermaßen zur Tarnung zu Zugeständnissen an das Regime verleiten ließ,[726] war seine nonkonformistische Haltung in Gelehrtenkreisen wie in Parteigremien und Behörden hinlänglich bekannt:[727] Ritters Ablehnung der offiziösen parteilichen Geschichtsschreibung eines Walter Frank und

[723] Besondere Verdienste hatte er sich um die Reorganisation des „Archivs für Reformationsgeschichte", dessen Redakteur er seit 1938 war, erworben. Vgl. dazu insbes. Bornkamm, H., Gerhardt Ritter t, 145 (Anm.).

[724] Ritter, G., Friedrich der Große. Zur Biographie Friedrichs des Großen vgl. die Bemerkungen bei Schwabe, **K.,** Zur Einführung. Gerhard Ritter, 39-43. Ritter lebte durchaus in Sorge, wegen seiner versteckten Kritik am Hitlerregime zur Verantwortung gezogen zu werden (vgl. Briefe Nr. 61 und 69 in: Schwabe, **K./** Reichardt, R. (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker, 289, 301; zu den Reaktionen auf das Buch vgl. Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter, 42f.).

[725] Ritter, G., Machtstaat und Utopie (nach dem Krieg veröffentlicht unter dem Titel: Die Dämonie der Macht). Vgl. dazu Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter, 46-56. Zur Hitlerkritik vgl. ebd., 53f.

[726] Dazu Schwabe, **K.,** Zur Einführung. Gerhard Ritter, bes. 80-85.

[727] Vgl. dazu allgemein Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter, 8ff., 65-69, 71-76, bes. auch 89-94. Dorpalen, A., Gerhard Ritter, 90ff. Vgl. hierzu und zum folgenden bes. auch Ritter, G., Der deutsche Professor im „Dritten Reich", 23-26. Von seiner Haltung als „politischer Historiker der Neuzeit" zeugt auch seine Antrittsrede vor der HeidAW am 17. Juni 1944 (vgl. Jh. 1943/55, 11-17, hier 14f.). Indem er den Rückzug in die Gelehrtenstube ebenso wie ideologische, ,,tagespolitischen Stimmungen" ausgesetzte Geschichtsschreibung ablehnte, schloß er auch den Konflikt mit dem Regime in seine Kalkulation ein. Für Ritter hatte die Geschichtsschreibung ausgesprochen „nationalpädagogische" Aufgaben, die als „Produkt letzter, echter, d.h. für die Wahrheit verantwortlicher Selbstbesinnung" das „historisch-politische Selbstbewußtsein" einer Epoche zu prägen habe.

sein damit zusammenhängendes Eintreten für seinen geschmähten Lehrer Hermann Oncken und sein Boykott der Historischen Zeitschrift,[728] sein kritisches Auftreten auf dem internationalen Historikertag in Zürich im Jahre 1938,[729] vor allem aber auch seine Stellungnahme im Kirchenkampf und seine Mitwirkung im Bruderrat der Bekennenden Kirche in Baden[730] hatten Aufsehen erregt, und ihn mancherlei Schikanen ausgesetzt7[31] und mehrmals gar mit Amtsentlassung bedroht.[732]

Auch wenn Ritters Verflechtungen in den kirchlich-akademischen Widerstand als eine zentrale Figur des sogenannten Frei-

[728] Zu Ritters Kampf um die „wissenschaftliche Integrität seiner Disziplin" vgl. Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 73ff. Zu den Angriffen auf Oncken vgl. insbes. Reiber, H., Walter Frank und sein Reichsinstitut, bes. 200-216 u.ö. Vgl. dazu auch den Brief Ritters an Karl Alexander von Müller vom 1. Dez. 1935 (Brief Nr. 600; Schwabe, K./Reichardt, R. (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker, 285-288; vgl. allg. auch Schieder, Th., Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der Historischen Zeitschrift, hier bes. 68ff. Ritters Verhältnis zu Oncken ist sehr schön in den zahlreichen Briefen an Oncken dokumentiert (vgl. die Nachweise bei Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 74, vgl. auch Ritter, G., Hermann Oncken zum 70. Geburtstag).

[729] Dazu Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter, 75. Reiber, **H.,** Walter Frank und sein Reichsinstitut, 747ff., bes. 754, 757ff. Siehe auch Schulze, **H.,** Walter Frank, 78.

[730] Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 8, 73. Dorpalen, A., Gerhard Ritter, 90. Ritter, G., Der deutsche Professor im „Dritten Reich", 23, 25. Schulin, E., Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Freiburg, 22. Besier, G., Die Bekennende Kirche und der Widerstand gegen Hitler, 203-208. Ritter, F., Gerhard Ritter und die Bekennende Kirche. Vgl. auch unten Anm. 733.

[731] Ritter war aufgrund seiner Haltung im Kirchenkampf faktisch von einem „publizistischen »Boykott«" betroffen; seine Möglichkeiten zu öffentlichem Auftreten außerhalb seiner Lehrveranstaltungen zwischen 1934-1937 waren selbst an der Universität Freiburg unterbrochen (dazu Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 80), in seinen Vorlesungen wurde er bespitzelt (Ritter, G., Der deutsche Professor im „Dritten Reich", 23ff.), von 1938-1943 wurde er mit einem Auslandsreiseverbot belegt (ebd. 23. Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 9f., 75. Ferner Reiber, H., Walter Frank und sein Reichsinstitut, 185, 749f., 753f., 755ff, 761f.).

[732] Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 8f.; Ritter selbst bezeugt wiederholte Beschwerden des SD über seine politische Grundeinstellung (Ritter, G., Der deutsche Professor im „Dritten Reich", 23); bereits 1934 war Ritter im Zusammenhang mit seinen öffentlichen Äußerungen über den „Reichsbischof" Müller als „politisch untragbar" eingestuft worden (ebd., 25), vgl. dazu auch die Briefe Ritters vom 2. Apr. 1935 und 25. Sept. 1935 (Schwabe, K./Reichardt, R. (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker, Nr. 57 und 58).

burger Kreises[733] und seit 1940 auch in Verbindung mit Carl Goerdeler[734] zunächst verborgen blieben,[735] so waren doch genug Ansatzpunkte vorhanden, die die Brisanz einer Wahl G. Ritters verdeutlichen.

Die Gründe, die die Klasse bewogen haben mochten, Ritter zuzuwählen, waren sehr unterschiedlicher Natur. Als Anhänger der Bekennenden Kirche durfte sich Ritter der Sympathien **M.** Dibelius', G. Hölschers, **W.** Köhlers u.a. sicher sein. Entscheidend dürfte aber das dringende Bedürfnis der Akademie nach einem Vertreter der Geschichtswissenschaften gewesen sein,[736] was auch

[733] Vgl. hierzu Kluge, U., Der „Freiburger Kreis". Rübsam, D./Schadek, **H.** (Hgg.), Der „Freiburger Kreis", hierin bes. die Einführung von E. Schulin, 7-16. Ritter war u.a. Mitverfasser der Denkschrift „Kirche und Welt" vom Herbst 1938, die das „Problem des christlichen Widerstandsrechtes gegenüber einer die göttlichen Gebote mißachtenden Obrigkeit" (Kluge, U., Der „Freiburger Kreis, 27) behandelte, ferner der Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit" vom Winter 1942/43. Vgl. Hauf, R., (Hg.), Denkschriften des „Freiburger Kreises" (darin Abdruck der Denkschrift „Kirche und Welt", 635-654, der Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung", 655-774). Die Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung" erschien in ihrer überarb. Fassung von 1945 eingel. von Helmut Thielicke und mit einem Nachwort von Philipp von Bismarck auch unter dem Titel „In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises". Siehe auch Nübel, H.U., Bonhoeffer und die Denkschrift des Freiburger Kreises. Zu Ritters kirchlichen und politischen Vorstellungen einer Neuordnung nach Hitler vgl. jetzt Blänsdorf, A., Gerhard Ritter. Zur Verbindung Ritters mit dem Widerstand allg. und zu seiner Mitwirkung im „Freiburger Konzil", vgl. Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter, 89-94, wo auch die anderen Denkschriften analysiert werden. Schwabe, **K.,** Der Weg in die Opposition: Der Historiker Gerhard Ritter und der Freiburger Kreis. Zu den wirtschaftspolitischen Auswirkungen vgl. u.a. Blumenberg-Lampe, C., Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise". Vgl. auch Dies., Oppositionelle Nachkriegsplanung.

[734] Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 9, 89. Zu Ritters Deutung Goerdelers vgl. Ritter, G., Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung.

[735] Nach dem Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944 wurde auch Ritters Verbindung zum Widerstand aufgedeckt. Am 2.Nov.1944 wurde er von der Gestapo verhaftet (vgl. Ritter, G., Der deutsche Professor im „Dritten Reich", 23, vgl. insbes. Schwabe, K., Zur Einführung: Gerhard Ritter, 9f., Schwabe, K./Reichardt, R. (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker, 39lff. [Brief Ritters an seine Frau vom 20. Nov. 1944] und 629ff.).

[736] Nach dem Weggang Carl Brinkmanns nach Berlin 1942 gab es in der Klasse niemanden mehr, der sich kompetent zu historischen Fragen äußern konnte. Vgl. dazu auch Achelis an Rektor der Universität (Schmitthenner), 1. Dez. 1942 **(HAW** 311/4 und HAW 6311).

in der gleichzeitigen Wahl Heimpels seinen Ausdruck fand. Da Willy Andreas[737] nicht gewählt werden konnte - er hatte angeblich eine früher ihm angetragene Wahl abgelehnt[738] - und die Wahlverhandlungen um Fritz Ernst sich lange hinzogen,[739] bot sich der Akademie der Ausweg einer Aktivierung auswärtiger Historiker. Daß - wenn auch verzögert - am 24. Juni 1943 Ritter schließlich doch als ordentliches Mitglied bestätigt wurde,[740] dürfte mit den Bemühungen des Reichserziehungsministeriums zusammenhängen, im Gegensatz zu Parteistellen in Ritter einen renommierten Historiker für Auslandsvorträge zu gewinnen, von dem keine Nazipropaganda zu befürchten war.[741] So traf der Antrag der Akademie in einer günstigen Stunde ein; die Wahl Ritters konnte als eine der wenigen Ehrungen,[742] die Ritter unter der Naziherrschaft erreichten, zu einem glücklichen Ende geführt werden.

Auch an Franz Beyerle[743] ging als korrespondierendes Mitglied die gleiche Anfrage wie an Ritter.[744] Beyerle war auf Vorstoß der Juristen unter den ordentlichen Mitgliedern am 19. Februar 1941 zur Wahl als korrespondierendes Mitglied vorgeschlagen worden,[745] in der Klassensitzung vom 13. Dezember 1941 wurde er gewählt.[746] Aufgrund seiner überragenden wissenschaftlichen Per-

[737] Zu Andreas vgl. Kühn, J., Willy Andreas. Facius, F., Willy Andreas. Zuletzt Bad. Biogr. N.F. 2, 1987, 4-7 (E. Wolgast) und Wolgast, E., Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert, 137-143, 146f.

[738] Vgl. Achelis an Rektor der Universität (Schmitthenner), 1. Dez. 1942: „Herr Andreas kann nicht gewählt werden, da er selbst vor einer Reihe von Jahren die Wahl abgelehnt hat" **(HAW** 311/4). In den Akten der Akademie befindet sich kein Vorgang, der hierauf Bezug nimmt.

[739] Siehe dazu unten 539.

[740] Erlaß des REM WN 507 II Ang. WP 4 (b) vom 24. Juni 1943 (HAW 311/4).

[741] Ritter, G., Der deutsche Professor im „Dritten Reich", 23f.

[742] Vgl. Schwabe, **K.,** Zur Einführung: Gerhard Ritter, 12.

[743] Zu Beyerle vgl. Kroeschell, **K.,** Franz Beyerle zum Gedenken. Thieme, **H.,** Franz Beyerle **t.**

[744] Panzer an Beyerle, 16. März 1943 **(HAW** 311/4).

[745] Bilfinger, Engisch und Ulmer an Panzer, 19. Febr. 1941 (ebd.). Dadurch mußte der Antrag E.v. Künßbergs vom 8. Febr. 1941, den Rechtshistoriker **K.S.** Bader zum **k.M.** zu wählen (vgl. Künßberg an Panzer, 8. Febr. 1941, ebd.), „vorläufig" zurückgestellt werden (vgl. Künßberg an Panzer, 19. Febr. 1941, ebd.). Bader wurde erst 1972 zum **k.M.** gewählt.

[746] Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse, 13. Dez. 1941 **(HAW** 322/3); in der Sitzung trat besonders Engisch für die Wahl Beyerles, den er als „einen der bedeutenden noch vorhandenen Rechtshistoriker Deutschlands" vorstellte, ein. Vgl. auch

sönlichkeit zählte auch Beyerle zu den ersten Anwärtern, als es darum ging, auswärtige Gelehrte zu ordentlichen Mitgliedern zu wählen. Daß es dabei unter dem Gesichtspunkt der Streuung der Fächer, der Vielfalt der gelehrten Potenz in der Akademie, zu einer Doppelbesetzung der deutschen Rechtsgeschichte - man hatte ja eben erst mit Hermann Krause einen Rechtshistoriker in die Akademie gewählt - und zu einer Minderung der Wahlmöglichkeiten zu Lasten einer anderen Disziplin und zur Beschränkung weit gestreuter Kompetenz kam, nahm man bewußt in Kauf. Der alte Konflikt zwischen dem Anspruch, gerade in der Akademie eine Vielfalt wissenschaftlicher Disziplinen miteinander ins Gespräch zu bringen, und der überragenden wissenschaftlichen Persönlichkeit des einzelnen Gelehrten unabhängig von seiner Fachrichtung, also der Konflikt zwischen Quotierung und reiner Personalentscheidung, zeigte sich auch hier. So wurde in der Klasse auch ausdrücklich hervorgehoben, daß Beyerle nicht primär „als Vertreter seines an sich in der Klasse durch Hermann Krause vertretenen Faches, sondern seiner Leistung wegen" zur Wahl gestellt wurde.[747] Diese Versicherung war freilich in Hinblick auf den von der „Konkurrenz" in seiner Stellung angefochtenen Hermann Krause wenig beruhigend, zumal in der gleichen Sitzung bereits ein Einsatz Beyerles für das Rechtswörterbuch in Betracht gezogen wurde.

Folgen ergaben sich aus dieser Konstellation jedoch nicht, denn Beyerle antwortete auf die Anfrage der Akademie mit einer Ablehnung der ihm angetragenen ordentlichen Mitgliedschaft: Aufgrund der Kriegsverhältnisse und seines gesundheitlichen Zustandes sah er sich nicht in der Lage, die Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes - denen er sich gerade nicht zu entziehen wünschte - im erforderlichen Maße zu erfüllen. ,,Unter diesen Umständen sehe ich

Panzer an Achelis, 17. Dez. 1941, (HAW 311/4). Die Angabe von Achelis vom 11. Febr. 1942 (Achelis an BMKU), Beyerle sei in der „heutigen" Akademiesitzung zum k.M. der Phil.-hist. Klasse gewählt worden (ebd.), beruht auf einem Irrtum. Das Prot. der Ges.sitz.vom 11. Febr. 1942 (HAW 143/4) gibt keinen Hinweis auf eine - in den Statuten auch gar nicht vorgesehene - Behandlung der Wahl Beyerles in der Gesamtsitzung. Die Bestätigung der Wahl Beyerles zum k.M. erfolgte mit Erlaß WN Nr. 324, WP 2 (b) des REM vom 11. März 1942 (HAW 311/4). Beyerles Antwort- und Dankesbrief an die Akademie datiert vom 21. Apr. 1942 (ebd.).

747 Sitz. Phil.-hist. Klasse am 3. Febr. 1943 (HAW 322/5).

keine Möglichkeit, die mir freundlichst zugedachte Rolle mit gutem Gewissen zu übernehmen."[748] Damit verblieb Beyerle im Status des korrespondierenden Mitgliedes.

Neben G. Ritter wurde mit Hermann Heimpel[749] ein zweiter Historiker nominiert. Da Heimpel jedoch Mediävist war, lag die Zuziehung zweier Historiker - wie seinerseits bei Rampe und Oncken - durchaus im Sinne einer „universitas litterarum". Heimpel, für den besonders Friedrich Panzer eintrat[750] - ein Hinweis darauf, daß man bei der beabsichtigten Ausdehnung des Inschriftenunternehmens auf das Elsaß[751] fest mit Heimpels Unterstützung rechnete, dessen Dienste aber auch für das Cusanus-Unternehmen Nutzen versprachen[752] -, wurde in der Klassensitzung am 6. März 1943 zum ordentlichen Mitglied gewählt.[753] Mit Heimpel gewann die Akademie einen trotz seiner „Jugend" bereits renom-

[748] Beyerle an Panzer, 27. März 1943 **(HAW** I15/PA Beyerle; **HAW** 311/4). Beyerle zeigte hier in gleicher Weise konsequente Haltung wie der Mineraloge Drescher-Kaden gegenüber dem Wahlbegehren der Math.-nat. Klasse (vgl. oben 509f.).

[749] Zu Heimpel vgl. dessen „autobiographische Erzählung" Die halbe Violine. Seibt, G., Der letzte deutsche Ordinarius. Vgl. ferner Fuhrmann, **H.,** Hermann Heimpel. Ders., Nachruf. Koller, **H.,** Nachruf auf Hermann Heimpel. Boockmann, **H.,** Der Historiker Hermann Heimpel. Vgl. auch Ders., Versuch über Hermann Heimpel. In memoriam Hermann Heimpel. Darin bes. die Beiträge von Fleckenstein, J., Gedenkrede auf Hermann Heimpel und Fuhrmann, **H.,** Hermann Heimpel und die Monumenta Germaniae Historica.

[750] Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 3. Febr. 1943 **(HAW** 311/4).

[751] Vgl. Panzer an **BMKU** (in Straßburg!), 23. Febr. 1943 **(HAW** 34130/1).

[752] So Heimpel selbst in seiner Antrittsrede am 26. Juni 1943 **(HAW** 115/PA Heimpel).

[753] Vgl. **HAW** 322/5. Die Wahl erfolgte einstimmig bei zwei Enthaltungen. Das Protokoll hält ausdrücklich fest, daß die Wahl zum o.M. nur unter der Zusicherung der Mitarbeit in der Akademie erfolgte, sofern dies die Verkehrsverhältnisse gestatteten. ,,Für den Fall, daß diese Bereiterklärung nicht abgegeben werden kann, gilt die Wahl zum korrespondierenden Mitglied" (vgl. auch Panzer an Heimpel, 16. März 1943; ebd.). Heimpel äußerte in seinem Antwortschreiben den ausdrücklichen Wunsch nach einer „wirkliche[n] Mitarbeit", die er sich zu leisten imstande sah (Heimpel an Panzer, 18. März 1943; ebd.). Da für das Jahr 1943 die Protokolle und andere Unterlagen der Gesamtsitzungen fehlen, läßt sich der Wahlvorgang durch die Gesamtakademie nicht fassen. Um Bestätigung der Wahl wurde mit Schreiben vom 30. März 1943 an das REM nachgesucht (HAW 311/5). Die Bestätigung erfolgte mit Erlaß WN 507/43 WP 2-5 vom 3. Mai 1943 (ebd.).

mierten Mediävisten,[754] der bereits eine Reihe bedeutender Arbeiten zur Wirtschafts- und Konzilsgeschichte, besonders auch zum mittelalterlichen Reichsgedanken vorweisen konnte.[755] Im Gegensatz etwa zu Hellpach oder Ritter hatte sich Heimpel 1933 wissenschaftlich und politisch durchaus in den Dienst der neuen Zeit gestellt.[756] Er sah folglich seine Aufgabe darin, ,,die geschichtliche Besinnung der völkischen Revolution vor dem kleindeutschen Missverständnis zu bewahren." Die mittelalterliche Reichsgründung war ihm Parallele und Rechtfertigung der gegenwärtigen „Revolution". Wissenschaft wurde hier als politischer Dienst für Deutschland verstanden, noch bestärkt durch den besonderen Ort, Straßburg, an dem er zu wirken berufen war. Trotz der Funktionalisierung der Geschichtswissenschaft verhinderte jedoch die Einbindung in die alte Tradition historischer Forschung eine tiefergehende Ideologisierung seiner Forschungen. Freilich ist nur schwer abzuschätzen, in wie weit Heimpel in seiner Antrittsrede glaubte Zugeständnisse an den Zeitgeist machen zu müssen oder ob er nicht gerade hier im engsten Kreise doch eine „wahre" Sicht seiner Wissenschaft und seiner Rolle in ihr zeichnete.[757] Die Antrittsrede enthielt in jedem Fall Elemente, die allen Beteiligten nach 1945 peinlich sein mußten; sie wurde - im Gegensatz zu anderen Antrittsreden der gleichen Zeit - nie veröffentlicht.

Für die Akademie konnte Heimpel seine Kräfte nicht im gewünschten Maße einsetzen. Verhinderte zunächst der Krieg ohnehin jegliche weiterführende Mitwirkung an der Arbeit der Akademie, so unterbrach nach dem Krieg seine Übersiedlung nach

[754] Heimpel war bereits 1935 zum o.M. der SächsAw gewählt worden (vgl. etwa SächsA**W** zu Leipzig. Jb. 1949-1953, 15).

[755] Vgl. dazu Geuss, E./Geuss, H., Veröffentlichungen von Hermann Heimpel, bes. 714-719. In den Sitzungsberichten der HeidA **W** hatte Heimpel bereits 1929 eine Studie über Dietrich von Niem veröffentlicht (vgl. SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1929, Abh. 1).

[756] Hierzu und zum folgenden vgl. die Antrittsrede Heimpels vor der Akademie am 26. Juni 1943 **(HAW** 115/PA Heimpel).

[757] Zur „Verstrickung" Heimpels in die nationalsozialistische Ideologie, jedoch mit ganz anderer „Gewichtung" vgl. auch die Bemerkungen bei Fleckenstein, **J.,** Gedenkrede auf Hermann Heimpel, 34-40. Die Antrittsrede von 1943 zeigt dagegen, daß Elemente seines Vortrags von 1933 „Deutsches Mittelalter - Deutschlands Schicksal" bis zum Ende des Dritten Reiches weiterwirkten. Zur Ambivalenz von Heimpels Verhältnis zum Nationalsozialismus vgl. auch Boockmann, **H.,** Der Historiker Hermann Heimpel, 15-24, bes. 19ff.

Göttingen mit dem damit verbundenen Übertritt zum korrespondierenden Mitglied eine intensive Zusammenarbeit bereits im Ansatz.

Wie Heimpel hatte sich auch der Mittellateiner Otto Schumann[758] der Protektion F. Panzers erfreut. Auch bei seiner Wahl[759] stand die Nutzbarmachung seiner großen wissenschaftlichen Erfahrungen und Leistungen für das Inschriften-Unternehmen Pate.[760] So erklärt sich auch die Berücksichtigung einer kaum im Blickfeld stehenden kleinen wissenschaftlichen Disziplin, freilich gefördert durch das hohe wissenschaftliche Ansehen ihres Vertreters. Mit Schumann gewann die Klasse das einzige auswärtige Mitglied, das „im Gegensatz zu anderen auswärts wohnenden Mitgliedern" seinen Verpflichtungen gegenüber der Akademie nachkam und „den Zeitverlust der Reise nicht [scheute] und ... selbst in den schwierigsten Zeiten nach dem Kriege regelmäßig zu unseren Sitzungen [kam]".[761]

Anders verliefen die Wahlverhandlungen mit dem Althistoriker Matthias Gelzer.[762] Gelzer war bereits in der Sitzung am 14. November 1942, als erstmals die Frage der Wahl auswärtiger Gelehrter diskutiert wurde, durch Gustav Hoelscher vorgeschlagen worden.[763] Bereits bei diesem ersten Vorstoß zeigte sich aber auch das Dilemma, das Hoops in der Klassensitzung am 3. Februar 1943 aufzeigte: Die Wahl auswärtiger Gelehrter durfte nicht zu einer

[758] Zu Schumann vgl. den Nachruf von **W.** Kunkel in: Jh. 1943/55, 99-101. Hammerstein, N. (Hg.), Deutsche Bildung, bes. 327-330.

[759] Die Wahlbedingungen entsprachen vollkommen denen **H.** Heimpels (vgl. oben Anm. 753). Schumann verstand seine Wahl als eine Ehre, die ihm tatsächlich Verpflichtung bedeutete (vgl. sein Antwortschreiben an Panzer vom 20. März 1943, **HAW** 311/4) und wohl auch den erhofften Gewinn brachte. Davon zeugen die dankbaren und begeisterten Mitteilungen Schumanns in seinen Briefen an Martin Havenstein; vgl. dazu Hammerstein, N. (Hg.), Deutsche Bildung, 189 (Brief vom 20. Juni 1943), 192 (Brief vom 27. Juni 1943), 240 (Brief vom 28. Juni 1944), 243 (Brief vom 23. Aug. 1944 über seinen Waltharius-Vortrag).

[760] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 3. Febr. 1943 (322/5).

[761] **W.** Kunkel, Jh. 1943/55, 101. Kunkels Beobachtung wird durch die Protokolle der Sitzungen gestützt; sie läßt sich auch auf die Kriegszeit selbst ausdehnen.

[762] Zu Gelzer vgl. Bleicken, J./Meier, C./Strasburger, H., M. Gelzer und die Römische Geschichte. Christ, **K.,** Römische Geschichte und die deutsche Geschichtswissenschaft, 113-116, 120-128. Vgl. auch die Nachrufe von Bleicken, J. und Strasburger, H.

[763] Sitz. Phil.-hist. Klasse am 14. Nov. 1942 (HAW 322/4).

„Benachteiligung" der Heidelberger Fachvertreter führen. Neben dem wissenschaftlichen Ansehen spielte also nach wie vor ein Heidelberger Ortsbonus eine gewichtige Rolle, um Verletzlichkeiten und Mißstimmungen zu vermeiden. Im Zweifelsfalle wäre also ein Heidelberger dem auswärtigen Gelehrten vorzuziehen. Die Rücksichtnahme auf Heidelberger Empfindlichkeiten führte wiederholt zu einer „Doppelbesetzung" einer Disziplin in der Akademie. So fühlte sich Panzer, der Promotor der Ausweitung des Einzugsgebietes der Akademie, bei dem Wahlvorschlag Gelzer sogleich genötigt, auch entschieden auf den Heidelberger Althistoriker Hans Schaefer hinzuweisen. [764] Auf die Anfrage der Akademie bat Gelzer jedoch, angesichts seiner Mitgliedschaft in der Preußischen Akademie ihn nur zum korrespondierenden Mitglied zu wählen, da er sich der „Doppelverpflichtung" von zwei ordentlichen Mitgliedschaften nicht gewachsen fühlte.[765] Da die Wahl vom 6. März 1943 die Art der Mitgliedschaft offenließ, galt Gelzer durch sein Votum als zum korrespondierenden Mitglied der Akademie gewählt.[766]

Wie bei Gelzer kam auch bei Ludwig Mohler[767] anstelle der erörterten ordentlichen schließlich nur die korrespondierende Mitgliedschaft zustande. Der Wahlvorschlag Mohler war den übrigen Kandidaturen gewissermaßen nachgeschoben worden und wurde auch gesondert behandelt. Mohler, katholischer Theologe, war für die Akademie von besonderem Wert als Mitarbeiter an der Cusanus-Ausgabe.[768] Bereits 1939 hatte die Akademie, bevor sie sich der Mitarbeit Mohlers versicherte, ein politisches Gutachten über ihn eingeholt, da er „naturgemäß ... für eine Mitarbeit nur in Frage [kommt], wenn keine schwerwiegenden politischen Bedenken gegen ihn bestehen".[769] Das Gutachten fiel, wie erwartet, überaus positiv aus; bereits Achelis hatte ihn als „einen der wenigen katholischen Theologen, die sich ernsthaft um eine positive Haltung

[764] Zur Wahl Schaefers vgl. unten 538f.

[765] Gelzer an Panzer, 17. März 1943 **(HAW** 311/4; **HAW** 115/PA Gelzer).

[766] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 6. März 1943 **(HAW** 322/5). Die Bestätigung erfolgte mit Erlaß WN 507/43 WP 2-5 vom 3. Mai 1943 (HAW 311/4).

[767] Zu Mohler vgl. die Nachrufe in HJb 62-69, 1949, 959-961 (J.H. Beckmann) und im Freiburger Diözesan-Archiv 70, 1950, 213f. (J. Vincke).

[768] Mohler sollte für die Akademie „De pace fidei" herausgeben (Prot. Cusanuskommission vom 4. Febr. 1939, HAW 34120/2).

[769] Achelis an Prof. Dr. Borger (NSDDB), 6. Febr. 1939 (HAW 34120/2; HAW 115/PA Mohler).

zum Nationalsozialismus bemüht haben", bezeichnet.[770] Mohler war Parteigenosse und stand „bereits lange vor der Machtübernahme dem Nationalsozialismus" nahe.[771] Die ausgezeichnete Beurteilung durch nationalsozialistische Institutionen ließ bei einer Wahl keine Schwierigkeiten befürchten,[772] dennoch wurde vor der Wahl ein weiteres politisches Gutachten angefordert,[773] da Mohler eben zur „Risikogruppe" der katholischen Theologen gehörte; dieses Faktum machte die Wahlverhandlung zu einem Präzedenzfall für die Akademie.[774] Noch am 3. Juni 1943 sah Achelis wenig Aussicht, ,,die Wahl eines katholischen Theologen bestätigt zu bekommen".[775] Diese Unsicherheiten dürften die Klasse dazu bewogen haben, von einer Wahl Mohlers zum ordentlichen Mitglied abzusehen und ihn stattdessen nur zum korrespondierenden zu berufen.[776] Mit der Bestätigung der Wahl[777] wurde der „Präzedenzfall" zugunsten der Akademie entschieden.

Ein weiterer Wahlvorschlag zum ordentlichen Mitglied der Akademie, der den Würzburger Altphilologen, Religionswissenschaftler und Volkskundler Friedrich Pfister[778] betraf, mußte

[770] Ebd.

[771] Reichsleitung des NSDDB (Borger) an Achelis, 10. Febr. 1939, (HAW 115/PA Mohler).

[772] So Achelis an Hoffmann, 2. März 1943 und an Panzer 1. März 1943 (HAW 311/4; HAW 115/PA Mohler).

[773] Achelis an Schmidhuber (Leiter der Dozentenschaft), 1. März 1943 (HAW 311/4); die „Unbedenklichkeit" wurde erneut bestätigt (Achelis an Panzer, 21. Apr. 1943; ebd.).

[774] Vgl. Achelis an Panzer, 3. Aug. 1943 (ebd.).

[775] Achelis an Hoffmann, 3. Juni 1943 (ebd.).

[776] Die Wahl erfolgte - nach Verlesen eines Gutachtens von **W.** Köhler - in der Sitzung am 26. Juni 1943 **(HAW** 322/5).

[777] Erlaß WN 1141, WP 4 (b) vom 7. Okt. 1943 (HAW 311/4).

[778] Friedrich Pfister (6. Jan. 1883 - 27. Dez. 1967), Privatdozent Heidelberg 1912, Marburg/Lahn 1914, beamteter ao. Prof. Tübingen 1918, o. Prof. Würzburg 1924, emeritiert 1951 (vgl. Kürschners Gelehrten-Kalender 1966, 1841). Der Vorschlag zur Wahl kam offensichtlich von Eugen Fehrle, wobei Anregungen auch auf **H.** Hommel zurückgehen können, der sich 1932 bei Pfister in Würzburg habilitiert hatte (vgl. Hommel, **H.,** Würzburger Bibliothekserinnerungen, 21). Mit Fehrle war Pfister seit seinem Studium in Heidelberg bekannt. Beide begegneten sich in gleichen Forschungsinteressen, die die Klassische Philologie und deutsche Volkskunde miteinander verbanden. Noch 1940 ehrte Pfister Fehrle durch einen Beitrag für die Fehrle-Festschrift „Brauch und Sinnbild" (vgl. Pfister, F., Bild und Sinnbild). Hervorgetreten ist Pfister in den 30er Jahren vor allem durch seine Arbeiten „Tacitus und die Germanen" (1936) und „Deutsches Volkstum in Glauben und Aberglauben" (1936).

zurückgewiesen werden, da Würzburg nicht zum Einzugsgebiet der Heidelberger Akademie gehörte.[779] Die mögliche Wahl zum korrespondierenden Mitglied wurde nicht weiter verfolgt. Damit war der Reigen der Wahlen zu ordentlichen Mitgliedern bis Kriegsende jedoch noch nicht abgeschlossen. Im Jahre 1944 wurden mit Paul Böckmann, Fritz Ernst und Hans Schaefer nochmals drei Heidelberger Gelehrte als ordentliche Mitglieder zugewählt.[780] Mit Paul Böckmann[781] wurde erstmals seit F. Gundolf wieder ein Ver-

[779] Vgl. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 3. Febr. 1943 **(HAW** 322/5).

[780] Die Wahl aller drei Professoren erfolgte nach Vorbesprechung am 29.Jan.1944 in der Klassensitzung vom 19. Febr. 1944 mit 13 bzw. 12 (für **H.** Schaefer) Stimmen. In der Wahlsitzung wurde noch einmal über die Kandidaten referiert: Herbig über Schaefer, Kienast über Ernst und Panzer, Hoops und Kienast über Böckmann **(HAW** 322/6). Eine Besonderheit stellte das weitere Vorgehen der Klasse dar: Bevor die Wahlen der Gesamtakademie zur Bestätigung vorgelegt wurden, sollten die in der Wahlsitzung nicht anwesenden, auswärtigen o.M. Heimpel, Ritter und Schrade die Möglichkeit erhalten, sich zu den Wahlen nachträglich zu äußern (vgl. Panzer an Heimpel bzw. Ritter und Schrade, 21. Febr. 1944; HAW 311/4). Die Wahlen wurden in der Gesamtsitzung vom 26. Febr. 1944 bestätigt (ein Sitzungsprot. liegt nicht vor; vgl. jedoch die Einladung zur Sitzung vom 19. Febr. 1944; **HAW** 143/6, bzw. die Mitteilung Panzers an das REM vom 28. Febr. 1944; HAW 311/4). Die Bestätigung erfolgte mit Erlaß **WN** 192 vom 22. Apr. 1944 (ebd.).

[781] Böckmann erhielt 1938 das planmäßige Extraordinariat für neuere deutsche Literaturgeschichte an der Universität Heidelberg; er war Mitglied der **NSDAP** seit 1938 (Vezina, **B.,** Gleichschaltung, 138). Böckmanns Haltung zum Nationalsozialismus ist eher indifferent. 1933 hatte er ein „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat" mitunterzeichnet; abgesehen von dem ideologisch bedingten Seminar über „Weltkrieg und Auslandsdeutschtum im Roman" als Lehrstuhlvertreter fanden „neutrale" germanistische Themen seine Aufmerksamkeit, wie seine berühmten Werke „Hölderlin und seine Götter" (1935) oder die „Formengeschichte der deutschen Dichtung" (erschienen 1949) belegen. Daneben zeigte Böckmann aber immer auch Bereitschaft zur Teilnahme an Propaganda-Unternehmen wie der Vortragsreihe „Deutsches Schicksal im Elsaß" (Böckmann referierte über „Deutsches Schicksal in der elsässischen Literaturentwicklung der Neuzeit". Die Vortragsreihe wurde von F. Panzer 1941 im Auftrag von Universität und Akademie herausgegeben) oder dem „reichsweiten Großprojekt zum »Kriegseinsatz der deutschen Geisteswissenschaftler«" „Von deutscher Art in Sprache und Dichtung" ebenfalls von 1941 (vgl. dazu Buselmeier, K., Von deutscher Art, 64, 72, 74). Eine Würdigung der wissenschaftlichen Leistung Böckmanns ebd., 66ff Dort (66) auch der Hinweis auf die Problematik der Beurteilung der politischen Haltung eines Gelehrten, je nachdem ob rein wissenschaftliche Abhandlungen oder „mehr »für den Tag« geschriebene Rezensionen und Reden" betrachtet werden, so daß

treter der neueren Literaturgeschichte gewählt, womit die bisherige Dominanz der Altgermanistik als der „eigentlichen" Germanistik relativiert und eine Entwicklung verstärkt wurde, die die neueren Literaturen in ihrer Eingliederung in den „akademischen" Fächerkanon deutlich aufwertete. Angesichts des allgemeinen Bedeutungsschubs, den die Germanistik im Dritten Reich erfuhr, erfolgte diese Zuwahl freilich mit großer Verzögerung. Böckmann war durch Kienast, Hoops und Meister zur Wahl vorgeschlagen worden. Im Gutachten wurde besonders der hohe Rang seines Hölderlinbuches von 1935 hervorgehoben, nicht ohne auf seine „vielseitige wissenschaftliche Vortragstätigkeit" hinzuweisen, die ihm „von verschiedenen Seiten" abgefordert werde.[782] Entscheidend für den Vorschlag waren allein sachliche Argumente: die Erweiterung und Bereicherung der Arbeitsgebiete der Akademie und der Gewinn eines hochrangigen und anregenden Wissenschaftlers für den wissenschaftlichen Austausch.

Das gleiche galt auch für den Althistoriker Hans Schaefer.[783] Das Gutachten von Herbig, Meister und Dibelius rühmt ihn als „eine unter der jüngeren Generation seiner Fachgenossen beachtliche Persönlichkeit von bemerkenswert hochstehendem wissenschaftlichen Arbeitsethos[,] stets bereit zu gelehrtem Austausch und mit weit über das Fach hinausgreifenden allgemein wissenschaftlichen Interessen ...".[784] Die Wahl des erst 37jährigen Althistorikers löste bei Gerhard Ritter einiges Erstaunen aus,[785] „doch ich kenne die Heidelberger Verhältnisse viel zu wenig, um beurteilen zu können, wie sich diese Bevorzugung erklärt und welches Maß von literarischer Leistung dort als Voraussetzung des Akademikers üblich ist." Ritter beteuerte bei dieser Kritik ausdrücklich seine hohe Wertschätzung für Schaefer und auch Fritz Ernst, auf

(scheinbare) Affirmation der politischen Verhältnisse wie „immanente Kritik an der Politisierung der Wissenschaft" herausgelesen werden können.

782 Gutachten vom 14. Dez. 1943 **(HAW** 311/4).

783 Schaefer war 1941 nach Heidelberg berufen worden. Zu Schaefer vgl. bes. die Nachrufe und Würdigungen von Instinsky, H.U., Hans Schaefer. Ehrenberg, V., in: Jh. 1961/62, 91-95. Berve, **H.,** Hans Schaefer. Über Schaefer äußerten sich zuletzt auch Schmitthenner, **W.,** Ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte des Heidelberger Seminars für Alte Geschichte, 9-13 und Alföldy, G., Die Alte Geschichte in Heidelberg, 225-227.

784 Gutachten vom 19. Febr. 1944 **(HAW** 311/4).

785 Ritter an Panzer, 22. Febr. 1944 **(HAW** 311/4).

den sich seine Bedenken ebenfalls bezogen, doch schien er eher von einer Institution auszugehen, die mehr einer Honoratiorengesellschaft glich, denn einer aktiven „Arbeitsakademie", um die es der Akademie selbst bei ihrer Wahlpolitik entscheidend ging. Die Wahl junger Gelehrter wurde gerade in den 30er und 40er Jahren - unabhängig von aller ideologischen Ausrichtung - als Aktivposten für eine Tätigkeit in der Akademie gewertet. Freilich spielten spezifisch Heidelberger Gewohnheiten ebenfalls eine Rolle. Für den Vertreter der Alten Geschichte in Heidelberg war seit Domaszewski gleichsam ein Platz in der Akademie „reserviert". So ließen sich bereits die Einwendungen verstehen, daß selbst bei einer Wahl des renommierten M. Gelzer auch der Heidelberger Vertreter - eben Hans Schaefer - Berücksichtigung finden müsse.[786]

Heidelberger Verhältnisse spielten auch bei der Wahl des 38jährigen Fritz Ernst[787] eine Rolle. Vielleicht war Fritz Ernst für die Akademie nur eine Verlegenheitslösung anstelle der unmöglich gewordenen Wahl des bekannten Willy Andreas,[788] den auch Ritter und Heimpel als primären Kandidaten erwartet hätten.[789] Jedenfalls hatte die Akademie eine Kandidatur F. Ernsts schon seit geraumer Zeit intern erwogen und diskutiert,[790] zögerte aber bei der Realisierung der Wahl des noch weitgehend unbekannten jungen Gelehrten.[791] Der Wahlvorschlag selbst ruhte jedoch auf einer

[786] Vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 14. Nov. 1942 **(HAW** 322/4).

[787] Fritz Ernst wurde 1937 auf den Lehrstuhl für mittelalterliche Geschichte berufen; kurz darauf erfolgte Rufe nach Hamburg und Freiburg lehnte er ab. Zu Ernst vgl. Brandt, A.v., Fritz Ernsts wissenschaftliches Lebenswerk. Engisch, **K.,** Fritz Ernst als Persönlichkeit. Nachruf von E. Maschke, in: Jb. 1963/64, 55-58. Miethke, J., Die Mediävistik in Heidelberg seit 1933, bes. 102-110. Bad. Biogr. N.F. 2, 1987, 80-82 (F. Trautz). Vgl. auch die Antrittsrede Ernsts vor der Akademie am 21. Jan. 1945.

[788] Vgl. dazu oben Anm. 737 und 738.

[789] Ritter an Panzer, 22. Febr. 1944 und Heimpel an Panzer, 22. Febr. 1944 **(HAW** 311/4). Heimpel gab eindeutig zu verstehen, daß er seinerseits nicht daran gedacht hätte, Ernst vorzuschlagen.

[790] Achelis an Rektor der Universität (Schmitthenner), 1. Dez. 1942: „Über eine Wahl Prof. Ernst ist wiederholt intern gesprochen w[o]rden, ohne dass bisher bestimmte Beschlüsse gefasst wären" (ebd.). Immerhin hatte die Akademie bereits ein (Fremd-)Gutachten bei dem Lehrer Fritz Ernsts, dem Tübinger Mediävisten Johannes Haller eingeholt (vgl. Haller an Kienast, 29. Okt. 1942; ebd.).

[791] Das Resümee Heimpels dürfte eine verbreitete Stimmung in der Akademie

breiten Basis,[792] ein Anzeichen dafür, daß man von Fritz Ernst Engagement und Anregungen in verschiedenen Bereichen erwartete; besonders galt dies natürlich wiederum für das Inschriften-Unternehmen.

Der Reihe der neugewählten korrespondierenden Mitglieder braucht hier nur summarisch wiedergegeben zu werden.[793] 1942 wurde Franz Beyerle auf Vorschlag von Bilfinger, Panzer und Engisch gewählt, 1943 folgte aufgrund seiner ertragreichen **Mit**arbeit an der Cusanus-Ausgabe[794] auf Vorschlag von Hoffmann, Hölscher und Engisch der Kölner Philosophiehistoriker Gerhard Kallen, ferner Matthias Gelzer und Ludwig Mohler.

Hingewiesen werden muß auf zwei Wahlvorschläge, die aus unterschiedlichen Gründen zurückgezogen werden mußten. Am 8. Februar 1941 hatte E. von Künßberg den Freiburger Rechtshistoriker Karl Siegfried Bader[795] zur Wahl als korrespondierendes Mitglied vorgeschlagen. Wenige Tage später (13. Februar 1941) zog Künßberg seinen Vorschlag „vorläufig" zurück, da er mit dem Wahlvorschlag Franz Beyerle, den Engisch und Bilfinger eingebracht hatten, kollidierte. Am 23. Februar 1943 schlugen Hoffmann, Hölscher und Engisch den Breslauer Philosophiehistoriker Josef Koch aufgrund seiner Mitarbeit an der Cusanus-Ausgabe als korrespondierendes Mitglied vor.[796] Obgleich die Akademie den Vorschlag positiv aufnahm, glaubte sie doch vorher die Aussichten der Bestätigung durch das Reichserziehungsministerium klären zu müssen.[797] Nachdem sich der Eindruck verfestigte, daß es unwahr-

wiedergeben: „Andererseits wird er bei seiner Begabung und seiner Lebhaftigkeit der Akademie keineswegs zur Unehre gereichen" (ebd.).

[792] Der Vorschlag vom 23. Febr. 1944 ist unterzeichnet von Fehrle, Herbig, Bilfinger und Engisch. Hervorgehoben wird sein Hauptarbeitsgebiet, die Reichs- und Landesgeschichte des Mittelalters, sowie Kolonialgeschichte. Die Beschäftigung mit englischer und amerikanischer Kolonialgeschichte dürfte bes. die Aufmerksamkeit des Völkerrechtlers Bilfinger erregt haben, während Fehrle natürlich Impulse für das Inschriften-Unternehmen erwarten durfte.

[793] Alle Dokumente befinden sich - soweit nicht anders angegeben - unter **HAW** 311/4. Vgl. auch Anlage 2.

[794] Vgl. Hoffmann an Panzer, 25. Febr. 1943 **(HAW** 311/4).

[795] Zu den biographischen Daten **K.S.** Baders vgl. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1966, 63; zu seinem Werk vgl. Schott, C., Zu Karl S. Baders rechtshistorischem Schrifttum. Vgl. oben Anm. 745.

[796] **HAW** 311/4; vgl. auch Hoffmann an Panzer, 25. Febr. 1943 (ebd.).

[797] Achelis an Hoffmann, 2. März 1943 (ebd.); Achelis an Panzer, 1. März 1943 (ebd.); Achelis an Schmidhuber, 1. März 1943 (ebd.).

scheinlich sein würde, „die Wahl eines katholischen Theologen bestätigt zu bekommen",[798] ließ die Akademie den Wahlvorschlag vorläufig ruhen.

Eine Reihe von Wahlvorschlägen kam über ein lnitialstadium nicht hinaus, so 1941 die für die Freiburger bzw. Straßburger Altphilologen Bogner[799] und Oppermann (Hommel); wiederholt brachten Panzer und Fehrle Pfälzer Gelehrte ins Gespräch, die sie für das Inschriften-Unternehmen gewinnen wollten, so den Historiker Sprater aus Speyer,[800] den Volkskundler und Namensforscher Christmann[801] aus Saarbrücken bzw. Kaiserslautern, den Mannheimer Leiter des Schloßmuseums Gropengießer 1941[802] und 1943.[803] Erinnert sei auch an den Fall Friedrich Pfister. Zuletzt wurde noch am 8. März 1945 ein Wahlvorschlag eingereicht. P. Böckmann empfahl, den Germanisten Petsch aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum korrespondierenden Mitglied zu wählen.[804] Daß dieser Wahlvorschlag angesichts der sich abzeichnenden politischen Ereignisse von der Akademie nicht aufgegriffen wurde, bedarf keiner Begründung. Es ist nur bemerkenswert, wie jemand in dieser Zeit überhaupt noch derartige Gedanken ernsthaft verfolgen konnte.

[798] Achelis an Hoffmann, 3. Juni 1943 (ebd.). Neben der Tatsache, daß Koch katholischer Theologe war, dürften allerdings andere Argumente ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt haben, denn der katholische Theologe L. Mohler wurde ohne Bedenken bestätigt. Im Gegensatz zu Mohler schien man im **REM** gegen Koch eben auch politische Vorbehalte zu hegen. Koch zählte nach dem Urteil E. Seebergs „zu jenen Katholiken, denen man nicht allzu weit trauen kann" (Seeberg an Achelis, 24. Juni 1937; **HAW** 031/1). Die Wahl Kochs wurde 1947 nachgeholt.

[799] Zu Bogner vgl. Hommel, **H.,** Hans Bogner. Vgl. auch Heiber, **H.,** Walter Frank und sein Reichsinstitut, 553-555. In Bogner sah Frank den von ihm geforderten „Gelehrten neuen Typs", der „in der Verbindung von politischem Willen und wissenschaftlicher Zucht den Weg einer »politischen Wissenschaft« in Anspruch nahm" (553).

[800] Vgl. Sitz. Phil.-hist. Klasse am 13. Dez. 1939 **(HAW** 322/3); 16. März 1940 (ebd.); vgl. Achelis an Panzer, 21. Jan. 1941 **(HAW** 3191).

[801] Fehrle an Panzer, 10. Jan. 1941 (ebd.); Panzer an Achelis, 14. Jan. 1941 (ebd.) und Achelis an Panzer, 21. Jan. 1941 (ebd.).

[802] Panzer an Achelis, 14. Jan. 1941 (ebd.) und Achelis an Panzer, 21. Jan. 1941 (ebd.). Zu den biographischen Daten Hermann Gropengießers vgl. Die Friedhöfe in Mannheim, 213.

[803] Sitz. Phil.-hist. Klasse am 3. Febr. 1943 **(HA W** 322/5).

[804] Böckmann an Panzer, 8. März 1945 **(HAW** 3191).

Auffällig ist das Fehlen zwei der bekanntesten Gelehrten der Heidelberger Universität unter den Mitgliedern der Akademie, die freilich nach der Wiedereröffnung der Akademie im Jahre 1946 bei erster Gelegenheit zugewählt wurden:[805] Karl Jaspers[806] und Gustav Radbruch.[807] Beide Fälle sind bis 1945 niemals in der Klasse diskutiert worden. Den aus dem Universitätsdienst entlassenen einstigen sozialdemokratischen Justizminister G. Radbruch[808] zu wählen, wäre ein Affront gegen das Regime gewesen. Die Wahl Karl Jaspers' wurde zunächst durch die Rücksichtnahme auf H. Rickert verhindert und war schließlich durch die Ehe Jaspers mit einer Jüdin unmöglich geworden.[809] Auf der anderen Seite konnte sich die Akademie ihrerseits während der ganzen Zeit der NS-Herrschaft der Wahl der „Führer" der Universität erwehren.[810]

[805] Vgl. Liste I im Anhang.

[806] Zu Jaspers vgl. Jaspers, **K.,** Heidelberger Erinnerungen. Ders., Philosophische Autobiographie, insbes. 80-84 über die Nachkriegsjahre in Heidelberg. Vgl. ferner NDB 10, 1974, 362-365 (R. Wisser). Gadamer, H.-G., Karl Jaspers t. Saner, **H.,** Karl Jaspers. (Über die Nachkriegsjahre in Heidelberg und seinen Entschluß, nach Basel zu gehen, vgl. bes. 51-56 unter dem Stichwort „die verpaßte Umkehr"). Karl Jaspers in seiner Heidelberger Zeit. Sternberger, D., Karl Jaspers (1883-1969). Karl Jaspers. Philosoph, Arzt, politischer Denker. Vgl. auch Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 125f.

[807] Zu Radbruch vgl. Radbruch, G., Der innere Weg. Kaufmann, A., Gustav Radbruch - Leben und Werk. Laufs, A., Gustav Radbruch. Vgl. auch Schmidt, E., Zum 80. Geburtstage Gustav Radbruchs. Lachner, K., In memoriam Gustav Radbruch. Bad. Biogr. N.F., 1982, 223-225 (A. Laufs). Neumann, V., Richtiges Recht. Vgl. auch Drüll, D., Gelehrtenlexikon, 212.

[808] Vgl. Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 47-50.

[809] Vgl. ebd., 99f.

[810] Vgl. dazu oben 479f.

Nachtrag zu Anm. 336:
Diese Datierung ist durch ein Schreiben des Rektors der Universität E. Krieck vom 26. April 1937 an das REM belegt, in dem er um rasche Bestätigung der Wahl bittet. Ergänzend führt er darin aus, daß Achelis die Gewähr biete, ,,daß das innere Leben der Akademie im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung in Bewegung kommt" (vgl. Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Teil III, 66). Dieses Engagement Kriecks zeigt, wie bereits die Polemik vom Nov. 1936 (vgl. oben 409ff.), wie sehr die Universitätsleitung an den Entwicklungen in der Akademie interessiert war und wie andererseits die nationalsozialistische Fraktion in der Akademie zur Erreichung ihrer Ziele mit mächtigen „Verbündeten" außerhalb der Akademie kooperierte. Gleichzeitig mit Achelis wurde auch Fehrle als stellvertretender Sekretär der Phil.-hist. Klasse bestätigt (Jh. 1936/40, 85).

VI. Die Wiedereröffnung und das Problem des Neuaufbaus der Akademie nach 1945

Die Amtszeit der 1941 in ihr Amt eingesetzten Präsidenten Panzer und Vizepräsidenten Achelis endete im Januar 1945.[1] Für Anfang Januar 1945 sollte eine Sitzung der Gesamtakademie anberaumt werden, um vorzuberaten, wer dem Reichserziehungsministerium aus der Reihe der ordentlichen Mitglieder als Präsident und Vizepräsident zur Ernennung vorgeschlagen werden solle. Daraufhin hatte Freudenberg nach Rücksprache mit mehreren Mitgliedern den Antrag gestellt, ,,das R.E.M. möge gebeten werden, die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft der beiden jetzt im Amt befindlichen Herren um ein Jahr zu verlängern".[2] Freudenberg wollte angesichts der zu erwartenden unmittelbar bevorstehenden politischen Veränderungen verhindern, daß durch eine Wahl Verhältnisse geschaffen würden, ,,die eine Festlegung auf 4 Jahre bedeuten würden". Mit Blick auf die politischen Lage empfahl es sich, abzuwarten und keine unliebsamen „Tatsachen" zu schaffen, um nicht künftigen Möglichkeiten der Entwicklung der Akademie vorzugreifen oder diese gar zu behindern. Neben diesem politischen Aspekt spielten aber auch gewichtige, die Struktur der Akademie unmittelbar betreffende Argumente eine Rolle, nämlich die Rücksichtnahme auf die Belange und Wünsche auch der auswärtigen Mitglieder der Akademie: ,,Die Akademie hat sich in den letzten 2 Jahren auf eine breite Grundlage gestellt durch die Wahl von Mitgliedern aus Freiburg, Strassburg, Karlsruhe, Darmstadt und Frankfurt. Damit ist die Akademie zu einer Einrichtung des südwestdeutschen Raumes geworden. Eine jetzt abzuhaltende Neuwahl würde jedoch wegen der Verhinderung der Auswärtigen ausschließlich zu einer Heidelberger Angelegenheit werden und somit die Aufgabe der mit gutem Erfolg eingeschlagenen neuen Rich-

[1] Vgl. Rundschreiben an die o.M. der HeidAW vom 28.Nov.1944, (HAW 143/6).
[2] Freudenberg an HeidAW, 16. Jan. 1945 (Nr. Ch. 46) (HAW 1211).

tung bedeuten. Die auswärtigen Mitglieder würden sich mit Recht zurückgesetzt fühlen." Augenscheinlich stimmte die Akademie in ihrer Sitzung am 27. Januar 1945 diesem Antrag Freudenbergs zu,[3] ohne zu bedenken, daß auf geraume Zeit die Teilnahme der auswärtigen Mitglieder verhindert sein könnte.

Auch nach dem Zusammenbruch stand somit der alte Vorstand mit Panzer und Achelis an der Spitze und Engisch und Freudenberg als Sekretären ihrer Klassen in der Verantwortung. Engisch trat freilich alsbald zurück, und Panzer konnte in längeren mündlichen Verhandlungen den Neutestamentler Martin Dibelius davon überzeugen, das Amt des Sekretärs in der Philosophisch-historischen Klasse interimistisch zu übernehmen.[4] Mit Freudenberg stand ein unbelasteter Gelehrter in der Leitung der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Hier war keine Veränderung nötig, die Kontinuität der Geschäftsführung konnte gewahrt werden. Freilich betrachtete auch Freudenberg, wie alle Amtsträger, sich nur als Interimssekretär, bis ordnungsgemäße Neuwahlen durchgeführt werden konnten. Problematisch war vor allem die Stellung von Achelis, der als überzeugter Nationalsozialist und als Karrierist im Dienste der Partei bekannt war. Bis zu seiner Verhaftung im September 1945 und auch darüber hinaus blieb Achelis nominell im Amt.[5] Er war nicht zurückgetreten; somit war über seine Position auch bei den nächsten Neuwahlen zu entscheiden. Nach Panzers Formulierung war Achelis einzig durch seine Verhaftung „an der Ausübung seines Amtes verhindert". Freilich war allen Verantwortlichen bewußt, daß es untunlich sei, Achelis als leitende Persönlichkeit in der Akademie weiterhin in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten zu lassen.[6] Im internen Geschäftsbetrieb war Achelis vorerst jedoch nicht zu ersetzen, da er als die treibende Kraft der Geschicke der Akademie unter der Nazi-Ägide

[3] Das „Protokoll" der Sitzung enthält nur Notizen zu dem wissenschaftlichen Vortrag, den G. Hölscher hielt (vgl. HAW 143/6).

[4] Panzer an Achelis, 30. Juni 1945 (HAW 1211).

[5] Panzer an Verrechnung der Akademie, 23. Apr. 1946 (HAW 1210).

[6] Vgl. Dibelius an Panzer, 3. Juli 1945 (HAW 030/3): Aus Anlaß des 80. Geburtstages von J. Hoops stand eine offizielle Gratulationsadresse der Akademie bevor. „Am richtigsten erscheint es uns, wenn wir drei - unter augenblicklicher Beiseitestellung von Herrn Achelis - also Sie, Herr Freudenberg und ich zusammen vorsprächen ".

oftmals als einziger die nötigen Sach- und Detailkenntnisse der Interna besaß.[7]

Bemerkenswert ist die Stellung Friedrich Panzers. Bereits zu Beginn der **NS-Zeit** emeritiert, stand er weniger im öffentlichen Blickfeld, obgleich er sich nicht scheute, an propagandistisch auszuschlachtenden Veranstaltungen führend mitzuwirken.[8] Obgleich seine deutschnationale Gesinnung ebenso bekannt war wie sein hohes Ansehen als Wissenschaftler unter den Nationalsozialisten, galt er der Militärregierung als unbelastet.[9] So sehr er vorher im Schatten Achelis' gestanden hatte,[10] so wurde er jetzt zur treibenden Kraft bei den Verhandlungen um die Wiedereröffnung der Akademie. Auch Panzer sah wegen seines hohen Alters sein Amt nur als Interimspräsidentschaft an, führte aber in seiner Eigenschaft als Präsident der Akademie alle Verhandlungen mit der Militärregierung.

Am 17. März 1945 trat die Philosophisch-historische Klasse zu ihrer letzten Sitzung unter dem nationalsozialistischen Regime zusammen. Zu Hans Schaefers Vortrag über „Das Bündnis zwischen Sparta und Persien im Jahre 412/411" hielt Otto Regenbogen ein Korreferat.[11] Regenbogen ist somit das erste Mitglied, das - obgleich formal nie ausgeschlossen - bereits kurz vor dem Zusammenbruch wieder in die Akademie und in seine Rechte als ordentliches Mitglied zurückkehrte; mit dieser Rückkehr kündigte sich der Wandel der Verhältnisse auch für die Akademie deutlich an. Noch im Februar und März hatte man mit Vorplanungen für das

[7] Vgl. dazu etwa die Korrespondenzen zwischen Achelis und Panzer (**HAW** 1214/2).

[8] Als Beispiel sei nur auf die Vorlesungsreihe „Deutsches Schicksal im Elsaß" hingewiesen, an der freilich auch absolut integre Gelehrte wie **W.** Köhler teilnahmen.

[9] Zu Panzer als Germanist in der NS-Zeit vgl. Buselmeier, **K.,** Von deutscher Art, 68f. Panzers Sohn, der Geograph Wolfgang Panzer, gehörte freilich zu den jungen Gelehrten, die sich offen im Sinne nationalsozialistischer Ideologie engagiert hatten. 1934/35 war er Referent für Geographie im REM (vgl. Rössler, **M.,** Wissenschaft und Lebensraum, 209; zu **W.** Panzer vgl. auch de Rosa, R., Politische Akzente, 381).

[10] Der „Schatten" Achelis' deckte offensichtlich auch alle Fehlleistungen Panzers als Sekretär der Phil.-hist. Klasse bei der Entfernung der jüdischen Mitglieder aus der Akademie zu.

[11] **HAW** 322/7.

Sommersemester 1945 begonnen.[12] Ende März, mit dem Heranrücken der Amerikaner,[13] stellte die Akademie ihre laufenden Arbeiten ein.[14]

"Ein Akademiebetrieb ist nun wohl vorläufig nicht verstattet nach allem, was ich von Herrn Hoops höre,"[15] resümierte Panzer im Mai 1945. Doch wurde die Heidelberger Akademie der Wissenschaften nie offiziell suspendiert, weder von ihren Mitgliedern noch von der Militärregierung oder von deutschen Behörden. Die Gesetze der Militärregierung über „Erziehungsanstalten" wurden faktisch jedoch auch auf die Akademie angewandt.[16] Daß die Akademie weiterbestehen würde und nach einer kurzen Unterbrechung fortzuführen sei, stand den Mitgliedern der Akademie außer

[12] Vgl. Achelis an Mittasch, 7. März 1945 wegen eines Vortrages im Sommer **(HAW** 2310/5).

[13] Zur Besetzung von Nordbaden durch amerikanische und französische Truppen und zu den Anfängen der Militärregierung und Zivilverwaltung vgl. Haselier, G., Die Bildung des Landes Württemberg-Baden 1945/46. Vgl. auch Weihnacht, P.-L./Sauer **P.,** Die politische Nachkriegsentwicklung, bes. den Abschnitt über die Besatzungspolitik der Alliierten in Nordbaden (232-241). Ehmer, **H.,** Die Besetzung Badens im April 1945. Schöntag, **W.,** Das erste Jahr des Landesbezirks Baden im Spiegel der Akten der amerikanischen Militärregierung. Die Verhältnisse in Südwestdeutschland und in Nordbaden im bes. sind dargestellt bei Krautkrämer, E., Das Kriegsende in Südwestdeutschland. Ders., Ringen um die territoriale Neugestaltung Südwestdeutschlands. Sauer, P., Demokratischer Neubeginn. Vgl. ferner Der deutsche Südwesten zur Stunde Null, bes. 92-135.

[14] Vgl. die Mitteilung des Schriftleiters der Math.-nat. Klasse Max Müller an die Druckerei, 29. März 1945 **(HAW** 23131).

[15] Panzer an Achelis, 15. Mai 1945 (HAW 1214/2). Hoops war noch vom letzten NS-Rektor Schmitthenner zum kommissarischen Rektor der Universität eingesetzt worden.

[16] Es handelt sich hier vor allem um die Proklamation „Nr. l" des Obersten Befehlshabers der Alliierten Streitkräfte Dwight D. Eisenhower (Schließung aller deutschen Unterrichts- und Erziehungsanstalten) vom 3 I. März 1945 (Der deutsche Südwesten zur Stunde Null, 118f.; vgl. Sauer, P., Demokratischer Neubeginn, 16f.; vgl. auch Eschenburg, Th., Jahre der Besatzung 1945-1949, 65, ferner die Direktive JCS 1067/6 vom 26. Apr. 1945 in: Foreign Relations 1945/3, 378ff.; in deutscher Übersetzung bei Stolper, G., Die deutsche Wirklichkeit, 309-329, bes. 3l 7f.) über die Entnazifizierung als „Prozeß personeller Säuberung". (Zur Entnazifizierung vgl. auch unten Anm. 38). Bei den Verhandlungen um die Reorganisation des Kartells wurde jedoch die Auffassung vertreten, daß durch eine Weisung der französischen Militärregierung vom 23. Juli 1947 zumindest das Akademiekartell von den Besatzungsmächten als aufgelöst betrachtet wurde (vgl. Regenbogen an Kunkel, 2. Juli 1950, **HAW** 6176).

Frage. So bezog sich die „Einstellung" der Arbeiten von vornherein auf eine Übergangszeit. Betroffen waren hiervon in erster Linie die Zusammenkünfte zu Sitzungen.[17] In den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch läßt sich vor allem eine geschäftliche, verwaltungstechnische Tätigkeit des Akademievorstandes feststellen. Es war nur folgerichtig, wenn bereits am 2. Juni 1945 Karl Freudenberg einen programmatischen Entwurf für einen Neubeginn vorlegte.[18] Freudenberg schlug darin vor, das Vorgehen der Akademie in wichtigen Fragen an das der Universität zu koppeln. Das Problem der (Wieder-)Zulassung der Akademie durch die Militärregierung wurde hierin ausgeklammert, vielleicht auch, weil es sich als ein solches noch nicht darstellte. Im Kern der Überlegungen Freudenbergs standen Mitgliederangelegenheiten: eine Restitution der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder, die aufgrund der „nationalsozialistischen Gesetzgebung ausscheiden mussten", sei vorzunehmen; Wahlen, die unter nationalsozialistischen Vorzeichen nicht durchzuführen waren, seien nachzuholen; der Wiedereintritt von ausgetretenen Mitgliedern und solchen Mitgliedern, die eine Wahl zur Akademie abgelehnt hatten, sei anzustreben; die Streichung von Namen aus der Mitgliederliste (d.h. Ausschluß aus der Akademie) müsse den Entwicklungen an der Universität angepaßt werden.

Neben den Mitgliederverhältnissen widmete Freudenberg sich vor allem der Frage einer Revision der Satzung. Hier war er der Meinung, daß bloße redaktionelle Änderungen genügten. Zu streichen wäre im § 1 die Verpflichtung auf eine ideologische Ausrichtung der Forschung. Substantielle Eingriffe in die Statuten erwartete Freudenberg allein aufgrund der Entwicklung der Mitgliederangelegenheiten, daß nämlich „wegen der ungewöhnlichen Verhältnisse eine Überschreitung der in der Satzung vorgesehenen Mitgliederzahl zulässig wäre und dass die Akademie sich keine wertvolle Persönlichkeit aus diesem Grunde entgehen lassen

[17] Vgl. das allgemeine Verbot der Zusammenkunft in größeren Gruppen (siehe dazu etwa die Mitteilung des kommissarischen Rektors der Universität **J.** Hoops vom 19. Apr. 1945 in: Der deutsche Südwesten zur Stunde Null, 188; vgl. auch Ernst, F., Die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, 5).

[18] Freudenberg an Panzer, 2. Juni 1945 **(HA W** 030/3 und 110/4). Dieser Entwurf ist offenbar die Vorlage zu einer „Denkschrift", die Panzer in der Sitzung vom 27. Juli 1946 als ersten Schritt zur Wiedereröffnung der Akademie bezeichnete (vgl. Prot. Sitz. vom 27. Juli 1946, **HAW** 143/7).

sollte." Es ging Freudenberg also auch um eine personelle Erneuerung der Akademie, besonders unter dem Gesichtspunkt der Zuwahl integrer, bisher nicht wählbarer Persönlichkeiten. Als Verfahrensmodell erwog Freudenberg auch die Möglichkeit eines vorübergehenden Ausleihens von Sitzen von einer Klasse an die andere. Die Vorschläge Freudenbergs bargen im rechtlichen Bereich jedoch eine Reihe von Risiken, die komplizierte Verfahrensregelungen provozieren mußten. Während so bei den Mitgliederangelegenheiten Probleme richtungsweisend benannt sind, fanden die verfahrenstechnischen Vorschläge in der weiteren Diskussion keine Unterstützung.

Die Koppelung des Schicksals der Akademie an das der Universität[19] mochte den Maßnahmen für die Akademie einige Rechtssicherheit verleihen, indem sie sich nur im Fahrwasser der „Schwesterinstitution" zu bewegen brauchte;[20] sie hemmte aber die Eigeninitiative, was zu einer relativ späten, verzögerten Wiedereröffnung der Akademie fast eineinhalb Jahre später führte.

Während der Übergangsrektor Hoops[21] keinerlei Funktion beim Wiederaufbau der Akademie wahrnahm, waren mit Otto Regenbogen, Martin Dibelius, Karl Freudenberg, Curt Oehme und Fritz Ernst als Mitglieder des „Dreizehnerausschusses",[22] dessen Vorsitz

[19] Zur Wiedereröffnung der Universität Heidelberg vgl. Bauer, **K.H.** (Hg.), Vom neuen Geist der Universität, bes. 268-276 (Tätigkeitsbericht des Rektors über die Universität im Jahre 1945/46). Ernst, F., Wiedereröffnung der Universität Heidelberg. Jaspers, K./Bauer, **K.H.,** Briefwechsel, bes. 75f. De Rosa, **R.,** Neubeginn der Universität. Ders., Politische Akzente, hier 359-423. Eine polemische und in zentralen Fragen oft oberflächliche Darstellung bietet Pfetsch, F.R., Neugründung der Universität. Eine Deutung der Ereignisse um den Wiederaufbau der Universität unter dem Begriff der „anthropologischen Grenze" versucht Volker Sellin, Die Universität Heidelberg in der Geschichte der Gegenwart 1945-85, 219. Zusammenfassend Wolgast, E., Universität Heidelberg, 167-177.

[20] Immerhin bot die Akademie umgekehrt der Universität ihre Unterstützung an bei ihren Bemühungen „um die Rückführung des verlagerten Universitätsgutes sowie die Wiedereröffnung der Bibliothek und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen" (Freudenberg an Panzer, 27. Juni 1945; HAW 030/3).

[21] Zu Hoops als Rektor vgl. Bauer, **K.H.** (Hg.), Vom neuen Geist der Universität, 12ff., 268f. Ernst, F., Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, 3-6. Vgl. auch de Rosa, **R.,** Neubeginn der Universität, 557.

[22] Zum Dreizehnerausschuß vgl. Bauer, **K.H.** (Hg.), Vom neuen Geist der Universität, lf., 268f. Ernst, F., Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, 5f. Wolgast, E., Universität Heidelberg, 167. Dem Dreizehnerausschußgehörten außer

zudem Dibelius übertragen worden war, gerade die aktivsten unter den unbelasteten Akademiemitgliedern mit der Weichenstellung für den Wiederaufbau der Universität befaßt. Als dem Ausschuß nahestehend sind ferner Ernst Hoffmann, Karl Engisch, Johannes Hoops und auch Hans Schaefer zu nennen.[23] In der ersten genehmigten Senatssitzung am 8. August 1945, an der 22 nichtbelastete Professoren teilnahmen, wurden mit Fritz Ernst als Prorektor und Gustav Hölscher, Otto Regenbogen und Karl Freudenberg als Dekane[24] Akademiemitglieder auch offiziell mit dem Wiederaufbau der Universität beauftragt. Daß diese schwere Aufgabe Vorrang hatte und auch alle Kraft erforderte, ist selbstverständlich, ging letztlich aber zu Lasten der Akademie. Erst nach der offiziellen Wiedereröffnung der Universität am 7. Januar 1946 konnte auch die Akademie mit größerem Engagement die eigene Wiedereröffnung betreiben, wobei man auf Parallelitäten zur Entwicklung in der Universität verweisen konnte. Als empfindlicher Rückschlag erwies sich dabei die grundlose Verhaftung Karl Freudenbergs Ende Januar 1946,[25] die zu einer Lähmung auch der Akademieaktivitäten zu führen schien. Erschwerend wirkte sich zudem die Verstärkung der Widerstände der Besatzungsmacht wie auch verschie-

den oben Genannten an **K.** Jaspers, **W.** Jellinek, **A.** Weber, G. Radbruch, **K.H.** Bauer, E. Engelking, **R.** Hupfeld, **W.** Gentner und A. Mitscherlich. De Rosa nennt in Neubeginn der Universität (547) irrtümlich Hans Schaefer; F. Ernst und **W.** Jellinek sind unterschlagen, letztere nennt er aber selbst in Jaspers, **K./** Bauer, **K. H.,** Briefwechsel (90f.) als Mitglieder des Dreizehnerausschusses. **K.** Jaspers nennt in Schicksal und Wille, 167 zusätzlich **K.** Engisch und J. Hoops, insgesamt aber nur 11 Namen. Die Überlieferung ist korrupt. Die größte Nähe und Authentizität gebührt den Aufzeichnungen **K.H.** Bauers, der nach dem Zeugnis von de Rosa, **R.,** Neubeginn der Universität, 547, erst nachträglich hinzukam. Vielleicht erklärt sich hieraus die Diskrepanz zu der Bezeichnung „Dreizehnerausschuß" und der Zahl der 14 Mitglieder.

[23] Zu Hoffmann siehe Ernst, F., Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, 5. Zu Schaefer, Hoops und Engisch vgl. Bauer, **K.H.** (Hg.), Vom neuen Geist der Universität, 2, 269.

[24] Bauer, **K.H.** (Hg.), ebd., 269. De Rosa, **R.,** Neubeginn der Universität, 556.

[25] Dazu Mußgnug, D., Anhang zu Freudenbergs Lebenserinnerungen, 182ff. Freudenberg wurde einem Spruchkammerverfahren zwecks „Neuklassifizierung" unterzogen. Am 8. Aug. 1946 erging der Spruch, daß Freudenberg „vom Gesetze nicht betroffen" sei. Bei Pfetsch, F.R., Neugründung der Universität, 375, entsteht hinsichtlich der Verhaftung Freudenbergs leicht der Eindruck, als habe es sich hier durchaus um eine berechtigte Maßnahme gehandelt.

dener deutscher Organisationen und Behörden gegen das Heidelberger akademische Leben seit November 1945 aus.[26]

Aus der Tätigkeit für die Wiederzulassung der Universität im Umgang mit den Militärbehörden geschult, ergab sich auch die Einschätzung der Möglichkeiten der Akademie im Sommer 1945, wie Dibelius sie formulierte: ,,Die letzten Tage haben mich wieder überzeugt, daß eine Zusammenkunft der Akademie-Mitglieder mit Einschluß der Pg's von der Militär-Regierung nicht genehmigt werden würde: Ohne Pg's könnte eine Versammlung beantragt werden ... Voraussetzung wäre eine Genehmigung der Sitzung durch die Militär-Behörde und die Anwesenheit eines amerikanischen Offiziers oder Beauftragten".[27] Da nur 11 Mitglieder der Philosophisch-historischen Klasse (von denen man wohl auf zwei weitere - Hoffmann und Köhler - aus Gesundheits- und Altersgründen verzichten mußte) eingeladen werden könnten, erschien es letztlich fraglich, ob zu diesem frühen Zeitpunkt eine Zusammenkunft, die sich der Kontrolle durch die Militärregierung ausgesetzt sähe und demzufolge kaum offen und frei beraten und beschließen könnte, überhaupt erstrebenswert sei. Der Kontakt zu einzelnen Offizieren der Militärregierung schien jedoch auch Möglichkeiten zu eröffnen. Aufgrund einer Besprechung mit dem für Heidelberg zuständigen

[26] Vgl. dazu Ernst, F., Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, 18-22. De Rosa, R., Politische Akzente, 397-414. Widerstände kamen vor allem aus Kreisen der Gewerkschaften, des CIC und des neuen Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden Heinrich Köhler (zu Köhler vgl. zuletzt Uffelmann, U., Badisches Profil und Südweststaat) und seines Landesdirektors für Kultus und Unterricht Prof. Franz Schnabel (vgl. dazu auch die Erläuterungen von de Rosa, R., Politische Akzente, 100: ,,Gegenüber der Universität führte er sein Amt in dem schonungslosen Bestreben, zu einer echten Erneuerung beizutragen." Vgl. auch Rhein-Neckar-Zeitung vom 14. Nov. 1945). Der Konflikt zwischen Universität und Regierungsbehörde bzw. F. Schnabel eskalierte schließlich 1947, ,,als die Landesdirektion mit einer massiven Intervention versuchte, ihrem Mitglied Schnabel den Lehrstuhl für neuere Geschichte ... zu verschaffen" (Wolgast, E., Universität Heidelberg, 177. Ders., Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert, 147. Pfetsch, F.R., Neugründung der Universität, 367, mit negativer Einstellung zur Haltung der Universität). Der Fall Schnabel hatte ein Nachspiel in der Akademie, als aufgrund der Ereignisse von 1947 Schnabels Kandidatur als **k.M.** im Jahre 1949 nach erhitzten Debatten ad acta gelegt wurde **(HAW** 323/2). Über das Mißtrauen und die Widerstände der Amerikaner gegenüber der Universität vgl. auch Ernst, F., Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, 8-11, 14f.

[27] Dibelius an Panzer, 3. Juli 1945 (HAW 030/3).

Hochschuloffizier Dr. Hartshorne reichte Panzer noch im Juli 1945 - auf Wunsch Hartshornes - eine Denkschrift ein, die „über den Aufbau der Akademie, die Art und Haltung ihrer Arbeit in der letztabgelaufenen Epoche einige Auskunft" zu geben beabsichtigte.[28] Die Akademie war gezwungen, vorerst abzuwarten, wobei in der Gewißheit, daß „in Sachen der Akademie ... durch den augenblicklichen Stillstand nichts Wesentliches und nichts Grundsätzliches versäumt"[29] werde, immerhin etwas Tröstliches lag. So beschränkten sich die Überlegungen in den anschließenden Semesterferien allenfalls auf Erörterungen des Rahmens der zukünftigen Veröffentlichungen der Akademie.[30] Ein wohl auf Spätsommer 1945 zu datierender Entwurf[31] eines Schreibens an die Mitglieder der Akademie teilt mit, ,,daß eine greifbare Aussicht auf baldige Wiedereröffnung der Tätigkeit unserer Akademie vorläufig nicht gegeben ist." Hierin spiegelt sich die unsichere Rechtslage und die Ungewißheit der politischen Entwicklung wider zwischen der offiziellen Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten im Juni 1945 und der Einrichtung der Länderstruktur in der amerikanischen Zone durch die „Proklamation Nr. 2" vom 19. September 1945.[32] Das Vermögen der Akademie war bis zur

[28] Vgl. Panzer an Kultusminister Heuss, 27. März 1946 (ebd.); die Denkschrift ist in den Akten nicht enthalten.

[29] Dibelius an Panzer, 9. Juli 1945 (ebd.).

[30] Vgl. dazu Freudenberg an Panzer, 22.Aug.1945 (ebd.). Bei der Aussichtslosigkeit der Drucklegung wissenschaftlicher Werke wurde die Akademie zu einer Aufbewahrungsstätte für wissenschaftliche Abhandlungen (vgl. Achelis an Herbst, 31. Jan. 1945; Herbst an Achelis, 14. Febr. 1945; Achelis an Mittasch, 7. März 1945; Erdmannsdörffer an Achelis, 28. Juli 1945; alle HAW 2310/5), vgl. bes. auch den Entwurf eines Rundschreibens von Freudenberg, nach dem sich die Akademie zur Entgegennahme und Aufbewahrung von Manuskripten bereit erklärte (Freudenberg an Achelis, 4. Aug. 1945). Über den Stand der Publikationstätigkeit der Akademie im Sommer 1945 gibt eine Aufstellung des Schriftleiters M. Müller vom 12. Juni 1945 Auskunft **(HAW** 23131). Als Versuch, den wissenschaftlichen Kontakt aufrechtzuerhalten, ist auch die Anregung zu verstehen, wenigstens Kurzmitteilungen über die eingegangenen Berichte zu veröffentlichen (ebd.).

[31] Vgl. Freudenberg an Panzer, 22. Aug. 1945 **(HAW** 030/3).

[32] Zur Politik der Besatzungsmächte vgl. etwa Stammen, T., Das alliierte Besatzungsregime in Deutschland (zur amerikanischen Besatzungspolitik insbes. 7lff.). Vgl. auch Schoenbaum, D., Deutschland als Gegenstand der amerikanischen Nachkriegsplanung. Gimbel, J., Amerikanische Besatzungspolitik und deutsche Tradition.

Genehmigung der Fortsetzung ihrer Tätigkeit durch die Militärregierung gesperrt. Offenbar wurde dann aber doch bereits im Spätherbst „Wiederbeginn ihrer Tätigkeit und Neuaufnahme ihrer Publikationen" beantragt, anscheinend im Zusammenhang mit dem Beginn der Vorlesungstätigkeit in den Theologischen und Medizinischen Fakultäten im November 1945,[33] ohne daß eine rasche Bewilligung erwartet wurde.

Seit Beginn des Jahres 1946 bemühten sich Panzer und andere, die Wiedererrichtung der Akademie mit neuem Elan voranzutreiben.[34] Die Zeit drängte mit einem Male, zumal nach Ansicht Panzers bereits „alle reichsdeutschen Akademien außer uns bereits aktiviert sind."[35] Am 20. Februar 1946 wandte sich Panzer an das ,,University-Office" der Militärregierung mit der Bitte um Wiederzulassung der Akademie[36]: ,,Mit der Wiedereröffnung der Universität Heidelberg dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, auch der Heidelberger Akademie der Wissenschaften wieder Raum zu geben zur Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Diese bildet eine Ergänzung zu den Bestrebungen der Universität und wird fast ausnahmslos von Angehörigen der Universität zu Heidelberg und der benachbarten Hochschulen getragen. Aus diesem Grunde legt die Akademie den größten Wert darauf, daß ihre Angelegen-

[33] Vgl. dazu Panzer an Heimpel, 15. Nov. 1945 (**HAW** 030/3).

[34] Vgl. Panzer an Freudenberg, 29. Jan. 1946 (ebd.).

[35] Diese Aussage Panzers ist freilich zu relativieren. Die Bay**AW** beispielsweise setzte ihre Tätigkeit nach kurzer Unterbrechung bereits im Juli 1945 fort, freilich mit erheblichen Einschränkungen (vgl. Meißner, **W.,** Die schwierige Lage der Akademie, 40ft). Vgl. dazu die Anmerkung von Dibelius vom 12. März 1946; wonach die „Münchner Akademie auch noch nicht weiter ist" als die Heidelberger (Dibelius an Panzer, 12. März 1946, **HAW** 030/3); die erste öffentliche Sitzung der BayA**W,** mit der sie auch nach außen hin ihre Arbeit wieder aufnahm, fand erst am 26. Sept. 1946 statt (vgl. Neue Zeitung vom 29. Sept. 1946; **HAW** 6177). Am 1.Aug.1946 war bereits die neue Deutsche Akademie der Wissenschaften feierlich eröffnet worden, hatte freilich schon im Sommer 1945 die Arbeit an einzelnen wissenschaftlichen Unternehmungen wieder aufgenommen (vgl. Landrock, **R.,** Die Deutsche Akademie der Wissenschaften, Bd. 1, 12f. Dunken, G., Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 40), während die SächsA**W** in reduzierter Form erst 1948 ihre Arbeit wieder aufnahm (vgl. dazu die Ansprache des Präsidenten Frings bei der Feier der Wiedereröffnung der Akademie am 8. Dez. 1948, SächsAW, Jb. 1949-1953, 27-32).

[36] **HAW** 0231.

heiten vom University Office bearbeitet werden, derselben Stelle, mit der die Universität vertrauensvoll zusammenarbeitet. Zunächst ist die Versammlung der in Heidelberg anwesenden Mitglieder geplant, soweit sie von CIC anerkannt sind. Ich bitte, die Versammlung folgender Mitglieder im Sitzungssaal der Akademie ... zu genehmigen." Genannt werden: Panzer, Meister, Dibelius, Hoffmann, Regenbogen, Köhler, Hoops, Hölscher, Herbig, Hellpach, Böckmann, Ernst, Schaefer, Herbst, Erdmannsdörff er, Gotschlich, Eichholtz, Oehme, Siebeck, von Weizsäcker.

Zu den die Wiedereröffnung betreibenden und die neue Akademie konstituierenden Mitgliedern zählten also 13 der Philosophisch-historischen Klasse und nur 7 der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Damit stand vorläufig nur ein gutes Drittel aller ordentlichen Mitglieder (von der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse nur ein Viertel) der Akademie zum Neuaufbau zur Verfügung.[37] Besonders schwer wog der Verzicht auf Karl Freudenberg. Als Voraussetzung für die Auffi.ihrung in der vorläufigen Mitgliederliste galt die Anerkennung durch den CIC als Universitätsdozenten, der gegebenenfalls eine Beurteilung ihres Verhältnisses zum Nationalsozialismus in einem „Entnazifizierungsverfahren" vorauszugehen pflegte.

Neue Schwierigkeiten ließen sich durch den Erlaß des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 erwarten, mit dem die Entnazifizierungsverfahren in deutsche Zuständigkeit überführt werden sollten.[38] Das hieße für die Akademie, daß auch die sie betreffenden Fälle „neu zur

[37] Zugrundegelegt ist der Stand vom 1.Apr.1945 (vgl. Jh. 1943/55, 23f. und 25f.). Nicht aufgeführt sind die EM der Akademie; bei Kriegsende waren dies Friedrich Schmidt-Ott und auch noch Prinz Viktor Salvator von lsenburg. Irrtümlicherweise wird unter den o.M. der Math.-nat. Klasse Artur Rosenthal aufgeführt. Hinfällig war die Liste vom 20. Febr. 1946 bereits bei ihrer Aufstellung, denn Walther Köhler war am 18. Febr. 1946 verstorben.

[38] Das Gesetz ist hrsg. v. Erich Schullze, 3. Aufl. 1948. Zu Ablauf und Folgen dieser zweiten Phase der Entnazifizierung vgl. Dotterweich, **V.,** Die „Entnazifizierung", 144-147. Ein wesentliches Ergebnis dieser „Spruchkammerverfahren" ist die endgültige Klassifizierung der Betroffenen nach fünf Kategorien (Hauptschuldige - Belastete - Minderbelastete - Mitläufer - Entlastete). Vgl. dazu auch Erdmann, **K.D.,** Das Ende des Reiches, 112-121. Fürstenau, J., Entnazifizierung. Vgl. zuletzt auch die Dokumentensammlung Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung.

Sprache kommen" mußten.[39] So erschien es Dibelius durchaus als Vorteil, mit der Reorganisation der Akademie noch nicht allzuweit vorangeschritten zu sein. Es galt also zunächst die politische Entwicklung abzuwarten. Allein im technisch-wissenschaftlichen Bereich konnten dagegen erste Schritte unternommen werden, die Lizenz für die Sitzungsberichte zu beantragen.

Entscheidende Fortschritte erlebten die Bemühungen um die Wiedereröffnung der Akademie durch eine Denkschrift, die Panzer am 27. März 1946 dem Kultusminister von Württemberg-Baden Theodor Heuss zukommen ließ;[40] es ging hier vor allem um die Darstellung der künftigen Arbeiten und Aufgaben der Akademie, die der Finanzierung durch den Staat bedurften.[41]

Erst am Ende des Sommersemesters, am 24. Juli 1946, nachdem die Akademie mit Schreiben vom 14. Juni 1946[42] noch einmal an ihren Antrag erinnert hatte, ging die Erlaubnis der Militärregierung zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit ein: ,,The Heidelberg Academy of Science is hereby authorized to continue its work and its meetings, with the membership indicated in your letter of 14 June 1946."[43] Die Akademie war auf diese Genehmigung zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit vorbereitet, denn im Juni hatte Panzer ein Gespräch mit lrvin[44] dazu genutzt, die Wiederzulassung der Aka-

[39] Vgl. Dibelius an Panzer, 12. März 1946 (HAW 030/3). Natürlich waren die Sorgen der Akademie auch durch das Vorgehen Penhams mitverursacht.

[40] Die Denkschrift (vgl. HAW 030/3) geht am gleichen Tag auch dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums Köhler zu, der sie zur Weiterbehandlung an seinen Landesdirektor für Kultus und Unterricht Franz Schnabel weiterleitete (Präsident des Landesbezirks Baden an HeidAW, 6. Apr. 1946, Nr. 1899; ebd.).

[41] Es handelt sich um die Wiederaufnahme des regulären Staatszuschusses von zuletzt 15000 **RM** plus 1000 **RM** aus dem Unterländer Studienfonds, sowie um Sondermittel als Ersatz für ausgefallene Reichsmittel, darunter auch Mittel zur Fortführung des bisher von der PreuA **W** betreuten Deutschen Rechtswörterbuches. Die Behandlung der Anfrage wurde auch vom Kultusminister an die Abt.Kul.Unt. der Landesverwaltung Baden nach Karlsruhe weiterverwiesen (vgl. Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst in Württemberg, Min.R. Dr. Rupp, an den Präsidenten der HeidA**W,** 13. Apr. 1946, Nr. H 997; **HAW** 030/3). Bis Aug. 1946 war noch keine Reaktion des Landesdirektors Schnabel auf die Mittelanforderung der Akademie erfolgt (vgl. Panzer an Schnabel, 3. Aug. 1946, ebd.).

[42] Das Schreiben der Akademie ist in den Akten nicht enthalten.

[43] Leon **P.** lrvin, Chief ofHigher Institutions and Teachers Training vom Office of Military Government Baden-Württemberg, 24. Juli 1946 **(HAW** 0231).

[44] Zu lrvin vgl. Ernst, F., Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, 2lf. Irvin

demie zu erlangen; er hatte bereits bei dieser Gelegenheit die mündliche Ermächtigung erhalten, die Akademie zu ihrer Sitzungstätigkeit mit den für die Universität zugelassenen Gelehrten wieder einzuberufen. Bereits am 27. Juli 1946 konnte daher die erste Zusammenkunft[45] nach fast eineinhalb Jahren stattfinden. Zur Sitzung waren nur die bereits im Februar 1946 aufgelisteten Personen geladen, zusätzlich Karl Freudenberg und der 1939 aus der Akademie ausgeschlossene Hermann Ranke, der sich und den man bereits ohne formellen Akt wieder der Akademie zugehörig sah.[46] Die Zusammenkunft hatte zwei Tagesordnungspunkte. Zunächst sprach der Archäologe Reinhard Herbig über „Thea Sibylla".[47] Im geschäftlichen Teil gab Panzer einen „Bericht über die gegenwärtige Lage der Akademie", an den sich Überlegungen zu „ihrer künftigen Gestaltung" anschlossen.[48] Bedenklich war vor allem die finanzielle Lage der Akademie, „durch Ausfall der Zinsen und Sperrung der Konten".[49] Ein Haushaltsplan konnte daher nicht aufgestellt werden. Gleichwohl hatte der Übergangsvorstand bereits erste Kontakte zum Kultusministerium angeknüpft und von diesem durch den Landesdirektor der Abteilung Kultus und Unterricht bei der badischen Landesverwaltung Franz Schnabel die Zusicherung erhalten, „daß der Staat die Akademie nicht im

hätte allen Grund gehabt, den Heidelberger Gelehrten zu mißtrauen, hatte er doch Kenntnis von einer Liste, die 75 Dozenten der Universität aufführte, die nach dem Gesetz vom 5. März zur „Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" als Nazis zu bezeichnen waren, darunter auch Rektor und Prorektor der Universität Bauer und Ernst (vgl. de Rosa, R., Politische Akzente, 372).

45 Da nach Ansicht Panzers diese erste Sitzung nicht „satzungsgemäß" zustande kam (die Einladung zur Sitzung war ja nicht an alle Mitglieder verschickt worden), bezeichnete er sie nur als „Zusammenkunft", die sich inhaltlich aber nicht von einer regulären Sitzung unterschied. Das Einladungsschreiben zur Zusammenkunft ist nicht datiert, dürfte aber bald nach der „Fühlungnahme mit der Militärregierung" im Juni 1946, sobald die Tagesordnung feststand, verschickt worden sein (vgl. dazu **HAW** 143/7).

46 Abwesend waren aus Altersgründen C. Herbst und K. Meister.

47 Vgl. Herbig, **R.,** Thea Sibylla.

48 Vgl. Einladung zur Sitz. am 27. Juli 1946 **(HAW** 143/7).

49 Im Sommer 1945 standen der Akademie rechtlich noch Zuschüsse aus dem Untt!rländer Studienfonds zur Verfügung (vgl. Achelis an Panzer, 30. Juni 1945; **HAW** 1241/2). Auch die Einstellung staatlicher Zuschüsse trug natürlich zu den Schwierigkeiten der Akademie bei.

Stich lassen würde".[50] Auch auf andere Hilfsquellen wurde aufmerksam gemacht. So boten sich trotz der finanziellen Schwierigkeiten bereits Perspektiven für die weiteren Arbeiten, denn eine Reihe „neue[r] Anforderungen" seien bereits an die Akademie herangetragen worden, so die Übernahme des bisher von der Preußischen Akademie betreuten Rechtswörterbuches, Unterstützungen für die Monumenta Germaniae Historica, die Römisch-germanische Kommission, das Altfranzösische Wörterbuch, die Paracelsus-Ausgabe und natürlich das Cusanus-Unternehmen, das aufgrund der Verluste im Krieg vielfach einem Neubeginn gleichkam. Auch die Fortsetzung der Sitzungsberichte stand zur Verhandlung. Die Fülle der wissenschaftlichen Aufgaben, die der dringenden Unterstützung durch die Akademie bedurften, waren durchaus auch als eine Ermutigung für den schweren Neubeginn aufzufassen.

Über Neuwahlen zum Vorstand der Akademie wurde noch nicht gesprochen. Für die Übergangszeit übten Panzer, Freudenberg und Dibelius die Verwaltungsgeschäfte aus. An eine Neuwahl war natürlich frühestens in der ersten regulären Sitzung der Akademie zu denken. Von einer Rückkehr zu einiger Normalität zeugen dagegen bereits die ersten Anträge auf Zuwahlen,[51] die aber - da es sich nicht um eine „regelgerechte" Sitzung handelte - noch nicht behandelt wurden.

Eine vollständige und reguläre Wiederaufnahme der Tätigkeit der Akademie war - das zeigte die Auffassung der im Juli erstmals wieder Versammelten, als sie ihrer ersten Zusammenkunft nicht den Rang einer Akademiesitzung zubilligen wollten - nicht lediglich mit dem Zusammenschluß der bis zum Juni 1946 an der Heidelberger Universität als Dozenten zugelassenen Mitglieder möglich. Zu einer arbeits- und beschlußfähigen Akademie gehörte eine Klarstellung ihrer Mitgliederverhältnisse. Es war daher nötig, alsbald nach „der Auswirkung der Tätigkeit der Spruchkammern Schritte zur endgültigen Festlegung des Bestandes der ord[end-

[50] Wieviel auf diese Zusicherung zu geben war, sei dahingestellt. Die äußerst kritische Haltung Schnabels und seines Gönners Köhler zur Universität wurde oben bereits erwähnt. Es ist eher wahrscheinlich, daß sich diese kritische bis ablehnende Haltung auch auf die Akademie ausdehnte, deren Anbindung an die Universität immer wieder überschätzt wurde.

[51] Hoffmann forderte, die Wahl J. Kochs zum **k.M.** nachzuholen und ferner Karl Jaspers zum o.M. zu wählen (Hoffmann an Panzer, 23. Juli 1946; HAW 110/4).

liehen] Mitglieder zu unternehmen." Erst dann wäre die Akademie wieder arbeits- und entscheidungsfähig und könnte auch die „erwünschten Neuwahlen" vornehmen.[52] Die Akademie verfaßte zu Beginn des Wintersemesters im Oktober 1946 ein Rundschreiben an ihre Mitglieder, in dem der „dringende Wunsch" der Akademie geäußert wurde, „alle unseren[!] ord[entlichen] Mitglieder, soweit das erreichbar ist, wieder versammeln zu können, um auch satzungsmäßig geregelte Handlungen[,] wie die Neuwahl der Akademieleitung, Zuwahlen u.a. vornehmen zu können. Damit wir ein entsprechendes Ersuchen an die Militärregierung richten können[,] bitten wir Sie uns baldmöglichst mitzuteilen, ob Sie von der Militärregierung als Dozent anerkannt oder doch durch die Spruchkammer entlastet sind."[53] Besonders die auswärtigen Mitglieder erhielten durch diese Aufforderung die Möglichkeit, erste Kontakte zur Akademie wiederherzustellen. Aufgrund der Rückäußerungen verfaßte die Akademie ein weiteres Schreiben an die Militärregierung, das die Bestätigung der Mitgliedschaft von weiteren zwölf ordentlichen Mitgliedern bringen sollte, darunter auch Karl Freudenberg selbst.[54]

Die Akademie äußerte ihr Bedürfnis, die bisherige Beschränkung auf die bis zum Sommer 1946 entnazifizierten Heidelberger Mitglieder aufzuheben. „Um wieder zu voller Betätigung gelangen zu können, hat die Akademie den dringenden Wunsch zu ihren Sitzungen und Arbeiten nunmehr auch ihre in Frankfurt, Darmstadt, Karlsruhe und Freiburg wohnenden an den dortigen Hochschulen als Dozenten mit Zustimmung der Militärregierung tätigen wie auch ihre hiesigen, seit dem Juni entnazifizierten ordentlichen Mitglieder wieder heranziehen zu dürfen." Als von der Mili-

[52] Vgl. Panzer an Schnabel, 3. Aug. 1946 (HAW 030/3).

[53] Entwurf eines Rundschreibens von Okt. 1946 **(HA W** 110/4). Aus den Antwortschreiben geht hervor, daß die Anfrage auf den 8. Okt. datiert war.

[54] HeidA**W** an Militärregierung Office Universität Heidelberg, z. Hd. Lt. Co!. Leon **P.** Irvin, Chief of Higher Institutions and Teachers Training, 17. Nov. 1946 **(HAW** 0231); dem Schreiben liegt ein Entwurf vom 6. Nov. 1946 (ebd.) zugrunde, der in dem abgesandten Schreiben in Hinblick auf Art und Grad einer ggf. vorliegenden Belastung erheblich modifiziert ist. Unterzeichnet ist das Schreiben von Panzer, Dibelius und dem im Grunde noch gar nicht wieder „bestätigten" Freudenberg, also dem amtierenden Vorstand. Freudenberg nahm etwa seit Mitte Okt. 1946 seine Geschäfte als Klassensekretar wieder wahr, nachdem er in sein Amt wieder eingesetzt war (vgl. Dibelius an Freudenberg, 15. Okt. 1946; **HAW** 0231 und **HAW** 163/4).

tärregierung im Amte anerkannt, bzw. durch Urteil der Spruchkammer als „nicht vom Gesetze betroffen" wurden Karl Freudenberg, Alwin Mittasch und August Seybold[55] aus Heidelberg, Rudolf Plank aus Karlsruhe, Gerhard Ritter und Paul Uhlenhuth aus Freiburg, Clemens Schöpf aus Darmstadt und Otto Schumann aus Frankfurt/Main bezeichnet, während Karl Engisch, Eugen Ulmer, Ernst Wahle und Alexander Schmincke[56] als „Mitläufer" eingestuft worden waren. Zugleich erbat die Akademie die „Ermächtigung, auch künftig aus der geringen Zahl unserer danach noch übrigen ordentlichen Mitglieder diejenigen heranziehen zu dürfen, die weiter noch entnazifiziert werden, sei es durch Wiedereinsetzung in ihre Ämter unter Anerkennung durch die Militärregierung, sei es durch ein Urteil der Spruchkammern, das sie als »vom Gesetz nicht betroffen«, als »entlastet« oder höchstens als »Mitläufer« erklärt hat." Als von der Militärregierung mit Erlaß vom 17. Dezember 1946[57] der Akademie ihre vollständige Rechtsfähigkeit, damit auch ihre Selbständigkeit und die Möglichkeit, ihre Tätigkeit im vollen Umfange wieder aufzunehmen, zugestanden wurde, waren von den im Frühjahr 1945 registrierten 54 ordentlichen Mitgliedern (27 je Klasse) zumindest nominell 27 wieder zugelassen. Hinzu kamen bis Jahresende Richard Kuhn und Walther Bothe[58] und „außer der

[55] Pfetsch, F.R. (Neugründung der Universität, 366) wirft u.a. A. Seybold vor, wichtige Angaben, „die die Nähe zum Nationalsozialismus hätten belegen können", verschwiegen zu haben. Seybold zählte auch zu den von Penham besonders observierten und angeklagten Dozenten (vgl. ebd., 375). Zu Seybolds Haltung zum Nationalsozialismus vgl. auch oben 383f.

[56] Obgleich für Schmincke die äußeren Bedingungen erfüllt waren, wurde er auf Einspruch Freudenbergs vorläufig nicht unter die o.M. restituiert. Freudenberg kritisierte vor allem Schminckes mangelndes Engagement für die Akademie (Freudenberg an Panzer, 5. Nov. 1946; HAW 110/4), womit auch angedeutet werden sollte, daß die Akademie sich ihrerseits gegenüber Schmincke nicht verpflichtet fühlen müßte. Tatsächlich wurde Schmincke erst 1948 wieder unter die o.M. aufgenommen.

[57] "Certificate" vom 17. Dez. 1946, unterzeichnet von Leon P. Irvin: „This office hereby approves the formation ofthe Heidelberger Academie der Wissenschaften. lt is understood that the Academie will fulfill any obligations demanded by the German Government for approval" (HAW 0231).

[58] Da Kuhn als Vortragender für die sehr repräsentative Eröffnungssitzung der Akademie benannt werden konnte, mußte seine Wiederzulassung zur Akademie bereits seit geraumer Zeit,jedoch nach dem 17.Nov.1946 (Schreiben Freudenberg an Militärregierung) erfolgt sein. Das gleiche gilt für den zu dieser Sitzung ebenfalls anwesenden Walther Bothe, der bereits am 11. Nov. 1946 in

Reihe" Hermann Ranke.[59] Somit hatte sich in der Akademie wieder ein beschlußfähiger Mitgliederstamm herausgebildet, der die wichtigen kommenden Aufgaben bewältigen konnte.

Mit den Sitzungen am 4. Januar 1947 begann für die Akademie wieder ein „geregeltes" Leben. Den wissenschaftlichen Vortrag hielt der Nobelpreisträger Richard Kuhn über „Einige Fragen der menschlichen Ernährung". Im geschäftlichen Teil befaßte man sich mit der allgemeinen Lage der Akademie, insbesondere der weiteren Verfolgung der Mitgliederangelegenheiten, der Neuwahl des Vorstandes und der Ankurbelung der wissenschaftlichen Tätigkeit. Ferner galt es, die rechtliche Stellung nach innen und außen zu klären und die Vermögensverhältnisse zu ordnen. [60]

Der Vorstand hatte geschlossen seine Ämter zur Verfügung gestellt.[61] Da Panzer „in Hinblick auf sein Alter" eine weitere Kandidatur zurückwies,[62] fiel das Vorschlagsrecht für den Präsidenten nach allgemeiner Ansicht der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse zu. Der Vorschlag Freudenbergs, Viktor von Weizsäcker für das Amt des Präsidenten zu nominieren, „wird freundlich aufgenommen".[63] Die Wahl von Weizsäckers erfolgte in der

akademieinternen Funktionen hervorgetreten ist, als er gemeinsam mit Freudenberg und Erdmannsdörffer die ersten Wahlvorschläge in der Math.-nat. Klasse einbrachte (vgl. Antrag vom 11. Nov. 1946, **HAW** 211/5). Zur Behandlung **W.** Bothes durch die Amerikaner vgl. Kopfermann, **H.,** Zur Geschichte der Heidelberger Physik seit 1945, 159f. Walker, **M.,** Die Uranmaschine, 219.

[59] Die Mitgliederliste vom 28. Dez. 1946 **(HAW** 314/1) führte auch Hermann Heimpel als o.M., der faktisch bereits zu den k.M. übergetreten war.

[60] Vgl. **HAW** 143/7.

[61] **HAW** 2264.

[62] Obgleich die Wahl des Präsidenten erst im Nov. 1947 stattfand, zog Panzer sich seit Ende des Wintersemesters 1946/47 mit dem Beginn eines Kuraufenthaltes auf dem Speyrerhof gänzlich von seinem Amte zurück. Die „Leitung der Akademie" auch in Angelegenheiten des Präsidenten überließ er den Sekretaren Dibelius und Freudenberg, die daraufhin auch die Vorbereitungen für die Neuwahlen allein zu treffen hatten (vgl. dazu die Schreiben Panzers an Regierungsamtmann Bauknecht- Verrechnung der Akademie - vom 31. März 1947 und 3. Mai 1947, HAW 1210; im Schreiben vom 3. Mai 1947 heißt es u.a.: „Ich selbst habe dies Amt niedergelegt, da ich, was mir fürder noch an Leben gegönnt sein mag, in Zurückgezogenheit und Stille, allein meiner Arbeit als Privatgelehrter hingegeben, verbringen möchte"). Die Akademieakten gab Panzer an Freudenberg ab (Panzer an Regierungsamtmann Bauknecht, 22. Juni 1947, ebd.).

[63] Handschr. Notiz von Freudenberg zur Sitz. am 4. Jan. 1947 **(HA W** 143/7). Zu v. Weizsäcker vgl. Weizsäcker, V.v., Natur und Geist. Viktor von Weizsäcker zum

Sitzung am 25. Oktober 1947.[64] Erst nach langen Diskussionen entschloß sich die Akademie, das Amt des Vizepräsidenten wieder abzuschaffen. Zu Klassensekretaren[65] waren bereits zuvor Martin Dibelius[66] und Karl Freudenberg[67] gewählt worden.

Nachdem die Akademie die offizielle Ermächtigung zur Neueröffnung erhalten hatte, galt die wichtigste Sorge der Regelung ihrer Mitgliederverhältnisse. Dies betraf zunächst und vor allem die Rehabilitierung der ausgeschlossenen und ausgetretenen Mitglieder durch Restitution, sodann die Behandlung der Fälle politisch belasteter Mitglieder, d.h. der sogenannten ruhenden Mitgliedschaften, und zuletzt die Schaffung einer neuen Mitgliederbasis durch unbelastete und wissenschaftlich wie charakterlich höchst qualifizierte Gelehrte.

Den Versuch eines Neuanfangs - freilich in befremdlich offiziellem Sprachgebaren - stellte ein Brief Freudenbergs vom 2. Juni 1945 an Friedrich Panzer dar. In Bezug auf das Vorgehen der Universität, ,,diejenigen ortsansässigen Mitglieder des Lehrkörpers, die nach 1933 wegen der nationalsozialistischen Gesetzgebung ausscheiden mussten, wieder in ihre Rechte einzusetzen", müsse die Akademie prüfen, ,,ob seinerzeit ordentliche oder ausserordentliche Mitglieder aus diesem Grunde aus der Liste gestrichen worden sind."[68] Freudenberg mußte natürlich bewußt sein, daß das „ob" allein eine rhetorische Floskel war, die den Einstieg in die Normalität, die Bereitschaft und Verpflichtung zur Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit vorbereiten sollte, daß im Dritten Reich „Tatsachen" geschaffen worden waren, die jetzt

100. Geburtstag. Zur Problematik v. Weizsäcker und Nationalsozialismus vgl. Rimpau, W., Viktor von Weizsäcker im Nationalsozialismus.

64 Ebd. V.v. Weizsäcker erhielt 22 von 27 Stimmen. Zwei Stimmen waren auf Freudenberg gefallen, eine auf Ranke, den viele wegen seines internationalen Ansehens für einen geeigneten Kandidaten für den Vorstand hielten (vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 4.Jan.1947; HAW 323/1). V.v. Weizsäcker nahm an der Wahlsitzung nicht teil.

65 Der neue Begriff „Sekretar" wird seit 1946, erstmals im Prot. der „Sitzung" vom 27. Juli 1946 **(HAW** 143/7), an Stelle des bisher üblichen „Sekretär" gebraucht. Man übernahm damit die Bezeichnung der alten PreuAW.

66 **HAW** 323/1. Dibelius erhielt 15 Stimmen, je eine ging an Ranke und Regenbogen.

67 **HAW** 2264. In der Sitz. am 15. Nov. 1947 wählte die Klasse **A.** Seybold zum Vertreter des Klassensekretars (vgl. **HAW** 223/2).

68 Freudenberg an Panzer, 2. Juni 1945 (HAW 030/3 und HAW 110/4).

überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden mußten. Doch nicht nur „Wiedergutmachung" geschehenen Unrechts stand als Aufgabe an, auch manches Versäumnis der Nazidiktatur war zu korrigieren. So sei zu überlegen, „welche Gelehrten, deren Wahl bisher unmöglich war, der Akademie vorgeschlagen werden könnten." Außerdem gelte es, die Atmosphäre im Umfeld der Akademie (und der Universität) zu bereinigen, um mit den Gelehrten wieder in Kontakt zu treten, die aus der Akademie „wegen längst verjährten Verdrusses" ausgetreten waren oder eine engere Beziehung zur Akademie, d.h. eine Mitgliedschaft, bisher abgelehnt hatten. Dabei dürfe die in der Satzung vorgeschriebene Höchstzahl der Mitglieder kein Hinderungsgrund sein, um „sich keine wertvolle Persönlichkeit ... entgehen [zu] lassen". Als besonders heikle Angelegenheit nannte Freudenberg das Verhalten der Akademie zu ihren nationalsozialistischen Mitgliedern, wobei „die Entwicklung bei der Universität abgewartet werden" könne. Es ging hierbei vor allem um die Frage der Streichung oder Weiterführung „von Namen" in den Mitgliederlisten der Akademie.

Bereits in dieser Stellungnahme Freudenbergs wird aber auch ein Zug deutlich, der sich in der ganzen Behandlung der Mitgliederfragen von Anfang an dominant zur Geltung bringen sollte: daß sich die Akademie selbst mehr als Opfer denn als Täter fühlte. Zwangsmaßnahmen der NS-Behörden wird hier die Verantwortlichkeit für die gegen Mitglieder getroffenen Entscheidungen zugeschoben. Nicht aktives Handeln und Begehren der Akademie, sondern „Akte der Regierung" (so eine Formulierung Regenbogens) werden für die unseligen Tatsachen haftbar gemacht. Daß sich hier - ob bewußt oder unbewußt - ein unmittelbar nach Kriegsende einsetzender Flucht- und Verdrängungsprozeß auswirkte, ist offenbar.[69]

Dennoch bestimmte das Bewußtsein, durch den Ausschluß besonders jüdischer Mitglieder in der NS-Zeit große moralische Schuld und wissenschaftliches Versagen auf sich geladen zu haben, vielfach das Handeln der Akademie in Fragen der „Wiedergutmachung" gegenüber diesen Gelehrten.

[69] Vgl. den Jahresbericht Dibelius' am 8. Juni 1947 (Jh. 1943/55, 32ff.). Zum Verdrängunsprozeß und zur Mythenbildung in der deutschen Kernphysik, ein weiteres Beispiel der „Bewältigung" der NS-Vergangenheit in der Wissenschaft, vgl. Walker, M., Die Uranmaschine, 268f.

Regenbogen, selbst Opfer der NS-Verfolgungen und lange Zeit bis zum Frühjahr 1945 nur passives Mitglied der Akademie, „unterstreicht die verpflichtende Aufgabe der Akademie, alle diejenigen zu restituieren, die durch Akte der früheren Regierung ausgeschieden wurden. Es sei dringend nötig, einen formellen Akt herbeizuführen und die Gelegenheit der ersten ordentlichen Akademiesitzung nicht vorbeigehen zu lassen", ohne diesen Akt zu vollziehen. Durch gleichlautende Schreiben[70] wurden die ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitglieder aufgefordert, der Akademie wieder als korrespondierende Mitglieder anzugehören. Den Wunsch der Akademie beantworteten Friedrich Brie,[71] Ernst Levy[72] und Fritz Pringsheim[73] in der Philosophisch-historischen Klasse, sowie Stefan Goldschmidt,[74] Artur Rosenthal, Johannes Sölch und Otto Meyerhof [75] in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse

[70] Das Schreiben, das in der Sitzung vom 22. Febr. 1947 verabschiedet wurde, hat folgenden Inhalt: „Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften hält es für ihre selbstverständliche Pflicht, den Wunsch auszusprechen, dass Herr ... in seine Rechte als korrespondierendes [resp. ordentliches] Mitglied der Akademie wieder eintrete. Wir bitten um freundliche Mitteilung, ob Sie geneigt sind, diesem Wunsche zu entsprechen" **(HAW** 110/4). Der Versand des Schreibens erfolgte am 28. Febr. 1947 (HAW 323/1).

[71] Brie an HeidAW, 3. März 1947 (HAW 110/4).

[72] Levy an Dibelius, 20. März 1947 (ebd.). Levy betont, daß er sich „in allen diesen Jahren als der Akademie zugehörig betrachtet" habe. Nach ungebrochener ideeller Mitgliedschaft sei er „nun auch offiziell wieder ihr Mitglied" geworden. Auf Anregung von K. Jaspers (vgl. Prot. Sitz. der Phil.-hist. Klasse vom 17. Mai 1947, HAW 323/1) lud die Akademie in Zusammenarbeit mit der Jur. Fak. Ernst Levy zu Vortrag und Austausch in einer Akademiesitzung ein (vgl. Dibelius an Levy, 24. Juni 1947, HAW 323/1). E. Levy hielt am 29. Mai 1948 einen Vortrag vor der Gesamtakademie über „Probleme aus dem römischen Vulgärrecht" (vgl. Jh. 1943/55, 61; vgl. auch **HAW** 143/7: Notizen zum Vortrag).

[73] Pringsheim an HeidAW, 1. Apr. 1947 **(HAW** 110/4).

[74] Zu Goldschmidt vgl. Hieber, **W.,** Stefan Goldschmidt.

[75] Prot. Sitz. vom 17. Mai 1947 (HAW 2264). Die Zusage Rosenthals datiert bereits von Febr. 1947 (vgl. HAW 110/4). Freudenberg an Seybold, 3. Aug. 1947 (HAW 323/1). Die Verwirrnis um Sölch findet ihren Ausdruck in einer Randnotiz von Otto Regenbogen zum Prot. Sitz. vom 22. Febr. 1947 vom 6. Dez. 1947 (HAW 323/1), daß Sölch nicht geantwortet habe. Sölch wußte seinerseits natürlich, daß der Ansprechpartner für ihn die Math.-nat. Klasse war. Sölch scheint in seiner Antwort auf den Irrtum der Akademie aufmerksam gemacht zu haben, da er in der Mitgliederliste vom 17. Mai 1947 sogleich als „normales" k.M. und nicht als „restituiertes" geführt wird (vgl. HAW 2264). Meyerhofs Zusage ging bis zum 16. Juni 1947 ein; vgl. Prot. Sitz. vom 28. Juni 1947

positiv. Eduard Fraenkel dagegen reagierte negativ auf das Ansinnen der Akademie. Mit empörten Worten vollzog er den endgültigen Bruch mit der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.[76] Mit einem freundlichen, die Aufforderung der Akademie dankend zur Kenntnis nehmenden Schreiben beharrte auch Eugen Täubler „aus prinzipiellen Gründen" auf seinem Austritt aus der Akademie.[77] Kontakte wurden auch zu Georg von Hevesy wiederhergestellt.[78]

Nicht ohne Bedeutung ist auch, daß die Akademie die Restitutionen auf inzwischen verstorbene Mitglieder ausdehnte. So wid-

und Liste der k.M. mit Stand vom 17. Mai 1947 (mit Nachträgen) (HAW 2264). Die Restitution von Meyerhof, Rosenthal und Goldschmidt erhielt den Charakter einer Neuwahl in der Klassensitzung am 28. Juni 1947 (vgl. auch Jh. 1943/55, 211).

[76] Ohne Anschreiben vom 17.März 1947. Es heißt dort „Eduard Fraenkel erwidert auf das Schreiben vom 22. Febr. 1947[,] daß, nach der Art wie die Heidelberger Akademie der Wissenschaften seine Angelegenheit nicht nur damals, sondern auch jetzt noch behandelt hat, er nicht den Wunsch hat[,] noch einmal zu dieser Akademie in Beziehung zu treten." Gleichsam zur Bekräftigung fügte er seiner Unterschrift das Attribut „Auswärtiges Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften" bei **(HA W** 110/4). Durch die Ablehnung Fraenkels war die HeidA**W** auch in ihrem Engagement in der Thesaurus-Kommission, der Fraenkel angehörte, eingeschränkt, zumal sich ihr Vertreter Regenbogen durch die schroffe Absage Fraenkels offenbar auch persönlich betroffen fühlte (vgl. Prot. Sitz. Phil.-hist. Klasse vom 31. Jan. 1948, **HAW** 323/1). Die harsche Absage Fraenkels an die HeidA **W** war offensichtlich Folge eines „Mißverständnisses". Obgleich die GöA**W** im Vergleich zur HeidA**W** ein einfacheres Anschreiben gewählt hatte, trat Fraenkel doch wieder der GöA**W** als Mitglied bei. Wahrscheinlich hat die bereits vom 21. Aug. 1945 datierte Göttinger Aufforderung zum Wiederbeitritt - es heißt hier: „Nachdem die bedauerlichen Umstände, die seinerzeit zu Ihrem Ausscheiden geführt haben, nicht mehr bestehen, bitten wir Sie, Sie wieder als Mitglied führen zu dürfen" - Fraenkel nicht erreicht. Als keine Antwort Fraenkels erfolgte, hat Latte, durch fachliches wie persönliches Schicksal mit Fraenkel verbunden, ca. 2 Jahre später mit einem persönlichen Schreiben Fraenkel noch einmal unter Hinweis auf bereits wieder beigetretene Mitglieder zum Wiedereintritt aufgefordert, worauf dieser zustimmte (freundliche Auskunft von Frau Dr. Sabine Rickmann, Syndika der GöA**W).**

[77] Täubler an HeidA**W (M.** Dibelius), 14. Juli 1947 **(HA W** 110/4).

[78] G.v. Hevesy war nicht aus der Akademie ausgeschlossen worden. Vgl. die letzte im Dritten Reich erstellte Mitgliederliste mit Stand vom 1. Juni 1943 (Jh. 1942/43, 33). Das Prot. Sitz. vom 4. Jan. 1947 enthält die Bemerkung, daß v. Hevesy „zwischen 1934 und 1940 nicht geführt wurde, danach aber wieder in der Liste steht" (HAW 2264). Diese Angabe ist irrig. Man hatte hier offenbar übersehen, daß v. Hevesy seit 1935 als ausw.M. geführt wurde.

mete sie dem am 15. Juli 1941 in Ankara in der Emigration verstorbenen Wilhelm Salomon-Calvi einen warmherzigen Nachruf.[79] Bevor die Bitte um Wiedereintritt an ihn herangetragen worden war, verstarb auch Ludwig Jost am 22. Februar 1947, der 1937 aus Solidarität zu Meyerhofund Rosenthal aus der Akademie ausgetreten war. Im Nachhinein hatte die Akademie allen Grund, die Haltung Josts zu schätzen und zu würdigen. ,,In Anerkennung dieses folgerichtigen Handelns betrachtet ihn die erneuerte Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse als einen der ihren".[80]

Die Akademie hat die Frage der Wiedereinsetzung zu Unrecht ausgeschiedener Mitglieder umfassend und schnell gelöst. Ein knappes halbes Jahr nach der offiziellen Eröffnung ihrer Tätigkeit im Januar 1947 hatte sie diesen Punkt ihrer Mitgliederangelegenheiten geklärt, und nur in einem Falle war ihr Vorgehen auf prinzipielle Mißbilligung gestoßen. Wenn mit der Restitution auch keine Folgen verbunden waren, wie sie etwa die Universität mit der Rückberufung vertriebener Dozenten - auf inzwischen neu besetzte Lehrstühle - zu bewältigen hatte (oder eher: gehabt hätte), so darf man das Vorgehen der Akademie, die die Restitutionen als eine „selbstverständliche" und vordringliche Pflicht empfand, doch als vorbildlich bezeichnen im Vergleich zur zögerlichen und unwilligen Haltung der Bürokratie im Falle der Universität Heidelberg.[81]

[79] Jh. 1943/55, 8-9. Demgegenüber wurden der ebenfalls um die Akademie sehr verdiente Heinrich Liebmann, der bereits 1939 verstorben war, sowie das ehemalige ao.M. Georg Bredig, der 1944 in der Emigration in New York verstarb, schlicht „vergessen". (Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es keine festen Regeln für Nachrufe gab und auch eine ganze Reihe in den 40er Jahren verstorbene Mitglieder nicht besonders durch Nachrufe bedacht wurden, was z.T. auch mit dem unregelmäßigen und verspäteten Erscheinen der Jahreshefte zusammenhängen dürfte). Fehlende Informationen dürften hier oft eine entscheidende Rolle gespielt haben. Daß das Gedenken an Bredig in der Akademie jedoch nicht gänzlich verblaßt war, zeigt die Korrespondenz Freudenbergs mit Paul Günther über Bredig im Dez. 1956 **(HAW** 115/PA Bredig).

[80] Jh. 1943/55, 42.

[81] Vgl. Wolgast, E., Universität Heidelberg, 175f.; vgl. insbes. auch Mußgnug, D., Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, 187-283. Zur Beurteilung der Haltung der Akademie vgl. ebd., 278fT. Mußgnug zieht folgendes Resümee: ,,In gewissem Sinn übernahm die Akademie so eine Mittlerrolle zwischen der Universität und ihren vertriebenen Dozenten" (280).

Als sehr viel komplizierter erwies sich die Frage nach der Haltung der Akademie zu den durch ihr Engagement in der nationalsozialistischen Partei, ihren Gliederungen oder Organisationen belasteten Mitgliedern. Die Klärung des Schicksals der in ihrer Mitgliedschaft suspendierten Mitglieder, die notwendig zu einem sinnvollen Neuanfang der Akademie hinzugehörte, stellte eine erhebliche Belastung der Arbeitskraft und natürlich auch des Arbeitsklimas in der Akademie dar. Die Lösung dieses Problems der ruhenden Mitgliedschaften, die nur die Alternative Wiederaufnahme unter die Mitglieder oder Streichung aus den Mitgliederlisten kannte, sollte sich letztlich bis 1953 hinziehen. Zu diesem Fragenkomplex gesellte sich aber die Aufforderung aus den Reihen der Akademie, ihre eigenen Wahlhandlungen der nationalsozialistischen Ära nach wissenschaftlichen und moralischen Kriterien neu zu überprüfen.

Die Akademie versäumte eine rasche und eindeutige Klärung. Die Möglichkeit, alle noch ausstehenden Fälle „nach den für Neuwahlen massgebenden Bestimmungen" zu entscheiden,[82] wurde von der Akademie nicht angenommen. Stattdessen entledigte sie sich dieser Aufgabe auf dem Wege der Nichtbehandlung. Letztlich wurden sechs ehemalige Mitglieder nicht wieder in die Akademie aufgenommen, ohne daß ein förmlicher Ausschluß stattgefunden hätte: in der Philosophisch-historischen Klasse Eugen Fehrle, Fritz Schachermeyr und Hubert Schrade, in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse neben Udo Wegner auch Gustav Doetsch, dessen Rehabilitierungsverfahren offensichtlich steckengeblieben und dann vergessen worden war, und schließlich Carl Schneider, dessen Name nach seinem Freitod einer „damnatio memoriae" anheim fiel.[83]

Das zögerliche und halbherzige Vorgehen der Heidelberger Akademie, die zu keinem aktiven Beschluß hinsichtlich ihrer belasteten Mitglieder gelangte, stellte eine über mehr als ein Jahrfünft andauernde Belastung ihrer Entwicklung dar. Zu einer abschließenden Behandlung der Angelegenheit kam es nur in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, die Philosophisch-histo-

[82] Kunkel an den Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abt.Kul.Unt. (Min.R. Thoma), 9. Aug. 1950 (HAW 110/4).

[83] Für C. Schneider fand die Akademie im Gegensatz zu den anderen oben genannten Fällen keine Gedenkworte.

rische Klasse erledigte die unangenehme Sache letztlich durch Nichtbefassung mit ihr. Bedenklich erscheint auch, wie leicht letzten Endes auch die am stärksten belasteten Mitglieder wieder Zugang zur Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse fanden. Die langjährigen und von vielen Gewissenskonflikten begleiteten Bemühungen um eine prinzipielle Klärung dieser Fälle besonders in den Jahren 1949/50 wurden dadurch entwertet. Der Prozeß der Selbstreinigung der Akademie ist somit gewissermaßen steckengeblieben. Resignation bestimmte vor allem die Haltung der für einen tatsächlichen Neuanfang angetretenen Männer wie Regenbogen oder Kunkel nach dem Scheitern einer grundsätzlichen Regelung der eigenen nachhängenden „Altlasten". Dabei wäre eine aktive Entscheidung etwa gegen Fehrle dringend geboten gewesen, auch um ein Zeichen zu setzen. Nicht, daß sich bereits wieder „die alten Nazis"[84] regten, aber Gleichgültigkeit und Indifferenz verhalfen gerade auch am stärksten Belasteten wieder zu Amt und Würden. Die Akademie teilte hierin das Schicksal so mancher anderen Institution. Eine „entschieden moralische Auffassung" der Aufgabe eines Neuanfanges geriet in Kollision „mit einem zunehmenden psychologischen Verdrängungsprozeß".[85] Die „Realitäten" hatten die „Ideale" überrollt. So gilt auch für die Akademie in diesem Bereich der Personalpolitik das Jasperssche Verdikt der vertanen Jahre.[86]

In der Frage der Statuten ging es über eine „redaktionelle Bereinigung"[87] der Statuten hinaus vor allem darum, die Autonomie der Akademie wiederherzustellen. Als vorrangig erwies sich die Klä-

[84] So die Formulierung Lattes in seinem Brief an Kunkel am 13. Juli 1950 **(HAW** 6174). Für die „Fehrle-Renaissance" in bestimmten Kreisen steht beispielsweise die Würdigung von Baader, E., Eugen Fehrle zum 75. Geburtstag. Schließlich wurde ihm gar noch die Ehre einer Mitgliedschaft in der Accademia delle Scienze dell' Istituto di Bologna zuteil (Rendiconto delle Sessioni della Accademia delle Scienze dell' lstituto di Bologna. Classe di Scienze morali. Serie **V.** Vol. VI, 1954-1955). Zur Accademia delle Scienze dell' lstituto di Bologna vgl. Grau, C., Berühmte Wissenschaftsakademien, 137f, 301. Maylender, **M.,** Storia delle Accademie d'ltalia, 126ff.

[85] Leonhard, J.-F., Neubeginn und Weggang. Karl Jaspers in Heidelberg, 132.

[86] Vgl. Jaspers, **K.,** Schicksal und Wille, 169. Zur prinzipiellen Haltung Jaspers' zu einer „Erneuerung" der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Institutionen vgl. Jaspers, **K.,** Die Idee der Universität. Ders., Erneuerung der Universität. Ders., Vom lebendigen Geist der Universität.

[87] **HAW** 030/3.

rung ihrer rechtlichen Stellung und ihres Verhältnisses zum Staat, ferner die Notwendigkeit, die Akademie „aus der badischen Enge" heraustreten zu lassen und „auch Akademie für Württemberg zu werden."[88] Während die neuen Statuten nach Berücksichtigung der Wünsche der Landesunterrichtsverwaltung in der Gesamtsitzung am 7. Mai 1949 verabschiedet wurden[89] und im Januar 1950 die staatliche Genehmigung erhielten,[90] erfuhr sie ihre Ausweitung zur Landesakademie erst 1958.[91] Die Anerkennung der Akademie als eine Institution des öffentlichen Rechtes erfolgte in Reaktion auf ein Gutachten des Wissenschaftsrates im Jahre 1966,[92] die daraus sich ergebenden haushaltsrechtlichen Konsequenzen wurden seitens der Landesregierung schließlich im Jahre 1974 gezogen.[93]

[88] Panzer in der Sitzung der Phil.-hist. Klasse am 8. Nov. 1947 (HAW 323/1).
[89] Vgl. Ulmer an v. Weizsäcker, 13. Mai 1949 (HAW 031/3).
[90] Präsident des Landesbezirks Baden, Abt.Kul.Unt. (Min.R. Thoma) an den Präsidenten der HeidAW (Kunkel), 19. Jan. 1950, Nr. A 340 (ebd.).
[91] Vgl. HAW 030/4.
[92] Vgl. HAW 031/4, siehe auch Jb. 1966/67, 17. Wissenschaftsrat. Empfehlungen, Teil III; Bd. 2, 1965. Vgl. auch Wissenschaftsrat. Empfehlungen zu Organisation, Planung und Förderung der Forschung, 1975, 208-212.
[93] Vgl. Jb. 1974, 69f.

VII. Zusammenfassung: Zur Charakterisierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist ein Kind der Wilhelminischen Epoche. Ihre Existenz wurde in den 20er Jahren aus äußeren Gründen, im Dritten Reich aufgrund interner Auseinandersetzungen mehrfach in Frage gestellt. In der nationalsozialistischen Zeit erfuhr sie die stärksten Eingriffe in ihre Struktur und in ihr Wesen. Der Neubeginn nach 1945 versuchte schließlich neue, die Vergangenheit „bewältigende" und in die Zukunft weisende Akzente zugleich zu setzen. Der Charakter der Akademie erfuhr in den so verschiedenen Perioden ihrer Geschichte eine jeweils spezifische Ausprägung. Dabei zeigen sich Gemeinsamkeiten mit anderen Wissenschaftsakademien und Wissenschaftsorganisationen, aber auch ganz eigene Merkmale und Entwicklungen.

1. Die Akademiegründung war getragen von der Aufbruchsstimmung und dem Fortschrittsglauben der Wilhelminischen Zeit und geprägt von Wilhelm von Humboldts Ideal einer reinen, zweckfreien Wissenschaft. Die besonderen Gründungsvoraussetzungen bestimmten entscheidend den Charakter der Akademie. Als privatrechtliche Stiftung, die gleichwohl öffentlich-rechtliche Anerkennung und Stützung erfuhr, stand sie in einer gewissen Feme zum Staatswesen. Obgleich als bürgerliche Stiftung mit der staatlichen Anerkennung und Wertschätzung versehen, wirkte sich das Fehlen einer staatlichen Fürsorgepflicht nicht unerheblich auf die Entwicklung ihres Selbstverständnisses aus. Man genoß wohl die vollkommene Autonomie, vermißte aber die den anderen Akademien eigene Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dies konnte zur Verunsicherung der Akademie besonders in Krisenzeiten führen, in denen man der staatlichen Unterstützung bedurfte. Die Position minderen Rechtes warf die Akademie immer wieder auf sich selbst zurück, wo andere Akademien mit staatlicher Autorisierung auftreten konnten. Die Akademie wagte zumindest im ersten Jahrzehnt nicht den Vergleich mit den so übermächtig erscheinenden gleichnamigen Institutionen in Berlin

und München. Ein Rechtsanspruch auf irgendeine Unterstützung bestand nicht, und so hielt man sich zurück, wirkte in der Stille und konnte so wiederum leicht in seiner Bedeutung verkannt werden. Die wissenschaftlichen Unternehmungen und Pläne der Akademie im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens waren von beachtlicher wissenschaftlicher Bedeutung, ihre Ausführung von hoher Qualität, ihre Forschungsthemen wiesen ein breites Spektrum der Interessen und Möglichkeiten auf. Das Bewußtsein des eigenen Wertes war wohl vorhanden, wurde aber nicht öffentlich ausgebreitet. Auf der anderen Seite stand der Konflikt zwischen den eigenen Interessen der Ordentlichen Mitglieder und der statutarisch festgeschriebenen badischen Verpflichtung. Dieser offizielle badische Charakter der Akademie provozierte Widerstände, andererseits aber auch immer wieder einen bewußten Rückbezug der eigenen Existenz auf Baden. Die Gefahr provinzieller Verengung lag gerade in der Betonung badischer Eigenschaften und Aufgaben der Akademie. So erscheint der Charakter der Akademie in den ersten Jahren nicht ohne Widersprüche. Elitebewußtsein und Provinzialität, Anregung großer wissenschaftlicher Unternehmungen und Verweigerung der Übernahme wissenschaftsorganisatorischer Aufgaben lagen oft unmittelbar nebeneinander.

2. Der Verlust des Vermögens nach dem Ersten Weltkrieg erforderte eine Umorientierung der Akademie, ihr inzwischen erfolgter personeller Umbau ermöglichte ihn. In dem Maße, in dem die materielle Grundlage der Akademie zerstört wurde, wuchs ihr korporatives Selbstbewußtsein. Der Bereitschaft, den an eine Akademie gestellten Anforderungen in vollem Maße gerecht zu werden, widersprachen jedoch ihre bescheidenen Möglichkeiten. Der Kampf um die Existenz der Akademie und die Wahrung eines hohen wissenschaftlichen Niveaus unter schwierigsten Bedingungen prägten die Verhältnisse der Akademie. Im Bewußtsein ihrer wissenschaftlichen Potenz war sie bereit, einen Teil ihrer Autonomie zu opfern und sich dem Staate anzunähern, wohl wissend, daß irgendwelche Ansprüche seitens der Akademie an den Staat nicht bestanden und die Gabe staatlicher Zuschüsse dankend anzunehmen war. Das Bestehen des Kampfes stärkte die Institution Akademie. Der badische Landescharakter der Akademie war in den 20er Jahren mehr Konstrukt als tatsächliche Ausprägung, ihre Bezogenheit auf Heidelberg bei aller Unabhängigkeit von der Universität am stärksten. Der Verzicht auf einen spezifisch badischen Charakter för-

derte ein Hineinwachsen in eine größere Verantwortung in wissenschaftspolitischen und -organisatorischen Fragen.

3. Die nationalsozialistische Zeit war auch für die Akademie eine Periode stärkster personeller wie institutioneller Veränderungen. Ihre Autonomie bewahrte sie nicht vor staatlichen Eingriffen, die eigentliche Umwandlung der Akademie im Sinne des neuen Geistes erfolgte freilich von innen heraus durch ihre eigenen Mitglieder. Durch die Zuwahlen seit 1934 und 1935 veränderte die Akademie ihr Gesicht. Das Dogma des „Unpolitischen" ließ die Akademie allzu bereitwillig die Gefahr „übersehen", tatsächlich hochpolitische Wahlen zu vollziehen. Es wurden auch integere Persönlichkeiten gewählt, die zugewählten Nationalsozialisten jedoch nahmen das Heft des Handelns in ihre Hand und bewirkten zwischen 1935 und 1937 die Selbstgleichschaltung der Akademie und ihre Umgestaltung nach dem Führerprinzip. Gesicht und Charakter der Akademie veränderten sich auch durch die Verluste, die durch die Austritte und Ausschlüsse von insgesamt 13 Mitgliedern eingetreten waren, als die Einführung des von der Akademie gewollten Reichsbürgerprinzips die Mitgliedschaft von jüdischen Gelehrten, „Mischlingen" oder ‚jüdisch Versippten" unmöglich machte. Nach z.T. heftigen inneren Auseinandersetzungen lieferte die neue Führungsriege wesentliche Rechte der Akademie an die Staatsmacht aus. Funktionsträger wie Achelis erstrebten offensichtlich die Umwandlung der Akademie in eine nationalsozialistische Musteranstalt. Das Ausmaß der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten wirkte freilich ernüchternd. So traten bald neben die umgestaltenden Tendenzen auch Bemühungen, tradierte und bewährte Strukturen zu erhalten und neu zu festigen. In der Sorge um die Erhaltung des wissenschaftlichen Potentials sah sich die Akademie nicht nur zur Reform der Struktur ihrer Sitzungen veranlaßt,[1] sondern nach außen hin auch zur Ausweitung ihres Einzugsgebietes auf ganz Südwestdeutschland, nachdem die Heidelberger Basis durch die nationalsozialistische Hochschulpolitik in ganzen Fächergruppen zerstört worden war, wie Freudenberg zu beklagen wußte. Doch auch die Akademie hat bei mancher ihrer Wahlen die von ihr selbst geforderte Sorgfalt bei der wissenschaftlichen und charakterlichen Prüfung der Kandidaten vermissen lassen.

[1] Vgl. HAW 031/2.

So sehr die Akademie in der Zeit des Nationalsozialismus auch ihren institutionellen Rahmen den Erfordernissen der Zeit - diesen darin gelegentlich vorauseilend - anpaßte, so wenig zeigte sich das innere wissenschaftliche Leben der Akademie hiervon berührt. Ideologisch überfrachtete Vorträge überließ man Gastrednern wie L. Bieberbach oder H. Eckardt.[2] Wissenschaftlich zweitrangige Vorträge (insbesondere Fehrles) wurden nicht zum Druck gegeben. Bestimmend für das geistige Leben der Akademie waren die Theologen und Philosophen,3 was der Akademie von höchster Stelle eine Verwarnung eintrug.[4] Für manchen befehdeten Gelehrten konnte die Akademie zu einem Rückzugsort werden, an dem man weiterhin ungestört forschen und arbeiten konnte. Zur Idealisierung besteht freilich kein Anlaß. Ein Ort der inneren Emigration[5] konnte die Akademie als eine öffentlich-rechtliche Institution nicht werden. Die Verflechtungen mit nationalsozialistischen Elementen, seien sie personeller oder struktureller Art, forderten ihren Tribut. Politisch hatte die Akademie zweifellos versagt wie so viele Institutionen, wissenschaftlich jedoch hat sie sich trotz einiger massiver Wahl-,,Irrtümer" behaupten können, und dies war es, was für die Mitglieder nach 1945 in erster Linie zählte.[6]

4. Der Versuch der politischen, wissenschaftlichen und moralischen Bewältigung der Folgen der NS-Herrschaft für die Akademie gelang nur zum Teil. Waren die Bemühungen um die Restitution ausgeschiedener Mitglieder und die ersten Neuwahlen ein Zeichen

[2] L. Bieberbach sprach 1940 über „Die völkische Verwurzelung der Wissenschaft (Typen mathematischen Schaffens)". Der in den SB der Math.-nat. Klasse gedruckte Vortrag (Jg. 1940, 5. Abh.) wurde nach 1945 aus dem Schriftenverzeichnis der Akademie eliminiert. H. Eckardt, Leiter des Deutschen Forschungsinstituts in Kyoto und Apologet nationalsozialistischer Kulturpolitik (vgl. Eckardt, H., Zur auswärtigen Kulturpolitik), sprach über japanische Musik.

[3] Vgl. die rege Vortrags- und Publikationstätigkeit von Dibelius, Hölscher, Hoffmann oder Köhler (vgl. die Jahreshefte ab 1936; vgl auch Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register, 38ff.).

[4] Vgl. die Anmerkungen Dibelius' zur „Denkschrift über die Schädigung der deutschen Wissenschaft durch den Nationalsozialismus" vom 8. Aug. 1945 (UBH, Heid. Hs. 3814 I, C, 7 - NI. Dibelius. Für den Hinweis danke ich Herrn Dr. **K.-H.** Fix).

[5] So charakterisiert Scholder etwa die „Mittwochs-Gesellschaft" im Dritten Reich. Vgl. Scholder, **K.,** Die Mittwochs-Gesellschaft, 36ff.

[6] Vgl. Jh. 1943/55, 33 (Jahresbericht durch Dibelius).

einer echten Erneuerung und Öffnung der Akademie, so erlahmten die Reformkräfte in der Akademie mit zunehmender Dauer der Auseinandersetzung um die sogenannten ruhenden Mitgliedschaften. Gleichgültigkeit gegenüber dem angestrebten Selbstreinigungsprozeß begann die Haltung vieler Mitglieder zu bestimmen. Die Akademie hatte eine rasche und prinzipielle Klärung ihrer Mitgliederangelegenheiten versäumt und die in der tiefen Erschütterung des Neubeginns der Akademie im Jahre 1947 eröffneten Chancen in diesem Bereich nicht genutzt. Die äußere Stellung der Akademie und das Selbstverständnis ihrer Mitglieder mußten insbesondere von dem Zerfall des Akademiekartells stark berührt werden. In der verbliebenen Dreiergemeinschaft mit München und Göttingen kam der Heidelberger Akademie eine ganz andere - gleichberechtigte und zugleich verpflichtende - Rolle zu als ehedem im von Berlin dominierten Zusammenschluß der Akademien. Kontinuitäten zeigten sich im Beharren auf einer südwestdeutschen Grundlage der Akademie, auch wenn der Verwirklichung der Pläne für eine Akademie Südwestdeutschlands zunächst erhebliche Schwierigkeiten entgegenstanden. Die Arbeitsgemeinschaft der Akademien im nationalen wie internationalen Rahmen bildete fortan den Bezugspunkt für alle wissenschaftlichen Aktivitäten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

VIII. Abkürzungen

abgedr.	abgedruckt
Abh.	Abhandlung(en)
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
Abt. Ku!. Unt.	Abteilung des Kultus und Unterrichts
allg.	allgemein
Anm.	Anmerkung
ao.M.	außerordentliches Mitglied
ao.Prof.	außerordentlicher Professor
ARG	Archiv für Reformationsgeschichte
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Ausg.	Ausgabe
ausw.M.	Auswärtiges Mitglied
AW	Akademie der Wissenschaften
AWL Mainz	Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz
BA	Bundesarchiv Koblenz
Bad. Biogr.	Badische Biographien
BayAW	Bayerische **AW**
Bd.(e)	Band (Bände)
bearb.	bearbeitet(e)
BerAW	Berliner **AW**
BerWissgesch	Berichte zur Wissenschaftsgeschichte
bes.	besonders
betr.	betreffend
Bf(e)	Brief(e)
Biogr. Jb.	Biographisches Jahrbuch
Bl./Bll.	Blatt/Blätter
BMA	Badisches Ministerium des Auswärtigen
BMF	Badisches Ministerium der Finanzen
BMI	Badisches Ministerium des Innern
BMKU	Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts
bzw.	beziehungsweise
CIC	Counter Intelligence Corps
CIR	Conseil International de Recherches
dgl.	dergleichen
d.J.	dieses Jahres
DA	Deutsches Archiv für die Erforschung des Mittelalters
DAW	Deutsche **AW** zu Berlin
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Diss.	Dissertation

ebd.	ebenda
Ed., Edd.	Editor(s), edidit
Eing. Nr.	Eingangsnummer
eingel.	eingeleitet
EM	Ehrenmitglied
erg.	ergänzt(e)
Erg.bd.	Ergänzungsband
erw.	erweitert(e)
Fak.	Fakultät
Fasz.	Faszikel
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDA	Freiburger Diözesan Archiv
f./ff.	folgende
fol.	Folio
Frhr.	Freiherr
FWG	Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft
Geh.	Geheim-, Geheimer-
Ges.	Gesellschaft
Ges.sitz	Gesamtsitzung
gez.	gezeichnet
GG	Geschichte und Gesellschaft
ggf.	gegebenenfalls
Ghz.	Großherzog
Ghzl.	Großherzoglich(e)
GLA	(Badisches) Generallandesarchiv Karlsruhe
GM	Goldmark
GO	Geschäftsordnung
GöAW	Göttinger **AW**
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
H.	Heft
Habil.	Habilitation
handschr.	handschriftlich
HAW	Archiv der Heidelberger Akademie der Wissenschaften
Heid.	Heidelberg(er)
HeidAW	Heidelberger **AW**
Heid. Jbb.	Heidelberger Jahrbücher
Hg., Hgg.	Herausgeber
hist.-philol.	Historisch-philologisch(e)
HJb	Historisches Jahrbuch
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Handschrift(en)
HZ	Historische Zeitschrift
i.d.R.	in der Regel
insbes.	insbesondere
Jb./Jbb.	Jahrbuch/Jahrbücher
Jg.	Jahrgang
Jh.	Jahresheft
Jur.	Juristische [Fak.]

k.M.	korrespondierendes Mitglied
Kap.	Kapitel
KuMi	Kultusminister(ium)
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
Lfg.	Lieferung
M	Mark
Masch.schr.	Maschinenschriftlich
Math.-phys.	Mathematisch-physische [Klasse]
Math.-nat.	Mathematisch-naturwissenschaftliche [Klasse]
m.E.	meines Erachtens
Med.	Medizinisch(e) [Fak.]
med.	medizinisch(e)
MGH	Monumenta Germaniae Historica
Min.ref.	Ministerialreferent
MWG	Max Weber Gesamtausgabe
Min.R.	Ministerialrat
NDB	Neue Deutsche Biographie
Ndr.	Nachdruck
NF (N.F.)	Neue Folge
NI.	Nachlaß
NPL	Neue Politische Literatur
Nr.	Nummer
NSDDB	Nationalsozialistischer deutscher Dozentenbund
OB	Oberbürgermeister
ÖstAW	Österreichische AW
OMGWB	Office of Military Government for Wurttemberg-Baden
o.J.	ohne Jahr
o.M.	Ordentliches Mitglied
o.O.	ohne Ort
o.Prof.	Ordentlicher Professor
Pg.	Parteigenosse
Phil. Fak.	Philosophische Fakultät
Phil.-hist.	Philosophisch-historische [Klasse]
Philol.	Philologisch(e)
PreuAW	Preußische AW
Preuß. Jbb.	Preußische Jbb.
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll
r	recto
RC	Ruperto Carola
Red.	Redaktion
Reg.Dir.	Regierungsdirektor
REM	Reichserziehungsministe(rium)
RFM	Reichtsministerium der Finanzen
RGBl	Reichsgesetzblatt
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
Rhein. Vjbll.	Rheinische Vierteljahrsblätter

RhWAW	Rheinisch-Westfälische **AW**
RIM	Reichsministerium des Innern
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
SächsAW	Sächsische **AW**
SB	Sitzungsbericht(e)
SD	Sicherheitsdienst
Sitz.	Sitzung
sog.	sogenannte
Sp.	Spalte
Sr.	Seiner
StA	Staatsarchiv
StBPK	Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin
StrWG	Straßburger **Wiss.** Ges.
Tab.	Tabelle
TB	Taschenbuch
TH	Technische Hochschule
Theo!.	Theologische [Fak.]
TLL	Thesaurus Linguae Latinae
TRE	Theologische Realenzyklopädie
u.a.	und andere
u.ö.	und öfters
UAH	Universitätsarchiv Heidelberg
UAI	Union Academique Internationale
UB	Universitätsbibliothek
UBH	UB Heidelberg
überarb.	überarbeitet
v	verso
v.	von, vom
verb.	verbessert(e)
verm.	vermehrte
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Wiss.	Wissenschaft(en)
Wiss. Ges.	Wissenschaftliche Gesellschaft
z.Hd.	zu Händen
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
zit.	zitiert
ZKG	Zs. für Kirchengeschichte
ZRG GA	Zs. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanische Abt.
ZRG RA	Zs. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Romanische Abt.
Zs.	Zeitschrift

IX. Quellen und Darstellungen

1. Quellenverzeichnis.

1.1. Archivalische Quellen.

Bundesarchiv Koblenz
BAR 21/784
BAR 21/806

Firmenarchiv John Deere, Mannheim
Mappe 5/1 **A**
Mappe 5/1 C (Firmengeschichte)
Mappe 5/2 J (Stiftungen)

Generallandesarchiv Karlsruhe
GLA 52/XIII, NI. Nokk
GLA 52/XIV, NI. Böhm, Fase. 20
GLA 60/1946
GLA 60/1947
GLA 205/1229
GLA 235/30158
GLA 235/30159
GLA 235/30160
GLA 235/3354
GLA 235/3951
GLA 235/3848
GLA 235/4002
GLA 235/5018

Archiv der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.
Auf eine Au!Tt.ihrung der einzelnen Archivnummern wird hier verzichtet. Benutzt wurden Archivalien folgender Abteilungen:
0 (Allgemeines)
1 (Gesamtakademie)
2 (Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse)
3 (Philosophisch-historische Klasse)
4 (Stiftungen)
6 (Wissenschaftliche Institute und Organisationen)
8 (Internationale Beziehungen)

Befragung von Prof. Dr. Karl Engisch am 24. Oktober 1989.

Staatsarchiv Oldenburg
NI. Oncken, Bestand 271-14

Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin
NI. Max Lenz.

Universitätsarchiv Heidelberg
UAH A-054/1
UAH A-160/177
UAH B-0726/2
UAH B-3026/4
UAH B-3099/PA Hölscher
UAH B-3099/PA Becker
UAH B-III, Sb Nr. 455/PA Fehrle
UAH B-III, Sb Nr. 552/PA Täubler
UAH B-III, 7b Nr. 245/PA Lenard
UAH H-IV-102/149
UAH H-IV-102/157
UAH H-IV-102/158

UAH B-7594 UAH Nat.-Math. Fak., Verhandlungen
UAH B-III 3b Nr. 158a/PA 1933/34
Endemann
Universitätsbibliothek Heidelberg
UBH, Heid. Hs. 3814 1, C, 7 - NI. Dibelius
UBH, Heid. Hs. 4067 - NI. K. Hampe
UBH, Heid. Hs. 3484 - NI. Gothein
UBH, Heid. Hs. 3483 - NI. Gothein

1.2. Gedruckte Quellen, Verzeichnisse und Kataloge.

Acta Academiae Theodoro-Palatinae. (Historia et commentationes Academiae electoralis scientiarum et elegantiorum literarum Theodoro-Palatinae). Vol. 1. Mannheim 1766.

Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Jb. 1983. Göttingen 1984.

Akademie der Wissenschaften in Wien. Almanach für das Jahr 1927. 77. Jg. Wien 1927.

Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz, Jb. 1983. Wiesbaden 1983.

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949. Bd. 1: September 1945-Dezember 1946. Bearb. von Walter Vogel/Christoph Weisz. München/Wien 1976.

Almanach der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften zum 150. Stiftungsfest 1909. München 1909.

Amburger, Erik, Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1700-1950. Berlin 1950.

Arnim, Max, Mitglieder-Verzeichnisse der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen (1751-1927). Göttingen 1928.

Bayerische Akademie der Wissenschaften. Jb. 1957. München 1957.

Berichte und Verhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig. Phil.-hist. Klasse, Bd. 32, 1910.

Berichte und Verhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig. Math.-nat. Klasse, Bd. 94, 1942 (H. II), Leipzig 1943.

Boberach, Heinz (Hg.), Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934-1944. Mainz 1971.

Catalogus professorum academiae Marburgensis. Bd. 1: Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität in Marburg von 1527 bis 1910. Bearb. von Franz Gundlach. Marburg 1927.

Catalogus professorum academiae Marburgensis. Bd. 2: Bearb. von lnge Auerbach. Marburg 1979.

Degeners Wer ist's? 10. Ausg., Leipzig 1935.

Denkschrift über die Mißstände, vornehmlich baulicher Art, an der Heidelberger Universität und ihren einzelnen Instituten. Heidelberg 1925.

Der Heidelberger Student. Wintersemester 1936/37, Nr. 2 vom 16. Nov. 1936.

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Biographischer Index der Mitglieder. Bearb. von Kurt-R. Biermann und Gerhard Dunken. Berlin 1960.

Die Altertumswissenschaften an der Berliner Akademie. Wahlvorschläge zur Auf-

nahme von Mitgliedern von F.A. Wolf bis zu G. Rodenwaldt 1799-1932. Hrsg. von C. Kirsten. Berlin 1985.
Die Eröffnungsfeier der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Stiftung Heinrich Lanz) vom 3. Juli 1909. Heidelberg 1909.
Dizionario Biografico degli ltaliani, Vol. 10, 1968.
Dokumentation zur Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1847-1972. Bd. 3: Die Mitglieder und Institutionen. Bearb. von L. Krestan. Wien 1972.
Drüll, Dagmar, Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803-1932. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1986.
Drüll, Dagmar, Heidelberger Gelehrtenlexikon 1652-1802. Berlin/Heidelberg/New **Y**ork/Tokyo 1991.
Frankfurter Zeitung, Abendblatt vom 5. Juli 1909.
Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt, 53. Jg., Nr. 179 vom 30. Juni 1909.
Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft. Bericht über die I. Festsitzung am 26. Oktober 1912. Freiburg i.Br./Leipzig, 1912.
General-Anzeiger Mannheim vom 3. Juli 1909.
Generalplan zur Gründung einer internationalen Association der Akademien. Vorläufige Feststellung der Akademien zu Berlin, Göttingen, Leipzig, München und Wien. Berlin o.J. (1899).
Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759-1984. Begonnen von U. Thürauf, fortgeführt von **M.** Stoermer. (Geist und Gestalt. Erg.bd., 1. Hälfte, neue, erg. und erw. Aufl.). München 1984.
Heidelberger Tageblatt vom 3. Juli 1909.
Heidelberger Tageblatt vom 5. Juli 1909.
Heidelberger Tageblatt vom 5. Dez. 1924.
Heidelberger Tageblatt vom 11. Mai 1926.
International Biographical Dictionary of Central European Emigres 1933-1945. General Edd. H.A. Strauss/W. Räder. Vol. II. München/London/Paris 1983.
Jb. der Akademie der Wissenschaften in Göttingen für das Geschäftsjahr 1939/40ff., Göttingen 1940ff.
Jb. der Heidelberger Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1963/64ff., Heidelberg 1964ff.
Jb. der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1961, Teil II. Göttingen 1962.
Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften Hamburg. Jahresbericht 1991. Hamburg 1992.
Karlsruher Zeitung, No. 161 vom 16. Juni 1909.
Karlsruher Zeitung, No. 176 vom 1. Juli 1909.
Karlsruher Zeitung, No. 203 vom 24. Juli 1913
Mannheimer Tageblatt, No. 189 vom 15. Juli 1929.
Nachrichten von der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1934/35 bis 1938/39. Göttingen 1935 bis 1939.
Neue Zeitung vom 29. Sept. 1946.
Protokoll über die Conferenz in Wiesbaden behufs Gründung einer internationalen Association der Akademien. 9. und 10. October 1899. Berlin o.J. (1899).
Protokolle der Kartellversammlung des Verbandes deutscher wissenschaftlicher Körperschaften Wien 1914 bis Berlin 1919.

Rendiconto delle Sessioni della Accademia delle Scienze dell' Istituto di Bologna. Classe di Scienze morali. Serie V. Vol. VI. (1954-1955). Bologna 1956.
Rhein-Neckar-Zeitung vom 14. Nov. 1945.
Ruperto Carola. lllustrirte Fest-Chronik der V. Säcular-Feier der Universität Heidelberg. Heidelberg 1886.
Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Jb. 1949-1953. Berlin 1954.
Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften vom 8. Juni 1939 (Sonderdruck).
Satzung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Leipzig 1919 bzw. 1936.
Satzungen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. München 1923.
Satzungen der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen vom 21. Juni 1893. Neudruck. Göttingen 1925.
Satzungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Heidelberg 1909.
Satzungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Heidelberg 1926.
Satzungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Heidelberg 1958.
Schriften der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg. H. lff., Straßburg 1907ff.
Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Jh. 1909/l0ff., Heidelberg 1910ff.
Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Jg. 1890, 2. Halbbd. Berlin 1890.
Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Jg. 1910, 1. Halbbd. Berlin 1910.
Sitzungsberichte und Abhandlungen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Register 1910-1959. Heidelberg 1959.
Statuten der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften vom 28. März 1881. Berlin 1907.
Völkischer Beobachter vom 4. März 1933.
Wennemuth, Udo, Mitgliederverzeichnis der Heidelberger Akademie der Wissenschaften seit 1909. Heidelberg 1992.
Wissenschaftliche Akademie des NSD.-Dozentenbundes der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1938. Neumünster 1939.
Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD.-Dozentenbundes. Bd. 1: 1937-1939. Tübingen 1940.
Zur Erinnerung an das 50-jährige Jubiläum von Heinrich Lanz in Mannheim. Begangen in den Tagen des 5.-12. März 1910. Mannheim 1910.

2. Darstellungen.

Nachrufe, Antrittsreden etc. aus den Jahresheften/Jahrbüchern der Heidelberger Akademie der Wissenschaften sind in das Literaturverzeichnis ebensowenig aufgenommen wie biographische Artikel aus **NDB,** Bad. Biogr., TRE oder anderen (biographischen) Nachschlagewerken.

Ackerknecht, E.H., Die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte 1822-1958. Zu ihrer 100. Tagung in Wiesbaden im September 1958. In: Deutsche Medizinische Wochenschrift, 83. Jg., Nr. 39 (1958), 1697-1700.

Adam, Uwe Dietrich, Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Tübingen 1977.

Ahrens, Gerhard, Hanseatische Kaufmannschaft und Wissenschaftsförderung. Vorgeschichte, Gründung und Anfänge der »Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung« von 1907. In: **VSWG** 66, 1979, 216-230.

Albrecht, Helmuth/Hermann, Armin, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933-1945). In: Vierhaus, R./Brocke, B.v. (Hgg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, 356-406.

Albrecht, Richard, Der „Fall" Lenard-Mierendorff 1922/23. In: RC 74, 1986, 107-114.

Albrecht, Richard, Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biografie. Berlin/Bonn 1987.

Alföldy, Geza, Die Alte Geschichte in Heidelberg. In: Miethke, J. (Hg.), Geschichte in Heidelberg, 219-241.

Alter, Peter, Eberhard Gothein. In: Deutsche Historiker. Bd. 8. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1982, 40-55.

Alter, Peter, Industrielles Mäzenatentum in England 1870-1914. In: Bruch, R.v./Müller, **R.A.** (Hgg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung, 241-258.

Alter, Peter, Internationale Wissenschaft und nationale Politik. Zur Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Akademien im frühen 20. Jahrhundert. In: Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluke. Hrsg. von L. Klettenbacher/M. Schlenke/H. Seier. München 1981, 201-221.

Alter, Peter, Wissenschaft, Staat, Mäzene. Anfänge moderner Wissenschaftspolitik in Großbritannien 1850-1920. Stuttgart 1982.

Archäologenbildnisse. Porträts und Kurzbiographien von klassischen Archäologen deutscher Sprache. Deutsches Archäologisches Institut. Hrsg. von **R.** Lullies/W. Schiering. Mainz 1988.

Assion, Peter, „Was Mythos unseres Volkes ist". Zum Werden und Wirken des **NS**-Volkskundlers Eugen Fehrle. In: Zs. für Volkskunde 81, 1985, 220-244.

Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg. Hrsg. von **K.** Buselmeier/D. Harth/Chr. Jansen. Mannheim 1985.

Baader, Emil, Eugen Fehrle zum 75. Geburtstag. Ein Leben im Dienst der Volkskunde. In: Badische Heimat 35, 1955, 262-263.

Bachmann, Wolf, Die Attribute der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1807-1827. Kallmünz 1966.

Badische Biographien. Bd. 5-6. Karlsruhe 1906-1935.

Badische Biographien. N.F., Bd. 1-3. Freiburg i.Br. 1982-1990.

Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1979.

Bäumler, Alfred, Männerbund und Wissenschaft. Berlin 1934.

Bahner, Friedrich, Curt Oehme t. In: RC 34, 1963, 199.

Baier, Hartmut, Die Bedeutung der Theologischen Anthropologie in der Medizin Richard Siebecks. Diss. (med.) Heidelberg 1984.

Baier, Hartmut/Jacob, Wolfgang, Richard Siebeck und Karl Barth. Ein Gespräch zwischen Medizin und Theologie. In: Heid. Jbb. 29, 1985, 115-132.

Bandow, F., Aug. Becker zum 60. Geburtstag. Zs. für die gesamte Naturwissenschaft, H. 12, 1939, 479-481.

Bauer, Karl Heinrich (Hg.), Vom neuen Geist der Universität. Berlin/Heidelberg 1947.

Baumann, Ursula, Friedrich Meinecke. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 4: Geisteswissenschaftler. Hrsg. von M. Erbe. Berlin 1989, 311-325.

Bausinger, Hermann, Volksideologie und Volksforschung. Zur nationalsozialistischen Volkskunde. In: Zs. für Volkskunde 61, 1965, 177-204.

Becke-Goehring, Margot/Fluck, Ekkehard/Grünewald, Herbert/Rumpf, Karl/**Wilke,** Günther, Betrachtungen zur Chemie in Heidelberg. In: Semper apertus. Bd. 2, 332-360.

Becke-Goehring, Margot, Freunde in der Zeit des Aufbruchs der Chemie. Der Briefwechsel zwischen Theodor Curtius und Carl Duisberg. Berlin/Heidelberg/New York 1990. (Monographische Ausg. der SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1990, 1. Abh.).

Becker, August (Hg.), Philipp Lenard und seine Schule (eine Zusammenstellung der wissenschaftlichen Arbeiten). In: Zs. für die gesamte Naturwissenschaft, 8. Jg., Folge 5-6, Mai/Juni 1942, 143-152.

Becker, August, Das Philipp Lenard-lnstitut zum 80. Geburtstag seines Meisters. In: Zs. für die gesamte Naturwissenschaft, 8. Jg., Folge 5-6, Mai/Juni 1942, 139-143.

Becker, Sophinette/Becker-von Rose, Peta/Laufs, Bernd, Einblicke in die Medizin während des Nationalsozialismus. Beispiele aus der Heidelberger Universität. In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 315-336.

Becker-von Rose, Peta, Carl Schneider - wissenschaftlicher Schrittmacher der Euthanasieaktion und Universitätspsychiater in Heidelberg 1933-1945. In: Hohendorf, Gerrit/Magull-Seltenreich, Achim (Hgg.), Von der Heilkunde zur Massentötung. Medizin im Nationalsozialismus. Heidelberg 1990, 91-108.

Beckmann, Josef Hermann, Ludwig Mohler t. In: HJb 62/69, 1949, 959-961.

Below, Georg von, [Selbstdarstellung]. In: Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von S. Steinberg. Bd. 1. Leipzig 1925, 1-49.

Below, Georg von, Die parteiamtliche neue Geschichtsauffassung. Ein Beitrag zur Frage der historischen Objektivität. Langensalza 1920.

Benecke, Otto, Aus der Vorgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: **Mit**teilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Jg. 1, 1954, 10-26, 74-93.

Benz, Richard, Lebens-Mächte und Bildungs-Welten meiner Jugend. Dresdner und Heidelberger Erinnerungen. Hamburg 1950.

Benz, Wolfgang, Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Frankfurt/M. 1990.

Benz, Wolfgang, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vierzonen-Deutschland. München 1986.

Berges, Wilhelm, Biographie und Autobiographie heute. In: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag. Berlin/New York 1972, 27-48.

Berve, Helmut, Hans Schaefer. In: Heid. Jbb. 6, 1962, 1-8.

Besier, Gerhard, Die Bekennende Kirche und der Widerstand gegen Hitler. Einzel-

beobachtungen. In: Wort und Dienst. Jb. der Kirchlichen Hochschule Bethel. N.F., 18. Bd., 1985, 197-227.

Beyerchen, Alan D., Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich. Frankfurt/M./Wien/Berlin 1982 (amerikanische Originalausg. ,,Scientists under Hitler", New Haven/London 1977).

Bezold, Carl, Babylonisch-assyrisches Glossar. Heidelberg 1926.

Bieberbach, Ludwig, Die völkische Verwurzelung der Wissenschaft (Typen mathematischen Schaffens). SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1940, 5. Abh. Heidelberg 1940.

Biographien bedeutender Chemiker. Eine Sammlung von Biographien. Von einem Autorenkollektiv, hrsg. von **K.** Heinig. Berlin, 5. Aufl. 1983.

Bizer, Ernst, Der „Fall Dehn". In: Festschrift für Günther Dehn zum 75. Geburtstag. Hrsg. von **W.** Schneemelcher. Neukirchen 1957, 239-261.

Bizer, Ernst, Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919 bis 1945. In: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Bd. 3: Evangelische Theologie. Bonn 1968, 227-275. (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818-1968).

Blänsdorf, Agnes, Gerhard Ritter 1942-1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland. In: GWU 42, 1991, 1-21, 67-91.

Bleicken, Jochen, [Nachruf auf Matthias Gelzer]. In: SB der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolgang Goethe-Universität. Frankfurt/M., Bd. 12. Wiesbaden 1975, 157-164.

Bleicken, Jochen/Meier, Christian/Strasburger, Hermann, M. Gelzer und die Römische Geschichte. Kallmünz 1977.

Blesken, Hans, Das Deutsche Rechtswörterbuch. Aus der Arbeit der Heidelberger Akakademie der Wissenschaften. In: Heid. Jbb. 14, 1970, 171-199.

Blumenberg-Lampe, Christine, Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise". Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomen gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1973.

Blumenberg-Lampe, Christine, Oppositionelle Nachkriegsplanung: Wirtschaftswissenschaftler gegen den Nationalsozialismus. In: Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von John, E./B. Martin/M. Mück/H. Ott. Freiburg/Würzburg 1991, 207-219.

Bodemann, Eduard, Leibnizens Plan einer Societät der Wissenschaften in Sachsen. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Alterthumskunde. Bd. 4. 1883, 177-214.

Böckmann, Paul, Deutsches Schicksal in der elsässischen Literaturentwicklung der Neuzeit. In: Panzer, F. (Hg.), Deutsches Schicksal im Elsaß, 85-115.

Bögeholz, Horst, Berliner Zeitgenossenschaft. Erläuterungen zu Briefen von Ernst Troeltsch an Friedrich Meinecke. In: Troeltsch-Studien. Bd. 1: Untersuchungen zur Biographie und Werkgeschichte. Hrsg. von H. Renz/F.W. Graf. 2. Aufl. Gütersloh 1985, 145-172.

Böhm, Helmut, Berufung und Lehre in schwieriger Zeit. Heinrich Mitteis, ordentlicher Professor an der Universität München (1934-1935). In: Universität und Bildung. Festschrift Laetitia Boehm zum 60. Geburtstag. Hrsg. von W. Müller/ **W.J.** Smolka/H. Zedelmaier. München 1991, 435-447.

Boll, Franz, Carl Bezold. Nachruf. **(SB** HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1923, 1. Abh.). Heidelberg 1923.

Bolland, Jürgen, Die Gründung der »Hamburgischen Universität«. In: Universität Hamburg 1919-1969. 0.0., o.J. (Hamburg 1970), 17-105.

Bollmus, Reinhard, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970.

Boockmann, Hartmut, Der Historiker Hermann Heimpel. Göttingen 1990.

Boockmann, Hartmut, Versuch über Hermann Heimpel. In: HZ 251, 1990, 265-282.

Bopp, Martin, Georg Klebs. Wegbereiter der botanischen Entwicklungsphysiologie. In: Semper apertus. Bd. 3, 73-96.

Bornkamm, Heinrich, 50 Jahre Heidelberger Akademie der Wissenschaften. In: SB HeidAW, Jh. 1958/59. Heidelberg 1960, 51-58.

Bornkamm, Heinrich, Die Theologische Fakultät Heidelberg. In: Aus der Geschichte der Universität Heidelberg und ihrer Fakultäten. Aus Anlaß des 575jährigen Bestehens der Ruprecht-Karl-Universität[!] Heidelberg. Ruperto-Carola Sonderband. Heidelberg 1961, 135-162.

Bornkamm, Heinrich, Gerhard Ritter t. Grabrede. In: ARG 58, 1967, 145-148.

Borsche, Tilman, Wilhelm von Humboldt. München 1990.

Borscheid, Peter, Naturwissenschaft, Staat und Industrie in Baden (1848-1914). Stuttgart 1976.

Brandt, Ahasver von, Fritz Ernsts wissenschaftliches Lebenswerk. In: Fritz Ernst 1905-1963. Zwei Gedenkreden. Stuttgart 1964, 5-12.

Brecht, Franz-Josef, Die Wirtschaftshochschule Mannheim. Rückblick und Ausblick. In: RC 23, 1958, 203-207.

Brednich, Rolf Wilhelm, Volkskunde - die völkische Wissenschaft von Blut und Boden. In: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte. Hrsg. von H. Becker/H.-J. Dahms/C. Wegeier. München/London/New York/Oxford/Paris 1987, 313-320.

Breger, Herbert, Streifzug durch die Geschichte der Mathematik und Physik an der Universität Heidelberg. In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 27-50.

Brenner, Günter, Organisation und Aufgabe der Akademien der Wissenschaften. In: Deutsche Universitätszeitung, 23. Jg., H. 2, 1968, 21-28.

Bresslau, Harry, [Selbstdarstellung]. In: Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von S. Steinberg. Bd. 2. Leipzig 1926, 29-83.

Brinkmann, Carl, Eberhard Gothein. In: ZGO 79 (N.F. 40), 1927, 313-329.

Brocke, Bernhard vom, Friedrich Althoff(1839-1908)- Forschungsstand und Quellenlage, Bemühungen um eine Biographie. In: Ders., Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter, 15-44.

Brocke, Bernhard vom (Hg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff" in historischer Perspektive. Hildesheim 1991.

Brocke, Bernhard vom, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907: das „System Althoff". In: Baumgart, P. (Hg.), Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs. Stuttgart 1980, 9-118.

Brocke, Bernhard vom, Von der Wissenschaftsverwaltung zur Wissenschaftspolitik. Friedrich Althoff (19.2.1839-20.10.1908). In: BerWissGesch 11, 1988, 1-26.

Brocke, Bernhard vom, 'Wissenschaft und Militarismus'. Der Aufruf der 93 »An die Kulturwelt!« und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg. In: Wilamowitz nach 50 Jahren. Hrsg. von **W.M.** Calder **III/H.** Flashar/Th. Lindken. Darmstadt 1985, 649-719.

Brocke, Bernhard vom, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: Vierhaus, R./Brocke, B.v. (Hgg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, 17-162.

Broszat, Martin, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 5. Aufl. 1975. (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts; Bd. 9).

Bruch, Rüdiger vom/Müller, Rainer A. (Hgg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Stuttgart 1990.

Bruch, Rüdiger vom, Gustav Schmoller. In: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, 219-238.

Bruch, Rüdiger vom, Historiker und Nationalökonomen im Wilhelminischen Deutschland. In: Schwabe, K. (Hg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, 105-150.

Bruch, Rüdiger vom, Kommunalisierung als moderne Antwort auf Durchstaatlichung? Städtische Hochschulgründungen im späten Kaiserreich: Das Beispiel Frankfurt am Main. In: BerWissGesch 15, 1992, 163-175.

Bruch, Rüdiger vom, Modeme Wissenschaftsgeschichte als Bildungs-, Sozial- und Disziplingeschichte. Das Beispiel der frühen deutschen Soziologie. In: **HZ** 242, 1986, 361-373.

Bruch, Rüdiger vom, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890-1914). Husum 1980.

Bruch, Rüdiger vom, Zur Historisierung der Staatswissenschaften. Von der Kameralistik zur historischen Schule der Nationalökonomie. In: BerWissGesch 8, 1985, 131-146.

Brunner, Otto, Heinrich Mitteis. In: Österreichische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 1954. 104. Jg. Wien 1955, 343-346.

Buchenberger, Adolf, Finanzpolitik und Staatshaushalt im Großherzogtum Baden in den Jahren 1850-1900. Zugleich ein Beitrag zur deutschen Finanzpolitik. Heidelberg 1902.

Bütschli, Otto, Das Lebenswerk Otto Bütschlis. (Eigene Aufzeichnungen des Verstorbenen). Vorgelegt von A. Kossel. Heidelberg 1920. (SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1920, Abh. B 1).

Burchardt, Lothar, Adolf von Harnack. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 3: **Wis**senschaftspolitik in Berlin. Hrsg. von **W.** Treue/K. Gründer. Berlin 1987, 215-233.

Burchardt, Lothar, Die Förderung schulischer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung durch deutsche Unternehmen bis 1918. In: Pohl, **H.** (Hg.), Wirtschaft, Schule und Universität. Die Förderung schulischer Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung durch deutsche Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert. (Zs. für Unternehmensgeschichte; Beiheft 29). Wiesbaden 1983, 9-41.

Burchardt, Lothar, Deutsche Wissenschaftspolitik an der Jahrhundertwende. Versuch einer Zwischenbilanz. In: GWU 26, 1975, 271-289.

Burchardt, Lothar, Kultur- und Bildungswesen. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 3: Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie. Hrsg. von **K.G.A.** Jeserich/H. Pohl/G.-Ch. v. Unruh. Stuttgart 1984, 466-492.

Burchardt, Lothar, Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich. In: Schwabe, K. (Hg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, 151-214.

Burchardt, Lothar, Wissenschaft und Wirtschaftswachstum: Industrielle Einflußnahmen auf die Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. In: Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Hrsg. von U. Engelhardt/V. Sellin/H. Stuke. Stuttgart 1976, 770-797.

Burchardt, Lothar, Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Göttingen 1975.

Burchardt, Lothar, Wissenschaftspolitik und Reformdiskussion im Wilhelminischen Deutschland. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 27, Jg. 8, 1970, 71-84.

Burrichter, Clemens (Hg.), Wissenschaftsforschung. Neue Probleme, neue Aufgaben. Erlangen 1985.

Busch, Eberhard, Karl Barths Lebenslauf. Nach seinen Briefen und autobiographischen Texten. München 1978.

Buselmeier, Karin, Von deutscher Art. Heidelberger Germanistik bis 1945. In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 51-78.

Cahan, David Lee, Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1887 bis 1918. In: Forschen - Messen - Prüfen. 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/ Bundesanstalt 1887-1987. Hrsg. von J. Bortfeldt/W. Hauser/H. Rechenberg. Weinheim 1987, 27-67.

Carrier, Martin, Wissenschaftsgeschichte, rationale Rekonstruktion und die Begründung von Methodologien. In: Zs. für allgemeine Wissenschaftstheorie 17, 1986, 201-228.

Christ, Karl, Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft. München 1982.

Chronik der Ärzte Heidelbergs. Ein Fragment. Hrsg. von Boehringer Mannheim GmbH. Mannheim 1985.

Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe 1910. Karlsruhe 1910

Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe 1915. Karlsruhe 1915.

Classen, Peter, Zur Geschichte der „akademischen Freiheit", vornehmlich im Mittelalter. In: HZ 232, 1981, 529-553. (Auch in: Ders., Studium und Gesellschaft im Mittelalter. Hrsg. von J. Fried. Schriften der MGH; Bd. 29. Stuttgart 1983, 238-284).

Classen, Peter/Wolgast, Eike, Kleine Geschichte der Universität Heidelberg. Berlin/Heidelberg/New York 1983.

Conrady, Karl Otto, Deutsche Literaturwissenschaft und Drittes Reich. In: Germanistik - eine deutsche Wissenschaft. 5. Aufl Frankfurt/M. 1971, 71-109.

Conze, Werner, Die Selbstdarstellung von Universitäten in Zentenarfeiern. Heidelberg im Vergleich. In: Die Geschichte der Universität Heidelberg. Vorträge im Wintersemester 1985/86. Heidelberg 1986, 97-105.

Conze, Werner, Konstitutionelle Monarchie - Industrialisierung. Deutsche Führungsschichten um 1900. In: Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz. Hrsg. von H. H. Hofmann/G. Franz. Boppard 1980, 173-201.

Conze, Werner/Kocka, Jürgen (Hgg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil I. Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen. Stuttgart 1985.

Conze, Werner/Mußgnug Dorothee, Das Historische Seminar. In: Heid. Jbb. 23, 1979, 133-152.

Cramer, Friedrich, Leben und Werk von Karl Freudenberg. In: Heid. Jbb. 27, 1984, 57-72.

Cucuel, Ernst, Das deutsche lnschriftenwerk der vereinigten Akademien, seine Aufgaben, Ziele und Methoden. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 85, 1939, 116-134.

Curtius, Ludwig, Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1950.

Curtius, Ludwig, Franz Bol!. Gedächtnisrede gehalten in der Heidelberger Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums. In: Neue Heid. Jbb., N.F. 1925, 3-10.

Curtius, Theodor, Victor Meyer. Gedächtnisrede. In: Heidelberger Professoren aus dem 19. Jahrhundert. Bd. 2. Heidelberg 1903, 365-388. (Wiederabdruck in: Becke-Goehring, **M.,** Freunde in der Zeit des Aufbruchs der Chemie, 34-48).

Czerny, M., Nachruf auf Madelung. In: SB der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolgang Goethe-Universität. Frankfurt/M., Bd. 12, Nr. 4. Wiesbaden 1975, 5-9.

Czerny, Vincenz (von) (Hg.), Das Heidelberger Institut für experimentelle Krebsforschung. Teil I: Geschichte, Baubeschreibung, wirtschaftliche Verhältnisse, Leistungen des Instituts, Aktensammlung. Tübingen 1912.

Czerny, Vincenz (von), Aus meinem Leben. Hrsg. und mit Anm. versehen von **W.** Willer. In: RC 41, 1967, 214-244.

Dahlhaus, Joachim, Geschichte in Heidelberg - Aktenstücke und Statistiken. In: Miethke, J. (Hg.), Geschichte in Heidelberg, 263-319.

Dammann, Oswald, Alfred Dove und Heidelberg. In: ZGO 89 (N.F. 50), 1936, 161-169.

Dann, Otto (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984.

Das nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft. Heidelberger Reden von Reichsminister Rust und Prof. Ernst Krieck. (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands). Hamburg 1936.

Das Werk des Künstlers. Studien zur Ikonographie und Formgeschichte. Hubert Schrade zum 60. Geburtstag dargebracht von Kollegen und Schülern. Stuttgart 1960.

Degen, Heinz, Die Gründungsgeschichte der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte. In: Naturwissenschaftliche Rundschau, 8. Jg., H. 11 und 12, 1955, 421-427, 472-480.

Dehn, Günther, Kirche und Völkerversöhnung. Dokumente zum Halleschen Universitätskonflikt. Berlin 1931.

Deißmann, Adolf, [Selbstdarstellung]. In: Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von E. Stange. Bd. 1. Leipzig 1925, 42-78.

Demandt, Alexander, Mommsen in Berlin. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 3: Wissenschaftspolitik in Berlin. Hrsg. von **W.** Treue/K. Gründer. Berlin 1987, 149-174.

Demandt, Alexander, Natur- und Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert. In: BerWissGesch 6, 1983, 59-78.

Demm, Eberhard, Alfred Weber und sein Bruder Max. Zum 25. Todestag Alfred Webers am 2. Mai 1983. In: Kölner Zs. für Soziologie und Sozialpsychologie 35, 1983, 1-28.

Depken, Friedrich, In memoriam Johannes Hoops. In: RC 27, 1960, 139-141.

Der Akademiegedanke im 17. und 18. Jahrhundert. Hrsg. von F. Hartmann/R. Vierhaus. Bremen/Wolfenbüttel 1977.

Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern. Hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein. Karlsruhe 1975.

Der „Freiburger Kreis". Widerstand und Nachkriegsplanung 1933-1945. Katalog einer Ausstellung. Mit einer Einführung von E. Schulin hrsg. von D. Rübsam/H. Schadek. Freiburg i.Br. 1990. (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg; Bd. 25).

Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900. Hrsg. von N. Hammerstein. Stuttgart/Wiesbaden 1988.

Dibelius, Martin, Zeit und Arbeit. In: Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von E. Stange. Bd. 5. Leipzig 1929, 1-37.

Dickei, Günther/Speer, Heino, Deutsches Rechtswörterbuch. Konzeption und lexikographische Praxis während acht Jahrzehnten (1897-1977). In: Praxis der Lexikographie. Berichte aus der Werkstatt. Hrsg. von H. Henne. Tübingen 1979, 20-36.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil I: Von den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Unter Mitarbeit des Kollektivs der Forschungsstelle verfaßt von Conrad Grau. Berlin 1975.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil II: Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis 1933. Unter Mitarbeit des Kollektivs der Forschungsstelle verfaßt von Wolfgang Schlicker. Berlin 1975.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil III: Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945. Verfaßt von Conrad Grau/Wolfgang Schlicker/Liane Zeil. Berlin 1975.

Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. München 1966.

Die Deutschen Inschriften. Bd. 1: Die Inschriften des badischen Main- und Taubergrundes. Wertheim-Tauberbischofsheim. Gesammelt und bearb. von E. Cucuel und H. Eckert. Vorwort zum Gesamtwerk von Friedrich Panzer. Stuttgart 1942. Ndr. Stuttgart 1969.

Die ersten Dozentenakademien. In: Volk im Werden 5, 1937, 320.

Die Friedhöfe in Mannheim. Wegweiser zu den Grabstätten bekannter Mannheimer Persönlichkeiten. Anläßlich des Einhundertfünfzigjährigen Bestehens des

Mannheimer Hauptfriedhofs am 14. Juli 1992. Hrsg. vom Förderkreis historischer Grabstätten e.V. Mannheim 1992.

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften und ihre Arbeitsvorhaben. Red.: **M.** Raether. Heidelberg 1990.

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Red.: **R.** Neumüllers-Klauser und **M.** Raether. 2. Aufl. Heidelberg 1986.

Die Idee der Deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus. Hrsg. von E. Anrich. Darmstadt 1956.

Die Mittwochs-Gesellschaft im Kaiserreich. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1863-1919. Hrsg. und eingel. von G. Besier. Berlin 1990.

Die Rektorbücher der Universität Heidelberg. Bd. 1: 1386-1410. H. 1. Hrsg. von J. Miethke. Heidelberg 1986.

Dilly, Heinrich, Deutsche Kunsthistoriker 1933-1945. München/Berlin 1988.

Dirlmeier, Franz, Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften. In: Die Ruprecht-Karl-Universität [!] Heidelberg. Hrsg. von G. Hinz. Berlin/Basel 1965, 83.

Dobesch, Gerhard, Fritz Schachermeyr. In: Österreichische Akademie der Wissenschaften Almanach 1987/88, 138. Jg. Wien 1988, 419-436;

Döring, Herbert, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik. Meisenheim am Glan 1975.

Doerr, Wilhelm, Zur Geschichte des naturhistorisch-medizinischen Vereines. In: RC 70, 1984, 68-73.

Dorpalen, Andreas, Gerhard Ritter. In: Deutsche Historiker. Bd. 1. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1971, 86-99.

Dotterweich, Volker, Die „Entnazifizierung". In: Becker, J./Stammen, Th./Waldmann, P. (Hgg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. München 1979, 123-161.

Drescher, Hans-Georg, Ernst Troeltsch. Leben und Werk. Göttingen 1991.

Drexler, Hans, Begegnungen mit der Wertethik. Göttingen 1978.

Driesch, Hans, Lebenserinnerungen. Aufzeichnungen eines Forschers und Denkers in entscheidender Zeit. München/Basel 1951.

Driesch, Hans, Mein System und sein Werdegang. In: Die deutsche Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von **R.** Schmidt. Bd. 1. Leipzig 1921, 43-70.

Dunken, Gerhard, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Berlin 1960.

Eckardt, Hans, Zur auswärtigen Kulturpolitik. In: Volk im Werden 4, 1936, 139-146.

Ehmer, Hermann, Die Besetzung Badens im April 1945. In: Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein. Hrsg. von H. Schwarzmaier. (Oberrheinische Studien **V).** Karlsruhe 1980, 35-58.

Eilwein, Thomas, Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Königstein/Ts. 1985.

Emmerich, Wolfgang, Germanistische Volkstumsideologie. Genese und Kritik der Volksforschung im Dritten Reich. Tübingen 1968.

Engel, Michael, Dahlem als Wissenschaftszentrum. In: Vierhaus, R./Brocke, B.v. (Hgg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, 552-578.

Engelhardt, Ulrich, „Bildungsbürgertum". Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts. Stuttgart 1986.

Engisch, Karl, Fritz Ernst als Persönlichkeit. In: Fritz Ernst 1905-1963. Zwei Gedenkreden. Stuttgart 1964, 13-21.

Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949. Hrsg. von C. Vollnhals in Zusammenarbeit mit Th. Schlemmer. München 1991.

Erdmann, Karl Dietrich, Wissenschaft im Dritten Reich. Kiel 1967.

Erdmann, Karl Dietrich, Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. In: Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte. 9. neubearb. Aufl., hrsg. von H. Grundmann. Bd. 4. Stuttgart 1976, 593-804. (= Bd. 22 der TB-Ausg., München 1980).

Erkelenz, P., Der Akademiegedanke im Wandel der Zeiten. Bonn 1968.

Erker, Paul, Die Verwissenschaftlichung der Industrie. Zur Geschichte der Industrieforschung in den europäischen und amerikanischen Elektrokonzernen 1890-1930. In. Zs. für Unternehmensgeschichte 35, 1990, 73-94.

Ernst, Fritz, Antrittsrede vor der Akademie am 21. Jan. 1945. In: Ernst, Fritz, Gesammelte Schriften. Hrsg. von G.G. Wolf. Heidelberg 1985, 1-6.

Ernst, Fritz, Die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945-1946. In: Heid. Jbb. 4, 1960, 1-28.

Ernst, Fritz, Karl Heinrich Bauer als Heidelberger Rektor 1945/46. In: RC 28, 1960, 168-169.

Ernst, Paul, Festrede zur Feier der Gründung des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins vor 75 Jahren. In: Verhandlungen des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins in Heidelberg, N.F. 17, 1929-1933 (Dez. 1931), 161-163.

Eschenburg, Theodor, Jahre der Besatzung 1945-1949. (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Bd. 1). Stuttgart/Wiesbaden 1983.

Evers, Hans Gerhard, Carl Neumann zum Gedenken. In: RC 27, 1960, 136-138.

Facius, Friedrich, Willy Andreas. In: ZOO 124 (NF 85), 1976, 369-377.

Fahrenholz, A., Zur Geschichte und Bedeutung des Stiftungswesens in der Stadt Frankfurt am Main. In: Stiftungen aus Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg. von R. Hauer/J. Rossberg/W. Frhr. v. Pölnitz-Egloffstein. (Lebensbilderdeutscher Stiftungen; Bd. 5). Tübingen 1986, 239-249.

Farias, Victor, Heidegger et Ja nazisme. Morale et politique. Lagrasse 1987.

Faust, Anselm, Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33. In: Heinemann, M. (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Stuttgart 1980, 31-49.

Fehr, Hans, Mein wissenschaftliches Lebenswerk. Bern 1945.

Feine, Hans Erich, Die Rechtshistoriker. In: Geist und Gestalt. Bd. 1, 228-248.

Feldman, Gerald D., The Private Support of Science in Germany, 1900-1933. In: Bruch, R.v./Müller, **R.A.** (Hgg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung, 87-111.

Festschrift der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Wiesbaden 1981.

Festschrift zur Feier des 125jährigen Bestehens der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Hrsg. von **K.** Schwabe. Berlin 1974.

Festschrift zur Feier des zweihundertjährigen Bestehens der Akademie der **Wis**senschaften in Göttingen. Berlin/Göttingen/Heidelberg 1951.

Feucht, Erika, Vom Nil zum Neckar. Kunstschätze Ägyptens aus pharaonischer und koptischer Zeit an der Universität Heidelberg. Berlin/Heidelberg/ New York u.a. 1986.

Fikentscher, Wolfgang, Eugen Ulmer (26.6.1903-26.4.1988). In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jb. 1988. München 1989, 223-225.

Finke, Heinrich, [Selbstdarstellung]. In: Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von S. Steinberg. Leipzig 1925, 91-128.

Fink-Maderna, Andrea, Carl Neumann 1860-1934. Frankfurt/M./Berlin/Bern/ New York/Paris/Wien 1993.

Fischer, Fritz, Gerhard Ritter. Eine Stellungnahme zu P.E. Schramms Nachruf. In: FAZ, 14. Juli 1967.

Fischer, Kuno, Die Schicksale der Universität Heidelberg. Festrede zur fünfhundertjährigen Jubelfeier der Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg gehalten in der Heiliggeistkirche den 4. August 1886. Heidelberg 1886.

Fischer, Wolfram, Ansätze zur Industrialisierung in Baden 1770-1870. In: **VSWG** 47, 1960, 186-231.

Fischer, Wolfram, Ein Jahrhundert der Landtechnik. Die Geschichte des Hauses Heinrich Lanz 1859-1959. (Masch.schr., im Firmenarchiv John Deere 5/1 **A).** Mannheim 1958.

Fischer, Wolfram, Herkunft und Anfänge eines Unternehmers: Heinrich Lanz 1859-1870. Vom Landmaschinenhändler zum Fabrikanten. In: Zs. für Unternehmensgeschichte 24 **(H.** 3), 1979, 27-44.

Fix, Karl-Heinz, Martin Dibelius, die Politik seiner Zeit und zwei Theologenberufungen 1930/31 und 1946. In: ZGO 138 (N.F. 99), 1990, 496-504.

Fix, Karl-Heinz, Universitätstheologie und Politik. Die Heidelberger Theologische Fakultät in der Weimarer Republik. Diss. (phil.) Heidelberg 1991.

Flasdieck, Hermann M., Johannes Hoops (1865-1949). Rede bei der Gedenkfeier der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg am 7. Juli 1949. In: Neue Heid. Jbb., N.F., Jg. 1950, 1-18.

Fleckenstein, Josef, Die Akademien der Wissenschaften und ihr Beitrag zur gegenwärtigen Forschung. In: VHW-Mitteilungen, Nr. 1-3. Düsseldorf 1982, 16-21.

Fleckenstein, Josef, Gedenkrede auf Hermann Heimpel. In: In memoriam Hermann Heimpel, 27-45.

Fleischmann, Rudolf, Walter[!] Bothe. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 1: Naturwissenschaftler. Hrsg. von W. Treue/G. Hildebrandt. Berlin 1987, 359-367.

Flitner, Andreas (Hg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen mit einem Nachwort von H. Diem. Tübingen 1965.

Formen der Geschichtsschreibung. Hrsg. von R. Kosellek/H. Lutz/J. Rüsen. (Theorie der Geschichte: Beiträge zur Historik; Bd. 4). München 1982.

Forschungen und Fortschritte 15, 1939.

Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele. Unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter hrsg. von L. Brauer/ A. Mendelssohn Bartholdy/ A. Meyer. 2 Bde. Hamburg 1930.

Fraenkel, Ernst, Der Doppelstaat. Frankfurt/M./Köln 1974. (Erstausg. 1941).
Franz, Günther, Das Geschichtsbild des Nationalsozialismus und die deutsche Geschichtswissenschaft. In: Geschichte und Geschichtsbewußtsein. Hrsg. von 0. Hauser. Göttingen/Zürich 1981, 91-111.
Freiesleben, Hans Christian, Max Wolf. Der Bahnbrecher der Himmelsphotographie 1863-1932. Stuttgart 1962.
Freudenberg, Karl J., Lebenserinnerungen. (Ausgewählt und mit Anm. versehen und mit Vorbericht und Zusammenfassung der „Lebenserinnerungen" vor der Heidelberger Zeit und einem Anhang von Dorothee Mußgnug). In: Heid. Jbb. 32, 1988, 151-187.
Friedlander, Albert H., Umbrae Vitae. Zum 10. Todestage Eugen Täublers. In: RC 33, 1963, 121-126.
Fromm, Hans, Wilhelm Braune. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur 100, 1978, 4-39.
Fuchs, Peter, Palatinatus Illustratus. Die historische Forschung an der kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften. Mannheim 1963.
Fügen, Hans Norbert, Max Weber. Reinbek b. Hamburg 1985.
Führ, Christoph/Zier, Hans Georg (Hgg.), Hellpach-Memoiren 1925-1945. Köln/Wien 1987.
50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911-1961. Beiträge und Dokumente. Hrsg. von der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. Göttingen 1961.
Fürstenau, Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied/Berlin 1969.
Fuhrmann, Horst, Hermann Heimpel 19.9.1901-23.12.1988. In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jb. 1989. München 1990, 204-210.
Fuhrmann, Horst, Hermann Heimpel und die Monumenta Germaniae Historica. In: In memoriam Hermann Heimpel, 17-24.
Fuhrmann, Horst, Nachruf [auf Hermann Heimpel]. In: DA 45, 1989, 372-374.
Gadamer, Hans-Georg, Das Cusanus-Unternehmen der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. In: RC 15/16, 1954, 78-79.
Gadamer, Hans-Georg, Karl Jaspers t. In: RC 46, 1969, 50-56.
Gadamer, Hans-Georg, Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau. Frankfurt/M. 1977.
Gebhardt, Bruno, Wilhelm von Humboldt als Staatsmann. Bd. 1: Bis zum Ausgang des Prager Kongresses. Stuttgart 1896.
Gehrcke, Ernst, Philipp Lenard zum 70. Geburtstag. In: Forschungen und Fortschritte 8, 1932, 215.
Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vornehmlich im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens. 2 Bde. München 1959.
Gerber, Hans, Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der jüngsten Rechtsentwicklung. 2 Bde. Tübingen 1965.
Gerndt, Helge (Hg.), Volkskunde und Nationalsozialismus. Referate und Diskussionen einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde. München, 23. bis 25. Oktober 1986. München 1987.

Geschichte der John Deere Werke Mannheim. [Text von Volker Hack]. Mannheim 1979.
Gethmann-Siefert, Annemarie/Pöggeler, Otto (Hgg.), Heidegger und die praktische Philosophie. Frankfurt/M. 1988.
Geuss, Eva/Geuss, Herbert, Veröffentlichungen von Hermann Heimpel. In: Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte. Bd. 3. Göttingen 1972, 713-731.
Giles, Geoffrey J., Professor und Partei: Der Hamburger Lehrkörper und der Nationalsozialismus. In: Krause, E./Huber, L./Fischer, **H.** (Hgg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich". Die Hamburger Universität 1933-1945 (Teil **1).** Berlin/Hamburg 1991, 113-124.
Gimbel, John, Amerikanische Besatzungspolitik und deutsche Tradition. In: Herbst, L. (Hg.), Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. München 1986, 147-150.
Glaser, Hermann, Bildungsbürgertum und Nationalismus. Politik und Kultur im Wilhelminischen Deutschland. München 1993.
Glockner, Hermann, Freunde in Heidelberg. Erinnerungen an Hermann Güntert. In: Heid. Jbb. 17, 1973, 157-174.
Glockner, Hermann, Heidelberger Bilderbuch. Erinnerungen von Hermann Glockner. Bonn 1969.
Glum, Friedrich, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Ihre Forschungsaufgaben, ihre Institute und ihre Organisation. In: Forschungsinstitute. Bd. 1, 359-373.
Glum, Friedrich, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen. Bonn 1964.
Gönnenwein, Otto, Hans Fehr zum 80. Geburtstag. In: RC 15/16, 1954, 63-64.
Goeters, J.F. Gerhard, Karl Barth in Bonn 1930-1935. In: Evangelische Theologie 47, 1987, 137-150.
Goetz, Walter, Das Leipziger Forschungsinstitut für Kultur- und Universalgeschichte. In: Forschungsinstitute. Bd. !, 387-390.
Goetz, Walter, Historiker in meiner Zeit. Gesammelte Aufsätze. Köln/Graz 1957.
Gombrich, Ernst H., Aby Warburg. Eine intellektuelle Biographie. Frankfurt/M. 1984.
Gothein, Marie Luise, Eberhard Gothein. Ein Lebensbild. Seinen Briefen nacherzählt. Stuttgart 1931.
Gradenwitz, Otto, [Selbstdarstellung]. In: Die Rechtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von **H.** Planitz. Leipzig 1929, 41-88.
Gradenwitz, Otto, Ernst Immanuel Bekker. In: ZRG RA 37, 1916, **VII-XXXII.**
Gradenwitz, Otto, Plan für einen Index zum Theodosianus. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1910, Abh. 3. Heidelberg 1910.
Graf, Friedrich Wilhelm, Ernst Troeltsch. Kulturgeschichte des Christentums. In: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, 131-152.
Graf, Friedrich Wilhelm, Fachmenschenfreundschaft. Bemerkungen zu Max Weber und Ernst Troeltsch. In: Max Weber und seine Zeitgenossen, 313-336.
Grau, Conrad, Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg. Thun/Frankfurt/M. 1988.
Graumann, Carl Friedrich (Hg.), Psychologie im Nationalsozialismus. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1985.

Graumann, Carl Friedrich, Psychologie und Nationalsozialismus. Eine Einführung. In: Ders., (Hg.), Psychologie im Nationalsozialismus, 1-13.

Grimm, Jacob, Reden in der Akademie. Ausgewählt und hrsg. von W. Neumann/H. Schmidt. Berlin 1984.

Groth, Otto, Die Geschichte der Deutschen Zeitungswissenschaft. Probleme und Methoden. München 1948.

Gropengießer, Erich, Nachruf auf Ernst Wahle. In: ZGO 130 (N.F. 91), 1982, 357-361.

Guggenheimer, Walter M., Schulreform und Besatzungsrecht. In: Frankfurter Hefte 3, 1948, 488-491.

Gundert, Hermann, Otto Regenbogen t. In: Gnomon 39, 1967, 219-221.

Gundert, Hermann, Otto Regenbogen. In: Heid. Jbb. 11, 1967, 27-39.

Gundlach, Horst, Willy Hellpach. Attributionen. In: Graumann, C.F. (Hg.), Psychologie im Nationalsozialismus, 165-195.

Gundlach, Horst, Willy Hellpach zum Gedächtnis. In: RC 58/59, 1976/77, 112-113.

Haaland, Dorothea, Der Luftschiffbau Schütte-Lanz Mannheim-Rheinau (1909-1925): Die Geschichte einer innovativen Idee als zeitlich-räumlicher Prozess. (Südwestdeutsche Schriften; 4). Diss. Mannheim 1987.

Häberle, Daniel, Der Naturhistorisch-Medizinische Verein von 1907-1931 (Vereinsgeschichte). In: Verhandlungen des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins zu Heidelberg, N.F. 17, 1929-1933 (H. 3, Dez. 1931), 212-241.

Häberle, Daniel, Die Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde zu Heidelberg (1818-1847), die Vorläuferin des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins zu Heidelberg (seit 1856). In: Verhandlungen des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins zu Heidelberg, N.F. 12, 1912-1914 (H. 3, Nov. 1913), 417-476.

Haevecker, Herbert, 40 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: Jb. 1951 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 7-59. (40 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911-1951).

Hahn, Johannes, Einleitung zum Heidelberger Gespräch vom 25. März 1933. In: Täubler, E., Ausgewählte Schriften, 305-311.

Haller, Heinz, Die Rolle der Staatsfinanzen für den Inflationsprozeß. In: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975. Hrsg. von der Deutschen Bundesbank. Frankfurt/M. 1976, 115-155.

Hamann, Günther, **G.W.** Leibnizens Plan einer Wiener Akademie der Wissenschaften. In: Akten des II. Internationalen Leibniz-Kongresses Hannover, 17.-22. Juli 1972. Bd. 1. Wiesbaden 1973, 205-227.

Hammermayer, Ludwig, Academies and Learned Societies in Western and Central Europe, ca. 1780-1840. In: Alexander von Humboldt in Britain and Germany during his Lifetime. Edd. P. Alter and Sir W. Paton. London 1985.

Hammermayer, Ludwig, Akademiebewegung und Wissenschaftsorganisation. Formen, Tendenzen und Wandel in Europa während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Wissenschaftspolitik in Mittel- und Osteuropa. Wissenschaftliche Gesellschaften, Akademien und Hochschulen im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert. Hrsg. von E. Amburger/M. Ciesla/L. Sziklay. Berlin 1976, 1-84.

Hammermayer, Ludwig, Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759-1807. Bd. 2: Zwischen Stagnation, Aufschwung und Illuminatenkrise 1769-1786. München 1983.

Hammermayer, Ludwig/Stoermer, Monika/Letzelter, Franz, Akademien. In: Staatslexikon. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Bd. 1. Freiburg i.Br./Basel/Wien 1985, 66-72.

Hammerstein, Notker, Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Bd. 1: 1914 bis 1950. Neuwied/Frankfurt 1989.

Hammerstein, Notker (Hg.), Deutsche Bildung? Briefwechsel zweier Schulmänner: Otto Schumann - Martin Havenstein 1930-1944. Frankfurt/M. 1988.

Hampe, Karl, 1869-1936. Selbstdarstellung. Mit einem Nachwort hrsg. von **H.** Diener. (SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse, Jg. 1969, 3. Abh.). Heidelberg 1969.

Hampe, Karl, Eberhard Gothein. Eine Gedächtnisrede. In: HZ 129, 1924, 476-490.

Die Handelshochschule in Mannheim. Heinrich-Lanz-Gedächtnisfond. Mannheim 1910.

Hansen, Karl, Ludolf von Krehl. In: Ludolf von Krehl zu seinem Gedächtnis am 100. Geburtstag, 26. Dezember 1961. Stuttgart 1961, 18-55.

Harnack, Adolf (von), Denkschrift vom 21. November 1909. In: 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 80-94.

Harnack, Adolf (von), Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften. Rede zur Zweihundertjahrfeier in der Festsitzung am 20. März 1900 gehalten. In: SB PreuAW, Jg. 1900, 1. Halbbd. Berlin 1900, 218-235.

Harnack, Adolf (von), Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften. 3 Bde. Berlin 1900.

Harnack, Adolf (von), Vom Großbetrieb der Wissenschaft. In: Preuß. Jbb. 119, 1905, 193-201.

Harnack, Axel von, Die Akademien der Wissenschaften. In: Handbuch der Bibliothekswissenschaft. Hrsg. von F. Milkau. Bd. 1: Schrift und Buch. Leipzig 1931, 850-876.

Hartkopf, Werner, Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte. Berlin 1975.

Harvolk, Edgar, Eichenzweig und Hakenkreuz. Die Deutsche Akademie in München (1924-1962) und ihre volkskundliche Sektion. München 1990.

Haselier, Günther, Die Bildung des Landes Württemberg-Baden 1945/46. In: Oberrheinische Studien II: Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. Jahrhundert. Hrsg. von A. Schäfer. Karlsruhe 1973, 243-284.

Hauf, Reinhard (Hg.), Denkschriften des „Freiburger Kreises". In: Schwabe, K./Reichardt, R. (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker, 629-774.

Haupt, Otto, Arthur [!] Rosenthal **t.** In: Jahresbericht der Deutschen Mathematiker-Vereinigung 63, 1960, 89-96.

Hayes, Peter, Industry and ideologie. IG Farben in the Nazi era. Cambridge 1987.

Heffter, Lothar, Beglückte Rückschau auf neun Jahrzehnte. Ein Professorenleben. Freiburg i.Br. 1952.

Heiber, Helmut, Liberale und nationale Geschichtsschreibung. In: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, 109-125.

Heiber, Helmut, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands. Stuttgart 1966.

Heidelberger Professoren aus dem 19. Jahrhundert. Festschrift der Universität zur Zentenarfeier ihrer Erneuerung durch Karl Friedrich. Bd. 2. Heidelberg 1903.

Heigel, Karl Theodor von, Die Münchner Akademie von 1759 bis 1909. Festrede ... zur Feier des 150. Stiftungstages am 10. März 1909. In: Almanach 1909, I-XXXVIII. (= Ders., Die Münchener Akademie von 1759-1909. München 1909).

Heigel, Karl Theodor von, Über den Bedeutungswandel der Worte Akademie und Akademisch. München 1911.

Heimbüchel, Bernd, Die neue Universität. Selbstverständnis - Idee und Verwirklichung. In: Kölner Universitätsgeschichte. Bd. 2. Köln/Wien 1988, 101-692.

Heimpel, Hermann, Die halbe Violine. Eine Jugend in der Haupt- und Residenzstadt München. Stuttgart 1949.

Hellpach, Willy, Pax Futura. Die Erziehung des friedlichen Menschen durch eine konservative Demokratie. Braunschweig 1949.

Hellpach, Willy, Politische Prognose für Deutschland. Berlin 1928.

Hellpach, Willy, Universitas Litterarum. Gesammelte Aufsätze. Stuttgart 1948.

Hellpach, Willy, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation. 2 Bde. Hamburg 1948/49.

Henneberg, G. (Hg.), 75 Jahre Robert Koch-Institut 1. Juli 1966. Berlin 1966.

Hennis, Wilhelm, Eine »Wissenschaft vom Menschen«. Max Weber und die deutsche Nationalökonomie der Historischen Schule. In: Max Weber und seine Zeitgenossen, 41-83.

Herbig, Reinhard, Thea Sibylla. In: Jb. des Deutschen Archäologischen Instituts 59/60, 1944/45. Berlin 1949, 141-147.

Herde, Peter, 75 Jahre Wissenschaftliche Gesellschaft. Ein Abriß ihrer Geschichte. In: Festschrift der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Wiesbaden 1981, 1-53.

Hering, Rainer, Der „unpolitische" Professor? Parteimitgliedschaften Hamburger Hochschullehrer in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich". In: Krause, E./Huber, L./Fischer, **H.** (Hgg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich". Die Hamburger Universität 1933-1945 (Teil I). Berlin/Hamburg 1991, 85-111.

Herlitz, Georg, Three Jewish Historians Isaak Markus Jost - Heinrich Graetz - Eugen Taeubler. A comperative Study. In: Publications ofthe Leo Baeck Institute. **Y**ear Book IX, 1964, 69-90.

Hermann, Armin, Die Jahrhundertwissenschaft. Werner Heisenberg und die Physik seiner Zeit. Stuttgart 1977.

Hermann, Armin, ,,Auf eine höhere Stufe des Daseins erheben" - Naturwissenschaft und Technik. ,,Die Weltenenergien unserer Tage". In: Nitschke, A./Ritter, G.A./Peukert, D.J.K./Bruch, R.v. (Hgg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Modeme 1880-1930. Bd. 1. Reinbek bei Hamburg 1990, 312-336.

Hermann, Armin, Naturwissenschaft und Technik im Dienste der Kriegswirtschaft. In: Tröger, J. (Hg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, 157-167.

Herring, **H., Max** Weber und Ernst Troeltsch als Geschichtsdenker. In: Kant-Studien 59, 1968, 410-434.

Herrmann, Dieter **P.,** Wirtschaft, Staat und Wissenschaft. Der Ausbau der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung im Kaiserreich. In: **VSWG** 77, 1990, 350-368.

Herrmann, Johannes, Otto Gradenwitz (1860-1936). In: Semper apertus. Bd. 3, 136-147.

Alfred Hettner (* 6.8.1859). Gedenkschrift zu seinem 100. Geburtstag. Hrsg. von G. Pfeifer. Heidelberg/München 1960.

Heuß, Alfred, Eugen Täubler Postumus. In: HZ 248, 1989, 265-303.

Hieber, Walter, Stefan Goldschmidt (26.3.1889-20.12.1971). In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jb. 1972. München 1972, 294-299.

Hirsch, Felix, Erinnerungen an Hermann Oncken. In: RC 26, 1959, 13-16.

Hirsch, Felix, Hermann Oncken und Heidelberg. In: RC 47, 1969, 53-58.

His, W., Zur Vorgeschichte des deutschen Kartells und der internationalen Association der Akademien. Berichte über die Verhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig. Math.-phys. Klasse. Bd. 54, 1902. Sonderheft. Leipzig 1902.

Historische Methode. Hrsg. von Chr. Meier/J. Rüsen. (Theorie der Geschichte: Beiträge zur Historik; Bd. 5). München 1988.

Höflechner, Walter, Zur nichtstaatlichen Wissenschaftsförderung in Österreich in der Zeit von 1848 bis 1938 am Beispiel der Akademie der Wissenschaften in Wien. In: Bruch, R.v./Müller, **R.A.** (Hgg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung, 211-225.

Hölscher, Gustav, Gelehrter in politischer Zeit. Zu seinem 100. Geburtstag. In: RC 58/59, 1976/77, 53-60.

Hölscher, Tonio, Friedrich Carl von Duhn. In: Archäologenbildnisse, 100-101.

Hölscher, Tonio, Georg Friedrich Creuzer. In: Archäologenbildnisse, 14-15.

Hofer, M., Der Landmaschinenbau. Heinrich Lanz AG Mannheim. (Musterbetriebe Deutscher Wirtschaft; Bd. 10). Berlin 1929.

Hoffmann, Christhard, Juden und Judentum im Werk deutscher Althistoriker des 19. und 20. Jahrhunderts. Leiden/New York/K0benhavn/Köln 1988.

Hoffmann, Herbert, Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische »Machtergreifung« in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935. Frankfurt/M./Bern/New York 1985.

Hofmann, Karl-Ludwig/Präger, Christmut W., ,,Volk, Rasse, Staat und deutscher Geist." Zum Universitätsjubiläum 1936 und zur Kunstgeschichte in Heidelberg im „Dritten Reich". In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 337-345.

Holdermann, Karl, Im Banne der Chemie. Carl Bosch - Leben und Werk. Bearb. von Walter Greiling. Düsseldorf 1953.

Holländer, Hans, Hubert Schrade. In: Attempto, H. 27/28, 1968, 131-132.

Hollerbach, Alexander, Juristische Lehre und Forschung in Freiburg in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von E. John/B. Martin/M. Mück/H. Ott. Freiburg i.Br./Würzburg 1991, 91-113.

Hommel, Hildebrecht, Hans Bogner. In: Gymnasium 56, 1949, 77-79.

Hommel, Hildebrecht, ,,Würzburger Bibliothekserinnerungen". In: Festgabe für Hildebrecht Hommel zum 85. Geburtstag. (Kleine Drucke der Universitätsbibliothek Würzburg; Bd. 2). Würzburg 1984, 1-22.

Hommel, Hildebrecht, H. St. Chamberlain und die Griechen. Frankfurt/M. 1939. (Lebendiges Altertum, H. 1).

Hormann, Jörg-M., Elite im Dritten Reich. Die Geschichte der Deutschen Akademie der Luftfahrtforschung 1936-1945. Seelze 1988.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs. 2. verb. und erg. Aufl.; Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982/1981.

Hübinger, Gangolf, Geschichte als leitende Orientierungswissenschaft im 19. Jahrhundert. BerWissGesch 11, 1988, 149-157.

Hübinger, Gangolf, Max Weber und die historischen Kulturwissenschaften. In: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, 269-281.

Hübinger, Gangolf, Politische Werte und Gesellschaftsbilder des Bildungsbürgertums. In: NPL 32, 1987, 189-210.

Humboldt, Wilhelm von, Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. In: Die Idee der Deutschen Universität, 375-386.

Humboldt, Wilhelm von, Schriften zur Politik und zum Bildungswesen. (W.v. Humboldt, Werke; Bd. 4). Darmstadt, 3. Aufl. 1982.

Hunger, Ulrich, Germanistik zwischen Geistesgeschichte und „völkischer Wissenschaft": Das Seminar für deutsche Philologie im Dritten Reich. In: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte. Hrsg. von H. Becker/H.-J. Dahms/C. Wegeier. München/London/New York u.a. 1987, 272-297.

In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises": Politische Gemeinschaftsordnung. Eingel. von Helmut Thielicke und mit einem Nachwort von Philipp von Bismarck. Tübingen 1979.

In memoriam Hermann Heimpel. Gedenkfeier am 23. Juni 1989 in der Aula der Georg-August-Universität. Göttingen 1989.

Instinsky, Hans Ulrich, Hans Schaefer. In: Gnomon 33, 1961, 844-848.

Jacob, Wolfgang, Anthropologie als Grundfrage in Geschichte, Philosophie und Medizin. Bericht über ein interdisziplinäres Seminar. In: Heid. Jbb. 26, 1982, 97-112.

Jacob, Wolfgang, Medizinische Anthropologie. Krehl, Siebeck und von Weizsäcker. In: Semper apertus. Bd. 4, 126-164.

Jäckel, Eberhard, Gerhard Ritter - Historiker in seiner Zeit. In: GWU 18, 1967, 705-715.

Jakobs, Hermann, Die Mediävistik bis zum Ende der Weimarer Republik. In: Miethke, J. (Hg.), Geschichte in Heidelberg, 39-66.

Jansen, Christian, Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1935. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 99). Göttingen 1992.

Jansen, Christian, Vom Gelehrten zum Beamten. Karriereverläufe und soziale Lage der Heidelberger Hochschullehrer 1914-1933. Heidelberg 1992.

Janßen, Karl-Heinz, Ein Deutscher aus Leidenschaft. In: „Die Zeit", 14. Juli 1967.

Janzarik, Werner, 100 Jahre Heidelberger Psychiatrie. In: Heid. Jbb. 22, 1978, 93-113.

Janzarik, Werner, Psychiatrische Klinik. In: Schettler, G. (Hg.), Das Klinikum der Universität Heidelberg und seine Institute. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1986, 128-136.

Jarausch, Konrad **H.,** Students, Society and Politics in Imperial Germany: The Rise of Academic Illiberalism. Princeton 1982.

Jaspers, Karl, Die Idee der Universität. Berlin/Heidelberg 1946.

Jaspers, Karl, Erneuerung der Universität. In: Jaspers, **K.,** Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46. Heidelberg 1986, 93-105.
Jaspers, Karl, Heidelberger Erinnerungen. In: Heid. Jbb. 5, 1961, 1-10.
Jaspers, Karl, Philosophische Autobiographie. Erw. Neuausg. 2. Aufl. München/Zürich 1984.
Jaspers, Karl, Schicksal und Wille. Autobiographische Schriften. München 1967.
Jaspers, Karl, Vom lebendigen Geist der Universität. In: Jaspers, Karl, Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46. Heidelberg 1986, 215-241.
Jaspers, Karl/Bauer, Karl Heinrich, Briefwechsel 1945-1968. Hrsg. und erläutert von **R.** de Rosa. Berlin/Heidelberg/New York 1983.
Karl Jaspers in seiner Heidelberger Zeit. Hrsg. von J.-F. Leonhard. Heidelberg 1983.
Karl Jaspers. Philosoph, Arzt, politischer Denker. Symposium zum 100. Geburtstag in Basel und Heidelberg. Hrsg. von J. Hersch/J.M. Lochmann/R. Wiehl. München/Zürich 1986.
Jellinek, Georg, Großherzog Friedrich I. von Baden. Rector magnificentissimus der Ruperto-Carola. Gedächtnisrede gehalten bei der Akademischen Trauerfeier am 25. Oktober 1907. Heidelberg 1907.
Joachim, Johannes, Die Anfänge der Königlichen Sozietät der Wissenschaften zu Göttingen. Abh. der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Philol.-hist. Klasse. 3. Folge, Nr. 19. Berlin 1936.
Johnson, Jeffrey A., Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten Kaiser-Wilhelm-Institut: Ernst Fischer. In: Vierhaus, R./Brocke, B.v. (Hgg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, 486-515.
Junker, Detlef, Theorie der Geschichtswissenschaft am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. In: Miethke, J. (Hg.), Geschichte in Heidelberg, 159-174.
Jusatz, Helmut J., Ernst Rodenwaldt (1878-1965) als Begründer der geomedizinischen Forschung. In: Heid. Jbb. 14, 1970, 23-51.
Käsler, Dirk, Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den deutschen Soziologentagen 1920-1930. In: Lepsius, **M.R.** (Hg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte. Opladen 1981, 199-244.
Käsler, Dirk, Die Einführung in das Studium Max Webers. München 1979.
Käsler, Dirk, Die frühe deutsche Soziologie 1904-1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung. Opladen 1984.
Kamlah, Wilhelm, Die Formierung der „Geisteswissenschaften" in der Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften. In: Harth, D. (Hg.), Propädeutik der Literaturwissenschaft. München 1973, 9-22.
Kanthak, Gerhard, Der Akademiegedanke zwischen utopischem Entwurf und barocker Projektmacherei. Zur Geistesgeschichte der Akademiebewegung des 17. Jahrhunderts. Berlin 1987.
Kater, Michael H., Das „Ahnenerbe" der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches. Stuttgart 1974.
Kater, Michael H., Medizin und Mediziner im Dritten Reich. Eine Bestandsaufnahme. In: HZ 244, 1987, 299-352.
Kaufmann, Arthur, Gustav Radbruch - Leben und Werk. In: Radbruch, Gustav,

Gesamtausgabe. Bd. 1: Rechtsphilosophie I. Hrsg. und bearb. von A. Kaufmann. Heidelberg 1987, 7-88.
Kaufmann, Artur, In memoriam Karl Engisch. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 77, 1991, 267-269.
Kern, Ulrich, Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1918 bis 1945. In: Bortfeldt, J./Hauser, W./Rechenberg H. (Hgg.), Forschen - Messen - Prüfen. 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/Bundeszentrale 1887-1987. Weinheim 1987, 68-112.
Kienast, Richard, Friedrich Panzer zum 80. Geburtstag. In: Wirkendes Wort 1, 1950/51, 62-64.
Kinzl, H., Johann Sölch. In: Österreichische Akademie der Wissenschaften. Almanach für das Jahr 1954. 104. Jg. Wien 1955, 370-386.
Kirchgässner, Bernhard, Die Gründung der Handelshochschulen Frankfurt und Mannheim als Leistung des Besitz- und Bildungsbürgertums. In: Stadt und Hochschule im 19. und 20. Jahrhundert. Unter Mitwirkung von H.E. Specker hrsg. von E. Maschke/J. Sydow. Sigmaringen 1979, 123-139.
Kirchgässner, Bernhard, Von der Handelshochschule zur Universität Mannheim. In: Universität Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Mannheim 1976, 11-28.
Kirchheimer, Franz, Die Medaillen der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften. Berlin/Heidelberg/New York 1981. (SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1981, 1. Abh.).
Kistner, Adolf, Die Pflege der Naturwissenschaften in Mannheim zur Zeit Karl Theodors. (Geschichte der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften in Mannheim 1). Mannheim 1930.
Klee, Ernst, »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«. Frankfurt/M. 1985. (TB-Ausg.).
Kleinberger, Aharon F., Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik? In: Heinemann, M. (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Stuttgart 1980, 9-30.
Kleinert, Andreas, Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Auszüge aus der Korrespondenz der beiden Physiker zwischen 1933 und 1936. In: Physikalische Blätter 36, 1980, Nr. 2, 35-43.
Kleßmann, Christoph, Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich. In: Lundgreen, P. (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich, 350-383.
Klinkmann, Horst (Hg.), Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1991.
Klueting, Harm, ,,Vernunftrepublikanismus" und „Vertrauensdiktatur": Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik. In: HZ 242, 1986, 69-98.
Klug, Ulrich, In Memoriam Karl Engisch 1899-1990. In: Rechtstheorie 22, 1991, 383-392.
Kluge, Ulrich, Der „Freiburger Kreis" 1938-1945. Personen, Strukturen und Ziele kirchlich-akademischen Widerstandsverhaltens gegen den Nationalsozialismus. In: Freiburger Universitätsblätter, H. 102, Dez. 1988, 19-40.
Kluke, Paul, Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914-1932. Frankfurt/M. 1972.
Knabe, Peter-Eckhard, Die Wortgeschichte von „Akademie". In: Archiv für das Studium der neueren Sprachen und Literaturen 214, 1977, 245-261.

Koch, Walter, 50 Jahre Deutsches lnschriftenwerk (1934-1984). In: Deutsche Inschriften. Fachtagung für mittelalterliche und neuzeitliche Epigraphik Lüneburg 1984. Vorträge und Berichte. Hrsg. von **K.** Stackmann. Göttingen 1986, 15-45. (Abh. A**W** in Göttingen. Philol.-hist. Klasse. 3. Folge, Nr. 151).

Kocka, Jürgen (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen 1987.

Kocka, Jürgen (Hg.), Max Weber, der Historiker. Göttingen 1986.

Köge!, Raphael, Die Palimpsestphotographie (Photographie der radierten Schriften) in ihren wissenschaftlichen Grundlagen und praktischen Anwendungen. Halle 1920.

Köhler, Walther, Ernst Troeltsch. Tübingen 1941.

Koenig, Adolf, Georg Bredig. In: Die Technische Hochschule Fridericiana Karlsruhe. Festschrift zur 125-Jahrfeier. Karlsruhe 1950, 27-28.

Koenigsberger, Leo, Mein Leben. Heidelberg 1919.

Kohlschütter, Ernst, Über den Stand der Bestrebungen zur Wiederanknüpfung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen. In: Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen, 10. Jg., 1930, 33-40.

Koller, Heinrich, Nachruf auf Hermann Heimpel. In: Akademie der Wissenschaften und der Literatur [Mainz], Jb. 1989 (40. Jg.). Stuttgart 1990, 96-97.

Kollnig-Schattschneider, Erika, Die Entwicklung der Astronomie im Raume Mannheim-Heidelberg. Vom Hofastronom des Kurfürsten zum Max-Planck-Institut a.d. Königsstuhl. In: Heid. Jbb 17, 1973, 143-156.

Kopfermann, Hans, Zur Geschichte der Heidelberger Physik seit 1945. In: Heid. Jbb. 4, 1960, 159-164.

Koselleck, Reinhart (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II. Bildungsgüter und Bildungswissen. Stuttgart 1990.

Kossack, Georg, Ernst Wahle (25.5.1889-21.1.1981). In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jb. 1981. München 1981, 223-234.

Kotowski, Georg, Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik. In: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, 209-223.

Kraft, Rudolf, Eugen Täubler. In: RC 11/12, 1953, 24-25.

Kraus, Andreas, Vernunft und Geschichte. Die Bedeutung der deutschen Akademien für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft im späten 18. Jahrhundert. Freiburg i.Br. 1963.

Kraus, Theodor, Reinhard Herbig (23. Februar 1898 - 29. September 1961). In: Mitteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts, Römische Abteilung, Bd. 69. Heidelberg 1962, 1-13.

Krautkrämer, Elmar, Das Kriegsende in Südwestdeutschland. In: Der Oberrhein in Geschichte und Gegenwart. Von der Römerzeit bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg. Freiburg i.Br. 1986, 201-224.

Krautkrämer, Elmar, Das Ringen um die territoriale Neugestaltung Südwestdeutschlands. In: Der Oberrhein in Geschichte und Gegenwart. Von der Römerzeit bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg. Freiburg i.Br. 1986, 225-245.

Krieck, Ernst, Die Dozentenakademie der Universität Heidelberg. In: Hochschulführer der Universität Heidelberg für das Sommerhalbjahr 1938. 8. Jg., 31-34.

Krieck, Ernst, Ein Vermächtnis Leibnizens. Zugleich eine Frage an die deutschen Gelehrten. In: Volk im Werden 4, 1936, 218-220.

Krieck, Ernst, Heidelberg: Die Grenzlanduniversität im Westen. In: Ruperto-Carola 1386-1936. Heidelberger Fremdenblatt 1936, Nr. 6, 6-7.
Krieck, Ernst, Lage und Aufgabe im Gebiet „Hochschule und Wissenschaft". In: Volk im Werden 5, 1937, 3-11.
Krieck, Ernst, Unter den Linden: Eine zeitgemäße Frage an die Akademien. In: Volk im Werden 5, 1937, 54-55.
Krieck, Ernst, Wissenschaft, Weltanschauung, Hochschulreform. Leipzig 1934.
Kroeschell, Karl, Franz Beyerle zum Gedenken. In: Freiburger Universitätsblätter 59, Mai 1978, 7-9.
Kubach, Fritz, Heidelberg, Grenzlanduniversität im Westen des Reiches. In: Hochschulführer der Universität Heidelberg für das Sommersemester 1938, 8. Jg., 34-36.
Kubischek, **W.,** [Nachruf auf Alfred von Domaszewski]. In: Akademie der Wissenschaften in Wien. Almanach für das Jahr 1927. 77. Jg. Wien 1927, 279-308.
Kuczynski, Jürgen, Probleme der Autobiographie. Berlin/Weimar 1983.
Kühn, Johannes, Willy Andreas. In: RC 15/16, 1954, 65-66.
Kühn!, Reinhard, Reichsdeutsche Geschichtswissenschaft. In: Tröger, J. (Hg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, 92-104.
Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1931ff. Berlin/Leipzig 1931ff.
Kütemeyer, Mechthild, Anthropologische Medizin oder die Entstehung einer neuen Wissenschaft. Zur Geschichte der Heidelberger Schule. Diss. (med.) Heidelberg 1973.
Kuhn, Hugo, Friedrich Panzer (4.9.1870-18.3.1956). In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jb. 1956. München 1956, 207-208.
Kunkel, Wolfgang, Ernst Levy zum Gedächtnis. ZRG RA 86, 1969, **XIII-XXXII.**
Lachner, Karl, In memoriam Gustav Radbruch. In: RC 45, 1968, 112-113.
Lämmert, Eberhard, Germanistik - eine deutsche Wissenschaft. In: Germanistik - eine deutsche Wissenschaft. 5. Aufl. Frankfurt/M. 1971, 7-41.
Lamey, Bernhard, Vor zweihundert Jahren: Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften. In: Badische Heimat 45, 1965, 226-228.
Landrock, Rudolf, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945-1971. 3 Bde. Erlangen 1977.
Lankenau, Klaus, Willy Hellpach - Ein Leben zwischen Politik und Wissenschaft. In: ZGO 134 (N.F. 95), 1986, 359-375.
Laue, Max von, Bemerkungen zu J. Stark. Zu den Kämpfen in der Physik während der Hitlerzeit". In: Physikalische Blätter 3, 1947, 272-273.
Laufs, Adolf, Das Deutsche Rechtswörterbuch - ein Jahrhundertunternehmen. In: Jb. HeidAW für das Jahr 1986. Heidelberg 1987, 121-129.
Laufs, Adolf, Gustav Radbruch (1878-1949). In: Semper apertus. Bd. 3, 148-166.
Laufs, Bernd, Psychiatrie zur Zeit des Nationalsozialismus am Beispiel der Heidelberger Universitätsklinik. Diss. (med.) Saarbrücken 1989.
Lea, Elisabeth/Wiemers, Gerald, Eine Sächsische Gesellschaft der Wissenschaften ,,zum Flor und Ruhme unserer Universität". In: Wissenschafts- und Universitätsgeschichte in Sachsen im 18. und 19. Jahrhundert. Nationale und internationale Wechselwirkung und Ausstrahlung. Hrsg. im Auftrage der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und ihrer Historischen Kommission von **K.** Czok. Berlin 1987, 185-206.

Leber, Theodor, Willy Kühne. In: Heidelberger Professoren aus dem 19. Jahrhundert. Bd. 2. Heidelberg 1903, 207-220.

Lehmann, Jürgen, Bekennen - Erzählen - Berichten. Studien zu Theorie und Geschichte der Autobiographie. Tübingen 1988.

Leibniz, Gottfried Wilhelm, Plan d'une academie en Saxe (Academie von Sachsen). In: Oeuvres de Leibniz. Publiee par A. Foucher de Careil. Tome VII. Paris 1875, 218-277.

Leibniz, Gottfried Wilhelm, Schöpferische Vernunft. Schriften aus den Jahren 1668-1686. Zusammengestellt, übersetzt und erläutert von Wolf von Engelhardt. Marburg 1951.

Leiser, Wolfgang, Das Großherzogtum Baden 1818-1918. In: Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten: 1815-1933. Hrsg. von K. Schwabe. Boppard am Rhein 1983, 15-30; Ministerliste 219-229.

Lenard, Philipp, Deutsche Physik. Bd. 1. 3., verm. Aufl. München/Berlin 1942.

Lenard, Philipp, Johannes Stark zum 70. Geburtstag. In: ,,Völkischer Beobachter", 15. Apr. 1944.

Lenz, Friedrich, Beiträge zur Universitätsstatistik. Halle 1912.

Lenz, **Max,** Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Bd. 1: Gründung und Ausbau. Halle 1910.

Leonhard, Joachim-Felix, Neubeginn und Weggang. Karl Jaspers in Heidelberg von 1945-1948. In: Karl Jaspers in seiner Heidelberger Zeit. Heidelberg 1983, 125-157.

Lepper, Herbert, Die Einheit der Wissenschaften. Der gescheiterte Versuch der Gründung einer „Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften" in den Jahren 1907 bis 1910. Opladen 1987. (Abhandlungen der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften; Bd. 75).

Lepsius, Mario Rainer, Der ERANOS-Kreis Heidelberger Gelehrter 1904-1908. Ein Stück Heidelberger Wissenschaftsgeschichte anhand der neu aufgefundenen Protokollbücher des ERANOS. In: Jb. HeidAW für das Jahr 1983. Heidelberg 1984, 46-48.

Les prix Nobel en 1931. Stockholm 1933.

Lessing, Hans-Ulrich, Dilthey als Historiker. Das „Leben Schleiermachers" als Paradigma. In: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, 113-130.

Lifton, Robert Jay, Ärzte im Dritten Reich. Stuttgart 1988.

Lindner, Helmut, »Deutsche« und »gegentypische« Mathematik. Zur Begründung einer »arteigenen« Mathematik im »Dritten Reich« durch Ludwig Bieberbach. In: Mehrtens, H./Richter, S. (Hgg.), Naturwissenshaft, Technik und NS-Ideologie, 88-115.

Löhr, Hanns, Wesen und Sinn der nationalsozialistischen Wissenschaftlichen Akademie des NSD.-Dozentenbundes der Christian-Albrechts-Universität. In: Wissenschaftliche Akademie des NSD.-Dozentenbundes der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1938. Neumünster 1939, 12-24.

Lohmeyer, Karl, Erinnerungen. »Dem Süden zu«. Aus dem Nachlaß hrsg. von K. Schwingel/J.A. Schmoll. Heidelberg 1960.

Losemann, Volker, Aspekte der nationalsozialistischen Germanenideologie. In: Kneißl, P./Losemann, V. (Hgg.), Alte Geschichte und Wissenschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Christ zum 65. Geburtstag. Darmstadt 1988, 256-284.

Losemann, Volker, Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933-1945. Hamburg 1977.

Lübbe, Hermann, Humboldts Bildungsziele im Wandel der Zeit. In: Schlerath, B. (Hg.), Wilhelm von Humboldt, 241-258.

Lütge, Friedrich, Max Weber als Wirtschafts- und Gesellschaftshistoriker. In: Max Weber. Gedächtnisschrift, 147-162.

Lundgreen, Peter (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich. Frankfurt/M. 1985.

Lundgreen, Peter (Hg.), Zum Verhältnis von Wissenschaft und Technik. Erkenntnisziele und Erzeugungsregeln akademischen und technischen Wissens. Bielefeld 1981.

Lundgreen, Peter, Bildung und Besitz - Einheit oder Inkongruenz in der europäischen Sozialgeschichte? Kritische Auseinandersetzung mit einer These von Fritz Ringer. In: GG 7, 1981, 262-275.

Lundgreen, Peter, Forschungsförderung durch technisch-wissenschaftliche Vereine, 1860-1914. In: Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979. Hrsg. von R. Rürup. Bd. 1. Berlin/Heidelberg/New York 1979, 265-282.

Lundgreen, Peter, Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich. In: Ders. (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich, 9-30.

Lundgreen, Peter, Zur Konstituierung des „Bildungsbürgertums": Berufs- und Bildungsauslese der Akademiker in Preußen. In: Conze, W./Kocka, J. (Hgg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil 1, 79-108.

Lynen, Feodor, Fritz Kögl (19.9.1897-6.6.1959). In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jb. 1959. München 1959, 187-188.

Mach!, William H., Gerhard Ritter. In: Historians of Modem Europe. Hrsg. von H.A. Schmitt, Baton Rouge 1971, 151-205.

Mälzer, Gottfried, Einführung. Hildebrecht Hommel zum 85. Geburtstag. In: Festgabe für Hildebrecht Hommel zum 85. Geburtstag. (Kleine Drucke der Universitätsbibliothek Würzburg; Bd. 2). Würzburg 1984, **1-11.**

Maltzahn, Christoph Frhr. von, Außeruniversitäre Organisationsformen in der deutschen Geschichtswissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert. In: Bruch, R.v./Müller, R.A. (Hgg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung, 185-210.

Maier, Hans, Nationalsozialistische Hochschulpolitik. In: Die deutsche Universität im Dritten Reich, 71-102.

Maier-Leibnitz, Heinz, Die Verantwortungen des Naturwissenschaftlers. Berlin/Heidelberg/New York 1983. (SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1983, 1. Abh.).

Maier-Leibnitz, Heinz, Walther Bothe (1891-1957). In: Semper apertus. Bd. 3, 406-416.

Manegold, Karl-Heinz, Universität, Technische Hochschule und Industrie. Ein Beitrag zur Emanzipation der Technik im 19. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der Bestrebungen Felix Kleins. Berlin 1970.

Mann, Golo, Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland. Frankfurt/M. 1986.

Martin, Bernd (Hg.), Martin Heidegger und das „Dritte Reich". Ein Kompendium. Darmstadt 1989.

Maylender, Michele, Storia delle Accademie d'ltalia. Vol. V, Bologna 1930.

McClelland, State, society, and university in Germany 1700-1914. Cambridge 1981.
Mehrtens, Herbert, Angewandte Mathematik und Anwendungen der Mathematik im nationalsozialistischen Deutschland. In: GG 12, 1986, 317-347.
Mehrtens, Herbert, Naturwissenschaft und Nationalsozialismus. In: Harbordt, S. (Hg.), Wissenschaft und Nationalsozialismus. Berlin 1983, 101-114.
Mehrtens, Herbert/Richter, Steffen, (Hgg.), Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reichs. Frankfurt/M. 1980.
Meid, Wolfgang, Hermann Güntert: Leben und Werk. In: Antiquitates Indogermanicae. Studien zur Indogermanischen Altertumskunde und zur Sprach- und Kulturgeschichte der indogermanischen Völker. Gedenkschrift für Hermann Güntert. Hrsg. von M. Mayrhofer/W. Meid/B. Schlerath/R. Schmitt. Innsbruck 1974, 517-520.
Meier, Harri, Fritz Neumann. Zum 100. Geburtstage. In: RC 17, 1955, 73-74.
Meinecke, Friedrich, Autobiographische Schriften. Hrsg. und eingel. von E. Kessel. Stuttgart 1969.
Meißner, Walther, Die schwierige Lage der Akademie unter der nationalsozialistischen Regierung und der Wiederaufbau in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg. In: Geist und Gestalt. Bd. 1, 35-49.
Meister, Richard, Die Zukunft der wissenschaftlichen Produktion und die Stellung der Akademie der Wissenschaften. Wien 1960.
Meister, Richard, Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Wien 1847-1947. (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Denkschriften der Gesamtakademie, Bd. 1). Wien 1947.
Menze, Clemens, Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts. Hannover/Dortmund/Darmstadt/Berlin 1975.
Menze, Clemens, Grundzüge der Bildungsphilosophie Wilhelm von Humboldts. In: Bildung und Gesellschaft. Zum Bildungsbegriff von Humboldt bis zur Gegenwart. Hrsg. von **H.** Steffen. Göttingen 1972, 5-27.
Menze, Clemens, Leibniz und die neuhumanistische Theorie der Bildung des Menschen. Opladen 1980. **(RhWAW,** Geisteswissenschaften. Vorträge; G 246).
Meusel, Ernst-Joachim, Grundprobleme des Rechts der außeruniversitären 'staatlichen' Forschung. Darmstadt 1982.
Meyer, Richard, Victor Meyer. Leben und Wirken eines deutschen Chemikers und Naturforschers (1848-1897). Leipzig 1917.
Michaelis, Adolf, Jahresbericht. In: Schriften der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Straßburg; H. 4. Straßburg 1907, 3-7.
Miethke, Jürgen, Die Mediävistik in Heidelberg. In: Ders. (Hg.), Geschichte in Heidelberg, 93-124.
Miethke, Jürgen (Hg.), Geschichte in Heidelberg. 100 Jahre Historisches Seminar. 50 Jahre Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde. Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1992.
Minerva. Jahrbuch der gelehrten Welt. 19. Jg., 1909/10. Straßburg 1910.
Minnigerode, Gunther von, Friedrich-Karl Drescher-Kaden (10. Mai 1894 - 30. März 1988). In: Jb. der Akademie der Wissenschaften in Göttingen 1988. Göttingen 1989, 76-78.
Misera, Karlheiz/Backhaus, Ralph, Ernst Levy und das Vulgarrecht. In: Semper apertus. Bd. 3, 186-214.

Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred, Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Heidelberg 1949.

Mittasch, Alwin, Fünfzig Jahre Dienst an der Katalyse. In: Naturwissenschaftliche Rundschau, 4. Jg., H. 11, Nov. 1951, 459-463.

Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte 10, Nr.5/6/7 Okt. 1934.

Mittelstraß, Jürgen, Rationale Rekonstruktion der Wissenschaftsgeschichte. In: Janich, P. (Hg.), Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung. München 1981, 89-111.

Mittelstraß, Jürgen, Zur Philosophie der Wissenschaftstheorie. Über das Verhältnis von Wissenschaftstheorie, Wissenschaftsforschung und Wissenschaftsethik. In: Burrichter, C. (Hg.), Wissenschaftsforschung. Neue Probleme, neue Aufgaben. Erlangen 1985, 3-39 [auch in: Zs. für allgemeine Wissenschaftstheorie 19, 1988, 308-327].

Mocek, Reinhard, Wilhelm Roux, Hans Driesch. Zur Geschichte der Entwicklungsphysiologie der Tiere. Jena 1974.

Möller, Horst, „Wissensdienst für die Volksgemeinschaft". Bemerkungen zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 3: Wissenschaftspolitik in Berlin. Hrsg. von W. Treue/K. Gründer. Berlin 1987, 307-324.

Möller, Horst, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933. München 1984.

Moliere, Ernst, Heinrich Lanz. Das Geheimnis des Erfolges und Aufbaues der Heinrich Lanz Aktiengesellschaft Mannheim. Eine Darstellung der Geschichte des Lanz-Werkes, seiner Entstehung und Entwicklung. 0.0., o.J. (nach 1950).

Moltmann, Günter, Gründung und bisherige Entwicklung der Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften. In: Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften Hamburg. Jahresbericht 1991. Hamburg 1992, 12-23.

Mommsen, Wolfgang J., Max Weber und die moderne Geschichtswissenschaft. (Saarbrücker Universitätsreden; 31). Saarbrücken 1989.

Mommsen, Wolfgang J., Max Weber. In: Deutsche Historiker. Bd. 3. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1972, 65-90.

Mommsen, Wolfgang J., Max Weber und die deutsche Politik. 1890-1920. 2. überarb. und erw. Aufl. Tübingen 1974.

Mommsen, Wolfgang J., Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte. Frankfurt/M. 1974.

Mosler, Hermann, Carl Bilfinger t. In: RC 25, 1959, 238-239.

Müller, Gerhard, Ernst Krieck und die nationalsozialistische Wissenschaftsreform. Motive und Tendenzen einer Wissenschaftslehre und Hochschulreform im Dritten Reich. Weinheim 1978.

Müller, Johannes, Die Wissenschaftlichen Vereine und Gesellschaften Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert. Bibliographie über Veröffentlichungen seit ihrer Begründung bis auf die Gegenwart. 2 Bde. Berlin 1883-1887/l 907.

Müller, Kurt, Zur Entstehung und Wirkung der Wissenschaftlichen Akademien und Gelehrten Gesellschaften des 17. Jahrhunderts. In: Universität und Gelehrtenstand 1400-1800. Hrsg. von H. Rößler/G. Franz. Limburg 1970, 127-144.

Müller, Max, Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker. In: HJb 106, 1986, 119-134.

Müller, Werner A., Von der Seele zur Information. Hans Driesch, Jakob von Uexküll, Erich von Holst. Im Spannungsfeld von Mechanismus und Vitalismus. In: Semper apertus. Bd. 3, 299-327.

Muhlack, Ulrich, Bildung zwischen Neuhumanismus und Historismus. In: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil II: Bildungsgüter und Bildungswissen. Hrsg. von **R.** Kosellek, 80-105.

Muhlack, Ulrich, Die Universitäten im Zeitalter von Neuhumanismus und Idealismus: Berlin. In: Baumgart, P./Hammerstein, N. (Hgg.), Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgründungen der frühen Neuzeit. Nendeln, 1978, 299-340.

Mußgnug, Dorothee, Anhang zu: Karl J. Freudenberg - Lebenserinnerungen. In: Heid. Jbb. 32, 1988, 172-187.

Mußgnug, Dorothee, Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. In: Semper apertus. Bd. 3, 464-503.

Mußgnug, Dorothee, Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933. Heidelberg 1988.

Nagel, Alfred von, Carl Bosch (27. August 1874-26. April 1940). In: Ludwigshafener Chemiker. Hrsg. von **K.** Oberdorffer. Düsseldorf 1958, 109-136.

Nagel, Alfred von, Alwin Mittasch (27. Dezember 1869 - 4. Juni 1953). In: Ludwigshafener Chemiker. Hrsg. von **K.** Oberdorffer. Düsseldorf 1958, 137-170.

Nagel, Bert, In memoriam Friedrich Panzer. In: RC 27, 1960, 142-144.

Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstage 1966. Berlin 1966.

Naturforschung im Aufbruch. Reden und Vorträge zur Einweihungsfeier des Philipp-Lenard-Instituts der Universität Heidelberg am 13. und 14. Dezember 1933. Hrsg. von A. Becker. München 1936.

Neubaur, Paul, Heinrich Lanz. Fünfzig Jahre des Wirkens in Landwirtschaft und Industrie 1859-1909. Berlin o.J. (1910).

Neue Deutsche Biographie. Bd. !ff Berlin 19531T.

Neufeld, Karl H., Adolf von Harnack. In: Deutsche Historiker. Bd. 7. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1986, 24-38.

Neumann, Bernd, Identität und Rollenzwang. Zur Theorie der Autobiographie. Frankfurt/M. 1970.

Neumann, Carl, Ueber den Zusammenhang von Wissenschaft und Leben. In: Die Kunstwissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von J. Jahn. Bd. 1. Leipzig 1924, 33-76.

Neumann, Carl, Zum Tode von Ernst Troeltsch. In: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 1, 1923, 161-171.

Neumann, Reinhard/Putlitz, Gisbert Frhr. zu, Philipp Lenard (1862-1947). In: Semper apertus. Bd. 3, 376-405.

Neumann, Volker, Richtiges Recht. Radbruchs Rechtsphilosophie und der staatsrechtliche Positivismus Heidelberger Prägung. In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 211-228.

Neumark, Fritz, Zuflucht am Bosporus. Deutsche Gelehrte, Politiker und Künstler in der Emigration 1933-1953. Frankfurt/M. 1980.

Neumüllers-Klauser, Renate, Die lnschriftensammlung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. In: Heid. Jbb. 10, 1966, 113-134.

Neurath, Hans/Zwilling, Robert, Willy Kühne und die Anfänge der Enzymologie. In: Semper apertus. Bd. 2, 361-374.

Niederländer, Hubert, Ernst Levy t. In: RC 46, 1969, 48-49.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983.

Nipperdey, Thomas, Organisation der Wissenschaften im Wilhelminischen Berlin und ihre Beziehungen zur Wirtschaft. In: Berlin und seine Wirtschaft. Ein Weg aus der Geschichte in die Zukunft - Lehren und Erkenntnisse. Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Berlin/New York 1987, 113-131.

Nipperdey, Thomas, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und 19. Jahrhundert. In: Geschichtswissenschaft urid Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte). Göttingen 1972, 1-44.

Nipperdey, Thomas/Schmugge, Ludwig, *50* Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Bonn 1970.

Nübel, Hans Ulrich, Bonhoeffer und die Denkschrift des Freiburger Kreises. In: Freiburger Universitätsblätter, H. 102, Dez. 1988, 41-52.

Oberhummer, Wilfried, Die Akademien der Wissenschaften. In: Universitas Litterarum. Handbuch der Wissenschaftskunde. Hrsg. von **W.** Schuder. Berlin 1955, 700-708.

Obst, Bernhard, Ein Heidelberger Professorenstreit. Die Auseinandersetzung zwischen Adolf Koch und Max Weber 1910-1914. Köln 1987.

Oehme, Carl, Willy Hellpach und die praktische Heilkunde. In: Hellpach, **W.,** Universitas Litterarum, 1-4.

Oeser, E., Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte als Basisprogramm einer integrierten Wissenschaftsforschung. In: Zs. für Wissenschaftsforschung 2, 1981, 501-510.

Oexle, Otto Gerhard, Ein politischer Historiker: Georg von Below. In: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, 283-312.

Ollig, Hans-Ludwig, Der Neukantianismus. Stuttgart 1979.

Oncken, Hermann, Die Deutsche Akademie in München. In: Ders., Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919-1935. Berlin 1935, 266-280. Erstdruck: Mitteilungen der Deutschen Akademie, H. 1, München 1925.

Oncken, Hermann, Großherzog Friedrich I. von Baden. Ein fürstlicher Nationalpolitiker im Zeitalter der Reichsgründung. Stuttgart/Berlin/Leipzig 1926.

Ostwald, Wilhelm, Alwin Mittasch zum 60. Geburtstag. In: Zs. für Elektrochemie 1930, Nr. 1, 1-2.

Ott, Hugo, Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie. Frankfurt/M./New York 1988.

Ott, Hugo, Die Regelung der Verwaltung in Baden 1867-1918. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 3: Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie. Hrsg. von **K.G.A.** Jeserich/H. Pohl/G.-Ch. v. Unruh. Stuttgart 1984, 753-777.

Ott, Hugo, Die Weltanschauungsprofessuren (Philosophie und Geschichte) an der Universität Freiburg- besonders im Dritten Reich. In: HJb 108, 1988, 157-173.

Ott, Hugo, Edmund Husserl und die Universität Freiburg. In: Edmund Husserl und die phänomenologische Bewegung. Zeugnisse in Text und Bild. Hrsg. von **H.R.** Sepp. München 1988, 95-102.

Overy, Richard J., Hermann Göring. Machtgier und Eitelkeit. München 1986.
Panzer, Friedrich (Hg.), Deutsches Schicksal im Elsaß. Vorträge Heidelberger Professoren. Hrsg. im Auftrage der Universität und der Akademie der Wissenschaften. Heidelberg 1941.
Panzer, Friedrich, Die Inschriften des deutschen Mittelalters. Ein Aufruf zu ihrer Sammlung und Bearbeitung. Leipzig 1938.
Peckhaus, Volker, Hilbert, Zermelo und die Institutionalisierung der mathematischen Logik in Deutschland. In: BerWissgesch 5, 1992, 27-38.
Perron, Oskar, Paul Stäckel t. SB HeidAW, Math.-nat. Klasse, Jg. 1920, Abt. A, Abh. 7. Heidelberg 1920.
Peters, Christian/Weckbecker, Arno, Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920-1934. Dokumente und Analysen. Heidelberg 1983.
Peukert, Detlev **J.K., Max** Webers Diagnose der Modeme. Göttingen 1989.
Peukert, Detlev **J.K.,** Die „letzten Menschen". Beobachtungen zur Kulturkritik im Geschichtsbild Max Webers. In: GG 12, 1986, 425-442. (Auch in: Peukert, D.J.K., Max Webers Diagnose der Modeme).
Pfannenstiel, Max, Gedenkrede auf Wilhelm Salomon-Calvi - Der Gelehrte und sein Werk. In: RC 43/44, 1968, 248-260.
Pfannenstiel, Max, Zum Gedächtnis an Wilhelm Salomon-Calvi. In: RC 23, 1958, 165-168.
Pfetsch, Frank R., Neugründung der Universität nach 1945? In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 365-380.
Pfetsch, Frank R., Zur Entwicklung der Wissenschaftspolitik in Deutschland 1750-1914. Berlin 1974.
Pfister, Friedrich, Bild und Sinnbild. In: Brauch und Sinnbild. Eugen Fehrle zum 60. Geburtstag. Karlsruhe 1940, 34-49.
Philipp, Werner, Nationalsozialismus und Ostwissenschaften. In: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, 43-62.
Physiker über Physiker. Bd. 1: Wahlvorschläge zur Aufnahme von Physikern in die Berliner Akademie 1870 bis 1929 von Helmholtz bis Erwin Schrödinger. Bd. 2: Antrittsreden, Erwiderungen bei der Aufnahme von Physikern in die Berliner Akademie der Wissenschaften. Bearb. von C. Kirsten und H.-G. Körber. Berlin 1975/1979.
Pieper, Josef, Noch wußte es niemand. Autobiographische Aufzeichnungen 1904-1945. München 1976.
Pinn, Irmgard, Die „Verwissenschaftlichung" völkischen und rassischen Gedankenguts am Beispiel der Zeitschrift „Volk und Rasse". In: 1999 - Zs. für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (H. 4), 1987, 80-95.
Plewe, Ernst, Alfred Hettner (1859-1941). In: Semper apertus. Bd. 2, 516-534.
Plumpe, Gottfried, Die l.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945. Berlin 1990.
Pöggeler, Otto, Philosophie und Nationalsozialismus - am Beispiel Heideggers. (RhWAW, Geisteswissenschaften. Vorträge; G 301). Opladen 1990.
Pöggeler, Otto/Breuer, Heinz, Fragen der Forschungspolitik. (RhWA**W,** Geisteswissenschaften. Vorträge; G 242). Opladen 1980.
Pöschl, Viktor, In memoriam Otto Regenbogen. In: RC 40, 1966, 197-198. (Wieder-

abgedruckt in: Pöschl, V., Literarische und geschichtliche Wirklichkeit. Kleine Schriften II. Heidelberg 1983, 277-279).

Pöschl, Viktor, Nachruf auf Karl Meister. In: Gnomon 36, 1964, 222-224. (Wiederabgedruckt in: Pöschl, V., Literarische und geschichtliche Wirklichkeit. Kleine Schriften II. Heidelberg 1983, 274-276).

Poliakov, Leon/Wulf, Joseph, Das Dritte Reich und seine Denker. Berlin 1959. (TB-Ausg. 1983).

Poser, Hans, Gottfried Wilhelm Leibniz. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 3: Wissenschaftspolitik in Berlin. Hrsg. von W. Treue/K. Gründer. Berlin 1987, 1-16.

Prestel, Christiane, Der Karlsplatz in Heidelberg mit dem ehern. Grossherzoglichen Palais und dem Palais Boisseree. (Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt, H. 16). Heidelberg 1983.

Prestel, Christiane, Die Akademie der Wissenschaften. In: Semper apertus. Bd. 5, 281-291.

Pringsheim, Alfred, [Nachruf aufLeo Koenigsberger]. In: Jb. der Bayerischen **Aka**demie der Wissenschaften 1921. München 1922, 45-49.

Prinz, Wolfgang, Ganzheits- und Gestaltpsychologie und Nationalsozialismus. In: Graumann, C.F. (Hg.), Psychologie im Nationalsozialismus, 89-111. (Auch in: Lundgreen, P. (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich, 55-81).

Proctor, Robert N., Racial Hygiene. Medicine under the Nazis. Cambridge, Mass./ London, England 1988.

Prolingheuer, Hans, Der Fall Karl Barth. Chronographie einer Vertreibung 1934-1935. Neukirchen-Vluyn 1977.

Quadbeck, Günter, Richard Kuhn (1900-1967). In: Semper apertus. Bd. 3, 55-72.

Radbruch, Gustav, Der innere Weg. Aufriß meines Lebens. 2., unveränderte Aufl. Göttingen 1961.

Radnitzky, Gerard/ Andersson, Gunnar (Hgg.), Voraussetzungen und Grenzen der Wissenschaft. Tübingen 1981.

Randerath, Edmund, Alexander Schmincke. In: RC 11/12, 1953, 22-23.

Randerath, Edmund, Alexander Schmincke. In: RC 1957, 142-143.

Rasch, Manfred, Herbert Lepper: Die Einheit der Wissenschaften. In: Rhein. Vjbll. 52, 1988, 351-354.

Rasch, Manfred, Kommunalisierung, Regionalisierung und Konzentrierung: Aspekte preußischer Wissenschaftspolitik unter Friedrich Althoff und seinen Nachfolgern. In: Brocke, B.v. (Hg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter, 109-122.

Rasch, Manfred, Thesen zur Preußischen Wissenschaftspolitik gegen Ende des Wilhelminischen Zeitalters. In: BerWissGesch 12, 1989, 240-252.

Raupach, Hans, Die Akademien der Wissenschaften: ihre Aufgabe und Stellung. In: Wirtschaft und Wissenschaft, **H.** 3/1972, 19-24.

Rechenberg, Helmut, Die früheren Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichs- und Bundesanstalt. In: Bortfeldt, J./Hauser, W./Rechenberg **H.** (Hgg.), Forschen - Messen - Prüfen. 100 Jahre Physikalisch-Technische Reichsanstalt/ Bundeszentrale 1887-1987. Weinheim 1987, 150-167.

Reicke, Siegfried, Heinrich Mitteis. In: RC 7/8, 1952, 37-38.

Reimann, Horst, Publizistik und Soziologie - Anfänge in Heidelberg. Zur Begrün-

dung des Instituts für Zeitungswesen an der Ruperto Carola vor 60 Jahren. In: Publizistik 31, 1986, 328-345.
Rescher, Nicholas, Die Grenzen der Wissenschaft. Stuttgart 1985.
Richter, Steffen, Die „Deutsche Physik". In: Mehrtens, H./Richter, S. (Hgg.), Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie, 116-141.
Richter, Steffen, Wirtschaft und Forschung. Ein historischer Überblick über die Förderung der Forschung durch die Wirtschaft in Deutschland. In: Technikgeschichte 46, 1979, 20-44.
Rickert, Heinrich, Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung. Eine logische Einleitung in die historischen Wissenschaften. 2 Bde. Freiburg i.Br. 1896-1902. 5. Aufl. Tübingen 1926.
Rickert, Heinrich, Die Heidelberger Tradition in der deutschen Philosophie. Tübingen 1931.
Rickert, Heinrich, Geschichtsphilosophie. In: Die Philosophie im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Festschrift für Kuno Fischer. Hrsg. von W. Windelband. Bd. 2. Heidelberg 1905, 51-135.
Rickert, Heinrich, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft (1899). 6. und 7. durchgesehene und erg. Aufl.. Tübingen 1926.
Rickert, Heinrich, Wilhelm Windelband. 2. verb. und verm. Aufl. Tübingen 1929.
Riese, Reinhard, Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschulwesen 1860-1914. Stuttgart 1977.
Rimpau, Wilhelm, Viktorvon Weizsäcker im Nationalsozialismus. In: Hohendorf, G./Magull-Seltenreich, A. (Hgg.), Von der Heilkunde zur Massentötung. Medizin im Nationalsozialismus. Heidelberg 1990, 113-130.
Ringer, Fritz **K.,** Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933. Stuttgart 1983.
Ringer, Fritz **K.,** Education and Society in Modem Europe. Bloomington/London 1979.
Ringer, Fritz **K.,** Das gesellschaftliche Profil der deutschen Hochschullehrerschaft 1871-1933. In: Schwabe, K. (Hg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, 93-104.
Ritter, F., Gerhard Ritter und die „Bekennende Kirche". In: Freiburger Forum Nr. 12, Sept. 1988.
Ritter, Gerhard, Aus dem geistigen Leben der Heidelberger Universität im Ausgang des Mittelalters. In: ZGO NF 37, 1922, 1-32.
Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954.
Ritter, Gerhard, Der deutsche Professor im „Dritten Reich". In: Die Gegenwart, 1. Jg., Nr. 1, 24. Dez. 1945, 23-26.
Ritter, Gerhard, Die geschichtliche Bedeutung des Humanismus. In: HZ 127, 1923, 393-453.
Ritter, Gerhard, Die Heidelberger Universität. Ein Stück deutscher Geschichte. Bd. 1: Das Mittelalter (1386-1508). Heidelberg 1936. (Ndr. 1985).
Ritter, Gerhard, Friedrich der Große. Ein historisches Profil. Leipzig 1936.
Ritter, Gerhard, Hermann Oncken zum 70. Geburtstag. In: Forschungen und Fortschritte 15, Nr. 32/33, 10./20. Nov. 1939, 405-406.
Ritter, Gerhard, Machtstaat und Utopie. Vom Streit um die Dämonie der Macht

seit Machiavelli und Morus. München 1940 (nach dem Krieg veröffentlicht unter dem Titel: Die Dämonie der Macht. Stuttgart 1947).
Ritter, Gerhard A., Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick. München 1992.
Rodenwaldt, Ernst, Ein Tropenarzt erzählt sein Leben. Stuttgart 1957.
Röhl, John C.G., Kaiser Wilhelm II., Großherzog Friedrich I. und der „Königsmechanismus" im Kaiserreich. Unzeitgemäße Betrachtungen zu einer badischen Geschichtsquelle. In: HZ 236, 1983, 539-577.
Rössler, Mechthild, ,,Wissenschaft und Lebensraum". Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie. Berlin/Hamburg 1990.
Roller, Klaus, Zwischen Tradition und Modeme. Anmerkungen zu einer Kontroverse in der Heidelberger Philosophie. In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 229-250.
Rosa, Renato de, Der Neubeginn der Universität 1945. Karl Heinrich Bauer und Karl Jaspers. In: Semper apertus. Bd. 3, 544-568.
Rosa, Renato de, Politische Akzente im Leben eines Philosophen. Karl Jaspers in Heidelberg 1901-1946. In: Jaspers, Karl, Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46. Heidelberg 1986, 299-447.
Rosenberg, Alfred, Weltanschauung und Wissenschaft. In: Tradition und Gegenwart. Reden und Aufsätze 1936-1940. München 1941, 41-57.
Rossmann, Kurt, Ernst Hoffmann in memoriam. In: Studium Generale 5, 1952, 131-132.
Roth, Erich, In memoriam Walther Köhler. In: ZKG 63, 1950/51, 222-238.
Rothe, Hans-Martin, Die Heidelberger Medizin in Bewegung - ein Beitrag zur Geschichte und Wirkungsgeschichte der Heidelberger Schule. Diss. (med.) Heidelberg 1984.
Rothfels, Hans, Die Geschichtswissenschaft in den dreißiger Jahren. In: Flitner, **A.** (Hg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, 90-107.
Rudder, Bernhard de, Arzt auf naturwissenschaftlichem Grenzland. In: Hellpach, **W.** , Universitas Litterarum, 4-8.
Rühle, Gerd, Das dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaus der Nation. Das sechste Jahr: 1938. Berlin 1939.
Rüsen, Jörn, Historische Vernunft. Grundzüge einer Historik I: Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1983.
Sachse, Arnold, Friedrich Althoff und sein Werk. Berlin 1928.
Salin, Edgar, Eberhard Gothein. In: RC 13/14, 1954, 64-70.
Salin, Edgar, Um Stefan George. Erinnerung und Zeugnis. München/Düsseldorf, 2. neugestaltete und wesentlich erw. Aufl. 1954.
Salomon, Wilhelm, Das Geologisch-Paläontologische, früher „Stratigraphisch-Paläontologische" Institut der Universität Heidelberg im ersten Jahrzehnt seines Bestehens (1901-1911). In: Verhandlungen des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins zu Heidelberg, N.F. XI. Bd., 2. H., Heidelberg 1911, 137-159.
Saner, Hans, Karl Jaspers. Reinbek bei Hamburg 1970.
Sauer, Paul, Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952. Ulm 1978.
Sax!, Fritz, Die Geschichte der Bibliothek Warburg. In: Ernst **H.** Gombrich, Aby

Warburg. Eine intellektuelle Biographie. Frankfurt/M. 1984, 433-449. (Auch in: Warburg, **A.M.,** Ausgewählte Schriften und Würdigungen, 335-346).
Sax!, Fritz, Die Kulturwissenschaftliche Bibliothek Warburg in Hamburg. In: Forschungsinstitute. Bd. 2, 355-358. (Auch in: Warburg, **A.M.,** Ausgewählte Schriften und Würdigungen, 331-334).
Schaab, Meinrad, Landesgeschichte in Heidelberg. In: Miethke, J. (Hg.), Geschichte in Heidelberg, 175-200.
Schachermeyr, Fritz, Die nordische Führerpersönlichkeit im Altertum. In: Humanistische Bildung im nationalsozialistischen Deutschland. Leipzig 1933, 36-43.
Schachermeyr, Fritz, Ein Leben zwischen Wissenschaft und Kunst. Hrsg. von G. Dobesch/H. Schachermeyr. Wien/Köln/Graz 1984.
Schaefer, Hans, Zu Albrecht Kossels 100. Geburtstag. In: RC 13/14, 1954, 125.
Schaefer, Hans/Sonntag, Hans-Günther/Schmidt, Georg, Von der Physiologie zu den ökologischen Fächern. In: Semper apertus. Bd. 4, 165-181.
Schäfer, Hermann, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Grenzlandes. In: Badische Geschichte, 168-183.
Schaifers, Karl, Max Wolf (1863-1932). In: Semper apertus. Bd. 3, 97-113.
Schalk, Fritz, Die Akademien und die Entstehung neuer Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung. In: BerWissGesch 1, 1978, 37-42.
Schaller, Hans Martin, Zur Entstehung der sogenannten Briefsammlung des Petrus de Vinea. In: DA 12, 1956, 114-159.
Scharfe, Martin, Einschwörung auf den völkisch-germanischen Kulturbegriff. In: Tröger, J. (Hg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, 105-115.
Schelsky, Helmuth, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen. 2., um einen »Nachtrag 1970« erw. Aufl. Düsseldorf 1971.
Scherer, Anton, Christian Bartholomae. Zum 100. Geburtstage. In: RC 17, 1955, 74-75.
Scherzer, Otto, Physik im totalitären Staat. In: Flitner, Andreas (Hg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, 47-58.
Schettler, Gotthard, Ludolf Krehl (1861-1936). In: Semper apertus. Bd. 3, 114-135.
Schieder, Theodor, Die deutsche Geschichtwissenschaft im Spiegel der Historischen Zeitschrift. In: Hundert Jahre Historische Zeitschrift 1859-1959. Beiträge zur Geschichte der Historiographie in den deutschsprachigen Ländern. Hrsg. von Th. Schieder. München 1959, 1-104.
Schipperges, Heinrich, Homo patiens. Zur Geschichte des kranken Menschen, München/Zürich 1985.
Schipperges, Heinrich, Medizin in Bewegung. Geschichte und Schicksal. Heidelberg 1990. (Heidelberger Schule der Medizin).
Schipperges, Heinrich, Ursprung und Schicksal der Medizinischen Fakultät. In: Semper apertus. Bd. 4, 49-91.
Schleiermacher, Friedrich, Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn. In: Die Idee der deutschen Universität, 219-308.
Schlerath, Bernfried (Hg.), Wilhelm von Humboldt. Vortragszyklus zum 150. Todestag. Berlin/New York 1986.
Schlicker, Wolfgang, Physiker im faschistischen Deutschland. In: Jb. für Geschichte 27, 1983, 109-142.

Schmidt, Eberhard, Zum 80. Geburtstage Gustav Radbruchs. In: RC 24, 1958, 220-221.

Schmidt, Gustav, Ernst Troeltsch. In: Deutsche Historiker. Bd. 3. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1972, 91-108.

Schmidt-Ott, Friedrich, Althoffs Pläne für Dahlem. Denkschrift für Kaiser Wilhelm II. In: Weischedel, W. (Hg.), Idee und Wirklichkeit einer Universität. Dokumente zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Berlin 1960, 487-503.

Schmidt-Ott, Friedrich, Die Kulturaufgaben und das Reich. In: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 13, 1919, 449-464.

Schmidt-Ott, Friedrich, Erlebtes und Erstrebtes 1860-1950. Wiesbaden 1952.

Schmidt-Ott, Friedrich, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. In: Das Akademische Deutschland. Bd. 3, 1930, 603-608.

Schmidt-Wiegand, Ruth, Aus der Werkstatt Eberhard Freiherr von Künßbergs. Entwürfe und Skizzen zu Rechtssprachkarten im Archiv des Deutschen Rechtswörterbuchs. In: Heid. Jbb. 12, 1968, 93-111.

Schmidt-Wiegand, Ruth, Eberhard Freiherr von Künßberg - Werk und Wirkung. In: Heid. Jbb. 26, 1982, 51-67.

Schmitt, Wolfram, Struktur und Funktion des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins zu Heidelberg im 19. Jahrhundert. In: Heid. Jbb. 22, 1978, 71-92.

Schmitthenner, Walter, Alfred von Domaszewski zu seinem 100. Geburtstag. In: **RC** 19, 1956, 116-117.

Schmitthenner, Walter, Ein einschneidendes Ereignis in der Geschichte des Heidelberger Seminars für Alte Geschichte: Erinnerung an Hans Schaefer, Jacques Moreau und die anderen Toten des Unglücks von 1961. In: Vom frühen Griechentum bis zur römischen Kaiserzeit. Gedenk- und Jubiläumsvorträge am Heidelberger Seminar für Alte Geschichte. (Heidelberger Althistorische Beiträge und Epigraphische Studien; Bd. 6). Stuttgart 1989, 7-22.

Schnabel, Franz, Die Anfänge des Technischen Hochschulwesens. In: Festschrift zum lO0jährigen Bestehen der Technischen Hochschule Karlsruhe. Karlsruhe 1925, 1-44.

Schneider, Carl, Volk und Rasse. In: Volk im Werden 4, 1936, 375-378.

Schnellbach, Peter, Heinrich Lanz. Ein Pionier deutscher Industrie. Heidelberg 1927. (Sonderdruck aus Bad. Biogr. VI).

Schoenbaum, David, Deutschland als Gegenstand der amerikanischen Nachkriegsplanung. In: Herbst, L. (Hg.), Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. München 1986, 27-36.

Schöntag, Wilfried, Das erste Jahr des Landesbezirks Baden im Spiegel der Akten der amerikanischen Militärregierung (1945 bis Mai 1946). Eine quellenkundliche Untersuchung. In: Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein. Hrsg. von H. Schwarzmaier. (Oberrheinische Studien V). Karlsruhe 1980, 193-214.

Scholder, Klaus (Hg.), Die Mittwochs-Gesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944. Berlin 1982.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich. 2 Bde. Geringfügig erg. Aufl. Frankfurt/M./Berlin 1986.

Schott, Clausdieter, Zu Karl S. Baders rechtshistorischem Schrifttum. In: Bader,

K.S., Ausgewählte Schriften zur Rechts- und Landesgeschichte. Ausgewählt und eingel. von C. Schott. Bd. 1. Sigmaringen 1984, 9-13.
Schott, Siegfried, Hermann Ranke (1878-1953). In: Zs. der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, 105, 1955, 18-26.
Schrade, Hubert, Über die Fortführung der Bauten auf dem Reichsparteitag-Gelände. In: Volk im Werden 4, 1936, 208-212.
Schrade, Hubert, Das deutsche Nationaldenkmal. Idee, Geschichte, Aufgabe. München 1934.
Schrade, Hubert, Das Problem der Thingstätte. In: Volk im Werden 4, 1936, 113-125.
Schrade, Hubert, Schicksal und Notwendigkeit der Kunst. Leipzig 1936. (Weltanschauung und Wissenschaft; Bd. 4).
Schramm, Percy Ernst, Endgestalt einer Epoche. Zum Tode Gerhard Ritters. In: FAZ Nr. 164, 7. Juli 1967, 32.
Schreiner, Klaus, Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung. In: Lundgreen, P. (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich, 163-252.
Schröder-Gudehus, Brigitte, Deutsche Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit 1914-1928. Ein Beitrag zum Studium kultureller Beziehungen in politischen Krisenzeiten. Genf 1966.
Schroeder-Gudehus, Brigitte, Division of Labour and the Common Good: The International Association of Acadamies, 1899-1914. In: Science, Technology and Society in the Time of Alfred Nobel. Nobel Symposium 52, 17-22 August 1981. Edd.: C.G. Bernhard, E. Crawford, P. Sörbom. Oxford/New York/ Toronto u.a. 1982, 3-20.
Schroeder-Gudehus, Brigitte, Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919-1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme. In: Vierhaus, R./Brocke, B.v. (Hgg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, 858-885.
Schuberg, A., Der Naturhistorisch-Medizinische Verein Heidelberg 1856-1906. In: Verhandlungen des Naturhistorisch-Medizinischen Vereins zu Heidelberg, N.F. 8, 1904-1908 (H. 5, 1908), 485-505.
Schüler, Winfried, Der Bayreuther Kreis von seiner Entstehung bis zum Ausgang der wilhelminischen Ära. **W**agnerkult und Kulturreform im Geiste völkischer Weltanschauung. Münster 1971.
Schulin, Ernst, Friedrich Meinecke. In: Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, 313-322.
Schulin, Ernst, Friedrich Meinecke. In: Deutsche Historiker. Bd. 1. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1971, 39-57.
Schulin, Ernst, Friedrich Meineckes Stellung in der deutschen Geschichtswissenschaft. In: HZ 230, 1980, 3-29.
Schulin, Ernst, Gerhard Ritters Briefe und die erste Biographie über ihn. In: HZ 241, 1985, 361-366.
Schulin, Ernst, Historismus und Teleologie. BerWissGesch 5, 1982, 131-142.
Schulin, Ernst, Die Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Freiburg 1807-1982. Freiburg i.Br. 1983.
Schullze, Erich, Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. 3. Aufl. München 1948.

Schultze, Walter, Wissenschaft und Volkwerdung. In: Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD.-Dozentenbundes. Bd. 1, 5-16.
Schulze, Hagen, Walter Frank. In: Deutsche Historiker. Bd. 7. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1980.
Schulze, Hagen, Weimar. Deutschland 1917-1933. Berlin 1982.
Schuster, Julius, Die wissenschaftliche Akademie als Geschichte und Problem. In: Forschungsinstitute. Bd. 1, 123-135.
Schwabe, Klaus, Der Weg in die Opposition: Der Historiker Gerhard Ritter und der Freiburger Kreis. In: Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von E. John/B. Martin/M. Mück/H. Ott. Freiburg i.Br./Würzburg 1991, 191-205.
Schwabe, Klaus (Hg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, 1815-1945. Boppard 1988.
Schwabe, Klaus, Hermann Oncken. In: Deutsche Historiker. Bd. 2. Hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen 1971, 81-97.
Schwabe, Klaus, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges. Göttingen/Zürich/Frankfurt/M. 1969.
Schwabe, Klaus, Zur Einführung: Gerhard Ritter - Werk und Person. In: Schwabe, K./Reichardt, R. (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, 1-170.
Schwabe, Klaus/Reichardt, Rolf (Hgg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen. Boppard am Rhein 1984.
Schweiger, Hans-Georg, Otto Meyerhof (1884-1951). In: Semper apertus. Bd. 3, 359-375.
Schwoerer, Julius, Zum 100. Geburtstag des badischen Hochschulreferenten Victor Schwoerer. In: RC 37, 1965, 225-229.
See, Klaus von, Kultukritik und Germanenforschung zwischen den Weltkriegen. In: HZ 245, 1987, 343-362.
Seibt, Gustav, Der letzte deutsche Ordinarius. Erinnerungen an den Historiker Hermann Heimpel. In: FAZ, 30. Nov. 1990.
Seider, Richard, Die Universitäts-Papyrussammlung. In: Heid. Jbb. 8, 1964, 142-203.
Seidler, Eduard, (Hg.), Medizinische Anthropologie. Beiträge für eine Theoretische Pathologie. (Veröffentlichnugen aus der Forschungsstelle für Theoretische Pathologie der HeidAW). Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1984.
Seidler, Eduard, Die Medizinische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau. Grundlagen und Entwicklungen. Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1991.
Seier, Heilmut, Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934-1945. In: VjhZG 12, 1964, 105-146.
Seier, Heilmut, Die Hochschullehrerschaft im Dritten Reich. In: Schwabe, K. (Hg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, 247-295.
Seier, Heilmut, Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat. In: Malettke, K. (Hg.), Der Nationalsozialismus an der Macht. Göttingen 1984, 143-165.
Seifart, Werner, Einiges über Stiftungen in den USA. In: Becker, J. (Hg.), Mäze-

natentum in Vergangenheit und Gegenwart - Hommage für Kurt Bösch. München 1988, 57-73.
Seifert, Friedrich, Friedrich Karl Drescher-Kaden I0.5.1894-30.3.1988. In: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jb. 1988. München 1989, 222-223.
Sellin, Volker, Die Universität Heidelberg in der Geschichte der Gegenwart 1945-85. In: Die Geschichte der Universität Heidelberg. Vorträge im Wintersemester 1985/86. Heidelberg 1986, 217-235.
Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386-1986. Festschrift in sechs Bänden. Im Auftrag des Rector magnificus Prof. Dr. Gisbert Freiherr zu Putlitz hrsg. von W. Doerr. Berlin/Heidelberg/New York/ Tokyo 1985.
Siebeck, Richard, Medizin in Bewegung. Stuttgart 1949.
Siefert, Helmut, Das naturwissenschaftliche und medizinische Vereinswesen im deutschen Sprachgebiet (1750-1850). Idee und Gestalt. Diss. Marburg 1967.
Siegele-Wenschkewitz, Leonore, Die Theologische Fakultät im Dritten Reich. »Bollwerk gegen Basel«. In: Semper apertus. Bd. 3, 504-543.
Siemann, Wolfram, Chancen und Schranken von Wissenschaftsfreiheit im deutschen Konstitutionalismus 1815-1918. In: HJb 107, 1987, 315-348.
Siemens, Werner, Das naturwissenschaftliche Zeitalter. In: Tageblatt der 59. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte zu Berlin vom 18.-24. September 1886. Berlin 1886, 92-96.
Sokolow, **W.W.,** Leibniz und die russische wissenschaftliche philosophische Kultur des 18. Jahrhunderts. In: Akten des II. Internationalen Leibniz-Kongresses Hannover, 17.-22. Juli 1972. Bd. 1. Wiesbaden 1973, 297-306.
Spinner, Helmut F., Das „System Althotr' und Max Webers Kritik, die Humboldtsche Universität und die Klassische Wissensordnung: die Ideen von 1809, 1882, 1914, 1919, 1933 im Vergleich. In: Brocke, B.v. (Hg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter, 503-563.
Stürmer, Michael, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918. Berlin 1983.
Stammen, Theo, Das alliierte Besatzungsregime in Deutschland. In: Becker, J./ Stammen, Th./Waldmann, P. (Hgg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. München 1979, 61-91.
Stark, Johannes, Philipp Lenard als deutscher Naturforscher. In: Nationalsozialistische Monatshefte 1936, 106ff.
Staudinger, Hermann, Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft. SB der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M., Bd. 12, Nr. 1. Wiesbaden 1974.
Stepun, Fedor, Vergangenes und Unvergängliches. Aus meinem Leben. Erster Teil 1884-1914. München 1947.
Stern, Fritz, Die politischen Folgen des unpolitischen Deutschen In: Ders., Das Scheitern illiberaler Politik. Studien zur politischen Kultur Deuschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1974, 41-61.
Stern, Leo, Zur Geschichte und wissenschaftlichen Leitung der Deutschen Akademie der Naturforscher. Festgabe zur 300-Jahrfeier der Deutschen Akademie der Naturforscher (»Leopoldina«). Halle 1952.
Stern-Taeubler, Selma, Eugen Taeubler und die Wissenschaft des Judentums. In: Taeubler, E., Aufsätze, **VII-XXIV.**
Sternberger, Dolf, Karl Jaspers (1883-1969). In: Semper apertus. Bd. 3, 285-298.

Stoermer, Monika, Die Akademien der Wissenschaften. In: Wissenschaft und Fortschritt 41, 1991, 125-128.

Stoermer, Monika, Die Mitgliedschaft im Wandel der Zeiten. In: Gesamtverzeichnis der Mitglieder der Bayerischen Akademie. München 1984, **XI-XVII.**

Stolper, Gustav, Die deutsche Wirklichkeit. Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas. Hamburg 1949.

Strasburger, Hermann, [Nachruf auf] Matthias Gelzer. In: Gnomon 47, 1975, 817-824.

Strobel, Engelbert, Franz Alexander Böhm. Der erste badische Kultus- und Unterrichtsminister nach der Trennung von der Justiz. In: Badische Heimat 60, 1980, 311-313.

Strube, Wilhelm, Naturwissenschaftliche Gesellschaften in Deutschland von 1800 bis 1870. Zu ihrer Vorgeschichte, Entwicklung und Bedeutung. In: Zs. für Wirtschaftsgeschichte 1979, **H. IV,** 73-96.

Stump, Wolfgang, Unbekannte Pläne einer Rheinischen Akademiegründung. In: Rhein.Vjbll. 36, 1972, 245-248.

Stutz, Elfriede, Richard Kienast zum 70. Geburtstag. In: Annali Sezione Germanica **V,** 1962, 293-294.

Stutz, Elfriede, Richard Kienast zum Gedenken. In: RC 57, 1976, 111-112.

Sudhoff, Karl, 100 Jahre deutsche Naturforscherversammlungen. Gedächtnisschrift zur Jahrhunderttagung. Leipzig 1922.

Sühne!, Rudolf, Friedrich Gundolfund der George-Kreis. In: Semper apertus. Bd. 3, 259-284.

Taeger, Fritz, Besprechung zu „Fritz Schachermeyr Lebensgesetzlichkeit in der Geschichte". In: Gnomon 18, 1942, 184-185.

Taeubler, Eugen, Aufsätze zur Problematik jüdischer Geschichtsschreibung 1908-1950. Hrsg. und eingel. von S. Stern-Taeubler. Tübingen 1977.

Täubler, Eugen, Die Akademie für Wissenschaft des Judentums. Ein Aufruf und Programm (1918). In: Taeubler, E., Aufsätze, 28-31.

Täubler, Eugen, Ausgewählte Schriften zur Alten Geschichte. (Heidelberger althistorische Beiträge und epigraphische Studien; Bd. 3). Hrsg. und mit einer Einleitung versehen von G. Alföldy. Stuttgart 1987.

Täubler, Eugen, Der Beginn der Arbeit des „Gesamtarchivs der deutschen Juden" und seine Probleme (1908). In: Taeubler, E., Aufsätze, **1-8.**

Täubler, Eugen, Biblische Studien. Die Epoche der Richter. Hrsg. von **H.-J.** Zobel, Tübingen 1958.

Täubler, Eugen, Das Forschungs-Institut für die Wissenschaft des Judentums. Organisation und Arbeitsplan (1920). In: Taeubler, E., Aufsätze, 32-43. (Erstdruck in: Korrespondenzblatt des Vereins zur Gründung und Erhaltung dieser Akademie für die Wissenschaft des Judentums, Jg. 1. Frankfurt/M. 1920, 10-18).

Täubler, Eugen, Die Entwicklung der Arbeit des „Gesamtarchivs" und der Versuch einer methodologischen Gliederung und Systematisierung der jüdischen Geschichtsforschung. In: Täubler, E., Aufsätze, 9-20. (Erstdruck in: Mitteilungen des Gesamtarchivs der Deutschen Juden. Hrsg. von E. Täubler, Jg. 3, H. 2, Leipzig 1911, 64-84).

Täubler, Eugen, Heidelberger Gespräch (25. März 1933). In: Täubler, E., Ausgewählte Schriften, 312-325.

Täubler, Eugen, Heimat: Land. Stadt. Gemeinde. In: Täubler, E., Der römische Staat. Stuttgart 1985, **XX-XXV.** (Erstdruck in: Festschrift zum 80. Geburtstag von Leo Baeck. London 1955, 11-18).

Täubler, Eugen, Judentum als tragische Existenz (1938). In: Taeubler, E., Aufsätze, 47-51.

Tellenbach, Gerd, Karl Hampe. In: ZGO 89 (N.F. 50), 1937, 225-232.

Tenbruck, Friedrich H., Heinrich Rickert in seiner Zeit. Zur europäischen Diskussion über Wissenschaft und Weltanschauung. In: Neukantianismus. Kulturtheorie, Pädagogik und Philosophie. Hrsg. von J. Oelkers/W.K. Schulz/H.-E.Tenorth. Weinheim 1989, 79-105.

Tenbruck, Friedrich H., Max Weber und Eduard Meyer. In: Max Weber und seine Zeitgenossen, 337-379.

Thielicke, Helmut, Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen. Hamburg 1984.

Thieme, Hans, Franz Beyerle t. In: ZRG GA 96, 1979, **XIX-XXXVI.**

Thode, Henry, Die Kunstentwicklung und das Genie. In: Cosmopolis 7, 1897, 841-857.

Titze, Hartmut, Hochschulen. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 5. München 1989, 209-240.

Toebelmann, Fritz, Der Bogen von Malborghetto. Abh. HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1914, Nr. 1. Heidelberg 1915.

Tödt, Heinz Eduard, Max Weber und Ernst Troeltsch in Heidelberg. In: Semper apertus. Bd. 3, 215-258.

Toellner, Richard, Entstehung und Programm der Göttinger Gelehrten Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Hallerschen Wissenschaftsbegriffes. In: Der Akademiegedanke im 17. und 18. Jahrhundert. Hrsg. von F. Hartmann/R. Vierhaus. Bremen/Wolfenbüttel 1977, 97-115.

Toellner, Richard, Haller und Leibniz. Zwei Universalgelehrte der Aufklärung. In: Akten des II. Internationalen Leibniz-Kongresses Hannover, 17.-22. Juli 1972. Bd. 1. Wiesbaden 1973, 249-260.

Tönnies, Ferdinand, Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute. In: Forschungsinstitute. Bd. 1, 425-440.

Tomaschek, Rudolf, Lenards Äthervorstellung. In: Zs. für die gesamte Naturwissenschaft 8, 1942, 117-136.

Tompert, Helene, Lebensformen und Denkweisen der akademischen Welt Heidelbergs im Wilhelminischen Zeitalter. Vornehmlich im Spiegel zeitgenössischer Selbstzeugnisse. Lübeck/Hamburg 1969.

Totok, Wilhelm, Leibniz als Wissenschaftsorganisator. In: Leibniz. Sein Leben - sein Wirken - seine Zeit. Hrsg. von W. Totok/C. Haase. Hannover 1966, 293-320.

Trautwein, Wolfgang, Der Naturhistorisch-Medizinische Verein zu Heidelberg von 1856-1956. In: Festschrift zur 100-Jahrfeier des Naturhistorich-Medizinischen Vereins zu Heidelberg. o.O. (Heidelberg) 1956, 31-39.

Trautz, Fritz, Die Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften. Ein Überblick. In: Die Universität Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Mannheim 1976, 37-45.

Treue, Wolfgang, Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenchaft und die

Deutsche Forschungsgemeinschaft. In: Bruch, R.v./Müller, R.A. (Hgg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung, 139-184.

Treue, Wolfgang, Neue Wege der Forschung, ihrer Organisation und ihrer Förderung: Friedrich Schmidt-Ott (4.6.1860-24.4.1956). In: BerWissGesch 12, 1989, 229-238.

Treutlein, Wolfgang, Eugen Fehrle als Forscher und Kämpfer. In: Brauch und Sinnbild. Eugen Fehrle zum 60. Geburtstag. Hrsg. von F. Herrmann/W. Treutlein. Karlsruhe 1940, 1-12.

Trischler, Helmuth, Wissenschaft und Forschung aus der Perspektive des Historikers. In: NPL 33, 1988, 393-416.

Trischler, Helmuth, Historische Wurzeln der Großforschung: Die Luftfahrtforschung vor 1945. In: Szöllösi-Janze, M./Trischler, H. (Hgg.), Großforschung in Deutschland. Frankfurt/M./New York 1990, 23-37.

Trischler, Helmuth, Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900-1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft. Frankfurt/M./New York 1992. (Studien zur Geschichte deutscher Großforschungseinrichtungen; Bd. 4).

Tröger, Jörg (Hg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich. Frankfurt/M./New York 1984.

Troeltsch, Ernst, Meine Bücher. In: Die deutsche Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von R. Schmidt. Bd. 2. Leipzig 1921, 161-173.

UfTelmann, Uwe, Badisches Profil und Südweststaat. - Der Beitrag Heinrich Köhlers zur föderalistischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland. In: ZGO 138 (N.F. 99), 1990, 409-458.

Ulmer, Eugen, Gedächtnisrede auf Friedrich Endemann. Heidelberg 1938. (Heidelberger Universitätsreden; N.F. Nr. 5).

Ungern-Sternberg, Jürgen von, Einleitung. In: Täubler, E., Der römische Staat. Stuttgart 1985, **VI-XIX.**

Vahlen, Theodor, Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im nationalsozialistischen Staate. In: Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates. Hrsg. von H.H. Lammers/H. Pfundtner. Bd. 1. Berlin/Wien 1936, 5-50.

Vezina, Birgit, Die „Gleichschaltung" der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung. Heidelberg 1982.

Vierhaus, Rudolf, Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator. In: **Max**-Planck-Gesellschaft, Jb. 1980, 98-108.

Vierhaus, Rudolf, Akademie und Universität. Zur gemeinsamen Geschichte zweier wissenschaftlicher Institutionen in Göttingen. Jb. der Akademie der Wissenschaften in Göttingen für das Jahr 1989. Göttingen 1990, 90-101.

Vierhaus, Rudolf, Friedrich Daniel Schleiermacher. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 3: Wissenschaftspolitik in Berlin. Hrsg. von W. Treue/K. Gründer. Berlin 1987, 77-88.

Vierhaus, Rudolf, Wilhelm von Humboldt. In: Berlinische Lebensbilder. Bd. 3: Wissenschaftspolitik in Berlin. Hrsg. von W. Treue/K. Gründer. Berlin 1987, 63-76.

Vierhaus, Rudolf, Wissenschaft und Politik im Zeitalter des Absolutismus. Leibniz und die Gründung der Berliner Akademie. In: Leibniz in Berlin. Hrsg. von **H.** Poser/ A. Heinekamp. Stuttgart 1990, 186-201.

Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hgg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens. Stuttgart 1990.

Vincke, J., Mohler Ludwig Arnold. In: FDA 70, 1950, 213-214.

Volk und Rasse. Illustrierte Vierteljahresschrift für deutsche Volkstum. 1. Jg. München 1926.

Vollhardt, Friedrich, Nachwort. In: Heinrich Rickert, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft. Stuttgart 1986, 185-207.

Vondung, Klaus (Hg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen. Göttingen 1976.

Voss, Jürgen, Carl Theodor als Förderer der Wissenschaften. In: Carl Theodor und Elisabeth Auguste. Höfische Kunst und Kultur in der Kurpfalz. Heidelberg 1979, 15-19.

Voss, Jürgen, Die Akademien als Organisationsträger der Wissenschaften im 18. Jahrhundert. In: HZ 231, 1980, 43-74.

Voss, Jürgen, Universität, Geschichtswissenschaft und Diplomatie im Zeitalter der Aufklärung: Johann Daniel Schöpflin (1694-1771). München 1979.

Wagner, Gustav, Krebsforschung in Heidelberg. In: Semper apertus. Bd. 4, 225-257.

Wagner, Rudolph, Zur Erinnerung an Albrecht von Haller und zur Geschichte der Societäten der Wissenschaften. In: Abh. der Königlichen Gesellschaft der **Wis**senschaften zu Göttingen. Bd. 5, 1851-1852. Göttingen 1853, **!-XXXIV.**

Wagner, Ulrich, Die NS-Bewegung in Heidelberg bis 1933. In: Leonhard, J.-F. (Hg.), Bücherverbrennung. Zensur, Verbot, Vernichtung unter dem Nationalsozialismus in Heidelberg. Heidelberg 1983, 15-32.

Wahle, Ernst, Und es ging mit mir seinen Weg. Heidelberg 1980.

Walker, Mark, Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe. Berlin 1990.

Walter, Friedrich, Geschichte Mannheims von den Anfängen bis zum Übergang an Baden (1802). Bd. 1. Mannheim 1907.

Warburg, Aby M., Ausgewählte Schriften und Würdigungen. Hrsg. von D. Wuttke in Verbindung mit C.G. Heise. 2. verb. und erg. Aufl. Baden-Baden 1980. (Saecula Spiritualia; Bd. 1).

Weber, Christoph, Der „Fall Spahn" (1901). Ein Beitrag zur Wissenschafts-und Kulturdiskussion im ausgehenden 19. Jahrhundert. Rom 1980.

Weber, Marianne, Max Weber. Ein Lebensbild. 1. Ausg. Tübingen 1926, 2. veränderte Ausg. Heidelberg 1950.

Weber, Max, Die „Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. In: Max Weber, Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik. Hrsg. von J. Winckelmann. 5., überarb. Aufl. Stuttgart 1973, 186-262.

Weber, Max, Vom inneren Beruf zur Wissenschaft. In: Max Weber, Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik. Hrsg. von J. Winckelmann. 5., überarb. Aufl. Stuttgart 1973, 311-339.

Weber, Max, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918. Hrsg. von W.J. Mommsen in Zusammenarb. mit G. Hübinger. (Max Weber, Gesamtausgabe. Abt. I, Bd. 15). Tübingen 1984.

Max Weber und seine Zeitgenossen. Hrsg. von W.J. Mommsen/W. Schwentker. Göttingen/Zürich 1988.

Max Weber. Ein Symposion. Hrsg. von Chr. Gneuss/J.Kocka. München 1988.
Max Weber. Gedächtnisschrift der Ludwig-Maximilians-Universität München zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages 1964. Hrsg. von K. Engisch/B. Pfister/J. Winckelmann. Berlin 1966.
Weckbecker, Arno, „Gleichschaltung" der Universität? Nationalsozialistische Verfolgung Heidelberger Hochschullehrer aus rassischen und politischen Gründen. In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, 273-292.
Weech, Friedrich von, Staatsminister Wilhelm Nokk. Heidelberg 1904.
Wehler, Hans-Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. 4. Aufl. Göttingen 1980.
Weihnacht, Paul-Ludwig/Sauer Paul, Die politische Nachkriegsentwicklung und die Auseinandersetzung um den Südweststaat. In: Badische Geschichte, 206-257.
Weisert, Hermann, Die Rektoren und die Dekane der Ruperto Carola zu Heidelberg 1386-1985. In: Semper apertus. Bd. 4, 299-417.
Weisert, Hermann, Geschichte der Universität Heidelberg. Kurzer Überblick 1386-1980. Heidelberg 1983.
Weizsäcker, Viktor von, Natur und Geist. Erinnerungen eines Arztes. Göttingen 1954.
Viktor von Weizsäcker zum 100. Geburtstag. Beiträge zum Symposion der Universität Heidelberg (1.-3.5.1986). Hrsg. von P. Hahn/W. Jacob. Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1987.
Wellek, Albert, Willy Hellpachs Werk als Psychologe. In: Hellpach, W., Universitas Litterarum, 8-14.
Wendel, Günter, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft. Berlin (Ost) 1975.
Wennemuth, Udo, Akademiebewegung in Nordbaden 1763 bis 1909. In: Semper apertus. Bd. 4, 274-297.
Wennemuth, Udo, Das Archiv der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. (Masch.schr. 1990).
Wennemuth, Udo, Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften. In: Mittler, Elmar (Hg.), Heidelberg - Geschichte und Gestalt. Heidelberg 1994.
Werhahn, Heinz Martin, Karl Preisendanz t. In: RC 43/44, 1968, 67-68.
Werner, Karl-Ferdinand, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft. Stuttgart 1967.
Wesch, Ludwig, Lenards Werk - Vorbild zukünftiger Forschung. In: Zs. für die gesamte Naturwissenschaft 8, 1942, 101-114.
Wesen und Aufgaben der Akademie. Vier Vorträge von Th. Vahlen, E. Heymann, L. Bieberbach und H. Grapow. Preußische Akademie der Wissenschaften. Vorträge und Schriften; H. 1. Berlin 1940.
Wettstein, Richard, Die deutschen Akademien der Wissenschaften. In: Das akademische Deutschland. Bd. 3. Berlin 1930, 597-602.
Whimster, Sam, Die begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten der Historischen Soziologie. In: Max Weber und seine Zeitgenossen, 380-402.
Wieacker, Franz, Fritz Pringsheim zum Gedächtnis. In: ZRG RA 85, 1968, 602-612.
Wiehl, Reiner, Die Heidelberger Tradition der Philosophie zwischen Kantianismus und Hegelianismus. Kuno Fischer, Wilhelm Windelband, Heinrich Rickert. In: Semper apertus. Bd. 2, 413-435.

Willemsen, Carl Arnold, Alfred Dove (1844-1916). In: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Bd. 1: Geisteswissenschaften. Bonn 1968, 254-259.

Willer, Wilfried, Otto Bütschli. In: RC 41, 1967, 329-333.

Winau, Rolf, Sterilisation, Euthanasie, Selektion. In: Kudlien, F. (Hg.), Ärzte im Nationalsozialismus. Köln 1985, 197-207, 293-295.

Windelband, Wilhelm, Die Erneuerung des Hegelianismus. SB HeidAW, Phil.-hist. Klasse, Jg. 1910, Abh. 10. Heidelberg 1910.

Windelband, Wilhelm, Die Philosophie im deutschen Geistesleben des **XIX.** Jahrhunderts. Tübingen 1909.

Windelband, Wilhelm, Geschichte und Naturwissenschaft. In: Präludien. Aufsätze und Reden zur Philosophie und ihrer Geschichte. Bd. 2. Tübingen, 9. Aufl. 1924, 136-160.

Windelband, Wilhelm, Kuno Fischer. Gedächtnisrede. Heidelberg 1907.

Winkler, Heinrich August, Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1979.

Winter, Eduard, Frühliberalismus in der Donaumonarchie. Religiöse, nationale und wissenschaftliche Strömungen von 1790 bis 1868. Berlin 1968.

Winter, Eduard, L. Blumentrost d.J. und die Anfänge der Petersburger Akademie der Wissenschaften. In: Jb. der Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 8, 1964, 247-269.

Winter, Helmut, Der Aussagewert von Selbstbiographien. Zum Status autobiographischer Urteile. Heidelberg 1985.

Wissenschaft in Berlin. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Hubert Laitko. Berlin 1987.

Wissenschaftsrat 1957-1967. Bonn 1968.

Wissenschaftsrat. Empfehlungen zu Organisation, Planung und Förderung der Forschung. Bonn 1975.

Wissenschaftsrat. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil III: Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen. Bd. 2. Bonn 1965.

Witte, Wilhelm, Willy Hellpach als Denker. In: Hellpach, **W.,** Universitas Litterarum, 14-18.

Wolgast, Eike, Der demokratische Bürger als Politiker. Bemerkungen zum dritten Band der Erinnerungen von Willy Hellpach. In: ZGO 136 (N.F. 97), 1988, 479-483.

Wolgast, Eike, Die neuzeitliche Geschichte im 20. Jahrhundert. In: Miethke, J. (Hg.), Geschichte in Heidelberg, 127-157.

Wolgast, Eike, Die Universität Heidelberg 1386-1986. Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1986.

Wolgast, Eike, Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus. In: ZGO 135 (N.F. 96), 1987, 359-406.

Wuttke, Dieter, Die Emigration der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg und die Anfänge des Universitätsfaches Kunstgeschichte in Großbritannien. In: BerWissGesch 7, 1984, 179-194.

Zierold, Kurt, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar. Wiesbaden 1968.

Zimmermann, Hans-Joachim (Hg.), Die Wirkung Stefan Georges auf die Wissenschaft. Ein Symposion. Heidelberg 1985. (SB HeidA**W,** Phil.-hist. Klasse; Supplemente, Jg. 1984, Bd. 4).

Zimmermann, Hans-Joachim, Die Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften zu Mannheim. In: RC 75, 1986, 39-51.

Zingerle, Arnold, Max Webers historische Soziologie. Aspekte und Materialien zur Wirkungsgeschichte. Darmstadt 1981.

Zittel, Karl A. von, Ziele und Aufgaben der Akademien im zwanzigsten Jahrhundert. Rede in der öffentlichen Festsitzung der Akademie am 14. November 1900. München 1900.

Zmarzlik, Hans-Günter, Lebendige Vergangenheit. Eine Würdigung Gerhard Ritters. In: HZ 207, 1968, 55-74.

Zorn, Wolfgang, Eberhard Gothein (1853-1923). In: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Bd. 1: Geisteswissenschaften. Bonn 1968, 260-271.

Zweckbronner, Gerhard, Mechanisierung der Landarbeit. Der Lanz-Bulldog im landwirtschaftlichen Technisierungsprozeß. In: Räder, Autos und Traktoren. Erfindungen aus Mannheim. Wegbereiter der mobilen Gesellschaft. Mannheim 1986, 96-115.

Anhang: Liste 1
Die ordentlichen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1951

	Mathematisch-naturwiss. Klasse	Philosophisch-histor. Klasse
1909	0. Bütschli (Zoologie) Th. Curtius (Chemie) G. Klebs (Botanik) L. Koenigsberger (Mathematik) A. Kossel (Physiologie) Ph. Lenard (Physik) F. Niss! (Psychiatrie) **M.** Wolf (Astronomie) E. A. Wülfing (Mineralogie)	C. Betzold (Orientalistik) W. Braune (Germanische Philologie) Fr. v. Duhn (Klass. Archäologie) E. Gothein (Nationalökonomie) 0. Gradenwitz (Römisches Recht) F. Schöll (Klassische Philologie) R. Schroeder (Deutsche Rechtsgesch.) E. Troeltsch (Systemat. Theologie) W. Windelband (Philosophie)
	M. Fürbringer (Anatomie)	Chr. Bartholomae (Sprachwissenschaften)
1910		
1911		
1912		
1913		
1914		
1915		H. v. Schubert (Kirchengeschichte)
1916		H. Rickert (Philosophie)
	L. Krehl (Innere Medizin) **W.** Salomon (Geologie) P. Stäckel (Mathematik)	F. Boll (Klassische Philologie) K. Hampe (Mittlere Geschichte) H. Oncken (Neuere Geschichte)
1917		
1918		H. Fehr (Deutsche Rechtsgeschichte)
1919	**K.** Jost (Botanik)	
1920	C. Herbst (Zoologie)	
	H. Braus (Anatomie) P. Ernst (Patholog. Anatomie) **R.** Gottlieb (Pharmakologie) 0. Perron (Mathematik)	H. Maier (Philosophie) A. v. Domaszewski (Alte Geschichte)
1921		
1922	**H.** Liebmann (Mathematik) E. Kallius (Anatomie)	F. Preisigke (Papyruskunde)
1923		
1924	A. Pütter (Physiologie)	H. Ranke (Ägyptologie) F. Panzer (German. Philologie) K. Meister (Klassische Philologie)
1925		

	Mathematisch-naturwiss. Klasse	Philosophisch-histor. Klasse
1926	**K.** Freudenberg (Chemie) 0. Erdmannsdörffer (Mineralogie) E. Gotschlich (Hygiene)	L. Curtius (Klassische Archäologie) **M.** Dibelius (Neues Testament) **H.** Mitteis (Deutsche Rechtsgeschichte) **A.** Weber (Soziologie)
1927		E. Frhr. v. Künßberg (Dt. Rechtsgeschichte) J. Wille (Historische Hilfswissenschaften)
1928	**M.** Trautz (Physika!. Chemie) Hermann Wieland (Pharmakologie)	E. Hoffmann (Philosophie) E. Levy (Römisches Recht)
1929		F. Gundolf (Neuere dt. Literaturgeschichte) 0. Regenbogen (Klassische Philologie) E. Täubler (Alte Geschichte)
1930	**A.** Rosenthal (Mathematik)	W. Köhler (Kirchengeschichte)
1931	**K. W.** Hausser (Physik) **R.** Kuhn (Chemie) 0. Meyerhof (Physiologie)	H. Günter! (Vgl. Sprachwissenschaften) A. v. Salis (Klassische Archäologie) C. Brinkmann (Nationalökonomie)
1932	**J.** Sölch (Geographie) Ph. Broemser (Physiologie) **V.** v. Weizsäcker (Innere Medizin)	J. Hoops (Englische Philologie)
1933	**W.** Bothe (Physik)	
1934		E. Fehrle (Volkskunde)
1935	C. Bosch (Chemie) F. Eichholtz (Pharmakologie) **H.** Vogt (Astronomie) **J.** Wilser (Geologie) **J.** D. Achelis (Physiologie)	E. Wahle (Frühgeschichte)
1936		G. Hölscher (Altes Testament) H. Schrade (Kunstgeschichte) E. Winkler (Romanische Philologie)
1937	A. Becker (Physik) **K.** Goerttler (Anatomie) **A.** Mittasch (Chemie) C. 0ehme (Innere Medizin) E. Rodenwaldt (Hygiene) **A.** Seybold (Botanik)	**K.** Bilfinger (Öffentliches Recht) **K.** Englisch (Strafrecht)
1938		
1939	A. Schmincke (Allgem. Pathologie)	**K.** Preisendanz (Paläographie)
1940		H. Hommel (Klassische Philologie) F. Schachermeyr (Alte Geschichte) E. Ulmer (Privatrecht)
1941	F. Bergius (Chemie) U. Wegner (Mathematik)	R. Kienast (Germanische Philologie)
1942	R. Siebeck (Innere Medizin) R. Brill (Physika!. Chemie)	H. Krause (Deutsche Rechtsgeschichte)

	Mathematisch-naturwiss. Klasse	Philosophisch-histor. Klasse
	G. Doetsch (Mathematik) C. Krauch (Chemie) E. Madelung (Theoret. Physik) R. Plank (Kältetechnik) C. Schneider (Psychiatrie) C. Schöpf (Organ. Chemie) P. Uhlenhuth (Hygiene)	
1943		R. Herbig (Klassische Archäologie) W. Hellpach (Psychologie) H. Heimpel (Mittlere Geschichte) 0. Schumann (Mittellat. Philologie) G. Ritter (Neuere Geschichte)
1944		P. Böckmann (Neuere dt. Lit.geschichte) F. Ernst (Mittlere u. Neuere Geschichte) H. Schaefer (Alte Geschichte)
1945		
1946		
1947	E. v. Holst (Zoologie) A. Kopff (Astronomie) L. Rüger (Geologie) **H.** Seifert (Mathematik) **H.** Strughold (Physiologie) **W.** Threlfall (Mathematik) **W.** Troll (Botanik)	H. v. Campenhausen (Histor. Theologie) **K.** Jaspers (Philosophie) W. Kunkel (Römisches Recht) G. Radbruch (Strafrecht) **A.** Grisebach (Kunstgeschichte)
1948	**K.** Schaefer (Physika!. Chemie)	
1949	J. H. D. Jensen (Physik) **W.** Ludwig (Zoologie)	**H.** Krahe (lndogerm. Sprachwissenschaften) **W.** Paatz (Kunstgeschichte)
1950		**H.** Bornkamm (Kirchengeschichte) E. Schmidt (Strafrecht) **A.** Falkenstein (Semitische Philologie) H.-G. Gadamer (Philosophie) G. Hess (Romanische Philologie)
1951	0. Haxe! (Physik) H. Kienle (Astronomie) P. Ramdohr (Mineralogie) Chr. Gerthsen (Physik) P. Günther (Physika!. Chemie) H. Habs (Hygiene)	Th. Georgiades (Musikwissenschaft) S. Reicke (Deutsche Rechtsgeschichte)

Anhang: Liste 2
Die außerordentlichen und korrespondierenden Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1951

	Mathematisch-naturwiss. Klasse	Philosophisch-histor. Klasse
1909	J. Arnold (Path. Anatomie) **M.** Cantor (Mathematik) V. Czerny (Chirurgie) **W.** Erb (Pathologie) **M.** Fürbriger (Anatomie) **A.** Horstmann (Chemie) L. Krehl (Pathologie, Therapie) Th. Leber (Augenheilkunde) G. Quincke (Physik) H. Rosenbusch (Mineral., Geol.) F. Himstedt (Physik), Freiburg J. v. Kries (Physiologie), Freiburg J. Lüroth (Mathematik), Freiburg A. Weismann (Zoologie), Freiburg K. Engler (Chemie), Karlsruhe 0. Lehmann (Physik), Karlsruhe	E. 1. Bekker (Römisches Recht) F. Boll (Klassische Philologie) A. v. Domaszewski (Alte Geschichte) **K.** Hampe (Mittelall. Geschichte) A. Hausrath (Kirchengesch., Exegese) G. Jellinek (Staatsrecht) A. Merx (Altes Testament) F. Neumann (Romanische Philologie) H. v. Schubert (Kirchengeschichte) H. Thode (Kunstgeschichte) M. Weber (Nationalökonomie) J. Wille (Hist. Hilfswissenschaften) G. v. Below (Geschichte), Freiburg A. Dove (Geschichte), Freiburg 0. Lenel (Römisches Recht), Freiburg F. Meinecke (Neuere Geschichte) Freiburg H. Rickert (Philosophie), Freiburg E. Schwartz (Klassische Philologie), Freiburg H. Obser (Geschichte), Karlsruhe E. v. Sallwürk (Pädagogik), Karlsruhe
	R. Wiedersheim (Anatomie), Frbg. L. Stickelberger (Mathematik), Frbg. L. Gattermann (Chemie), Freiburg F. Oltmanns (Botanik), Freiburg **W.** Deecke (Geologie), Freiburg **A.** Osann (Mineralogie), Freiburg **A.** Krazer (Mathematik), Karlsruhe P. Jannasch (Chemie)	**J.** Hoops (Englische Philologie) **H.** Oncken (Neuere Geschichte)
1910		F. Kluge (Deutsche Sprache u. Lit.), Frbg. **R.** Thurneysen (lndogerm. Sprachw.), Frbg. J. Weiß (Neues Testament) A. Hettner (Geographie) H. Finke (Geschichte), Freiburg
1911	P. Stäckel (Mathematik), Karlsruhe	R. Reitzenstein (Klass. Philologie), Freiburg
1913	**R.** Gottlieb (Pharmakologie) V. Goldschmidt (Kristallographie)	C. Neumann (Kunstgeschichte) H. Ranke (Ägyptologie)
1914		J. Partsch (Römisches Recht), Freiburg
1915		F. Preisigke (Papyruskunde)
1916	H. Braus (Anatomie) P. Ernst (Patholog. Anatomie) W. Salomon (Geologie)	E. Fabricius (Alte Geschichte), Freiburg
1917	0. Perron (Mathematik)	E. Husserl (Philosophie), Freiburg 0. Immisch (Klass. Philologie), Freiburg

	Mathematisch-naturwiss. Klasse	Philosophisch-histor. Klasse
		F. Rachfahl (Geschichte), Freiburg
		H. Driesch (Philosophie)
1918		Ch. Hülsen (Klassische Archäologie)
		H. Maier (Philosophie)
1919	C. Herbst (Zoologie)	0. Weinreich (Klass. Philologie) W. Spiegelberg (Ägyptologie)* L. Deubner (Klass. Philologie), Freiburg
		F. Panzer (German. Philologie) E. Jacobs (Philol. Hilfswissensch.), Freiburg
1920	H. Bücking (Mineralogie)* A. Götte (Zoologie)* L. van Werveke (Geologie)*	J. Bauer (Praktische Theologie) G. Wobbermin (Systemat. Theologie) H. Bresslau (Mittl. Geschichte)* G. F. Knapp (Nationalökonomie), Mannh.* Th. Nöldeke (Orient. Sprachen), Karlsruhe* C. v. Schwerin (Dt. Rechtsgeschichte), Frbg.
1921	H. Liebmann (Mathematik) H. Spemann (Zoologie), Freiburg H. Wieland (Organ. Chemie), Frbg.	L. Curtius (Klass. Archäologie)
1922	L. Heffter (Mathematik), Freiburg A. Loewy (Mathematik), Freiburg	A. Weber (Nationalökonomie)
1923		**M.** Dibelius (Neues Testament)
1924	A. Bernthsen (Chemie) C. Bosch (Chemie) A. Mayer (Agrikulturchemie) G. Rasch (Angew. Elektrizität) **K.** Strecker (Angew. Elektr.) G. Bredig (Physika!. Chemie), Klrh. **K.** Freudenberg (Chemie), Karlsruhe **W.** Paulcke (Geologie), Karlsruhe **R.** Stolle (Chemie)	E. Frhr. v. Künßberg (Dt. Rechtsgesch.) **K.** Meister (Klass. Philologie)
1925	F. Knoop (Physiol. Chemie), Frbg.	G. Beer (Altes Testament) G. Bergsträsser (Orient. Philologie) H. Mitteis (Dt. Rechtsgeschichte)
1926	P. Uhlenhuth (Hygiene), Freiburg	E. Levy (Römisches Recht), Freiburg G. Ritter (Neuere Geschichte), Freiburg
1927		
1928	M. Trautz (Physika!. Chemie)	
1929	G. v. Hevesy (Physika!. Chemie), Frbg. F. Rinne (Mineralogie), Freiburg H. Schneiderhöhn (Mineralogie), Frbg. H. Staudinger (Chemie), Freiburg R. Baldus (Mathematik), Karlsruhe C. Boehm (Mathematik), Karlsruhe A. Stock (Chemie), Karlsruhe	

	Mathematisch-naturwiss. Klasse	Philosophisch-histor. Klasse
1930		
1931		
1932	W. Soergel (Geologie), Freiburg St. Goldschmidt (Org. Chemie), Karlsruhe	E. Fraenkel (Klass. Philologie), Freiburg **W.** Kolbe (Alte Geschichte), Freiburg **W.** Pringsheim (Römisches Recht), Freiburg **W.** Schadewaldt (Klass. Philologie), Freiburg
1933	L. AschofT (Path. Anatomie), Frbg. G. Doetsch (Mathematik), Freiburg E. Zermelo (Mathematik), Freiburg	F. Brie (Engl. Philologie), Freiburg H. DragendorfT (Archäologie), Freiburg F. Wilhelm (German. Philologie), Freiburg
1934	**W.** Schmidle (Geol., Botanik), Frbg.	
1935	**W.** v. MoellendorfT (Anatomie), Frbg.	
1936		
1937		
1938		
1939	**A.** BenninghofT (Anatomie), Kiel/Marburg	G. Wolfram (Geschichte), Jena L. Bianchi (Germanstik), Bologna
1939/41	[F. Bergius (Chemie), Berlin]	
1940		[A. v. Salis (Archäologie), Zürich]
1941	[V. v. Weizsäcker (Med.), Breslau]	[F. Schachermeyr (Alte Geschichte), Wien]
1942	**W.** Troll (Botanik), Halle **Y.** Reenpää (Physiologie), Helsinki P. Koebe (Mathematik), Leipzig	[C. Brinkmann (Nationalökonomie), Berlin] F. Beyerle (Dt. Rechtsgeschichte), Freiburg
1943	F. K. Drescher-Kaden (Mineralogie), Hamburg	G. Kallen (Geschichte), Köln **M.** Gelzer (Alte Geschichte), Frankfurt/M. L. Mohler (Kirchengeschichte), Freiburg
1947	**W.** Kuhn (Phys. Chemie), Basel 0. Meyerhof (Physiologie), Philad. St. Goldschmidt (Org. Chemie), München **A.** Rosenthal (Mathem.), Lafayette F. Oehlkers (Botanik), Freiburg	**M.** Förster (Anglistik), München **J.** Koch (Philosophie), Köln F. Pringsheim (Röm. Recht), Oxford/Frbg. E. Levy (Röm. Recht), Seattle/Basel E. Spranger (Philosophie, Päd.), Tübingen
1948	**P.** Eskola (Mineralogie), Helsinki [R. Brill (Phys. Chemie), Brooklyn] **[H.** Strughold (Physiologie), Randolphield]	[K. Jaspers (Philosophie), Basel]
1949	**H.** Hopf (Mathematik), Zürich J. A. Schouten (Math.), Espe/Holl. F. Kögl (Physik), Utrecht	V. Arangio-Ruiz (Röm. Recht), Rom
1950	**R.** Goldschmidt (Zoo!.), Berkeley E. Gäumann (Botanik), Zürich R. Pohl (Physik), Göttingen P. Scherrer (Exper.physik), Zürich	

	Mathematisch-naturwiss. Klasse	Philosophisch-histor. Klasse
	E. Regener (Physik), Stuttgart G. P. S. Occhialini (Physik), Genua E. Segre (Physik), Berkeley **W.** Pauli (Theor. Physik), Zürich H. Kopfermann (Physik), Göttingen H. B. G. Casimir (Physik), Leiden **M.** Göppert-Mayer (Physik), Chicago	
1951	B. van der Waerden (Math.), Zürich P. Lain-Entralgo (Gesch. der Med.), Madrid A. Lüttringhaus (Chemie), Freiburg	**W.** Jaeger (Klass. Philol.), Watertown (USA) [H. Krahe (Indogermanistik), Tübingen]

* Ursprünglich Straßburger Gelehrte

Personenregister

Abderhalden, E. 472, 475
Achelis, **J.D.** 345, 373-376, 379, 400, 402, 404f., 409, 417-424, 428-430, 439f., 442f., 445, 451, 460f., 463, 465f., 470-479, 482, 487-489, 497, 500, 502f., 505-508, 510f., 513, 519, 531, 539, 542-545, 626
Affolter, F. 300
Alexandroff, P. 438
Althoff, F. 48, 51, 57f.
Andreas, **W.** 480, 530, 539
Anschütz, G. 350, 393
Arangio-Ruiz, V. 630
Arnold, J. 126, 628
Asal, **K.** 406, 443
Aschoff, L. 362, 630
Askenasy, P. 288
Auwers, A.(v.) 57, 211
Bader, **K.S.** 530, 540
Baethgen, F. 278, 289, 298, 310
Baeumler, A. 484
Baldus, **R.** 629
Barth, **K.** 391
Bartholomae, Chr. 18lf., 186f., 190, 192, 22lf., 264, 278, 285, 625
Bauer, J. 629
Bauer, **K.H.** 549, *555*
Bayer, A.v. 211
Becke (-Goehring), **M.** 215
Becker, A. 382f., 385, 514, 626
Beer, G. 321, 629
Bekker, E.I. 72, 110, ll 7f., 155, 201, 628
Below, G.v. 25, 126f., 204, 299, 315, 628
Benda, E. 243
Benninghoff, A. 398, 630
Benrath, G.A. 308
Bergius, F. 378, 397f., 400, 454, 499, 514, 626, 630
Bergsträsser, G. 629
Bernthsen, A. 378, 629
Beyerle, F. 525f., 530-532, 540, 630
Bezold, C. 70, 72, 109, 116, 118-120, 124,167,184,190,192,222,239,241, 278, 301, 315f., 321, 332, 337, 625
Bianchi, L. 397, 454, 630
Bieberbach, L. 407, 413, 487, 571
Bilabel, F. 315f., 319
Bilfinger, **K.** 372, 393, 400, 455, 470f., 478, 517, 520, 530, 540, 626
Blochmann, F. 212
Bodmann, **H.** Frhr.v. 130
Böckmann, P. 537f., 541, 553, 627
Boehm, C. 629
Böhm, F. 246
Böhm, F. 67, 75f., 85, 89-95, 102, 105-108, 110-112, 114f., 117, 130, 137, 139f., 180, 185, 195, 217, 225, 233f.
Bötticher, E. 400
Bogner, H. 541
Boll, F. 70, 72, 110, 122, 186f., 190, 242, 278, 302f., 315f., 625, 628
Born, M. 446
Bornkamm, H. 627
Bosch, C. 373, 377-380, 385, 400, 447, 505, 626, 629
Bothe, **W.** 348, 360f., 363, 366, 378, 382f., 447, 506, 514, 558f., 626
Bowie, **W.** 339
Brandenburg, E. 488
Brandi, K. 413
Brand!, A. 413
Braune, **W.** 72, 109, 118-120, 125, 165, 187, 300, 321, 625
Braus, **H.** 192, 625, 628
Bredig, G. 434f., 445, 564, 629
Bresslau, **H.** 206, 318, 321, 629
Breuer, F. 468
Brie, F. 362, 433, 445, 562, 630

Brill, **R.** 505, 626, 630
Brinkmann, C. 310,366,473,517,529, 626, 630
Brodmann, **K.** 248
Broemser, Ph. 375, 445, 626
Brühl, **J.** 200
Bruns, **H.** 211
Bücking, **H.** 321, 629
Bürklin, A. 312
Bütschli, 0. 72, 86, 109, 118-120, 167, 184, 199, 211f., 222, 279, 307, 331, 479, 625
Buitendijk 513f.
Campenhausen, **H.** Frhr.v. 6, 627
Cantor, **M.** 109, 628
Carl Theodor, Kurfürst 27
Cartellieri, 0. 279, 289
Casimir, H.B.G. 631
Cassirer, **H.** 246
Chelius, **M.** 30
Christmann, E. 372, 541
Cohnheim, 0. 279
Conradi, **J.W.H.** 30
Creuzer, F. 31
Curtius, E.R. 214
Curtius, L. 135, 142, 145, 192,626,629
Curtius, Th. 72, 86, 109, 118-120, 211, 230, 279, 287, 307, 326, 625
Czerny, **V.** 53, 87, 109, 628
Daub, C. 31
Deecke, **W.** 205, 279, 288, 628
Dehn, G. 349
Deißmann, **A.** 69f.
Dember, G. 327
Deubner, L. 433f., 629
Dibelius, **M.** 193, 349-351, 366, 371, 391f., 529, 538, 544, 548-550, 553f., 556f., 560f., 571, 62[illegible] 629
Diels, **H.** 57, 59, 324f., 327, 331
Dietrich, A. 69, 122
Dilthey, **W.** 178
Dingeldey 497
Doetsch, G. 362, 501, 506f., 565, 627, 630
Dohna, A.v. 350
Domaszewski, A.v. 69f., 110, 119, 121, 278, 539, 625, 628
Dove, A. 110, 127, 142, 205, 628
Dragendorff, H. 362, 630
Drescher-Kaden, F.K. 509-511, 532, 630
Driesch, H. 146, 521, 629
Drobisch, **M.W.** 23,
Duhn, Fr.v. 69, 109, 118-121, 187, 192, 241f., 315, 625
Duisberg, C. 66, 86
Durm, J. 200
Dusch, A. Frhr.v. 94, 99, 130
Ebbinghaus, G. 66
Eckardt, H.v. 349, 571
Ehrlich, P. 211
Eichholtz, F. 373, 377, 379, 397, 402, 404, 406, 409, 447, 502, 553, 626
Einstein, A. 57, 346f., 444, 446
Eisenhower, D.D. 546
Eisig, H. 212
Endemann, F. 73, 75f., 79, 84-90, 93-98, 100-108, 112f., II 7f., 125, 129, 136,170,196,215,229,248,250,300, 345,348
Engelking, E. 549
Engisch, **K.** 6,240,246,372,380, 393f., 400, 455, 466, 495f., 517, 520, 530, 540,544,549,558,626
Engler, **K.** 110, 203, 628
Erb, **W.** 126, 628
Erdmann, B. 64, 74
Erdmannsdörffer, 0. 278, 351, 359, 364, 366, 377, 402, 404f., 411-413, 416, 418f., 459f., 475,502, 508f., 512, 553, 559, 626
Ernst, F. 372, 477f., 480, 530, 537-540, 548f., 553, 555, 627
Ernst, P. 72, 229, 343f., 351, 364, 373, 387, 402, 445, 522, 625, 628
Eskola, P. 512, 630
Fabricius, E. 516, 628
Falkenstein, **A.** 627
Faust, A. 246
Fehr, **H.** 186, 192, 416, 445f., 625
Fehrle, E. 345, 354-373, 375-377, 390f., 396, 402, 405, 409, 428, 446, 451, 476, 478, 486, 518f., 522, 536, 540-542, 565f., 571, 626
Ficker, H.v. 413
Ficker, J. 317

Fiechter, E.R. 244
Finke, H. 205,293, 303f., 313,315,628
Fischer, E. 57f., 211
Fischer, H.J. 500
Fischer, **K.** 4lf., 90,117,140,176,273
Fleiner, F. 200, 300
Fleischer, **R.** 54
Förster, **M.** 630
Fraenkel, E. 433f., 439, 445, 563, 630
Franck, J. 446
Frank, **W.** 344
Franz, G. 480
Franzen, H. 279, 287
Freudenberg, **K.** 349, 351, 402, 466, 480, 500, 502-506, 508f., 543f., 547-549, 551,553, 555-561, 564,570,626, 629
Frey, **H.-W.** 422, 424, 427, 442f., 453, 464, 467f., 471
Friedrich 1., Ghz. 37-39, 45, 54, 73, 77, 91, 93f., 99, 102, 105-107, 113, 129, 134, 219
Friedrich II., Ghz. 99, 102, 105, 107f., 112, 114-116, 124-126, 129f., 137, 164, 170, 180, 219-222
Frings, Th. 413, 552
Fürbringer, M. 72, 109, 166f., 180f., 190,192,211,221,275,625,628
Gadamer, H.-G. 6, 521, 523, 627
Gärtner, **K.** 443
Gäumann, E. 630
Gattermann, L. 628
Gebhardt, B. 24
Gebhardt, C. 289f.
Gehrcke, E. 347
Geiger, Ph.L. 30
Gelzer, **M.** 516, 525, 534f., 539f., 630
Gentner, **W.** 549
George, St. 68
Georgiades, Th. 627
Gerthsen, Ch. 132, 627
Glockner, **H.** 246
Gmelin, L. 30
Göppert-Mayer, **M.** 215, 631
Goerdeler, C. 529
Göring, **H.** 485, 508
Goerttler, **K.** 383f., 428,451,502,508, 626
Goethe, J.W.v. 142
Goetz, **W.** 349
Götte, A. 321, 629
Goldschmidt, A. 446
Goldschmidt, R. 630
Goldschmidt, St. 424, 445, 562f., 630
Goldschmidt, V. 628
Goldschmidt, V.M. 438
Gothein, E. 51, 55, 69f., 73-75, 77, 79, 84f., 86-88, 109, 112f., 116, 118-121, 123, 127f., 131, 140f., 144, 149, 152, 154, 157, 175,178,185,193,201,226, 237, 273, 274, 290, 298f., 307, 625
Gotschlich, E. 385, 445, 507, 553, 626
Gottlieb, **R.** 377, 625
Gradenwitz, 0. 72, 84, 109, 118-120, 128, 136, 143, 178, 186f., 238, 273, 279, 294, 297, 299f., 316, 318-321, 445, 625
Grapow, **H.** 487
Greiner, J.G. 246
Grimm, G. 400
Grimm, J. 2lf., 35, 142f., 273, 295
Grisebach, **A.** 389, 627
Groh, **W.** 449, 475
Gropengießer, H. 541
Grüninger 423, 428, 473
Güntert, **H.** 351, 366, 369, 37lf., 445, 626
Günther, P. 132, 564, 627
Gundolf, F. 193, 388, 537, 626
Gutzwiller, **M.** 394
Haber, F. 379
Haberer, A. 247f.
Habs, H. 627
Hahn, 0. 413
Haller, A.v. 13
Haller, J. 539
Hampe, **K.** 110, 123, 187, 202, 278, 289,298,307,349,356,366,404,407, 445, 625, 628
Harnack, A.(v.) 18, 47-49, 52, 56f., 59, 75
Hartshorne, E.Y. 551
Hassinger, E. 308
Hausrath, A. 126, 201, 628
Hausser, **K.W.** 361, 378, 445, 626
Haust, M.D. 215

Havenstein, **M.** 534
Haxe!, 0. 382, 627
Heffter, L. 77, 362, 629
Heidegger, **M.** 399f.
Heimpel, **H.** 525, 530, 532-534, 537, 539, 627
Hellpach, **W.** 234, 264, 363, 373, 520-524, 533, 553, 627
Henckel Fürst von Donnersmarck, G. Graf 52
Herbig, **R.** 520, 537f., 540, 553, 555, 627
Herbst, C. 349, 553, 625
Hering, E. 211
Hertling, G.v. 330
Hertwig, 0. 57
Hess, C.v. 211
Hess, G. 519, 627
Heß, R. 432
Hettner, A. 55, 188, 200f., 628
Heubner, W. 438
Heuss, Th. 554
Hevesy, G.v. 416, 439, 444, 563, 629
Heymann, E. 458, 460, 487
Hilda, Großherzogin 83, 131
Himstedt, F. 110, 205, 279, 288, 313f., 317, 628
Hindenburg, P.v. 520
Hintze, 0. 446
Hirsch, L. 238, 250f.
Hitler, A. 366
Hölscher, G. 372,389, 391f., 529,534, 540, 544, 549, 553, 571, 626
Hoffmann, E. 246,279,341,349, 351f., 354, 366f., 371f., 399, 420f., 430-432, 434-436, 440-443, 445, 522, 525, 540, 549f., 553, 556, 571, 626
Hofman, 0. 241
Holder, A. 200
Holst, E.v. 627
Hommel, **H.** 6, 516f., 522, 536, 541, 626
Honecker, **M.** 399f.
Honsell, **M.** 53, 130
Hoops, J. 127, 188, 200f., 364, 366, 388, 522, 524, 534, 537f., 544, 546-549, 553, 626, 628
Hopf, **H.** 630
Horstmann, A. 126, 628
Hülsen, Ch. 241, 244, 629
Humboldt, **A.v.** 17
Humboldt, **W.v.** 2, 11-21, 23-26, 29, 33f., 41, 55, 59, 78, 13lf., 134, 136, 142, 144, 179, 225, 568
Hupfeld, **R.** 549
Husserl, E. 352, 363, 371, 373, 400, 445, 628
Immisch, 0. 628
lrvin, L.P. 554, 557f.
Isenburg, V.S. Prinz v. 85-87, 94f., 98, 125, 215, 250, 553
Jacobs, E. 629
Jacoby, F. 438, 446
Jäger, C. 241
Jaeger, **W.** 631
Jaffe, E. 55
Jannasch, P. 628
Jaspers, **K.** 366, 521, 542, 549, 556, 562, 566, 627, 630
Jellinek, G. 69f., 119, 126, 161, 290, 628
Jellinek, **W.** 218, 350, 394, 549
Jensen, J.H.D. 627
Joffe, A. 438, 446
Jost, L. 321f., 349,364, 383f., 419-421, 445, 446, 564, 625
Junker, **H.** 294
Kallen, G. 540, 630
Kallius, E. 192,350,366,373,383,445, 625
Kees, **H.** 439
Kienast, **R.** 372, 477f., 517-519, 537f., 626
Kienle, H. 627
Kita, **R.** 245
Klebs, G. 69, 109, 118-120, 128, 211, 229, 279, 625
Klibansky, **R.** 246, 279, 310, 420, 436, 442
Kluge, F. 628
Knapp, G.F. 321, 629
Knoop, F. 629
Koch, A. 292
Koch, J. 540f., 556, 630
Kock, F. 468
Koebe, P. 501,511,630

Köge!, R. 294
Kögl, F. 398f., 447, 454, 512-514, 526, 630
Köhler, H. 550, 554, 556
Köhler, W. 350, 366, 392, 529, 536, 550, 553, 571, 626
Koenigsberger, J. 279
Koenigsberger, L. 28f., 37, 39, 53, 72-74, 76-79, 83, 85-87, 90, 94, lOOf., 103-109, 111, 115-120, 124f., 128, 131-136, 138, 14lf., 15lf., 164, 166-168, 170f., 174f., 18lf., 19lf., 196, 211,219,221,229,237,240,252,274, 279, 283, 311, 314, 625
Kohlschütter, E. 339
Koht, H. 339
Kolbe, **W.** 516, 630
Kopfermann, H. 631
Kopff, A. 627
Kossel, A. 109, 118-120, 128f., 136, 167, 211, 222, 229, 263f., 272, 279, 283,307,321,335, 34[illegible] 625

Kraepelin, E. 211
Krahe, H. 627, 631
Krauch, C. 378, 400, 447, 505, 506, 509, 627
Krause, H. 6, 519f., 531, 626
Krazer, A. 203, 628
Krehl, L.(v.) 69f., 72, 126f., 181, 190, 349f., 361, 364, 373, 376, 378, 386f., 445, 50lf., 625, 628
Krieck, E. 366, 370, 390, 476, 48lf., 483, 519, 542
Kries, J.v. 110, 131, 628
Krupp von Bohlen und Haibach, G. 52
Kühne, **W.** 39-41, 93
Künßberg, E. Frhr.v. 366, 424, 432, 434f., 441, 445, 446, 519, 530, 540, 626, 629
Kuhn, **R.** 351, 377f., 398,404,419,429, 446, 502, 505, 513, 558f., 626
Kuhn, W. 630
Kunkel, **W.** 534, 566, 627
Lain-Entralgo, P. 631
Lamprecht, **K.** 58
Lanz, H. 73, 75, 80-84, 87f., 99f., 103, 132
Lanz, J. 82, 88, 108, 130,134,215,237
Lanz, **K.** 54, 67, 74-76, 79, 82, 84-89, 91, 95-101, 103f., 108, l12f., 115, 125, 130f., 133f., 140, 149, 185, 215-217, 222f., 230, 237, 253
Latte, **K.** 438, 563, 566
Laue, M.v. 361, 381
Leber, Th. 109, 628
Lehmann, 0. 126, 203, 628
Leibniz, G.W. 2, 11-14, 23f., 34, 36, 55, 64, 144, 483
Lemberg, R. 349
Lemme, L. 229
Lenard, Ph. 54, 72, 109, 118-120, 129, 132, 210, 222, 229, 272, 277f., 282-284, 314,326, 344-348, 350,361,365, 367, 374, 382-384, 445, 625
Lenel, 0. 110, 445, 628
Lenz, M. 149
Leonhard, C.C.v. 30
Levy, E. 321, 349, 351, 353, 366, 394, 404, 406, 433f., 437, 439, 445, 562, 626, 629f.
Liebmann, H. 165, 186, 192, 32lf., 344, 35lf., 354, 360, 362, 366, 373f., 404, 407, 434f., 445, 500, 564, 625, 629
Lilienthal, K.v. 70, 119
Löhr, H. 483
Loewy, A. 279, 352, 445, 629
Ludwig, **W.** 627
Lüroth, J. 110, 625
Lüttringhaus, **A.** 631
Luise, Großherzogin-Mutter 129
Madelung, E. 323, 506, 627
Mai, F.A. 29,
Maier, H. 625, 629
Mann, G. 357
Marchand, F. 211
Marcks, E. 69, 123, 205
Marschall v. Bieberstein, F. Frhr. 130
Maximilian v. Baden, Prinz 130
Mayer, **A.** 629
Meiford, J. 246
Meinecke, F. 25, 123, 127, 146, 204f., 628
Meister, **K.** 349, 366, 368, 516f., 520, 522, 538, 553, 625, 629

Merton, W. 51, 73
Merx, A. 110, 210, 239f., 628
Merx, S. 239f.
Meyer, V. 42-44, 53, 79, 227
Meyerhof, 0. 279, 349f., 354,378, 402, 404, 406f., 418f., 421,427,429, 444f., 562-564, 626, 630
Michaelis, A. 61
Misch, G. 438
Mitscherlich, A. 549
Mittasch, **A.** 378, 385f., 508, 558, 626
Mitteis, H. 192, 363, 445, 626, 629
Mochizuki, G. 245
MoellendorfT, W.v. 630
Mohler, L. 525, 535f., 540f., 630
Mohorovicic, St. 514
Mommsen, Th. 25, 56
Müller, Fr.v. 211
Müller, K.A.v. 457
Müller, L. 528
Müller, M. 407, 551
Muncke, G.W. 30f.
Naegele, F.C.J. 30
Nebel, G. 246
Nernst, W. 57
Neumann, C. 69, 188f., 200, 202, 242, 306f., 628
Neumann, F. 110, 188, 200, 628
Niebuhr, B.G. 20
Nikolaus von Cues 269, 341, 442, 522
Niss!, F. 109, 118, 120, 192, 211, 288, 625
Nöldeke, Th. 206, 214, 321, 629
Nokk, W. 40
Norden, E. 438, 446
Nüsslein-Volhard, Ch. 215
Obser, K. 126, 203, 628
Obst, E. 328
Occhialini, **G.P.S.** 631
Odenwald, Th. 392
Oehlkers, F. 630
Oehme, C. 386f., 501f., 548, 553, 626
Ohagama 245
Oltmanns, F. 628
Oncken, **H.** 76, 92, 121, 123, 127, 155, 170, 186f., 201, 222, 290, 298, 307, 344, 404, 486, 528, 625, 628
Oppermann, **H.** 541
Osann, A. 279, 628
Ossietzky, C.v. 447
OsthofT, H. 182
Ostwald, **W.** 132
Otto, **W.** 516
Paatz, **W.** 627
Panzer, F. 246,341,343,351, 365-367, 370-372, 390, 396, 405-407, 409, 407, 428,434,437,440,442,445,446,451, 456, 459, 465f., 473f., 477, 479, 486, 495, 518, 520, 522, 524f., 532, 534f., 537, 540f., 543-547, 551-557, 559f., 625, 629
Panzer, **W.** 545
Partsch, J. 316, 628
Paulcke, **W.** 629
Pauli, W. 631
Penham, D.F. 558
Perels, L. *55*
Perron, 0. 192, 625, 628
Petsch, **R.** 541
Pfister, F. 536, 541
Planck, **M.** 210, 336, 487
Plank, **R.** 506, 558, 627
Pohl, R. 630
Preisendanz, **K.** 388, 394, 520, 626
Preisigke, F. 316, 319-321, 625, 628
Pringsheim, F. 433-435, 445, 562, 630
Pütter, A. 625
Quincke, G. 72, 109, 628
Rachfahl, F. 629
Radbruch, G. 334, 349, 350, 394, 542, 549, 627
Ramdohr, P. 627
Ranke, **H.** 200,206,315,349,366,392, 434, 437, 439f., 445, *555*, 559f., 625, 628
Rasch, G. 629
Rathenau, **W.** 346
Rathgen, **K.** *55*, 69
Reenpää, Y. 511, 630
Regenbogen, 0. 349f., 354, 366-368, 433, 440f., 445, 446, 517, 519, 545, 548f., 553, 562f., 566, 626
Regener, E. 631
Rehbock, Th. 200
Reicke, S. 627
Reitzenstein, **R.** 205, 279, 315, 628

Rickert, H. 110, 182-184, 245f., 364, 399, 445, 542, 625, 628
Riesenfeld, **H.** 288, 313
Rinne, F. 629
Ritter, G. 279,307,308,310,502, 525-530, 532f., 537-539, 558, 627, 629
Rodenwaldt, E. 383, 385, 626
Rohde, E. 69
Rosenberg, A. 484
Rosenbusch, **H.** 72, 109, 201, 628
Rosenthal, A. 352f., 362, 366, 402, 404-407, 418f., 421, 427, 429, 444f., 500, 562-564, 626
Rubens, H. 210
Rubensohn, 0. 438
Rüger, L. 627
Ruge, A. 289
Ruska, J. 239
Rust, B. 498
Sachs, H. 363
Salis, A.v. 192, 349, 366, 372, 416, 515f., 520, 626, 630
Sallwürk, E.v. 110, 203, 628
Salomon (-Calvi), W. 170, 186, 191, 222,278,306,329,349,351,353,355, 359-363,366,375,407,434,439,445, 564, 625, 628
Sammet, L. 264
Sawayanagi, S. 245
Sax!, F. 302f., 310
Schachermeyr, F. 515-517, 565, 626, 630
Schadewaldt, **W.** 630
Schäfer, D. 178
Schaefer, H. 301, 370, 372, 535, 537-539, 545, 549, 553, 627
Schaefer, **K.** 627
Scheel, G.A. 376
Scherrer, P. 630
Schirach, B.v. 498
Schleiermacher, F.D. 14
Schlüter, **H.** 376
Schmidhuber, **K.** 507, 536
Schmidle, **W.** 362, 630
Schmidt, E. 627
Schmidt-Ott, F. 5lf., 215, 333, 553
Schmincke, A. 387f., 501, 510, 558, 626
Schmitthenner, **P.** 370,474,477, 479f., 519, 539, 546
Schmoller, G. 25, 178
Schnabel, F. 550, 554-556
Schneider, C. 376, 506-509, 565, 627
Schneiderhöhn, **H.** 629
Schöll, F. 109, 118, 121-123, 128f., 229, 440, 625
Schöpf, C. 511, 558, 627
Schouten, J.A. 630
Schrade, H. 388-391, 525f., 537, 565, 626
Schroeder, R. 72, 109, 118-120, 137, 178, 192, 201, 299f., 307, 625
Schroedter, E. 64
Schubert, H.v. 69f., 110, 119, 129, 142, 182f., 186, 190, 202, 229, 258, 292, 296,298,307,309,321,327,331,333, 335, 625, 628
Schultze, W. 483
Schumann, 0. 525, 534, 558, 627
Schur, I. 438, 446
Schwartz, E. 110, 131, 204f., 279, 413, 457, 628
Schwerin, C.v. 629
Schwoerer, V. 185,215,254,257,266, 332
Seeberg, E. 420, 541
Seeliger, H.v. 211
Segre, E. 631
Seifert, H. 500, 627
Sering, M. 446
Seybold, A. 383f., 420,502,511,558, 626
Seyß-lnquart, **A.** 513f.
Siebeck, **R.** 387, 50lf., 553, 626
Siemens, **W.(v.)** 52, 132
Sillib, **R.** 264
Simon, E. 215
Soda, **K.** 245
Sölch, **J.** 363f., 366, 416, 433f., 439, 445, 562, 626
Soergel, **W.** 630
Spahn, **M.** 25
Spemann, **H.** 629
Spiegelberg, **W.** 316,321,629
Spranger, E. 630
Sprater, F. 517, 541

Stäckel, P. 19lf., 625, 628
Stark, J. 361, 381
Staudinger, H. 629
Stegemann, V. 246
Stein, J. 376
Stern-Taeubler, S. 357f.
Stickelberger, L. 416, 628
Stille, H. 487
Stock, A. 629
Stolle, R. 629
Strecker, K. 629
Stroux, J. 341
Strughold, H. 627, 630
Täubler, E. 349, 353-359, 407, 445, 516, 563, 626
Telschow, E. 418
Thibault, A.F.J. 32
Thielicke, H. 392
Thiersch, H. 306, 339, 438
Thode, H. 68, 126f., 628
Thoma, **R.** 350
Thorbecke, A. 307
Threlfall, **W.** 627
Thurneysen, **R.** 628
Tiedemann, F. 30
Toebelmann, A. 215, 24lf.
Toebelmann, F. 241, 244
Trautz, **M.** 445, 629
Troeltsch, E. 69-71, 109, 118-120, 175, 178, 182f., 192, 200, 205, 230, 241, 290, 298-300, 304, 625
Troll, **W.** 511, 627, 630
Trübner, **K.I.** 62
Ubisch, G.v. 349
Uhlenhuth, P. 506f., 511,558,627,629
Ulmer, E. 400, 478, 517, 530, 558, 626
Vahlen, Th. 477, 486f., 495f.
Vasmer, **M.** 413
Veblen, **0.** 438
Vogt, **H.** 373f., 377, 379, 382f., 404f., 409, 514, 626
Vossler, **R.** 70
Waerden, B.van der 631
Wagner, **R.** 22
Wahle, E. 366,372,381,446,520,558, 626
Waldeck, F. 89
Waldeyer, **W.v.** 58
Warburg, A. 302f.
Warburg, **F.M.** 303
Warburg, 0. 279
Warburg, **P.M.** 303
Wartenberg, H.v. 438
Weber, A. 69, 122f., 149, 193f., 350, 549, 626, 629
Weber, M. 70, 292, 357
Weber, Max 25, 51, 55, 68f., 71, 110, l19f., 122, 127, 136, 144f., 149-162, 171, 178f., 182f., 187-189, 193, 201-203, 238, 289-292, 300, 628
Wegner, U. 478, 500, 502, 506, 508, 511, 565, 626
Weickmann, L. 413
Weinreich, 0. 241, 629
Weismann, A. 110, 628
Weiß, J. 200f., 628
Weizsäcker, V.v. 349,366, 376f., 386f., 402, 428, 451, 501f., 553, 559f., 626, 630
Wentzcke, P. 395
Wentzel, E. 215
Werveke, L.van 321, 629
Wesch, L. 500
Wettstein, F.v. 413
Wiedersheim, R. 628
Wieland, H. 629
Wieland, Herrn. 377, 626
Wien, W. 210
Wilamowitz (-Moellendorf), U.v. 350
Wilckens, **K.** 113
Wilhelm II. 50, 132
Wilhelm, F. 362, 630
Wille, J. 110, 203, 307, 394, 626, 628
Wilser, J. 359, 373-375, 377, 402f., 404, 406, 409, 419, 502, 509, 512, 626
Windaus, **A.** 279, 288
Windelband, **W.** 25f., 39, 69f., 72, 74, 76f., 79, 83, 85-87, 89f., 93f., lO0f., 103-105, 107-109, 111-113, 115-120, 122, 124-126, 128, 131, 133, 140-142, 145, 154-156, 158-161, 166f., 170, 174f., 177-179, 183, 196, 200f., 226, 228-230,238,240,253,286,300,303, 311,318, 324f., 625
Winkler, E. 388f., 626

Wlosok, A. 215
Wobbermin, G. 629
Wörner, F. 99
Wolf, **M.** 53, 73, 109, 116, 118-120, 211, 239, 241, 363, 374, 625
Wolfram, G. 323, 395f., 454, 630
Wülfing, E.A. 109, 118-120, 211, 279, 625
Zermelo, E. 362, 439, 630
Zyll(e)nhardt, A.R. Frhr.v. 30f.